

# **Die regionale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in der Ära Özal (1983-1993)**

Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen

## **Dissertation**

Zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie im  
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften  
der Universität Hamburg

vorgelegt von

**Muhittin Demiray**

aus Tokat

Hamburg 2001

## **DANKSAGUNG**

An dieser Stelle geht ein ganz herzlicher Dank an meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, der mich bei allen inhaltlichen Fragen und Problemen im Bezug auf diese Arbeit ständig beraten und unterstützt hat.

Des weiteren möchte ich dem Direktor des Deutschen Orient-Instituts Herrn Prof. Dr. Udo Steinbach meinen besonderen Dank für die Übernahme des Zweitgutachtens und seine großzügige Hilfestellung aussprechen. Durch seine Unterstützung wurde mir in Hamburg die Möglichkeit der konsequenten Arbeit und der Benutzung sämtlicher zur Verfügung stehenden Mittel des Orient-Instituts gegeben.

Ich bedanke mich bei Herrn Prof. Dr. Mümtaz Turgut Topbaş, dem Rektor der Universität Gaziosmanpaşa in Tokat. Durch seine Genehmigung konnte ich mich in Hamburg aufhalten und die Arbeit beenden.

Mein besonderen Dank gilt Herrn Abdullah Gencer, den Ex-Abgeordneten des türkischen Parlaments, für seine freundliche und fürsorgliche Unterstützung. Er hat bei der Recherche in der Türkei den Zugang zur Bibliothek des Parlaments ermöglicht und mich in allen Phasen der Arbeit voll unterstützt.

Mein herzlichen Dank gilt auch an den Mitarbeitern der Abteilung der Presse- und Informationszentrum (BYE) in Ankara für ihre freundliche Hilfeleistung. Schließlich möchte ich an dieser Stelle an allen meinen Freunden herzlich bedanken, die für die Beendigung dieser Arbeit durch die Anregung mich unterstützt und ihren Beitrag geleistet haben.

# INHALTVERZEICHNIS

	SEITE
EINLEITUNG.....	1
1. SICHERHEITSPOLITIK ALS REGIONALES SYSTEM DER KONFLIKTBEWÄLTIGUNG.....	7
1.1. Definition des Begriffs „Sicherheit“.....	7
1.1.1. Galtungs Sicherheitsverständnis.....	11
1.1.2. Definition der Sicherheitspolitik.....	15
1.1.3. Nationale Sicherheitspolitik.....	15
1.2. Internationale Sicherheitspolitik im Rahmen des Ost-West-Konfliktes.....	18
1.2.1. Sicherheitspolitik im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes.....	19
1.2.2. Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik der Supermächte.....	21
1.2.2.a. Entspannungspolitik und friedliche Koexistenz.....	27
1.2.2.b. Die Vereinten Nationen als Grundlage der kollektiven Sicherheit.....	28
1.3. Die internationale Ordnung nach dem Kalten Krieg.....	31
1.3.1. Die Sicherheitspolitik als Stabilitätsfunktion.....	34
1.4. Die regionale Sicherheitspolitik im Rahmen der internationalen Ordnung.....	38
1.4.1. Die Definition der Begriffe „Region“ und „Regionalismus“.....	38
1.4.2. Regionalismus contra Universalismus.....	41
1.4.3. Die Regionalkonflikte im Spiegelbild des internationalen Systems.....	43
1.4.3.a. Die Ursachen der Regionalkonflikte.....	47
1.4.3.b. Die regionalen Wirtschaftskooperationen.....	49
1.4.3.c. Das regionale Krisenmanagement.....	51
1.4.4. Die neue Weltordnung und regionale Stabilität.....	54
1.5. Die regionale Konfliktbewältigung und „Gemeinsame Sicherheit“.....	57
1.5.1. Der kooperative Charakter der „Gemeinsamen Sicherheit“.....	58
1.5.2. Sicherheit durch friedliche Koexistenz und „Gemeinsame Sicherheit“.....	59
1.5.3. Sicherheit durch ein regionales System kollektives Sicherheit und „Gemeinsame Sicherheit“.....	60
1.5.4. Aussichten der gemeinsamen Partnerschaft im regionalen Bereich.....	61
1.6. Die regionale Konfliktbewältigung und der Beitrag der Türkei.....	62
1.6.1. Die geopolitische Bedeutung der Türkei.....	64
1.6.2. Die geopolitische Lage der Türkei.....	65
1.6.3. Die geostrategische Bedeutung der Türkei für den Westen.....	68
2. DIE TÜRKEI: EIN LAND ZWISCHEN DER STAATSIDEOLOGIE UND KULTURELLER IDENTITÄT.....	75
2.1. Atatürk und seine Ziele.....	77
2.2. Die Identitätskrise als Folge des Verwestlichungsprozesses.....	81
2.2.1. Die neue Identität und neue Geschichte.....	82
2.2.2. Die Ideologie und Demokratie.....	86
2.2.3. Die Hüter des Systems.....	91
2.2.3.a. Die Armee: Garant der Republik.....	92

2.3.	Demokratische Gesellschaft - Demokratischer Staat.....	95
2.3.1.	An welcher „Haltestelle“ befindet sich die Demokratie der Türkei.....	98
2.4.1.	Das Laizismusverständnis des Staates.....	101
2.5.	Die Außen- und Sicherheitspolitik als Ausdruck der Identitätskrise.....	104
3.	<b>DIE INNEN- UND AUßENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN IN DER ÄRA VOM ÖZAL.....</b>	<b>107</b>
3.1.	Die verfassungsrechtliche Situation des Staats- und Ministerpräsidenten.....	107
3.1.1.	Die Aufwertung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten.....	109
3.1.2.	Die verfassungsrechtliche Stellung der Staatspräsidenten Deutschlands und Frankreichs .....	112
3.1.3.	Staatspräsident Özal: Wendepunkt in der Demokratie der Türkei?.....	113
3.2.	Özal zwischen Orient und Okzident.....	117
3.2.1.	Özal als „Durchschnittstürke“.....	118
3.2.2.	Özal als Schlüsselfigur des gesellschaftlichen Wandels.....	120
3.3.	Die Gesellschaftspolitik von Özal.....	122
3.3.1.	Die internationalen Rahmenbedingungen.....	124
3.3.2.	Özal als ein Liberaler auf den Fußstapfen von Prinz Sabahattin.....	125
3.3.3.	Die Schaffung einer zivilen Gesellschaft.....	127
3.3.3.a.	Das zivilisatorische Hexagon.....	130
3.3.3.b.	Das zivilisatorische Hexagon als Grundlage der Gesellschaftspolitik von Özal..	132
3.4.	Staat - Bürokratie - Demokratie .....	136
3.4.1.	Der Staat als Mittel zum Zweck.....	136
3.4.2.	Die Bürokratie als „Jungerschaft und Gefolgschaft“ der charismatischen Persönlichkeit Atatürks.....	140
3.4.3.	Die Vormundschaftsdemokratie: Schicksal der Türkei?.....	143
3.4.3.a.	Theoretischer Ansatz .....	146
3.4.3.b.	Der Liberalisierungsprozeß der Gesellschaftsordnung .....	149
3.4.4.	Die liberale Wirtschaftspolitik.....	155
3.4.5.	Kritische Betrachtung.....	161
3.5.	Die nationale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei.....	164
3.5.1.	Das nationale Sicherheitsverständnis des Staates.....	164
3.5.2.	Die geschichtlichen Hintergründe des Sicherheitsverständnisses.....	166
3.5.3.	Der Nationale Sicherheitsrat und die Bestimmung der Sicherheitspolitik.....	167
3.5.4.	Die Grundlinien der nationalen Sicherheitspolitik.....	170
3.5.4.a.	Verankerung der Republik in der Gesellschaft.....	172
3.5.4.b.	Der Beitritt in die NATO.....	172
3.5.4.c.	Der Zypernkonflikt und die Diversifizierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik.....	174
3.6.	Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in den achtziger Jahren.....	176
3.6.1.	Die theoretischen Grundlagen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren.....	178
3.6.2.	Das Selbstverständnis der Türkei im Hinblick auf die Außenpolitik.....	180

3.6.3.	Der Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft.....	182
3.6.4.	Die Beziehungen zu der USA.....	183
3.6.5.	Die Beziehungen zum Nachbar Sowjetunion.....	185
3.6.6.	Die Beziehungen zu den islamischen Staaten.....	186
3.6.7.	Die Beziehungen zu Griechenland und Bulgarien.....	188
3.7.	Außenhandel als Mittel der Außenpolitik.....	191
3.8.	Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei während der Kuwait-Krise als Beispiel einer aktiven Außenpolitik.....	195
3.8.1.	Die innenpolitischen Dimensionen der aktiven Außenpolitik.....	199
3.8.2.	Die Strategien und Erwartungen der Türkei während der Kuwait-Krise.....	200
3.8.3.	Die Strategien der Türkei.....	202
3.8.3.a.	Die Einhaltung der UN-Resolutionen.....	205
3.8.3.b.	Der Antrag auf die NATO-Unterstützung.....	208
3.8.3.c.	Die Türkei zwischen Verbündeten und Brüdern.....	209
3.8.4.	Die Erwartungen der Türkei.....	212
3.8.4.a.	Die innenpolitischen Folgen.....	214
3.8.4.b.	Die außenpolitischen Folgen.....	217
4.	DIE AUßENPOLITISCHEN DIMENSIONEN DER TÜRKEI - DOPPEL STRATEGIE: POLITISCHE WEST- ORIENTIERUNG BEI GLEICHZEITIGER WAHRNEHMUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN MÖGLICHKEITEN MIT IHREN NACHBARSTAATEN.....	221
4.1.	Beziehungen zwischen der Türkei und EU.....	223
4.1.1.	Antrag auf EG-Mitgliedschaft aus der türkischen Sicht .....	226
4.1.2.	Antrag auf EG-Mitgliedschaft aus der europäischen Sicht.....	230
4.1.3.	Die Neubewertung des sicherheitspolitischen Stellenwertes der Türkei als Grund für die EU-Aufnahme.....	233
4.2.	Beziehungen zwischen der Türkei und der USA.....	235
4.2.1.	Das Ziel der Türkei: Aufbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.....	239
4.3.	Beziehungen der Türkei zur Sowjetunion.....	242
4.4.	Beziehungen zum Iran: Wettkampf der Systeme .....	246
4.5.	Beziehungen zum Irak .....	250
4.6.	Syrien: Gebietsansprüche, Wasser versus Terror.....	255
4.6.1.	Wasser versus PKK.....	256
4.6.2.	Besuch Özals in Damaskus.....	259
4.7.	Beziehungen zu Bulgarien: Das Problem der türkischen Minderheit.....	260
4.8.	Die Beziehungen zu Griechenland: Der Konflikt „lauert“ überall.....	263
4.8.1.	Konfliktthemen zwischen der Türkei und Griechenland.....	264
4.8.2.	Die neue Verteidigungsdoktrin Griechenlands.....	267
4.8.3.	Die Konfliktstrategien.....	268
4.8.4.	Der Weg nach Athen führte über Davos.....	269
4.9.	Wirtschaftliche Möglichkeiten der Türkei in der Region.....	275
4.9.1.	Die Organisation der ökonomischen Zusammenarbeit (ECO).....	278
4.9.2.	Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR).....	283
4.9.3.	Die Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zur islamischen Welt .....	290

5.	DAS ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTES UNDDER WANDEL IN DER SICHERHEITSPOLITIK DER TÜRKEI.....	292
5.1.	Das Ende des Kalten Krieges und türkische Außen- und Sicherheitspolitik.....	292
5.2.	Die Außen- und Sicherheitspolitik von Özal: Vision einer neuen Identität?.....	294
5.2.1.	„Türkischer Staatspräsident: moslimischer Osmane“. Auf der Suche nach einer neuen Identität?.....	295
5.2.1.a.	Der theoretische Ansatz des Neo-Osmanismus.....	296
5.2.1.b.	Das Konzept des Neo-Osmanismus.....	298
5.2.1.c.	Das multikulturelle Gesellschaftsmodell des Osmanischen Staates als Grundlage des Neo-Osmanismus.....	302
5.2.1.d.	Die Gründe für die Suche nach einer außenpolitischen Orientierung.....	304
5.3.	Regionalmacht Türkei.....	307
5.3.1.	Was ist eine Regionalmacht?.....	308
5.3.2.	Die Türkei im Kontext der Regionalmächte.....	310
5.3.3.	Das regionale Sicherheitssystem als Untersystem der globalen Ordnung und die Rolle der Türkei als Regionalmacht.....	312
5.4.	Die neuen Dimensionen der türkischen Sicherheitspolitik.....	318
5.4.1.	Die neue Bedrohungsanalyse und die türkischen Streitkräfte.....	318
5.4.2.	Die außen- und sicherheitspolitischen Strategien im regionalen Bereich.....	321
5.5.	Die PKK und der Kurdenkonflikt als Sicherheitsproblem der Türkei.....	327
5.5.1.	Die Ursachen des Konfliktes.....	328
5.5.2.	Özal und der Name des Problems.....	331
5.5.3.	Was wollen die Kurden.....	336
5.6.	Die Kurdenproblematik als Folge der Kuwait-Krise und als Sicherheitsrisiko für die Türkei.....	337
5.6.1.	Die Stationierung des Poised Hammers.....	341
5.6.2.	Die geostrategische Bedeutung des Kurdenkonfliktes.....	343
5.6.3.	Die Lösungswege des Kurdenkonfliktes.....	346
5.7.	Die außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven der Türkei im regionalen Bereich.....	349
5.7.1.	Ordnungsfunktion der Türkei auf dem Balkan.....	353
5.7.1.a.	Aktive Außenpolitik auf dem Balkan.....	356
5.7.2.	Sicherheitspolitische Perspektive der Türkei im Nahen Osten.....	360
5.7.3.	Die neue strategische Hoffnung: Transkaukasus und Mittelasien.....	362
5.7.3.a.	Die Türkei als Entwicklungsmodell.....	364
5.7.3.b.	Ein unbekanntes „Feld“ für die Türkei.....	369
5.7.3.c.	Die Rivalitäten zwischen der Türkei, Rußland und dem Iran.....	373
5.7.3.d.	Grenzen und Probleme türkischen Außenpolitik in Transkaukasus und Mittelasien.....	378
	Zusammenfassung.....	384
	Quellenverzeichnis.....	397-419

## **EINLEITUNG**

### Problemaufriß, Fragestellung und Ziele der Untersuchung

Im Schnittpunkt des Nord-Süd-Konfliktes, als ein Schwellenland und ein strategisch wichtiger Knotenpunkt und als „ein Land der Trennung und des Überganges“ zwischen Europa und dem Orient, sowie zwischen dem Schwarzmeerraum und dem Mittelmeerraum“, schließlich als „Herr der Meerengen von Bosphorus und Dardanellen“ spielt die Türkei als ein laizistisches westliches Land in der Region in strategischer, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht eine wichtige Rolle.

Die geostrategische Bedeutung der Türkei wird als ein Eckpfeiler des Westens in der Region zur Sicherung der westlichen Interessen immer ins Bewußtsein gerufen, wenn die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen des Westens gefährdet werden. Die zahlreich erschienenen Abhandlungen über die Türkei im europäischen Raum behandeln die Dimensionen der türkischen Innen- und Außenpolitik im Rahmen der westlichen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen und aus der westlichen Perspektive. Entsprechend werden die regionalen Entwicklungen der Türkei in dem Maße in Betracht bezogen, indem sie mit den außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen des Westens im Zusammenhang stehen.

In der türkischen Außenpolitik ist seit achtziger Jahren - trotz der beständigen Westorientierung - eine Tendenz zu beobachten, in der die regionale Orientierung der Türkei, bedingt durch die regionalen und internationalen Entwicklungen im Rahmen der regionalen Organisationen, zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die ständig wachsende Kluft zwischen den nationalen Interessen der Türkei und den globalen Interessen ihren westlichen Verbündete führte dazu, daß die traditionell verfolgte Außenpolitik der Türkei von einer breiten gesellschaftlichen Schicht und politischen Gruppen - auch Teilen des türkischen Establishment- in Frage gestellt wird. In dieser Arbeit werden die innen- und außenpolitischen Beweggründe und Faktoren für die regionale Orientierung der türkischen Außenpolitik und die sich daraus resultierenden außen- und sicherheitspolitischen Konsequenzen für die Türkei in der Ära von Özal untersucht.

Mit den ersten freien Parlamentswahlen im Oktober 1983, nach dem Militärputsch vom 12. September 1980, vollzog sich ein neuer politischer Umbruch in der türkischen Innen- und Außenpolitik. Die von Özal gegründete Mutterlandspartei konnte bei den ersten freien Wahlen nach der Rückkehr zur Demokratie 45 Prozent der Wählerstimmen erhalten und somit die erste zivile Regierung nach der Intervention der Militär vom 1980 bilden. Die von der Regierung der Mutterlandspartei verfolgte liberale Wirtschaftspolitik setzte in der Gesellschaft einen Liberalisierungs- und Umwandlungsprozeß ein. Unter seiner Regie entwickelte sich das Land – bedingt auch durch Veränderungen in der internationalen Politik und deren Projektierung in regionalen Bereich – wirtschaftlich und militärisch zu einer der wichtigsten Länder in der Region.

Turgut Özal hat in den Jahren 1983-1993 als Minister- und Staatspräsident die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei geprägt, wie es seit sechziger Jahren keinem gelungen war. Der Minister- und Staatspräsident Özal hat als Person und als Politiker mit seiner Weltanschauung und seinen Verhaltensweisen die öffentlichen Debatten in seiner Ära und auch danach dominiert, wie nur wenige Politiker in der Geschichte der Republik Türkei zuvor. Er wurde von den breiten Schichten der Bevölkerung geachtet und geliebt, aber auch in der Öffentlichkeit verbittert bekämpft. Daher werden in der vorliegenden

Arbeit auf Özals persönliches Erscheinungsbild, auf sein politisches Handeln, auf seine Ansichten über innenpolitischen, wirtschaftlichen außenpolitischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen und Perspektiven bei den Analysen im entsprechenden Maße eingegangen.

Die Fragestellung und Untersuchungsziele dienen in dieser Arbeit vorrangig der empirisch- analytischen Theorie mit der deduktiven Verfahrensweise, die in Form von allgemeinen generalisierten Annahmen oder Hypothesen aufgestellt, operationalisiert und an der Wirklichkeit überprüft werden.<sup>1</sup> In der vorliegenden Arbeit soll der Versuch unternommen werden, unter Berücksichtigung der politikwissenschaftlich-soziologischer Ansätze am Beispiel der regionalen Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, (unter Berücksichtigung der Liberalisierungspolitik der türkischen Gesellschaft) den liberalen Wandel in der türkischen Politik und deren Projektierung auf die regionalen und internationalen Beziehungen der Türkei zu belegen, der als eine neue Identitätssuche und Orientierung in der türkischen Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnet werden kann. Dabei soll der Beginn des Wandels in der türkischen Politik im Zusammenhang mit der Geistesumwandlung in der internationalen Politik angesehen werden, die sich Anfang der achtziger Jahre durch die Theorie des Neoliberalismus durchgesetzt hatte. Hierbei steht zudem die Frage im Vordergrund, in wieweit die internationalen Entwicklungen die gesellschaftspolitischen Veränderungen in der Türkei beeinflusst haben und welche Vorteile und Nachteile diese Entwicklungen auf die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei brachten. Die Sicherheitspolitik eines Staates steht im engen Zusammenhang mit innen- und außenpolitischen Zielen und Grundvoraussetzungen. Sie wird darüber hinaus durch eine Vielzahl von regionalen und internationalen Determinanten und Interdependenzen bestimmt.

Für die vorliegende Arbeit, die darauf abhebt, wie die türkische Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen, aber besonders in der regionalen Orientierung, eine neue Rolle zu übernehmen versucht hat, ist die neoliberale Theorie von Friedmann von Bedeutung, da die in der Türkei durchgeführten innenpolitischen, wirtschaftlichen, außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Ära Özal auf der Grundlage der freien Marktwirtschaft verwirklicht worden sind. Turgut Özal spielte bei der Einführung der freien Marktwirtschaft in der Türkei durch ein Stabilitätsprogramm am 24 Januar 1980 eine entscheidende Rolle und war der unangefochtene Verteidiger der freien Marktwirtschaft. Sie bildete bei der Verwirklichung der innen- und außenpolitischen Entwicklungen, dem Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen, der Integration der türkischen Wirtschaft mit der regionalen und internationalen Handelssysteme die bedeutendste Grundlage in der politischen Vorstellungen von Özal. Während die liberale Theorie auf eine grenzenlose globale Waren- und Kapitalverkehr abzielt, konnte man in den achtziger Jahren zugleich eine regional bezogene Akkumulation der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beobachten, die man als Ausdruck eines Selbstbehauptungsaffektes bezeichnen kann. Seit achtziger Jahren in Ansätzen, aber besonders mit dem Ende des Kalten Krieges wurde eine Tendenz in der internationalen Politik sichtbar, die als Rückkehr zum geopolitischen Denken in der internationalen Politik verstanden wird.<sup>2</sup> Die Öffnung der türkischen Außenpolitik unter der starken Betonung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ziel eine schnelle und erfolgreiche Integration mit dem Weltwirtschaftssystem zu

<sup>1</sup> Vgl. Ulrich von Alemann/Erhard Forndran (Hrsg.), „Methodik der Politikwissenschaft“. Urban-Taschenbücher, Kohlhammer, 2. Aufl. Stuttgart – Köln – Berlin – Bonn, 1979, S. 46 und. ff.

<sup>2</sup> Vgl. Helmut Hugler, „Die Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes“. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 24. Jahrgang, 2/Juni 1994

verwirklichen, ebnete zugleich für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik den Weg der Bestrebungen, sich den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region stärker zu engagieren. Dieses Engagement in der Region führte in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik in der Ära Özal zur Betonung der starken Vernetzung der geopolitischen, geostrategischen und geokulturellen Gegebenheiten der Türkei mit ihren wirtschaftlichen, außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Diese Entwicklung in der Türkei zeichnete sich durch zwei wichtige Dimensionen aus: Zum einen wurde als Folge der Liberalisierung der gesellschaftlichen Ordnung die Faktoren zur Diskussion gestellt, welche die Identität des türkischen Staates darstellten. Darin wurde ein Versuch unternommen, mit der jüngsten Vergangenheit den „Frieden“ zu schließen: Also die Befreiung der türkischen Identität von der erstickenden Unterdrückung der historischen Erbe. Das heißt mit a. W. Sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik setzte sich ein politischer Geisteswandel in Bewegung, in der die Anknüpfung an die osmanische Vergangenheit, durch die Betonung der geokulturellen Gemeinsamkeiten mit dem regionalen Hinterland der Türkei und eine damit verbundene regionale Öffnung der türkischen Außenpolitik vorgesehen war. Diese neue Identitätsbildung manifestierte sich im Konzept des Neo-Osmanismus und in der außenpolitischen Zielvorstellungen von Özal als Regionalmacht aufzutreten. Zum zweiten war es aufgrund der gesellschaftlichen Transformationsprozeß in der Innenpolitik und der Handelsliberalisierung notwendig geworden, Wege und Mittel zu finden, mittels deren sowohl die innenpolitischen Konflikte als auch außen- und sicherheitspolitischen Probleme mit den Nachbarn auf dem friedlichen Wege und zum beiderseitigen Interesse gelöst werden sollten. Für eine analytische Bewertung der Bestrebungen von Özal, sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, wird die Theorie des „Zivilisatorischen Hexagon“ von D. Senghaas herangezogen. Die Theorie des zivilisatorischen Hexagon ist für eine empirische Überprüfung des Demokratisierungsprozesses und der außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Türkei relevanter, da sie u.a. für die Schaffung einer auf die Koexistenz basierende pluralistisch-demokratische Gesellschaftsordnung als Voraussetzung für den inneren Frieden eines Staates unumgänglich erachtet und die Identitäts- und Interessengruppen in einer „mobilen und sozialen Gesellschaft“ als normal ansieht. Die Rechtstaatlichkeit, die Affektkontrolle und Interdependenz, sowie die Institutionalisierung einer Konfliktkultur sind zur der Überwindung sowohl innenpolitischen Probleme als auch zur der Lösung der außen- und sicherheitspolitischen Konflikte von großer Bedeutung. In dieser Arbeit soll auf die Fragen eingegangen werden:

- In wieweit die geopolitischen und geokulturellen Faktoren auf die Identitätsbildung der Türkei und auf die damit verbundene Innenpolitik (Liberalisierung bzw. Demokratisierung der bestehenden Ordnung), sowie außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten auswirken.
- Ob die Türkei in der Regierungszeit von Özal in ihrer Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik durch eine Selbstdefinition, verstanden als Brückenfunktion, eine regionale Orientierung vollzogen hat?
- Ob das Konzept Neo-Osmanismus eine neue regional bezogene Identitätsbildung für die außen –und Sicherheitspolitik der Türkei darstellte? Besteht in der neuen Weltordnung die neue regionale Rolle der Türkei darin, als regionaler Stabilitäts- und Ordnungsfaktor innerhalb der neuen internationalen Weltordnung zur Wahrung der regionalen Stabilität und damit zur Sicherung des Rohstoffwege der Industriestaaten zu fungieren? Wozu sollte die Türkei als Entwicklungsmodell im Hinblick auf die Transkaukasus und Mittelasien dienen?

- Wie ist die strategische Rolle der Türkei als Regionalmacht und Stabilitäts- bzw. Ordnungsfaktor auf dem Balkan, in Mittelasien und Nahen Osten zu bewerten, die besonders nach der Kuwait-Krise und dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunehmend an Bedeutung gewann?

Die Arbeit besteht aus fünf Kapiteln. Im ersten Kapitel wird die Sicherheitspolitik in der internationalen Ordnung als regionales System der Konfliktbewältigung behandelt. Die Begriffe „Sicherheit“ und „Sicherheitspolitik“ werden im Rahmen der nationalen und internationalen Ordnung erläutert. Dabei werden im Kontext der Ost-West-Beziehungen die sicherheitspolitischen Strategien der Supermächte untersucht. Es werden die politischen, ideologischen und militärischen Faktoren, die maßgebenden Grundlagen des Ost-West-Gegensatzes waren, und sowohl zur Verschärfung der Beziehungen als auch zur Entspannung und Koexistenz zwischen Blöcken beitragen, behandelt.

Es wird auf die Frage eingegangen, wie sich die internationale Ordnung nach dem Kalten Krieg gestaltet und von welchen Prämissen und Faktoren in der neuen internationalen Ordnung auf die Sicherheitspolitik prägend auswirken. Im letzten Abschnitt dieses Kapitels werden dann die Faktoren untersucht, die in den achtziger Jahren zur Regionalisierungstendenzen der wirtschaftlichen Beziehungen und zur Regionalisierung der Sicherheitspolitik geführt haben. Die Wechselbeziehungen zwischen den regionalen und globalen Organisationen, die Ursachen der regionalen Konflikte, ihre Auswirkung auf die internationale Ordnung, die Möglichkeiten und der Beitrag der regionalen Organisationen und Sicherheitsmodelle zur Sicherung des regionalen und internationalen Friedens und der Sicherheit werden analysiert. Der Beitrag der Türkei zur Gewährleistung der regionalen und internationalen Sicherheit und des Friedens wird im engen Zusammenhang mit ihrer geopolitischen und strategischen Lage bewertet. Die geopolitische Lage der Türkei und die sich daraus resultierende affektive und effektive Komponente bei der Gestaltung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik steht somit im Mittelpunkt der analytischen Bewertungen der Außen- und Sicherheitspolitik von Özal. Hierbei wird ersichtlich, daß die Türkei sich zwischen ihren geopolitischen und geokulturellen Sachzwängen und ihrer gesellschafts- und außenpolitischen Westorientierung schwer tut, eine beständige, demokratische Entwicklung aufzuweisen. Die Gründe des strategischen Stellenwertes der Türkei für die westlichen Industriestaaten und ihre Einstellung auf die gesellschafts- und sicherheitspolitischen Entwicklungen der Türkei werden einer analytischen Bewertung unterzogen.

Im zweiten Kapitel geht es um eine analytische Bewertung der türkischen Staat- und Gesellschaftsordnung. Die Motive und Bestrebungen der türkischen Eliten, die Türkei in die westliche Wertegemeinschaft einzuführen, werden aus geschichtlichen, kulturellen und ideologischen Perspektiven analysiert. Die unterschiedlichen Auffassungen über die Identitätsbildung zwischen der Gesellschaft und der Staatseliten und die sich daraus resultierende Identitätskrise der Gesellschaft und auch die des Staates und ihre Auswirkung auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei werden untersucht.

Im dritten Kapitel geht es um die Darstellung und Analyse der innen-, außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen der Türkei unter der Regierung der Minister- und Staatspräsidenten Turgut Özal. Die Überlegungen und Thesen der ersten und zweiten Teile sollen dann anhand der Politik von Özal, die er als Minister- und Staatspräsident verfolgt hat, überprüft werden. Zuerst wird auf die Stellung des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten in der Verfassung von 1982 eingegangen, um die verfassungsrechtlichen Befugnisse des Minister- und Staatspräsidenten zu analysieren, die

bei der Gestaltung der Innen- und Außenpolitik der Türkei große Rolle spielen. Die Gründe für die Akzeptanz bzw. Sympathie der breiten Teile der Bevölkerung gegenüber Özal werden untersucht, die ihn ermöglichte, zehn Jahre lang als Politiker im Amt zu bleiben. Durch eine kritische Betrachtung werden die Grundlagen seines Handelns als Person und als Politiker; die Art seiner Amtsführung hintergefragt. Die theoretischen Grundlagen der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Türkei in den achtziger Jahren werden analysiert. Dabei geht es um die Frage, in wieweit in der türkischen Gesellschaftsordnung eine pluralistisch-demokratische Umwandlung, bzw. Zivilisierung des Staatssystems stattgefunden hat? In wieweit die demokratischen Institutionen in der Gesellschaft sich etabliert haben? In diesem Zusammenhang werden die etatistischen und liberalen politischen Strömungen in der Türkei und ihre Auffassungen über den Staat, über die Demokratie gegenüberstellend analysiert.

Die nationale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei ist ein weiterer Abschnitt in diesem Kapitel. Das Sicherheitsverständnis des Staates, die exogenen und endogenen Bestimmungsfaktoren und Bestimmungsorgane der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei werden behandelt. Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik in achtziger Jahren und Gründe für Diversifizierung und zunehmende Regionalisierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik werden erläutert. Die außenpolitischen Vorstellungen von Özal werden im Rahmen der Veränderungen in der internationalen Ordnung analysiert. In der außenpolitischen Perzeption von Özal spielte die geopolitische und geokulturelle Sonderstellung der Türkei eine dominante Rolle, in der Özal auf die geopolitische und geokulturelle Brückenfunktion der Türkei zwischen den westlichen und islamischen Staaten hingewiesen hat. Diese außenpolitische Selbstdefinition der Türkei in den achtziger Jahren wird unter den außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven behandelt. Die türkische Außenpolitik, die Strategie und Erwartungen der Türkei während der Kuwait-Krise mit ihren innen- und außenpolitischen Folgen für die Türkei wird im Rahmen des Begriffes „aktiver Außenpolitik“ analysiert. Dabei geht es um die Frage, ob die Türkei während der Kuwait-Krise von ihrer klassischen Außenpolitik abgewichen ist und welche außenpolitischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen Konsequenzen diese Abweichung für die Türkei insgesamt darstellten.

Der vierte Teil geht auf die Frage der „Doppelten – Strategie“ der türkischen Außenpolitik. Hierbei geht es darum, die Gründe und die Motivation der Türkei für die verstärkte Tendenz zur Zusammenarbeit mit den Nachbarn und islamischen Staaten, bei gleichzeitiger Westorientierung und institutioneller Westbindung anzustreben, zu analysieren. Die bilateralen Beziehungen der Türkei in den achtziger Jahren mit ihren Nachbarstaaten, der EU sowie der USA wird im Einzelnen behandelt, um auf die Frage eine Antwort zu finden, ob Özals Politik durch die Intensivierung der bilateralen Beziehungen und durch verstärkte Zusammenarbeit in Bereichen Handel und Wirtschaft zur Lösung bzw. zur Minderung der Konflikte und zur einer Entspannungspolitik mit ihren Nachbarn beigetragen hat. Der Antrag der EG-Vollmitgliedschaft der Türkei und die dadurch ausgelöste Diskussion für und wider die Mitgliedschaft der Türkei werden aus der Sicht der EU und der Türkei behandelt. Der letzte Abschnitt in diesem Kapitel untersucht die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei in der Region. In diesem Rahmen werden die wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit islamischen Ländern und die wirtschaftlichen Organisationen ECO, SMWR und ihr Beitrag zur Sicherung des regionalen Friedens und der Stabilität in der Region erläutert.

Im fünften Kapitel geht es um die außenpolitischen und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Türkei nach dem Ende des Kalten Krieges. Dabei werden zwei zentrale Themen zur Diskussion gestellt. Zum einen geht es um die Frage, ob das Konzept des Neo-Osmanismus in der gesellschaftlichen und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei eine neue Identität darstellte, das von Turgut Özal als eine neue regionale außenpolitische Orientierung vorgeschlagen wurde. Zum anderen geht es um die Rolle der Türkei als Regionalmacht. In diesem Zusammenhang wird die geostrategische Sonderstellung der Türkei in der neuen internationalen Ordnung im Hinblick auf die Regionen von Balkan bis Zentralasien und Nahen Osten und ihr auferlegte Rolle als Ordnungs- und Stabilitätsfaktor hinterfragt. Dabei wird auf die Frage eine Antwort gesucht, in wieweit die regionalen außenpolitischen Zielvorstellungen der Türkei, nämlich das Neo-Osmanismuskonzept mit dem Anspruch der Regionalmacht komplementär ist, die im Rahmen der neuen Weltordnung als ein regionales, Stabilität förderndes Untersystem konzipiert wurde.

Die Kurdenproblematik mit ihrer innen- und außenpolitischen Dimensionen ist ein weiterer Abschnitt dieses Kapitels. Der Kurdenkonflikt stellte sich als eine der ernsthaften Gefährdungen der inneren Sicherheit und der territorialen Integrität der Türkei in der Ära Özal. Durch die Kuwait-Krise nahm der Kurdenkonflikt eine regionale und internationale Dimension an, von der die Türkei sicherheitspolitisch unmittelbar betroffen ist. Letzte Abschnitt des letzten Kapitels geht der Frage nach, ob die Türkei, aus ihrer wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Stärke her, in der Lage ist, den Anspruch der Attribut Regionalmacht als Ordnungs- Stabilitätsfaktor gerecht zu werden und ihre nationalen Interessen innerhalb der regionalen und internationalen Ordnung wahrzunehmen. Darüber hinaus wird auf der Suche nach einem Entwicklungsmodell für die mittelasiatischen Turkstaaten der kulturelle und wirtschaftliche Beitrag der Türkei und ihre wirtschaftliche und strategische Grenzen bei der Zusammenarbeit mit den mittelasiatischen Turkstaaten bewertet.

#### *Untersuchungsraum- und Zeit:*

Die regionalen Beziehungen resultieren sich nicht allein aus den Wechselbeziehungen zwischen den Staaten innerhalb einer Region. Zum einen spiegeln sich in den regionalen Wechselbeziehungen zwischen den Staaten gleichzeitig die internationalen Interessenkonstellationen wider. Zum anderen wird es unvermeidlich, durch die besondere gesellschaftspolitische und geopolitische Lage und NATO-Zugehörigkeit der Türkei, ihre außen- und regionale sicherheitspolitische Beziehungen im Zusammenhang mit der USA und EU zu analysieren. Zumal die Türkei in den achtziger Jahren verstärkt mit USA im Schulterschluss stand und den Beitrittsantrag auf EU-Vollmitgliedschaft gestellt hat. Daher wird in der vorliegenden Arbeit auf die Beziehungen der Türkei mit der USA und EU eingegangen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich die regionale außen- und sicherheitspolitische Perzeption der Türkei von Balkan bis Zentralasien erweitert.

Die Untersuchungszeit der vorliegenden Arbeit bezieht sich auf die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der Türkei in der Ära vom Turgut Özal in den Jahren 1983-1993 in ihrem regionalen Umfeld. Um den Zustand und die Perspektive der regionalen Beziehungen der Türkei in den achtziger Jahren untersuchen zu können, ist es notwendig, eine kurze geschichtliche Entwicklung anzuschneiden, um den Zusammenhang und die Faktoren der innenpolitischen, außenpolitischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen der Türkei analysieren zu können.

## 1. Sicherheitspolitik als regionales System der Konfliktbewältigung

### 1.1. Definition des Begriffs „Sicherheit“

Die Menschheit mußte im Laufe ihrer Geschichte immer ums Überleben kämpfen. Dieser Daseinskampf der Menschheit wurde einerseits gegen die Natur geführt, andererseits mußten für die Durchsetzung von gesellschaftlichen, religiösen (wie Kreuzzüge des Mittelalters), wirtschaftlichen (Kolonialismus) bzw. ideologischen Werten (Kommunismus), kurz für die eigenen Wertvorstellungen, Kriege geführt werden, die die für das menschliche Dasein notwendige Legitimationsbasis lieferten. In der Geschichte sowie in der Neuzeit erschien der Krieg „als Grundtatbestand menschlichen Verhaltens, als „Akt der Gewalt, um dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen“.<sup>1</sup> Die militärische Überlegenheit war genug Grund, um den Nachbarn anzugreifen. Der Angriff wurde, wenn er über längere Zeit Vorteile versprach, als letzte und höchste Form legitimiert.<sup>2</sup>

In der historischen Entwicklung der Menschheit hat es mehr Kriegszeiten bzw. Kriegszustände gegeben als Friedenszeiten, in der die Menschen und Staaten friedlich miteinander leben konnten. Wie Immanuel Kant 1795 geschrieben hat: „Der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, ist kein Naturzustand, der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d.i. wenngleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit den Selben.“<sup>3</sup>

Etymologisch entstand das deutsche Wort „sicher“ als Ableitung aus dem lateinischen „securus“, das aus zwei Elementen zusammengesetzt ist: „se“ (ohne) und „cura“ (Sorge). In diesem ursprünglichen Wortsinn bedeutet Sicherheit also ins Deutsche übersetzt „Sorglosigkeit“.<sup>4</sup> Damit wird deutlich, daß hier auch gewisse subjektive Elemente mit in Erscheinung treten. Eine Sorge kann begründet oder unbegründet sein. Sie kann übertrieben oder leichtsinnig sein.

Der Terminus Sicherheit gewinnt aufgrund der ihm auferlegten Funktionen vielfältige Dimensionen wie z. B. die Bewältigung der Probleme in ökonomischen, politischen und sozialen Bereichen eines Staates, die Verteidigung der Ideologie sowie die Interessen des Staates auf der internationalen Bühne und schließlich die Gewährung des Friedens und der Menschenrechte, der individuellen Freiheit in der Gesellschaft. „Unter dem Aspekt der Sicherheit sind Innen- und Außenpolitik, Militär- und Nichtmilitärpolitik als Einheit zu sehen. Sicherheit ist eben auch abhängig von ökonomischen, ideologischen und sozial- psychologischen Faktoren.“<sup>5</sup>

Die Sicherheit kann man begrifflich mit dem Energieversorgungszentrum eines Staates vergleichen, wie es von den Staaten im Rahmen ihrer allgemeinen Politik und

---

<sup>1</sup> Zit. n.: Reinhard Meyers, „Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Aufl. Bonn, 1993, S. 277

<sup>2</sup> Erhard Forndran, „Abrüstung und Rüstungskontrolle - Beiträge zur Zeitgeschichte“. Colloquium Verlag, Berlin 1981, S. 8

<sup>3</sup> Immanuel Kant, „Zum Ewigen Frieden“, mit einer Einführung von Karl Jaspers. In: „Forschung und Wirtschaft – Partner und Fortschritt“. (Aachen) Jahrgang 7, 1958/4

<sup>4</sup> Daniel Frei, „Was ist unter Frieden und Freiheit zu verstehen?“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 291/I, Bonn 1990, S. 45

<sup>5</sup> E. Forndran, a.a.O., 1981 S. 10

internationalen Strategie unterhalten wird. Dieses „Versorgungszentrum“ spiegelt die wirtschaftliche, soziale und militärische Struktur eines Staates wider. Ihre Produktivität, ihre Leistung und ihre Zuverlässigkeit hängen damit zusammen, welches Modell dabei bevorzugt worden ist, was für Materialien dafür verwendet wurden, welche Qualität sie haben und welche Schlüsselrolle sie bei der Produktion spielen. Mit anderen Worten bedeutet Sicherheit im Falle eines Konflikts, der durch politische Streitigkeiten bzw. Territorialansprüche ausgelöst werden könnte, gegen jedwede Aggression von außen die Integrität und Territorialität des Landes zu wahren.<sup>6</sup> „In der politischen Praxis bezieht sich der Sicherheitsbegriff sowohl auf Individuen wie auf politische oder staatliche ‚Systeme‘. ‚Nationale‘ und ‚individuelle‘ Sicherheit sind aber insofern voneinander abhängig, als einerseits eine Bedrohung der Bevölkerung die nationale Sicherheit berühren kann und andererseits individuelle Sicherheit die Erhaltung eines politischen Systems voraussetzt.“<sup>7</sup>

Bei dem Begriff Sicherheit haben wir - wie bei anderen sozialwissenschaftlichen Begriffen - mehrere Möglichkeiten den Terminus „Sicherheit“ zu definieren. Sicherheit kann man im Rahmen einer allgemeinen strategischen Konjunktur gemäß unterschiedlichen Kriterien definieren. Je nach dem welche Kriterien, ob politische, soziale, ideologische, geopolitische, strategische Aspekte oder innenpolitische Stabilität hervorgehoben wird, bekommt dann die inhaltliche Definition des Begriffs „Sicherheit“ eine jeweils andere Bedeutung und andere Dimension.<sup>8</sup> Der Inhalt des Begriffs „Sicherheit“ befindet sich in einem ständigen Wandlungsprozeß. Wir reden heute nicht nur im innergesellschaftlichen, innerstaatlichen Zusammenhang, sondern im internationalen Kontext des Zusammenlebens der Völker von wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer Sicherheit.<sup>9</sup> Deshalb ist Sicherheit bis heute einer der umstrittensten Begriffe. Aufgrund des forcierten Wettrüstens und der Entwicklung neuer Technologien ist der Begriff „Sicherheit“ selbst zum Problem geworden. Zwar wird die Sicherheit „immer häufiger zu einer politischen Forderung und zu einem politischen Versprechen, gleichzeitig aber werden die Bedingungen der Sicherheit in der modernen Welt immer komplexer, immer weniger durchschaubar und immer schwerer realisierbar“.<sup>10</sup> Heisenberg definiert Sicherheit in ihrer allgemeinsten Form als „die Erwartung, daß die Struktur, Person oder Sache, die gesichert werden soll, auch in Zukunft erhalten bleibt“.<sup>11</sup>

### *Sicherheit als Wertidee*

---

<sup>6</sup> Mesut Hakkı Çaşın, „Çağdaş Dünyada Uluslararası Güvenlik Stratejileri ve Silahsızlanma“ (Internationale Sicherheitsstrategien und Abrüstung in der modernen Welt). Ankara 1995, S. 15

<sup>7</sup> Wolfgang Heisenberg, „Bedrohungsperzeption, Friedens- und Sicherheitsverständnis als Grundlage politischen Handelns“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., Bd291/I, 1990, S. 17

<sup>8</sup> In den letzten Jahren wird Sicherheit der Länder national sowie international durch Terrorismus und durch Umweltverschmutzung (Ozonloch) besonders gefährdet. Deshalb wird auf dem internationalen Treffen zur Bekämpfung beider Gefahren nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht.

<sup>9</sup> Karl, Lames, „Modelle der Sicherheit“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., Bd. 291/II, 1990, S. 340

<sup>10</sup> E. Forndran, a.a.O., 1981, S. 10

<sup>11</sup> W. Heisenberg in W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., 1990, S. 16

Es gibt Sicherheit für einen sozialen Wert und für eine gesellschaftspolitische Zielsetzung.<sup>12</sup> Als Wertidee beinhaltet Sicherheit die Einheit von äußerer (Schutz und Gefahrlosigkeit) und innerer Gewißheit, und Sicherheitsgefühl und spiegelt die Spannung zwischen Sicherungsmöglichkeiten und psychischen Sicherheitsbedingungen in kapitalistischen Gesellschaften wider. Die Sicherheit, verstanden als „Gefährdung von Werten“, entsteht entweder aus der Knappheit oder der Widersprüchlichkeit von Werten. Werte werden knapper, wenn ihr Anspruchsniveau höher gestellt ist als die Realisierungsmöglichkeiten. Sind die Werte des einen die Unwerte des anderen, so haben wir das Problem der Widersprüchlichkeit der Werte. Wenn die Werte knapp sind, liegt ein Verteilungsproblem vor. So besteht z.B. das Sicherheitsproblem zwischen Palästinensern und Israelis darin, daß beide Bevölkerungen dasselbe Gebiet jeweils für sich allein beanspruchen. Gesellschaftliche Sicherheit als Wertidee beinhaltet das Vertrauen in die bestehende soziale Ordnung<sup>13</sup> oder den Zustand der Gewißheit und kalkulierbare Aktionen und Reaktionen der anderen Staaten: Sicherheit als Zustand der Gewißheit heißt folglich nichts anders als Vertrauen, und dieses besteht als „Resultante des Bestimmungsgrades gegenseitiger Rollenerwartungen“.<sup>14</sup> Vertrauen zu haben bezieht sich auf das künftige Verhalten anderer. Auf zwischenstaatliche Beziehungen bezogen bedeutet Sicherheit in diesem Sinne die „gegenseitige Verlässlichkeit hinsichtlich der einzuhaltenden Spielregeln“ bzw. ein „Instrument zur Stabilisierung auf Dauer gerichteter Gegenseitigkeitsverhältnisse“.<sup>15</sup> Als Beispiel kann man das Verhalten der Länder Frankreich und Deutschland im Bezug auf Elsaß-Lothringen geben, da hier Sicherheit im Sinne gegenseitiger Verlässlichkeit beinhaltet, daß Frankreich von Deutschland keine militärische Aktion zur Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen mehr erwartet.

Aus der militärischen Perspektive betrachtet, die auch im Harmel-Bericht 1967 niedergelegt worden ist, besteht Sicherheit hauptsächlich aus den Faktoren Verteidigung und Entspannung. Grundlage der Verteidigung ist eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität der Gesellschaft. Die Grundlage der Entspannung ist Dialogs- und Kooperationsbereitschaft sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung und als letztes das Eintreten für weltweiten Interessenausgleich.<sup>16</sup>

### *Sicherheit als gesellschaftspolitische Kategorie*

Ein weiterer Aspekt der Sicherheit bildet die innere Sicherheit als ein Alltagsbegriff zur Beschreibung des Zustandes der bestehenden sozialen und politischen Ordnung bzw.

---

<sup>12</sup> W. Fuchs-Heinritz, R. Lautmann, O. Rammstedt, H. Wienold, (Hrsg.) „Lexikon zur Soziologie“. Westdeutscher Verlag, 3. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Opladen, 1994, S. 600

<sup>13</sup> Den Begriff „Ordnung“ faßt Talcott Parsons im soziologischen Sinne wie folgt zusammen: Die Ordnung ist „als das Vorhandensein normativer Kontrolle über einen Aktionsbereich handelnder Einheiten, gleichgültig, ob diese Einzelpersonen oder Kollektive sind, und zwar in der Form, daß einerseits ihre Handlungen in Grenzen gehalten werden, die wenigstens mit der Mindeststabilität des Systems als Ganzem vereinbar sind und daß andererseits eine Grundlage für zumindest bestimmte Arten gemeinsamer Aktionen,

wenn die Situationen diese erfordert, vorhanden ist“. T. Parsons, „Ordnung und Gemeinschaft im internationalen System“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz, (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. a.a.O. 1990, S. 100

<sup>14</sup> F.-X Kaufmann, „Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem“, Stuttgart 1970, S.21 Zit. n.:D. Frei, a.a.O., 1990, S.47

<sup>15</sup> F. X.- Kaufmann, a.a.O., 1970, S. 6; 73 u.70. Zit. n.: Ebd. S. 47

<sup>16</sup> Claus Richter, „Die internationale Strategiediskussion“. In: Hartmut Bühl, (Hrsg.), „Strategiediskussion“. Verlag, Mittler, 1. Auflage, Herford, 1987. S. 38

des Systems und des „sozialen Friedens.“<sup>17</sup> Im Gegensatz zur äußeren Sicherheit, wo die Gefahren externe Ursachen (Kriegsdrohungen, Wirtschaftsembargo etc.) haben, besteht innere Sicherheit aus den Bedrohungen, die den sozialpolitischen Entwicklungen oder Zuständen eines Systems zugrunde liegen. Demgemäß wird innere Sicherheit gleichgesetzt mit dem Schutz „der Bürger vor Verbrechen, dem Schutz staatlicher Einrichtungen vor Übergriffen sowie dem Schutz der sozialen und politischen Ordnung schlechthin“.<sup>18</sup> Zur gesellschaftspolitischen Kategorie entwickelte sich Sicherheit nach der Wirtschaftskrise in der 1930‘er Jahren.<sup>19</sup>

### *Sicherheit und Frieden*

Sicherheit und Frieden sind zwei Begriffe, die eng miteinander verbunden sind. Der Frieden bedeutet schlicht und einfach die Abwesenheit von Krieg oder die Abwesenheit von organisierter kollektiver Gewaltanwendung (kurz: „Nichtkrieg“<sup>20</sup>). W. Heisenberg definiert den Friedensbegriff nicht nur als die Abwesenheit des Krieges, sondern erweitert den Begriff und sammelt unter dem Begriff „Frieden“ die Abwesenheit aller Formen von Gewalt.<sup>21</sup> Eine Friedensordnung, die positive Friedensmerkmale aufweist, würde sich grundlegend von der heutigen Ordnung unterscheiden und ein weitgehendes Umdenken erfordern (positiv definierter Frieden). Da ein allgemein positiv formulierter Friedensbegriff - verstanden als Friedensordnung - unter den gegenwärtigen Bedingungen der internationalen Politik nicht möglich erscheint,<sup>22</sup> gewinnt deshalb der Begriff Sicherheit mehr an Bedeutung als der des Friedens. Frieden ist ein Zustand, der den nationalen und internationalen Wettbewerb fördert, aber die bewaffnete und gewalttätige Auseinandersetzung strikt ablehnt, „der Evolution verspricht, doch Revolution ausschließt“.<sup>23</sup>

Bei Hobbes ist das Gegenteil von Frieden nicht der Krieg, sondern Unsicherheit. Er versteht das Wesen des Friedens als Sicherheit im Sinne des „faktisch-politischen Sicherheitszustandes“ und des subjektiven Sicherheitsgefühls. Er begreift den Frieden als Negation des Krieges. Die Voraussetzung für den Frieden ist das Vorhandensein des Staates. Er begreift den Frieden als innere Sicherheit bzw. innere Rechtssicherheit, garantiert durch das Gewaltmonopol des Staates. Er sieht die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit nur im Leviathan, der seinen Bürgern den Frieden garantieren kann. Daher enthält der Inhalt seines Friedensbegriffs die Faktoren Sicherheit, Ruhe und öffentliche Ordnung.<sup>24</sup>

### *Äußere und Innere Sicherheit*

---

<sup>17</sup> W. Fuchs-Heinritz, R. Lautmann, O. Rammstedt, H. Weinold, (Hrsg.), a.a.O., 1994, S. 600

<sup>18</sup> Ebd., S. 600

<sup>19</sup> Ebd., S. 600

<sup>20</sup> D. Frei in W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., 1990, S. 41 u. ff.

<sup>21</sup> W. Heisenberg in W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., 1990, S. 15

<sup>22</sup> Positiver Frieden setzt eine Art Weltstaat oder Weltbund mit einer „Weltregierung, einem Weltgericht und

einer Weltpolizei“ voraus und heißt „Herrschaft des Rechts (rule of law) und das Vorhandensein von Institutionen der Konfliktregelung“, D. Frei, a.a.O., 1990, S. 43

<sup>23</sup> Lynn Hansen, „Amerikanische Sicherheitspolitik- Grundlagen und Tendenzen -aus amerikanischer Sicht“. In: O. Buchbender/H.Bühl/H. Quaden (Hrsg.), „Sicherheit und Frieden“. Verlag Mittler, 2. vollkommen überarbeitete und erweiterte Auflage, Herford 1985, S. 142

<sup>24</sup> Vgl. R. Meyers, a.a.O., 1993, S. 274 und ff.

Es wird im allgemeinen zwischen äußerer und innerer Sicherheit unterschieden. Man spricht von äußerer Sicherheit im Zusammenhang mit dem Schutz eines Staates vor externer Beherrschung oder Existenzgefährdung durch Mittel der militärischen Gewalt, des politischen Drucks, der Drohung Erpressung oder durch wirtschaftlichen Boykott. Äußere Sicherheit bzw. nationale Sicherheit von Staaten kann man im allgemeinsten Sinne definieren als einen Zustand des Staates, in dem ihm eine ungefährdete physische, politische, ökonomische und kulturelle Existenz und Entwicklung ermöglicht wird. Das heißt: Keinen Bedrohungen - seien sie militärischer oder anderer Art - durch andere Staaten ausgesetzt zu sein, und Freiheit zu haben, um die Eigenentwicklung gemäß den gesellschaftlichen Erfordernissen und Gesetzmäßigkeiten auf der Basis des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker zu gestalten.<sup>25</sup> Man kann von einer äußeren Sicherheit sprechen, wenn Eingriffe von außen nicht bestehen. Von innerer Sicherheit wird gesprochen, wenn die Bedrohung gegenüber zentralen Werten der bestehenden Ordnung eines Gesellschaftssystems nicht vorhanden ist. Die innere Sicherheit bezieht sich auf Gefahren, die von innen auf die Gesellschaft oder den Staat einwirken. Trotz all dieser unterschiedlichen Definitionen wird der Begriff „Sicherheit“ in der Regel als „Abwesenheit von (bzw. der Schutz vor) Gefahren und Bedrohung verstanden“,<sup>26</sup> die auch als negative Sicherheit bezeichnet wird.

### 1.1.1. Galtungs Sicherheitsverständnis

Der Begriff „Sicherheit“ umfaßt nach Galtungs Ansicht nur den ersten Bedeutungsaspekt, nämlich „Abwesenheit von Krieg“, während die anderen beiden Definitionen (Abwesenheit der Androhung von Krieg und Ausgewogenheit) nur noch als positive oder negative Bedingungen angesehen werden. Galtung vertritt die Ansicht, daß der hoffnungsvollste Ansatz zur Erreichung von Sicherheit auf zwei Grundlagen beruhen würde: „Dem Abbau offensiver Potentiale, die bedrohlich wirken, unabhängig davon, was ihr Zweck ist, und dem Aufbau nicht provokativer defensiver Potentiale, die keine Bedrohung darstellen“.<sup>27</sup>

Johan Galtung geht in seiner Analyse über Friedens- und Sicherheitspolitik<sup>28</sup> zunächst auf den Begriff „Frieden“ ein, den er in drei Kategorien einteilt: Zur ersten Kategorie gehört der Begriff Frieden in seiner negativen Definition einfach als „Abwesenheit von Krieg“. In der zweiten Kategorie versteht man Frieden als „die Abwesenheit der Androhung von Krieg“. Zu der letzten Kategorie gehört die positive Definition von Frieden als „ein System von interagierenden Parteien zum gegenseitigen Nutzen sowohl innerhalb der Staaten als auch unter ihnen“.<sup>29</sup> Dazu gehört, daß die Beziehungen so ausgeglichen werden, daß alle Staaten von der Kooperation profitieren und die vorhandenen Differenzen mit der Zeit abnehmen können. Ausgewogenheit in einem

---

<sup>25</sup> Max Schmidt, „Neue Wege zur Sicherheit in den internationalen Beziehungen“. In: Hanns-D. Jakobsen/Heinrich Machowski/Dirk Sager (Hrsg.), „Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1988, S. 186

<sup>26</sup> D. S. Lutz, „Sicherheit/Internationale Sicherheitspolitik“. In: Dieter Nohlen (Hrsg.), „Wörterbuch Staat und Politik“. Serie Piper, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, München 1991, S. 602 u. ff.

<sup>27</sup> Johan Galtung, „Stabilität oder Unsicherheit“. In: Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, Bd. 46, 1. Auflage, 1987, S. 54

<sup>28</sup> Ebd., S. 54

<sup>29</sup> Ebd., S. 54

wirklichen Sinne sollte unter den Staaten zu Gleichheit oder zumindest zu weniger Ungleichheit führen.

Johan Galtung nennt zwei Grundelemente der Sicherheit mittels derer er Sicherheit als eine mathematische Formel verständlich macht: Diese sind die Zerstörungskraft des Gegners und die Unverletzbarkeit des Angegriffenen. Er hat, ausgehend von der Zerstörungskraft (Z) und Unverletzbarkeit der beiden Parteien, die Sicherheit (S) definiert als die eigene Unverletzbarkeit (U) minus die Fähigkeit der anderen Partei, Zerstörung zu verursachen. Er bezeichnet diese Definition von Sicherheit als eine „recht vernünftige“ Definition. Und dies bedeute „die Fähigkeit, einen Konflikt unversehrt zu überstehen; in anderen Worten, die Wahrscheinlichkeit, daß Menschen die Gesellschaft, die Natur und auch das eigene Verteidigungssystem überleben werden.“<sup>30</sup> Rein mathematisch definiert bedeutet Sicherheit nach dem Prinzip des Gleichgewichts der Macht:

$$Z_1 - U_2 = Z_2 - U_1$$

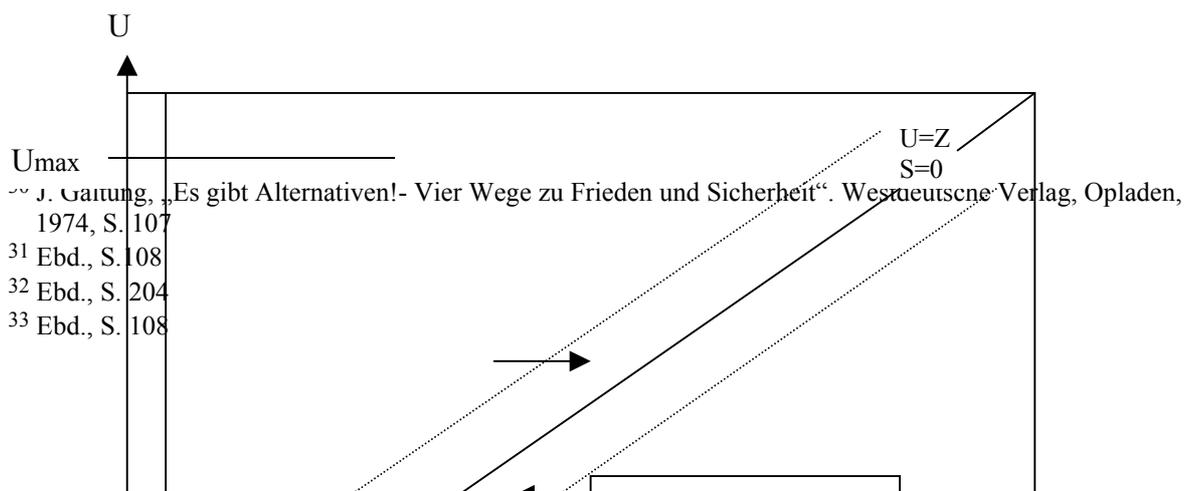
wird es folgendermaßen geschrieben:

$$U_1 - Z_2 = U_2 - Z_1 \text{ oder } S_1;2 = S_2;1$$

D.h., daß die Sicherheit beider Parteien ungefähr gleich ist, weil die Sicherheit einer Partei abhängig ist von der Sicherheit der anderen Partei. Nach dem Motto: „Nur wenn die andere Partei sich ungefähr gleich sicher fühlt wie ich, habe ich Grund, mich sicher zu fühlen (...) Die Sicherheit ist eine Beziehung, nicht eine absolute Eigenschaft einer der beiden Parteien allein: Man muß - über die Zerstörungskraft der gegnerischen Waffen hinaus - einen hohen Grad an Unverletzbarkeit besitzen.“<sup>31</sup>

Nach Galtungs Ansicht wäre die erste Komponente für die Sicherheit (allerdings im Rahmen der europäischen Sicherheit) das Ausmaß, in welchem man von einem Land sagen kann, daß seine Waffen vor allem auf die Verteidigung der Landesgrenzen beschränkt sind. Das heißt, es besitzt in geringem Umfang offensive Waffen und in großem Umfang defensive Waffen.<sup>32</sup> Als zweite Komponente der Sicherheit sieht Galtung die Loslösung von den Supermächten mit der Konsequenz, daß ein Staat entweder den Status „Neutralität“ - verstanden als absolute Parteilosigkeit auch in Bezug auf grundlegende Konflikte - einnehmen kann, wobei dieser Status in der internationalen Politik an Bedeutung verliert, oder den Status „Bündnisfreiheit“ einnehmen kann.

Abbildung 1.: Sicherheit als Differenz zwischen dem Grad der Unverletzbarkeit und der Zerstörungskraft der anderen Seite.<sup>33</sup>



Sicherheit=  
Sicherheitsüberschuß

Sicherheits-Isoquoante
------------------------

Bei Galtung spielt die Unverletzbarkeit eines Landes eine wichtige Rolle für die Gewährung der Sicherheit eines Landes. Die Unverletzbarkeit hat zwei Komponenten: Zum einen geht es um die Manifestation der gesellschaftlichen bzw. gesellschaftspolitischen Festigkeit eines Staates. Die andere Dimension beinhaltet die aufgrund der wirtschaftlichen Möglichkeiten oder der Waffentechnologien (militärische Stärke) hervorgerufene Unverletzbarkeit. Ein unsicheres Land versucht seinen Grad an Sicherheit zu erhöhen, in dem es seine Unverletzbarkeit vergrößert oder durch die Entwicklung neuer Waffentechnologien seine eigene Zerstörungskraft und damit auch seine äußere Unverletzbarkeit erhöht - dies mit der Folge, daß das andere Land sich automatisch in die Unsicherheitszone gedrängt fühlt. Es ist durchaus möglich, daß das andere Land das Gleiche tut. Und hier kommt der Punkt, der als Rüstungswettlauf oder Sicherheitswettlauf bezeichnet wird, der sich in einen Unsicherheitswettlauf verwandelt, weil er die beteiligten Länder in die Unsicherheitszone schiebt.<sup>34</sup>

Die zweite Perspektive ist die Unverletzbarkeit, die auf äußerer Nützlichkeit basiert. In jedem Krieg gibt es gewisse Dinge im Lande des Feindes, die der Gegner nicht zerstört sehen will wie z. B. natürliche Ressourcen, historische Dokumente oder manche wirtschaftlichen Kapazitäten, die für den Feind auch von Bedeutung sein können. Am günstigsten ist der Fall, wo das Land, wie z.B. die Schweiz, selber nützlich ist: Die Schweiz ist dafür ein offensichtliches Beispiel, denn mit ihren Bankdiensten, humanitären Diensten und Konferenzorten ist sie Zentrum und Angelpunkt des Finanzwesens und der Politik der internationalen Beziehungen geworden, so daß sie sowohl in Friedens- als auch in (drohenden) Kriegszeiten bzw. in der Wiederaufbauperiode danach nützlich ist. In dem Fall basiert die Sicherheit auf einer angemessenen Mischung aus rein defensiven Mitteln zur Verteidigung und der Unverletzbarkeit des Landes.<sup>35</sup>

---

<sup>34</sup> Ebd., S. 111

<sup>35</sup> J. Galtung, a.a.O., 1984, S. 204

Überblick: 1. Sicherheit in Europa.<sup>36</sup> Die Skala von 0,1 bis 2 soll zeigen, wie diese Länder nach den u. g. vier Dimensionen bewertet werden.

	Defensiv Gegen Offensiv	Loslösung von den Supermächten	Innere Stärke	Nützlichkeit nach Außen	Summe	Sicher- heits- klasse	Anzahl von Ländern
CH	2	2	2	2	8	****	1
YU	2	2	1	1	6	}	2
AL	2	2	2	0	6		
A	2	2,1	1	1	6,5	}	4
SF	2	2,1	1	1	6,5		
S,M	1	1	1	1	4		
R	1	1	1,0	1	4,3	}	7
GR	1	1	1,0	1	4,3		
F	0	1	1	1	3		
CY	0,1	1	0,1	0,1	2,3		
E, IS	0,1	1	0,1	0,1	2,3		
IRL	0,1	1	0,1	0,1	2,3		
NATO- und Warschau- er Klien- tenländer	0	0	0,1	0,1	0,2		
Total							30

Die Tabelle verdeutlicht den Sicherheitsgrad der Länder nach ihrer politischen Zugehörigkeit. Es wird ersichtlich, daß das einzige Land, das die volle Punktzahl erreicht hat und gemäß dieser Theorie das sicherste Land in Europa ist, die Schweiz ist. D. h. die Schweiz kann als Prototyp der bündnisfreien Länder angesehen werden. Die unsichersten Länder, unter denen sich auch die Türkei sich befindet, sind die NATO- und Warschauer Paktländer, weil im Rahmen strategischer Konzepte sowohl als potentielle Absender als auch als potentielle Empfänger von Nuklearwaffen angesehen werden. Entsprechend kann man durchaus die These ableiten, daß ein Land allein durch die Bündniszugehörigkeit seine Sicherheit nicht erlangen kann. Hier ist besonders die Unverletzbarkeit eines Landes - im Form von Nützlichkeit - nach außen sowohl in Friedenszeiten als auch im Krieg von Bedeutung.

### 1.1.2. Definition der Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik ist als Gesamtheit der strategischen und taktischen Grundsätze, Instrumente und Handlungen staatlicher Politik zu verstehen, die darauf gerichtet ist, einen Zustand zu erreichen, in dem ein Land die Fähigkeit besitzt, Bedrohungen abzuwehren. Unter diesem Aspekt wird die Sicherheit in starkem Maße als ein

<sup>36</sup> Ebd., S. 205

militärisches Problem betrachtet, das den Schutz vor anderen Staaten und die Abwehrfähigkeit des Landes im Falle eines militärischen Konfliktes beinhaltet. Auf diesem Verständnis basierende Sicherheitspolitik war besonders während des Ost-West-Konfliktes darauf gerichtet, Bedrohungen durch den Aufbau von Gegendrohungen im militärischen Bereich (Abschreckung) unter Kontrolle zu halten.<sup>37</sup>

Im Rahmen der Außenpolitik eines Staates wird die Sicherheitspolitik mehr oder weniger am Zustand der Unverwundbarkeit der jeweiligen Gesellschaft gemessen. In der heutigen Zeit sind jedoch nur wenige Gesellschaften in der Lage, aufgrund der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Abhängigkeiten der Staaten, ihre Sicherheit autonom zu gewährleisten. Eine der Voraussetzungen einer auf Stabilität ausgerichteten Sicherheitspolitik ist ein funktionierendes Krisenmanagement. Krisen müssen so bewältigt und politische Konflikte im Vorfeld von Krisen kooperativ so gesteuert werden, daß es den Kontrahenten ermöglicht wird, einen Konflikt ohne Macht und Prestigeeinbuße abzuschwächen und ihn schließlich zu beseitigen. Das erfordert die Einbeziehung politischer, diplomatischer, militärischer, wirtschaftlicher und psychologischer Mittel als Instrumente des Krisenmanagements. Eine solche Sicherheitspolitik macht notwendige Verteidigungsanstrengungen nicht überflüssig. Sie relativiert jedoch die Bedeutung der militärischen Säule für die Sicherheit.

Sicherheitspolitik beinhaltet nicht nur militärische Aspekte, sondern sie besteht aus mehreren Variablen. Sicherheitspolitik hat sich im Laufe der Zeit verwandelt und neben den rein militärischen Aspekten muß Sicherheitspolitik heute auch anderen Dimensionen internationaler Beziehungen ihre Aufmerksamkeit widmen. „Sicherheitspolitik muß heute alle Kernbereiche zwischenstaatlicher Beziehungen, d.h. sowohl deren militärische, politische, ökonomische, ökologische und humanitäre Seite berücksichtigen, weil all diese Teilbereiche nicht isoliert voneinander, sondern im Gegenteil in einer engen dialektischen Wechselwirkung miteinander verflochten bestehen.“<sup>38</sup>

### 1.1.3. Nationale Sicherheitspolitik

Die nationale Sicherheit wird im sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch bezeichnet als „die Fähigkeit einer Nation ihre inneren Werte vor äußerer Bedrohung zu schützen“.<sup>39</sup> Nationale Sicherheit umfaßt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit eines Landes, die Rechte und die Freiheiten, die den Bürgern gewährleistet werden, und den Schutz vor Gefahren. Durch Sicherheit sollen „die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität, die Lebensfähigkeit des Landes sowie die Existenz und Existenzentfaltung seiner Bürger“<sup>40</sup> gewahrt werden. Heute werden im allgemeinen die territoriale Integrität, das Überleben der Bevölkerung, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und innergesellschaftliche Stabilität zu den Grundvoraussetzungen nationaler Sicherheit gerechnet.<sup>41</sup> Dazu kommen Merkmale bzw. Prioritäten, die aufgrund der geopolitischen Lage des Landes oder der ethnischen, ideologischen bzw.

<sup>37</sup> Vgl. M. Schmidt, a.a.O., 1988, S. 186

<sup>38</sup> Ebd., S. 191

<sup>39</sup> Dieter Dettke, „Militärpolitik/Sicherheitspolitik“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), „Handwörterbuch internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1994, S. 294

<sup>40</sup> Dieter S. Lutz, „Sicherheit/Internationale Sicherheitspolitik“. In: Dieter Nohlen (Hrsg.), a.a.O. 1991, S. 602

<sup>41</sup> W. Heisenberg, a.a.O., 1990, S. 17

religiösen Zusammensetzung der Gesellschaft entstehen und durch das politische System des jeweiligen Staaten bestimmt werden. Dementsprechend verbindet bei der systembezogenen Definition der nationalen Sicherheit „die Systemtheorie den Sicherheitsbegriff mit der Erhaltung der 'Grundstruktur' eines Systems“.<sup>42</sup> Dagegen heben Theoretiker wie Karl. W. Deutsch nicht die Grundstruktur der bestehenden Ordnung, sondern die Leistung des Systems im Zusammenhang mit dem Sicherheitsbegriff hervor. Für Deutsch ist „die Sicherheit die Erwartung, daß die Leistung des Systems zuverlässig und über längeren Zeitraum erhalten bleibt“.<sup>43</sup>

Als oberstes Interesse eines Staates gilt in erster Linie die Bewahrung der Freiheit und die gesellschaftliche Eigenentwicklung eines Volkes ohne äußere Drohungen, Aggressionen und Angriffe. Die Sicherheitspolitik eines Staat ist in erster Linie darauf gerichtet, außenpolitische Konflikte zu vermeiden. Dies soll aber nicht dazu führen, auf allen Gebieten zu kapitulieren, sondern wenn es sein muß, unter Einsatz militärischer Mittel „die gesellschaftliche Substanz“<sup>44</sup> zu wahren. Bei der Beurteilung der eigenen Sicherheitslage spielt im Regelfall die angenommene oder unterstellte Interessenlage von - für die eigene Sicherheit für relevant gehaltenen - Staaten eine größere Rolle als objektive Befunde.<sup>45</sup>

Bei Gewährung der nationalen Sicherheit wird darauf beachtet, daß jeder Staat seine sicherheitspolitischen Interessen auf seine politischen, militärischen, wirtschaftlichen, geopolitischen und gesellschaftlichen Realitäten aufbaut. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gestaltung der nationalen Sicherheitspolitik nicht mit emotionalen Gefühlsausbrüchen, mit Vorurteilen und akademischen Spekulationen durchgeführt wird. Das fundamentale Prinzip dafür ist, daß die nationale Sicherheit nicht dem Zufall überlassen werden kann. Bei der Verfolgung der Außenpolitik gilt in der Regel: „In der Außenpolitik gibt es weder Freunde noch Feinde; es gibt nur Interessen.“

Rein militärisch gesehen, hängt die Sicherheitsfähigkeit eines Staates mit seinem militärischen Potential zusammen, den dem Staat umgebenden Drohungen bzw. Aggressionsabsichten vorzubeugen.<sup>46</sup> Ein Staat fühlt sich sicher, „wenn kein anderer Staat die Möglichkeit besitzt, durch kriegerische Aktionen oder durch die Androhung oder der Anwendung militärischer Gewalt in die innere Entwicklung dieses Staates in einer für ihn in Form und Wirkung nicht akzeptablen Weise hineinzuwirken“.<sup>47</sup>

In einem Weltsystem einer „anarchischen Gesellschaft“, in der auf jeden Fall mit Gewaltausbruch, als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“<sup>48</sup> zu rechnen ist, ist die Sicherheitspolitik eines nationalen Staates regionalen und internationalen Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt – seien sie wirtschaftlicher oder politischer Art.

---

<sup>42</sup> Ebd., S. 17

<sup>43</sup> Ebd., S. 17

<sup>44</sup> D. Dettke, a.a.O., 1994, S. 294

<sup>45</sup> Vgl. Niels-Möller Gauland, „Ein Sicherheitsmodell im Rahmen der OSZE“. In: Europäische Sicherheit, 3/1996, S. 36

<sup>46</sup> Vgl. M.H. Çaşın, a.a.O., 1995, S. 17

<sup>47</sup> E. Forndran, a.a.O., 1981, S. 10

<sup>48</sup> D. Frei, „Die Entstehung eines globalen Systems unabhängiger Staaten“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die Weltpolitik“. Bundeszentrale für politische Bildung, zweite aktualisierte Auflage, Bonn, 1987, S. 26



Beziehungen wird u.a. durch das Wechselspiel von Krieg und Frieden bestimmt.<sup>52</sup> Die Großmächte bestimmen das Geschehen in der internationalen Politik und liefern den Handlungshintergrund und Bestimmungsfaktoren gemäß ihrer Interessen oder der ihrer Verbündeten.

Der Unterschied der internationalen Beziehungen zwischen dem Zeitalter des Altertums und dem des 20. Jahrhunderts liegt darin, daß früher ein Imperium wie z.B. das Römische Reich unterging, ohne die internationale politische Ordnung grundsätzlich in Frage zu stellen. Erst in der Zeit der napoleonischen Feldzüge über ganz Europa wurde schon die Schwächung eines wichtigen Staates als störend für das internationale - damals europäische - Gleichgewicht und somit auch für die internationale Sicherheit empfunden.<sup>53</sup>

Im 18. und 19. Jahrhundert, also zu Zeiten, in denen Begriffe wie Friedenssicherung, Menschenrechte und Markwirtschaft nicht genügend Beachtung fanden, bestand die Hauptaufgabe der Bündnisse im System der klassischen nationalstaatlichen Souveränitätspolitik nicht in erster Linie darin, „den Frieden zu wahren“, sondern über die alte europäische Frage „Hegemonie oder Gleichgewicht“ zu entscheiden - und zwar häufig mit den Mitteln des Krieges. Deshalb gehörten die Allianzen, die vorwiegend zum Zwecke der Kriegsführung für kurze Zeit geschlossen wurden, zum typischen Charakter der europäischen „balance of power“. Dabei spielten geistig-politische Unterschiede im multipolaren System Europas keine entscheidende Rolle.<sup>54</sup> Die internationalen Beziehungen waren viele Jahrhunderte hindurch durch das Streben nach militärischer Überlegenheit oder zumindest nach Ebenbürtigkeit gegenüber den Nachbarstaaten geprägt. Die Herrschenden verstanden die militärische Überlegenheit eher als offensiv und versuchten, durch Angriffe Vorteile für den eigenen Staat durchzusetzen. Daher wurde der Angriff, wenn er nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig Vorteile versprach, „als letzte und höchste Form der Sicherheitspolitik legitimiert“.<sup>55</sup> Daher stand die Sicherheitspolitik des 19. Jahrhunderts häufig mit aggressiver Außenpolitik und kriegerischen Überfällen in Wechselbeziehung.<sup>56</sup>

Bis zum 20. Jahrhundert waren die Variationen der Gleichgewichtsdoktrinen darauf gerichtet, einen Ausgleich zwischen den Mächten zu schaffen. Diese Doktrinen wurden als Instrumente zur Verhinderung der Entwicklung eines Staates zur Hegemonialmacht betrachtet. „Sie waren also gegen die Entwicklung eines Weltmonopolisten gerichtet. Und in der Tat waren die globalen modernen Kriege, wie die napoleonischen Kriege und der Erste und Zweite Weltkrieg, Manifestationen eines solchen Wettstreits auf Weltebene. Nach dem Zweiten Weltkrieg spitzte sich dieser Wettstreit in der Bipolarität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu.“<sup>57</sup>

---

<sup>52</sup> Wichard Woyke, „Internationale Sicherheit“. In: A. Görlitz (Hrsg.), „Handlexikon zur Politikwissenschaft“.

rororo, Hamburg, 1982, S. 173

<sup>53</sup> Vgl. W. Woyke, a.a.O., 1982, S.173

<sup>54</sup> Vgl. K.-D.- Schwarz, „Sicherheit durch Bündnissysteme“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Bd. II. Baden Baden, 1987, S.661 u. ff.

<sup>55</sup> E. Forndran, „Abrüstung und Rüstungskontrolle - Beiträge zur Zeitgeschichte“. Colloquium Verlag, Berlin,

1981, S. 8

<sup>56</sup> Ebd., S. 8

<sup>57</sup> Vgl. D. Senghaas, „Konfliktformationen im internationalen System“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1988, S. 18

Die Einstellung der Staaten, Sicherheit allein militärisch und als Überlegenheit gegenüber Nachbarstaaten zu begreifen, was den offensiven Gebrauch von militärischen Fähigkeiten nicht ausschließt, ist noch nicht völlig überwunden. Selbst wenn der Verlauf der internationalen Beziehungen der modernen Welt andere Dimensionen bekommen und nun über „postmoderne“ Theorien diskutiert wird, sind die Politiker noch nicht so weit, Sicherheitspolitik als ausschließlich defensive Politik zu begreifen.<sup>58</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Welt in zwei Bündnissysteme geteilt. Diese Bündnisse wurden in ideologischen, ordnungspolitischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und humanitären Bereichen zu Rivalen. Sie umfaßten nahezu alle Industriestaaten werden jeweils durch eine Supermacht repräsentiert - die USA steht westlicherseits und die Sowjetunion östlicherseits an der Spitze. Außerhalb dieses klassischen Ost-West-Gegensatzes formierte sich Mitte der fünfziger Jahre noch eine weitere politische Ordnung: Die Bewegung der blockfreien der Dritten Welt. Der mehr als 40 Jahre andauernde Ost-West-Konflikt lag im weltpolitischen Antagonismus, in der ideologischen Auseinandersetzung, in der Rüstungskonkurrenz der beiden Blöcke und in einer Politik der Abgrenzung begründet.<sup>59</sup>

Bis zur gemeinsamen Erklärung der Präsidenten der beiden Supermächte am 3. Dezember 1989 auf einem Schiff im Mittelmeer in der Nähe von Malta, die zur Beendigung des vier Jahrzehnte lang andauernden Kalten Krieges führte, hatte diese Konfliktformation die Struktur der Weltpolitik beherrscht. Noch heute bestimmt sie zumindest in der militärischen Dimension die internationale Politik. Die allgemein anerkannten katastrophalen Auswirkungen eines Nuklearkrieges hat die Supermächte des Kalten Krieges daran gehindert, den ideologischen und militärischen Rivalitätskampf als einen offenen globalen Konflikt auszutragen. Wie die Kubakrise gezeigt hat, zwang die anhaltende Gefahr eines Nuklearkrieges beide Supermächte zu einer (friedlichen) Koexistenz.<sup>60</sup>

### 1.2.1. Sicherheitspolitik im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes

Der klassische Begriff, „Ost-West-Konflikt“ bezeichnete in erster Linie den Gegensatz der Blöcke auf der Ebene der Ideologie und der gesellschaftlichen Systeme. Der Konflikt zwischen Ost und West bestand darin, daß die ordnungspolitischen Projekte des westlichen Liberalismus<sup>61</sup> der „östlichen“ Ideologie des Kommunismus gegenüberstand.<sup>62</sup> „Während die Vereinigten Staaten versuchten, politische Entwicklungen nach angelsächsischem Demokratieverständnis durch Maßnahmen wie den Marshallplan zu induzieren und die Militärmacht jedoch primär als technische Zerstörungskraft für den Fall eines Krieges ansahen, baute der Kreml ein System der

<sup>58</sup> Vgl. Ebd., 1981, S. 8

<sup>59</sup> Vgl. D. Senghaas, „Friedensprojekt Europa“, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1992, S. 83

<sup>60</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 18

<sup>61</sup> Nach Kishore Mahbubani hat die USA in der Weltpolitik einen „sanften“ Führungsstil. Wenn die stalinistische Sowjetunion oder Hitlers Deutschland im Zweiten Weltkrieg als Sieger hervorgetreten worden

wären, würde man nicht einmal zu denken wagen, was für eine Welt wir haben würden. Kishore Mahbubani, „Çöküşün Tehlikeleri“ (Die Gefahren des Verfalls), Übersetzung: Mustafa Çalık. In: „Türkiye

Günlüğü“, Güz/1993, Nr. 24, S. 71-73

<sup>62</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1992, S. 83

unmittelbaren politischen Herrschaft auf, das sich nicht auf die Attraktion eines erfolgreichen politischen Systems oder erfolgversprechender ökonomischer Anreize, sondern letztlich nur die Präsenz einer umfangreichen Armee stützen konnte.“<sup>63</sup> Die Folge davon war, daß die Gefahrenwahrnehmung im Kalten Krieg im Rahmen des Ost-West-Konflikts westlicherseits auf der Wahrscheinlichkeit des Gebrauchs des sowjetischen Heers beruhte, östlicherseits auf der Herausforderung der gesellschaftlichen Ordnung, was ein Legitimationsproblem der Sowjetherrschaft darstellte. Dieser Gegensatz eröffnete den Weg des Kalten Krieges<sup>64</sup> zwischen den Blöcken und die Gründung der militärischen Bündnisse. Der originäre Konfliktgehalt war also hauptsächlich politisch-ideologischer Natur, nicht militärischer. Die ideologisch-politische Auseinandersetzung der beiden Mächte führte frühzeitig zur Militarisierung des Konfliktes. Demzufolge wirkte eine im wesentlichen militärisch ausgerichtete Sicherheitspolitik nachhaltig auf die Beziehungen der Blöcke ein. Die Ost-West-Beziehungen waren durch zwei negative Elemente geprägt: durch Rüstung und Gegenrüstung.<sup>65</sup> Die bipolare Teilung der Welt in zwei Lager wurde im politischen Bereich so formuliert, daß das eigene Lager das absolut gute, das andere absolut böse gekennzeichnet wurde. Nachdem sich - aufgrund des gegenseitigen Schreckens - von beiden Seiten die Ansicht durchgesetzt hatte, daß eine militärische Auseinandersetzung nicht in Frage kommt, wurde der Wettkampf der Systeme auf den wirtschaftliche Bereich verlagert.<sup>66</sup>

Dieser sicherheitspolitische Wettstreit wurde jedoch seit Anfang der achtziger Jahre in Frage gestellt. Besonders im europäischen Raum wurde dies mit Massendemonstrationen der Friedensbewegungen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern offenkundig gemacht. In Deutschland z.B. nahmen die berühmten traditionellen Ostermärsche mittlerweile die Form der Friedensdemonstrationen<sup>67</sup> an. Obwohl die Diskussion um sicherheitspolitische Fragen nicht mehr wie Anfang der achtziger Jahre als ‚Ein-Punkt-Programm‘ (Weg mit der Nuklearrüstung) auf der Tagesordnung von Tausenden von Demonstranten steht, geht die Diskussion um die sicherheitspolitischen Konzepte weiter.

---

<sup>63</sup> Vgl. Klaus von Schubert, „Sicherheitsvorstellungen und Militärstrategien im Ost-West-Konflikt“. In: Dieter

S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik am Scheideweg?“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1982, S. 116

<sup>64</sup> Den Beginn des Kalten Krieges beschrieb H. Kissinger so: „In der Annahme, es bestehe überall auf der Welt ein grundlegendes Harmonieempfinden, machte Truman nicht den geopolitischen Interessenkonflikt, sondern ‚schlechtes Betragen‘ und ‚politische Unreife‘ für die Meinungsverschiedenheiten mit den Sowjets verantwortlich. Mit anderen Worten: Er glaubte, Stalin irgendwie zu ‚normalem‘ Verhalten bringen zu können. Als er jedoch der Realität ins Auge blickte und erkennen mußte, daß die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten nicht durch Mißverständnisse verursacht worden waren, sondern durch Wesensmerkmale des sowjetischen Systems schlechthin, bedeutete dies den Beginn des Kalten Krieges.“ Henry A. Kissinger „Die Vernunft der Nationen - Über das Wesen der Außenpolitik-“. Siedler Verlag, Berlin 1994, S. 455

<sup>65</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 8

<sup>66</sup> Vgl. Ernest Mandel, „Wettkampf der Systeme. In: Ekkehard Krippendorff (Hrsg.), „Probleme der internationalen Beziehungen“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1972, S. 204

<sup>67</sup> Siehe: Über Ostermarsch-Bewegungen: Andreas Buro, „Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen“. In: „Friedensanalysen. Schwerpunkt: Friedensbewegung“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1977, S. 50 und ff.

Während des Kalten Krieges war die Konfliktodynamik der Fronten so strukturiert, zur Festigung jeweils in ihrem Herrschaftsbereich Bündnisse einzurichten, nicht aber eine direkte militärische Konfrontation mit Gewinnern oder Verlierern. Während der Zeit des Kalten Krieges bestand nicht die Möglichkeit, eine alternative Form des internationalen sicherheitspolitischen Zusammenlebens zu entwickeln. Da beide Weltmächte nicht bereit und willig waren, Sicherheitsmodelle, die auf eine Umverteilung der Macht zugunsten anderer hinausliefen, zu verfolgen.<sup>68</sup>

Die Militärstrategie der nuklearen Vergeltung basierte in der Anfangsphase auf der unangefochtenen Überlegenheit der USA im Bereich der Kernwaffen. In Bezug auf das nukleare Potential wurde in erster Linie nicht von Kriegsführung, sondern von Abschreckung gesprochen. Aber mit dem Start des Erdsatelliten ‚Sputnik‘ im Oktober 1957 demonstrierten auch die Sowjets die Fähigkeit, Nuklearwaffen sogar interkontinental zu benutzen. So wurde von der einseitigen Abschreckung zur gegenseitigen Abschreckung übergegangen. „Das Gleichgewicht des Schreckens“ (Churchill) war somit vollzogen.

Angesichts der Parität zwischen den USA und der Sowjetunion im Kernwaffenbereich haben beide Seiten sich auf die Fähigkeit zum Zweitschlag konzentriert. Im Falle eines nuklearen Anschlags einer Seite sollte der Angegriffene über genügend Nuklearkapazität verfügen, um zurückschlagen zu können. Die Folge davon war, daß gegenseitig gesicherte Zerstörung gleichzeitig die strategische Stabilität auf Dauer garantiert hat.<sup>69</sup> In Rahmen des Ost-West-Gegensatzes galt es als gefährlich, diejenigen Gebiete, über die beide Mächte gleichzeitig den Anspruch erhoben, zu den eigenen Interessenzonen zu zählen. So wird seit 1967 die internationale Sicherheit am meisten durch den Nahostkonflikt bedroht. Die Ausdehnungsversuche der Sowjetunion im Mittelmeer, die politische Durchdringung der arabischen Staaten im Nahen Osten durch die Sowjetunion und die massive Unterstützung Israels durch die Amerikaner zeigten die Instabilität und Labilität dieses Sicherheitssystems für die jeweiligen Interessensphären. Durch den teilweise entstandenen Immobilismus der beiden Supermächte erhalten kleinere Staaten - im Schatten dieser Frontstellung der Supermächte - Möglichkeiten, ihre eigenen nationalen Interessen durchzusetzen.

### 1.2.2. Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik der Supermächte

Schon während des Zweiten Weltkrieges konnte sich die Anti-Hitler-Koalition über den Frieden nach dem Sieg über Hitler-Deutschland nicht einigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden - anstatt des alten europäischen Gegensatzes zwei Supermächte, die sich als scharf gegeneinander abgegrenzte Bündnisse formiert haben.

#### *Sowjetunion*

Die Supermacht des Ostens, die Sowjetunion, repräsentierte - obwohl westlichen Ursprungs - eine dem Westen entgegengesetzte Werte- und Weltordnung. „Nicht die

<sup>68</sup> Vgl. Christian von Stechov, „Sicherheitspolitische Perspektiven der neunziger Jahre“. In: W. Heisenberg/D.- S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 834

<sup>69</sup> K. von Schubert in Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., 1982, S. 130

Menschenrechte zählten, sondern die Rechte der sozialistischen Gesellschaft, nicht die bürgerlichen Freiheiten, sondern die sozialistische Gleichheit. Die menschlich-gesellschaftlichen Verhältnisse sind im kommunistischem System nicht von unten nach oben geregelt, sondern von oben nach unten.“<sup>70</sup> Als „Hauptkraft des Weltsozialismus“ strebte sie nach der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, die als Vorstufe einer kommunistischen, klassenlosen Weltgesellschaft dienen sollte. Vom sowjetischen Standpunkt aus war es nicht möglich, auf dieses Endziel zu verzichten, da es die Legitimation der unbeschränkten Herrschaft der KPdSU nach innen sowie nach außen darstellte.

J. Galtung bezeichnet die Sowjetunion im Vergleich zur USA im wesentlichen als eine Regionalmacht, da die Sowjetunion einen möglichen Krieg in ihrer Region führen würde und somit in erster Linie für ihre Nachbarn gefährlich sei.<sup>71</sup> Dagegen bezeichnet B. Meissner die Sowjetunion als eine Supermacht, darüber hinaus als eine „Universalmacht besonderer Art, die sich aufgrund ihrer ideologisch bedingten außenpolitischen Zielsetzung und inneren Machtstruktur tiefgehend von normalen Großmächten unterscheidet“.<sup>72</sup> Das Weltmachtbewußtsein der Sowjetunion brachte der damalige und langjährige Außenminister der Sowjetunion, Andre Gromyko auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU 1971 zum Ausdruck indem er erklärte, „daß es keine irgendwie bedeutende Frage gibt, die man heute ohne die Sowjetunion oder gar gegen sie lösen konnte. Es gibt wohl keinen Teil der Erde, dessen Verhältnis bei der Gestaltung unserer Außenpolitik nicht auf diese oder jene Weise berücksichtigt werden müßten“.<sup>73</sup> Der globale Machtanspruch der Sowjetunion basierte auf ihrer universalistisch orientierten Ideologie und auf nuklearen Waffen mit interkontinentaler Reichweite. Die Sowjetunion stellte sich in erster Linie für ihre Nachbarn als eine unmittelbare sicherheitspolitische Bedrohung dar. Die Sowjetunion erhob gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Gebietsansprüche in der Türkei. Die militärischen Interventionen der Sowjetunion in westeuropäischen Staaten, das Niederschlagen des Ungarn-Aufstandes im Jahr 1956 durch sowjetische Truppen, die Beendigung des „Prager Frühlings“ durch den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im Jahr 1968 und zuletzt die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion Ende 1979 waren Indizien dafür, daß sich die Nachbarstaaten von der Sowjetunion bedroht fühlten.

In ihrer Außenpolitik verfolgte die Sowjetunion zwei unterschiedliche Strategien im Bezug auf Europa und andere Regionen. Aufgrund des militärischen Gleichgewichts oder der Überlegenheit der westlichen Staaten, sprich: aufgrund der NATO, versuchte nun die Sowjetunion über den anderen Teil der Welt Einfluß zu gewinnen. Zum anderen mußte sie während der Berlinblockade einsehen, daß in Europa keine Ausdehnungsmöglichkeiten bestehen: „In Europa soll die friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Staaten gewahrt werden. In der Dritten Welt dagegen soll die geschichtliche Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch

---

<sup>70</sup> Klaus- D. Schwarz, „Sicherheit durch Bündnissysteme“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Bd. II. Baden Baden, 1987, S. 662

<sup>71</sup> Vgl. J. Galtung, a.a.O., 1984, S. 59

<sup>72</sup> Boris Meissner, „Die Außenpolitik der Sowjetunion -Grundlagen und Strategien“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz a.a.O., 1987, S. 437

<sup>73</sup> Ebd., S. 436

Zerschlagung der kolonialen Machtbasis der imperialistischen Staaten vorangetrieben werden“.<sup>74</sup>

### *Die Vereinigten Staaten*

Die Außenpolitik der USA pendelte in ihrer Geschichte zwischen dem Wunsch sich aus der internationalen Politik herauszuhalten und dem Wunsch die amerikanischen Interessen und Wertvorstellungen über den Kontinent hinauszutragen. Der Angriff der Japaner auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 markierte einen unumgänglichen Wendepunkt in der amerikanischen Außenpolitik. Die USA übernahmen die Führung der freiheitlich-demokratischen bzw. westlich kapitalistischen Welt als globale Macht<sup>75</sup>, nach dem Großbritannien seine Führung als Weltmacht nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsweise aufgeben mußte. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand der qualitativen Überlegenheit der Vereinigten Staaten die quantitative Überlegenheit der sowjetischen Kontinentalmacht gegenüber. Der militärischen und ideologischen Herausforderung der Sowjetunion begegnete die USA mit einer Außenpolitik der „containment“-Eindämmung, die darauf abzielte, die Machtausdehnung der Sowjetunion zu verhindern.<sup>76</sup>

Die Vereinigten Staaten waren/sind eine globale Macht, da sie sich wirtschaftlich, politisch und militärisch gesehen in einem Kreislauf befinden, der zum Teil von ihnen selbst kontrolliert wird und sich über die ganze Welt erstreckt. Die Vereinigten Staaten haben also zahlreiche wirtschaftliche Interessen an verschiedenen Orten der Welt. Die USA zeigen in Europa und Südostasien (Japan, Indonesien) durch ihr starkes Militäraufgebot und zahlreiche Stützpunkte ihre Präsenz und kontrollieren auch den Nahen und Mittleren Osten. In der Wirtschaft verfügen sie über multinationale Unternehmen (MNU), Weltorganisationen wie Weltbank oder IWF, mit denen sie ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in anderen Ländern geltend machen können.

### *Gemeinsame Charakteristika*

Beide Supermächte legten großen Wert auf wirtschaftliche Aktivitäten. Beide hatten die Form eines Nationalstaates und betrachteten diesen als Einheit wichtiger gesellschaftlichen Wandlungen. Damit verbunden, betrachteten sie es sowohl als ihr legitimes Recht als auch als ihre Pflicht, ihren Ideologien in der Welt Geltung zu verschaffen. „Wie das Christentum haben beide einen aggressiven Missionsdrang, weil sie universelle Gültigkeit beanspruchen und andere Glaubensformen ausschließen“.<sup>77</sup> Diese „Absolutsheitsansprüche“ werden im wesentlichen abgeleitet von den abendländischen Religionen mit ihrem starken Universalcharakter (Gültigkeitsanspruch

---

<sup>74</sup> Carl H. Lüders, „Ideologie und Machtdenken in der sowjetischen Außenpolitik“. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O., 1982, S. 268

<sup>75</sup> Z. Brzezinski nennt vier Kriterien der USA, die legitimieren, sie als globale Macht zu bezeichnen: Diese sind: 1. Die weltweite Überlegenheit im Militärbereich. 2. Überlegenheit im Wirtschaftsbereich. Die USA produzierte 50 % des Welt-Bruttosozialproduktes nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Anteil ist nicht unter 30 % der Welt-BSP gesunken. 3. Technologische Führung. 4. Kulturelle Anziehungskraft. Z. Brzezinski, „Büyük Satranç Tahtası“ (Großes Schachbrett). Sabah Yayınları, 2. Baskı, İstanbul, 1998, S. 23-26

<sup>76</sup> Vgl. Gebhard Schweigler, „Die Außenpolitik der USA“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 323

<sup>77</sup> J. Galtung, a.a.O. 1984, S. 56

für die ganze Welt) und dem Singularismus (Gültigkeitsanspruch einen einzigen Systems allein).<sup>78</sup>

Beide Mächte zielten darauf, die Stabilisierung und Ausdehnung des eigenen Einflusses auf Kosten des Gegners zu verwirklichen. Beide vermieden die direkte Kriegführung aber beide versuchten durch „Stellvertreterkriege“ lokale und regionale ‚Gelände‘ und damit verbundene Vorteile im Weltsystem zu gewinnen. Beide dominierten ihre Einflüsse, beide unterstützten ihre Partner mit allen Mitteln (militärisch, wirtschaftlich oder politisch), selbst wenn sie verloren schienen. Vietnamkrieg und Afghanistan waren Beispiele für solches Verhalten der beiden Mächte.

J. Galtung scheut nicht davor zurück, ein hartes, aber gerechtes Urteil zu fällen: „Zwei Länder dieser Art, jedes mit einer universellen und intoleranten Ideologie, stellen nicht nur für einander und für die übrigen Gesellschaften in der Welt eine Bedrohung dar, sondern auch die für Welt als Ganzes, da sie offensichtlich auf einen Zusammenprall hinsteuern, besonders wenn sie in so hohem Maß von dem Grundsatz *tertium non datur* (es gibt keine dritte Alternative) überzeugt sind. Länder wie diese stellen nicht nur eine Bedrohung für den Frieden dar, sondern auch die Entwicklung, indem sie Entwicklungsprogramme anderen aufzwingen und dabei die Entwicklungsalternativen auf zwei beschränken: Freie Marktwirtschaft und zentrale Planung, mit allem, was dies nach sich zieht.“<sup>79</sup>

### *Die Grundlagen der Ost-West-Beziehungen*

Dieter Senghaas nennt sechs Punkte, die die Grundlagen der Ost-West-Beziehungen darstellen.<sup>80</sup> Diese sind:

1. Fundamental ist der Gegensatz zwischen den beiden Blöcken, der ordnungspolitische Konflikt der Ost-West-Beziehungen. Dieser Konflikt war eine innergesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus des Westens und dem Sozialismus des Ostens. „Dieser ordnungspolitische Konflikt kann als originärer Konflikt gekennzeichnet werden, da er in Positionsdifferenzen über eine wünschbare politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung begründet ist.“<sup>81</sup>
2. Die Inhalte der Konfliktursachen waren unterschiedlicher Art. Der Rüstungskonkurrenz bildete dabei lange Zeit den Kern des Konfliktes, während die Ideologien den dafür notwendigen legitimatorischen Hintergrund lieferten. Wirtschaftlicher Wettbewerb hat dagegen in den Ost-West-Beziehungen keine vorrangige Rolle gespielt.
3. Obwohl die Ost-West-Beziehungen im Schatten des Kalten Krieges durch die Rüstungskonkurrenz, Rüstungsdynamik und politische Auseinandersetzung gekennzeichnet waren, war in der Zeit des Kalten Krieges eine bemerkenswerte

---

<sup>78</sup> Vgl. Ebd., S. 91

<sup>79</sup> Ebd., S. 56

<sup>80</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988 S. 32 und ff.

<sup>81</sup> Ebd., S. 31

„politische Stabilität von Konfliktstrukturen“<sup>82</sup> im Verhalten der konkurrierenden Mächten zu verzeichnen.

In der Zeit des Kalten Krieges hat es mehrere Krisen und internationale Konflikte gegeben, die die Ost-West-Beziehungen enorm belastet sogar gefährdet haben. Aber sie führten zu keiner grundlegenden Destabilisierung der internationalen Ordnung. Die gefährlichste Krise zwischen Ost und West, die Kubakrise, wurde sogar zum Vorteil des Status quo produktiv verarbeitet, indem sie Ansatzpunkte für den Aufbau neuer politischen Beziehungen lieferte. Darüber hinaus gab es kein folgenschweres, unbedachtes Verhalten der jeweils einen oder anderen Seite.

4. Das System der gegenseitigen Abschreckung hat funktioniert. Aber das Problem der nuklearstrategischen Abschreckung bestand darin, daß zwar die Nuklearwaffen - wegen der Zweitschlagskraft - eine kriegsverhütende Wirkung besaßen und besitzen, es jedoch durchaus möglich war, daß das System der Abschreckung zusammenbrechen konnte und dann die gefürchteten Nuklearwaffen zum Einsatz kommen konnten.

5. Aufgrund der sich mit der Zeit entwickelnden ungleichmäßigen Kräfteverhältnisse im wirtschaftlichen und technologischen Bereich der beiden Supermächte scheiterten die Versuche, die Rüstungskonkurrenz in den Griff zu bekommen.

6. Die Konfliktstruktur, die den Ost-West-Beziehungen zugrunde lag, war durch widersprüchliche zum Teil wechselseitige Merkmale gekennzeichnet. Durch gegenseitige Abgrenzung und Isolation, durch mangelnden Meinungs-austausch und defizitäre Kommunikation und durch fehlende positive Interdependenz.

#### *Zwischen Kooperation und Konfrontation*

In den Beziehungen zwischen den beiden Verteidigungsbündnissen NATO und WVO fand in der Nachkriegsgeschichte eine mehrfache Akzentverschiebung von einer konfrontativen zu einer eher kooperativen Politik statt.<sup>83</sup> Bei all diesen Wechselbeziehungen gab es einen Punkt, der im militärischen Bereich den harten Kern der Ost-West Gegensatzes bildete und die Politik der Mächte weitgehend bestimmte, nämlich die Rüstungskonkurrenz. „Rüstungskonkurrenz, selbst ein Ausdruck von Machtrivalität und einer Politik abwehrender Sicherheit wurde zu einem Indiz für den politischen Gesamtzustand des Ost-West-Verhältnisse.“<sup>84</sup> Das Ziel der von beiden Seiten über vierzig Jahre lang verfolgten Rüstungskonkurrenz bestand darin, militärische Handlungsmöglichkeiten im Konflikt- und Kriegsfall aufzubauen, um nötigenfalls die militärischen Pläne des Gegners unterlaufen oder durchkreuzen zu können.

Die im Rahmen des Ost-Westkonfliktes entstandene Rüstungskonkurrenz hat dazu beigetragen, daß der ursprünglich nichtmilitärische Konflikt zunehmend in einen militärischen Wettbewerb ausartete und damit auch in militärischen Kategorien begriffen wurde. Die Folge davon war, daß die „militärische Sicherheitspolitik als

---

<sup>82</sup> Ebd., S. 32

<sup>83</sup> Die Strategien beider Allianzen sahen so aus: Die NATO orientierte sich an präventiver Verteidigung und der Androhung eines frühen Ersteinsatzes von Nuklearwaffen; der Warschauer Pakt richtete seine Verteidigung auf eine offensive Vorwärtsstrategie aus. Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 74

<sup>84</sup> Ebd., S. 74

Standbein, Entspannungs- und Kooperationspolitik als Spielbein verstanden“<sup>85</sup> wurden. Folglich wirkten sich die Entwicklungen der Ost-West-Beziehungen im Laufe der Zeit auf die militärischen Sicherheitsstrukturen hemmend aus.<sup>86</sup>

Die Militärstrategien der beiden Seite, sich durch Militäroptionen und Gegenoptionen gegenseitig auszutricksen, führten zu einer rüstungsbedingten Instabilität. Eine solche Sicherheitsstruktur erschien sicherheitspolitisch problematisch, weil sie eher Mißtrauen als Vertrauen schaffte. Daß sie sich trotz ihrer Krisenanfälligkeit als krisenstabil erwiesen hat, kann vielleicht damit erklärt werden, daß die Gefahr der katastrophalen Auswirkung eines möglichen Nuklearkrieges auf diese Verhältnisse als stabilisierend gewirkt hat. Ferner konnte die Kriegsunwilligkeit der beiden Seiten ausschlaggebend gewesen sein. „Unter den Bedingungen der Existenz gewaltiger Bestände an nuklearen Massenvernichtungsmitteln in Ost und West (bestand) für den Fall eines militärischen Konflikts für keine Seite mehr die Möglichkeit zum Schutz bzw. zur Wiederherstellung der Sicherheit. Dem Sicherheitsproblem (war) damit auf traditionelle Weise nicht mehr beizukommen.“<sup>87</sup>

Erst seit Mitte der achtziger Jahre kamen sich die Supermächte auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und Rüstungskontrollverhandlungen einen Schritt näher. Die Supermächte haben sich vor den erstaunten Augen von Wissenschaftler und Diplomaten in Bezug auf seit Jahren andauernde Streitfragen angenähert. Im Dezember 1987 konnte ein erstes Abrüstungskontrollabkommen im Bereich der Mittelstreckenwaffen<sup>88</sup> zustande kommen, mit dessen Hilfe ein Teil des Rüstungspotentials in Europa wirklich kontrolliert wurde.<sup>89</sup> Dieses Abkommen war deshalb von größerer Bedeutung, weil in den vierzig Jahren des Kalten Krieges, in den sich über Jahrzehnte hinziehenden Verhandlungen, keine Vereinbarung erzielt werden konnte bzw. keine zufriedenstellenden Ergebnisse erreicht werden konnten.

Summa summarum kann festgestellt werden, daß es „ein(en) Übergang von einer auf Kriegsvermeidung angelegten Struktur zu einer auf gemeinsamen Interessen gegründeten Friedensstruktur“<sup>90</sup> weitgehend nicht gegeben hat. Die Rüstungskonkurrenz war also das dominante Element in der Konfliktstruktur geblieben.

### 1.2.2.a. Die Entspannungspolitik und friedliche Koexistenz

Der Wandel in der Sicherheitspolitik (und die damit verbundene Entspannungspolitik der Supermächte) geht in seinen Ansätzen bis in die fünfziger Jahre zurück. Im Jahr 1953, schon nach dem Tod Stalins, erlebten die Ost-West-Beziehungen eine Phase der

---

<sup>85</sup> D. Senghaas, a.a.O., 1992, S. 84

<sup>86</sup> Vgl. Ebd., S. 84

<sup>87</sup> M. Schmidt, a.a.O., 1988, S. 187

<sup>88</sup> Der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 7. – 10. Dezember 1987 die USA. Beim Gipfeltreffen am 8.12.1987 unterzeichneten die Präsidenten R. Reagan und Gorbatschow den INF-Vertrag über die Abschaffung aller landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen. Mit diesem Vertrag wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Kalten Krieges vereinbart, daß die ganze Kategorie modernster Waffen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km abgeschafft werden.

<sup>89</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 73

<sup>90</sup> Ebd., S. 37

relativen Klimaverbesserung. Nach der Gipfelkonferenz 1955 wurde sogar vom Ende des Kalten Krieges gesprochen. 1956 brachte der erste Generalsekretär der KPdSU, N.S. Chruschtschow im XX. Parteikongress das Konzept der friedlichen Koexistenz ein, wonach „auf der Grundlage des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz der Kurs gerichtet werden soll auf die Verbesserung der Beziehungen, die Festigung des Vertrauens und die Entwicklung der Zusammenarbeit mit allen Ländern“.<sup>91</sup> Aus der Sicht der Sowjetunion sollte die friedliche Koexistenz dazu dienen, die Spannungen zwischen den Staaten der beiden Militärblöcke, der NATO und des Warschauer Pakts, in tragbaren Grenzen zu halten.<sup>92</sup>

Die Zeit der „Flitterwochen“ verging jedoch sehr schnell. Im Jahr 1958 eröffnete Chruschtschow mit seinem Berlin-Ultimatum erneut eine Offensive gegen den Westen. Während der Kubakrise erreichten die Beziehungen der Supermächte ihren Tiefpunkt, an dem die Kontrahenten am Rande eines Nuklearkrieges standen. Aber die Kubakrise war gleichzeitig ein Anlaß für einen neuen Anfang und spürbar ernstzunehmende Bemühungen um die Begrenzung der machtpolitischen Auseinandersetzung und für ein Streben und die Suche nach der Zusammenarbeit auf der Grundlage eines Ausgleichs der Interessen<sup>93</sup> - also die gegenseitige Anerkennung der bestehenden Einflusssphären und des Status quo. Die Kubakrise von 1962 hat verdeutlicht, daß das einseitige Durchsetzen von Interessen zwischen den beiden Weltmächten nicht möglich war.<sup>94</sup> Ferner mußten sie erkennen, daß ihre Macht und Fähigkeit, die internationale Ordnung zu ihrem Vorteil zu verändern, dadurch eingeschränkt wird, daß die andere Staaten dies nicht zulassen würden. Sie haben - besonders im Schatten der Massenvernichtungswaffen - erkennen müssen, daß Sicherheit nicht einseitig erreicht und gewahrt werden kann. „Sicherheit ist nur gegeben, wenn beide Seiten sich voreinander sicher fühlen. Deswegen ist jedes Streben nach militärischer Überlegenheit sicherheitspolitisch destabilisierend. Ein höheres Maß an sicherheitspolitischer Stabilität setzt voraus, daß beide Seiten sich in ihrer Verteidigungspolitik vom Prinzip der ‚Hinlänglichkeit der Kräfte‘ leiten lassen.“<sup>95</sup>

Die Grundlage für das Management der Beziehungen der NATO bildete der Harmel-Bericht, den die Ministertagung der Nordatlantikrats am 14. Dezember 1967 verabschiedete. Demzufolge sollte das höchste Ziel der NATO darin bestehen, „eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien herzustellen“.<sup>96</sup> Im Harmel-Bericht wurde u.a. festgestellt, daß durch die Sicherung des Gleichgewichts der Streitkräfte ein Klima der Stabilität, der Sicherheit und des Vertrauens geschaffen werden sollte und daß militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung keinen Widerspruch darstellten, sondern sich gegenseitig ergänzen.<sup>97</sup>

---

<sup>91</sup> Zit. n.: Günther Wagenlehner, „Friedlicher Koexistenz und ideologischer Kampf“.

In: Buchbender/Bühl/Quaden (Hrsg.), „Sicherheit und Frieden“. Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH Herford, 2. Auflage 1985, S. 129, Fußnote 2

<sup>92</sup> Vgl. Carl, H. Lüders, a.a.O., 1982, S. 266

<sup>93</sup> Vgl. M. Görtemaker, a.a.O., 1977, S. 28

<sup>94</sup> Vgl. Johannes Altmeyen, „Entwicklung und Perspektiven westlicher Entspannungspolitik“.

In: „Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis Schwerpunkt: Entspannungspolitik“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1979, S. 37

<sup>95</sup> Vgl. J. Altmeyen, a.a.O., 1979, S. 35

<sup>96</sup> Ebd., S. 35

<sup>97</sup> Vgl. Berndt von Staden, „Das Management der Ost-West-Beziehungen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 119

“Die mit der Verabschiedung des Harmel-Berichts im Jahre 1967 erfolgte Einbeziehung der Entspannungspolitik in die Sicherheitspolitik hat dazu geführt, daß sich das sicherheitspolitische Umfeld zwischen den beiden Großmächten und in Europa verändert hat. Die von beiden Seiten angestrebte Kooperation zum gegenseitigen Vorteil hat die Risikobereitschaft für militärische Aktionen, die zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den beiden Großmächten führen könnten, verringert. Dadurch ist die Sicherheit erhöht und der Frieden stabilisiert worden.“<sup>98</sup>

Der Konflikt zwischen Ost und West verlor mit der Proklamation der Entspannungspolitik<sup>99</sup> an Schärfe, die Proklamation der friedlichen Koexistenz seitens der Sowjetunion dürfte dabei eine wichtige Rolle gespielt haben.

Rüstungskontrollverhandlungen und sicherheitspolitische Diskussionen zwischen Ost und West zogen sich bis in die Mitte der achtziger Jahre, ohne daß ein Ergebnis bei den Verhandlungen erreicht wurde. Beide Lager pendelten zwischen „Status-quo-Politik und außenpolitischer Konfrontation“. Sie waren jedoch letztlich antagonistisch ausgerichtet. Daher sind alle Versuche, die Beziehungen zwischen den Supermächten seit Beginn der siebziger Jahre durch Gipfel Diplomatie zu normalisieren, bis 1985 gescheitert.

Der Sinn der Koexistenzpolitik der Sowjetunion und der Entspannungspolitik des Westens war, die politischen Spannungen in den Griff zu bekommen und die Spannungen nach Möglichkeit zu reduzieren.<sup>100</sup> „In der Phase der Entspannung suchte man Sicherheit auf der Basis der respektierten Konfliktgeographie durch Stabilisierung des Gleichgewichts.“<sup>101</sup>

### 1.2.2.b. Die Vereinten Nationen als Grundlage der kollektiven Sicherheit

Als ein Konzept für die kollektive Sicherheit seiner Mitglieder basieren die Vereinten Nationen auf zwei wichtigen Komponenten: Zum einen war der Rahmen der UN eine Reaktion auf die Schwächen des Völkerbunds vor dem Zweiten Weltkrieg. Zum anderen waren wiederum die Hauptgründer der UN jene Kräfte, die das politische Bild der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg geformt haben.

Der Sicherheitsrat als Hauptverantwortlicher für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit hat zur Erfüllung seiner Aufgabe die Mittel, den Frieden zu sichern, wenn er gefährdet ist und ihn wieder herzustellen, wenn er gebrochen wurde. Die Charta der Vereinten Nationen unterscheidet zwischen den Fällen und Situationen, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden, und Friedensgefährdungen, Friedensbedrohungen und Angriffen. Kapitel VI der Charta enthält die Regeln und Maßnahmen zur friedlichen Regelung von Streitfällen, die den Weltfrieden gefährden würden. Im Kapitel VII der Charta enthält das System der

<sup>98</sup> J. Altmeyden, a.a.O., 1979, S. 37

<sup>99</sup> Helmut Schmidt betrachtet die Unterzeichnung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki am 1. August 1975 als den Höhepunkt der Entspannungsphase zwischen West

und Ost. Helmut Schmidt, „Menschen und Mächte“, Siedler Verlag, Hamburg 1987, S. 73

<sup>100</sup> Vgl. Carl H. Lüders in Dieter S. Lutz (Hrsg.), a.a.O. 1982, S. 265

<sup>101</sup> K. von Schubert, a.a.O., 1982, S. 118

kollektiven Sicherheit Maßnahmen gegen Friedensausbrüche, Friedensbedrohungen und Angriffshandlungen.<sup>102</sup>

Ein Sicherheitskonzept, das den Charakter eines „Weltstaates“ besitzt, hat auch Verpflichtungen bzw. Aufgaben, die alle Staaten der Welt betreffen. Die Verpflichtungen der kollektiven Sicherheit, die sich aus Verträgen über die kollektive Sicherheit ergeben, kann man in zwei Gruppen teilen. Zur ersten Gruppe gehören Verpflichtungen wie die Verhinderung bewaffneter Konflikte, Aggressionsverbot, der Verzicht auf Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung, die friedliche Lösung von Streitfragen zwischen den Staaten und die Schaffung der hierfür erforderlichen Instrumentarien und Verfahren.

Zur zweiten Gruppe gehören jene Verpflichtungen, denen die Teilnehmer am System der kollektiven Sicherheit nachzukommen haben, falls von einem oder mehreren Aggressoren eine Gewaltandrohung ausgeht. In diesem Falle sind die Mitglieder der kollektiven Sicherheit zum gegenseitigen Beistand gegen den Aggressor, gegebenenfalls mit bewaffneter Gewalt und zum Verzicht auf die Unterstützung des Aggressors verpflichtet.<sup>103</sup>

„Die Problematik eines kollektiven Sicherheitssystems besteht darin, daß zwei höchst fragwürdige Voraussetzungen zugrunde gelegt werden. Zum einen wird angenommen, alle Teilnehmerstaaten würden in diesem Fall augenblicklich erkennen, wer der Angreifer ist, und seien dann gemäß ihren Verpflichtungen Willens, ihr gesamtes Militärpotential zugunsten des Angegriffenen einzusetzen. Zum anderen kann (...) ein kollektives Sicherheitssystem nur dann Erfolgsaussichten haben, wenn in der Region des möglichen militärischen Konflikts kein Staat vorhanden ist, der allein anderen überlegen wäre. (...) Die Schwäche eines kollektiven Sicherheitssystems liegt darin, daß ein beliebiges Konglomerat von Staaten mit divergierenden Sicherheitsinteressen im Krisen- und Kriegsfall die entstandene Situation ad hoc definieren und zu gemeinsamen Schlußfolgerungen gelangen muß. Wenn gemeinsame Orientierungen und verbindliche Bewertungskriterien fehlen, ist eine einheitliche Reaktion auf die Vorgänge (...) kaum vorstellbar.“<sup>104</sup>

Das System der kollektiven Sicherheit, wie es heute angewendet wird, wird nicht über längere Zeit als ein System betrachtet, im dem man mit gutem Gewissen behaupten kann, es würde zur Erhaltung des Weltfriedens bzw. der Friedensstiftung dienen. Außerdem haben jene Staaten, die in der Lage sind, politische Maßnahmen zu ergreifen, um in der Weltpolitik gegen oder für einen Staat politisch oder militärisch zu handeln, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UN. Es scheint, daß sich besonders in der „Dritten Welt“ die Meinung durchsetzt, daß die Vereinten Nationen von den großen Mächten, vor allem von den USA, nur zur Legitimation der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen genutzt wird. Für folgende Frage sollte eine angemessene Antwort gefunden werden: „Läßt es sich legitimieren, daß gewisse Beschlüsse der Vereinten Nationen mit militärischer Waffengewalt gegen den Irak durchgesetzt, andere, unter anderem gegen

<sup>102</sup> Vgl. Manfred Gresser/N. Comes, „Die Vereinten Nationen - Theorie und Realität der Weltfriedensorganisationen“. Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung des Landes NRW, 1975, S. 37

<sup>103</sup> Ebd., 1975, S. 38

<sup>104</sup> Gerhard Wettig, „Abschreckungstheorie und Gleichgewichtskonzept“. In: Information für die Truppe, Heft: 11/79, S. 56 f., zit. n.: Ernst Lutz, „Lexikon zur Sicherheitspolitik“. C.H. Beck Verlag, München, 1980, S. 139

Israel gerichtete, jedoch seit Jahrzehnten mißachtet werden?“<sup>105</sup> Oder läßt sich erklären, daß demokratische Staaten im Falle der Integrität und Territorialität der Kuwaits so streng gehandelt haben, während die gleichen Staaten im Falle Bosnien-Herzegowinas oder im Falle Ruandas über längere Zeit sich nicht von der Stelle rührten, obwohl der Krieg in Bosnien-Herzegowina den Weltfrieden viel eher bedrohte und im Ruanda ein regelrechtes Völkermord statt fand? Der Somalia-Einsatz der USA unter dem Deckmantel der Vereinten Nationen mit dem Ziel der „Herstellung eines ‘sicheren Umfeldes‘ für die Maßnahmen der humanitären Hilfe, wofür alle notwendigen Mittel eingesetzt werden sollten“,<sup>106</sup> kann nicht allein damit erklärt werden, daß die Not der somalischen Bevölkerung die Vereinten Nationen dazu veranlaßt hat, eine Militärintervention mit humanitären Zielen zu starten. Kriegsbedingtes Massenelend herrschte überall in Afrika wie z. B. im südlichen Sudan, in Angola oder in Afghanistan und vor allem damals sehr akut in Bosnien-Herzegowina. Es gab offensichtlich andere wichtigere Gründe, die den Einsatz einer militärischen Intervention notwendig machte: „Auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der der Region Nordostafrika insgesamt eine strategische Bedeutung gegeben hatte, zieht Somalia offensichtlich vielfältige Interessen auf sich. Die Nähe zum Persischen Golf und zum Ausgang des Suez-Kanals geben dem Land aus Sicht der USA nach wie vor einen strategischen Stellenwert (...).“<sup>107</sup> In Bosnien-Herzegowina griffen die Vereinten Nationen ein, nur um sich selbst zu retten.

Die Frage lautet nun: Welches Sicherheitssystem der internationalen Politik würde in der Lage sein, Sicherheit, Stabilität und Frieden über längere Zeit in der Welt zu gewähren? Wenn großen Staaten mit dem Sicherheitssystem, das sie praktizieren, in der Lage sind, ihre eigene Sicherheit zu erhöhen, zielen sie auf die Systemerhaltung bzw. Fortdauer ab. So wurde/wird im europäischen Raum immer mit Zufriedenheit davon gesprochen, daß auf der Welt Frieden herrsche, weil es in Europa seit 50 Jahren kein Krieg mehr gegeben habe. Wenn Amerikaner oder Europäer von Sicherheit und Frieden sprechen, haben sie andere Vorstellungen als die Menschen der übrigen Teile der Welt. Ein Palästinenser würde das Gegenteil behaupten. Die Systeme gelten als stabil, wenn sie über längere Zeit bestehen. Sie sind äußerst stabil, wenn sie große Kriege überleben. Das multipolare System in Europa überlebte vom Westfälischen Frieden 1648 bis zum Zweiten Weltkrieg dreihundert Jahre. Der Lebensdauer des multipolaren Systems besagt allerdings nichts darüber, ob dieses System genügend Sicherheit für die Mächte bot. Der Zweite Weltkrieg veränderte das multipolare zu einem seit vier Jahrzehnten bestehenden „strengen“<sup>108</sup> bipolaren System. Das Ende des Kalten Krieges besiegelte auch die mehr als vierzig Jahre angehaltene bipolare internationale Ordnung.

### 1.3. Die internationale Ordnung nach dem Kalten Krieg

---

<sup>105</sup> Dieter Deiseroth, „Krieg im Namen der Vereinten Nationen?“ In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Folge 3/91, S. 303

<sup>106</sup> Kathrin Eikenberg, „Die UNO in Somalia“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Folge 9/93, S. 1064

<sup>107</sup> Ebd., S. 1065

<sup>108</sup> Morton A. Kaplan weist auf insgesamt 6 Möglichkeiten eines internationalen Systemmodells hin. Diese sind: 1. Ein Gleichgewicht der Macht. 2. Ein lockeres bipolare System. 3. Ein strenges bipolares System.

4. Ein globales System. 5. Ein hierarchisches System. 6. Ein Vetosystem. In: Tayyar, Arı, „Basra Körfezi'nde Güç Dengesi“ (Gleichgewicht in der Golfregion). Uludağ Üniversitesi, 1992, S. 15

Als die Sowjetunion in sich zusammenbrach, zerfiel auch das internationale Sicherheitssystem, das sich mehr als vierzig Jahre bewährt hatte. Die aus dem Westfälischen Frieden entstandene „europäische“ Ordnung konnte sich einhundertfünfzig Jahre bewähren das aus dem Wiener Kongreß von 1815 hervorgegangene internationale System hielt hundert Jahre.<sup>109</sup> Was wir daraus sehen können, ist, daß die Dauerhaftigkeit der internationalen Ordnungen, die einen Globalanspruch erheben, von Jahrhundert zu Jahrhundert stetig abnimmt. Dem Zustandekommen jeder internationalen Ordnung geht unweigerlich eine Periode kriegerischer Konflikte voraus. Die Entstehung jeder internationalen Ordnung schafft ihre grundsätzlichen Werte und Normen, zu deren Einhaltung alle Staaten der internationalen Ordnung aufgerufen werden. In den Gebieten, wo einmal die Sowjetunion ihre Hegemonialansprüche ausschöpfte, entstanden neue unabhängige Staaten. In den Regionen, wo die Sowjetunion und die USA als Verteidigerinnen der jeweiligen Gesellschaftsordnungen bzw. Interessen gegenüberstanden, entstand mit dem plötzlichen Wegfall der Sowjetunion ein Machtvakuum. In diesem Machtvakuum versuchten die Staaten zumeist, ihren nationalen Einfluß mit Waffengewalt zu vergrößern, wie die Kuwait-Krise und bewaffnete Auseinandersetzungen innerhalb der ehemaligen Sowjetunion zeigten. Andererseits drängten durch die Auflösung Ex-Jugoslawiens die bewaffneten ethnischen Konflikte bis an das Tor des so viel gepriesenen Europas, wo die Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg in einer „Zone des demokratischen Friedens“ lebten.

Der Siegestriumph des demokratischen Westens über den Sozialismus sowjetischen Musters veranlaßte Fukuyama zu behaupten: „Was wir heute erleben, ist vielleicht das Ende der Geschichte als solcher, das heißt der Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit und die Universalisierung der westlich-liberalen Demokratie als definitiver Regierungsform des Menschen“.<sup>110</sup> Dies verblasste durch die sicherheitspolitischen Herausforderung der ethnischen, religiösen, regionalen Konflikte. War – nach Huntington - die Zeit für den „Kampf der Kulturen“ gekommen? Wohin sollte die internationale Politik ihre sicherheitspolitischen Ansätze verlegen?

Huntington sah in seinem berühmten Werk die Welt als eine Welt, die aus acht Kulturkreisen d.h. „Zivilisationen“ bestand. Die kulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede prägen nach seiner Auffassung die Interessen, Antagonismen und staatlichen Zusammenschlüsse der Länder in der Welt. Die lokalen Konflikte, deren Eskalation zu umfassenden Kriegen führen könnten, sind Konflikte zwischen den Ländern und Gruppierungen aus verschiedenen Kulturen.

„In dem Maße wie der Westen versucht, seine Werte zu behaupten und seine Interessen zu schützen, sind nichtwestliche Gesellschaften mit einer Alternative konfrontiert. Einige versuchen, den Westen nachzuahmen und sich dem Westen anzuschließen, ‚mitzuhalten‘. Andere (...) Gesellschaften versuchen, ihre wirtschaftliche und militärische Macht auszuweiten, um dagegenzuhalten‘. Eine zentrale Achse der Weltpolitik nach dem Kalten Krieg

---

<sup>109</sup> Nach Kissingers Auffassung funktionierte der Versailler Vertrag nach dem Ersten Welt Krieg niemals als ein internationales System, an das die großen Mächte gebunden waren. Vgl. Kissinger, a.a.O., 1994, S. 895 u. ff.

<sup>110</sup> Zit. n.: Huntington, „Kampf der Kulturen- Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“. Europaverlag, München- Wien, 5. Auflage, 1997, a.a.O., S. 34

ist daher die Interaktion der westlichen Macht und Kultur mit der Macht und Kultur nichtwestlicher Gruppierungen“.<sup>111</sup>

Das heißt also „Der Westen gegen den Rest der Welt“<sup>112</sup>. Dabei steht die westliche Welt vor einer Reihe von neuen Herausforderungen. Sie manifestieren sich zum Beispiel dadurch, daß zivilisatorische Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaften und der Führungseliten stattfinden. Die Türkei wird zurecht als ein Beispiel dafür angegeben. Während die Staatseliten in solchen Ländern eine Gesellschaftsordnung nach dem Modell des Westens entschieden voranzutreiben versuchen, stehen diesen Bestrebungen breite oppositionelle Bewegungen gegenüber, die sich politisch, aber vor allem kulturell definieren lassen und deren Einfluß auch nicht zu unterschätzen ist. Die zweite Herausforderung besteht für den Westen darin, daß die antiwestlichen Kulturen wie islamische und konfuzianische Kulturen eine regionale Kooperation eingehen und sich mit dem Westen anlegen können. Während also Huntington im 21. Jahrhundert den Kampf zwischen den Kulturen voraussagte, sah US-Präsident Bush den „Beginn einer langen Ära des Friedens“ in der Neuen Weltordnung kommen. Vor den Vereinten Nationen beschwor er am 23. September 1990 das Kommen einer neuen Weltordnung mit „offenen Grenzen, offenem Handel und offenem Denken und mit einer neuen Partnerschaft der Völker“.<sup>113</sup> In dem Manifest der neuen Weltordnung war die Partnerschaft der Völker eine tragende Säule, die es sich zum Ziel machte, in der Welt die „Demokratie zu verbreiten“, „den Wohlstand“ zu mehren und „den Frieden“ zu fördern, und dementsprechend die - besonders chemischen und nuklearen - Waffen zu reduzieren.

Paul Kennedy hebt in seinem Buch<sup>114</sup> zwei grundlegende Thesen hervor, die er durch einen Rückblick auf die Entwicklungen im internationalen System der großen Mächte seit dem 16. Jahrhundert als Grundelemente in der Veränderungen im Internationalen System bzw. Gleichgewichte sieht: Durch die technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen wird erstens eine Umwandlungsdynamik bzw. ein Umwandlungsprozeß freigesetzt, die bzw. der die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Systeme, die militärische Stärke und die Lage der einzelnen Staaten in der Weltpolitik prägt. Zweitens haben die ungleiche Entwicklungsrate und die unterschiedlichen Entwicklungsstadien der einzelnen Staaten der Welt langfristig wesentliche Auswirkung und Einfluß auf die militärischen und strategischen Bedeutungen dieser Staaten. Der wirtschaftliche Reichtum wirkt sich sofort auf die Verstärkung der militärischen Fähigkeit eines Landes aus.

Nach Ansicht von Kennedy entsteht eine bedeutende Veränderung im militärischen Gleichgewicht immer nach Veränderungen im Gleichgewicht der Produktion. Er vertritt die These, daß der Aufstieg und der Niedergang der großen Mächte im internationalen System zum größten Teil mit dem Reichtum an materiellen Ressourcen

---

<sup>111</sup> Ebd., S. 28

<sup>112</sup> Wilfried von Bredow, „Konflikte und Kämpfe zwischen Zivilisationen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995, S. 106

<sup>113</sup> Siehe: „Dokumente zur Diskussion um eine „Neue Weltordnung“. In: EA, Folge 9/1992, S. D 333 ff.

<sup>114</sup> Paul Kennedy, „Büyük Güçlerin Yükseliş ve Çöküşleri- 1500' den 2000' e Ekonomik Değişme ve Askeri

Çatışmalar“, (Der Aufstieg und der Fall der großen Mächte – Die ökonomische Veränderungen und militärische Konflikte seit 1500 bis zum Jahr 2000), Türkiye İş Bankası Kültür Yayınları, 6. Baskı, Ankara, 1996

zusammenhängt. D. h. in der Geschichte haben immer die Mächte den Sieg davon getragen, die über ausreichenden materiellen Reichtum verfügten.<sup>115</sup>

Die Tofflers<sup>116</sup>, die wie Huntington die Welt aus der zivilisatorischen Perspektive betrachten, sehen das kommende Jahrhundert als eine „revolutionäre Zivilisation der Dritten Welle“ im Zusammenhang mit eigener Wirtschaft und Politik, eigenen Familienformen und Medien, in der das „Wissen die wichtigste Ressource für jede moderne Volkswirtschaft und jede leistungsfähige Armee“ ist, da die Welt nicht an der Schwelle zu einem geo-ökonomischen Zeitalter stehe, sondern sich vor einem „geo-informationellen“ Zeitalter befinde.

Die Konflikte und Unruhen, die mit dem Entstehen einer neuen Weltordnung Hand in Hand gehen, resultieren u.a. nach Kissinger daraus, daß es mindestens drei Formen von Staaten, die sich als „Nation“ bezeichnen, gibt, dabei aber keine Gemeinsamkeiten mit der historischen Entwicklung des Nationalstaates aufweisen.<sup>117</sup>

Zu ersten Gruppen gehören jene Staaten, die ethnisch nicht homogen sind und nach der Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawien entstanden sind. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß sie von historischen Ressentiments und von jenem andauernden Kampf um ihre Identität geprägt sind. Daher sind sie darum bemüht, vor allem ihre ethnische Identität durch Rivalitäten zu behaupten. Am Zustandekommen einer internationalen Ordnung haben sie wenig Interesse, bzw. liegt diese, wie Kissinger es behauptet, jenseits ihres Vorstellungsvermögens.

Zur zweiten Gruppe gehören die Staaten der post-kolonialen Zeit, wie sie z.B. in Afrika existierten. Ihre Grenzen werden von den Kolonialmächten willkürlich gezogen. Der Begriff „Staat“ ist meistens mit „Armee“ gleichbedeutend, da diese die „einzige nationale“ Institution darstelle, obwohl dieser Anspruch nicht aufrecht erhalten werden konnte. Willkürlich gezogene „nationale“ Grenzen und ein Mangel an Institutionen, die Grundlage eines Nationalstaates sind, führen oftmals zu bewaffneten endlosen Bürgerkriegen.

Die dritten Kategorie der Nationalstaaten besteht aus den Staaten des kontinentalen Typus wie Indien und China und möglicherweise auch Europa, in denen verschiedene Nationalitäten und ethnische Gruppen von einer gemeinsamen Schrift, Geschichte und Kultur zusammengehalten werden. Wie sich die internationale Ordnung im 21. Jahrhundert gestalten wird, ist noch nicht abzuschätzen. Es steht aber außer Frage, daß die dominante Rolle der Industriestaaten in der internationalen Politik bestehen bleibt, während die Entwicklungsländer mit anderen Formen der Konfliktaustragung wie ethnischen, religiösen, Umweltproblemen oder Grenzstreitigkeiten konfrontiert werden. Als Fazit kann man aber zusammenfassend sagen:

„Die Weltgemeinschaft ist wohl willens, für den Erhalt des Friedens zusammenzuarbeiten; das freilich bedeutet nichts anderes, als bestehende Abkommen zu überwachen, die von keiner der Parteien in Frage gestellt werden. Dagegen hat man sich als überaus zurückhaltend erwiesen, wenn es darum geht,

---

<sup>115</sup> P. Kennedy, a.a.O. S. 517

<sup>116</sup> Vgl. Alvin und Heidi Toffler, „Überleben im 21. Jahrhundert“ (War und Anti-War). Deutsche Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart, 1994, S. 22 und ff.

<sup>117</sup> Vgl. H. A. Kissinger, a.a.O. 1994, S. 896 u. ff.

Frieden zu schaffen und konkrete Angriffe auf die internationale Ordnung abzuwehren, ein Umstand, der kaum überraschen kann, haben doch bislang noch nicht einmal die Vereinigten Staaten ein klares Konzept entwickelt, wem sie sich in der Welt nach dem Kalten Krieg widersetzen oder wogegen sie ankämpfen wollen“.<sup>118</sup>

### 1.3.1. Die Sicherheitspolitik als Stabilitätsfunktion

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes trat in der militärisch orientierten Sicherheitspolitik eine tiefe weltpolitische Zäsur ein. Das System der gegensätzlichen Abschreckung, das vor allem militärischer Natur war, hat in den achtziger Jahren durch effektive Rüstungskontrolle und Abrüstung zur „Entmilitarisierung“ und damit „zur Repolitisierung des originären Konfliktes“ beigetragen. Aber mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist auch dieser Dimension der Boden entzogen worden.<sup>119</sup>

Der hypothetischen Vorstellung von der zukünftigen internationalen Ordnung liegen demnach zwei grundlegende Gedanken zugrunde: Zum einen werden die Produktionsverhältnisse die internationale Ordnung des 21. Jahrhunderts prägen. Eine Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts wird sich viel mehr auf regionale Ebenen konzentrieren. Zum anderen werden Konfliktlinien zwischen den Zivilisationen verlaufen, die wiederum Auswirkung auf die Produktionsverhältnisse (der Kampf um die Sicherung der Rohstoffquellen) haben. Es stellen sich hauptsächlich drei Problemfelder, die es in der neuen internationalen Ordnung zu bewältigen gilt.

1. Die Überwindung der militärischen Altlasten der Sicherheitspolitik des Kalten Krieges
2. Die Verarbeitung der in der Zeit der „Übergangsphase“ der neuen Weltordnung entstandenen „sicherheitspolitischen Unübersichtlichkeit“, die dadurch entstanden ist, daß zum einen das Feindbild des Kalten Krieges nicht mehr existiert und daß zum anderen regional bezogene ethno-nationalistische territoriale Konflikte tendenziell an Bedeutung gewonnen haben
3. Die konzeptionelle und organisatorische Neubestimmung der militärischen Sicherheit in der neuen internationalen Konstellation<sup>120</sup>

Die Sicherheitsstrukturen sind Bestandteil der Weltordnung. Der politisch-ökonomische Ansatz resultiert aus drei Strukturebenen: Der Organisation der Produktion, der Staatsform und der Struktur der Weltordnung. „Die Ordnung ist der globale Rahmen

der gesellschaftlichen Reproduktion, der Staat vermittelt zwischen der Ebene der Organisation der Produktion und der Weltordnung“.<sup>121</sup> Diese Weltordnung ist multilaterel, da das internationale System nicht einseitig gesichert werden kann. Ferner ist sie kooperativ angelegt, und zwar unabhängig davon, ob es sich hier um eine

---

<sup>118</sup> Ebd., S. 899

<sup>119</sup> Vgl. D. Senghaas, 1992, S. 84

<sup>120</sup> Ebd., S. 84 und ff.

<sup>121</sup> H. Hugler, „Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Ost-West- Konfliktes“. In: PROKLA, Zeitschrift für

kritische Sozialwissenschaft, 24. Jahrgang, Nr. 2/ Juni 1994. Hier werden der politisch-ökonomische Ansatz der Sicherheitsstrukturen und die Weltordnung vom Robert W. Cox (1988) zugrunde gelegt.

hegemoniale oder nichthegemoniale Ordnung handelt.<sup>122</sup> Daher orientiert sich die Sicherheit nicht mehr an dem militärischen Begriff Sicherheit, der während des Ost-West-Konfliktes die internationale Ordnung prägte, sondern an geostrategischen Stabilitätsanforderungen der kapitalistischen Industriestaaten. „Sicherheit wird von Spezialisten gewährleistet, die nicht an der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion beteiligt sind, sondern im Gegenteil die Gesellschaft etwas ‚kosten‘. Sie entziehen der Gesellschaft Ressourcen, die für die Reproduktion oder die Verteilung fehlen. Das heißt, sie handeln nicht der Logik der kapitalistischen Gesellschaft entsprechend, scheinen aber notwendig, um deren Bestand zu sichern“.<sup>123</sup>

Die Bedrohung der internationalen Ordnung durch die Ost-West-Konfrontation existiert nicht mehr. Die Gefahr eines potentiellen Nuklearkrieges hat sich relativiert. Daher ging man in der einpolaren Weltordnung von dem Begriff der militärischen „Bedrohung“ - aus der Perspektive des Westens betrachtet - auf den Begriff „Risiko“<sup>124</sup> über. Dabei werden als Risiken zum einen die Instabilitäten angegeben, die aus den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, ethnische Rivalitäten und Gebietsansprüche entstehen können, die den Industriestaaten den Zugang zu den Rohstoffen erschweren würden (wie die bewaffneten Auseinandersetzungen im Transkaukasus und Mittelasien) und zum anderen die Regionalmächte (wie die Türkei), mit denen der Westen Kompromisse eingehen müßte. Diese Risiken werden nicht nur als eine Bedrohung für die europäische Sicherheit angesehen, so lange die daraus entstehenden Spannungen begrenzt bleiben. Sie werden in dem Maße als „Risiken“, in Erwägung gezogen, in dem Maße sie die Stabilität und Sicherheit in Europa beeinträchtigen, und sogar zu bewaffneten Konflikten führen, die raumfremde Mächte einbeziehen oder auf NATO übergreifen und damit die Sicherheit des Westens unmittelbar berühren könnten.<sup>125</sup> Die Sicherheitspolitik der Industriestaaten zielt nicht mehr auf die Verteidigung eigener Territorien ab, sondern auf Funktionen wie Stabilität für die Sicherung der Rohstoffwege. Das heißt: Die Industriestaaten wollen nach ihrem Siegestriumph gegenüber der kommunistischen Ideologie bei dem Siegesmahl – bei der Sicherung der für sie lebenswichtigen Rohstoffe in den anderen Teilen der Welt – nicht gestört werden. Dabei bekommt das Militär eine neue Funktion zur Absicherung der sich herausbildenden Ordnung in der internationalen Politik zugesprochen. Ihre Aufgaben und ihr Ersatzbereich werden erweitert. Die relativ unflexible sicherheitspolitische Strategie des Kalten Krieges wird durch flexible und multipolare Sicherheitsstrukturen ersetzt<sup>126</sup>, was bedeutet, daß das internationale System nach der Blockkonfrontation viel mehr in einem „Geflecht ineinandergreifender Institutionen“ als von einer „flächendeckend-einheitlichen“ Struktur geprägt wird.<sup>127</sup> Denn eine einheitliche Organisation von Sicherheitspolitik liegt nicht mehr im Interesse der westlichen Staaten, da sich niemand ganz „realistisch“ in einen kriegerischen Konflikt

---

<sup>122</sup> H. Hugler, a.a.O., 1994, S. 259

<sup>123</sup> Ebd., S. 261

<sup>124</sup> Vgl. Das strategische Konzept der NATO, veröffentlicht am 7. November 1991 bei der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO Mitgliedstaaten am 7- 8. November 1991 in Rom. In: EA., Folge 2/1992, S. D 53- 71

<sup>125</sup> Vgl. Ebd., S. D 59

<sup>126</sup> Vgl. H. Hugler, a.a.O., 1994, S. 258

<sup>127</sup> Vgl. Das strategische Konzept der NATO in EA, Folge 2/1992, S. D 65 und D. Senghaas, a.a.O., 1992, S. 141

einbezogen sehen will.<sup>128</sup> Daher neigen sie zur Regionalisierung der Sicherheitspolitik, was die Rückkehr des geographisch- räumlichen Denkens zur Folge hat.<sup>129</sup>

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurden, was die Reduzierung konventioneller Waffen (KSE-Vertrag vom November 1990) und strategischer Arsenale (START I vom 31. Juli 1991 und START II vom Januar 1993) betrifft, Erfolge verzeichnet, die während des Kalten Krieges nicht denkbar gewesen wären. Die Verträge sahen vor, daß bis zum Jahr 2004 ca. 35000 Kernwaffen vernichtet oder aus dem Verkehr gezogen werden, über 40000 Großwaffensysteme (Kampfpanzer, Schützenpanzer, Artillerie, Kampfflugzeuge) in Europa zerstört werden und etwa 40000 Tonnen chemische Kampfstoffe vernichtet werden. Darüber hinaus ist die Reduzierung der Streitkräfte der USA (um 500 000 Mann ), der europäischen Staaten sowie Rußlands ( auf 1.5 Mio. Mann) vorgesehen.<sup>130</sup>

Dies alles bedeutet natürlich nicht, daß die Risiken und Gefahren im nuklearen und chemischen Bereich gebannt ist. In der ehemaligen Sowjetrepublik besteht immer noch die Gefahr, daß nukleare oder chemische Waffen bei Auseinandersetzungen innerhalb der GUS verwendet werden oder außer Kontrolle geraten. Das dritte Problem besteht in der Proliferation von Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen), die besonders von den Ländern der „Dritten Welt“ erworben werden.<sup>131</sup>

Die Unterschiede zwischen den Industriestaaten und „dem Rest“ der Welt sind, was die jeweiligen Sicherheitsverständnisse angeht, krasser geworden. Daß Sicherheit für die Industriestaaten nicht mehr eine „Bedrohung“, sondern nur ein „Risiko“ darstellt, scheint auf andere Regionen nicht zuzutreffen. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind die Nationalstaaten in den anderen Teilen der Welt Gefahren ausgesetzt, die ihre Souveränität und nationale Integrität unmittelbar bedrohen. Die „regionale Anarchie als globales Problem“<sup>132</sup> resultiert aus folgenden Elementen:

- Die typischen und chronischen Probleme der Unterentwicklung und der Verarmung gehen auf fehlgeschlagene Entwicklungskonzepte und Marginalisierung zurück. Diese Staaten gehören zur Kategorie der post-kolonialen Zeit, in der die Armee mit der „Nation“ gleichbedeutend ist. Massenverelendung, Kriminalisierung, Gesetzlosigkeit, bewaffnete Banden, ethnische Konflikte (Ruanda), diktatorisches Regime und damit verbundene Probleme der „Unregierbarkeit“ der Staaten mit gering ausgeprägten Fähigkeit zur Durchsetzung des Gewaltmonopols bestimmen das Leben dieser Staaten.
- Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Zerfalls Jugoslawiens zerfallen auch zentrale Gewaltmonopole und damit Gesellschaftsordnungen. In diesen Regionen formierten sich neue Nationalstaaten, die externen (gegenseitiger Anspruch auf Grenzkorrekturen) und internen (ethnische Konflikte) Bedrohungen ausgesetzt sind.

<sup>128</sup> Vgl. H. Hugler, a.a.O., 1994, S. 267

<sup>129</sup> Siehe dazu: Z. Brezezinski, a.a.O., 1998

<sup>130</sup> Vgl. Lothar Rühl, „Auf dem Wege zu einem Abschreckungsminimum- Der START-II- Vertrag und seine Folgeprobleme“. In: EA, Folge 17/1993, S. 499 und Joachim Krause, „Eine Welt in Waffen: Das Rüstungsproblem in der internationalen Politik“. In: Karl Kaiser/Hans- Peter Schwarz,(Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 148 und ff.

<sup>131</sup> Vgl. J. Krause“, a.a.O., 1995, S 147-156 und Erwin Häckel, „Proliferation von Massenvernichtungswaffen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 157-165

<sup>132</sup> Volker Matthies, „Regionale Anarchie als globales Problem“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 166 und ff.

Aufgrund der staatlichen Neustrukturierung der Gesellschaftsordnung stehen diese Staaten auf schwachen Füßen und sind gegenüber der innenpolitischen und außenpolitischen Bedrohungen besonders verletzlich. Hinzu kommt das Problem des „Kriegsherrentums“, die Willkürherrschaft lokaler „Kriegsherren“ in den entstandenen Machthohlräumen, die ethnisch, religiös oder ideologisch geprägt sind. Sie können sich auf die neu formierte Gesellschaftsordnung destabilisierend auswirken und somit die Sicherung des Gewaltmonopols und die Einheit des Territorialstaates erschweren.

-- Ein weiteres Problem stellen die Herausforderungen für die regionalen Mächte dar. In der „Übergangsphase“ und „Unübersichtlichkeit“ der Weltordnung sehen sich regionale Staaten aufgrund ihrer militärischen Potentiale in der Lage, die entstandenen Machthohlräume zu ihrem Vorteil nutzen zu können, um ihre Vormachtstellung in der Region abzusichern, wobei dies als eine unmittelbare Bedrohung für die territoriale Integrität anderer Nachbarstaaten empfunden wird. In der neuen internationalen Ordnung scheint das „Sicherheitsdilemma“ viel mehr die außen- und sicherheitspolitischen Handlungen der Staaten zu prägen, die in den konflikträchtigen Regionen liegen. Den Einmarsch Iraks in Kuwait kann man aus dieser Perspektive betrachten. Nach dem Ende der Blockkonfrontation sah sich die Türkei sicherheitspolitisch, z.B. in ihrem Süden, unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt, die sie als ernste Bedrohung ihrer nationalen Integrität aufgefaßt hat. Daher hat die Türkei die Aufrüstung und Modernisierung ihrer Armee unverzüglich vorangetrieben,<sup>133</sup> während andere NATO-Verbündete, vor allem Deutschland, ihre Waffen und Streitkräfte reduziert haben, wobei hier anzumerken ist, daß im allgemeinen die Waffenimporte und damit auch die Verteidigungsausgaben der Länder der Dritten Welt seit 1985 ständig abgenommen hat. Im Jahr 1985 lagen die Waffenimporte dieser Länder bei 45.510 Mio. US-\$ (inflationsbereinigt 1992), so reduzierten sich die Waffenimporte im Jahr 1990 auf 32.131 Mio. US-\$ und im Jahr 1992 auf 12.720 Mio. US-\$.<sup>134</sup>

Aber trotzdem sind die Gefahren der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Regionalstaaten nicht aus der Welt gebannt, wie der Krieg im Kosovo es zeigt. Die Teilrepublik Jugoslawiens Montenegro scheint ein neues Pulverfaß auf dem Balkan zu sein. Die Probleme im Transkaukasus, der Tschetschenienkrieg in der russischen Föderation lassen neue Konfliktdynamiken entstehen. Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan im fernen Osten um die Region Kaschmir barg sogar eine nukleare Gefahr in sich.

Für einen Friedensvertrag zwischen den Palästinensern und Israel werden ein langsehnter Frieden oder die chronische Instabilität und die ständigen Konflikte in Nahen Osten entscheidend sein. Es wird aber ein langwieriger und schwieriger Prozeß sein, bis die Parteien zu einem für beide Seiten angemessenen Friedensvertrag kommen. Der Kurdenkonflikt und die Wasserknappheit mit ihren nationalen, regionalen und internationalen Interessenkonstellationen sind neue strategische und sicherheitspolitische Dimensionen, die die Stabilität und den Frieden in der Region und auch in der internationalen Ordnung gefährden könnten.

#### **1.4. Die regionale Sicherheitspolitik im Rahmen der internationalen Ordnung**

<sup>133</sup> Im Abschnitt 5 dieser Arbeit wird auf eine Bedrohungsanalyse der Türkei und auf Ausgaben für die Aufrüstung eingegangen.

<sup>134</sup> Vgl. J. Krause in Karl Kaiser/Hans- Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 152

### 1.4.1. Die Definition der Begriffe „Region“ und „Regionalismus“

Es war schon in der Zeit der Antike so, daß politische Einheiten eines bestimmten Raumes engere Beziehungen eingingen und bestimmte Angelegenheiten gemeinsam lösten. Aber erst durch die Globalisierung bzw. Universalität wurde der Regionalismus als Konzept und als politische Realität bekannt.<sup>135</sup> Es gibt eine Vielzahl von Begriffen, mit denen man das Phänomen Regionalismus bezeichnet wie z.B. Regionalorganisation, Regionalpakt, regionale Allianz, regionale Integration, regionale Konfliktbeilegung und regionale Kooperation. Was eigentlich eine Region<sup>136</sup> ist, dafür gibt es keine allgemein akzeptierte Definition.<sup>137</sup> Man spricht von geographischen Regionen, politischen Regionen, Klimaregionen, ebenso wie von Wirtschaft -, Sprach-, Kultur- und Zivilisationsregionen. Genauso unterscheidet man zwischen nationalen, subnationalen und internationalen Regionen.<sup>138</sup>

Es gibt mehrere Versuche, den Inhalt des Begriffs Region anhand verschiedener Kriterien zu bestimmen.<sup>139</sup> Zum Beispiel wird unter einer Region immer ein Raum verstanden, der sich von anderen Territorien ab- und ausgrenzt.<sup>140</sup> Die Homogenität eines Raumes entsteht nicht von selbst, sondern sie wird ihr zugeschrieben, indem territoriale und funktionale Faktoren eines Raumes miteinander kombiniert werden, die gleichzeitig als Kriterien für die Bestimmung einer Region gelten. Unter territorialen Kriterien wird die geographische Abgrenzbarkeit<sup>141</sup> verstanden. Eine Region muß sich abgrenzen lassen: a) von universellen Ereignissen (z.B. dem internationalen System), b) lokalen Ereignissen (von Einzelstaat) und c) von anderen regionalen Ereignissen, d.h. von anderen Regionen.<sup>142</sup>

Das zweite Kriterium ist die funktionale Bestimmung einer Region. Damit ist gemeint, daß eine ökonomische Region nicht unbedingt einer sicherheitspolitischen und eine kulturelle Region nicht einer religiösen Region entsprechen müßte, weil gemäß der unterschiedlichen Problemfelder auch entsprechende funktionale Kriterien vonnöten wären.<sup>143</sup> Handelt es sich z.B. um die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder, so

<sup>135</sup> Vgl. Winfried Lang, „Der internationale Regionalismus – Integration und Desintegration in weltweiter Verflechtung“, Forschungen aus Staat und Recht, Springer Verlag, Wien-New York, 1982, S. 19

<sup>136</sup> Hier ist nicht von dem Begriff „Region“ die Rede, der sich aus der Notwendigkeit von wirtschaftlichen Netzpunkten für Infrastruktureinrichtungen wie Telefon- und Stromnetz oder Wasserversorgung innerhalb eines Nationalstaates konstituiert.

<sup>137</sup> Vgl. Christopher Daase, „Regionalisierung der Sicherheitspolitik - Zu einem Ordnungsmuster internationaler Politik.“ In: Klaus, Dieter Wolf (Hrsg.), „Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung“, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage, 1993, S. 137

<sup>138</sup> Vgl. W. Lang, „a.a.O., 1982, S. 64

<sup>139</sup> Dazu ausführliche Darstellung siehe: C. Daase, a.a.O., 1993, S.137 u.ff.

<sup>140</sup> Vgl. C. Schmid, „Regionalkonflikte in der Dritten Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: alte Probleme und neue Trends“, In: Klaus Dieter Wolf (Hrsg.), „Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung“, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) e.V. Band XX, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage 1993, S. 120

<sup>141</sup> Nach W. Lang spielt der Faktor Geographie einen angemessenen Stellenwert, wenn er als eines der Elemente zweiter Ordnung betrachtet wird. Da seine Bedeutung von Fall zu Fall je nach der Intensität der

mit der Geographie konkurrierenden Faktoren variiert. W. Lang, a.a.O., 1982, S. 69

<sup>142</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O. 1993, S. 138

<sup>143</sup> Ebd., S. 137-138

geschieht dies in Form von Austausch von Technologien und Dienstleistungen, Geld und Krediten. Aus der Perspektive der Sicherheitspolitik sind es die Territorialansprüche, die Einflußnahme regionaler Kriege und Rüstung sowie Verhandlungen und Verträge, die die sicherheitspolitische Region konstituieren.<sup>144</sup> Aufgrund geopolitischer Gegebenheiten oder gesellschaftlicher Entwicklungen entstehende dauerhafte Streitigkeiten (z. B. territoriale oder ethnische) oder Rivalitäten (z. B. wirtschaftliche oder ideologische) können zur Bildung von Konfliktregionen führen.<sup>145</sup>

Etymologisch betrachtet, wird die Region als eine Form politischer Organisation eines Raumes, die Herrschaft in und über einen Raum, bezeichnet. Die politische Region z.B. wird als Basis der Übereinkunft oder Komplementarität von Interessen als bestimmtes Maß an Solidarität, als ideologisch kulturelle Einheit verstanden.<sup>146</sup> Schon die französische Delegation bezeichnete die Region beim Völkerbund 1936 überwiegend politisch als „Gruppe von Staaten, die auf Grund ihrer geographischen Lage oder Dank der Gemeinschaft ihrer Interessen miteinander verbunden sind“<sup>147</sup>. Zur Bildung der politischen Regionen spielt die gegenseitige Interessenverbundenheit der Staaten eine wichtige Rolle. Demnach können wir die politische Region definieren als einen Raum, in dem die Staaten mit gleichen Problemen konfrontiert sind und auch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennen.<sup>148</sup> Die Gemeinsamkeit von Interessen kann sich im politisch-gesellschaftlichen und im wirtschaftlichen Konsens manifestieren, der häufig von Dauer sein kann. Dieser Konsens kann auf grundlegenden Institutionen oder Werten basieren.

Diese Werte können sich auf Ideologie, Religion oder soziale Einstellung bzw. auf eine Kombination der drei Elemente aufbauen. Damit wird auch deutlich, daß nicht nur die geographische Nähe wirtschaftliche und politische Interessen einer Region bestimmen, sondern auch die ideologischen, kulturellen und religiösen Gemeinsamkeiten bei der Entstehung bzw. Bildung einer Region mit berücksichtigt werden müssen bzw. eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

### *Regionalismus*

Der Begriff Regionalismus (auch Regionalisierung, Regionalintegration, Blockbildung) beinhaltet entweder einen institutionellen Zusammenschluß geographisch benachbarter Staaten in einem oder verschiedenen Bereichen oder eine besonders hohe partnerschaftliche Beziehung zwischenstaatlicher Transaktionen wie z. B. Handelsbeziehungen oder wirtschaftliche Zusammenarbeit.<sup>149</sup>

---

<sup>144</sup> Ebd., S. 138

<sup>145</sup> Im Nahen Osten und in den Anrainerstaaten gibt es genügend Beispiele dafür, daß sich die Länder im Nahen Osten aus unterschiedlichen Gründen im Zustand eines dauerhaften Konfliktes befinden (Konflikte um Wasser, Öl, Gebietsansprüche, ideologische Gegensätze und Bestrebungen in der Region Einfluß zu bekommen.)

<sup>146</sup> Vgl. W. Lang, a.a.O., 1982, S. 72

<sup>147</sup> Ebd., S. 72

<sup>148</sup> Ebd., S. 72

<sup>149</sup> Vgl. Ulrich Menzel, „Regionalismus/Regionale Kooperation“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), a.a.O., 1994, S. 390

Die Regionalisierung bedeutet also zunehmende institutionelle, integrative Bindungen der Staaten im wirtschaftlichen, kulturellen oder politischen Bereich, wobei der Grad der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Homogenität sowohl Art und Umfang der regionalen Konzepte als auch die Wirksamkeit der regionalen Institutionen bestimmt.<sup>150</sup> Dieser Aspekt wird bekräftigt durch den Satz von Lübke, der die Ansicht vertritt, daß der Regionalismus in Wahrheit sich auf der Frontlinie des Zivilisationsprozesses entwickeln würde.<sup>151</sup> Die EU, die mit den römischen Vertrag im Jahr 1957 ihren Lauf nahm und mit den Maastrichter Verträgen und der Schaffung des europäischen Binnenmarktes und gemeinsamer Währung ein neues Stadium erreicht hat, ist ein Beispiel dafür. So verwirklicht sie den größten Teil ihres Außenhandels innerhalb der Mitgliedsstaaten, was einen hohen Grad an wirtschaftlichem Integrationsprozeß aufweist, der mit den kulturellen und sicherheitspolitischen Erwägungen einherging.

Die Regionalisierung kann durch den verstärkten Interaktionsprozeß lokaler Mächte zustande kommen. Oder die Regionalisierung tritt ein, wenn die wirtschaftliche, politische oder sicherheitspolitische Bedeutung einer Region nicht in dem Maße die Aufmerksamkeit der internationalen Politik genießt. Wenn in einem Konflikt einer Region nicht globale Aspekte von Bedeutung sind und regionale Erwägungen keine große Rolle spielen, spricht man von der Regionalisierung des Konfliktes.<sup>152</sup> Die Regionalisierung kann auch dadurch entstehen, daß ein globales „Interaktionsmuster“, wie z.B. die Sowjetunion, auseinandergegangen ist. Wie das Beispiel Sowjetunion gezeigt hat, müssen die regionalen Akteure nach dem Zerfall einer globalen Macht, die überregionalen Interaktionsmuster ersetzen. Die untergeordneten Akteure können sich wieder zu einer integrativen Organisation, wie im Falle der GUS-Republiken, zusammenschließen, oder das Gegenteil kann passieren, wie das Beispiel Jugoslawien gezeigt hat. Chronische Konflikte wie Grenz- oder Hoheitsstreitigkeiten können zur Entstehung regionaler Konflikte führen.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden zwischen mehreren Staaten verschiedene Garantie- und Beistandsverträge oder Pakte abgeschlossen. So wurde der Locarno-Pakt als regionales Sicherheitssystem zwischen den Staaten Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Tschechoslowakei abgeschlossen.<sup>153</sup> Die Balkanstaaten, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und die Türkei unterzeichneten am 9. Februar 1934 in Athen die Balkan-Entente, in der u.a. die Partner einander den territorialen Status Quo garantierten.<sup>154</sup> Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen gründeten eine Union, in der auch wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgesehen

<sup>150</sup> Vgl. W. Lang, a.a.O., 1982, S. 84

<sup>151</sup> Vgl. H. Lübke, „Staatliche Souveränität, internationale Organisation und Regionalisierung“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz, (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 191. Diese These wird sehr stark unterstützt von Samuel P. Huntington. Er sagt in seinem Aufsatz, „Kampf der Kulturen“, daß z.B. die Europäische Union auf den Gemeinsamkeiten der europäischen Kultur und des christlichen Glaubens basiert. Vgl. Samuel P. Huntington, „Kampf der Kulturen?“ Foreign Affairs, Sommer 1993 S. 22-49, übersetzt ins Türkische von Mustafa Çalık. In: Zeitschrift Türkiye Günlüğü, Yaz/1993, Nr. 23

<sup>152</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O., 1993, S. 139

<sup>153</sup> Vgl. W. Lang, a.a.O., 1982, S. 22; Rıfat Uçarol, „Siyasi Tarih“, 1789-1994“, (Politische Geschichte 1789-1994) 4. Baskı, Filiz, Kitabevi, Istanbul, 1995, S. 525-26

<sup>154</sup> Mehmet Gönülöbol, „Olaylarla Türk Dış Politikası“, (Türkische Außenpolitik in Ereignissen), Siyasal Kitabevi, 9. Baskı 1996 Ankara, S.99-105 und Fahir Armaoğlu, „20. Yüzyıl Siyasi Tarihi, 1914-1980“, (Politische Geschichte des 20. Jahrhunderts), 1. Cild, Türkiye İş Bankası Yay. Ankara 1993, S. 337-340, Rıfat Uçarol, a.a.O., 1995, S. 577-79

war. All diesen Verträgen war gemeinsam, daß sie auf die Erhaltung der territorialen Integrität abzielten. Die Rahmenbedingung und strukturellen Gegebenheiten des Regionalismus bedeuteten während der Völkerbundzeit etwas anders als während der Zeit der Bipolarität. Nach der Auflösung der Blöcke gewann der Regionalismus neue Impulse und neue Dimensionen.

„Obwohl der Triumph der Marktwirtschaft eine globale Liberalisierung der Weltwirtschaft hatte erwarten lassen, kommt es statt dessen zur verstärkten Bildung von regionalen Wirtschaftsblöcken; obwohl die ökologischen Probleme in ihren globalen synergetischen Effekten längst erkannt sind, zeichnen sich pragmatische Strategien eher auf der Ebene regionaler Umweltkooperation ab; und obwohl die Überwindung der sicherheitspolitischen Bipolarität die Möglichkeit einer globalen ‚Neuen Weltordnung‘ hatte aufscheinen lassen, deuten die Entwicklungen eher auf die Bildung von sicherheitspolitischen Regionen hin.“<sup>155</sup>

#### 1.4.2. Regionalismus contra Universalismus

Der Regionalismus wird von verschiedenen Autoren im Bezug auf internationale Politik unterschiedlich bewertet. So bewertet C. Daase den Regionalismus als eine Kontrabewegung gegen die Universalität<sup>156</sup>, während W. Lang den Regionalismus als eine Einschränkung der Universalität versteht<sup>157</sup>.

Während des Zweiten Weltkrieges standen sich zwei konkurrierende Modelle, wie die Welt nach dem Krieg aussehen sollte, gegenüber. Der englische Premierminister Winston Churchill stellte sich für die Nachkriegszeit für eine Vielzahl von regionalen Vereinbarungen vor. US-Präsident Roosevelt war in etwa der gleichen Ansicht, wenn er auch etwas zögerte. Der damalige US-Außenminister trat energisch für den Universalismus ein, weil seiner Ansicht nach die Idee des Regionalismus zu einer Wiederbelebung der „balance of power“ führen würde und die traditionellen Konflikte der Staaten nicht lösen konnte.<sup>158</sup>

Die sowjetische Haltung war weder auf den einen noch auf den anderen Vorschlag festgelegt. So hatte sie bei der Gründung der Vereinten Nationen vorgeschlagen, innerhalb der Generalversammlung vier Regionen (europäisch, amerikanisch, asiatisch-pazifisch, afrikanisch) zu bilden und diesen „die Rolle des willensbildenden Hauptorgans für die jeweilige Region zu zuerkennen“.<sup>159</sup>

Auf der Konferenz von San Francisco von 1945 wurde beide Vorschläge (regional-universal) vertreten und gingen gleichermaßen in die Satzung der UNO ein. Denn einerseits wollten die Verfasser bei der Gründungsgeschichte der UNO dem Regionalismus wenig Raum bieten, und auf der anderen Seite war der Wille zur Bildung von regionalen Organisationen eine Realität der Weltpolitik.

Die Frage in den entsprechenden Artikeln der UNO-Satzung, ob Friede und Sicherheit von global-universellen oder von regionalen Institutionen gewährleistet werden sollte,

---

<sup>155</sup> Vgl. C. Daase., a.a.O., 1993, S.129

<sup>156</sup> Ebd., S. 131-132

<sup>157</sup> Vgl. W. Lang, a.a.O., 1982, S. 25 und ff.

<sup>158</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O., 1993, S.131

<sup>159</sup> Vgl. W. Lang, a.a.O., 1982, S.26

war/ist nicht offengelegt.<sup>160</sup> Nach Art. 24 der UN-Satzung wurde die „Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und internationaler Sicherheit dem UN-Sicherheitsrat“<sup>161</sup> übertragen. Mit dem Sicherheitsrat wurde ein potentiell mächtiges Instrument universeller Ordnungspolitik geschaffen. Auf der anderen Seite wurde in Art. 52 Kap. VIII<sup>162</sup> betont, daß regionale Organe ihren Beitrag leisten sollten, der zur Wahrung bzw. Aufrechterhaltung des Weltfriedens und internationaler Sicherheit dient. Nach Art. 52 wurde den regionalen Organisationen auch das Recht eingeräumt, örtliche bzw. regionale Streitfälle auf dem friedlichen Weg durch regionale Abkommen zu regeln. Darüber hinaus fördert die UNO gem. Art. 52/3 die Maßnahmen, die zur friedlichen Beilegung und Regelung örtlich-regionaler Konflikte führen.

In Art. 53/1 beauftragt der Sicherheitsrat regionale Organe damit, Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität durchzuführen.<sup>163</sup> Ferner können „die Regionalorganisationen im Sinne des Artikels 53/1 Zwangsmaßnahmen auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates ergreifen, sofern sich diese gegen einen sogenannten „Feindstaat“<sup>164</sup> richten.“<sup>165</sup>

Ausgenommen von der o. g. Bestimmung des Art. 53/1 bezüglich des „Feindstaates“ zieht zwar der Sicherheitsrat regionale Organe oder Abkommen heran, um Zwangsmaßnahmen unter seiner Ägide durchzuführen, im folgenden Satz unterliegt jedoch der o.g. Art. dem Beschluß des Sicherheitsrates, ohne dessen Ermächtigung keine Zwangsmaßnahmen ergriffen werden können. Darüber hinaus soll, laut Art. 53, die UNO jederzeit über die Maßnahmen unterrichtet werden, die aufgrund regionaler Abkommen oder durch regionale Organe zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ergriffen worden sind oder geplant werden.<sup>166</sup>

In Kapitel VIII der Satzung der UNO gibt es keine eindeutigen Bestimmungen über die sozio-ökonomische Zusammenarbeit der Regionalorganisationen. Aus Art. 55 und 56 könnte man ableiten, so W. Lang, daß sich die Mitglieder auf den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten verpflichteten, gemeinsam oder einzeln mit den Vereinten Nationen zu kooperieren, um die in Art. 55 angeführten Ziele zu erreichen. „Die Satzung kennt also, und zwar unter Vernachlässigung der sozio-ökonomischen Dimensionen, zwei Fälle des regionalen Zusammenschlusses; politische Regionalorganisationen, die sich in erster Linie mit der kollektiven Sicherheit innerhalb der Region befassen, und regionale Verteidigungsorganisationen, deren primäre Aufgabe die Zusammenfassung der Mitglieder zur Verteidigung nach außen ist.“<sup>167</sup>

---

<sup>160</sup> In der Praxis sieht es aber so aus, daß besonders nach dem Kalten Krieg die NATO, als eine regionale Verteidigungsallianz im Auftrage der Vereinten Nationen handelt, wie es während des Balkan-Krieges gewesen ist.

<sup>161</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O., 1993, S. 131

<sup>162</sup> Wortlaut des Artikels In: W. Lang, a.a.O., 1982, S. 30 u. ff.

<sup>163</sup> Ein Beispiel dafür sind die NATO-Truppen auf dem Balkan während des Bosnien-Krieges, die von den Vereinten Nationen beauftragt wurden.

<sup>164</sup> Ein Feindstaat ist nach Art. 53/1 jener Staat, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Unterzeichners der vorliegenden (also UN-Satzung M.D.) Satzung gewesen ist. Nach dem Endes des Kalten Krieges dürfte der Begriff „Feindstaat“ seinen Gegenstand verloren haben.

<sup>165</sup> Vgl. W. Lang, a.a.O., 1982, S. 31

<sup>166</sup> Ebd., S. 31

<sup>167</sup> Ebd., S. 34 (Die arabische Liga wird gemäß der Satzung der UN nicht als Regionalorganisation bezeichnet, weil ihre Ideologie als satzungswidrig beurteilt und der Grund des Zusammenschlusses nicht als regional, sondern als ethnisch-religiös betrachtet wird.)

### 1.4.3. Die Regionalkonflikte im Spiegelbild des internationalen Systems

Der Ost-West- Konflikt in der Dritten Welt<sup>168</sup> war gleichzeitig ein Ideologie- und Systemkonflikt. Es war ein Wettbewerb gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Modelle, ein machtpolitischer Hegemonialkonflikt um die weltpolitische Vormachtstellung der Supermächte. Darin spiegelte sich der politische und ökonomische „Wettkampf der Systeme“<sup>169</sup> wieder. Dies beinhaltete auch den Nord-Süd-Konflikt, weil es hier gleichzeitig um die Sicherung und Kontrolle der für die Industriestaaten lebenswichtigen wirtschaftlichen Ressourcen in der Dritten Welt ging.<sup>170</sup> „Bevor noch die Länder Afrikas und Asiens ihre politische Unabhängigkeit von den Kolonialmächten ganz erlangt hatten, wurden sie neu eingebunden in eine internationale Konkurrenz- und Konfliktstruktur, in der sie allein einen Beitrag als nützliche Verbündete des Westens (oder des Ostens) oder gar als dessen politische und militärische Satelliten leisten konnten und sollten.“<sup>171</sup>

Die gegenseitige Abschreckungsstrategie, die Drohung mit nuklearer Vernichtung der Supermächte, hat dazu geführt, daß die kriegerischen Konflikte zwischen den beiden rivalisierenden Machsystemen in Form von Regionalkonflikten an die Peripherien des Weltsystems verlagert wurden. Nicht selten wurden deshalb „Süddimension des Ost-West-Konflikts“, „Ventilkriege“, „Stellvertreterkriege“<sup>172</sup> bzw. „Ersatzkriege“ geführt.

<sup>168</sup> Der Begriff „Dritte Welt“ wird zwar als Sammelbegriff für Staaten verwendet, darüber, welche Staaten zur

dieser Kategorie der Dritten Welt gehören, gibt es aber unterschiedliche Auffassungen. Ursprünglich wurde der Begriff für die Länder gewählt, die aufgrund bestimmter Kriterien (wie Pro-Kopf-Einkommen, industrielle Produktion und Alphabetisierungsquote) von den Ländern der UN-Vollversammlung 1971 in bestimmte Kategorien eingestuft wurden. So wird zwischen „am wenigsten entwickelten Ländern“ (LLCD=Least Developed Countries) und „weniger entwickelten Länder (LDC=Less Developed Countries) differenziert. Franz Nuscheler beschreibt die Dritte Welt wie folgt: „Es ist die Welt der Armen, wirtschaftlich unterentwickelten und politisch schwachen Länder auf der südlichen Halbkugel, die weder zur westlich - kapitalistischen Ersten Welt gehören noch zur östlich - sozialistischen Zweiten Welt gehören oder gehören wollen (...).“ F. Nuscheler, „Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik“, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, 1985, S. 38. Nach dem Kalten Krieg gibt es die östlich- sozialistische Zweite Welt nicht mehr. Manche Staaten - besonders im europäischen Raum - des ehemaligen Ostblocks schaffen den Anschluß an die sogenannte Erste Welt, d.h. an die Industrieländer, während es für manche ehemaligen Staaten oder neu unabhängig gewordene Staaten schwierig ist, diesen Durchbruch zu schaffen. Sie werden wohl in Zukunft in die Kategorie der „Entwicklungsländer“ eingeordnet werden. Es gibt in dem Sinne nur „the west and the rest“, wie Kishore Mahibubani es formuliert hat. Der Begriff Dritte Welt impliziert hier auch die Länder, für die der Begriff während des Ost-West-Konfliktes politisch verwendet wurde. Es wäre nicht falsch die Länder in die Kategorie der Dritten Welt aufnehmen, die von Huntington als „geteilte Länder“ bezeichnet werden. In diese Kategorie gehören die Länder, die aufgrund der sozialpolitischen Entwicklung nicht den Standard eines demokratischen Systems aufweisen können und zwischen deren Führungseliten und der Gesellschaft in Bezug auf Werte ein tiefer Abgrund besteht: also die Länder, deren Systeme oder Führungseliten unter einer demokratischen Legitimationskrise leiden.

<sup>169</sup> Vgl. E. Mandel, a.a.O. 1972, S. 205-221

<sup>170</sup> V. Matthies, „Kriegsschauplatz Dritte Welt.“, Beck'sche Reihe, München 1988, S. 83

<sup>171</sup> R. Tetzlaff, „Die Weltbank -Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer?“ München, London 1980, S. 14

<sup>172</sup> V. Matthies geht davon aus, daß es nicht korrekt sei, die Kriege in der Dritten Welt pauschal als Stellvertreterkriege zu bezeichnen, da die Supermächte selbst einen relativen Verlust an Kontroll- und Steuerungsfähigkeit in der internationalen Politik zu beklagen hätten, weil sich das internationale System in einem „Übergang von einer duopolitisch bzw. oligopolistisch geprägten Sicherheitsstruktur zu einem multipolaren Weltsystem“ befindet. V. Matthies, a.a.O. 1988, S. 82, Anm. 106

Die Form erschwerte auch die Suche nach gemeinsamem Krisenmanagement<sup>173</sup>. Sowohl Verteidiger als auch Kritiker der Politik der Großmächte sehen in Bezug auf die Länder der Dritten Welt in den örtlichen Konfliktparteien nur die Stellvertreter der Blockrivalen und bezeichnen die globale Systemkonkurrenz als den eigentlichen Grund der Regionalkonflikte.<sup>174</sup> Der Stellvertreterkrieg unterstellt eine Übereinstimmung der Interessen von „Stellvertreter“ und Interventionsmacht, der auch die Fähigkeit der Interventionsmacht voraussetzt, den Stellvertreter völlig unter Kontrolle zu halten. V. Matthies vertritt dagegen die Ansicht, daß die reale Welt kein „Marionetten-Theater“ sei, in dem ein „Marionetten-Regime“ freiwillig als Kriegspartei für fremde Mächte kämpfen würde.<sup>175</sup> Trotz allem war die große Mehrheit der Länder der Dritten Welt bestrebt, sich aus den Ost-West-Rivalitäten herauszuhalten.<sup>176</sup> Die Gründung der blockfreien Bewegung 1955 in Bandung war ein Versuch in dieser Richtung.

Die Übertragung des Ost-West-Gegensatzes auf die Regionen der Dritten Welt führte offenbar zu Fehlwahrnehmungen der Supermächte. Die Folge davon war, daß ein Konflikt, der wahrscheinlich in der Region begrenzt gehalten werden könnte, aufgrund der Supermachtrivalitäten, in eine Eskalation der Ost-West-Konfrontation ausartete. Dies nach dem Motto: „Wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen, kann das heute niemandem mehr gleichgültig sein“.<sup>177</sup> Sehr rasch erhielt und erhält jeder Konflikt, auch wenn er sich an rein lokalen Ursachen entzündet, internationale Bedeutung und Tragweite. Der Grund für diese Haltung lag in dem Rivalitätsverhalten der ideologisch antagonistisch ausgerichteten Supermächte nach dem Modell der „Nullsummen-Logik“,<sup>178</sup> bei dem der Gewinn einer Supermacht automatisch den Positionsverlust der anderen Supermacht nach sich zieht.

In der Zeit des Kalten Krieges gab es für beide Lager ein Denkmodell, wonach die Supermächte die Konflikte in der Dritten Welt als Objekte der eigenen Sicherheit ansahen. U. Steinbach verdeutlicht diese Haltung und das Nullsummenspiel der Supermächte am Beispiel des Nahostfriedensvertrages zwischen Israels und Ägypten, dem Friedensvertrag von „Camp David“ und dem damit verbundenen Versuch der Supermächte, sich gegenseitig im Nahen Osten auszumanövrieren, entsprechende Strategien zu entwickeln und die lokalen Mächte für die Wahrung ihrer Interessen zu vereinnahmen.<sup>179</sup>

---

<sup>173</sup> Vgl. Christian Hacke, „Die großen Mächte“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 318

<sup>174</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O., 1993, S.135

<sup>175</sup> Vgl. V. Matthies, a.a.O., 1988, S. 82

<sup>176</sup> Vgl. R. Tetzlaff, a.a.O., 1980, S. 14

<sup>177</sup> V. Matthies, a.a.O., 1988, S. 93, D. Frei benutzt den Satz in etwa gleicher Bedeutung im Hinblick auf die

internationale Verflechtung des Staatensystems, das durch den Autonomiegrad der Staaten eingeschränkt

bzw. relativiert wird. D. Frei, „Die Entstehung eines globalen Systems unabhängiger Staaten“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 25

<sup>178</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 167; Für den Begriff „Nullsummen-Logik“ wird auch der Terminus „Nullsummenspiel“ verwendet. Siehe dazu: V. Matthies, a.a.O., 1988, S. 83

<sup>179</sup> Vgl. Udo Steinbach, „Krisenherd Naher Osten: Machtdiffusion als Folge wachsender Komplexität des internationalen Systems“. In: Rudolf Hamann (Hrsg.), „Die Süddimension des Ost-West-Konfliktes -

Das

Engagement der Supermächte in Krisen der Dritten Welt“. Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1. Auflage 1986, S. 137 u. ff.

Die indirekte Beteiligung der Mächte an den Konflikten der Dritten Welt geschah in verschiedenen Formen wie z.B. den Destabilisierungsversuchen unliebsamer Regimes durch Wirtschaftsembargo, fehlende finanzielle Unterstützung durch die Weltbank oder den Währungsfond, durch Unterstützung oppositioneller Kräfte im Land durch Waffenlieferung und Entsendung technischer bzw. militärischen Berater. Darüber hinaus wurden Streitkräfte der Supermächte als politische Druckmittel, um Gegner einzuschüchtern, instrumentalisiert und zur Durchsetzung ihrer Interessen eingesetzt. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Rolle der militärischen Stützpunkte bzw. Basen der jeweiligen Supermacht in den Ländern der Dritten Welt.

Besonders nach dem verlustreichen Vietnamkrieg für die Amerikaner (1965-73 ) haben die Mächte eher dazu tendiert, durch indirekte Intervention (d. h. Kooperation mit lokalem Partner) oder durch Unterstützung von „Freunden“ in Bürgerkriegen in Konflikte einzugreifen, weil die direkte Intervention der Außenmächte die Konflikte eher verschärft haben als zu deren Lösung bzw. Beilegung beizutragen. Ferner lösten diese Interventionen gesellschaftlichen Widerstand und Proteste im eigenen Land aus und wurden in der Weltöffentlichkeit verbunden mit der Gefahr, sich innergesellschaftlich moralisch für diese Intervention rechtfertigen zu müssen und in der Welt an Prestige einzubüßen. „Angesichts des fortschreitenden Prozesses relativer Machtdiffusion im internationalen System, der Ausbreitung von Nationalismus, Rüstung und eigenständiger Sicherheitspolitik, namentlich in den Regionen der Dritten Welt, scheint der Nutzen von Interventionspolitik tendenziell abzunehmen.“<sup>180</sup>

Aus der Sicht der Sowjetunion war der „Imperialismus“ Hauptursache der Kriege in der Dritten Welt. „Die imperialistischen Kräfte bedienten sich lokaler Kriege als Instrument und Strategie zur Niederringung des Sozialismus und der UdSSR (...).“<sup>181</sup> Zu diesem Zwecke wurden in der Dritten Welt solche Konflikte künstlich produziert. Für die Sowjetunion war es oberstes Ziel, bei den lokalen bzw. regionalen Konflikten die direkte Konfrontation mit den USA zu vermeiden. Aber sie hat sich nicht zurückgehalten und versucht überall für den Sieg des Sozialismus zu kämpfen. Dazu hat sie Streitkräfte in Situationen eingesetzt wie z.B. Angola, Äthiopien oder der direkten Intervention (Afghanistan).

Die USA übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg die Funktion der Verteidigerin der freien und demokratischen Welt gegen den Kommunismus. Seit dem Mißerfolg der USA im Vietnamkrieg versuchten sie nun, in Kooperation mit lokalen Verbündeten in Krisenzonen Einfluß zu gewinnen. Nach dem Aufmarsch bzw. „Geländegewinn“ der Sowjets in Afrika und der Ausweitung ihres Einflusses im Nahen Osten unter „progressiven“ arabischen Regierungen gewannen in den USA „neue interventionistische“ Bestrebungen an Intensität, die westlichen Interessen zu verteidigen (z.B. die Sicherung der Ölversorgung in der Golfregion). Währenddessen wurde auch über Alternativen wie „kleine Kriege“ oder „begrenzte Kriege“ diskutiert. Darüber hinaus schufen sie schnelle Einsatztruppen, um den sowjetischen Einflußbestrebungen in der Dritten Welt entgegen zu wirken. „Der US-amerikanischen Wahrnehmung der lokalen Kriege in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie der Rolle der Sowjetunion in diesen Kriegen lag offensichtlich eine Fehleinschätzung der Kriegsursachen und eine Überschätzung sowjetischer Einflußmöglichkeiten in diesen

---

<sup>180</sup> Vgl. V. Matthies, a.a.O., 1988, S. 81

<sup>181</sup> Ebd., S. 85

Regionen zugrunde.“<sup>182</sup> Dies manifestierte sich in einer „Bedrohungsinfation“ und in einer Übertreibung der sowjetischen Gefahr.<sup>183</sup> Sowohl die Sowjetunion als auch die USA haben offensichtlich die Überschätzung ihrer gegenseitigen Absichten dazu benutzt oder als eine nicht zu verpassende Gelegenheit verstanden, deren eigentliches Interesse, nämlich die wirtschaftliche und militärische Kolonisierung ihrer Verbündeten in den Ländern der Dritten Welt voranzutreiben.

Seit den siebziger Jahren waren die Supermächte nicht mehr in der Lage, bei der Niederlage bzw. dem Rückzug einer Weltmacht aus einer Region direkt oder indirekt Vorteile für sich zu schaffen. Es fand nicht mehr die „Nullsummen-Logik“ statt. Durch die Aufgabe der Nullsummenspiel der Supermächte entstanden regionalen Hohlräume, die von den „Vormachtstaaten“<sup>184</sup>, in der Region erfüllt werden. So entstand nach der islamischen Revolution im Iran ein Machtvakuum mit neuer regionaler, ideologischer, antiamerikanischer bzw. antisowjetischer Ausrichtung.<sup>185</sup> Deshalb galt, wie C. Betram es vertrat, in der internationalen Politik das Motto nicht mehr: „Wenn hinten, weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen, kann das niemandem mehr gleichgültig sein“. Nach seiner Auffassung war, aus der Sicht Europas, „nicht jeder Bürgerkrieg, jedes Geplänkel irgendwo in der Dritten Welt für die Sicherheitspolitik der Staaten in Ost und West von Belang. Manche derartigen Konflikte (...) berühren unsere Sicherheit nur sehr mittelbar. So brutal es klingen mag: Die Tatsache, daß irgendwo geschossen wird und Menschen sterben, gefährdet nicht schon deshalb auch unsere Sicherheit<sup>186</sup>“, solange sie nicht die vitalen Interessen der Industriestaaten berühren. Daraus folgt, daß die Industrieländer sich vom regionalen Kriegssystem in Asien, Afrika und Lateinamerika lösen sollten, weil es ihnen nicht möglich sei, das dortige Kriegsgeschehen zu verhüten oder zu kontrollieren.<sup>187</sup>

In einer Übergangsphase, in der die Welt sich von einer „duopolitisch bzw. oligopolitisch geprägten Sicherheitsstruktur“ verabschiedet, scheint es fragwürdig, die Kriege in der Dritten Welt pauschal als von außen gesteuerte „Stellvertreterkriege“ zu bezeichnen, da die Möglichkeit, Konflikte in der Dritten Welt zu steuern und zu kontrollieren, ständig abnimmt.<sup>188</sup> Die These, daß nicht alle Regionalkonflikte in erster Linie Stellvertreterkriege wären, sondern auch regionale Konfliktursachen dahinterstehen, gewann zunehmend an Boden.<sup>189</sup> Regionalkonflikte haben immer die Tendenz, die Mächte in Konflikte einzubeziehen. Die Konfliktlinie der Entwicklungsländer verläuft zwar nicht zwischen den Hauptstädten der großen Mächte, aber der Verlauf der Konflikte in den Entwicklungsländern wird von den großen Mächten wesentlich beeinflusst.

### Überblick: 3. Militärische Konflikte in der Dritten Welt seit 1945<sup>190</sup>

<sup>182</sup> Ebd., S. 90

<sup>183</sup> Ebd., S. 90

<sup>184</sup> Vgl. D. Senghaas, „Friedensprojekt Europa“, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1. Auflage 1992, S. 170

<sup>185</sup> Vgl. C. Hacke, a.a.O., 1995, S. 319

<sup>186</sup> Zit. n.: V. Matthies, a.a.O., 1988, S. 95, Fußnote 129

<sup>187</sup> Ebd., S. 93

<sup>188</sup> Ebd., S. 82

<sup>189</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O., 1993, S.136

<sup>190</sup> Entnommen aus: Mir A. Ferdowsi, „Von Europa lernen? - Die KSZE als Modell für regionale Sicherheits-

und Friedensordnungen in der Dritten Welt“. In: Volker Matthies (Hrsg.), „Kreuzzug oder Dialog?“. Dietz Verlag, Bonn, 1992, S. 60

Dekade (+)=Mehrfach- nennungen	Begonnene Kriege	Industrie- länder				Dritt Welt Staaten Dritten Welt Staaten				und Industrieländer gemeinsam				Insg. Ohne ausl. Beteiligung					
		A / B / C / D/				A / B / C / D/				A/B/C/D/				A/ B/ C/ D/					
		A	B	C	D/	A	B	C	D/	A/B	C/D	A	B	C	D/				
1945- 54	32	1	0	1	2	2	0	0	0	2	0	1	1	10	7	5	7	39	(+ 7)
1955- 64	43	4	4	1	1	2	1	1	0	2	2	1	2	14	4	9	6	54	(+ 11)
1965- 74	32	2	0	0	1	4	1	1	1	4	1	0	0	9	8	8	1	41	(+ 9)
1975- 84	44	3	0	0	0	10	3	7	2	2	0	0	0	13	11	10	1	62	(+ 18)
1985- 90	12	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	7	4	4	0	17	(+ 5)
Insg.	163	10	4	2	4	18	7	9	3	10	3	2	3	53	34	36	15	213	(+ 50)

A. Anti-Regime-Kriege  
 B. Innerstaatliche Religions-, Sezessions- und Stammeskriege  
 C. Zwischenstaatliche Kriege, Grenzkriege  
 D. Entkolonisierungskriege

### 1.4.3.a. Die Ursachen der Regionalkonflikte

In den Politikwissenschaften (Friedensforschung) werden in Bezug auf Regionalkonflikte drei Aspekte der Gewaltproblematik untersucht. Diese sind:

1. Der Grund des Konfliktes ( Ursachenforschung)
2. Der Status der Region in der Weltpolitik (Internationalisierungsproblematik)
3. Die Beilegung und Verhütung von kriegerischen Auseinandersetzungen.

Auf die Frage, wie konfliktbeladen das heutige Staatensystem ist, nennt Daniel Frei u. a. den Grund, daß Staatensysteme mit vielen Einheiten gewaltträchtiger seien als Staatensysteme mit weniger Einheiten oder bipolarer Struktur. Je größer die Zahl der Staaten, die miteinander umzugehen haben, desto größer die Zahl „der Gelegenheiten und Verlegenheiten“, die zur Gewalt zu greifen.<sup>191</sup>

C. Schmidt sieht als Hauptsache der Konflikte in der Dritten Welt andere Faktoren als D. Frei: Die Hauptursachen für die Konflikte seien die Mißbildung gesellschaftlicher Strukturen. Und diese gelten unabhängig davon, ob das internationale System bipolar oder multipolar sei. Das Ende des Ost-West- Gegensatzes habe dazu geführt, daß die Regionalkonflikte auf ihre lokalen Wurzeln als eigentliche Ursache des Ausbruchs von gewalttätigen Konflikten zurückgegangen sind.

Zum zweiten Punkt sind hauptsächlich zwei Mechanismen der Internationalisierung der Regionalkonflikte zu nennen: Hier handelt es sich zum einen um die Manifestation „der Süddimension des Ost-West-Konflikts und der Norddimension des Südens“. Dieses Prinzip bedeutet, daß die Internationalisierung eines Regionalkonflikts dadurch entsteht, daß entweder die externen Mächte unaufgefordert intervenieren oder von einer der Konfliktparteien zur Hilfe gerufen werden. Der zweite Mechanismus der Internationalisierung des Regionalkonflikts, vor dem der Norden Angst hat, war der sogenannte „Sarajevo-Effekt“ eines Regionalkrieges. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre kam hinsichtlich der Nahost-Kriege die Befürchtung auf, daß ein

<sup>191</sup> Vgl. Daniel Frei, a.a.O., 1987, S. 26

Regionalkonflikt in eine unmittelbare Konfrontation der Supermächte ausarten und damit die Gefährdung des Weltfriedens herbeiführen könnte. Diese Befürchtung erlebte das internationale System in den bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Balkan nach dem Zerfall Jugoslawiens; hier bestand die Gefahr, daß sich die Türkei, Griechenland oder gar Rußland an dem Konflikt beteiligen könnten.

Der dritte Aspekt, die Beilegung und Verhütung kriegerischer Auseinandersetzungen, erlebte in den Jahren 1985-89, in denen sich die Supermächte näher kamen, einen besonderen Aufschwung. Damit verbunden wurde die Hoffnung erweckt, daß in der Kooperation der Supermächte die Chance zur Lösung der regionalen Konflikte liegt. In diesem Punkt vertritt C. Schmidt die These, daß es für die Großmächte äußerst schwierig sei, konfliktmildernd oder friedensfördernd zu intervenieren.<sup>192</sup> Den Somalia-Einsatz der UNO - unter starker militärischer Präsenz der USA, die sich die Sicherung und die Verteilung der humanitären Hilfe zum Ziel gesetzt hatte - kann man nicht gerade als eine erfolgreiche Operation bezeichnen. Dagegen kann man die Intervention der NATO-Truppen im Rahmen der UNO auf dem Balkan als eine positive Zusammenarbeit der Großmächte ansehen, selbst wenn dies nach langem Zögern geschah.

Eine weitere Konfliktursache in der Dritten Welt - sei es aus wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Eigeninteressen der Kolonialmächte - ist die künstliche Grenzziehung während des Entkolonisierungsprozesses und der Formation nationaler Staaten, durch die oft ethnische Gruppen praktisch in zwei Nationalstaaten geteilt wurden. Die Bestimmung der Grenzen ist oft schwierig, und Grenzen solcher Staaten werden durchlässig, da keine Seite es verbieten kann, daß Verwandte einer ethnischen Gruppe sich gegenseitig besuchen. Für solche Gruppen sind die staatlichen Grenzen unbedeutend. Durch die Schaffung neuer künstlicher Staaten wurde der Grund für einen politischen, ethnischen, wirtschaftlichen Konflikt mitgeliefert. Denn diese Staaten waren als autonome Staaten nicht lebensfähig. Trotzdem wurden/werden sie von den jeweiligen Führungseliten mit Eifersucht verteidigt.<sup>193</sup>

Die o. g. Argumente finden weitgehende Übereinstimmung im Hinblick auf die Auflösung der Blöcke und die damit entstandenen neuen Situationen in der Weltpolitik, die die Grundstruktur der internationalen Politik - auch unter Mitberücksichtigung der Regionen - prägen könnten. Diese sind:

1. Der Wegfall des Ost-West-Konfliktes hat das wichtigste Feinbild der internationalen Politik aus der Welt geschafft. An dessen Stelle treten neue Feinbilder wie Terrorismus, Drogen, politischer Islam oder Diktaturen in der Dritten Welt.
2. Der Wegfall des Systemgegensatzes kann zur Verminderung der Blockzugehörigkeit beitragen und besonders Handelskonkurrenz zwischen den Mächte und Regionen fördern.

---

<sup>192</sup> Vgl. C. Schmid, a.a.O., 1993, S. 117

<sup>193</sup> E. Krippendorff, „Das internationale System zwischen Stabilisierung und Klassenkampf“. In: E. Krippendorff (Hrsg.), „Probleme der internationalen Beziehungen“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1973, S. 17

3. In bestimmten Regionen der Dritten Welt beobachtet man eine politische Marginalisierung durch Bedeutungsverlust (z. B. Afrika), während Regionen wie Zentralasien und Fernasien zunehmend in den Mittelpunkt der internationalen Beziehungen rückten.
4. In der Übergangsphase einer neuen internationalen Ordnung entwickelt sich in westlichen Staaten verstärkt die Tendenz, neue Einflußzonen zu bilden, die wirtschaftlich und sicherheitspolitisch begründet sind. Während Europa sich nach Osteuropa, nach Rußland und bestimmten Teilen Nord- und Südafrikas orientiert, versuchen die USA in Zentral- und Ostasien ihre wirtschaftlichen und strategischen Einflußzonen zu vergrößern. Nach der Kuwait-Krise haben die USA im Nahen und Mittleren Osten ihre Position gefestigt.<sup>194</sup>

Bei den Regionalkonflikten in der Dritten Welt lassen sich in Bezug auf die internationale Politik zwei Entwicklungstrends beobachten: Der erste ist die relative „Autonomisierung“ der Dritten Welt. Eine solche Entwicklung setzt aber ein gewisses „Produktionspotential“ voraus. Die Staaten, die politisch mehr an Handlungsraum gewinnen und in denen meist aufgrund des Rüstungspotentials das Militär einen Bedeutungszuwachs (wie die Türkei) erfahren hat, erwerben allmählich die Fähigkeit, sich selbst zu behaupten, und zwar u. U. auch mit Androhung von Gewalt, wenn dies nötig erscheint – wohlverstanden in „nationalem Interesse“.<sup>195</sup>

Der Zweite Entwicklungstrend ist die Herausbildung einer durch die Industrialisierung und den damit verbundenen sozialen Wandel entstehenden „Chaos-Macht“. Diese „Chaos-Macht“ entsteht als Folge eines Verlustes der eigenen landwirtschaftlichen Produktivität aufgrund von Urbanisierung und Marginalisierung, der dann die Politisierung und den Nationalismus der Bevölkerung einleitet. Aufgrund ihrer sozialen Mobilisierung wird es nicht möglich sein, diese Gesellschaften politisch zu kontrollieren und zu beherrschen wie in der Vergangenheit.<sup>196</sup>

#### 1.4.3.b. Die regionalen Wirtschaftskooperationen

C. Schmidt vertritt die These, daß wegen wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Vernetzung und grenzüberschreitenden Entwicklungen die Regionalkonflikte eine neue und konfliktverschärfende Bedeutung gewinnen würden.<sup>197</sup> Auf der anderen Seite sehen die Wissenschaftler bzw. Politiker die Regionalisierung als eine neue Chance, zu einem Sammelbecken regionaler Integrationsbewegungen zu werden, und weisen auf die friedensfördernde Wirkung pragmatischer Kooperationen hin.<sup>198</sup> Im Gegensatz dazu vertreten manche Beobachter die These, daß obwohl ständig die Notwendigkeit zur verstärkten Zusammenarbeit im politischen und wirtschaftlichen Bereich beteuert werde, sich die Regionalkooperation auf beiden Gebieten schon seit Jahren ganz offensichtlich in einer ernsthaften Krise befinde.<sup>199</sup>

---

<sup>194</sup> Vgl. J., Hippler, „Pax America? Neue Weltordnung und Dritte Welt“. In: Volker Matthies (Hrsg.), a.a.O., 1992, S. 27 u. ff.

<sup>195</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 170

<sup>196</sup> Ebd., S. 170-171

<sup>197</sup> Ebd., S. 120

<sup>198</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O., 1993, S. 129

<sup>199</sup> Vgl. Mir. A. Ferdowsi in Volker Matthies (Hrsg.), a.a.O., 1992, S. 67

Es mag sein, daß weder im Bereich Wirtschaft noch im Bereich der politischen Zusammenarbeit die regionalen Organisationen die von ihnen erwarteten Ziele verwirklichen konnten. Der Ost-West-Konflikt wirkte sich auf die regionale Kooperationen und Zusammenarbeit hemmend aus. Der Handelsanteil innerhalb der regionalen Organisationen blieb unter der Erwartungen<sup>200</sup>. Genauso konnten sie im politischen Bereich nicht in der Lage sein, in Krisenregionen die zwischenstaatlichen Konflikte zu entschärfen bzw. zu deren friedlicher Lösung beitragen. Aber trotz allem scheint es, daß die regionale Zusammenarbeit oder Blockbildung zwischen den Industriestaaten seit Ende der vierziger Jahre in bestimmten Bereichen erfolgreich zustande gekommen ist. Auf beiden Seiten, in Ost und West, konnte ein System der multilateralen und bilateralen Zusammenarbeit aufgebaut werden. Die OECD, EU und WEU sind Beispiele westlicher Zusammenarbeit.<sup>201</sup> „Im Gegensatz zu Nordeuropa, Westeuropa oder Nordamerika bilden sich Regionen in der Dritten Welt nicht auf der Grundlage ökonomischer und institutioneller Vernetzungen (...). Die Wirtschaftsbeziehungen von Entwicklungsländern zu den westlichen Industriegesellschaften sind viel intensiver als zu den benachbarten Gesellschaften in der eigenen Region.“<sup>202</sup>

Zugleich findet mit den Globalisierungstendenzen der Wirtschaft, deren Hauptakteure vor allem die multinationale Unternehmen (MNU) sind, auch eine Regionalisierung im Welthandel statt. In Westeuropa wird z. B. der Binnenmarkt weiter ausgebaut, die Europäische Union wird um neue Mitglieder erweitert. In Nordamerika wurde unter der Führung der USA mit Mexiko und Kanada das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) unterzeichnet, das am 1. Januar 1994 in Kraft. Dies hat sich zum Ziel gesetzt, durch den Abbau von Zöllen und Beseitigung von Handelshindernissen eine Freihandelszone zu schaffen, die den Mitgliedstaaten wirtschaftliche und auch politische Vorteile bringen soll. Genauso haben die 18 Staaten des asio-pazifischen Raumes die Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) auf ihrem zweiten Gipfeltreffen im November 1994 in Indonesien beschlossen, bis zum Jahr 2010 bzw. 2020 eine Freihandelszone für Waren und Investitionen zu schaffen.<sup>203</sup>

Wirtschaftliche Großregionen verstärken das Bewußtsein der Menschen, zur gleichen Zivilisationen bzw. Kulturkreis anzugehören. Die Grenzen der Großregionen fallen oft mit denen der kulturellen Großeinheiten zusammen.<sup>204</sup> Darüber hinaus geht die wirtschaftliche Region mit der politischen Region einher, da die wirtschaftliche Region ein Teilaspekt der politischen ist.<sup>205</sup>

#### 1.4.3.c. Das regionale Krisenmanagement

---

<sup>200</sup> Nach Angaben von D. Senghaas wurden im Jahr 1982 nur 8 Prozent des Welthandels unter den Entwicklungsländern abgewickelt. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 95

<sup>201</sup> Paul J. Teunissen, „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Historische und soziologische Perspektiven“. In: H. Jacobsen/H. Machowski/D. Sager (Hrsg.), „Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1988, S. 167

<sup>202</sup> D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 158

<sup>203</sup> Vgl. Bernhard May, „Die neuen Herausforderungen für den Freihandel“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 241 u. ff.

<sup>204</sup> Vgl. Wilfried von Bredow, „Konflikte und Köpfe zwischen Zivilisationen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 106

<sup>205</sup> Vgl. W. Lang, a.a.O., 1982, S. 74

Unter dem Begriff Krise lassen sich alle Phänomene einordnen, „die sich durch ‚situative Unsicherheit‘ und eine ‚Potentialität von Bedrohung‘ charakterisieren“ lassen.<sup>206</sup> Das erklärt auch, daß es eine Handlungsweise, die zu einem erfolgreichen Krisenmanagement führt, nicht geben kann, weil das „ungenaueste Element, was Krise erst zur Krise macht“ fehlt: nämlich „die Ungewißheit über den Ausgang“<sup>207</sup> der Krise.

Im Zusammenhang mit Krieg und Frieden bezeichnet man den Begriff Krise als einen „Spannungszustand im Verhältnis von zwei oder mehr Staaten zueinander, der die akute Gefahr der bewaffneten Austragung des der Spannung zugrundeliegenden Interessengegensatzes in sich trägt.“<sup>208</sup>

Die Theorie des Krisenmanagements kann keine festgelegte Anweisung zur Lösung der Krisen liefern. Aber die Krisenforschung hat eine Menge von Erkenntnissen über die funktionalen Zusammenhänge und Bestimmungsfaktoren gewonnen. Auf der Grundlage dieser gewonnenen Erkenntnisse können die politisch Verantwortlichen ihr Verhalten und ihre Entscheidungen in einer Krisensituation zur Beilegung einer Krise besser planen, da „jede Situation, die das Kräftefeld der Mächte schafft, (...) ein einmaliges, originäres (bleibt) und daher nicht wiederholbares Agieren und Reagieren verlangt“<sup>209</sup>. Darüber hinaus setzt ein erfolgsversprechendes Krisenmanagement genaue Kenntnisse über die Verhaltensweisen und Motivationen der Akteure, die in die Krise verwickelt sind, voraus.

Die friedliche Lösung der Kuwait-Krise könnte eine gute Bewährungsprobe und ein guter Start der neuen internationalen Ordnung für ein Krisenmanagement im regionalen Bereich werden.

U.a. folgende Ursachen waren dagegen für das Versagen des Krisenmanagements in der Golf-Krise ausschlaggebend:

1. Das Fehlen eines glaubwürdigen Abschreckungssystems auf regionaler Ebene. (Es gab zur Abschreckung keinen anderen regionalen Staat oder Gegenpol, der das Handeln Saddams hätte verhindern können.)
2. Defizite im Bereich der Informationsgewinnung, der Verarbeitung und des gegenseitigen Verstehens und der Interessenlagen. (Unkenntnisse und falsche Lagebeurteilung auf beiden Seiten; die USA hielten es für unmöglich, daß Saddam Kuwait überfallen würde; Saddam gewann nach dem Gespräch mit dem US-Botschafter Glaspi kurz vor der Invasion den Eindruck, daß die USA sich nicht einmischen würden und rechnete deshalb nicht mit einer solchen Reaktion.)
3. Ein grundsätzlicher Mangel an Optionen für die Akteure bezüglich einer Intervention in der regionalen Phase der Krise (Sicherung der Ölversorgung und Israels.) Die Intervention des Irak in Kuwait bot der USA die Gelegenheit, ihren weltpolitischen Führungsanspruch während der Umbruchsphase der internationalen Ordnung zu demonstrieren.

---

<sup>206</sup> Rainer Brinkmann „Die Golfkrise als Beispiel für Krisenmanagement?“. In: Harmut Zeher (Hrsg.), „Der Golfkonflikt“. Mittler & Sohn, Herford, Bonn, 1992, S. 59

<sup>207</sup> Ebd., S. 59

<sup>208</sup> Zit. n.: R. Brinkmann, a.a.O., 1992, S. 60

<sup>209</sup> Zit. n.: Ebd., S. 60

4. Nichtbeachtung der Möglichkeit, daß sich Saddam, ohne dabei sein Gesicht zu verlieren, aus Kuwait zurückziehen könnte.
5. Die Entpolitisierung des Konflikts durch die Moralisierung der Krise (Rechtfertigung der Aktion aus der Sicht des Westens durch Saddam, Vergleiche mit Hitler).<sup>210</sup>

Zwar ist die Gestaltungsfähigkeit der Länder der Dritten Welt hinsichtlich der internationalen Politik begrenzt, aber es bilden sich regionale „Vormächte“ heraus, die die Funktion einer „Verhinderungsmacht“, eines Stabilitätsfaktors einzunehmen in der Lage sind. Sie können durchaus die Handlungsmöglichkeiten der Großmächte in den jeweiligen Regionen einschränken.<sup>211</sup> Im Zuge der Ost-West-Entspannungspolitik erlangten viele Schwellenländer eine gewisse militärtechnische Selbständigkeit. Durch die militärische Selbständigkeit der Schwellenländer setzte dann einen Prozeß der „Autonomisierung“<sup>212</sup> ein. Die Folge davon war, daß Regionalkonflikte zunehmend aus dem Ost-West-Konflikt herausgelöst wurden. Das Ende der Bipolarität beendete den Prozeß der Autonomisierung mit widersprüchlichen Folgen: Manche Regionalkonflikte konnten beigelegt werden, während andere Konflikte mit Intensität weitergingen und andere Regionalkonflikte entstanden, die begleitet wurden von ethno-nationalistischen Territorialansprüchen mit zunehmenden und gar brutalen Kriege. Die Form der Internationalisierung hat sich dabei auch verändert. Nach dem Ende des Kalten Krieges vollzog sich die Internationalisierung einer regionalen Krise in der Regel durch konzentrierte diplomatische Bemühungen um Streitbeilegung oder in Form humanitärer Hilfsaktionen.<sup>213</sup> Damit ändern sich nicht nur die Formen der internationalen Intervention, sondern auch Charakter und Verlauf solcher Krisen<sup>214</sup>. Zur Regelung lokaler Konflikte durch einen regionalen Mechanismus bedarf es in der Regel der Zustimmung der Großmächte, wenn die Regelung des Konflikts auch die vitalen Interessen - seien es wirtschaftliche, strategische oder politische - der großen Mächte berührt. Das Ziel eines solchen lokalen Mechanismus sollte dazu in der Lage sein, ohne das Heranziehen der Großmächte die Streitfälle zwischen den Konfliktparteien auf friedlichem Wege beizulegen. Ein solches regionales Krisenmanagement ist zugleich die Grundvoraussetzung für die Sicherheitsgemeinschaft einer regionalen Organisation. Folglich ist die friedliche Konfliktlösung „einerseits für die Gestaltung der inneren Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Regionalorganisation maßgeblich und bestimmt andererseits die Außenbeziehungen der Regionalorganisation in dem erwähnten doppelten, sowohl aktiven wie positiven Sinn“<sup>215</sup>. Die Regionalorganisationen konzentrieren sich im allgemeinen auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und auf äußere Sicherheit. Sie vernachlässigen es dagegen, solche Mechanismen zu schaffen, mit deren Hilfe die unter ihren Mitglieder vorhandenen

---

<sup>210</sup> Vgl. R. Brinkmann, a.a.O., 1992, S. 75-76

<sup>211</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 157

<sup>212</sup> Vgl. C. Daase, a.a.O., 1993, S. 136

<sup>213</sup> Vgl. den Somalia-Einsatz der UN-Truppen (als Medienereignis) und die Einrichtung von Schutzzonen für

die bedrohten Kurden und Schiiten im Irak; nach der Kuwait-Krise 1991 nahmen die internationalen humanitären Hilfsaktionen die Form der Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten an. V. Matthies, „Regionale Anarchie als globales Problem“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 169

<sup>214</sup> Vgl. H. Hubel, „Regionale Krisenherde der Weltpolitik“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 351

<sup>215</sup> W. Lang, a.a.O., 1982, S. 36

Streitfälle gelöst werden könnten. Die Konsequenz daraus ist, daß die großen Mächte oder die Vereinten Nationen als Mittler bei regionalen Konflikten hinzugezogen werden müssen. Da mit der Einschaltung der Vereinten Nationen automatisch die Interessenskalküle der Großmächte mit einbezogen werden, nimmt die regionale Krise eine internationale Dimension an. Wäre es im Falle der Kuwait-Krise den regionalen Institutionen, sprich: der Arabischen Liga und der Islamischen Weltkonferenz gelungen, die Ursachen der Krise, die durch die Besetzung Kuwaits zu einer internationalen Krise eskalierte, auf friedlichem Wege zur beiderseitigen Zufriedenheit zu regulieren, würde dies zum einen als Beispiel eines erfolgreichen Krisenmanagements zur Aufwertung der regionalen Organisationen führen und zum anderen die Selbständigkeit der regionalen Institutionen in der „Dritten Welt“ unter Beweis stellen. Darüber hinaus könnte dies auch die Festsetzung der Einflüsse der großen Mächte in der Region einschränken.

Die Mainzer Forschungsgruppe verbreitete im Bezug auf eine regionale KZSM (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer) im September 1990 ein Strategiepapier, in dem die Aufgaben und Ziele einer solchen Konferenz konstituiert wurden.

„Sie bietet die Gelegenheit zum Ausgleich der Interessen, sie erlaubt die Balancierung unterschiedlicher Motivlagen: Stabilität und Sicherheit gegen wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie begünstigt das Zusammenwirken in Agenturen und regionalen Untergliederungen wie etwa im Umweltschutz oder Kulturbereich. Sie stellt einen Rahmen bereit für die Behandlung von Sicherheitsfragen und Rüstungskontrollvereinbarungen. Sie kann auch schließlich der Konfliktkontrolle im Krisenfall dienen.“<sup>216</sup>

Es wird auch in Erwägung gezogen, daß die KSZM in Zukunft zu einem System der kollektiven Sicherheit und zur Organisation einer wirtschaftlichen, ökologischen Entwicklung im Rahmen eines vitalen Kulturraums werden könnte. M. Firdowski vertritt dagegen die These, daß die Überlegungen darauf hindeuten, daß das Vorhaben, die KSZE als Modell für regionale Sicherheitsordnungen in der Dritten Welt adoptieren zu wollen, wenig tragfähig sei<sup>217</sup>, da anscheinend die Grundstrukturen dafür fehlen. Außerdem sei zu erwarten, daß Krisen zunehmend ihren Ursprung innerhalb der Staaten haben werden, also die Staaten mit innergesellschaftlichen Problemen konfrontiert werden, während zwischenstaatliche Konflikte an Zahl und Bedeutung vorerst abzunehmen scheinen.<sup>218</sup>

#### 1.4.4.c. Die neue Weltordnung und regionale Stabilität

Noch ist es nicht abzuschätzen, ob der neue Regionalismus zu einer friedlicheren Welt führen wird oder die bestehenden Gegensätze und Konflikte noch verschärfen wird. Wenn man z.B. Regionalismus als eine Dimension des Ost-West-Konflikts betrachtet, so kann man mit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch leicht vom Ende der Regionalkonflikte sprechen. In manchen Regionen wie z. B. Lateinamerika spricht man

<sup>216</sup> Vgl. Mir A. Ferdowski, a.a.O., 1992, S. 58

<sup>217</sup> Ebd., S. 67

<sup>218</sup> Vgl. H. Hubel, a.a.O., 1995, S. 349

nicht mehr von Regionalkonflikten. Versteht man dagegen Regionalkonflikte als eine eigene Art von „Konfliktformationen“, wie D. Senghaas es sieht, dann kann man davon ausgehen, daß es unabhängig von globalen politischen Strukturen in den Regionen zu Konflikten kommen wird, weil sie aufgrund vielfältiger lokaler und regionaler Faktoren von außen nicht „lösbar“ sind.<sup>219</sup> H. Hubel stellt als „Zwischenergebnis“ fest, daß das Ende des Ost-West-Konflikt nur solche regionalen Krisen beseitigt hätte, in denen sich die Konfliktparteien mit mittelbarer oder unmittelbarer Unterstützung seitens der USA oder der ehemaligen Sowjetunion gegenüberstanden.<sup>220</sup>

In vielen Regionen Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas mangelt es vor allem an innen- und zwischenstaatlicher Stabilität, an territorialem Frieden sowie wirtschaftlicher Kooperation und sonstiger interregionaler Verflechtung.<sup>221</sup> Wir sehen, daß in der Region des Nahen Ostens die Konflikte auch nach der Auflösung der Blöcke ihre Bedeutung als Regionalkonflikte mit internationalen Dimensionen nicht verloren haben und weiter eskalieren, weil der Status einer Region, wie der des Nahen Ostens, ausschlaggebend ist, für das internationale Interesse<sup>222</sup>, während bestimmte Regionen (etwa Schwarz-Afrika) wirtschaftlich und politisch von ihrer Bedeutung verlieren und „marginalisiert“<sup>223</sup> werden. In anderen Regionen werden die Regeln neu aufgestellt und die Karten neu gemischt und verteilt. Während sich in anderen Regionen wie Europa, Zentralamerika, dem „Vorhof“ der USA<sup>224</sup>, und Fernasien regionale Strukturen festigen, erlebte die Welt gleichzeitig ein Balkansyndrom. Diese neue Situation auf dem Balkan verdeutlicht, welches Erbe der Ost-West-Konflikt für den anderen Teilen der Welt hinterlassen hat. Der Kalte Krieg hat eine Welt hinterlassen, die nach Ansicht G. Schöllgens im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich im Chaos zu versinken droht und nicht in der Lage zu sein scheint, aus eigener Kraft Überlebensfähigkeit zu zeigen.<sup>225</sup> C. Schmidt nennt drei Kriterien, die während des Kalten Krieges typische Ursachen für die Entstehung internationaler Interessenkonstellationen und Regionalkonflikte verantwortlich waren, diese scheinen auch nach dem Ende des Ost-West Konfliktes zu bestehen. Diese sind:

1. Die Veränderungen in der internationalen Politik werden in der Region von regionalen Mächten reproduziert. Die Interessengegensätze zwischen den regionalen Akteuren und raumfremden Drittmächten können zur Internationalisierung der regionalen Konflikte beitragen. (Kuwait-Krise).
2. Globale Veränderungen werden von regionalen Staaten antizipiert, manche Regionalakteure reagieren seismographisch auf Veränderungen in der globalen Struktur.
3. Die Regionalkonflikte können die Weltpolitik beeinflussen (sie schlagen zurück).<sup>226</sup>

Die Hoffnung, daß die friedlich aufgelöste Ost-West-Konfrontation zwischen der USA und der Sowjetunion positive Auswirkung auf die Regionalkonflikte haben konnte, hat

---

<sup>219</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 157

<sup>220</sup> Vgl. H. Hubel, a.a.O., 1995, S. 349

<sup>221</sup> Vgl. V. Matthies, a.a.O., 1992, S. 16

<sup>222</sup> Vgl. C. Schmidt, a.a.O., 1993, S. 121

<sup>223</sup> Vgl. J. Hippler, a.a.O., 1992 S. 26- 34, und D. Senghaas, a.a.O., 1992, S. 171

<sup>224</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, 162

<sup>225</sup> Gregor Schöllgen, „Was hat der Ost-West-Konflikt in der Weltpolitik bewirkt?“ In: K. Kaiser/H.-P. Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 59

<sup>226</sup> Vgl. C. Schmidt, a.a.O., 1993, S. 112

sich nicht verwirklichen lassen. Es ist nicht zu übersehen, daß bei der Entstehung bzw. Beilegung der regionalen Konflikte die Staaten Europas, USA und Rußland erheblichen Einfluß haben. In regionalen Streitigkeiten geht es schließlich um politische Einflußnahme und wirtschaftliche und strategische Interessen der reichen Staaten.<sup>227</sup> Es sollte auch berücksichtigt werden, daß jeder Regionalkonflikt seinen eigenen geschichtlichen Hintergrund und seine Besonderheiten hat.<sup>228</sup> Dringlich erforderlich wird daher zwischen Industrieländern des Nordens und den Entwicklungsländern des Südens eine Art „Gemeinsame Sicherheit“ bzw. „Sicherheits-Partnerschaft“<sup>229</sup>. Übertragen auf das Sicherheitsverhältnis zwischen den Industriestaaten und Entwicklungsländern in verschiedenen Regionen wird die Bedeutungsumwandlung des Begriffs „Sicherheit“ in der Tat richtig kritisiert mit dem Argument: „Nicht die Verbesserung der Lebens-Chancen in den Entwicklungsländern, sondern die Sicherheit der Industrieländer steht im Vordergrund der entwicklungspolitischer Erklärungen. Ihre Verpflichtung gilt nicht mehr in erster Linie dem armen Süden, sondern dem Wohlstandsbürger des Nordens, der eine Ruhe haben will“.<sup>230</sup> Zu dem Problembereich der internationalen Ordnung im Bezug auf Regionalkonflikte läßt sich folgende These aufstellen: Die globale Verantwortung für die Krisenregionen auf der Erde läßt sich für der privilegierten OECD-Staaten interessenpolitisch begründen. In der „Weltrisikogesellschaft“ mit ihren vielfältigen Interdependenzen können auch sie letztlich eine Chaotisierung der strategisch wichtigen Untersysteme der internationalen Ordnung nicht hinnehmen, selbst wenn diese sich räumlich eingrenzen ließe. Die OECD-Staaten haben ein langfristiges, aufgeklärtes Eigeninteresse an einem möglichst reibungslosen Funktionieren eines globalen Interdependenzmanagement.<sup>231</sup>

Der Zerfall der bestehenden Ordnung wirkt auch auf die innerstaatlichen politischen Ordnungen der Länder der Dritten Welt, die wiederum Einfluß auf die zwischenstaatlichen Beziehungen haben. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß in vielen Teilen der Dritten Welt innergesellschaftliche kulturelle Konflikte als Folge der Verwestlichung entstehen. Die Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen könnten an den Front- bzw. Schnittlinien entstehen, die diese Kulturen voneinander trennen oder zusammenprallen, wie J. Huntington dargelegt hat. Karl Popper verweist im Gegensatz zu Huntington primär auf die kooperativen und stimulierenden Momente beim Zusammenstoß von Kulturen in der Geschichte, wie in der griechischen Zivilisation bei dem Zusammenprall der westlichen und östlichen Kulturen.<sup>232</sup> Es läßt sich die Behauptung aufstellen, daß das Zusammentreffen der westlichen und der islamischen sowie anderer Kulturen nicht unbedingt konfliktbeladen sein wird, sondern auch zu fruchtbaren Entwicklungen zugunsten mehrerer Seiten führen kann - vorausgesetzt allerdings, daß die westliche Kultur und Weltanschauung nicht den Absolutheitsanspruch erhebt und die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und

---

<sup>227</sup> Es ist interessant, sich an dieser Stelle vor Augen zu führen, wie die Stellung der USA (als Supermacht) gegenüber einer Region ist und welche Entschlossenheit sie zeigt, wenn sie ihre vitalen Interessen bedroht sieht. Im Januar 1980 erklärte US-Präsident Carter: „Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf vitale Interessen der Vereinigten Staaten angesehen und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt zurückgeschlagen werden.“ Zit. n.: Ursula Braun, „Die Golfregion: Probleme und Bedeutung im Ost-West-Bezug“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 545

<sup>228</sup> Vgl. C. Schmidt, a.a.O., 1993, S. 112

<sup>229</sup> Vgl. V. Matthies, a.a.O., 1992, S. 16

<sup>230</sup> Zit. n.: V. Matthies, a.a.O. 1992 S. 17. Fußnote: 29

<sup>231</sup> Vgl. V. Matthies in K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 170

<sup>232</sup> Vgl. C. Hacke, a.a.O., 1995, S. 331

militärischen Interessen nicht als den Maßstab für die Gewährung der Sicherheit, des Friedens und der Stabilität in der Welt betrachtet.

Die Geschichte lehrt uns, daß die Welt nicht frei von Konflikten ist und sein wird. Denn manche Weltanschauungen leben eben von Konflikten oder von ihren Feindbilder. Verschwindet auf der einen Seite der Sozialismus als Feindbild aus der internationalen Politik, so wird eben ein anderes Feindbild - zu recht oder unrecht - produziert. Wie die internationalen Akteure ihre Feindbilder haben und sie ständig - je nach politischen Gegebenheiten – weiter produzieren, haben auch die regionalen Staaten untereinander Feindbilder. Diese Feindbilder, seien sie ideologisch, territorial, militärisch oder wirtschaftlich, werden als Instrumente der Großmachtspolitik dazu benutzt, die regionalen Länder untereinander auszuspielen.

Nach der Beendigung des Ost-West-Gegensatzes ist sowohl im Westen als auch im Zentrum des früheren Ostens (Rußland) die Neigung gesunken, eine regionale Krise als weltpolitische Konfrontation zu betrachten.<sup>233</sup> Aufgrund des Zerfalls der politischen Ordnung vor allem im ehemaligen sowjetischen Einflußbereich wird die künftige Weltpolitik von neuen regionalen Krisen geprägt sein. Als Folge davon wird an die Stelle rivalisierender Weltpolitik regionale bzw. kontinentale Blockbildung treten können.<sup>234</sup> Doch regional organisierte Sicherheitsstrukturen und Wirtschaftsbeziehungen können nicht mehr sein als halbherzige Versuche zur Lösung der regionalen Probleme, solange sie keinen Wert auf die regionale Zusammenarbeit auf allen Gebieten legen. Wie pessimistisch die Meinung von G. Schöllgen sein mag, sollte man dennoch nicht die Hoffnung aufgeben. Durch den Ausbau von regionalen Kooperations- und Sicherheitssystemen könnte zur Lösung der Regionalkonflikte auf friedlichem Wege beigetragen werden.

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kooperation der Staaten im regionalen Bereich könnte nicht verhandelt werden, wenn die Politik des Kalten Krieges noch die internationale Szene beherrschen würde. Die Türkei und ihre Nachbarn haben - wenn auch in Ansätzen - die alternativen Möglichkeiten für die regionale Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und technologischen Gebieten wahrgenommen, auf die in dieser Arbeit eingegangen wird.

### **1.5. Die regionale Konfliktbewältigung und gemeinsame Sicherheit**

Aufgrund der Zielsetzung des Konzepts gemeinsamer Sicherheit soll hier ein Versuch unternommen werden zu überprüfen, inwieweit die regionale Konfliktbewältigung mit dem Grundgedanken der gemeinsamen Sicherheit zu vereinbaren und zu verwirklichen ist. Denn es sollte das Grundprinzip der gemeinsamen Sicherheit – verstanden nicht mehr als voreinander, sondern nur noch als miteinander Sicherheit zu haben – als Maxime des sicherheitspolitischen Handelns bei der Streitbeilegung der regionalen Konflikte, besonders nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, gelten. Im Zuge der Neustrukturierung der internationalen Ordnung haben die regionalen Konflikte an Bedeutung zugenommen. In dem Maße, in dem die betroffenen Staaten das Bewußtsein

---

<sup>233</sup> Ebd., S. 348

<sup>234</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1992, S. 169

erlangen, daß die eigene Sicherheit mit der des Nachbarn eng zusammenhängt und daß Konflikte ohne militärischen Einsatz nur durch gemeinsames Krisenmanagement gelöst und der Frieden nur durch gemeinsames Handeln bewahrt werden kann, werden sie nach Möglichkeiten und Wege suchen, ihre Konflikte untereinander gemeinsam zu lösen. „Der Frieden kann nicht durch militärische Konfrontation erreicht werden. Vielmehr gilt es, sich ständig um Frieden zu bemühen in einem unablässigen Prozeß des Verhaltens, der Annäherung und der Normalisierung mit dem Ziel, gegenseitiges Mißtrauen und gegenseitige Angst abzubauen. Wir sehen uns gemeinsam Gefahren gegenüber und müssen uns folglich auch um unsere Sicherheit bemühen.“<sup>235</sup>

Die heutige Struktur der internationalen Ordnung und die Möglichkeiten der Staaten zeigt genügend Beispiele dafür, daß Gesellschaften ohne ideologische, religiöse und Rassenunterschiede im wirtschaftlichen, ökologischen, sicherheitspolitischen und technologischen Bereich aufeinander angewiesen sind. Aufgrund der kommunikativen Möglichkeiten und Medien kann die Öffentlichkeit im Interesse der herrschenden Klassen manipuliert werden, so daß Gesellschaften im ständigen Spannungszustand gehalten werden. Eine Gesellschaft, die in einem Dauerzustand des Friedens und der Sicherheit lebt, könnte in der Lage sein, mit den anderen Gesellschaften in Frieden und Zusammenarbeit zu leben. Frieden und Sicherheit sind aber nicht nur durch das Schweigen der Waffen zu erreichen, Frieden und Sicherheit sind ein Prozeß, in dem Gewalt, Ausbeutung und Hunger innerhalb und zwischen den Gesellschaften eliminiert werden, und natürliche Grundlagen der Menschen bewahrt bzw. wiederhergestellt werden.<sup>236</sup>

Es genügt nicht die Instrumentarien abzuschaffen, die zur Gefährdung der Sicherheit und des Friedens führen könnten. Wie Hans Peter Schwarz es in einer etwas romantischen Weise ausdrückt, ist es „mit dem Frieden wie mit der Liebe - sie muß immer wieder beschworen werden.“<sup>237</sup>

Im Zeichen einer neuen Weltordnung im 21. Jahrhundert sollte es für die Gesellschaften doch möglich sein, gegenseitig Verständnis und Toleranz für ihr Dasein aufzubringen und die Formen und Instrumentarien zur Beilegung ihrer Konflikte herbeizuführen.

### 1.5.1. Der kooperative Charakter der gemeinsamen Sicherheit

Seit den achtziger Jahren beobachtet man eine Tendenz, daß die Staaten im regionalen Bereich versuchen, ihre Beziehungen auf wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Grundlage aufzubauen. Dabei kommt der Kooperation und der Partnerschaft zwischen den Staaten und Völkern eine wichtige Rolle zu, um die Kriegsgefahr zwischen den Ländern zu verringern und zur Intensivierung der Beziehungen beitragen. Im allgemeinen können im Hinblick auf das staatliche Verhalten und eine gemeinsame Sicherheit sieben Kooperationsebenen genannt werden. Diese sind:

---

<sup>235</sup> Der Palme- Bericht, „Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, „common Security“, Severin und Siedler Verlag 1982, Deutsche Ausgabe Quadriga GmbH Verlagsbuchhandlung KG, Berlin, S. 28

<sup>236</sup> Hans-Peter Schwarz, „Die alternative zum Kalten Krieg- Bilanz der bisherigen Entspannung“. In: Hans-Peter Schwarz/B. Meisner (Hrsg.), „Entspannungspolitik im Ost und West“, Carl Heymanns Verlag, Köln Berlin, 1979, S. 286

<sup>237</sup> H.- Peter Schwarz, a.a.O., 1979, S. 286

- die grundsätzliche Entscheidung über die Anwendung kooperativer Verhaltensmuster
- die Problemauswahl
- die Zielfestsetzung
- die Identifikation der Lösungswege
- die Entscheidung über die Lösungsmittel
- die Umsetzung der Entscheidung und schließlich
- die Durchführung und die Überwachung der eingegangenen Verpflichtungen.<sup>238</sup>

Im Palme-Bericht wird auch auf den kooperativen Charakter Bezug genommen. „Vertrauen auf die gemeinsame Sicherheit als Ordnungsprinzip für Bemühungen, die Kriegsgefahr verringern, die Waffensysteme zu begrenzen und auf eine Abrüstung hinzuarbeiten, bedeutet im Grunde, daß bei der Lösung von Interessenkonflikten Kooperation an die Stelle von Konfrontation tritt.“<sup>239</sup>

Auf den kooperativen Charakter der gemeinsamen Sicherheit wird auch im völkerrechtlichen Bereich Bezug genommen. Zum einen wird darauf hingewiesen, daß das Kooperationsmodell gemeinsamer Sicherheit ein Bestandteil des Ost-West-Systems geworden ist. Zum anderen wird auf die Untersuchungen von Wolfgang Friedmann hingewiesen, in denen er neben das klassische Koexistenzrecht das Recht der Kooperation stellte. In diesem Zusammenhang bedeutet die Kooperation nicht nur das positive Zusammenwirken der Staaten bei der Überwindung der gemeinsamen Konflikte. Darüber hinaus wird dem Kooperationsrecht auch eine weitergehende Einflußnahme in den normalerweise der innerstaatlichen Souveränität vorbehaltenen Bereichen zugeschrieben.<sup>240</sup> Hierzu gehören z.B. die Erwartungen oder Forderungen der EU gegenüber der Türkei, in ihrer Verfassung Veränderungen vorzunehmen, um u.a. die Institutionalisierung der Demokratie zu festigen, damit eine kooperative Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei auf gewünschtem Niveau erreicht wird. Bei einem Vergleich des Kooperationsrechts der gemeinsamen Sicherheit mit den theoretischen Überlegungen des Völkerrechts wird festgehalten, daß das völkerrechtliche Kooperationsrecht als umfassender und tiefgreifender zu bezeichnen ist. Daraus könnte man den Schluß ziehen, daß das Konzept der gemeinsamen Sicherheit durchaus kompatibel mit den theoretischen Grundlagen des Völkerrechts ist.

Die Kooperation zwischen den Staaten findet auch im Völkerrecht ihren Niederschlag. Ein Sonderausschuß der Vereinten Nationen unter dem Namen „Prinzip der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit“, nahm im Kooperationsjahr (1970) der VN seine Arbeit auf. Dieser Ausschuß sollte, wie der Name schon andeutet, verschiedene Vorschläge der zwischenstaatlichen Beziehungen erarbeiten, um eine Norm globalen Völkerrechts als Rahmen für die Kooperation zwischen den Staaten festzulegen. Nach langen Beratungen und mehreren Sitzungen des Ausschusses verabschiedete die UN-Generalversammlung schließlich am 24. Oktober 1970 in der Resolution 2625 die sogenannten „friendly relations“. In der Deklaration wird als Kooperationsbereich der

---

<sup>238</sup> Horst Fischer, „Koexistenz und Kooperation im modernen Völkerrecht- Gemeinsame Sicherheit und die Struktur des Rechts der Friedenssicherung“. In: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Gemeinsame Sicherheit- Dimensionen und Disziplinen“. Nomos Verlagsgesellschaft Baden Baden, 1. Auflage, 1987, S. 62

<sup>239</sup> Der Palme- Bericht, 1982, S. 23

<sup>240</sup> Ebd., S. 64

Staaten ausdrücklich auch die Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit genannt<sup>241</sup>

### 1.5.2. Die Sicherheit durch friedliche Koexistenz und gemeinsame Sicherheit

In diesem Zusammenhang verstehen wir unter friedlicher Koexistenz im allgemeinen die gegenseitige, territoriale Anerkennung des Status Quo und das friedliche Nebeneinanderleben von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die von den VN ausgearbeiteten Prinzipien der friedlichen Koexistenz beinhalteten folgende Punkte:

- den Gewaltverzicht
- die Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung
- die Nichteinmischung
- die Pflicht zur Zusammenarbeit
- das Selbstbestimmungsrecht der Völker
- die souveräne Gleichheit der Staaten
- den Grundsatz der Vertragstreue.<sup>242</sup>

Aus der Sicht der Theorie der friedlichen Koexistenz betrachtet, basiert die Sicherheitspartnerschaft bzw. die gemeinsame Sicherheit auf der gleichen Grundlage. Das heißt die gemeinsame Sicherheit bildet die Grundsatz der Idee und Politik der friedlichen Koexistenz.<sup>243</sup> Anders als die Theorie der friedlichen Koexistenz ist gemeinsame Sicherheit ein Kriegsverhütungskonzept, das von einem „negativen“ Friedensbegriff ausgeht. Die Stärke der gemeinsamen Sicherheit scheint aber gerade in ihrem Grundsatz zu liegen, daß Kriege als Mittel der Politik, ungeachtet aller politischen Gegensätze, gemeinsam verachtet und verhütet werden. Trotz dieser Differenzen lassen sich eine gewisse Übereinstimmung zwischen friedlicher Koexistenz und gemeinsamer Sicherheit beobachten. Diese Übereinstimmung kommen in den von den VN ausgearbeiteten sieben Prinzipien zum Ausdruck, aber auch in der Realitätsbezogenheit des Konzepts.

### 1.5.3. Die Sicherheit als ein regionales System Kollektiver Sicherheit und gemeinsame Sicherheit

Das System Kollektiver Sicherheit (SKS) ist im weiteren Sinne ein militärisches Bündnissystem. Es darf aber nicht mit klassischen Militärallianzen verwechselt werden. Das SKS richtet sich niemals nur gegen einen bestimmten potentiellen Angreifer. Die Mitglieder verpflichten sich ferner zur Friedenssicherung untereinander, und die Schutzwirkung gilt für jeden Staat - gleichgültig, ob ein Nichtmitglied der Aggressor ist oder ein Mitgliedsstaat.

Das Spektrum der gemeinsamen Aktivitäten und Sanktionen im Rahmen der Kollektiven Sicherheit geht von diplomatischen über wirtschaftliche bis hin zu

---

<sup>241</sup> Ebd., S. 69

<sup>242</sup> Dieter S. Lutz, „Sicherheitspartnerschaft und/oder gemeinsame Sicherheit?“. In: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Gemeinsame Sicherheit- Idee und Konzept“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1986, S. 73

<sup>243</sup> Vgl. M. Schmidt, a.a.O., 1988, S. 15

militärischen Maßnahmen, die als letztes Mittel zur Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit angewendet werden. Das hinter diesen Maßnahmen stehende Prinzip kann mit dem Satz „einer für alle, alle für einen“ beschrieben werden. Anders ausgedrückt basiert die Sicherheit im SKS auf der Überlegenheit, der Anzahl und der Stärke der „friedliebenden“ Mehrheit seiner Mitglieder.

Der Friedensgedanke des SKS ist wie derjenige der gemeinsamen Sicherheit eindeutig ein „negativer“ im Sinne der Abwesenheit von Krieg. Beide sind in erster Linie Kriegsverhütungskonzepte. Neben den Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen im Wesen der Konzeptionen und ihrer Strategie weisen die beiden Modelle allerdings in zwei entscheidenden Punkten Unterschiede auf: Während im Kalten Krieg das System (Ost-West-Konflikt) durch die „balance of power“ strategische Stabilität und Gleichgewicht erreichen sollte und auch eine gemeinsame Sicherheit noch nach einer Äquivalenz von Fähigkeiten und Optionen suchte, folgt das SKS radikal dem umgekehrten Prinzip: „Sicherheit soll nicht auf der labilen Grundlage eines – wie auch immer definierten – Gleichgewichts beruhen, sondern durch die Übermacht und überwältigende Überlegenheit der friedliebenden Mitglieder des Systems garantiert werden“<sup>244</sup>

Jedoch gehen beide Sicherheitskonzepte davon aus, daß in einer Zeit, in der die internationale Sicherheitsordnung mit nuklearen Waffen gefährdet ist, die Sicherheit nur durch gemeinsame Zusammenarbeit der Staaten hergestellt werden könne. Während das Konzept der gemeinsamen Sicherheit sich darauf konzentriert, in erster Linie die Überwindung der Bedrohung und der Gefährdung des Friedens zu gewährleisten, geht kollektive Sicherheit noch einen (und zwar entscheidenden) Schritt weiter. Das SKS begreift die Friedenserhaltung und auch Wiederherstellung im Konflikt- und Kriegsfall als gemeinsames Problem. Es sieht vor, auch wirtschaftliche Sanktionen und militärische Maßnahmen gegen jeden Staat einzuleiten, der den Frieden brechen sollte.

#### 1.5.4. Aussichten für die gemeinsame Sicherheit und Partnerschaft im regionalen Bereich

Die militärischen Allianzen und ideologisch fundierten Blöcke richten sich gegen einen Feind von außen. Das dominante Abschreckungssystem in der Zeit des Kalten Krieges basierte vielmehr auf der Verminderung von Kriegen durch Abschreckung des Gegners, d.h. ihm mehr Schaden zu zufügen als er im voraus kalkulieren kann. Daher ging es nicht um ein gemeinsames „Miteinander“, sondern um ein „Gegeneinander“. Die gemeinsame Sicherheit geht von dem Weiterbestehen der Gegensätze und der Existenz der Sicherheitskontrahenten aus. Sie hatte in erster Linie zum Ziel, die Überwindung des Abschreckungssystems zu verwirklichen und die Lösung von militärischen Pakten und Blöcken herbeizuführen. In der Tat wurde dem Ost-West-Gegensatz ein Ende gesetzt und der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. So gesehen kann die gemeinsame Sicherheit als ein Konzept des Übergangs bezeichnet werden. Wenn man davon

---

<sup>244</sup> D. S. Lutz, a.a.O., 1986, S. 76

ausgeht, daß sie ein Konzept zur Überwindung des Abschreckungssystems des Kalten Krieges war, so kann man sagen, daß sie ihre konventionelle Funktion erfüllt hat. Aber die Gefahren und Bedrohung, deren Bewältigung zum wichtigsten Aufgabenbereich der Sicherheitspartnerschaft gehören, existieren weiterhin. Die grenzüberschreitenden Gefährdungen und Wirtschaftsprobleme, Auswanderungen als Folge der Unterentwicklung, Umweltprobleme, Terrorismus oder Drogen sind globale Probleme, zu deren Überwindung die Kooperation und Zusammenarbeit aller Staaten benötigt wird. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich ethno-nationalistische, kulturelle und religiöse Konflikte, Grenzzwischenfälle und bewaffnete Auseinandersetzungen, besonders in bestimmten Regionen der Welt (vom Balkan bis zum Fernen Osten und Afrika) - man denke an Somalia und Ruanda - verschärft. Die gegenseitige Abschreckung hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges auf die regionalen Ebenen verlagert. Daher können die Grundlagen der gemeinsamen Sicherheit besonders für die Bewältigung der regionalen Konflikte maßgebend sein, zumal Ideen wie Partnerschaft, Kooperation und den Ausschluß des Krieges als Mittel zur Konfliktlösung als Grundsätze der neuen Regionalisierungstendenzen in der internationalen Weltordnung nach dem Kalten Krieg gelten. „Die Rationalität, die in der gemeinsamen Bewältigung von Gefahren liegt, endet deshalb nicht, wenn der Ernstfall - nämlich Krisenfall - eintritt. Im Gegenteil: Als Ansatz zur Bewältigung von Konflikten muß sich die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“ gerade im Konfliktfall bewähren.“<sup>245</sup> Daher könnte auf den Grundlagen des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit dadurch ein „Kriegsverhütungskonzept“ der SKS aufgebaut werden, daß die partnerschaftlichen Beziehungen auf zwischenstaatlicher, interregionaler und internationaler Ebene ausgebaut werden.

Die Gefahr einer gegenseitigen Bedrohung globalen Ausmaßes scheint zumindest für absehbare Zeit überwunden zu sein. Eine klare Darstellung der Feind-/Freund-Definition, wie sie während des Kalten Krieges in der internationalen Ordnung bestand, ermöglichte es, mögliche Gefahren und Feinde und deren Ausmaß einkalkulieren zu können. In der Phase der Übergangszeit konnten auf der anderen Seite weder die Vereinten Nationen als SKS noch andere regionale Organisationen und Sicherheitssysteme eine glaubwürdige und erfolgreiche Rolle als „Ordnungs- und Friedensstifter“<sup>246</sup> der neuen internationalen Ordnung übernehmen. Es scheint, daß die internationalen Organisationen einschließlich der VN mit den neuen vielfältigen Herausforderungen überfordert sind oder strukturell nicht in der Lage sind, die eskalierenden Konflikte einzudämmen.

Die Kuwait-Krise und die Kriege auf dem Balkan mit ihren Auswirkungen auf die regionalen und internationalen Interessenkonstellationen haben gezeigt, daß ein regionale Frieden und eine Zusammenarbeit beinahe unmöglich ist und das gegenseitige Vertrauen der Staaten und deren Bevölkerung sehr stark eingeschränkt ist. Zum anderen werden regionale Konflikte sehr schnell das Ausmaß eines internationalen Konfliktpotentials erreichen, weil zum einen dadurch die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Industrieländer gefährdet werden und zum anderen eine regionales institutionalisiertes Krisenmanagement entweder gar nicht vorhanden ist oder es an den erforderlichen Auswirkungen fehlt. Gerade die Kuwait-Krise hat

---

<sup>245</sup> Dieter S. Lutz, „Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa“. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheit 2000“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1991, S. 71

<sup>246</sup> H. Hugler, a.a.O., 1994, S. 257

beispielhaft gezeigt, wie ein regionaler Konflikt internationale Dimensionen bekommen kann, wenn die Industrienationen ihre Interessen gefährdet sehen.

## 1.6. Die regionale Konfliktbewältigung und der Beitrag der Türkei

Nach der Beendigung des Kalten Krieges gab es - sei es im Rahmen der Sicherheitspolitik oder im Wirtschaftsbereich - trotz aller Bestrebungen der Staaten Schwierigkeiten, in den Regionen einen institutionellen Rahmen der Zusammenarbeit auf die Beine zu bringen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat für die Türkei in ihrem regionalen Umfeld neue wirtschaftliche und außenpolitische Horizonte eröffnet. Die Türkei hat mit den Staaten auf dem Balkan, mit den neu entstandenen Staaten im Transkaukasus, in Zentralasien und im Nahen Osten geschichtliche, kulturelle, religiöse und ethnische Gemeinsamkeiten. Die Türkei ist von den politischen Entwicklungen und ethnisch-nationalistischen sowie religiösen Konflikten in ihrem regionalen Umfeld unmittelbar betroffen. Die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten vom Erdöl- und Gasvorkommen des Nahen Ostens und der Kampf der Staaten um die Energiequellen in Mittelasien führt dazu, daß heutzutage in diesem Raum eine Auseinandersetzung um die Vormachtstellung ausgetragen wird. Daher werden diese Regionen, die das natürliche „Hinterland“ der Türkei bilden, künftig in der internationalen Politik in wirtschaftlicher, politischer, strategischer Hinsicht eine wichtige Rolle spielen.

Die Außenpolitik der Türkei in den achtziger Jahren war in einem bis dahin nicht beobachtbarem Ausmaß an der Entwicklung der regionalen Beziehungen interessiert. Durch die Wiederbelebung der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (ECO) zwischen der Türkei, dem Iran und Pakistan im Jahr 1985 wurde ein Zeichen für eine verstärkte institutionalisierte Zusammenarbeit im regionalen Bereich gesetzt. Hinzu kamen nach der Wende (1992) die neuen unabhängig gewordenen Staaten in Zentralasien. Die Gründung der von der Türkei initiierten Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) der elf Schwarzmeeranrainerstaaten und Staaten auf dem Balkan (Griechenland und Albanien) am 25. Juni 1992 kann als ein Wille der Mitgliedsstaaten betrachtet werden, im wirtschaftlichen Bereich zusammenzuarbeiten aber auch einen institutionellen Rahmen für die Überwindung der vorhandenen Konflikte zu haben, damit die Sicherheit und der Frieden in der Region bewahrt werden kann. Denn es wurde bei der Gründung der SMWR ein Vorschlag unterbreitet, angesichts der sicherheitspolitisch labilen Lage und der fehlenden Sicherheitsstrukturen in der Region ein kollektives Sicherheitssystem im Schwarzmeer zu erreichen. Ferner bekräftigten die Teilnehmerstaaten ihren Willen zur Konfliktlösung auf der Grundlage der OSZE.

Die Teilnehmerstaaten der SMWR (mit etwa 340 Mio. Menschen) sind durch eine Vielfalt ethnischer, nationaler und religiöser Gruppierungen gekennzeichnet. Die Region ist sehr konfliktanfällig. Territoralkonflikte, Souveränitätsbestrebungen der ethnischen Minderheiten und gegenseitige Gebietsansprüche prägen das politisch-gesellschaftliche Bild dieser Staaten. Die Türkei ist fast von allen dieser Probleme zwischen den SMWR-Mitgliedsstaaten sicherheitspolitisch betroffen. Ihre geopolitische und Lage ist zugleich eine Herausforderung, in dieser Region einen Beitrag zur Stabilität und friedlichen Konfliktlösung beizutragen.

Trotz der ideologischen Gegensätze und Rivalitäten zwischen der Türkei und dem Iran um den Einfluß in Zentralasien wurde die ECO mit dem Ziel gegründet, die Region mit

ihren 220 Mio. Menschen nach den Worten des iranischen Staatspräsidenten Rafsanjani „zu einem mächtigen Wirtschaftsraum“ der Region aufzubauen. Auf dem Gipfeltreffen am 16. Februar 1992 in Teheran wurden die Türkrepubliken Zentralasiens Mitglied der ECO.

Die Türkei hat auch bei der Gründung der Organisation der D-8 die Initiative ergriffen. Die Staats- und Regierungschefs der Länder Malaysia, Indonesien, Bangladesch, Nigeria, Iran, Pakistan und Türkei unterzeichneten im Juni 1997 die „Istanbuler Deklaration“. Das Ziel dieser Organisation ist in erster Linie darauf gerichtet, im wirtschaftlichen und technologischen Bereich Mechanismen der Zusammenarbeit zu schaffen, um für die Mitgliedsländer neue alternative Absatzmärkte zu eröffnen.<sup>247</sup> Diese Organisationen können durch die verstärkte wirtschaftliche Integration Rahmenbedingungen schaffen, die für die Sicherheit und Stabilität der Region beitragen. Darüber hinaus kann der geopolitische Stellenwert der Türkei mit seinen militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten als NATO-Mitglied und somit Ordnungs- und Stabilitätsfaktor in der Region einen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens leisten.

Die Regionen Balkan, Schwarzmeer, Transkaukasus, Mittelaisien, Naher und Mittlerer Osten spielen aufgrund ihrer strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung für die sich neu herauskristallisierende internationale Ordnung eine große Rolle. Hier sehen wir gerade die geostrategische Bedeutung der Türkei, ohne deren Beitrag die Schaffung einer in die internationale Ordnung integrierte regionale Ordnung schwer zu bewerkstelligen ist. Die Türkei hat in diesem großen Raum geschichtliche, geographische, geostrategische, kulturelle, religiöse und ethnische Verbindungen, über die nicht hinweg zu sehen ist. Hier stellt sich die Frage, welche Aufgabe und Entfaltungsmöglichkeiten der Türkei als einer nicht zu unterschätzenden Regionalmacht in wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und strategischer Hinsicht in der neuen Weltordnung zukommen könnten. Denn während der Neugestaltung der internationalen Ordnung wird in zunehmendem Maße deutlich, daß sich eine Regionalisierung der Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen sich herausbildet, durch die das Machtdenken in geopolitischen Einheiten zunehmend an Bedeutung gewinnt. Das führt dazu, daß die Türkei aufgrund ihrer geostrategischer und geopolitischer Sonderstellung in der Region in der neuen globalen Ordnung eine stabilisierende Funktion innerhalb eines regionalen „Untersystems“ übernehmen wird, dessen Stabilität direkte Auswirkung auf den Frieden und den Wohlstand des Westens hat.

### **1.6.1. Die geopolitische Bedeutung der Türkei**

Die Entstehung des Staates als politische Organisation der menschlichen Gesellschaften war mit den geographischen Gegebenheiten eng verbunden. In der Geschichte fanden aufgrund der Veränderung der geographischen Verhältnisse große Völkerwanderungen statt. Und die ersten großen Zivilisationen der Menschheit entstanden in den Gebieten, in denen die geographischen Gegebenheiten bessere Voraussetzungen dafür anboten.

In der heutigen Welt weisen sowohl die innergesellschaftlichen Vernetzungen als auch die internationalen Beziehungen und die Konflikte, die durch diese Beziehungen entstehen, auf vielfältige Dimensionen hin und sind miteinander verbunden. Die gesellschaftlichen, sozialen, politischen wirtschaftlichen und militärischen Faktoren entwickeln sich in einem

---

<sup>247</sup> Yeni Şafak 15.06.1997

Land ineinander verflochten und sie werden mit der politischen Verhaltensweise des Landes zusammen betrachtet. D.h. eine in diesen Bereichen getroffene Entscheidung oder Maßnahme hat unmittelbare Auswirkung auf die anderen Faktoren.

Die Entwicklungen sowohl innerhalb eines Staates als auch innerhalb einer Region und internationale Politik beeinflussen sich gegenseitig. Die Folgeerscheinung davon ist, daß es Notwendig wird, mehr als einen Faktor bei der Lösung der Konflikte in Betracht zu ziehen. An dieser Stelle werden wir mit dem Begriff Geopolitik konfrontiert. Denn wenn es um die Wahrnehmung der Probleme eines Landes als eine Einheit geht, spielt der Begriff Geopolitik eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Geopolitik kann man begrifflich als eine auf „Geographie geschützte Politik“, „Politik der Geographie“, oder als eine von der Geographie gesteuerte Politik definieren. Als Methode wird sie unter der Mitberücksichtigung der Geographie zusammen mit anderen Faktoren (soziale, ökonomische, politische, militärische, kulturelle etc.) einheitlich behandelt.<sup>248</sup> Geopolitik läßt sich - bezogen auf den Staat - im Allgemein definieren als die Untersuchung der Einwirkungen der physikalischen, ökonomischen und geographischen Faktoren auf die Politik des Staates.<sup>249</sup> Der geographische Faktor eines Landes spielt bei der Bestimmung seiner Außen- und Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle und wird als der Schlüssel zu den militärischen und politischen Strategien eines Landes angesehen.<sup>250</sup>

Die geopolitische Theorien von Mac Kinder (die geopolitische Landherrschaftstheorie) und von Spykman (Theorie des Randgürtels) haben sich aufgrund der Technologie, der Telekommunikation und grenzenloser Wirtschaft und Handelsmöglichkeiten im Rahmen des Globalismus Nahe gerückt. Aber diese globalen geopolitischen Einheiten trennen sich in atlantischen, pazifischen und euroasiatischen Raum. Ein Land kann eine eigene Geopolitik haben oder zusammen mit anderen Ländern die gleiche Geopolitik teilen. Sie bilden dann eine „geopolitische Einheit.“ Diese geopolitische Einheit des Landes oder der Ländergruppen hat Einfluß auf die Bestimmung seiner/ihrer innen- und Außenpolitik. Zum Beispiel gehören die Länder wie England und Australien in die Kategorie der Länder, die allein geopolitische Einheit bilden, während USA zusammen mit Kanada und Mexiko eine geopolitische Einheit sind.

Für Napoleon war die geographische Lage eines Landes mit historischem Schicksal eines Volkes und einer Nation eng verbunden. Diese Axiom trifft kaum mehr ein Land zu als die der Türkei.<sup>251</sup> In der Geschichte war der Raum, in dessen Zentrum die heutige Türkei liegt, das Heimat vieler Völker. Aufgrund der geostrategischen Lage dieses Raumes waren die Völker verurteilt, politisch mächtig zu sein. Sonst drohte ihnen sofort von anderen Völkern überrumpelt zu werden.

Diese Region ist zum größten Teil im Laufe der Geschichte der Ort gewesen, an dem die Großmächte ihren Weltherrschaft behauptet haben. Historische Großreiche wie Mezedonien vom Alexander den Großen, das Römische Reich, die Perser, das

<sup>248</sup> Suat ILHAN, „Die Geopolitik der Türkei und der türkischen Welt“. Institut für Studien der türkischen Kultur, Ankara, 1993, S. 3

<sup>249</sup> Yılmaz TEZCAN, „Türkiye'nin Jeopolitiği ve Körfez Savaşı“ (Die Geopolitik der Türkei und der Golfkrieg). In: Zeitschrift, Ülke, 1/99, S. 15

<sup>250</sup> Dieter WEISER, „Geopolitik - Renaissance eines umstrittenen Begriffs“. In: Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Frage, 4/94, S. 402, und S. ILHAN, a.a.O., 1993, S. 4

<sup>251</sup> Vgl. Wolfgang Höpke, „Die Türkei und die NATO“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 1/1982, S. 29-36

byzantinische Reich und die seltschukischen Türken haben ihren Schlachten, die zugleich den Schicksal der genannten Reiche besiegelte, in dieser Region ausgetragen. Für die Kreuzzüge des christlichen Abendlandes auf dem Weg nach Jerusalem war Anatolien unausweichlich. Aus den Mongolei galoppierten Reiterscharen des Tschengis Khans machten erst halt, als sie Anatolien erreicht haben. Schließlich hat das Osmanische Reich diese Region mehr als sechshundert Jahre beherrscht. Diese geographische Schlüsselposition ist zugleich sowohl die Stärke als auch die Schwäche der heutigen Türkei.

### 1.6.2. Die geopolitische Lage der Türkei

Die unveränderlichen Faktoren der Geopolitik, die als „Schicksal der Politik der Türkei“<sup>252</sup> bezeichnet werden können, zwingt das Land dazu, mit den Staaten zusammenzuarbeiten, mit denen sie eine geopolitische Einheit bilden. Die Grenzen dieser geopolitischen Einheit, in deren Mittelpunkt die Türkei steht, kann man wie folgt skizzieren:

Diese geopolitische Einheit beginnt im Norden am Savos- und Donaufluß, angefangen auf dem Gebiet, wo der Savosfluß in die Donau mündet, und verläuft entlang der Donau bis zum Schwarzen Meer (Schwarzmeer-Kaukasusgebirge). Im Osten beginnt diese Einheit in West-Azerbaidchan und verläuft entlang der Linie vom Zagros-Gebirge bis zum Persischen Golf und Zentralasien. Im Süden verläuft die Grenze vom Persischen Golf über den Gazastreifen bis nach Zypern südlich von Kreta; im Westen beginnt diese Einheit an der Ostküste des Adriatischen Meers.<sup>253</sup> „Das Mittelmeer, ein Ausläufer des Atlantik, besteht aus drei deutlich getrennten Becken - dem östlichen, dem westlichen und dem Schwarzen Meer. Das Schwarze Meer öffnet sich ins Donaubecken, in die ukrainischen Steppen und in das Becken der unteren Donau. Kleinasien Flüsse sind die Verbindung zur Anatolischen Hochebene, der syrische Staat und das syrische Tor nach Mesopotamien. (...) Aufgrund dieser geographischen Struktur war das Schicksal des östlichen Mittelmeers immer mit dem Aufstieg und Fall der Mächte seines Hinterlandes verbunden. Somit hat auch der Balkan eine kritische Bedeutung für die Sicherheit dieses Gebietes.“<sup>254</sup>

Dem Abkommen von der Balkan-Entente zwischen der Türkei, Jugoslawien, Griechenland und Rumänien (1934) und dem Sadabad Pakt (1937) zwischen der Türkei, Iran, Afghanistan und Pakistan lag der Gedanke zugrunde, die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Systeme im Rahmen der geopolitischen Einheit in eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit umzuwandeln. Die Bestrebungen der Türkei zur Zeit Özals können im Rahmen der ECO und der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes) als Meilensteine in die Richtung einer geopolitischen Einheit betrachtet werden.

Wenn wir beide Faktoren, die Geschichte und die Geographie, im Kontext anderer veränderlicher Komponenten betrachten, stellen wir fest, daß diese beiden Komponente die Türkei und ihr Hinterland zu einem strategischen Brennpunkt von weltweiter Bedeutung machen.<sup>255</sup> Denn „alle Wege, zu Land, zu Wasser oder zu Luft, vom Schwarzen Meer

<sup>252</sup> U. Steinbach, a.a.O., 1996, S.78

<sup>253</sup> Y. Tezcan, a.a.O., 1/99, S.15

<sup>254</sup> İhsan Gürkan, „Die Türkei – Eckpfeiler der NATO im Südosten“. In: Beiträge zur Konfliktforschung, Köln, 1/ 1981, S. 9

<sup>255</sup> Zum Vorwort des von ihm herausgegebenen Buches „Brennpunkt Mittel-Ost“ schreibt Hans Georg

zum Mittelmeer, vom Balkan zum persischen Golf führen über die Türkei und in den meisten Fällen in beide Richtungen durch die Meerengen“<sup>256</sup>

Die geopolitische Lage der Türkei gewinnt somit einen hohen strategischen Stellenwert in der regionalen und internationalen Interessenkonstellationen. Ihre zentrale geopolitische Lage verleiht der Türkei Handlungsraum aber auch Risiko. Sie verbindet geographisch den Kontinent Europa mit Asien und Afrika. In der Türkei treffen und trennen sich verschiedene Kulturen, politische Systeme, Religionen und Ideologien. Die Türkei befindet sich in der Mitte geokultureller Umwandlungen, die neben dem geopolitischen Denken – besonders nach dem Kalten Krieg- bei der Bestimmung der nationalen Identitäten zunehmend an Bedeutung gewinnen.<sup>257</sup>

Die Türkei ist die natürliche Brücke und – sicherheitspolitisch gesehen - Brückenkopf des Westens zum Orient und umgekehrt. Sie ist der Berührungspunkt zweier Kontinente. Daß ein Wegweiser auf der Bosphorusbrücke in Istanbul in zwei entgegengesetzte Richtungen, Europa und Asien zeigt, illustriert auch die politischen Entscheidungsschwierigkeiten der Türkei. Der Wegweiser an der Bosphorusbrücke manifestiert trotz aller politischen und gesellschaftlichen Umwandlungsbestrebungen das ambivalente (ideologisch fundierte westliche und kulturell-geschichtlich fundierte orientalische) Gesicht der Türkei.

Die Türkei befindet sich aber über die symbolische geographische Lage hinaus in einem Raum, der eine Reihe regionaler und internationaler Konflikte und Herausforderungen in sich trägt. Die Türkei befindet sich auf der Kreuzung der Machtzentren der USA, der GUS-Staaten, der EU und des Nahen Osten. Als NATO-Flankenland im Mittelmeer und als Berührungspunkt der EU mit der islamischen Welt spielt die geostrategische Lage der Türkei für die neuen bevorstehenden politischen und strategischen Veränderungen in der Region, als eine kulturelle Verlängerung Euroasiens in Richtung Europas und umgekehrt eine unverzichtbare Rolle. Die Türkei ist sowohl von ihrer geographischen Lage her als auch im Rahmen globaler Wertvorstellungen in vieler Hinsicht ein Grenzland. Gerade ihr Charakteristikum, ein Grenzland zu sein, ist die wichtigste Besonderheit der Türkei.

Während des Kalten Krieges war die Türkei eine unverzichtbare Verbündete der Westmächte als „Flankenschutz bietender Eckpfeiler des westlichen Bündnissystems und Landriegel zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer.“<sup>258</sup> In dieser Epoche wurde die strategische Bedeutung der Türkei für beide Seiten durch die strategische Nord-Süd-Achse bestimmt. Während des Golf-Kriegs von 1990 ist die strategische Bedeutung der Türkei in West-Ost-Richtung von Westeuropa über das Mittelmeer zum Nahen Osten für ineinander verflochtene Konflikte als Stabilitätsfaktor hervorgetreten, um westliche Interessen zu repräsentieren.<sup>259</sup> Während des Kalten Krieges nahm die Türkei innerhalb des westlichen Verteidigungssystems NATO eine eindeutige geopolitische Position ein. Durch die geopolitische Achsenverschiebung in den internationalen und regionalen Kräfteverhältnissen als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion war diese klar

---

Wehling, „daß die politischen, kulturellen Vorgänge nicht alle von Bedeutung wären, wenn nicht unsere Zukunft, unser Schicksal sich für einen Teil in dieser Region entscheiden könnte“, Hans-Georg

Wehling,

(Hrsg.) „Brennpunkt Mittel-Ost“, Kohlhammer Taschenbücher, Stuttgart, 1981, S. 7

<sup>256</sup> Zit. n.: İ. Gürkan, a.a.O. 1981, S. 11

<sup>257</sup> Immanuel Wallerstein, „Jeopolitik ve Jeokultur“ Übersetzung: Mustafa Özel, İz Yayınları, Istanbul, 1993, S. 10

<sup>258</sup> Lothar Rühl, „Die Türkei zwischen Europa und dem Orient“. In: EA, Folge 11/92, S.295

<sup>259</sup> Ebd., S. 295

definierte Position der Türkei sowohl aus der Perzeption der Türkei wie auch aus der des Westens unübersichtlicher geworden.

Der geopolitische Stellenwert der Türkei gewann nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung neuer unabhängiger Staaten im Transkaukasus und Zentralasien neue Aspekte. Im „Schachbrett“ Euroasiens erhält die türkische Außen- und Sicherheitspolitik sowohl als „strategischer Spieler“, als auch als geopolitischer „Achsen-Staat“ im „Euroasiatischen Balkanraum“<sup>260</sup> als Stabilitätsfaktor zur Wahrung des Friedens und zur Herstellung der regionalen sowie globalen Sicherheit neue Funktionen. Die Türkei ist die Gürtelschnalle oder der Schanier dreier Kontinente, die sie verbindet und zusammenhält. Sie ist zugleich das Schloß und der Schlüssel, der dieses Schloß auf- und zuschließt. Sie öffnet und schließt den Süden nach Norden, den Norden nach Süden, den Westen nach Osten und umgekehrt. Sie ist auch Verbindungs- und Trennlinie der Regionen Balkan, Schwarzmeer, Kaukasus, Mittelasien und Naher Osten. Diese geographische Lage verleiht der Türkei ihre strategische Bedeutung für die regionalen und internationalen Machtverhältnisse.<sup>261</sup>

Die Türkei wird geopolitisch teilweise zu den Randstaaten der geographischen Einheit gezählt. Nach geopolitischen Theorien unterscheidet sich die geographische Lage der Türkei von der übrigen Geographie, denn die Türkei befindet sich nach der Landherrschaftstheorie im Zentrum der Region, gleichzeitig befindet sie sich nach der Rand-Gürteltheorie an der empfindlichsten Stelle der Region. Die „Schlacht“ um den Führungsanspruch der USA als globale Macht und die Sicherstellung und Erschließung der von den Industriestaaten benötigten Energieressourcen wird im 21. Jahrhundert in Euroasien stattfinden<sup>262</sup>, somit kommt dem geographischen Wert der Türkei eine besondere Stellung zu.

Die Außenpolitik der Türkei ist stets im Kontext geopolitischer Problemlagen zu interpretieren. Als Teil sowohl islamischer Welt als auch europäischer Welt gibt es für die Türkei innen- und außenpolitische Sachzwänge, um die fundamentalen Interessen beider Seiten zu berücksichtigen.

### **1.6.3. Die geostrategische Bedeutung der Türkei für den Westen**

Die internationale Konjunktur und die Verschiebung der Machtverhältnisse können die geopolitische Bedeutung eines Landes vergrößern oder auch vermindern. So wurde die Bedeutung der Türkei für den Westen während des Kalten Krieges im Rahmen des westlichen Verteidigungskonzepts, sprich: der NATO, betrachtet. Die strategische Bedeutung oder die Unverzichtbarkeit der Türkei für den Westen wurde immer im Zusammenhang mit den immensen wirtschaftlichen, militärischen, strategischen Interessen der westlichen Staaten erwogen. Nach dem Zusammenbrechen der Sowjetunion und die Lösung des Warschauer Paktes hat sich im Bedrohungsverständnis des Westens einen Wandel vollzogen. Parallel dazu wurde für eine gewisse Zeit darüber spekuliert - viel mehr in der Türkei als in den europäischen Hauptstädten<sup>263</sup> - , daß die Türkei ihre

<sup>260</sup> Siehe dazu: Zbiginiew Brzezinski, a.a.O., 1998, S. 144 und ff.

<sup>261</sup> Suat İlhan, „Jeopolitik Gelişmeler ve Türkiye“ (Geopolitisch Entwicklungen und die Türkei). In: Avrasya Etütleri (TİKKA), 3/95, S. 25

<sup>262</sup> Vgl. Z. Brzezinski, a.a.O., 1998

<sup>263</sup> Vgl. Dietrich Schlegel, „Die außenpolitische Position der Türkei in der Golfkrise und das Verhältnis zu Europa“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 30(1990)4. S. 271-276

geostrategische Bedeutung verloren zu haben schien. Aber die Entstehung der neuen Türkstaaten im Mittelasien, die kriegerischen Auseinandersetzungen um die Türkei herum und zuletzt der Krieg am Golf haben vor Augen geführt, daß die strategische Bedeutung der Türkei auch bei der neuen internationalen Gestaltung der Machtverhältnisse für den Westen eher zugenommen hat.

Für die Herstellung einer vertraulichen Atmosphäre genügt es nicht, daß der Westen und die Türkei sich gegenseitig versichern, daß die globalen und nationalen Interessen beider Seiten sich ergänzen würden. Der Westen hat die Türkei viel mehr aus sicherheitspolitischer Perspektive im Hinblick auf ihre strategischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten betrachtet.

„Trotz der gegenseitigen kulturellen Einflüsse durch die Jahrhunderte ist das Verhältnis des Westens zur Türkei im Grunde von der geographischen Lage und von dem militärstrategischen Wert des Landes für die Sicherheit in Westeuropa bestimmt geblieben - ein Verhältnis mehr der Nützlichkeit als der Freundschaft, ein bedingtes Bündnis zum beiderseitigen Vorteil oder zeitweilig eine vom Westen gedeckte und auch verteidigte Neutralität gegenüber der russischen Macht. Auch die Hinwendung der modernen Türkei nach Westen unter dem nachhaltigen Einfluß Mustafa Kemal Atatürks hat keine effektive Bindung zwischen dem türkischen Volk und Europa (geschweige denn Amerika) geschaffen.“<sup>264</sup>

Die Türkei steht im Mittelpunkt der Wasser-, Energie- und Transportwege, des Handels- und Kommunikationsnetzes Euroasiens. Euroasien liegt wegen seiner geoökonomischen und geopolitischen Stellung mitten in den Sicherheitsinteressen der Weltmächte. M. a. Worten: Wenn die pazifischen und atlantischen Einheiten die strategischen Randmächte bilden, ist Euroasien die strategisch kontinentale Einheit. Darüber hinaus befinden sich in Euroasien lebenswichtige Energieressourcen.<sup>265</sup> Die Bedeutung der Türkei für den Westen fällt in diesem Rahmen noch deutlicher ins Blickfeld. Die Türkei befindet sich im Zentrum des euroasiatischen Raumes. Daher hat sie als eine regionale Macht die geostrategische Aufgabe, innerhalb des Globalismusprozesses hegemoniale Ansprüche der Welt und der Regionalmächte in der Region einzudämmen bzw. zu verhindern und innerhalb der regionalen Einheitsbildungen bei der Herstellung neuer Gleichgewichte und Konflikte als Stabilitätsfaktor zu fungieren. Die neue internationale Ordnung nach dem Kalten Krieg hat noch nicht den Punkt erreicht, daß die Weltmächte ihre Einflußbereiche klar definiert und gegenseitig anerkannt hätten. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks befindet sich die neue Weltordnung in einem „Übergangsprozeß“, dessen möglichen Ergebnisse schwer abzuschätzen sind. Daher sind die entstandenen Gleichgewichte zu empfindlich und zerbrechlich.

Die Türkei sucht diese Gleichgewichte auf regionaler Ebene in der NATO, in der EU, WEU und OSZE. Die regionalen Organisationen, an denen die Türkei aktiv teilnimmt (wie SMWR, ECO, D-8 - gegründet 1997) sind als sich ergänzende integrale Bestandteile zu betrachten. Es ist noch zu früh, diese Organisationen als regionale Instrumentarien zu sehen, die ihren Mitgliedern den notwendigen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Rahmen bietet. Aber diese regionalen Organisationen bieten für die Teilnehmerstaaten einschließlich der Türkei die Möglichkeit, in puncto nationaler Sicherheit eng

<sup>264</sup> Lothar Rühl, a.a.O. 11/92, S. 295,

<sup>265</sup> Umut Arık, „21. Yüzyılda Uluslararası Güvenlik Sistemi ve Türkiye“. In: „Evrasya Etütleri“ (TİKKA), 4/95-96, S.10-11

zusammenzuarbeiten, wodurch eine Grundlage für ein eventuelles Krisenmanagement in der Region geschaffen werden kann.

Durch die neue regionale und internationale Stellung ist die Türkei nicht nur ein NATO-Mitglied der südöstlichen Flanke, sondern sie steht seit der Proklamation der neuen Weltordnung im Zentrum eines regionalen und internationalen Sicherheitskonzepts, das von einem Raum umgeben ist, der sich von Ostmitteleuropa über den Balkan und das Schwarzmeer bis nach Mittelasien, zum Nahen Osten und zum Mittelmeer erstreckt.<sup>266</sup> Trotz aller Widersprüchlichkeit, Ungewißheit und Instabilität gibt es zwei grundlegende Faktoren, die die Türkei für den Westen unverzichtbar machen: Zum einen hat sie aufgrund ihrer geopolitischen Lage einen sich vom Balkan bis nach Zentralasien erstreckenden Einflußraum, einen der wichtigsten strategischen Räume der Welt. Dazu gehören auch die Meerengen, der Bosphorus und die Dardanellen, die ohne Zweifel als eine der bedeutendsten Durchfahrtsstraßen der Menschheit gelten können.<sup>267</sup> Zum anderen gewann die Türkei in der sich neu strukturierenden Region als stabilitäts- und friedensstiftende Regionalmacht für die sicherheitspolitischen Interessen des Westens an strategischer Bedeutung. Eine europäische Macht, die Westeuropa neu gestalten will, braucht für die Verwirklichung ihrer Strategie die Türkei.<sup>268</sup> Die Beendigung des Kalten Krieges durch die Auflösung der Sowjetunion hat das Koordinatensystem der kontinentalen Politik verändert. Verständlicherweise sind die strategische Situation, die Kräfteverhältnisse im wirtschaftlichen, militärischen und politischen Bereich der einzelnen Länder untereinander, zu Europa und schließlich zur Weltmacht USA davon betroffen.

Die westlichen Staaten haben dafür gesorgt, daß sich der Einfluß des Islams als politischer Machtfaktor im Nahen Osten stetig verringert. Die westlichen Staaten gestalten ihre Politik im Hinblick auf die Regionen mit muslimischer Bevölkerung mit einer Strategie, in der die Ausdehnung der islamischen Bewegungen verhindert werden soll. Sie machen keinen Hehl daraus, daß sie die autoritären, undemokratischen Regimes unterstützen, da befürchteten, daß die islamischen Bewegungen in dieser Region an politischem Einfluß gewinnen könnten. Die westlichen Staaten lieben die Monarchen und Diktaturen in der Region. Sie verstehen es, mit Königen, Generälen, Diktaturen zusammenzuarbeiten und ihnen Waffen unterschiedlichster Art zu verkaufen.<sup>269</sup> Vor der Revolution im Iran war der Schah der verlässlichste Verbündete der westlichen Staaten insbesondere der USA, da er mit seiner aufgerüsteten Armee in der Region als Stabilitätsfaktor für die westlichen Interessen der Region galt. Als der Iran als Verbündeter nach der Revolution verloren ging, „setzte man in Washington nach dem Golfkrieg allerdings insgeheim auf den Irak als die Kraft, die künftig die Stabilität am Golf gewährleisten sollte“<sup>270</sup>, also auf einen laizistischen Staat, der sich als Bastion gegen den auf die ganze Region ausgreifenden islamischen Fundamentalismus erwiesen hatte. Die politische Einflußnahme des Islams würde zumindest für absehbare Zeit den Abbruch der Wahrnehmung der Interessen der Industriestaaten bedeuten, wie das Beispiel Iran es zeigte.

---

<sup>266</sup> Ebd., S. 8

<sup>267</sup> Vgl. İhsan Gürkan, a.a.O, 1981, S. 11

<sup>268</sup> Aydın Menderes, „21. Yüzyıla Geçişte Türkiye'nin Önemi“, (Die Bedeutung der Türkei beim Übergang zum 21. Jahrhundert), Yeni Şafak, 15.3.1999

<sup>269</sup> Robert Fisk, entnommen aus: Şükrü Karatepe, Yeni Şafak, 11.2.1999

<sup>270</sup> Rainer Brinkmann, „Das Konfliktszenario - politische und militärstrategische Ziele und Interessen der Konfliktparteien“. In: Harmut Zeher (Hrsg.), „Der Golfkonflikt“, Mittler & Sohn, Herford-Bonn, 1992, S. 28

Die Bedeutung der Türkei für die USA und den Westen hängt damit zusammen, inwieweit sie für den Westen u. a. bei Konflikten in der Regionen – im Balkan, Kaukasus, Mittelasien und besonders im Nahen Osten - für die Aufrechterhaltung ihrer Interessen als eine unverzichtbare Partnerin des Westens eine Rolle spielen kann. Bei der Gewährung und der Aufrechterhaltung der westlichen Einflußmöglichkeiten im Mittleren Osten spielt die Türkei geostrategisch eine unverzichtbare Rolle, denn die Interessenwahrnehmung der westlichen Staaten im Mittleren Osten und Persischen Golf hängt aufs engste mit der politischen Haltung und wirtschaftlichen und militärischen Stärke der Türkei zusammen.

„Die für das Verhältnis zur Türkei relevante Frage der europäisch-atlantischen Sicherheit hängt aufs engste zusammen mit der naturgegebenen Stellung der Türkei als Land der Trennung und des Übergangs zwischen Europa und dem Orient sowie zwischen dem Schwarzmeer-Raum und dem Mittelmeer-Raum. Sie ist aber auch Bindeglied zwischen dem Westen und Osten Europas, besonders in der 1992 von KSZE und NATO eröffneten Perspektive einer westlichen Ordnungspolitik in Ausstrahlung westlicher Sicherheit auf den gesamten bisher von Moskau beherrschten zentralasiatischen Raum der Türkvölker und deren islamischen Kultur.“<sup>271</sup>

Auf der anderen Seite lassen sich die globalen Interessen der USA und der europäischen Staaten mit den nationalen bzw. regionalen Interessen der Türkei hinsichtlich des Mittleren Ostens schwer in Einklang bringen, da es sich bei den Großmächten um globale und bei der Türkei um nationale und regionale Interessen handelt.<sup>272</sup> Die Türkei braucht eine Friedens- und Sicherheitszone in der Region, damit sie ihre Beziehungen mit den Staaten der Regionen entwickeln kann. Aber die Stabilität und der Frieden in diesen Regionen würde die Bedeutung der Türkei für den Westen relativieren. D. h. ein stabiler, friedlicher Naher Osten würde zwar die Entwicklung der Zusammenarbeit mit diesen Staaten verstärken und sich positiv auf ihre Sicherheitslage auswirken, gleichzeitig würde sich in einer in Frieden und Stabilität befindenden Region die strategische Bedeutung der Türkei für den Westen reduzieren, wenn die Türkei bei der Schaffung des Friedens und der Stabilität in der Region ihre Funktion nicht in entsprechendem Maße erfüllen würde. Die politischen Entwicklungen deuten jedoch darauf hin, daß die Türkei im großen Raum vom Balkan bis Zentralasien als Stabilitäts- und Machtfaktor für die strategischen Interessen der westlichen Welt unverzichtbar ist. Über die strategische Bedeutung der Türkei bemerkt Z. Brzezinski u. a. folgendes:

„Die westlichen Staaten, vor allem die USA, könnten ohne Einbeziehung der Türkei kein Konzept im Transkaukasus und in Zentralasien in die Wege leiten. Wenn die Türkei aus der europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen würde, würde der Islamisierungsprozeß in der Innenpolitik Aufschub nehmen. Diese Möglichkeit würde die Verwahrung der Unterstützung des Westens bei der Integrationsbestrebungen der Türkei mit Zentralasien zur Folge haben. Die USA sollte für die Aufnahme der Türkei in die EU Druck auf die europäischen Staaten ausüben. Wenn die europäischen Staaten die Türkei als einen europäischen Staat betrachten, werden auch die Islamisierungstendenzen in der türkischen Innenpolitik nachlassen. Ein religiös starker, aber westlich-freundlicher Iran würde mit den Interessen des USA im Einklang stehen.

<sup>271</sup> Lothar Rühl, a.a.O., 1992, S.296

<sup>272</sup> Vgl. Muzaffer Özsoy, „Mobile Rapid Force und die Sicherheit der Türkei“ In: Außenpolitik (Ankara), Januar/ 1984, S. 30

Deswegen sollten die USA auf ihre Politik verzichten, die gegen die wirtschaftlichen Zusammenarbeit vom Iran und der Türkei gerichtet ist.“<sup>273</sup>

In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung der Türkei für den Westen, ob sie als EU-Mitglied oder außerhalb der EU, aber als Partner des Westens, davon abhängen, was für eine Gestalt und Funktion Europa in Zukunft einnehmen will und welche strukturellen Veränderungen vorgenommen werden. Ferner wird die geostrategische Bedeutung der Türkei und damit verbunden die EU-Mitgliedschaft deutlicher werden, nachdem die politischen Grundlinien Europas hinblicklich Osteuropa und auch Rußland klarer geworden sind. Aber festzuhalten ist, daß „eine Türkei, die selbst Teil der Problemlagen ihres Umfeldes würde, erheblich Risiken für die Sicherheit Europas (brächte)“<sup>274</sup>. Die politischen und sicherheitspolitischen Zukunftsaussichten der Türkei hängen mit den innenpolitischen Entwicklungen, d.h. mit dem Demokratisierungsprozeß wie auch mit den künftigen Beziehungen der Türkei zur EU, zusammen. Es ist nicht auszuschließen, daß die politische Tendenz in der Türkei an Bedeutung gewinnt, die die Zukunftsgestaltung nicht als „Warten auf der Bank“ vor dem Tor Europas ansehen.

Die Schwächung der Beziehungen zwischen der Türkei und Europa lockert die Bindungen der Türkei an Europa und trägt dazu bei, daß türkisch-amerikanische Sonderverhältnis wieder in den Vordergrund treten zu lassen. In der Zeit der türkischen Militärregierung waren die Beziehungen mit Europa auf Eis gelegt. Aber durch das Verteidigungsabkommen zwischen der Türkei und den USA vom 29. März 1980 erreichten die Beziehungen beider Staaten eine neue Phase. Die proamerikanische Haltung Özals und die Wiederholung und Erweiterung des Abkommens über strategische Zusammenarbeit, die Weigerung Europas, die Beziehungen mit der Türkei zu normalisieren, und die heftige Kritik wegen der Menschenrechtsverletzungen führten zur Abkühlung der Beziehungen zwischen der Türkei und Europa. Die Rolle und der geopolitische und geostrategische Stellenwert der Türkei in der Region sorgte auch für Meinungsverschiedenheiten zwischen der USA und Europa. In einem Interview enthüllte der französische Botschafter in der Türkei, Erich Rouleau, den Grund der Konkurrenz, als er bezüglich des Abkommens zwischen der Türkei und USA über „türkisch-amerikanische strategische Zusammenarbeit“<sup>275</sup> folgende Bedenken zum Ausdruck bringt:

„Was kann dies bedeuten? Was wird die Türkei dabei gewinnen, daß sie ihre Sicherheit und ihre Außenpolitik nur von einem Land abhängig macht?“ Rouleau riet der Türkei, ihre Beziehungen zu Europa aufzubauen. Als Gegenleistung (als ein in den Westen eingegliedertes Land) könnte die Türkei in der ganzen Region um die Türkei herum ihre Beziehungen ausbauen. Er sagte: „70 % des Wirtschaftshandels der Türkei ist mit Europa. Was kann ihnen die USA darüber hinaus mehr anbieten als das, was sie ihnen bis jetzt gegeben haben? Sie können als ein Mitglied der europäischen Familie zehn mal mehr gewinnen als Europa. Es wird nicht mal schwer sein, ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten bis in die UdSSR, nach Süden, nach Osteuropa und zum Schwarzmeer auszudehnen. Es wird die anderen NATO-Mitglieder in Stich lassen, solche Möglichkeiten einfach fallen zu lassen und nur mit einem Land eine

---

<sup>273</sup> Yeni Şafak, 5.10.1997

<sup>274</sup> Udo Steinbach, „Ordnungsmacht oder Krisenfaktor? Die Türkei zwischen Orient und Okzident“. In: „Friedensgutachten 1996“, S. 204

<sup>275</sup> Die türkisch-amerikanische strategische Zusammenarbeit wurde im Jahr 1980 beschlossen und beinhaltet im Rahmen der Verteidigungszusammenarbeit die Modernisierung der türkischen Armee und den Aufbau der Handelsbeziehungen.

Schicksalsgemeinschaft einzugehen. Der Kalte Krieg ist vorbei. Die NATO verliert an Stärke. Die Türkei muß in die westliche Union eintreten. Die Türkei kann den größten Teil der für die Modernisierung ihrer Armee benötigten Geräte vom Westen bekommen. Was nützt ihnen, daß ihre Armee nur von einem Land abhängig ist? Sind sie nicht frei, um ihre Partner frei zu wählen? Diese strategische Zusammenarbeit macht sie von einer Quelle abhängig. Deswegen kann ich nicht verstehen, welche Vorteile und Interessen die Türkei davon hat und hoffe, daß die Türkei mit demokratischen Staaten Europas ihre Beziehungen aufbaut.“<sup>276</sup>

Die USA ist sich darüber im klaren, daß der Wirkungsraum der Türkei um sie herum (Balkan, Schwarzmeer, Kaukasus, Mittelasien und Naher Osten) als ein Stabilitäts- und Gleichgewichtsfaktor fungieren kann. Sie hebt daher die Bedeutung der Türkei in der Region hervor. Denn die USA sind sich dessen bewußt, daß ein „Euroasiatisches Haus“ ohne die Beteiligung der Türkei eine unvollständige und instabile Struktur aufweisen würde. Während die USA es vorzöge eine „stabile und demokratische“ Türkei in der Region zu sehen, sei für Europa eine „demokratische und stabile“ Türkei von Bedeutung.<sup>277</sup> In diesem Zusammenhang wird Europa von den USA der Vorwurf gemacht, im Hinblick auf die Entscheidung über die Türkei würde die eurozentristische Perzeption den globalen Blickwinkel versperren.<sup>278</sup>

H. Kissinger bemerkt in seinem Werk „Diplomacy“, daß der US-Präsident Nixon eine bemerkenswerte Gabe habe, geopolitische Zusammenhänge zu begreifen. Er wäre in der Außenpolitik ein „hervorragender Analytiker mit ungewöhnlicher geopolitischer Intuition (...)“.<sup>279</sup> Wir stellen auch bei Özal fest, daß er die geopolitische Lage und die geopolitische Bedeutung der Türkei im Mittelpunkt seiner innen- und außenpolitischen Überlegungen stärker in Betracht bezogen hat. Özals Perzeption über die geopolitische Bedeutung der Türkei und die sich daraus ergebenden innenpolitischen und sicherheitspolitischen Konfliktkonstellationen prägten seine innen- und außenpolitischen Zielvorstellungen. In den achtziger Jahren konzentrierte die türkische Außenpolitik ihre geographische Stellung darauf, im wirtschaftlichen und politischen Bereich ihre Brückenfunktion zwischen dem Orient und Okzident wahrzunehmen. Dazu bemerkte Özal:

„Unser Land hat eine strategische vermittelnde Bedeutung zwischen den westlichen Staaten und den ölreichen islamischen Staaten. Die geographische Lage, in der wir uns befinden, hat Vorteile und auch Schwierigkeiten. Wie die Brücken, die voneinander getrennte Ufer zusammenführen, müssen wir die unterschiedlichen Kulturen verbinden, ohne mit uns selbst in Widerspruch zu geraten. Das heißt wir müssen die Wissenschaft und Technologie des Westens mit Glauben und Werten des Orients zu einer Synthese zusammenschmelzen lassen und dies für die Menschheit zur Verfügung zu stellen.“<sup>280</sup>

Entsprechend wurde in der Außenpolitik der Türkei ihre geopolitische Sonderstellung im Vordergrund gestellt, die man besonders im politischen und wirtschaftlichen Bereich als Betonung der Rolle der „Brückenfunktion“ zwischen den islamischen Ländern und

<sup>276</sup> Erich Rouleau, (Interview), Milliyet, 29.3.1991

<sup>277</sup> Hüseyin Bağcı, „Türkische Außenpolitik nach dem Luxemburger EU-Gipfel vom Dezember 1997: Europäisch ohne Europa?“. In: Erich Reiter (Hrsg.), „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“,

Mittler, Berlin, Bonn, 1999, S. 581

<sup>278</sup> Vgl. H. Bağcı, a.a.O. 1997, 581 u. ff.

<sup>279</sup> Vgl. H. Kissinger, a.a.O., 1994, S. 777

<sup>280</sup> Başbakan Turgut Özal'ın 1986 Bütçesi Üzerine Konuşması (Die Rede des Ministerpräsidenten Özal über

den Haushaltsplan vom 1986), 9.12.1986, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1987, S. 18

Europa bezeichnen kann. Eines der Hauptmerkmale einer Brücke ist, daß sie auf beiden Ufern mit gleicher Stärke verankert sein muß, um ihre Funktion wahrzunehmen, also ein Stück bzw. Bestandteil von beiden Seite sein muß. Daß die Türkei geostrategisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich eine Brückenfunktion ausübt, setzt voraus, daß sie die Fähigkeit besitzt, geostrategisch, geokulturell, geökonomisch und geopolitisch gute Beziehungen zu beiden Ufern (West und Ost) zu entwickeln. Die zunehmenden Regionalisierung in der türkischen Außenpolitik der achtziger Jahre lag diese Perzeption von Özal zugrunde. Die geopolitische und geokulturelle Sonderstellung der Türkei spielte einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die außen- und sicherheitspolitischen Komponenten der Türkei in achtziger Jahren. Sowohl hinsichtlich der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen als auch außen- und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Türkei beobachten wir unter der Regierung von Özal die Tendenz, daß die geopolitischen, geokulturellen und geostrategischen Dimensionen der Türkei im politischen Handeln von Özal stärker mit berücksichtigt werden.

Auf der anderen Seite können die Staaten und Völker – besonders außerhalb des Raumes der Industriestaaten – nicht auf Ewigkeit im Zustand der gegenseitigen Bedrohung leben, weil in erster Linie die Wirtschaft und die Gesellschafts- und Staatsordnungen der Staaten darunter leiden. Der Dauerzustand der gegenseitigen Bedrohung würde soziale Strukturen innerhalb der Gesellschaften sprengen, die dann das Regime selbst überrumpeln würden.

Eine andere Frage, die zu beantworten wäre, ist, ob die Türkei deshalb an strategischer Bedeutung gewinnt, weil sie für die westliche Interessen so wichtig ist? Nicht zuletzt hängt der geostrategische Bedeutung der Türkei auch davon ab, ob die Sowjetunion zusammengebrochen ist und andere Machtverhältnisse entstehen. Wenn die Machtverhältnisse sich von Osten nach Westen verschoben haben, von Süden nach Norden oder umgekehrt, steht die Türkei geographisch an der Schnittstelle und im Mittelpunkt der weltpolitischen Ereignisse. Das ist das, was die Türkei für die Interessen des Westens unverzichtbar macht. Der Standard der Demokratie in der Türkei ist in dieser Hinsicht sowohl für Europa als auch für die USA nicht von großer Bedeutung. Man gewinnt den Eindruck, daß die westlichen Staaten es insgeheim nicht wünschen, daß die Türkei einen demokratischen Standard erreicht, auf dem eine angemessene wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden hat und gesellschaftlicher Frieden und Sicherheit gewährleistet werden. In einem Land, das eine pluralistisch -demokratische Ordnung zur Maxime seines Handels macht, dürfte es schwierig sein, trotz des Widerstands breiter Teile der Bevölkerung eine Außenpolitik zu betreiben, die den Erwartungen und Zielvorstellungen der Gesellschaft nicht entspricht.<sup>281</sup>

Wie in diesem Kapitel untersucht wurde, lassen die heutigen nationalen und internationalen innen-und außenpolitischen Verflechtungen es nicht zu, daß jeder Staat in der Lage ist, allein für seine Sicherheit verantwortlich zu sein. Die Bewahrung der eigenen Sicherheit impliziert automatisch auch die Sicherheit der Nachbarn. In dem Maße, wie regionale Staaten ihre wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und territorialen Konflikte durch die geschaffenen Streitbeilegungsmechanismen

---

<sup>281</sup> Nach einer Umfrage der Zeitung „Turkish Daily News“ im Jahr 1992 unter 293 der insgesamt 450 Abgeordneten des türkischen Parlaments waren 69,96 Prozent gegen die Stationierung bzw. Verlängerung der Stationierung der Alliierten Truppen „Poised Hammer“ im Südosten der Türkei. 59,72 Prozent der Abgeordneten wollten, daß die Türkei wieder Beziehungen zum Irak aufnimmt. Trotzdem wurde die Verlängerung der Stationierung der Poised Hammer vom Parlament gebilligt. Milliyet, 21.10.1992

(Krisenmanagement) gemeinsam lösen können, werden sie es schaffen, nicht in die internationalen Interessenkonflikte einbezogen zu werden. Die Europäische Union ist ein gutes Beispiel dafür. Dazu gehört gegenseitiges Vertrauen, aber auch die Erkenntnis, daß militärische Gewalt die Konflikte eher verschärft und Feindschaften schürt und vertieft als zu ihrer Lösung beizutragen. Im heutigen Zeitalter können die Konflikte nur durch gemeinsames, partnerschaftliches Handeln auf friedlichem Wege ohne Gewaltanwendung gelöst werden. Vor allem müssen die Staaten ordnungspolitisch die Form eines demokratischen Staates einnehmen, in dem innergesellschaftliche Konflikte gelöst, Menschenrechte beachtet und eine gesellschaftliche Stabilität erreicht worden ist, so daß innergesellschaftliche Probleme nicht für außenpolitische Ziele instrumentalisiert werden. In der heutigen modernen Welt ist es nicht mehr - wie während der großen Völkerwanderungen in der Geschichte - möglich, ein Land zu verlassen, oder einfach zu besetzen und dessen Bevölkerung zu vertreiben. Daher müssen Mittel und Wege des gemeinsamen Lebens und der Koexistenz gefunden werden.

## 2. Die Türkei: Ein Land zwischen Staatsideologie und kultureller Identität

Die Ansätze der modernen Türkei gehen bis zu den Anfängen des 19. Jahrhunderts zurück. Über die wichtigsten Merkmale der türkischen Ideologie wurde schon von Intellektuellen und Führungseliten des Osmanischen Reiches diskutiert. Die Führungselite der neuen Türkei, Atatürk und seine politischen Weggefährten waren in Bildungseinrichtungen des Osmanischen Staates im 19. Jahrhundert ausgebildet worden, deren Grundlagen auf der europäischen Weltanschauung fußen. Sie wurden von dieser neuen westlichen Weltanschauung, sprich: dem Positivismus, sehr stark beeinflusst.

Die Gründung der neuen Türkischen Republik stellte eine grundlegende Zäsur im gesellschaftspolitischen Leben dar. Nach dem Niedergang des Osmanischen Reiches war die Zeit gekommen, Abschied vom multinationalen Vielvölkerstaat zu nehmen und einen modernen Nationalstaat zu schaffen. Dieser Nationalstaat sollte auf der Ideologie des türkischen Nationalismus<sup>1</sup> basieren. Der neue Staat sollte seine Legitimation aus dem türkischen Nationalismus<sup>2</sup> ableiten, der die Realisation westlicher Kultur und Zivilisation als einziges erstrebenswertes Ziel betrachtete. Aber diese Nation mußte zuerst geschaffen werden. Ferner sollte diese Ideologie unter die Bevölkerung gebracht werden, so daß sie von der Mehrheit der Masse akzeptiert und anerkannt würde. Daher war es für die neuen Staatseliten dringend erforderlich, „dem Türke(n)“<sup>3</sup> eine neue Identität zu geben und ihn im Rahmen eines neuen Geschichtsbewußtseins vom Kopf bis Fuß im wahrsten Sinne des Wortes neu zu formen.

In der offiziellen Geschichtstheorie der Türkei wurde der seit mehr als tausend Jahren von der türkischen Bevölkerung verinnerlichte traditionellen und islamischen Vergangenheit, aus der die Identität der türkischen Gesellschaft abgeleitet wurde, kein Platz gegeben. Der Islam und damit verbundene traditionelle Werte sollten beim Aufbau der neuen Türkei künftig überhaupt keine Rolle spielen. Darüber hinaus wurde behauptet, daß die

---

<sup>1</sup> Şerif Mardin unterscheidet zwischen zwei Nationalismusverständnissen: Das erste bezeichnet er als „moderne(n) Nationalismus“. Diese Art des Nationalismus zielte darauf ab, die türkische Gesellschaft auf den Stand der modernen Zivilisation zu bringen. Der Wortführer dieses Nationalismus war Atatürk. Diese Strömung versuchte einerseits, die notwendige Infrastruktur für wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen und gleichzeitig eine eigene türkische Denkweise aufzubauen und zu bewahren. Von Religion hielt diese Idee nichts. Selbst wenn diese Idee von Moral sprach, betrachtete sie diese außerhalb der Religion. Mardin bezeichnet die zweite Strömung des Nationalismus als „traditionellen Nationalismus“. Traditioneller Nationalismus war eine im 19. Jahrhundert geformte Idee, die das Bewußtsein hatte, daß der Nationalismus kulturelle und gesellschaftliche Unterschiede aufweisen würde. Ş. Mardin, „Siyasal ve Sosyal Bilimler“ (Politische und soziale Wissenschaft). İletişim Yay., 3. Baskı, Istanbul, 1994, S. 11

<sup>2</sup> Während des Befreiungskrieges konnte man von einer „türkischen Nation“ nicht sprechen. Dies erklärt einer der wichtigsten Autoren, der den Befreiungskrieg und die Gründung der Republik Türkei als Journalist und als engster Mitstreiter Atatürks miterlebt hat, Yakub Kadri Karaosmanoğlu in seinem Roman „Yaban - Der Fremde“ wie folgt: „Wenn es uns gelingt zu siegen, sind die Dinge, die wir befreien, die öde Erde und die hohen Gebirge. Wo ist die Nation? Die Nation ist noch nicht da. Diese Nation soll mit diesen Männern...Frauen von neuem geschaffen werden.“ Daher betrachtet auch D. Avcıoğlu, einer der „Linkskemalisten“, Atatürk als den Mann, der die türkische Nation geschaffen hat. D. Avcıoğlu, „Türkiye'nin Düzeni“ (Die Ordnung der Türkei). Tekin Yay., Cilt. I., Istanbul, 1982, S.337-338

<sup>3</sup> Nach H. Özdemir haben die Verfassungsgeber von 1924 beim Übergang zum modernen Nationalstaat ohne Zweifel zu hegen den Begriff „Türke“ so definiert, daß alle Bürger des Staates ohne Rassen- und Religionsunterschied als Türke bezeichnet worden. H. Özdemir, „Anayasal Türklük I“ (Verfassungsmäßiges Türkentum). Pazar Postası, 23.04.1994. Nach Özdemir wurde in der Verfassung von 1961 die Definition des verfassungsmäßigen Türkentums von 1924 geändert. Die neue Definition lautete: „Jeder, der sich dem türkischen Staat als Bürger verbunden fühlt, ist als Türke zu bezeichnen.“ Damit wurden ethnische Identitäten, wie z. B. die kurdische, abgegrenzt und gleichzeitig die Möglichkeit zur rassistischen Auslegung des Türkentums gegeben. H. Özdemir, „Anayasal Türklük II (Verfassungsmäßiges Türkentum). Pazar Postası, 30.04.1994

historischen Erfahrungen und Kenntnisse der islamischen Tradition für die neue Republik keine Bedeutung hätten.<sup>4</sup> Atatürk unterstrich, daß der von ihm gegründete Staat keine Gemeinsamkeiten mit dem Osmanischen Staat habe und daß er ein Ausdruck für die strikte Loslösung von einer „verfaulten“ Vergangenheit sei.<sup>5</sup>

In der neuen türkischen Geschichtstheorie wurde der historisch-kulturelle Hintergrund, d.h. die Phasen der des seltschukischen und Osmanischen Staates, deshalb ausgeklammert. Dabei wurde die These vertreten, daß das Osmanische Reich als eine mittelalterliche „Umma- Herrschaft“ überwunden bzw. überholt sei. Darüber hinaus wollte man festgestellt haben, daß die Religion, der Islam, die Eigenschaften der neuen türkischen Gesellschaft nicht definierte bzw. abdeckte. Diesem Gedanken lag die Annahme zugrunde, daß Religiosität, nicht die Eigenschaft der Nationen sei, die die moderne Zivilisation erreicht hätten.<sup>6</sup> Der Zivilisationsbegriff läßt keinen bestimmenden Geschichtsprozeß verschiedener Kulturen, wie der islamisch-orientalischen oder christlich-westlichen in den Vordergrund treten, sondern er ist ein Ausdruck der Dominanz der westlichen Kulturgeschichte, aus der der Modernismus hervorgegangen ist.<sup>7</sup>

Nach Atatürk war es nicht ganz richtig, allein der westlichen Zivilisation imperialistische Bestrebungen anzulasten. Die Länder, die zur Zielscheibe des Imperialismus geworden waren, waren eben Länder, die sich immer noch in asiatischen Traditionen befanden und vom Bewußtsein jenes Nationalismus keine Ahnung hatten. Diese Länder waren sozusagen verurteilt, unabhängig von ihrem Regime, zur Zielscheibe des Kolonialismus zu werden. Solange diese Länder nicht die notwendigen Reformen zur gesellschaftlichen Veränderung verwirklicht hatten, konnten sie nicht das Recht haben, in der modernen Welt gleich behandelt zu werden. Nach Ansicht von Berkes war für Atatürk der Antiimperialismuskrieg gleichzeitig ein Modernisierungskrieg. Der Befreiungskrieg Atatürks richtete sich in erster Linie gegen den Osmanischen Staat mit seinen traditionellen Werten und Institutionen.<sup>8</sup>

Der Befreiungskrieg fand in allen Schichten der Bevölkerung Unterstützung und wurde erfolgreich durchgeführt. Hinter dieser breiten Unterstützung steckte die Motivation, daß das Volk seinem Khalifat und Sultanat gegenüber sehr loyal war und vor diesen Einrichtungen großen Respekt hatte und sie achtete. Außerdem spielte der Wille der türkischen Volkes, die Hauptstadt Istanbul und den Sultan aus der englischen „Gefangenschaft“ zu befreien, eine entscheidende Rolle. Der Befreiungskrieg wurde nicht allein von Offizieren getragen, sondern wie Arnold J. Toynbee es ausdrückt: „Die türkische Heimat von der Besetzung durch fremde Mächte zu befreien, war ein Krieg auf Leben und Tod des gesamten Volkes.“<sup>9</sup> Aber nach dem Krieg wurden das Sultanat und

<sup>4</sup> Vgl. K. Tuna, „Modern Türkiye'nin Kuruluş Tarihi“ (Die Entstehungsgeschichte der modernen Türkei). In: „Tarih ve Sosyoloji Semineri“. 28/29 Mart 1990, (Seminar der Geschichte und Soziologie). İstanbul Üniversitesi, Fen Edebiyat Fakültesi, İstanbul, 1991, S. 63

<sup>5</sup> Vgl. Feroz Ahmad, „Modern Türkiye'nin Oluşumu“ (Die Geburt der modernen Türkei). Sarmal Yayınları, 1. Bas. İstanbul, 1995, S. 10

<sup>6</sup> Vgl. K. Tuna, a.a.O., 1991 S. 62

<sup>7</sup> Vgl. Nilüfer Göle, „Modernleşme Sürecinde İslami Kimlik Arayışı (Die Suche nach einer islamischen Identität im Zuge des Modernismus). In: S. Bozdoğan/R. Kasaba (Hrsg.). „Türkiye’de Modernleşme ve Milli, Kimlik“ (Der Modernismus und die nationale Identität in der Türkei). Tarih Vakfı, Yurt Yayınları, İstanbul, 1998 S. 74

<sup>8</sup> Vgl. Niyazi Berkes, „Türkiye’de Çağdaşlaşma“ (Die Modernisierung in der Türkei). Doğu-Batı Yay., İstanbul, 1978, S. 484. Nach Ansicht von F. Ahmad haben die Nationalisten sowohl gegen Griechen als auch gegen Sultan den Sieg errungen. F. Ahmad, a.a.O., 1995, S. 79

<sup>9</sup> Zit. n: H.Özdemir, „Türkiye Cumhuriyeti“ (Die türkische Republik). İz Yayınları, İstanbul, 1995, S.78

Khalifat nacheinander abgeschafft. Die Stimmen blieben dabei ungehört, die sich gegen die Abschaffung des Khalifats und Sultanats erhoben hatten.<sup>10</sup>

Durch einen „chirurgischen Eingriff“ dachte man, die seit tausend Jahren andauernde kulturelle Lebensweise der Türken einfach ändern zu können. So scheint es, daß die Idee seit der Gründung der Republik trotz alle Bestrebungen und Maßnahmen, die darauf abzielten, diese neue Identität unter der Bevölkerung zu verbreiten, ihr Ziel verfehlt hat. Die Annahme, eine neue Identität beinhalte gleichzeitig eine absolute Trennung von alten traditionellen Lebensweisen mit allen dazugehörigen Gewohnheiten und Institutionen, hat sich nicht bestätigen lassen. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen haben gezeigt, daß die Pläne und Vorstellungen der Gründer der Republik Türkei nicht in dem Maße verwirklicht wurden und zumindest nicht in allen Bereichen realisiert worden sind. Das Volk besinnt sich wieder langsam aber sicher auf seine alten traditionellen und kulturellen Werte. Dabei entstehen in der Türkei zwei nebeneinander existierende Identitäten und Lebensweisen – eine laizistisch-westliche und eine islamische - die sich mehr voneinander unterscheiden als daß sie sich gegenseitig ergänzen und zu einem von beiden Seiten akzeptablen Konsens gelangen könnten.

Dieser Riß läßt sich im allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens beobachten. Die ideologische Frontstellung in der türkischen Gesellschaft und Politik führt meistens entweder zur ausschließlichen Verteidigung der bestehenden Ordnung bzw. Ideologie oder zur deren Ablehnung. Es wird immer nach völligen Akzeptierungs - bzw. Ablehnungskategorien gehandelt. Die Mehrheit der türkischen Intellektuellen erweckt den Eindruck, daß sie statt „Beschreiben und Analysieren“ sich von der ideologischen Identität leiten lassen. Dementsprechend werden bestimmte Begriffe oder Meinungen abgelehnt oder heftig verteidigt, so daß es schwierig wird, die gesellschaftlich-politischen Phänomene nach objektiven Maßstäben zu beurteilen. Denn die abgelehnten Meinungen werden erniedrigt; die Verteidigten werden dagegen als absolut richtige dargestellt und verherrlicht<sup>11</sup>. Die Gesellschaft muß zwischen ihrer aus der traditionellen oder religiösen Kultur entstandenen Lebensweise und der von Staatsideologie verordneten modernen Identität pendeln. Die Folge davon ist eine Identitätskrise, die einen gesunden Verwestlichungsprozeß des Staates verhindert, weil er der Bevölkerung gegenüber unter Legitimationsdruck leidet und weil die Bevölkerung mit ihren traditionellen Lebensweisen bei den herrschenden Eliten keine Anerkennung findet.

## 2.1. Atatürk und seine Ziele

Das Ziel Atatürks war es, die Türkei auf den Stand der zeitgenössischen „Çağdaş“<sup>12</sup>, d. h. der zivilisierten Welt zu bringen. Seine gesellschaftspolitische Bestrebung zielte darauf,

<sup>10</sup> H. Özdemir, a.a.O., 1995, S. 30-31

<sup>11</sup> Durmuş Hocaoglu, „Laiklikten Milli Sekularizme- Laiklik Sorununun Felsefi Çözümlemesi“ (Vom Laizismus zum Säkularismus- Eine philosophische Analyse des Laizismusproblems). Selçuk Yayınları, Ankara, 1995, S.10

<sup>12</sup> Das Wort „Çağdaş“ hat etwa die gleiche Bedeutung wie das englische Wort „contemporary“. Das Problem in der türkischen Sprache ist, daß der Begriff Modernismus anstelle des Begriffs „contemporary“ verwendet wird. Der türkische Begriff „Çağdaş“ wird mit den Begriffen „Zeitgenössisch“, „Modernismus“ bzw. „Säkularismus“ im Sinne Weltlich zu sein, gleichgesetzt. Im Westen gibt es dagegen keinen Begriff, der das in der türkischen Sprache gebrauchte Wort, „Çağdaşlaşma“ (sinngemäß etwa „zeitgenössisch“ oder „contemporary“ abdecken konnte. Das kommt daher, daß in der westlichen Kultur eine Metaphormose, etwa ein von sich selbst entfremdender sozialpolitischer Wandel, nicht stattgefunden hat. In der westlichen Kultur gibt es keine Bestrebung, sich mit einer fremden Kultur identifizieren zu wollen. Dieses Problem existiert außerhalb der westlichen Welt und stellt eine Besonderheit der dem

die türkische Gesellschaft kulturell, sozial und politisch auf den Standard der westlichen Zivilisation zu erhöhen. Gemäß seiner Grundsätze haben alle politischen Parteien bzw. Politiker, welche die Regierung übernahmen, versucht, die Gesellschaft, in die von Atatürk als Ziel gezeigte westliche Bahn zu lenken<sup>13</sup>. Der Verwestlichungsgedanke Atatürks bestand darin, eine moderne Türkei zu schaffen, die ein Bestandteil der westlichen Zivilisation werden sollte. Daher mußte die Türkei den Standard der westlichen Zivilisation auf dem kurzen Weg erreichen, den der Westen in einem längeren geschichtlichen Prozeß erreicht hat. Die antiimperialistische Einstellung Atatürks war gerade das Ergebnis seiner positiven Haltung zum Westen. Nach E. Kongar entwickelte Atatürk eine Ideologie für den Verwestlichungsprozeß, die den sozialpolitischen Voraussetzungen der Türkei entsprach. Dies war der Unterschied zu den Verwestlichungsbestrebungen der Osmanischen Staatsmänner und der Bürokraten.<sup>14</sup>

Atatürk vertrat die Ansicht, daß die Grundlagen der Republik sich nicht auf den Ruhm und Glanz der Osmanischen Geschichte stützen konnte. Das Bewußtsein und die Identität der Republik sollten von anderen Quellen emporsteigen, welche die Republik ihren Generationen weitergeben kann. Aber es fehlte der republikanischen Ideologie der geschichtliche Hintergrund. Die türkische offizielle Geschichtstheorie, die in der Zeit von Atatürk konzipiert wurde, sollte der Türkei eine neue Identität geben. Die neue Republik versuchte in ihrer neuen Geschichtstheorie an die anatolische Zivilisation der vorislamischen Phase anzuknüpfen, die zur geschichtlichen Legitimierung ihres Daseins dienen sollte.<sup>15</sup>

Das Weiterbestehen der traditionellen und religiösen alten Strukturen und Institutionen bedeutete für Atatürk die Fortsetzung des Status Quo, d.h. die Beibehaltung der Institutionen Sultanat und Khalifat des Osmanischen Staates. Er hat Reformen eingeführt, um die Gesellschaft aus den alten Institutionen und Strukturen zu befreien, damit sie sich als eine moderne Nation die westliche Zivilisation aneignen kann.<sup>16</sup> Dazu war es notwendig, in erster Linie eine moderne Nation zu schaffen, die ihre Wirtschaft

---

Modernisierungszwang ausgesetzten Nationen dar. Der Begriff „Çağdaşlaşma“ beinhaltet die Bedeutung, sich radikal von eigenen historischen traditionellen Werten und Strukturen zu trennen und zu versuchen, genauso zu sein wie der Westen. In der Türkei wird diesem Begriff eine Retterfunktion zugesprochen und auf ihn wird somit etwas Heiliges übertragen. Dazu: D. Hocaoglu, a.a.O., 1995, S. 28. Der Buchtitel vom Niyazi Berkes lautet „Türkiye’de Çağdaşlaşma“. Diesen Titel würde man ins Deutsche mit „Der Modernismus in der Türkei“ übersetzen. Der Autor sagt aber, daß er den Begriff „Çağdaşlaşma“ bewußt anstelle des Begriffs „Säkularismus“ (im Sinne weltlich zu sein) verwendet habe. Danach müßte der Titel seines Buches im Deutschen „Die Säkularisierung in der Türkei“ heißen. Aber die Türkei ist kein Säkular im Sinne der angelsächsischen Tradition der nordeuropäischen Staaten, sondern ein laizistischer Staat wie Frankreich.

<sup>13</sup> İ. Cem, „Türkiye,de Geri Kalmışlığın Tarihi“ (Die Geschichte der Rückständigkeit der Türkei). Cem Yayınları, İstanbul, 1982, S. 301

<sup>14</sup> Vgl. E. Kongar, a.a.O., 1995, S. 361

<sup>15</sup> Vgl. Ş. Mardin, „Türkiye’de Toplum ve Siyaset“ (Die Gesellschaft und die Politik in der Türkei). İletişim Yayınları 4. Baskı, İstanbul, 1993, S. 238

<sup>16</sup> B. Moore, (1966) vertritt die Ansicht, daß man die Bestandteile der Modernisierungsgedanken nicht nach Belieben auswählen könne, wie man ein Essen zusammenstellen würde. Entweder sollten alle Variationen der Modernisierung akzeptiert werden oder gar nichts. So gesehen, unterstützt er das Modernisierungsprojekt der türkischen Führung. Wichtig erscheint in seiner These die Ansicht, daß, wenn ein Modernisierungsprojekt teilweise durchgeführt wird, die Gefahr bestehen würde, daß das ganze System auf eine faschistische Linie rutscht. Çağlar Keyder, „Doksanlı Yıllarda Türkiye’de Modernleşmenin Yönü“. (Die Richtung der Modernität in der Türkei in den neunziger Jahren). In: S. Bozdoğan/Reşat Kasaba (Hrsg.). „Modernite ve Milli Kimlik“ (Der Modernismus und die nationale Identität in der Türkei). Tarih Vakfı, Yurt Yay., İstanbul, 1998, S. 31

modernisiert und die politischen Leitmotive der westlichen Zivilisation wie Laizismus und Rationalität (Positivismus) zur ihren Grundlagen erklärt.

Nach Atatürk bestand eine Verbindung zwischen dem Islam und dem „Stadtmileu“, die eine gemischte Form des Islams und der Volkskultur darstellte. Nach seiner Meinung hatten sie eine entwicklungshemmende Wirkung auf die türkische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die ihre Legitimation aus der Wissenschaft bezog wie die westliche Gesellschaft, war nach Atatürk freier und entsprechend schöpferisch. Die Wissenschaft war eine Anschauung von Regeln, die in der Lage war, die schöpferische Kraft des Individuums von erstickenden Werten und Normen der Volkskultur zu befreien. „Er konstruierte in dieser Richtung zwei politische Linien: Zum einen sollten laizistische Gesetze eingeführt werden, damit die Kontrolle der Religion beseitigt wird, zum zweiten sollte ein Verwestlichungsprogramm durchgeführt werden, um die Republik zu schaffen.“<sup>17</sup>

Die negative Einstellung Atatürks gegenüber islamisch- mythischen Orden hing damit zusammen, daß er gegen den erstickenden Charakter der Gemeinschaft der Orden war. Er wollte sich mit dem Laizismus dem Einfluß der „sittenlosen und ungebildeten“ lokalen Führer, welche die Massen ausbeuteten, und dem Einfluß und der Herrschaft der lokalen Notabeln entziehen. Er sagte: „Die Türken werden künftig nicht nach den Methoden der ausschweifenden Scheichs, sondern nach den Methoden der Wissenschaft regiert werden. Die Identität des Volkes wird nicht von Gelehrten (Ulema, Geistlichen) bestimmt werden, sondern nach der Vertrautheit des Volkes mit der westlichen Kultur.“<sup>18</sup>

Um seine Ziele verwirklichen zu können, hat Atatürk soziale und politische Reformen eingeführt, um eine neue Weltanschauung zu schaffen, die Anstelle der Religion eintreten sollte. In diesem Sinne wurde das lateinische Alphabet angenommen, damit der Übergang in die westliche Zivilisation erleichtert werden konnte. Ausgehend von diesem Gedanken wurde die Sendung von türkischer Musik im staatlichen Radio über längere Zeit von Atatürk verboten. Im Gegensatz dazu wurden Konservatorien für Operette, Ballett und klassische westliche Musik vom Staat gefördert.<sup>19</sup>

Gesellschaftspolitisch betrachtet, gab es in der Reformpolitik Atatürks Bestrebungen, gemäß der westlichen Geisteswelt eine kollektive türkische Identität zu bilden, in der die Religion keine Rolle im öffentlichen Leben übernehmen sollte. Der Grund für die Gedanken Atatürks lag darin, daß er eine Antipathie gegenüber sozialen Kontrollmechanismen in der osmanischen Gesellschaftsstruktur hatte, die aus der osmanischen Volkskultur herrühren.<sup>20</sup> Die Politik Atatürks, die positive Wissenschaft zum Grundsatz der Republik zu machen, hing damit zusammen, daß er die Wissenschaft als eine „moderne Religion“ oder „civil religion“ betrachtete. Er begriff sie als eine Ersatzreligion, die die Funktion der Religion „als gesellschaftliches Phänomen“ in der Gesellschaft übernimmt.<sup>21</sup> Atatürk besaß das Talent, in seinen Vorstellungen Utopie und Realismus im Gleichgewicht zu halten und dies auch realistisch in die Tat um zu setzen. Während der Gründungsphase der Türkei waren zwei Begriffe, nämlich „Nationalismus“

<sup>17</sup> Ş. Mardin, „Türkiye’de Din ve Siyaset“ (Religion und Politik in der Türkei). İletişim Yay. 3. Baskı, 1993, S. 75-76

<sup>18</sup> Zit. n.: Ebd., 1993, S.77

<sup>19</sup> Ebd., 1993, S. 77

<sup>20</sup> Vgl. Ş. Mardin, „Türkiye’de Din ve Siyaset“, 1993, S. 71

<sup>21</sup> Vgl. Ş. Mardin, „Türkiye’de Toplum ve Siyaset“ (Gesellschaft und Politik in der Türkei). İletişim Yay. 4. Baskı, 1994, S. 232

(Millet) und „westliche Zivilisation“ die wichtigsten Bestandteile des Konzepts Atatürks.<sup>22</sup> Der Nationalismus ist nach Mardin der Bereich geworden, in dem das vom Kemalismus angestrebte Ziel erreicht worden ist. Dagegen ist die Idee des Kemalismus im sozio-ethischen Bereich mißlungen, der den Geist und die Herzen der Menschen ansprechen sollte.<sup>23</sup> Die Grundelemente der kemalistischen Prinzipien lassen sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen:

1. Der erste Grundsatz bestand darin, eine nationale und laizistische Republik zu schaffen. In der politischen Auffassung des Osmanischen Staates, der seine Legitimation auf den islamischen Grundlagen gründete, gab es weder Laizismus noch Nationalismus im westlichen Sinne.<sup>24</sup> Die beiden Begriffe entstanden als Folgeerscheinungen der Industrialisierung im Westen. Bei Atatürk war der Nationalismus ideologisch begründet.
2. Das zweite Prinzip war Antiimperialismus. Atatürk mußte eine Grundhaltung entwickeln, die sowohl westlich als auch antiimperialistisch sein sollte.<sup>25</sup>
3. Dritter integraler Bestandteil war durch Populismus unterstützter Etatismus.

Nach Kongar basieren diese Grundsätze auf einem empfindlichen Gleichgewicht und einem Konsens, der behutsam bewahrt werden sollten. Die Störung dieses Gleichgewichts würde zum Scheitern der Ziele der kemalistischen Revolution führen.<sup>26</sup>

Das eigentliche Problem lag bei der Durchsetzung der Reformen darin, die tief verwurzelten kulturellen, religiösen und sozialen Werte der islamisch-osmanischen Gesellschaftstruktur aus dem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen. Während die neue Führung einerseits versuchte, die islamisch-traditionellen Werte aus dem öffentlichen Leben zu eliminieren, wurden gleichzeitig die heiligen Werte der islamischen Kultur für die Legitimierung des westlichen Konzepts instrumentalisiert. So wurden der Staat und die staatlichen Institutionen weiterhin von der Bevölkerung genauso als heilige Institutionen betrachtet wie zu Zeiten des Osmanischen Staates. Die religiöse Gehorsamkeit gegenüber Khalif als „Ulul-emr“<sup>27</sup> wurde einfach auf den nationalen Staat und somit auf den Staatspräsidenten übertragen. Einer der wichtigsten Begriffe mit religiösem Inhalt war zum Beispiel der Beiname „Gazi“<sup>28</sup>, der während der Gründungsphase des Osmanischen Reiches an politischer Bedeutung gewann und von Osman Bey, dem Gründer des Osmanischen Reiches, und seinen Nachfolgern getragen

<sup>22</sup> Vgl. Ş. Mardin, „Türkiye’de Din ve Siyaset“, 1993, S. 65

<sup>23</sup> Ebd., S. 142

<sup>24</sup> Der Begriff „Nation“ wurde im Osmanischen Reich (in der Bedeutung, die wir jetzt kennen) Anfang des 20. Jahrhunderts in der politischen Sprache eingeführt. Davor beinhaltete der Begriff Nation (Millet) einen religiösen Charakter. D. H. Jede religiöse Gruppe, also z. B. Moslime, Christen etc. galten als Angehörige einer Millet (Nation).

<sup>25</sup> Nach Soziologen Ali Bayramoğlu kann dieser Prozeß auf zwei Weisen kommentiert werden: 1. Die Türkei wollte, um den Gefahren aus dem Westen auszuweichen bzw. um diese zu blockieren, genauso sein wie der Westen. Bayramoğlu, vertritt die Ansicht, daß sogar die westlich gesinnten Eliten nicht zufrieden waren/sind mit bestimmten Verhaltensweisen des Westens. Man könne dies in den verschiedenen technologischen, militärischen und politischen Einrichtungen beobachten. 2. Das Problem des türkischen Modells besteht darin, den aus der Geschichte heraus weitergehenden „gesellschaftlichen“ (M.D.) Prozeß abzulehnen. Die Türkei lehnt sowohl das Fortbestehen der traditionell kulturellen Werte als auch die Erneuerung der kemalistischen Ideologie ab. Ali Bayramoğlu (Interview), Yeni Şafak, 05.12.1997

<sup>26</sup> E. Kongar, a.a.O., 1995, 362-363

<sup>27</sup> Ulul-emr: Das politische und geistliche Oberhaupt der islamischen Gemeinschaft.

<sup>28</sup> Den Beinamen „Gazi“ benutzt nach islamischer Tradition nur derjenige, der im Namen Allahs gegen Nichtmoslime Kriege führt oder dabei verletzt wird. Der Beiname hat also einen islamischen Inhalt. Hier scheint es, daß Kemalisten Parallelen zwischen „Osman Gazi“, dem Gründer des Osmanischen Reiches und Atatürk, dem Gründer eines neuen Staates ziehen wollen.

wurde. Diesen Beinamen hat Atatürk als Gründer eines neuen Staates gerne benutzt, bis das Namensgesetz erlassen wurde. Kemalisten wie z.B. der Schriftsteller Atilla İlhan, neigen immer dazu, Atatürk mit diesem Beinamen zu benennen.

## 2.2. Die Identitätskrise als Folge des Verwestlichungsprozesses

„Die Besiegten folgen dem Sieger“ (Ibn-i Khaldun)

Im Laufe ihrer Entwicklung waren sowohl die orientalischen als auch die okzidentalischen Gesellschaften immensen Konflikten und Problemen ausgesetzt. Sie haben unterschiedliche Methoden und Wege zur Überwindung sozialpolitischer Probleme gefunden. Dies führte zur unterschiedlichen Auslegung der Werte und Normen der jeweiligen Gesellschaften. Diese unterschiedlichen Normen und Werte haben zwischen den Gesellschaften aber auch innerhalb einer Gesellschaft verschiedene Identitäten geprägt.<sup>29</sup> Heute befindet sich die Türkei an einem geostrategischen Ort, an dem diese Orient-Okzident-Verflechtung bzw. die immanenten Gegensätze mit allen ihren vielfältigen Eigenschaften und Diskrepanzen sehr massiv aufeinandertreffen.

Die Türkische Republik entstand aus der Kernregion des niedergegangenen Osmanischen Reiches nach einem Befreiungskrieg. Gerade deshalb wurde der neue Staat auch als „natürlicher Erbe“ des Osmanischen Reiches betrachtet, selbst wenn er diese Eigenschaft nicht akzeptierte und strikt ablehnte.

Aber schon der Name und die Auslegung des Nationalen Befreiungskrieges nach dem Ersten Weltkrieg sorgte für identitätsbetreffende Gegensätze in der Gesellschaft. Die Meinungen darüber, ob es sich dabei um „eine Revolution“, einen „Nationalen Befreiungs- oder Unabhängigkeitskrieg“<sup>30</sup> handelte, zeigen, daß man sich in der Türkei über den Zweck bzw. das Ziel des Befreiungskrieges nicht einig ist. Dieser Krieg ist z. B. nach E. Kongar eine auf dem Fundament der Politik und der Ideologie basierende Revolution gewesen.<sup>31</sup> Eine Revolution wird in erster Linie gegen die bestehende Ordnung geführt.<sup>32</sup>

<sup>29</sup> Barkan Sezer, „Türk Sosyolojisinin Tarihle İlişkisi“ (Die Beziehung der türkischen Soziologie mit der Geschichte). In: „Tarih ve Sosyoloji Semineri“ (Seminar der Geschichte und Soziologie). Istanbul Üniversitesi, Fen Edebiyat Fakültesi, 1991 S. 6

<sup>30</sup> Die unterschiedliche Verwendung des Begriffs bringt auch im Hinblick auf den Inhalt und das Ziel des Befreiungskrieges unterschiedliche Schlußfolgerungen mit sich. Je nach der Einstellung der Autoren, gegen wen oder für wen der Krieg geführt wurde, bekommen die Begriffe „Nationaler Befreiungskrieg“ (Ulusal Kurtuluş Savaşı), „Anatolische Revolution“ (Anadolu İhtilali), „Nationaler Kampf“ (Milli Mücadele) oder „Unabhängigkeitskrieg“ (İstiklal Savaşı) einen jeweils anderen Inhalt und auch eine andere Zielvorstellung. Wobei zu bemerken ist, daß der Inhalt des hier angewandten Begriffs „National“ (Milli) eher auf den religiösen und „Ulusal“ eher auf den nationalen Charakter - im westlichen Sinne - hinweisen und unterschiedliche Werte hinsichtlich ihrer Zielsetzung darstellen. So verwenden z. B. islamische Kreise lieber den Begriff „Milli Mücadele“, der die Bedeutung beinhaltet, sowohl gegen antinationale als auch antiislamische Kräfte Krieg zu führen. Der Begriff „Nationaler Befreiungskrieg“ (Ulusal Kurtuluş Savaşı) wird von der Kreisen verwendet, die den antiimperialistischen und antiosmanischen Charakter des Krieges unterstreichen wollen. (Doğan Avcıoğlu, İsmail Cem, Niyazi Berkes). Der Begriff „Anatolische Revolution“ (Selek) beinhaltet die Bedeutung, daß der Befreiungskrieg gegen die bestehende Ordnung, d.h. gegen das System des Osmanischen Staates geführt worden ist. In dieser vorliegenden Arbeit wird der „Befreiungskrieg“ („Kurtuluş Savaşı“) verwendet, da diese Verwendung eher geläufig ist, und den Daseinskampf der türkischen Nation als Ganzes symbolisiert.

<sup>31</sup> E. Kongar, „Toplumsal Değişme Kuramları ve Türkiye Gerçeği“ (Die gesellschaftlichen Transformationstheorien und die türkische Realität). Remzi Kitabevi, Istanbul, 1995, S. 327

<sup>32</sup> E. Kongar versteht unter dem Begriff „Atatürkische Revolution“ den Unabhängigkeitskrieg und die

Mit der Proklamation der Republik wurde zwar die Macht formal von der Dynastie auf das Volk übertragen, aber die neuen Machthaber waren nicht tatsächlich vom Volk gewählt und somit im demokratischen Sinne mit der Regierungsbildung beauftragte Leute. Sie waren die „etatistisch- auserwählten Eliten“ des Osmanischen Reiches. Gerade deswegen mußte der Wechsel von der Dynastie zur Republik zuerst nur symbolischen Charakter haben.

### 2.2.1. Die neue Identität und neue Geschichte

„Wir waren nicht bei der historischen Entwicklung des Westens dabei. Daher muß man annehmen, daß es umsonst ist, zwischen den Sternen des Westens einen Platz für unseren Halbmond zu suchen.“<sup>33</sup>

Für die Herausbildung einer gemeinsamen Identität stellt die kollektive Lebensgeschichte einen gemeinsamen Punkt im Leben und im Verhalten der Personen dar, an den sie alle anknüpfen und an dem sie sich orientieren können.<sup>34</sup> Durch diese gemeinsam vollzogene Vergangenheit wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Gesellschaft festigt und gestärkt. Das Fehlen, Leugnen oder Verdrängen dieser Vergangenheit führt zu tiefgreifenden „Identitätsdefiziten“ bzw. Identitätskrisen. Das Individuum oder die Gesellschaft erfährt eine identitäre Entfremdung durch die Trennung von seiner/ihrer Vergangenheit mit allen zu seiner/ihrer Identität gehörenden Werten und Normen.

Es bedarf zuerst einer Erläuterung der Begriffe „Volk“ und „Nation“, um ihre Funktion bei der Bildung der nationalen Identität festzustellen. Zum Volk gehören jene, die in einem Land als eine Einheit zusammenleben. Danach bestimmen das Dasein des Volkes und die Beziehungen der Einzelnen zueinander die traditionellen Werte und Normen, die aus der Geschichte und Kultur resultieren.<sup>35</sup> Das Volk nimmt erst die Charakteristika einer Nation an, wenn es sich zu einem „bürgerlichen Ganzen erklärt“. Von dieser Phase an ist die Zusammengehörigkeit zu einem Ganzen also zum gleichen Volk nicht der tragende Faktor einer Nation, sondern nach kantischer Auffassung gilt folgendes: „Unabhängig von der Abstammung gehört nur ein Teil der ursprünglichen Menge zur Nation, nämlich der, der bereit ist, die gemeinsamen ‚Gesetze‘ anzuerkennen und damit die Eigenschaft von

---

Reformen zugleich. Ebd., S. 327 ; Niyazi Berkes vertritt die gleiche Auffassung: Seiner Meinung nach war es im Falle der Türkei ein Krieg zwischen zwei Zivilisationen, also dem Westen und dem Islam, kein Krieg zwischen islamischer und christlicher Welt, wie man behaupten könnte. (Niyazi Berkes, *Türkiye'de Çağdaşlaşma*, 1978, S.516) Für Sebahattin Selek war das eine „Anatolische Revolution“, weil der Weg zum Nationalen Befreiungskrieg dazu führte, sich zuerst gegen die bestehende Ordnung behaupten zu müssen. Und dies war eine „Anatolische Revolution.“ Sebahattin Selek, *„Anadolu İhtilali“*, Burçak Yayınları, İstanbul, 1964. Auch die linksorientierten bzw. marxistischen Autoren neigen dazu, den Befreiungskrieg als eine Befreiung von Khalifat und Sultanat und den damit verbundenen Denkweisen und Strukturen zu bezeichnen. Dazu gehört u.a. Taner Timur, *„Osmanlı Mirası“* (Das osmanische Erbe). In: İ. Cemil Schick/Ertuğrul A. Tonak (Hrsg.), *„Geçiş Sürecinde Türkiye“*, (Die Türkei in der Übergangsphase). Belge Yayınları, 1. Bas. İstanbul, 1990, S. 20 und 37. Ein anderer Sozialwissenschaftler, Fikret Başkaya, ist der Ansicht, daß der Befreiungskrieg eigentlich die Fortsetzung des Ersten Weltkrieges ist und daher kein Krieg gegen den Imperialismus ist. Das Ziel des Krieges war die Befreiung vom Khalifatentum und Sultanat. F. Başkaya bezeichnet den Befreiungskrieg als eine Abrechnung unter den osmanischen Bürokraten selbst. Fikret Başkaya, *„Paradigmanın İflası- Resmi Ideolojinin Eleştirisine Giriş“*, (Der Konkurs der Paradigma- Eine kritische Einführung in die offizielle Ideologie). Doz Yayınları, 1. Bas. İstanbul, 1991, S.31-33

<sup>33</sup> Sezai Karakoc, entnommen ,Yusuf Ziya Cömert, In: Zeitschrift, İzlenim, Nr. 14, Oktober 1994, S. 4

<sup>34</sup> Nüşet, S. Özertan, „Türkei: Mittel oder Mittler? – Zu den politisch - kulturellen Grundlagen eines EG- Beitritts. Unter besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei“. Studien zur Politikwissenschaft, Bd. 55, Lit Verlag, Münster, 1990, S. 30

<sup>35</sup> Ingeborg Maus, „ ‚Volk‘ und ‚Nation‘ im Denken der Aufklärung“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1994, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 602

Staatsbürgern anzunehmen.“<sup>36</sup> Kant begreift Staat und Nation als identische Gebilde. „Der Staat ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen. (...) Die zur Gesetzgebung vereinigten Glieder (...) eines Staates heißen Staatsbürger (...).“<sup>37</sup>

E. Renan bezeichnet eine Nation als eine seelische Kraft, zur der zwei wichtige Faktoren gehören, die diese seelische Kraft einer Nation bilden. Zum einen ist dies „der gemeinsame Besitz eines reichen Vermächnisses an Erinnerungen, der andere ist die gegenwärtige Übereinstimmung, das Verlangen zusammenzuleben, der Wille, das Erbe, das man ungeteilt empfangen hat, weiterhin nutzbar zu machen.“<sup>38</sup> Bei einer nationalen Identitätsbildung seien dann die geschichtlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten nicht ausschlaggebend, sondern dies seien die institutionellen Rahmenbedingungen, auf deren Grundlage eine nationale Identität entsteht.

Die kollektive Identität eines Volkes, das damit verbundene Zugehörigkeitsgefühl aus seinen gemeinsamen kulturellen Werten und Normen, die als Ergebnis und Folge der gemeinsamen Geschichte, Sprache, Religion und Tradition hervorgehen, ist, was man als gemeinsame Charakterzüge und Verhaltensweisen des Volkes wiederfindet. Ein Volk, das sich seiner kollektiven Identität bewußt ist, wird dadurch zu einer Nation. Die kulturellen Elemente der kollektiven Identität halten eine Nation als Nation zusammen.<sup>39</sup> Die Zukunftsorientierung einer selbstbewußten Identität resultiert aus der Erfahrungen der Vergangenheit und seinen gegenwärtigen Wechselbeziehungen zu seiner Umwelt.

Die Identitätsbildung und Unterscheidung der osmanischen und türkischen Gesellschaftsformen kann man anhand der Begriffe „Kulturnation“ und „Staatsnation“ erläutern, die besonders im deutschen Raum (Friedrich Meinecke, 1907) stark vertreten wurden.<sup>40</sup>

Unter Kulturnation versteht man die traditionellen Gemeinschaften, die ihre Identität in mythologischen Erzählungen manifestieren, wobei sie die konkrete Besonderheit einer Gruppe als vorhandene und bewahrende ansehen. Die Staatsnation ist dagegen – gemäß dem Geist der französischen Revolution – eine „republikanische Gemeinschaft“. Sie ist die Identität einer Nation oder eines Volkes, die erst aus „emanzipatorischen und Zukunfterzählungen“ gebildet werden soll. Die Identität der Staatsnation ist nicht – wie die Identität der Kulturnation – vorhanden oder vorgegeben, sie muß durch die demokratischen - oder auch undemokratischen - Prozesse und bürgerliche Rechtsgebung und politische Entscheidungsfindung geschaffen werden.<sup>41</sup> Denn der Begriff nationale Identität resultiert, so Maus, nicht aus den Inhalten der Vergangenheit, sondern richtet sich auf die Zukunft, die stets von neuen, noch herauszubildenden Werten, die zur künftigen Identifikation beitragen, geprägt wird.<sup>42</sup> Gemäß dieser Unterscheidung ist die Kulturnation die Identität des Volkes, die schon vor der bürgerlichen „rechtlichen und politischen Willensbildung“ existierte, während die Identität der Staatsnation erst durch die

<sup>36</sup> Ebd., S. 608

<sup>37</sup> Hans Joachim Störig, „Kleine Weltgeschichte der Philosophie“. Fischer Verlag, limitierte Sonderausgabe, nach erweiterter Neuausgabe von 1992, Frankfurt am Main, 1998, S. 424

<sup>38</sup> Ernst Renan, „Was ist die Nation?“. In: Lothar Gall/Rainer Koch (Hrsg.) „Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert“. 3. Bd., Ullstein, Frankfurt, Berlin, Wien, 1981, S. 147

<sup>39</sup> Vgl. Lothar Döhn, „Nationalismus – Volk und Nation als ideologisches Konstrukt“. In: Franz Neumann (Hrsg.). „Handbuch Politische Theorien und Ideologien“. Band II, Leske Budrich, Opladen, 1998, S. 400 und N. S. Özertan, a.a.O., 1990, S. 35

<sup>40</sup> Vgl. L. Döhn, a.a.O., 1998, S. 416 u. ff.

<sup>41</sup> Vgl. I. Maus, a.a.O., 1994, S. 602

<sup>42</sup> Ebd., 605

demokratischen Prozesse der Rechts- und politischen Entscheidungsfindung konstituiert wird.<sup>43</sup>

Die Türkei hat sich gemäß der Auffassung der republikanischen Gemeinschaft die Definition der Staatsnation zu eigen gemacht. Sie sollte ihre Identität aus emanzipatorischen Zukunftserklärungen konstruieren.<sup>44</sup> Das Problem lag darin, daß die Identität der Zukunft das identitäre Vakuum, das durch Verdrängung der Vergangenheit entstanden ist, nicht ersetzen konnte.

Da die Identität „nicht ohne Bezugspunkte entsteht“ und die Identität nur durch Wechselbeziehung als „Differenz zum Anderen“ erfahrbar ist, impliziert das „Wir“ automatisch das Vorhandensein eines „Anderen“.<sup>45</sup> Was in der 700-jährigen osmanischen Geschichte als „das Andere“ bzw. „die Anderen“ bezeichnet wurde, nämlich die Werte des Abendlandes, was auch immer sie sein mögen, wurde sozusagen über Nacht zum „Wir“ umfunktioniert. Mit anderen Worten wurde die kulturelle Identität, die sich im Zuge der osmanischen Geschichte als Identität der osmanischen Gesellschaft herausbildete, zum „Anderen“ erklärt. In dem Maße, in dem die Eliten der Republik Türkei die „osmanische Essenz“ in gesellschaftlichen Strukturen, im Verstand und im Herzen der Menschen zu verdrängen versuchten, in dem Maße glaubten sie die Aneignung der neuen „Wir“-Identität voranzutreiben.

Der Osmanische Staat hatte in seiner 700-jährigen Geschichte auf der Grundlage der islamischen Tradition eine kulturelle „osmanische Identität“ herausgebildet, in der das Individuum oder die Gesellschaft seine/ihre Werte und Normen wiederfinden konnte. Die politischen und geistigen Gründer der neuen Ideologie der Türkei haben die osmanische Identität abgelehnt, weil sie die osmanische Identität als die Kultur der türkischen Nation nicht akzeptierten, sondern eine neue republikanische Gemeinschaft schaffen wollten.

In der offiziellen türkischen Geschichtstheorie wurde die islamische Vergangenheit (seltchukische und osmanische) ausgeklammert. An deren Stelle wurde eine Verbindung mit den anatolischen Kulturen hergestellt. Einer der Verteidiger dieser Theorie der „Geschichte der modernen Türkei, der Bildungsminister in dreißiger Jahren, Reşit Galip drückt dies folgendermaßen aus: „...ich komme zur den Hethitern, welche die erste Zivilisation in Anatolien gründeten und unsere ehrwürdigen Vorfahren sind, (...) die durchgeführten wissenschaftlichen Studien haben gezeigt, daß die Hethiter und die Türken gemeinsame anthropologische Merkmale aufweisen“<sup>46</sup>.

Im Rahmen dieser neuen Geschichtstheorie versuchten die Wissenschaftler durch die Umfunktionierung bzw. Umformulierung der Bedeutungen der Inhalte die neue Identität zu legitimieren. So zum Beispiel lebte nach Öztürk die türkische Gesellschaft in der osmanischen Ära mit einer Kultur, die ihrer eigenen Kultur sehr fremd war. Ferner lebte sie abgekapselt und besaß kein nationales Bewußtsein.<sup>47</sup> Daher war „dieses Wesen, das wir

---

<sup>43</sup> Ebd., 602

<sup>44</sup> Vgl. Fußnote 2 in diesem Kapitel

<sup>45</sup> Vgl. Wolfgang Schmidt, „Die Sehnsucht nach Identität“. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 24. Jahrgang, 3/1994, S. 366

<sup>46</sup> K. Tuna, a.a.O., 1991, S. 63. Zu dieser These wurde die heute nicht mehr anerkannte Lehre von Franz Joseph Gall (1758-1828) als wissenschaftliche Grundlage herbeigeführt, wonach durch äußere Schädelformen auf die Psyche des Menschen Bezug genommen wurde. Taner Timur in Irwin/Schick/Ertugrul/A. Tonak (Hrsg.) a.a.O., 1990, S. 16

<sup>47</sup> Welche Nation besaß vor der Französischen Revolution von 1789 ein nationales Bewußtsein?

als Osmanismus bezeichneten“<sup>48</sup> gegen jegliche Modernität und moderne Kultur. Deswegen könnten die Türken das wahre „Türkentum“ nicht erreichen, solange sie sich vom „metaphysischen Osmanismus“ nicht befreien würden.<sup>49</sup>

In der Geschichtsschreibung der modernen Türkei werden alle westlichen Werte und Normen gut geheißt. Sie stellen das Gegenteil von dem dar, was als „osmanisch“ bezeichnet wird. Daraus folgend wurden alle Verhaltensweisen und Gedanken, die europäischen Ursprung haben und das Gegenteil des Osmanismus darstellen, als türkische Werte und Verhaltensweisen bezeichnet. So wurden z.B. die laizistische Staatsform und der Positivismus als Meisterstück der Modernität „in den Himmel“ gehoben und erhielten somit eine Überdimensionalität anstelle der Religion, während die Staatsform Sultanat und Khalifat als ein „zusammengewürfelter Despotismus“ gebrandmarkt wird.<sup>50</sup>

Nach der Ansicht von H. N. Öztürk wurde in dem Maße, in dem die Türkei in ihrer Essenz populistisch wurde, dem Osmanismus fremd. Der Osmanismus stelle in der Geschichte das Gegenteil solcher Eigenschaften wie Freiheit, Solidarität und Menschlichkeit dar, die essentielle Eigenschaften für die türkische Nation seien. Anstatt sozialer Solidarität habe es zwischen den Staatseliten und dem Volk einen Abgrund gegeben. Dies alles zeige, daß das Wesen des Osmanismus und des Türkentums fundamentale Unterschiede aufweisen würden. Das Wesen des Osmanischen Reiches bestünde darin, nationales Dasein zu unterdrücken und Fortschritt und Modernität zu verhindern.<sup>51</sup>

Nach Ansichten von K. Tuna basiert die offizielle türkische Geschichtstheorie auf der Annahme, daß die Zivilisation im allgemeinen und die westliche Zivilisation im besonderen bis auf die türkische Urkultur zurückgeht. Die Türken hätten während der Völkerwanderung aus Mittelasien eine wichtige Rolle bei der Zivilisation der Welt gespielt. Zivilisation habe nur eine Linie verfolgt, dies wäre dann von Anfang an keine andere als die türkische Zivilisation. Das heißt, die Türken befänden sich von Anfang an der Quelle der westlichen Zivilisation.<sup>52</sup>

In seiner mehr als tausendjährigen Geschichte wurde das türkische Volk durch die Religion und das traditionelle Leben sehr stark geprägt. Daher markierten die Westorientierung und die Einführung in die westliche Wertegemeinschaft und die Orientierung an der politischen Kultur des Westens einen bedeutenden „mentalitätsgeschichtlichen“ Umbruch.<sup>53</sup> Der Umbruch, der sich seit dem 19. Jahrhundert in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen vollzog, wurde von breiten Teilen der Bevölkerung mit Skepsis begleitet. Denn je mehr der Staat - angeführt von der Staatsführung - sich von den traditionellen Werten der Gesellschaft distanzierte und westliche Normen einführte, um so mehr verbreitete sich das gesellschaftliche Elend unter dem Volk. Daher setzte sich in der Gesellschaft die Einsicht durch, daß die Verwestlichung nicht gut sei. Das Volk sah einen

<sup>48</sup> K. Tuna, a.a.O., 1991, S. 64

<sup>49</sup> R. Kasaba vertritt auch die Meinung, daß die Türkei bzw. die Nation sich von ihrer jüngsten Vergangenheit, d. h. vom osmanischen Geschichte befreien müßte, damit sie in der modernen Welt konkurrenzfähig wird. Seiner Ansicht nach würde sich die Türkei jedoch schwertun, sich von alten Institutionen, Strukturen und Gewohnheiten zu trennen. R. Kasaba, „Modernite ve Milli Kimlik“, (Modernität und nationale Identität). In: S. Bozdoğan/Reşat Kasaba (Hrsg.). „Türkiye’de Modernizm ve Milli Kimlik“. Tarih Vakfı, Yurt Yayınları, İstanbul, 1998, S. 12

<sup>50</sup> K. Tuna, a.a.O., 1991, S. 65

<sup>51</sup> H.N. Öztürk, „Türklük, Laiklik ve Modernizm“, (Türkentum, Laizismus und Modernismus). entnommen aus: Korkut Tuna, a.a.O., 1991, S. 65

<sup>52</sup> K. Tuna, a.a.O., 1991, S. 60-61

<sup>53</sup> Georg Gollenbeck, „Nation, Volk, Staat“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/94, S. 825

Zusammenhang zwischen der Degeneration der traditionellen und religiösen Werte und der gesellschaftlichen Verelendung. „In dem Maße, in dem der Verwestlichungsprozeß im Volk eine andauernde Verelendung ausbreitete, in dem Maße formierten sich die orientalistisch- islamischen Kräfte zu einer Front.“<sup>54</sup>

Ein anderes Problemfeld der Identitätskrise der Türkei stellen die ethnischen Gegebenheiten des Landes dar. Während der Osmanischen Ära gab es hauptsächlich muslimische und Nichtmuslimische Osmanen. In der Kernregion Anatolien lebten nicht nur Türken, sondern auch andere ethnische Minderheiten wie zum Beispiel Kurden, die gleichzeitig Muslime sind. Die Verfassung von 1924 erkannte keine andere Nation außer den Türken an. Gleichzeitig wurde verdeutlicht, daß die türkische Nation aus vielen Angehörigen unterschiedlicher ethnischer Abstammung bestehen würde. Die Verfassungsmacher gingen wohl davon aus, daß „das Türkentum in der Lage sei, alle anderen ethnischen Gruppen“ unter einer Dach zusammen zu führen.<sup>55</sup> Jedoch bestand die offizielle Haltung und Praxis der Republik darin, die seit der osmanischen Zeit bestehende vielfältige ethnische Struktur der Türkei einfach zu ignorieren oder abzulehnen. Die gemäß der republikanischen Ideologie aufgewachsenen Generationen sollten geistig so erzogen werden, daß sie regionale, religiöse und ethnische Gruppen als unnötige Faktoren (Elemente) betrachten, die zu der „dunklen Vergangenheit“ der Türkei gehörten.

Die von Atatürk eingeführten neuen Identitätsstrukturen konnten nur von einer schmalen Schicht der Bevölkerung aufgenommen werden, weil diese neuen Identitätsstrukturen zum einen außerhalb des Identitätsbereiches der Gesellschaft übernommen und zum anderen dazu noch von „oben“ unter Repressalien eingeführt worden waren. Die ablehnende Haltung breiter Teile der Bevölkerung führte zur Entstehung eines „Identitätsvakuums“<sup>56</sup>, das sich als eine Identitätskrise in der Gesellschaft abzeichnete.

### 2.2.2. Die Ideologie und Demokratie

In den neuen Gesellschaften, die nach der Französischen Revolution durch die Industrialisierung als zentrale Mächte entstanden sind, wurden neue moderne Institutionen und Organisationen gebildet. Durch diese Institutionen wurde das gesamte gesellschaftliche Leben miteinander in Beziehung gebracht und somit eine Legitimation für die Zentralgewalt geliefert. Diese starke Zentralisierung der Gewalt führte dazu, daß der Nationalstaat einen „totalitären“<sup>57</sup> Charakter annahm. Diese Ideologie, die den Menschen ein Paradies auf Erden versprach, ebnete den Weg dafür, daß der Staat das Recht in Anspruch nahm, alle regionalen und lokalen Kulturen und kulturellen Besonderheiten im Rahmen einer homogenen Nation zu assimilieren.<sup>58</sup> Es besteht kein Zweifel darüber, daß „Nationalismus ein Phänomen der Moderne ist und die Auflösung traditioneller Gesellschaften sowohl als Voraussetzung als auch zur Konsequenz hat. Von

<sup>54</sup> İ. Cem, a.a.O., 1982, S. 340

<sup>55</sup> Vgl. H. Özdemir, a.a.O., 1995, S. 50

<sup>56</sup> Vgl. Nüşet S Özertan, a.a.O., 1990, S. 136

<sup>57</sup> Als Totalitär gelten jene politische Systeme, die den Bürger durch eine Ideologie zu formen, durch Kontrolle und Zwang zu erfassen versuchen und gleichzeitig gegen den inneren bzw. äußeren Feind mobilisieren wollen. (Der Zustand der fortdauernden Mobilisierung der Gesellschaft bzw. gesellschaftlichen Kräfte) Eckhard JESSE, „Typologie politischer Systeme der Gegenwart“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1993, S. 180

<sup>58</sup> Vgl. Ali Bulaç, „Modern Ulus Devleti“, (Der moderne Nationalstaat). İz Yayınları, İstanbul, 1995, S.44

entscheidender Bedeutung für die Beurteilung des Phänomens ist die Beantwortung der Frage, in welcher Beziehung der Nationalismus zur Demokratisierung steht“.<sup>59</sup>

In den Ländern der sogenannten Dritten Welt geht der Modernisierungsprozeß mit der Gründung der Nationalstaaten einher. Die Begriffe „Nationalismus und westlicher Modernismus“ sind miteinander verflochten. Der Nationalismus in der Dritten Welt brachte seine antiimperialistische Haltung durch die Akzeptanz westlicher Werte und Ablehnung der traditionellen Werte zum Ausdruck.

Die herrschenden Klassen der nationalen Staaten in der dritten Welt betrachteten die westliche Normen und Werte als internationale, global geltende Grundsätze. Daher konnten sie das Problem des Eurozentrismus nicht überwinden und hielten im Namen des Internationalismus an dem Modell des Westens fest.<sup>60</sup> Bei der Bekämpfung des Imperialismus in der Dritten Welt diente der Nationalismus als Grundlage des Befreiungskrieges, den sie ebenfalls – wie die Waffen, mit denen sie gegen den Kolonialherren Kriege führten - aus dem Westen „importierten“. Dabei kam die eigentliche Grundsäule des modernen westlichen Staatsverständnisses zu kurz, nämlich die Demokratie und der darin enthaltene unverzichtbare Grundsatz: „Die Gewalt geht vom Volke aus“.

Die „Ideologie“ der Republik Türkei sah vor, wie sie von Ziya Gökalp, dem geistigen Vater der Republik, definiert wurde, die Gesellschaft durch eine entsprechende Erziehung, beeinflusst von Gedanken Durkheims, umzuformen.<sup>61</sup> Durch diese Erziehung, verstanden als ein Prozeß, in dem die „Ungebildeten“ also das Volk, von den „Gebildeten“ - von republikanischen Eliten - auf den „richtigen Weg“ geführt werden, sollte eine moderne türkische Nation entstehen. Das hieß mit anderen Worten: Das „ungebildete“ und der Tradition verpflichtete Volk sollte von den „gebildeten“ herrschenden Eliten im Sinne der neuen Ideologie erzogen werden, damit es überhaupt erst zur Aufnahme der Wertvorstellungen der westlichen Zivilisation (Garb Uygurlığı) befähigt werde. Erst durch diesen Erziehungsprozeß konnte die Bildung einer türkischen Nation nach westlichem Muster verwirklicht werden.

Die Türkei hat formal viele Werte und Normen - einschließlich Bekleidung - vom Westen importiert. Gleichzeitig wurden viele traditionelle Strukturen und gesellschaftliche Werte abgeschafft.<sup>62</sup> Aufgrund der ideologischen verfassungsrechtlichen Einschränkungen ist es nicht möglich, diese Werte und Normen zum Gegenstand der Diskussionen zu machen. Es gibt heute niemanden, der mutig genug wäre, z.B. die Übernahme des lateinischen

---

<sup>59</sup> Vgl. Bernd Faulenbach, „Nationalismus und demokratische Emanzipation“. In: Bernd Faulenbach/Heinz Timmermann (Hrsg.). „Nationalismus und Demokratie - Gesellschaftliche Modernisierung und nationale Idee in Mittel- und Osteuropa“. 1. Aufl., Klartext, Essen, 1993, S. 9

<sup>60</sup> Ç. Keyder, a.a.O., 1998, S. 48

<sup>61</sup> Hikmet Y. Celkan, „Ziya Gökalp’in Eğitim Sosyolojisi (Die Bildungssoziologie von Ziya Gökalp). MEB, Yay. Istanbul, 1989, S. 49 und .ff.

<sup>62</sup> Atatürk sagte während der Diskussionen um die Abschaffung des Khalifatentums am 30.10.1922 in der Nationalvollversammlung u.a. folgendes: „Souveränität wird unter keinen Umständen zur Diskussion gestellt und mit niemandem geteilt. Souveränität wird durch Macht, Kraft und Zwang erhalten. Die Osmanen haben durch Macht und Zwang über die Türken geherrscht. Diese Machenschaften haben sie 600 Jahre beibehalten. Jetzt hat die türkische Nation gegen sie (die Osmanen, M.D.) Widerstand geleistet und hat ihre Souveränität und ihr Schicksal selbst übernommen. (...) Es ist schon vorbei. Hier geht es lediglich darum, die Realität zu erkennen. Dies wird, koste es, was es wolle, gemacht. Wenn die Abgeordneten und andere diesen Fall als ganz natürlich empfinden, so wäre dies gut. Sonst wird es wie üblich durchgeführt. Aber vielleicht werden manche Köpfe rollen!“

Alphabets kritisch zu betrachten. Die Reformen, die von Atatürk verwirklicht worden sind, werden heute sozusagen von der „Wissenschaft“ schlechthin und der kemalistischen Ideologie als „Dogmen“ und als unantastbar angesehen. Angesichts dieser Tatsachen wird es dann nicht möglich, über die Schwierigkeiten, die in eine gesellschaftliche Krise einmünden, zu diskutieren und an die zeitgenössischen Veränderungen anzupassen. Die ideologische Struktur der Türkei ist immer noch dominant und grenzt fast an Totalitarismus. Das führt zu enormen Schwierigkeiten bei dem Versuch, die politische Struktur und den sozialen Wandel nach objektivem Maß zu beurteilen und zu bewerten.

Während der Entstehungsphase der türkischen Republik sprach Atatürk von den Gefahren des Mehrparteiensystems. Er begründete diese Gefahren damit, daß die neue Republik noch nicht reif genug sei, den Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft standzuhalten, die durch verschiedene Parteien, gesellschaftliche Klassen oder Interessensgruppen entstehen. Daher sollte die von ihm gegründete Republikanische Volkspartei nicht einen Teil des Volkes, sondern die gesamte Nation repräsentieren.<sup>63</sup>

Gemäß dieser Theorie hat der Staat in der Gründungsphase alle politischen Fraktionen verboten. Es wurde keine politischen Meinungen außer der kemalistischen geduldet. Sie wurden als unnötig, als schädlich für den Staat gebrandmarkt. Somit wurde die politische Kultur in einem konkurrenzlosen und nicht kritisierbaren System unfruchtbar gemacht<sup>64</sup>. In der Türkei hat es niemals ein Bürgerverständnis gegeben, das auf den universellen demokratischen Grundsätzen basiert. Statt dessen wurde ein autoritärer Nationalismus und Integrität als ein gemeinsames Ziel angestrebt.<sup>65</sup> Dafür lag die Einsicht zugrunde, daß die türkische Gesellschaft ihre demokratischen Rechte erst wahrnehmen könnte, nachdem sie sich so weit modernisiert habe, daß sie sich mit den westlichen Wertvorstellungen identifiziere. Bis dahin sollte sie jedoch unter der Obhut der militärisch-bürokratischen Kontrolle bleiben.<sup>66</sup> Die Folge davon ist, daß die Türkei mit ihrer Gesellschaftsordnung weder das türkische Volk noch ihre westlichen Verbündeten zufriedenstellt, wie I. Özel es ausdrückt: „Wenn wir nichts vom Wahlrecht des Volkes halten, dann wird die westliche Zivilisation uns mit dem Vorwand ausschimpfen, ‚wir benötigten zivilisierte Erziehung‘. Wenn wir das Wahlrecht des Volkes zu unseren Grundprinzipien zählen würden, wird der Westen uns vorwerfen, die Chance abgelehnt zu haben, einen Teil der westlichen Gesellschaft bzw. Zivilisation zu werden. Was sollen wir tun? Sollen wir machen, was das Volk möchte? Oder sollen wir dem Volk einreden, was das Volk verlangen sollte?“<sup>67</sup>

Die Schwierigkeiten, die die Türkei seit ihrer Gründung erlebt, sind das Ergebnis einer Reihe von innenpolitischen und internationalen Veränderungen. Die globalen Entwicklungen im politischen, sozialen, kulturellen und insbesondere ideologischen Bereich spiegeln sich auch in den gesellschaftspolitischen Strukturen der Türkei wider. Aber die Türkei ist besonders aus ideologischen Gründen nicht in der Lage, auf diesen Wandlungs- und Entwicklungsprozeß angemessen zu reagieren. Diese Situation führt in der Türkei zur Verstopfung des Systems.

Begriffe wie „Ordnung und Fortschritt“, die als die Grundlage des Positivismus gelten, fördern gerade den gesellschaftlichen Kontrollmechanismus des türkischen Staates. Für die kemalistische Ideologie stellte die gesellschaftliche Einheit als Endziel dar. „Daher

<sup>63</sup> Vgl. İ. Cem, a.a.O., 1982, S.283

<sup>64</sup> Taha Akyol, „Gazete Pazar“, 23.03.1998 Beilage zur Tageszeitung Milliyet

<sup>65</sup> Vgl. Ç. Keyder, a.a.O., 1998, S. 34

<sup>66</sup> Yeni Şafak, 11.02.1998

<sup>67</sup> İ. Özel, Yeni Şafak, 16.10.1998

wurden in der Geschichte der Republik jegliche politischen, religiösen, ethnischen und ökonomischen Variationen nicht als natürliche Komponente der Demokratie betrachtet, sondern als Faktoren angesehen, die die Einheit und den Fortschritt gefährden und eine Instabilität in der Gesellschaft erzeugen.“<sup>68</sup> Diese Feststellung von N. Göle verdeutlicht auch, warum die türkischen etatistischen Eliten ihre antiliberalen Linie legitimieren. Noch deutlicher rücken diese Haltung die Aussagen eines der bekanntesten Verfassungsrechtler der Türkei, Mümtaz Soysal, ins Blickfeld. Im Rahmen einer Feier anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Republik Türkei an der Universität Havard sagte er folgendes:

„Sie können uns nicht verstehen, ohne die jakobinische Perspektive der Republik in Betracht zu ziehen. Wir sind mit der „Obsession“ von Sèvres erzogen worden, und wir erziehen unsere Kinder auch weiter so. Alles, was gegen die jakobinische Auffassung spricht, widerspricht auch den Grundlagen der Republik. In diesem Zusammenhang betrachten wir auch die Aktivitäten der gemäßigten Muslime als eine Gefahr, die gegen unser jakobinisch-traditionelles Laizismusverständnis verstößt.“<sup>69</sup>

N. Berkes vertritt auch die Ansicht, daß die „jakobinische Überzeugung“ des Staates eingehalten werden muß, um die Türkei auf die richtige Bahn der Modernisierung zu bringen, Denn dieser Aspekt würde die revolutionäre Seite des Kemalismus darstellen. Danach sollte man traditionelle Werte, Normen, Strukturen und Verhaltensweisen, die seiner Meinung nach ein Hindernis für den sozial-politischen Wandel darstellen, aus der Welt schaffen. Statt dessen sollten dem Modernismus angepaßte Regeln, Werten, Organisationen eingeführt werden, damit die neuen Generationen gemäß diesen neuen Werten und Regeln aufwachsen.<sup>70</sup>

Nach der Ansicht des Geschichtswissenschaftlers İlber Ortaylı bestimmen die Grundlagen der republikanischen Ideologie die folgenden Faktoren und deren Verhältnisse untereinander. Dies gilt für die offizielle türkische Geschichte und die Beziehungen zwischen dem Militär, dem Staat, der Politik und dem Atatürkismus. Nach Ortaylı gilt der Kemalismus als einzige Grundlage für die Türkei, auf der die türkische Republik ihre Daseinslegitimation bezieht.<sup>71</sup> Daher werden jegliche sozialen und politischen Bewegungen, die sich gegenüber den Unzulänglichkeiten des politischen Systems bzw. der bestehenden Ordnung kritisch äußern und Konzepte zu deren Verbesserung vorschlagen, als Abweichung der kemalistischen Prinzipien interpretiert. So wird die aus der Unfähigkeit des politischen Systems entstehende Krise zu einer Krise des Nationalstaates umgewandelt.

Die Ablehnung gegenüber den gesellschaftlichen kulturellen Werten führt dazu, daß kulturelle Netzwerke der Menschen innerhalb der Gesellschaft auseinanderbrechen, in denen sich die Menschen eine soziale Ordnung und Struktur geschaffen hatten. Die Menschen werden dann mit ihren kulturellen Traditionen und lokalen Verhaltensweisen von der herrschenden Klasse einfach ignoriert oder gar abgelehnt. Die Folge davon ist, daß die soziokulturelle Kluft und entsprechende politische Erwartungen zwischen den Herrschenden und Beherrschten so weit auseinander gehen, daß die Wiederherstellung des von beiden Seiten annehmbaren Konsens mit enormen Schwierigkeiten verbunden ist.

Das gesellschaftliche Leben in der Türkei ist von zwei einander zum Teil widersprechenden Erscheinungsformen geprägt: Auf der einen Seite existieren zahlreiche

<sup>68</sup> Vgl. N. Göle in S. Bozdoğan/R. Kasaba (Hrsg.), a.a.O., 1998, S.73

<sup>69</sup> Zit. n.: Hilmi Yavuz, Zaman, 06.05. 2000

<sup>70</sup> N. Berkes, a.a.O., 1978, S. 512

<sup>71</sup> İlber Ortaylı (Interview), Radikal, 24.10.1997

Institutionen, Organisationsformen, Wertvorstellung, Normen, die nicht dem eigenen Kulturkreis entstammen, die aber bewußt aus dem Westen übernommen wurden. Der Staat unternimmt enorme Anstrengungen, um diese zu verbreiten für ihre Akzeptanz in der Gesellschaft zu sorgen. Auf der anderen Seite ist die Geschichte der Türkei mit islamischen Werten und Normen untrennbar verbunden, die in der Gesellschaft trotz aller Gegenmaßnahmen tief verankert sind.

Seit der Gründung der Republik findet zwischen der Weltanschauung der Führungseliten und den traditionellen Werten des Volkes eine Politik der „Nullsummen-Logik“ statt. Die internationalen Weltmächte konnten auf dem Zustand des Kalten Krieges nur vierzig Jahre lang beharren. In der Türkei vollzieht sich dieser „Kalte Krieg“ zwischen den beiden Wertvorstellungen seit ihrem Bestehen. Die eine, tief in der Gesellschaft verankerte, religiös-kulturelle Wertvorstellung kommt von unten, die andere kommt von oben, d.h. von den etatistischen Eliten. Beide Vorstellungen werden jeweils als einzige Rettung der Türkei angesehen.

Die ablehnende Haltung der Gesellschaft gegenüber dem Verwestlichungsprozeß der Staatseliten manifestierte sich bei den ersten freien Wahlen im Jahr 1950 darin, daß die Demokratische Partei von Adnan Menderes einen überwältigenden Wahlsieg errungen hat. Aber diese Einstellung der Gesellschaft und auch die Kritik an der Staatspartei brachte keine Veränderung in der Struktur und in den Verwaltungsmechanismen des Staatsapparates. So überholte die Dynamik der Gesellschaft die Strukturen des Staatssystems. Das Ergebnis war, daß die Bürokratie und die politischen Mechanismen des Staates der sozialpolitischen Umwandlung der Gesellschaft kritisch gegenüber standen. Darüber hinaus wirkten sie auf den sozialpolitischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft hemmend. Auf der anderen Seite ist die Verfassung nicht in der Lage, die kulturelle Vielfaltigkeit der Gesellschaft zu erfassen. Das vom Volk gewählte Parlament hat es nicht geschafft, eine zivile Verfassung zu verabschieden. Seit dem Mehrparteiensystem wurden alle Verfassungen nach jedem Militärputsch von der Armee bestellt. Ferner wird nicht die Möglichkeit angeboten, daß die Gesetze sich nach den gesellschaftlichen Erfordernissen bzw. Notwendigkeiten richten. Diese Lage führt dazu, daß die Gesetze nicht gemäß des gesellschaftlichen Wandels verändert werden, sondern die Gesellschaft sich an die Gesetze anpassen muß, die nicht ihren Erwartungen entsprechen und auch nicht abdecken können.<sup>72</sup>

Als Folge der Industrialisierung vollzog sich in der Türkei eine Migration vom Land in die Großstädte. Aber diese wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen haben keine große Auswirkung auf die Entfaltung der demokratischen Rechte und individuellen Freiheiten in der Gesellschaft gezeigt, weil der Populismus, eines der kemalistischen Prinzipien, zur Festigung eines starken Staatsverständnisses geführt hat. Solange der Staat mächtig war, durfte man sich auch erlauben, die bürgerlichen Rechte und fundamentalen Freiheiten zu ignorieren.<sup>73</sup>

Je mehr die Türkei vom Westen isoliert oder politisch in Abseits gestellt wird (wie zum Beispiel durch die Nichtaufnahme in die EU), um so mehr vergrößert sich das Identitätskrisis des Staates, weil man das Endziel aus den Augen verliert. Als Folge davon blieb die Türkei in einem Labyrinth aus rechtlich nicht definierbarem Terrain und innerem Widerspruch. Dieser Zustand führt dazu, daß der Staat bei Meinungsverschiedenheiten von

---

<sup>72</sup> A. Bayramoğlu (Interview), Yeni Şafak, 5.12.1997

<sup>73</sup> Ç. Keyder, a.a.O., 1998, S. 33

gesellschaftlichen Interessengruppen aggressiv reagiert, da er seit seiner Gründung am Teilungssyndrom leidet<sup>74</sup> und dazu noch die demokratischen Grundlagen fehlen, mittels derer die innergesellschaftlichen Konflikte verarbeitet und überwunden werden könnten.

Der Mangel an Selbstvertrauen der Führungseliten verursacht einen Zustand andauernder Bedrohung, die dann ein psychologisches Spannungsfeld zwischen dem Staat und der Bevölkerung einerseits und innerhalb der Gesellschaft andererseits erzeugt. Die Maßnahmen, die von der Staatseliten mit der Behauptung getroffen werden, die bestehende Ordnung zu retten, werden von breiten Bevölkerungsschichten als eine Drohung empfunden, die gegen ihre Freiheiten und Rechte gerichtet ist.<sup>75</sup>

Die herrschenden Staatseliten geben in der Öffentlichkeit den Anschein, daß sie immer auf der absoluten richtigen Seite sind und nur sie das Recht haben, den Rahmen festzulegen, innerhalb dessen das Volk sich bewegen darf. Im Grunde genommen zählt für sie nicht die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung; wichtig sei nur die kemalistische Ideologie, und es gelte, sie, so wie sie ist, zu bewahren, und wenn es sein müsse, mit militärischen Maßnahmen auf der Bahn der kemalistischen Prinzipien zu bleiben. Es gilt für sie in erster Linie nicht die Auffassung: Ein demokratischer Staat ist dafür da, für das Wohlbefinden seiner Bürger zu sorgen und dies zu garantieren. Sondern für sie gilt der Grundsatz: Die Menschen sind dazu geschaffen, dem Staat zu dienen. Diese Auffassung führt dann dazu, daß die Bürger sich in dem Maße individualisieren, wie es der Staat zuläßt.<sup>76</sup> Die Geschichte der Republik Türkei ist eigentlich ein langer und immer andauernder Abrechnungsprozeß mit alten traditionellen Werten und Institutionen der Gesellschaft, die eher Spannungen und Instabilität in der Gesellschaft erzeugt, als sie eindämmt, um die Rahmenbedingungen für einen gesellschaftlichen Konsens und eine friedliche Koexistenz herbeizuführen.

### 2.2.3. Die Hüter des Systems

Die Tanzimatbürokraten des 19. Jahrhunderts sahen ihr Schicksal mit dem Fortbestehen des Osmanischen Staates eng verbunden. Daher betrachteten sie als ihr einziges legitimes Recht, die Struktur und Verwaltung des Staates zu formen, um den Staat und damit ihr eigenes Schicksal zu retten<sup>77</sup>. Diese Tendenz der osmanischen Bürokraten fällt bei den Führungseliten der jungen Republik noch sichtbar ins Gewicht, da sie darüber hinaus die Republik - also einen „völlig neuen Staat“ selbst geschaffen haben. Die Gründer der türkischen Republik haben die Ideologie des Nationalismus von oben nach unten aufgebaut. So konnten sie auch die Grenzen des gesellschaftlichen Systems bestimmen. Der Staat bestimmt auch den Rahmen, in dem die kollektive Einheit des Staates nicht gefährdet wird.<sup>78</sup> Das Problem dabei war/ist folgendes: Wie und wer sollte feststellen, wann die Grenze der kollektiven Einheit der Nation überschritten ist? Welche Faktoren sollten maßgebend dafür sein, um sagen zu können, die kollektive Einheit „der Nation und des Staates sei gefährdet“?

Schon bei ihrer Gründung zeigte die Türkei ein von Bürokraten beherrschtes Profil. Zum Beispiel bestand im Jahre 1920 die erste Versammlung zu 43 Prozent aus Abgeordneten

<sup>74</sup> A. Davutoğlu, Yeni Şafak, 25.03.1998

<sup>75</sup> Ebd.,

<sup>76</sup> Aytunç Altundal, „Laiklik“. 1994, S. 24

<sup>77</sup> D. Mehmet Doğan, „İhtilaller ve Müdahaleler“, (Die Militärputsche und Interventionen). Rehber Yayınevi, Ankara, 1990 S. 23

<sup>78</sup> Ç. Keyder, a.a.O., 1998, S. 34

bürokratischer Herkunft, die Abgeordneten der zweiten Versammlung (1924), die die kemalistischen Reformen durchführte, bestand sogar zu 54 Prozent aus Bürokraten osmanischer Herkunft.<sup>79</sup> Wie es I. Özel feststellte, ist „in der Türkei die Bürokratie nicht die unausweichliche Erscheinungsform der Staatsverwaltung, sondern sie ist auch das Rückrat des gesellschaftlichen Lebens.“<sup>80</sup>

Seit einem Jahrhundert ist das einzige, was unverändert geblieben ist, die Rolle der Bürokratie in der Staatsverwaltung. In einem Jahrhundert wurden politisch, ökonomisch und juristisch viele Sachen auf dem Kopf gestellt. Die Form des Staates, das Grundgesetz, die Religion, das Alphabet usw. wurde in die von den Bürokraten gewollte Richtung verändert. Unverändert geblieben ist nur die Bürokratie und deren unveränderte Mentalität. Eine Bürokratie, die von Anfang an kein Vertrauen an das Volk hat, ist Gefangene der externen Einflüsse. Ohne Hilfe, ohne exogene Unterstützung und ohne Intervention kann sie nichts zustande bringen.

### 2.2.3.a. Die Armee: Garant der Republik

Auf die Frage, ob die Armee Politik betreibt, gibt es im Falle der Türkei eine eindeutige positive Antwort. „Die Armee ist ein politisches Institut. Die Art, wie sie Krieg führt, den Frieden behält (...). Nicht nur an den Tagen, an denen sie Panzer und Flugzeugen benutzt, sondern auch an den Tagen, an denen sie aus besonderen Anlässen Militärparaden abhält, handelt sie politisch.“<sup>81</sup>

Für die demokratischen Staaten gilt der Grundsatz über die Rolle der Armee, wie er in Artikel 13 der Menschenrechtserklärung von 1776 in Virginia festgehalten ist: „Die Armee sollte sich auf jeden Fall unter dem Befehl der zivilen Herrschaft stellen und von der zivilen Macht gesteuert werden.“<sup>82</sup>

Die Einmischung der Armee in die Politik reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Ş. Mardin bezeichnet die Entmachtung des Sultans Abdulaziz des II. (1839-1876) durch eine Gruppe von osmanischen Paschas als ersten militärischen Putsch.<sup>83</sup> Die Wurzeln der „außerordentlichen Rolle“<sup>84</sup> der türkischen Armee findet man auch in der Jungtürkischen Revolution von „İttihat ve Terakki“ (Partei der Einheit und des Fortschritts), die durch einen Staatsstreich die Macht an sich riß.

In der Türkei hat die Armee eine besondere Stellung. Die Armee identifiziert sich mit der Republik, mit kemalistischen Prinzipien und mit Atatürk. Daher sieht die Armee es als ihre selbstverständliche Aufgabe an, jegliche politischen Bewegungen, die nach der Auffassung der Armee eine Gefahr für die Republik Türkei darstellen konnten, im Keim zu ersticken, oder wenn sie es für notwendig erachtet, das demokratische System aufzuheben.<sup>85</sup>

<sup>79</sup> Mehmet Turhan, „Politik Elitler“, (Die politische Eliten). Gündoğan Yay. Ankara, 1991, S.100, und İ.Cem, a.a.O., 1982, S. 294

<sup>80</sup> İ. Özel, Yeni Şafak, 22.2.1998

<sup>81</sup> Nizamettin Nazif Tepedelenlioğlu, „Asker ve Siyaset“, (Das Militär und die Politik). Bedir Yay. İstanbul, 1967, S. 7

<sup>82</sup> Zit. n: Mustafa Erdoğan, „Silahlı Kuvvetlerin Anayasal Görevleri“, (Die verfassungsmäßigen Aufgaben der türkischen Streitkräfte). Yeni Yüzyıl, 24.06.1996

<sup>83</sup> Vgl. Ş. Mardin, „Türk Modernleşmesi“, (türkischer Modernismus) 1994, S. 108

<sup>84</sup> Vgl. H. Özdemir, „Ordunun Olağandışı Rolü“, (Die außerordentliche Rolle der Armee). İz Yayınları, İstanbul 1994,

<sup>85</sup> Die ursprüngliche Aufgabe der bewaffneten Streitkräfte wird in der Dienstverordnung der Streitkräfte

Demnach ist die Dominanz der Armee in der türkischen Politik das Ergebnis der politischen Kultur der Revolution von 1908 und des kemalistischen Einparteiensystems.<sup>86</sup>

Wie S. Selek auch in seinem Werk „Anatolische Revolution“ erwähnt, besteht der erste intellektuelle Kader der Türkei aus Offizieren. Sie werden als die Repräsentanten des Fortschritts und als Vorreiter der westlichen Gedankenwelt angesehen.<sup>87</sup> Auch der Sozialwissenschaftler N. Berkes betont die Rolle der fortschrittlichen Offiziere bei der Gründung der Türkei und behauptet, wenn die Armee nicht gewesen wäre, würden die reaktionären Kräfte die kemalistischen Reformen „in einem Löffel Wasser ersticken“. Daher stellen sich die „fortschrittlichen“ türkischen Intellektuellen immer auf die Seite der Armee.<sup>88</sup>

Die Armee wurde in der Türkei zum ersten Mal in der Zeit der Menderesregierung (1954) dem Verteidigungsministerium angegliedert und damit unter zivile Regierung gestellt. „Der Staatsstreich von 1960 bedeutete für die Armee, sich auf der politischen Bühne wieder akzeptieren zu lassen, und damit verbunden war er gleichzeitig der Ausdruck für die Wiedererlangung ihrer machtpolitischen Identität“.<sup>89</sup> Allen Machtübernahmen der Armee gingen verschiedene Beweggründe wie politische Unruhen, Gewalttaten, soziale, sicherheitspolitische oder wirtschaftliche Faktoren voraus. Aber die dafür erforderliche politische Strategie der Armee hat sich nicht verändert. Das Ziel für die Armee blieb immer das gleiche: Eine politische Ordnung – unter Einbeziehung der Sonderstellung der Armee - herzustellen, in der auf die Werte des Militärs, die mit den Werten der Republik gleichgesetzt wird, Rücksicht genommen wird.

Nach jedem Staatsstreich hat die Armee das Grundgesetz so verändert, daß sie ihre Stellung in der Verfassung verstärkte und ihren politischen Einfluß vergrößerte.<sup>90</sup> So ließen die Offiziere nach dem militärischen Eingreifen von 1960 den „Nationalen Sicherheitsrat“ in der Verfassung von 1961 verankern. Sie haben damit über zivile Regierungen eine außerordentliche Macht bekommen. Der Nationale Sicherheitsrat übernimmt in der Türkei die Kontroll- und Beobachtungsinstanz über das Regime<sup>91</sup> – und zwar mit der Begründung, daß die Gefahr bestehe, daß die mit der Wahl an die Macht gekommenen politischen Parteien zur Degeneration des Regimes beitragen könnten. Um einer solchen Gefahr vorzubeugen und auch die Gefahr des Wiedereingriffs des Militärs zu verhindern, wurde als eine Vorbeugungsmaßnahme der Nationale Sicherheitsrat gegründet. Hinter der Entstehung des Nationalen Sicherheitsrates steckte eigentlich der Gedanke, daß

---

Gesetz Nr. 211 Art. 35) so beschrieben: Die Aufgabe der türkischen Streitkräfte besteht darin, „die türkische Heimat und die in der Verfassung verankerte Republik Türkei zu beschützen und zu verteidigen.“ Das Militär bezieht sich bei jedem militärischen Putsch oder bei jedem indirektem Eingriff in die Politik auf diesen in der Dienstverordnung verankerten Artikel.

<sup>86</sup> Vgl. H. Özdemir, „Rejim ve Asker“ (Das Regime und das Militär). İz Yayınları, İstanbul, 1989, S. 25

<sup>87</sup> Vgl. S. Selek, a.a.O., 1964, S.109

<sup>88</sup> Vgl. N. Berkes, „Türk Düşünce Dünyasında Batı Sorunu“, (Das Westproblem in der türkischen Gedankenwelt). Bilgi Yayınevi, Ankara, 1995, S.87-88

<sup>89</sup> Semih Vaner, „Ordu“ (Die Armee). In: Irvin Cemil/Schick/Ertuğrul/A. Tonak (Hrsg.). a.a.O., 1990, S.257

<sup>90</sup> H. Özdemir vertritt die Ansicht, daß das in der ersten Verfassung der Türkei verankerte demokratische Prinzip, „Unantastbarkeit des Parlaments“ (Überlegenheit des Parlaments) in den Verfassungen von 1961 und 1980 theoretisch wie in der Praxis aufgehoben wurde. H. Özdemir, a.a.O., 1989, S.232

<sup>91</sup> Vgl. Über die Rolle des Sicherheitsrates bei der Bestimmung der Innen- und Außenpolitik sowie der nationalen Sicherheitspolitik wird in Abschnitt 3.5.3 eingegangen werden.

die Herrschaftsklasse kein Vertrauen an die durch die Wahlen und vom Volk gewählten politischen Parteien hatte.<sup>92</sup>

Wie es in der Verfassung von 1982 in Art. 118 verankert ist, sollte der Nationale Sicherheitsrat<sup>93</sup> als Beratungsorgan unter dem Vorsitz der Staatspräsidenten fungieren. Dieser Rat hat keine Befugnis, die Aufgabe der durchführenden Gewalt zu übernehmen. Er legt lediglich den Rahmen der nationalen Sicherheitspolitik fest und empfiehlt seine Meinung in Form von Beschlüssen an die Regierung. Die Behandlung dieser Beschlüsse hat aber Prioritäten in der Kabinettsitzung.<sup>94</sup> Das eigentliche Organ, das die Befugnis hat, die nationale Sicherheitspolitik zu bestimmen, ist das Regierungskabinet, das auch gemäß Art. 117/2 des GG. für die Gewährung der nationalen Sicherheit die Verantwortung trägt.<sup>95</sup> Aber in den politischen Krisenzeiten - und die politischen Krisen werden vielmehr als Regel als als Ausnahme betrachtet - tritt das Militär an die Stelle der Zivilen und die Armee als Institution an die Stelle des Parlaments. Selbst wenn eine vom Parlament gewählte Zivilregierung die Regierungsgeschäfte übernimmt, gibt eigentlich im Hintergrund die Armee durch den Nationalen Sicherheitsrat den Ton an.

Neben ihrer politischen Verflechtung hat die Armee in der Türkei auch mit OYAK wirtschaftliche Interessen. Das Armeeunternehmen OYAK wurde im Jahr 1961 gegründet.<sup>96</sup> Es besitzt wirtschaftliche Privilegien wie z. B. Freistellung von Steuern und Abgaben. Sein jährliches Giro beträgt 5 Milliarden US \$ und es ist Teilhaber an 28 verschiedenen Unternehmen. Allein im Jahr 1997 hat es 500 Million US \$ Gewinn erzielt.<sup>97</sup> Darüber hinaus arbeiten die größten Unternehmen überwiegend mit der Armee zusammen. Die in Rente gegangenen hohen Offiziere werden bei den meisten größten Unternehmen als „Berater“ eingestellt.<sup>98</sup> So besteht zwischen den führenden Kräften, den großen Wirtschaftsunternehmen, der Bürokratie und der Armee eine enge Zusammenarbeit.<sup>99</sup>

<sup>92</sup> Vgl. H. Özdemir, a.a.O., 1989, S. 121-122

<sup>93</sup> Die ständigen und stimmberechtigten Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates sind: Ministerpräsident, Armeestabschef, Verteidigungsminister, Innenminister, Außenminister, die Kommandeure der jeweiligen Luft-, Meer- und Bodestreitkräfte und der Kommandeur der Gendarmerie. Der Nationale Sicherheitsrat tagt unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten. Er hat auch die Befugnis, den Rat zur Versammlung einzuberufen. In der Geschichte der türkischen Republik hat es nur drei zivile Staatspräsidenten gegeben. (Celal Bayar 1950-1960, Turgut Özal 1991-1993 und Süleyman Demirel 1993-2000) Abgesehen von zivilen Staatspräsidenten sind die Offiziere in der Mehrheit und dominieren im Sicherheitsrat. Entsprechend hat das Militär bei der Bestimmung der nationalen Politik und den Maßnahmen, die getroffen werden sollen, großen Einfluß. Der z. Z. amtierende Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer war der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes.

<sup>94</sup> Die Verfassung von 1982, Art. 118/3, „1982 Anayasası“. Yuva Yayınları, İstanbul 1995, S. 884

<sup>95</sup> Mustafa Erdoğan, Yeni Yüzyıl, 26.4.1996, Nach dem Grundgesetz von 1960 Art. 110, wonach für die Gewährung der Nationalen Sicherheit das Kabinet verantwortlich ist.

<sup>96</sup> OYAK (Ordu Yardımlaşma Kurumu, das Solidaritätsfonds der Armee) wurde als „Solidaritätseinrichtung der Armeeangehörige“ im Jahr 1961 gegründet und wuchs zu einem der wichtigsten und größten Unternehmen der Türkei. Es investiert in verschiedene wirtschaftliche Sektoren wie zum Beispiel in den Automobilsektor OYAK-Renault, in Petrochemie, Zementfabriken, Nahrung und die militärische Industrie.

<sup>97</sup> Gündem Gazetesi, 20 Mai. 1998

<sup>98</sup> Am 30. August 1998 zur Rente gegangene Kommandeure wurden bei verschiedenen Unternehmen als Berater eingestellt. Z.B. der Stabschef von Jendarmarie und ehemalige Vorsitzende des türkischen Geheimdienstes Teoman Koman bei der Firma NERGİS von Cavit Çağlar, Admiral der Marine, Güven Erkaya bei Kormaz Yiğit, der einen sehr schnellen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat und gegen den die Vorwürfe, mit der türkischen Mafia zusammengearbeitet zu haben, erhoben wurden und gegen ihn schließlich gerichtlich ermittelt wurde.

<sup>99</sup> Als das größte Unternehmen der Türkei „KOÇ“ im Jahr 1982 in einer sehr schweren Wirtschaftskrise

Das Problem besteht darin, daß die Armee die Bereiche, die sie unter ihrer Kontrolle bringt, als nationale Sicherheitszone ansieht und somit den Bewegungsraum der Politik automatisch einschränkt, da sie von nun an - seien sie eigentlich ideologische, politische, soziale, wirtschaftliche oder religiöse - als Bereiche betrachtet werden, welche die staatliche Angelegenheit betreffen, automatisch der Obhut der Armee unterliegen. Im dem Augenblick, in dem die Armee auch in die Politik eingreift, zerstört sie die politische Dimension und erklärt diesen Bereich als eine nationale Sicherheitszone.<sup>100</sup> Das Militär bringt dann seine Anforderungen in den Rahmen der nationalen Interessen. Wer es wagt, gegen diese Anforderungen des Militärs Kritik auszuüben, wird sofort damit bedroht, als Feind der Republik bzw. des Staates verurteilt zu werden. So erklärte der Generalstabschef Hüseyin Kıvrıkoğlu:

„Unsere Nation hat diejenigen, die unsere Republik und deren Werte angreifen, in der Geschichte als diejenigen erkannt, die während des Befreiungskrieges und den folgenden Jahren als Befürworter des Kolonialismus und als Kollaborateure der Besatzer und als Fürsprecher der Aufstände fungiert haben. Heute verstecken sich diese Intellektuellen und reaktionären Kräfte unter dem Deckmantel von Forderungen wie mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Wohlfahrt und mehr Religionsfreiheit und treten mit diesen Argumenten in Erscheinung“.<sup>101</sup>

Das Verhältnis zwischen Armee und Politik gleicht der Entscheidungsfindung in einer Aktiengesellschaft. Die Türkische Republik ist eine Aktiengesellschaft. 51 Prozent des Unternehmens gehört elitisch-etatistischen Kräften. Man kann im Unternehmen keine Entscheidung treffen, ohne die Zustimmung dieser Aktieninhaber. In den kritischen Zeiten dominieren sie die Führung. Und es kann nur das gemacht werden, was sie gesagt haben.<sup>102</sup> Mit anderen Worten ausgedrückt: „Wir sollen offen sein, in der Türkei regiert die Armee.“<sup>103</sup> Der Sprecher des Konzepts „Die Zweite Republik“ Mehmet Altan zitiert einen Satz der englischen Zeitung The Wall Street, der auch hier verdeutlichen soll, wie die Rolle und Übermacht der türkischen Armee in der Politik unumstritten auch in der Außenwelt erscheint: „Die Türkei ähnelt vielmehr einer Armee, die einen Staat hat. (...) Es sieht so aus, daß nicht die Armee ein Bestandteil der Nation ist, sondern die Nation einen Bestandteil der Armee ist“.<sup>104</sup>

### 2.3. Demokratische Gesellschaft – Demokratischer Staat

Als in den kalten November Tagen des Jahres 1989 die Massen auf den Straßen der ostdeutschen Städte „Wir sind das Volk“ riefen, wollten die Ostdeutschen ihre demokratischen Rechte haben, die ihnen mehr als 40 Jahren verwehrt worden waren. Ein System, das trotz des demokratischen Widerwillen des Volkes existieren wollte, wurde am 9. November 1989 unter der Berliner Mauer begraben. Sie haben bewiesen, daß das demokratische Prinzip „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ ihre Gültigkeit hat.

---

steckte, ließen sich die Generäle von der Staatskasse mit einem Betrag in der Höhe von 22,5 Milliarden TL Schulden ausgleichen. Diese Aktion zeigt, daß die herrschende Klasse „ihre Unternehmen“ unter die Arme griff, wenn sie in Schwierigkeiten steckten. Diese Rettungsaktion im Oktober 1982 kostete damals dem als Vizeministerpräsident amtierenden Özal u.a. das Amt. Er trat zurück, weil er die Firma mit finanzieller Beihilfe nicht retten wollte. Yavuz Gökmen, „Özal Sendromu“ (Özals Syndrom). Verso Yayınları, 2. Baskı, İstanbul, 1992, S.73-74.

<sup>100</sup> Ali Bayramoğlu, Yeni Yüzyıl 25.11.1997

<sup>101</sup> Erklärung des Stabschefs der Armee General Hüseyin Kıvrıkoğlu, Sabah, 30.10.1998

<sup>102</sup> Ali Bayramoğlu, Yeni Yüzyıl 24.03.1998

<sup>103</sup> Nacati Doğru, Sabah, 16.12.1998

<sup>104</sup> Mehmet Altan, Sabah, 27.12.1997,

Noch während des Befreiungskrieges war der von der türkischen Nationalen Großversammlung angenommene Grundsatz „Die Gewalt geht vom Volke aus“, gemessen an der politischen Situation von damals, eine sehr mutige und entschlossene Entscheidung. Erst im Anschluß an nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene außen- und innenpolitische Konjunkturen haben die Führungseliten sich an diesem Grundsatz erinnert. Man gestattete die Gründung von politischen Parteien. Nach den Wahlen vom 14. Mai 1950 konnte das Volk entscheiden, wen es an der Macht sehen wollte. Das seit 1950 teilweise gestattete Mehrparteiensystem wurde periodisch in Abständen von etwa zehn Jahren durch militärische Intervention unterbrochen. Das demokratische Grundprinzip „Die Gewalt geht vom Volke aus“ wartet immer noch auf seine volle Anwendung mit allen seinen dazugehörigen Institutionen, Organisationen und Freiheiten in der Türkei.

Etymologisch bedeutet „Demos“ in der griechischen Antike „das Volk“ und „Kratos“ zusammen. Heute wird Demokratie als „gemeinsam Regieren“ oder „die Herrschaft des Volkes“ verstanden. Von Heradot, der den Begriff Demokratie als erster benutzte, bis Aristoteles haben die griechischen Philosophen vielmehr die Herrschaftsstruktur und die Charakteristika der Herrschaftsform als die demokratische Gesellschaft unterstrichen.<sup>105</sup> Heute pendeln die demokratischen Formen zwischen repräsentativer parlamentarischer Demokratie und politischer Partizipation, die ein ideales Modell darstellt aber noch nicht realisiert worden ist.

Die Beschaffenheit der Kriterien, die heute in einem demokratischen System vorhanden sind, würde uns einen Maßstab dafür geben, inwieweit sich das demokratische System der Türkei mit den Grundregeln eines demokratischen Systems vergleichen läßt. In einem demokratischen System ist die erste Grundvoraussetzung die Legitimation des Herrschaftssystems durch das Volk.<sup>106</sup>

In einer demokratischen Gesellschaft ist eine miteinander konkurrierende, unterschiedliche Interessensvielfalt der gesellschaftlichen Gruppen legitim. D.h. die Struktur eines demokratischen Gesellschaftssystems ist heterogen. M. a. W.: „Wo das Herrschaftssystem autonom legitimiert ist, ist auch das Regierungssystem pluralistisch organisiert.“<sup>107</sup> In einem demokratischen System genießt das Recht höchste Priorität. Das Rechtssystem ist die Grundlage für eine demokratische Ordnung. Es hat einen Eigenwert und kann nicht nach eigenem Willen der Herrschenden umgeändert oder aufgehoben werden. Kurzum: In einem demokratischen Staat gelten u.a. die Freiheit des Volkes, das Gleichheitsprinzip, politische Partizipation, das Prinzip der Herrschaft der Mehrheit bei gleichzeitigem Garantieren der Rechte der Minderheiten, Toleranz, Religionsfreiheit, fundamentale Menschenrechte, Gewaltenteilung, Gerechtigkeitsprinzip, Volkssouveränität und das Wahlrecht als unumstrittene Eigenschaften.

Alexis de Tocqueville charakterisierte das Wesen der Demokratie nicht auf der Grundlage der Strukturen der Verfassungsordnung oder Verfahrensweisen in den politischen Organisationen, sondern auf der Grundlage der anthropologischen Voraussetzungen. Nach Tocqueville ist das Bild, das der Mensch von sich selbst macht, die konstruktive Grundlage des demokratischen Zeitalters: „Der Mensch strebe in dieser Epoche mit Leidenschaft nach

---

<sup>105</sup> Fritz Wilmar, „Demokratie/Demokratietheorie“. In: Dieter Nohlen (Hrsg.) „Wörterbuch Staat und Politik“. München, 1991, S.71

<sup>106</sup> Vgl. Eckhard Jesse, „Typologie politischer Systeme der Gegenwart“. In.: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1993, S. 171-173

<sup>107</sup> Ebd., S. 172

Freiheit und suche zugleich die Anerkennung durch die Gleichheit mit anderen.“<sup>108</sup> Eine schlechte oder gute Demokratie hänge von den Sitten und der Einstellung der Menschen gegenüber der Demokratie ab. Mit anderen Worten: Es ist nicht wichtig, ob ein Staat den Beinamen Demokratie hat oder nicht. Wichtig ist dabei, inwieweit sich die Menschen den Kriterien der Demokratie gegenüber verbunden fühlen und in welchem Maße sie bereit sind, für eine demokratische Ordnung Verantwortung zu tragen und die demokratischen Prinzipien im Staats- und Gesellschaftsleben praktizieren. Vor allem gehört nach Tocqueville zum Wesen „der demokratischen Regierungen, daß die Macht der Mehrheit unbedingt gilt; denn außerhalb der Mehrheit hält in der Demokratien nichts stand. (...) Sehe ich, daß irgendeiner Macht das Recht und die Befugnis, alles zu tun, eingeräumt wird (...), so sage ich: Hier ist der Keim zur Tyrannei.....“<sup>109</sup>

Im 19. Jahrhundert glaubte Tocqueville in Amerika „ein Bild der reinen Demokratie“ gesehen zu haben. Wenn wir von modernen Demokratien sprechen, meinen wir damit die westlichen Gesellschaften. Fukuyama sah darin das Ende der Geschichte, da das System der liberalen Demokratie die letzte Station sei, die die Menschheit erreichen könnte. Im Westen dagegen wird weiter über Demokratie, d. h. das Post-Demokratische Zeitalter, diskutiert. „Neu ist 'im Westen' auch zu thematisieren, daß die Demokratie kein absoluter Wert und Zeitpunkt sein kann, sondern der Weg ist, um den Rechtsstaat, die Majestät des Rechts, zu sichern und zu legitimieren.“<sup>110</sup> Demnach rührt die Bedeutung der Demokratie nicht daher, daß die Demokratie einen absoluten Wert darstellt, sondern daher, daß sie der Weg ist, um den Rechtsstaat zu sichern und zu legitimieren.

In der heutigen Zeit bezeichnet sich praktisch jeder Staat als „Demokratischer Staat“, selbst wenn er von einer Diktatur regiert wird, denn „das 20. Jahrhundert scheint nur noch die Demokratie als legitime politische Ordnung anzuerkennen (...)“<sup>111</sup>. In den Entwicklungsländern werden die einzelnen Elemente des klassischen westlichen Demokratiekonzepts an die örtlichen kulturellen Gegebenheiten angepaßt. In manchen Ländern werden aber diese demokratische Prinzipien entweder formal angepaßt oder innerlich bis zur Unkenntlichkeit verändert.

Im Bewußtsein dessen, daß selbst die westliche Demokratien sich noch im „Prozeß der Demokratisierung“ befinden, gelten im zeitgenössischen Demokratieverständnis folgende Kriterien als Maß für ein System, das einer demokratischen Gesellschaftsordnung entspricht:<sup>112</sup>

1. Die Kontrolle der politischen Entscheidungen der Regierung wird von der Verfassung gewählten Vertretern anvertraut.
2. Die Vertreter werden in periodischen, fairen, freien Wahlen vom Volk gewählt und abgewählt. Es wird kein Zwang ausgeübt.
3. Als Erwachsener hat jeder das Recht zu wählen und für Ämter zu kandidieren, deren Besetzung durch die betreffenden Wahlen ansteht.

<sup>108</sup> Ludger Kühnhard, „Die Zukunft der Demokratisierung“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.). 1995, S. 177

<sup>109</sup> Zit. n.: Franz Neumann, „Demokratiethorien – Modelle zur Herrschaft des Volkes“ In: Franz Neumann (Hrsg.). „Handbuch Politische Theorien“. Bd. 1. Zweite überarbeitete und erweiterte Auflage Leske-Budrich, Opladen, 1998, S. 5

<sup>110</sup> L. Kühnhard, a.a.O., 1995, S. 182-83

<sup>111</sup> Entnommen aus: E. Jesse, a.a.O., 1993, S. 170, Fußnote 17

<sup>112</sup> Vgl. Robert. A. Dahl, entnommen aus: Ernst-Otto Czempel, „Der Zusammenhang von Selbstbestimmung, Demokratisierung und Freiheit“. In: „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Mittler Verlag, Hamburg- Berlin- Bonn, 1999, S. 81

4. Die Bürger besitzen ein von der Verfassung garantiertes Recht auf Meinungsfreiheit, besonders politische Meinungsfreiheit, das die Kritik an den Vertretern, den Entscheidungen der Regierung, dem herrschenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen System und an der herrschenden Ideologie einschließt.
5. Sie haben Zugang zu alternativen Informationsquellen, die weder von der Regierung noch von irgend einer anderen Gruppe monopolisiert werden dürfen.
6. Sie haben ein geschütztes Recht, unabhängige Vereinigungen zu gründen, oder Mitglied der Vereinigungen zu werden, eingeschlossen politische Vereinigungen wie etwa politische Parteien und Interessengruppen, die durch die Bewerbung um Mandate und durch andere friedliche Mittel im Rahmen der Verfassung versuchen, Einfluß auf die Regierung zu nehmen.

Die Modernisierungstheorien seit den fünfziger Jahren gingen davon aus, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Modernisierung und der Demokratie bestehen würde. Gegen diese Theorie hat Guillermo O'Donnell die These vertreten, daß in den Ländern der Dritten Welt zwar in der ersten Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Tendenz zur Demokratisierung festgestellt werden kann, aber danach anstelle der Demokratisierung „ein bürokratisches autoritäres Regime“ trat.<sup>113</sup> Wenn wir Staaten in Fernost wie Südkorea, Indonesien, Singapur oder Malaysia betrachten, können wir sagen, daß der Wissenschaftler O'Donnell Recht hat.

Das Demokratieverständnis der Türkei trägt die Charakteristika der von Rousseau geprägten Identitätstheorie der Demokratie. Sie strebt nach einem einheitlichen Volkswillen und einem vorgegebenen Gemeinwohl. Die identitätstheoretische Demokratie leugnet die Legitimität von Interessenkonflikten und betrachtet das Volk als homogen.<sup>114</sup> Nach dieser Theorie geht es um die Abschaffung der Differenz zwischen den Herrschenden und Beherrschten. „Der Versuch nämlich, die Einheit des Staatsvolkes herzustellen, sie aufrechtzuerhalten und die unterschiedlichen Interessen zwecks Sicherung der Gleichheit zu unterdrücken, schlägt im Extremfall in totale Herrschaft um.“<sup>115</sup> „Der Führer“ bzw. die Herrschaftseliten geben die Richtung an, in die das Volk gehen sollte, und setzen ein von ihnen als richtig empfundenes Konzept des Gemeinwohls in die Praxis um. In einer solchen „totalitären Demokratie“<sup>116</sup> sollen die Menschen gezwungen werden, da ihr Glück bzw. ihr Wohlergehen zu suchen, wo die Finger der herrschenden Klasse hinzeigen.

### 2.3.1. An welcher „Haltestelle“ befindet sich die Demokratie der Türkei?

Nachdem die türkische Republik gegründet worden war, trugen die politischen Winde, die sowohl aus dem Osten als auch aus dem Westen wehten, nicht den Charakter eines demokratischen Systems. Die herrschenden totalitären Ideologien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ließen es nicht zu, daß sich ein globales Demokratieverständnis entwickelte. Auch die Türkei blieb von diesem ideologischen Wind nicht verschont. Es wurde sogar so übertrieben, daß man behauptete, daß sowohl der Nationalsozialismus in Deutschland als auch Faschismus in Italien nicht anderes sei als kleine Veränderungen des Kemalismus.<sup>117</sup>

<sup>113</sup> Ç. Keyder, a.a.O., 1998, S.10

<sup>114</sup> E. Jesse, a.a.O., 1993, S. 173,174

<sup>115</sup> Ebd., S.174

<sup>116</sup> Ebd., S.174

<sup>117</sup> Der Rechtsprofessor und wichtigster Denker der türkischen Revolution, der Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei und Finanzminister Mahmut Esat Bozkurt, behauptete dies in seinem

Während die Führungseliten eine Politik verfolgten, wonach für die Erziehung der türkischen „Massen“ die Erziehungsmethoden der Sowjetunion und das Wirtschaftsmodell der faschistischen Kooperation vorgesehen wurde, wurde gleichzeitig die liberale Demokratie als ein Ordnungsfeind bezeichnet, die die Massen gegeneinander aufhetzt, und als ein Boden betrachtet, auf dem Unkraut wächst. Statt dessen war eine auf Liebe und Glauben basierende disziplinierte Einheit vorgesehen. Dieser Gedanke spiegelte sich, wie (im Nationalsozialismus) in der Losung „eine Partei, eine Nation, ein Führer“ wider.<sup>118</sup>

Wenn wir auf den Demokratisierungsprozeß der Türkei zurückblicken, so stellen wir fest, daß die Demokratie nicht eingeführt wurde, weil das Volk (wie 1989 in der DDR) darauf bestand: „Wir sind das Volk, gerade deswegen haben wir das Recht, unsere Zukunft selbst zu bestimmen.“ In der Türkei wurde der Übergang zur einem Mehrparteiensystem nicht gemäß dem Willen des Volkes vollzogen, sondern es war, bedingt durch die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene politische Konjunktur, von den westlichen Staaten beinahe erzwungen worden.<sup>119</sup>

In der Türkei wird das parlamentarische System in dem Maße gestattet, wie es die Form bewahrt, in der die politische Richtung der herrschenden Kräfte bzw. Ideologie unterstützt wird. Darüber hinaus ist in der Türkei die Judikative genauso wie die Legislative unter der Kontrolle der Exekutivgewalt. Doch was mit Exekutive gemeint ist, ist nicht die Regierung. Die Regierung spielt auf der Bühne nur die Rolle einer Statistentätigkeit, die ihr übertragen wird. Die eigentliche Exekutive sind die herrschenden militärisch-zivilen Bürokraten<sup>120</sup>, die den Anspruch erheben zu bestimmen, in welchem Maße und in welche Richtung sich die Gesellschaft mit ihren politischen, religiösen, kulturellen Institutionen bewegen darf.

Das Regime in der Türkei wird von Wissenschaftlern und Autoren sehr unterschiedlich definiert. Es wirt von „formaler Demokratie“, Jakobinischer Republik<sup>121</sup>, dem Bonnapartismus<sup>122</sup> oder dem Prätorianischen Regime<sup>123</sup> gesprochen. Wenn wir uns alle

Buch „Atatürks Revolution“. Entnommen aus.: Oğuz Ünal, „Türkiye’de Demokrasinin Doğuşu” (Die Geburt der Demokratie in der Türkei). Milliyet Yayınları, İstanbul, 1994, S. 61

<sup>118</sup> Vgl. F. Ahmad, a.a.O., 1995, S. 101

<sup>119</sup> D. Avcioğlu, a.a.O., 1982, S. 515-516

<sup>120</sup> C. Çandar, Sabah, 17.1.1998

<sup>121</sup> Der Soziologe Taha Akyol verwendet diese Bezeichnung und beschreibt, wie Jakobinismus in der Türkei verstanden wird: „Im Jakobinismus ist der Bürger kein politisches und rechtliches Subjekt, das universell gültige, gleiche Rechte besitzt. Das Recht wird ideologisch definiert. Daher sollte das Recht unter den Befehl der Jakobinischen Republik gestellt werden. Nach dem Jakobinismus gibt es keinen anderen Bürger als den Republikaner. Die anderen, das heißt „Königsanhänger (...) sind in den Augen der Jakobiner nicht anderes als Fremde oder besser gesagt nicht anders als Feinde (...). In dieser Version des Jakobinismus heißen sie (die Bürger) nicht mal Menschen“. (Er weist dabei auf ein Zitat von Yekta Güngör Özden hin, dem ehemaligen Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, der aus verschiedenen Anlässen sagte, daß die Menschen, die das Laizismusprinzip nicht akzeptierten, nicht einmal Mensch seien“ (der Verf.). Taha Akyol, „Cumhuriyet ve Hukuk“ (Republik und Recht). Milliyet, 23.11.1997, der Rechtswissenschaftler Mümtaz Soysal vertritt die These, daß die Grundsätze der kemalistischen Ideologie, die bewahrt werden sollten, zugleich für den jakobinischen Charakter der türkischen Republik zuständig seien, entnommen aus: Emre Aköz, Gazete Pazar, 11.10.1998

<sup>122</sup> Der Begriff Bonnapartismus wird als bürokratische Vormundschaft bezeichnet. Darunter wird ein Herrschaftssystem verstanden, das im Anschein der Überparteilichkeit und Klassenlosigkeit die Interessen einer bestimmten Gruppe bzw. Elite bevorzugt. Die Armee als eine intellektuelle Kraft übernimmt die Rolle der bürokratischen Vormundschaft. In der Türkei wird der Bonnapartismus von der Republikanischen Volkspartei und dem Militär repräsentiert. H. Özdemir, a. a. O., 1995, S.241, Fußnote 11.

<sup>123</sup> Der Begriff, der das türkische Regime definiert, heißt militärische Republik. Über längere Zeit betrachtet,

diese Definitionen vor Augen halten, können wir die Grundlagen des Staatssystems der Türkei so zusammenfassen:

Name des sozialpolitischen Modells: Totalitarismus  
 Philosophie bzw. Weltanschauung: Positivismus  
 Ideologie: Republikanischer Jakobinismus  
 Methode: kartesianischer Rationalismus<sup>124</sup> (Gesellschaftsarchitektur)

Aus der demokratischen Perspektive betrachtet ähnelt die Türkei zwar nicht dem klassischen orientalischen Herrschaftssystem, aber es wird die schlechteste Erscheinungsform der westlichen Demokratie angewendet.<sup>125</sup> Mit anderen Worten existiert in der Türkei eine imaginäre Vormundschaftsdemokratie. Deshalb konnten die herrschenden Kräfte, repräsentiert durch das Militär und Bürokratie, mit der Spitze des Bajonetts auf „Reset“ drücken und den Demokratiesierungsprozeß von vorne anfangen, und keiner versuchte die demokratische Ordnung aufrechtzuerhalten.

Dem türkischen Volk fehlt das demokratische Bewußtsein. Traditionsgemäß kennt der größte Teil der türkischen Bevölkerung keine Opposition gegenüber der bestehenden Ordnung. Für sie hat der Staat die Funktion eines Vaters wie in einer Familie. Das heißt man bezeichnet den Staat als „Vater“. Und sich gegen den Vater aufzulehnen und Forderungen zu stellen, kommt gemäß der türkischen Tradition nicht in Frage. Es fehlt dem türkischen Volk die demokratische kulturelle Grundlage, die Verantwortung zu übernehmen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, weil der „Vater-Staat“ für sie diese Verantwortung immer übernommen hat. Gerade auf die „Vaterfigur“ baut das Regime aber sein System auf. Die Gesellschaft reagiert nicht aktiv, sondern verhält sich eher passiv, bis ihr die Möglichkeit gegeben wird, sich durch die Wahl zu äußern. Das Volk zeigt seinen Unmut nicht, bis die Herrschenden vor ihm die Wahlurnen hinstellen. Diese Verhaltensweise des Volkes ließ sich bei allen ersten freien Wahlen nach militärischen Interventionen bestätigen. Das Volk hat immer die politische Partei an die Regierung gewählt, die das Militär nicht wollte. Sonst kann man nicht verstehen, warum die Wähler im Jahr 1982 die von den Militärs bestellten Verfassung mit überwältigender Mehrheit (91,37 %) angenommen aber bei den ersten freien Wahlen mehrheitlich für die Mutterlandspartei von Özal gestimmt haben, (45,15 %) obwohl der Staatspräsident Evren kurz vor den Wahlen im Oktober 1983 eine Wahlempfehlung für die von einem Ex-General angeführte Nationale Demokratische Partei (MDP) ausgesprochen hatte.

Es gibt gute Gründe dafür, hinsichtlich der Zukunft der Demokratie in der Türkei optimistisch zu sein. Im Vergleich zu den Nahoststaaten ist in der türkischen Gesellschaft – trotz aller Einwände - eine demokratische Tradition entstanden. Trotz der provokanten Aktivitäten der radikalen Gruppen von allen politischen, ethnischen und religiösen Strömungen stehen breite Bevölkerungsteile diesen radikalen Bestrebungen distanziert gegenüber. Die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen leben miteinander zusammen und versuchen, das alltägliche Leben gemeinsam zu bewerkstelligen. Dieser Wille des Zusammenlebens, der in der Gesellschaft zwar unsichtbar, aber stark vorhanden

---

wird diese Begriffsbestimmung unzulänglich. Aber es gibt viele Menschen in wichtigen Positionen, in zivilen Dienststellen, Behörden, Universitäten, Belegschaften und Bürokratie, die sich mit der Armee identifizieren. Daher nimmt das Regime manchmal republikanische, manchmal diktatorische Züge an. Statt „militärische Republik“ wird in der politischen Wissenschaft der Begriff „Prätorianische Diktatur“ angewendet. Ahmet Insel, „Pretoriteryen Rejim“ (Prätorianisches Regime). Yeni Yüzyıl, 22.3.1998

<sup>124</sup> M. Erdoğan, Öncü, 31.07.1997

<sup>125</sup> A. Bayramoğlu, Yeni Şafak, 5.12.1997 (Interview)

ist, ist die treibende Kraft der Demokratie in der Türkei, die von Ş. Mardin als ein Werk der gesellschaftlichen Macht bezeichnet wird.<sup>126</sup>

## 2.4. Das Laizismusverständnis des Staates

Der Terminus „Laizismus“<sup>127</sup> wurde aus dem französischen Begriff „laïcisme“ in die türkische Sprache eingeführt. Die Wurzeln dieses Begriffs kann man in der osmanisch-politisch-religiösen Tradition nicht antreffen. In der osmanisch-islamischen Tradition, sowohl in der religiösen als auch staatlichen Gedankenwelt, existierte der Religion-Staat-Dualismus nicht. Die Einheit von Religion und Staat war als eine natürliche Form angesehen worden. Es gab keine Bedenken, keine Meinung darüber, daß die beiden separat oder autonom sein würden.<sup>128</sup>

Der Begriff „Laizismus“ ist griechischen Ursprungs und wurde von „Laos“ (Volk) abgeleitet. „Laikos“ bedeutet „einer vom Volk“. So gesehen bedeutet Laizismus nicht „antireligiöser Mensch“, sondern „Individuum, das außerhalb der Institution Kirche steht“<sup>129</sup>.

Der Laizismus ist ein Kind der Renaissance katholischen Stils und italienischen Ursprungs. Der politische Aufstieg des Laizismus war hart und unnachsichtig - genauso wie der seines Kontrahenten Katholizismus. In Frankreich, wo der Laizismus seinen politischen Kampf ausgetragen hat, findet man – wie in der westlichen Kultur – die härteste und unnachsichtigste Anwendung des Laizismusverständnisses.<sup>130</sup>

In der modernen Auffassung macht der laizistische Staat keine Unterschiede aufgrund der Religionszugehörigkeit seiner Bürger. Der Laizismus bedeutet weder die Unterdrückung der Religion und religiösen Menschen durch den Staat, noch bedeutet dies, daß das Rechtswesen von keiner Religion beeinflusst werden kann. Besonders in einem demokratischen Staat ist nicht denkbar, daß ein Staat gegenüber den Anforderungen seiner Bürger, die von ihrem Glauben geprägt werden, unberührt bleibt. Es ist durchaus möglich, daß ein pluralisch-demokratisches System manchmal religiös- gesellschaftlicher Rituale im Rahmen der Gesetzmäßigkeit betrachtet.<sup>131</sup>

Die Geschichte des Laizismus in der Türkei ist gleichzeitig die Geschichte der Verwestlichungsbestrebungen der Türkei. Denn der Laizismus ist kein Produkt, das durch eine eigene kulturelle und soziale Dynamik entstanden ist. Er ist das Ergebnis eines mehr als zweihundert Jahre andauernden politischen Prozesses. Darüber hinaus wurde der Begriff in der türkischen Sprache in einer etwas verfremdeten Weise eingeführt. Diese

<sup>126</sup> Ş. Mardin, „Türk Modernleşmesi“, 1994, S.110

<sup>127</sup> Mit der Renaissance gewann die Idee an Gewicht, daß die Religion (Christentum) Gewissenssache des Menschen sei. Sie solle nicht ins Weltliche eingreifen, denn solange die Kirche als Legitimationsquelle dient, würde es nicht möglich sein, die Weltliche zu legitimieren. Da die Legitimation des Weltlichen nicht mit der Kirche zu vereinbaren war, würde dies entweder „trotz der Kirche“ oder „außerhalb der Kirche“ geschehen. Die zweite Version beinhaltet eine Legitimation des Weltlichen „innerhalb und mit der Kirche“ zusammen. Die erste wird als Laizismus, die zweite als Säkularismus bezeichnet. Durmuş Hocaoğlu, „Laiklikten Milli Sekularizme – Laiklik Sorununun Felsefi Çözümlemesi“ (Vom Laizismus zum nationalen Säkularismus – eine philosophische Analyse des Laizismusproblems). Selçuk Yayınları, Ankara, 1995, S. 118

<sup>128</sup> N. Berkes, a.a.O., 1978, S.115

<sup>129</sup> D. Hocaoğlu, a.a.O., 1995, S. 88

<sup>130</sup> Ebd., 1995, S. 119

<sup>131</sup> M. Erdoğan, Öncü, 21.05.1997

Faktoren führten im Verständnis und auch in seiner Anwendung in der Türkei zu Mißverständnissen.<sup>132</sup>

Im Osmanischen Reich hatte der Islam eine doppelte Aufgabe. Für die Staatsführung fungierte er als Verbindungsinstrument mit dem Volk, für die Bevölkerung bot der Islam die Alternative zur Verwaltungsform des Staates und fungierte als Stoßdämpfer gegenüber dem Beamtentum.<sup>133</sup> Die Religion war eine gesellschaftliche Institution, die die Bevölkerung mit osmanischer Herrschaft verband. Sie hatte die Aufgabe die kulturelle Infrastruktur im Osmanischen Staat aufzubauen, die die Ideale der Menschen legitimierte. Aber die Religion war gleichzeitig der Kernpunkt eines breiten Sozialisationsprozesses in der Gesellschaft.<sup>134</sup>

In der Satzung der Republikanischen Volkspartei (RVP) von 1931 wurde die Religion als „eine Sache des Gewissens“ bezeichnet, und daraus schlußfolgernd fand die Definition des Laizismus Zustimmung, wonach der Staat im religiösem Leben gar keine Rolle übernehmen sollte. Die Parteiführer erklärten ausdrücklich, daß sie das Prinzip des Laizismus nicht als Areligiösität gedacht hätten, weil die Durchführung der religiösen Rituale den Schutz der Verfassung genießen würden. Im Jahr 1937 wurde dann das Prinzip Laizismus mit den anderen fünf kemalistischen Prinzipien in der Verfassung verankert. Aber trotz der Beteuerung wurde das Laizismusprinzip von der Republikanischen Volkspartei (RVP) so interpretiert, daß die Regierung bzw. der Staat das Recht habe, in das religiöse Leben seiner Bürger einzugreifen.<sup>135</sup> Diese harte Einstellung des Staates in den vierziger Jahren läßt sich an einem Beispiel verdeutlichen: Als ein Autor, Eşref Edip, ein Buch mit dem Titel „Mohammed“ veröffentlichte, wurde das Buch sofort verboten mit dem folgenden Argument des Innenministeriums: „Wir sind nicht dafür, daß - aus welchen Gründen auch immer dies sein mag- innerhalb des Landes durch Veröffentlichungen mit religiösem Inhalt eine religiöse Atmosphäre geschaffen wird, die ein geistliches Saatgut für die Jugendliche sein soll.“<sup>136</sup>

Ş. Mardin vertritt die Ansicht, daß in der Türkei die Bedeutung des Laizismus nicht nach seiner Definition bewertet wird, sie wird mit den fundamentalen Ziele der Republik in Verbindung gebracht.<sup>137</sup> Eines von diesen Zielen war die Notwendigkeit, innerhalb der türkischen Gesellschaft einen sozialisationsfördernden und -verstärkenden Grundsatz zu finden. Als zweites sollte unter den Türken das soziale Bewußtsein gefördert werden. Im Hinblick auf diese beiden Faktoren wurde der Islam in dem Maße abgelehnt, wie er dafür als mangelhaft oder ungenügend angesehen wurde. Da der Islam nicht diesem Ziel – Verwestlichung der Gesellschaft - dienlich sein konnte, wurde er in das „Gewissen“ des Menschen verdrängt. Die Religion war von nun an zur persönlichen Gewissenssache des Individuums geworden. Das Bewußtsein der neuen Türken sollte in der Zivilisation des Westens Wurzel schlagen, die von Atatürk als die einzige Quelle des ganzen Wissens und gesellschaftlichen Verhaltens anvisiert worden war.<sup>138</sup>

<sup>132</sup> N. Berkes, a.a.O., 1978, S. 15

<sup>133</sup> Ş. Mardin, „Türkiye’de Din ve Siyaset“, 1993, S.160

<sup>134</sup> Ebd., S. 160

<sup>135</sup> Ebd., S. 99

<sup>136</sup> Zit. n.: Dücani Cündioğlu, Yeni Şafak, 07.10.1998

<sup>137</sup> Deshalb werden die gesetzlichen Veränderungsbestrebungen, die Bekleidungs Vorschriften, die es u.a. ermöglichen sollten, daß Studentinnen mit Kopftuch die Universitäten besuchen können, als Verrat am Laizismusprinzip und als Untergang des kemalistischen Staates betrachtet. Dagegen protestieren auch die Lehrkräfte der großen Universitäten, unter dem Motto „Aktionstag für den Laizismus“, um den laizistischen modernen Staat zu unterstützen. Milliyet, 14.11.1990

<sup>138</sup> Vgl. Ş. Mardin, „Din ve Siyaset“, 1993, S. 68

In der Gründungsphase der Türkei führte die Absicht, die westlichen Normen in die Gesellschaft einzuführen, zur Vertreibung der geschichtlichen Werte und Normen aus dem gesellschaftlichen Leben, die einem „Genozid der Geschichte“ gleichkam.<sup>139</sup> Daher wird in der Türkei die Einflußnahme des Islams mit der Gefährdung der bestehenden Ordnung oder der nationalen Integrität verbunden. Aber es hindert die Staatseliten nicht daran, - wenn sie es brauchen - die Religion für ihre Machtausübung zu instrumentalisieren. Als die Militärs die Regierung der Demokratischen Partei unter Ministerpräsidenten Adnan Menderes am 27. Mai 1960 durch einen Putsch mit der Begründung entmachteten, die kemalistischen Reformen gegen die „reaktionär-islamische Gefahr“ zu verteidigen, haben sie dabei nicht vergessen, für die Verfassung, die sie machten, eine Fetwa (Urkunde) vom Amt für Religiöse Angelegenheit zu nehmen, die bezeugen sollte, daß die Verfassung den Grundsätzen der islamischen Regeln nicht widerspreche.<sup>140</sup>

Die unnachgiebige Interpretation des Laizismusprinzips des Staates war nicht nur ein Grund für die periodisch durchgeführten Militärputsche. Von besonderer Bedeutung für das Weiterbestehen des Laizismus sind der neue Status und die Rolle der Menschen in der Gesellschaft, die durch das laizistische System entstanden sind. Die Eliten (Politiker, Bürokraten, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Ärzte, Verwaltungsbeamte) sehen ihren wirtschaftlichen und sozialen Vorteil im Weiterbestehen und in der Bewahrung des Laizismus, wie er angewendet wird. Das Laizismusprinzip, das von breiten Teilen der türkischen Intellektuellen Unterstützung findet, bildet das Fundament des Grundgesetzes der türkischen Republik. Von seiner ideologischen Auffassung her hat das System das Ziel, die Religion aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Dies führt dazu, daß der Staat den Rahmen der Religiösität des Individuums bestimmt. Das heißt, die Menschen können den Grad ihres Glaubens nicht nach ihrem eigenen Ermessen und Gefühl ausüben, sondern sie dürfen in dem Maße Gläubige werden, wie es das Laizismusverständnis des Staates es für notwendig hält.<sup>141</sup> Dies führt zu politischen Spannungen innerhalb der Gesellschaft. Der Grad der Anwendung der Laizismusprinzips in der Öffentlichkeit wird von den zivilen Regierungen unterschiedlich praktiziert.

Während der Regierungszeit von Özal wurde islamische Kleidung in den öffentlichen Einrichtungen und Universitäten geduldet. Die flexible Anwendung des Laizismusprinzips stieß auf die Kritik derer, die sich für die strikte Einhaltung des Prinzips einsetzten. So wurde das Problem der islamischen Kleidung an Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen zum Gegenstand der öffentlichen und politischen Diskussion - besonders in den Jahren 1986 und 1990. Als sich das Kopftuchproblem in der Öffentlichkeit wieder zuspitzte, sagte der damalige Vorsitzende des Verfassungsgerichts Yekta Güngör Özden, hinweisend auf die Verfassung: „Solange die der Verfassung entsprechenden Veränderungen nicht vorgenommen werden, können keine rechtliche Beschlüsse bzw. Verordnungen (des Parlaments) das Kopftuchverbot an Universitäten aufheben, die staatliche Einrichtungen sind.“<sup>142</sup> Das Parlament sieht sich außerstande, die entsprechenden verfassungsrechtlichen Veränderungen für die Aufhebung des Kopftuchverbots an öffentlichen Einrichtungen vorzunehmen.

Besonders das Tragen eines Kopftuches von Frauen wird als eine bewußte, symbolische Artikulation des politischen Islams und damit als ein Widerstand gegen das

<sup>139</sup> Vgl. H. Özdemir, a.a.O., 1995, S. 37

<sup>140</sup> Vgl. İ. Cem, a.a.O., 1982, S. 375

<sup>141</sup> A. Altındal, „Laiklik“, 1994, S. 23

<sup>142</sup> Hürriyet 02.11.1990

Laizismusverständnis des Staates angesehen.<sup>143</sup> Die Frauen, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugung ein Kopftuch tragen, sind am meisten betroffen. Ihnen wird verwehrt, eine höhere Ausbildung zu absolvieren oder in öffentlichen Einrichtungen zu arbeiten.

Die türkischen Führungseliten haben die französische Version des Laizismusmodells angenommen. Der französische Laizismus geht über das Maß des Laizismusverständnisses hinaus. Er zielt nicht nur darauf ab, die Weltliche zu legitimieren, sondern in seiner Essenz beinhaltet er die Tendenz, jegliche religiösen Erscheinungsformen aus dem gesellschaftlichen Leben zu liquidieren. Er war und ist eine militante und aggressive Staatspolitik. Diese Version des Laizismus betrachtet die Religion als eine Gefahr und eine Bedrohung für seine Daseinsberechtigung.<sup>144</sup> Deswegen wird die Kopftuchproblematik sowohl in Frankreich als auch in der Türkei als eine Bedrohung der bestehenden Ordnung empfunden, während in Deutschland z. B. dieses Problem in die Kategorie der Ausübung der religiösen Freiheit interpretiert wird und somit als ein Problem des Judikativen gilt. Da in der Türkei die starre Interpretation des Laizismusprinzips durchgeführt wird, hat diese Anwendung des Staates eine hemmende Auswirkung auf die Entfaltung der demokratischen Freiheiten und die Institutionalisierung der Demokratie. So vollzieht sich der Laizismusprozeß in der Türkei nicht in einem sozialen Rahmen, sondern die Einparteidiktatur hat ihn oktroyiert. Daher ist das System in der Türkei nicht nach dem Liberalen, sondern nach der Weltanschauung des Jakobinismus laizistisch.<sup>145</sup>

## 2.5. Die außen- und sicherheitspolitische Perspektive als Ausdruck der Identitätskrise

Das neue Ziel der Republik Türkei - in der politischen Sprache metaphorisch als „Kizil Elma“<sup>146</sup> („goldener Apfel“) bezeichnet - war seit ihrer Gründung eine Verwestlichung. Die Reformen, die zwecks Westorientierung auf der sozialen und gesellschaftlichen Ebene vollzogen wurden, sollten auch entsprechend in der Außenpolitik in die Tat umgesetzt werden. Innerhalb des „Nationalen Eids“ (Misak-i Milli), der die Grenzen der heutigen Türkei bestimmte, gab es keinen Platz - weder für eine pan-islamische Politik noch für eine turanische Politik. Die von O. Sander als „Sättigung“ bezeichnete türkische Außenpolitik war das Ergebnis eines Nationalismus, der innerhalb der Misak-i Milli-Grenzen endete.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen während der Gründung der Republik und die außenpolitische Ziele wurden als Bestandteile einer Einheit angesehen, die sich gegenseitig ergänzt haben.

Seit ihrem Bestehen wurden in der türkischen Außenpolitik Kursänderungen vorgenommen. Diese Änderungen wirkten auch auf die innenpolitische Struktur der Türkei aus. Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Zweiten Weltkrieges wurde der Nationalismus – gemäß der dominanten außenpolitischen Konjunktur – vom Führungskader unterstützt, aber die Anhänger der nationalistischen Bewegung wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von der gleichen Regierung wegen ihrer Weltanschauung ins Gefängnis gesteckt. Der Armeestabschef Feldmarschall Fevzi Çakmak wurde vom

---

<sup>143</sup> Milliyet, 31.10.1990

<sup>144</sup> D. Hocaoglu, a.a.O., 1995, S.227

<sup>145</sup> N. Göle, Interview) In: Yeni Zemin, 1. Yıl 3/93, S. 52

<sup>146</sup> Symbolisiert die außenpolitischen Ziele der Türken. Es wurde immer in Verbindung mit einem türkischen großen Nationalstaat gebracht, der den Zusammenschluß Türkistans (Turan) vorsieht.

Staatspräsident İnönü abgesetzt, weil seine nationalistische Auffassung nicht mehr mit der internationalen Konjunktur nach dem Zweiten Welt Krieg übereinstimmte. Als die Türkei ihren Wunsch nach NATO-Mitgliedschaft äußerte, ein Assoziierungsabkommen mit der EWG unterzeichnete, beim Sadabad Pakt und beim CENTO wurde sich immer wieder auf die kemalistischen außenpolitischen Prinzipien berufen. Kemalistische Identität ist sowohl bei der Intervention der Armee als auch beim Übergang zu Demokratie immer Inspirationsquelle gewesen.

Bisher ist hauptsächlich von zwei Identitätsbildungen die Rede. Wenn alle, die nicht in den Staatsapparaten sitzen, zum „Volk“ gehören,<sup>147</sup> alle aber aufgrund gemeinsamer Anerkennung der Gesetze, nach kantischer Auffassung,<sup>148</sup> die Nation darstellen, zeichnet sich ein Interessenunterschied zwischen dem Volk und den Staatseliten ab aufgrund eines divergierenden Identitätsbewußtseins. Hier wäre die Frage zu stellen, ob nationale Identität sich mit der Identität des Staates identifiziert, die ja bestimmender Faktor der außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien des Staates sein sollte. Unter dem Betriff der Identität des Staates soll hier eine Einheit, ein Bündel von Weltanschauung, Grundsätzen und Aktivitäten verstanden werden, mit denen der Staat sich identifiziert.<sup>149</sup> Aus der Sicht der Identität der modernen Türkei war geopolitisch das Osmanische Reich und sein ehemaliges Staatsgebiet „das Andere“, wohingegen nach osmanischer Weltanschauung der „Westen“, zu dem es in allen Bereichen im Gegensatz stand, „das Andere“ war. So sah die Türkei eine Vereinheitlichung in allen Dimensionen mit ihrem alten „Anderen“, dem Westen vor.

Der kemalistischen Weltanschauung gelangt es nicht, von allen Teilen der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Dieses duale System in der Türkei läßt sich auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen wiederfinden. Daher ist festzustellen, daß türkische Nation und Türkischer Staat zwei kontroverse Identitäten aufweisen. Daraus kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß es nicht die nationale Identität ist, die die Grundlagen der türkischen Außenpolitik bestimmt, sondern die türkische Außen- und Sicherheitspolitik richtet sich ausschließlich nach der Staatsidentität der Republik<sup>150</sup>, womit auch eigentlich die Identität der herrschenden Klassen gemeint ist. Die nationale Identität hat im Grunde genommen die Aufgabe, zwischen den Identitäten des Staates und der Nation eine bewußte Brücke zu bilden, wo beide Seiten auf einen gemeinsame Nenner gebracht werden. Diese „Mitte“ soll der Konsens der politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen eines pluralistisch- demokratischen Systems sein, das sich in der Außenpolitik widerspiegelt. Denn der moderne, demokratische Nationalstaat zeichnet sich durch seine Deckungsgleichheit von Staat und Nation aus. Trifft dies nicht zu, wirkt er nach außen hin als machtlos oder schwach, da er ständig zwischen der Identität der Gesellschaft und seiner eigener innen- und außenpolitischen Identität hin und her gerissen wird. Diese Schwankungen führen dann dazu, daß er seine innen- und außenpolitische identitätsstiftende Rolle nicht im entsprechenden Maße zur Geltung bringen kann.<sup>151</sup>

Aufgrund der vehement verfolgten Westorientierung und der strengen Auslegung der kemalistischen Prinzipien hat die Türkei bis in die sechziger Jahren keine

---

<sup>147</sup> I. Maus, a.a.O., 5/1994, S. 605

<sup>148</sup> Ebd., S. 607

<sup>149</sup> Şaban Çalış, „Ulus, Devlet ve Kimlik Labirentinde Türk Dış Politikası“ (Die türkische Außenpolitik im Labyrinth der Nation, des Staates und der Identität). In: Liberal Düşünce Dergisi, Kış/1999, S. 11

<sup>150</sup> Ebd., S. 11

<sup>151</sup> Hanns W. Maul, „Welche Akteure beeinflussen die Weltpolitik“. In: (K. Kaiser/H-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die Neue Weltpolitik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995, S. 304

ernstzunehmenden Beziehungen zu den islamischen Ländern entwickelt. Obwohl keine verfassungsrechtlichen Bedenken vorhanden waren, wirkte ihr Laizismusverständnis auf die Beziehungen zu islamischen Ländern und Institutionen hemmend. Daher hat sie an den Organisationen mit islamischen Ländern, die sich auf islamische Werten bezogen, kein Interesse gezeigt. Dem Beitritt der Türkei in die Islamische Weltorganisation im Jahr 1976 ging eine heftige Diskussion innerhalb der Koalitionsparteien der Regierung Demirel voraus, die die Koalition an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Demirel vertrat die Meinung, daß die Türkei wegen ihres Laizismusverständnisses einer islamischen Organisation nicht beitreten könnte. Genauso konnte sich die Türkei wegen der strengen Auslegung ihres außenpolitischen Laizismusverständnisses um die Minderheiten in Griechenland, Bulgarien und Bosnien nicht kümmern, weil diese Staaten behaupteten, sie hätten keine türkische, sondern muslimische Minderheiten.

Die im Rahmen der NATO verfolgte Außenpolitik der Türkei im Hinblick auf regionale Beziehungen wurde von den besonders islamischen Staaten als ein verlängerter Arm der westlichen Außenpolitik angesehen. Unter dem Druck der Zypernpolitik öffnete die Türkei ihre Außenpolitik gegenüber den islamischen Staaten - mit der Hoffnung, für ihre Zypernpolitik internationale Rückendeckung zu finden. Die Beziehungen zu islamischen Ländern gestalteten sich mühsam, obwohl die Türkei aus außenpolitischer Notwendigkeit heraus dort einen wesentlichen Teil der gemeinsamen Identität zu finden glaubte. Für die Türkei lag das Problem darin, daß ihre Aufrichtigkeit gegenüber den islamischen Staaten in Frage gestellt wurde. „Für einen mit seiner Gründung als säkular erklärten Staat wie die Türkei mußte es schwierig sein, sich trotz aller historischen Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten in die Riege der islamischen Staaten einzureihen, ohne permanent dem Verdacht eines lediglich mehr oder weniger klugen politischen Taktierens ausgesetzt zu sein.“<sup>152</sup>

Ferner äußert sich diese Identitätskrise in der Außenpolitik darin, daß die Türkei gegenüber kritischen Äußerungen aus der islamischen Welt ungewöhnlich hart reagiert, und zwar mit dem Argument, die Türkei sei ein souveräner und unabhängiger Staat und brauche sich daher von niemandem vorschreiben zu lassen, was sie zu tun habe. Diese Einstellung erschwert der Türkei die Aufnahme der bilateralen Beziehungen mit den Nachbarländern und wirkt sich auf die Überwindung der bestehenden Konflikte negativ aus. Dies ist u.a. bei Problemen mit den Nachbarländern (z. B. Kurdenproblem, Wasserfrage), die unmittelbar eine Sicherheitsgefahr für die Türkei darstellen und durch Verhandlungen in beiderseitigem Interesse gelöst werden müßten, der Fall. Aber gegenüber den kritischen Äußerungen aus dem Westen, die als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates betrachtet werden können, kann sie die Rhetorik des souveränen Staates nicht bedienen, sondern versucht sich zu rechtfertigen, indem auf die Besonderheiten der türkischen Gesellschaft hingewiesen wird – wohlgerne ungeachtet eines Widerspruchs zwischen der großgeschriebenen Unabhängigkeit der Türkei und den für einen EU-Beitritt gestellten Bedingungen wie Demokratisierung, Menschenrechte und Anerkennung der kurdischen Realität.

---

<sup>152</sup> Martina Einhorn, „Die Türkei im Spannungsfeld der Golfkrise“. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, (Berlin). 19(1991)6, S.1059

### 3. Die innen-und außenpolitischen Entwicklungen in der Ära Özal

#### 3.1. Die verfassungsrechtliche Stellung des Präsidenten und des Ministerpräsidenten in der neuen Verfassung

Seit der Gründung der türkischen Republik wird in der Politik das Amt des Staatspräsidenten als einer der Grundsteine der Staatsideologie angesehen. Der Staatsgründer Atatürk und auch in gewisser Weise sein Weggefährte und Nachfolger İsmet İnönü praktizierten als Staatspräsidenten die „Gipfeldiplomatie“ und bestimmten allein die Politik des Staates in allen Bereichen.

Die Staatspräsidenten der modernen Türkei waren bis 1960 sowohl bei den innenpolitischen als auch bei den außenpolitischen Entscheidungen die „Schlüsselfiguren“.<sup>1</sup> Die herausragende Position des Staatspräsidenten ist zum einen darauf zurückzuführen, daß die Tradition der osmanischen Sultane, wenn auch in einer traditionellen Herrschaftsform, die ersten Entscheidungsträger zu sein, von der jungen Republik übernommen und auf das neue System übertragen wurden. Der zweite Grund liegt darin, daß die Staatspräsidenten der Türkei nach Atatürk bis 1960, İsmet İnönü (1938-1950) und Celal Bayar (1950-1960), als engste Mitarbeiter von Atatürk das Vertrauen der Staatseliten genossen. Atatürk bezog seine Legitimität als Staatspräsident aus seiner Eigenschaft als „Retter der Türken“ im Befreiungskrieg und der Gründer der Republik Türkei. Seine Legitimität basierte vielmehr auf der charismatischen Herrschaftsform nach Weberscher Auffassung. Sie verleiht dem „Führer“ die inneren Rechtfertigungen – als „Legitimitätsgründe einer Herrschaft“, die sich in „ganz persönlicher Hingabe und das persönliche Vertrauen zu Offenbarungen, Heldentum oder anderen Führeigenschaften eines Einzelnen“<sup>2</sup> äußert. Seine charismatische Persönlichkeit war ausschlaggebend für seine Machtbefugnis und seinen Führungsstil als ein „ungewöhnlicher“ Staatspräsident. Er handelte als Retter der türkischen Nation und Gründer eines neuen Nationalstaates. Atatürk konnte die Nation, den Staat, die öffentliche Macht und die Staatsorgane in sich vereinen und genoß demnach eine uneingeschränkte Verfügungsmacht. Alle diplomatischen und militärischen Entscheidungen wurden „auf dem Gipfel der politischen Macht“ organisiert. Er führte von seiner Residenz Çankaya aus die politischen, militärischen und diplomatischen Angelegenheiten der Regierungen und der Nationalversammlung der Republik Türkei.<sup>3</sup> Er ernannte und entließ, wenn er es für notwendig hielt, das Kabinett und den Ministerpräsidenten. In seiner Eigenschaft als Staatspräsident (auf dem Gipfel seiner Macht) traf er die innen-, außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Hüseyin Bağcı, „Die türkische Außenpolitik während der Regierungszeit Menderes von 1950 bis 1960“. Dissertationsarbeit, Phil. Fak., Bonn, 1988, S. 240

<sup>2</sup> Vgl. Max Weber, „Staatssoziologie“. Johannes Winckelmann (Hrsg.), 2. Ergänzte Ausgabe, Berlin, 1966, S. 28, und S. 104 ff.

<sup>3</sup> Der dritte Staatspräsident, Celal Bayar, schildert in seinen Memoiren in einem Gespräch zwischen Atatürk und ihm, das Machtverhältnis zwischen Atatürk als Staatspräsident und dem Ministerpräsident. Als er von Atatürk zum Ministerpräsident ernannt wurde, fragte Celal Bayar nach seinen Zuständigkeits- und Aufgabenbereichen. Atatürk sagte ihm folgendes: „Die Beförderung und Pensionierung der Soldaten sind meine Arbeit. Du sollst dich auf keinen Fall in die Angelegenheiten der Armee einmischen. Außerdem liegen die Beförderungen und Ernennungen der Gouverneure und Polizeipräsidenten in meinem Interessenbereich. Misch dich nicht in die Innenpolitik ein. Die Botschaften habe ich zu bestimmen und zu ernennen. Misch dich nicht in die Außenpolitik ein. Du kannst alle außerhalb dieser Bereiche liegenden Arbeiten machen, wie du es willst.“ M. Barlas, Yeni Şafak, 18.1.2000

<sup>4</sup> Vgl. H. Bağcı, a.a.O., 1988, S.240

Eine andere (zweite) Ausprägung des Staatspräsidententums war, daß der Staatspräsident seine Persönlichkeit vor dem Amt der Staatspräsidentschaft zurücknahm, so daß durch das Amt der Staatspräsidentschaft sein persönliches Erscheinungsbild verblaßte. Die Staatspräsidenten gehörten nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 der zweiten Kategorie an. Traten im ersten Fall die charismatischen Persönlichkeiten vor dem Amtsposten stärker in Erscheinung, folgte nach 1960 eine entgegengesetzte Form der Präsidentschaft. Während der ersten Periode das Amt vor allem durch die charismatische Persönlichkeit geprägt wurde, so bestimmte nach 1960 die Macht des Staates auf der Grundlage der Verfassung die Amtsbefugnisse und das politische Handeln des Präsidenten.

Die Wahl des Staatspräsidenten wurde immer von politischen Krisen und Machtspielen zwischen der Armeeführung und der zivilen Regierung begleitet. Schon bald nach dem Tod Atatürks (1938) bahnte sich eine politische Krise darum an, wer den Platz des verstorbenen Atatürks einnehmen sollte. Damals demonstrierte die türkische Armee ihre Macht und unterstützte Ismet İnönüs Kandidatur.<sup>5</sup> Seitdem spielt die Armee bei der Wahl der Staatspräsidenten in der Türkei eine bestimmende Rolle. Schon damals war die Armeeführung der Ansicht, daß das Amt des Staatspräsidenten – als Repräsentant und „Wächter der kemalistischen Prinzipien“ - von so großer Bedeutung für die Republik sei, daß man es nicht allein der Eigeninitiative der Nationalen Großversammlung überlassen könne.<sup>6</sup>

Nach 1960, bis zur Wahl Özals zum Staatspräsidenten, stammten die Staatspräsidenten aus der Armee, hauptsächlich waren es ehemalige Generalstabschefs. Das hängt damit zusammen, daß in der Türkei das Amt des Staatspräsidenten als ein Staatsorgan betrachtet wird, das die Aufgabe hat, als Oberhaupt des Staates die Prinzipien der Republik zu schützen und ihre kemalistischen Grundprinzipien zu bewahren. Daher bleibt das Aufgabenverständnis des Organs des Präsidentialamtes - dem Anschein nach - außerhalb des politischen Feldes.<sup>7</sup> Als „gemeinsamer Kandidat“ der Armee und des Parlaments übernahm der Staatspräsident die Aufgabe, zwischen den Soldaten und der zivilen Regierung in brisanten politischen Situationen die Rolle des Vermittlers zu spielen, und fungierte als Katalysator. Sie galten als Stabilitätsfiguren der kemalistischen Staatsordnung. Erst mit Özals Wahl wurde nach mehr als vier Jahrzehnten der türkischen Geschichte ein Staatspräsident gewählt, über dessen Wahl nur allein das Parlament entschied.

### 3.1.1. Die Aufwertung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten

---

<sup>5</sup> İsmet İnönü war in den letzten Zeiten Atatürks politisch weitgehend entmachtet. Aufgrund der Meinungsverschiedenheiten waren die Beziehungen zwischen Atatürk und İnönü in den letzten Jahren abgekühlt. Der damalige Generalstabschef und ebenfalls ein „Weggefährte Atatürks“, Mareschal Fevzi Çakmak, hat eine wesentliche Rolle bei der Wahl İnönüs zum Staatspräsidenten gespielt. Er wurde mit 346 von 348 abgegebenen Stimmen am 11. 11. 1938 zum zweiten Staatspräsident der Türkei gewählt. „Die Number One der Republik“, Kanal 7 (türkisch. Fernsh.) vom 30.01.2000

<sup>6</sup> Über die Rolle der Armee bei der Wahl der Staatspräsidenten, H. Özdemir, „Ordunun Olağandışı Rolü“. İz Yayınları, İstanbul, 1994

<sup>7</sup> Zum 10. Staatspräsident der Türkei nach Demirel wurde der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Ahmet Necdet Sezer gewählt, der nicht politisch vorbelastet ist. Die Zeitung Cumhuriyet bemerkte, daß derjenige, der in Çankaya wohnt, nicht unbedingt ein Politiker sein müsse, weil der Staatspräsident den Staat präsentiere. Cumhuriyet, 7. Mai. 2000

Die Verfassung von 1982 war unter außerordentlichen Umständen vorbereitet worden. Daher war sie weit davon entfernt, als eine zivile Verfassung gelten zu können.<sup>8</sup> Die Verfassung entspricht zwar in ihren Leitlinien den Prinzipien einer demokratischen Staatsordnung, wie sie vom Europarat und seinen Organen sowie internationalen Bestimmungen als Grundlage einer demokratischen Ordnung angesehen werden. In bestimmten Artikeln der Verfassung erhalten sie jedoch Einschränkungen, die sich zum einen auf die innenpolitischen Verhältnisse aus der Sicht der Machthaber bezogen, und zum anderen jene obligatorischen Regeln beinhalten, die als unberührbare Prinzipien Atatürks festgelegt worden sind, aus denen die Republik ihre Daseinslegitimation bezieht.

In der neuen Verfassung ging es primär darum, u.a. verfassungsrechtliche Konsequenzen aus den politischen Ereignissen der siebziger Jahre zu ziehen. K. Uwe von Hassel meint dazu, daß die Generäle „neue Versicherungen“ in die Verfassung montiert hätten, um künftig unerwünschten Entwicklungen vorzubeugen.<sup>9</sup>

Bei der Eröffnung der beratenden Versammlung zur Bildung der Verfassung von 1982 wies der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Kenan Evren, auf die Grenzen des demokratischen Verständnisses hin und legte den Rahmen der neuen Verfassung fest:

„Es gibt jedoch eine nicht zu leugnende Wirklichkeit – die Situation in der Türkei vor dem 12. September. Während Bürgerrechte und Freiheiten in unbegrenztem Umfang ausgeweitet und gesichert werden, möchte ich betonen, daß bestimmte Punkte beachtet werden sollten; nämlich daß der Staat auch einige Rechte und Verantwortung für seine Existenz besitzt; daß wir nicht das Recht haben, den Staat im Namen der persönlichen Freiheit der Ohnmacht auszuliefern; daß der Staat nicht in eine hilflose Institution verwandelt werden darf, die von Verbänden regiert wird; daß das Amt des Staatsoberhauptes nicht nur Ausdruck einer rein protokollarischen Position sein kann, das Gesetze unterschreibt; daß der Staat nicht sechs Monate lang ohne Präsidenten gelassen werden darf; daß das Parlament nicht in eine Lage gebracht werden darf, in der es seine Legislativen und Überwachungsaufgaben monatelang nicht erfüllen kann; daß die Rechtssprechung die Verwaltung nicht behindert werden darf und umgekehrt, daß die Bürger nicht durch ständige Versammlungen und Straßendemonstrationen von ihren Aufgaben und ihrer Arbeit abgehalten werden dürfen; daß bestimmte Tage und Feiertage nicht zur Abhaltung von Versammlungen und Demonstrationen ausgenutzt werden dürfen; daß Parteien, die sich auf den Kommunismus oder auf religiöse Prinzipien gründen, in unserem Land nicht gegründet werden dürfen, daß - kurz gesagt - individuelle Rechte und Freiheiten nicht grenzenlos sein können.“<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Der Türkei -Reporter des Europäischen Rates, der österreichische Ludwig Steiner, ließ die türkische Verfassung von drei Rechtsprofessoren begutachten. Als Ergebnis zeigte sich, daß die Verfassung sowohl demokratische als auch undemokratische Regeln beinhaltet. In wieweit die Verfassung demokratisch sei, werde sich bei der Anwendung der Verfassung herausstellen. Ludwig Steiner (Interview) M. Ali Birand, Milliyet, 23.1.1983. Die Bonner Rundschau verglich die europäischen Demokratien mit der türkischen Verfassung und stellte fest, daß die beiden wenige Gemeinsamkeiten hätten. Als Gründe dafür gab sie an: Die Bewegungsfreiheiten der Parteien sind sehr eingegrenzt. Die Möglichkeit, die Grundrechte zu beschränken, ist zu groß. Die Militärs in Ankara haben ihre Macht (damit ) für längere Zeit garantiert. Trotzdem sei dieses autoritäre System, aufgrund der innenpolitischen Lage für die Türkei das Richtigeste. Bonner Rundschau, 9.11.1982

<sup>9</sup> K.- Uwe von Hassel, „Es gibt in der neuen türkischen Verfassung den Wunsch nach Stabilität“. Die Welt, 9.11.1982

<sup>10</sup> Zit. n.: H. Kramer, „Das neue politische System der Türkei“. SWP, Ebenhausen, 1983, S. 11

Im Vergleich zur Verfassung von 1960 hat die Verfassung von 1982 dem Staatspräsidenten eine äußerst aktive Rolle bei der Bestimmung der Innen- und Außenpolitik eingeräumt. Wobei der Ministerpräsident derjenige ist, der als Chef der Exekutive die politische Verantwortung trägt. Der Ministerpräsident hat, als Vorsitzender des Kabinetts, die Zusammenarbeit zwischen den Ministern zu koordinieren und über die allgemeine Politik der Regierung zu wachen. Der Ministerpräsident hat dafür zu sorgen, daß die Minister ihre Aufgaben im Rahmen der Verfassung und der Gesetze durchführen (Art.112). Im Gegensatz dazu hat der Staatspräsident keine politische Verantwortung, aber er ist mit umfassender politischer Macht ausgestattet. Er ernennt den Ministerpräsidenten. Obwohl der Verfassungstext offen läßt, ob er an Vorschläge der Parteien gebunden ist, hat die Erfahrung gezeigt, daß er jeden mit der Bildung einer Regierung beauftragen kann.<sup>11</sup> Er kann das Parlament auflösen und neue Wahlen ansetzen.<sup>12</sup> Der Staatspräsident beruft das Regierungskabinettt unter seinem Vorsitz ein, sofern er dies für erforderlich hält. (Art.104/b/2). Damit hat er die Möglichkeit, das Kabinettt und auch die Politik direkt zu beeinflussen. Er verkündet Notstand und in besonderen Fällen Ausnahmezustand (Art. 120) und erläßt Verordnungen mit Gesetzeskraft (Art. 104/b/10). In Fällen der Generalmobilmachung, des Notstandes und des Krieges übernimmt der Staatspräsident den Vorsitz des Regierungskabinetts (Art.122). Die Entlassung eines Ministers erfolgt durch den Staatspräsidenten auf Verlangen des Ministerpräsidenten. (Art.109/2). Eine wichtige Einflußnahme des Präsidenten ist der Staatskontrollrat, dessen Mitglieder vom Präsidenten ernannt werden. Er ist dem Präsidialamt angegliedert und führt im Auftrag des Präsidenten jede Art von Untersuchungen, Nachforschungen und Kontrollen in allen öffentlichen rechtlichen Institutionen und Einrichtungen (Art.108) durch. Er ernennt den Generalstabschef der Armee und übt im Namen der Großen Nationalversammlung der Türkei (GNVT) den Oberbefehl über die türkischen Streitkräfte aus (Art.117). Er ist der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats, in dem überhaupt die Richtlinien der türkischen Innen- und Außenpolitik bestimmt werden (Art.118). Er ernennt die Verfassungsrichter, den Vorsitzenden des Hohen Bildungsinstituts (YÖK), die Mitglieder des Bildungsinstituts und die Rektoren der Universitäten, den Hauptstaatsanwalt des Kassationshofs, des Hohen Rates, der Richter und der Staatsanwälte (Art. 104). Darüber hinaus können hohe Bürokraten in der Staatsverwaltung (wie u.a. Gouverneure), der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, der Vorsitzende des Amtes für religiöse Angelegenheiten, Vertretungen im Ausland, Staatssekretäre sowie Landräte ohne die Bewilligung des Staatspräsidenten nicht ernannt werden.<sup>13</sup> Im Gegensatz dazu vertritt der Rechtswissenschaftler Orhan Aldikacti, der die Verfassung von 1982 wesentlich mitgestaltete, die Ansicht, daß der türkische Staatspräsident nur die repräsentativen Aufgaben habe (wie im parlamentarischem System), die gegebenenfalls über eine Warnung der Politiker nicht hinausgehen würde. Trotz der verfassungsmäßigen

---

<sup>11</sup> Der Staatspräsident Demirel hat den Abgeordneten Yalim Erez, der als Abgeordneter der Partei des Rechten Weges bei der Wahl von 1995 ins Parlament kam und 1998 von seiner Partei ausgeschlossen wurde, im Jahr 1998 mit der Bildung einer Regierung beauftragt, ohne dabei auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu achten.

<sup>12</sup> Art. 116 des GG. Eine solche Entscheidung trifft der Staatspräsident erst dann, wenn nach Art. 110 dem Kabinettt vom Parlament nicht mehrheitlich zugestimmt wird, oder nach Art. 111 des GG, die Regierung durch Vertrauensvotum vom Parlament abgesetzt wird und innerhalb von 45 Tagen keine neue Regierung gebildet werden kann.

<sup>13</sup> Der Ministerpräsident Demirel hatte, um die Amtsbefugnisse des Staatspräsidenten einzuschränken, im Parlament ein Gesetz durchgefochten, das vorsah, daß der Staatspräsident bei der Ernennung der hohen Bürokraten bzw. Richter im Justizministerium umgangen werden sollte. Dieses Gesetz wurde daher „By-Pass“- Gesetz genannt. Özal hat dagegen beim Verfassungsgericht Einspruch erhoben. Elf Stunden vor seinem Tod hat das Verfassungsgericht dem Antrag von Özal zugestimmt und das Gesetz, das die Amtsbefugnisse des Staatspräsidenten einschränkte, für ungültig erklärt. Hürriyet, 19.4.1993

Aufwertung der Rolle des Staatspräsidenten habe er eine passive Rolle. Der Staat würde allein vom Ministerpräsidenten regiert. Nach Aldikacti würde in einem parlamentarischen System ein Ministerpräsident niemals Staatspräsident werden, wobei er auf die charismatische Anziehungskraft und Überlegenheit des Amtes des Staatspräsidenten hingewiesen hat.<sup>14</sup>

Durch die Verfassung wurde ein Mischsystem aus dem Präsidialsystems französischen Musters und dem Parlamentarismus geschaffen. Daraus entstand eine typische Verfassung sui generis. Auf der einen Seite der Exekutive befindet sich der Staatspräsident und auf der anderen Seite der Ministerpräsident. Dabei scheint es, daß das duale System auf der Stärke der Persönlichkeit des Staats- oder Ministerpräsidenten basiert. Wer eine starke Persönlichkeit oder die öffentliche Unterstützung besitzt, kann politisch in der Lage sein, die Zügel des Staates allein in der Hand zu halten.<sup>15</sup> Zwischen einem politisch engagierten Staatspräsidenten und einem selbstbewußten Ministerpräsidenten können Konflikte entstehen, die ein reibungsloses Funktionieren des Systems behindern können oder Unstimmigkeiten an der Spitze des Staates hervorrufen können.

Durch die Aufwertung der Stellung des Staatspräsidenten war eine Verstärkung der exekutiven Staatsgewalt beabsichtigt. Es war vorgesehen, dadurch die Rolle und die Macht des Staates insgesamt zu festigen. Damit erfüllt der Staatspräsident nicht nur als Staatsoberhaupt seine verfassungsrechtlichen Pflichten, sondern er verkörpert zugleich die Spitze der Exekutive und repräsentiert die Republik. Damit wurde auch die Republik mit dem Amt des Staatspräsidenten identifiziert. Er ist das Oberhaupt des Staates. Er verkörpert und repräsentiert in seiner Eigenschaft die Republik Türkei und die Einheit der Nation und überwacht eine reibungslose konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Staatsorganen (Art. 104). Obwohl in der Türkei die dominante Rolle des Parlamentarischen Systems erhalten blieb, wurden dem Staatspräsidenten Rechte eingeräumt, die weit über eine rein protokollarische Funktion eines parlamentarischen Systems hinausgehen. Damit sollte das von Militärs in die Wege geleitete neue politische System gefestigt werden. Mit der Annahme der neuen Verfassung von 1982 durch das Volk war auch die automatische Ernennung des Präsidenten des Nationalen Sicherheitsrates Kenan Evren zum Staatspräsidenten auf eine Dauer von 7 Jahren verbunden. Dies kann man so auffassen, daß das Militär auf der Grundlage der weitangelegten Kompetenzen des Staatspräsidenten Evren die Zeit dazu nutzen wollte, das politische System nach ihren Vorstellungen zu formen und ihren Machtansprüchen über längere Zeit Geltung zu verschaffen.<sup>16</sup> Dabei entstand der Eindruck, daß den Präsidenten betreffende verfassungsrechtliche Aufwertungen auf die Person General Evren, den Chef des Militärputsches, zugeschnitten sind.<sup>17</sup> Eine weitere Besonderheit daran ist, daß dieses duale System zugleich eine Mischung aus der ersten Phase der Republik und der Verfassung von 1961 ist. Damit haben die Generäle beabsichtigt, den politischen Spielraum eines Ministerpräsidenten einzuschränken, der nicht ganz den Erwartungen der türkischen Staatsideologie entspricht.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Orhan Aldıkacı, (Interview), Cumhuriyet, 25. April 1993

<sup>15</sup> Y. Gökmen, a.a.O., 1992, S. 77. Nach Ansicht von K.-Uwe von Hassel hat der Staatspräsident verfassungsrechtlich mehr Befugnisse als der Ministerpräsident. Die Welt, vom 09.11.1982

<sup>16</sup> Bonner Rundschau, 9.11.1982

<sup>17</sup> Es war nicht neu in der Türkei, in den Verfassungen die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten nach Persönlichkeiten festzulegen. In der ersten Verfassung der Türkei von 1924 hat es beispielsweise in der Nationalen Versammlung über die Festlegung der Aufgabenbereiche und Amtsdauer des Staatspräsidenten Diskussionen gegeben. H. Özdemir, a.a.O., 1994, S. 34-35

<sup>18</sup> So eine Situation kam während der Koalitionsregierung Erbakan-Çiller (1997-98) vor. Es war

### 3.1.2. Die verfassungsrechtliche Stellung der Staatspräsidenten Deutschlands und Frankreichs

In einem parlamentarischen Regierungssystem wie z.B. Deutschland ist der Bundestag das Organ, auf das sich alle demokratische Legitimation - abgesehen von den Bundesländern - konzentriert. Alle zentralen politischen Entscheidungskompetenzen liegen beim Bundestag. Der Staatspräsident der Bundesrepublik Deutschland hat kaum mehr als formelle und repräsentierende Aufgaben. Für den Bundespräsidenten ist die Ernennung und Entlassung der Regierungsmitglieder und Bürokraten sowie die Ausfertigung von Gesetzen nur ein förmlicher Akt. Die Funktion des Bundespräsidenten reduziert sich auf die „des Mahners, Beraters und Schlichters, gelegentlich des Kontrolleurs sowie (des Inhabers) der Legalitätsreserve. Außerdem sollten ihm sogenannte staatsnotarielle Aufgaben obliegen.“<sup>19</sup> Der Bundespräsident stellt nicht ein Gegengewicht zum Parlament dar, sondern er liegt „außerhalb des vom Grundgesetz konzipierten verfassungsrechtlichen Kräftefeldes.“<sup>20</sup> Ein politisch engagierter Bundespräsident kann nur die mit dem Amt verbundene Popularität nutzen und durch beachtete Reden auf das Gewissen der Menschen einreden und so ggf. versuchen, die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen.<sup>21</sup>

Schon im Osmanischen Reich war bei der Aneignung der westlichen Werte und Normen meistens das französische Modell als Vorbild genommen worden (vgl. zum Beispiel Laizismusprinzip, Schulsystem oder Staatsverwaltung). Auch die Präsidialbefugnisse der ersten Phase der Republik, also die der Zeit Atatürks und İnönüs, haben viel mehr Ähnlichkeiten mit dem Präsidialsystem Frankreichs, das seit ihrer institutionellen Entstehung am 4. November 1848 mehr Machtbefugnisse gegenüber dem Parlament besaß. In der Verfassung der V. Republik Frankreichs, die auf den verfassungstheoretischen Überlegungen De Gaulles basierte, kommt das Amt des Staatspräsidenten nach dem Prinzip der Volkssouveränität an zweiter Stelle. Aber die Präsidialbefugnisse, die De Gaulle dem Staatspräsident zugedacht hatte, verstärkten sich mit seiner charismatischen Persönlichkeit in vorher nicht geahntem Ausmaß.

Die Verfassung verlieh ihm eine außerordentliche und wichtige Verantwortung für die französische Republik. Als „Staatsoberhaupt und Führer Frankreichs“, wie De Gaulle es bezeichnete, ist der Präsident gemäß der Verfassung der Garant der nationalen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Einhaltung der Verträge. Art. 5 der Verfassung räumte dem Staatspräsidenten eine besondere Stellung ein, die auch den Einführungen De Gaulles entsprach. Die nachfolgenden Staatspräsidenten Frankreichs schienen damit Schwierigkeiten zu haben. Nach dem Regierungswechsel 1986 mußte Mitterrand stets die Öffentlichkeit auf seine verfassungsmäßige Stellung als Staatspräsident aufmerksam machen. Nach den Wahlen von 1986, in denen die Sozialistische Partei des Staatspräsidenten Mitterrand im Parlament die Mehrheit verloren hatte, mußte der

---

offensichtlich, daß zwischen dem nationalen Sicherheitsrat, der höchste Instanz der Republik, und Ministerpräsident Erbakan ein „Regimekonflikt“ aufgetreten war, der zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Erbakans führte (Juni 1998) E. Kongar, „21 Yüzyılda Türkiye“ (Die Türkei im 21. Jahrhundert). Remzi Kitabevi, 10. Baskı, İstanbul, 1998, S. 281

<sup>19</sup> Zit. n.: Jürgen Hartman/Udo Kempf, „Staatsoberhäupter in westlichen Demokratien“. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1989, S. 20

<sup>20</sup> Zit. n.: J. Hartman/U. Kempf, a.a.O., 1989, S. 21

<sup>21</sup> Vgl. Wolfgang Rudzio, „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1993, 2. Auflage, S. 66 und ff.

Staatspräsident eine „Cohabitation“ mit der Nationalversammlung eingehen. D.h. trotz seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse sah er sich genötigt, den Gaullisten Jacques Chirac mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Damit war er von der seit 1958 fast beinahe Tradition gewordenen Handlungsweise abgewichen, eine Person seines Vertrauens als Ministerpräsident zu ernennen. Aufgrund der Mehrheit der Gaullisten in der Nationalversammlung fand eine Machtverlagerung zugunsten des Ministerpräsidenten statt. Das bedeutete wiederum nicht, daß der Staatspräsident Frankreichs sich auf repräsentativen Aufgaben beschränkte. Er verfügt nach wie vor über verfassungsrechtlich verankerte Rechte, die mit den verfassungsrechtlichen Befugnissen des deutschen Staatspräsidenten des Parlamentarischen Systems nicht zu vergleichen sind.<sup>22</sup>

Die verfassungsrechtliche Stellung des türkischen Staatspräsidenten entspricht nicht in so großem Maße den Amtsbefugnissen eines französischen Staatspräsidenten, aber sie beschränkt sich auch nicht nur auf repräsentative Aufgaben wie in der Bundesrepublik Deutschland. Daß die Verfassungsmacher in der Türkei es ständig vermieden haben, trotz der Bereicherung der Amtsbefugnisse des Staatspräsidenten in der Verfassung festzulegen, daß er vom Volk direkt gewählt wird, dürfte damit zusammenhängen, daß sie ihre Befürchtung nicht loswerden konnten, daß „ungewünschte“ Kandidaten zu Staatspräsidenten der Türkei gewählt werden könnten.<sup>23</sup>

### 3.1.3. Staatspräsident Özal: Wendepunkt in der Demokratie der Türkei?

In seiner Abhandlung über das neue politische System in der Türkei von 1983 bemerkt Kramer, daß die durch die Verfassung von 1982 rechtliche Aufwertung des Staatspräsidenten die Parteivorsitzenden dazu veranlassen würde, selbst für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren.<sup>24</sup> Dies hätte zur Folge, daß die Präsidentenwahl in der Türkei von erbitterten Kämpfen zwischen den konkurrierenden Parteien begleitet werden würde. Die Prognose von Kramer erwies sich als richtig. Özal wollte nach dem Ausscheiden Evrens Staatspräsident der Türkei werden. Die Wahl Özals zum Staatspräsidenten wurde zugleich zu einem politischen Schlagabtausch zwischen dem Ministerpräsident Özal und anderen Parteivorsitzenden, besonders dem damaligen Vorsitzenden der Partei des Rechten Weges, Demirel. Während des Wahlgangs Özals in der Nationalen Versammlung boykottierten die anderen Parteien, die Sozialdemokratische Partei von Erdal İnönü und die Partei des Rechten Weges von Demirel, die Wahl und nahmen an der Wahl in der Nationalversammlung nicht teil. Dank der überlegenen Mehrheit seiner Mutterlandspartei konnte Özal mit 263 von 400 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt werden. Am 9. November 1989 wurde er als 8. Staatspräsident der Türkei vereidigt.

Mit der Verfassung von 1982 glaubten die Generäle ein politisches System etabliert zu haben, „in dem das Interesse des Staates die Leitlinie für das politische Handeln der Parteipolitiker bildet (...)“<sup>25</sup>, das bis zum Jahr 2000 dauern sollte. Durch die neue

<sup>22</sup> Vgl. J. Hartman/U. Kempf, a.a.O., 1989, S.79 u. ff.

<sup>23</sup> Während der Amtszeit des Staatspräsidenten Demirel wurde diese Frage in der Öffentlichkeit diskutiert.

Der Vorsitzende der zweit stärksten Partei im Parlament, Devlet Bahçeli (Partei der Nationalen Bewegung) hat es abgelehnt mit der Begründung, daß dadurch Politiker an die Macht kommen konnten, die dem Geist des Kemalismus distanziert gegenüber stünden.

<sup>24</sup> Vgl. H. Kramer, a.a.O., 1983, S.19-21

<sup>25</sup> H. Kramer, a.a.O., 1983, S. 21

Verfassung glaubten die Generäle die Republik und ihre Organe in ihrem Sinne strukturiert zu haben. Sie rechneten damit, daß immer derjenige als Staatspräsident gewählt werden würde, der ihren Vorstellungen entspreche. Aber als entgegen den Erwartungen der Verfassungsmacher ein Politiker zum Staatspräsidenten gewählt wurde (wie Özal), stellten sie mit Bedauern fest, daß sie einen Fehler begangen hatten.<sup>26</sup>

Durch seine Wahl zum Staatspräsidenten wurde auch in der türkischen Demokratie eine neue Phase eingeleitet. War nach Ansicht Kramers mit den Parlamentswahlen von November 1983 die Übergangszeit zur zivilen Herrschaft, nicht jedoch die Übergangszeit zu einer neuen Demokratie geschaffen worden,<sup>27</sup> markierte die Wahl Özals zum Staatspräsidenten einen neuen Wendepunkt in der Demokratie der Türkei. Die Wahl Özals brachte auch eine andere Perspektive des Staatspräsidenten in das Rampenlicht der Öffentlichkeit. Die zwei Typen von Staatspräsidenten, die oben erläutert wurden, zielten darauf ab, daß entweder die Persönlichkeit in ihrer Eigenschaft als Staatspräsident die Republik und die Nation verkörperte, wobei das Amt eine untergeordnete Rolle spielte, oder – im Sinne der Auffassung Webers – die Form die Institutionalisierung der „charismatischen Persönlichkeit“ einnahm. In beiden Fällen wurde dem Staatspräsident als Repräsentant der Nation und als Oberhaupt der Republik eine überdimensionale Rolle zugeschrieben.

Das Amt im parlamentarischen System zeichnetet sich dadurch aus, daß es außerhalb der täglichen politischen Auseinandersetzungen steht. Diese Dimension wurde in der türkischen Republik umfunktioniert und so interpretiert, daß die Staatspräsidenten als Wächter und Repräsentanten der Republik und Bewahrer der Einheit der Nation über der Politik stehen - wie im französischen Modell - und eine gehobene Stellung einzunehmen haben. Als Konsequenz wurde das Amt des Staatspräsidenten solchen staatlichen Organen zugewiesen, die sich als Gefolgschaft Atatürks und als „Diener“ seiner Prinzipien verstehen und von ihrer Funktion her außerhalb des täglichen politischen Lebens stehen, aber trotzdem ihre Präsenz in der Politik spüren lassen. Diese Perzeption hat mit der demokratischen Entwicklung und dem Demokratieverständnis der herrschenden Klassen zu tun. Die Staatsideologie basiert auf dem Gedanken eines homogenen Gesellschaftssystems, in dem gesellschaftlichen Interessens- und Identitätsgruppen keinen Platz eingeräumt wird. Politisches Handeln in einem demokratischen Staat ist ohne Vielfältigkeit der Meinungen und unterschiedliche Interessensgruppen unvorstellbar. Meinungs- und Interessenvielfalt in einem pluralistischen System ist die Grundlage für eine demokratische Gesellschaftsordnung. Es ist aber offensichtlich, daß in der Türkei dem Präsidialamt eine Funktion zugeschrieben wird, das sich mit dem Staat bzw. Ideologie identifiziert, somit eine überdimensionale Position einnimmt und sich damit schwer tut, sich an die Spielregeln einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaftsordnung anzupassen. Das Mißtrauen des Staates gegenüber den politischen Institutionen und Zweifel an der Loyalität der vom Volk gewählten Politiker veranlaßte den Staat immer neue Kräfte für die Wahrung und Aufrechterhaltung der Republik und

<sup>26</sup> Şükrü Karatepe, *Yeni Şafak*, 4.2.1999; Y. Gökmen vertritt die Ansicht, daß die Armee sich nicht gegen die

Kandidatur Özals für das Amt des Staatspräsidenten stellte, da er sich als Ministerpräsident im Ausland für

die Modernisierung der Armee eingesetzt habe. Y. Gökmen, „Değişim Rüzgarları Eserken“ (Als die Umwandlungswinde wehten). In: Oya Ayman Büber/Mine Söğüt (Hrsg.) „Tüm Yönleriye Özal ve Dönemi“

(Aus allen Perspektiven Özal und seine Ära). Hürüç, Hürriyet Yayınları, Istanbul, 1993, S. 16-17

<sup>27</sup> Vgl. H. Kramer, a.a.O., 1983, S. 21

Staatsideologie bereit zu stellen. Das Ergebnis war, daß die Hüter des Staates bzw. der Ideologie darauf bestanden haben, an die Spitze des Staates einen Mann, der das „Vertrauen“ der Staatseliten genießt, wählen zu lassen. Daher löste die Wahl Özals zum Staatspräsidenten eine unerwartete Welle der Kritik innerhalb der kemalistischen Lager aus.<sup>28</sup>

Bis zur Wahl Özals waren das Amt des Staatspräsidenten oder der Staatspräsident als Person – abgesehen von der Zeit des Wahlprozesses - nicht mehr der Gegenstand der Diskussionen. Mit der Wahl Özals wurde diese abstrakte Überdimensionalität des Staatspräsidenten in seiner Person konkret erfüllbar. Wegen seiner politischen Ansichten, seines Handelns und seines Stils der Amtsführung wurde er auch während seiner Amtszeit als Staatspräsident und Person zum Diskussionsgegenstand.<sup>29</sup> Das heißt, er ließ weder seine Persönlichkeit hinter dem Amt zurücktreten bzw. verblassen, noch war er geneigt, sich mit dem Präsidentenamt zu identifizieren. Nur so war es möglich, daß seine Kontrahenten ihn als Staatspräsident kritisieren konnten, ohne den Verdacht auf sich zu ziehen, Feinde der Republik zu sein.

Mit der Aufwertung der Stellung des Staatspräsidenten waren natürlich nicht alle Probleme aus der Welt geschaffen. Wenn es nach der Vorstellung der Armee gegangen wäre, hätte eigentlich die Mutterlandspartei von Özal gar nicht zugelassen werden. Sie dachte an ein System, in dem nur zwei Parteien im Parlament vertreten sein sollten, ein System mit absoluter Mehrheit, so daß es kein Gerangel um die Gründung einer Koalition im Parlament gebe. Mit der widerwilligen Zulassung der Mutterlandspartei Özals war schon vor den ersten Wahlen von dieser Vorstellung abgewichen worden. Bei den Wahlen von 1987 stellte die Mutterlandspartei mit 36 % der Stimmen die stärkste Fraktion im Parlament dar und erreichte mit 65 % aller Abgeordneten die absolute Mehrheit vor der Sozialdemokratischen Partei von İnönü (SHP) und der Partei des Rechten Weges von Demirel (DYP). Aber diese Wahlen waren zugleich ein Zeichen dafür, daß bei den nächsten Wahlen keine Partei im Parlament die absolute Mehrheit haben könnte. Die Kommunalwahlen von 1989 bestätigten diese Tendenz. Bei den Parlamentswahlen von 1991 konnten fünf Parteien die 10%-Hürde überwinden und ins Parlament einziehen. Stärkste Fraktion bildete die Partei des Rechten Weges von Demirel. Die Mutterlandspartei konnte nur zweitstärkste Partei werden. Es kam zur Bildung einer Koalitionsregierung im Parlament. Nach zehn Jahren zeigte sich in der politischen Landschaft der Türkei wieder ein Bild wie vor 1980. Diese Lage war eigentlich, was die Armee hatte vermeiden wollen. In puncto Koalitionsregierung geht, teilte Özal die Meinung der Armee, allerdings mit unterschiedlicher Zielsetzung. Er strebte nach der Präsidentschaft nach amerikanischem Modell, um die Schwächen des parlamentarischen Systems in der Türkei zu überwinden und eine stabile und fähige Koalition im Parlament zustande zu bringen.

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 22. Oktober 1991 mußte die Mutterlandspartei, die seit 1983 die Türkei allein regierte, in die Opposition gehen. Der

---

<sup>28</sup> Die herrschen Klasse hatte es schwer, Özal als Staatspräsident zu akzeptieren. Der ehemalige Außenminister Coşkun Kırca benutzt in seinen Leitartikeln in der Zeitung für Özal den Begriff „offizieller Staatspräsident“, in dem er ihn rechtlich als Staatspräsident ansieht, aber ihn de facto als Staatspräsidenten nicht anerkennt, „Offizieller Staatspräsident und Außenpolitik“. Milliyet, 16.9.1991

<sup>29</sup> Nach seiner Rede bei der Dritten Wirtschaftskonferenz in İzmir vom 4. 06.1992 hat Özal vor Journalisten die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung von Demirel scharf kritisiert. Demirel warf Özal vor, nicht die Regierungsbeschlüsse unterzeichnen zu wollen und drohte ihm an, ihn durch ein Mißtrauensvotum abzuwählen. Y. Gökmen in O. Ayhan Büber/M. Söğüt (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 28 u. ff.

ehemalige Chef von Özal, Süleyman Demirel, bildete mit dem Sozialdemokraten İnönü eine Koalitionsregierung. Von nun an bahnte sich zwischen dem Staatspräsident Özal und dem Ministerpräsident Demirel einen Machtkampf an. Özal konnte nicht mehr wie früher die politische Initiative ergreifen und sich durchsetzen. Demirel wollte, daß Özal nicht zu den politischen Entwicklungen Stellung nimmt und sich auf die verfassungsrechtlichen Aufgaben konzentriert.<sup>30</sup>

Den ersten Machtverlust mußte Özal bei der ersten Sitzung des neugewählten Parlaments einbüßen. Traditionsgemäß hielt der Staatspräsident bei der ersten Versammlung des neugewählten Parlaments eine Eröffnungsrede. Er sollte, wie es alle Staatspräsidenten vor ihm getan haben, vom Rednerpult des Parlamentspräsidenten aus seine Rede halten. Aber Parlamentspräsident Cindoruk, ein enger Mitarbeiter von Demirel, hat dies abgelehnt und sagte, daß der Staatspräsident seine Rede an dem Rednerpult halten solle, das auch Abgeordneten benutzen. Darauf hin verzichtete Özal auf seine Rede. Eine zweite Niederlage erlitt Özal bei der Konferenz der Schwarzmeerwirtschaftsregion in Istanbul, zu der die Staats- und Ministerpräsidenten der Mitgliedsstaaten eingetroffen waren. Als Gründer und Initiator der SMWR sah Özal sich dazu berechtigt, am Gipfeltreffen teilzunehmen, die Eröffnungsrede zu halten und auch die Abschlusserklärung zu unterzeichnen. Aber Ministerpräsident Demirel hat ihn mit der Begründung daran gehindert, daß er als Ministerpräsident die politische Verantwortung tragen würde und nicht Özal als Staatspräsident.

Özal war ein Politiker, und er war - ohne seine politische Identität zu leugnen - zum Staatspräsidenten gewählt worden. Er war - nach Celal Bayar (1950-1960) - der zweite zivile Staatspräsident in der türkischen Geschichte. Özal war nicht nur als Politiker, sondern mit seiner Persönlichkeit als Mensch, mit seiner Verhaltensweise und sogar mit seinen alltäglichen Lebensgewohnheiten und seiner Art zu handeln anders als seine Vorgänger und bot das Bild eines Staatspräsidenten, das die Türkei nicht gewohnt war.<sup>31</sup> Er repräsentierte nicht das ernste, überdimensionale Gesicht des Staates. Nach Ansicht Aydin Menderes, des Sohnes des hingerichteten Ministerpräsidenten Adnan Menderes, hat Özal als Staatspräsident die Türkei nicht nur als Politiker wahrgenommen, sondern er hat die Realitäten der Türkei als Mensch miterlebt.<sup>32</sup>

### 3.2. Özal zwischen Orient und Okzident

<sup>30</sup> E. Kongar, a.a.O., 1998, S. 225. Der Koalitionspartner von Demirel, Sozialdemokrat Erdal İnönü, vertrat die Ansicht, daß die Aufgaben des Staatspräsidenten symbolischen Charakter haben sollten. Nach ihm ging Özal über seine Kompetenzen hinaus. Daher mußte man Özal auf seine verfassungsmäßige Linie zurückführen. Daß Demirel gegenüber Özal eine sehr harte unversöhnliche Politik verfolgte, ist nach Gökmen darauf zurückzuführen, daß er von seinem Partner İnönü dazu gedrängt worden ist. Nach İnönüs Ansicht sollte der Staatspräsident keine politische Verantwortung tragen und sich auch nicht in die Legislative nicht einmischen. Nach der Verfassung von 1982 hat jedoch der Staatspräsident weitgehendere Machtbefugnisse. Darauf wollte İnönü keine Rücksicht nehmen. Y. Gökmen in O. Ayman Büber/M. Söğüt (Hrsg.), a.a.O., Istanbul 1993, S. 17

<sup>31</sup> In den letzten zwei Jahren vor seinem Tod hielt Özal Vorträge, um sein neues Gesellschaftskonzept vorzustellen, das er als „Zweiter Umwandlungsprozeß“ bezeichnete. In einem Vortrag, den er am 2.10.1992 vor Unternehmern hielt, erklärte er umfassend sein Konzept. Das Besondere dabei war, daß er als Staatspräsident den Staat und seine Verwaltungsstruktur scharf kritisierte. Er sprach vielmehr wie ein Oppositionsführer und rief alle Menschen dazu auf, das gegenwärtige System „umzustürzen“ und ein völlig neu System zu gründen. Da er sich mit dem gegenwärtigen System nicht mehr identifizieren konnte, wollte er es so schnell wie möglich ändern. Y. Gökmen in O. Ayman Büber/M. Söğüt, a.a.O., 1993, S. 40

<sup>32</sup> Türkiye, 24.04.1998

Schon 6 Monate nach dem Tod Özals kamen drei prominente Wissenschaftler und Journalisten bei einer Diskussionsrunde über die Außenpolitik der Türkei zu folgendem Ergebnis: Die Außenpolitik der Türkei befand sich auf dem Weg zum Rückzug.<sup>33</sup>

Diese Feststellung zeigt einerseits wie sehr die politische Entwicklung in einem Land wie der Türkei von der Persönlichkeit eines Politikers abhängig ist und von ihm geprägt werden kann. Andererseits wird deutlich, daß die außenpolitischen Zielvorstellungen Özals, vor allem die Vormachtstellung der Türkei in der Region zu sichern, mit seinem Tod im Hintergrund getreten ist. Hier stellt sich die Frage, ob die internationale politische Konjunktur, die während der Ära Özals vorhanden war, sich so verändert hat, daß man in der türkischen Außenpolitik von einem Rückzug sprechen konnte. Was hat sich nach dem Tode Özals geändert? Die internationale Konjunktur oder die Perspektive der türkischen Außenpolitik?

Was bedeutete eigentlich Rückzug? Rückzug nur im außenpolitischen Bereich? Rückzug beinhaltet etwa, daß man zu dem alten Standpunkt zurückgekehrt ist, von dem aus man Fortschritte gemacht hatte. Das hieße, daß die türkische Außenpolitik zur ihrer klassischen Verhaltensweise zurückgekehrt ist. Demnach könnte man annehmen, daß die türkische Außenpolitik während der Özal-Ära eine Veränderung erfahren hatte. Was waren eigentlich die Beweggründe dieser Veränderungen? Was hat Özals Politik in der Türkei überhaupt bewirkt, das sich in der Außenpolitik entsprechend widerspiegelt hat? Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei basierte auf dem Zitat Atatürks „Friede im Lande, Friede in der Welt“. Was hat Özal anders gemacht? Gab es Anzeichen für eine neue Orientierung in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, für eine Erscheinungsform einer neuen türkischen Identitätsbildung, die von Özal formuliert und in die Wege geleitet wurde? Welche Konturen hatte diese neue Identität? Wie wirkte sie sich in der außen- und sicherheitspolitischen Perspektive der Türkei aus? Worin unterschied sich diese neue Identität von der früheren Identität des Staates. Woraus bezog Özals Gesellschafts- und Außenpolitik seine Legitimation? War seine Politik die Projektion der internationalen Veränderungen auf die türkische Innen- und Außenpolitik? Welche Bedeutung hatte die Ära Özals für die Zukunft der Türkei? Im folgenden wird ein Versuch unternommen, die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei während der Ära Özals anhand seiner politischen Handlungen zu analysieren, die zugleich als Antworten auf die oben gestellten Fragen gelten sollen.

### 3.2.1. Özal als „Durchschnittstürke“

Als Özal zu Grabe getragen wurde<sup>34</sup>, versammelten sich Tausende von Leuten auf den Straßen, um ihn ein letztes Mal zu begleiten. Dabei waren interessante Plakate in den

---

<sup>33</sup> Nur Vergin, Davut Dursun und Abdurrahman Dilipak, Diskussionsrunde in der Zeitschrift „Yeni Zemin“.

Folge 10/93, Nicht nur in der Außenpolitik, sondern in den Bereichen der Liberalisierungspolitik, fundamentalen Menschenrechte und Wirtschaft befindet sich die Türkei auf dem Rückzug. Weil - nach Ansicht von Cengiz Çandar - mit dem Tod Özals die Zentrale, die die gesellschaftlichen Umwandlung vorangetrieben hat, zusammengebrochen ist. Cengiz Çandar, „Özal’ın Cenaze Töreni Kemalizmin Cenaze Töreniydi“. (Begräbniszeremonie von Özal war eigentlich das Begräbniszeremonie von Kemalismus). In: Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), „2. Cumhuriyet Tartışmaları“ (Diskussionen über die Zweite

Republik). Başak Yayınları, 2. Baskı, Ankara 1993, S. 113

<sup>34</sup> C. Çandar bezeichnet den Trauerzug Özals eigentlich als Trauerzug des Kemalismus. Der Sarg gehörte

Händen der Menschen zu sehen, auf einigen stand beispielsweise: „Religiöser Präsident, liberaler Präsident, ziviler Präsident, Präsident des Volkes.“ Diese Sätze spiegelten fundamentale Verhaltensmuster Özals im Laufe seiner politischen Wirkungszeit wider. Özal war nicht der Wunschkandidat der Generäle bei den ersten Wahlen nach 1980 gewesen. Er genoß als Technokrat und neuer Politiker nicht die Sympathien der Armee.<sup>35</sup> Er war aber auch der Mann der achtziger Jahre, der die politische Geschichte der Türkei über seine Zeit hinaus prägte. Özal, Jahrgang 1926, wurde in der Provinz Malatya geboren. Er stammte aus dem tiefsten Anatolien. Er hatte in Istanbul am Polytechnikum studiert und war zum Aufbaustudium (Ingenieurwissenschaften und Volkswirtschaft) in die USA geschickt worden. Ministerpräsident Demirel ernannte ihn 1965 zu seinem Wirtschaftsberater. 1973 ging er dann zur Weltbank, dort wurde er Berater McNamaras. Nach seiner Rückkehr in die Türkei (1973) war er im Privatsektor tätig. Als Demirel im Jahr 1979 wieder Ministerpräsident wurde, wurde Özal zuständig für das berühmte Stabilitätsprogramm vom 24. Januar 1979, durch das in der Türkei die freie Marktwirtschaft eingeführt wurde. Er war sozusagen der Lokführer und Architekt der Hinwendung zur freien Marktwirtschaft, die bis dato in einer abgewirtschafteten Planwirtschaft und Importsubstitution stecken geblieben war.

Özals Laufbahn können wir in drei Phasen teilen. Als Bürokrat in verschiedenen Positionen der Staatsverwaltung und im nationalen und internationalen Privatsektor, neben S. Demirel als dessen Wirtschaftsberater und in der Militärregierung als Vizeministerpräsident war er zunächst immer im wirtschaftlichen Bereich tätig. Die zweite Phase war die Regierungszeit 1983-1987, in der er als „wirklicher Staatsmann“ fungierte, wie sein Bruder Korkut Özal es ausdrückte. In seiner dritten politischen Phase von 1987 bis zu seinem Tod pendelte er zwischen dem Dasein eines typischen Politikers und eines politischen Visionärs, der die gesellschaftliche Ordnung durch neue Konzepte zu ändern versuchte. In seiner ersten Phase als Bürokrat sammelte er Erfahrungen in der Staatsverwaltung, im Privatsektor und im Ausland. Als Ministerpräsident kannte er, wie er behauptete, den Staatsapparat besser als seine Vorgänger und hatte auch im Ausland (besonders zu den USA und der Weltbank) sehr gute Beziehungen.<sup>36</sup> Allen bürokratischen und politischen Wirkungsphasen Özals war eine liberale Einstellung und die feste Überzeugung, daß ohne strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft und im politischen Denken Entwicklung und Fortschritt nicht möglich sind, gemein.<sup>37</sup>

Über Özal und sein Leben sowie über seinen Verhaltenskodex bei seiner Amtsübung wurde viel spekuliert und diskutiert. Er wurde sowohl als Person Özal als auch als Staatsmann und Politiker geliebt, geachtet und auch verbittert bekämpft.<sup>38</sup> In der demokratischen Geschichte der Türkei ist er nach Menderes, der auch von 1950 bis 1960 zehn Jahre die Politik der Türkei prägte, der zweite Politiker, der mit seiner Politik die Sympathien von breiten Teilen der Bevölkerung gewann und gleichzeitig auch von

---

Özal , aber der Trauerzug selbst war der des Kemalismus. Ebd., S. 96

<sup>35</sup> Gwynne Dyer, „Die Demokratie kehrt in die Türkei zurück“, The Washington Times, 19.11.1984; Lally Weymuth, „Aus einer komplizierten Region wird ein neuer türkischer Partner“, Los Angeles Times, 7.04.1985

<sup>36</sup> Los Angeles Times, 07.04.1985

<sup>37</sup> Özal behandelt in einem Aufsatz, den er 1979 unter dem Titel „Die Grundzüge der neuen Sicht bei der Entwicklung“ verfaßt hat, die Themen und Lösungsvorschläge in den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereichen, die er als Ministerpräsident umzusetzen versuchte. Turgut Özal, „Kalkınmada Yeni Görüşün Esasları“. In: M, Barlas, a.a. O., 1994, S. 201-223

<sup>38</sup> Noch zu seinen Lebzeiten wurden über 30 Bücher über Özal geschrieben. Diese Bücher waren bis 1993 400 000 mal verkauft worden.

gewissen Kreisen verbittert bekämpft wurde. Während die etatistischen Eliten ihm vorwarfen, mit seiner Politik die Grundlagen des kemalistischen Staates auszuhöhlen und die Verstärkung des Islams in der Gesellschaft zu beschleunigen, wurde er auch von der islamischen Seite scharf kritisiert, da er in seinem Liberalisierungsprogramm in Fragen der Gewährung der Grundfreiheiten (z.B. der Lösung des Kopftuchproblems von Studentinnen an den türkischen Universitäten) nicht entschlossen gehandelt habe.<sup>39</sup>

Als Politiker war er – wie ihn der Sohn des hingerichteten Menderes beschrieb – „außergewöhnlich“ und paßte nicht zur Definition eines klassischen türkischen Politikers. Was man bei sonstigen türkischen Politikern nicht fand, glaubte Sohn Menderes bei ihm gefunden zu haben. Menderes sah auch eine weitere Facette von Özal: „Ich weiß es nicht warum, Özals Name erinnert mich immer an ein gewandtes und schlaues Kind“<sup>40</sup>. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß ein Kind gegenüber seiner Umgebung natürlich reagiert. Diese „Natürlichkeit“ war bei Özal, daß er als Mensch „vertrauter“ wirkte. Er war ein Politiker, in dessen Persönlichkeit die Menschen einen Teil ihrer eigenen Identität zu entdecken glaubten. „Mit seiner angenehmen Redensart und vertrauten Stimme, seinen Verhaltensweise und seinem Gesichtsausdruck, ähnelte er den Menschen, mit denen wir im Café plaudern, in der gleichen Moschee zusammen beteten, uns täglich gegenseitig grüßen. Er war einer von uns“.<sup>41</sup> Er war mit seinen Stärken und Schwächen ein gewöhnlicher „Durchschnittstürke“.<sup>42</sup> Ein Durchschnittstürke hält auch von ideologischer Erziehung, die sich mit westlichen Wertvorstellungen identifizieren muß, nicht viel. Er versucht seine eigene Identität, mit seinem Umfeld, in dem er täglich verkehren muß, in Einklang zu bringen. Özals Größe dürfte darin liegen, daß er als Politiker es verstand, zwischen der Identität des Staates und der des Volkes eine Brücke zu schlagen. Die Schaffung der Brückenfunktion scheint in der türkischen Gesellschaft genauso von enormer Bedeutung zu sein wie die aus der geographischen Lage resultierende außen- und sicherheitspolitische Haltung der Türkei. Das bedeutet: Ein Politiker, dem der geostrategische Stellenwert und die innere Dynamik der Türkei sehr wohl bewußt ist, kann in der Lage sein, diesen internationalen geostrategischen Stellenwert der Türkei in den außenpolitischen Verhandlungen zur Geltung zu bringen und die Interessen des Landes in der internationalen Politik mit Erfolg zu vertreten. Auch in der Innenpolitik kann ein Politiker, der die gesellschaftliche Struktur des Landes kennt, eine Brückenfunktion zwischen der kulturellen Vergangenheit und Zukunft, der Tradition und dem Modernismus und den unterschiedlichen Interessens- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft übernehmen. Özals Besonderheit, die ihn von anderen türkischen Politiker unterschied, war, daß er die Ideologie des Staates nicht zur Maxime seines Handelns gemacht hat. Den ideologischen Fundamentalismus des Staates, der die innen- und außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Türkei weitgehend einschränkt, vermochte er nicht zu beachten.<sup>43</sup> Der von den Staatseliten immer wieder vorgeschobene Vorwand des Laizismus

---

<sup>39</sup> Milli Gazete, 23.4.1987

<sup>40</sup> Türkiye 21.4.1998

<sup>41</sup> Beşir Ayyavazoğlu, „Turgut Özal İçin Bir Porte Denemesi“. (Versuch einer Portier von Özal). In: İhsan Sezal

(Hrsg.), „Siyaset ve Devlet Adamı Turgut Özal“ (Politiker und Staatsmann Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür

ve Sosyal Dayanışma Vakfı, İstanbul, 1996, S. 16

<sup>42</sup> Zeitschrift, NOKTA, Sonderausgabe, 17.4.1993, S. 16

<sup>43</sup> Als der iranische Ministerpräsident vor seinem Ankara-Besuch in Aussicht stellte, daß er aus religiösen Motiven das Atatürks Mausoleum nicht besuchen wollte, ließ Özal sich trotz der scharfen kritischen Äußerungen (auch aus dem Außenministerium) von seinem Pragmatismus leiten und lud Musavi im Juni 1987 nach Ankara ein. Es ging nämlich dabei um die Verbesserungen der wirtschaftlichen Beziehungen

spielte bei seinen Beziehungen zu islamischen Ländern eine untergeordnete Rolle. Seine Beziehungen zu Nachbarn und islamischen Staaten gründeten sich vornehmlich auf wirtschaftliche Interessen. Er wollte die wirtschaftlichen Beziehungen mit Nahost- und islamischen Staaten entwickeln, ohne ihr tatsächliches Regime zu berücksichtigen.

Während seines Aufenthaltes in den USA war er vom Lebensstandard und Entwicklungsniveau der Amerikaner sehr beeindruckt gewesen. Er versuchte, in den Jahren, die er in den USA verbrachte, auf die Frage eine Antwort zu finden, wie die USA wohl diese Entwicklung geschafft haben.<sup>44</sup> Sein Sentimentalismus stammte nicht allein aus der türkischen Kultur. Während der Nationalhymne hielt er zwar seine Hand auf sein Herz, wie die amerikanischen Präsidenten es tun, aber er konnte immer noch in Anatolien Volkslieder singen. Özal hatte während seines Aufenthaltes in USA als Mitarbeiter der Weltbank auf der einen Seite seinen Glauben an die freie Marktwirtschaft vertieft, auf der anderen Seite war er davon sehr beeindruckt, daß aus allen Ecken der Welt stammende Menschen mit vielfältiger und unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit den Staat USA geschaffen hatten und dabei stolz waren, Staatsbürger der USA zu sein. Er zog eine Lehre daraus und war sich dessen bewußt, was es bedeutet, ein Mensch aus der Anatolischen Geographie zu sein.<sup>45</sup> Als geographischer Schnittpunkt vieler kultureller, religiöser und ethnischer Strömungen (und die seit Jahrtausenden) mußte jedoch der kulturelle Nährboden der Türkei sehr breiter angelegt sein. Daher sein Urteil: „Die Türkei ist eigentlich ein Mosaik.“<sup>46</sup> Özal war eine erfolgreiche Synthese zwischen dem Osten und Westen, besser gesagt zwischen Okzident und Orient. Özals Persönlichkeit war an westlichen und orientalischen Ufern verankert. Er fühlte sich auf beiden Seiten wie zu Hause. In Anatolien war er ein Mann des türkischen Volkes, also ein Durchschnittstürke, in Washington z. B. ein Mann des Westens. Sein Herz schlug für den Orient, sein Verstand gehörte dem Westen. Seine manchmal übertriebenen widersprüchlichen Verhaltensweisen prägten auch sein politisches Handeln. Er pendelte zwischen der Perzeption einer Gesellschaftsordnung westlichen Musters und einer Persönlichkeit, die durch die kulturellen Wertvorstellungen der Gesellschaft geprägt war. Er war eigentlich das „Bild“ der sich gewandelten Türkei der achtziger Jahre mit ihren widersprüchlichen Identitäts- und Wertvorstellungen.

### 3.2.2. Özal als Schlüsselfigur des gesellschaftlichen Wandels

Während er den traditionellen Werten und Normen der Gesellschaft eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Gesellschaft beimaß, wurde gleichzeitig die türkische Gesellschaft durch seine Liberalisierungspolitik in die Lage versetzt, daß die künftige ‚Informationsgesellschaft‘ (des Zeitalters der Wissenschaft), die mit universellen Normen und Werten heranwächst, dem technologischen Standard des 21. Jahrhunderts adaptieren konnte.<sup>47</sup>

---

mit dem Iran. Ufuk Güldemir, „Özal usulü diplomasi den tornistan“ (Rückkehr von der Diplomatie der Methode Özals). Cumhuriyet vom 12.11.1991

<sup>44</sup> Cumhurbaşkanı Turgut Özal'ın „2000'li Yıllara Doğru Konuşmaları“ (Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal: „Bis in das Jahrhundert 2000“). Bilgisayar Kongresi, Atatürk Kültür Merkezi, 28 Mayıs, 1990, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1990, S. 5- 8

<sup>45</sup> Hürriyet, 19.04.1993

<sup>46</sup> Cumhurbaşkanı Turgut Özal'ın Konuşmaları „Geleceğe Bakış“ (Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal: Blick in die Zukunft). İstanbul, 16.10.1992, S. 51

<sup>47</sup> C. Çandar, „Beni bu defa da yanıltmadı“ (Mich hat er auch diesmal nicht giert). Sabah 18.4.1993

Eine Brücke bzw. Schlüsselfigur war er für die vielfältigen politischen, vom Staat diskriminierten Strömungen. Durch seine Politik konnten die Intellektuellen, die der marxistischen und islamischen Tradition entstammten, im Hinblick auf die künftige politische Entwicklung der Türkei ihren positiven Beitrag leisten - eine Möglichkeit die ihnen bislang verwehrt worden war.

Özal gehörte sowohl dem Milieu an, aus dem er ursprünglich stammte, als auch konservativ-liberalen Kreisen. Darüber hinaus konnte Özal sein politisches Programm nur durch die Unterstützung der rechtskonservativen Bevölkerungsteile verwirklichen. In der Türkei wurde die Liberalisierung der Gesellschaftsordnung nicht durch die Unterstützung der bürokratisch-etatistischen Führungseliten herbeigeführt, sondern sie wurde von politischen Kräften in die Wege geleitet, die durch die Unterstützung liberalkonservativer Bevölkerungsteile an die Macht gekommen waren.

Wenn wir Özals Laufbahn verfolgen, so stellen wir fest, daß er schon von Anfang an, immer das zu realisieren versuchte, was er als Ministerpräsident dann in den achtziger Jahren verwirklicht hat. In seiner Gedankenwelt als Bürokrat und auch als Politiker stellen wir eine stabile Linie in puncto Rolle des Staates, der Bürokratie, der Wirtschaft, der Außenpolitik, der Verwaltung, der Kommunen und der Grundfreiheiten, die er im Laufe der Zeit erweitert und entwickelt hat, fest.<sup>48</sup>

Um dieses Ziel zu erreichen, schlug er folgende Grundsätze vor:

- Festhalten an der freien Marktwirtschaft
- Vorantreiben der Privatisierung der staatlichen Unternehmen und Entwicklung des privaten Versicherungssystems
- Veränderung der Verfassung
- Reform der Judikative
- Geistige Veränderung in der Bildungspolitik und Beseitigung der etatistischen Weltansicht des Staates
- Übertragung der Schulen an die kommunale Verwaltung
- Bestreben der Türkei, sich die zeitgenössischen Technologien anzueignen
- Unbedingte Gewährung und Aufrechterhaltung der Meinungs-/Gewissens- und Religionsfreiheiten.

Vom unerwarteten Tod Özals waren nicht nur die Menschen in der Türkei tief betroffen.<sup>49</sup> Zu seiner Trauerfeier kamen viele Kurden (von außerhalb der Türkei), um sein Grab zu besuchen. Im Nordirak wurde drei Tage um Özal trauert. Diese Geste gewinnt um so größerer Bedeutung, wenn man bedenkt, daß der türkische Staat die Sympathien der

---

<sup>48</sup> Diese sind: T. Özal, „Brief an Ministerpräsident Süleyman Demirel - Ein Bericht über die Lage der Türkei und Vorschläge zur Verbesserung der Lage“. 15. Juni 1973; T. Özal, „Die Prinzipien der Neuen Weltansicht bei der Entwicklung“. April 1979; „Die Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Turgut Özal bei der Zweiten Wirtschaftskonferenz in İzmir“. 2.-7. November 1981; „Die Eröffnungsrede des Staatspräsidenten Özals bei der Dritten İzmir Wirtschaftskonferenz“. 4.-7. Juni 1992; Die Rede des Ministerpräsidenten Turgut Özals bei der Stiftung der Arbeitswelt, „Türkiye’de Gerçekleşen Büyük Değişimler“ (Die verwirklichte große Veränderung in der Türkei). 2. Oktober 1992, Istanbul; Die Rede des Staatspräsidenten Özal in der Marmara Club, „Blick in die Zukunft: der Wandel“. 16. Oktober 1992, Istanbul

<sup>49</sup> Der türkmenische Staatspräsident bezeichnete Özal vor dem Parlament als größter Sohn der Türken im 20.

Jahrhundert nach Atatürk, C. Çandar, Sabah, 18.4.1993

kurdischen Bewegungen in der Region nicht sonderlich genöß. Die Ära Özals ist ohne Zweifel eine Zeit gewesen, in der die Kurdenproblematik stets Bestandteil der innenpolitischen, sicherheitspolitischen und außenpolitischen Vorstellungen sowie Strategien der Türkei war. In der Türkei wurde das Verbot der kurdischen Sprache (Gesetz Nr. 2932) während seiner Regierungszeit aufgehoben. Zum ersten Mal konnte ein türkischer Staatspräsident von Kurden als Ethnien sprechen. Darauf hin wurden in der Türkei viele Bücher in kurdischer Sprache veröffentlicht, und Zeitungen und Zeitschriften in kurdischer Sprache konnten erscheinen.

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die mit dem Übergang zum Mehrparteiensystem begonnen haben, haben über Özals Tod hinaus ein irreversibles Stadium erreicht. Die gesellschaftspolitische Entwicklung und vor allem der mental Wandel der Menschen läßt es nicht mehr ohne weiteres zu, den Ruf der Staatseliten „Zurück in die dreißiger Jahre“ zu verwirklichen.

### **3.3. Die Gesellschaftspolitik von Özal**

Begriffe wie „gesellschaftlicher Umwandlungsprozeß“, „Liberalisierung der Gesellschaftsordnung“, „freie Marktwirtschaft“, „Zweite Republik“ und „Neo-Osmanismus“ prägten die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei während der Regierungszeit Özals. Die Begriffe „freie Marktwirtschaft“, „Zweite Republik“, und „Neo-Osmanismus“ markieren als gesellschaftspolitische Konzepte einen Wendepunkt, eine Übergangsphase in den politischen Bestrebungen, die gesellschaftspolitische und außenpolitische Perzeption der Türkei in den achtziger Jahren neu zu definieren. Die Zweite Republik war eine Bestrebung, die Staatsauffassung auf der kemalistischen Grundlage dem zeitgenössischen modernen Staatsverständnis anzupassen. Das Neo-Osmanismuskonzept war eine neue Beschreibung bzw. neue Rollendefinition der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik vor allem im regionalen Bereich, die sich aus einem neuen innenpolitischen Selbstverständnis heraus entwickelte. Die Theorie des Neo-Osmanismus wird im Abschnitt 5.2.1. ausführlich analysiert.

Bis in die achtziger Jahre hinein können in der türkischen Innen- und Außenpolitik drei Umwandlungsprozesse beobachtet werden:

1. Konzeption des Nationalen Staats und der Nation auf der Grundlage der kemalistischen Prinzipien nach westlichem Muster. Gemäß des internationalen Systems war die Türkei bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges damit beschäftigt, im Inneren die Republik zu festigen und in der Außenpolitik ihrer in Lausanne (1923) und Montreux (1936) entstandenen territorialen Integrität Anerkennung zu verschaffen. In der Außenpolitik verfolgte die Türkei unter ihrem Gründer Atatürk eine neutrale Politik. Innenpolitisch paßte sie sich der internationalen Konjunktur an. Bis 1950 wurden die Gesellschaft und die Politik auf der Grundlage eines autoritären Einparteiensystems nach dem Motto „Ein Führer, eine Partei und eine Nation“ strukturiert.
2. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Türkei vor einer Entscheidung: Festhalten an dem Einparteiensystem mit außenpolitischen Konsequenzen oder Einführung des Mehrparteiensystems. Die Türkei orientierte sich an der veränderten internationalen Situation und entschied sich für den zweiten Weg.<sup>50</sup> In der türkischen Innen- und

---

<sup>50</sup> Der Verfasser teilt die in der Türkei weit verbreitete Meinung, daß İnönü der Staatsmann sei, der die Türkei

Außenpolitik wurde entsprechende Änderungen vorgenommen, so wurde beispielsweise das Mehrparteiensystem eingeführt. Nach den Wahlen von 15. Mai 1950 mußte die Staatspartei Atatürks, die Republikanische Volkspartei (RVP), in die Opposition gehen und die Demokratische Partei (DP) erlangte einen überwältigenden Wahlsieg. Während durch die Politik von Adnan Menderes eine relative Liberalisierung in der Innenpolitik stattfand, brachte die Türkei ihre außen- und sicherheitspolitischen Ziele weitgehend mit den Zielen der NATO in Einklang, der sie 1952 beitrug.

3. Schon Anfang der achtziger Jahre zeichnete sich ein Wandel in der gesellschaftspolitischen Struktur der Türkei ab, der seit der Einführung der freien Marktwirtschaft seinen Lauf annahm. Die Einführung der freien Marktwirtschaft bedeutete zugleich die Freisetzung der gesellschaftlichen Dynamik, die einen sozialen Wandel in der Gesellschaft erzeugte.

Diese dritte Phase des sozialpolitischen Wandels in der Türkei manifestierte sich in der Innenpolitik in dem Begriff „Zweite Republik“ und in der Außenpolitik in dem Begriff „Neo-Osmanismus“. Zwar wurden beide Konzepte von verschiedenen Wissenschaftlern konzipiert, aber für beide Konzepte war T. Özal Schlüsselfigur und Bezugsperson. Diese in ihren Grundsätzen weitgehenden komplementären Konzepte schienen in Özals Politik den politischen und gesellschaftlichen Rahmen für eine mögliche Verwirklichung gefunden zu haben, wobei Özal sich diese Konzepte selbst zu eigen gemacht hat. Die von Özal gern angewendete „gesellschaftliche Transformation“ in ihrer innen- und außenpolitischen Dimension löste aber heftige Kritik der Staatseliten aus. Sie warfen Özal vor, die kemalistischen Grundlagen der Republik zu sprengen. Özal war bestrebt, seine Liberalisierungspolitik erfolgreich fortzusetzen, um die gesellschaftliche Transformation herbeizuführen. Dadurch hoffte er, die etatistische Perzeption des Staates zu überwinden und die etatistische Bürokratie vom politischen Entscheidungsprozess auszuschalten.

Die wichtigsten Grundlagen der beiden Projekte spiegeln sich in den politischen Ansichten von Özal wieder, die im folgenden zusammengefaßt werden:

- Die Türkei muß die Beziehungen zu ihrem Hinterland ausbauen. Dies impliziert aber eine geistige Umwandlung innerhalb des Staates im Hinblick auf seine jüngste Vergangenheit, zum Beispiel die strenge hartnäckige Haltung des Staates gegenüber der traditionellen Kultur im Hinblick auf die osmanische Geschichte verträglicher zu gestalten und den Staat mit dem Islam zu versöhnen. Aufgrund der politischen Umwandlungen im internationalen System und in der türkischen Gesellschaft muß der türkische Staat sich an die Notwendigkeiten der Transformationsprozesses anpassen.
- Die Türkei muß sich bereit sein, sich mit unterschiedlichen religiösen und ethnischen Identitäten politisch auseinanderzusetzen und diese zu akzeptieren. Wenn die Türkei diesen geistigen und sozialen Umwandlungsprozeß – vom politisch-ideologischen zum liberalen Staat - nicht vollzieht, wird es aufgrund der internationalen Entwicklungen sehr schwierig sein, die Republik, wie sie ist, am Leben zu halten.

---

in die Demokratie führte, nicht. Angesichts der sich verändernden internationalen Ordnung und der Abneigung gegen das autoritäre Einparteiensystem des Westens, der Drohung durch die Sowjetunion (Revidierung der territorialen Grenzen) und schließlich der Sehnsucht der türkischen Staatseliten, einen Bestandteil der westlichen Gemeinschaft werden zu wollen, war er gezwungen, den Demokratisierungsprozeß in die Wege zu leiten.

- Der Staat muß die individuellen Freiheiten gewähren. Der Staat sollte in erster Linie dazu da sein, die Rechte des Individuums, d.h. seiner einzelnen Bürger zu schützen. In der Türkei sind alle Institutionen in erster Linie dafür geschaffen worden, die Interessen des Staates zu verteidigen. Nun sollten daher Organisationsformen und Institutionen eingerichtet werden, die vor allem die Interessen ihrer Mitglieder und Bürger vertreten und diese gegen den Staat schützen und verteidigen.<sup>51</sup>

Nach dem Ende des Kalten Krieges war es notwendig geworden im gesellschaftlichen System der Türkei ein „Perestroika“- bzw. Glasnost“-Programm einzuführen. Dieser gesellschaftliche Transformationsprozeß, der von Özal als „Zweiter Transformationsprozeß“<sup>52</sup> bezeichnet wurde, sollte auch mit den politischen Grundlagen des internationalen Systems weitgehend übereinstimmen. Wobei hier anzumerken ist, daß die internationalen Theorien nur die Rahmenbedingungen bestimmen. Jedes Land muß in der Lage sein, aus einer historischen kulturellen Entwicklung und gesellschaftspolitischen Ordnung heraus spezielle Lösungsvorschläge zur Überwindung bestehender Probleme anbieten.

### 3.3.1. Die internationalen Rahmenbedingungen

Die mit der neoliberalen Wende eingetretene Dritte Entwicklungsdekade, „Magie des Marktes“ fand ihre politische Artikulation in dem internationalen System des „Reaganomics und Thatcherismus“<sup>53</sup> der achtziger Jahre. Die Entwicklungsdekaden der sechziger Jahre („Entwicklung durch Wachstum“) und der siebziger Jahre, die den „Kampf gegen die Massenarmut“ durch „Grundbedürfnisstrategie“ ansagte, verfehlten weitgehend ihre Ziele und blieben hinter den Erwartungen zurück.<sup>54</sup> Dies hing auch damit zusammen, daß solche Projekte vielmehr den Staatsklassen zugute kamen, die vom Gedanken der Liberalisierung der Wirtschaft weit entfernt waren und auf der Grundlage der zentralgesteuerten Planwirtschaft bürokratisch den Ablauf des Wirtschaftslebens kontrollierten. Somit konnten die etatistischen Bürokraten über das Schicksal der Entwicklungsländer bestimmen. Das Ergebnis war, daß der Unternehmergeist der Individuen bzw. die Privatinitiative, die eine der wichtigsten Grundsätzen einer liberalen Wirtschaftsordnung darstellt, eher gehindert als gefördert wurde.

Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank von 1983 stimmte mit der Krisendiagnose des neo-liberalen Denkens überein: „Auch in der Dritten Welt sind die Staatsapparate übermächtig geworden; die würgen die wirtschaftliche Entwicklung ab, ersticken die Privatinitiative, sind überbürokratisiert, ineffizient und häufig korrupt und behindern die Anpassung der Wirtschaftssysteme an die neuen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“<sup>55</sup>. Die Konsequenz war, daß die Privatinitiative aus den Fesseln der Bürokraten befreit werden sollte. Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten; er sollte aber für politische Ordnung und Sicherheit sorgen.

<sup>51</sup> Vgl. H. Özdemir, „1453‘de İstanbul‘unda Sivil Kurumlar Vardı“ (In Istanbul von 1453 gab es zivile Institutionen). In: Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.) a.a.O., 1993, S. 70-80

<sup>52</sup> Cumhurbaşkanı Turgut Özal‘ın İş Dünyası Toplantısında Konuşmaları „Türkiye‘de Gerçekleştirilen Değişim- İkinci Değişimin Hedefleri, (Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal in der Versammlung der Arbeitswelt: Die in der Türkei verwirklichte Umwandlung- Die Ziele der Zweiten Umwandlung). İstanbul, 2.11. 1992

<sup>53</sup> Vgl. Franz Nuscheler, „Das Nord-Südproblem“. In: „Grundwissen Politik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1993, S. 383

<sup>54</sup> Ebd., S. 380 u. ff.

<sup>55</sup> Georg Simonis, zitiert nach: F. Nuscheler, a.a.O., 1993, S.360-661

Im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die die strukturellen Ungleichgewichte ausgleichen sollte, propagierten die Neoliberalen einen freien Welthandel, d. h. international ungehinderten Warenaustausch. Als Folge der Liberalisierung der Wirtschaft seit den achtziger Jahren konnte man die Bemühungen der Schwellenländer beobachten, auf den internationalen Märkten für Industriegüter Fuß zu fassen. Dies geschah insbesondere bei Produkten, bei deren Entwicklung und Herstellung spezialisiertes und innovatives Wissen nur in geringem Maße erforderlich ist. Dabei wiesen diese neuen Wettbewerber einen erheblichen Wettbewerbsvorteil in Gestalt niedrigerer Lohnkosten und höherer Flexibilität auf.<sup>56</sup>

Dieser Trend verdeutlicht, welche Dynamik die Industrialisierung der Produktion in den Schwellenländern seit den achtziger Jahren gewonnen hat. Die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen von 1983 bis 1990 sind viermal so schnell wie das Weltprodukt und dreimal so schnell wie der Welthandel gewachsen. Nach Angaben der UNCTAD gab es 1993 weltweit 38 000 multinationale Unternehmen, die 207 000 Töchter oder einen Bestand an Produktionskapital außerhalb des jeweiligen Stammlandes in Höhe von 2121 Mill. US-\$ kontrollierten und ca. 73 Mio. Mitarbeiter beschäftigten.<sup>57</sup>

Als Folge der Verflechtungen der nationalen Volkswirtschaften hat sich die gegenseitige Interdependenz seit den achtziger Jahren verstärkt. Maßnahmen der nationalen Wirtschaftspolitik haben Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik anderer Länder und erfordern eine schnelle Anpassung. Diese hat die Notwendigkeit einer global aufeinander abgestimmten Wirtschaftspolitik erhöht.<sup>58</sup> Aber der Haken dabei war, daß die Industrieländer keinen Hehl daraus machten, protektionistische Barrieren gegenüber den Konkurrenten aus den Schwellenländern bzw. den Ländern der Dritten Welt aufzubauen. So hat die Regierung Özals in den USA und westeuropäischen Ländern versucht, eine Aufhebung der Beschränkung für die türkische Textilwaren zu erreichen.

### 3.3.2. Özal als ein Liberaler in den Fußstapfen von Prinz Sabahattin

Die Wurzeln der politischen Ansichten Özals, die Liberalisierung des Staatssystems hat eine Vorgeschichte, die bis in das Osmanische Reich zurückgeht. Die ideologischen Auseinandersetzungen während der Gründung der Republik, die sich durch Vorurteile und Unterdrückung artikulierte, wirken prägend auf das politische Leben der heutigen Türkei.<sup>59</sup>

Seit den Reformversuchen des osmanischen Reiches des 19. Jahrhunderts gab es hauptsächlich zwei politische Strömungen aus dem Westen, die als Modell für die Rettung des Osmanischen Reiches dargestellt wurden. Diese beiden Bewegungen wurden in ihrem philosophischen Rahmen von französischen Denkern beeinflusst.

Die zwei Hauptrichtungen wurden von den osmanischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts übernommen. Jede Seite brachte eine Argumentation dafür, daß ihr Projekt

---

<sup>56</sup> Vgl. Joachim Ragnitz, „Die fragmentierte Weltwirtschaft: Wachstum- Stagnation –Verarmung“, In: Karl Kaiser/Hans- Peter Schwarz (Hrsg.) a.a.O., 1995, S. 198

<sup>57</sup> Vgl. Michael Kreile, „Die Internationalisierung von Produkten und Dienstleistungen“. In: K. Kaiser/H.- Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 215

<sup>58</sup> Ebd., S. 199

<sup>59</sup> T. Özal, „Geleceğe Bakış“ a.a.O., 1992, S. 9 und M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 303-304

für die Rettung des „kranken Mannes am Bosphorus“ besser geeignet sei. Die damalige politische Lage und die Machtstruktur des Reiches gab den Kräften den Vorzug, die den Wandel in der Gesellschaft von oben nach unten gestalten wollten, die gleichzeitig die etatistischen Eliten des Osmanischen Reiches auch der Republik Türkei bildeten. Diese etatistischen Eliten gewannen im Osmanischen Reich durch einen Staatsstreich der Jungtürken von 1908 mit der „İttihat ve Terakki“-Partei (Partei der Einheit und des Fortschritts) die Macht. Nach der Gründung der Republik wurde die Weltanschauung dieser politischen Bewegung zum bestimmenden Faktor des türkischen Republik.

Die Wurzeln der zweiten politischen Strömung (Liberalismus) gehen bis zu Prinz Sabahattin (1877-1948) zurück. Er gehörte der osmanischen Dynastie an (mütterlicherseits) und galt als erster Vertreter des liberalen Denkens in der Türkei. Er wurde von den partikularistischen Gedanken La Play und Edmond Demoulin stark beeinflusst. Sein Gesellschaftsmodell stützte sich auf die Tradition des angelsächsischen Individualismus, wonach der Mensch vielmehr auf sich selbst und seine Fähigkeit vertrauen und seine Zukunft in seinen individuellen Fähigkeiten suchen muß, statt sein Schicksal in die Hände des Staates zu legen. Entsprechend hob er die Bedeutung der einzelnen Individuen hervor und betrachtete den Erfolg des Staates als abhängig von den Erfolgen der Individuen und individuellen Fähigkeiten. Deswegen müsse sich der Staat an Individuen wenden und er solle nach der natürlichen Ordnung des Menschen strukturiert sein. D.h. die sozialen Strukturen, die die Individuen in ihren Wechselbeziehungen miteinander und mit ihrem Umfeld entwickeln, sollten die Grundlagen des Staates bilden.<sup>60</sup> Der Verwirklichung seiner Vorstellungen von einer liberalen Gesellschaftsordnung lagen zwei wichtige Komponenten zugrunde:

- Dezentralisierung der Staatsverwaltung bzw. des Staates (Adem-i Merkeziyetçilik) und
- Einführung der freien Marktwirtschaft (Teşebbüs-i Şahsi)

Prinz Sabahattin sah die Rettung des Osmanischen Reiches in der Entwicklung des Unternehmergeistes und der Privatinitiative. Er lehnte ein zentral gesteuertes System mit dem Argument ab, daß in solchen Gesellschaften die individuelle Entwicklung der Menschen behindert werden würde, da sie zwangsweise alles vom Staat erwarten würden. Im Rahmen der Entwicklung des Individualismus würden die Menschen es dagegen vorziehen, durch wirtschaftlichen Reichtum in der Gesellschaft einen hohen Status zu erlangen, anstatt sich in den Dienst des Staates zu begeben. Nach seiner Meinung könnte eine auf Individualismus basierende Gesellschaftsform dann verwirklicht werden, wenn das Volk auf den Standard kommen würde, sich selbst regieren zu können. Für sein Gesellschaftsprojekt nahm er die Bildungstheorie der angelsächsischen Staaten als Vorbild.

Der Übergang zum Mehrparteiensystem von 1950 und die Regierungsbildung durch die Demokratische Partei von Menderes ermöglichte zum ersten Mal die politische Bewegung, die im Sinne Prinz Sabahattins für eine Liberalisierung der Gesellschaftspolitik eintrat. In Ansätzen fand also das von Sabahattin vorgeschlagene liberale Konzept in der Ära von Menderes zum ersten Mal seine Anwendung. Der Liberalismusgedanke, der vom Ende des 19. Jahrhunderts an seinen Lauf nahm, konnte sich mit der Zeit als politische Kraft in der türkischen Gesellschaft etablieren und erreichte seinen Höhepunkt in der Özal-Ära.

---

<sup>60</sup> H. Ali Koçer, „Türkiye'de Modern Eğitimin Doğuşu ve Gelişimi - 1773-1923“ (Die Geburt und Entwicklung der modernen Bildung in der Türkei). MEB, Istanbul, 1991, S. 183

## Überblick 4: Entwicklung des Etatismus und Liberalismus in der Türkei

### Die Zeit des Osmanischen Reiches

ETATISTISCHE  
ELITEN

Durkheim

İttihat ve Terakki  
Partisi (Partei der Einheit und  
des Fortschritts)

LIBERALEN

La Play/ Edmond Demoulins  
Prinz Sabahattin

Hürriyet ve İtilaf Partisi (Partei der  
Freiheit und der Union)

### Die Republik Türkei

Ziya Gökalp  
Cumhuriyet Halk Fırkası  
Republikanische Volkspartei) Atatürk, 1923

Etatistische Eliten  
(Zivile und militärische  
Bürokraten, Unternehmer)

Demokrat Parti (Demokratische Partei  
(1950-1960) Adnan Menderes  
Adalet Partisi (Gerechtigkeitspartei)  
Demirel (1965-1980)  
Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)  
Özal (1983-1991)

(konservative Bevölkerungsteile,  
Liberale Eliten, Unternehmer)

#### 3.3.3. Die Schaffung einer zivilen Gesellschaft

Als Folge der Liberalisierungspolitik wuchsen in der Gesellschaft neue Schichten und Interessengruppen heran, die sich langsam, aber sicher als Sprecher für eine politische Umgestaltung engagierten. Diese Wissenschaftler, Intellektuellen und Unternehmer schlugen als Folge der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung in den achtziger Jahren gesellschaftspolitische Konzepte vor, die eine Restaurierung und Anpassung der bestehenden politischen Ordnung an die sich verändernden innen- und außenpolitischen Verhältnisse vorsahen.

Als Folge der Liberalisierung entstandene Ausdehnungen der Freiheiten legten die Tatsache nahe, daß die bestehende Gesellschaftsordnung mit der Verfassung von 1982 und der Struktur des Staates mit seinen Einrichtungen und Institutionen den sich dynamisch entwickelten Erfordernissen der Gesellschaft nicht gewachsen war. Ermutigt von dem ungewöhnlich liberalen politischen Klima in den achtziger Jahren, haben verschiedene politische Interessengruppen dies zum Anlaß genommen, gesellschaftliche Konzepte zur Überwindung der bestehenden Konflikte und Schaffung einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Denn eine zivile Gesellschaft wird daran gemessen, „ob sie fähig ist, Bürger hervorzubringen, die wenigstens manchmal Interessen verfolgen, die über ihre eigenen und diejenigen ihrer Genossen hinausgehen, und die über das politische Gemeinwesen wachen, das die Netzwerke der Vereinigungen schützt.“<sup>61</sup>

<sup>61</sup> Taylor, zit. n.: Mark Arenhövel, „Neubeschreibung der Demokratie - Konflikte um Differenz und Integration“. In: Franz Neumann (Hrsg.) „Politische Theorien und Ideologien“. 1. Bd. Leske-Budrich, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen, 1998, S. 135

Die verschiedenen Konzepte basierten auf der liberalen Ordnung und zielten darauf ab, Formen und Wege zu entwickeln, mit denen in der Türkei der innere Frieden einer pluralistisch-demokratischen Ordnung hergestellt ist, in der die Koexistenz der vielfältigen Interessen und Identitäten in einer zivilen Gesellschaft ermöglicht wird. „Die Grundannahme der Idee der zivilen Gesellschaft liegt darin, daß es eine Gesellschaft gibt, die nicht identisch ist mit politischer Organisation, obgleich sie auf sie bezogen ist.“<sup>62</sup> Demnach umfaßt die Zivilgesellschaft jene staatsfreien Räume, „in denen gesellschaftliche Problemlagen von mittelbar oder unmittelbar Betroffenen aufgenommen und in Form von Assoziationen, Vereinigungen oder Organisationen aufgenommen und verarbeitet werden und an eine ‚alarmierte‘ politische Öffentlichkeit zurückgegeben werden.“<sup>63</sup>

Die islamischen Kreise haben ein Gesellschaftskonzept mit dem Namen „Medina-Dokument“ entwickelt. Das Projekt bezog sich auf den Lebensabschnitt des Propheten Mohammed, als er in der Stadt Medina (im heutigen Saudi-Arabien) ein Dokument unterzeichnete, wodurch die Verwaltung und die rechtlichen und sozialen Beziehungen unter den Menschen mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit geregelt wurde. Die Wortführer dieses Konzept waren die Soziologen Ali Bulaç und Abdurrahman Dilipak. Ein anderes Konzept, das ebenfalls von islamischen Wissenschaftlern entwickelt, aber von der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi) als politisches Programm aufgegriffen wurde, war die „Gerechte Ordnung“, „Adil Düzen“, die sich eher auf die soziale Gerechtigkeit und alternative Möglichkeiten des Wirtschaftshandels konzentrierte und von Süleyman Karagülle, Arif Ersoy und Süleyman Akdemir konzipiert wurde.

Das unter dem Namen „Zweite Republik“ (ZR) bekannt gewordene Konzept wurde von dem Linkliberalen Mehmet Altan entworfen. Es strebte nach einer zivilen Gesellschaftsordnung durch die Neustrukturierung des kemalistischen Staates auf der Grundlage des Liberalismus und der freien Marktwirtschaft und versuchte, die kemalistische Republik den zeitgenössischen Erfordernissen der modernen Staaten anzupassen. Die ZR sah die Restaurierung der Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der demokratischen Prinzipien und freien Marktwirtschaft vor, weil die Ideologie des Staates alt geworden war und das republikanische Projekt nicht mehr funktionierte.<sup>64</sup> Die im Projekt vorgeschlagenen Punkte wie Liberalisierung des Gesellschaftssystems, Menschenrechte, Überwindung des strengen und heiligen Staatsverständnisses, individuelle Freiheiten und nach außen orientierte Wirtschaft manifestierten sich in der Politik und den Regierungsprogrammen von Özal.<sup>65</sup>

Ein anderes Konzept, das während der Umbruchphase Anfang der neunziger Jahre in der türkischen Außenpolitik entwickelt wurde, ist der Neo-Osmanismus, der der außenpolitischen Definition mit deren Rückkoppelung auf das Staatsverständnis eine neue identitäre Perspektive anbot. Die geistigen Träger dieses Konzeptes waren Cengiz Çandar und Nur Vergin. Alle diese Konzepte waren das Ergebnis der Liberalisierungsversuche der türkischen Politik der achtziger Jahre unter Özal. Für zwei dieser Konzepte, nämlich die Zweite Republik und den Neo-Osmanismus, war Özal zentrale Bezugsperson.

Das Konzept der ZR ist nicht der Ausgangspunkt für Özals Politik der achtziger Jahre gewesen. Dieses Konzept, das in der Umwandlungsphase der Weltpolitik Ende der

<sup>62</sup> M. Arenhövel, a.a.O., 1998, S. 135

<sup>63</sup> Zit. n.: Ebd., S. 134

<sup>64</sup> H. Özdemir, a.a.O., 1993 in Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 75

<sup>65</sup> Özal war in den letzten Jahren an dem Projekt Zweite Republik selbst beteiligt. NOKTA, 17.4.1993, S.16

achtziger Jahre konzipiert wurde, war eher das anvisierte Ergebnis seiner Politik. Özals Zweite Republik war als ein Konzept entworfen worden, das versucht, die auf dem Etatismus beruhende kemalistische Ideologie des Staates an die innen- und außenpolitischen Veränderungen anzupassen. D.h. es handelte sich eher um eine Restaurierung des etatistischen Kemalismus auf der Grundlage der liberalen Gesellschaftsordnung.

Die Schwierigkeit lag darin, den Kemalismus, dessen Konzept auf dem Positivismus des 19. Jahrhunderts basierte, mit der liberalen Weltanschauung des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu vereinbaren. Schwierigkeiten ergaben sich auch aus der geschichtlichen Entwicklung der beiden Anschauungen in der Türkei, die sich als politische Ordnungen während des Verwestlichungsprozesses der Türkei als Kontrahenten gegenüberstanden. Hinzu kam, daß die Zweite Republik die Neudefinition der kemalistischen Prinzipien bzw. die Revidierung der jakobinischen Perzeption des Staates<sup>66</sup> vorsah. Das Konzept der Zweiten Republik strebte nach einer pluralen Gesellschaftsordnung, freier Marktwirtschaft und einem Umdenken in der gesellschaftspolitischen Haltung des Staates hinsichtlich der kulturellen Vielfalt (unterschiedliche Identitäten) und der Kurdenfrage, nämlich die Anerkennung der kurdischen Realität auf der ethnischen und kulturellen Grundlage. Diese Forderungen schien aber für den Staat unannehmbar zu sein, weil diese einer Niederlage des Kemalismus als Staatsideologie gleichkäme. Interessant dabei ist, daß Özal sich eher in der angelsächsischen Gedankenwelt zu Hause fühlte, während die Wissenschaftler, die das Konzept Zweite Republik vorgeschlagen haben, dem französischen Kulturkreis entstammten. Daher wurde dem Konzept unterstellt, daß sogar der Begriff selbst aus Frankreich importiert worden sei. Die Verteidiger der Theorie der ZR würden die türkische Kultur nicht mögen, den Begriff Osmanismus schon gar nicht.<sup>67</sup> Im Gegensatz dazu vertritt H. Özdemir, der zugleich ein Berater Özals war, die Ansicht, daß die beiden Projekte Teil eines Ganzen seien.

Im folgenden soll ein Versuch unternommen werden, das zivilisatorische Hexagon, das Senghaas für die „Zivilisierung der Gesellschaft“ bzw. ein „Zivilisierungsprojekt“ als Voraussetzung nennt, zu untersuchen. In diesem Kontext stellt sich die Frage, inwieweit die Türkei die Zivilisierung der Gesellschaft in den achtziger Jahren vorangetrieben hat und ob die Liberalisierungspolitik Özals die Weichen für eine pluralistische demokratische Ordnung gestellt hat.

### 3.3.3. a. Das zivilisatorische Hexagon

Senghaas unterscheidet zwischen zwei Gesellschaftsformen: den traditionellen Gesellschaften, in denen die Positionen der Menschen statusmäßig vorgegeben sind, und den modernen Gesellschaften, die durch den Pluralismus gekennzeichnet sind und als Ergebnis von „säkularen Emanzipationsprozessen“<sup>68</sup> entstehen. Unter säkularen Emanzipationsprozessen verstehen wir die sich als Folge der Industrialisierung vollzogene

<sup>66</sup> Mehmet Altan, „Sorun Politik Devletten Libarel Devlete Geçememektir“ (Das Problem besteht darin, daß der

Übergang vom politischen Staat zum liberalen Staat nicht geschaffen werden kann). In: Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 43

<sup>67</sup> C. Çandar in Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 97

<sup>68</sup> Vgl. D. Senghaas, „Wohin driftet die Welt?“. Edition suhrkamp, 1. Auflage, Frankfurt am Main, 1994, S.

soziale Veränderung der Gesellschaft, die sich durch Urbanisierung, durch Verstädterung in verdichteten Räumen auszeichnet. Die Menschen werden durch die Alphabetisierung, durch die Erweiterung der politischen Mitbestimmung und durch langwierige, aber auch erfolgreich bewältigte politische Konflikte organisationsfähiger und selbstbewußter. Hinzu kommt, daß sie, die früher von traditionellen Gesellschaftsformen mit entsprechenden Verhaltensweisen geprägt wurden, nun mit einer neuen sozialpolitischen Umgebung und neuen Verhältnissen konfrontiert werden. Folglich versuchen sie, eine Brücke zwischen ihrer in der Tradition verwurzelten Identität und den neuen, modernen Verhältnisse, an die sie sich anpassen, zu schlagen. Solche organisationsfähiger und selbstbewußter gewordenen bzw. „mündig“ gewordenen Gesellschaften sind konflikt- und gewaltträchtige Gesellschaften, da sie mehr am Gesellschaftsleben teilhaben wollen als ihnen zugestanden wird. Für solche Gesellschaften besteht die Gefahr, daß sie in gewaltsame Dauerkonflikte, in bürgerkriegsähnlichen Zustände versinken. Um dieser Gefahr zu entgehen, bedarf es einer auf Pluralismus basierenden Gesellschaftsordnung.<sup>69</sup> Die Schaffung einer pluralen Gesellschaftsordnung setzt aber – wegen der innergesellschaftlichen unüberwindbaren Meinungsunterschiede und Interessenvielfalt der Interessengruppen - eine Verständigung über gesellschaftliche Koexistenz voraus. Die „zivilisatorische“ Aufgabe in einer modernen Gesellschaft besteht darin, Regeln und Wege der Koexistenz zu finden, mit denen die Konflikte in der Gesellschaft ohne Androhung von Gewalt ausgetragen werden.<sup>70</sup> Führt die Politik innerhalb von Gesellschaften zu verlässlicher Koexistenz, ist auch in diesen Gesellschaften der innere Frieden gesichert. Das Mißlingen der Koexistenz innerhalb einer Gesellschaft weist auf die Gefahr hin, daß der innere Frieden der Gesellschaft gestört ist, steht doch der Zivilisierungsprozeß im engen Zusammenhang mit innergesellschaftlichem Frieden.

Zur Schaffung eines Zustandes dauerhaften, innergesellschaftlichen Friedens in den modernen politischen Gesellschaften stellt Senghaas das Modell des zivilisatorischen Hexagons vor, das folgende Sachverhalte beinhaltet.<sup>71</sup>

1. *Gewaltmonopol (Entprivatisierung der Gewalt):* Der erste Schritt sieht die Herausbildung eines legitimen, in aller Regel staatlichen Gewaltmonopols vor, dem alle Individuen untergeordnet sind. Dazu gehört die Entwaffnung der Bürger, um Vorgängen wie der „Libanesierung“ zu entgehen.

2. *Kontrolle des Gewaltmonopols und Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit:* In erster Linie sollte das Gewaltmonopol des Staates von den Bürgern als legitim akzeptiert werden. Diese setzt die rechtsstaatliche Institutionalisierung der Prinzipien und die öffentliche demokratische Kontrolle des Gewaltmonopols (Zulassung der demokratischen Parteien und ziviler Initiativen) voraus. Dazu gehören u. a. Schutz von Grundfreiheiten, Gewährleistung der Menschenrechte, Gewaltenteilung, Gleichheit der BürgerInnen vor dem Gesetz unabhängig von ihrer Herkunft bzw. ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit, Sicherung der materiellen Existenz der Bürger, d.h. Chancengleichheit aller Bürger, freie Wahl und politische Partizipation sowie Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwaltschaft.

Zur Aufrechterhaltung und Kontrolle einer rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung gehören auch institutionalisierte Mechanismen zur Beilegung bzw. Sozialisierung der

---

<sup>69</sup> Ebd., S. 17

<sup>70</sup> Ebd., S. 18

<sup>71</sup> Ebd., S. 20-34

gesellschaftlichen Konflikte wie Konfliktmanagement und Konfliktregelung. Das Funktionieren der Rechtsstaatlichkeit bedarf der Einsicht, daß alle Konflikte – seien es Interessens- oder Identitätskonflikte- als „normal“ und „legitim“ angesehen und als solche akzeptiert werden, wobei in einem demokratischen Staat – wie in den europäischen Staaten - Interessenskonflikte häufiger anzutreffen sind als Identitätskonflikte.

3. *Interdependenz und Affektkontrolle*: In Gesellschaften, die ein hohes Interdependenzgeflecht aufweisen, sinkt die Motivation, Gewalt anzuwenden. D. h. es besteht eine unmittelbare Korrelation zwischen dem „Grad der Komplexität einer Gesellschaft und der Dysfunktionalität physischer Gewalt zur Durchsetzung individueller Interessen“.<sup>72</sup> Damit die Konflikte innerhalb der Gesellschaft fair ausgetragen werden, reichen die institutionalisierten Konfliktmechanismen allein nicht aus. Sie implizieren auch eine Kontrolle von Affekten. Die Selbstkontrolle – Gewaltverzicht der Interessens- und Identitätsgruppen - ist für das Funktionieren einer pluralistisch- demokratischen Gesellschaftsordnung unausweichlich.

Die Affektkontrolle stellt die Grundlage für die Achtung und Respektierung der vielfältigen Identitäten und Interessen in der Gesellschaft dar. Die gegenseitige Toleranz und Kompromißbereitschaft der Betroffenen führen zur größerer Sicherheit in der Gesellschaft. Der Mensch, der sich selbst beherrscht, vergrößert seine Autonomie gegenüber seinen eigenen Triebkräften und muß nicht von außen gewaltsam eingeschränkt werden.<sup>73</sup>

4. *Demokratische Beteiligung*: Die Gesellschaften, die im Zuge der Industrialisierung einen säkularen Emanzipationsprozeß vollziehen, befinden sich in einem Transformationsprozeß, in dem sich neue Sozialschichten durch Entbäuerlichung, Alphabetisierung, Proletarisierung und Verstädterung formieren. In ihnen bilden sich weiträumige „Interdependenzgeflechte“ heraus, und sie werden zu sozial mobilen Gesellschaften. Diese Sozialschichten versuchen, ihre Interessen unabhängig von ihrer „Aufwärts- bzw. Abwärtsmobilität“ in der Gesellschaft zu artikulieren und durchzusetzen. In den modernen, sozial mobilen Gesellschaften werden die Diskriminierung des Einzelnen oder der Interessengruppen nach Ethnien, Klasse, Geschlecht oder anderen Merkmalen nicht toleriert, da solche Abwertungen die gesellschaftliche Stabilität in einer demokratischen Gesellschaft gefährden.

5. *Soziale Gerechtigkeit*: Soziale Gerechtigkeit impliziert Chancengleichheit, Verteilungsgerechtigkeit und Sicherung der Grundbedürfnisse der Bürger in der Gesellschaft. Die materielle Bereicherung der Bürger im Sinne des Anteils an Wohlfahrt ist „eine konstitutive Bedingung der Lebensfähigkeit von rechtsstaatlicher Ordnung und damit des inneren Friedens“<sup>74</sup> Hier handelt es sich um die Entwicklung der ökonomischen bzw. materiellen Bereicherung der Bürger.

6. *Konstruktive politische Konfliktkultur*: Hier geht es darum, daß in einer aufgegliederten und differenzierten Gesellschaft jeder Einzelne oder jede Interessensgruppe die Chance bekommen sollte, seine Interessen auf der legitimen Grundlage zu artikulieren, damit ein Ausgleich verschiedener Interessen hergestellt werden kann. Dazu bedarf es einer Verinnerlichung der Bereitschaft, sich produktiv und konstruktiv mit „anderem“

<sup>72</sup> D. Senghaas, „Konfliktformationen im internationalen System“. Edition suhrkamp, 1. Auflage, Frankfurt am Main, 1988, S. 15

<sup>73</sup> Vgl. R. Meyers, a.a.O., 1993, S. 283

<sup>74</sup> D. Senghaas, a.a.O., 1994, S. 24

auseinandersetzen, wobei Toleranz zu einem selbstverständlichen Orientierungspunkt politischen Handelns wird.

Diese sechs Bausteine des zivilisatorischen Hexagons sind in Europa im Laufe eines geschichtlichen Prozesses entstanden. Nach langen Entscheidungskämpfen folgte der Herausbildung des Gewaltmonopols eine Institutionalisierung der Rechtsstaatlichkeit. Die Entstehung der sozial mobilen Gesellschaften löste den Kampf um demokratische Partizipation aus, die mit dem Bemühen um soziale Gerechtigkeit einherging. Parallel dazu entwickelte sich eine politische Konfliktkultur mit liberaler Prägung.

Ein Problem des zivilisatorischen Hexagons scheint - von seiner geschichtlichen Entwicklung her betrachtet - die ausschließlich europäische Prägung zu sein. Das zivilisatorische Hexagon kann sich nicht dem Vorwurf entziehen, vielmehr eurozentristisch als universalistisch zu sein. Der Universalanspruch könne nach Senghaas dadurch zur Geltung kommen, daß sich auch in den anderen Teilen der Welt einen Übergang in moderne, bzw. sozial mobile Gesellschaften vollziehe.<sup>75</sup> Zum anderen sei der Machtanspruch der herrschenden Elite oder Klassen, die dadurch um den Verlust ihrer Machtposition bzw. Privilegien fürchten, problematisch.<sup>76</sup> Das Problem besteht darin, daß es in der europäischen Geschichte keine Zäsur und keine derart abrupte Abkehr der Gesellschaft von ihrer Tradition und Kultur wie im Fall der Türkei gegeben hat. Westeuropäische Gesellschaften, in denen der geschichtliche Prozeß des zivilisatorischen Hexagons sich entwickelte, können auf eine geschichtliche Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Institutionen aufbauen. Ferner weisen europäische Gesellschaften im Hinblick auf Wertvorstellungen weitgehende Homogenität auf. In diesen Gesellschaften prallen mehrere, zum Teil entgegengesetzte Weltanschauungen, Kulturen, Identitäten nicht aufeinander. Daher bedarf es in Gesellschaften, die außerhalb des europäischen Kulturraumes liegen, der Intention, alle Identitäts- und Interessengruppen zur Verwirklichung einer zivilen Gesellschaftsordnung anzusprechen, was sich um so schwieriger gestaltet.

### 3.3.3.b. Das zivilisatorische Hexagon als Grundlage der Gesellschaftspolitik von Özal

Nachdem das zivilisatorische Hexagon kurz dargelegt worden ist, soll im folgenden ein Versuch unternommen werden, die türkische Gesellschaftsordnung im Sinne des Hexagons einzuordnen und zu untersuchen, inwieweit die Liberalisierungspolitik Özals zur Zivilisierung und Demokratisierung der gesellschaftlichen Ordnung beigetragen hat. Für einen Staat wie den der Türkei, dessen höchstes Ziel die Modernisierung der Gesellschaft und ihrer Strukturen ist, ist die Schaffung einer pluralistischen Ordnung mit einer innergesellschaftlichen Koexistenz zur Wahrung des inneren Friedens unumgänglich.

Die politische Geschichte der Türkei auf dem Weg zu einer demokratischen Ordnung kann man in drei Phasen gliedern:

1. Die republikanische Revolution Atatürks (1923-1938) und das autokratische Regime von İnönü (1938-1950)

---

<sup>75</sup> Ebd., S. 30

<sup>76</sup> Ebd., S. 32

2. Einführung des Mehrparteiensystem durch freie Wahlen am 14. Mai 1950 (Machtübernahme der Demokratischen Partei)
3. Einführung der freien Marktwirtschaft durch verstärkte Liberalisierungsversuche der gesellschaftlichen Ordnung (1983)

In der ersten Phase ging es primär darum, den neugegründeten Nationalstaat und die Reformen Atatürks zu festigen. Die in der Gründungsphase der Republik durchgeführten Reformen, d. h. die Abkehr von einer traditionellen Gesellschaftsordnung und die Zuwendung zu einer modernen Gesellschaftsordnung (Einführung des Laizismusprinzips) im westlichen Sinne können wir als Zeichen dafür verstehen, daß die Weichen für einen säkularen Emanzipationsprozeß gestellt worden waren. Von einer Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und einer Kontrolle des Gewaltmonopols können wir jedoch nicht ohne Einschränkungen sprechen, da dafür erforderliche Prämissen wie öffentliche demokratische Kontrolle, Zulassung demokratischer Parteien, politische Partizipation und gesellschaftliche Interessensgruppen weitgehend fehlten. Die Institutionalisierung der rechtsstaatlichen Prinzipien war zum Teil gewährleistet, wobei man in dieser Phase immer noch die Überbetonung des staatlichen Gewaltmonopols beachten muß.

Durch die Zulassung der Parteien zu freien Wahlen im Jahr 1950 zeichneten sich eine ansatzweise Liberalisierung der gesellschaftlichen Ordnung und zugleich ein säkularer Emanzipationsprozeß (aufgrund der durch die Herausbildung überdörflicher Verkehrswirtschaften entstandenen Entbäuerlichung und Urbanisierung) sowie eine politische Partizipation und öffentliche demokratische Kontrolle ab. Es fehlten aber institutionalisierte Formen des Konfliktmanagements, der Konfliktregulierung und Konfliktlösung – kurzum: die Zivilisierung der Konflikte.

Die sechs Dimensionen des zivilisatorischen Hexagons sind zwar in der türkischen Gesellschaftsordnung in unterschiedlichen Formen vorhanden. Aber aufgrund der mangelnden Wechselbeziehungen zueinander bzw. aufgrund des Fehlens einer Affektkontrolle und einer konstruktiven Konfliktkultur werden sie für nichtig erklärt oder sind zum Teil unterentwickelt. Nach der Einführung der Demokratie gelang es dem politischen System nicht, die für eine zivilisierte Gesellschaftsordnung erforderlichen Bausteine des Hexagons konstruktiv aufzubauen. Zeitweilig verfiel sie als Folge der „Chaotisierung der politischen Ordnung“ in bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Folge davon war die Machtübernahme des Militärs mit den Argumenten, u.a. anarchischen Zuständen ein Ende zu bereiten, das Gewaltmonopol des Staates zu sichern und eine politische Ordnung wiederherzustellen. Ein anderes Phänomen der Verhinderung einer konstruktiven Konfliktkultur war, daß die herrschende Staatseliten die Interessens- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft gegeneinander ausspielten, um ihre Macht zu sichern, anstatt mit gesellschaftlichen politischen Interessensgruppen auf der Grundlage der pluralistischen Gesellschaftsordnung eine Koexistenz zu schaffen, wobei allerdings die internationalen Entwicklungen dabei eine nicht unbedeutende Rolle spielten.<sup>77</sup>

---

<sup>77</sup> So sieht z.B. E. Kongar in der Intervention der Armee am 28. Januar 1997 einen engen Zusammenhang zwischen Veränderungen des internationalen Systems und den innenpolitischen Entwicklungen, nämlich die Zurückdrängung des politischen Islams in der Türkei. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellte der Kommunismus für die Türkei keine Gefahr mehr dar. Daher brauchte man in der Türkei keine islamischen Bewegungen mehr. Außerdem wären diese Bewegungen so stark gewesen, die Grundsätze des laizistisch-demokratischen Systems in Frage zu stellen und zu gefährden. E. Kongar, (Interview). Milliyet, 20.4.1998

Als Özal die Regierung bildete, waren die folgenden Bausteine des Hexagons entweder gar nicht vorhanden oder unterentwickelt, was in einem vom Militär regierten Land nicht weiter verwunderlich ist. Es fehlten weitgehende Interdependenz und Affektkontrolle, Rechtsstaatlichkeit im Sinne der demokratischen Kontrolle (Grundfreiheiten und Menschenrechte), soziale Gerechtigkeit, demokratische Partizipation, aber vor allem Konfliktmanagement und Konfliktkultur. In der Türkei handelt es sich neben Interessenartikulation der Gruppen vor allem um Identitätskonflikte, die von den herrschenden Eliten auf keinen Fall als „normal“ angesehen werden.

Um das Funktionieren eines zivilisatorischen Hexagons zu ermöglichen, mußte die Aufgabe der türkischen Regierung unter Özal darin liegen, die Hindernisse für einen Demokratisierungsprozeß aus dem Weg zu räumen und Formen politischer Regulierungsmechanismen (wie Affektkontrolle, Konfliktkultur oder Rechtsstaatlichkeit) in die Wege zu leiten, um auf dieser Grundlage eine Koexistenz der verschiedenen Identitäts- und Interessensgruppen in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Özal sah die Marktwirtschaft, wie sie in der Türkei umgesetzt wurde, als notwendigste Basis für den Ausbau der demokratischen Ordnung im Staate und in den gesellschaftlichen Institutionen an. Er sah die freie Marktwirtschaft, den dadurch freigesetzten Unternehmergeist und die sozial mobile Gesellschaft als tragende Säulen für die Aneignung der demokratischen Prinzipien und die demokratische Partizipation der Gesellschaft. Denn „je demokratischer ein Staat organisiert ist, desto größer ist das Gewicht der gesellschaftlichen Anforderungen. Und umgekehrt: Je autoritärer die Staatsform, desto marginalisierter Gesellschaft“<sup>78</sup> und ihre demokratisch-freiheitlichen Anforderungen an den Staat.

Nach der Rückkehr zur Demokratie zeichneten sich die Türkei durch folgende Faktoren aus, die in ihren wesentlichen Punkten als spezifische Problemfelder der türkischen Politik betrachtet werden können:

1. Das Gewaltmonopol des Staates kannte fast keine Grenzen.
2. Es handelte sich um eine Gesellschaft, die innerlich zerbrochen war und keinen Frieden mit sich selbst geschlossen hatte (Identitätskrise).
3. Die Artikulation der politischen Ziele der Interessens- und Identitätsgruppen wirkte eher konfliktfördernd als -hemmend (Fehlen einer Affektkontrolle).
4. Ein bürokratisch-etatistischer Staat, der kein Vertrauen in seine Bürger hatte. (Verhinderung der politischen Partizipation, öffentliche Kontrolle und Ablehnung der politischen Willensbildung auf der Grundlage der Interessenunterschiede und Identitäten)
5. Die politischen und zivilen Organisationen waren weitgehend entmachtet und verstummt (weitgehende Einschränkung der Institutionalisierung rechtsstaatlicher Prinzipien und Fehlen einer demokratischen Kontrolle).

Özals Politik bestand darin, dieser Konfliktkonstellationen ein Ende zu bereiten, um einen gesellschaftlichen Frieden zu erreichen und institutionelle Strukturen einzuführen. Auf der Grundlage eines Liberalisierungsprozesses sollte eine Koexistenz der verschiedenen miteinander konkurrierenden politischen Interessens- und Identitätsgruppen in der

---

<sup>78</sup> Ernst-Oto Cempel, „Der Zusammenhang von Selbstbestimmung, Demokratisierung und Friedfertigkeit“. In:

„Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Oldenburg Verlag, München, 1999, S. 8

Gesellschaft herbeigeführt werden. Dazu bildeten die folgenden Vorstellungen die Grundlage seiner Gesellschaftspolitik:

1. Festhalten an der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (soziale Gerechtigkeit und Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
2. Versöhnung der Republik mit der osmanischen Geschichte und mit dem Islam (Verbindung von kulturellen Werten der Gesellschaft mit der Republik, durch die gesellschaftliche Identitätskrisen überwunden werden kann, um eine kulturelle Koexistenz zu verwirklichen)
3. Versöhnung des Volkes mit der Politik (Ermöglichung einer aktiven Partizipation des Volkes, Heranwachsen neuer gesellschaftlicher Interessengruppen als Folge der Liberalisierung, die ihrerseits Forderungen an den Staat stellen)
4. Versöhnung verschiedener politischen Gruppen und Interessensgruppen in der Gesellschaft (Schaffung eines politischen Klimas, das den Aufbau einer Affektkontrolle, Konfliktkultur und Konfliktmanagement gewährleistet; Ausarbeiten von Vereinbarungen für eine Koexistenz in pluralistischer Interessenvielfalt<sup>79</sup>)
4. Versöhnung des Staates mit dem Volk<sup>80</sup> (Legitimation der Interessens- und Identitätsvielfalt in der Gesellschaft als Voraussetzung für eine zivilisierte und demokratische Gesellschaftsordnung)

Özal sah eine der wichtigsten Aufgaben seiner Regierung darin, durch die Liberalisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung das Funktionieren des demokratischen Systems zu garantieren. Das heißt: „Zivilisierung der Konflikte“ durch Interdependenzen und Affektkontrolle innerhalb der unterschiedlichen Interessens- und Identitätsgruppen einerseits und dem Staat und der Bevölkerung andererseits, was für den Erfolg eines zivilisatorischen Projekts unentbehrlich ist.

Die soziale Gerechtigkeit, verstanden als Teilhabe der Einzelnen am Wohlergehen der Gesellschaft, und die Sicherung der Grundbedürfnisse der Menschen<sup>81</sup> wurden von der Regierung Özals als vorrangig betrachtet. Durch diese Maßnahmen wurde vorgesehen, den Menschen das Gefühl zu geben, vom Staat gleichbehandelt zu werden, nicht ihrer Freiheiten beraubt zu werden und somit Konflikte durch soziale Mißstände innerhalb Gesellschaft zu vermeiden.<sup>82</sup>

### **3.4. Staat- Bürokratie – Demokratie**

#### **3.4.1. Der Staat als Mittel zum Zweck**

Das Staatsverständnis der Türkei trägt – trotz der kontroversen Weltanschauung – Grundzüge der Staatsstruktur des Osmanischen Reiches des 19. Jahrhunderts. Nach der Tanzimatreform von 1839 begann im Osmanischen Staat die Tradition der bürokratischen Staatsverwaltung. Diese bürokratische Tradition wurde mit der Perzeption der

<sup>79</sup> Im Regierungsprogramm vom 1983 stand: „Wir glauben, daß die vielfältigen Interessensgruppen, die sich gegenseitig ergänzende Faktoren eines Ganzen sind, im Rahmen der nationalen Interessen in Einklang gebracht werden können.“ Regierungsprogramm vom 19.12.1983, S. 12

<sup>80</sup> İhsan Sezal, „Bir Toplumsal Bariş Mimari: Turgut Özal“ (Ein gesellschaftlicher Friedensstifter: Turgut Özal).

In: İhsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 133-135

<sup>81</sup> Regierungsprogramm vom 1983, S. 10

<sup>82</sup> ÖZAL, Presseerklärung vom 14.12.1985

„Staatsräson“ (Hikmet-i Hükümet) zusammengeführt. Dies hatte die Verankerung eines autoritären Staatssystems zur Folge. Der türkische Staat wurde von den neuen Eliten als ein Gesellschaftsmodell der jakobinischen Republik gegründet. Das Herrschaftssystem in der Türkei zeichnet sich dadurch aus, daß eine Trennlinie zwischen dem „Staat“ und dem „politischen System“ gezogen wird. Der Staat betrachtet sich als eine überdimensionale Herrschaftsform. Er ignoriert entweder die gesellschaftlichen Anforderungen ganz oder teilweise, vermischt sie mit seinen „hohen Werten und Normen“ und bringt sie unter seine Kontrolle.

Diese „hohen Werte und Normen“, nach denen sich alle Gesellschaftsmitglieder zu richten haben, stellen nach Auffassung der Staatseliten die vitalen und unverzichtbaren Interessen der Nation dar. Unabhängig von einem politischen System, das sich auf einen demokratischen Wettbewerb in der Gesellschaft stützt, repräsentiert der Staat die Nation und ihre „vitalen Interessen“. Diese vitalen Interessen der Nation werden nicht von den durch die Nation gewählten Politiker bestimmt, sondern sie werden in erster Linie von den zivilen und militärischen Bürokraten bestimmt.

Der Staat wird in seiner Essenz als „Heiliger“ angesehen, da er eine unabhängige und überdimensionale Stellung gegenüber der zivilen Gesellschaft einnimmt und gleichzeitig den Anspruch für sich erhebt, die hohen Interessen der Nation, die von keinem angetastet und zur Diskussion gestellt werden dürfen, zu repräsentieren und zu bewahren.

In den kemalistischen Prinzipien, auf die die Republik aufbaut, wird eine demokratische Staatsform nicht in Erwägung gezogen. Der Populismus, eine der Prinzipien des Kemalismus, basierte auf einer klassenlosen Gesellschaftsform, die jegliche Gesellschafts- und Interessensgruppen ablehnte,<sup>83</sup> die zur Grundlage eines demokratischen Systems gehören. Daher werden die Forderungen und Erwartungen der verschiedenen Interessens- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft nicht als Gegenstand des Staates angesehen. Interessant ist dabei, daß nicht die Gesellschaft an den Staat Forderungen und Erwartungen stellt, sondern umgekehrt. Es entsteht dabei der Eindruck, daß nicht der Staat der Nation gehört, sondern daß die Nation dem Staat gehört.<sup>84</sup> Die innere Legitimationsgrundlage des Herrschaftssystems der Türkei weist mit seiner übermächtigen militärischen und zivilen Bürokratie nach Weber den Charakter der „Institutionalisierung der charismatischen Persönlichkeit auf.“ Im Gegensatz dazu fällt dem politischen System in der Türkei, das mehr oder weniger seine Legitimation auf Wählerschaft gründet, eine bescheidene Aufgabe zu. Vom Staat wird dem politischen System die Aufgabe zugeteilt, die Erwartungen und Forderungen der Interessens- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft durch einen politischen Prozeß in die hohen Interessen des Staates zu integrieren, wobei die „hohen Werte“ des „heiligen Staates“ nicht angetastet werden dürfen. Die politischen Parteien als einzige politische Akteure des politischen Systems müssen in diesem Kontext wissen, daß sie über die „Grenzen“ nicht hinausgehen dürfen, die der Staat ihnen auferlegt hat. Sie haben darauf zu achten, daß das politische System keinen Einfluß auf den Staat haben darf.<sup>85</sup> Trotz des Erscheinungsbilds eines demokratischen Systems ist die Dominanz der Staatsräson unüberwindbar.

---

<sup>83</sup> M. Altan in Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 36

<sup>84</sup> Mustafa Erdoğan, „Türk Politikasında bir Reformist“ (Ein Reformist in der türkischen Politik). In: Ihsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 42

<sup>85</sup> M. Erdoğan, a.a.O., 1996, S. 43. Wenn es auch einmalig in der türkischen Geschichte ist, haben wir eine doch schon eine umgekehrte Situation erlebt. Die Koalitionsregierung von Ministerpräsident Ecevit hat „einen Kabinettsbeschluß der Gesetzeskraft“ erlassen, um zu verhindern, daß sich „reaktionäre,

„Abgesehen von kurzen Perioden ist das Parlament offen, die Wahlen werden abgehalten, die politischen Parteien arbeiten, die zivilen Gesetze funktionieren, aber unter all diesen Faktoren spürt man eine Macht, die über alles herrscht, die keinen Namen hat und nicht berührbar ist. In der Türkei enden die militärischen Interventionen mit einem Paradox. Der Politiker, der vom Putschisten ins Gefängnis geworfen wird, steht Schulter an Schulter mit dem Putschistenführer, als ob sie insgeheim zusammenarbeiten würden. Die Losung dabei ist immer gleich: den Staat zu beschützen! Und im Unterbewußtsein der Bürger das Glauben zu festigen, daß der Staat immer Recht hat und die Bürger immer im Unrecht liegen“<sup>86</sup>

Die Versuche des politischen Systems, den Erwartungen und Forderungen der Gesellschaft Geltung zu verschaffen, wurde immer von den „Repräsentanten des Staates“ mit dem Argument zurück gewiesen, daß diese Forderungen die Grundsätze der Kemalistischen Republik (besonders des Laizismusprinzips und der Integrität und der Einheit des Landes) bedrohe und damit auch die „demokratische Ordnung“ gefährden würde. Darüber hinaus wird von den Staatseliten stets propagiert, daß man sich auf die politischen Akteure, also die Politiker und politischen Parteien des politischen Systems, nicht verlassen könne. Sie würden ihre politischen und persönlichen Interessen über die Interessen des Staates bzw. der Nation stellen.<sup>87</sup> Dabei geht es für den Staat nicht darum,

---

destruktive und separatistische Tendenzen“ in öffentlichen Institutionen ausbreiten. Darin wurde vorgesehen, einen Beamten in öffentlichen Einrichtungen mit sofortiger Wirkung und ohne jegliche rechtliche Einspruchsmöglichkeit von seinem Dienst zu suspendieren, wenn durch Aussagen zwei Zeugen, in der Regel Vorgesetzte des Beamten, festgestellt wird, daß er eine politische Meinung habe, die die Einheit des Staates bedrohe (Kurden) oder darauf abziele, das Regime zu ändern (Islamisten). Auf die Reaktionen der Öffentlichkeit und besonders der Beamtengewerkschaften hat Ministerpräsident Ecevit zunächst erklärt, daß er von einem solchen Kabinettsbeschluß nichts wisse. Nachdem er offensichtlich vom Militär „über seine eigentliche Aufgabe“ belehrt worden war, hat er daraufhin zugegeben, daß es einen solchen Kabinettsbeschluß gäbe. Er hat erklärt, daß dieser Beschluß einer der 18 Punkte ist, die am 28. Februar 1997 vom Nationalen Sicherheitsrat zum Schutz der politischen Ordnung vor der „religiösen Bedrohung“ von Erbakan „empfohlen“ wurden. Er warf dem Staatspräsident vor, „sich als Staatspräsident nach wie vor wie ein Verfassungsrichter zu gebärden und rechtliche Überlegen über politische Notwendigkeiten zu stellen, wodurch er den Staat gefährde.“ FAZ, 24.8.2000. Da die Regierungen seit 1997 entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage waren, eine entsprechende Mehrheit für eine solche Gesetzesänderung im Parlament zu finden, wurde diese Aufgabe Ministerpräsident Ecevit von den Staatseliten auferlegt. Der Haken dabei war, daß der neue gewählte Staatspräsident, Ahmet Necdet Sezer, der nach dem Verständnis der etatistischen Eliten die Herrschaft des Staates festigen sollte und gerade deswegen von Ecevit als Kandidat zum Staatspräsidenten vorgeschlagen worden war, nicht „mitspielen“ wollte. Er hat den Kabinettsbeschluß mit dem Argument zurückgewiesen, daß der Beschluß der Verfassung widerspräche. Die Regierung hat daraufhin beschlossen, „den Islamistenerlaß“ ohne Änderungen anzunehmen und zum Unterschreiben an den Staatspräsidenten zu schicken. Die Argumente, die dem Staatspräsidenten Handlungsanweisungen lieferten, lauteten wie folgt: 1. Durch diesen Beschluß hat die Regierung das Ziel, die laizistische und demokratische Ordnung zu schützen. 2. Der Staat hat das Recht sich gegen diejenigen zu verteidigen, die gegen die in der Verfassung festgelegte Grundsätze des Staates sind, aber in der Staatsverwaltung arbeiten. 3. Man kann von einem Rechtsstaat nicht sprechen, wenn der Staat geschwächt ist oder zusammenbricht. 4. Der Staatspräsident hat auf der Seite des Staates zu stehen und für die Wahrung der Einheit und Integrität des Staates zu sorgen. 5. Der Staatspräsident darf nicht unparteiisch sein. Er muß sich gegen die Staatsfeinde auf die Seite des Staates stellen. Mit seinem Verhalten würde er, wenn auch nicht vorsätzlich, die Feinde der politischen Ordnung der Türkei ermutigen. (Wenn er also den Beschluß nicht unterzeichne, gerate er in die Gefahrenzone, mit den Staatsfeinden gemeinsam zu handeln) Hürriyet, 13.8.2000. Die Rollen waren also vertauscht. Der Sozialdemokrat Ecevit erklärte sich mit seinen Koalitionspartnern, den Grauen Wölfen, der Partei der Nationalen Bewegung und der „liberalen“ Mutterlandspartei, bereit, zur Festigung des Staatssystems seinen Beitrag zu leisten, während der Staatspräsident sich auf der Seite des politischen Systems gestellt hat.

<sup>86</sup> Zülfi Livaneli, „Kafka'nın Sarayı“ (Das Schloß von Kafka). Sabah, 15.10.2000

<sup>87</sup> E. Kongar, a.a.O., 1998, S.203

in erster Linie für das Wohlergehen seiner Bürger zu sorgen, sondern alle staatlichen Maßnahmen zielen darauf ab, den Staat als solchen aufrechtzuerhalten. Der Staat hat eine Struktur, gemäß der er sich dem Volk gegenüber als abgrenzend verhält. Weiterhin ist in diesem Kontext das Besondere, daß die wirtschaftliche Perzeption des Staates darauf abzielt, in erster Linie den bürokratischen Apparat des Staates aufrechtzuerhalten.<sup>88</sup> Daher stieß jede politische und soziale Bestrebung, die eine strukturelle Umwandlung in der Verwaltung und auch in der Gesellschaft vorsah, von militärischen und zivilen Bürokratie auf Unverständnis und Widerstand. Privatisierungsversuche der staatlichen Unternehmen riefen bei der Armee Unmut hervor (z. B. der Verkauf der Bosphorusbrücke und die Privatisierung der türkischen Luftfahrtgesellschaft).<sup>89</sup>

In den achtziger Jahren wurde eine Gesellschaftspolitik in die Wege geleitet, in der die institutionalisierte charismatische Herrschaftsform des Staates auf der Grundlage der Gewährung der individuellen Grundfreiheiten und einer liberalen Ordnung in eine moderne demokratische Gesellschaftsordnung umgewandelt werden sollte. Daher war vorgesehen, in erster Linie eine „mentale“ Umwandlung in der Staatsauffassung herbeizuführen. Dies wurde im Regierungsprogramm der Mutterlandspartei so zum Ausdruck gebracht :

„Der Staat ist für das Volk da, nicht umgekehrt. Es ist wichtig, daß der Staat sich in allen Bereichen mit dem Volk vereinigt. Der Staat kann niemals gegen seine Bürger sein, oder sie als Konkurrent und als Feind betrachten. Der Staat ist der Helfer des Volkes. Es ist nicht richtig, daß die Bürger durch den Reichtum des Staates reicher werden, sondern es ist wichtig, daß der Staat durch den Reichtum seiner Bürger reicher wird.“<sup>90</sup>

Da der Staat seine Legitimation aus den kemalistischen Prinzipien bezieht, war in erster Linie eine angemessene Auslegung des Kemalismus notwendig. Die kemalistischen Prinzipien wurden von Özal in der Weise interpretiert, daß sie nicht als Dogmen und unveränderliche Grundsätze oder „Heilige Schriften“ betrachtet werden, sondern viel mehr konjunkturelle Programme, die aus den dreißiger Jahren der internationalen Konjunktur und der daraus resultierenden türkischen Realität hervorgegangen waren. Es war im Staatsapparat notwendig, eine Geisteswandlung zu vollziehen und ins Bewußtsein zu rufen, daß die kemalistischen Prinzipien an zeitgenössische Veränderungen angepaßt werden sollte. Der Kemalismus wurde von Özal als ein Gesellschaftsmodell verstanden, das entsprechende Flexibilität aufweist, gemäß dem gesellschaftspolitischen Wandel Konzepte zu entwickeln, welche die Türkei auf den Stand der zivilisierten Welt bringen sollen.<sup>91</sup>

Seine Politik zielte darauf, den Staat als überdimensionales Phänomen und als Ausdruck des staatlichen Herrschaftssystems aus seiner Gestalt zu befreien. Özal hat den Staat als „ein Mittel zum Zweck“ verstanden, das auch das Staatsverständnis der modernen Demokratie ist. Die Aufgabe des Staates wurde darin gesehen, in erster Linie Widrigkeiten zu beseitigen und in einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung für das Wohlergehen der Menschen zu sorgen.<sup>92</sup> Die Grundvoraussetzung war, eine Identitätskongruenz bezüglich der Wertvorstellungen des Staates und der Gesellschaft zu

<sup>88</sup> M. Altan in Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), a.a.O.,1993, S. 36

<sup>89</sup> Evangelos Antonaros, „Das erfolgreiche Programm von Özal“ Die Welt, vom 28.09.1984

<sup>90</sup> Regierungsprogramm 1983, S. 17-18

<sup>91</sup> Mustafa Erdoğan, a.a.O., 1996, S. 43

<sup>92</sup> Regierungsprogramm 1983, S. 22

erreichen. Die Gesellschaft sollte nicht in die Schablone des Staates hineingezwängt werden.<sup>93</sup> Darüber hinaus war es notwendig, den Menschen eine Meinungsfreiheit zu gewähren, damit diese sich gegenüber der bestehenden Ordnung kritisch äußern können.

Das von den Staatseliten vehement eingehaltene „Staatsystem“, das sich als Verkörperung der „hohen Interessen“ der Nation versteht, mußte sich dem politischen System der zivilen Politik beugen, um eine Entfaltung der individuellen Freiheiten zu gewähren. Im Regierungsprogramm vom 1983 war festgehalten:

„Wir glauben, daß jedes Individuum unantastbare, unübertragbare, unverzichtbare Grundrechte und Freiheiten hat. Die Gewährung und Garantierung dieser Grundrechte und Freiheiten, die in der internationalen Menschenrechtserklärung zum Ausdruck gebracht worden sind, betrachten wir als Grundvoraussetzung der Staatsordnung, welche die Überlegenheit des Rechtsstaates als ihr oberstes Ziel angenommen hat. Jeder Bürger hat, unter der Garantie unserer Verfassung, Gewissens- und Glaubensfreiheit. Wir glauben an den Einklang von geistiger bzw. heiliger und materieller Entwicklung. Die Gewährung der Sicherheit und des Friedens im Land ist die erste und grundsätzlichste Aufgabe des Staates. So lange diese Aufgabe nicht erfüllt ist, kann man von der Existenz des Staates nicht sprechen.“<sup>94</sup>

Wichtig war es in diesem Kontext, daß die Gewährung der Sicherheit und des Friedens im Lande nicht auf Kosten der demokratischen Ordnung der Menschenrechte und Freiheiten erreicht werden sollte. Ein anderes traditionelles Phänomen in der türkischen Gesellschaft ist die Einsicht, den Staat als „Vater“ zu betrachten. Diese Auffassung, die eigentlich aus der traditionellen Gesellschaftsform des osmanischen Staates stammt, wurde in der auf einer rational- positivistische Weltanschauung gegründeten modernen Türkei eher gefördert, weil diese traditionelle Auffassung der Gesellschaft gegenüber dem Staat den Staatseliten entgegenkam, damit sie als „Väter“ „ihren Kindern“ den „richtigen Weg“ zeigen konnten. Die Individuen in der Gesellschaft hatten nur den Anweisungen des „Vaterstaates“ zu folgen. Die erste Voraussetzung für die Demokratie liege darin, so Özal, daß die Menschen vor allem in sich selbst Vertrauen haben. Sonst würden „die Gesellschaften, die wie Schafe auf die Weide geschickt werden, nur soviel Erfolg wie Schafe haben.“<sup>95</sup> Wollte die Türkei den Anschluß an das Zeitalter der Informationsgesellschaft nicht verpassen, müßte dieser Geisteswandel beim einzelnen Individuum anfangen. Und nur die Staaten würden der fortschrittlichen Zivilisation angehören, die in der Lage seien, die Menschen nach den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts auszubilden.<sup>96</sup>

Die gemeinsamen Merkmale der drei Ministerpräsidenten der Türkei (Menderes, Demirel, Özal), die alle nach einer außerordentlichen politischen Lage durch freie Wahlen an die Macht gekommen sind, bestand darin, daß sie die Reaktionen und die Abneigung der Bevölkerung zu schätzen wußten, die diese gegen ein in sich geschlossenes Militärregime gezeigt hatten. Besonders Menderes und Özal haben sich die auf dem Grundsatz basierende Philosophie zu eigen gemacht, das Individuum gegen den Staat und den Individualismus gegen den Etatismus zu verteidigen.<sup>97</sup>

<sup>93</sup> Regierungsprogramm, 1987, S. 13

<sup>94</sup> Regierungsprogramm, 1983, S.16

<sup>95</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 148

<sup>96</sup> Cumhurbaşkanı Turgut Özal'ın Üçüncü İzmir İktisat Kongresi Açılışındaki Konuşması“ (Die Eröffnungsrede des Staatspräsidenten Özal beim Dritten İzmir Wirtschaftskongreß), Am 4–7 Juni 1992, İzmir. In: M. Barlas, 1994, a.a.O., 1994, S. 255

<sup>97</sup> H. Özdemir, „Turgut Özal“. In: NOKTA, Sonderausgabe, /April 1993

Die sich periodisch nach einer Dekade wiederholende Aussetzung des demokratischen Systems zeigt, daß das demokratische System gegenüber dem Staatssystem der estatistischen Klasse – trotz der Liberalisierung in der Özal-Ära - weit davon entfernt ist, seine Grundsätze in die Tat umzusetzen. Das demokratische System in der Türkei bewegt sich auf einem Mienefeld. Wenn die Politiker ihre Schritte nicht im voraus kalkulieren und dementsprechend mit Vorsicht handeln, wird es für sie unvermeidlich, auf eine der Mienen zu treten. Schlimmer scheint es, daß die Mienen nicht genau markiert sind und ihre Lage sich jederzeit verändern kann. Denn die herrschenden Eliten warten nur darauf, ihnen bei jeder noch so kleinen Gelegenheit den Boden unter den Füßen des demokratischen Systems wegzuziehen.<sup>98</sup>

### 3.4.2. Die Bürokratie als „Jüngerschaft und Gefolgschaft“ der charismatischen Persönlichkeit Atatürks

Nach Weber sind wirkliche Herrscher in einem modernen Staat nicht Politiker, sondern wirkliche Herrschaft liegt in den Händen des militärischen und zivilen Beamtentums. Mit seiner fachmännischen Schulung, Arbeitsteilung, seinem auf Unter – und Überordnung basierendem Beamtentum sei dies ein eindeutiger Maßstab der Modernisierung des Staates. Mit der Entwicklung der Politik zum „Betrieb“, so Weber, entwickelten sich zwei Kategorien von Beamtentums. Diese sind „Fachbeamte“ und „politische Beamte“. Die politischen Beamte sind dadurch gekennzeichnet, daß man sie jederzeit – je nach den politischen Verhältnissen – versetzen und entlassen kann oder sie bei einem Regierungswechsel aus ihren Ämtern scheiden. Dazu gehören jene Beamten, deren Kompetenz in der inneren Verwaltung, also in der Erhaltung der Ordnung („der bestehenden Kräfteverhältnisse“) liegt. Der echte Fachbeamte stellt durch seine Spezialisierung als „Vorbedingung des Erfolges“ den „Kern des Staatsapparates“ dar. Er zeichnet sich dadurch aus, daß ihm die politische Verantwortung entzogen ist und er die Fähigkeit besitzt, seiner Vorstellung widersprechende Befehle gewissenhaft auszuführen, als ob diese seinen eigenen Vorstellungen entsprächen, weil ohne diese „im höchsten Sinn sittliche Disziplin und Selbstverleugnung“<sup>99</sup> der ganze Staatsapparat zerfallen würde.

Die Bürokratisierung des Staates, in der Weber das Aufleben der „wahren Freiheit“ nach der Beseitigung der „Anarchie“ der wirtschaftlichen Produktion und der Aufgabe der „Parteietriebe“ zugunsten einer „sozialen Ordnung“ und „organischen Gliederung“ der Bürokratie im Staat und in der Wirtschaft gesehen hat, führte in der Türkei zur Verknochung des Staatsapparates und zu einem fanatischen Festklammern an den kemalistischen Prinzipien. Somit wurden jegliche individualistischen Bewegungsfreiheiten eingeschränkt, durch die eine Liberalisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen ermöglicht werden konnte. Weder der politische Beamte noch der Fachbeamte war – im Sinne Webers - dazu geneigt, dem von Weber als Ehre eines Beamten bezeichneten Handlungsmuster zu folgen und den Anweisungen seiner politischen Vorgesetzten pflichtbewußt Folge zu leisten.<sup>100</sup>

<sup>98</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, . S.75

<sup>99</sup> Max Weber, a.a.O., 1966, S. 32 und ff.

<sup>100</sup> Diese Situation wurde in der Türkei offensichtlich. Nach der „Postmodernen Intervention“ (C. Candar) des Militärs vom 28. Januar 1997 wurden fast alle hohen Bürokraten, einschließlich Lehrkräfte an Universitäten, vom Militär ohne die Einwilligung der Regierung zu einem „Briefing“ einberufen, in dem sie vom Militärstab über die Gefahren der „republikfeindlichen Kräfte“ unterrichtet wurden. Die öffentliche Mahnung des Justizministers Sevket Kazan der Koalitionsregierung Erbakan-Çiller (Juni

In der Türkei kontrollieren die Staatseliten die strategisch wichtigsten Positionen des Staates. Die Militärs und die zivile Bürokratie betrachten sich als Hüter und Wächter der kemalistischen Prinzipien, als „Jüngerschaft und Gefolgschaft“<sup>101</sup> der charismatischen Persönlichkeit Atatürks. Die politischen Eliten haben in der Türkei in dem Maße die Möglichkeit ihre Macht auszuüben, wie sie ihre Weltanschauung und politischen Zielvorstellungen mit den zivilen und militärischen Bürokraten in Einklang bringen.

Die türkische Bürokratie zeichnet sich durch zwei Besonderheiten aus. Zum einen ist sie streng zentralistisch organisiert und vergräbt sich in übertriebenen Formalitäten. Aufgrund ihres straffen zentralen Verwaltungsaufbaus verfügen die örtlichen Beamten kaum über Machtbefugnisse, die sie in die Lage versetzen würde, ohne bürokratischen Aufwand für Probleme geeignete Lösungen zu finden. Dem Beamten wird keine Verantwortung übertragen. Die starke Zentralisation der Verwaltung, die sich in der Form ausdrückt, daß für alle Entscheidungen - sogar für die Versetzung kleiner Beamten - die Unterschrift des Ministers benötigt wird, führt dazu, daß alle Beamten der Verantwortung entzogen werden, die ihnen eigentlich zustünde. Ein weiteres Problem bestand darin, daß der Staat gegenüber seinen Bürgern in der Regel mißtrauisch ist. Er stellt daher kompetente und tüchtige Beamten als Inspektoren ein, da diese präzise arbeiten und in der Lage sind, selbst Entscheidungen zu treffen. Damit wird beabsichtigt, die ganze Gesellschaft unter Kontrolle zu halten. Das Ergebnis ist, daß sie eine Aufgabe erfüllen, die tatsächlich nichts anderes bedeutet, als die anderen Beamten bei deren Arbeit zu behindern, weil die anderen Beamten Angst davor haben, Fehler zu machen und von den Inspektoren bloß gestellt zu werden. Daher ziehen sie es vor, besser nichts zu machen um keinen Fehler zu begehen. Als Resultat vertraut weder der Staat seinen Bürgern noch die Bürger dem Staat.<sup>102</sup>

Die zweite Besonderheit liegt – und das scheint bedeutender zu sein als der erste Grund - in dem Selbstverständnis des Beamtentums in der türkischen Gesellschaft, das sich mit dem Staat<sup>103</sup> identifiziert und somit eine besondere Stellung in der Gesellschaft einnimmt.

Aufgrund der Herrschaftsverhältnisse in der Türkei ist dies nicht weiter verwunderlich. Denn die Identifizierung der zivilen und militärischen Bürokratie mit der Republik veranlaßt dazu, stets eine distanzierte Haltung gegenüber dem Volk und den von ihm gewählten politischen Parteien einzunehmen. Nach der Weberschen Typologie der Traditionalisierung der charismatischen Autorität verstehen sich die zivilen und militärischen Bürokraten als die eigentlichen Hüter der kemalistischen Prinzipien und identifizieren sich mit der auf den kemalistischen Prinzipien beruhenden Republik. Nur so können wir es verstehen, wenn der Gouverneur von Ankara, Nevzat Tandoğan, der zugleich der Provinzvorsitzende der Staatspartei, der Republikanischen Volkspartei, war, in den vierziger Jahren den Jugendlichen, denen kommunistische Propaganda vorgeworfen

---

1996-97), er würde gegen jeden, der ohne seine Bewilligung an dem Briefing teilnehme, ein disziplinäres Verfahren einleiten, blieb wirkungslos. Die türkische Bürokratie hat sich gegen ihre politischen Vorgesetzten – also die Regierung - gestellt und ihre Macht im Staat demonstriert. Şevket Kazan, „Öncesi ve Sonrasıyla 28 Şubat“ (28 Januar mit seiner Vor- und Nachgeschichte). Keşif Yayınları, Ankara, Ohne Erscheinungsjahr

<sup>101</sup> Max Weber, „Politik als Beruf“. Reclam Verlag, Stuttgart, 1992, S. 9 und a.a.O., 1966, S. 29

<sup>102</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 148

<sup>103</sup> In der Türkei ist es schwierig eine Trennlinie zwischen „dem nationalen Staat“ und „der Ideologie des Kemalismus“ zu ziehen, da die Republik ihre Legitimation eigentlich aus dem Handeln und den Ansichten

Atatürks bezieht. Daher spielt das Prinzip der Volkssouveränität eigentlich eine untergeordnete Rolle.

wurde, erklärte: „Wenn der Kommunismus für dieses Land gut ist und es erforderlich ist, Kommunist zu sein, dann sind wir es, die diese Aufgabe in Angriff nehmen werden. Was geht euch das an?“<sup>104</sup> Ein anderes Beispiel zeigt, wie die Bürokraten sich gegenüber den Politikern unkorrekt verhalten. Der damalige stellvertretende Vorsitzende – später Vorsitzende – des Verfassungsgerichtshofes, Yekta Güngör Özden, bezeichnete den Ministerpräsident Akbulut als einen der Praktikanten, die bei ihm arbeiten würden.<sup>105</sup>

Die Bürokraten fühlen sich auch in ihrer Haltung bestätigt, wenn man bedenkt, daß in der Türkei die Armee periodisch in Abständen von zehn Jahren direkt eingreift, um das von Politikern in ein „Chaos gestürztes Land“ wieder auf die Linie des Kemalismus zu bringen. Es bildet sich unter den Bürokraten die Meinung: „Vom Volk gewählte Politiker sind schlecht. Sie bringen den Staat immer an den Rand des politischen und wirtschaftlichen Abgrundes. Dagegen ist nur das „Beamtentum“ als „geschulte Spezialisten in der Lage, diesem Niedergang Einhalt zu gebieten.“<sup>106</sup> Daher versteht sich jeder Beamte in erster Linie als Repräsentant des Staates und begreift seine Aufgabe als loyaler Diener des Staates darin, sich dafür einzusetzen, daß die Lebensinteressen der bestehenden Ordnung erhalten bleiben.

Özals bürokratische Auffassung ließ sich in ihrer Essenz nicht mit dem traditionellen bürokratischen Politikverständnis der Republik Türkei vereinbaren. Die bürokratische Staatsauffassung der Türkei, die den Charakter einer „bürokratischen Diktatur“<sup>107</sup> aufweist, stellte ein Hindernis für die liberale Politik Özals dar. Er bezeichnete die türkische Bürokratie als „Republikanische Garde“<sup>108</sup>. Sie war nicht geneigt, sich den Erfordernissen der gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen oder die Macht mit den heranwachsenden neuen Eliten zu teilen. Daher versuchte Özal, sie aus politischen Entscheidungsprozeß auszuschalten, indem er wichtigen Mechanismen besonders aus dem Bereich der Wirtschaftsbürokratie aus den USA „importierte“. Auf der anderen Seite hat

---

<sup>104</sup> Hüseyin Sak, „Özal’la Demokrasimizi Düşünmek“ (Mit Özal über unsere Demokratie denken). In: Ihsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 128, Ercüment Yavuzalp erinnert sich an einen Gouverneur, der ein Freund seiner Familie gewesen ist, der öfter gesagt hätte, „Ich bin der Gouverneur der

Republikanischen

Volkspartei.“ E. Yavuzalp, „Dışolitikada Oyunun Kuralları“ (Die Spielregeln in der Außenpolitik). Bilgi Yayınevi, 1.Baskı, Ankara, 1998, S. 163

<sup>105</sup> Türkiye. 07.11.1990

<sup>106</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 117

<sup>107</sup> Der Rechtswissenschaftler Mustafa Erdoğan definiert den Begriff „Bürokratische Diktatur“, wie er in der

Türkei praktiziert wird, wie folgt: „Daß das herrschende Regime in der Türkei - von außen betrachtet - eine Demokratie sei, ist eine törichte Ansicht. Es ist eine verdeckte bürokratische Diktatur. Trotz der Rhetorik „der Herrschaft des Volkes“ liegt die Macht letztlich nicht bei der Nation oder den freien Bürger, sondern die Macht liegt bei der zivilen oder militärischen Bürokratie und dem beatmeten Staatsherrscher. Die wirklich bestimmenden Faktoren der Nationalen- und Öffentlichkeitspolitik sind nicht die öffentliche Diskussion und politische Meinungsbildung, sondern die von oben kommenden Dekrete, Verordnungen. Die Hauptakteure der Autorität von oben sind der Sicherheitsrat, der Staatspräsident und die Staatssicherheitsgerichte. Das Parlament und der Ministerrat sind nicht die ersten Akteure des Regimes; sie finden sowieso viele Grundentscheidungen auf ihrem Tisch. Die kooperatistischen Institutionen wie Advokatenkammer, Arbeiter- und Untermehrgewerkschaften zusammen mit der etatistischen Presse sind die Kollaborateure des Staates, die für die Verstärkung und Festigung der autoritären Macht des Staates arbeiten. Sogar die politischen Parteien sind vielmehr die Zweigstellen des Staatsapparates in der Gesellschaft als zivile politische Organisationen.“ Mustafa Erdoğan, „Milletvekillerinin Başörtüsüyle Sorunu (Das Problem der Abgeordneten mit dem Kopftuch). Yeni Şafak, 8.5.1999

<sup>108</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 67

Özal die Macht der bürokratischen Eliten dadurch auszuhöhlen versucht, indem er zunehmend die politischen Entscheidungen entweder zusammen mit seinen engsten Beratern oder allein getroffen hat, ohne dabei die Bürokraten zu Rate zu ziehen. Je mehr er politisch in der Lage war, seine Entscheidungen gegenüber den zivilen und militärischen Büroräten durchzusetzen, um so mehr hat er dazu tendiert, sie aus den politischen Entscheidungen auszuschließen. Seine diesbezügliche Haltung konnte man besonders in der Linie seiner Außenpolitik während der Kuwait-Krise beobachten. Er wurde hier wegen seines „Alleinganges“ (fernab des Außenministeriums) in der Öffentlichkeit kritisiert.<sup>109</sup>

Er beschwerte sich öfter, daß die vom Staat ernannten Bürokraten über den durch das Volk gewählten Politiker stehen. Der Provinzgouverneur als ernannter Bürokrat des Staates hat gegenüber dem vom Volk gewählten Bürgermeister der Stadt gesetzlich eine höhere Stellung, weil der Gouverneur die Staatsmacht repräsentiert. Fast alle Entscheidungen des Bürgermeisters, der gegenüber dem Volk politische Verantwortung trägt, bedarf der Zustimmung des Gouverneurs, der gegenüber dem Staat verantwortlich ist. Özal versuchte diese Situation zugunsten der Bürgermeister zu ändern, indem er die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen verbesserte. Obwohl Özal auch selbst durch dieses bürokratische System hindurch kam, konnte er das unterdrückende rationalistische Laisismusprojekt der traditionell-etatistischen Bürokratie, das an dem Laizismusverständnis des 19. Jahrhunderts festhält, nicht akzeptieren. Er näherte sich an das Volk in dem Maße an, wie j er von dieser traditionellen bürokratischen Ideologie Abstand nahm.<sup>110</sup>

### 3.4.3. Die Vormundschaftsdemokratie: Schicksal der Türkei?

In dem ersten Regierungsprogramm, das im Schatten der militärischen Machthaber konzipiert wurde, stand:

„Wir sind gegen jegliche Aktivitäten, die sich gegen die demokratische Ordnung, gegen die Rechte und Freiheiten der Menschen richten oder zum Ziel haben, diese Freiheiten aufzuheben. Denn nur in einer demokratischen Ordnung ist es möglich, die Volkssouveränität zu gewähren und dem Volk gebührend zu dienen.“<sup>111</sup>

Diese Auffassungen wurden in einer Zeit in das Regierungsprogramm aufgenommen, in der die Verfassung von 1982 individuelle Grundfreiheiten weitgehend einschränkte. Der nationale Sicherheitsrat, der über die Türkei in den Jahren 1980-1983 seine uneingeschränkte Macht ausübte, ließ Gesetze und Verordnungen erlassen, die dazu dienten, die Macht des Staates zum Nachteil eines politischen Systems zu vergrößern.

Wie kam es dazu, daß die Türkei unter der Regierung der Mutterlandspartei eine demokratische und liberale Entwicklung der Gesellschaftsordnung verzeichnen konnte, die sie bis dahin nicht erfahren hatte? Auf wen bzw. was ist die demokratische Entwicklung in der Türkei zurückzuführen? Es wäre eine interessante Frage zu beantworten, ob der

<sup>109</sup> Cumhuriyet 12.11.1991

<sup>110</sup> M. Erdoğan, a.a.O., 1996. In: Ihsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S.44; Özal drückt seinen Arbeitstil so

aus: „Ich bin für jeden da. Ich versuche jedem bei seiner Arbeit zu helfen, wenn er in Schwierigkeit steckt, in Amerika und Europa. (...) Ich bin kein Protokollmensch; ich bin für das Dienen da. Ich habe eine problemlösende Methode“. M. Barlas, a.a.O., 1994, S.92

<sup>111</sup> Regierungsprogramm vom 19.12.1983, S.15

Demokratisierungsprozeß ein Ergebnis der von Özal vehement verfolgten freien Marktwirtschaft war oder ob er tatsächlich für die Verwirklichung einer demokratischen Ordnung eintrat.<sup>112</sup> Darüber hinaus wird dem neoliberalen Wirtschaftsmodell im allgemeinen vorgeworfen, daß es bei der Ordnungsvorstellung die im klassischen Liberalismus vorgesehenen sozialen, rechtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Faktoren unterschläge.<sup>113</sup>

Daß die von Özal gegründete Mutterlandspartei bei der Parlamentswahl von 1983 als Sieger hervorging und die Regierung bilden konnte, hing u. a. auch damit zusammen, daß er es mit seinem Wahlprogramm und vor allem mit seiner persönlichen Erscheinung es schaffe, neben dem Zentrum auch als der Sprecher der Peripherien, als Politiker des „stimmungslosen“ Volkes zu gelten. Die Partei Özals war im Grunde genommen eine Mittelschichtspartei. Der größte Teil der Wähler stammte aus den Vororten der Städte. Er trug die vielfältigen Interessen der Peripherien als deren Sprecher in das Zentrum. Das heißt, der größte Teil der Bevölkerung, denen die Teilhabe an der sozialen und wirtschaftlichen Mitgestaltung des Gemeinwesens verwehrt worden war, sahen in Özal den Vertreter ihrer Interessen. Obwohl Özal behauptete, daß seine Partei die vierpolitischen Strömungen in sich vereinen würde, war die ANAP eine liberal-konservative Partei. Er setzte sich für freie Marktwirtschaft ein. Er unterstrich die Unabhängigkeit des Individuums und hob die individuellen Freiheiten hervor. In dieser Hinsicht entsprach Özal dem Erscheinungsbild eines liberalen Politikers.

Die Regierungsbildung der Mutterlandspartei unter Özal bedeutete noch lange nicht, daß die Rahmenbedingungen für die Demokratisierung der Türkei vorgegeben waren. Denn die Militärs demonstrierten immer noch ihre Macht. Der Ministerpräsident kam z. B. im Staatsprotokoll hinter den Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates an fünfter Stelle. Fast alle politischen Entscheidungen wurden unter die Rubrik der Nationalen Sicherheit aufgenommen und darüber zu bestimmen, war das Befugnis des Staatspräsidenten Evren und des Militärs.<sup>114</sup> Daher kann man es von Özal als einen sehr mutigen Schritt bezeichnen, daß unter diesen Umständen im ersten Regierungsprogramm der Mutterlandspartei von einer demokratischen Ordnung gesprochen wurde, in der die Unantastbarkeit und Unberührbarkeit der freiheitlichen Grundrechte des Individuums versprochen wurde.

Die Begriffe „Demokratie“, „Demokratisierung“, „Grundfreiheiten“, „Liberalisierung der gesellschaftlichen Ordnung“ oder die Notwendigkeit einer pluralistisch demokratischen Ordnung verschönerten die Regierungsprogramme. Aber ihre praktische Anwendung auf das politische System ließ immer noch auf sich warten. Trotz des Mehrparteiensystems in

---

<sup>112</sup> Um diese Logik zu verdeutlichen, können wir folgendes Beispiel geben. In der Türkei wird immer dann von Menschenrechten, Grundfreiheiten, verfassungsrechtlicher Demokratisierung gesprochen, wenn es darum geht, in die EU aufgenommen zu werden, damit der demokratische Rahmen auf den Standard der EU-Länder angehoben wird. Es wird nicht gesagt: „Damit der Mensch in der Türkei das Recht hat, in Würde zu leben und seine Person nach eigener Entscheidung zu bilden und zu entfalten, also unantastbare Grundrechte zu haben, ist es notwendig, daß wir in der Türkei unabhängig davon, ob wir in die EU aufgenommen werden oder nicht, ein pluralistisch-demokratisches System haben müssen.“

<sup>113</sup> Vgl. Friedhelm Grützer, „Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und Kommunitarismus“ In: Zeitschrift

„Vorgänge“. Heft 4. Dez., Opladen, 1999, S. 38 u. ff.

<sup>114</sup> Gencer Özcan, „Doksanlarda Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dis Politikasında Askeri Yapının Artan Etkisi“ (Der zunehmende Einfluß des Militärs in den neunziger Jahren in der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Türkei). In: Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.) „En Uzun On Yıl“, Büke Yayınları, 2. Baskı, Istanbul, 2000, S.65 und ff.

der Türkei wurde der Gesellschaft vorenthalten, sich an dem demokratischen Prozeß zu beteiligen und somit die Kontrolle des Gewaltmonopols – durch die Schaffung der Rechtsstaatlichkeit - zu ermöglichen. „Freie, rechtstaatlich-demokratische Institutionen können nicht entstehen, wenn die Massen nicht danach rufen. Und wo sie entstehen, können sie auf Dauer nur wirkungsvoll erhalten bleiben, wenn sie von einem ausreichend großen Bevölkerungsteil getragen werden.“<sup>115</sup>

Die Regierungen der Mutterlandspartei unter Özal konnten in der Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaftsordnung Erfolge dadurch verzeichnen, daß sie in erster Linie die Grundlagen der freien Marktwirtschaft die Voraussetzungen für Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft angeführt haben.

Mit anderen Worten lag der Hauptgrund für die Liberalisierung der Gesellschaft darin, daß die Mutterlandspartei von Özal die freien Wahlen von 1983 gewann und damit Özal die Möglichkeit bekam, seine politischen Zielvorstellungen, die sich an dem amerikanischen Gesellschaftsmodell orientierten, in die Tat umzusetzen. Hier ist festzustellen, daß dabei der „Faktor“ Özal eine unumstrittene Rolle gespielt hat. Die Partei des arbeitenden Volkes (HEP), die ihre Wähler überwiegend aus den Staatsbürger kurdischer Abstammung schöpfte, konnte durch die „Wahl-Koalition“ mit der Sozialdemokratischen Partei (SHP) bei den Parlamentswahlen von 1991 mit 14 Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Nach dem Tod Özals wurde die Macht der zivilen und militärischen Bürokraten wieder spürbar, so daß die HEP vom Verfassungsgericht verboten (1995) und die Mandate der Abgeordneten aufgehoben wurden. Am 28. Februar 1997 gipfelte die Dominanz der zivilen und militärischen Bürokratie in einer „Postmodernen Intervention“ der Armee. Trotz der freien Marktwirtschaft und dem Weiterbestehen aller „demokratischen Institutionen“ einschließlich des Parlaments und der politischen Parteien war die dominante Rolle der Armee bei der Festlegung Innen- und Außenpolitik unumstritten. Das Militär konnte seine für die achtziger Jahre vorgesehene Vormundschaftsdemokratie erst nach der politischen Ausschaltung der Ära von Özal in die Wege leiten.

### 3.4.3.a. Theoretischer Ansatz

In jeder Gesellschaft gibt es, wenn auch in unterschiedlichen Graden - Herrschende und Beherrschte. Dieses von Pareto als „Verwaltungsklasse“<sup>116</sup> bzw. „Oligarchie“<sup>117</sup>

<sup>115</sup> L. Kühnhard, a.a.O., 1995, S. 179

<sup>116</sup> Pareto bezeichnet den Begriff „Elite“ – beeinflusst von Mosca- als diejenige, die in ihren Beruf den höchsten Stadium erreicht haben. Diese werden in einer Klasse zusammengeführt und sie bilden die Eliten der Gesellschaft. Alle Gesellschaften teilen sich in Eliten und Nichteliten. Es gibt politische bzw. Verwaltungseliten, die unmittelbar oder mittelbar bedeutenden Einfluß auf den Staat haben, und Nichtverwaltungseliten, die „Aristokraten“, die sich aus verschiedenen sozialen Gruppen rekrutieren können. Die Menschen, die den Verwaltungseliten angehören, verschaffen sich durch ihre „außergewöhnlichen Talente“ in der Gesellschaft großes Ansehen und Achtung. (Mosca), Münci Kapani, „Politik Bilimine Giris“ (Einführung in die politische Wissenschaft). Bilgi Yayinevi, Ankara, 1989, S. 114

<sup>117</sup> Bei Platon ist die Oligarchie die Verfassung, „die sich auf die Schätzung des Vermögens gründet, in der die

bezeichnete Phänomen ist zwar kein ausschließliches Problem des Nationalstaates, aber das demokratische System hat dieses Problem noch nicht aus der Welt geschafft. Besonders in Staaten wie der Türkei, die vielmehr nach einem von Ideologie dominierten Regime als von demokratischen Prinzipien regiert werden, stellen wir fest, daß - trotz der Rhetorik des Populismus - politische Eliten das Steuer des Staates fest im Griff haben. Angesichts der Tatsache, daß es in jeder gesellschaftlichen Ordnung eine herrschende Klasse bzw. oligarchische Strukturen<sup>118</sup> gibt, ob sie nun demokratisch, pluralistisch oder totalitär sind, die die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Staates bestimmen, stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Staatseliten als „demokratisch“ bezeichnet werden können.

Die Eliten sind auch in sozial mobilen Gesellschaften gesellschaftlichen Umwandlungen ausgesetzt. Die sozialen und politischen Veränderungen erfassen früher oder später auch die Eliten. Trotz aller Versuche, die Staatsmacht in ihrer Gewalt behalten zu wollen, müssen sie letztendlich die Macht mit den heranwachsenden neuen Eliten teilen. Dieser „Veränderungsprozeß“ oder „circulation of elites“<sup>119</sup>, wie das Phänomen von Pareto genannt wird, kann sich sehr langsam vollziehen oder sich sehr rasch verändern. Im Falle des Letzteren sprechen wir von einer Revolution. Das dritte Charakteristikum der Eliten zeichnet sich dadurch aus, daß sie sich gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen abkapseln. Allen ist aber nach Mosca gemeinsam, daß die Grundstrukturen der Elitenklasse im großen und ganzen Erhalten bleiben. Die Staatseliten sind zwar nicht als homogene Klasse zu betrachten, aber aufgrund ihrer sozialen Herkunft, Interessen und Weltanschauung besteht zwischen ihnen eine enge Verbindung und Solidarität. Da sie organisiert sind und über die gesamte Staatsverwaltung verfügen, können sie sich leisten, wichtige Entscheidungen – trotz des Widerstands in der Gesellschaft- zu treffen.

Die demokratische Elitentheorie geht davon aus, daß das Vorhandensein einer herrschenden Elitenklasse ein demokratisches System nicht notwendigerweise ausschließt. Das Problem in einem demokratischen System liegt darin, daß „das Regieren des Volkes für das Volk und von dem Volk“ sich in der Realität nicht verwirklichen läßt. In der Realität wird die Macht nicht vom Volk unmittelbar wahrgenommen, sondern diese Macht wird im Namen des Volkes von einer kleinen Minderheit ausgeübt.<sup>120</sup> Demzufolge ist Demokratie keine Herrschaft „durch das Volk“, sondern „für das Volk“. Hier handelt es sich also vielmehr um Repräsentation und Herrschaftskontrolle nach englischer Vorstellung „Das Volk erklärt das Wohlergehen der ganzen Gemeinschaft und nicht eines bevorzugten Teiles zum Ziel der Herrschaft. Es überläßt die Mittel zur Erreichung dieses Ziels den Mitbürgern, die zu diesem Zweck gewillt sind. Es beobachtet die erwählten Bürger, um sicher zu sein, daß jene mit der ihnen anvertrauten Autorität keinen Mißbrauch treiben.“<sup>121</sup>

Der demokratische Charakter der Elitenklassen zeichnet sich dadurch aus, daß sie demokratische Verantwortung übernehmen. Diese demokratische Verantwortung läßt sich

---

Reichen herrschen, die Armen aber von der Regierung ausgeschlossen sind“, Zit. n.: Hans Joachim Störig,

„Kleine Weltgeschichte der Philosophie“ .Fischer Verlag, limitierte Sonderausgabe, nach erweiterter Neuauflage von 1992 , Frankfurt am Main, 1998, S. 166

<sup>118</sup> Vgl. L. Kühnhard in Karl Kariser/Hans-Peter Schwarz, (Hrsg.), a.a.O., 1995 S. 179

<sup>119</sup> M. Kapani, a.a.O., 1989, S. 116

<sup>120</sup> M. Kapani, a.a.O., 1989, S. 122

<sup>121</sup> James Bryce, zit. n.: L. Kühnhard, a.a.O., 1995, S. 180

durch Wahlen, ein Volksreferendum, politische Organisation und Gewährung der Grundfreiheiten äußern, in denen die politischen Eliten gegenüber dem Volk Rechenschaft abgeben müssen und somit auch Verantwortung zu tragen haben. In einem demokratischen System liegen folgende Grundsätze der Elitentheorie zugrunde, durch die demokratische Gesellschaften sich von anderen Gesellschaften unterscheiden:

1. Die herrschende Eliten weisen einen „offenen“ Charakter auf. D.h. die Ausübung der Macht bleibt in der Regel jedem offen.
2. Es gibt zwischen den politischen Eliten einen Wettkampf.
3. Eine dieser politischen Elitengruppen wird durch freie Wahl vom Volk mit der Regierungsbildung beauftragt.
4. Die Machthaber fühlen sich gegenüber dem Volk, das sie an die Macht gebracht hat, verantwortlich und müssen dem Volk Rechenschaft ablegen.<sup>122</sup>

Zu den „Bauelementen einer freiheitlichen Staatsordnung“<sup>123</sup> gehören u.a. Pluralismus und Offenheit der politischen Prozesse, die Gewährleistung der Würde des Menschen und seine Freiheit, die Anerkennung unterschiedlicher Interessens- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft, Machtkontrolle, das Recht auf Opposition und die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt. Die konstitutive Grundlage eines demokratischen Verfassungsstaates sollte der Begriff „Freiheit“ sein, der aber nicht als Einsicht aus der Notwendigkeit heraus entstehen soll, sondern den unterschiedlichen Interessensgruppen die Möglichkeit gibt, sich politisch zu artikulieren.

„So ist eine Gesellschaft, die sich zur Freiheit bekennt, notwendig eine pluralistische Gesellschaft. (...) Jede Gruppe, gleich welcher Art, sieht sich der Konkurrenz anderer Gruppen ausgesetzt. Diese Interessenkonflikte müssen ausgehalten werden, weil sie die natürliche Folge individueller Selbstbestimmung in einer nicht monopolisierten Gesellschaften sind. Gleichförmiges Handeln und Empfinden einer Nation ist nur in Extremfällen und meist nur für kurze Zeit gegeben. Viel natürlicher ist der Konkurrenzkampf der verschiedenen wirtschaftlichen und gesinnungsmäßigen Gruppen. Man kann ihn nur beseitigen, wenn man ein allgemeingültiges, fest fixiertes Konzept der allein richtigen Ordnung des menschlichen Zusammenlebens vorschreibt.“<sup>124</sup>

Özals Demokratieverständnis basierte eher auf der „Konkurrenztheorie der Demokratie“<sup>125</sup>, die sich am angelsächsischen Modell amerikanischer Prägung orientiert. Die Konkurrenztheorie der Demokratie geht von der Existenz und Berechtigung unterschiedlicher Interessengruppen in der Gesellschaft aus. Die politische Willensbildung soll auf der pluralistischen Grundlage ausgetragen werden. Die öffentliche Austragung der politischen Auseinandersetzungen der verschiedenen Interessens- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft sollen aber im Rahmen der gemeinsamen Überzeugung bleiben. Aufgrund der Vielfalt der politischen Meinungen und sozialen Konflikte kann man von einer absoluten Lösung nicht sprechen. Minderheitenschutz bildet einen der wesentlichsten Bestandteile dieses Demokratieverständnisses. Die Einsicht, „die Menschen sollen zu ihrem Glück gezwungen“ werden, was der türkischen Staatsauffassung entspricht, ist mit

<sup>122</sup> M. Kapani, a.a.O., 1989, S. 123

<sup>123</sup> Vgl. Waldemar Besson/Gotthard Jasper, „Das Leitbild der modernen Demokratie – Baulemente einer freiheitlichen Ordnung“. Bundeszentrale für politische Bildung, aktualisierte Neuauflage, Bonn, 1990

<sup>124</sup> W. Besson/G. Jasper, a.a.O., 1990, S. 20-21

<sup>125</sup> Vgl. Eckhard Jesse, „Typologie politischer Systeme der Gegenwart“, In: Grundwissen Politik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2. Aufl. 1993, S. 170 und ff.

der Demokratie unvereinbar – und zwar ebenso wie das Dogma „Der Führer befiehlt, wir folgen, die Partei – in diesem Sinne der Staat - hat immer recht“. „Für den demokratischen Verfassungsstaat ist ausschließlich die Konkurrenztheorie der Demokratie eine angemessene Legitimationsgrundlage.“<sup>126</sup>

Das Demokratiekonzept von Özal gründete sich auf zwei Säulen: Die erste Säule war, einen geistigen Wandel der Staatsführung gegenüber dem Liberalisierungsprozeß herbeizuführen. Die Rahmenbedingungen dafür wurden durch die Einführung der freien Marktwirtschaft geschaffen. Die Aufgabe des Staates bestand darin, die Ausübung der Grundfreiheiten der Menschen durch verfassungsrechtliche Maßnahmen zu fördern. Der Staat sollte nicht mehr vorschreiben und sagen: „So dürfen sie nicht denken und sprechen“ oder „Sie dürfen nicht so denken“ oder „Über dieses Thema darfst du nicht reden“<sup>127</sup>. In einem Staat, der sich dem Standard der europäischen Demokratie verschreiben will, mußten die Aufgabenbereiche des Staates darauf beschränkt sein, verfassungsrechtliche Rahmen dafür zu schaffen, die Entfaltung der individuellen Freiheiten gewähren zu können. „Denn alle, insbesondere staatliche Macht hat dem Ziel zu dienen, die Möglichkeit und Chancen eines freien menschenwürdigen Lebens für alle Glieder des Gemeinwesens zu sichern und zu steigern.“<sup>128</sup>

Die zweite Säule bestand darin, durch die Liberalisierung der Gesellschaftsordnung heranwachsende unterschiedliche gesellschaftliche Interessens- und Identitätsgruppen durch die Schaffung der Mechanismen wie Affektkontrolle und Interdependenz bzw. Konfliktkultur zu einer innergesellschaftlichen Koexistenz zu bringen, die unverzichtbar für den inneren Frieden einer pluralistisch-demokratischen Ordnung ist. Der Demokratisierungsprozeß fällt in Ländern wie der Türkei um so schwerer, da demokratische Institutionen, die auf eine eigene Tradition hätten zurückgreifen können, in dieser Form nicht existierten. „In unter- bzw. wenig entwickelten Ländern, gleichgültig ob es sich um Entwicklungsländer der früher sogenannten Dritten Welt oder um neue industrialisierte Staaten (...) handelt, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Demokratie in einem vorwiegend sozio-kulturellen Spannungsfeld. Tradierte Wertvorstellungen bezüglich der Ordnung des Gemeinwesens, überlieferte Normen und Formen der Tradition oder auch nur der Versuch, diese wieder verstärkt zu aktivieren, widersprechen in vielen Ländern dem Individualisierungsdruck und den sozialen Erwartungshaltungen (...).“<sup>129</sup> Der Wettbewerb der verschiedenen Identitäts- und Interessengruppen in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft um die Gestaltung der Zukunft kann, ohne den inneren Frieden und die Stabilität der Ordnung zu gefährden, nur ausgetragen werden, wenn Formen und Regelungen gefunden werden können, die Toleranz, Kooperationsbereitschaft und Vernunft und somit auch die Interdependenzen- und Affektkontrolle der gesellschaftlichen Interessengruppen fördern. In einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft werden Toleranz, Fairneß, Kooperationsbereitschaft und Vernunft als notwendig für die Sicherung der grundlegenden Rechte und Freiheiten betrachtet.<sup>130</sup>

Mit anderen Worten ging es bei der zweiten Säule in erster Linie um die „Zivilisierung“ der in der Gesellschaft durch liberale Politik freigesetzten Konflikte. Dabei handelte es um

<sup>126</sup> E. Jesse, a.a.O., 1993, S. 174

<sup>127</sup> Özal, „Gelecege Bakis“ (Blick in die Zukunft), 16.10.1992.

<sup>128</sup> W. Besson/G. Jasper, a.a.O., 1990, S. 13

<sup>129</sup> L. Kühnhard, a.a.O., 1995, S. 183

<sup>130</sup> Vgl. Mark Arenhövel, a.a. O., 1998, S.122

die Eindämmung bzw. Zurückdrängung oder Aufhebung von Gewalt im Prozeß des Konfliktaustrags<sup>131</sup> sowie um eine Demokratisierung und Sozialisierung der politischen Machtmonopole. Dazu sagte Özal:

„Solange in der Gesellschaft unterschiedliche Meinungen gegenseitig nicht toleriert werden und die Beziehungen der Menschen untereinander nicht auf liberale Weise gestaltet werden, ist die Gesellschaft dazu verurteilt auseinanderzufallen. Damit würde der Frieden gefährdet, selbst wenn die Grundrechte und Freiheiten optimal vorgegeben sind. (...) Ich glaube, daß nur freie Gesellschaften auch gleichzeitig dynamische und produktive Gesellschaften sind.“<sup>132</sup>

Damit die demokratischen Freiheiten sich voll entfalten können, mußte also die Gesellschaft die Fähigkeit gewinnen, zu lernen und zu diskutieren ohne den inneren Frieden und die Stabilität des Gemeinwesens zu gefährden.

### 3.4.3.b. Der Liberalisierungsprozeß der Gesellschaftsordnung

Die Demokratisierung und Liberalisierung des Gemeinwesens stützte sich in der ersten Regierungsperiode der Mutterlandspartei vor allem auf die Rahmenbedingungen der freien Marktwirtschaft. Unter den „langen Schatten“ des militärischen Machthabers schien es für die Regierung nicht einfach zu sein, das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ zu bewältigen, nämlich ihre doppelte Aufgabe, zum einen den demokratischen Verfassungsstaat zu institutionalisieren und gleichzeitig eine strukturelle wirtschaftliche Veränderung in Richtung freie Marktwirtschaft verwirklichen zu müssen.<sup>133</sup> Die Regierung konnte also in ihrer ersten Phase das Liberalisierungskonzept mit politischen Programmen bzw. Schritten nicht unterstützen. Daher wurde der Regierung von den Intellektuellen vorgeworfen, daß die liberale Politik nur auf wirtschaftliche Maßnahmen beschränkt blieb.<sup>134</sup>

In der zweiten Phase der Regierungszeit der Mutterlandspartei beobachten wir die Betonung der Demokratisierung der Gesellschaftsordnung als Ausdruck des politischen Systems.<sup>135</sup> Der durch die liberale Wirtschaftsordnung ausgelöste gesellschaftliche Wandel wirkte sich auch auf das politische System der Türkei aus.

Auf der einen Seite haben politische Partizipation und politische Artikulation der Interessens – und Identitätsgruppen in der „sozial-mobilen“ Gesellschaft zugenommen. Diese heranwachsenden vielfältigen Interessengruppen, gegenüber denen sich die Staatseliten stets abgrenzten, wollten an politischen Entscheidungen teilhaben und das politische System nach ihren Vorstellungen beeinflussen.

Im Zuge der liberalen Wirtschaftspolitik rekrutierten sich neue dynamische Unternehmer bzw. Unternehmergruppen, die sowohl aufgrund ihrer erfolgreichen Wirtschaftsmodelle

<sup>131</sup> Vgl. R. Meyers, a.a.O.,1993, S. 283-285

<sup>132</sup> Başbakan Özal'in 1987 Bütçesi Üzerine Konuşması (Die Rede des Ministerpräsidenten Özal über den Haushalt von 1987). 9.12.1986, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1987, S.7

<sup>133</sup> Vgl. D. Senghaas, „Friedenszonen“ In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 344

<sup>134</sup> M. Erdoğan in İhsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 47

<sup>135</sup> Die zweite Phase der Regierung der Mutterlandspartei beginnt mit der Zeit, in der Ministerpräsident Özal sich im August 1987 gegenüber der Armeeführung und auch dem Staatspräsident Evren durchsetzen konnte und „seinen Kandidaten“ (General Necip Torumtay) als Generalstabschef der Armee ernennen konnte. Dieses Ereignis bezeichnet auch Özal als Ende der Ära vom 12. September 1980. M. Barlas. a.a.O., 1994, S. 109

als auch wegen ihrer Verbundenheit mit einheimischen, kulturellen Werten auf die Akzeptanz der breiten Bevölkerung stießen. Sie stellten eine Alternative zum traditionellen Unternehmertum der Republik dar, das sich auf Ankara und Istanbul konzentrierte und meistens auf Subventionen des Staates angewiesen war. Während sich die „etatistischen Unternehmer“ im TÜSİAT<sup>136</sup> organisierten, haben sich die neuen Unternehmer im MÜSİAT<sup>137</sup> organisiert. Die neuen „liberalen“ Eliten und deren Aktivitäten im ökonomischen, bürokratischen und geistigen Bereich und ihre Forderungen an den Staat führten zur Spannung zwischen Özal und den Staatseliten. Es paßte den Staatseliten nicht, daß durch die liberale Wirtschaftsordnung neue Unternehmer bzw. Eliten heranwachsen, die die Gesellschaftsordnung beeinflussen könnten. Für die dynamische Entwicklung einer Industriegesellschaft ist jedoch von Bedeutung, daß die freie Marktwirtschaft die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür schafft, daß das Heranwachsen neuer risikobereiter Unternehmer nicht behindert wird.<sup>138</sup>

Wenn in der Türkei von der Demokratisierung der Gesellschaftsordnung die Rede war, wurde stets entgegnet, „ es gibt in der Türkei spezifische Gründe dafür, daß ein demokratisches System nicht voll verwirklicht werden kann, wie es in den westeuropäischen Staaten der Fall ist“. Diese „spezifische Gründe“ waren/sind die Konfliktzentren („islamische Gefahr“, kurdische Identität, ungleiche Verteilung des Bruttosozialproduktes in den gesellschaftlichen Schichten), die in der Realität des gesellschaftlichen Lebens existierten, aber politisch ignoriert wurden. Diese treten obligatorisch in Erscheinung, wenn der Mensch in seiner Würde selbstbewußt seine persönliche Fähigkeiten und seine sozialen und politischen Freiheiten in einer demokratischen Gesellschaft entfalten soll. Die Konfliktpotentiale werden bei jedem Demokratisierungsprozeß unter der Rubrik der „Nationalen Sicherheit“ des Staates aufgenommen und damit außerhalb der Demokratisierung des politischen Systems gelassen. Wenn es in der Türkei eine demokratische Ordnung geben sollte, dann sollte diese ohne diese Faktoren verwirklicht werden. Der Demokratisierungsprozeß in der Türkei führt uns vor Augen, daß ohne die Miteinbeziehung aller gesellschaftlichen, Identitäts - und Interessengruppen und ohne Verarbeitung dieser Konflikte im Rahmen der Zivilisierung der Konflikte bzw. Affektkontrolle, Interdependenz und Rechtsstaatlichkeit, in dem Interessens- und Identitätsgruppen als „normal“ angesehen und akzeptiert werden sollten, die Schaffung eines pluralistisch-demokratischen Gemeinwesens auf der Grundlage der Koexistenz nicht möglich schien. Die Konsequenz daraus war eine periodische Intervention der Streitkräfte.

Wenn in einem pluralistisch-demokratischen Staat gilt, daß die innerhalb der Gesellschaft vorhandenen Interessens- und Identitätsgruppen als normal angesehen werden müssen und daß sie eine Form der Koexistenz finden müssen, so ist es einer demokratischen Türkei unumgänglich, daß die in der Gesellschaft real existierenden Interessen- und Identitätsgruppen, die nicht in die Schablone der Staatseliten hineinpassen, sich mittels politischer Artikulation zu Wort melden. Während der Demokratisierungsprozeß auf der einen Seite die Voraussetzungen für eine moderne demokratische Ordnung schafft, bedarf es auf der anderen Seite der Herbeiführung der notwendigen verfassungsrechtlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen, innerhalb derer die Interessen- und Identitätsgruppen sich

---

<sup>136</sup> TÜSİAT, Türk Sanayicileri ve İşadamları Teşkilatı (Verband des türkischen Handels und der Unternehmer)

<sup>137</sup> MÜSİAT, Müstakil Sanayici ve İşadamları Teşkilatı (Verband des unabhängigen Handels und der Unternehmer)

<sup>138</sup> Vgl. R. Clapham, , a.a. O., 1993, S. 135

politisch artikulieren können und somit die entstandenen Konflikte auf der pluralistisch-demokratischen Grundlage verarbeitet werden.

Die gesellschaftspolitischen Konzepte, die von den verschiedenen Kreisen vorgeschlagen wurden, waren das Ergebnis des gesellschaftlichen Wandels in den achtziger Jahren und zugleich die Suche nach einer neuen konsensfähigen Gesellschaftsordnung in der Türkei.

Das Bildungsmonopol des Staates wurde gebrochen. Durch den Erlass des Gesetzes am 20.10.1984 konnte in der Türkei zum ersten Mal eine private Universität eröffnet werden. Der erste Vorsitzende des hohen Bildungsinstituts, İhsan Doğramacı, hat den Anfang gemacht und die Private Universität „Bilkent“ in Ankara gegründet. Darauf folgten andere private Bildungseinrichtungen, von Grundschulen bis hin zu Universitäten.<sup>139</sup> Das Monopol des staatlichen Fernsehens wurde unter Umgehung des bestehenden Gesetzes gebrochen, die Senderechte wurden unter die Kontrolle des Verkehrsministeriums gebracht. Damit wurden in der Türkei private Fernsehsender ermöglicht. Dies illustriert im übrigen typisches Handlungsmuster in der Politik Özals, das fast in allen Bereichen zu beobachten ist. Während er durch die Zulassung privater Sender das Monopol des Staates über das Fernsehen brach und damit alternative Quellen zur öffentlichen Meinungsbildung heranschaffte, mißachtete er auf der anderen Seite die Gesetze, die Grundlagen seines Rechtsstaates waren.

Darüber hinaus hat die Regierung Özals den türkischen Staatsbürgern das Recht eingeräumt, der europäischen Menschenrechtskommission einen Antrag zu stellen (28.1.1987), falls alle Rechtswege in der Türkei ausgeschöpft sind. Die Türkei hat ferner die Gerichtsbarkeit der Menschenrechtskommission anerkannt und am 1.9.1989 das Abkommen über die Verhinderung von Folter, Gewalttaten und Unmenschlichkeit unterzeichnet, das im Rahmen des europäischen Rates vorbereitet worden war. Dies gilt auch für das Abkommen über die Verhinderung der Geiselnahme am 14. 9.1989 und die Verhinderung jedweder Diskriminierung der Frauen am 20.12.1985.

Die fast als „unantastbar“ geltenden Strafartikel 141-142 und 163 wurden aufgehoben.<sup>140</sup> Die Zulassung der kurdischen Sprache war ein wichtiger Schritt zur Anerkennung der kulturellen Identität der Kurden in der Türkei. Somit konnte die kurdische Identität - trotz des PKK-Terrorismus - durch die Liberalisierung eine Form der politischen Artikulation finden. Die „Partei des arbeitenden Volkes“ (HEP) als Sprachrohr der Kurden konnte bei den Parlamentswahlen von 1991 durch eine Wahlkoalition mit der Sozialdemokratischen Partei von İnönü mit 14 Mandaten ins Parlament einziehen. Über die Kurdenpolitik von Özal wird in Abschnitt 5.3 eingegangen werden. Dazu ist hier anzumerken, daß die Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen unbedingt nötig, aber allein nicht ausreichend ist, im Geist der herrschenden Eliten und der Individuen bereits bestehende psychologische Barrieren und gegenseitige Vorurteile zu überwinden.

---

<sup>139</sup> Die Anzahl der privaten Schulen stieg im Bildungsjahr 1988/89 auf 596 an. In: Başbakanlık (Hrsg.), „Gelişen Türkiye’de Hükümetin Altı Yıllık İcraatı (1983-1989) Cilt: 2, Bakanlıklar“ (Die sechsjährige Tätigkeit der Regierung in der sich entwickelnden Türkei (1983-1989). Ministerien, Bd.2, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1989, S.156

<sup>140</sup> Durch die Art. 141 und 142 war das Propagieren des Kommunismus und durch Art. 163 jegliche politische Artikulation verboten, die mit dem Islam in Verbindung gebracht wird. Die Aufhebung dieser Artikel wurde bei einer Kabinettsitzung unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Özal vom Regierungskabinet beschlossen. Hürriyet, 02.02.1991

Die Lösung der Staatseliten bezüglich der „religiösen“ Konflikte zeichnet sich dadurch aus, daß sie das kulturelle und religiöse Leben aus dem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen versuchten. Aber die Rückbesinnung der Gesellschaft auf islamische Werte zeigt, daß die Religion einer von mehreren Faktoren ist, die das tägliche Leben der einzelnen in der Gesellschaft prägen. Es mußte also ein Mittelweg gefunden werden, auf dem der Staat und die Gesellschaft zu einem Konsens gelangen. Zunächst war es notwendig, das Laizismusverständnis näher zu definieren. Da „in westlichen Gesellschaften der Laizismus dazu da ist, nicht die religiösen Freiheiten einzuschränken, sondern der Laizismus die Glaubensfreiheit selbst ist“<sup>141</sup>, wurde im Regierungsprogramm erklärt, „wir verstehen den Laizismus nicht als Einschränkung der moralischen Werte, sondern als Praktizierung der Gewissens- und Religionsfreiheiten und der Entwicklung der religiösen Kulturen.“<sup>142</sup> Darüber hinaus sehen wir bei Özal die Bestrebung, durch die Erneuerung und zeitgenössische Auslegung der religiösen Schriften das Islamverständnis zu erleichtern, um einen Konsens zwischen dem Staatsverständnis und der Gesellschaft zu ermöglichen.<sup>143</sup>

Seine diesbezüglichen Ansichten und Anwendungen wurden als Verrat am Laizismus bezeichnet, der als Grundlage der kemalistischen Reformen gilt. Der Regierung wurde vorgeworfen, mit islamischen Kräften zusammenzuarbeiten und durch ihre Politik den antilaizistischen Kräften in der Gesellschaft Möglichkeiten zu geben, sich im Staatsapparat einzunisten und die „Islamisierung des Staates“ voranzutreiben.<sup>144</sup> Eine Politik, die zur Verstärkung des Islams in der Gesellschaft führen würde, könne man nicht im Rahmen der Demokratie, Gewissensfreiheit und individuellen Freiheiten betrachten.<sup>145</sup> Es hat eine öffentliche Diskussion bezüglich der Regierungspolitik über eine Zunahme der Beamten in Staatseinrichtungen, die aus den Imam-Hatip-Schulen<sup>146</sup> kamen, zwischen dem türkischen Geheimdienst und dem Innenministerium gegeben. In einem Bericht des Geheimdienstes wurde der Regierung öffentlich vorgeworfen, die Zunahme der

---

<sup>141</sup> Die Rede des Ministerpräsidenten Özal über den Haushalt für das Jahr 1987. Gehalten am 9.12.1986, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1987, S. 8

<sup>142</sup> Regierungserklärung von 1983, S. 17, Özal begründete die Aufhebung des Art. 163 des Strafgesetzes mit folgenden Sätzen: „(...) Zweites Thema ist die Religions- und Gewissensfreiheit. Es ist eine sehr weitläufige Freiheit. Diese Freiheit betrifft den größten Teil der Bevölkerung. Und ich glaube, daß das Vorhandensein dieser Freiheit den Menschen innere Ruhe gibt. Und die Menschen, die innere Ruhe haben, können auch sehr gut und leistungsfähig arbeiten. Wenn der Mensch keine Ruhe hat und sich immer mit sich selbst im Konflikt befindet, kann man von ihm keine Leistung erwarten. (...) Ich habe es auch eben angedeutet; damals (In der Gründungsphase der Republik) habe man sogar vorgeschlagen, die Religion zu ändern. Man habe sogar darüber nachgedacht diese Religion mittels Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Diese Zwangsmaßnahmen versetzte die Menschen in Furcht. Die Aufhebung des Art. 163 wurde deswegen verwirklicht. Es gab sehr großen Druck. Dieser Druck hatte zwar in der letzten Zeiten keine praktischen Folgen., aber eines Tages könnte es doch dazu kommen. Daher sollte dieser Artikel aufgehoben werden.“ Rede des Staatspräsidenten Özal, „Geleceğe Bakış- İkinci Değişim Programı“ (Blick in die Zukunft- Das zweite Transformationsprozeß). 16.10.1992, The Marmara Hotel, Istanbul, 1992, S. 25

<sup>143</sup> Y. Gökmen in Oya Ayman Büber/Mine Söğüt (Hrsg.), a.a.O., 1993, S.14

<sup>144</sup> E. Kongar, a.a.O., 1998, S. 253

<sup>145</sup> Necati Zirciriran, Milliyet, 11.11.1990, und Oktay Eksi, Hürriyet 11.11.1990

<sup>146</sup> Die „Imam-Hatip“ Schulen sind ein staatliches Berufsgymnasium, in dem Theologie und Naturwissenschaft gleichermaßen unterrichtet werden. Die Absolventen dieser Schulen werden nicht in die militärischen Hochschulen aufgenommen.

islamischen Kräfte in der Gesellschaft und in der Staatsverwaltung - besonders im Innenministerium – ignoriert zu haben.<sup>147</sup>

Dem liberalen Geist von Prinz Sabahattin folgend, der sich für die Dezentralisierung des Osmanischen Reiches eingesetzt hatte, setzte sich Özal als Zeichen der Liberalisierung des Systems für die Dezentralisierung der Gesellschaft ein. Er hat die freie Marktwirtschaft im Sinne der Dezentralisierungsstruktur von Sabahattin zu vereinen versucht, in dem er der kommunalen Verwaltung weitgehende Autonomie einräumte. Dazu gehörte u.a. die Bereicherung der Machtbefugnisse der Bürgermeister und der Kommunalen Verwaltung, die von Özal als „Schulen der Demokratie“ bezeichnet wurden. Durch ein Gesetz wurden die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kommunen verstärkt.<sup>148</sup> Ferner hat die Regierung die Charta über die „Autonome Kommunale Verwaltung in Europa“, die am 15.10. 1985 vom europäischen Rat verabschiedet wurde, am 21.11. 1988 unterzeichnet.<sup>149</sup>

In Großstädten wie Istanbul, İzmir und Ankara wurde in den Stadtvierteln (Kreisen) kommunale Verwaltungen errichtet. Durch eine Gesetzesänderung vom 23. März 1984 wurde die kommunale Verwaltung auf Stadtviertel aufgeteilt. So wurden in Istanbul 19, in Ankara 5, in Izmir 4 und in Konya 3 neue kommunale Verwaltungen eingerichtet.<sup>150</sup> Damit wurden zwei Ziele verfolgt: Zum einen sollte die staatliche Verwaltungsstruktur dezentralisiert werden, damit die Kommunen ohne bürokratische Behinderung die Möglichkeit haben, den Menschen vor Ort schnell und besser zu dienen.<sup>151</sup> Zum anderen sollten die demokratischen Prinzipien ihre Anwendungen mit den dazugehörigen institutionellen Formen auch auf der kommunalen Ebene finden. Mit der Neuordnung der kommunalen Verwaltung wurden erste Schritte in die Richtung einer Politik der Basisdemokratie unternommen. Dies sollte illustrieren, daß vorrangig den Bürgern und nicht (wie im „klassischen Denken“) dem Staat gedient werden soll. Darüber hinaus boten die Kommunen den Bürgern und Interessengruppen die Möglichkeit, ihre politische Partizipation zu erhöhen und gleichzeitig Formen der Konfliktlösungsmechanismen zu schaffen. Die Dezentralisierung der Verwaltung diente auch dazu, ein Gleichgewicht gegen die zentrale Macht herzustellen.<sup>152</sup> Diese Aufwertung der kommunalen Verwaltung führte dazu, daß viele Politiker es vorgezogen haben, für Bürgermeisterposten zu kandidieren. So legte z.B. der Abgeordnete Melih Gökçek sein Mandat nieder und kandidierte für das Amt des Bürgermeisters von Ankara.

Die kemalistisch orientierten politischen Parteien wollten durch die Wähler an die Macht kommen, die sie im Sinne der kemalistischen Prinzipien „gezähmt“ hatten. Dazu ist es bei den freien Wahlen nie gekommen. Die rechts-konservativen Parteien konnten mit ihrer politischen Manifestation, die die kulturellen und sozialen Wünsche der Gesellschaft mitberücksichtige, die Mehrheit im Parlament bilden und die Regierung übernehmen. Sie

<sup>147</sup> Hürriyet, 11.11.1990 und Milliyet 11.11.1990

<sup>148</sup> Gesetz vom 9.5. 1984, Nr. 3004, Amtsblatt, 15.5.1984, Nr. 18402. Der Anteil an Steuereinnahmen wurde

von 5 % im Jahr 1981 stufenweise 1984 auf 7, 15 %, 1985 auf 8, 15 %, 1986 auf 8, 55 % erhöht.

Darüber hinaus wurden 2, 4 % der Steuereinnahmen durch Kraftstoff an Kommunen vergeben.

<sup>149</sup> Başbakanlık (Hrsg.) „Gelişen Türkiye’de Hükümetin Altı Yıllık İcraatı 1983-1989“, a.a.O., 1989, S. 47

<sup>150</sup> Diese Anwendung wurde durch ein Regierungskdekret am 23.3.1984 mit dem Gesetz Nr. 195 in die Wege geleitet und am 27.6.1984 mit Gesetz Nr. 3030 vom Parlament beschlossen. Başbakanlık „Gelişen Türkiye’de Hükümetin Altı Yıllık İcraatı (1983-1989) a.a.O.,1989, S. 46

<sup>151</sup> „Özal’ın Görüşleri II“. ANAP Basın ve Enformasyon Merkezi, Ankara, 1983, S. 8

<sup>152</sup> Kemal Görmez, „Turgut Özal: Merkezi Bürokrasiye Yenilen Reformist“ ( Turgut Özal: Der Reformier, der der zentralen Bürokratie unterlag). In: Ihsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 68

haben aber mit den Stimmen, die sie von ihren Wählern bekommen haben, versucht, das Volk im Sinne der herrschenden Eliten zu „zähmen“.

Der traditionell konservative Rechtspopulismus scheute sich nicht davor, die Massen zu betrügen, die ihm zur Macht verholfen hatten. Özal war dagegen ein Politiker, der außerhalb dieses Rechtspopulismus stand. Die Leute, die hinter Özal gestanden hatten, hatten eine Gemeinsamkeit mit ihm: Diese Gemeinsamkeit war die ungebrochene Opposition Özals gegen die Authentizität (das zeremonielle Verhalten) des Staates. Als er sagte, daß der Staat kein Schneider oder Schuster sein sollte und daß man über die Staatsstruktur diskutieren sollte, verhalf dies zur Demystifizierung des Staates in den Augen der Menschen. Damit bot Özal den Menschen die Möglichkeit an, gegen den Staat Einspruch zu erheben. Seine Manieren waren zwar amerikanisch, aber er hat die Menschen dazu gebracht, gegenüber der Politik des Staates Kritik auszuüben und z. B. fragen zu können, was der Staat mit den Steuern gemacht habe.<sup>153</sup>

Wollte Özal die Türkei im 21. Jahrhundert in allen Bereichen als ein entwickeltes Land sehen, so daß sie den Anschluß an die ersten 15 reichsten Ländern der Welt schaffe,<sup>154</sup> war es unausweichlich, daß die Gesellschaft in allen Bereichen einen geistigen und materiellen Wandel vollziehen mußte. Die Grundlage für einen Umwandlungsprozeß, der alle Teile der Gesellschaft umfassen sollte, bedurfte der Gewährleistung der „Diskussionsfreiheit“ in der Gesellschaft oder der Freiheit, sich über die Unzulänglichkeiten des Systems kritisch zu äußern. Die Bürger in der Türkei sollten in die Lage versetzt werden, daß sie in allen Bereichen ohne Hemmung und Angst vor Einschüchterung seitens des Staates diskutieren können. Nur so konnten neue dynamische Ideen entstehen, die die Entwicklungen und Veränderungen in der Gesellschaft vorantreiben.<sup>155</sup> Während der Ära Özals vollzog sich in der Gesellschaft eine tiefgreifende kulturelle Umwandlung, der den verstärkten Rückgriff der Gesellschaft auf islamische Werte zur Folge hatte, was wiederum zu einer Stärkung des politischen Islams in der Gesellschaft führte. Bei den Wahlen von 1995 konnte die Wohlfahrtspartei somit die stärkste Fraktion im Parlament bilden. Mit einer Koalitionsregierung konnte der Islamist N. Erbakan in der türkischen Geschichte zum ersten Mal den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen. Der Militärputsch vom 27. Mai 1960 war eine Antwort der Staatseliten gegen die Liberalisierungspolitik von Menderes. Durch einen „postmodernen Staatsstreich“ haben die ewigen „Hüter“ der Republik am 28. Januar 1997 im Nationalen Sicherheitsrat ein Programm vorgelegt, dessen Verwirklichung die Regierung unter Druck setzte. Mit dem Rücktritt Erbakans vom 16. Juni 1997 war auch der Ära Özals ein Ende gesetzt worden. Das neue Programm sah nämlich wieder eine Restaurierung der Türkei auf etatistischer kemalistischer Grundlage vor.

#### 3.4.4. Die liberale Wirtschaftspolitik

Den Ausgang der wirtschaftlichen Reformen der Regierung Özals bildete die Wirtschaftsreform vom 24. Januar 1980, das „Stabilitätsprogramm“, das während der

---

<sup>153</sup> Ahmet, Çiğdem, „Turgut Özal: Resmîyetin Çöküşü“ (Turgut Özal: Die Fall des Offiziellen). In: Ihsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 29

<sup>154</sup> Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal bei der Versammlung der Stiftung für Arbeitswelt, Conrad-Otel, Istanbul, 2.10.1992. S.14

<sup>155</sup> Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal bei der Versammlung der Stiftung für Arbeitswelt, 2.10.1992, S. 36

Regierungszeit S. Demirels mit Unterstützung des IWF und der Weltbank in die Wege geleitet wurde.

Bis zum Stabilitätsprogramm wurde die türkische Wirtschaft im Rahmen der Fünf-Jahrespläne vorangetrieben. In diesen insgesamt vier Jahresplänen war eine Industrialisierung durch „Importsubstitution“<sup>156</sup> mit Unterstützung des Agrarsektors vorgesehen. Die Industrialisierung war überwiegend am Binnenmarkt orientiert und Inlandprodukte waren durch hohe Schutzzölle abgesichert. Durch die an ausgeprägter Importsubstitution und am Binnenmarkt orientierte Wirtschaftspolitik war die Integration der türkischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft verhindert worden.<sup>157</sup> Das Stabilitätsprogramm Özals sah die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft vor und enthielt folgende Maßnahmen:

- Abwertung der Währung
- Liberalisierung des Kapitalverkehrs
- Anhebung der Zinssätze mit dem Ziel der Kreditverknappung
- Verminderung der Staatsausgaben
- Lohnstop bei Abbau von Preiskosten für die privaten Unternehmern
- Herstellung von Bedingungen, die den freien Zufluß von ausländischen Investitionen fördern.
- Privatisierung der staatlichen Unternehmern.<sup>158</sup>
- Aufhebung des gesetzlichen Schutzes der türkische Währung
- Zulassung des freien Zulaufs der ausländischen Devisen im Lande.

In den achtziger Jahren fand die neoliberale Bewegung in der Weltpolitik durch Reagans Wahl zum US-Präsidenten und die Wahlen Thatchers zur Premierministerin von England einen neuen Aufschwung. Diese neoliberale Bewegung hatte sich zum Ziel gesetzt, die uneingeschränkte Herrschaft des nationalen und internationalen Kapitals zu hinterfragen oder die politischen Bewegungen zu entmachten, die sich dieser Neuordnung nicht fügten<sup>159</sup>. Der Schlüsselfigur dieser neuen Bewegung in der Türkei war Özal. Deshalb

---

<sup>156</sup> Mehr darüber: Torsten Amelung, „Die politische Ökonomie der Importsubstitution und der Handelsliberalisierung – Das Beispiel Türkei“, Kieler Studien, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, (Hrsg.), Horst Siebert, J.C.B Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1989

<sup>157</sup> Vgl. Sadi Üçüncü, „Die Liberale Wirtschaftspolitik in der Türkei“. centarus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenwieler, 1990, S. 1

<sup>158</sup> Ebd., S. 3

<sup>159</sup> Es scheint kein Zufall zu sein, daß das durch IWF und Weltbank mit getragene „Stabilitätsprogramm vom

24. Januar 1980“ von der Regierung Demirel unter Mitwirkung Özals konzipiert und erst dem Generalstabschef vorgelegt wurde. Özal war damit beauftragt worden, das Programm der Militärführung zu erklären, das von der Führung auch akzeptiert wurde. Barlas, a.a.O., 1994, S. 7. Im gleichen Jahr fand der Militärputsch statt. Waren mit dem Militärputsch in der Türkei die Voraussetzungen für die Anwendung der Theorie des Neoliberalismus Friedmans geschaffen?. Nach Friedhelm Grützner „nahmen in den achtziger Jahren die Neoliberalen Chicago-Boys um Milton Friedman dankbar die Gelegenheit wahr, in Chile ihre Theorien unter Laborbedingungen auszuprobieren. Der dortige Diktator Pinochet hatte zuvor dafür das Feld bereitet, in dem Rahmenbedingungen wie Menschenrechte, freie Wahlen und Gewerkschaften beseitigt worden waren.“ Friedhelm Grützner, „Neoliberalismus und Kommuntarismus“. In: „Vorgänge Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik“. Nr. 148, 4/99 (Dezember) S. 40-41 Hinsichtlich der Einführung des Stabilitätsprogramms in der Türkei gibt es auch Meinungen, die das Gegenteil behaupten. Dieses „Stabilitätsprogramm“ für die Türkei könnte zwar als radikale Entscheidung gelten, aber im Grunde genommen seien für deren Durchsetzung keine undemokratischen Mittel erforderlich. Man hätte diese Programme in Argentinien und Mexiko

hatte Özal seit 1979 von den großen Wirtschaftsunternehmen in der Außenwelt Unterstützung bekommen.<sup>160</sup> Auch die großen Unternehmer in der Türkei haben Özal ihre Unterstützung gegeben. Nach dem Militärputsch wurde Özal vom einer der größten Unternehmer in der Türkei, Vehbi Koç, an General Evren, den Chef der Militärjunta empfohlen, da Özal der Mann sei, der die Wirtschaftsprobleme der Türkei am besten kenne.<sup>161</sup> Özal wurde vom Nationalen Sicherheitsrat zum stellvertretenden Ministerpräsident ernannt. Er wurde mit der Weiterführung des Stabilitätsprogramms beauftragt.<sup>162</sup> Hinsichtlich der Handelsliberalisierung in der Türkei gab es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Forderungen der dominanten Interessensgruppen und der politischen Vorstellung der Militärregierung.<sup>163</sup>

Die liberale Wirtschaftspolitik von Özal wurde zum tragenden Pfeiler der gesellschaftspolitischen Entwicklung der achtziger Jahre. Durch die liberale Wirtschaftspolitik wurde zugleich ein gesellschaftlicher Umwandlungsprozeß in allen Bereichen in Gang gesetzt. Für Özal stellte die liberale Wirtschaftsordnung die Grundlage für die Entfaltung der freiheitlichen Rechte und deren Anwendung und die Grundlage für die Entwicklung einer pluralistisch-demokratischen politischen Ordnung in der Türkei dar.<sup>164</sup> Es ging dabei vor allem darum, durch die Anwendung der Regeln der freien Marktwirtschaft Formen und Formeln sowie gesellschaftliche Institutionen zu schaffen, mit denen eine Demokratisierungsprozeß im Staatsverständnis und in der Gesellschaft herbeigeführt wird, damit die Türkei künftig mit einer Militärintervention nicht konfrontiert wird.<sup>165</sup>

In den modernen Gesellschaften ist das Wirtschaftsleben ein komplexer und arbeitsteiliger Prozeß. Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit reichen allein nicht aus, um in einer modernen Gesellschaft wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit zu schaffen. In einem Rechts- und Sozialstaat ist die Bedeutung der Wirtschaftsordnung darin zu sehen, „daß rechtliche und andere institutionelle Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche und soziale Handeln der Wirtschaftssubjekte und der Träger der Wirtschaftspolitik umgesetzt werden.“<sup>166</sup>

Bei der Wirtschaftsordnung der freien Marktwirtschaft handelt es um drei Aufgaben:<sup>167</sup> Erstens gibt es die „sozio-technische“ Aufgabe. Sie erfüllt die grundlegende

---

verwirklicht. Cengiz Çandar in: M.Sever/C. Dizdar, a.a.O., 1993, S. 100. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, daß die Militärs die Arbeit Özals erleichtert haben, indem sie die politische Opposition wie Gewerkschaften verboten haben. Steven R. Hurst, „Die türkische Wirtschaft erholt sich sehr schnell“. AP, 27.02.1981

<sup>160</sup> Der ehemalige US-Vize-Verteidigungsminister Richard Perle sagte über Özal, daß er ein guter Repräsentant der reaganischen Ökonomie gewesen sei. F. Emin, „Turgut Özal, 1983-1993“, S. 189

<sup>161</sup> Korkut Boratav, „1980’li Yıllarda Türkiye’de Sosyal Sınıflar“ (Die soziale Klassen in achtziger Jahren in der Türkei). Reyo Basımevi, 2. Baskı, Istanbul, 1995, 75

<sup>162</sup> Özal hat bis 13.7.1982 als stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung von Bülent Ulus gearbeitet,

die nach dem Militärputsch vom 12 September 1980 vom Militär bestellt worden war.

<sup>163</sup> Diese Interessengruppe rekrutierte sich hauptsächlich aus großen Unternehmern, die im TÜSIAT organisiert sind.

<sup>164</sup> Özal, Presseerklärung, 14.12.1985,

<sup>165</sup> „Özal’in 24 Ocak 1980 Ekonomik Program Hakkında Görüşleri“ (Die Ansichten von Özal über das Stabilitätsprogramm vom 24 Januar 1980). ANAP Basın ve Enformasyon Merkezi, Ankara, 1984, S. 10

<sup>166</sup> Ronald Clapham, a.a.O., 1993, S. 91

<sup>167</sup> Ebd., 1993, S. 91-94

ordnungspolitische Aufgabe, die Funktionsfähigkeit des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses zu ermöglichen und zu sichern. Zweitens existiert die Aufgabe der „Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten“ und drittens geht es um die gesellschaftspolitische Aufgabe. Hier handelt es sich „um das Verhältnis von marktwirtschaftlicher Ordnung des ökonomischen Geschehens zur freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung. Die Verwirklichung individueller politischer Freiheitsrechte wird in einer freiheitlichen Gesellschaft in hohem Maß durch die Rahmenbedingungen bestimmt, die die Wirtschaftsordnung vorgibt. Erst sie ermöglicht jedem Bürger die verantwortliche Teilnahme am Wirtschaften und der Teilhabe am Wirtschaftsergebnis“<sup>168</sup> Daraus läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß die Wirtschaftsordnung eine Teilordnung ist, „die ähnlich wie die politische oder die kulturelle Ordnung die tatsächlichen Lebensbedingungen mitbestimmt. Mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung ist daher nur eine Wirtschaftsordnung vom Typ der marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar und umgekehrt“.<sup>169</sup> Für Özal stellte auch das freie Marktwirtschaftssystem nicht das Ergebnis der demokratischen Freiheiten, sondern die Voraussetzungen für die Entfaltung und Bewahrung der persönlichen freiheitlichen Rechte dar.<sup>170</sup> Dabei ging es darum, in erster Linie die Rahmenbedingungen zur Verwirklichung einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung herbeizuführen.

Die Grundlagen des Stabilitätsprogramms von 1980, mit dem die freie Marktwirtschaft in der Türkei ihre Anwendung fand, entstammte den neoliberalen Gedanken Friedmans. Diese Theorie wird gerade in ihren Grundsätzen wegen der Einschränkungen der Rahmenbedingungen für die Grundfreiheiten in der Gesellschaft kritisiert. Diese Theorie würde die rechtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekte untermauern, die die Grundlagen der klassischen liberalen Ordnungsvorstellung bilden. Die in der neoliberalen Theorie gestellten Forderungen nach „Entstaatlichung laufen nämlich langfristig auf eine Institutionalisierung und Entrechtlichung der Sozialbeziehungen hinaus, die z.B. den Rechtsschutz am Arbeitsplatz beschneiden, urwüchsige auf persönliche Abhängigkeit gerichtete Machtbeziehungen revitalisieren und damit für breite Teile der Bevölkerung einen Abbau an institutionellen Freiheitsgarantien zur Folge haben.“<sup>171</sup> Mit dem Neoliberalismus würde „die Herrschaft des Gesetzes“ durch die „Herrschaft des Marktes“ ersetzt. In einer solchen wirtschaftlichen Ordnung sollte der „Tüchtige“ durch das Recht und gesetzliche Verfahrensaufgaben nicht behindert werden.<sup>172</sup>

Es schien so, daß die Grundlagen der neoliberalen Wirtschaftspolitik mit den gesellschaftspolitischen Zielen der Regierung von Özal in Widerspruch standen. Hier stellt sich die Frage nach der Tragfähigkeit und Vereinbarkeit der Grundsätze der neoliberalen Wirtschaftsordnung mit den Vorstellungen der Mutterlandspartei von einer freiheitlich-demokratischen Ordnung, in der die Gewährleistung der Rahmenbedingungen eines pluralistisch-demokratischen Staates ermöglicht werden sollte.

Liegt dem Neoliberalismus unausgesprochen ein „harmonisches Gesellschaftsmodell“ zugrunde, in dem gesellschaftliche Konflikte um die Verteilung des Sozialproduktes als systemfremd angesehen werden,<sup>173</sup> so gilt in der Vorstellung Özals, daß gerade die

<sup>168</sup> Ebd., 1993, S. 93

<sup>169</sup> Ebd., 1993, S. 94

<sup>170</sup> Özal’ın Görüşleri II“. ANAP Basın ve Enformasyon Merkezi, Ankara, 1983, S. 10

<sup>171</sup> F. Grützer, a.a.O., 1999, S.41

<sup>172</sup> Vgl. F. Nuscheler in K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 383

<sup>173</sup> Vgl. F. Grützer, a.a.O., 1999, S. 42

politischen und wirtschaftlichen Interessenkonflikte, die der Vorstellung eines „harmonischen Gesellschaftsmodells“ diametral entgegenlaufen, normal sind und sogar gefördert werden müssen, um die gesellschaftliche Dynamik zu aktivieren. Bei der Anwendung der freien Marktwirtschaft wurde von den Regierungskreisen auf die soziale Komponente des Wirtschaftsmodells (Soziale Marktwirtschaft) von Ludwig Erhard hingewiesen.<sup>174</sup> Auch im Regierungsprogramm vom 1983 treffen wir Ansätze, die als Grundlagen der sozialen Wirtschaftsordnung gelten.

„Die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Verbesserung des sozialen Gleichgewichts, die Förderung der Menschen nach individuellen Fähigkeiten, die Verminderung der Einkommensunterschiede zwischen den sozialen Gruppen nach praktischen Maßen, die Reduzierung der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen auf das Mindestmaß, die Überwindung der Armut durch die Verbreitung der Wohlfahrt bilden das Fundament unserer Wirtschaftspolitik. Wir glauben, daß die verschiedenen Gruppeninteressen in der Gesellschaft sich ergänzende Faktoren sind, daß sie im Rahmen der nationalen Interessen harmonisiert und ausgeglichen werden.“<sup>175</sup>

Für das Funktionieren der freien Marktwirtschaft wurden während der Regierung der Mutterlandspartei die folgenden Voraussetzungen als unentbehrlich angesehen:

- eine auf Freiheiten (u. a. Meinungs-, Presse-, Glaubensfreiheit) basierende Gesellschaftsordnung
- Erweiterung der Zuständigkeit der kommunalen Verwaltung.
- Vertrauen und Glauben in die eigene Bevölkerung.
- Förderung von Klein- oder Großinvestoren, gegebenenfalls wirtschaftliche Subventionen
- eine funktionierende, ausgeglichene und zahlungsfähige Wirtschaft.

Dabei ging es darum, die Beschaffenheit einer Wirtschafts- und Sozialordnung mit der menschenwürdigen und wirtschaftlich erfolgreichen Daseinsbewältigung der einzelnen zusammenzuführen, was einer der wichtigsten Grundsätze des Sozialen Marktwirtschaft ist. „Konkret geht es um das Verhältnis von marktwirtschaftlicher Ordnung des ökonomischen Geschehens zur freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung. Zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Ordnung besteht ein struktureller Zusammenhang. Die Verwirklichung individueller politischer Freiheitsrechte wird in einer freiheitlichen Gesellschaft in hohem Maße durch die Rahmenbedingungen bestimmt, die die Wirtschaftsordnung setzt. Erst sie ermöglicht jedem Bürger die vertrauliche Teilnahme am Wirtschaften und der Teilhabe am Wirtschaftsergebnis.“<sup>176</sup>

Drei wichtige Faktoren der Wirtschaftsreformen waren die Stabilisierung (Ausgleich von Im- und Export), der Liberalismus (Aufhebung der Einschränkungen bzw. Verbote im Außenhandel, Bankwesen und steuerliche Vergünstigung der Investitionen) und Privatisierung (Einschränkung der wirtschaftlichen Macht des Staates). In diesem Kontext wurden bürokratische Erleichterungen und gesetzlich Vergünstigungen wie Steuerabsetzung in die Wege geleitet. Für die Genehmigung des Warenexports brauchte man bislang mindestens die Unterschriften von 30 Beamten und dies war mit einem Zeitaufwand von einem Monat verbunden. Diese Regeln wurden vereinfacht, wobei es nun

<sup>174</sup> Edmund Els, „Die Türkei sucht wieder nach einer intensiven Beziehung mit dem Westen“. General Anzeiger, vom 6./7. April 1985

<sup>175</sup> Regierungsprogramm 1983, S.12

<sup>176</sup> R. Clapham, a.a.O., 1993, S. 93-94

natürlich auch die Gefahr einer Ausnutzung gab. Besonders eine Steuervergünstigung für Exportwaren, die nur auf dem Papier exportiert wurden, sorgte Aufsehen in der Öffentlichkeit. Vetternwirtschaft, Aushöhlung der staatlichen Banken und Schmiergeld galten als negative Folgeerscheinungen der liberalen Wirtschaftspolitik von Özal.<sup>177</sup>

Basiert die Soziale Marktwirtschaft in westlichen Gesellschaften u.a. auf christlichen Wertvorstellungen,<sup>178</sup> so nahmen die islamischen Wertvorstellungen einen wichtigen Platz in der wirtschaftlichen Gedankenwelt Özals ein:

„Die von unserer ruhmreichen Nation als heilig empfundenen Werte messen der sozialen Gerechtigkeit große Bedeutung zu. Auf unseren wertvollen Urteil basiert das Verständnis 'derjenige ist nicht von uns, der in Ruhe schlafen kann, während seinen Nachbar hungrig schläft.'<sup>179</sup> 'Man muß von anderen das gleiche verlangen, was man für sich selbst in Anspruch nehmen will.' 'Es wird in unserer Tradition daran geglaubt, daß, wie der Schmerz eines Gliedes den ganze Körper erfaßt, die ganze Gesellschaft vom Leiden der Armen betroffen sein soll.' Diese sozialen Werte werden durch die Unterstützung der wirtschaftlichen Maßnahmen wie soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und sozialen Frieden geschaffen, die die türkische Gesellschaft trotz aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen auf den Beinen hält.“<sup>180</sup>

Voraussetzung war das Festhalten an den liberalen Prinzipien der Wirtschaftsordnung und das Vertrauen in die schöpferische Intelligenz und Dynamik der eigenen Bevölkerung, die die Fähigkeit und auch den Willen zum wirtschaftlichen Wettbewerb hat. Dabei war es von Bedeutung, daß Menschen in die Verantwortung für die Entwicklung des Landes und für die Gewährleistung der freiheitlichen Rechte einbezogen werden. Die Neugier nach etwas Neuen und das Verantwortungsgefühl der Menschen sollten geweckt werden, damit sie ihre persönlichen und materiellen Freiheiten sowie Rechte, die sie erkämpft haben, auch verteidigen.

Die Türkei erlebte im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik in den achtziger Jahren in der Innen- und Außenwirtschaft einen Strukturwandel und Aufschwung. Die durchschnittliche Wachstumsrate in den Jahren 1985-1995 betrug etwa 5 %. Damit war die Türkei über den Status eines Schwellenlandes schon hinaus. Bis 1994 (Krisenjahr) waren besonders in der Kfz-Industrie, der Metallverarbeitung und in der Textilindustrie hohe Wachstumsraten erzielt worden.<sup>181</sup>

Durch die Schaffung der wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen wurde die Liberalisierung des Handels vorangetrieben. Die „Extra-Budget-Fonds gewannen eine zunehmende Bedeutung für das Handelssystem und die öffentliche Finanzwirtschaft. In diesen Fonds wurde aus fast allen Staatseinnahmen Kapital

<sup>177</sup> Y. Gökmen, a.a.O., 1992, S. 116 und E. Kongar, a.a.O., 1998, S. 226

<sup>178</sup> Vgl. R. Clapham, a.a.O., 1993, S. 93

<sup>179</sup> Dies sind Aussagen des Prophet Mohammeds. Sie werden „Sunna“ genannt und bilden die zweite Rechtsquelle des Islams nach dem Koran.

<sup>180</sup> Regierungsprogramm 1983, S.11

<sup>181</sup> İsmet Ergun in Werner Gumpel (Hrsg.), „Deutschland und die Türkei – Gemeinsame Interessen in Europa im Mittleren Osten und in Mittelasien“. Deutsch-türkische Konferenz der Südosteuropa- Gesellschaft und des Instituts für Außenpolitik (Ankara) vom 8.-9. Juni 1995 in München, Südosteuropa Gesellschaft, München, 1996, S. 11

Zuverfügung gestellt, welches zweckgebundenen Verwendungen zugeführt wurde. Dazu gehören

- allgemeine Bauspar- und volksgemeinschaftliche Fonds
- Fond der Verteidigungsindustrie.
- Sozialer Solidaritätsfonds.
- Berufsgenossenschaften sowie Einführung der Mehrwertsteuer zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums.<sup>182</sup>

Besonders in infrastrukturellen Bereichen wie Energieversorgung, Telekommunikation, Straßen, Flug- und Seehäfen und Bewässerung der Agrarwirtschaft hat die Türkei Erfolge verzeichnet. Die Zahl der Dörfer, die an das Stromnetz angeschlossen waren, belief sich bis 1983 insgesamt auf 24436. In den Jahren 1983-1987 wurden 10965 Dörfern an das Stromnetz angeschlossen. Bis 1983 gab es insgesamt 11.000 km asphaltierte Dorfstraßen. In der ersten Amtszeit der Regierung Özals wurden 12.500 km Straße asphaltiert.<sup>183</sup>

Diesen Trend beobachten wir auch im außenwirtschaftlichen Bereich. Waren in den siebziger Jahren Tabak, Baumwolle und getrocknete Früchte (70% der Exporte) Hauptexportwaren, so erweiterte die Türkei in den neunziger Jahren ihre Exportproduktpalette, was eine Hinwendung vom agrarwirtschaftlichen Schwerpunkt zu einem industriellen Schwerpunkt bedeutet. Im Jahr 1992 stammten über 52 % des türkischen Exports und 45% aller Einfuhren in die Türkei aus den Ländern der EU. Darüber hinaus wurden 65 % aller Investitionen in der Türkei von europäischen Unternehmern getätigt. 1990 nahm die Türkei keine IWF-Kredite mehr in Anspruch, dagegen erhöhten sich die Schulden der Türkei jedoch sowohl auf dem Kurz- als auch auf dem Langzeitsektor. Die Gesamtbelastung betrug 1993 über 57 Mill. US-\$, was über 50 % des BSP der Türkei entspricht. In den Jahren von 1981 bis 1989 betrug die durchschnittliche Wirtschaftswachstumsrate (inflationsbereinigt) real bei 4.8 % und lag damit oberhalb der Durchschnittsrate der OECD- und EU-Länder.<sup>184</sup>

Wie die Daten verdeutlichen, verzeichnete die türkische Wirtschaft in den achtziger Jahren einen Strukturwandel. Die türkische Wirtschaft integrierte sich im Zuge der Liberalisierungspolitik in die internationale Arbeitsteilung und die Öffnung der Wirtschaft nach außen trug dazu bei, daß sich die Türkei zu einer der stärksten Wirtschaftskräfte in der Region entwickelt hat.<sup>185</sup> Durch die von Özal geführte Wirtschaftspolitik konnte der wirtschaftliche Standard der Türkei so weit angehoben werden, daß sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Platz auf der wirtschaftsgeographischen Landkarte der Welt bekommen hat.<sup>186</sup>

### 3.4.5. Kritische Betrachtung

Es sieht so aus, als ob wir hier in der türkischen Geschichte mit einem Mensch zu tun haben, der – nach Atatürk - fast als wichtigster Staatsmann der Türkei gelten kann. Özal

<sup>182</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 110

<sup>183</sup> Regierungsprogramm 1987, S.30, Özal, (Interview), Hürriyet, 23.3.1989

<sup>184</sup> Der Grund war für diese Entwicklung nach Ansicht EUCIS die Strukturmaßnahmen in den siebziger Jahre. „Background-Information“. Erstellt von EUCIS, 1993, S.33 u. ff

<sup>185</sup> İ. Ergun in Werner Gumpel (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 12

<sup>186</sup> Kenneth, Mecenzie, „Yabancı Gözüyle Avrupalılık Macerası“ (Das Abenteuer der Verwestlichung aus der

Perspektive eines Fremden). In: Dış Politika (Außenpolitik). Risale Yayınları, Istanbul, 2/1988, S. 252

war natürlich kein optimaler Mensch und Politiker. Aber man sollte seine Eigenschaften, seine Stärken, seine Schwächen aber auch seine widersprüchlichen Verhaltensweisen an den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und an den Politikern messen, die vor und nach ihm die Türkei regiert haben.

Andererseits wies Özal auch viele Ähnlichkeiten mit anderen Politikern der Türkei auf. So z.B. hat er die Voraussetzungen, die ihn als Politiker an die Macht brachten, nicht hinterfragt: nämlich die Unterbrechung der Demokratie und das Verbot der politischen Parteien. Sein Verhalten, sich gegen die Aufhebung des Verbots einzusetzen, durch das (durch Volksabstimmung) die Rehabilitierung der Politiker von vor 1980 in die Politik ermöglicht werden sollte, stand im Widerspruch zu seinem Demokratieverständnis und der Gedankenfreiheit.<sup>187</sup>

Es fehlte ihm die kulturelle Grundlage und Erfahrung im Regieren. Seine engsten Berater, die als „Prinzen von Özal“ bezeichnet wurden, waren junge Manager aus dem wirtschaftlichen Sektor der USA – Karrieristen, die aber keinerlei Erfahrungen mit der türkischen Bürokratie hatten. Daher wurde ihm vorgeworfen, daß er seine Berater nicht gut gewählt habe und deshalb nicht richtig „informiert“ sei. Eine seiner Schwächen war es, daß er sich politisch in bestimmte Richtung orientierte, wie sich alle Uhren nach Greenwich orientieren. Während seiner ganzen Regierungszeit richtete er sich wirtschaftlich<sup>188</sup> nach dem IMF und politisch nach den USA.<sup>189</sup>

Seine Eigenarten und die Neigung, besonders in außenpolitischen Bereichen Entscheidungen alleine zu treffen, ohne sich dabei von den zuständigen Institutionen oder Personen beraten zu lassen, führte zwar in einigen Fällen zu positiven Ergebnissen wie der Entscheidung, die den Weg für das Treffen in Davos ebnete. Aber allein getroffene Entscheidungen waren, ohne dabei die komplizierten, multidimensionalen und zum Teil widersprüchlich erscheinenden außenpolitischen Entscheidungsmechanismen in Betracht zu ziehen, zum Scheitern verurteilt. So ließ Özal z.B. ein Gutachten für das „Friedens-Wasserprojekt“ für die Staaten des Nahen Ostens vom Unternehmen Brown and Root erstellen, welches der Türkei eine Million US-\$ kostete.<sup>190</sup> Zwar war es von der Grundeinstellung her richtig, daß sich die gegenseitige wirtschaftliche Interdependenz auf die Stabilisierung und den Frieden des Nahen Ostens positiv auswirken konnte. Dabei hat er aber die politischen Barrieren, Schwierigkeiten und Konflikte, die die Verwirklichung eines solchen Vorhabens beinahe unmöglich machten, nicht einkalkuliert.

Politisch hatte er sehr großen Vertrauen in Amerika. Wie Adnan Menderes (1950-60) hat auch Özal versucht, seine außenpolitischen Ziele so anzulegen, daß sie mit denen der USA im Einklang standen. Özal betrachtete von Anfang an die USA als ein Musterland in jeglicher Hinsicht. Seine Perzeption - angefangen vom Präsidialsystem bis hin zu den gesellschaftlichen Institutionen – die USA als Vorbild zu nehmen, kannte beinahe keine Grenzen. Besonders in der Außenpolitik kooperierte er zu eng mit der amerikanischen

---

<sup>187</sup> Das Verbot der politischen Tätigkeit der alten Politiker Demirel, Ecevit, Erbakan wurde erst durch ein Referendum mit knapper Mehrheit aufgehoben.

<sup>188</sup> Der Vizevorsitzende der Morgan Guaranty Bank, Rodney Wagner, war einer seiner wichtigsten Berater im Ausland. Cumhuriyet, 12.11.1992.

<sup>189</sup> Y. Gökmen, a.a.O., 1992, S. 51-52

<sup>190</sup> U. Güldemir, „Özal Usulü Diplomasiden Tornistan“ (Rückkehr von der Diplomatie der Methode Özals). Cumhuriyet, 12.11.1991

Politik. Der Islamist N. Erbakan warf ihm vor, die USA hätten in der Türkei Özal gefunden, um ihre außenpolitischen Ziele in der Region zu verwirklichen und er hätte nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten Y. Akbulut zum Ministerpräsident ernannt, um seine Politik in der Türkei fortsetzen zu können. Was Özal für Bush bedeute, bedeutet seinerseits Akbulut für Özal.<sup>191</sup>

Der offiziellen Staatsauffassung hat er sozusagen den „Krieg“ erklärt, aber die dafür notwendigen Gesetzesveränderungen in der Verfassung hat er nicht in die Wege geleitet. Mit seinem Pragmatismus, den er, um dem Volk zu dienen, als wichtigste Grundlage seiner Politik betrachtete, hat er zunehmend einen Konsens mit den herrschenden Kräften im Staat gesucht, gegen die er vorher verbittert gekämpft hatte.<sup>192</sup> Ihm wurde unterstellt, nicht an die Demokratie geglaubt zu haben, die er doch bei jeder Gelegenheit anführte und als unzertrennlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei bezeichnete. Daß er vier politische Strömungen innerhalb seiner Partei vereinte, faßte er so auf, daß man andere politische Bewegungen im Lande nicht brauche.<sup>193</sup>

Özal hat nicht davor zurückgeschreckt, gesetzliche Veränderungen vorzunehmen, durch die seine politischen Handlungsmöglichkeiten begünstigt wurden – so zum Beispiel bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 29.11.1987, als er im Wahlgesetz Veränderungen vornahm, durch die seine Partei bei den Wahlen begünstigt wurde. Obwohl die Mutterlandspartei bei dieser Wahl 36 % der Stimmen bekommen konnte, erhielt sie 298 von 400 Abgeordneten (65 Prozent der Mandate) im Parlament.

Allen Parteivorsitzenden (Özal eingeschlossen) ist gemein, daß sie in ihren Parteien keine demokratische Strukturen aufgebaut haben. Die Entscheidungen werden nicht nach demokratischen Regeln in den Parteigremien gefällt, sondern der Parteivorsitzende ist der Entscheidungsträger seiner Partei und bestimmt allein deren politische Linie. Daher konnte er sowohl als Ministerpräsident als auch Staatspräsident eigenständig die politische Initiative ergreifen und diese auch umsetzen zu lassen.

Özal hatte vom Staat keine fundamental festgelegte Auffassung. Ihm mangelte es an Rechtsverständnis und Staatsphilosophie. Diese beiden Faktoren hinderten ihn daran, ein „richtiger“ Staatsmann zu werden. Nach Özal bedeutete das „Recht“ gleichzeitig „Logik“ im Sinne von Aristoteles.<sup>194</sup> Diese These hat er auch vehement verteidigt. Was für ihn logisch war, mußte auch rechtlich legitimiert sein. Für ihn war es von großer Bedeutung, sein Ziel auf dem kürzesten Weg zu erreichen. Dabei nahm er auf negative Folgeerscheinungen keine Rücksicht.<sup>195</sup> Sein Entschluß basierte vielmehr auf seiner persönlichen Auffassung von Politik als ein veröffentlichtes Parteiprogramm.<sup>196</sup> Besonders von etatistischen Kreisen wurde ihm unterstellt, den Staat mit der

---

<sup>191</sup> Ahmet Tan, „Bush’un Özal’i, Özal’in Akbulut’u“. Cumhuriyet Hafta, Beilage zur Tageszeitung Cumhuriyet, 2- 8/11/1990, S. 3

<sup>192</sup> A. Çiğdem in Ihsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 30

<sup>193</sup> Y. Gökmen, a.a.O., 1992, S. 129

<sup>194</sup> Die Logik bei Aristoteles ist „die Lehre vom richtigen Denken, genauer von den Formen und Methoden (also nicht dem Inhalt) des richtigen Denkens. Sie kann nicht zeigen, was man denken muß, sondern nur, wie man, von irgendeinem Gegebenen ausgehend, denkend fortschreiten muß, um zu richtigen Ergebnissen zu gelangen.“ H. Joachim Störig, a.a.O., 1998, S. 177

<sup>195</sup> Y. Gökmen, a.a.O., 1992, S. 52

<sup>196</sup> A. Turan Alkan, „Kadrini Seng-i Musallada Bilip...“. In: Ihsan Sezal (Hrsg.), a.a.O., 1996, S. 15

Leichtsinnigkeit und Unverdrossenheit eines schlechten Unternehmers verwaltet zu haben.<sup>197</sup>

So plädierte Özal in seinen Presseerklärungen und Reden auf die Dezentralisierung der Macht und der Staatsverwaltung. Aber er liebte es gern allein Entscheidungen zu treffen, ohne die zuständigen Behörden und Ministerien zu informieren oder zu Rat zu ziehen. Dadurch wurden besonders während des Golfkrieges heftige Diskussionen ausgelöst, die dazu führten, daß Außenminister Ali Bozer und Generalstabschef Necip Torumtay zurücktraten. In sieben Jahren hat er sechs Verteidigungsminister und vier Außenminister ernannt. Die Botschaften der anderen Staaten konnten ihn leichter erreichen als Außenminister. Deswegen zogen sie es vor, mit Özal zu verhandeln, um eine Lösung der Probleme herbeizuführen.<sup>198</sup>

Özal wird als Beispiel genannt, wenn es um politische Visionen geht und die Gabe, diese in die Tat umzusetzen. Dabei vermochte Özal nicht im verfassungsrechtlichen Rahmen zu bleiben, da seine Art ein eklektisches Zusammentreffen von sozialer Planung und Pragmatismus war. Was für ihn logisch schien, sollte auch durchgeführt werden. Deshalb hat er manchmal Wege eingeschlagen, die von der verfassungsrechtlichen Linie abwichen bzw. diese in Frage stellten. Mit seinem oft zitierten Satz „Meine Beamten wissen Bescheid“<sup>199</sup> wies er auf verfassungsrechtliche Lücken hin, durch die der tüchtige Beamte zu schlüpfen weiß. Seine durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik in die Wege geleiteten gesellschaftspolitischen Veränderungen führten dazu, daß nach dem Motto „neuer Zyklus, neuer Mensch“ die gesellschaftlichen Werte und Normen zugunsten einer Gewinnsucht kapitalistischen Vorbilds weichen mußten.<sup>200</sup>

In seiner Regierungszeit als Ministerpräsident bis 1989 wurden über 3000 Journalisten und Schriftsteller wegen ihrer Veröffentlichungen angeklagt und vor Gericht gestellt. Sie wurden insgesamt zu 2000 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Über 500 Veröffentlichungen wurden zensiert und vom Staat verboten.<sup>201</sup>

Als Özal die Regierung übernahm, überließen ihm die militärischen Machthaber ein Land, in dem fast alle politischen und gesellschaftlichen oppositionellen Kräfte aus dem politischen Entscheidungsprozess ausgeschaltet waren. Er hatte während seiner Regierungszeit keine starke politische und gesellschaftliche Opposition (wie z.B. politische Parteien oder Gewerkschaften, mit denen er einen Konsens eingehen müßte, der ihn von seinen Konzepten abbringen konnte). Die Einzigsten, mit denen er Kompromisse eingehen mußte, waren die zivile Bürokratie und der Staatspräsident Kenan Evren. Die Ära Özals konnte den Eindruck nicht aus der Welt schaffen, trotz all seinen Bestrebungen nach einer demokratischen Gesellschaftsordnung, ein ziviler „verlängerte Arm“ der

---

<sup>197</sup> Toktamış Ateş, „Ben Çin‘de Yaşamışım...!“ (Ich hätte in China gelebt..!). Cumhuriyet, 20.4.1993

<sup>198</sup> Der ehemalige US-Botschafter Abramowitz sagt dazu, daß Özal damals - gemeint ist während der Kuwait-

Krise - sehr einflußreich gewesen sei und alle Zügel in seiner Hand hielt. Daher habe er als Botschafter

der USA vorgezogen, viel mehr mit ihm zu sprechen. Cumhuriyet, 12.11.1991

<sup>199</sup> Yeni Şafak, 18.02.1998

<sup>200</sup> E. Kongar, a.a.O., 1998, S. 220

<sup>201</sup> Ebd., S. 221

Vorstellungen des Militärs zu sein, das in den ersten Tagen des Militärputsches davon sprach, daß Land in den nächsten 10 bis 15 Jahren regieren zu wollen.<sup>202</sup>

### **3.5. Die nationale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in den achtziger Jahren**

#### **3.5.1. Das nationale Sicherheitsverständnis des Staates**

Die innen- und außenpolitischen Verflechtungen und Vernetzungen eines Landes lassen es im gegenwärtigen internationalen System nicht zu, die innenpolitischen Entwicklungen von der Gestaltung der Außenpolitik und umgekehrt die außenpolitischen Orientierungen eines Staates von den innenpolitischen Gegebenheiten (wirtschaftliche Möglichkeiten, politische und wirtschaftliche Interessen, militärische Stärke, soziale Struktur, ideologische Struktur, ethnische Struktur, kulturelle und religiöse Werte der Gesellschaft) getrennt zu betrachten und zu analysieren. Denn die bestimmenden Faktoren für die Durchführung der Außenpolitik eines Landes hängen, neben regional und international bedingten Faktoren, mit den ideologischen oder weltanschaulichen Richtlinien des jeweiligen Staates zusammen.

Jeder Staat muß die für seine Verteidigung notwendigen Mittel aus seinen eigenen Möglichkeiten schöpfen. Die militärische Stärke eines Landes ist, neben der wirtschaftlichen und geostrategischen Bedeutung, ein Maß für den Grad eines Landes, von anderen Staaten ernst genommen zu werden. Die Außenpolitik eines Landes wird verständlicherweise von seinen potentiellen, geostrategischen, wirtschaftlichen, militärischen Möglichkeiten bestimmt. Dabei spielt die politisch-ideologische Einstellung eines Landes für die Prioritäten der Außenpolitik eine entscheidende Rolle.

Auf der anderen Seite befinden sich die Beziehungen und Verbindungen der Staaten zueinander in einem strategisch-wechselseitigen Zustand. Das heißt: Kein Land kann sein Schicksal und seine Zukunft unter Kontrolle haben, denn die Durchsetzung der nationalen Interessen eines Staates hängen in der internationalen Politik mit den Interessen anderer Staaten zusammen. Wenn ein Staat Maßnahmen zur Durchsetzung seiner nationalen Interessen ergreift, muß er dabei auch die möglichen Reaktionen der anderen Staaten berücksichtigen, denn die Strategie eines Staates hängt mit den Strategien der anderen Staaten eng zusammen.<sup>203</sup>

Nationale Sicherheit bezieht sich auf nationale Interessen eines Staates, die in fünf Gruppen unterteilt werden können:

1. Interessen, die von der Verteidigung des Landes herrühren. Hier denkt man an die militärische Stärke und ihre Verteidigungsfähigkeit. Regionale und internationale Verteidigungsbündnisse.
2. Interessen, die sich aus regionalen und internationalen Interessenskonstellationen ergeben.
3. Wirtschaftliche Interessen.
4. Ideologische Prioritäten.
5. Geographische Lage und geostrategische Bedeutung des Landes für die Region und für die Weltpolitik.<sup>204</sup>

<sup>202</sup> Ebd., 1998, S. 220

<sup>203</sup> Muammer Şimşek, „Üçüncü Dünya Ülkelerinde ve Türkiye’de Savunma Sanayi“ (Die Verteidigungsindustrie in der Dritten Welt und in der Türkei). Türk Tarih Kurumu, Ankara, 1989, S. 6

<sup>204</sup> Tayfun Akgüner, „1962 Anayasasına Göre Milli Güvenlik Kavramı ve Milli Güvenlik Kurumu“ (Der Begriff Nationale Sicherheit und Nationaler Sicherheitsrat nach der Verfassung vom 1962). Istanbul

Gefährdung der Inneren Sicherheit tritt ein, wenn:

- politische Bewegungen entstehen, die durch Waffengewalt versuchen, die bestehende Ordnung zu stürzen.
- ethnische und separatistische Bewegungen, die die Integrität des Staates in Frage stellen.
- die Zentralmacht zu schwach ist, um ihrem Gewaltmonopol Geltung zu verschaffen.

Bei den internationalen Beziehungen geht kein Staat davon aus, daß die geschlossenen Bündnisse und Partnerschaften nicht für immer gelten würden und daß es niemals ewig dauernde Feindschaften und Freundschaften gebe. Das einzige Kriterium für die Beziehungen zwischen den Staaten ist die Wahrnehmung der nationalen Interessen. Wenn zwischen den Staaten gemeinsame Vorteile und Interessen hinsichtlich bestimmter Bereiche in der Außenpolitik bestehen, werden Partnerschaften geschlossen. Falls die Interessen auseinander gehen, kühlen die Beziehungen entsprechend ab.<sup>205</sup>

Die geographische Lage eines Landes hat einen beachtlichen Einfluß auf die innenpolitischen und außenpolitischen Spielräume und Prioritäten eines Staates. Die Faktoren, die sich aus innenpolitischen Ereignissen herauskristallisieren, kann man unter Umständen unter Kontrolle halten oder Mechanismen zu deren Steuerung schaffen. Aber die externen Faktoren kann man nicht allein bestimmen. Es wird sogar manchmal schwierig, sie in eine bestimmte Richtung zu bewegen. Denn es bedarf der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, die ganz andere Interessen und Konzepte zur Lösung eines Konfliktes verfolgen oder Forderungen stellen, deren Zufriedenstellung den Interessen des betreffenden Landes widersprechen würden. Wenn wir uns die geopolitischen, geohistorischen und geoideologischen Tatsachen der Türkei vor Augen führen, stellen wir fest, daß die Bestimmungsfaktoren der türkischen Außenpolitik nicht nur aus der Kombination vielfältiger innen- und außenpolitischer Faktoren der Gegenwart bestehen. Es ist eben die Entstehungsgeschichte der Türkei, die mit dem Lausannevertrag von 1923 international rechtlich garantiert wurde.

### 3.5.2. Die geschichtlichen Hintergründe des Sicherheitsverständnisses

Das 19. Jahrhundert war ein Jahrhundert des Kolonialismus und Expansionismus der westlich- imperialistischen Staaten. Das Osmanische Reich hatte in seiner Endphase nur ein Ziel vor Augen: Die innere Einheit des Staates zu festigen und die noch übrig gebliebenen Gebiete zu sichern. Die Folge davon war, daß der Staat sich darauf konzentrierte, die noch beibehaltenen Gebiete gegen die habgierige Expansionspolitik (Drang nach Osten) der westlichen Mächte zu verteidigen. Die Beziehungen zu den verlassenen Gebieten wurde sehr rasch abgebrochen.

Dieser absolute Verteidigungswille gegenüber den beibehaltenen Grenzen und das absolute Desinteresse an den verlassenen Gebieten bestimmte auch die Sicherheits- und Außenpolitik der Türkei. Die zwischen diesen beiden Polen pendelnde traditionelle Außenpolitik führte zur Verengung des außenpolitischen Horizonts und zur Vermischung der möglichen alternativen Sicherheitskonzepte. Das Ergebnis davon war, daß die Türkei

---

Üniversitesi, Siyasal Bilimler Fakültesi Yayınları , İstanbul, 1983, S. 76-78

<sup>205</sup> E. Yavuzalp, a.a.O., 1998, S.147

ihre Beziehungen mit ihrem geokulturellen Hinterland ganz abbrach und damit verbunden ihren Einfluß in diesen Regionen verlor. Noch wichtiger ist, daß in der Türkei seit ihrem Bestehen zwischen den Notwendigkeiten der Außenpolitik und der politischen Kultur keine Übereinstimmung erzielt worden ist. Das heißt: Die ideologische Struktur der Republik in der Innenpolitik dominierte auch die außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten und somit verhinderte sie die Suche nach alternativen Sicherheitskonzepten.<sup>206</sup>

Das somit entstandene sicherheits- und außenpolitische Verständnis des Staates, das sich in den Grundsätzen „absolutes Verlassen“, was außerhalb des Herrschaftsbereich geblieben ist, und „absolutes Beherrschen“ des noch verbliebenen Gebietes ausdrückt, prägen noch heute das Sicherheitsverständnis der Türkei sowohl in der Innenpolitik als auch Außenpolitik.

Ferner finden die Vorstellungen und die Prioritäten der Gesellschaft in der Linie der Außenpolitik bei den Staatseliten keine angemessene Beachtung. In einem demokratischen System ist es jedoch unumstritten, daß die Außenpolitik als „Manifestation der zum Staate organisierten Gesellschaft von dieser nicht abstrahiert und analysiert wird, sondern zunächst und zuvorderst von ihr ausgehen muß“. Denn „der Staat, die Regierung handelt gewissermaßen im Auftrage des Klienten Gesellschaft“<sup>207</sup>. Also geht es hier um die Durchführung demokratischer Prinzipien und den Demokratisierungsprozesses der politischen und gesellschaftlichen Institutionen, die bei den politischen Entscheidungen des Landes mitwirken.

Die kemalistische Identität der Republik als Staatsideologie und das von ihr bestimmte Ziel, die Türkei zu einem Bestandteil der westlichen Zivilisation zu machen, bestimmt die Außen- und Innenpolitik der Türkei. Der Grundsatz Atatürks „Friede im Lande, Friede in der Welt“ gilt als oberstes Prinzip der türkischen Außenpolitik. Die Abkehr von der islamischen Gesellschaftsordnung und das Bestreben der Türkei, ein Bestandteil der westlichen Wertegemeinschaft zu werden, sind prägende Faktoren der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Abkehr vom Islam bedeutete in der türkischen Außenpolitik auch gleichzeitig eine Abgrenzung der Türkei gegenüber den islamischen Ländern. Jegliche außenpolitische Perspektive mit islamisch orientierter Zielsetzung, die als Beeinträchtigung der Westintegration der Türkei verstanden wurde, wurde strikt vermieden.

### 3.5.3. Der Nationale Sicherheitsrat und die Bestimmung der Sicherheitspolitik

Der Begriff „nationale Sicherheit“<sup>208</sup> beinhaltet eine über militärische Verteidigung hinausgehende Bedeutung. In der Türkei wird im allgemeinen die Auffassung vertreten,

---

<sup>206</sup> Ahmet Davutoğlu, „Stratejik Teorilerin Daralması ve Türk Dış Politikası Üzerindeki Etkileri“ (Verengung

der strategischen Theorien und deren Einflüsse auf die türkische Außenpolitik). In: Zeitschrift, „Yeni Türkiye“. Dış Politika (Außenpolitik). Sonderausgabe, 3/95, S. 498

<sup>207</sup> E. Krippendorff, „Ist Außenpolitik Außenpolitik?“. In: „E. Krippendorff (Hrsg.), a.a.O., 1973, S. 190

<sup>208</sup> Die Verordnung, die in der Türkei den Begriff „nationale Sicherheit“ definiert, ist die Verordnung des Generalsekretariats des „Nationalen Sicherheitsrates“, die durch den Kabinettsbeschuß vom 17.4.1963 in Kraft trat. Danach wird die nationale Sicherheit als „totale nationale Sicherheit“ betrachtet und folgendermaßen definiert: „Die Bewältigung und Aufbewahrung der Staatsautorität bei jedweden Angriffen und jedweder Bedrohung, die von innen und außen kommen konnten, bei Naturkatastrophen und großen Verbrennungen, und die Mobilmachung aller zur Verfügung stehenden Kräfte, um aus einem Krieg als Sieger hervorzugehen.“ T. Akgüner, a.a.O., 1983, S.13

daß es nichts im Leben der Gesellschaft gebe, das nicht mit nationaler Sicherheit zu tun hätte. Die nationale Sicherheit beschränkt sich nicht ausschließlich auf Gefahren von außen, sondern beinhaltet auch Maßnahmen, um die Gefahren und Bedrohungen innerhalb des Landes zu beseitigen.<sup>209</sup>

In der Türkei versteht man unter nationaler Sicherheit darüber hinaus die Bewahrung und Gewährleistung des offiziellen Staatsverständnisses und die Unantastbarkeit der Ideologie.<sup>210</sup> Das Bestehen des Landes und das Dasein der türkischen Nation oder des türkischen Staates wird vom Schicksal der Staatsideologie, vom Kemalismus, abhängig gemacht.

Die Festlegung der nationalen Sicherheitspolitik des Staates fällt in den Aufgabenbereich des Nationalen Sicherheitsrates (NSR). Er bestimmt die nationale Sicherheitspolitik des Staates.<sup>211</sup> Der NSR als dominierendes Organ der nationalen Sicherheitspolitik „teilt seine Ansichten in Bezug auf die Fassung einschlägiger Beschlüsse und die Gewährleistung der erforderlichen Koordination hinsichtlich der Bestimmung der Politik der nationalen Sicherheit des Staates, ihrer Festlegung und Anwendung dem Ministerrat mit. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates werden im Ministerrat vorrangig behandelt, der sich mit den Vorkehrungen befaßt, die für die Bewahrung und die Unabhängigkeit des Staates, die Einheit und Unteilbarkeit des Landes, die Freiheit und Sicherheit der Gesellschaft zwingend ergriffen werden müssen“ ( Art. 118/c der Verfassung). Im Gesetz werden die nationale Sicherheit und die nationale Sicherheitspolitik des Staates wie folgt definiert:

„Nationale Sicherheit bedeutet die Gewährung der verfassungsmäßigen Ordnung des Staates, der nationalen Daseinsberechtigung, der nationalen Einheit, der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Staates, die durch das internationale Recht entstanden sind. Die nationale Sicherheitspolitik des Staates beinhaltet, um die nationale Sicherheit des Staates zu gewähren und nationale Zielsetzungen zu erreichen, die vom Sicherheitsrat festgelegten Richtlinien und vom Kabinett beschlossenen Grundsätze, die die innen- und außenpolitische Bewegungsart des Staates bestimmen.“<sup>212</sup>

Nach der Verfassung von 1982 Art. 117/b trägt das Regierungskabinett die Verantwortung für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit. Der Ministerrat ist für die Vorbereitung

<sup>209</sup> Lütflü L Duran zit. n.: T. Akgüner, a.a.O., 1983, S. 49, Fußnote 90

<sup>210</sup> H. Özdemir, a.a.O., 1989, S.102

<sup>211</sup> Die vom nationalen Sicherheitsrat festgestellte nationale Sicherheitspolitik wird „nationales militärisches Strategiekonzept“ bzw. „Urkunde der nationalen Sicherheitspolitik“ genannt und jeweils einmal in fünf Jahren detailliert ausgewertet und wenn es nötig ist verändert. Dieses Konzept ist die eigentliche Urkunde, in der die türkischen Streitkräfte die erforderlichen Prioritäten und Maßnahmen für die Verteidigung des Landes festlegen. M. Ali Birand, Sabah, 30.04.1997. Der nationale Sicherheitsrat veränderte 1992 die nationale Sicherheitspolitik der Türkei aufgrund der Änderungen und Neustrukturierungen in der Weltpolitik. Milliyet, 1.8.1992. Im Jahr 1997 wurden gemäß „Milli Askeri Stratejik Konsepti“ MASK (des Nationalen militärischen Strategiekonzepts) die Prioritäten der Nationalen Sicherheitspolitik neu bestimmt. Darin ließ der Sicherheitsrat die innere Bedrohung bzw. Gefährdung des Landes in den Vordergrund treten. Zum ersten Mal hat die Armee bei dem Verteidigungskonzept der Türkei die innere Bedrohung (reaktionäre Kräfte) vor die äußeren Bedrohungen gesetzt. (Derya Sazak, Milliyet, 30.4.1997) Damit waren die islamischen Bewegungen als die innere Sicherheit der Türkei bedrohende Gefahr an die erste Stelle gerückt, und entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung der islamischen Bewegungen wurden festgelegt. In diesen Maßnahmen war auch vorgesehen, notfalls davor nicht zurückzuschrecken, Streitkräfte einzusetzen.

<sup>212</sup> Amtsblatt vom 11.11.1983 Nr.: 18218. Die nationale Sicherheitspolitik wird im Gesetz des Generalsekretariats des nationalen Sicherheitsrates in Gesetz Nr. 2945 definiert. Weißbuch, 1998, S. 13

der Streitkräfte auf die Verteidigung des Vaterlandes gegenüber der Nationalversammlung (TGNV) verantwortlich. Der Kommandant der Streitkräfte ist der Stabschef der Armee. Er übt im Falle eines Krieges dieses Amt im Namen des Staatspräsidenten aus (Art. 117/c)<sup>213</sup>. Die Kommandogewalt der Streitkräfte ist von der TGNV als solcher untrennbar und wird vom Präsidenten der Republik verkörpert. (Art. 117/a)

Obwohl die politische Verantwortung zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit bei der Regierung liegt, ist die Dominanz des Nationalen Sicherheitsrates bei der Bestimmung der nationalen Sicherheitspolitik der Türkei unumstritten. Der Sicherheitsrat hat folgende Aufgabenbereiche:

- Der Sicherheitsrat faßt Beschlüsse und fällt Entscheidungen über die Bestimmung, Festlegung, Anwendung und die Koordinierung der nationalen Sicherheit des Staates.
- Er bestimmt die Maßnahmen, durch die die gefaßten Beschlüsse im Rahmen eines nationalen Plans und Programms verwirklicht werden sollen.
- Er verfolgt und bewertet fortdauernd den Zustand und die Entwicklungen der politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und technologischen Machtfaktoren des Landes; er bestimmt die Grundsätze, durch die die Machtfaktoren sich in die Richtung der nationalen Ziele entwickeln.
- Er bestimmt die Maßnahmen über die Integrität, Einheit, Unabhängigkeit, Untrennbarkeit des Landes und die Aufbewahrung des Friedens und der Sicherheit des Landes, die er als notwendig erachtet.
- Er bestimmt die von ihm als dringend und erforderlich betrachteten Maßnahmen über die Gewährung der verfassungsmäßigen Ordnung, die Gewährleistung des Wohlergehens und der Sicherheit der Gesellschaft, der nationalen Integrität und Einheit.
- Er bestimmt die erforderlichen Maßnahmen, durch die die türkische Nation gemäß der Gedanken, Reformen und Prinzipien Atatürks und gemäß der nationalen Ideale und Werte zusammengehalten werden. Er legt die von ihm als notwendig erachteten Maßnahmen fest, um gegen die o. g. Faktoren gerichtete von innen und außen stammende Bedrohung Widerstand zu leisten und die dafür notwendigen Strategien und Grundlinien festzulegen.
- Er faßt Beschlüsse über Ausnahmezustand, Mobilmachung oder Krieg.
- Er legt die politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen Grundsätze fest, die im Dienstleistungsbereich, für die Verteidigung und auch für die Nationale Sicherheitspolitik vorgesehen sind.
- Er faßt Beschlüsse über die internationalen Verträge und Abkommen, die im Rahmen der nationalen Sicherheit betrachtet werden.<sup>214</sup>

Der Generalstab nimmt gegenüber dem ihm unterstehenden Generalsekretariat bei der Bestimmung der nationalen Sicherheitspolitik eine dominante Rolle ein.<sup>215</sup> Das Generalsekretariat des NSR hat seinerseits das Recht, im Ministerium die Anwendung der Beschlüsse zu verfolgen und gegebenenfalls auch zu intervenieren. Somit hat die Armee eine fast absolut dominierende Rolle bei der Bestimmung der nationalen Sicherheit des

<sup>213</sup> Die Artikel der Verfassung wurden in deutscher Fassung entnommen aus: Otmar Oehring, „Die Verfassung der Dritten Türkischen Republik - Eine kritische Einführung“. In: ORIENT, 2/83, 22. November 1983, S. 301 und. ff.

<sup>214</sup> H. Özdemir, a.a.O., 1989, S. 136 und Weißbuch, 1998, S.11-12

<sup>215</sup> Der nationale Sicherheitsrat und das Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates traten in der Verfassung von 1982, Art. 118, am 9.11.1983 und mit dem Gesetz Nr. 2945 in Kraft.

Staates. Darüber hinaus wenden sich die „hohen militärischen Bürokraten“, deren Namen häufig nicht veröffentlicht werden, direkt an die Öffentlichkeit, um sie zu beeinflussen. Die militärischen Operationen jenseits der irakischen Grenze zur Verfolgung der PKK und die dafür von den Militärs getroffenen Maßnahmen führten zu einem vergrößerten Einfluß der Streitkräfte über die Sicherheits- und Außenpolitik der Türkei. Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, die eigentlich die Öffentlichkeit interessieren sollten, werden vom Nationalen Sicherheitsrat als Entwicklungen eingestuft, die die nationale Sicherheit des Staates betreffen. Die Art der Investitionen z.B. in Südostanatolien wird vom NRS bestimmt, was zur Einengung der politischen Zuständigkeitsbereiche der zivilen Regierung führt.

Die verfassungsrechtliche Aufwertung der dominierenden Rolle der Armee ist auf die Verfassung von 1982 und auf die Neustrukturierung des nationalen Sicherheitsrates in der Zeit von 1980-1983 zurückzuführen, als der Nationale Sicherheitsrat<sup>216</sup>, angeführt von General Kenan Evren, das Land regierte. In dieser Zeit wurden Gesetze erlassen, mit denen der militärische Bürokratie eine Sonderstellung eingeräumt wurde. Im Staatsprotokoll kommt der Generalstabschef hinter dem Staats- Parlaments- und Regierungspräsidenten.<sup>217</sup> Bei der Ernennung des Generalstabschefs ist die Rolle der zivilen Regierung relativ, da solche Entscheidungen vom Militär als Entscheidungen bezeichnet werden, die „gemäß der Tradition“ vollzogen werden. Die Militärs rechtfertigten diese Sonderstellung mit den Argumenten, daß diese Posten ihnen „von der Nation gegeben“ seien oder daß die Türkei ein „militärischen Staat“ sei.<sup>218</sup>

Es entsteht der Eindruck, als ob die offiziellen Staatsorgane, Bürokraten, Gerichte dafür da seien, die Staatsideologie vor der Bevölkerung zu schützen. So hat der Nationale Sicherheitsrat die Aufgabe, die zivile Regierung von der Instrumentalisierung und Ausnutzung der sicherheitspolitischen Themen für politische Zwecke abzuhalten. Darüber hinaus sollte durch den Nationalen Sicherheitsrat verhindert werden, daß die Exekutive nicht über die Staatsverwaltung nach parteipolitischen Prioritäten verfügt.<sup>219</sup> Dieses Aufgabenverständnis des Rates gibt uns Hinweise darauf, daß er sich als die eigentliche Machtbasis im Staate betrachtet und sogar den Eindruck erweckt, daß er die Nation vor dem von ihr gewählten Parlament schützt. In der Türkei haben die zivilen Regierungen bei der Bestimmung der nationalen Sicherheitspolitik eine begrenzte Einflußmöglichkeit, obwohl sie die politische Verantwortung dafür zu tragen haben.

#### 3.5.4. Die Grundlinien der nationalen Sicherheitspolitik

Die Grundlinien der Nationalen Sicherheitspolitik werden im Weißbuch wie folgt festgelegt:

„Das in der türkischen Verfassung verankerte Prinzip „Friede im Lande, Friede in der Welt“ ist ein Erbe aus der Zeit Atatürks. Mit diesem Prinzip hat die Türkei es als ihre nationalen Ziele festgelegt, in der Region friedliche Beziehungen einzugehen und die

<sup>216</sup> Dieser „Nationale Sicherheitsrat“ war der Name der Militärführung nach dem Militärputsch vom 1980. Dazu gehörten nur die Kommandeure der Teilstreitkräfte der Luft, des Bodens, der Marine und der Gendarmerie. Der Name „Nationaler Sicherheitsrat“ wurde als höchstes verfassungsrechtliche Organ in die

Verfassung aufgenommen.

<sup>217</sup> Hürriyet, 27.6.1997

<sup>218</sup> G. Özcan, „Doksanlar Türkiye'nin Ulusal ve Dis Politikasında Askeri Yapının Artan Etkisi „, In: Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.), „En Uzun On Yıl“, Buke Yayinlari, 2. Baski, Istanbul, 2000, S. 76

<sup>219</sup> T. Akgüner, a.a.O., 1983, S. 195

Gewährung der Stabilität und sozio-ökonomische Entwicklungen in Frieden zu verwirklichen. Bei der Erreichung ihrer nationalen Ziele verfolgt die Türkei die Politik, die vorhandenen Probleme mit ihren Nachbarn auf friedlichem Wege, durch gegenseitige Verhandlungen zu lösen; sie legt ihre Grundregeln im Rahmen der Prinzipien Unabhängigkeit, Integrität, Souveränität, gleiche Rechte und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fest. Gegen die Länder, die trotz der friedlichen Annäherungsversuche gegen die Türkei feindselige Absichten verfolgen, haben alle türkischen Regierungen als gemeinsamen Nenner akzeptiert, bei Gewährleistung der nationalen Sicherheit jeglichen gegen die Türkei gerichteten Bedrohungs- und Angriffsversuchen standzuhalten und diese zurückzuweisen. Das nationale Sicherheitssystem der Türkei hat diese Möglichkeit und Kapazität dazu“.<sup>220</sup> In Art. 5 der Verfassung werden das Grundziel und die Aufgaben des Staates im Hinblick auf die Sicherheit wie folgt definiert: „Die Unabhängigkeit und Integrität der türkischen Nation (sowie) die Republik und die Demokratie zu bewahren, den Wohlstand, die Geborgenheit und das Glück des einzelnen und der Volksgemeinschaft zu gewährleisten (...). Die unitäre Struktur des Staates spiegelt die Essenz der geschichtlichen und traditionellen Gemeinsamkeiten und Einheit wider, die aus der Gesellschaftsstruktur entstanden ist. Diese Gemeinsamkeit und Einheit ist das Ergebnis einer gemeinsamen politischen Kultur. Die Türkei ist entschlossen dies so, wie es ist, zu bewahren.“

Die Bewahrung des durch Art. 24 der Verfassung unter Garantie genommene Laizismusprinzip wird als tragende Säule der inneren Sicherheit angesehen. Gemäß Art. 24 der Verfassung darf „niemand in der Absicht, die soziale, wirtschaftliche, politische oder rechtliche Grundordnung des Staates, sei es auch nur teilweise, auf religiöse Normen stützen oder sich einen politischen oder persönlichen Vorteil oder Einfluß sichern, oder auf welche Weise auch immer die Religion oder religiöse Gefühle oder für heilig gehaltene Dinge ausbeuten oder mißbrauchen“.

Die Verteidigungspolitik der Türkei richtet sich naturgemäß auf die Verteidigung des Landes und die Gewährleistung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der Integrität, der international anerkannten Grenzen und vitalen Interessen. Diese Verteidigungspolitik hat zugleich zum Ziel, in der Region ihren Beitrag zu Frieden und Sicherheit zu leisten. Dialog, politische und friedliche Maßnahmen werden zur Überwindung der Konflikte als beste Methoden angesehen.

Die Grundsätze der Verteidigungspolitik der Türkei sind:

- Friede im Lande, Friede in der Welt
- Auswärtige Teilnahme an Friedensmissionen (im Rahmen der UNO) zur Minimierung jedweder internationaler Spannungen und zur Gewährleistung eines gerechten und fortbestehenden Friedens
- Gewährung der Unabhängigkeit und der Einheit der Republik
- Einleitung aller nötigen Maßnahmen zur Verhinderung von Krisen und Auseinandersetzungen
- Aktive Teilnahme an den kollektiven Verteidigungssystemen und Erfüllung der Aufgaben und Verantwortlichkeit, die dabei der Türkei übertragen wird.<sup>221</sup>

---

<sup>220</sup> Beyaz Kitap, „Savunma Politikası ve Türk Silahlı Kuvvetleri, (Weissbuch, Sicherheitspolitik und die türkische Streitkräfte), Ankara, 1998, S. 13-14

<sup>221</sup> Ebd., S. 15

Zur Verfolgung der o. g. Verteidigungspolitik faßt die Türkei ihre Verteidigungsstrategie in folgenden vier Punkten zusammen:

- Abschreckung
- Kollektive Verteidigung
- Präventive Verteidigung
- Beteiligung an internationalem Krisenmanagement und Interventionen in Krisen.<sup>222</sup>

a) *Abschreckung*: Die Abschreckung stellt das Fundament der nationalen Verteidigungsstrategie der Türkei dar. Um eine abschreckende Wirkung gegen innere und äußere Bedrohung und Gefahren zu erzielen, muß die Türkei eine entsprechende militärische Präsenz zeigen. Aufgrund ihrer geopolitischen und geostrategischen Lage wird die Türkei vielfältigen Bedrohungen von innen und außen ausgesetzt. Daher sieht sich die Türkei gezwungen, Streitkräfte zu unterhalten, die ihr die Möglichkeit und Fähigkeit bieten, ihre in der nationalen Sicherheitspolitik festgelegten Grundlinien zu verfolgen.<sup>223</sup>

b) *Kollektive Sicherheit*: Ein anderer Grundsatz der nationalen Verteidigungsstrategie ist, an allen internationalen und regionalen Bündnissen (besonders an der NATO und WEU) aktiv teilzunehmen.

c) *Präventive Verteidigung*: Möglichst frühe Erkennung einer potentiellen Bedrohung und das Zurückschlagen des Gegners im Falle eines Angriffs von außen stellt den Grundsatz der präventiven Verteidigungsstrategie dar.

d) *Teilnahme an Krisenfällen*: In den internationalen und regionalen Krisenfällen, die die Sicherheitsinteressen der Türkei betreffen, werden die Sicherheitskräfte ihren Beitrag dazu leisten, daß - im Einklang mit internationalen beschlossenen Maßnahmen - die Konflikte auf friedlichem Wege beigelegt werden und Spannungen zwischen Konfliktparteien gelockert werden, damit verhindert wird, daß die Auseinandersetzungen nicht in Gewalttaten ausarten.

#### 3.5.4.a. Die Verankerung der Republik in der Gesellschaft

Als die Republik gegründet wurde, hatte sie als oberstes Ziel, in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik eine auf Abschreckung basierende Verteidigungspolitik aufzubauen. Um dieses Vorhaben verwirklichen zu können, mußte sie im Inneren des Landes die Stabilität des Regimes festigen und damit verbunden soziale, politische und wirtschaftliche Reformen vorantreiben.

In den dreißiger Jahren hat die Türkei ihre Außen- und Sicherheitspolitik vielmehr auf die Bewahrung des durch den Lausannevertrag festgelegten Status Quo konzentriert. Die Türkei hat regionale Abkommen unterzeichnet und die internationalen Sicherheitsorgane unterstützt, um ihre vollständige Unabhängigkeit durch eine Politik der Freundschaft mit den Balkan- und Nahoststaaten auf der Ebene gleichberechtigter, selbständiger Staaten abzusichern und ihre Sicherheit zu festigen.<sup>224</sup> Atatürk beschrieb seine Außenpolitik so:

---

<sup>222</sup> Ebd., S. 16

<sup>223</sup> Ebd., S. 16-17

<sup>224</sup> Zum Beispiel die Balkan-Entente ( 9. Februar 1934). Die Unterzeichner-Staaten waren: Die Türkei, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien. Mit den Staaten Iran, Afghanistan, Irak und der Türkei wurde der Sadabad-Pakt am 8. Juli 1937 unterzeichnet. In den beiden Abkommen war u.a. vereinbart worden:

„Unser Grundsatz wird eine sich in die Richtung bewegende Friedenspolitik sein, die sich die Sicherheit der Türkei zum Ziel setzt und gegen keine Nation feindselige Absichten hat.“<sup>225</sup> Daher hat er versucht, zu den Staaten die Beziehungen aufzubauen, die für den Bestand des aktuellen Status Quo eintraten. Die Türkei war bestrebt, ihre Stellung zu festigen und für die Wahrung des Weltfriedens die ihr zugetragene Aufgabe zu erfüllen. Die Türkei wurde am 18. Juli 1932 Mitglied des Völkerbundes. Damit stellte sie sich auf die Seite der Länder, die für den Status Quo der bestehenden Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg eintraten.<sup>226</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges konnte die Türkei mit einer sehr sensiblen und schmalen Gleichgewichtspolitik es schaffen, nicht in den Weltkrieg einbezogen zu werden. Seit dem Zweiten Weltkrieg bestand das Hauptproblem der türkischen Außenpolitik darin, die sowjetische Macht und Bedrohung auszugleichen, die für die Sicherheit der Türkei eine lebenswichtige Gefahr darstellte.

### 3.5.4.b. Der Beitritt in die NATO

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte sich die Türkei mit den Forderungen der Sowjetunion nach einer Grenzkorrektur auseinandersetzen.<sup>227</sup> Diese Bedrohung der Türkei stellte eine ernste und sicherheitsgefährdende neue Situation dar. Die Türkei sah nur einen Ausweg, aus dieser für ihre Sicherheit gefährlichen und bedrohlichen Lage herauszukommen: Mitglied der westlichen Verteidigungsallianz NATO zu werden. Die Türkei hat ihren Antrag für die Aufnahme in die NATO im Mai 1950 gestellt. Nach einigem Zögern der NATO-Staaten wurde die Türkei zusammen mit Griechenland am 18. Februar 1952 Vollmitglied der NATO. Die Entsendung der türkischen Truppen (etwa 1000 Mann) im Rahmen des UN-Beschlusses zur Befreiung Koreas (UNCURK) nach Korea und die Erfolge der türkischen Truppen haben wesentlich dazu beigetragen, daß die westlichen Staaten - vor allem die USA - sich für den NATO-Beitritt der Türkei einsetzte. Die Beteiligung am Koreakrieg war weniger militärstrategisch entscheidend als vielmehr außen- und sicherheitspolitisch von enormer Wichtigkeit für die Türkei. Sie bekundete damit ihren Willen, die „containment/roll-back-policy“ der USA mitzutragen und darüber hinaus „auch die Instrumentalisierung der US („Uniting for Peace Resolution“ 1950) für diese Doktrinen zu tolerieren.“<sup>228</sup> . Dabei spielte die Erkenntnis über die strategische Bedeutung der Türkei im Ost-West-Kontext im Hinblick auf den Nahen und Mittleren Osten in der amerikanischen Außenpolitik eine große Rolle.<sup>229</sup>

---

Anerkennung der bestehenden Grenzen und Bewahrung des Status Quo. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Regelung der noch bestehenden Probleme auf friedlichem Wege. M. Gönlübol, (Hrsg.), „Olaylarla Türk Dış Politikası 1919-1995“ (Türkische Außenpolitik in Ereignissen). Siyasal Kitabevi, 9. Baskı, Ankara, 1995, S. 99-108

<sup>225</sup> Ebd., S. 94

<sup>226</sup> Ebd., S. 98

<sup>227</sup> Die Sowjetunion hat ihre Absicht kurz vor Waffenstillstand am 19. Mai 1945 bekannt gegeben, den im Jahr 1925 mit der Türkei geschlossenen Nichtangriffspakt zu kündigen. Darüber hinaus stelle sie an die Türkei Gebietsansprüche und forderte die Revidierung des Montreux-Vertrages über den Status der Meerengen zu ihren Gunsten.

<sup>228</sup> Background-Information, erstellt von EUCIS, 1993, S. 19

<sup>229</sup> Der damalige amerikanische Botschafter in Ankara, George C. McGhee, sah die Aufnahme der Türkei in die NATO im Kontext des Ost-West-Konfliktes und hob den strategischen Stellenwert der Türkei im Nahen und Mittleren Osten wie folgt hervor: „Der Beitritt der Türkei (...) schuf einen Kräfteausgleich zwischen der Sowjetunion und der freien Welt, dessen Wirkung über den Balkan und den Kaukasus hinweg im ganzen strategischen Komplex des Kalten Krieges spürbar wurde. (...) Die Russen können in

Die Gründe der Türkei, der NATO beizutreten, können in drei Punkten zusammengefaßt werden:

- Sorge um ihre nationale Sicherheit, falls die Sowjetunion Forderungen hinsichtlich der Meerengen und Gebietsansprüche in den Provinzen im Nordosten der Türkei (Kars und Ardahan) wiederholen würde.
- Die Befürchtung, daß die USA ihre Hilfe einstellen könnten, die im Rahmen des Marshall-Plans gewährt wurde.<sup>230</sup>
- Dem Endziel einen Schritt näher zu kommen, ein gleichberechtigter Partner und Bestandteil der westlichen Gemeinschaft zu sein.

Die NATO spielte bei der Gewährung der Sicherheit ihrer Mitglieder und dem Fortbestehen des Friedens seit ihrer Gründung durch ihre Abschreckungsstärke eine lebenswichtige Rolle. Die Zugehörigkeit der Türkei zur westlichen Welt bildet den Kernpunkt der türkischen Außenpolitik. Nach ihrem Beitritt orientierte die Türkei ihre Sicherheitsstrategie vollständig an der kollektiven Verteidigungsstrategie der NATO. Darüber hinaus hat die Türkei den USA durch bilaterale Abkommen über Verteidigung und gemeinsame Zusammenarbeit Stützpunkte und Militärbasen gewährt.<sup>231</sup> Seit ihrer Mitgliedschaft in der NATO hatte die Türkei bei der Bestimmung der Verteidigungspolitik der westlichen Welt ein Mitspracherecht. Während des Kalten Krieges hatte sie innerhalb der NATO die Aufgabe, als Eckpfeiler des östlichen Mittelmeers einen Flankenschutz für die Verteidigung der westlichen Welt zu bieten. Die Türkei hat es geschafft, daß beim KSE-Vertrag von 1990 beide Seiten im Einvernehmen akzeptieren, daß ein Gebiet im Südosten der Türkei in den KSE-Vertrag nicht einbezogen wurde. Die Türkei begründete ihren Standpunkt damit, daß in der südöstlichen Region der Türkei eine instabile politische Lage herrscht und die Nachbarländer im Süden außerhalb des KSE-Vertrages liegen und deren Waffenpräsenz eine Sicherheitsgefahr für die Türkei darstellt. Im Weißbuch wird darauf hingewiesen, daß die Kuwait-Krise bewiesen habe, wie wichtig und richtig so eine Entscheidung sei.<sup>232</sup> Nach der Kuwait-Krise, besonders nach dem Ende des Kalten Krieges, rückte die Türkei in das Zentrum der strategischen Interessenspolitik der westlichen Mächte im Hinblick auf den Nahen Osten und Zentralasien.<sup>233</sup>

---

einem neuen großen Weltkonflikt nicht mit der türkischen Neutralität rechnen. Es gibt für sie keine Möglichkeit mehr, in den Mittleren Osten einzufallen, ohne die türkischen Divisionen anzugreifen. Trotz der Verletzlichkeit des Irans dürfte den Sowjets ein leichter Sieg im Mittleren Osten verbaut sein. Die UdSSR steht der Notwendigkeit gegenüber, einen wesentlichen Teil jener für einen Marsch nach Westeuropa verfügbaren Truppen einzusetzen, um die Streitkräfte, die von türkischen Basen aus operieren können, zu binden. Mit der Zugehörigkeit zur NATO stellten sich die Türken (...), unterstützt von einer bemerkenswerten nationalen Einheit und reichen Rohstoffquellen, auf die Seite des westlichen Bündnisses. Der Westen hat einen verlässlichen Bundesgenossen gefunden, dessen Territorium zum größten Teil, zwielfichtigen Mittleren Osten liegt.“ George C. Mc Ghee, „Die Türkei in der westlichen Welt“. In: Aussenpolitik. 6/1955, S. 367

<sup>230</sup> M. Gönlübol, a.a.O., 1996, S. 225

<sup>231</sup> Die ständig erneuerten insgesamt 54 bilateralen Abkommen über die militärischen Basen in der Türkei wurde nie vom türkischen Parlament ratifiziert. Die Erneuerung bzw. Fortsetzung der Abkommen erfolgte durch die Unterzeichnung des Außenministeriums oder des Militärs. Durch diese Abkommen haben die USA in der Türkei strategische Luftwaffenstützpunkte und Anlagen für Nuklearraketen gebaut. Ferner haben die USA Abhör- und Beobachtungsanlagen eingerichtet, die nicht unter der Kontrolle der USA stehen, aber ggf. die gewonnenen Informationen der NATO zur Verfügung stellen. M. Gönlübol, a.a.O., 1996, S.235-236

<sup>232</sup> Beyaz Kitap (Weißbuch). 1990, S. 29-30

<sup>233</sup> Ersin Onulduran, „Bölgesel Güç Türkiye“ (Regionalmacht Türkei). In: Zeitschrift, Strategie, 95/2, S.48

In der Türkei setzte sich seit dem Johnson-Brief vom Juni 1964, der die Landung der türkischen Streitkräfte auf der Insel Zypern verhinderte, langsam die Einsicht durch, daß die nationalen Sicherheitsinteressen der Türkei - besonders im regionalen Bereich, wo sie unmittelbar betroffen ist - nicht mit den globalen Interessen der westlichen Verbündeten übereinstimmte. Der damalige Ministerpräsident İsmet İnönü drückte seine Gefühle so aus: „Eine neue Welt wird entstehen und die Türkei wird darin ihren Platz einnehmen.“ Seit den sechziger Jahren, seit die Interessendivergenz der Türkei gegenüber den westlichen Staaten deutlicher in den Vordergrund trat, begann die Türkei, sich an die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit zu erinnern und strebte eine Zusammenarbeit mit den Nachbarn an, ohne dabei große Kursveränderung in ihrer Außenpolitik vorzunehmen. Von nun an wurde die Herstellung einer „Freundschaftszone“ in der Region zum neuen Ziel der türkischen Außenpolitik. Diese Politik sah eine engere Beziehung mit den Staaten des Nahen Ostens und des Balkans vor.<sup>234</sup>

### 3.5.4.c. Der Zypernkonflikt und die Diversifizierung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Ereignisse auf der Insel Zypern und die somit entstandene Konsequenz für die Türkei, auf der Insel militärisch zu intervenieren, wurde durch einen Brief des US-Präsidenten Johnson am 4. Juni 1964 verhindert. Der Johnson-Brief hatte gezeigt, daß die Türkei: 1. nicht mit der Unterstützung ihrer NATO-Verbündeten rechnen konnte, wenn sie ihre nationale Sicherheit durch einen anderen Staat als den WVO-Staaten ernsthaft gefährdet sah, 2. keine militärische Unterstützung ihrer Verbündeten erwarten konnte, wenn die Sowjetunion als Folge des Zypernkonfliktes die Türkei angreifen würde und 3. nicht die im Rahmen der bilateralen Abkommen<sup>235</sup> von der USA erhaltenen Waffen für anderweitige Zwecke einsetzen durfte.<sup>236</sup>

Trotz ihrer auf die NATO abgestimmte Außen- und Sicherheitspolitik wurde die Türkei in der Zypernfrage weitgehend vom Westen isoliert. In der Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 18. 12.1965 über Zypern stellten sich nur 6 Staaten<sup>237</sup> auf die Seite der Türkei, 47 stimmten gegen sie und 54 Staaten (einschließlich der UdSSR und der NATO-Staaten abgesehen von der USA) enthielten sich ihrer Stimmen. Der Zypernkonflikt 1963/64, die daraus resultierende Isolierung auf der internationalen politischen Bühne und darüber hinaus die negative Haltung der NATO-Verbündeten veranlaßte die Türkei, alternative Wege in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zu suchen.

Der Johnson-Brief enttäuschte die Türkei so sehr, daß im Regierungsprogramm von 1965 erklärt wurde, fortan eine mehrdimensionale und außerhalb der Blöcke liegende Außenpolitik betreiben zu wollen. Auf dieser Grundlage versuchte die Türkei, die

<sup>234</sup> U. Steinbach, „Die Türkei im 20. Jahrhundert“. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach, 1996, S. 80-81

<sup>235</sup> Dieses bilaterale Abkommen war ein zwischen beiden Staaten beschlossenes Abkommen über die Hilfe für die Türkei im Rahmen der Truman - Doktrin vom 12.7.1947

<sup>236</sup> M. Gönlübol, a.a.O., 1996, S. 496-97

<sup>237</sup> Diese Staaten waren Iran, Pakistan, Libyen, Albanien und USA. Die USA wollten den durch den Johnson-Brief entstandenen Unmut und die gespannte Lage zwischen der Türkei und den USA durch ihre Enthaltung normalisieren.

Beziehungen zu ihren Nachbarn - vor allem zur Sowjetunion - zu verbessern.<sup>238</sup> „Die unveränderlichen Faktoren unserer Außenpolitik wurden von unserer geographischen Lage und von unseren Nachbarn bestimmt. Für die Türkei ist eine unbefangene Außenpolitik mit großem Bewegungsraum nur möglich, wenn die Türkei vom Osten nicht bedroht wird und vom Westen keinen Beistand erwartet. Einem Block anzugehören, bedeutet nicht, daß man das ganze außenpolitische Spektrum mit dem seiner Verbündeten in Einklang bringen muß. In anderen Bereichen - außerhalb der Verpflichtungen gegenüber Verbündeten - kann jeder Staat seine eigene Interessen verwirklichen.“<sup>239</sup>

So hat die Türkei die Nähe der islamischen Welt gesucht, um sie in der Zypernfrage auf ihre Seite ziehen zu können. Sie ist durch eine eigenständige Außenpolitik vom einstigen NATO-Kurs abgewichen und hat versucht, ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten und der islamischen Welt durch bilaterale Verträge zu normalisieren. In diesem Sinne hat die Türkei 1967 im Sechs-Tage-Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten Israel die Benutzung der Militärbasen verweigert. Sie stellte sich in der UNO auf die Seite der arabischen Staaten.<sup>240</sup> In den siebziger Jahren erreichte die türkische Außenpolitik trotz ihrer NATO-Mitgliedschaft den Höhepunkt ihrer Gleichgewichtspolitik.<sup>241</sup>

Vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse (z. B. der Ölkrise und dem Zypernkonflikt) in den siebziger Jahren widmete die Türkei in verstärktem Maße der regional bezogenen Dimension ihrer Außenpolitik Aufmerksamkeit. Diese regionale Außenpolitik war mehr von nationalen Interessen geprägt als in den fünfziger Jahren, in denen sich die Türkei fast ausschließlich im Rahmen der NATO für die Interessen der Verbündeten im Nahen Osten eingesetzt hatte, wobei sie versucht hatte, als „mittelöstliche Regionalmacht“<sup>242</sup> eine Sonderstellung in der Südflanke innerhalb der NATO in Anspruch zu nehmen. In diesen Jahren stellte das Waffenembargo der USA gegen die Türkei (1975) wegen des Zypernkonfliktes ein wichtiges Verteidigungsproblem dar. Daraufhin erklärte die Türkei das bilaterale Abkommen über die Kooperation in Verteidigungsfragen als einseitig aufgehoben und brachte die in der Türkei vorhandenen amerikanischen Stützpunkte und Beobachtungsanlagen unter türkische Kontrolle.

Das US-Waffenembargo veranlaßte die Türkei, „ein nationales Verteidigungskonzept“ zu entwickeln, auf deren Grundlage sie ihre Waffen selbst herzustellen versuchte. Darüber hinaus versuchte sie, ihre Beziehungen zur Sowjetunion verbessern. Ministerpräsident Ecevit besuchte 1978 Moskau und unterzeichnete gemeinsam mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Abschlusserklärung von Helsinki (1975) ein Abkommen über gutnachbarschaftliche Beziehungen.<sup>243</sup>

Bis die Türkei diesen Schritt in der Außenpolitik unternahm, waren die Beziehungen zu den islamischen Ländern des Nahen Ostens und zu ihren Nachbarn so abgekühlt, daß es ein langjähriger Prozeß gewesen wäre, die Beziehungen wieder zu normalisieren. Darüber hinaus wurde die Türkei mit der neuen Tatsache konfrontiert, daß sie über die Politik ihrer

<sup>238</sup> Cüneyt Arcayürek, „Çağlayangilin Anıları“, (Die Memoiren von Çağlayangil), Milliyet, 10.3.1983, İ. Sabri Çağlayangil war eine der langjährigen Außenminister der Türkei während der Regierungen von Süleyman Demirel.

<sup>239</sup> Ebd., 9.3.1983

<sup>240</sup> M. Gönlübol, , a.a.O., 1996, S. 536

<sup>241</sup> Ebd., S. 539

<sup>242</sup> L. Rühl, „Die Lage im östlichen Mittelmeer“. In: Europäische Rundschau, 3/77, S. 36

<sup>243</sup> M. Gönlübol, a.a.O., 1996, S.592-593

ehemaligen Provinzen und deren außenpolitischen Ansichten wenig Beschied wußte. Die These, daß die Türkei die Region Naher Osten gut kennen würde, konnte nicht mehr als wahr gelten.<sup>244</sup>

### **3.6. Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in den achtziger Jahren**

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in den achtziger Jahren war die Fortsetzung der multidimensionalen Außenpolitik der Türkei unter starker Miteinbeziehung der regionalen Aspekte, die seit Mitte der sechziger Jahre an Bedeutung gewannen. Vor dem Hintergrund der Ölkrise und dem Zypern-Konflikt wurde die Nah-Ost Politik in den siebziger und achtziger Jahren zum wichtigsten Eckpfeiler der türkischen Außenpolitik.<sup>245</sup>

Unter der Regierung der Mutterlandspartei wandte sich die Türkei in ihrer Außenpolitik verstärkt an regionale Nachbarstaaten unter Miteinbeziehungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Krieg zwischen dem Iran und Irak, das dadurch ausgelöste Kurdenproblem jenseits der türkischen Ostgrenze und die PKK stellten sicherheitspolitische Probleme dar, mit denen die Türkei sich auseinandersetzen mußte. Unter der Regierungszeit Özals wurde die Komponenten der regionalen Beziehungen die wirtschaftliche Zusammenarbeit als tragende Pfeiler der türkischen Außenpolitik geworden. Sie unterhielt gute Beziehungen zu den arabischen Staaten und Nachbarn besonders auf der Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die eine erhebliche Erweiterung der außenwirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei nach sich zog. So steigerte sich der wirtschaftliche Handel mit den arabischen Öl-Lieferantländer Libyen, Saudi-Arabien, Irak und Iran.

In der Außenpolitik der Mutterlandspartei unter Özal wurde die Bedeutung eines ausgeglichenen Aufbaus der Beziehungen sowohl mit westlichen Staaten als auch mit islamischen Ländern unterstrichen, da diese doppelte Strategie in der türkischen Außenpolitik als sich ergänzende Faktoren betrachtet wurden.<sup>246</sup> In seinem ersten Regierungsprogramm erklärte Özal als eines seiner grundlegenden außenpolitischen Ziele, die Kooperation mit den Nachbarn der Türkei in allen Bereichen auszubauen, und somit einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Region und in der Welt zu leisten. „Gemäß dieser Prinzipien ist unsere Regierung entschlossen, die internationalen Rechte und Interessen der Türkei vehement zu verfolgen und die traditionelle atatürkische Außenpolitik weiter zu führen und im Interesse unserer Nation aufzubauen.“<sup>247</sup>

Im ersten Regierungsprogramm der Mutterlandspartei wurden die außen - und sicherheitspolitischen Ziele und die Grundsätze der Zusammenarbeit mit den anderen Staaten so umschrieben:

<sup>244</sup> E.Yavuzalp, a.a.O., 1998, S. 135

<sup>245</sup> Vgl. Uwe Halbach, „Die Türkei im Spannungsfeld zwischen ‚atlantischer‘ und ‚regionaler‘ Außen- und Sicherheitspolitik - Aktuelle Entwicklungen und sowjetische Kritik“. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln, SWP-Ebenhausen, 1986, und Gülistan Gürbey, „Die Türkei und der Nahe Osten. Politische Interessenkonstellation der Türkei im Golfkrieg“. In: Südosteuropa Mitteilungen“. 3/91, S.209-224

<sup>246</sup> Presseerklärung des Ministerpräsidenten T. Özal, 07.01.1984. Özal hat schon im ersten Monat seiner Regierung Staatspräsident Kenan Evren eingeredet, nach Casablanca zu fahren, um am Gipfeltreffen der Staatspräsidenten Islamischen Konferenz, teilzunehmen. Er wurde dort zum Vorsitzenden des ökonomischen Komitees gewählt. E. Yavuzalp, a.a.O., 1998, S. 76

<sup>247</sup> Regierungsprogramm 1983, S. 65-66

„Die wirkungsvolle Gewährung der Sicherheit des Landes, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit allen, insbesondere mit den Nachbarstaaten in allen Bereichen, die Bewahrung des Weltfriedens werden die fundamentalen Ziele der Außenpolitik unserer Regierung sein. Nach diesem Verständnis besteht unsere Regierung darauf, die hohe Interessen des Landes beharrlich zu verfolgen und die traditionelle kemalistische Außenpolitik fortzusetzen. Wir wollen mit den Ost(Block)Staaten - allen voran mit den Nachbarn - auf dem Prinzip der Unabhängigkeit, Souveränität, Integrität und Nichteinmischung innerer Angelegenheiten und im Rahmen der Schlußakte von Helsinki - die freundschaftlichen und gutnachbarschaftlichen Beziehungen ausbauen und Handelsbeziehungen gemäß gemeinsamer Interessen entwickeln. Unsere Regierung bietet Griechenland freundschaftliche Hilfe an. Unsere Beweggründe dafür liegen darin, daß wir glauben, daß wir langfristig gemeinsame Interessen haben und Konflikte zwischen uns auf friedlichem Weg und nachdem Gleichheitsprinzip mit der Zeit lösen können. Was dabei gemacht werden soll, ist die Feindschaft und die Konflikte nicht aufflammen zu lassen, sondern dafür Sorge zu tragen, daß wir daran gemeinsam arbeiten, die Konflikte zu beseitigen und ein Klima der Zusammenarbeit zu schaffen. Wir glauben daran, die zwischen uns in der jüngsten Geschichte entstandenen guten Beziehungen wieder aufzunehmen und im Bereich der Wirtschaft, des Tourismus und des Handels Beziehungen aufzubauen.“<sup>248</sup>

Die außenpolitische wirtschaftliche Perzeption von Özal war bestimmt von der Idee, daß außen- und sicherheitspolitische Stabilität im Nahen und Mittleren Osten nur dauerhaft erreicht werden könnte, wenn eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit langfristig zu einer ökonomisch wechselseitigen Abhängigkeit führt. Das zweite Standbein der wirtschaftspolitischen Grundorientierung Özals bestand in der energisch betriebenen Anbindung der Türkei an die Märkte des europäischen Kontinents. Ziel dieser Politik sollte die Vollmitgliedschaft der in EU sein.<sup>249</sup>

### 3.6.1. Die theoretischen Grundlagen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren

Die wirtschaftliche Ordnung der Türkei in den achtziger Jahren fußte auf dem theoretischen Ansatz des Neoliberalismus, der zu Anfang der achtziger Jahren durch die politischen Entwicklungen seine Anwendung in der internationalen Politik fand. Die Grundlagen der internationalen Beziehungen der Türkei wurden von der neorealistischen Theorie der internationalen Beziehungen in der Weise geprägt, daß die Ökonomisierung der außenpolitischen Beziehungen als eine notwendige Bedingung für die Entwicklung einer liberalen, Marktwirtschaft im Lande verstanden wurde.

Seit den achtziger Jahren beobachtet man neben der Globalisierung des Welthandels auch eine zunehmende Tendenz der Regionalisierung und eine wachsende Bedeutung der regionalen Institutionen.<sup>250</sup> Der Ausbau der Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen war die treibende Kraft in der türkischen Außenpolitik. Diese Tendenz galt nicht nur für

---

<sup>248</sup> Ebd., S. 67

<sup>249</sup> Nach Ansicht des ehemaligen Mitarbeiters des türkischen Nachrichtendienstes, Mahir Kaynak, mußte die

Türkei in ihrer Außenpolitik zwischen den Machtzentren USA, Sowjetunion und Europa entscheiden. Özal bevorzugte in den achtziger Jahren eine Außenpolitik, die die USA- UdSSR- Achse mehr berücksichtigte. Milliyet, 13.2.1991

<sup>250</sup> Vgl. Bernhard May, „Die neuen Herausforderungen für den Freihandel“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 241

die Türkei, sondern seit Anfang der achtziger Jahren zeigte sich auch für die Entwicklungsländer ein grundsätzlicher Wandel im Hinblick auf die Bedeutung des Außenhandels. D.h. sie stellten ihre Wirtschaftspolitik von der Importsubstitutionspolitik einer staatswirtschaftlichen, zentralen Lenkung auf eine an Marktwirtschaft orientierte Politik der Exportförderung und der Diversifizierung der Exportprodukte um.<sup>251</sup> Die wirtschaftliche Interdependenz des gegenseitigen nationalen Interesses wurde von Özal als ein Instrumentarium zur Eindämmung und Regulierung der bestehenden Konflikte zwischen den Nachbarstaaten eingesetzt. Seine Bestrebungen auf der Suche nach Annäherung auf der Grundlage des Handels und der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen besonders mit den Nachbarstaaten können unter dieser Perspektive betrachtet werden.

Dabei sehen wir, daß die „nationalökonomischen Ansätze“ in der türkische Außenpolitik während der Ära Özals unter starker Betonung der wirtschaftlichen Beziehungen aus den politischen Prämissen und Erfordernissen hergeleitet worden sind. Trotz der diversifizierten Außenpolitik in den siebziger Jahren verzeichnete die Türkei keine nennenswerten wirtschaftlichen Erfolge mit ihren Nachbarstaaten. Bei den Beziehungen mit den Nachbarstaaten stand vielmehr die sicherheitspolitische Perspektive im Vordergrund. Nach der Regierungsübernahme der Mutterlandspartei wurden zunehmend die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Entwicklung des Handels zwischen den Nachbarn in Erwägung gezogen. Die nationalökonomischen Ansätze gehen von der wirtschaftlichen Perzeption der Maximierung von Nutzen und der Minimierung von Kosten aus. Sie werden vom rationalen Handeln geprägt und ermöglichen die kritische Überprüfung von außenpolitischen Entscheidungen nach Kosten-Nutzen-Relation.<sup>252</sup> Dabei werden die wirtschaftliche Interessen mit den nationalen Interessen eines Landes gleichgesetzt. So lag der einseitigen Aufhebung der Visumpflicht für griechische Staatsbürger – trotz des Bedenkens des Außenministeriums und des türkischen Nachrichtendienstes - im Jahr 1984 der Gedanke zugrunde, daß diese Maßnahme der Türkei wirtschaftliche Einnahmen bringen sollte.<sup>253</sup> Der iranische Ministerpräsident Musawi kündigte vor seinem Türkei-besuch im Juni 1987 an, daß er das Mausoleum von Atatürk nicht zu besuchen gedenke, wenn er in die Türkei komme. Der Besuch des Mausoleums ist ein „obligatorischer“ Teil des offiziellen Programms für ausländische Gäste. Trotz des Widerstandes des Außenministeriums und der heftigen Kritik der Kemalisten akzeptierte Özal die Bedingung von Musawi,<sup>254</sup> weil der Iran einer der größten Handelspartner der Türkei war und Özal die Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran ausbauen wollte.

Darüber hinaus basierte die türkische Außen- und Sicherheitspolitik während der Özal-Ära auf dem „Zivilisationsprozeß im internationalen System“<sup>255</sup>. In der Zivilisierung des Konfliktes geht es in erster Linie um die Eindämmung bzw. Zurückdrängung oder Aufhebung von Gewalt im Prozeß des Konfliktsaustragens.<sup>256</sup> In einem demokratischen

<sup>251</sup> Vgl. Gerhard Fels, „Krisenpunkte des Weltwirtschaftsystems“ . In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S 171 und B. May, a.a.O., 1995, S. 237

<sup>252</sup> Vgl. R. Seidelmann, „Außenpolitischer Entscheidungsprozeß“. In: Wichard Woyke (Hrsg.) „Handwörterbuch Internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, 5. Aktualisierte und überarbeitete Auflage, Bonn, 1993, S. 20

<sup>253</sup> Özal, Presseerklärung, 31.3.1984,

<sup>254</sup> Cumhuriyet, 12.11.1992

<sup>255</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 14 u. ff.

<sup>256</sup> Vgl. R. Meyers, a.a.O., 1993, S. 283-285

System können die Konflikte auf der Grundlage unterschiedlicher institutioneller Formen von Konfliktartikulation, Konfliktmanagement und Konfliktlösung bearbeitet werden.<sup>257</sup> Die theoretischen Grundlagen und die Relevanz des Zivilisierungsprozesses zur Beschränkung und Überwindung der Gewalt im internationalen Beziehungen wird von D. Senghaas wie folgt skizziert:

„Im internationalen System lassen sich zwei Prozesse von langer Dauer beobachten: Machtrivalitäten unterschiedlicher Reichweite sowie Vernetzung (Interdependenz) unterschiedlicher Dichte. Mit beiden Erscheinungen beschäftigt sich die Friedensforschung: Mit Machtrivalitäten, weil aus ihnen Gewalt, im Grenzfall Kriege, erwachsen können, mit Interdependenz, weil sie Machtrivalitäten unterlaufen oder überwölben sollen. Zwischen beiden Erscheinungen besteht ein dialektischer Zusammenhang: Je unverstellter die Machtrivalitäten, um so weniger haben die Interdependenzen die Chancen, Konflikte abfedern zu helfen; je ausgeprägter die Interdependenzen, um so größer die Wahrscheinlichkeit, Machtrivalitäten in den Hintergrund zu drängen sowie unvermeidliche Interessenkonflikte in friedliche Bahnen zu lenken. Potentiell gewalttätige und vor allem kriegerische Machtrivalitäten in eine friedliche Konfliktregelung zu überführen, ist Inhalt des Zivilisationsprozesses. In ihm geht es also um die Transformation von Konflikten. Dabei wird Macht nicht eliminiert, sondern eingegrenzt.“<sup>258</sup>

Als Griechenland und die Türkei im März 1987 wieder wegen der Festlandsockel und der Kontrolle des Luftraum über dem ägäischen Meer am Rande einer bewaffneten Auseinandersetzung standen, leitete Özal die Entspannung ein, in der er erklärte, daß die Türkei auf Bohrungen außerhalb der 6-Meilen-Zone verzichten würde, solange Griechenland auch das gleiche tun würde. Diese Erklärung ebnete den Weg zum „Geist von Davos“, wo ein Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten Papandreu und Özal am 31. Januar 1988 stattfand. Dabei kamen sie überein, eine Gewaltanwendung als Mittel zur Lösung der Konflikte zwischen beiden Staaten auszuschließen. Den Verzicht auf Gewaltanwendung als Mittel politischer Machtrivalität kann man als einen positiven Schritt zur Eingrenzung und Überwindung von Gewaltanwendung, als deutliches Zeichen für die Zivilisierung des Konflikts zwischen den beiden Staaten betrachten.

Die türkische Außenpolitik in den achtziger Jahren zielte darauf ab, grundlegende Veränderungen in der Außenpolitik herbeizuführen und zu allen Nachbarn (Griechenland, Iran, Irak, Bulgarien, UdSSR und Syrien) Beziehungen zu entwickeln. Özals Ziel war es, daß die Türkei von einem Friedensgürtel umgeben wird. Anstatt die Nachbarn als potentielle Feinde zu betrachten, hat er versucht, durch bilaterale Beziehungen die bestehenden Konflikte in beiderseitigem Interesse zu bewältigen.

Statt darauf zu drängen, auf der politischen Ebene Lösungswege zur Überwindung der bestehenden Konflikte zu finden, zu deren Lösung ein langwieriger und schwieriger Prozeß der Konfliktlösung herbeigeführt werden müssen, schien für Özal sinnvoller, die Konflikte einfach einfrieren zu lassen und bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten die Prioritäten auf den Handels- und Wirtschaftsbereich zu legen und in dieser Richtung Möglichkeiten einer gemeinsamen Zusammenarbeit zu suchen. Dabei argumentierte Özal wie folgt: „In dem Maße, in dem die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ländern umfangreicher und langfristig gestaltet werden, in dem Maße werden diese gute Beziehungen Frieden, Stabilität und gemeinsames Handeln zwischen Staaten in

<sup>257</sup> Vgl. D. Senghaas, a.a.O., 1988, S. 15-16

<sup>258</sup> D. Senghaas, zit. n.: R. Meyers, a.a.O., 1993, S. 284

der Region auch global fördern.“<sup>259</sup> Den Rahmen seiner Außenpolitik bestimmten die Begriffe Pragmatismus, rationales Handeln, gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Interessen.

### 3.6.2. Das Selbstverständnis der Türkei im Hinblick auf die Außenpolitik

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik wurde vom Selbstverständnis der Türkei der achtziger Jahre geprägt. Zwar blieb die Westidentifizierung der Außen- und Sicherheitspolitik ein beständiges Element der türkischen Außenpolitik, aber die anderen regionalen und geopolitischen Dimensionen wurden in den achtziger Jahren zunehmend in den Vordergrund gestellt. Dieses Selbstverständnis der türkischen Außenpolitik der achtziger Jahre soll das folgende Beispiel verdeutlichen.

Der britische Generalstabschef Feldmarschall Viscount Slim, der „on NATO business“ nach Ankara reiste, sagt bei einem Gespräch mit türkischen Generälen bezüglich der Geographie der Türkei: „here in the Middle East (...)“ Diese geographische Lokalisierung stieß auf den Einwand der Gastgeber. Die Türkei sei doch ein europäisches Land. Er korrigierte darauf „yes, of course we all know that. The problem is that Turkey is the only European country in this part of the World“. Seyfi Taşhan nahm darauf in seinem Aufsatz über die Mittelostpolitik der Türkei 1985 folgendermaßen Bezug: „Turkey is the only Middle Eastern country in Europe.“<sup>260</sup>

Diese Perspektiven, die der Gastgeber eingeschlossen, gehen von der festen Überzeugung aus, daß die Türkei – sei es als einziges europäisches Land in diesem Teil der Welt oder als einziges nahöstliches Land in Europa - ein europäisches Land ist. Tatsache ist aber, daß die Türkei geographisch, historisch und kulturell kein europäisches Land im europäischen Sinne ist. Die Türkei weist aus ihrer Geschichte, Kultur und Religion, Wertvorstellungen heraus viel mehr Gemeinsamkeiten mit dem Orient auf. Sie hat also tiefgehende Verbindungen zu den islamischen Staaten. Es ist auch eine Tatsache, daß die Türkei seit ihrer Gründung das Ziel, ein fester Bestandteil der westlichen Zivilisation zu werden, zur Maxime ihrer Innen- und Außenpolitik gemacht hat. An dieser Politik wurde auch in der Ära Özals festgehalten. In den achtziger Jahren zeichnete sich eine Außenpolitik ab, die man besonders im politischen und wirtschaftlichen Bereich als Betonung der Rolle der „Brückenfunktion“ zwischen den islamischen Ländern und Europa bezeichnen kann.

Eines der Hauptmerkmale einer Brücke ist, daß sie auf beiden Ufern mit gleicher Stärke verankert sein muß, um ihre Funktion wahrzunehmen, also ein Stück bzw. Bestandteil von beiden Seite sein muß. Daß die Türkei geostrategisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich eine Brückenfunktion ausübt, setzt voraus, wie es Özal zum Ausdruck gebracht hat, daß sie die Fähigkeit besitzt, geostrategisch, geokulturell, geoökonomisch und geopolitisch gute Beziehungen zu beiden Ufern (West und Ost) zu entwickeln. Eine Brückenfunktion erfordert weiterhin, daß die Verbindungen zu beiden Seiten gleichermaßen aufrechterhalten werden müssen, nicht für die eine oder andere Seite Partei ergriffen werden wird und auch nicht zum Vorteil oder zum Nachteil einer Seite die bestehenden Verbindungen ganz abgebrochen werden. Im dem Maße, in dem die Türkei gute Beziehungen zu den islamischen Ländern eingeht und sich in die Lage versetzt,

<sup>259</sup> Özal, „Gemeinsame Presseerklärung mit ägyptischem Staatspräsident Mubarek, Ägypten“: 15.2.1988. In: Başbakan Özal'ın Dis Seyehatlerinde Konuşmaları 1987-88“. (Die Reden des Ministerpräsidenten Özal während seiner Auslandsreisen), Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1988, S. 5

<sup>260</sup> Entnommen aus: Uwe Halbach, a.a.O., 1986, S. 11-12 Fußnoten 1 und 2

politisch und wirtschaftlich „Wunschpartner“ der islamischen Länder zu sein, wird ihr Stellenwert in Europa entsprechend erhöht und umgekehrt. Diese Strategie in der Außenpolitik läßt sich in Özals Handeln und Aussagen wiederfinden, denn so kann die Türkei erst ihre Probleme verständlich machen und ihren Meinungen bei den anderen Staaten Gehör zu verschaffen.<sup>261</sup>

Die Türkei hatte in den achtziger Jahren in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik drei verschiedene Orientierungen, die in einem möglichst beständigen Gleichgewicht gehalten werden sollten. Die NATO-Bindung und Westorientierung für die Sicherheit der Türkei war weiterhin eine tragende Säule der türkischen Außenpolitik. „In Anbetracht des internationalen politischen Zustandes stellt unsere NATO-Mitgliedschaft für die Gewährung unserer Sicherheit und Bewahrung des regionalen - in dem wir uns befinden - und internationalen Friedens einen Stabilitäts- und Gleichgewichtsfaktor dar. Wir haben vor, die Beziehungen zu den USA auf der Grundlage der Partnerschaft und Freundschaft und der gegenseitigen Interessen aufbauend fortzusetzen. Es ist unserer aufrichtiger Wunsch, die Beziehungen zu den Staaten Westeuropas auf der Basis der gegenseitigen Verständigung aufzubauen und eine Zusammenarbeit, Gerechtigkeit und Gleichheit zu entwickeln.“<sup>262</sup> Die zweite Orientierung in der Außenpolitik zielte darauf, durch die Entwicklung der bilateralen Beziehungen die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Nachbarn, einschließlich der Sowjetunion, zu fördern. Drittens sollten die Beziehungen zu den islamischen Staaten im politischen und wirtschaftlichen Bereich ausgebaut werden, so daß die Türkei eine Brückenfunktion zwischen dem Westen und der islamischen Welt übernehmen konnte.

### 3.6.3. Der Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft

Der Militärputsch vom 12. September 1980 brachte die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei auf ihren bisherigen Tiefpunkt. Es gab bis 1984 so gut wie keine politischen Beziehungen zwischen der Türkei und den Institutionen der EG. Nach der Rückkehr zur Demokratie hatte die türkische Regierung in ihrem ersten Regierungsprogramm vom 1983 das Erreichen einer EG-Vollmitgliedschaft als ihr oberstes Ziel erklärt.<sup>263</sup> Aber erst mußten die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa wiederhergestellt und „normalisiert“ werden. Nach den freien Wahlen von 1983 konnten die türkischen Abgeordneten durch einen Beschluß des europäischen Parlaments vom 8. Mai 1984 wieder aufgenommen werden.<sup>264</sup>

---

<sup>261</sup> Başbakan Turgut Özal‘in 1987 Bütçesi Üzerine Konuşması“ (Rede des Ministerpräsidenten Özal über den Haushalt von 1987“, 9.12.1987, S.16. Der damalige deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, unterstrich bei einem Treffen mit dem türkischen Staatsminister Isin Çelebi diese wirtschaftliche Brückenfunktion der Türkei zwischen des Westens und islamischen Ländern und legte nahe, daß die Türkei als ein islamisches Land bei der Koordination und Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine bedeutende Aufgabe übernehmen könne. Hürriyet vom 25.10.1990

<sup>262</sup> Regierungsprogramm, 1983, S. 66

<sup>263</sup> Ebd., 1983, S. 66

<sup>264</sup> Von den 165 Abgeordneten des europäischen Parlaments stimmten 91 für die Wiederaufnahme und 50 dagegen, 10 enthielten sich ihrer Stimme. Dabei unterstrich Kamran Inan, der im Namen der türkischen Abgeordneten sprach, daß das türkische Volk seine Wahl für die Demokratie getroffen habe. Es werde der Demokratisierungsprozeß in der Türkei fortgesetzt werden, ob ohne oder mit Europa. Deutsche Welle, 8. Mai 1984

Die Türkei und die EG kamen am 16.09.1986 auf Ersuchen der Türkei zu einer Ministertagung des Assoziationsrates unter Vorsitz des türkischen Außenministers Halefoğlu zusammen. Dabei wurde zwar keine Ergebnisse erzielt, aber dafür wurden Zeichen zur Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen der Türkei und EG gesetzt. Das europäische Parlament fand es jedoch noch zu früh, unter den gegebenen Voraussetzungen die Beziehungen mit der Türkei zu normalisieren. Das europäische Parlament nahm eine ablehnende Haltung gegenüber einer Normalisierung der Beziehungen ein. Mit dem Entschluß vom 11. Dezember 1986 erkannte das europäische Parlament zwar die erzielten Fortschritte bei der Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei an, aber empfand den Stand noch nicht als ausreichend, um die Beziehungen mit der Türkei zu normalisieren. Darüber hinaus machte es die Wiederbelebung des EG-Beitrittsverfahrens der Türkei vom Eliminieren der Menschenrechtsverletzungen und der Institutionalisierung der Demokratie in der Türkei abhängig.<sup>265</sup>

Die Türkei stellte am 14.5.1987 den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EU. Mit dem Antrag erwarteten selbst die türkischen Politiker und die Öffentlichkeit keine sofortige Zusage der EU-Staaten. In erster Linie sollte damit der feste Wunsch der Türkei, eines der Hauptziele der türkischen Außenpolitik<sup>266</sup>, ein politischer Bestandteil Europas zu werden, unter Beweis gestellt werden. Es war aber eher ein aus innenpolitischen Erwägungen unternommener Schritt. Der Antrag sollte den positiven Entwicklung im Demokratisierungsprozeß der Türkei neue Impulse geben.<sup>267</sup> Ferner war von der türkischen Seite beabsichtigt zu erfahren, wie die Europäer ihrerseits reagieren, wenn sie vor vollendeten Tatsachen stehen. Denn erst mit der Stellung des Antrages auf Vollmitgliedschaft wurde in der Öffentlichkeit klar, daß die EU-Staaten – aus welchen Gründen auch immer - vorerst an eine Vollmitgliedschaft der Türkei gar nicht gedacht hatten. Für die Ablehnung des Antrages wurden von den EU-Staaten drei wichtige Gründe genannt: Die Wirtschaft der Türkei war noch nicht auf dem Niveau angelangt, das den Maßstab für die Aufnahme darstellt. Außerdem wurden mangelnde demokratische Strukturen und Menschenrechtsverletzungen, aber vor allem auch die kulturellen Unterschiede zwischen der christlich geprägten EU und der islamischen Türkei angeführt. Trotz der Diversifizierung der türkischen Außenpolitik und der ablehnenden Haltung der EU-Staaten gegenüber dem EU- Beitritt der Türkei bleibt die beständige Westorientierung das Ziel der türkischen Innen- und Außenpolitik.

#### 3.6.4. Die Beziehungen zu den USA

Wegen der Afghanistaninvasion der Sowjetunion und des Wegfall des Irans als Verbündeter des Westens führten die USA eine Neuorientierung ihrer Nahostpolitik ein, in der der Schutz der westlichen Interessen durch militärische Präsenz in dieser Region gewährleistet sein sollte (Carter- Doktrin). Die USA wollten nach dem Wegfall des Irans die inzwischen geostrategisch noch wichtiger gewordene Türkei in eine Sicherheitskooperation der Staaten außerhalb des NATO-Rahmens hinsichtlich des Nahen und Mittleren Ostens miteinbeziehen, da die Türkei – wegen ihrer Wächterfunktion der Meerengen und strategischen Bedeutung bei der Verteidigung des östlichen Mittelmeers

<sup>265</sup> Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften, Nr. C 7/109, Dok. B2-1234/86 „Entschlüsse zu den Beziehungen zwischen der EWG und der Türkei“, entnommen aus: Aktuelle SWP- Dokumentation: „Die Beziehungen zwischen der Türkei und der europäischen Gemeinschaft“, Dokumente und Materialien, Nr. 6. (Februar 1988), S. 349 und ff.

<sup>266</sup> Türkischer Außenminister Vahit Halefoğlu, FAZ vom 16. 2.1987

<sup>267</sup> Der Spiegel, Interview mit Özal, 12/1987, S.165

„eine Schlüsselrolle bei der Sicherung amerikanischer und westlicher Interessen an den südlichen und östlichen Küsten des Mittelmeers“<sup>268</sup> spielen konnte. Es ging darum, die sowjetische Einflußnahme in der Region einzudämmen und die Ölquellen im Nahen Osten zu sichern. Der Stellenwert der Türkei wurde im Rahmen von AFSOUTH (Allied Forces southern Europe) durch wichtige militärische Einrichtungen erhöht, deren Nutzung den NATO-Partnern und vor allem der USA ermöglicht worden war. Die Aufwertung der strategischen Bedeutung der Türkei seitens der USA war mit ihrer neuen Rollendefinition verbunden, die über die Grenzen der NATO-Verpflichtungen hinausgingen. Die USA haben daher das im Jahr 1975 gegen die Türkei verhängte Waffenembargo im Jahr 1980 aufgehoben und unterzeichneten am 29.03.1980 mit der Türkei ein Abkommen über Verteidigungs- und Wirtschaftszusammenarbeit, das als Grundlage für die Beziehungen der beiden Staaten in den achtziger Jahren galt<sup>269</sup>, wobei die Türkei jegliche formellen strategischen Verpflichtungen im Hinblick auf Nah- und Mittelost aus folgenden Gründen vehement abgelehnt hat: Zum einen wollte sie nicht in die Rivalitäten der Großmächte in der Region hineingezogen werden, welche die türkischen Interessen nicht unmittelbar berührten. Zum zweiten war sie nicht bereit, die Stützpunkte für nationale Zwecke der USA (außerhalb des NATO-Rahmens) – wie z.B. zur Unterstützung Israels - zur Verfügung zu stellen. Aufgrund ihrer diversifizierten Außenpolitik und dem Wunsch, enge Beziehungen zu den Nachbarländern aufzubauen, wollte die Türkei sich nicht politisch oder militärisch als Instrument westlich-amerikanischer Mittel-Ost-Politik benutzen lassen.<sup>270</sup>

„Heute ist die türkische Öffentlichkeit allen Bündnissen und internationalen Abkommen gegenüber äußerst empfindlich. Besonders drängt sie darauf, alle bilateralen Übereinkommen daraufhin zu prüfen, inwieweit ihr Land in einem Konflikt der Supermächte oder im Nahen/Mittleren Osten gegen ihren Willen einbezogen werden kann. Man rechnet mit einem „New Look“ in der türkischen Außenpolitik, wenn auch ganz innerhalb des NATO-Rahmens. Man erwartet von der NATO, daß sie die Sicherheit der Türkei im Fall einer Rivalität unter den Supermächten nicht gefährdet, und ihre westlichen Verbündeten sollten verstehen, daß die geopolitische Lage der Türkei Ankara zu einer Politik des gleichen Abstandes zu allen nah- und mittelöstlichen Staaten zwingt und sie sich aus den inneren Wirren diese Staaten heraushalten muß.“<sup>271</sup>

Darüber hinaus behauptete die türkische Seite, daß die durch dieses Abkommen erfolgte Erweiterung bzw. der Neubau von Flugplätzen und militärischer Anlagen sowohl den im Rahmen der NATO getroffenen Verpflichtungen entspreche und als auch dem Rahmen des Verteidigungsabkommens mit den USA von 1980. Die vorgesehene Verteidigungszusammenarbeit werde, so Ali Karaosmanoğlu, über die Verpflichtungen des NATO-Rahmens nicht hinausgehen.<sup>272</sup> Aber er fügt zugleich hinzu, daß die NATO

<sup>268</sup> Zit. n.: U. Halbach, a.a.O., 1986, S. 30

<sup>269</sup> Über das Abkommen „Verteidigung und Wirtschaftszusammenarbeit“ zwischen den USA und der Türkei Vgl.: Kurt Jacobs „Zur Entwicklung der amerikanisch-türkischen Beziehungen“, SWP-Ebenhausen, 1980 und Ali L. Karaosmanoğlu, „Basra Körfezi Güvenliği ve Doğu Anadolu'daki Havalanları Tartışması: Yanılgılar ve Kuruntular“ (Die Sicherheit des persischen Golfes und die Diskussionen um die Flughafen in Südostanatolien). In: Dış Politika, Foreign Policy, Ankara, Mai 1983 S. 3-9

<sup>270</sup> Siehe dazu: Uwe Halbach, a.a.O., 1986 und Ali Karasosmanoğlu, a.a.O. 1983 und Muzaffer Özsoy, „Orta Doğuda Savas, Çevik Kuvvet ve Türkiye'nin Güvenliği“ (Der Krieg im Mittleren Osten, die schnellen Eingreifstruppe (RDF) und die Sicherheit der Türkei). In: Dış Politika, Ankara, Ocak/1984, S. 21-32

<sup>271</sup> İhsan Gürkan, „Die Türkei - Eckpfeiler der NATO im Süden“. In: Beiträge zur Konfliktforschung, 1/1981, S. 26

<sup>272</sup> Ali L. Karasosmanoğlu, a.a.O., 1983, S. 4

im Mai 1980 einen von den USA unterbreiteten Plan, wonach die USA ihre unter dem NATO-Kommando stehenden Streitkräfte in Dringlichkeitsfällen - um die Sicherheit der Golfregion zu gewährleisten - in die Golfregion entsenden will, angenommen hat.

Die abgekühlten Beziehungen zwischen der Türkei und den EU-Staaten in den achtziger Jahren führte zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der USA. In den achtziger Jahren versuchte die Türkei, über die Beziehungen mit den USA ihre Beziehungen mit der EU zu verbessern.<sup>273</sup> Eine anderer wichtiger Grund für die engen Beziehungen dürfte in der persönlichen Einstellung von Özal gegenüber der USA liegen, der das Modell der USA für seine gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen – von der Wirtschaft bis hin zum Präsidialsystem- als Vorbild genommen hatte.

Der Wunsch der türkischen Regierung, den Beziehungen zu den USA auch eine wirtschaftliche Dimension zu verleihen, konnte nicht erfüllt werden. Bei den offiziellen und inoffiziellen Besuchen hat der türkische Ministerpräsident Özal Kontakte zu amerikanischen Unternehmern gesucht und sie aufgefordert, in die Türkei zu investieren. Die wirtschaftlichen Beziehungen beschränkten sich darauf, die von den USA auferlegten Restriktionen für türkische Textilwaren aufzuheben oder einzuschränken.

Trotz der Bedeutung der Türkei für die strategischen Interessen der USA hinsichtlich des Mittleren und Nahen Ostens, des Abkommens über strategische Zusammenarbeit und der amerikafreundlichen Außenpolitik der Türkei verliefen die Beziehungen zwischen den beiden Staaten wie gewünscht. Einerseits zeigte die Türkei hinsichtlich der Forderung der USA, Verpflichtungen außerhalb des NATO-Rahmens nachzukommen, keine große Begeisterung. Andererseits hat das Abkommen über wirtschaftliche und strategische Zusammenarbeit die türkischen Erwartungen nicht erfüllt.

Daher wurde das Abkommen im Jahr 1985 zwar noch einmal um fünf Jahre verlängert. Es wurde aber von der Türkei bis 1988 nicht angewendet. Das hing damit zusammen, daß der US-Kongreß eine militärische Hilfe für die Türkei von den Konzessionen der Türkei hinsichtlich der Zypernfrage abhängig machte<sup>274</sup>, der US-Kongreß hat die von der US-Regierung festgelegten jährlichen Hilfeleistungen reduziert. Diese Abstriche bei den militärischen Hilfeleistungen führte beim Modernisierungsprogramm der türkischen Armee zu Schwierigkeiten, da sie im Rahmen der Modernisierung auf jährlich 1.2 Mill. US-\$ Auslandshilfe angewiesen war.

Bei den Beziehungen der USA zur Türkei spielten verschiedene Lobbies in den USA eine nicht unbedeutende Rolle. Die Resolutionen des US-Kongresses von 1985 und 1990, wonach die Türkei des Völkermords an Armenien beschuldigt wurde, ist auf den Einfluß der griechisch-armenischen Lobbies zurückzuführen. Diese Resolutionen trugen zu Unstimmigkeiten und zur Abkühlung der Beziehungen zwischen der Türkei und den USA bei. Hinzu kam, daß die USA der Forderung Griechenlands nach Sicherheitsgarantie gegen eventuelle Angriffe der Türkei beim Stützpunktabkommen im Jahr 1990 zustimmte, und so gelangten die Beziehungen zwischen den beiden Staaten kurz vor der Kuwait-Krise auf ihren Tiefpunkt.<sup>275</sup>

---

<sup>273</sup> Milliyet, 20.4.1993

<sup>274</sup> Özal glaubte, daß die Türkei durch Konzessionen in der Zypernfrage, etwa durch Abtretung bestimmter Gebiete an die griechischen Zyprioten, die Beziehungen mit der EU erleichtern würde. Nur Batur, „Partnerschaft mit den USA im großen Spiel“. Milliyet, vom 20.4.1993

<sup>275</sup> Özden Alantar: „Türkiye –ABD İlişkilerinin Ulusal Güvenlik Boyutunda Dönüşümü“ (Die Umwandlung

### 3.6.5. Die Beziehungen zum Nachbarn Sowjetunion

Auf der Grundlage guter Nachbarschaft gestaltete die Türkei ihre Beziehungen auch zum großen Nachbarn im Norden, zur Sowjetunion. Waren die Beziehungen der Türkei mit der Sowjetunion einerseits durch den Ost-West-Gegensatz (aufgrund der NATO-Mitgliedschaft) geprägt, so war auf der anderen Seite die Sowjetunion geographisch der nördliche Nachbar der Türkei. Daher mußten die türkisch-sowjetischen Beziehungen anders bewertet werden als die Beziehungen zu Verbündeten, mit denen es keine gemeinsame Grenze gab.<sup>276</sup> Dies bedeutet, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten außer der globalen - im Rahmen der NATO - auch eine regionale und nationale Dimension hatten. Daher wurde bei der Beziehung zur Sowjetunion die regionale Perspektive viel mehr in Betracht gezogen. Die Äußerungen der Sowjetunion, die sich auf regionale Konflikte, wie z.B. die Zypernfrage, bezogen, wurden von der türkischen Öffentlichkeit mit mehr Aufmerksamkeit verfolgt als die Äußerungen bezüglich des Ost-West-Gegensatzes.

Je mehr die Türkei ihre Außenpolitik auf multidimensionaler Basis entwickelte, zu der auch „gutnachbarschaftliche Beziehungen“ zur Sowjetunion gehörten, einen um so gemäßigeren Ton nahmen die Äußerungen der Sowjetunion gegenüber der Türkei an. Die Errichtung neuer Flughäfen und militärischer Anlagen und die militärische Aufrüstung der Türkei im Rahmen des Abkommens mit den USA und der Verdacht auf eine logische Unterstützung der schnellen Eingriffstruppe (RDF) auf türkischem Territorium (trotz Dementierung der türkischen Seite) und die Absicht der USA, Cruise Missile-Raketen in der Türkei stationieren zu wollen, wurden von der Sowjetunion heftig kritisiert und entsprechend wurden die Beziehungen angespannter.<sup>277</sup>

War im Rahmen der NATO für die Sowjetunion die sicherheitspolitische Stellung der Türkei als militärischer Vorposten gegen den sowjetischen, verwundbaren Unterleib (also südlicher Gürtel und Peripherien auf dem Balkan) wichtig, so trat in den achtziger Jahren neben dem klassischen Bedrohungsaspekt die sicherheitspolitische Dimension im Nahen und Mittleren Osten hinzu: die „Verwandlung der Türkei und ihres separatistischen Staatsgebildes auf Nordzypern in ein Sprungbrett der imperialistischen Militärmaschinerie in den Nahen und Mittleren Osten“<sup>278</sup>, da in Moskaus Augen die zwei britischen Stützpunkte auf Zypern und die Präsenz der türkischen Armee als NATO-Verbündete im Hinblick auf den Mittleren Osten ein weiterer Sprengstoff darstellte.

An der sowjetischen Kritik war die Bedrohung der Region Naher und Mittlerer Osten durch die Türkei mit einbezogen, womit sie gegenüber der Türkei in dieser Hinsicht als eine regionale Macht eintrat. Die Sowjetunion tat sich dabei als Beschützerin ihrer Verbündeten im Nahen Osten - vor allem Syriens und des Iraks - hervor und bildete somit eine „Bedrohungsgemeinschaft“. Trotz der angespannten Beziehungen zwischen den beiden Staaten wurden im wirtschaftlichen Bereich Fortschritte verzeichnet. So wurde Ende Dezember 1984 beim Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow in

---

der Beziehungen zwischen der Türkei und der USA in der sicherheitspolitischen Dimensionen). In: Gencer

Özkan/Sule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 219 und ff.

<sup>276</sup> Vgl. U. Halbach, a.a.O., 1986, S. 8

<sup>277</sup> Vgl. U. Halbach, a.a.O., 1986, S. 42,

<sup>278</sup> Ebd., S. 41 und Mehmet Ali Birand, Milliyet, 24.11.1983

Ankara die Weichen für die „Normalisierung“ der Beziehungen gestellt. Im nächsten Jahr folgte die offizielle Reise des Ministerpräsidenten Özal nach Moskau, und im Juli 1986 kam ein Protokoll über wirtschaftliche Zusammenarbeit zustande. Trotz der Warnung der USA vor einer zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion, hat die Türkei während des Besuches des russischen Ministerpräsidenten Tichonow im Dezember 1984 ein Abkommen über Energielieferungen an die Türkei in Form von Erdgas und Strom abgeschlossen. Es wurde darüber hinaus vereinbart, das Handelsvolumen der beiden Staaten von 1986 bis 1990 auf einen Wert von 6 Mill. US-\$ zu steigern.<sup>279</sup>

### 3.6.6. Die Beziehungen zu den islamischen Staaten

Der Hinwendung der Türkei zur regionalen Intensivierung der Beziehungen lagen zwei wichtige außen- und innenpolitische Entwicklungen zu Grunde: zum einen die verstärkte Einflußnahme der islamischen Kräfte auf die türkische Gesellschaft, zum anderen die Abkühlung der Beziehungen der Türkei zu ihren westlichen Verbündeten wegen der Zypernkrise. Dazu gehörten das Waffenembargo der USA 1975, der Ausschluß vom Europäischen Parlament und das Einfrieren der Beziehungen zur EU nach dem Militärputsch von 1980, worauf die türkische Regierung mit einer außenpolitischen Hinwendung zu den islamischen Staaten antwortete. Durch eine aktive Mitwirkung an der islamischen Konferenz – Übernahme des Vorsitzes der Wirtschaftskommission - versuchte die Türkei, ihre Beziehungen zu den arabisch-islamischen Ländern auszubauen. Das Vorhaben der türkischen Regierung, die türkische Wirtschaft nach außen zu öffnen und besonders auf wirtschaftlicher Grundlage mit den islamischen Ländern enge Beziehungen einzugehen, verstärkten diesen Trend in der türkischen Außenpolitik. Dabei hat die Türkei im israelisch-arabischen Konflikt die arabische Position unterstützt und zu Israel reduzierte diplomatische Beziehungen unterhalten. Eine andere Dimension der türkischen Außenpolitik der achtziger Jahre zeichnete sich dadurch aus, daß sie bilaterale Beziehungen zu ihren Nachbarn und anderen arabischen Staaten gegenüber multilateralen Beziehungen bevorzugte. Dabei ging es vor allem darum, die Beziehungen auf der Grundlage des Vertrauens in beiderseitigem Interesse auszubauen.

Die Akzentverschiebung in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik auf regionaler Ebene (besonders in islamischen Staaten) war eigentlich eine Fortsetzung der diversifizierten Außenpolitik seit Mitte der sechziger Jahre. Die Politik wurde von Özal aufgegriffen und unter der Betonung des Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen intensiviert. Ein anderer Grund für die Hinwendung zu den islamischen Ländern dürfte darin liegen, daß die Beziehungen der Türkei zu den westlichen Staaten Anfang der 80`er Jahren einen stärker sicherheitspolitischen als wirtschaftlichen Charakter hatten. Der damalige Staatsminister und Regierungssprecher Mesut Yılmaz begründete die intensiven Beziehungen der Türkei zu den islamischen Ländern folgendermaßen:

„Wir hatten gute politische Beziehungen zum Westen, aber es fand kaum Handelsaustausch zwischen dem Westen und der Türkei statt. Darauf hin haben wir unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten ausgebaut. Geeignete Voraussetzungen waren dafür vorhanden. Wir importierten Erdöl und exportierten vor allem

---

<sup>279</sup> FAZ, 30. Juli 1986

Agrarprodukte. So konnten wir in den vergangenen vier Jahren unseren Export (von 2 Mill. US-\$ im Jahr 1979, M.D.) auf 7,1 Mill. US-\$ steigern.“<sup>280</sup>

In der Tat stieg der Exportanteil an islamische Länder z.B. im Jahr 1985 auf 42% des türkischen Gesamtexports. Türkische Baufirmen erhielten in Libyen, Saudi Arabien und Irak Aufträge in Höhe von 14. Mrd. US-\$ (1983). Parallel dazu waren 250. 000 türkische Arbeiter in arabischen Ländern tätig.<sup>281</sup>

Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak hatte für die Türkei einerseits große wirtschaftliche Vorteile, da sie sich während des Krieges für beide Seite zu einem guten Wirtschafts- und Handelspartner entwickelte. Auf der anderen Seite stellte dieser Krieg - unmittelbar an ihrer Grenze - ein Sicherheitsrisiko dar. In Anbetracht eventueller Entwicklungen jenseits ihrer Grenze, die ihre Sicherheit bedrohen könnten, sah sich die Türkei gezwungen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Aufgrund des Krieges waren die Grenzen zwischen der Türkei, dem Iran und Irak unsicher geworden. Die PKK, die in den achtziger Jahren die größte Sicherheitsgefahr für die Türkei darstellte, konnte im von der irakischen Armee nicht mehr gut kontrollierten und bewachten Nordirak Lager für die Ausbildung der Terroristen einrichten und von dort aus im türkischen Territorium operieren und sich dann wieder jenseits der Grenze zurückziehen. Die PKK wurde ein innenpolitisches Sicherheitsproblem mit regionalen und internationalen Dimensionen.

In der Zeit von Menderes (1950-60) war die Türkei gegenüber den Staaten im Mittleren Osten als „Big Brother“<sup>282</sup> im Sinne westlicher Interessen aufgetreten. Dagegen waren in den achtziger Jahren die auf Handels- und Wirtschaftskooperation ausgerichteten Beziehungen zum prägenden Faktor geworden. Diese Doppelstrategie der türkischen Außenpolitik – sowohl mit dem Westen bestehende Beziehungen auszubauen als auch die Beziehungen zu islamischen Ländern zu intensivieren - wurden als Säulen der türkischen Außenpolitik betrachtet, die sich gegenseitig ergänzen. So hat z.B. die Regierung Özals offiziell dem amerikanischen Luftangriff auf die libysche Hauptstadt Tripolis (und Binghasi) am 15. 4. 1986 zwar behutsam zugestimmt, da der Kampf gegen den Terrorismus auch den Interessen der Türkei (wegen der PKK) entsprach, aber sie bezeichnete die amerikanische Militäration gleichzeitig als völkerrechtlich nicht geschützt.<sup>283</sup> Özal hat bei einer offiziellen Reise nach Algerien sein Bedauern darüber geäußert, daß die Türkei während des Befreiungskrieges von 1956 Frankreich unterstützte und in den Vereinten Nationen an der Seite Frankreich stand. Damit wollte Özal vor den arabischen Staaten demonstrieren, daß die Türkei an einer ernsthaften konstruktiven Zusammenarbeit mit den islamischen Staaten interessiert ist.

In den Beziehungen zu den islamischen Staaten machte die Türkei keine Unterscheidung zwischen „gemäßigten“ oder „progressiven“ Staaten. Özal handelte in diesem Kontext pragmatisch und ließ wirtschaftlichen Erwägungen – unter Betonung der kulturellen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten – in den Vordergrund treten. Die Perzeption, daß die Auseinandersetzungen und Feindseligkeiten nicht im Interesse der beteiligten Staaten sein könnten<sup>284</sup>, machte er zur Grundlage seiner Außenpolitik, die nach Özal dazu diente, die

<sup>280</sup> Edmund Els, „Die Türkei sucht wieder nach einer intensiven Beziehung mit dem Westen“, General Anzeiger, vom 6./7. April 1985

<sup>281</sup> Vgl. U. Halbach, a.a.O., 1986 S. 14,

<sup>282</sup> Vgl. H. Bağcı, a.a.O., 1988, S. 68

<sup>283</sup> Vgl. U. Halbach, a.a.O., 1986, S. 28

<sup>284</sup> Özal, Presseerklärung, 31.3.1984

Voraussetzungen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu schaffen und für die dafür erforderlichen Grundlagen zu sorgen. Diese wirtschaftlichen Beziehungen galten für ihn als eine Kurbel, durch die die Lösung anderer Konflikte zwischen den Staaten angetrieben werden konnte.

### 3.6.7. Die Beziehungen zu Griechenland und Bulgarien

Der Machtwechsel in Griechenland und die Machtübernahme der sozialistischen PASOK unter Andreas Papandreu und dessen eindeutige anti-türkische Politik löste Spannungen in der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland aus.

In den Beziehungen zu den Nachbarländern verfolgte die türkische Regierung unter Özal eine Politik, die auf bilateraler Ebene gestaltet werden sollte. Nach dieser Maxime handelte er auch hinsichtlich der bilateralen Beziehungen zu Griechenland. Er wußte auch, daß die Konflikte zwischen beiden Staaten seit ihrer Gründung bestehen und nicht sofort gelöst werden können. Er meinte aber, je mehr man auf die Lösung der Konflikte dränge, um so mehr würde man statt Lösungen Konflikte erzeugen. Daher schlug er vor, die Konflikte, die zwischen beiden Staaten bestehen, einfach einfrieren zu lassen. Özal hat es vorgezogen, in den Beziehungen die Prioritäten auf den Handels- und Wirtschaftsbereich zu verlegen und in dieser Richtung Möglichkeiten der gemeinsamen Zusammenarbeit zu suchen. Diese Perzeption, die auch Özals Grundlinien für die bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Ländern widerspiegelt, wurde im Kontext der Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei wie folgt zusammengefaßt:

„Eine anderer Faktor, der uns ernsthaft stört, - bei den bilateralen Beziehungen eine der Konfliktparteien zu sein - ist das Dilemma, mit dem wir uns bei Beziehungen zu Drittstaaten konfrontiert sehen. (...) Unsere Staaten beklagen sich über unsere Konflikte und suchen nach Beistand bei Partnerstaaten. Beide Staaten befinden sich in der Bedrängnis, die Drittstaaten jeweils von der Richtigkeit und Gerechtigkeit ihrer These zu überzeugen. Während die sich für unsere Probleme mit Güte und Gnade interessierenden und von uns auf die Schiedsrichterposition gehobenen Staaten bei unserer Anwesenheit die Sprache der diplomatischen Höflichkeit benutzen, verändern sie ihre Meinungen und Positionen je nach ihren eigenen Interessen. Dies beweist uns, wie bedeutungslos es ist, unsere Argumente und Positionen in Verbindung mit den anderen Staaten in Betracht zu ziehen. Aber wenn diese Drittstaaten unter sich sind, erklären sie alle gemeinsam, daß wir von jeglicher Reife entfernt sind, nicht konsensfähig und streitsüchtig sind. Diesem entwürdigenden Zustand müssen wir gemeinsam ein Ende bereiten. Unsere Staaten haben es nicht verdient, solch erniedrigendes Verfahren auf sich nehmen zu müssen.“<sup>285</sup>

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland waren geprägt von der Zypernfrage und den Konflikten im Ägäischen Meer. Oft standen die Staaten am Rande einer bewaffneten Auseinandersetzung. Die Verkündung einer neuen Verteidigungsdoktrin des griechischen Ministerpräsidenten Papandreu 1985, in der die Türkei als eigentliche Bedrohung für die Sicherheit Griechenlands bewertet wurde, verschärfte die Konflikte zwischen den beiden Staaten. In den Beziehungen trat eine Wende zum Positiven ein, als beide Ministerpräsidenten im Januar 1988 in Davos zusammentrafen und vereinbarten, den

<sup>285</sup> Die Rede des Ministerpräsidenten Özal beim Essen, das vom griechischem Ministerpräsident Papandreu zu

Ehren von Özal am 13.6.1988 gegeben wurde“. In: „Başbakan Özal’ın Dış Seyehatlerde Konusmaları“ (Die Reden des Ministerpräsidenten Özal bei Auslandsreisen), Ankara, 1988, S. 30-31

Krieg als Mittel zur Lösung der Konflikte zwischen beiden Staaten auszuschließen. Diesem Treffen folgte der offizielle Besuch des türkischen Staatspräsidenten in Athen im Juni 1988. Bei dem Treffen ging es vor allem darum, Vertrauen zwischen den beiden Staaten herzustellen.

So, wie sie hinsichtlich der Überwindung der bestehenden Konflikte entgegengesetzte Positionen vertraten, verfolgten sie auch hinsichtlich ihrer Verhandlungsmethode entgegengesetzte Strategien: Zur Überwindung der Konflikte, die zwischen der Türkei und Griechenland seit Jahrzehnten bestanden, wählten die Länder in ihrem strategischen Konzept jeweils unterschiedliche Lösungswege.

Die Türkei bestand darauf, daß die Konflikte zwischen beiden Staaten auf bilateraler Ebene verhandelt und hier eine angemessene Lösungsmöglichkeit gefunden werden sollte. Im Gegensatz zur Türkei tendierte Griechenland dazu, die Konflikte – besonders im Ägäischen Meer – auf internationaler Ebene auszutragen. Beide Länder vertraten bei der Strukturierung der Streitfragen wiederum unterschiedliche Positionen. Während die Türkei sich dafür einsetzte, die Konfliktpunkte mit Griechenland separat, d.h. jeden Konflikt einzeln zu behandeln, wollte Griechenland über die Streitfragen zusammen verhandeln. Konkret bedeutet dies: Die Türkei wollte z.B. die Zypernfrage getrennt von den Konflikten in der Ägäis verhandeln, Griechenland bestand jedoch bei jedem Lösungsvorschlag darauf, die Zypernfrage mit in die Verhandlungen einzubeziehen.<sup>286</sup>

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes brachte mit dem Balkan eine neue Dimension in die bestehenden Konflikte zwischen der Türkei und dem Griechenland. Die Anerkennung Mazedoniens durch die Türkei, die Spannungen zwischen Griechenland und Albanien und die Intensivierung der albanisch-türkischen Beziehungen sowie die bewaffneten Konflikte in Bosnien und im Kosovo wurden von Griechenland als Einflußvermehrung der Türkei auf dem Balkan empfunden und es sah sich folglich von einem „islamischen Bogen“ eingekreist. Für die Türkei stellte die EU-Vollmitgliedschaft Griechenlands für ihre EU-Beziehungen eine Hürde dar, deren Überwindung von den Konzessionen der Türkei in Zypern und im ägäischen Meer abhängig gemacht wurde.

Während des Kalten Krieges prägte die gegnerische Bündniszugehörigkeit beider Länder die türkisch-bulgarischen Beziehungen. Trotz der ideologischen Gegensätze und der Mitgliedschaft in feindlich gesinnten Bündnissen verzeichneten die türkisch-bulgarischen Beziehungen Fortschritte. Sie haben ein bilaterales Abkommen über ein Transitvisum, TIR, Tourismus, Kultur und Sport unterzeichnet. Özals Vorhaben, trotz aller politischen Unstimmigkeiten zwischen den Staaten wirtschaftliche Beziehungen auszubauen, läßt sich an dem Konflikt zwischen der Türkei und Bulgarien um die Zwangsassimilierungspolitik der türkischen Minderheiten in Bulgarien erkennen, da er hier dafür plädierte diesen Konflikt im Rahmen der humanistischen Voraussetzungen zu lösen und die Wirtschaft nicht in diese Sachen hineinziehen wollte.<sup>287</sup>

Ministerpräsident Özal hat die bulgarische Assimilierungspolitik in der Anfangsphase nicht ernst genommen. Die vermehrte Berichterstattung der westlichen Presse über die Minderheitenprobleme in Bulgarien bewertete Özal als eine Torpedierung der wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei. Bei dem Besuch des sowjetischen

<sup>286</sup> Paris Varvaroussis, „Neue machtpolitische Konstellationen zwischen Griechenland und Türkei“. In: Südosteuropa Mitteilungen. München, 9/1993 Südosteuropa 9/93, S. 541

<sup>287</sup> Özal, Presseerklärung, 15.6.1989

Ministerpräsidenten Tichonow Ende Dezember 1984 hatten beide Länder beschlossen, ab 1987 Erdgas über Bulgarien zu beziehen und eine zusätzliche Stromlieferung aus Leninakan in Ostanatolien beschlossen.<sup>288</sup> Die Türkei importierte bereits elektrischen Strom aus Bulgarien. Darüber hinaus war Bulgarien eine wichtige Landverbindung nach Europa. Transporte von Waren nach und aus Europa wurden über den Transitweg Bulgarien abgewickelt. Tausende von in Europa ansässigen türkischen Staatsbürgern fuhren auch durch Bulgarien in die Türkei und zurück.

Um dem innenpolitischen und außenpolitischen Druck entgegen zu kommen, hat Jivkov im August 1989 die Grenzen zur Türkei für die türkischen Minderheiten geöffnet. Daraufhin flüchteten 300.000 bulgarische Türken in die Türkei. Die massenhafte Flüchtlingswelle löste sowohl in Bulgarien als auch in der Türkei politische Kritik aus. Die Türkei war mit der Flüchtlingswelle überfordert. Eine der Gründe für die Absetzung Theodor Jivkows nach 35 Jahren Herrschaft am 10. November 1989 waren auch die innen-, aber noch mehr außenpolitischen Folgen seiner unnachgiebigen Assimilierungspolitik gegen Minderheiten.<sup>289</sup> Die neue bulgarische Regierung hat Ende 1989 die Assimilierungspolitik gegen Minderheiten für nichtig erklärt.

Nach der Absetzung Jivkows hat die bulgarische Regierung die Zwangsassimilierungspolitik revidiert und als Fehler von Jivkov bezeichnet. Der neue Staats- und Parteichef Mladenow räumte ein, die von Jivkov betriebene Politik der Zwangsassimilierung sei ein „schweren Fehler“ gewesen. Der einzige Weg, diesen Fehler zu korrigieren und die Glaubwürdigkeit im Ausland wiederherzustellen, bestehe, so Mladenow, in der Wiederherstellung der von der Verfassung garantierten Rechte der Bürger.<sup>290</sup> Die Zulassung der von der türkischen Minderheit gegründeten Partei „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS) unterstützte nach ihrem Wahlsieg bei den freien Wahlen im Oktober 1991 die „Union der Demokratischen Kräfte“ (SDS).<sup>291</sup> Die gespannte politische Lage in Bulgarien und die Wende in der internationalen Politik hat auch positiv zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei geführt, so daß keine sicherheitspolitischen Bedenken auf beiden Seiten vorhanden sind.

### 3.7. Außenhandel als Mittel der Außenpolitik

Die Grundlagen des freien Welthandels bildet das im Jahr 1947 entstandene Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Die Philosophie, die hinter der GATT steckt, ist die Erreichung der wachstumspolitischen Überlegenheit des liberalen Welthandels. Es wird zugrunde gelegt, daß die liberale Weltordnung langfristig der Erhöhung des Lebensstandards in allen Ländern der Welt zugute kommt, da sie offene und

---

<sup>288</sup> NZZ, 10/11.1985

<sup>289</sup> Über die politischen Aktivitäten und den Einfluß der bulgarischen Minderheiten der Türken und Pomaken

siehe: W. Höpken, „Türken und Pomaken in Bulgarien“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 2/1992, S. 141-151. Die Frage, ob die Sprachzugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit ausschlaggebend seien, beantworteten die Stimmengewinne der Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien bei den freien Wahlen. „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ hat nicht nur in den Siedlungsgebieten, wo die türkischen Minderheiten die stärkste Kraft bilden wie in Kurdcali, die Wähler hinter sich gebracht, sondern auch in den pomakischen Regionen wie Smolljan oder Blagoevgrad. Die religiös-kulturelle Solidarisierung zwischen bulgarischstämmigen Pomaken und türkischen Minderheiten hat sich damit stärker erwiesen als die Sprachzugehörigkeit mit den Bulgaren. W. Höpken, a.a.O., 1992, S. 146

<sup>290</sup> FAZ, 5.12.1989, FAZ vom 10.01.1990

<sup>291</sup> Berthold Kohler, „Der plötzliche Aufstieg der lange Unterdrückten“. FAZ, 25.10.1991

wettbewerbsorientierte Investitionen und den internationalen Austausch bewirken.<sup>292</sup> Die Förderung des freien Welthandels wird als „Motor für eine Erhöhung des Lebensstandards sowie für eine stabile Entwicklung und eine Stärkung der Demokratie in der ganzen Welt angesehen“<sup>293</sup>

Nach der weltweiten wirtschaftlichen Rezession, u.a. durch die zweite Öl-Teuerung im Jahr 1979, wurde in der Wirtschaftspolitik in England und der USA auf den neoliberalen Kurs gewechselt. Diese Veränderungsprozesse in der Weltpolitik haben die Tendenz der „Ökonomisierung der Weltpolitik“<sup>294</sup> gestärkt, was dazu führte, daß in Folge der sich ausbreitenden Interdependenzen Veränderungen in einer Gesellschaft Auswirkungen auf anderen Gesellschaften haben. Als Folge der Globalisierung der Wirtschaft seit den achtziger Jahren haben die globalen Verflechtungen und Interdependenzen im Form von Handel, Finanzbeziehungen und Investitionen in der Ökonomie an politischer Bedeutung zugenommen, weil die „Interdependenz-Verwundbarkeit“<sup>295</sup> einer Gesellschaft/eines Staates den exogenen Einwirkungen ausgesetzt ist. D.h. die Abhängigkeit des Lebensstandards der eigenen Bevölkerung nimmt von den Entwicklungen der Weltwirtschaft tendenziell zu<sup>296</sup>. „Im Zuge der Globalisierung, Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte, der Computerisierung des Handels von Finanzmarktprodukten und der gleichzeitigen Teilhabe aller Marktteilnehmer an den weltweiten Informationsflüssen sind die Grenzen zwischen den verschiedenen nationalen Finanzmärkten seit den achtziger Jahren sukzessive fließender geworden. Die gegenseitige Durchdringung der Märkte und damit die Abhängigkeit voneinander hat stark zugenommen.“<sup>297</sup> So ist z.B. Deutschland 24 Prozent, Großbritannien und Frankreich jeweils 18 Prozent, die Niederlande 44 Prozent vom Export abhängig, wobei 70 Prozent des Welthandels auf die USA, EU und Japan entfallen.<sup>298</sup> In der exportorientierten Industrialisierungspolitik wird die Deviseneinnahme aus dem verstärkten Export international wettbewerbsfähiger Güter erlangt. Um auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben, bedarf es einerseits der Diversifizierung der Exportgüter und andererseits der strukturellen Anpassung der Produktion. Die Veränderungen in der Produktionsstruktur eines Landes hängen in einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht nur von inländischen Nachfrageeinflüssen ab, sondern die außenwirtschaftlichen Faktoren haben bedeutenden Einfluß auf die Produktionsstruktur des Landes.<sup>299</sup>

Die Integration des einheimischen Handels und der Produktion in die Weltwirtschaft als Folge der Orientierung der Produktionsstruktur an der Nachfrage der Weltwirtschaft führt gleichzeitig zur Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums des Landes, die in Konfliktfällen das wirtschaftliche Leben und damit die soziale Stabilität und den Frieden des Landes

<sup>292</sup> Vgl. Bernhard May in Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 236 und ff.; Dieter Grosse/Thomas Neuschwander, „GATT“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), a.a.O. 1994, S. 118-124

<sup>293</sup> Hans Michaelis, „Die Ressourcenfrage und die Zukunft der Weltenenergieversorgung“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 243

<sup>294</sup> Vgl. K. Kaiser/B. May „Wirtschaft und Interdependenz“. In: K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 396

<sup>295</sup> Zum Begriff „Interdependenz-Verwundbarkeit“ siehe: Robert O. Keohane/Joseph S. Nye, „Macht und Interdependenz“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 87 und ff.

<sup>296</sup> Vgl. K. Kaiser/B. May, a.a.O., 1995, S. 397

<sup>297</sup> Norbert Walter, „Der globalisierte Kapitalmarkt und die nationalen Währungssysteme“. In: K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.) a.a.O., 1995, S. 210

<sup>298</sup> K. Kaiser/B. May in K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 398

<sup>299</sup> R. Clapham, a.a.O., 1993, S. 132

gefährden kann. Diese wirtschaftlichen beiderseitigen Abhängigkeiten führen auch dazu, daß die Staaten bei der Überwindung der bestehenden Konflikte den Krieg als Mittel der Konfliktlösung ausschließen und die Sicherheit und Stabilität zwischen Ländern bewahren.

Die Multinationalen Unternehmer (MNU) sind in der liberalen Wirtschaftsordnung die tragenden Säulen der weltwirtschaftlichen Integration, die aufgrund der Kosten-Nutzen-Relation im Ausland investieren. Aber diese multinationalen Konzerne können aufgrund ihrer wirtschaftlichen Größe Arbeitsplätze verlagern, Finanz- und Sachkapital abziehen und die Wirtschaftspolitik der Regierungen umgehen. D.h. sie können unter Umständen als Druckmittel zur Durchsetzung nationaler Interessen in dem Land eingesetzt werden, in das diese Konzerne investiert haben, Arbeitsplätze schaffen und somit zu Wachstum und sozialem Frieden beitragen.

Der Aufstieg der USA zur führenden Weltwirtschaftsmacht spiegelt sich darin, daß im Jahr 1960 49 Prozent des Welthandels von US-Unternehmen kontrolliert wurde. Im Jahr 1992 stammten von den 100 MNU allein 29 aus USA, 17 aus Japan, 12 aus Deutschland und aus England und Frankreich jeweils 9.<sup>300</sup> Die USA haben die Expansion ihrer Konzerne als nationales Interesse definiert. Sie gelten als wirtschaftliche Motoren der amerikanischen Weltmachtstellung. Sie schaffen die Überlegenheit einer auf freies Unternehmertum gegründeten Wirtschaftsordnung. Sie werden als Beitrag der USA zur Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft gesehen. Daher verstehen es alle US-Regierungen als ihre Aufgabe, Direktinvestitionen im Ausland zu schützen. Die USA scheut sich nicht davor, im Falle von Konflikten zwischen amerikanischen Firmen und dem Gastland von ihrem Machtmittel Gebrauch zu machen.<sup>301</sup>

In den internationalen Beziehungen wird die Durchsetzung der nationalen Interesse durch eine Vielfalt von Instrumentarien wahrgenommen. Aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Interdependenzen und „Interdependenz-Verwundbarkeit“ werden wirtschaftliche Maßnahmen zur Durchsetzung der nationalen Interessen vorrangig eingesetzt. Die USA haben ihre MNU als Instrumentarium ihrer Außenpolitik genutzt. Sie haben die MNU für wirtschaftliche Sanktionen gegenüber den kommunistischen Ländern des Kalten Krieges in Dienst genommen. Der US-Präsident Carter hat nach der Besetzung der Teheraner Botschaft im November 1979 die iranischen Guthaben auf amerikanischen Banken und deren europäischen Niederlassungen einfrieren lassen.<sup>302</sup>

Weitere Instrumentarien sind: das Wirtschaftsembargo gegen Libyen seit 1985 nach dem Attentat auf Lockerbie, das gegen Irak verhängte totale Wirtschaftsembargo, das damit verbundene Verbot des irakischen Öl-Exports 1990 und das D'Amato-Gesetz der USA von August 1996, das vorsieht, alle MNU zu bestrafen, deren Handelsbeziehungen mit dem Iran 20 Mio. US-\$ und deren Handelsbeziehungen mit Libyen 40 Mio. US-\$ überschreiten.

Im Lauf der achtziger Jahre stellte sich für die Entwicklungsländer ein grundsätzlicher Wandel hinsichtlich der Bedeutung des Außenhandels ein. Nach einem Bericht der Weltbank konnten die Staaten in Fernasien den Erfolg ihres wirtschaftlichen Aufschwungs dadurch schaffen, daß von der Wirtschaftspolitik der Importsubstitution auf eine erfolgreiche Exportförderung (inklusive Produktion für den Welthandel und Öffnung der Märkte für ausländische Direktinvestitionen) umgestellt wurde.<sup>303</sup>

---

<sup>300</sup> M. Kreile, a.a.O., 1995, S. 214 und ff.

<sup>301</sup> Ebd., S. 218

<sup>302</sup> Ebd., S. 218

<sup>303</sup> B. May, a.a.O., 1995, S. 242

Die Folge davon war, daß in der ökonomischen Interdependenz ein Wandel stattgefunden hat. Aufgrund der technologischen und strukturellen Veränderungen haben sich Schwellenländer den ursprünglichen Vernetzungen der OECD- Staaten angeschlossen. Die Türkei war eines von diesen Ländern, das sich in den achtziger Jahren diesem Kreis anzuschließen versuchte. Wer am Welthandel teilnehmen wollte, konnte von einem Abbau der Handelseinschränkungen und einer Liberalisierung des Welthandels profitieren. Özal betrachtete eine möglichst frühe Integration der türkischen Wirtschaftsstrukturen in die internationale Wirtschaft für die Türkei als vorteilhaft.

Die wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen den Staaten tragen auf der anderen Seite dazu bei, nicht in erster Linie zu Waffen zu greifen, sondern tendieren dazu, Institutionen und Instrumentarien zu entwickeln, mit denen die Konflikte zwischen beiden Staaten auf friedlichem Wege gelöst werden. Die Liberalisierung der Wirtschaftsordnung und damit verbunden die Verankerung der Institutionen in einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung führt zu Interdependenzen, zu Affektkontrolle und damit zur Zivilisierung der Konflikte und mindert die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Partnern.

Aufgrund der wachsenden Bedeutung der ökonomischen Aspekte in den internationalen Beziehungen besonders nach dem Kalten Krieg, in dem es vorrangig um die Eindämmung der militärischen Potentiale des Gegners ging, müssen die Länder im 21. Jahrhundert versuchen, ihre Vormachtstellung mehr im wirtschaftlichen Wettbewerb (durch Marktanteile) zu sichern. Der Kampf der Staaten um die Route der Öl- und Gaspipeline und um die Teilhabe der Ölkonzerne an der Erschließung der Energieressourcen Zentralasiens verdeutlicht den grundlegenden Wandel in den internationalen Beziehungen und illustriert, daß Wirtschaftshandel als Mittel der Außenpolitik zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Daher hat die Regierung Özals bei den Beziehungen mit anderen Staaten die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Vordergrund gestellt, um auf der Basis der Handelsbeziehungen die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu fördern und gegenseitig die Vorurteile abbauen und Vertrauen zu gewinnen, so daß die Überwindung der Konflikte auf friedlichem Wege ermöglicht wird. Während der griechische Ministerpräsident Papandreu ein neues Verteidigungskonzept entwickelte, in dem die Türkei als eigentliche Gefahr für Griechenland galt, hat die Türkei die Visumpflicht für die Griechen aufgehoben, um den Handel zwischen den beiden Ländern zu fördern. Dahinter steckte der Gedanke, daß die Entwicklungen der Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der ökonomischen Zusammenarbeit und gegenseitiger wirtschaftlichen Interessen gestaltet werden konnten. Damit war folgendes beabsichtigt:

„Vor allem sollte an die Stelle der gegenseitigen Besorgnis Vertrauen und Geduld eingeführt werden. Der Gedanke ‚wir sollen die Konflikte lösen, das Vertrauen kommt danach von selbst‘, ist zwar ein gutes Argument, aber trügerisch. Unser Ziel ist es nicht, Probleme zu lösen, um gegenseitiges Vertrauen zu gewinnen. Um einen geeigneten Rahmen für die Lösung unserer Konflikte zu schaffen, sollten wir einerseits in allen Bereichen - soweit es uns gelingt - die Möglichkeiten der Zusammenarbeit suchen, und andererseits sollten wir unsere jeweilige Haltung miteinander diskutieren, lernen,

gegenseitig unsere Rechte anzuerkennen und versuchen, zu einem Konsens zu gelangen.“<sup>304</sup>

Der Wiederbelebung der bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich Mitte der achtziger Jahre hatte wirtschaftliche Gründe. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten waren seit mehr als fünfzehn Jahren wegen des armenischen Terrorismus und der griechenfreundlichen Politik Frankreichs auf Eis gelegt worden. Mit dem Regierungswechsel in Paris 1986 hat Ministerpräsident Chirac eine Wende in den bilateralen Beziehungen eingeführt, in der er gegenüber Griechenland und der Türkei eine Politik der „Äquidistanz“ in die Wege einleitete. Dabei standen das wirtschaftliche Interesse Frankreichs im Vordergrund, da die Franzosen erkannt haben, daß der ständig wachsende türkische Markt gute Möglichkeiten für Großprojekte bot (z. B. U-Bahnbau in Ankara sowie Lieferung von Rüstungsmaterial).<sup>305</sup>

Die Gründung der Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) ist ein gutes Beispiel dafür, daß die SMWR sich zum Ziel gesetzt hat, durch Aufbau der Handelsbeziehungen, in deren Rahmen die Menschen die Freiheit bekommen, zwischen den Staaten frei ein- und ausreisen zu können, Investitionsmöglichkeiten zu haben und zu handeln, damit eine wirtschaftliche Dynamik unter den Mitgliedsstaaten entsteht.<sup>306</sup> Daß die Staatspräsidenten Azerbaidchans und Armeniens zum ersten Mal bei der Unterzeichnung des SMWR-Abkommens im Jahr 1992 an einem Tisch zusammenkamen, zeigt, daß der Wille der wirtschaftlichen Zusammenarbeit den Rahmen für die Lösung der politischen Konflikte anbietet.

### 3.8. Die Außenpolitik der Türkei während der Kuwait-Krise als Beispiel einer aktiven Außenpolitik

Außenpolitik ist, sehr allgemein ausgedrückt, die Wahrnehmung der allgemeinen, politischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Interessen der im souveränen Nationalstaat organisierten Gesellschaft.

Außenpolitik konstituiert sich nicht aus Einzelhandlungen, sondern es ist eine Gesamtstrategie der wirtschaftlichen, politischen, ideologischen und sicherheitspolitischen Faktoren, die auf der nationalen, subnationalen, regionalen und internationalen Ebene miteinander abgestimmt werden müssen. Die Außenpolitik wird von der Exekutive geleitet und bestimmt. Nach realpolitischem Ansatz geht sie (Morgenthau) „auf den Erhalt, den Ausbau und die Absicherung von Machtpositionen zurück“<sup>307</sup>. Außenpolitisch ersetzbare Machtmittel ergeben sich aus der militärischen und wirtschaftlichen Stärke, der Herrschaftsstruktur, der geopolitischen Lage und dem politischen Geschick der Akteure sowie aus ihrer Überzeugungskraft, in der internationalen Politik Zustimmung für die eigene Politik zu finden.

<sup>304</sup> Özal, „Ansprache beim Essen, das zu Ehren von Ministerpräsident Özal vom griechischen Premierminister Papandreu in Athen am 13.6.1988 gegeben wurde“. In: „Başbakan Özal'ın Yurtdışı Seyahatlerinde Konuşmaları“. Ankara, 1988, S. 33

<sup>305</sup> E. Antonaros, „Die Franzosen entdecken den türkischen Markt“. Die Welt, 3. Juni 1986, S. 6 und NZZ, 19.02. 1987

<sup>306</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S.284

<sup>307</sup> R. Seidelmann, „Außenpolitik“. In: Wichard Woyke, (Hrsg.), a.a.O., 1994, S. 16

Diese Gesamtstrategie vollzieht sich im Rahmen eines außenpolitischen Entscheidungsprozesses, der die Variationen der Problemdefinition, die Bestimmung der eigenen Interessen und die Erarbeitung von Problemlösungsoptionen und schließlich die Entscheidung für bestimmte Maßnahmen enthält. Da diese Variationen sich zur Erarbeitung zum Teil mit konkurrierenden Inhalten auseinandersetzen, vollziehen sie sich in der Regel in bürokratisch geordneten Organisationsformen.

Im außenpolitischen Entscheidungsprozeß werden die gesellschaftlichen Anforderungen hinsichtlich der außenpolitischen Interessen in das politische System transferiert, „mit anderen Anforderungen gebündelt und hergerichtet, daß sie außenpolitisch durchsetzbar und innenpolitisch konsensual sind“.<sup>308</sup> Der außenpolitische Entscheidungsprozeß wird von bestimmten in Staat und Gesellschaft organisierten Interessengruppen von machtpolitischen Interessenverhältnissen beeinflusst oder geprägt. Die Wahrnehmung der nationalen Interessen schließt die Notwendigkeit ein, angemessen auf die Erfordernisse der internationalen und regionalen Veränderungen zu reagieren. Dabei erfordert eine außenpolitische Analyse „die Berücksichtigung der Verhaltensmuster, der Struktur und der aktuellen Ausprägung des internationalen Systems, in das der jeweilige Akteur eingebunden ist“. Aus dieser Perspektive betrachtet, ist die Außenpolitik „sowohl Bedingung als auch Folge internationale Politik“<sup>309</sup>.

In der Türkei werden die Grundlinien der Außen- und Sicherheitspolitik weitgehend vom Nationalen Sicherheitsrat bestimmt und von Bürokraten des Außenministeriums vorbereitet und ausgeführt. Aufgrund der sich in kurzen Abständen vollzogenen Regierungsumbildungen und der Ernennung von zumeist unerfahrenen Außenministern sind die politischen Entscheidungsträger nicht in der Lage, die Initiative zu ergreifen. Sie ließen daher den Bürokraten im Außenministerium weitgehenden Entscheidungsraum. Darüber hinaus gestaltete sich die türkische Außen- und Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges im Rahmen des Ost-West-Konflikts innerhalb des NATO-Verteidigungssystems nach dem „Primat der Außenpolitik“.<sup>310</sup>

Mit Özals Regierungsübernahme wurde eine weitere Dimension, der nationalökonomische Ansatz<sup>311</sup> des Entscheidungsprozesses in die türkische Außenpolitik in verstärktem Maße einbezogen. Da die Auseinandersetzungen und Feindseligkeiten nicht im Interesse der beteiligten Staaten sein konnten,<sup>312</sup> sollte die Außenpolitik dazu dienen, die

<sup>308</sup> Ernst-Otto Czempiel, „Der Zusammenhang von Selbstbestimmung...“. In: Erich Reiter (Hrsg.), „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“, a.a.O., 1999, S. 84

<sup>309</sup> R. Seidelmann in Wichard Woyke (Hrsg.), a.a.O., 1994, S. 15

<sup>310</sup> Der Begriff „Primat der Außenpolitik“ wird in der internationalen Politik verstanden als „allseitiger Machtkampf zwischen souveränen Staaten, der sich nach strengen, ehernen Gesetzmäßigkeiten vollzieht“,

und zwar so, daß die außenpolitischen Entscheidungen nicht in der Öffentlichkeit diskutiert und ausgehandelt werden. Sie müssen dem „sachkundigen, allein verantwortlichen Lenker der Außenpolitik, dem Staatsmann vorbehalten bleiben.“ Der „Primat der Außenpolitik“ beansprucht daher die hermetische Abschirmung gegenüber Erwartungen und Wertvorstellungen der Gesellschaft. Darüber hinaus hat die Innenpolitik sich nach „den Erfordernissen der Außenpolitik zu richten“. Erwin Häckel, „Ideologie und Außenpolitik“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 145

<sup>311</sup> Die Dominanz der Wirtschaft bei der Gestaltung der türkischen Außenpolitik wird als „ökonomischer Determinismus“ bezeichnet. Als der offizielle Besuch des iranischen Ministerpräsidenten Musawi in Ankara bevorstand, erklärte Musawi, er könne unter der Bedingung kommen, daß er das Mausoleum nicht besuchen wolle. Das Außenministerium stellte sich darauf hin gegen den Besuch von Musawi, aber Özal stimmte zu. Ufuk Güldemir, Cumhuriyet, 12.11.1991

<sup>312</sup> Özal, Presseerklärung, 31.3.1984

Voraussetzungen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu schaffen und die dafür die erforderlichen Grundlinien zu legen. Mit der neuen „diplomatischen Methode“, die zunehmend vom Handel und den außenpolitischen Vorstellungen Özals bestimmt und geprägt wurde, als klassischer „Berufsdiplomatie“<sup>313</sup>, tat sich die außenpolitische Administration schwer, mit Özals Außenpolitik zurechtzukommen, da sie nicht zu den traditionellen Spielregeln der außenpolitischen Diplomatie der Türkei paßte.<sup>314</sup> Er bevorzugte es, bei Beziehungen zu ausländischen Staatsmännern, Unternehmer als Vermittler zu beauftragen anstatt offizielle Vertreter des Staates einzuschalten.<sup>315</sup> Dazu gehörten auch spontane Entscheidungen und allein unternommene Schritte.

Dabei prägten Özals Außenpolitik zwei Faktoren: Zum einen war dies die distanzierte Haltung gegenüber der türkischen Bürokratie einschließlich der des Außenministeriums, weil sie in den politischen Vorstellungen Özals als hemmender Faktor angesehen wurde. Zum anderen hat die Ausschaltung des Außenministeriums auch mit sich sehr rasch verändernden internationalen und regionalen Rahmenbedingungen zu tun. Die Gesamtstrategie und Entscheidungsformen des Außenministeriums waren an den sicherheitspolitischen Konzepten des Ost-West-Gegensatzes des Kalten Krieges orientiert. Die traditionelle Außenpolitik zeichnete sich dadurch aus, daß der Eindruck vermittelt wurde, nach folgendem Gebot zu handeln: „Die Schlange möge tausend Jahre leben, die mir nichts antut.“ Sie wurde also von Özal als eine „passive“ Außenpolitik bezeichnet. Daher war der Entschluß Özals: „Es ist keine moderne Denkweise, sich bei niemandem und nirgendwo einmischen zu wollen“. Der Schlußfolgerung war, daß die Türkei nicht länger unparteiisch sein sollte, denn: „Wir wollen auf der Seite der modernen Welt sein.“<sup>316</sup> Da Außenpolitik sowohl „Bedingung als auch Folge der internationaler Politik“<sup>317</sup> ist, hat Özal den neuen Erfordernissen der internationalen Politik entsprechend reagiert. Daher wurde im Golfkrieg die gesamte Strategie allein von Özal und seinen engsten Mitarbeitern vorbereitet und in die Wege geleitet. „Obwohl diese Art der Führungsrolle des Staatspräsidenten nicht ganz den demokratischen Spielregeln entsprach, hatte sie doch den Vorteil der Politik aus einem Guß, die, beständig einer Linie folgend, kalkulierter blieb und sich der verändernden Lage schnell anpassen konnte.“<sup>318</sup>

Dieser Anpassungsprozeß in der Außenpolitik wurde von Özal als „aktive Außenpolitik“ bezeichnet. Hier stellt sich die Frage, was überhaupt eine „aktive Außenpolitik“ ist und worin sie sich von „anderer“ Außenpolitik unterscheidet. Nach Ansicht des ehemaligen Botschafters Ercüment Yavuzalp gibt es eigentlich in der Außenpolitik kein Handeln, das als „aktive Außenpolitik“ oder „passive Außenpolitik“ bezeichnet werden könnte. Eine Außenpolitik könne je nach Lage, „aktiv“ oder „passiv“ betrieben werden, wichtig sei

<sup>313</sup> Die klassische Berufsdiplomatie des 19. Jahrhunderts, verstanden als „die Bedeutung des Botschafters vor

Ort und seiner Mission“, hat im Vergleich zu anderen Trägern der internationalen Aufgaben an Bedeutung eingebüßt. An dessen Stelle traten seit dem 20. Jahrhundert die Regierungschefs oder Minister sowie spezialisierte Delegationen, die sich häufig treffen. Hedley Bull, „Die anarchische Gesellschaft“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 42 und ff.

<sup>314</sup> E. Yavuzalp, a.a., O., 1998, S. 40 und ff.

<sup>315</sup> Den ersten Kontakt mit Vize-US-Präsident Bush stellte Özal über den Vorstandsvorsitzenden und Inhaber einer Bauunternehmer (ENKA), Tarik Şara, her. U. Güldemir, Cumhuriyet, 12.11.1991

<sup>316</sup> Y, Gökmen, a.a.O., 1992, S. 16

<sup>317</sup> R. Seidelmann in Wichard Woyke (Hrsg.), a.a.O., 1994, S. 15

<sup>318</sup> Osman Gönültas, „Rolle und Beitrag der Türkei“. In: Harmut Zeher (Hrsg.) „Der Golfkonflikt“, 1992, S. 298

eigentlich nur die „richtige“ Außenpolitik zu betreiben. Richtige Außenpolitik könne unter Umständen „aktiv“ oder „passiv“ gestaltet werden. Wobei unter „passiver“ Außenpolitik nicht verstanden werden sollte, tatenlos zu zusehen.<sup>319</sup> Aktive Außenpolitik impliziert vielmehr, diplomatisch die Eigeninitiative zu ergreifen, um Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit im außen- und sicherheitspolitischen Bereich im Interesse aller betreffenden Staaten zu schaffen. Aktive Außenpolitik sollte nicht als Kriegstreiberei und imperiale Herrschaftsbereicherung verstanden werden.<sup>320</sup>

Eine richtige Außenpolitik heißt, die Faktoren, die Ursachen, Instrumentarien und Strategien der internationalen Ordnung angemessen zu betrachten und gemäß den Erfordernissen der internationalen Politik entsprechend zu reagieren, um die Handlungsmöglichkeiten der eigenen Außenpolitik und damit den Einfluß der nationalen Interessen zu vergrößern. Zur richtigen Außenpolitik gehört auch, die Ereignisse richtig zu bewerten, so daß Folgen, die durch bestimmte Maßnahmen oder Schritte entstehen, für den betreffenden Staat, wenn nicht unbedingt Vorteile, so doch wenigstens keine Nachteile entstehen.

Die Kuwait-Krise war nicht der einzige Faktor in der türkischen Außenpolitik, der die Herbeiführung neuer sicherheitspolitischer Strategien erforderte. Als die Weltöffentlichkeit und die internationale Politik sich mit den Nachwirkungen der Kuwait-Krise befaßte, brachen die Sowjetunion und Jugoslawien zusammen. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion mit ihren regionalen und internationalen Folgen und den Zerfall Jugoslawiens wurde die Türkei in die Lage versetzt, in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik eine ungewöhnliche, multidimensionale und regionalbezogene Strategie zu entwickeln. Denn die internationale Ordnung des Kalten Krieges und deren Auswirkung auf die türkische Sicherheits- und Außenpolitik verlor durch den Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Gültigkeit. Diese neue Außenpolitik machte sich in erster Linie dadurch bemerkbar, daß die Türkei während der Kuwait-Krise gegen den Irak auf der Seite der Alliierten stand, und zwar aktiv in dem Sinne, daß zum ersten Mal von türkischem Boden aus das Territorium eines Nachbarlandes angegriffen wurde. Es galt nicht mehr das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarn, der bisher Leitfaden der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik gewesen war. Dabei ist zu beachten, daß die Beteiligung der Türkei im Rahmen der UN-Resolutionen erfolgte, damit diese völkerrechtlich abgesichert war. Die Türkei konnte aufgrund sicherheitspolitischer Befürchtungen der Krise am Golf nicht tatenlos zu sehen. Ein aus der Krise als Sieger hervorgegangener Irak stellte für die sicherheitspolitischen Interessen der Türkei eine große Bedrohung dar. Auf der anderen Seite mußte die Türkei während der Neustrukturierungsphase der internationalen Ordnung im Rahmen der von US-Präsident Bush proklamierten Neuen Weltordnung ihren Platz auf der Seite der westlichen Staaten sichern.

Die neue multidimensionale Außenpolitik der Türkei war von ihren Aktivitäten her im Verhältnis zur Außenpolitik des Kalten Krieges eine „aktive“ Außenpolitik. Dabei erschien es der türkischen Führung notwendig, neue Akzente in der Sicherheits- und Außenpolitik zu setzen. In der Übergangsphase der internationalen Neuordnung befanden sich gerade die Regionen im Zentrum der internationalen und regionalen Interessenskonstellationen der neuen Weltordnung, in denen entweder die Sicherheits- und

<sup>319</sup> E. Yavuzalp, a.a.O., 1998, S. 81 und ff.

<sup>320</sup> Şule Kut, „Türkiye'nin Soğuk Savaş Sonrası Dış Politikasının Anahtarları“ (Die Schlüssel der türkischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg). In: Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 43 und ff.

außenpolitischen Interessen der Türkei (wie im Nordirak während der Kuwait-Krise) unmittelbar betroffen waren oder die die Türkei aus ihren geschichtlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten heraus veranlaßten, eine aktive Außenpolitik auf internationaler Ebene zu führen und die Interessen der Konfliktparteien zu vertreten. Im Konflikt zwischen Azerbaidchan und Armenien z. B. hat die Türkei in internationalen Gremien diplomatische Anstrengungen für Azerbaidchan unternommen. Genauso hat die Türkei versucht, für Bosnien-Herzegowina internationale Maßnahmen in Bewegung zu setzen.

Auf der anderen Seite war die politische Führung bereit, sich diesen Herausforderungen zu stellen.<sup>321</sup> Aber das Problem bestand darin, daß die Türkei weder über institutionelle Voraussetzungen verfügte, um den neuen außenpolitischen Herausforderungen in entsprechendem Maße gerecht zu werden, noch folgte sie bestimmten eindeutigen von allen Einrichtungen des Staatsapparates getragenen und festgelegten Strategien. Die türkische Außenpolitik pendelte zwischen Vorstellungen des „Falken- Flügel“, vertreten durch Staatspräsident Özal, und dem konservativen, fast bewegungslosen und gemäßigten Flügel, vertreten durch Ministerpräsidenten Demirel. Daher entstand oft der Eindruck, daß man nicht wußte, wer die Außenpolitik der Türkei bestimmte.<sup>322</sup>

### 3.8.1. Die innenpolitischen Dimensionen der aktiven Außenpolitik

Die außenpolitischen Erfolge, die Staatspräsident Özal durch aktive Außenpolitik zu erzielen hoffte, wollte Özal für seine innenpolitischen Veränderungen nutzen. Er wollte seine persönliche Machtposition durch die Umwandlung eines Präsidialsystems nach französischem Modell sichern und seine Dominanz in der Außen- und Sicherheitspolitik ausdehnen.<sup>323</sup>

Eine andere Dimension der Politik Özals bildete seine Erwartung, daß die Veränderungen, die durch den Golfkrieg ausgelöst wurden, positive Auswirkungen auf die innergesellschaftlichen Veränderungen haben könnten. Eine von diesen Erwartungen bestand darin, daß er diese Möglichkeit zum Anlaß genommen hat, jene Kräfte, die er als „Republikanische Garde“ bezeichnete, in der Türkei auszuschalten bzw. zu schwächen, da sie sich gegen die gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Veränderungen stellten. Der Rücktritt des Generalstabschefs, der in der türkischen Geschichte einmalig ist, kann ein Indiz dafür betrachtet werden. Es war also innenpolitisch auch ein Machtkampf zwischen der herrschenden Eliten, die nicht mehr in der Lage waren, die Politik der

---

<sup>321</sup> Diese Lage wurde von M. Ali Birand so beschrieben: „ In der Außenpolitik aktiv zu sein, ist etwas Schönes. Die Passivität, die wir seit Jahren mit uns trugen, sind wir losgeworden. Jetzt sind wir überall da; wir stecken unsere Finger überall aus und versuchen, eine aktive Rolle zu übernehmen. Bei der Auseinandersetzung im Transkaukasus sind wir präsent. Wenn es um die zentralasiatischen Republiken geht, sehen wir uns in der ersten Reihe. Die Schwarzmeerwirtschaftskooperation gründet sich auf unsere Initiative. Die Aktivitäten auf dem Balkan nehmen zu; das Einsetzen für die Rechte der türkischen Minderheiten in Bulgarien; die Bestrebungen der Türkei in Bosnien-Herzegowina, den Frieden wiederherzustellen (...). Wir sind einer von den Schlüsselstaaten bei den Entwicklungen im Nahen Osten. Wenn es um den kurdischen Staat geht, ist die Türkei mit dabei, wenn es sich um Saddam handelt, ist die Türkei mit dabei (...). Bei den Diskussionen über die Probleme der Region ist die Türkei das Land, auf das alle Augen gerichtet sind. Beim Somalia-Einsatz sind wir dabei. Und die Probleme mit Griechenland (...). Eigentlich zwingen uns die internationalen Voraussetzungen, sie bringen die Probleme bis an die Tür der Türkei, wo die Türkei nicht nur als Zuschauer zusehen kann.“ M. Ali Birand, „Dış Politikada İki Tehlikeli Gelişme“ (Zwei gefährliche Entwicklungen in der Außenpolitik). Sabah, 20.2.1993

<sup>322</sup> İlter Turhan, „Dış Politikayı Kimin Yönlendirdiğini Bilen Yok“ (Man weiß nicht, wer die Außenpolitik steuert). Milliyet, 05.01.1991

<sup>323</sup> H. Kramer, „Türkei und der Golfkrieg“. SWP-Ebenhausen, 1991, S. 7-14

Türkei allein zu bestimmen, und jener Kräfte, die in den achtziger Jahren im Zuge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses den Anspruch erhoben, bei der Bestimmung der türkischen Innen- und Außenpolitik ein Mitspracherecht zu haben. Man kann es nicht als Zufall ansehen, daß die in bestimmten Kreisen auf heftige Kritik gestoßene Lösung des Kurdenproblems, nämlich, daß man dabei auch über Föderation diskutieren sollte, als ein Zeichen in dieser Richtung verstanden werden sollte. Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Konfliktkonstellationen fand sich die türkische Regierung beim Ausbruch des Kuwait-Krise am Rande ihrer innen- und außenpolitischen Tragweite mit kaum kalkulierbaren außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen konfrontiert.

Das Problem lag darin, daß sich zwar der größte Teil der Bevölkerung mit der Liberalisierungspolitik Özals als neue Avantgarde des gesellschaftlichen Transformationsprozesses arrangiert hatte, wie z.B. die islamischen Kräfte, aus denen Özal überwiegend seine Wähler ausschöpfte. Diese Kreise standen aber im Falle des Golfkrieges den Plänen Özals sehr skeptisch und kritisch gegenüber. Da es sich hier um einen Krieg gegen das muslimischen Brudervolk Irak handelte, lehnten sie es ab, gegen ein Brudervolk Waffen zu richten.<sup>324</sup>

In demokratischen Staaten sind die Bürger darauf angewiesen, über außenpolitische Ereignisse durch den Staat und die Medien informiert zu werden. Die öffentliche massive Kritik der Medien, die einen Vorteil in der Beibehaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung sahen, d. h. die Politik der herrschenden Eliten befürworteten, trug auch dazu bei, daß die Bevölkerung die möglichen innenpolitischen und außenpolitischen Veränderungen als Ergebnis des Golfkrieges nicht einschätzen konnten. So standen jene innenpolitischen Kräfte, die für die Liberalisierung und Änderung der innen- sowie außenpolitischen Verhältnisse eintraten, Seite an Seite – wenn auch aus anderen Gründen - mit jenen Kräften in der Gesellschaft, die den gesellschaftlichen Transformationsprozeß am liebsten rückgängig machen wollten.<sup>325</sup>

Der von Özal während des Golfkrieges viel zitierte Satz: „Wir werden einiges einbüßen, aber dreimal so viel gewinnen“<sup>326</sup> dürfte in dieser Hinsicht vielmehr darauf beziehen, mit der Beteiligung des Golfkrieges das Ansehen der Türkei international zu verbessern, in der Region als verlässlicher Partner der Verbündeten zu gelten damit verbunden wirtschaftliche Vergünstigungen auf den westlichen Märkten zu erreichen, in der Region als Regionalmacht aufzutreten und in der Innenpolitik den gesellschaftlichen Veränderungen neue Impulse zu geben. Denn die Welt bewegte sich in eine bestimmte Richtung, und Özal wollte den Zug nicht verpassen. Das setzte aber voraus, wie Özal es bemerkte „die Veränderungen in der Welt vorhersehen zu können und die entsprechenden Maßnahmen zu

---

<sup>324</sup> Nach Umfragen lehnten beinahe 80 % der Bevölkerung die Politik Özals hinsichtlich der Golfkrieg ab. FAZ, 22.8.1990

<sup>325</sup> In der Versammlung des nationalen Sicherheitsrates am 28.2.1997 drängten die Militärs die Koalitionsregierung Erbakan-Çiller dazu, gegen die islamischen Kräfte mit Härte entgegenzutreten. Dieses Datum wird als ein Wendepunkt in der Innenpolitik betrachtet und als „Post-moderne Intervention“ (coup d'état) bezeichnet. Die in den folgenden Tagen erschienen, großen Zeitungen und Medien stellten sich auf die Seite dieser Kräfte mit Parolen wie „Zurück in die dreißiger Jahre!“

<sup>326</sup> Obwohl Özal in einem Interview sagte, daß dieser Satz nicht von ihm stamme, nannte er drei Ziele für die Türkei, die nach der Beendigung des Krieges für die Türkei Vorteile bringen würde: 1. Die Modernisierung der türkischen Armee. 2. Der Westen hat die Unverzichtbarkeit der Türkei begriffen. 3. Mit den islamischen Staaten werden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen entwickelt. „Özal'ın Savaş Sonrası Planları“ (Die Pläne Özals nach Kriegsende). Hürriyet, 31.1. 1991

treffen. Ich sage es absolut, wir müssen auf ein Status-Quo-Verhalten verzichten. Weitsichtige Politik zu verfolgen, bedeutet aktive Politik zu betreiben.“<sup>327</sup>

### 1.8.2. Die Strategien und Erwartungen der Türkei während der Kuwait-Krise

Während des Ersten Golfkrieges gestalteten sich die Beziehungen der Türkei zu den beiden Kriegsparteien, Iran und Irak, recht gut. Noch während des irakisch-iranischen Kriegs nahm die Türkei gegenüber den beiden Nachbarn gemäß dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten eine neutrale Haltung ein. Während dieser Zeit war die Türkei für beide Kriegsparteien wichtiger Handelspartner. Aufgrund der geographischen Nähe und der direkten Lieferung der Waren, die beide Staaten während des Krieges benötigten, erschien die Türkei für beide Seiten ein verlässlicher Handelspartner zu sein. Die ersten Auslandsbesuche des Ministerpräsidenten Özal fanden im Iran und Irak statt. Dies unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung dieser Staaten für die Türkei.

Noch während des Krieges war Ankara besorgt über die Ausweitung und Konzentration des Krieges auf das kurdische Nordirak. Die kurdische Front im Nordirak kooperierte mit dem Iran. Das bedeutete für die Türkei, daß eventuell der Nordirak (Kirkuk und Moussul, von dort aus führten zwei Rohöl-Pipeline in die Türkei) unter den Einfluß des Iran geraten würde. Denn die Kurdenführer Talabani und Barzani schlugen sich auf die Seite des Irans und erklärten die Einnahme von Kirkuk und Moussul als das Ziel der gemeinsamen Operation mit dem Iran.<sup>328</sup> Für die Türkei war es aus strategischen und sicherheitspolitischen Gründen unannehmbar, daß der Iran in diesem Gebiet an Einfluß gewinnt.

Nach dem Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran 1988 wandte sich die irakische Armee gegen die Kurden im Nordirak, die während des Krieges mit dem Iran gegen das Regime in Bagdad Krieg führten. Die vor der irakischen Armee geflüchteten, kurdischen Flüchtlinge zogen in die türkischen Grenzgebiete zwischen der Türkei und dem Irak. Dies war das erste Anzeichen der Verschärfung der Beziehungen zwischen dem Irak und der Türkei. Die Türkei hatte aufgrund der geographischen Gegebenheiten Probleme damit, die Sicherheit der Grenze zum Irak zu gewährleisten, weil sie die Aktionen der von jenseits der türkischen Grenze (aus dem Nordirak) operierenden PKK verfolgen mußten.

Kurz vor Ausbruch der Golfkrise hatte es Unstimmigkeiten in den Beziehungen zwischen beiden Staaten wegen des Staus des Euphratwassers zur Füllung des Staudammes Atatürks im Januar 1990 (GAP-Projekt) gegeben. Eine weitere politische Eskalation zwischen beiden Staaten bahnte sich an, als die türkischen Zollbeamten in einem Frachtschiff, dessen Ladung für den Irak bestimmt war, im April 1990 riesigen Stahlrohre entdeckten, die von einer britischen Rüstungsfirma hergestellt worden waren. Während die irakische Regierung behauptete, sie seien für die Öl-Pipeline vorgesehen und die Türkei aufforderte, das Schiff mit der Fracht frei zu lassen, waren die westlichen Staaten davon überzeugt, daß die Rohre für den Bau einer Superkanone verwendet werden würden.<sup>329</sup> Im Schatten dieser Ereignisse besuchte der türkische Ministerpräsident Yildirim Akbulut Anfang Mai 1990 Bagdad. Dabei machte Saddam die Andeutung, daß die Türkei aus Sicherheitsgründen

<sup>327</sup> Entnommen aus: H. Bağcı, a.a.O., 1996, S. 21

<sup>328</sup> FAZ 23.10.1986

<sup>329</sup> Vgl. M. Ata Bakış, „Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg - Ein Beitrag zu türkischen Außenpolitik von 1945-1991“, Diss. Freie Universität Berlin 1992, S. 243

nicht mehr mit ihrer NATO-Mitgliedschaft rechnen solle.<sup>330</sup> Im Klartext sah sich Saddam in der Lage, in der Region als einziger Machtfaktor zu gelten.

### 3.8.3. Die Strategien der Türkei

Vor der Kuwait-Krise war das außenpolitisches Bild der Türkei durch folgende Aspekte gekennzeichnet:

1. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes war der geostrategische Stellenwert der Türkei in den Augen ihrer westlichen Verbündeten verblaßt. Damit verbunden konnte die Türkei die NATO nicht mehr in dem Maße wie früher bei ihren sicherheitspolitischen Strategien berücksichtigen.
2. Özal konzentrierte sich auf regionale Beziehungen und suchte nach einer starken Zusammenarbeit im regionalen Bereich, um die wirtschaftlichen Zusammenarbeit auszubauen und die sicherheitspolitischen Risiken für die Türkei einzudämmen.
3. Da die Weltordnung sich in einer Übergangsphase befand, deren Folgen nicht abzuschätzen war, wurde die regionale Sicherheitslage für die Türkei unkalkulierbar. Die Bedrohungsstrategie des Kalten Krieges galt nicht mehr. Während ihre NATO-Verbündeten sich in einer Phase des „Aufatmens“ und der Erleichterung befanden, mußte sich die Türkei mit neuen ihrer nationalen Einheit bedrohten sicherheitspolitischen Gefahren in ihrem Umfeld auseinandersetzen.
4. Daher sollte die Türkei in der Region stark sein, um möglichen sicherheitspolitischen Gefahren, bzw. Drohungen effektiv entgegenzuwirken (Abschreckung) bzw. die regionalen Entwicklungen zu ihrem Vorteil zu gestalten. Dafür mußte aber die Türkei neben wirtschaftlicher Stärke auch in der Lage sein, ein starkes Militär zu haben. Dazu brauchte sie die Unterstützung der westlichen Verbündeten, vor allem die der USA, die jedoch wegen der sich verändernden globalen Sicherheitsordnung dabei waren, den strategischen Stellenwert der Türkei zu hinterfragen.

Die Grundlagen der türkischen Außenpolitik<sup>331</sup> während des Golfkrieges basierten auf folgenden strategischen Faktoren:<sup>332</sup>

1. Das Ende des Ost-West-Konflikts führt zu einem fundamentalen und raschen Umwandlungsprozeß im internationalen System.
2. Die bisherige außenpolitische Strategie der Türkei und anderer Staaten ist nicht auf solche akute Umwandlungen zugeschnitten und nicht dazu geeignet, die sich überschlagenden Ereignisse rechtzeitig zu analysieren und die erforderlichen Maßnahmen

<sup>330</sup> Serhat Güvenç, „TSK'nin Sinirötesi Gririsim Yetenekleri: Ulusal Güvenlik Boyutunda Yeni Boyut“ (Die grenzüberschreitenden offensiven Fähigkeiten der türkischen Streitkräfte: Neue Dimensionen in der nationalen Sicherheitspolitik). In: G. Özcan/Ş. Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 136

<sup>331</sup> Über die außenpolitischen Ziele der Türkei Vgl. Heinz Kramer, „Der Golfkrieg und die Türkei“, SWP-Ebenhausen, 1991; Gülistan Gürbey, „Die Türkei und der Nahe Osten. Die politische Interessenkonstellation der Türkei im Golfkrieg“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 3/1991, S. 208-224

<sup>332</sup> Diese Überlegungen beruhen auf einem Treffen des Staatspräsidenten Özal mit türkischen Journalisten in Çankaya am 18. August 1990, um Ansätze, Möglichkeiten und Strategie der türkischen Außenpolitik während des Golfkrieges und die eventuelle künftige Rolle der Türkei in der Region und im internationalen

System zu erklären, und waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

zu treffen. Die seit mehr als vierzig Jahren während des Kalten Krieges festgelegten Strategien der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik erschwerten es, eine angemessene Strategien im regionalen Bereich zu entwickeln. Die bisherige Gleichgewichtspolitik hat sich verändert, neue Parameter sind in den Prozeß der internationalen Politik hineingekommen.

- a. Die außenpolitische Manövrierfähigkeit der Türkei, die immer noch dem alten System verhaftet ist, entspricht nicht den gegebenen, sich schnell verändernden Ereignissen.
  - b. Daher muß man in der Lage sein, schnelle Entscheidungen zu treffen, um die Initiative nicht aus seiner Hand gleiten zu lassen.<sup>333</sup>
  - c. Bei den Interessen der Türkei geht es darum, bei weniger Zeitaufwand und Investitionen möglichst große Gewinne zu erzielen.
3. Dabei ist die Beteiligung an einem Krieg für die Türkei unerwünscht und als das allerletzte Mittel zu betrachten.<sup>334</sup>
  4. Das Erdöl im Nahen Osten ist die „life-line“ (Lebensader) der westlich-industrialisierten Staaten.<sup>335</sup> Daher genießt die Sicherung der Lebensader (nämlich der Ölversorgung) aus strategisch-wirtschaftlichen Gründen höchste Priorität.<sup>336</sup>
  5. Wenn Kuwait unter der Besetzung Iraks bleibt, wird der Irak so mächtig sein, alle Ölquellen im Nahen Osten kontrollieren zu können. Es ist nicht vorstellbar, daß der Westen, vor allem die USA diese neue entstandene Situation, die eine starke Machtverschiebung zum Nachteil der westlichen Staaten bedeutet, einfach hinnehmen werden.

---

<sup>333</sup> Diese von Özal vertretende Stellungnahme durfte u.a. einer von den Gründen sein, der Özal dazu veranlaßte die Außenpolitik der Türkei während des Golfkrieges allein zu bestimmen.

<sup>334</sup> Die Türkei spielte mit dem Gedanken, Streitkräfte an den Golf zu senden. Es war vorgesehen, eine Luftkampf Einheit der Flugzeuge F-16, zwei Panzerdivisionen und 4 Kriegsschiffe zu schicken. Aufgrund des heftigen Widerstandes wurde dieses Vorhaben nicht verwirklicht. Ertuğrul Özkök, „(Özal’ın İç ve Dış Planları“ (Die Außen – und Innenpläne Özals). Hürriyet, 26.2.1991

<sup>335</sup> Wie wichtig das Öl für die USA ist, zeigt die Aussage seines Beraters Bush. Am 20. August 1990 zitierte „Time“ einen Berater von Präsident Bush: „Es ist ganz einfach. Selbst ein Dummkopf versteht das Prinzip. Wir brauchen das Öl. Es ist schön, über das Eintreten für die Freiheit zu plaudern, aber Kuwait und Saudi-Arabien sind nicht gerade Demokratien, und wenn deren Hauptexportgüter Orangen wären, (...) hätten wir Washington den August über dichtgemacht. Daran gibt es nichts zu deuteln.“ US-Außenminister Baker brachte zum Ausdruck welchen Stellenwert das Öl im Mittleren Osten und am Golf für das Wirtschaftsleben der USA hat. Er ließ durchblicken, daß das amerikanische Engagement in der Golfregion zur Erhaltung von Arbeitsplätzen im eigenen Land diene. Zit. n.: André Gunder Frank, „Der Krieg der Scheinheiligen: Seid verflucht alle beide“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/91, S. 219 und ff.

<sup>336</sup> Rainer Brinkmann nennt als Motive der amerikanischen Intervention eine „Interessentriade, die im wesentlichen die Nahostpolitik der USA bestimmte: Das erste substantielle Anliegen der USA galt dabei der Existenzsicherung des Staates Israel. Das zweite galt wegen der hochgradigen Abhängigkeit der westlichen Industrieländer vom Öl der daraus resultierenden Notwendigkeit, ungehinderten Zugang zu den Ressourcen zu haben. Damit verbunden war folgendes: „Die Gefahr einer kommunistischen Machtprojektion in diesem Raum, der aufgrund der westlichen Interessen als Austragungsort für die geopolitische Rivalität der Supermächte prädestiniert war, nahm in der Risikoanalyse der USA einen elementaren Platz ein“. Für die Intervention Kuwaits galt die Sicherung und die Kontrolle der strategischen Ressourcen Öl als wichtigster Grund. Rainer Brinkmann, „Das Konfliktszenario: politische und militärstrategische Ziele und Interessen der Konfliktparteien“. In: Hartmut Zeher (Hrsg.) „Der Golfkonflikt – Dokumentation, Analyse und Bewertung aus militärischer Sicht“. Verlag E.S. Mittler & Sohn, Herford, Bonn, 1992, S. 37 und ff.

6. Für die Türkei wäre es unmöglich zu sagen, daß sie die UNO-Beschlüssen mißachten und sich auf die Seite Iraks stellen würde. Es wäre auch nicht möglich (wie während des ersten Golfkrieges) sich neutral gegenüber beiden „Parteien“ zu verhalten.
7. Die Türkei ist der Schlüssel<sup>337</sup> für das Embargo gegen den Irak, da sein wichtiges Exportgut – das Erdöl - nur durch eine Pipeline über die Türkei verläuft. Zum anderen kann der Irak den Zugang zum Handel und zu Importgütern, die er dringend brauchte, nur auf dem Luft- und Landweg über die Türkei schaffen. Daher ist die Türkei der Schlüssel für das Embargo gegen den Irak, was auch bei einer effektiven Ausübung internationalen Drucks eine große Rolle spielt.
8. Die Türkei hat nur zwei Alternativen: Entweder sich auf die Seite der alliierten Koalition zu stellen und den UN-Beschlüssen zu folgen oder aber auf irakische Seite. Eine dritte Alternative gibt es nicht. Wegen ihrer institutionellen Verbindungen, der NATO-Zugehörigkeit, des Europarats, der EU-Beitrittsversuche und ihrer von der Grundlage her nach Westen gerichteten Außenpolitik konnte die Türkei keine Politik „des Stillhaltens“<sup>338</sup> betreiben, wie sie von Teheran erfolgreich durchgeführt worden ist, der als „lachender Dritte“ vom Golfkrieg profitiert hat.
9. Die Entstehung eines separatistischen kurdischen Staats im Nordirak ist für die Türkei aus sicherheitspolitischen Gründen unannehmbar. Daher sollte die Türkei auf keinen Fall zulassen, daß im Norden Iraks ein kurdischer Staat entsteht.

Die Überlegungen und Ziele der Türkei können auf drei Punkte reduziert werden:

1. Dem Westen, wie die Kuwait-Krise es zeigte, vor Augen zu führen, wie wichtig die strategische Bedeutung der Türkei als Verbündeter für die Verteidigung bzw. Aufrechterhaltung der Lebensinteressen der westlichen Staaten ist. Der Westen sollte davon überzeugt werden, daß die Türkei für ihn unverzichtbar ist (auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts), solange die Region des Nahen Ostens eine unumgänglich strategisch wichtige Region darstellt. Obwohl wegen der anti-irakischen Haltung der Türkei keine ernst zu nehmende Bedrohung der territorialen Integrität der Türkei vorhanden war, verlegte die Türkei das 7. Korps mit einer Teilmobilmachung von 100.000 Soldaten und 700 Panzern zur irakischen Grenze und bat um militärischen Schutz ihrer NATO – Verbündeten - wohl mit dem Gedanken, die Solidarität der westlichen Partner zu testen und den Verbündeten die Wichtigkeit des geostrategischen Stellenwerts vor Augen zu führen.<sup>339</sup> Als das türkische Verteidigungsministerium erklärte, daß die Türkei Truppen an die irakische Grenze verlegt habe, um der Abwehr eines irakischen Angriffs standzuhalten, wurde vom irakischen Verteidigungsminister verkündet, daß der Irak niemals die Absicht gehabt habe oder haben werde, die Türkei, ein befreundetes Land, anzugreifen.<sup>340</sup> Durch die militärischen Maßnahmen und die Mobilmachung an den Ostgrenzen wurde die territoriale Integrität des Iraks erhalten und damit ein umfangreicher militärischer Beitrag

---

<sup>337</sup> Diese Position wird von D. Schleger wie folgt bestätigt: Es „erscheint Özals Behauptung gerechtfertigt, daß die Türkei eine Schlüsselposition in der Realisierung sämtlicher von den Vereinten Nationen beschlossenen Embargo-Maßnahmen einnimmt, und zwar – auch das muß anerkannt werden – trotz ihrer schwerwiegenden wirtschaftlichen Verluste, die offenkundig unausweichliche Konsequenzen dieser Sanktionen sind.“ Dietrich Schlegel, „Die außenpolitische Position der Türkei in der Golfkrise und das Verhältnis zu Europa“. In: Südosteuropa Mitteilungen, Nr. 4/1990, S. 273

<sup>338</sup> R. Brinkmann, a.a.O., 1992, S. 53

<sup>339</sup> Ebd., S.53

<sup>340</sup> INA, irakische Nachrichten Agentur, 12.12.1990

zur Sicherung an der Nordfront geleistet. Die Kosten für diese Operationen allein an der Grenze zum Irak betragen 350 Mio. DM<sup>341</sup>

2. Die arabischen Staaten zu besuchen und ihnen zu verdeutlichen, daß die Türkei auf ihre Seite steht und daran interessiert ist, zu ihnen Beziehungen zu entwickeln.

Wir können aus obigen politischen Überlegungen das Fazit ziehen, daß die Türkei dazu tendierte, von der Linie ihrer klassischen Außenpolitik abzuweichen und eine Politik zu verfolgen, die ggf. alle außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Türkei offen hält und somit die Manövrierfähigkeit der Türkei vergrößert.

Die Türkei rechnete damit, daß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Kuwait-Krise im Nahen Osten ein neues Gleichgewicht entstehen würden. Dabei zielte die türkische Politik darauf ab, gegenüber dem Westen den Eindruck vermitteln, daß die Türkei ein Land ist, daß auch mit arabischen Staaten enge und gute Beziehungen aufzunehmen in der Lage ist und somit zwischen dem Westen und den Nahoststaaten eine Brückenfunktion übernehmen kann. Dies kann man durch eine aktive Politik in der Region erreichen.

Damit verbunden wird die Türkei künftig zwei Trümpfe in ihrer Hand haben: erstens die engen Beziehungen zu Europa (Unverzichtbarkeit der Türkei) und zweitens gute partnerschaftliche Beziehungen zur arabisch-islamischen Welt. D. h. je mehr die Position der Türkei als ein Partner von arabischen Staaten aufgewertet wird, um so größeres Ansehen gewinnt die Türkei bei den westlichen Staaten. Die regionale Bedeutung der Türkei erhält (umgekehrt) in den Augen der arabischen Staaten ihr besonderes Gewicht nur durch die gleichzeitige Verankerung im westlichen Bündnis.<sup>342</sup> Özal rechnete damit, daß die Landkarte des Nahen Ostens sich nach dem Krieg ändern werde, daß die Unruhe am Golf schließlich zu einer Umgestaltung der gesamten Staaten des Nahen Ostens führen würde, bei deren Neuordnung die Türkei ein Mitspracherecht beanspruchen werde.<sup>343</sup>

3. Die Entwicklungen in der Region zu verhindern bzw. einzudämmen, die die sicherheitspolitischen Interessen der Türkei unmittelbar gefährden: namentlich die Entstehung eines kurdischen Staates im Norden Iraks.

Die USA und ihre westlichen Verbündeten werden auf Dauer in der Region nicht so viele Streitkräfte stationieren, sie werden ihre Streitkräfte abziehen. Sie werden jedoch zur Regulierung und zum Schutz ihrer Lebensader ein neues System in der Region konzipieren. Dies werden sie nicht allein, sondern in Zusammenarbeit mit den regionalen Staaten verwirklichen. Daher sollte die Strategie der Türkei in der Golfkrise so konzipiert werden, daß sie bei einer künftig entstehenden regionalen Ordnung eine bedeutendere Position erhält.

### 3.8.3.a. Die Einhaltung der UN-Resolutionen

<sup>341</sup> O. Gönültaş in H. Zeher (Hrsg.), a.a.O., 1992, S. 299

<sup>342</sup> H. Kramer, „Der NATO-Partner Türkei - Überlegungen zur sicherheitspolitischen Dimension westlicher Türkeipolitik“. SWP- Ebenhausen, 1985, S.48

<sup>343</sup> W. Günter Lerch, „Die Landkarte wird sich ändern“ FAZ, 18.9.1990

Als die irakische Armee am 2. August 1990 Kuwait überfiel, unterbrach der Staatspräsident der Türkei Özal seinen Urlaub im Mittelmeer und kehrte nach Ankara zurück, wo er den Sicherheitsrat zusammenrief. Die Türkei schloß sich am gleichen Tag ohne Einschränkung der UN-Resolution 660 vom 2.8.1990 an, in der der Irak für sein Vorgehen verurteilt und zu einem bedingungslosen und sofortigen Rückzug aus Kuwait aufgefordert wird. Sie nahm auf der Grundlage der UN-Resolutionen eine eindeutige Haltung gegenüber dem Irak ein.

Am 5.8.1990 traf der irakische stellvertretende Ministerpräsident Taha Yasin Ramazan in voller Militäruniform und mit einer Pistole ausgestattet zu einem Überraschungsbesuch in Ankara ein, überbrachte eine Botschaft von Saddam Hussein an Özal und versuchte die Türkei, zu einer neutralen Politik (wie während des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran) bzw. zum „Stillhalten“ und zur Aufrechterhaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu bewegen, was jedoch von Özal abgelehnt wurde. Er sagte: „Bei der Durchführung der UN-Beschlüsse gegen den Irak ging die Türkei voran. Alle Maßnahmen, die wir angesichts der Krise trafen, standen im Einklang mit den UN-Resolutionen. Im Iran-Irak-Krieg hatte die Türkei sich neutral zu verhalten. Eine derartige Neutralität kam in der Golfkrise nicht in Frage. Die Frage war diesmal für uns prinzipieller Art. Diesmal ging es um die Erhaltung des Friedens in der Region und der Welt. Mit dem Embargo und durch den Beginn des Krieges in unserem Nachbarland nahmen wir große wirtschaftliche Verluste im Kauf.“<sup>344</sup>

In einer geheimen Sitzung im August 1990 wurde die Regierung vom Parlament bevollmächtigt, im Falle eines Angriffs von außen ohne weitere Konsultation des Parlaments den Kriegszustand auszurufen. Das Parlament ermächtigte des weiteren die Regierung dazu, im Falle eines Angriffs aus dem Irak Streitkräfte einzusetzen.

Einen Tag nach dem Besuch Yasin Ramazans traf am 6.8.1990 der iranische stellvertretende Staatspräsident Ali Ekber Muhayyeri in Ankara ein und überbrachte Özal eine Botschaft vom iranischen Staatspräsident Rafsanjani. Verlautbarungen der Presse zur Folge hat der iranische Präsident vorgeschlagen, den Konflikt gemeinsam mit den Ländern der Region zu lösen und warnte die Türkei gleichzeitig davor, dem Druck des Westens nachzugeben, eine Intervention von türkischem Boden aus zu gestatten.<sup>345</sup>

In einer außerordentlichen Sitzung am 7. August 1990 beschloß das Regierungskabinet, der Resolution 661 vom UN-Sicherheitsrat Folge zu leisten. Der Regierungssprecher und Staatsminister Mehmet Yaşar erklärte, die Türkei stimme im Prinzip mit dem weltweiten Wirtschaftsembargo gegen den Irak überein.<sup>346</sup> Am gleichen Tag teilte der Staatsminister für Erdölfragen Mehmet Keçeciler mit, „das Schließen der Pipeline liegt in irakischen Händen. Aber wenn wir das Verladen stoppen, wird der Irak die Pipeline schließen

---

<sup>344</sup> Zit. n.: G. Gürbey, „Die Türkei und der Nahe Osten“. In: Südosteuropa Mitteilungen 3/91, S. 220. Bei dem Empfang sagte Ramazan zu Özal, daß der Irak keine Forderungen stelle und daß die Türkei sich auf die Seite des Iraks stellen solle. Der Irak wolle lediglich, daß die Türkei neutral bleibe und seine ökonomischen Beziehungen aufrecht erhalte. Özal erwiderte, für die Türkei gebe es nur zwei Alternativen: entweder auf der Seite des Iraks oder auf der Seite der Alliierten. Er riet Ramazan dazu, den Konflikt friedlich beizulegen, da sich der Irak in eine aussichtslose Situation hinein manövrierte. Özal „Zur Golfkrise- Gespräch mit Journalisten“ 18.8.1990, S. 19

<sup>345</sup> NZZ, 9.8.1990

<sup>346</sup> Ebd.,

müssen“<sup>347</sup>. Die Bitte der irakischen Seite, Arzneimittel und Nahrungsmittel für Kinder von UN-Sanktionen auszuschließen, wurde von der Türkei abgelehnt.<sup>348</sup>

An dem Tag, an dem das Wirtschaftsembargo gegen den Irak verhängt wurde, war US-Außenminister James Baker auf dem Weg in die Türkei mit der Absicht, sie zur Einhaltung des Embargos zu überreden, da die Türkei durch das Embargo erhebliche wirtschaftliche Verluste in Kauf nehmen mußte. Die Türkei handelte schnell, am gleichen Tag, an dem die Resolution 661 des UN-Sicherheitsrates zum Wirtschaftsembargo gegen Irak beschlossen wurde, hat die Türkei dem UN-Beschluß Folge geleistet und vor dem Eintreffen des US-Außenministers Baker in Ankara die Öl-Lieferung (trotz eines jährlichen Verlustes in Höhe von 300 Mio. US-\$) gestoppt.<sup>349</sup> Diese Entscheidung fiel um so leichter, da die irakische Regierung einen Tag zuvor wegen Absatzschwierigkeiten die Sperrung einer der Erdöl-Pipelines verkündet hatte, die irakisches Erdöl zum Mittelmeerhafen Yumurtalik transportierte.<sup>350</sup> Nach einer Erklärung des türkischen Außenministeriums beliefen sich die finanziellen Verluste der Türkei in einem Monat auf 4.5 Mio. US-\$<sup>351</sup>.

Der türkische Staatspräsident besuchte zwischen dem 23. September und dem 1. November 1990 die USA. Wegen seiner unnachgiebigen Haltung gegen den Irak und der Unterstützung der US-Position wurde Özal in Washington von US-Präsident Bush am 25.09.1990 herzlich“ empfangen. Dabei bekräftigte Özal die Position der Türkei in der Kuwait-Krise und forderte die Einhaltung des Wirtschaftsembargos gegen den Irak. Seine Erwartung einer Unterstützung seitens der westlichen Staaten brachte Özal in einem Interview auf CNN zum Ausdruck: „Es gibt Wolken, es weht Wind, aber kein Regen ist in Sicht.“<sup>352</sup> Beim Treffen mit US-Präsident Bush brachte Özal die Erwartungen der Türkei im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Aufhebung der Auflagen für türkische Textilien, Ausgleichung der durch die Kuwait-Krise entstandenen wirtschaftlichen Verluste und Erhöhung der US-Militärhilfe für die Modernisierung der türkischen Streitkräfte) zum Ausdruck. Özal bekam von US-Präsident „grünes Licht“ hinsichtlich der Zufuhreinschränkungen für türkische Textilien und der Modernisierung der türkischen Streitkräfte.<sup>353</sup>

US-Außenminister Baker bereiste<sup>354</sup> die Nahoststaaten, Bahrain, Saudi-Arabien und Ägypten, besuchte am 8.11.1990 erneut Ankara und drückte die Zufriedenheit der US-Regierung darüber aus, daß die türkische Regierung die UN-Sanktionen gegen den Irak

---

<sup>347</sup> Ebd.,

<sup>348</sup> Radio Anatolia 28.8.1990

<sup>349</sup> Beim Empfang von Staatspräsident Özal sagte Baker im Bezug auf Öl-Pipeline, wenn die Türkei die Öl-Pipeline nicht dicht gemacht hätte, hätten die USA die Durchfahrt der Schiffe vom Meer aus verhindert. (Özal, „Zur Golfkrise - Gespräch mit Journalisten“, 18.9.1990, S. 25. Am 13.11.1990 besuchte der CIA-Chef William Webster die Türkei und traf den türkischen Verteidigungsminister, Hüsni Dogan, den Außenminister Alptemoçin und Staatspräsident Özal. Über den Inhalt seines Besuches wurde keine offizielle Erklärung abgegeben. Webster hat angeblich vom türkischen Geheimdienstchef Teoman Koman geheime Unterlagen über den Irak verlangt, was jedoch von Koman abgelehnt worden sei. Hürriyet, 13.11.1990

<sup>350</sup> FAZ, vom 7.8.1990, Handelsblatt 31.8.-1.9.1990

<sup>351</sup> Türk. TV., 3.9.1990

<sup>352</sup> CNN, 24.09.1990

<sup>353</sup> Radio London, 25.09.1990

<sup>354</sup> US-Außenminister Baker hatte die Aufgabe, die Meinungen der Allianz über eine militärische Operation gegen den Irak zu erkunden und sie gegebenenfalls zu einem solchen Unternehmen zu überreden. Hürriyet, 06.11.1990

strikt einhielt. Baker wollte eine Genehmigung, den militärischen Flughafen für die Operationen gegen den Irak benutzen zu dürfen, erreichen. Die türkische Regierung bewilligte die Benutzung der militärischen Stützpunkte unter der Voraussetzung, daß es einen UN-Beschluß darüber gebe.<sup>355</sup>

In einer Erklärung bekräftigte die Türkei ihre Position gegenüber dem Irak, daß sie die Annexion Kuwaits von Anfang an nicht akzeptiert habe, daß der Irak seine Truppen aus Kuwait bedingungslos abziehen müsse und daß das Problem nur durch Wiederherstellung der rechtmäßigen kuwaitischen Regierung und die Verwirklichung der UN-Beschlüsse gelöst werden könne. Der Staatspräsident Özal brachte nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges in einer Erklärung seine Enttäuschung über die Politik des Iraks gegenüber der Türkei zum Ausdruck. Während des Krieges mit der Iran habe der Irak 100 Mrd. US-\$ Kriegsaufwendungen durch die Einnahmen aus den beiden Pipelines, die durch die Türkei führen, bestritten. Die Erwartung der Türkei, die Beziehungen noch zu vertiefen, wurde nicht verwirklicht.<sup>356</sup>

Der Sprecher des Außenministeriums, Murat Sungar, hat in der Presse verbreitete Spekulationen dementiert, wonach behauptet wurde, die Supermächte würden den Irak aufteilen und die Region Kirkuk und Moussul an die Türkei übergeben.<sup>357</sup> Der türkische Ministerpräsident Akbulut erklärte am 14.1.1991, die Türkei würde sich nicht an einem Krieg am Golf beteiligen, so lange sie nicht direkt angegriffen werde.<sup>358</sup> Obwohl die US-Luftstreitkräfte ständig in der Türkei stationiert sind, bekamen sie kurz vor dem Angriff am 13.1.1991 nach einem Besuch des US-Außenministers Baker in Ankara von Özal die Erlaubnis, den Stützpunkt Incirlik für Luftoperationen gegen den Irak zu nutzen. Dies galt auch für den Fall, daß der Irak die Türkei nicht angreift.<sup>359</sup> Davor war der US-Außenminister James Baker am 08.11.1990 nach Ankara gekommen, um die militärische Unterstützung der Türkei zu bekommen. Ankara stimmte der Gewährung der Benutzung der Militärbasen unter der Voraussetzung zu, daß dies auch im Rahmen der UN-Resolutionen gewährt werde.<sup>360</sup>

Während die Opposition die Regierung in Ankara davor warnte, daß die abenteuerliche Politik Ankaras den Krieg ins Land bringe, starteten ab dem 19. Januar 1991 amerikanische Kampfflugzeuge des Typs F-15 und F-16 und die schweren Kampfbomber F-111 und F 117-A von ihrem Stützpunkt Incirlik aus, um vorher festgelegte Ziele (Luftverteidigung, Kraftwerke, Chemische Waffen) im Norden Iraks zu bombardieren.<sup>361</sup> Am 20.1.1990 bekräftigte der türkische Außenminister Alptemocin die Kuwait-Politik der Türkei und warf Saddam Hussein vor, durch seine starre Haltung und Fehleinschätzung den Krieg herausgefordert zu haben, da den Alliierten nichts anderes übrig blieb als eine militärische Operation, um die Unabhängigkeit und Integrität Kuwaits wiederherzustellen.<sup>362</sup>

---

<sup>355</sup> Ebd., 9.11.1990

<sup>356</sup> DW, 28.12.1990

<sup>357</sup> Radio Anatolia, 17.10.1990

<sup>358</sup> DW Monitordienst 16..1.1991

<sup>359</sup> Klaus-Dieter Bliß, Ralf Güttler, „Luftmacht im Golfkrieg“. In: Hartmut Zeher (Hrsg.), a.a.O., 1992, S. 155

<sup>360</sup> Hürriyet, 09.11.1990

<sup>361</sup> FAZ, 17.1.1991, Eine ausführliche Darstellung des Golfkrieges besonders aus militärische Sicht: Hartmut Zeher (Hrsg.), a.a.O., 1992

<sup>362</sup> Milliyet, 20.01.1990

### 3.8.3.b. Der Antrag auf NATO-Unterstützung

Mitte Dezember gaben die NATO-Außenminister anlässlich einer Tagung in Brüssel bekannt, daß sie die Golf-Politik der USA unterstützen. Eine Teillösung der Krise wurde strikt abgelehnt. Zudem wurde der Irak vor einem Angriff aus das NATO-Mitgliedsland Türkei gewarnt. Zur gleichen Zeit (17.12.1990) bat die Türkei um direkte NATO-Unterstützung, obwohl der Irak mehrmals erklärt hatte, daß sie nicht beabsichtige die Türkei anzugreifen. Der NATO-Rat beschloß am 2.1.1991, innerhalb einer Woche den Luftstreitkräfteanteil der Allied Command Europe (ACE), der Allied Mobile Force- Air (AMF-A) unter dem Operationsnamen „ACE Guard“ in die Türkei zu verlegen.<sup>363</sup> Die AMF war mit der Absicht gegründet worden, gegenüber einem potentiellen Feind die Solidarität des Bündnisses zu demonstrieren und abschreckende Wirkung zu erzeugen. Am 6./7. Januar 1991 wurden 18 Alpha-Jets aus Deutschland, 18 Mirages aus Belgien und sechs F-104 aus Italien nach Diyarbakır und Erhaç verlegt. Ihr Aufgabe war es nicht, den Irak anzugreifen, sondern ihre Aufgabe bestand lediglich daraus, das türkische Territorium zu verteidigen, falls es vom Irak angegriffen werde.<sup>364</sup> Aber mit dem Antrag auf die Verlegung der NATO-(AMF) wollte die Türkei im Falle eines eventuellen irakischen Angriffs die NATO hinter sich haben<sup>365</sup>, da selbst die NATO einen Angriff Iraks auf die Türkei nicht ausschloß.<sup>366</sup>

Während die Türkei die Auffassung vertrat, daß die Erlaubnis zur Nutzung der türkischen Militärbasen im Rahmen der UNO-Resolution 678<sup>367</sup> vom 29.11.1990 erfolge und dieser Beschluß auch für die NATO gelte, brach eine Diskussion innerhalb des Bündnisses aus hinsichtlich der Interpretation des Artikels 5 des NATO-Vertrages und der Entsendung der AMF in die Türkei.<sup>368</sup> In NATO-Kreisen wurde die Meinung vertreten, daß der türkische Antrag angesichts der sich zuspitzenden Krise den Anforderungskriterien entspreche, für die das Bündnis die AMF aufgebaut hat, weil die AMF als Instrument der Solidarität der NATO konzipiert sei.<sup>369</sup>

Die Türkei war an den Luftkriegsoperationen nicht direkt beteiligt. Die türkischen Luftstreitkräfte starteten zur Verteidigung des nationalen Luftraumes.<sup>370</sup> Sie leisteten durch die Bereitstellung der Militärbasen, durch die Unterstützung der Alliierten im Bereich der Logistik, der Ausbildung und der Lager- und Zielaufklärung und SAR-Maßnahmen (Search and Rescue) zur Wirksamkeit der Luftangriffe einen hohen

---

<sup>363</sup> Klaus-Dieter Bliß/Ralf Güttler, „Luftmacht im Golfkrieg“. In: Hartmut Zeher (Hrsg.), a.a.O., 1992, S. 115

<sup>364</sup> FAZ, 4.1.1991

<sup>365</sup> O. Gönültaş, a.a.O., 1992, S. 299

<sup>366</sup> FAZ, 17.1.1991

<sup>367</sup> Die UN-Resolution 678 stellte militärische Maßnahmen in Aussicht, falls der Irak sich nicht bis zum 15.1.1991 aus Kuwait ohne Bedingungen zurückziehe.

<sup>368</sup> FAZ, 24.12.1990 und FAZ, 17.1.1991

<sup>369</sup> FAZ, 22.12.1990, Die Allied Mobile Force wurde nach der 1965 eingeführten NATO-Strategie „Flexible

Response“ gegründet, die die Kriegsverhinderung zum Ziel hat, indem dem Staat, der einen Angriff erwägt, klar gemacht wird, daß er nicht nur mit einem Land, sondern mit allen NATO-Verbündeten zu tun hat. Mehr dazu vgl. FAZ, 7.1.1991

<sup>370</sup> Klaus-Dieter Bliß/Ralf Güttler, a.a.O., 1992, S. 136

Beitrag.<sup>371</sup> Die Schlüsselposition der Türkei für eine Mehrfrontstrategie der Alliierten zur Aufteilung der irakischen Streitkräfte (besonders für die Luftoperationen) gegen die strategisch wichtigen Ziele im Irak wurden zum bedeutenden Bestimmungsfaktor in diesem Krieg.

### 3.8.3.c. Die Türkei zwischen Verbündeten und Brüdern

Während des Krieges stand die Türkei, so Günter Lerch, wieder vor einer schwierigen Entscheidung, wie Anfang der achtziger Jahre: Bis zu welchem Punkt sollte sich die Türkei in der Krise am Golf engagieren?<sup>372</sup> Unter dem Zwang eines Dilemmas „zwischen der eigenen Sicht der Sicherheit und den Interessen der Verbündeten“<sup>373</sup> zielte Özals Strategie im Golfkrieg darauf ab, zum einen wegen der internationalen Verpflichtungen die UN-Resolutionen einzuhalten, aber gleichzeitig darauf zu achten, nicht mehr Maßnahmen als nötig zu unternehmen, die die Beziehungen zu den arabischen Staaten und den Nachbarstaaten beeinträchtigen würden: also nicht katholischer als der Papst zu sein, damit die Türkei nach Beendigung des Krieges in beiden Richtungen einen größeren politischen Spielraum hat. Bis Özal diesen Beschluß gefaßt hatte, hatte er gehofft, die „Neutralität“ der Türkei auch in diesem Konflikt, wie im Fall des irakisch-iranischen Krieg, bewahren zu können. Özal erwägte auch, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln, wodurch er die geographische Bedeutung der Türkei erneut unter Beweis stellen wollte.<sup>374</sup>

Die türkische Führung war einerseits bemüht um Loyalität zu den internationalen Maßnahmen durch die UNO, andererseits vermied sie dadurch die Verschlechterung der Beziehungen zu den arabischen Staaten, damit den eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen der Türkei nicht geschadet werde und sie nach Kriegsende eine gute Startposition aufweisen könne. Özals Vision von der Türkei nach dem Ende des Golfkrieges, die Türkei werde als Regionalmacht „größer und gestärkt“ dastehen, spielte eine zentrale Rolle im Hinblick auf die Interessenwahrnehmung in diesem Krieg<sup>375</sup> Daher war das türkische „Krisenmanagement“ während des Konfliktes von vielseitigen diplomatischen Aktivitäten geprägt. Diese Aktivitäten wurden wiederum nach dem Primat der Doppelstrategie der türkischen Außenpolitik geführt. Während die Opposition, Sozialdemokrat Erdal İnönü und Islamist Erbakan, bei Saddam Hussein in Bagdad für eine friedliche Beilegung des Konflikts plädierten, startete die Regierung eine Reihe diplomatischer Aktivitäten, deren Ziele in drei Punkten zusammengefaßt werden können: Erstens die durch das Wirtschaftsembargo verursachten wirtschaftlichen Verluste der Türkei in Grenzen zu halten. Zweitens zwischen den Parteien eine selbständige Position zu wahren und damit verbunden einerseits die entwickelten Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht zu gefährden und weiterhin um ihr Vertrauen zu werben und andererseits die Chance (Aufwertung der Position der Türkei durch die westlichen Staaten) zur schnellen Integration in Europa, zur Modernisierung der Armee, zu wirtschaftlichen Vergünstigungen für türkische Waren - zu nutzen. Nach dem Ende der Krise hoffte die Türkei eine aktive Brückenfunktion zwischen den islamischen Ländern Nahen Ostens und dem Westen auszuüben. Zu diesen Zwecken wurden - abgesehen von der Telefondiplomatie des Staatspräsidenten Özal mit mehreren Staatschefs - in dieser Zeit 35

<sup>371</sup> O. Gönültaş, a.a.O., 1992, S. 300

<sup>372</sup> Wolfgang Günter Lerch, „Ankara vor einer schwierigen Entscheidung“. FAZ, 11.9.1990

<sup>373</sup> FAZ, 7.8.1990

<sup>374</sup> NZZ, 9.8.1990

<sup>375</sup> G. Gürbey, a.a.O.,3/1991, S. 220

Auslandsreisen unternommen und 20 ausländische Vertreter in der Türkei empfangen<sup>376</sup> - darunter der US-Außenminister Baker (7.8.1990) und der Ministerpräsident der kuwaitischen Regierung im Exil, El Sabbah. Im Rahmen der intensiven diplomatischen Aktivitäten besuchte Özal fast alle Länder des Nahen Ostens, und Außenminister Ali Bozer bereiste im August den Iran, Syrien, Jordanien und Ägypten.

Noch als die Kriegsmaschinerie der Alliierten voll im Gange war, bekundete die Türkei ihre Hoffnung durch den neuen Außenminister Alptemicin, daß der Irak seine territoriale Integrität wahren könne. Die Besorgnis der Türkei war, daß das durch die totale Niederlage des Iraks entstehende Machtvakuum die Nachbarländer Iran und Syrien dazu verleiten konnte, Gebietsansprüche zu stellen, die das Gleichgewicht im Nahen Osten völlig verändern würden.<sup>377</sup>

Es war vielmehr die USA, die die Türkei drängte, eine neue Front im Norden Iraks zu öffnen, damit die militärische Stärke Iraks in zwei Fronten geteilt werde und die Operation im Süden für die Alliierten ohne großen Widerstand durchgeführt werden konnte. Wie die Türkei die Aufrichtigkeit ihrer NATO-Verbündeten geprüft hat, indem sie die Stationierung der NATO-Mobil-Truppen im Osten der Türkei beantragte, wollten auch die westlichen Alliierten – besonders die USA - den Grad der Verlässlichkeit der Türkei in solchen kritischen und brenzligen Situationen austesten. Denn Partnerschaften, die sich in solch kritischer Lage bewährt haben, erweisen sich auch über einen Konflikt hinaus als zuverlässiger und beständiger Partner für die künftige Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

In einem Kommentar in der Zeitung New York Times schrieb William Safire<sup>378</sup> provozierend, ob die Türkei sich als verlässlicher Verbündete des Westens zeigen würde, oder keinen Finger rühren würde, wie sie früher die Rolle des kranken Mannes des Westens gespielt habe, wenn die Operation im Süden nicht die erwartete Wirkung erzielen würde und die Alliierten sich genötigt sahen, vom Norden aus eine neue Front zu öffnen und die Türkei vor einer historischen Entscheidung stünde. Was auf der einen Seite als „Bedrängen“ erschien, bot eigentlich auf der anderen Seite für die Strategie der Türkei hinsichtlich einer eventuellen Änderung der territorialen Grenzen Iraks einen willkommenen Anlaß, ihre Truppen an der Grenze bereit zu halten.

Die Verlegung der türkischen Truppen an die Grenze zum Irak diente nicht nur, wie offiziell bekannt gegeben, dazu, einen möglichen Angriff der irakischen Armee zurückzuschlagen oder einen Teil der irakischen Streitkräfte (sieben Divisionen der irakischen Armee) im Norden gebunden zu halten, damit sie in den Kampfhandlungen im Süden gegen Alliierten nicht eingesetzt werden konnten. Ein anderer Grund für die Truppenverlegung lag für die Türkei darin, in der Lage sein zu wollen, im Falle des Zusammenbrechens des Iraks das daraus resultierende Machtvakuum schnell zu füllen.<sup>379</sup> Zuvor hatte die irakische Führung zwei Divisionen in das Grenzgebiet zur Türkei verlegt als Warnsignal für eine mögliche Intervention der Türkei oder Angriffe von den NATO-Stützpunkten auf türkischem Boden.<sup>380</sup> Diese Politik Özals, die auf verbreitete Kritik in

---

<sup>376</sup> O. Gönültaş, a.a.O., 1992, S. 296 und ff.

<sup>377</sup> FAZ, 21.1.1991

<sup>378</sup> Milliyet, 13.02.1991

<sup>379</sup> R. Brinkmann, a.a.O., 1992, S. 54

<sup>380</sup> FAZ, 7.8.1990

der Öffentlichkeit bis hin in die militärische Führung stieß<sup>381</sup>, war keine Kriegstreiberei im expansionistischen Sinne<sup>382</sup>, sondern vielmehr der Ausdruck einer politischen Kalkulation, die sich in dem neuen außenpolitischen Konzept der Türkei nach dem Ende des Kalten Krieges bzw. im von Özal entwickelten Neo-Osmanismus widerspiegelte. Diese Kalkulation hatte nationale (neue Identität), regionale (Vormachtstellung) und internationale (ernster Ansprechpartner der Großstaaten in der Region zu werden) Dimensionen

Die Türkei hat während der Golfkrise daran festgehalten, die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegen den Irak, die vom UN-Sicherheitsrat beschlossen wurden, strikt einzuhalten. Genauso hat die Türkei versucht, die direkte Beteiligung am Krieg zu vermeiden und keine zweite Front zu öffnen, solange die Türkei nicht vom Irak angegriffen wird.

#### 3.8.4. Die Erwartungen der Türkei

Die türkische Führung verfolgte mit ihrer Haltung im Golfkrieg mehrere Ziele, wodurch sie sich außen- und sicherheitspolitische bzw. wirtschaftliche Vorteile versprach. Nach Kriegsende rechnete der türkische Staatspräsident mit Entwicklungen, die für die Türkei positive Auswirkungen haben würden. Diese waren: Erstens die Modernisierung der türkischen Streitkräfte im Rahmen der NATO und Zusammenarbeit im Rüstungsbereich. Zweitens die geostrategische Aufwertung der Stellung der Türkei durch den Westen zur intensiven politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen. Drittens die

---

<sup>381</sup> Der ehemalige General Necdet Öztörün vertrat die Meinung, daß die strategischen Ziele der USA und der

Türkei hinsichtlich der Kuwait-Krise nicht übereinstimmten. Der Vizevorsitzende der Partei des Rechten Weges (DYP), Hüsamettin Cindoruk, kritisierte die türkische Außenpolitik mit der Frage: „Gestalten wir unsere Außenpolitik kriegerisch?“ Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (SHP), Erdal İnönü, bezeichnete die türkische Außenpolitik als „imperialistisch“. Der Vizevorsitzende der Wohlfahrtspartei (RP), Şevket Kazan sagte, daß es für die Türkei angemessen sei die Vermittlerrolle innerhalb der islamischen Staaten zu übernehmen und nicht den Befehlen der USA zu gehorchen. Der Vorsitzende des PEN-Clubs, Nezi̇h Demirkent, kritisierte die Haltung der Türkei mit den Worten: „Die Türkei hat sich so in die Kriegseuphorie gesteigert, so daß wir nicht in der Lage sein werden, nach Kriegsende unsere Hand zum Nachbarn auszustrecken“. „Die Außenpolitik ist Imperialistisch“, Milliyet, 10.1.1990. Die Kritik an Özals Politik in der Golfkrise kam nicht nur aus oppositionellen Kreisen, sondern Özal mußte kritische Äußerungen aus den Reihen seiner „eigenen Partei“ hinnehmen. Der engste Mitarbeiter und Berater von Özal, Hasan Celal Güzel, der für den Vorsitz der Mutterlandspartei kandidierte und gegen Yıldırım Akbulut in der Vollversammlung verlor, kritisierte die Politik der Regierung Özals. Nach seiner Ansicht sei es zwar richtig gewesen, UN-Resolutionen einzuhalten, es sei aber nicht richtig, den Alliierten Streitkräften darüber hinaus die militärischen Stützpunkte für Angriffe gegen den Irak zur Verfügung zu stellen - u.a. mit den Argumenten: 1. Der Golfkrieg führt dazu, daß die Türkei sich politisch von der islamischen Welt und den Ländern der Dritten Welt distanziert. 2. Die Türkei wurde mit diesem Krieg in den Sumpf des Nahen Ostens hineingezogen. Sie wird an der Seite der USA und Israels öfters mit den islamischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens in Konflikt geraten. 3. Die politische Akzeptanz und Bewertung der Türkei seitens der Alliierten ist konjunkturell bedingt. Wie in der Zeit nach dem Koreakrieg wird die Türkei von den Alliierten allein gelassen. 4. Der Krieg hat die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bevölkerung im Osten der Türkei ruiniert. Die Wirtschaftshilfen aus dem Ausland sind weit davon entfernt, die Verluste der Bevölkerung auszugleichen. 5. Was nach Kriegsende übrig bleiben wird, ist das Hemd des Nahen Ostens anziehen zu müssen, das die USA zugeschnitten hat. Mit diesem Hemd wird es im Nahen und Mittleren Osten keinen Staat geben, der uns sympathisch findet“. Cumhuriyet Hafta, Beilage der Tageszeitung Cumhuriyet, 15-21. Januar 1991, S. 8

<sup>382</sup> Siehe dazu: H. Kramer, a.a.O., 1991

Fortsetzung der Entwicklung der Handels- und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den islamischen Staaten.<sup>383</sup>

Entgegen der weit verbreiteten Meinung zielte Özals Politik im Golfkrieg darauf hin, keinen Krieg mit dem Irak zu führen. Zum einen zog Özal die direkte Beteiligung der türkischen Streitkräfte im Krieg an der Seite der Alliierten als allerletztes Mittel in Betracht - und dies nur dann, wenn die nationalen und sicherheitspolitischen Interessen der Türkei unmittelbar gefährdet werden würden. Der türkische Staatspräsident Özal verfolgte in diesem Krieg eine nationale Politik, deren Ziel es war, „die Türkei im Mittleren Osten als eine wieder militärisch handlungsfähige und politisch einflußreiche Macht zu etablieren, wobei er auf das enge Verhältnis zu den USA und auf die gutnachbarschaftlichen Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zum Iran und zu Syrien baute. Die türkische Strategie beruhte darauf, das durch einen eventuellen militärischen Zusammenbruch entstehende Machtvakuum, im besiegten Irak als Hauptverbündeter der USA und Eckpfeiler der Allianz im Südosten Europas zu füllen. Der Golfkrieg eröffnete somit der Türkei die Möglichkeit, ihre strategische Schlüsselposition zwischen West- und Osteuropa und dem Mittleren Osten politisch zu nutzen und aufzuwerten.“<sup>384</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Strategie bereitete sich die Türkei darauf vor, in der Zeit nach Kriegsende eine regionale Wirtschaftsmacht zu sein. Diese künftige regionale Ordnung wurde von Özal so umschrieben:

„Nach Beendigung der Golfkrise wird Mittelost nicht mehr so sein wie früher. Damit meine ich natürlich nicht die politische Geographie der Region. Sie wird sich nicht verändern. (...) Der erste Schritt zur Wiederherstellung des Friedens in der Region muß sein, den arabisch-israelischen Konflikt und die palästinensische Frage so schnell wie möglich zu lösen. Dabei müssen die USA und Westeuropa konstruktiv helfen. Man könnte an eine Regelung wie bei der KSZE denken. Natürlich könnte es nicht die gleiche Regelung wie in Europa sein. Aber es sollte auch in der Region nicht nur um Sicherheitsregelungen, sondern auch um eine umfassende Wirtschaftszusammenarbeit gehen. Ich bin jetzt davon überzeugt: Wenn eine wirtschaftliche und kommerzielle Zusammenarbeit in der Region geschaffen wird, wird das zunächst helfen, die Folgen des jetzigen Krieges zu mindern, und dann zur friedlichen Lösung künftiger Probleme in der Region beitragen. (...) Die Türkei ist bereit, auch künftig eine aktive Rolle in der Region zu spielen. Darum unterstützt sie alle Maßnahmen zur Liberalisierung von Waren, Kapital, Diensten und Verkehr. Außerdem ist die Türkei bereit, Infrastrukturen Großprojekte wie den Bau von Wasserleitungen mit allen Kräften zu unterstützen. Dazu gehört auch der Bau von Staudämmen, Straßen, Telekommunikationszentren usw. (...) Die Schaffung eines Fonds für die wirtschaftliche Entwicklung wird diese Zusammenarbeit wesentlich erleichtern. Dieser Fond könnte vielleicht durch bestimmte Abgaben aus den Erdöleinnahmen und durch Beiträge des reichen Westens aufgestockt werden. Die Türkei ist bereit, auch in diesem Rahmen ihren Beitrag zu leisten.“<sup>385</sup>

Diese Ansichten Özals stimmten mit den Plänen der USA hinsichtlich einer neuen Ordnung im Nahen und Mittleren Osten überein. Der US-Außenminister Baker legte im

<sup>383</sup> Interview mit Staatspräsident Özal, Hürriyet, 31.01. 1991

<sup>384</sup> G. Gürbey, a.a.O., 3/1991, S. 219

<sup>385</sup> Zit. n.: Ebd., 3/91, S. 221-222. Özal erklärte seine diesbezüglichen Ansichten in einem Interview mit der Zeitung Hürriyet am 31. Januar 1991.

Auswärtigen Ausschuß des US-Kongresses einen Plan vor, der folgende vier Punkte enthielt:

1. Im Nahen Osten wird ein neues Sicherheitskonzept ins Leben gerufen.
2. In der Region sollen Mechanismen geschaffen werden, mit denen die Aufrüstung – sowohl die konventionelle als auch die chemische – der Staaten in der Region verhindert werden sollen.
4. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Nachbarstaaten wird gefördert werden.
5. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina soll gelöst werden und ein anhaltender soll Frieden geschaffen werden.<sup>386</sup>

Während der Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates, Abdullah Bisara, die Zusammenarbeit in der Golfregion und die aktive Rolle der Türkei in der Region hinsichtlich eines Sicherheitssystems positiv bewertete und begrüßte, stand die arabische Welt einer aktiven Rolle der Türkei in der Region während der Golfkrise und nach Kriegsende distanziert gegenüber. Kein arabischer Staat, einschließlich Ägypten, würde sich bereit erklären sich an einem Sicherheitssystem in der Region zu beteiligen, in dem sich der Staat Israel befindet.<sup>387</sup>

Trotz der heftigen Widerstände in der Türkei und der heftigen Kritik in der Öffentlichkeit, er betreibe Geheimdiplomatie, deren Ziele nicht einmal Ministerpräsident und Außenminister kennen würden, hoffte Özal auf die Friedensordnung nach Kriegsende sowie darauf, die Schlüsselrolle der Türkei bei der Gestaltung der regionalen Neuordnung zu übernehmen, die dem Land zum Durchbruch in der internationalen Politik verhelfen würde. Damit glaubte Özal, einen Grundstein für die Entwicklung der Türkei zur Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten gelegt zu haben.<sup>388</sup> „Ankara hätte dabei den Auftrag erhalten können, im Interesse des Westens über Ölreserven der gesamten nah- und mittelöstlichen Region zu wachen. So wäre die Türkei – nach Özal - endlich in Europa eingebettet.“<sup>389</sup> Özal verkündete bei dem Empfang von 45 Abgeordneten die Vormachtstellung der Türkei im Mittleren und Nahen Osten nach Kriegsende: „Nach dem Krieg bleibt der Platz der Vereinigten Staaten nicht leer; in dem neuen System des Nahen Ostens, das begründet werden wird, spielt die Türkei die führende Rolle. (...) Wenn der Krieg endet, ist die Türkei Führungsmacht.“<sup>390</sup> Interessant dabei war, daß auch von Israel der Türkei nach Kriegsende eine zentrale Rolle bei der Neugestaltung der Region zugesprochen wurde. Der damalige israelische Außenminister David Levy sagte in einem Interview, daß im Nahen Osten nach Kriegsende Machtzentren entstehen werden würde und die Türkei eines von diesen Machtzentren sein würde.<sup>391</sup> Der Frieden im Nahen Osten werde auf diesen Machtzentren gegründet werden. Wenn man sich die enge Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel, die 1992 aufgenommen und im Jahr 1996

---

<sup>386</sup> Hürriyet, 5. 01. 1991

<sup>387</sup> Ebd., 5. 01. 1991

<sup>388</sup> Hans Krech, „Die Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht im Nahen Osten und Mittelasien“. In: Zeitschrift für Türkeistudien, 2/1992, S. 239

<sup>389</sup> G. Gürbey, a.a.O., 3/1991, S. 219 Der Kolumnist Emin Çölaşan kritisierte die außenpolitische Haltung der Türkei während des Golfkrieges, da die Türkei mit ihrer Politik die Feindschaft der gesamten islamischen Völker auf sich gezogen habe. Die Türkei werde nicht, wie Özal denkt, die politische und wirtschaftliche Unterstützung der Alliierten bekommen. Die Türkei würde nach Kriegsende wirtschaftlich und politisch noch schlechter da stehen als vor Beginn des Krieges. Milliyet, 13.2.1991

<sup>390</sup> Özal: „Ankara wird Führungsmacht“. FAZ, 25.1.1991,

<sup>391</sup> Mithat Bereket, „Angst vor psycholischem Terror“. Milliyet, 13.2.1991

um eine Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen erweitert wurde, vor Augen führt, gewinnt man den Eindruck, daß die Grundsteine für diese Zusammenarbeit schon während des Golfkrieges gelegt worden sind. Levy wies schon damals auf die Gemeinsamkeiten der beiden Staaten hin.

#### 3.8.4.a. Die innenpolitischen Folgen

Der Golfkrieg hat zum ersten Mal ansatzweise ein Anzeichen dafür gegeben, von den klassischen außenpolitischen Grundsätzen des Kalten Krieges abzuweichen und eine aktive Außenpolitik zu betreiben. Da die Machtkonstellationen im internationalen System sich verschoben haben, wollte die Türkei ihren künftigen außenpolitischen Zielsetzungen mehr Spielraum verschaffen. In einem Artikel Özals, der in der Washington Post veröffentlicht wurde, bezeichnete er den Krieg gegen Saddam Hussein als unvermeidlich und erklärte sein Abweichen von der bisherigen türkischen Außenpolitik wie folgt: „Da es sich um eine Aktion der Vereinten Nation handelt, muß die Türkei auch das von Atatürk übernommene außenpolitische Prinzip der Nichteinmischung diesmal bei Seite lassen.“<sup>392</sup>

Diese Ansicht Özals stieß auf heftige Kritik in der türkischen Öffentlichkeit. Integraler Bestandteil der Außenpolitik der Türkei, so hieß es in einem Leitartikel, deren „Grundsätze und Prinzipien von Atatürk“ bestimmt sind, ist das Prinzip „der Unabhängigkeit“. Dieses Prinzip beinhaltet, das globale Gleichgewicht richtig einzuschätzen und sich von keiner großen Macht beeinflussen zu lassen. Im Sinne der atatürkischen Außenpolitik „Friede in der Heimat, Friede in der Welt“ gelte, daß der Krieg vor allem zur nationalen Verteidigung, wenn es um die territoriale Integrität des Landes geht, eingesetzt werden kann. Daher hätte Atatürk einen Krieg zu führen als Mord betrachtet, solange er nicht die Souveränität und nationale Integrität des Landes gefährde.<sup>393</sup>

Beiseite gelassen hat Özal auch das Prinzip der klassischen Außenpolitik der Türkei der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarländer. Damit hatte die Türkei durch ihr Verhalten während des Golfkrieges gezeigt, daß sie bei einer entsprechenden Kosten-Nutzen-Kalkulation bereit ist, vom Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten des Nachbarn als Grundsatz türkischer Außenpolitik abzuweichen.<sup>394</sup>

Der Kuwaitkrieg bot der Türkei im Zuge der sich nun formierenden Neuen Weltordnung die Chance, die Grenzen ihrer außenpolitischen Spielräume, Kapazitäten und Handlungsmöglichkeiten im regionalen und internationalen Bereich zu messen und die Geltungsmöglichkeiten des Konzepts Neo-Osmanismus zu testen. Regionale Kalkulation zielte darauf, einen Nachbar, der für die Sicherheit der Türkei eine Gefahr darstellen konnte, zu schwächen und zugleich ihre Vormachtstellung in der Region zu sichern. Die internationale Dimension der Strategie hatte mit der proklamierten Neuen Weltordnung zu tun, da Özal von der Annahme ausgegangen war, daß die USA, nach dem Wegfall der Sowjetunion als globale Macht, als einzige Supermacht der entscheidende politische Akteur bei der Regelung nach Kriegsende sein werde.<sup>395</sup> Özal stand vor der Schwierigkeit, der Öffentlichkeit beizubringen, daß die Vormachtstellung der Türkei u.a. nur über die

<sup>392</sup> FAZ, 25.1.1991

<sup>393</sup> Metin Kale, „Geleneksel Türk Dış Politikasında Savaşın Yeri“ (Die Bedeutung des Krieges in der traditionellen Außenpolitik der Türkei). Milliyet, 02.02.1991

<sup>394</sup> H. Kramer, a.a.O., 1991, S. 30

<sup>395</sup> Ebd., S. 6

strikte Einhaltung ihrer Position auf der Alliierten Seite möglich sein wird. Er versuchte zunächst, durch Ausreden die Öffentlichkeit zu beruhigen und zu suggerieren, den amerikanischen Luftstreitkräften die Operation vom türkischen Boden aus zu gewähren, bedeute lediglich, daß die Türkei so eine weitere Möglichkeit schaffe, die Resolutionen der Vereinten Nationen gegen den Irak durchzusetzen. Damit komme die Türkei nicht in die Position eines Angreifers.<sup>396</sup> Daher konnte Özal wegen des Drucks der Öffentlichkeit, da moslemischen Brüder bombardiert wurden, nicht offiziell zugeben, daß die Flugzeuge, die aus der Türkei starten, im Irak in Kämpfe verwickelt waren. Das Außenministerium dementierte dies auch und Özal sagte im türkischen Fernsehen, diese Flugzeuge würden zum „Übungszwecken“ fliegen.

Die Politik in der Kuwait-Krise hat dazu geführt, daß die Außenpolitik der Türkei von breiten Teilen der Bevölkerung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde und daß auch darüber diskutiert wurde. Über die türkische Außenpolitik war bis zur Kuwait-Krise in der Öffentlichkeit nicht in dem Maße diskutiert worden. Dieses Interesse der breiten Bevölkerung entstand durch die außenpolitischen Entscheidungen der Türkei.<sup>397</sup> Entsprechend reagierte die Bevölkerung auf die Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina oder im Kaukasus und drängte die Politiker dazu, Initiative zu ergreifen. Die Diskussionen, die innerhalb der Gesellschaft durch die Kuwait-Krise ausgelöst wurden, führten zur Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses. So können die Erlaubnis der kurdischen Sprache und die Aufhebung der Strafartikel 141-142 und 163 während der Kuwait-Krise als Zeichen dieses Demokratisierungsprozeß verstanden werden.

Die wirtschaftlichen Erwartungen scheinen nicht in dem Maße erfüllt worden zu sein, wie es sich die Türkei erhoffte.<sup>398</sup> Die Türkei hatte durch das Wirtschaftsembargo bis zum 15.5.1991 einen wirtschaftlichen Verlust in Höhe von 7,1 Mrd. US-\$. Von den betreffenden Staaten war eine Entschädigungssumme von 4.5 Mrd. US-\$ zugesagt worden. Bis zum Jahr 1992 wurden nur 2.3 Mrd. US-\$ bezahlt. Die wirtschaftlichen Verluste der Türkei waren bis 1996 auf 30 Mill. US-\$ angestiegen.<sup>399</sup> Der größte Anteil davon wurde von Saudi-Arabien durch kostenloses Öl abgedeckt. Der Rest wurde von den Ländern USA, EG, Kuwait und Japan übernommen, wobei der Beitrag der EG als Kredit gewährt wurde.<sup>400</sup>

Die Türkei war aufgrund der gemeinsamen Grenze mit dem Irak, eines von den Ländern, das von dem Wirtschaftsembargo gegen den Irak am meisten wirtschaftlich betroffen

---

<sup>396</sup> FAZ, 21.1.1991

<sup>397</sup> Als der Staatspräsident der Tschetschenischen Republik, Cahar Dudayev, bei einem Attentat der Russen getötet wurde, löste dies große Empörung in der türkischen Bevölkerung aus. Bisher einmalig in der türkischen Geschichte wurde am folgenden Freitag nach seinem Tod in allen Moscheen der Türkei für ihn

ein „Andachtsgebet“ gehalten und anschließend wurde Kundgebungen veranstaltet.

<sup>398</sup> Die wirtschaftlichen Verluste der Türkei wurden nicht in dem Maße ausgeglichen, wie die türkische Regierung es hoffte. Bis zum 13.2.1991 erhielt die Türkei insgesamt 1.903 Mill. US-\$. Dieser Beitrag wurde entweder als Hilfe oder Kredit vergeben. Von Kuwait erhielt die Türkei als Hilfe 300 000 US-\$, von VAE 100 Mil. US-\$, von der Bundesrepublik Deutschland 74.3 Mio. US-\$ und von Holland 11 Mio. US-\$. In Form von Krediten erhielt sie von Saudi-Arabien Erdöl im Wert von 1.160 Mill. US-\$, von Japan 228 Mio. US-\$ und von Frankreich 30 Mio. US-\$. Günaydin, 13.2.1991

<sup>399</sup> Meliha B. Altunışık, „Güvenlik Kısılacında Türkiye-Ortadoğu İlişkileri“ (Die Türkei-Nahost-Beziehungen

unter der Zange der Sicherheit). In: G. Özcan/Sule Kut, a.a.O., 2000, S. 329

<sup>400</sup> O. Gönültaş, a.a.O., 1992, S. 302

wurde. Die Menschen in den türkischen Provinzen an der Grenze zum Irak lebten überwiegend vom Handel und vom Öl- und Waren- Transport zwischen dem Irak und der Türkei. Das Wirtschaftsembargo führte zur Verelendung dieser Region und hatte eine Aussiedlungswelle in Großstädte wie Diyarbakır, Urfa, Adana und Istanbul zur Folge. Die Aussiedlungswelle brachte in südlichen Städten soziale und wirtschaftliche Spannungen mit sich, da diese Provinzen infrastrukturell und wirtschaftlich nicht in der Lage waren, mit der neuen Siedlungswelle fertig zu werden.

### 3.8.3.b. Die außenpolitischen Folgen

Der Plan Özals ging davon aus, daß Saddam Hussein von den Alliierten gestürzt werden würde. Die Türkei mußte jedoch nach Kriegsende mit einem Irak nachbarschaftliche Beziehung aufnehmen, der wie vor dem Krieg von Saddam regiert wurde. Darüber hinaus ermutigte die US-Regierung die Kurden im Nordirak dazu, sich gegen die zentrale Macht in Bagdad zu erheben.<sup>401</sup> Özal unterstützte diese Pläne von Bush. Die Folge davon war, daß unerwartet sich Hunderttausende von kurdischen Flüchtlinge an ihrer Grenze versammelten, die vor der irakischen Armee flüchteten. Mit der Stationierung der „Provide Comfort“ wurde der Kurdenkonflikt auf internationaler Ebene ausgetragen. Die Stationierung der „Provide Comfort“ und die Aufhebung der Hoheitsrechte Iraks nördlich der 36. Breitengrades schafften Grundlagen für die Festigung der Faktoren, die die Ausrufung eines föderativen kurdischen Staates im Norden zur Folge hatte. Dies war eigentlich das, was die Türkei immer zu verhindern versuchte.<sup>402</sup>

Dagegen wurde in einem Bericht des US-Kongresses über die Politik der USA im Hinblick auf die Kurdenproblematik die Ansicht vertreten, daß die Entstehung eines autonomen kurdischen Gebietes im Nordirak für die Interessen der USA am geeignetsten sei. Die Entstehung eines unabhängigen kurdischen Staates wurde zwar als rationalste Lösung bezeichnet; seine Verwirklichung aber unter den Umständen als sehr schwierig eingestuft. Im Gutachten wird darauf verwiesen, daß die nördlich vom 36. Breiten Grades geschaffene Sicherheitszone unter der Kontrolle des Westens liege. Diese Zone könne die Grundlagen für die Gründung eines eventuellen unabhängigen kurdischen Staates schaffen.<sup>403</sup>

<sup>401</sup> Das vom CIA gegründete Radio „Stimme des freien Iraks“ rief die Kurden im Nordirak zum Aufstand gegen das Regime in Bagdad auf und sprach davon, daß die Verbündeten sie diesmal nicht allein lassen würde. Turan Yavuz, „ABD'nin Kürt Kartı“ (Die kurdische Karte der USA), Milliyet Yay., Istanbul, 1993, S. 147

<sup>402</sup> Der US-Präsident Bush schrieb in seinen Memoiren („A World Transformed“) im Bezug auf die Kuwait-

Krise, daß Özal eine liberale Persönlichkeit sei, aber daß er sich trotzdem gegen einen unabhängigen kurdischen Staat ausgesprochen habe. Fehmi Kuru, Yeni Şafak, 20.09.2000. Diese Einsicht von Bush dürfte Einblick in die Kurdenpolitik der USA geben, wonach die USA sich für die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates einsetzte.

<sup>403</sup> Turan Yavuz, „Wir veröffentlichen den kurdischen Rapport“ . Milliyet, 14.07.1991, Es wurde in den USA von einer weiteren Theorie zur Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates gesprochen. Diese Theorie wurde von dem israelischen Politiker Ariel Sharon entworfen und von den Strategen der USA bearbeitet. Nach dieser Theorie sollte die Türkei nicht den Fehler machen, den der Staat Israel im Libanon gemacht habe. Die Türkei solle der Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates nicht widersprechen, dessen Rechnung auf den Drittstaat (Irak) ausgestellt ist. So könne sie mit dem Kurdenproblem besser fertig werden. Anstatt sich mit den Kurden auseinanderzusetzen, die vor der Weltöffentlichkeit als Opfer und als unterdrücktes Volk stehen, wie es auch bei den Palästinensern der

Auf dem Gipfeltreffen der türkischen und amerikanischen Staatspräsidenten in Camp David im Mai stieß zwar der Vorschlag von Özal über strategische Zusammenarbeit auf Zustimmung der US-Präsidenten, aber hinsichtlich der Forderungen der Türkei, das Verhältnis der US-Hilfeleistungen zwischen Griechenland und der Türkei um 7/10 zugunsten der Türkei zu verändern, die Türkei in puncto EU-Vollmitgliedschaft zu unterstützen und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten zu verbessern, wurden keine nennenswerten Erfolge verzeichnet. Anfang der neunziger Jahre haben die USA bei militärischen Hilfeleistungen an die Türkei neben der Bedingung über Konzessionen auf Zypern die Hilfeleistungen auch von der Kurdenpolitik der Türkei abhängig gemacht. Im Juni 1994 wurden im US-Kongreß 10 Prozent der 453 Mio. US-\$ der amerikanischen Hilfe an die Türkei für das Jahr 1995 mit der Begründung gestrichen, daß die Türkei keine Fortschritte in Menschenrechtsfragen und dem Zypernkonflikt gemacht hätte. US-Präsident Clinton hat diesem Beschluß des Kongresses am 26. August 1994 zugestimmt.<sup>404</sup> Die Kuwait-Krise hat in den Beziehungen zwischen der Türkei und USA also eher eine konjunkturelle Verbesserung herbeigeführt.

Nach Beendigung des Krieges war die Türkei geneigt, die Beziehungen mit Irak wieder aufzunehmen.

Der stellvertretende Ministerpräsident Iraks, Tarik Aziz, besuchte vom 12. bis zum 13.6.1991 Ankara. Dort führte er Gespräche mit Özal, Ministerpräsident Akbulut und dem türkischen Außenminister Alptemocin über bilaterale Beziehungen. Aziz bot der Türkei an, die Erdöl-Pipeline wieder zu öffnen, wobei er betonte, er habe Verständnis dafür, daß die Türkei nicht gegen die UN-Beschlüsse handeln wolle. Aber es wäre eine Frage der Auslegung der Resolutionen.<sup>405</sup> Der Besuch von Tarik Aziz war die erste hochrangige Reise eines Irakers, um die Isolierung zu überwinden. In der Frage der Ölförderung vertrat die Türkei die Position, sie wolle die Ölleitung erst öffnen, wenn das Embargo offiziell aufgehoben wird, obwohl auch Ankara dadurch erheblich finanzielle Verluste in Kauf nahm.<sup>406</sup> Trotz dieser Einstellung war die Türkei daran interessiert, die Beziehungen mit dem Irak wieder aufzunehmen, konnte dies aber wegen des politischen Drucks der USA und Englands nicht in die Tat umsetzen. Aber das Problem bestand darin, daß die globalen Interessen der USA mit den nationalen Interessen der Türkei im Hinblick auf die Politik gegenüber Irak bis zu einem gewissen Grad übereinstimmten. Aber die Türkei war von der Kuwait-Krise und von dem Wirtschaftsembargo gegen den Irak stark betroffen. Da die Konflikte jenseits der türkischen Grenze unmittelbar die Sicherheit und territoriale Integrität der Türkei gefährdeten, war es auch vorauszusehen, daß die Türkei und ihre Verbündeten in absehbarer Zeit gegensätzliche Positionen im Bezug auf Irak einnehmen.

Die erste Etappe der Nahost-Friedenskonferenz, in der die arabischen Staaten zum ersten Mal mit Israel an einem Tisch verhandelten (in Madrid vom 31. Oktober - 2. November 1991 mit den Staaten Israel, Syrien, Ägypten, Libanon, Jordanien und Palästina) zeigte die

---

Fall ist, sollte die Türkei einem kurdischen Staat begegnen, den sie gegebenenfalls jederzeit mit einem „vernichtenden Schlag“ auf die Knie zwingen könnte. Wie für den Staat Armenien, für dessen Verbindung zum Westen die Türkei unausweichlich ist, gelte dies auch für einen kurdischen Staat, um überleben zu können. U. Güldemir, „Kürt Devleti ve Dış Politika Ahlakı“ (Kurdischer Staat und außenpolitische Ethik). Cumhuriyet, 17.07.1992. Es ging also darum, das Kurdenproblem in der Türkei lösen zu können, in einem anderen Staat einen kurdischen Staat zu gründen, um ihn jederzeit bekämpfen zu können.

<sup>404</sup> Özden Z.O. Alantar in Gencer Özcan/Sule Kut, (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 219-239

<sup>405</sup> Radio Bagdad, 13.6.1991, DW- 17.Juni.1991

<sup>406</sup> FAZ, 15.6.1991

ersten Anzeichen für die Nachkriegsordnung im Nahen und Mittleren Osten. Die Türkei erhöhte mit Israel ihre diplomatischen Beziehungen auf Botschafterebene bei gleichzeitiger Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der PLO auf Botschaftsebene.<sup>407</sup> Die Beziehung zu Israel entwickelte sich in den neunziger Jahren so schnell, daß die beiden Staaten im Jahr 1997 vielfältige Vereinbarungen besonders im militärischen und sicherheitspolitischen Bereich getroffen haben.

Die Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn Iran und Syrien entwickelten sich zunächst nach der Kuwait-Krise relativ gut, da sich alle auf die Bewahrung der territorialen Einheit Iraks und gegen die Entstehung eines kurdischen Staates einigten. Die Außenminister der drei Staaten trafen sich am 13. November 1992 in Ankara, um in der Frage der Entwicklungen im Nordirak eine gemeinsame Politik herbeizuführen und die Entschlossenheit zu zeigen, daß ohne ihr Einverständnis die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates nicht möglich ist.<sup>408</sup> Aber die verstärkten Aktivitäten der PKK in den türkischen Grenzgebieten veranlaßte die Türkei, militärische Operationen tief im irakischen Territorium der Sicherheitszone zu unternehmen. Diese Aktivitäten der Türkei wurden von beiden Seiten kritisiert.

Durch die Unterstützung der kurdischen Opposition im Irak verfolgte er drei Ziele: Erstens die Unterstützung der PKK durch die irakischen Kurden zu verhindern. Zweitens durch die Unterstützung der kurdischen Front im Nordirak direkten Einfluß auf die Innenpolitik Iraks zu nehmen mit dem Ziel der Schwächung Bagdads. Drittens, falls die Entwicklungen zur Gründung eines föderativen oder unabhängigen kurdischen Staates sich für die Türkei unhaltbar erweisen sollten, diese Entwicklung unter der Kontrolle und möglichst zum Vorteil der Türkei zu vollziehen. Dazu hat der Ministerpräsident der Türkei Akbulut die Bereitschaft der Türkei zur Anerkennung eines Autonomiestaates in den kurdischen Provinzen Nordiraks bekundet. Als Gegenleistung erklärten die kurdischen Führer im Nordirak, daß sie ein Freund der Türkei seien.<sup>409</sup>

Özals Politik während des Golfkrieges zielte viel mehr darauf ab, anstatt sich am Krieg zu beteiligen, durch eine aktive Politik bei der Neuordnung der Region ihre wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten nach Kriegsende auszubauen. Die Haltung der Türkei im Golfkrieg enthielt folgende Dimensionen, die sich letztendlich ausgezahlt haben:

- Der geopolitische Stellenwert der Türkei wurde vom Westen bestätigt. Die Türkei wird in der NATO und der EU als wichtiger Interessenvertreter in Nahost geschätzt. Sie entwickelte sich zur einer Regionalmacht, konnte ihre Beziehungen zu arabischen Staaten aufbauen, wurde das Kräftependant zum Iran am Golf und in Mittelasien und nahm eine wichtige Stellung in der Kräftebalance der Region ein. Damit konnte der Verlust der besonderen geostrategischen Bedeutung im Ost-West-Konflikt kompensiert werden.<sup>410</sup>
- Durch die nach dem Kuwait-Krieg entstandene Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel (im sicherheitspolitischen Bereich) konnte die Türkei Syrien dazu

<sup>407</sup> Während des offiziellen Besuches des Ministerpräsidenten Özal in den USA sprach er durch die Vermittlung der türkischen Unternehmer jüdischer Abstammung mit den Vertretern der Levish-Lobby. Darauf wurden die diplomatischen Beziehungen auf Konsulatebene angehoben. Dieses Treffen wurde von Özal vor der türkischen Öffentlichkeit verheimlicht. Es wurde aber in der israelischen Presse bekannt gegeben. Yalçın Doğan, „Erste Schritte in der Außenpolitik: Israel“. Milliyet, 30.11.1991

<sup>408</sup> Ertuğrul Özkök, „Die wichtige Botschaft der Türkei“. Hürriyet, 14.11.1992

<sup>409</sup> H. Krech, a.a.O., 1992, S. 243

<sup>410</sup> Vgl. Ebd., S. 252.

veranlassen, den PKK-Chef Abdullah Öcalan aus Syrien auszuweisen. Mit der Festnahme Öcalans durch die Türkei und die Verurteilung werden die bewaffneten Auseinandersetzungen im Osten der Türkei weitgehend abgeschwächt.

- Die Beteiligung an der Golfkriegsallianz ermöglichte es der Türkei, die Entwicklungen im Norden des Iraks zu kontrollieren.
- Durch die Stationierung der Schutztruppen in der Türkei zum Schutz der irakischen Kurden (Provide Comfort) gegen die Soldaten Saddams erlangte die Türkei Einfluß auf die innenpolitischen Entwicklungen im Irak und konnte über die irakischen Kurden und Turkmenen zur Schwächung des Irak im Kampf um die Vorherrschaft in der Region beitragen. Zugleich wurde eine intensive Bekämpfung der vom Irak aus operierenden PKK möglich. Die Stationierung der internationalen Schutztruppen brachte aber für die Türkei Nachteile. Die Stationierung der „Poised Hammer“ führte auch zur Internationalisierung der Kurden- und PKK- Problematik. Darüber hinaus konnte die PKK durch das im Nordirak entstandene Machtvakuum für sie Nutzen ziehen und in diesem Gebiet Lager errichten. Die Unterstützung der aktuellen Situation im Nordirak durch die westlichen Staaten, die Stationierung des „Poised Hammer“ wurde in der türkischen Öffentlichkeit mit Besorgnis verfolgt.

Auf der anderen Seite hat die Türkei gute Beziehungen zu kurdischen Bewegungen im Nordirak entwickelt. Sie hat beim infrastrukturellen Aufbau Nordiraks erhebliche Hilfe geleistet. Somit erhielt sie die Möglichkeit, die kurdischen Bewegungen in der Weise zu beeinflussen, daß sie keine Schritte unternehmen (wie z. B. die Teilung Iraks), die sicherheitspolitischen Strategien der Türkei widersprechen. Dabei besteht das Problem, daß die Türkei durch ihre Hilfeleistung im Nordirak zur Festigung der bestehenden Verhältnisse beiträgt, was in absehbarer Zeit zu dem führen würde, was die Türkei immer verhindern wollte: nämlich zur Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak. So unterstrich der Führer der Irakischen Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Celal Talabani, nach offiziellen Gesprächen in Ankara, es gäbe keinen Konflikt zwischen der Türkei und der Front des irakischen Kurdistans. Er habe die Türkei um die Unterstützung beim Wiederaufbau des kurdischen Nordirak gebeten. Er betonte, daß sie gerne mit türkischen Unternehmern zusammenarbeiten würden.<sup>411</sup>

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kuwait-Krise und der Kuwait-Krieg für die Türkei sowohl für die Verwirklichung ihrer nationalen Interessen als auch für die Betonung ihrer strategischen Bedeutung in der internationalen Ordnung eine Chance war. Daß die Türkei keine andere Alternative hatte, als sich dem Westen anzuschließen, wurde auch vom Irak stillschweigend hingenommen. Dieses Verständnis, das von den anderen arabischen Staaten mit Sicherheit geteilt wurde, ermöglichte der Türkei, die politische Rolle in dieser Region zu übernehmen, deren Verwirklichung Özal seit seiner Regierungsübernahme anstrebte: Ein verlässlicher Partner für beide Seiten zu sein. Aber die Kuwait-Krise hat die Türkei durch die kurdische Dimension in die Konflikte mit des Nahen Ostens hineingezogen, deren Ende für die Türkei noch nicht abzuschätzen ist. Noch wichtiger ist es (und zwar vor allem für die Interessen des Westens), daß in der Übergangsphase zur internationalen Ordnung, in der alle Staaten ihre nationalen Interessen und Identitäten neu bestimmten, die Kuwait-Krise der Türkei bei der Überwindung ihrer außenpolitischen Ungewißheit, ihrer „strategischen Panik“, geholfen hat, die sie durch die Relativierung ihrer strategischen Bedeutung erlebte.

---

<sup>411</sup> NZZ, 19.8.1991



#### **4. Die außenpolitischen Dimensionen der türkischen Doppelstrategie: politische West-**

##### **Orientierung bei gleichzeitiger Wahrnehmung der wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten mit den Nachbarstaaten**

Die Entwicklungen und Veränderungen in der internationalen Politik gewährten der Türkei neue Möglichkeiten eine Politik der Doppelstrategie<sup>1</sup> bzw. eines doppelten „Status Quo“<sup>2</sup> zu verfolgen. Diese Politik manifestiert sich dadurch, daß sie einerseits im Rahmen der Westorientierung nach wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit westlichen Ländern - Zugehörigkeit zu militärischen, politischen und wirtschaftlichen Organisationen - strebt und auf der anderen Seite als eine Strategie und Sicherheit produzierende Regionalmacht zur Gewährung und bzw. Wiederherstellung der Stabilität und Sicherheit in der Region eine wichtige Rolle spielt.

Die doppelte Strategie der Türkei, sowohl mit Nachbar- und islamischen Staaten im regionalen Bereich zusammenzuarbeiten als zu westlichen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten, geht bis zur Zeit Atatürks zurück. Bei gleichzeitiger Westorientierung und Teilnahme an internationalen Organisationen wie dem Völkerbund im Jahre 1933, hat Atatürk in der Außenpolitik durch bilaterale und regionale Abkommen den Aufbau der Beziehungen zu den Nachbarstaaten angestrebt. Die Türkei hat mit der Sowjetunion im Jahr 1925 einen Nichtangriffspakt unterzeichnet. Die guten Beziehungen der Türkei zur Sowjetunion führten dazu, daß die Sowjetunion sich für die Teilnahme der Türkei an den Vorbereitungen des „Briand-Kellogg“ Paktes im Jahr 1928 einsetzte. Das Interesse der Sowjetunion an der Türkei gründete sich auf ihre geostrategische Bedeutung auf dem Balkan und im Nahen Osten. Darüber hinaus waren die türkischen Meerengen, die Dardanellen und der Bosphorus die wichtigsten Seestraßen zur Öffnung der Sowjetunion vom Schwarzmeer in den Süden.

Der türkische Staatsgründer Atatürk und der griechische Premierminister Venizelos, die sich noch während des Befreiungskrieges bis 1922 als Feinde gegenüberstanden, haben im Jahr 1930 ein Freundschafts- und Neutralitätsabkommen unterschrieben, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu entwickeln. Die Bestrebungen der türkischen Außenpolitik zielten darauf ab, die Beziehungen zu Staaten im regionalen Bereich zu entwickeln und somit Frieden und Stabilität in der Region zu erreichen. In diesem Sinne wurde von den Balkanstaaten, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und der Türkei im Jahr 1939 die Balkan-Entente unterzeichnet. Der Sadabad Pakt (1937) der Staaten Türkei, Iran, Irak und Afghanistan wurde ins Leben gerufen, „um gegenseitige vollständige

---

<sup>1</sup> H. Kramer verwendet den Begriff „Doppel-Strategie“ in der türkischen Außenpolitik einerseits im Hinblick auf die türkisch- US- Beziehungen bezüglich der Bestrebung der Türkei, ihre nationalen Fähigkeiten zur Aufrechterhaltung ihrer Sicherheit zu entwickeln und auszubauen. Da die Türkei für die Gewährleistung ihrer Sicherheit auf Auslandshilfe angewiesen ist, erfordert dies, die sicherheitspolitische Sonderbeziehung zu den USA zu verstärken. Die andere Seite der Strategie ist die Bestrebung der Türkei in die politischen und Sicherheitsstrukturen Europas eingebunden zu werden. H. Kramer, „Die Türkei in der sicherheitspolitischen Herausforderung auch dem Ende des Kalten Krieges“. In: Peter Trummer/Sabine Fleischer/Wolfgang Pühs (Hrsg.), „Die Lage im östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik“. Wehrdienst und Gesellschaft, Bd. 4, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage, 1997, S. 114-115

<sup>2</sup> Oral Sander, „Türkiye'nin Dış Politikası“ (Die Außenpolitik der Türkei). İmge, Yayınları, 1. Baskı, Ankara, 1998, S. 134

Unabhängigkeit durch eine Politik der Freundschaft mit den Nahoststaaten auf der Ebene gleichberechtigter, selbständiger Staaten abzusichern.“<sup>3</sup>

In der Zeit der Menderes-Ära 1950-1960 gab es in der türkischen Außenpolitik die Tendenz, sich in regionaler Zusammenarbeit auf Sicherheitsfragen zu konzentrieren. Die Abschluß des Bagdad Pakts am 24.02.1955 als „verlängerte Arm“ der NATO zwischen der Türkei, dem Irak, Pakistan, Iran und Großbritannien und das militärische CENTO-Bündnis (Central Treaty Organisation) im Jahr 1959 zwischen der Türkei, dem Iran und Pakistan waren Bemühungen, die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zu verstärken. Die CENTO wurde nach dem Machtwechsel im Iran 1979 aufgelöst. Die Außenpolitik der Menderes-Ära im regionalen Bereich zeichnete sich dadurch aus, daß sie weitgehende Interessenübereinstimmung mit der Außenpolitik der USA aufwies und daher von den anderen Staaten in der Region wie Syrien und Ägypten auf Ablehnung stieß.

Die im Jahr 1964 gegründete wirtschaftliche Organisation RCD (Regional Co-operation for Development) zwischen der Türkei, dem Iran und Pakistan wurde unter dem Namen ECO (Economic Cooperation Organisation) im Jahr 1985 wiederbelebt. Die Einbeziehung der Staaten Zentralasiens beim Gipfeltreffen 1992 in Teheran gab der Organisation neue Impulse. Die Gründung der Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) im Jahr 1992 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion manifestierte den Wunsch der Türkei ihre wirtschaftliche, außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Staaten in der Region zu verstärken.

Dabei ist zu beobachten, daß die wirtschaftlichen Organisationen im regionalen Bereich sich als relevanter erwiesen haben als regionale Sicherheitsbündnisse. Daher hat die Türkei in den achtziger Jahren eine Regionalpolitik verfolgt, die darauf abzielte, auf der Grundlage der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit eine Überwindung der bestehenden sicherheitspolitischen Konflikte mit ihren Nachbarn zu erreichen. Die Vielfältigkeit dieser Verbindungen wirkten sich auf die innen- und außenpolitischen Entscheidungen der Türkei vorteilhaft sowie nachteilig aus. In den achtziger Jahren wollte Özal mit seiner Politik, ohne in der außenpolitischen Richtung der Türkei große Veränderungen vorzunehmen, besonders im wirtschaftlichen Bereich die Beziehungen zu den islamischen- und Nachbarstaaten ausbauen und damit einen Rahmen für die Lösung der vorhandenen Konflikte mit den Nachbarn sowie ein Klima der Sicherheit und des Friedens in der Region schaffen. Der Politik der regionalen Zusammenarbeit war zum Ziel gesetzt, die Festigung der „Brücke“ auf dem anderen Ufer zu erreichen, damit die schon erwähnte Brückenfunktion der Türkei (zwischen dem Orient und dem Westen) in entsprechendem Maße übernommen werden konnte.

Folgende Argumente lagen der Doppelstrategie der Türkei zugrunde:

- Trotz der Westorientierung hatte die Türkei starke religiöse, kulturelle, ethnische und geschichtliche Verbindungen mit dem Orient.
- Trotz der Westbindung und des Willens, sich den westlichen Wertvorstellungen anzuschließen, lassen die geographische Lage, Geschichte, Kultur und Religion es nicht zu, mit Bestimmtheit zu definieren, ob die Türkei zum Westen oder zum Osten gehört.
- Die politischen Ereignisse und jegliche Machtverschiebungen und Veränderungen der Region haben unmittelbare Auswirkungen auf die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen der Türkei. Sie muß daher in der

---

<sup>3</sup> U. Steinbach, „Kranker Wächter am Bosphorus“. Ploetz Verlag, Freiburg, Würzburg, 1979, S. 117

Region eine Politik betreiben, die durch eine kooperative Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten die Sicherheitsrisiken der Türkei vermindert.

Die Konflikte der Türkei mit ihren Nachbarn im Osten und Norden veranlaßt sie, in ihrem sicherheitspolitischen Konzept eine doppelte Front-Strategie zu führen. Diese Lage erschwert jedoch die Aufgabe, in der Sicherheits- und Außenpolitik eindeutige, fest definierte Sicherheitskonzepte zu entwickeln. Diese Schwäche der Türkei ist aber auch gleichzeitig ihre Stärke, da sie dadurch im wesentlichen aufgrund der alternativen Möglichkeiten einen größeren außenpolitischen Spielraum entwickeln kann. In dem Maße, wie die Türkei ihre Beziehungen zu den westlichen Staaten entwickelt, kann sie gegenüber den Staaten im Osten oder in der Region stärker als Regionalmacht auftreten. Wenn die Türkei mit ihren arabischen Nachbarn im Nahen Osten gute Beziehungen in der Wirtschaft und Politik aufbauen kann, kann sie ihre Position zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den westlichen Staaten verstärken. Die von Özal verfolgte Außenpolitik basierte auf diese Perzeption. Während des sich schwerfällig bewegenden Prozesses der EU-Mitgliedschaft der Türkei wurden von Politikern Stimmen laut, man solle Europa nicht als einzige Alternative der Türkei betrachten. Solche Äußerungen der türkischen Führung unterstreichen auch die Doppelstrategie der Türkei, um den türkischen Anforderungen dem Westen gegenüber Nachdruck zu verleihen.

Im ersten Fall gewinnt die Türkei für die Staaten im Osten an Bedeutung als ein Land, das die Brückenfunktion zwischen Ost und West übernimmt und darüber hinaus deren „Vertreter“ in westlichen politischen und wirtschaftlichen Organisationen sein kann. Im zweiten Fall kann die Türkei als eine in der Region Stabilität und Sicherheit gewährleistende Regionalmacht zur Sicherheit und zum Frieden in der Region ihren Beitrag leisten. Darüber hinaus kann sie die Interessensgegensätze zwischen Westen und Orient in der Region ausgleichen.

Trotz der unnachgiebigen Westorientierung der Türkei können die Erfolge in der regionalen Zusammenarbeit und die tragfähige Institutionalisierung der Regionalorganisationen als Grundlage für Krisenmanagement und Interdependenz in den Bereichen Handel und Wirtschaft dazu führen, daß die regionale Dimension der türkischen Außenpolitik in zunehmendem Maß an Bedeutung gewinnt. Die feste Westbindung der Türkei wird auch nicht als ein Rahmen betrachtet, der die verschiedenen Alternativen und den Bewegungsraum der türkischen Außenpolitik einschränkt.<sup>4</sup> Dies bringt die Türkei in die Lage, aus ihren außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen heraus beide Seiten gleichzeitig zu berücksichtigen. Besonders die nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes entstandenen sicherheitspolitischen Instabilitäten im Südosten der Türkei haben unmittelbare Auswirkungen auf die Türkei. Im folgenden soll die Wahrnehmung der Doppelstrategie auf bilateraler und institutioneller Ebene behandelt werden.

#### **4.1. Beziehungen zwischen der Türkei und EU**

Nachdem die Regierung von Menderes am 31. Juli 1959 den offiziellen Antrag zur EWG-Assoziation eingereicht hatte, begann die EU-Geschichte der Türkei mit den Worten des damaligen Ministerpräsidenten Ismet İnönü: „Heute haben wir das Abkommen unterzeichnet, das die Türkei für alle Ewigkeit mit Europa verbinden wird“ Die Unterzeichnung des Ankara-Abkommens am 12. September 1963 wurde mit diesen

---

<sup>4</sup> O. Sander, a.a.O., 1998, S. 151

Worten von İnönü bekanntgegeben.<sup>5</sup> Die Zeitung Hürriyet<sup>6</sup> bemerkte, daß die EG der Türkei Wohlstand und Geld bringen würde. Aber die Leute müßten noch 22 Jahre Geduld haben, um Wohlstand und Geld zu erreichen. Die Zeitung Milliyet<sup>7</sup> schrieb: „Nun mehr sind wir auch Europäer.“

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Westeuropa können auf eine wechselvolle lange Geschichte zurückblicken. Diese Geschichte reicht von der Ausbreitung des Osmanischen Reiches in weiten Teilen Europas, die vor Wien im Jahre 1683 ihren Höhepunkt erreichte. Die kontinuierliche Verdrängung der Osmanen kulminierte im 19. Jahrhundert in der Vormachtstellung der europäischen Mächte über die „Orientalische Frage“, die dann am Ende des ersten Weltkrieges zum endgültigen Zusammenbruch führte. Die Gründung einer neuen, auf einem Nationalstaat basierenden Republik Türkei mit ihrer offenen Westorientierung im kulturellen und technologisch-wissenschaftlichen Bereich sowie die Übernahme der staatlich-politischen Werte und Normen genügte nicht allein dafür, die gegenseitigen Vorurteile zwischen dem Westen und der Türkei abzubauen. Die geschichtlichen Missionen der beiden Seiten als „Abwehrkämpfe der christlichen Kernländer“ gegen die islamische Bedrohung der westlichen Seite und Betonung der eigenen Souveränität gegen den westlichen Imperialismus prägen heute noch die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Westen.

Im Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft von 1987 spiegelte sich der schon mehr als hundertfünfzig Jahre andauernde Traum wider, endlich vom Westen als „moderner, westlicher“ Staat anerkannt zu werden. Der Grund und das Motiv für den unaufhörlichen Drang der türkischen Eliten geht über wirtschaftliche und außenpolitische Interessen hinaus. Sie erwarteten, daß ihr Ziel, der Türkei den eindeutigen Status eines westlichen Staates zu bescheinigen und sich damit der europäischen Gemeinschaft und den modernen, die Zivilisation verkörpernden Ländern anzuschließen, endlich in Erfüllung gehe. Nun waren/sind Mitglieder der EG jedoch nicht ohne weiteres dazu bereit, der „leidenschaftlichen“ Liebe der türkischen Eliten entgegen zu kommen und mit ihr einen „Ehevertrag“ zu schließen und das „Haus Europa“ für immer gemeinsam zu teilen, mangelte doch der leidenschaftlichen Liebe, die immer aufs Neue beschworen wurde, eine rationale Komponente. Darüber hinaus war die Türkei aus der Sicht der EU mit geschichtlichen, kulturellen und religiösen Eigenschaften behaftet, die es verhinderten, „das Haus Europa“ mit der Türkei zu teilen.

Der Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft hat die Beziehungen zwischen der Türkei und der EG in den achtziger Jahren stark geprägt. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 erreichten die Beziehungen zwischen der Türkei und den EG-Mitgliedern im Bereich der politischen Zusammenarbeit den Tiefpunkt. Wegen der Menschenrechtsverletzungen und dem Zweifel an den Demokratisierungsprozeß der Türkei gestalteten sich die Beziehungen auch nach den freien Wahlen im 1983 sehr mühsam.

Nach den freien Wahlen von 1983 kamen die Türkei und die EG am 16.09.1986 auf Ersuchen der Türkei zu einer Ministertagung des Assoziationsrates unter dem Vorsitz des türkischen Außenministers Halefoğlu zusammen. Dabei wurden zwar keine konkreten Ergebnisse erzielt, dafür wurden die Weichen für eine Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen der Türkei und EG gestellt. Aber das europäische Parlament fand

---

<sup>5</sup> Bizim Almanca/Unser Deutsch. Dezember 1986, S. 11

<sup>6</sup> Hürriyet, 12.10.1963

<sup>7</sup> Milliyet, 12.10.1963

es noch zu früh, unter den gegebenen Voraussetzungen die Beziehungen zur Türkei zu normalisieren. Das europäische Parlament nahm eine ablehnende Haltung ein. Mit dem Entschluß vom 11. Dezember 1986 erkannte es zwar die Fortschritte in der Wiederherstellung der türkischen Demokratie an, aber es empfand sie noch nicht als ausreichend, um die Beziehungen zur Türkei zu normalisieren, Darüber hinaus machte es die Wiederbelebung des Prozesses des EG-Beitritts der Türkei von den Verbesserungen der Menschenrechtsverletzungen und der Institutionalisierung der Demokratie in der Türkei abhängig.<sup>8</sup>

Die fünf europäischen Staaten Frankreich, Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden haben erst auf ihren Antrag verzichtet, die Türkei vor dem Menschenrechtskomitee anzuklagen, nachdem die türkische Regierung versprochen hatte, Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in den Gefängnissen vorzunehmen und den Ausnahmezustand im Land aufzuheben. Die türkische Regierung hatte ferner akzeptiert, dem Menschenrechtsausschuß alle drei Monate über Fortschritte im Bereich der Menschenrechte Bericht zu erstatten. Darüber hinaus wurde den Mitgliedern des europäischen Menschenrechtsausschusses gestattet, in der Türkei Untersuchungen aufzunehmen, um über die Lage der Menschenrechtsverletzungen an Ort und Stelle Klarheit zu gewinnen. Die Zurückziehung der Anklage wurde als ein Erfolg der türkischen Regierung bewertet.<sup>9</sup>

#### *Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer*

Nach Art. 12 des Assoziierungsabkommens von Ankara 1963 und Art. 36 des Zusatzprotokolls von 1970 war den türkischen Arbeitnehmern ab dem 1. Dezember 1986 die uneingeschränkte Freizügigkeit innerhalb der EG-Staaten eingeräumt worden. Statt den türkischen Arbeitnehmern Freizügigkeit zu gewähren, haben die EG-Außenminister beschlossen, der Türkei ein vertrauliches Angebot zu unterbreiten, das sich unter Berücksichtigung der sich gegenüber 1964 grundlegend gewandelten Wirtschaftslage im wesentlichen auf die Konsolidierung der Rechte der bereits in den Mitgliedsstaaten zugelassenen Arbeitnehmern und ihrer Familienangehörigen beschränkte.<sup>10</sup> Die EG-Staaten haben den Antrag der Türkei auf Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer innerhalb der EG am 24.11.1986 bei der Versammlung der EG-Außenminister in Brüssel abgelehnt. Ferner haben sie die Aufforderung der Türkei, gemäß des 1963 beschlossenen EG-Beitritts sofort mit den Verhandlungen zu beginnen, auch abgewiesen. Die EG-Außenminister erklärten sich bereit, lediglich bezüglich des rechtlichen Status der Arbeitnehmer Verbesserungen vorzunehmen.<sup>11</sup> Noch an dem Tag, an dem der Antrag der Türkei auf Freizügigkeit abgelehnt wurde, wagte der türkische Ministerpräsident die Flucht nach vorn und erklärte, die Türkei könne, wann sie wolle, einen EG-Beitritt beantragen. Bei seinen Besuchen in Europa, z. B. beim offiziellen Besuch in London im Februar 1986 oder beim Davos-Treffen der EG-Politiker, wurde Özal jedoch nahegelegt, daß der EG-Beitritt der Türkei für Europa in absehbarer Zukunft kein Thema wäre.

<sup>8</sup> Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften, Nr. C 7/109, Dok. B2-1234/86 Entschluß über die Beziehungen zwischen der EWG und der Türkei. Entnommen aus: Aktuelle SWP- Dokumentation: „Die Beziehungen zwischen der Türkei und der europäischen Gemeinschaft“. Dokumente und Materialien, Nr. 6. (Februar 1988), S. 349 und ff.

<sup>9</sup> AP, 9.12.1985, Süddeutsche Zeitung und Kölner Stadtanzeiger, 10. 12.1985

<sup>10</sup> VWO Politik, 26.11.1986

<sup>11</sup> Reuter 24.11.1986 und Süddeutsche Zeitung, 24.11.1986

Trotz der ablehnenden Haltung der EG-Staaten stellte die Türkei den EG-Vollmitgliedschaftsantrag am 14.04.1987. Mit dem Antrag auf EG-Mitgliedschaft wurde sowohl in der europäischen als auch in der türkischen Öffentlichkeit eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Im Anschluß sollen die Pro- und Contra-Positionen näher analysiert werden.

#### 4.1.1. Antrag auf EG-Mitgliedschaft aus türkischer Sicht

Den Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft der Türkei überreichte Staatsminister Ali Bozer dem belgischen Außenminister Tindemann, der den EG –Vorsitz innehatte. Dieser Akt wurde von Ali Bozer als ein historischer Schritt und historischer Augenblick bezeichnet.<sup>12</sup> In den türkischen Medien wurde der Antrag der Türkei auf die EG-Vollmitgliedschaft als „ein natürliches Resultat der Verwestlichungspolitik der Türkei bewertet“.<sup>13</sup>

Die Partnerschaft der Türkei im Bereich der gemeinsamen Bündniszugehörigkeit und die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Verteidigungsstrategie reichten Özal nicht aus. Er betrachtete die Entwicklung der Zusammenarbeit besonders im wirtschaftlichen Bereich als Fundament für die strukturelle Integration der Türkei in Europa.<sup>14</sup> Nicht die konjunkturell bedingte Verteidigungspartnerschaft, sondern die wirtschaftlichen Verbindungen konnten die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Türkei ein integraler Bestandteil der europäischen Gemeinschaft wird. Daher hatte die Regierung in ihrem ersten Regierungsprogramm die EG-Vollmitgliedschaft der Türkei als ihr oberstes Ziel bezeichnet.<sup>15</sup> Nach Özal sollte der Antrag eher als ein Schritt interpretiert werden, den Willen der türkischen Nation in ihrer Gesamtheit zu manifestieren, der als natürliche Konsequenz der Bewegung zur Verwestlichung des Landes angesehen werden kann.<sup>16</sup>

Ein anderes Motiv für den Drang der Türkei in die EG war die „Enttäuschung“ der Regierung bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA. Trotz des türkischen Beharrens auf das Verteidigungsabkommen von 1981, das den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorsah, konnten die Beziehungen über den sicherheitspolitischen Rahmen nicht hinaus gehen. Den Wünschen der türkischen Regierung nach Erhöhung der vertraglichen Verpflichtungen der US-Hilfe wurde von der US-Administration nicht entsprochen. Özal konnte bei seinen Besuchen in den USA die Aufhebung der Einschränkungen für türkische Exportwaren nicht durchsetzen, der Kongreß der USA machte dies von Fortschritten bei der Lösung des Zypernkonflikts abhängig. Die Aktivitäten der armenisch-griechischen Lobby im US-Kongreß wirkten negativ auf die Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen der Türkei und der USA. Diese Schwierigkeiten veranlaßte die türkische Regierung dazu, in ihrer Außenpolitik wieder verstärkt enge Beziehungen zur EG in den Vordergrund zu stellen.

Trotz der Unzufriedenheit und der ablehnenden Haltung der EG-Mitglieder betrachtete Özal die Türkei als reif genug, um den Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft zu stellen. Die Türkei vertrat die Ansicht, daß sie ihre Verpflichtungen im Rahmen des vorhandenen Abkommens gegenüber der EG mehr als genug erfüllt hat und die Möglichkeiten der

---

<sup>12</sup> ZDF 14.04.1987

<sup>13</sup> Hürriyet, 26.06.1986

<sup>14</sup> Turgut Özal, „Auf einem vernünftigen Weg“. In: Verlagsbeilage der Süddeutsche Zeitung Nr. 96, 27. April 1987

<sup>15</sup> Regierungsprogramm, 1983

<sup>16</sup> Interview mit Özal, Die Welt, 01.07.1987, S. 7

Zusammenarbeit erschöpft sind.<sup>17</sup> Der Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft war viel mehr darauf gerichtet, den „Ball“ an die EG zurückzuspielen und sie vor vollendete Tatsachen zu stellen, damit in den EG-Türkei-Beziehungen neue Dimensionen geschaffen werden. In einem Vortrag vor der Deutschen Südosteuropa Gesellschaft bekräftigte der Außenminister Halefoğlu den Wunsch der Türkei, die Vollmitgliedschaft bei EG zu beantragen. Die Vollmitgliedschaft der Türkei sei, so der Außenminister, eines der Hauptziele der türkischen Außenpolitik. Da die Türkei eine wichtige Rolle für die Sicherheit Westeuropas spiele, könnte sie daher über längere Zeit nicht von Europa ausgeschlossen bleiben. Die NATO -Mitgliedschaft sowie der Beitritt in OECD und Europarat wären Meilensteine auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft der Türkei in EG und eine Vollmitgliedschaft somit eine natürliche Folge.<sup>18</sup> Die Einsicht Özals, daß zwischen dem Zeitpunkt der Antragstellung und dem Abschluß der Verhandlungen für die Vollmitgliedschaft der Türkei viele Jahre vergehen würden,<sup>19</sup> zeigt, daß die Türkei die Beziehungen zur EG von nun an auf der Grundlage des Antrages weiterführen wollte. Für Özal war der Beitrittsantrag in die EG keine „conditio sine qua non“. Für ihn ging es viel mehr darum, neben der wirtschaftlichen Integration, durch oder wegen der EG-Vollmitgliedschaft den demokratischen Standard der Türkei zu erhöhen, die als Bedingung für einen EG-Beitritt gestellt worden war.<sup>20</sup> Die Türkei leidet seit ihrer Gründung unter den widersprüchlichen Gegensätzen zwischen politischen Zielen des Staates und dem traditionellen, kulturellen und religiösen Erscheinungsbild der Gesellschaft, die zurecht zu einer Identitätskrise in der türkischen Gesellschaft führte. Mit dem Antrag glaubte man „ihre seit Jahrzehnten schwelenden geschichtlichen, politischen und gesellschaftlichen Identitätskrisen zu einem guten Stück überwunden“<sup>21</sup> zu haben. Gleichzeitig wurde die EG davor gewarnt, die Konsequenzen im Falle einer Ablehnung der Türkei in Betracht zu ziehen. Die Ablehnung des Antrages würde eine politische und wirtschaftliche Annäherung an die islamische Welt verstärken und dem Re-Islamisierungsprozeß in der Türkei neue Impulse geben. Der Beitritt der Türkei in die EG bedeutete die Verwirklichung eines mehr als 150 Jahre andauernden Traumes, ein Bestandteil der europäischen Wertegemeinschaft zu sein. Das impliziert auch, daß die Türkei im Demokratisierungsprozeß den Standard Europas erreicht. Die demokratische Stabilität der Türkei wurde auch im Hinblick auf die von Konflikten heimgesuchten Regionen als ein Stabilitäts- und Sicherheitsfaktor angesehen.<sup>22</sup>

Die Besorgnis der prowestlichen Kräfte in der Türkei, die EG würde ihre Süderweiterung mit dem Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals zuerst vornehmen und die Türkei würde als assoziiertes Mitglied wie Zypern oder Malta behandelt werden, war eine untragbare Vorstellung für das NATO-Mitglied Türkei.<sup>23</sup> Daher wurde der Antrag der

---

<sup>17</sup> Financial Times, 13.11.1986

<sup>18</sup> FAZ, 16.02.1987

<sup>19</sup> Interview mit Özal, General Anzeiger, 06.01.1987

<sup>20</sup> Cengiz Çandar. In: Zeitschrift „NOKTA“ vom 17.04.1993, S. 35 und Interview mit Özal, Die Welt, 01.07.1987

<sup>21</sup> Bahri Yılmaz, „Der lange Weg nach Europa“. Süddeutsche Zeitung 27.04.1987, S.4

<sup>22</sup> De Morgen, 25.03.1987 und Stimme Amerikas, 25.03.1987

<sup>23</sup> Eine detaillierte Darstellung über Probleme und Perspektive der EG-Türkei-Beziehungen siehe: H. Kramer: „Westeuropa und die Türkei: Auf dem Weg zum 13. Mitglied der EG? –Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1988

Regierung auf EG-Vollmitgliedschaft von den prowestlichen politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Türkei unterstützt.<sup>24</sup>

Die Ablehnung des Antrages und die Haltung des Europäischen Parlaments hinterließ tiefe Spuren in der türkischen Führung. Am 20. Juni überfiel die PKK in der Provinzstadt Mardin/Pınarcık ein Dorf, in dem 30 Menschen (darunter Frauen und Kinder) ermordet wurden. Hinzu kam, daß zwei Tage davor (am 18. Juni 1987) das Europäische Parlament die Türkei aufforderte, sich zum Völkermord an den Armeniern und somit zu den historischen Tatsachen zu bekennen und den Kurden ihre Rechte zu gewähren. Der Staatspräsident Evren reagierte prompt und drohte mit der Revidierung der NATO-Mitgliedschaft, da die Verbündeten die territoriale Integrität der Türkei in Frage stellen würden.<sup>25</sup> Solche Reaktionen änderten aber nicht die Tatsache, daß die Türkei hartnäckig an ihrer Westorientierung und dem EU-Beitritt festhielt.

Während die Regierung die EG-Mitgliedschaft u.a. als eine Rückendeckung für die Demokratisierung der Türkei ansah, vertraten die Linksliberalen die Meinung, daß ohne die Bereitschaft der Türkei, die „Europäisierung“ mit allen dazugehörigen demokratischen Institutionen zu realisieren, der EG-Beitritt nicht mehr als einen Traum bleiben werde.<sup>26</sup> Die Perzeption der Regierung, vor allem aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus die Integration in die EG zu institutionalisieren, stieß auf die Kritik der linken Lager, da die EG-Vollmitgliedschaft stets ökonomischer Natur sei und sich auf politische und klassenspezifische Erwartungen stütze. „Das gilt für die kapitalistische Klasse, die sich von der EG-Vollmitgliedschaft eine Verschmelzung mit ihresgleichen hofft.“<sup>27</sup>

Betrachteten die prowestlichen Kreise den EG-Beitritt der Türkei als Rettung der Zukunft der Türkei, so vertraten die islamischen Kreise das Gegenteil. Der EG-Beitritt wurde von der Seite des politischen Islams kategorisch abgelehnt. Ein von den türkischen Vertreter Europarates (1977-80), Temel Karamollaoğlu, wies auf die kulturellen, religiösen und ethnischen Unterschiede und die geographische Entfernung der Türkei hin und lehnte den EG-Beitritt der Türkei kategorisch ab.<sup>28</sup>

Neben den zunehmenden diplomatischen Beziehungen zu den EG-Mitgliedern auf bilateraler und EG-Ebene hat die Türkei im wirtschaftlichen Bereich Maßnahmen ergriffen, die die türkische Wirtschaft für eine eventuelle EG-Integration vorbereiten sollte. Dazu gehören folgende Schritte der türkischen Regierung, die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Vollmitgliedschaft zu schaffen:

1. Liberalisierung des türkischen Wirtschaftssystems, insbesondere des Außenhandelssystems
2. Damit verbundener Abbau der bürokratischen Hemmnisse
3. Maßnahmen zur Anziehung westeuropäischen Kapitals in die Türkei sowie Errichtung von Freihandelszonen in größeren türkischen Häfen

<sup>24</sup> „Türkische Industrie drängt auf EG-Vollmitgliedschaft“. Europa, 23.03.1987, und dazu die Ansichten der

Vorsitzenden der verschiedenen Wirtschafts- und Handelsorganisationen. In: Bizim Almanca/Unser Deutsch, Dezember 1986

<sup>25</sup> Karl Grube, „Türken, Kurden, Armenier“. FR, 24.07.1987

<sup>26</sup> Asaf Savaş Akat In: Bizim Almanca/Unser Deutsch, Dezember 1986, S. 23

<sup>27</sup> Mümtaz Sosyal, „Elefant“. Milliyet, 24.10.1986

<sup>28</sup> Temel Karamollaoğlu, „EG und Türkei“. In: Zeitschrift Dış Politika (Risale), 2/1988, S. 108

4. Ausbau des Handels mit europäischen Staaten
5. Mehrwertsteuer- Reform, die nicht nur für die Modernisierung des Finanzsystems von Bedeutung ist, sondern auch als Demonstration des Weges in die Vollmitgliedschaft der Türkei angesehen wird.<sup>29</sup>

Durch die Handelsliberalisierung ist es der Türkei gelungen, die Struktur ihrer Exportwaren an westeuropäische Bedürfnisse anzupassen. Kamen im Jahr 1980 rund 60 Prozent des Exports der Türkei aus der landwirtschaftlichen Produktion, so konnten im Jahr 1985 rund 75 Prozent gewerbliche Exportgüter vorgewiesen werden. Der Exportanteil an Industriegütern in die EG betrug 1970 15,8 Prozent, im Jahr 1984 38,3 %. 1986 erhöhte sich dieser Anteil auf 55 Prozent. Der Anteil des türkischen Exports in EU- Staaten betrug im Jahr 1990 53,2 %<sup>30</sup>, im Jahr 1981 exportierte die Türkei 100 verschiedene Güter/Produkte in 20 Ländern. Im Jahr 1986 konnten schließlich 3000 verschiedene Güter/Produkte in 120 Länder exportiert werden.<sup>31</sup>

Trotz der Zurückweisung der Antrages bekräftigte der türkische Außenminister Kurtcebe Alptemuçin, während der Kuwait-Krise bei einem Interview, daß der Platz der Türkei auf dem europäischen Kontinent und in der EG sei. Er wies auf Probleme zwischen der EG und der Türkei hin, die bewältigt werden müßten und brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG letztlich verwirklicht werden würde. Die Europäer hätten die Größe und die strategische Bedeutung der Türkei für den Westen verstanden.<sup>32</sup> Am gleichen Tag sprach der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses, Bülent Akarcalı, davon, daß die EG nicht die einzige Alternative für die Türkei sei. Die Türkei würde ihre Beziehungen zu den Schwarmeer-Anrainerstaaten und den Nahost- Staaten ausbauen. Diese regionale Öffnung der türkischen Außenpolitik wurde jedoch nicht als eine echte Alternative zur EG betrachtet, sondern wurde eher als eine Bereicherung der Möglichkeiten der türkischen Außenpolitik vorgesehen. Den Grund dafür brachte der Kolumnist Sami Kohen so zum Ausdruck: „Die EG ist für die Türkei der Begriff einer Partnerschaft, die wirtschaftliche, politische und ideologische Faktoren impliziert. Sogar noch mehr: Sie bedeutet eine zeitgenössische (Çağdaş) und zivilisierte Identität für die Türkei“. Daher ist nicht einmal daran zu denken, auf eine völlige Integration in die EG zu verzichten.<sup>33</sup> Wie diese Perzeption auch belegt, bleibt die Westorientierung der Türkei ein Eckpfeiler der türkischen Außenpolitik. Trotz der Drohungen gegen den Westen, die Türkei würde nach Alternativen suchen, war den politischen Führungen gemeinsam, daß sie auf den Westen nicht verzichteten.<sup>34</sup>

---

<sup>29</sup> Werner Gumpel, „Die Türkei und die europäische Gemeinschaft“, FAZ, 04.08.1987, S. 16

<sup>30</sup> Cumhuriyet, 9.2.1991

<sup>31</sup> T. Özal, „Auf einem vernünftigen Weg“, Verlagsbeilage der süddeutsche Zeitung, Nr. 96, 27.04.1987

<sup>32</sup> Türkiye, 7.11.1990

<sup>33</sup> S. Kohen, „Türk Diplomasisinin Avrupa Cephesi“ (Die westliche Front der türkischen Diplomatie). Milliyet, 19.12.1991

<sup>34</sup> Türkiye, 7.11.1990

#### 4.1.2. Antrag auf EG-Mitgliedschaft aus europäischer Sicht

Als die Türkei den Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft am 14.4.1987 stellte, waren die EG-Staaten davon wenig enthusiastisch. Er wurde sogar von den meisten EG-Mitgliedern als eine „Störung empfunden“<sup>35</sup> und war somit ein „unerwünschten Antrag“<sup>36</sup>.

Die Gründe dafür ließen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Die Integration der zuletzt neu aufgenommenen Mitglieder Portugal und Spanien stellt die EG schon jetzt vor Probleme. Der Beitritt der Türkei würde sie noch zusätzlich belasten.
2. Die Türkei kann aufgrund ihrer geographischen Lage und kulturellen Zugehörigkeit nicht zu Europa gezählt werden. Trotz der Reformen von Atatürk erschwert die Verstärkung der islamischen Tradition die Beziehungen der Türkei zum Westen.
3. Die Wirtschaft der Türkei entspricht noch nicht dem Niveau der EG. Der demokratische Zustand der Landes erreicht nicht den europäischen Standard.
4. Solange aufgrund der Zypernfrage Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland bestehen, wird Griechenland gegen die Türkei sein Veto einlegen.

Aus europäischer Sicht lag die Ablehnung der Aufnahme der Türkei vor allem in deren kultureller, religiöser Andersartigkeit begründet. Damit verbunden war die Frage nach dem Selbstverständnis der Europäischen Gemeinschaft. Bei aller Beteuerung der universalen Wertvorstellungen der EU-Mitglieder ist nicht von der Hand zu weisen, daß die EU in erster Linie ausschließlich aus Ländern des christlich geprägten Abendlandes besteht.

Wenn es um den Beitritt der Türkei geht, wird auf die wirtschaftliche Unterentwicklung des Landes, die mangelnde Institutionalisierung des demokratischen Systems und auf die Mißachtung der Menschenrechte hingewiesen. Betont wurde aber vor allem die kulturellen, geschichtlichen und religiösen Unterschiede. Dieses Haupthindernis für die Aufnahme der Türkei in die EG möge das folgende Zitat verdeutlichen: „Neben den mangelhaften demokratischen Strukturen der Türkei, den großen kulturellen Unterschieden zwischen dem islamisch geprägten Land und der christlich geprägten europäischen Gemeinschaft sprechen vor allem diese Erwägungen dafür, den europäischen Integrationsprozeß auf das geographische Europa zu begrenzen. Hinzu kommt, daß die EG nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch auf dem Weg zur politischen Gemeinschaft ist.“<sup>37</sup>

Daher gehörten zu den Problemen zwischen der Türkei und EG, die zur Ablehnung der EG-Mitgliedschaft der Türkei führten, nicht nur Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich. Der langsam voranschreitende Demokratisierungsprozeß, das Problem der Menschenrechtsverletzung und das Kurdenproblem waren Streitpunkte, bezüglich derer verfassungsrechtliche Verbesserungen von der Türkei erwartet wurden. Der eigentliche Grund, nämlich die Verstärkung des Islams in der türkischen Gesellschaft, bereitete den EG-Mitgliedern Kopfschmerzen. Der belgische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, der liberale Beyer de Ryke, sagte in einem Interview in der türkischen Zeitung Tercüman, daß die EG-Vollmitgliedschaft der Türkei unmöglich sei, weil „ein

<sup>35</sup> Herman Erich, „Nicht Willkommen“. General Anzeiger vom 15.04.1987

<sup>36</sup> Erich Hauer, „Ein unerwünschter Antrag“. FR vom 15.04.1987

<sup>37</sup> Hans-Joachim Seeler, „Politische Partnerschaft ausbauen“. Europäische Zeitung Juli 1987, S.2

muslimisches Land in der EG keinen Platz<sup>38</sup> habe. Trotz ihrer politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen fand Europa die Türkei zu arm und überbevölkert, um in die EG aufgenommen zu werden; kritisiert wurden weiterhin die Menschenrechtsverletzungen.<sup>39</sup>

Auf die geopolitische, kulturelle und geographische Brückenfunktion der Türkei (als Verbindungsglied zwischen Westen und Orient) wird von Europa gerne zurückgegriffen, wenn es um die Verteidigung der wirtschaftlichen, strategischen und sicherheitspolitischen Interessen des Westens geht, wie es im Kalten Krieg und in der Kuwait-Krise der Fall war. Wenn es aber um die EU-Integration (einschließlich WEU) geht, scheint die kulturelle, religiöse und geographische Brückenfunktion der Türkei gerade geschwächt zu sein, was die westlichen Medien gerne als Gegenargumente für eine Mitgliedschaft der Türkei anführen. Die laizistische Gesellschaftsordnung des „ungeladenen Gastes vor dem Tor Europas“ findet zwar sehr wohl Zustimmung, aber als ein geographisch asiatisches Land gehöre die Türkei als ein armes Land dennoch zur Dritten Welt. Hinzu kommt, daß die kulturelle Distanz zwischen der Türkei und dem Westen als gravierender bewertet wird als ihre geographische Lage<sup>40</sup>. Daher wird westlichen Politikern empfohlen, den europäischen Integrationsprozeß auf das geographische Europa zu begrenzen und statt der Mitgliedschaft die politische Partnerschaft mit der Türkei auszubauen.<sup>41</sup>

Wesentlich geprägt werden die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa durch die unterschiedliche Kultur- und Religionszugehörigkeit. Es steht außer Frage, daß die Türkei sich als ein westliches Land ansieht. Aber das Problem liegt gerade hier. Denn der Grad der Verwestlichung der Türkei wird von den Europäern in Frage gestellt.<sup>42</sup> Für einen EU-Beitritt stellt eigentlich dieser kulturelle und religiöse Unterschied das Haupthindernis dar, das die türkischen Politiker nicht wahr haben wollen, wofür die Europäer aber Gegenargumente parat haben. Darüber hinaus kommen mit der Zeit zu den alten gestellten Bedingungen für eine Aufnahme der Türkei in die EU (z.B. Verbesserungen bezüglich der Demokratisierung der Gesellschaftsordnung und der Menschenrechtsfrage) neue Bedingungen hinzu, so zum Beispiel die Lösung des Kurdenproblems, das erst Ende der achtziger Jahre in den europäischen Hauptstädten zum Gegenstand der Politik wurde. In einer Resolution vom Ausschuß der Emigranten und Asylanten des europäischen Rates wurde auf das Abkommen von Sèvres von 1920 hingewiesen und das Selbstbestimmungsrecht für die Kurden gefordert.<sup>43</sup> Unbeeindruckt von dem Beitrittsantrag der Türkei forderte das Europäische Parlament die Türkei in einem Entschluß vom 18. Juni 1987 auf, die „Besatzungstruppen“ auf Zypern abzuziehen, die Kurdenfrage anzuerkennen und den „Völkermord“ an den Armeniern von 1915-1917 einzugestehen.<sup>44</sup>

---

<sup>38</sup> DPA vom 14.11.1986

<sup>39</sup> The New York Times, 21 Jan. 1991,

<sup>40</sup> FR, 15.04.1987

<sup>41</sup> H. Joachim-Seeler, „Politische Partnerschaft ausbauen“. Europäische Zeitung, Juli 1987, S.2 und The Guardian, vom 15.04.1987

<sup>42</sup> Reinhard Kleinmann, ARD 14.04.1987. Bei Interview mit Ministerpräsident Özal wurden u.a. zum Beispiel

die folgenden Fragen gestellt: „Wie könnte sich eine Türkei, die ihre islamischen Wurzeln immer stärker betont, in ein völlig anders geartetes Europa integrieren?“. Der Spiegel, Nr. 2/1987, S.169; „Wie europäisch sind sie denn? (...) Bedeutet eine moslemische Türkei nicht ein Fremdkörper im überwiegend christlich geprägten Europa?“ Die Welt vom 01.07.1987

<sup>43</sup> Hürriyet, 02.02.1991

<sup>44</sup> Amtsblatt des Europäischen Gemeinschaft Nr. C 190/19, Donnerstag, 18. Juni 1987

In einem Plädoyer für die Aufnahme der Türkei in die EG mahnte Kai-Uwe von Hassel vor Konsequenzen der Ablehnung des türkischen Beitrittsantrages. Eine Ablehnung würde, so Hassel, die Welt verändern.

„Versagt die EG der Türkei die Mitgliedschaft, so wird sie sich von Europa trennen. In rascher Folge wird sie die NATO verlassen. Sie wird sich mit aller Energie den islamischen Staaten zuwenden. In dem Fall würde die „Vision einer islamischen Türkei“ Realität. Jene, die den Islam in Europa fürchten, werden nach einer knappen Konsolidierungszeit in der neuen Türkei diese neue, die Welt verändernde Konstellation mit der dann geballten Kraft des Islams mit ganz anderer Wucht zu spüren bekommen.“<sup>45</sup>

Was das für das Regime in der Türkei und für die Sicherheit Europas bedeutete, brachte der ehemalige französische Botschafter in der Türkei, Eric Rouleau, zum Ausdruck: „Frankreich ist sich dessen bewußt, daß irgendeine Bedrohung, die gegen das kemalistische Regime in der Türkei gerichtet ist, unmittelbar auch Europa in die Gefahrenzone bringt, weil eine solche Gefährdung Auswirkungen auf internationale Abkommen und europäische Institutionen haben würde, an denen die Türkei auch beteiligt ist.“<sup>46</sup>

Die negative Haltung der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem EG-Beitritt der Türkei hat in Ankara Enttäuschung hervorgerufen. Die Unstimmigkeiten zwischen der Türkei und den europäischen Staaten (insbesondere Deutschland, das einen Antrag bei der EG eingereicht hat, um auf die Kurdenfrage hinzuweisen und gegen Menschenrechtsverletzungen die Türkei zu protestieren<sup>47</sup>) sorgten für die Abkühlung der Beziehungen. Nach der Kuwait-Krise kehrte sich die Türkei von ihrer Orientierung an einer Außenpolitik des Gleichgewichts zwischen Europa und der USA ab, näherte sich zunehmend an die USA an und konzentrierte sich auf die Wahrung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Interessen im regionalen Bereich.<sup>48</sup>

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entdeckte die EG die Türkei wieder. Die Entstehung der neuen Turkstaaten in Zentralasien veranlaßte die EG dazu, die Beziehungen mit der Türkei auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene zu normalisieren. Die Generalsekretärin des Europäischen Rates, Catherine Lalumière, besuchte zusammen mit dem türkischen Außenminister Hikmet Çetin im Juli 1992 die Turkstaaten in Zentralasien. Beeindruckt von den Meinungen der Staatsführungen der neuen Turkstaaten über die Rolle der Türkei in Zentralasien erklärte sie: „Alle diese Staaten haben offen gesagt, daß sie die Türkei als Modell gewählt haben. Die Türkei wird diesen Staaten ihre Hilfe zukommen lassen. Aber die Möglichkeiten der Türkei sind für die Überwindung der Probleme dieser Staaten, die sich in der Übergangsphase befinden, begrenzt. Die zivilisierte Welt sollte auch dabei mithelfen.“<sup>49</sup> Die neue Bewertung der Türkei im Hinblick auf Zentralasien gab den EG-Türkei-Beziehungen neuen Impulse. Seit

---

<sup>45</sup> Uwe- Kai von Hassel, „Ein Plädoyer für die Aufnahme der Türkei in die EG“. Die Welt, 19.07.1987, S. 6

und „Die Türkei vor den Toren“, Europäische Zeitung, Oktober 1987, S. 8

<sup>46</sup> Eric Rouleau, „Die Türkei hat ein Wette abgeschlossen“. Milliyet, vom 15.4.1994

<sup>47</sup> Sabah, 29.03.1992

<sup>48</sup> Milliyet 31.03.1991

<sup>49</sup> Ebd., 20.07.1992

1980 wurden zum ersten Mal bei einer Versammlung des Gemeinsamen Rates zwischen der EG und der Türkei im politischen und wirtschaftlichen Bereich konkrete Maßnahmen unternommen. So waren die Verwirklichung der Zollunion und die Angleichung der Zollsteuern vorgesehen, die Verbesserung des rechtlichen Status der türkischen Arbeitnehmer innerhalb der EG sowie eine verstärkte Zusammenarbeit im Dienstleistungssektor und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der EG im Hinblick auf die Investitionen in den zentralasiatischen Turkstaaten.<sup>50</sup>

#### 4.1.3. Die Neubewertung des sicherheitspolitischen Stellenwertes der Türkei als Grund für die EU-Aufnahme

Während des Kalten Krieges hatte die Türkei aus der Sicht des Westens eine strategische Bedeutung, die sie nach der Überwindung der Ostbedrohung verlor. Die Kuwait-Krise eröffnete der Türkei jedoch abermals die Chance, in den Augen Europas wieder ein wichtiger und unverzichtbarer Partner zu werden, und erinnerte an die wichtige Rolle der Türkei innerhalb der NATO. Es genügte aber nicht allein, daß die Türkei ihren festen Willen beschwört, die Werte des Westens zu verinnerlichen.

Die strategische Bedeutung der Türkei änderte nichts an der Tatsache, daß das EU-Tor für sie verschlossen blieb. Die Europäische Kommission des europäischen Parlaments beschloß am 16. Juli 1997 in Straßburg in der Agenda 2000 die Erweiterung der EU und die Aufnahme der Verhandlungen über die Beitrittsanträge der osteuropäischen Staaten<sup>51</sup>. Nach dem Luxemburger Gipfel des Europäischen Rates vom 12. und 13. Dezember 1997 waren die Beziehungen der Türkei zur EU von Enttäuschung und Distanz gekennzeichnet. Die EU war nicht bereit, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen, da sie die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht erfüllen würde, auf deren Grundlage die Beitrittsverhandlungen in Betracht bezogen werden. Der Europäische Rat machte die Weiterführung der Verhandlungen und Entwicklung der Beziehungen von der Fortsetzung der politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Türkei abhängig.<sup>52</sup> Die Türkei bezeichnete den Beschluß des Europäischen Rates in einer Regierungserklärung als nicht akzeptabel und wies darauf hin, daß die Position der EU für die Türkei weit davon entfernt sei, eine „feste und glaubwürdige Grundlage zu sein“. Die Zukunft der Türkei und ihrer Beziehungen zur EU könne nicht auf solch unsicherem Boden aufgebaut werden.<sup>53</sup>

Der luxemburgische Außenminister und EU-Ratsvorsitzenden, Jacques Poos, besuchte die Türkei und teilte dem türkischen Ministerpräsident in Ankara mit, daß die Türkei zwar „ein Teil des Erweiterungsprozesses“ sei, aber die Beitrittsanträge nicht auf die Türkei ausgedehnt werden. Im Oktober 1999 gelingt das Europäische Parlament zur Überzeugung, daß „die Voraussetzungen für eine Beantragung ihres Beitritts zur Europäischen Union erfüllt sind, und sieht in dem möglichen EU-Beitritt der Türkei einen wichtigen Beitrag zu ihrer künftigen Entwicklung sowie zu Frieden und Sicherheit in Europa. Es begrüßte die Bemühungen der türkischen Regierung, auf dem Weg der

<sup>50</sup> Mehmet Ali Birand „AT-Türkiye İlişkilerinde İlk Somut Adım Atıldı“, (In den EG-Türkei-Beziehungen wurden erste konkrete Schritte getan). Sabah, 11.11.1992

<sup>51</sup> Diese Staaten sind: Ungarn, Polen, Estland, Tschechische Republik und Slowenien,

<sup>52</sup> Tagung des Europäischen Rates am 12. und 13. Dezember 1997 in Luxemburg, Schlußfolgerungen. In: Internationale Politik, Januar 1998, S. D 119 ff.

<sup>53</sup> Erklärung der türkischen Regierung zum Gipfel von Luxemburg am 14. Dezember 1997 in Ankara. In: Internationale Politik, Januar 1998, S. D 122

Erfüllung der für den Beitritt zur europäischen Union festgelegten politischen und wirtschaftlichen Kriterien voranzukommen.“<sup>54</sup>

Beim Gipfeltreffen von Helsinki am 10. / 11. Dezember 1999 begrüßte das Europäische Parlament im Bericht der Europäischen Kommission die Absicht der Türkei, die Reformen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien fortzusetzen. Daher wurde der Türkei die Gelegenheit angeboten, „an einem Gemeinschaftsprogramm und -Einrichtungen sowie am Treffen zwischen beitriftswilligen Ländern und der Union im Zusammenhang mit dem Beitrittsprozeß teilzunehmen.“<sup>55</sup> Damit war die Türkei wieder an die Reihe der EU-Anwärterstaaten aufgenommen.

Es stellt sich die Frage, was sich in der türkischen Innenpolitik in zwei Jahren so verändert hat, daß ein Meinungswandel im Europarat stattgefunden hat. Nach dem „verlorenen Jahrzehnt“<sup>56</sup> im wirtschaftlichen und politischen Bereich kann man nicht davon sprechen, daß die Türkei in der Innenpolitik innerhalb von nur zwei Jahren die erforderlichen demokratisierenden und wirtschaftlichen Maßnahmen durchgesetzt hat, um das Europäische Parlament dazu zu veranlassen ihre Meinung von 1997 zu revidieren. Außer der Verschiebung der Todesstrafe des zum Tode verurteilten PKK-Chefs Abdullah Öcalans kann man keine verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Verbesserungen in der Türkei feststellen. Diese Entwicklungen zeigen, daß die Motive der EU woanders als in den innenpolitischen Entwicklungen der Türkei liegen. Dafür gibt es zwei Gründe: Die Entwicklungen im Nahen Osten und auf dem Balkan haben gezeigt, daß ohne die Türkei die sicherheitspolitischen und strategischen Interessen Europas nicht gewahrt werden können. Eine Türkei, die ihre Hoffnungen auf einen EU-Beitritt aufgegeben hat, könnte zweitens in ihrer Innen- und Außenpolitik nach alternativen Möglichkeiten suchen, denen das Konzept Europas vom 21. Jahrhundert nicht entspricht. Es wird in der Sicherheitspolitik der Industriestaaten regionalen Mächten wie der Türkei die Aufgabe zugesprochen, als Stabilitätsfaktor in ihrem Umfeld zu fungieren, damit sicherheitspolitische „Risiken“ in Form von ethno-nationalistischen und religiösen Bewegungen die Rohstoffwege der Industriestaaten nicht gefährden. Die Türkei ist weiterhin für die künftige Gestaltung und Sicherheit Europas von strategischer Bedeutung. Daher liegt die Taktik der EU gegenüber der Türkei darin, sie vor dem Tor der EU auf der Wartebank hoffen zu lassen, denn die Türkei ist geostrategisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich für Europa zu wichtig, um sagen zu können, „wir wollen mit Ihnen das Haus Europa nicht teilen“. Es fällt der EU jedoch auch schwer, sich aufgrund der geschichtlichen, kulturellen und religiösen Unterschiede dazu bereit zu erklären, „das Haus Europa“ mit der Türkei im 21. Jahrhundert zu teilen.

## 4.2. Beziehungen zwischen der Türkei und den USA

---

<sup>54</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments zur Türkei vom 6. Oktober 1999 in Straßburg.  
In: Internationale Politik, 2/2000, S. D 76

<sup>55</sup> Art. 12 der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 10. Und 11. Dezember 1999 in Helsinki. In: Internationale Politik, 2/2000, S. D 82

<sup>56</sup> Bahri Yilmaz, „Das ‚verlorene Jahrzehnt‘ - Eine Zwischenbilanz der wirtschaftlichen und politischen Reformen in der Türkei“. In: Internationale Politik, Dezember 1999, S. 43 und ff.

Am 25. Oktober 1939 berichtete der damalige US-Botschafter in Ankara Mac Murry in einem Telegramm an die US-Regierung über die wirtschaftlichen Schulden der Türkei und schrieb folgenden Satz: „Der türkische Handelsminister hat heute dem amerikanischen Handelsattaché mitgeteilt, daß die Türkei im Kontext des Tabakwarenverkaufs ihre Währung um 25 Prozent devalvieren werde.“<sup>57</sup> Dieser Satz spiegelt die Form der Beziehungen zwischen der Türkei und den USA seit den vierziger Jahren wider. Die Türkei hatte schon damals angefangen, ihre innenpolitischen und außenpolitischen Maßnahmen (sei es politisch oder wirtschaftlich) vorher den USA mitzuteilen, bevor die türkische Öffentlichkeit davon unterrichtet wurde. Diese Tendenz hat die Art der Beziehungen zwischen beiden Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. NATO-Zugehörigkeit) und die innen- und außenpolitischen Vorstellungen der Türkei in verstärktem Maße geprägt.

In den achtziger Jahren waren die türkisch-amerikanischen Beziehungen einer der tragenden Eckpfeiler der türkischen Außenpolitik geworden. Die Annäherung und Entwicklung der engen Beziehungen zwischen den beiden Staaten kann man mit drei strategischen außenpolitischen Globalzielen der USA erklären, die auch von der Türkei geteilt wurden:

1. Die gemeinsame Einstellung, daß die internationale Ordnung bzw. der Status Quo, der nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, bewahrt werden sollte.
2. Verhinderung der kommunistischen Einflußnahme oder der kommunistisch gesinnten Kräfte bzw. Regimes im Nahen und Mittleren Osten.
3. Interessenübereinstimmung zwischen den globalen sicherheitspolitischen Interessen der USA und den regionalen sicherheitspolitischen Interessen der Türkei als Bündnispartner.

Wie in einem Bericht vom Nationalen Sicherheitsrat der USA vom 6. Januar 1948 verdeutlicht wurde, war der Grad der türkisch-amerikanischen Beziehungen durch die Neuformulierung der nationalen Interessen der USA im Nahen Osten bestimmt:

„Die Sicherheit des östlichen Mittelmeerraumes und des Mittleren Ostens ist lebenswichtig für die Sicherheit der Vereinigten Staaten. (...) Die Sicherheit des gesamten östlichen Mittelmeers und des Mittleren Ostens würde aufs Spiel gesetzt, wenn die Sowjetunion in ihrem Bemühen Erfolg haben sollte, die Kontrolle über nur eines der folgenden Länder zu erlangen: Italien, Griechenland, Türkei oder Iran. Aus dieser Sicht sollte die Politik der Vereinigten Staaten darin bestehen, in Übereinstimmung mit den Prinzipien und dem Geist der Charta der Vereinigten Nationen die Sicherheit des östlichen Mittelmeers und des Mittleren Ostens zu stützen. Als Konsequenz dieser Politik sollten die Vereinigten Staaten dazu beitragen, die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit von Italien, Griechenland, Türkei und dem Iran zu bewahren. Die Vereinigten Staaten sollten bereit sein, vollen Gebrauch von ihrer politischen, wirtschaftlichen und, wenn nötig, militärischen Macht in der für am effektivsten gehaltenen Weise zu machen.“<sup>58</sup>

Das Ziel der amerikanischen Politik gegenüber der Türkei war/ist dadurch geprägt, den Beitrag der Türkei zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen im Nahen und Mittleren

<sup>57</sup> Cüneyt Arcayürek, „Şeytan Üçgeninde Türkiye“ (Die Türkei im teuflischen Dreieck) Bilgi Yayınevi, 1. Basım, Ankara 1987, S. 65

<sup>58</sup> Zit. n.: H. Kramer, „Die Türkei Gefährdeter Partner der westlichen Allianz“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1981, S. 97-98

Osten durch wirtschaftliche, aber vor allem militärische Hilfeleistungen sichern zu wollen. Mit anderen Worten war die militärische und politische Unterstützung der Türkei durch die USA nichts anderes als die Fortsetzung der Außenpolitik in dieser Region. Im Jahr 1941 kamen die Berater im US-Außenministerium hinsichtlich der Hilfe für die Türkei, die diese von den USA verlangt hatte, zu dem Schluß: „Der Türkei sollte nicht so viel Hilfe geleistet werden wie den kriegsführenden Staaten. Aber grundsätzlich sollte der Türkei weiterhin Hilfe geleistet werden, damit sie nicht das Gefühl haben sollte, von der demokratischen Front verstoßen zu werden.“<sup>59</sup> Die Grundlagen der geostrategischen Bedeutung und des Stellenwertes der Türkei in der Außenpolitik der USA hinsichtlich ihrer Politik im Nahen Osten hat sich seit dem Zweiten Welt nicht verändert. Während des Krieges im Jahr 1941 war die US-Militärhilfe an die Türkei unter dem Gesichtspunkt bewertet worden, daß die Gewinne, die durch die Hilfeleistung an die Türkei erzielt werden konnten, viel höher seien als die Verluste, die durch Hilfeleistung entstehen könnten.<sup>60</sup> Gleichzeitig wurde auf die strategische Bedeutung der Türkei hingewiesen.

Seit der Regierung von Menderes, der das Ziel hatte, aus der Türkei ein „Kleinamerika“ zu machen, haben türkische Politiker (ob liberal oder konservativ - wie z. B. Demirel, der in der türkischen Öffentlichkeit den Beinamen „Morrison Demirel“ hat oder Sozialdemokraten wie Ecevit, der stolz darauf ist, ein zuverlässiger Schüler von Kissinger zu sein) es stets vermieden, diesen Zusammenhang zu sehen. Die USA haben ihre hinsichtlich der Türkei auferlegten sicherheitspolitischen Ziele mit der Rhetorik der Menschenrechte, Demokratie und Freiheit untermauert.<sup>61</sup> In den Jahren von 1950 bis 1989 haben die USA 4.461 türkische Offiziere hohen Ranges in den USA (West-Point) ausgebildet. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind so intim und tief, daß ihre Geheimdienste in einem Haus gemeinsam arbeiten und die Kosten „fifty, fifty“ geteilt werden.<sup>62</sup> Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß die Militärinterventionen in der Türkei immer im Einvernehmen mit USA vollzogen wurden.

Nach der Abkühlung der Beziehungen nach dem Waffenembargo der USA im Jahr 1975 entwickelten sich die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei auf der Grundlage des am 29. März 1980 unterzeichneten Abkommens über „Verteidigungs- und wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Nach dem Verlust des Irans als zuverlässiger Partner der USA und der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan, die einen großen Einflußverlust der NATO bedeutete, wurde die Türkei wegen ihrer strategischen Lage als Teil der geographischen Region für die amerikanische Sicherheitspolitik zunehmend in Betracht gezogen. Die Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Staaten beeinträchtigte die strategisch-militärische Möglichkeiten und Spielraum der Amerikaner in dieser Region. Darüber hinaus wirkte das Waffenembargo gegen die Türkei auf die Verteidigungsfähigkeit der NATO in ihrer Südflanke negativ aus, da das Embargo die Schwächung der türkischen Streitkräfte zur Folge hatte. Aufgrund der damaligen politischen Lage in der Region war man im Pentagon zum Entschluß gekommen: „Für die USA gibt es heute unumstritten zwei unverzichtbare Länder im Nahen Osten: die Türkei und Israel.“<sup>63</sup> Die US-Regierung hat entsprechend gehandelt und die Türkei in die Kategorie der Länder aufgenommen, die bei der Hilfe bevorzugt behandelt werden. Ab

<sup>59</sup> C. Arcayürek, a.a.O., 1987, S. 145

<sup>60</sup> C. Arcayürek, a.a.O., 1987, S. 151

<sup>61</sup> H. Kramer, a.a.O., 1981, S. 98

<sup>62</sup> C. Arcayürek. „ABD-CIA ve Pentagon Üçgeninde Türkiye“ (Die Türkei im Dreieck der USA, CIA und Pentagon). In: Dış Politika /Außenpolitik, Risale Yayınları, 6/1989, S. 205

<sup>63</sup> M. Ali Birand, Milliyet, 22.04.1983

1983 wurde der Betrag militärischer Leistungen in Form von Hilfe an die Türkei von 400 Mio. US-\$ auf 718 Mio. US-\$ erhöht.<sup>64</sup> Bei der Erneuerung des Abkommens über Verteidigungs- und wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1980, wurde von der türkischen Regierung unterstellt, daß Abkommen ohne schriftliche Festlegung der Verpflichtungen seitens der USA unterschrieben zu haben. Forderungen der Türkei, die mit dem Abkommen in Verbindung standen, wie z. B. die Modernisierung der türkischen Streitkräfte, eine Gewährung der US-Hilfe an die Türkei in Höhe von 913 Mio. US-\$ und eine militärische Zusatzhilfe in Höhe von 139 Mio. US-\$ (ohne Abstriche) durch den Senat waren nicht schriftlich festgelegt worden. Darüber hinaus blieb die in dem Abkommen vorgesehene „wirtschaftliche Zusammenarbeit“, die auf das Drängen der Türkei eingebracht worden war, ohne praktische Folgen. Nach dem Abkommen sollte jeder Unterzeichner seine jeweiligen finanziellen Verpflichtungen gegenüber den anderen Staaten schriftlich mitteilen. Darüber hinaus wurden die Hilfeleistungen an die Türkei durch den US-Kongreß reduziert. Dies wurde von der US-Regierung immer dadurch unterlaufen, daß die Einwände des US-Senats als Schutzschild genommen wurden.<sup>65</sup>

Gemäß dieses Abkommens wurden in der Türkei neue Beobachtungsanlagen errichtet und militärische Flugplätze im Osten der Türkei gebaut. Die USA wollten die in geostrategischer Hinsicht bedeutender gewordene Türkei in eine Sicherheitskooperation der Staaten außerhalb des NATO-Rahmens hinblicklich des Nahen - und Mittleren Ostens miteinbeziehen, da die Türkei - wegen ihrer Wächterfunktion der Meerengen und der strategischen Bedeutung bei der Verteidigung des östlichen Mittelmeers - „eine Schlüsselrolle bei der Sicherung amerikanischer und westlicher Interessen an den südlichen und östlichen Küsten des Mittelmeers“ spielen konnte.<sup>66</sup> Es ging darum, die sowjetische Einflußnahme in der Region einzudämmen und die Ölquellen im Nahen Osten zu sichern. Die Zusammenarbeit außerhalb des NATO-Rahmens wurde in einem geheimen Zusatzprotokoll festgelegt, das jedoch enthüllt worden ist. In ihm wird der USA die Möglichkeit eingeräumt, von bestimmten Basen aus Operationen außerhalb des NATO-Bereiches durchzuführen.<sup>67</sup> Dagegen behauptete die türkische Seite, daß die durch dieses Abkommen erfolgte Erweiterung bzw. der Neubau der Flugplätzen und die Einrichtung von Anlagen sowohl den im Rahmen der NATO getroffenen Verpflichtungen als auch dem Verteidigungsabkommen mit den USA von 1980 entspreche. Die im Rahmen dieses Abkommens vorgesehene Verteidigungszusammenarbeit werde, so Ali Karaosmanoğlu, über die Verpflichtungen des NATO-Rahmens nicht hinausgehen.<sup>68</sup> Aber er fügte zugleich hinzu, daß die NATO im Mai 1980 einen von den USA unterbreiteten Plan, wonach die USA (um die Sicherheit der Golfregion zu gewährleisten) ihre unter der NATO-Kommando stehenden Streitkräfte in Dringlichkeitsfällen in die Golfregion entsenden sollte, angenommen hat.

Bezüglich der Intensivierung der türkisch-amerikanischen Beziehungen in der Özal-Ära können aus der Sicht der Türkei folgende Punkte zusammengefaßt werden:

1. Die Zuneigung Özals gegenüber der USA war, wie in Abschnitt 3.2.1. erläutert wurde, geprägt von seiner persönlichen Überzeugung, daß die gesellschaftliche Struktur der

<sup>64</sup> Ellen Laipson, „Die USA und die Türkei- Eine partnerschaftliche Unstimmigkeit“. In: Journal of Defence and Diplomacy, September 1985

<sup>65</sup> Günaydin, 18.03.1987

<sup>66</sup> Zitiert nach U. Halbach, a.a.O., 1986, S. 30

<sup>67</sup> Vgl. Ebd., S. 33

<sup>68</sup> Ali L. Karasomanoğlu, a.a.O., 4/1983, S. 4

Türkei die gleichen Merkmale aufweise wie die USA. Daher hat er das amerikanische Modell schlechthin als Vorbild für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in der Türkei genommen.

2. Vor dem Militärputsch führte die Türkei das wirtschaftliche Stabilitätsprogramm für die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage ein, das vom IWF mitgetragen wurde. Das Konzept der Liberalisierung der Wirtschaft entstammte der Neoliberalen Schule, deren politische Wortführer u.a. US-Präsident Reagan war.
3. Nach der Machübernahme der Militärs waren die Beziehungen der Türkei zu den westeuropäischen Staaten so gut wie eingefroren, so daß die Türkei die Beziehungen mit dem Westen zunehmend über die USA aufrecht halten wollte.
4. Özals Außenpolitik zielte darauf, wirtschaftlich und militärisch die Vormachtstellung der Türkei in der Region zu sichern. Da ihr regionaler Machtanspruch ohne „Abschreckungsfaktor“ nicht gewährleistet werden konnte, mußte die Türkei ihre militärische Aufrüstung modernisieren. Dies konnte ohne militärische Hilfeleistungen der USA nicht bewerkstelligt werden.

In den Beziehungen zwischen der Türkei und der USA gab es zwei entgegengesetzte Dilemmata. Für die USA bestand das Dilemma darin, daß sie die Türkei militärisch aufrüsten und ihre Armee modernisieren mußten, damit die Türkei militärisch in die Lage versetzt werden konnte, ihrer Aufgabe in der Süd-Flanke der NATO gegenüber der Sowjetunion und den feindlich gesinnten Mächten in der Region gerecht werden konnte. Also ging es um die Verstärkung der Süd-Flanke der NATO. Aber es bestand immer die Gefahr, daß die Türkei mit der militärischen Aufrüstung, die sie im Rahmen der NATO aus den USA bekommen hatte, ihren Bündnispartner, nämlich Griechenland unter Druck setzt sogar diese Waffen anwendet, um ihren nationalen Interessen Geltung zu verschaffen, wie es im Jahr 1974 der Fall gewesen ist. Also konnte die Türkei ihre militärische Überlegenheit, die sie durch die Hilfeleistung der USA erlangte, um diese im Interesse der westlichen Staaten einzusetzen, gegen ihren Bündnispartner Griechenland und somit auch gegen die sicherheitspolitischen Interessen der USA in der Region richten. Trotz der Hilfeleistungen seitens der USA konnte die Türkei bei der Wahrnehmung der US-Interessen in der Region Einwände haben und die Benutzung militärischer Stützpunkte seitens der USA auf türkischem Boden verhindern, wie es im Falle des israelisch-arabischen Krieges von 1967 der Fall gewesen war.

Für die Türkei besteht das Problem darin, daß sie für die Verteidigung ihrer nationalen Interessen oder die Gewährleistung ihrer Sicherheitspolitik ihr Militär modernisieren muß, was nicht unbedingt mit den Interessen der USA übereinstimmen muß. Dafür benötigt sie aber die Unterstützung der USA, die wiederum erst großzügige militärische Hilfeleistungen gewähren, wenn durch die eingetretenen Veränderungen in der regionalen oder internationalen Ordnung der strategische Stellenwert der Türkei für die nationale Interessen der USA an Bedeutung gewinnt, wie das Beispiel Iran Anfang der achtziger Jahre und die Kuwait-Krise Anfang der neunziger Jahre zeigen.

In diesem Kontext stellt sich die Frage, wann diese entgegengesetzten Dilemmata für beide Seiten in einer realistischer Form beseitigt werden konnten. „In dem Maße, in dem in der Türkei die Einsicht wächst, daß die amerikanische Hilfe primär durch den sicherheitspolitisch- strategischen Stellenwert des Landes im amerikanischen Kalkül der Supermachtstatus-Auseinandersetzungen bestimmt wird und andererseits in Washington perzipiert wird, daß gerade diese Interessengebundenheit, sobald sie von den Türken als solche erkannt ist, die Möglichkeiten einschränkt, sich unbegrenzt des Instruments „Türkei“ zu bedienen, könnte die weitere Entwicklung ein realistisches Fundament

finden.“<sup>69</sup> Aber die Beispiele belegen, daß das Zustandekommen einer solchen Einsicht zwischen den ungleichen Partner wie der Türkei und der USA in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird. Zumal die USA ihre außenpolitische Perzeption nicht geändert hat, die Türkei vor allem aus sicherheitspolitischen, nationalen Interessen als „verlängerten Arm des Westens“ in Erwägung zu ziehen. Daher sollen die folgenden angeführten Beziehungen zwischen der Türkei und den USA unter oben erwähnter Fragestellung betrachtet werden.

#### 4.2.1. Das Ziel der Türkei: Aufbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Die Häufigkeit der offiziellen und halboffiziellen Reisen von Özal in die USA<sup>70</sup> und seine Bestrebungen besonders im wirtschaftlichen Bereich eine enge Beziehung mit den USA einzugehen, waren Zeichen für die Entwicklung der Beziehungen beider Staaten. Während die USA bei den türkisch-amerikanischen Beziehungen die sicherheitspolitische Rolle der Türkei als NATO-Verbündeter im Nahen und Mittleren Osten in den Vordergrund stellten, drängte Özal bei diesen Besuchen beharrlich auf den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA. Er hat bei seinen Reisen in verschiedene Orte der USA zu Unternehmern und Finanziers Kontakte aufgenommen und um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Türkei geworben. Der Höhepunkt dieser engen Beziehungen stellte die Reise des US-Präsidenten Georg Bush vom 20. bis zum 22.7.1991 in die Türkei dar. Zuletzt hatte Präsident Eisenhower vor 32 Jahren im Jahr 1951 die Türkei besucht. Der Besuch von US-Präsident Bush galt als Dank an die Türkei für ihre Hilfe als „Schlüsselpartner“<sup>71</sup> im Golfkrieg.

Ministerpräsident T. Özal besuchte vom 27. März bis zum 5. April 1985 die USA. Dieser Besuch war seit 13 Jahren der erste offizielle Besuch eines türkischen Ministerpräsidenten in den USA. Sein Hauptziel war es u.a. die Handelsbeziehungen der Türkei mit den USA zu entwickeln und die Türkei als ein Land bekannt zu machen, das nicht um Hilfe bittet, sondern als ein Handelspartner angesehen werden soll, der wirtschaftlich auf eigenen Füßen steht und sich aus eigenem Willen in die westliche Wirtschaft integrieren will.<sup>72</sup> In diesem Rahmen hat er mit den Wirtschaftskreisen Gespräche aufgenommen. Bei seinem Gespräch in der US-Handelskammer sprach Özal davon, daß die türkischen und amerikanischen Unternehmen ideale Partner beim Handel und bei Investitionen in erdölreichen Staaten im Nahen Osten fungierten könnten.<sup>73</sup> Özal hat bei den Gesprächen die USA um eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit gebeten. Wenn die USA der Türkei helfen wollen, so mögen sie – besonders bei den von den USA auferlegten 17 Prozent Zolleinschränkungen für Textilwaren – den Import der türkischen Waren erleichtern.<sup>74</sup>

<sup>69</sup> H. Kramer, a.a.O., 1981, S. 99 und ff.

<sup>70</sup> Vom 27. März - 5 April 1985; vom 28. – 29. November 1988; vom 11. – 21. Dezember 1988; vom 16. – 26. Januar 1990; vom 23. Sep. – 1. Okt. 1990; vom 22. März bis 1. April 1991 und der offizielle Besuch des US-Präsidenten vom 20. – 22. Juli 1991 in der Türkei.

<sup>71</sup> Reuter 20.7.1991

<sup>72</sup> The Wall Street Journal, 1.04.1985

<sup>73</sup> Reuter, 3.4.1985

<sup>74</sup> Der Exportanteil der Türkei an die USA betrug im Jahr 1984 insgesamt 464 Mio. US-\$. Textilien haben dabei einen Anteil von 71 Mio. US-\$. Ellen Alipson, In: Journal of Defence and Diplomacy, 1985

Beim Empfang von US-Präsident Reagan (am 2.4.1985) wurde Özal mit den Worten begrüßt: „Sie sind ein verlässlicher Freund und eine wichtiger Verbündete.“<sup>75</sup>, die den Stellenwert der Türkei für das Verteidigungssystem des Westens nach dem Verlust Irans deutlich machten. Dabei wurde von der Beibehaltung der Höhe der militärischen und Wirtschaftshilfe für das Jahr 1986 in Höhe von 939 Mio. gesprochen, da der US-Senat diesen Betrag auf 890 Mio. US-\$ reduzierte.<sup>76</sup> In einem im Wall Street Journal erschienen Aufsatz (vom 2.4.1985) wurde auf Parallelen in der Politik zwischen Reagan und Özal hingewiesen.

Wegen der strategischen Aufwertung der Türkei in der Region der Südflanke genoß Özal in den USA hohes Ansehen. Aber die freundliche Haltung der USA gegenüber der Türkei wurde nach der Ankündigung der Pasok-Regierung in Athen noch „herzlicher“, als die amerikanischen Stützpunkte in Griechenland im Jahr 1988 geschlossen werden sollten.<sup>77</sup> Folglich widmeten die USA der Türkei noch mehr Aufmerksamkeit. Darüber hinaus wurde das Wirtschaftsmodell der Türkei als ein Modell dargestellt, das für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt ein Vorbild darstellen konnte. Die USA betrachteten die Türkei nicht nur als einen strategisch wichtigen Verbündeten der NATO, sondern – nach dem Verlust des Irans für die USA und dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan – auch als einen Wächter bzw. Stabilitätsfaktor in einer Region, in der die Stabilität auf einem empfindlichen und sensiblen Gleichgewichte basiert.<sup>78</sup> Während Özal bei dieser Reise vor allem versuchte, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den USA zu intensivieren, waren die Bestrebungen der USA darauf ausgerichtet, die Türkei in die sicherheitspolitischen Strategien der USA hinsichtlich des Mittleren und Nahen Ostens einzubeziehen. Trotz des Lobes der US-Administration für die Türkei und trotz des Bestrebens der türkischen Regierung, die Beziehungen zu den USA auszubauen, stimmte der US-Kongreß zwei Monate nach der Reise Özals am 4.6.1985 in Washington einer Resolution zu, in der die Türkei beschuldigt wurde, in den Jahren 1915-1916 an den Armeniern einen Völkermord begangen zu haben.

In der Periode der Entspannungspolitik zwischen den Blöcken Ende der achtziger Jahre geriet der strategische Stellenwert der Türkei als Verbündeter der USA ins Schwanken, so daß die Türkei ihre außenpolitischen Ziele wieder auf Europa und auf regionale Beziehungen konzentrierte. Aber durch die sich überschlagenden Ereignisse in der internationalen Politik wurde darauf abermals der geostrategische Stellenwert der Türkei als Verbündeter des Westens zur Sicherung der westlichen Interessen in Betracht gezogen.

Die Kuwait-Krise und die Entstehung der neuen unabhängigen Staaten in Zentralasien nach dem Zerfall der Sowjetunion brachte die Türkei für die nationalen und globalen Interessen der USA in eine Position, in der die USA die Zusammenarbeit mit ihr als notwendig erachtete. Über die türkisch-amerikanische Zusammenarbeit in Hinblick auf die Turkrepubliken in Zentralasien wird in Abschnitt 5.6.3. eingegangen werden.

US-Präsident Bush besuchte während der Kuwait-Krise vom 22. – 22. Juli 1991 die Türkei, die in der Kuwait-Krise eine Schlüsselrolle gespielt hatte, um den türkisch-amerikanischen Verbindungen Nachdruck zu verleihen. Es war 32 Jahre her, daß ein US-Präsident die Türkei besucht hatte. Bush würdigte in Ankara die geostrategische

---

<sup>75</sup> Le Soir, 8. 04. 1985

<sup>76</sup> Die Welt, 2.4.1985

<sup>77</sup> AFP 2.4.1985

<sup>78</sup> Le Soir, 8.04.1985

Bedeutung der Türkei als verlässlicher Partner der NATO während der Kuwait-Krise: „Wie die ganze Welt weiß, hätte die internationale Koalition ohne die Beteiligung der Türkei die Freiheit Kuwaits nicht wiederherstellen. Können(...)“<sup>79</sup> In der gemeinsamen Erklärung wurde die EU-Beitrittsabsicht der Türkei vom US-Präsidenten unterstützt. „Wir haben festgestellt, daß zwischen uns die bestehende Zusammenarbeit nicht auf bilaterale Beziehungen beschränkt bleibt. Sie ist nur ein Teil einer unverzichtbaren Partnerschaft zwischen Europa und den USA. Die Türkei sollte innerhalb Europas ihren gewonnenen Platz einnehmen und sich integrieren. Dies würde positive Auswirkungen auf die Stabilität und den Frieden sowohl der Türkei als auch der Region und der ganzen Welt haben. Diese Lage macht den Ausbau des politischen Dialogs zwischen beiden Staaten notwendig.“<sup>80</sup>

Die Grundlage der neuen internationalen Ordnung bildet für die USA und auch für die westlichen Staaten vor allem die Sicherung der für die westliche Wirtschaft lebenswichtigen Rohstoffquellen in der „neuen Welt“. Diese „neue Welt“ besteht im Raum Euroasiens zusammen mit dem Nahen und Mittleren Osten. Die Aufrechterhaltung der Stabilität und des Friedens in dieser Region ist das neue sicherheitspolitische Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Dazu gehört auch, neue wiedererwachte islamische politische Bewegungen vom Balkan bis Zentralasien unter Kontrolle zu halten oder so zu schwächen, daß sie für die Interessen des Westen keine Gefahr darstellen. Dabei kommt der Türkei die Rolle zu, einerseits als regionale Macht im Zentrum dieser geopolitischen Interessenskonstellation als Stabilität fördernder Staat zu fungieren und andererseits als Modell der laizistisch-westlichen Zivilisation die anti-westlichen Strömungen innerhalb der Region Welt einzudämmen. Daher wird sich an der Tatsache nichts ändern, daß die türkisch-amerikanischen Beziehungen von der sicherheitspolitischen globalen Perzeption der USA im Hinblick auf die Regionen Zentralasien und Nahen Osten geprägt werden - als eine gleichberechtigte Partnerschaft im politischen und wirtschaftlichen Bereich.

Tabelle: 1. Handelsbeziehungen zwischen den USA und der Türkei: Exporte und Importe der Türkei

	(Mio.US-\$)					
Jahre	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Exporte	714.087	760.661	970.961	967.662	912.870	865.026
Importe	1.353.514	1.501.261	2.094.356	2.281.647	2.255.343	2.600.541

Quelle: Statistiken des Außenhandels, (Foreign Trade Statistics), Staatliches Statistisches Institut des Ministerpräsidentenamt der Türkei, 1992, Ankara, S. 28

### 4.3. Beziehungen der Türkei zur Sowjetunion

Am Tor der Krimstadt Sivastopol steht geschrieben: „der Weg, der nach Istanbul führt“<sup>81</sup> Dieser am Ende der 18. Jahrhunderts während der Herrschaftszeit Katharinas einradierte

<sup>79</sup> Stimme Amerikas 20.7.1991

<sup>80</sup> Gemeinsame Presseerklärung Bush – Özal: Stimme Amerikas, 20.7.1991

<sup>81</sup> M. Lütfullah Karaman, Dünden Bugüne ‚Gerginlik- Yumuşama‘ Sarkacında Türk-Sovyet İlişkileri (Die türkisch-sowjetischen Beziehungen zwischen dem Pendel ‚Spannung und Entspannung‘ von Vergangenheit bis Gegenwart). In: Dış Politika/Außenpolitik, Risale Yay., Istanbul, , 4/1989, S. 28

Satz repräsentiert auch eine der wichtigen Richtungen der sowjetischen Außenpolitik. Damit gemeint waren die Meerengen der Türkei, die der Schlüssel zur Öffnung ins warme Meer, den Dreh- und Angelpunkt der sowjetischen Außenpolitik darstellte. Dieser von den russischen Zaren festgelegte außenpolitische Drang nach Süden bestimmte auch die sowjetische Außenpolitik, was sich in Form von sowjetischen Gebietsansprüchen und darauffolgenden Abwehrbemühungen der Türkei äußerte.

Während des Befreiungskrieges bot die Sowjetunion ihre Hilfe an und unterstützte im Jahr 1920 den Befreiungskrieg der Türkei mit Waffen. Der antiimperialistische Charakter des Befreiungskrieges veranlaßte die Sowjetregierung (Lenin) Mustafa Kemal zu unterstützen. Diese Unterstützung wurde mit einem Nichtangriffsabkommen am 17. Dezember im Jahr 1925 gekrönt. Aber die Beziehungen beider Staaten gestalteten sich auf der Basis der Freundschaft mit Vorsicht, besonders seitens der Türkei. In der Zeit von 1917 bis zum Zusammenbrechen der Sowjetunion war die Türkei zugleich Partner und Objekt der sowjetischen Expansionspolitik.<sup>82</sup>

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten erreichten ihren Tiefpunkt gleich nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Sowjetunion das im Jahr 1925 unterzeichnete Nichtangriffsabkommen einseitig annullierte und obendrein territoriale Gebietsansprüche im Osten der Türkei stellte und eine Revidierung des Montreux-Vertrages von 1936 für die USA und die westlichen Staaten hinsichtlich der Kontrolle der Meerengen verlangte.

Die Bedrohung der Türkei seitens der Sowjetunion veranlaßte sie dazu, die Beziehungen mit den westlichen Staaten zu intensivieren und sich um die Aufnahme in das westliche Verteidigungsbündnis NATO zu bemühen. Während des Kalten Krieges wurden dann die türkisch-sowjetischen Beziehungen hauptsächlich durch den Ost-West-Konflikt bestimmt.

Die Sowjetunion erklärte nach Stalins Tod, daß sie auf ihre Ansprüche hinsichtlich der Türkei verzichtete. Kruschtschew begründete den Verzicht der Sowjetunion auf Meerengen u.a. damit, daß Aufgrund der Entwicklung der nuklearen Waffen die Kriegsstrategie sich völlig verändert habe, daß die Bedeutung geographischer Hindernisse und konventionellen Waffen sich minimiert haben. Daher würde sich die Sowjetunion nicht unglücklich sehen, wenn sie eben über die Meerengen nicht beherrschen könnte<sup>83</sup>

Die Sowjets waren sich dessen bewußt, daß die Türkei weder Ideologie, noch Werte und Weltanschauung mit Ihnen teilen. Sie akzeptierten, daß die NATO-Mitgliedschaft der Türkei gewisse Verpflichtungen mit sich bringen würde. Aber daß die Türkei – bildlich ausgedrückt – teilweise „katholischer als der Papst“ handelte, gefiel der Sowjetunion nicht. Belgien und Holland würden beispielsweise die Reaktionen der Sowjets mitberücksichtigen, wenn sie in der NATO einen Vorschlag verbreiten. Moskau erwartete eine ähnliche Sensibilität von der Türkei. Anfang der achtziger Jahre war eine Abkühlung

<sup>82</sup> Lothar Rühl, „Die Türkei zwischen Europa und dem Orient“. In: EA., Folge 11/92 S. 295

<sup>83</sup> Der sowjetische Staatschef Kruschtschew wollte die Beziehungen zur Türkei intensivieren. Bei einem Besuch der türkischen Parlamentsgruppe, die in der Zeit von 26. Mai - 12 Juni. 1963 die Sowjetunion besuchten, sagte Kruschtschew folgendes: „Ich verstehe, daß die Türkei gegenüber der Sowjetunion Bedenken hat. Das hängt damit zusammen, daß die Sowjetunion der Türkei gegenüber Forderungen über die gemeinsame Nutzung der Meerengen und über Grenzkorrekturen stellte. Diese Forderungen stellte Stalin als Staatschef. Da haben sie Anlaß, ihm zu glauben. Aber jetzt sage ich Ihnen als Staatschef der Sowjetunion, daß es ein Fehler war und daß die Sowjets keinen Anspruch gegenüber der Türkei erheben. Sie glauben den Forderungen Stalins als Chef, aber warum glauben Sie mir als Staatschef nicht?“ „Çağlayangilin Anıları“ C. Arcaýrek, Milliyet, 24. 2.1983

der Beziehungen zwischen der Türkei unter ihrer Militärherrschaft und der Sowjetunion eingetreten. Anlaß war das Abkommen über Verteidigung und Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den USA. Die amerikanischen Stützpunkte und die Modernisierung bzw. Eröffnung neuer Flugplätze Nahe an der sowjetischen Grenze im Osten der Türkei störte die Sowjetführung. Nach Ansicht der Sowjetunion übernahm die Türkei nach der Islamischen Revolution im Iran eine Sprungbrettfunktion für das Schahregime des Iran.<sup>84</sup> Der Grenzzwischenfall am 10.8.1983 an der türkisch-sowjetischen Grenze, bei dem zwei türkische Soldaten ums Leben kamen, und die darauffolgenden Protestschreiben führten zur Absage der Moskaureise des türkischen Außenministers İler Türkmen. Ankara zeigte sich verstimmt wegen des „feindseligen Verhaltens“ der Sowjetführung gegenüber der Türkei. Auf der Islamischen Konferenz in Niamey (1983) wurde die sowjetische Invasion in Afghanistan vom türkischen Außenminister Türkmen scharf kritisiert. Die Ereignisse in Polen gaben genug Anlaß dafür, daß die Türkei gegenüber ihrem starken Nachbarn mißtrauisch wurde. Staatschef Evren kritisierte an der Politik Moskaus (ohne dabei einen Namen zu erwähnen), sie würden versuchen, die Türkei zu spalten und sie aus NATO-Bündnis herauszulocken. Darüber hinaus wurde die Türkei Anfang der achtziger Jahren mit Terroranschlägen der armenischen Terrororganisation ASALA konfrontiert, bei denen vor allem türkische Diplomaten ums Leben kamen. In Ankara ging man davon aus, daß die Sowjetunion ASALA unterstützte, und zwar mit dem Ziel den Ostteil der Türkei durch Schaffung eines „armenischen Staates unter sowjetische Kontrolle zu bringen.<sup>85</sup> Als die kurdische Terrororganisation PKK im Jahr 1984 mit ihren Terroraktionen die südostanatolischen Ortschaften Eruh und Şemdilli überfiel und 38 Angehörige der Streitkräfte ums Leben kam, mußte sich die Türkei wieder mit einer ihre innere Sicherheit bedrohenden Terrororganisation auseinandersetzen. Der Innenminister der Türkei Y. Akbulut beschuldigte die Sowjetunion, abermals ohne dabei einen Namen zu nennen, die PKK mit Waffen zu unterstützen. In einem Interview mit der türkischen Zeitung Milliyet, sagte er, daß die Ausrüstung der Guerilla von einer einzigen Quelle außerhalb der Türkei gesteuert werden würde.<sup>86</sup> Die PKK bekam von Syrien Unterstützung und ihnen wurde in Syrien ein Ausbildungslager gewährt. Für Syrien war es ein willkommener Anlaß, die politische Unruhe der Türkei zum eigenen Vorteil zu nutzen. Syrien handelte, nach Behauptung des türkischen Geheimdienstes, im Auftrage der Sowjets. Ziel war die Destabilisierung der NATO-Verbündeten an der östlichen Grenze.<sup>87</sup>

Trotz der Unstimmigkeit zwischen den beiden Staaten war die sowjetische Führung in den achtziger Jahren zur Überzeugung gelangt, daß die Forderungen Stalins hinsichtlich der Meerengen und Grenzkorrekturen gegenüber der Türkei im Hinblick auf die langfristige sowjetische Außenpolitik nur geschadet haben. Daher versuchten sie nun, eine neue Außenpolitik gegen die Türkei zu verfolgen, die nicht bedrohlich wirkt und die Türkei nicht unter Druck setzt. Auch die Türkei war daran interessiert, mit ihrem Nachbarn im Norden auf gutnachbarschaftlicher Basis ihre Beziehungen auszubauen.

Es lag der Sowjetunion daran zu verhindern, daß im Verteidigungs- und Wirtschaftsabkommen zwischen der Türkei und den USA sowie im zusätzlichen Protokoll von 1983 vorgesehen wird, daß neu- und ausgebaute Flugplätze und die Lagerung „militärischer Ausrüstung“ der amerikanischen schnellen Eingriffstruppe (RDF) zur

---

<sup>84</sup> M. Ali Birand, Milliyet, 24.11.1983

<sup>85</sup> NZZ, 12./13.9.1983

<sup>86</sup> Die Welt, 13.06.1985

<sup>87</sup> Ebd., 13.06.1985

Verfügung gestellt wird.<sup>88</sup> Der ständige Druck der Sowjetunion könnte die Türkei dazu veranlassen, die türkisch-amerikanischen Beziehungen noch zu intensivieren, was die Stationierung von Pershings und Cruise Missiles in der Türkei zur Folge hätte. Die Sowjetunion gab sich damit zufrieden, daß die Türkei sich strikt an die Defensivklauseln der NATO hielt.<sup>89</sup>

Die verstärkte Diversifizierung der türkischen Außenpolitik unter der Regierung von Özal im regionalen Bereich unter Betonung der Wirtschaftsbeziehungen dürfte auch Moskau nicht entgangen sein. In einem Kommentar anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution wies Radio Moskau auf die Unterstützung des türkischen nationalen Befreiungskrieges seitens der Sowjetunion hin und unterstrich dabei, daß die Sowjetunion stets die politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen der Türkei unterstützt habe. Besonders die wirtschaftliche Dimension der Beziehungen zwischen beiden Staaten in den achtziger Jahren wurde als konstruktiv, umfangreich, und langfristig charakterisiert.<sup>90</sup>

Der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Tichnow im Dezember 1984 brachte einen neuen Wendepunkt und markierte die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Der türkische Ministerpräsident Özal bekundete den Willen Türkei, daß sie an der Intensivierung gutnachbarschaftlicher Zusammenarbeit im Rahmen friedlicher Koexistenz interessiert sei und daß die Türkei darauf Wert lege, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion im gegenseitigen Interesse zu fördern.<sup>91</sup>

Nach dem Besuch des türkischen Ministerpräsident Özal 1985 hatten die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei unter der politischen Welle – Perestroika und Glasnost - an Intensität zugenommen. Özal hat bei seinem ersten Besuch in Moskau sein Interesse an einer engen Beziehung zur Sowjetunion bekundet und behauptet, daß die geographische Lage der Türkei und ihre Nachbarschaft zur Sowjetunion die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten notwendig macht.

Trotz der skeptischen Beobachtung ihrer engsten Verbündeten, der USA, hat die Türkei ein auf 25 Jahr angelegtes Abkommen mit der Sowjetunion über eine Energielieferung in Form von Erdgas und Strom abgeschlossen. Das Abkommen über die Erdgaslieferung hat den türkisch-russischen Beziehungen neuen Antrieb gegeben. Nach diesem Abkommen hat die Sowjetunion ab 1987 angefangen, an die Türkei Erdgas zu liefern. Die Sowjetunion verpflichtete sich im Gegenzug dazu, in den ersten drei Jahren der Vereinbarung 70 % ihrer Einkünfte aus dem Gasgeschäft für türkische Waren und Dienstleistungen auszugeben. Darüber hinaus vereinbarten sie die Gründung einer Joint Venture-Bank.

In der Nähe von Batum wurde 1989 als Zeichen der Verbesserungen der Beziehungen ein Grenzübergang in der Ortschaft Sarp (zu Georgien) feierlich eröffnet. Nachdem dieser Grenzübergang im Osten der Türkei geöffnet wurde, kamen täglich 300-400 sowjetische Autos und Busse über Sarp in die Türkei, um dort einzukaufen. Es wurden verschiedene Waren wie Werkzeuge, Uhren, Spielzeuge und Glaswaren angeboten. Zum ersten Mal seit

---

<sup>88</sup> Das Abkommen wurde von den türkischen und amerikanischen Vertretern im NATO-Hauptquartier in Brüssel unterzeichnet. Die Türkei beabsichtige, damit zu verdeutlichen, daß diese Luftbasen nicht der RDF, sondern eventuellen Einsätzen außerhalb des NATO-Rahmens zur Verfügung steht.

<sup>89</sup> NZZ, 10.01.1985

<sup>90</sup> Radio Moskau, vom 31.11.1984

<sup>91</sup> NZZ, 10.01.1985

1917 wurde zwischen der türkischen Küstenprovinz am Schwarzen Meer, zwischen Trabzon und Bakum mit Fähren und Schnellschiffen eine Seeverbindung hergestellt.

Nach 22 Jahren hat Özal als Staatspräsident im März 1991 erstmals wieder den großen Nachbarn Sowjetunion besucht. Dabei unterzeichneten die Staatshäupter beider Länder ein „Abkommen über Freundschaft, gute Nachbarschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit, das als offizielles Ende des Kalten Krieges zwischen der Sowjetunion und der Türkei bezeichnet wurde. Bei dem Besuch äußerte sich Özal zufrieden über die Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft und des Handels mit der UdSSR.<sup>92</sup> Zum Abschluß einer Nahostreise hat der sowjetische Präsidentenberater Primakow eine Botschaft Präsident Gorbatschows überbracht. Er unterstrich bei einem Gespräch mit Finanzminister Kahveci den Willen Moskaus, das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern von zweieinhalb Milliarden Dollar auf vier Milliarden Dollar zu erhöhen.<sup>93</sup>

Die türkisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen basierten auf folgenden Abkommen

- Abkommen über Erdgaslieferung von 1984 ab 1987
- Handelsvertrag von 1984 für die Periode 1986-1991
- Langfristiges Programm über wirtschaftliche, finanzielle und technologische Zusammenarbeit von 1984
- Protokoll über wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1986. Der Handel zwischen der Türkei und der Sowjetunion hat sich im Laufe der achtziger Jahre ständig entwickelt.<sup>94</sup>

Das Auseinandergehen der Sowjetunion lag nicht in erster Linie im Interesse der Türkei. Die Angst vor einer möglichen Balkanisierung der Sowjetunion sowie Besorgnis über die Kontrolle der Nuklearwaffen, die auch eine Sicherheitsgefahr für die Türkei darstellten, veranlaßten die Türkei zu einer Politik der Beibehaltung des Status Quo. Die geopolitische Lage und die ethnische Struktur der Türkei ließ es nicht zu, daß die Türkei eine Außenpolitik betreibt, die zu chaosartigen Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion führen konnte. Es bestand die Gefahr, daß die Türkei vom Zerfall der Sowjetunion sicherheitspolitisch selbst stark betroffen werden konnte.<sup>95</sup>

Vor dem Zerfall der Sowjetunion knüpften die benachbarten Sowjetrepubliken Handelsbeziehungen zur Türkei. Die damaligen Teilrepubliken Georgien, Aserbaidchan, Turkmenistan und Usbekistan haben einen Vertrag über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Türkei abgeschlossen und es werden Ansätze einer funktionierenden Wirtschaftsunion sichtbar.

Bei der Anerkennung der neuen unabhängig gewordenen Staaten hat die Türkei mögliche Reaktionen der Sowjetunion in Erwägung gezogen, damit die Zeit einer ungewissen Übergangsphase möglichst reibungslos verlief. Die türkische Außenpolitik gegenüber ihrem Nachbarn Sowjetunion war von einer vorsichtigen Annäherung gekennzeichnet, wobei stets eine gewisse Distanz eingehalten wurde. Als die Sowjetunion unter dem Zeichen des Zerfalls stand, hat die Türkei im Hinblick auf die Ereignisse in Aserbaidchan und Mittelasien eine vorsichtige Politik verfolgt. Der von Özal viel kritisierte Satz, der während eines Besuches in Washington im Hinblick auf die politischen Unruhen in

<sup>92</sup> NZZ, 14.3.1991 und vom 15.3.1991

<sup>93</sup> NZZ, 3.10.1991

<sup>94</sup> İsmet Ergün, „Entwicklungschancen der Beziehungen der Türkei zu den ost-südosteuropäischen Staaten unter den neuen Bedingungen“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 1/1991, S. 56-61

<sup>95</sup> Sami Kohen, „Dış Politikada Yeni Boyutlar“ (Neue Dimensionen in der Außenpolitik). Milliyet, 5.9.1991

Azerbaïdchan im Jahr 1990 geäußert wurde (sie seien Schiiten und die Türkei Sunniten) sollte die Perzeption der türkischen Politik deutlich machen und zeigen, daß die Türkei darum bemüht war, die bestehenden guten Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu beeinträchtigen und damit auch keine Verstimmung in den Beziehungen mit der Russischen Föderation aufkommen zulassen. Darüber hinaus sollte der Sowjetunion kein „Todesschein“ ausgestellt werden, solange sie noch aufatmete.

Tabelle: 2. Das Außenhandelsvolumen zwischen der Türkei und Sowjetunion in den achtziger Jahren<sup>96</sup>

US-Mio. US \$			
Türkei:			
Jahre	Importe	Exporte	Außenhandelsvolumen
1983	237.6	86.7	326.4
1984	313.0	138.5	451.6
1985	220.7	190.0	410.7
1986	352.6	140.5	493.2
1987	340.0	169.4	509.4
1988	442.6	271.4	714.0
1989	597.7	704.8	1.301.5
1990	1.271.4	530.7	1.802.1

#### 4.4. Beziehungen zum Iran: Wettkampf der Systeme

In der Geschichte war der Nachbar Iran einer der wenigen Staaten, mit denen die Türkei über Jahrhunderte hinweg keine großen Probleme hatte. Die Grenzen waren schon im Jahr 1792 durch das Kaynarca Abkommen festgelegt worden. In der Zeit der Pahlawi-Dynastie waren die Beziehungen beider Staaten recht gut. Die islamische Revolution im Iran von 1979/80 brachte jedoch in den Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran wegen der gegensätzlichen Weltanschauungen neue politische Spannungen.

Trotz der politischen Gegensätze haben die beiden Staaten in der Regierungszeit der Mutterlandspartei in den achtziger Jahren ihre bilaterale Beziehungen ausgebaut. Im Jahr 1982 besuchte Özal als stellvertretender Ministerpräsident Teheran. Dort wurde die verstärkte Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten beschlossen. In einem Wirtschaftsabkommen wurde die Errichtung dreier Pipelines vereinbart. Mit diesen Pipelines sollten iranisches Öl und Erdgas in die Türkei und weiter nach Westeuropa geliefert werden. Eine dieser Pipeline sollte von der iranischen „Ölstadt“ Achwaz, nahe des persischen Golfs zur türkischen Hafenstadt Iskenderun am Mittelmeer führen.<sup>97</sup>

Das Sicherheitsabkommen von 1984 zwischen der Türkei und dem Irak, in dem die türkische Regierung die Möglichkeit bekam, die PKK bis auf irakisches Territorium zu verfolgen, stieß auf eine irritierte Reaktion des Iran. Der Iran sah in diesem Abkommen die

<sup>96</sup> Quelle: DIE/DPT. „Der Dritte Wirtschaftskongreß von Izmir“. 4-7 Juni 1992, Außenwirtschaftsbeziehungen, DPT., Ankara 1993, S. 56

<sup>97</sup> FAZ, 16.3.1982

Sicherheit der gesamten Region gefährdet. Außerdem würde die Operationen der Türkei das Regime in Bagdad verstärken. Der Iran hat einen entsprechenden Vorschlag der Türkei abgelehnt, militärische Operationen auf iranischem Territorium zu ermöglichen.<sup>98</sup> Nach einer Reise des Außenministers Walayati in Ankara im August 1984 bezeichnete er die Beziehungen zwischen beiden Staaten als die „engsten und herzlichsten unter islamischen Ländern“. Für die Türkei bot der Besuch des iranischen Außenministers in Ankara die Möglichkeit, nützliche Beziehungen voranzutreiben.<sup>99</sup> Während seines Besuches in Ankara wurde ein türkisch-iranisches Abkommen über ein Warenaustausch von drei Mill. US-\$ vereinbart.<sup>100</sup> Wie wichtig die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Türkei zum Iran waren, zeigte, daß das Ziel der ersten Auslandsreise Özals Teheran war. Zusammen mit 600 Geschäftsleuten besuchte Özal im April 1984 Teheran.

Der Gegenbesuch des iranischen Ministerpräsidenten Mir-Hossein Muoussawi im Januar 1985 war der erste offizielle Besuch eines iranischen Regierungschefs in Ankara seit der Revolution im Iran. Dabei wurde ein Grundsatzabkommen über den Bau einer Erdöl-Pipeline unterzeichnet. Trotz der Kritik auf türkischer Seite, da der iranische Ministerpräsident es abgelehnt hatte, das Mausoleum Atatürks zu besuchen, wurde der Besuch als ein Erfolg bezeichnet. Die Türkei konnte ihr Handelsvolumens mit dem Iran im Jahr 1985 auf 3.5 Mill. US-\$ steigern.<sup>101</sup> Beide Ministerpräsidenten gaben sich mit dem Verlauf der Beziehungen zufrieden. Der Iran wurde in diesen Jahren nach der Bundesrepublik Deutschland der größte Handelspartner der Türkei. Die Handelsbeziehungen waren auch der Grund für einen zweiten Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Özal und einer 200-köpfigen Delegation, zu der 150 Vertreter der Privatwirtschaft sowie der Nationalbankpräsident Yavuz Canevi gehörten.<sup>102</sup> Anfang März 1988 unternahm der türkische Ministerpräsident einen weiteren Besuch in Teheran.

Die Verlagerung des iranisch-irakischen Krieges in dem überwiegend von kurdischen Gruppen kontrollierten Nordirak im Jahr 1986 hat zur Abkühlung der politischen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran geführt. Die Türkei ging davon aus, daß der Iran durch die Unterstützung der kurdischen Gruppen (vor allem durch die Demokratische Partei Kurdistans von Mesut Barzani) eine neue Frontenbildung im Nordirak vorhabe. Die Gefährdung der Öl-Pipeline, die von den Ölfeldern Kirkuks in die türkischen Hafenstadt am Mittelmeer Rohöl beförderte, alarmierte die Türkei. Im Falle eines iranischen Sieges mußte die Türkei damit rechnen, daß mit der Unterstützung Irans im Nordirak ein Kurdenstaat entstehen könnte.

Wie der Irak würdigte auch der Iran die neutrale Haltung der Türkei während des iranisch-irakischen Krieges. Der stellvertretende iranische Ministerpräsident für politische Belange, Ali Reza Mo'ayeri brachte seine Hoffnung nach dem Besuch in Ankara am 2.8.1988 zum Ausdruck und sagte, daß die künftigen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran nach Beendigung des Krieges noch intensiver entwickelt werden könnten.<sup>103</sup> Die türkische Seite war ebenso optimistisch. Der Bruder des Ministerpräsidenten Özal, Staatsminister Yusuf Özal, verkündete: „Wenn der Krieg beendet ist, wird der Iran vermutlich unser Haupthandelspartner sein.“<sup>104</sup> Nach dem Ende des Krieges zwischen Iran und Irak verlor

---

<sup>98</sup> NZZ, 24.10.1984

<sup>99</sup> FAZ, 30.11.1984

<sup>100</sup> FAZ, 22.8.1984

<sup>101</sup> NZZ, 9.02.1985

<sup>102</sup> FAZ, 03.01.1986

<sup>103</sup> Radio Ankara, 02.08.1988

<sup>104</sup> FAZ, 12.3.1988

der Iran jedoch seine Anziehungskraft als Markt für die Türkei aufgrund seiner Zahlungsschwierigkeiten.

Der zweite Besuch des iranischen Ministerpräsidenten Mousawi im April 1987 in Ankara brachte in wirtschaftlicher Hinsicht keine Erfolge und in politischer Hinsicht entstanden in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten zunehmende Spannungen. Als Mousawi im Jahr 1985 in Ankara zu Besuch war, galt der Iran als größter Handelspartner der Türkei. In den nächsten zwei Jahren sank das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten. Mousawis Ablehnung der Kranzniederlegung am Atatürk-Mausoleums, das zum offiziellen türkischen Staatsprotokoll gehörte, löste in der türkischen Öffentlichkeit heftige Kritik aus. Die Besuche des iranischen Ministerpräsidenten am Grabmal von Mevlana in der Provinzstadt Konya und seine Gebete in der Kocatepe Moschee in Ankara wurden in den türkischen Medien als „politische Demonstrationen“ gegen den Kemalismus betrachtet.<sup>105</sup>

Die ideologischen Gegensätze, die in den ersten Jahren der Regierungszeit Özals von beiden Seiten ausgeklammert worden waren, haben danach in zunehmendem Maße die Beziehungen zwischen den beiden Staaten geprägt. Ein weiteres Problem zwischen der Türkei und dem Iran stellten die Flüchtlinge aus dem Iran dar, die die Türkei als Durchgangsland auf dem Weg nach Westen betrachteten. Ihre Zahl wurden im Jahr 1988 auf 400 000 geschätzt. Viele von ihnen wurden vom Iran als Deserteure bzw. Regime-Gegner betrachtet.<sup>106</sup> Der iranische Geheimdienst verfolgte die Regime-Gegner, die in der Türkei Unterschlupf fanden. Die Türkei unterstützte „stillschweigend“ zahlreiche Regime-Gegner des Irans, den Anhänger des letzten Ministerpräsidenten des Schachs, Bachtiar und die Volkmujaheaden, eine Gruppe, die gegen das Regime in Teheran an der Seite Saddams kämpfte. So wurden fünf iranische Diplomaten bei einem Versuch festgenommen worden, einen iranischen Regime-Gegner im Kofferraum eines Autos nach Iran zu entführen.<sup>107</sup> Die Türkei hat dem Iran vorgeworfen, die PKK zu unterstützen. Auf die Frage nach den PKK-Lagern in der iranischen Provinz Urumiye antwortete ein iranischer Diplomat in Ankara, so wie die Türkei Schahanhängern und Volksmuchachidin in ihren Grenzen Unterschlupf gewähre, könne auch der Iran bestimmten Gruppen seine Aufmerksamkeit widmen.<sup>108</sup>

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten waren durch ideologische Gegensätze, aber auch durch die Notwendigkeit einer engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit gekennzeichnet. Es fand ein Schlagabtausch zwischen den türkischen und iranischen Medien statt, die sich gegenseitig beschuldigten, die Wertvorstellungen der anderen angegriffen zu haben. Ajatollah Khomeini erklärte in einer Predigt, daß niemand glauben könne, daß „Gott den Menschen in der Türkei erlauben würde, Kemal Atatürks Lehren zu befolgen.“ Die Äußerung von Khomeini wurde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachtet.<sup>109</sup> Nach dem Besuch des iranischen Ministerpräsidenten Mousawi war zwischen beiden Staaten vereinbart worden, keine Rundfunk- oder Fernsehprogramme auszustrahlen, die gegen die andere Seite gerichtet sind. Die Türkei erreichte somit, daß die Propaganda von Radio Teheran gegen das Regime in der Türkei eingestellt wurde. Die Angriffe von Radio Teheran gegen das Regime und seine politischen Grundwerte war in der türkischen Öffentlichkeit nämlich auf Kritik gegenüber

<sup>105</sup> NZZ, 01.07.1987; Cumhuriyet, 18.06.1987

<sup>106</sup> FAZ, 12.03.1988

<sup>107</sup> NZZ, 29.10.1988

<sup>108</sup> Zeitschrift: İ kibine Doğru, 24. Eylül, 1989

<sup>109</sup> Die Welt, 26.09.1986

der Beziehungen zum Iran gestoßen.<sup>110</sup> Das Kopftuchverbot an türkischen Universitäten sorgte ebenfalls für Spannungen zwischen den beiden Staaten. Die Türkei warf dem Iran vor, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen. Der iranische stellvertretende Außenminister Besharati sagte während seines Besuches in Ankara: „Die islamische Republik fühlt sich verpflichtet, die Rechte der Muslime in aller Welt, wo immer dies sein mag, zu verteidigen, ohne dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer zu betrachten.“<sup>111</sup> Die politischen Spannungen führten zur gegenseitigen Abberufung der Botschaften.<sup>112</sup> Die türkischen Medien warfen dem Iran vor, die PKK und die islamischen Fundamentalisten in der Türkei zu unterstützen, was die iranische Seite entschieden zurückgewiesen hat.<sup>113</sup> Die iranischen Demonstranten griffen die türkische Botschaft in Teheran an. Sie protestierten gegen die Presseberichte über Khomeini in der Türkei, die sie als Beleidigung empfanden.

Obwohl die beiden Staaten in der Golfkrise über die Lösung und über die Situation nach der Krise keine großen Meinungsverschiedenheiten und nach dem iranischen Präsident Rafsanjani sogar „identische Standpunkte“ hatten, die er nach einem Besuch des türkischen Präsidenten Özal am 11.11.1990 verkündete<sup>114</sup>, wurde die Türkei gewarnt, sich nicht auf die Forderungen der USA einzulassen und keine territoriale Absichten auf irakischem Boden zu haben.<sup>115</sup>

Trotz der ideologischen Gegensätze und der schnellen Veränderung der politischen Atmosphäre gingen von keiner Seite ernst zu nehmende sicherheitspolitische Bedrohungen aus. Die Häufigkeit der offiziellen Besuche auf verschiedenen Ebenen läßt erkennen, daß beide Seiten bemüht waren, die Beziehungen weiter zu entwickeln. Bei dem Besuch des iranischen Staatspräsidenten Rafsanjani Ende April 1991 in Ankara haben beiden Staaten beschlossen, regelmäßige Konsultationen zwischen den Außenministern und engere Kontakte zwischen den Massenmedien beider Staaten anzustreben.<sup>116</sup>

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit im regionalen Bereich im Rahmen der ECO bot für beide Seiten die Möglichkeit, im regionalen Bereich gemeinsam zu arbeiten. Bei dem Besuch des Ministerpräsidenten Demirel in Teheran am 26./27. November 1992 vereinbarten beide Länder, die regionalen Probleme gemeinsam in Angriff zu nehmen. Die intensive Beziehungen und kooperative Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten sollte zu Ruhe und Stabilität in der Region führen.<sup>117</sup>

#### **4.5. Beziehungen zum Irak**

Die Beziehungen zwischen der Türkei und ihrem Nachbarn Irak gestaltete sich seit dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaats.

---

<sup>110</sup> Hürriyet, 19.07.1987

<sup>111</sup> IRNA, 27.5.89

<sup>112</sup> FAZ, 10.06.1989

<sup>113</sup> IRNA, 30.09.1989

<sup>114</sup> Ebd., 11.11.1990

<sup>115</sup> Ebd., 06.09.1990

<sup>116</sup> FAZ, 02.05.1991

<sup>117</sup> IRNA, 28.10.1992

Zwischen der Türkei und dem Irak gab es keine nennenswerte Konflikte bis zur Golfkrise. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Sicherheit entwickelte sich gut. Die Türkei ermöglichte dem Irak Zugang zum offenen Mittelmeer und erfüllte damit für den irakischen Handel mit Europa eine Brückenfunktion. Andererseits konnte die Türkei ihre Waren über den Irak in die Staaten in der Golfregion transportieren.

In den achtziger Jahren wurden die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak von zwei wichtigen Faktoren geprägt. Einerseits versuchte die Türkei ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak auszubauen und andererseits die Grenzen zum Irak abzuriegeln, um PKK-Aktivitäten, die vom Norden des Iraks ausgingen, zu verhindern. Die Grenze der Türkei zum Irak ist wegen der geographischen Gegebenheiten nicht einfach zu kontrollieren.

In den ersten Jahren ging es viel mehr darum, illegale Geschäfte, d.h. Schmuggel entlang der türkisch-irakischen Grenze, zu unterbinden. Noch in den ersten Monaten der Regierung von Özal haben die beiden Staaten beschlossen im Sicherheitsbereich enger zusammenzuarbeiten und effektive Maßnahmen gegen Schmuggel zu ergreifen. Der türkische Innenminister Ali Tanrıyar und der irakische Innenminister Saadum Schakir Mahmud waren beide zufrieden, da die Verhandlungen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit verliefen.<sup>118</sup>

Von dem Krieg zwischen dem Irak und dem Iran hat die Türkei im wirtschaftlichen Bereich profitiert. Die Türkei verstand es, während des Krieges gegenüber beiden Staaten eine absolut neutrale Politik zu verfolgen. Wegen der geographischen Nähe war es für die Kriegsparteien von großer Bedeutung, die benötigten Waren aus der Türkei zu importieren. So wurde der Irak für die Türkei in den achtziger Jahren zu einem der bedeutendsten Handelsländer.

So war es kein Zufall, daß die ersten offiziellen Auslandsreisen des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özals beiden Ländern galten. In erster Linie unternahm er eine offizielle Reise nach Bagdad (28-31.5.1984), um die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak zu fördern. Özal zeigte sich mit den Ergebnissen seiner Reise zufrieden und nannte seine Gespräche mit der irakischen Führung „außerordentlich produktiv“. Dabei gewährte die Türkei dem Irak einen Kredit von 700 Mio. Dollar, um seine Importe aus der Türkei zu finanzieren.<sup>119</sup>

Die Erdöl-Pipelines von Kirkuk und Moussul im türkischen Seehafen Yumurtalık am Mittelmeer war die wichtigste Einnahmequelle Iraks. Aus dem Öl-Export durch diese Pipeline konnte der Irak seinen Krieg gegen den Iran finanzieren. Während im Persischen Golf Öltanker angegriffen wurden, konnte der Irak sein Öl durch zwei Pipelines ungehindert nach Yumurtalık befördern. Im Gegenzug und als Zeichen der guten Beziehungen hat die irakische Regierung der Türkei schriftlich zugesichert, die türkischen Handelsschiffe, die Öl aus dem Iran befördern, im Persischen Golf nicht anzugreifen. Damit war die Türkei das einzige Land, das keine Angriffe auf Öltanker seitens des Irak befürchten mußte.<sup>120</sup>

---

<sup>118</sup> Radio Ankara, 23.Januar 1984, ( Monitor – Dienst)

<sup>119</sup> FAZ, 1. Juni 1984

<sup>120</sup> FAZ vom 09.07.1984

Wegen des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran konnte die irakische Regierung die Aktivitäten der kurdischen Organisationen im Nordirak nicht unter ihre Kontrolle bringen. Das in diesem Gebiet entstandene Machtvakuum nutzte die PKK, um sich im Nordirak einzunisten und Ausbildungslager zu gründen. Von dort aus konnte sie versuchen, in der Türkei zu operieren bzw. sich zurückzuziehen.

Daher drängte die Türkei die irakische Regierung dazu, aus Sicherheitsgründen an der Grenze zusammenzuarbeiten. Der türkische Außenminister Halefoğlu und der stellvertretende Generalstabschef Öztörün reisten am 14.10.84 nach Bagdad, um mit der irakischen Regierung über die Verfolgung der PKK in irakischen Territorien zu verhandeln. Die türkische Delegation kehrte aus Bagdad (17.10.1984) mit einem Protokoll nach Ankara zurück, das es den türkischen Sicherheitskräften ermöglichte, bis zu 15 Kilometer in das irakische Territorium vordringen zu können. Darüber hinaus vereinbarten sie Maßnahmen, um terroristische Aktivitäten gemeinsam zu bekämpfen.<sup>121</sup> Die Türkei machte von diesem Abkommen öfter Gebrauch, der Vertrag wurde am 14. Oktober 1986 erneuert. Es sah vor, daß es beiden Ländern erlaubt war, kurdische Rebellen bis auf 5 Kilometer im Gebiet des Nachbarn zu bekämpfen.<sup>122</sup> Vor dem Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran hat die Türkei insgesamt drei offiziell bestätigte Militäroperationen (Luftangriffe) im irakischen Territorium durchgeführt, zuletzt am 5.3.1987. Die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Irak auf dem Bereich Sicherheit und die zustande gekommenen Verträge resultierten sich daraus, daß der Irak während des Krieges mit dem Iran die Beziehungen mit der Türkei aufrecht erhalten mußte. Sobald der Krieg zwischen Irak und Iran endete, zeigte sich die irakische Regierung unwillig, das Sicherheitsabkommen zu verlängern.<sup>123</sup> Die irakische Seite machte eine neue Vereinbarung über „Heißverfolgung“ der Kurden im irakischen Territorium von einer Vereinbarung über die Wasserfrage abhängig. Wenn die Türkei den Anforderungen der irakischen Regierung über die Verteilung der Wassermenge des Flusses Euphrat zustimmen würde, würde auch der Irak sich zu einem Sicherheitsabkommen bereit erklären.

Als die Kämpfe zwischen dem Irak und dem Iran sich Ende 1986 in den Norden des Iraks verlagerten, wo auch die kurdischen Peschmerger von Mesut Barzani an der Seite des Iran zu Waffen griffen, war die Türkei um so besorgter um die Sicherung ihrer Grenzen zum Irak, weil es die PKK war, die aus dem Machtvakuum und den Wirren im Nordirak Nutzen zog und im Nordirak Ausbildungslager errichtete. Die Erklärung Barzanis, die Einnahme von Kirkuk und Moussul sei das Ziel der gemeinsamen Operationen<sup>124</sup>, war für die Türkei Anlaß genug zu befürchten, daß die kurdischen Erfolge Auswirkungen auf die Kämpfe im Osten der Türkei haben könnten.

Die Türkei zog zwar als Drittland aus dem Krieg wirtschaftlichen Nutzen. Aber die sicherheitspolitischen Probleme an den Ostgrenzen der Türkei nahmen durch den Kurdenkonflikt ein so großes Ausmaß ein, daß es in der Sicherheitspolitik der Türkei eine neue Bedrohungsdimension gab. So wurde die Türkei zunehmend als ein Bestandteil des Kurdenkonflikts in die regionalen sicherheitspolitischen Interessenskonstellationen miteinbezogen. Während des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak wurde das türkische Territorium nahe der Grenze zum Irak von irakischen Kampfflugzeugen

<sup>121</sup> AFP, 17.10.1984, (Monitor-Dienst), INA, Irakische Nachrichten Agentur, 25. Oktober 1984

<sup>122</sup> DW, 5.3.1987

<sup>123</sup> AP, 5.04.1990

<sup>124</sup> Wolfgang Günter Lerch, „Was steht im türkischen ‚Kirkuk Dossier‘?“. FAZ vom 23.10.1986

bombardiert. Das türkische Außenministerium hat in Ankara folglich den irakischen Botschafter zum Außenministerium zitiert, der Irak wurde aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen, damit derartige Zwischenfälle sich nicht wiederholen.<sup>125</sup>

Özals eigentliches wirtschaftliches Vorhaben bestand darin, nach dem Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Staaten effektiv mitzuwirken, so daß die Handels- und wirtschaftliche Kooperationen weiter ausgebaut werden. Das türkische Bauunternehmen ENKA hatte den Auftrag bekommen, den im Norden des Iraks gelegenen BEHKMA-Staudamm zu bauen, der 800 Mio. US-Dollar kostete. Außerdem wollte die Türkei an der türkisch-irakischen Grenze eine freie Handelszone bilden, damit dem seit Jahrzehnten andauernden Grenzschnuggeln ein Ende gesetzt wird und eine legitime Handelsbeziehungen an der Grenze entsteht.<sup>126</sup>

Aufgrund des seit acht Jahren andauernden Krieges geriet der Irak zunehmend in finanzielle Not und hatte Schwierigkeiten, der Türkei Schulden von über 3. Mill. US-\$ zurückzuzahlen. Daraufhin sah sich die Türkei gezwungen, im April 1988 die Kredite an den Irak vorübergehend einfrieren zu lassen. Die Türkei wollte, um diese negative Entwicklung im Außenhandelsvolumen mit dem Irak auszugleichen, im Irak ein Projekt in Höhe von 400 Mio. US-\$ starten. Der Irak hat mit der Türkei ein Abkommen über die Rückzahlung seiner Schulden in Höhe von 2. Mill. US-\$ unterzeichnet. Gemäß dieses Abkommens sollte der Irak in den Jahren 1989 und 1990 jeweils 850 Mio. US-\$ zahlen. Der Rest des Betrages sollte 1990 bezahlt werden. Diese Zahlung erfolgte durch Öl-Verkauf an die Türkei. In den Jahren 1987 – 1990 exportierte die Türkei Waren in Höhe von 950, 986 und 446 Mio. US-\$ in den Irak, während die Türkei aus dem Irak im gleichen Zeitraum Erdöl in Höhe von 3.245 Mio. US-\$ importierte. Die Türkei deckte damit 60 Prozent ihres Ölbedarf aus Lieferungen des Iraks.

Der irakische stellvertretende Ministerpräsident Taha Yasin Ramazan kam am 28.2.1989 zu einem dreitägigen Besuch nach Ankara. Er erklärte, sein Besuch in Ankara werde eine neue Gelegenheit bieten, den Umfang der bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten auszubauen.<sup>127</sup> Diese Gelegenheit ließ aber aufgrund der politischen Spannungen zwischen den beiden Staaten auf sich warten. Kurz vor Ausbruch der Golfkrise hatte es im Januar 1990 Unstimmigkeiten in den Beziehungen zwischen beiden Staaten wegen der Stauung des Euphratwassers zur Füllung des Atatürk-Staudammes (im Rahmen des GAP-Projekts) seitens der Türkei gegeben. Eine weitere politische Eskalation zwischen beiden Staaten bahnte sich an, als die türkischen Zollbeamten in einer Schiffsfracht, die für den Irak bestimmt war, im April 1990 riesige Stahlrohre entdeckten, die von einer britischen Rüstungsfirma hergestellt worden waren. Während die irakische Regierung behauptete, sie seien für Ölpipeline vorgesehen und die Türkei aufforderte, das Schiff mit der Fracht freizulassen, waren die westlichen Staaten davon überzeugt, daß die Rohre für den Bau einer „Superkanone“ verwendet werden würden.<sup>128</sup>

Im Schatten dieser Ereignisse besuchte der türkische Ministerpräsident vom 5. Bis zum 7. Mai 1990 Bagdad, um an der zehnten Sitzung des türkisch-irakischen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilzunehmen und die bestehenden Probleme zu erörtern.

<sup>125</sup> ANATOLIA, engl. 23.09.1987, (Monitor- Dienst- 24.09.1987)

<sup>126</sup> AP, 5. Mai 1990

<sup>127</sup> DW. 1. März 1989

<sup>128</sup> M. Ata Bakış, „Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg - Ein Beitrag zu türkischen Außenpolitik 1945- 1991, Dissertation, Freie Universität Berlin 1992, S. 243

Es handelte sich dabei hauptsächlich zwei wichtige Punkte, auf deren Lösung beide Staaten drängten. Der türkischen Seite ging es aus Sicherheitsgründen vor allem um eine Verschärfung der Grenzkontrolle. Im Klartext bedeutete dies, ein Abkommen mit dem Irak über die Verfolgung der PKK auf irakischem Territorium entlang der 300 km. langen Grenze zu unterzeichnen. Dieses Abkommen sollte es beiden Seiten ermöglichen, die kurdische Guerilla jeweils über die Grenzen hinweg zu verfolgen. Der irakischen Seite ging es hauptsächlich darum, den Abfluß der Wassermenge im Euphrat so zu regeln, daß der Euphrat für den Irak ausreichend Wasser behält, da der Irak 40 Prozent seiner Energie aus dem Fluß Euphrat bezog.

Beide Seite konnten in den wichtigsten Streitfragen keine Einigung erzielen. Es wurde lediglich ein Handelsprotokoll unterzeichnet, wonach die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen vorgesehen wurde. Die Wasserfrage wurde der Kommission überlassen, die zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien gegründet worden war und sich mit der Wasserfrage befaßte. Dabei hat der irakische Ölminister Usam Abdurrahman Celebi der Türkei vorgeworfen, die Wasserfrage nicht genügend ernst zu nehmen und die Verhandlungen zu verzögern.<sup>129</sup>

Trotz des achtjährigen Kriegs und den Zahlungsschwierigkeiten trat der Irak in der Region als eine gut gerüstete Militärmacht auf. Saddam konnte sich daher in der Region als einziger Machtfaktor betrachten. Bei dem Empfang des türkischen Ministerpräsidenten Y. Akbulut machte er die Andeutung, daß die Türkei in Sicherheitsfragen nicht mehr mit NATO-Unterstützung rechnen solle.<sup>130</sup> Der türkische Staatspräsident Özal drückte seine Enttäuschung über die Haltung Saddams so aus: „Saddam ist uns gegenüber nicht freundlich gewesen, und wird es auch nicht sein. Wir haben in acht Jahren während des irakisch-iranischen Krieges eine Politik des Gleichgewichts verfolgt. Trotzdem hat er nach Kriegsende den Wasserkonflikt um den Fluß Euphrat angezettelt. Er hat Kriegsglocken geläutet.“<sup>131</sup>

Die Türkei nahm gegenüber der Annexion Kuwaits durch den Irak eine eindeutige Haltung ein und unterstützte die westliche Alliierten. Die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak sanken auf ihren Tiefpunkt. Die irakische Presse warf die Türkei vor, sie habe sich seit Beginn der Krise in einer Weise verhalten, die nicht den alten kulturellen und sozialen Verbindungen zwischen beiden Ländern entspreche. Die Türkei habe als erstes Land das ungerechte Wirtschaftsembargo gegen den Irak verhängt und die wichtigste Lebensader des irakischen Volkes - das Öl- zum Mittelmeer hin abgeschnitten. Darüber hinaus habe die Türkei es akzeptiert, sich als Sprungbrett für die Angriffe der von den Amerikanern angeführten Koalition gegen den Irak benutzen zu lassen.<sup>132</sup>

Nach Beendigung des Kuwait-Krieges wurde die Türkei mehr in die Entwicklungen jenseits ihrer Grenze verstrickt. Die Vertreibung der Kurden aus dem Nordirak durch die irakische Armee in Richtung türkische Grenze brachte eine neue Dimension in die türkische Sicherheitspolitik. Durch die Internationalisierung des Kurdenproblems und die Stationierung der internationalen Truppen „Provide Comfort“ und „Poised Hammer“ geriet die türkische Kurdenpolitik in eine schwierige Lage, worüber noch in Abschnitt 5.6.1 ausführlich eingegangen wird. In der Beziehung zwischen der Türkei und dem Irak wurde

<sup>129</sup> Reuter, 08.06.1990

<sup>130</sup> Serhat Güvenç in G. Özcan/Ş. Kut (Hrsg.), a.a.O., , 2000, S. 136

<sup>131</sup> Hürriyet, 07.11.1990

<sup>132</sup> INA, 19.10.1991

die Kurdenproblematik zum entscheidenden Faktor. Die Länder Irak und Türkei (auch Syrien und Iran) sind sich darüber einig, daß sie für die territoriale Integrität des Iraks sind und gegen die Entstehung eines eventuellen Kurdenstaates im Nordirak.

US-Präsident Bush verkündete die Entmachtung Saddams als das fundamentale Ziel der amerikanischen Außenpolitik gegen den Irak und trat für das Festhalten am Wirtschaftsembargo ein, solange Saddam an der Macht bleibe.<sup>133</sup> Als sichtbar wurde, daß Saddam nicht in naher Zukunft entmachtet werden konnte, hat die Türkei dazu tendiert, aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bedenken mit dem Irak die Beziehungen aufzunehmen. Der türkische Außenminister Alptemocin sprach von Vorbereitungen, die Botschaft in Bagdad wieder zu öffnen.<sup>134</sup> Die Entscheidung der Türkei, den stellvertretenden Ministerpräsident des Irak, Tarik Aziz, in Ankara zu empfangen, brachte Unstimmigkeiten zwischen den USA und der Türkei hinsichtlich der Politik gegen den Irak. Die USA haben versucht, den Besuch von Aziz zu verhindern. US-Präsident Bush schickte den Verantwortlichen des nationalen Sicherheitsrates für den Nahen Osten, Richard Haas, in die Türkei, um den Besuch von Aziz zu verhindern. Die Türkei war und ist das „Schlüsselland“ für die Durchsetzung der US-Politik gegen Saddam.<sup>135</sup>

Tarik Aziz kam am 12. Juni 1991 mit dem irakischen Botschafter, El Tikriti, in die Türkei und äußerte den Wunsch, die Beziehungen zur Türkei auf der Basis der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Nachbarstaaten zu gestalten und eine gute Nachbarschaft zu pflegen. Dabei erklärte sich die Türkei bereit, im Rahmen der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates in den Irak Lebensmittel und Medikamente zu senden.<sup>136</sup> Dieser Besuch war zugleich der erste Versuch der irakischen Regierung, sich wieder zu öffnen und aus ihrer Isolation herauszukommen.

Die türkische Außenpolitik war im Bezug auf die Beziehungen zum Irak besonders nach der Kuwait-Krise von widersprüchlichen Entscheidungen geprägt. Die einzige klare Position der Türkei konnte man in der Wahrung der territorialen Einheit Iraks feststellen, da sie im Falle einer Teilung des Iraks die Gründung eines kurdischen Staates auf keinen Fall hinnehmen wollte.

Die türkische Führung machte keinen Hehl daraus, daß Saddam gestürzt werden sollte. Sie hatte ihre Irak-Politik darauf aufgebaut, daß Özal davon überzeugt war, daß die Alliierten Saddam Hussein stürzen würden. Da sich diese Prognose der Türkei nicht verwirklichte, mußte die Türkei zu ihrem Nachbarn Irak Beziehungen aufnehmen, während dieser weiterhin von Saddam regiert wurde. Darüber hinaus hatte die Türkei keine Strategie für den Fall entwickelt, eventuelle Gefahren unter Kontrolle zu halten, die nach einem eventuellen Umsturz von Saddam im Irak entstehen konnte.<sup>137</sup> Aufgrund der wirtschaftlichen Verluste, die besonders für die Bevölkerung in den Provinzen an der irakischen Grenze verheerende Folgen hatte, wollte die Türkei möglichst bald die Beziehungen mit dem Irak normalisieren. In diesem Punkt variierten die Interessen der Türkei mit denen ihrer Verbündeten. Auf der anderen Seite hat die Türkei die Zusammenarbeit mit dem Irak mit der Begründung abgelehnt, sie halte an den UN-

<sup>133</sup> Sami Kohen, Milliyet, „Yollarımız Ayrılıyor mu“? (Gehen unsere Wege auseinander?). 11.6.1991

<sup>134</sup> Ebd.

<sup>135</sup> Sedat Ergin, Türk-Amerikan İlişkilerindeki Irak Sancısı Şimdilik Aşıldı (Der Konflikt um den Irak in den türkisch-amerikanischen Beziehungen ist vorerst überwunden). Hürriyet, 17.06.1991

<sup>136</sup> Hürriyet, 13.06.1991

<sup>137</sup> Sedat Ergin, „Başkan Bush’un Irak Politikasının Türkiye Açısından Sakıncaları“. Hürriyet, 10.06.1991

Resolutionen fest. Die Regierung von Ministerpräsident Demirel und sein Koalitionspartner Erdal İnönü vertraten während der Kuwait-Krise die Ansicht, daß Özals Politik zu antiirakisch sei und jegliche Handlungsmöglichkeiten unmöglich machen würde, nach Kriegsende die Beziehungen zum Irak zu normalisieren. Als die Kampfflugzeuge der USA und Großbritanniens im Januar 1993 Irak bombardierten, haben sich sämtliche arabische Staaten (außer Saudi-Arabien und Kuwait), die Russische Föderation, aber auch Frankreich, obwohl seine Flugzeuge an der Bombardierung beteiligt waren, davon distanziert. Der türkischen Regierung unter Demirel mit Koalitionspartner İnönü, die aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Gründen die Normalisierung der Beziehungen mit dem Irak am ehesten brauchte, blieb nichts anderes übrig, als zu erklären: „Der Irak muß sich den Beschlüssen der Vereinten Nationen beugen“.<sup>138</sup>

#### **4.6. Syrien: Gebietsansprüche - Wasser versus Terror**

Die Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei waren immer problematisch. Nach der Annektierung der Provinz Hatay (1937) durch die Türkei hatten sich die Beziehungen der Türkei zu Syrien jedoch gespannt, denn Syrien betrachtete diese Provinz innerhalb ihrer natürlichen Grenzen. Im Juli 1953 erweiterte der ein Jahr zuvor durch einen Militärputsch an die Macht gekommene Oberst Cicekli in seinem Parteiprogramm die Grenzen Syriens bis zum Taurusgebirge in der südlichen Türkei, was die Verschlechterung der Beziehungen und den Rückruf des türkischen Botschafters zur Folge hatte. Der türkische Ministerpräsident Menderes besuchte Damaskus (14.-16 Januar 1955) und sprach nun mit dem neuen Machthaber Attasi über die Gründung eines möglichen Nahostpaktes, der zuvor mit dem irakischen Präsidenten Said Nuri am 13. Januar 1955 vereinbart worden ist, aber vom syrischen Staatspräsident abgelehnt worden ist. Nach zwei Jahren befanden sich die Türkei und Syrien am Rande einer bewaffneten Auseinandersetzung. Bei diesem Konflikt wurde die Türkei zum ersten Mal von der sowjetischen Seite nach Stalins Tod mit einem Raketenangriff bedroht. Nach einem Beschluß der Vereinten Nationen wurde der Konflikt beigelegt.<sup>139</sup>

Die NATO-Zugehörigkeit der Türkei und damit verbunden ihre außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten im Nahen Osten trug auch dazu bei, daß die Beziehungen zwischen den zwei Nachbarstaaten angespannter verliefen. Während des Kalten Krieges war Syrien ein „natürlicher Partner“ der Sowjetunion z. B. aufgrund des Freundschaftsvertrags vom 10. Oktober 1980, in dem auch sowjetische Militärhilfe vorgesehen war. Die Interessengegensätze der Blöcke während des Kalten Krieges im Nahen Osten haben sich negativ auf die sicherheitspolitischen Beziehungen der beiden Staaten ausgewirkt. Die Möglichkeit, daß die amerikanischen Stützpunkten in der Türkei, vor allem die Militärbasis in İncirlik für die Versorgung des Staates Israel benutzt werden könnte, hat Syrien als Bedrohung seiner Sicherheit empfunden. Auf der anderen Seite sah die Türkei die enge Zusammenarbeit Syriens mit der Sowjetunion und auch mit Griechenland als eine große Gefahr für ihre Sicherheitspolitik. Darüber hinaus würde die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien von den Staaten in der Region und international nicht herzlich begrüßt, die von der Feindschaft beider Staaten profitieren. Griechenland würde einen wichtigen Partner verlieren, mit dem er gegen die Türkei Druck ausüben konnte. Eine auf Freundschaft und Vertrauen basierende Beziehung zwischen der Türkei und Syrien würde auch Israel stören, denn Syrien könnte sich dann mehr auf den Konflikt mit Israel konzentrieren.

<sup>138</sup> Ergun Balci, „Ankara'nın Tutumu“. Cumhuriyet, 21.01.1993

<sup>139</sup> İsmail Soysal, „Türk Dış Politikası İncelemeleri için Kılavuz“ Istanbul, 1993, S. 71

#### 4.6.1. Wasser versus PKK

Der ehemalige ägyptische Außenminister und Ex-UN-General Sekretär Botros Ghali sagte, wenn im Nahen Osten ein Krieg ausbreche, könne dies nur wegen des Wassers sein. Diese Ansicht unterstrich der jordanische König Hussein vor dem Parlament und sagte, daß nichts auf der Welt ihn zwingen könne, mit Israel einen Krieg zu führen außer Wasser. Damit verdeutlichte er wie lebenswichtig das Wasser für sein Land, aber auch für die Staaten im Nahen Osten ist. Ähnliche Äußerungen waren auch im Strategie-Institut in Washington zu hören. Der Nahe Osten stehe vor einer neuen Bedrohung; aufgrund des knappen Wasservorkommens könnten im Nahen Osten im 21. Jahrhundert „Wasserkriege“ ausbrechen. Eine so gefährliche Entwicklung würde die ohnehin schlechten Beziehungen zwischen den Staaten im Nahen Osten ganz zerbrechen lassen und zu einer Auseinandersetzung führen.<sup>140</sup>

Angesicht dieser Tatsache wurden in den arabischen Medien die Regierungen aufgerufen, diesen Veränderungen mit einer neuen Strategie zu begegnen. Sonst würden die arabischen Flüsse in ihren Quellenländern bedroht und dann würde nichts anders übrig bleiben als Krieg.<sup>141</sup> Diese Vorzeichen der kommenden Spannungen um Wasser und die damit verbundene Interessenskonstellation in der Region hatte es in den achtziger Jahren zwischen der Türkei, Syrien und Irak gegeben. In diesem Dreieck des Nahen Ostens vermischen sich aufgrund des immer knapper werdenden Wassers Interessengegensätze mit Sicherheitsfragen, wirtschaftlichen Vor- und Nachteile und auch mit dem nackten Überlebenskampf der Menschen. Syrien ist vom Wasser des Flusses Euphrat abhängiger als der Irak. Syrien erzeugt 70 % seiner gesamten Energie aus dem Euphrat. Experten gehen davon aus, daß das von Irak und Syrien gemeinsam benötigte Wasser sich in zehn Jahren um bis zu 60 % verringern würde.<sup>142</sup> Der Irak erzeugte 40 % seiner Energie aus Flüssen, aber der Fluß Tigris floß bisweilen ungehindert und der Irak war nicht so stark betroffen wie Syrien. Trotzdem behaupteten irakische Quellen, von der Verringerung der Wassermenge von Euphrat würden mehr als 5 Millionen Menschen betroffen.

Die Wasserfrage zwischen den Staaten Türkei, Syrien und Irak kam nicht erst in den achtziger Jahren auf. Seit 1962 verhandeln die Länder über den Wasserkonflikt, um eine angemessene von allen Seiten akzeptierte Regelung zu finden. Im Jahr 1980 haben die Türkei und der Irak ein Protokoll zur Bildung eines technischen Komitees unterzeichnet. Diesem Komitee schloß sich Syrien 1983 an. Die Aufgabe bestand darin, wissenschaftliche Forschungen über Wasserverbrauch und Modernisierungsanlagen durchführen, damit eine angemessene Regelung der Wassermengen gefunden werden kann. Während die Verhandlungen - mit Unterbrechungen - fortgesetzt wurden, wurden im Euphrat der Keban-Staudamm (1973-75) und der Atatürk-Staudamm (1990) gebaut. Syrien hat den Staudamm El- Tabka (1973-75) gebaut.

---

<sup>140</sup> The Washington Post, entnommen aus: Milliyet, 15.3.1991 und The Independent on Sunday, 13.5.1990

<sup>141</sup> Al- Khaleej, 25.5.1990, Die bekannteste ägyptische Zeitung Al-Ahram riet dagegen den arabischen Staaten, sich von einem Wasserkrieg fern zu halten. Sie sollten, selbst wenn es eine Verringerung der Agrarwirtschaft bedeute, durch technologische eine Verbesserung der Bewässerungsanlage den Wasserverbrauch reduzieren und auch andere Möglichkeiten suchen, mit deren Hilfe der Wasserverbrauch minimalisiert wird. (Al Ahram 4.5.1990)

<sup>142</sup> The Independent on Sunday, 13.5.1990

Die Konfliktparteien versuchten, sich gegenseitig Zugeständnisse abzuwingen. Vor diesem Hintergrund bestimmten den Grad der Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei in den achtziger Jahren hauptsächlich zwei wichtige Konfliktpunkte: das Wasser und die PKK.

Obwohl die Türkei wiederholt davon sprach, den Wasserkonflikt in erster Linie eher als technisches denn als politisches Problem anzusehen, schreckte sie sich nicht davor zurück, das Wasser als politisches Mittel gegen Syrien und Irak zu benutzen, um sie in Sicherheitsfragen an der gemeinsamen Grenze zur Zusammenarbeit zu bewegen. Denn in der heutigen Zeit macht es die Technologie möglich, das Wasser an seiner Quelle unter Kontrolle zu halten und zu steuern. Nach Behauptungen arabischer Quellen hat die Türkei durch den Atatürk-Staudamm ihre Kontrolle und Regulierungskapazität des Flusses Euphrat um bis zu 50 % vergrößert. Dadurch verringerte sich die Wassermenge im Becken des Flusses zwischen 10-bis 15 Milliarden Quadratmeter im Jahr, womit der Konflikt zwischen den Staaten ökonomische und sicherheitspolitische Dimension annimmt.<sup>143</sup> Der Wasserkonflikt zwischen der Türkei und ihren Nachbarn erreichte in den achtziger Jahren gefährliche Dimensionen. So wurde in einem Kommentar der Zeitung El Kaleej die Türkei damit bedroht, wenn sie an ihren GAP-Plänen festhalte, würde der Weiterbau des Atatürk-Staudammes der Anfang einer Reihe von Problemen sein, die ein großes Ausmaß annehmen könnten.<sup>144</sup>

Auf der anderen Seite war es ein offenes Geheimnis, daß die PKK in Syrien und in dem von Syrien kontrollierten Bekaa-Tal Ausbildungslager hatte und PKK-Chef Öcalan sich in Damaskus aufhielt, um von dort aus die PKK zu leiten und Besuch aus dem Ausland zu empfangen. Obwohl die syrischen Politiker es offiziell dementierten, gaben sie in privaten Gesprächen zu, zwischen dem Wasserkonflikt und den PKK-Aktivitäten einen engen Zusammenhang zu sehen.<sup>145</sup> Syrien hatte, um in der lebenswichtigen Wasserfrage die Türkei zu Zugeständnissen zu zwingen, keine bessere Karte in der Hand, die es gegen die Türkei bei den Verhandlungen über Wasser in eine bessere Position heben konnte. Daher war das PKK-Phänomen in der Türkei für Syrien ein willkommenes Anlaß, es gegen die Türkei einzusetzen. Denn wie Henry Kissinger sagte, war der syrische Staatspräsident Hafiz el Asad ein Überlebenskünstler, ein Spieler, der mit sehr schwachen Karten in das Spiel kam, aber die Fähigkeit hatte, alles an sich zu raffen, was auf dem Tisch lag. Es ist interessant, daß der PKK-Chef in Syrien im Jahr 1980 Unterschlupf fand, als sich die Türkei über die Verwirklichung des GAP-Projekts ernsthaft Gedanken machte.<sup>146</sup> Denn nach Berechnungen der irakischen und syrischen Experten würde das GAP-Projekt die Wassermenge des Flusses Euphrat für Syrien bis zu 40 Prozent und die des Tigris für Irak bis zu 90 Prozent verringern.<sup>147</sup>

Die türkische Seite vertrat die Meinung, daß Syrien die Verhandlungen mit der Türkei auf der Basis „Wasser gegen Frieden“ führt. Bei dem Besuch Özals in Damaskus durch ein Zusatzprotokoll die wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Flußmenge in Höhe von 500 Kubikmeter pro Sekunde vereinbart. Die Sicherheitsartikel des Protokolls waren allgemein gehalten. Das heißt in der Sicherheitsfragen war die PKK nicht namentlich

---

<sup>143</sup> Al-Khaleej, 25.5.1990

<sup>144</sup> Ebd.,

<sup>145</sup> Financial Times, 15.7.1987 AP, 13.6.1990

<sup>146</sup> John Bullock und Adel Darwish, „Su Savaşları“ (Wasserkriege). Hürriyet, 30.1.1994

<sup>147</sup> John Bullock Adel Derwish, „Wasserkriege“. Hürriyet, 29.1.1994, S. 19

genannt.<sup>148</sup> Die PKK wurde weiterhin ein Instrument in der Hand Esads, um die Türkei in der Wasserfrage unter Druck zu setzen. Die Türkei betrachtete dagegen das Wasser als „Bodenressource der Türkei“, so wie das Erdöl ein Bodenschatz der arabischen Staaten sei. Özal erklärte: „Während manche Staaten Öl-Vorkommen besitzen, haben wir Wasser. Aber es geht nicht darum. Wir wollen die Konflikte auf friedlichem Wege durch Verhandlungen lösen.“<sup>149</sup> In einem Interview der arabischen Zeitschrift El -Hayat warnte er den syrischen Staatspräsident Esad: „Wenn Syrien, wie es behauptet, den Terrorismus nicht unterstützt, sollte er auch auf die Unterstützung der PKK in libanesischen Bekatal verzichten.“<sup>150</sup>

Özal schlug im Jahr 1986 allen Nahost-Staaten ein „Friedenswasser-Pipeline-Projekt“ vor. Dieses 21 Milliarden US-\$ umfassende Projekt sollte täglich 6 Mio. Kubikmeter Wasser in die Nahoststaaten befördern. Dieser Vorschlag Özals fand damals jedoch keine Beachtung. Im dem von Özal vorgeschlagenen Wasserprojekt war der Bau von zwei Wasser-Pipelines vorgesehen um Wasser in den Nahen Osten zu liefern. Das Wasser sollte den Flüssen im Süden der Türkei, Seyhan und Ceyhan, entnommen werden. Eine Pipeline sollte 3.5 Mio. Quadratmeter Wasser aus dem Seyhan in die Gebiete Aloppe, Hama, Damaskus und Amman bis zu den heiligen Städten des Islams Mekke und Medina in Saudi Arabien befördern. Die Länge dieser Pipeline betrug 2650 km. Die zweite Pipeline sollte Wasser aus dem Fluß Ceyhan über Syrien und Jordanien nach Kuwait, Saudi Arabien, Qatar und in die Vereinigten Arabischen Emirate leiten. Die Länge dieser Pipeline beträgt 3900 km. Die Kosten der beiden Pipelines wurde auf 21 Milliarden Dollar kalkuliert.<sup>151</sup> Das „Friedenswasser-Projekt“ von Özal fand unter den arabischen Staaten keine Zustimmung, da zum einen die Meinungsdivergenzen zwischen den Staaten zu gravierend waren, um an einem solchen Projekt gemeinsam zu arbeiten, und zum anderen das Mißtrauen der arabischen Staaten gegenüber der Türkei zu tief saß, da sie befürchteten, daß die Türkei das Wasser zu einem Machtinstrument gegenüber arabischen Staaten machen würde.

#### 4.6.2. Besuch Özals in Damaskus

Wie gegen andere Nachbarn hatte Özal auch gegenüber Syrien in den achtziger Jahren eine Politik zu verfolgen versucht, die sich dadurch kennzeichnete, daß die Türkei in gutwilligen Verhandlungen Syrien verständlich machen wollte, daß Syrien die Freundschaft und Zusammenarbeit der Türkei mehr bräuchte als die Türkei Syriens.<sup>152</sup> Es wurde dabei immer auf die tiefen Wurzeln der Gemeinsamkeiten und Beziehungen zwischen der Türkei und den arabischen Staaten hingewiesen, die aus Religionszugehörigkeit und gleichen Werten resultiert. Daher würde die Türkei auch beim Wasserkonflikt die nötigen Nachsicht zeigen.<sup>153</sup>

Der türkische Außenminister Ilker Türkmen reiste am 28. März 1983 nach Damaskus und dort traf er Syriens Außenminister Abdulhalim Haddam. Zwischen Syrien und der Türkei gab es damals - abgesehen von der Provinz Hatay - keine besondere Probleme, da die PKK

---

<sup>148</sup> Hürriyet, 30.1.1994

<sup>149</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 125

<sup>150</sup> Cumhuriyet, 16.12.1991

<sup>151</sup> Vgl. M. Ata Bakış, a.a.O., 1992

<sup>152</sup> Reuter, 16.6.1990

<sup>153</sup> AP, 13.6.1990

ihre Aktionen in der Türkei erst 1984 begann. Die beiden Minister sprachen über armenischen Terrorismus und Grenzzwischenfälle wegen Schmugglern.<sup>154</sup>

Die Entspannungen des Ost-West- Konfliktes haben sich auch auf die Beziehungen der Türkei mit Syrien positiv ausgewirkt. Vor Özals Reise nach Damaskus kam der syrische Ministerpräsident Abdal-Rauf el Kasim am 5. März 1986 nach Ankara. Es konnte zwar kein Abkommen unterzeichnet werden, aber beide Seiten beschlossen, ihre bilateralen Beziehungen zu intensivieren und mit Konflikten von beiderseitigem Interesse konstruktiv umzugehen.<sup>155</sup>

Obwohl dies von den USA und den gemäßigten arabischen Staaten wie Ägypten mit Skepsis begleitet wurde, trat Özal am 15. Juli 1987 zu einer dreitägigen offiziellen Reise in Begleitung türkischer Unternehmer in die Hauptstadt Damaskus an. Der Dialog zwischen den beiden Staaten war möglich geworden, da es für beide Seiten der einzige Weg war, eine kriegerische Auseinandersetzung zu vermeiden. Seine Reise war um so mehr von Bedeutung für beide Seiten, wenn man bedenkt, daß Özal nach Menderes nach 32 Jahren der zweite Ministerpräsident war, der Syrien besuchte. Dieser Besuch fand im übrigen zu einer Zeit statt, in der Europa wegen der positiven Haltung gegenüber Syrien für die Sicherung des Friedens und die Bekämpfung des Terrorismus im Libanon die Wiederaufnahme der Beziehungen und die Aufhebung eines Teils des Embargos gegen Syrien beschlossen hatte.<sup>156</sup>

Nach seinem dreitägigen Besuch erklärte Özal in Damaskus, daß beide Seiten ein bilaterales Abkommen unterzeichnet haben, durch das die türkisch-syrische Grenze in eine Freundschaftsbrücke umgewandelt werden sollte. Auch der syrische Ministerpräsident El Kasim äußerte sich über das Ergebnis zufrieden und sagte, daß Syrien es nun nicht mehr zulassen werde, daß von syrischem Territorium gegen die Türkei feindliche Aktivitäten durchgeführt werden. Syrien erhielt als Gegenleistung von der Türkei die Zusicherung, daß die Türkei sich verpflichtete, 500 Kubik/m/s Wasser in den Euphrat fließen zu lassen. Der Besuch Özals hat zwar die Erwartungen der beiden Seiten nicht voll erfüllt und der Besuch konnte nicht die erhofften Erfolge bringen, es wurde jedoch in Sicherheitsfragen und bezüglich der Regulierung der Wassermenge ein Abkommen unterzeichnet. Allgemein konnten in den Bereichen Technologie, Politik, Wirtschaft und Sicherheit „wichtige Entwicklungen“ verzeichnet werden.<sup>157</sup>

Der Abschuß eines türkischen Flugzeugs durch zwei syrischen Kampfflugzeuge am 21. Oktober 1989 in der Provinz Hatay nahe der syrischen Grenze sorgte für neue Spannungen in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Syrische Kampfflugzeuge drängten 20 km in das türkische Territorium vor und feuerten auf ein türkisches Flugzeug mit fünf Insassen, das Grundstücke vermaß. Syrien drückte in einem Schreiben sein Bedauern über den Vorfall aus und übernahm die volle Verantwortung. Syrien hat den Wunsch geäußert, daß die gutnachbarschaftlichen und freundlichen Beziehungen dadurch nicht gestört werden mögen.<sup>158</sup> Dieser Sinneswandel in der syrischen Politik gegenüber der Türkei geschah vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Sowjetunion. Die Türkei fühlte sich besonders nach dem Freundschaftsvertrag mit Syrien von 1980 sowohl von der

---

<sup>154</sup> Milliyet, 29. 03 1983

<sup>155</sup> Ebd., 06.03. 1986

<sup>156</sup> FAZ, 15.7.1987,

<sup>157</sup> AP, 17.7.1987

<sup>158</sup> M. Ata Bakış, a.a.O., 1992, S. 175

Sowjetunion als auch von Syrien in die Zange genommen, während Syrien die Türkei immer als Vertreter des USA und damit als Verbündeten Israels ansah.

Als am 13.1.1990 die Türkei das Wasser des Euphrats am Atatürk-Damm staute, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Die Staaten Syrien und Irak, die sich miteinander nicht sonderlich gut vertrugen, haben die Türkei kritisiert und beschlossen, gemeinsam gegen die Türkei zu handeln.<sup>159</sup>

Die Teilnahme Syriens an der antiirakischen Koalition während des Golfkrieges und die Teilnahme Syriens an den arabisch-israelischen Friedensverhandlungen in November 1991 in Madrid trugen zu den Verbesserungen der Beziehungen zwischen beiden Staaten bei. Vordem Hintergrund der Entwicklungen im Irak nach dem Zweiten Golfkrieg waren sich beide Staaten hinsichtlich der Beibehaltung der territorialen Integrität Iraks und der Verhinderung eines kurdischen Staates einig. Die Außenminister der Türkei, des Iran und Syriens kamen am 11.14.1992 und am 06.02.1994 in Istanbul zusammen, um über die Entwicklungen in der Region und im Nordirak zu beraten und auf eine Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in der Region hinzuwirken.<sup>160</sup>

#### **4.7. Beziehungen zu Bulgarien: das Problem der türkischen Minderheit**

Während des Kalten Krieges prägten die türkisch-bulgarischen Beziehungen die gegnerische Bündniszugehörigkeit beider Länder. Trotz der ideologischen Gegensätze und der Mitgliedschaft der feindlichen Bündnisse verzeichneten die türkisch-bulgarischen Beziehungen Fortschritte. Sie unterzeichneten ein bilaterales Abkommen über ein Transitvisum, TIR, Tourismus, Kultur und Sport.

Um das Minoritätsproblem zwischen den beiden Staaten zu regeln, wurde im Jahr 1968 ein Emigrationsabkommen über die Zusammenführung gespaltener Familien unterzeichnet, das 1969 in Kraft trat.<sup>161</sup> In den folgenden zehn Jahren wanderten 130.000 Türken in die Türkei aus.

Trotz der gegensätzlichen Bündniszugehörigkeit gestalteten sich die Beziehungen auf nachbarschaftlicher Ebene. Ende der siebziger Jahre besuchte der Ministerpräsident Ecevit, der sich mit dem bulgarischen Präsident Jivkov gut verstand, Sofia. Auch Präsident Kenan Evren, der selbst aus dem Balkan, aus Skopje, emigriert war, besuchte 1982 Sofia. Die Türkei importierte elektrischen Strom aus Bulgarien. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten verschlechterten sich, als unter dem Druck der radikalen Flügel in der kommunistischen Partei Bulgariens, angeführt von Theodor Jivkov, Bulgarien gegen türkische Minderheiten eine Zwangsassimilationspolitik durchsetzte, die im Jahr 1984 mit der Namensänderung begann, und mit der Entmachtung Jiwkows 1989 ihr Ende nahm. Diese Zwangsassimilierungspolitik der bulgarischen Regierung wurde der Dreh- und Angelpunkt bei der Beziehungen zwischen beiden Staaten in den achtziger Jahren.

---

<sup>159</sup> Die Welt, 10.1.1990

<sup>160</sup> Hürriyet, 14.11.1992, Zaman, 07.02.1994

<sup>161</sup> Der langjährige Außenminister der Türkei unter der Regierung von Demirel, İhsan Sabri Çağlayangil, erklärte nach Jahren über seine erste Auslandsreise als Außenminister nach Sofia, daß Jivkov sein Interesse – ungeachtet der osmanischen Erblast – bekundete, zur Türkei gute Beziehungen aufzunehmen. Einziges Hindernis sei die türkische Minderheit in Bulgarien. Jivkov versuchte seinen Gast dazu zu motivieren, in der Türkei eine Erklärung abzugeben, daß die türkische Regierung kein Mitglied dieser Volksgruppe aufnehmen werde. NZZ, vom 1.9.1989

Gegenüber der türkischen und pomakischen Minderheit hat Bulgarien in seiner Geschichte eine ständige Assimilierungspolitik verfolgt, die von konjunkturellen Schwankungen begleitet wurden. Das Ziel der bulgarischen Assimilierungspolitik war es, daß die Türken in Bulgarien ihre primären Identifikation nicht mehr in der Zugehörigkeit zur gesamt-türkischen Nation finden, sondern sie sollten „ als untrennbarer Teil des bulgarischen Volkes“ eingliedert werden. Dazu wurden türkische und islamische Sitten, Gebräuche, Alltagsleben und Namen einem Assimilierungsprozeß unterworfen.<sup>162</sup> Man wollte in Bulgarien das Problem an der Wurzel packen und 500 Jahre Erinnerungen an eine türkische Herrschaft ein und für allemal auslöschen.<sup>163</sup>

Als die ersten Nachrichten über die Lage der türkischen Minderheit in der westlichen Presse erschienen, reagierte Özal anfänglich gelassen, trotz des Drängens der Opposition und der Öffentlichkeit mehr zu unternehmen. Er antwortete mit dem Hinweis, daß es bemerkenswert sei, daß die sonst gegenüber der Türkei negativ eingestellte westliche Presse auf einmal großes Interesse an den Lebensbedingungen einer türkischen Minderheit zeige. Dabei dachte er wieder aus der Perspektive eines Ökonomen und hegte den Verdacht, daß man die türkischen Pläne einer Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Bulgarien und der Sowjetunion torpedieren wolle. Bei dem Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow Ende Dezember 1984 hatten beide Länder ab 1987 eine Erdgaslieferung über Bulgarien und eine zusätzliche Stromlieferung aus Leninakan in Ostanatolien beschlossen.<sup>164</sup> Darüber hinaus war Bulgarien eine wichtige Landverbindung nach Europa. Transporte von Waren nach und aus Europa wurden über den Transitweg Bulgarien abgewickelt. Tausende von türkischen Staatsbürger in Europa fuhren auch durch Bulgarien in die Türkei und zurück.

Die Assimilierungspolitik Bulgariens hat auch in der türkischen Politik für Verwirrung gesorgt. Zuerst reagierte Özal gelassen. In einem in einer geheimen Parlamentssitzung aufgesetzten Schreiben (1985), das dem bulgarischen Botschafter überreicht wurde, wurde nach „Versöhnung“ verlangt und die Türkei ließ Sofia mehrere Türen zur Lösung des Konflikts offen.<sup>165</sup> Indessen hat die türkische Regierung den Konflikt mit Bulgarien auch in Moskau erörtert, wobei sie den Eindruck bekam, daß die Sowjetunion eine Verhandlung zwischen den Bulgarien und der Türkei über Minderheitsfragen wünschte. Dieser Verhandlungsweg über einen Dritten rief in Bulgarien eine heftige Reaktion hervor und das bulgarische Außenministerium ließ verlautbaren, Bulgarien lasse sich nicht auf dem Umweg über Dritte von der Verfolgung seiner nationalen Interessen abbringen.<sup>166</sup>

Als sich die Lage in Bulgarien zuspitzte, hob die Türkei die Visumpflicht für bulgarische Bürger auf und öffnete im Jahr 1988 die Grenzen für Flüchtlinge und erklärte sich bereit, alle Volksgenossen aufzunehmen. Um auf den innenpolitischen und außenpolitischen Druck zu reagieren, hat Jivkov die Grenzen zur Türkei für die türkische Minderheit geöffnet. Binnen kürzester Zeit strömten über 300 000 Flüchtlinge in die Türkei. Durch den massenhaften Zustrom von Flüchtlingen war die türkische Regierung damit überfordert, diese unterzubringen. In der Grenzprovinz Edirne wurden große Zeltlager eingerichtet. Indessen brachte der unerwartete und plötzliche Zustrom auch soziale Spannungen mit sich. Zuerst reagierte der Gouverneur der Provinzstadt Bursa, in der

---

<sup>162</sup> Wolfgang Höpken, „Türken und Pomaken in Bulgarien“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 2/1992, S. 142

<sup>163</sup> Viktor Meier, „Suche nach dem gemeinsamen Nenner“. FAZ vom 13.6.1987

<sup>164</sup> NZZ, 10/11.03.1985

<sup>165</sup> NZZ, 10/11.03.1985

<sup>166</sup> FAZ, 13.06.1987

mehrheitlich Türken balkanischer Herkunft ansässig sind, und untersagte den Zustrom von Flüchtlingen aus Bulgarien. Die türkische Regierung führte in einem Kabinettsbeschluss vom 22. August 1989 die Visumpflicht für bulgarische Bürger wieder ein. Das Außenministerium rechtfertigte die Visumpflicht mit dem Argument, daß der Visumzwang im Interesse der türkischen Minderheit sei, weil es in erster Linie um die Wahrung der türkischen Minderheit im Bulgarien gehe sowie um eine Kontrolle des Zustroms. Die Türkei glaubte, angesichts des internationalen Drucks würde Bulgarien seine Politik gegen die Minderheit lockern und ein Emigrationsabkommen mit der Türkei unterzeichnen.<sup>167</sup>

Gründe für die Absetzung Theodor Jivkows nach 35 Jahren Herrschaft am 10. November 1989 waren u. a. die innen- und (noch mehr) außenpolitischen Folgen seiner unnachgiebigen Assimilierungspolitik gegen Minderheiten.<sup>168</sup> Die neue bulgarische Regierung hat Ende 1989 die Assimilierungspolitik gegen Minderheiten für nichtig erklärt. Der neue Staats- und Parteichef Bulgariens Mladenow erklärte, es sei ein Fehler von Jivkow gewesen von „Türken in Bulgarien“ und „von türkischen Schulen“ zu reden. Neben einer unzulänglichen Minderheitenpolitik habe Bulgarien den zweiten Fehler gemacht, diese Leute in die Hände der Türkei zu geben.<sup>169</sup> Nach einem Monat räumte der neue Staats- und Parteichef Mladenow ein, die von Jivkow betriebene Politik der Zwangsassimilierung sei ein „schweren Fehler“ gewesen. Der einzige Weg, diesen Fehler zu korrigieren und die Glaubwürdigkeit im Ausland wiederherzustellen, bestehe, so Mladenow, in der Wiederherstellung der von der Verfassung garantierten Rechte der Bürger.<sup>170</sup>

Nach der politischen Wende 1990 wurden die Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder intensiver. Neben der Aufnahme der bilateralen Beziehungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich suchten beiden Staaten auch im Rahmen der Schwarzmeerwirtschaftskooperation nach Möglichkeiten zusammenzuarbeiten. Die Handelsbeziehungen der Türkei mit Bulgarien gründeten sich auf das Abkommen vom 11.6.1974. Am 9.2.1972 wurde die Türkisch-Bulgarische Wirtschaftskommission gegründet. Es fanden insgesamt neun Treffen statt, die letzte Zusammenkunft war vom 11.-14. September 1984 in Sofia. Die politischen Spannungen zwischen den beiden Staaten wirkten sich auf die Wirtschaftsbeziehungen aus, und Versammlungen wurden stets hinausgeschoben. In den Jahren, in denen die politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten angespannt waren, waren auch die Wirtschaftsbeziehungen davon stark betroffen. Ein weiterer Grund für die schlechteren Handelsbeziehungen waren die sozio-politischen Schwierigkeiten in Bulgarien während der Umbruchphase, die dazu führten, daß der Staat wegen Devisenmangel seine Importe einschränkte. Nach der politischen Wende im Ostblock und der Entmachtung Theodor Jivkows und dem nun einsetzenden

---

<sup>167</sup> NZZ, 01.09.1989

<sup>168</sup> Über die politischen Aktivitäten und den Einfluß der bulgarischen Minderheiten der Türken und Pomaken

siehe: W. Höpken, „Türken und Pomaken in Bulgarien“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 2/1992, S. 141-151. Mit der Frage nach Sprachzugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit hat die Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ nicht nur in den Siedlungsgebieten, wo die türkische Minderheit die stärkste Kraft bildete (wie in Kurdjali), die Wähler hinter sich gebracht haben, sondern auch in den pomakischen Regionen wie Smolljan oder Blagoevgrad. Die religiös-kulturelle Solidarisierung zwischen bulgarischstämmigen Pomaken und der türkischen Minderheit hat sich damit stärker erwiesen als die Sprachzugehörigkeit mit den Bulgaren. Wolfgang Höpken, Ebd., S. 146

<sup>169</sup> FAZ, 5.12.1989

<sup>170</sup> FAZ, 10.1.1990

Demokratisierungsprozeß in Bulgarien haben die türkisch-bulgarischen Beziehungen jedoch einen neuen Aufschwung bekommen. In allen Bereichen - von Militär bis Sport – wurde nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht.

Tabelle: 3. Außenhandelsbeziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien

(Millionen US-Dollar)			
Jahre	Import	Export	Außenhandelsvolumen
1980	133.5	12.3	145.8
1983	99.5	20.2	119.7
1984	121.1	24.1	145.2
1986	44.4	14.8	56.2
1987	7.6	11.9	19.5
1988	15.7	29.1	43.8
1989	3.3	26.7	30.0
1990	31.9	10.4	42.3

Quelle: DPT, „Der Dritte Wirtschaftskongreß von Izmir“. Am 4.-7.6.1992, S. 51

#### 4.8. Die Beziehungen zu Griechenland: Der Konflikt lauert überall

Seit seiner Gründung Anfang des 19. Jahrhunderts (1827) verfolgte Griechenland eine Außenpolitik, die sich im Begriff „Megali Idea“ (die große Idee) ausdrückte, welche die Einverleibung der von Griechen bewohnten Gebiete (ehemaliges Byzanz) beinhaltete. Die „Katastrophe von 1922“ setzte der auf der Megali Idea beruhenden Außenpolitik Griechenlands ein Ende. Nachdem diese Tatsache dem griechischen Staatsmann Venizelos klar geworden war, versuchte er, gute Beziehungen zu seinen Nachbarn zu entwickeln. So kamen die Staatsmänner Atatürk und Venizelos in der Türkei vom 27.-31. Oktober 1930 zusammen und unterzeichneten das griechisch-türkische Freundschafts-Neutralitätsabkommen, wobei Griechenland gegen seine zwei Nachbarn im Norden, Jugoslawien und Bulgarien, die Türkei als Verbündeten wählen mußte, die auf den Balkan keinerlei Anspruch erhob.<sup>171</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte sich Griechenland mit revolutionären Kräften aus dem Norden auseinandersetzen. Die Türkei mußte sich gegen sowjetische territoriale Ansprüche und Grenzkorrekturen wehren.

So kam es, daß beide Staaten gleichzeitig die Truman-Doktrin aufgenommen haben. Sie bekamen gleichzeitig im Rahmen des Marshallplans US-Hilfe und wurden Mitglied des Europäischen Rates. Sie nahmen am Korea-Krieg teil, wurden gleichzeitig NATO-Mitglied und gründeten zusammen mit Jugoslawien den Balkan-Pakt. Beide Staaten waren der sowjetischen Bedrohung ausgesetzt. Die Sicherheitspolitik beider Staaten zwang sie in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges dazu, innerhalb der NATO zusammenzuarbeiten. Die gemeinsamen Interessen Griechenlands und der Türkei in der

<sup>171</sup> Hikmet Bayur Y., „Türkiye Devletinin Dış Siyaseti“ (Die Außenpolitik des türkischen Staates). Türk Tarih

Kurumu Basımevi, Ankara, 1995, S. 176; Byron Theodoropoulos, Seminar: „Türkei-Griechenland: Die

Probleme über die Außen- und Sicherheitspolitik“. Veranstalter: Gesellschaft für Auslandskunde e.V. und Südosteuropa- Gesellschaft, am 15.11.1985 in München. Aus: Basın- Yayın ve Enformasyon Genel Müdürlüğü (BYE), Ankara, 1986, S. 15

Sicherheits- und Außenpolitik dauerten von 1946 bis zum Ausbruch des Zypernkriegs im Jahr 1964. In dieser Zeit befanden sich die Staaten in einem Friedenszustand. Die Art der Beziehungen zwischen beiden Staaten gestaltete sich so, daß weder die Spannungen noch die Phasen der Entspannung von jeweils langer Dauer war. Die gespannte Lage und die Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Staaten ließ in den Jahren 1959-61 beispielsweise nach, nahm aber parallel zum Zypernkrieg nach 1961 wieder zu und erreichte im Jahr 1964 ihren Höhepunkt, als beide Staaten sich am Rande eines bewaffneten Krieges befanden. Im Jahr 1967 spitzte sich die politische Lage zwischen den beiden Ländern wieder zu. Bis in den neunziger Jahre hinein verliefen die Beziehungen periodisch, wobei das Jahr 1974, die militärische Invasion der Türkei auf Zypern, den Tiefpunkt repräsentiert.

#### 4.8.1. Konfliktthemen zwischen der Türkei und Griechenland

Die Konflikte zwischen beiden Staaten hinterlassen in den Gefühlen der Bevölkerung tiefe Spuren. Daher stehen sich die beiden Länder sehr skeptisch gegenüber. Diese Gefühlsausbrüche werden von den nationalistischen Gruppen für ihre politischen Ziele instrumentalisiert. Es kommt dazu, daß sie (die Bevölkerung) den eigenen Politikern nicht glauben und befürchten, daß sie an „den Feind“ in lebenswichtigen Nationalinteressen Zugeständnisse machen könnten, zu deren Akzeptanz die Bevölkerung nicht bereit wäre. Seitens Griechenlands wird ein automatischer Abwehrmechanismus ausgelöst, wenn von der Türkei die Rede ist. Darüber hinaus wird die Geschichte sehr lebendig gehalten. Im staatlichen Radio beispielsweise wird Istanbul immer noch mit dem Namen Constantinopel aus der byzantinischen Zeit bezeichnet.<sup>172</sup>

Es geht bei den Konflikten zwischen beiden Ländern hauptsächlich um zwei Konflikte: um den Konflikt über Zypern und um den Konflikt im Ägäischen Meer. Der Zypernkrieg beinhaltet verschiedene Streitpunkte, deren Überwindung für beide Seiten sehr schwierig ist. Zum einen handelt es sich besonders für die Türkei aus sicherheitspolitischen Gründen um eine strategische Frage, zum anderen aber auch um eine kulturelle und gesellschaftspolitische Frage, die mit Innenpolitik sehr eng verknüpft ist. Damit verbunden ist auch das Problem, daß der Konflikt auf beiden Seiten emotional sehr beladen ist.

Bei dem Konflikt in der Ägäis gibt es verschiedene Konfliktpunkte:

- Festlandssockel im Ägäischen Meer
- Hoheitsgewässer im Ägäischen Meer
- Luftraumkontrolle (Überwachung) des Ägäischen Meers
- Bewaffnung der Inseln im Ägäischen Meer
- Kommandozentrale der NATO im Ägäischen Meer

Darüber hinaus wird das Problem der türkischen Minderheiten in Thrazien zum Gegenstand der Konflikte zwischen den Staaten.

Die Konfliktpunkte in der Ägäis gehen vom Festlandssockel der ostägäischen Inselkette Griechenlands über die Militärisierung der Inseln (Dodekanes-Inseln, Rhodos, Kos - Lesbos, Samos, Icaria) bis zu den Kontrollrechten im Luftraum und zur Ausbeutung der

---

<sup>172</sup> Wall Street Journal, 15.6.1988,

Bodenressourcen in der Ägäis. Die Konflikte in der Ägäis brachten beide Staaten in den Jahren 1976 und 1987 an den Rand eines Krieges.

Aus dem derzeitigen Zustand der territorialen Gewässer im Abstand von sechs Meilen zur Küste und um die Inseln in der Ägäis ergibt sich eine Verteilung der Ägäis von 43,68 Prozent für Griechenland und 7,47 Prozent für die Türkei. Dagegen verblieben 48,85 Prozent des Meeres international offene See. Falls Griechenland die Küstenzonen von sechs auf 12 Meilen in der Ägäis erweitern sollte, würden dabei auf Griechenland 75,5 (63,9) Prozent entfallen. Der Türkei verblieben 8,5 (10) Prozent und nur 19,7 (26,1) würde offene See sein. Die türkischen Schiffe durften nur unter griechischer Aufsicht und mit Genehmigung zum Mittelmeer gelangen. Dies bedeutete, aus der Sicht der Türkei, daß das Ägäische Meer ganz unter griechischen Herrschaft fällt.<sup>173</sup> Daher haben alle türkischen Regierungen, auch Özal, wiederholt erklärt, daß das Inkrafttreten der 12 Meilen Küstenzone Griechenlands ein casus belli ist.

Die griechische Seite behauptete hinsichtlich des Festlandssockels und der Luftraumfrage, daß die Türkei zuerst die Frage der Inseln innerhalb der türkischen Küstenzone klären möchte, was ihr erster Schritt zur Erweiterung des türkischen Territoriums auf den griechischen Inseln sei.<sup>174</sup>

Griechenland hat im Ägäischen Meer in den Jahren 1960-73 den Festlandssockel für sich beansprucht und eine Genehmigung zur Ölsuche in der Ägäis erteilt. Die Türkei hat ebenfalls reagiert und am 29. Mai 1974 ein Schiff mit dem Namen Candarli unter dem Begleitschutz von 32 türkischen Kriegsschiffen in dieses Gebiet geschickt. Nach zwei Jahre begann im August 1976 das türkische Forschungsschiff „Hora“, das später in „Sismik I“ umbenannt wurde, Unterwasserforschungen in umstrittenen Gewässern. Griechenland nahm dies zum Anlaß, sich an den Sicherheitsrat und den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu wenden. Der UN-Sicherheitsrat hat die Parteien darum gebeten, durch Verhandlungen Lösungswege zu finden, der Internationale Gerichtshof erklärte sich 1979 für nicht zuständig und verwies ebenfalls auf den bilateralen Verhandlungsweg.<sup>175</sup> Nach türkischer Auffassung kommen Griechenland gemäß des Lausannertrags von 1923 nur 3 Seemeilen Festlandssockel zu. Im Jahr 1936 habe Griechenland einseitig ihr Hoheitsgewässer von 3 auf 6 Seemeilen ausgedehnt.<sup>176</sup>

Über die Festlandssockel vertreten die Staaten unterschiedliche Auffassungen, die folgendermaßen aussehen:

„Athen, das die Genfer Konvention von 1958 ratifiziert hat, steht auf dem Standpunkt, daß auch Inseln einen Festlandssockel haben, in Übereinstimmung mit der Genfer Konvention definiert es den Festlandssockel als Meeresgrund und Meeresuntergrund, der an die Küste grenzenden Unterwasserzonen außerhalb des Küstenmeeres bis zu einer Tiefe von 200 Metern und darüber hinaus, soweit die Tiefe des darüber

<sup>173</sup> Die Zahlen in Klammern entstammen: Rolf Hallerbach, „Schwierigkeiten in der Ägäis“. In: Europäische Sicherheit, 9/94, S. 442; Haluk Bayülken. In: Seminar: „Die Türkei und Griechenland: Die Probleme über die Außen- und Sicherheitspolitik“. Veranstalter: Gesellschaft für Auslandkunde e.V. und Südosteuropa- Gesellschaft, am 15.11.1985 in München. Aus: Basın- Yayın ve Enformasyon Genel Müdürlüğü (BYE), Ankara, 1986, S. 36,

<sup>174</sup> B. Theodoropoulos. In: Seminar: „Die Türkei und Griechenland...“. BYE 1986, S. 18

<sup>175</sup> Rolf Hallerbach, „Schwierigkeiten in der Ägäis“. In: Europäische Sicherheit, 9/94, S. 441-442 und H. Bayülken. In: Seminar: „Die Türkei und Griechenland...“. BYE, 1986,

<sup>176</sup> Ebd., S. 36

befindlichen Wassers die Ausbeutung der Naturschätze dieser Zonen gestattet. Ankara, das weder die Genfer Konvention von 1958 noch den Seerechtsvertrag von 1982 unterzeichnet hat, bestreitet, daß Inseln einen Festlandssockel haben. Folglich ist es auch nicht bereit, eine in Artikel sechs der Genfer Konvention vorgesehene Mittellinie zu akzeptieren, mittels derer der Festlandssockel von gegenüberliegenden Staaten einvernehmlich abgegrenzt werden kann, soweit die kleinasiatische Küstenlinie über die griechischen Inseln im Ägäischen Meer - zum Beispiel Lemnos - hinausreicht, weil diese die natürliche Verlängerung des türkischen Festlandes bildet.“<sup>177</sup>

In den Internationalen Abkommen (1913 London, 1914 Athen, 1923 Lausanne, 1947 Paris) sollten die griechischen Inseln in der Ägäis, die nahe des türkischen Festlands liegen, entmilitarisiert werden. Nach der Auffassung der Türkei hat Griechenland entgegen aller Abkommen, die seit dem Balkankrieg unterzeichnet wurden, auf den Inseln der Ägäis Militärbasen eingerichtet. Diese Inseln wurden aber an Griechenland unter der Voraussetzung abgetreten, daß auf diesen Inseln kein Militär stationiert werden sollte.

Die Türkei sah die Militärisierung der Inseln Lemnos und Samothraki für die Sicherheit der Türkei als größte Gefahr an und argumentierte dagegen, daß in der Meerengenkonvention von Montreux 1936 die Militärisierung der Inseln nicht erwähnt wird. Sie hält dagegen: „Alle Verträge, die den Status der ostägäischen Inseln regeln, verbinden die griechische Souveränität auf Dauer mit der Demilitarisierung.“<sup>178</sup> Die Griechen konterten mit dem Argument, daß die Bestimmungen über die Entmilitarisierung der Inseln von dem Lausanner Vertrag durch das Abkommen von Montreux aufgehoben sei.<sup>179</sup>

Die gespannten Beziehungen zwischen den zwei Nachbarstaaten wirkten sich natürlich negativ auf die Zusammenarbeit in der Südostflanke der NATO aus. Der Austritt Griechenlands aus der NATO hat eine zusätzliche Schwächung der Süd-Flanke der NATO mit sich gebracht. Die Rückkehr Griechenlands erhielt durch einen Plan des damaligen NATO-Oberbefehlshabers Roger die Zustimmung der Türkei. Rogers Plan sah vor:

- Aufhebung der alten Ordnung über Befehls- und Kontrollgebiete
- Festlegung neuer Befehls- und Kontrollgebiete (im Ägäischen Meer) zwischen der Türkei und Griechenland in Zusammenarbeit mit der NATO
- Akzeptanz Griechenlands, daß im Rahmen der NATO-Manöver die Hoheitsgebiete der Insel (6 Meilen) bestehen bleibt.<sup>180</sup>

Die Türkei versuchte, im Rahmen der NATO die Militarisierung der Insel zu verhindern. Die Türkei widersetzte sich der Einbeziehung der Inseln in NATO-Manöver im Ägäischen Meer. Die Haltung der Türkei rief natürlich in Griechenland Empörung hervor. So kam es im Jahr 1982 zu einer bündnisinternen Krise: Als die NATO auf das Drängen der Türkei die Insel Lemnos aus dem Manöver ausklammerte, sagte Papandreu aus Protest die NATO-Übung (Apex-Express 82) ab. Auch in den folgenden Jahren 1983 und 84 mußten die Herbstmanöver in der Ägäis auf Grund des Streits über den Status der Inseln ohne Beteiligung Griechenlands durchgeführt werden.<sup>181</sup>

<sup>177</sup> R. Hallerbach, a.a.O., 9/94, S. 442

<sup>178</sup> Ronald Meinardus, „Der Konflikt über den Status der Ostägäischen Inseln“. In: EA., Folge, 2/85, S. 47

<sup>179</sup> Ebd., S. 24

<sup>180</sup> Milliyet, 11.2.1983

<sup>181</sup> Vgl. R. Meinardus, a.a.O., 1985

#### 4.8.2. Die neue Verteidigungsdoktrin Griechenlands

Als die sozialistische Partei PASOK unter Papandreu nach den Wahlen 1981 die Regierung übernahm, spitzte sich die bis dahin ohnehin schon gespannte Lage zu. Andreas Papandreu lehnte es kategorisch ab, mit der Türkei über die Konflikte zu sprechen, wenn die Türkei bestimmte Voraussetzungen wie den Rückzug der türkischen Armee aus Zypern nicht erfüllen würde und verurteilte jegliche Beziehungen mit der Türkei als Landesverrat.

Die griechische Regierung erklärte darüber hinaus, daß die Bedrohung für Griechenland nicht aus dem Norden, sondern aus dem Osten, also der Türkei, komme. Der griechische Regierungssprecher Marudas erklärte, daß die Regierung (das Verteidigungsministerium) einen neuen Verteidigungsplan erarbeite, wonach Griechenland nicht primär vom Warschauer Pakt, sondern hauptsächlich von der Türkei militärisch bedroht werde.<sup>182</sup> Nach dieser neuen griechischen Verteidigungsdoktrin sollten die Einheiten, die entlang der bulgarischen und jugoslawischen Grenzen stationiert waren, in Thrazien gegen die Türkei Stellung nehmen.<sup>183</sup> In der am 8.1.1985 nach der Versammlung des Rates für Verteidigung und Außenpolitik veröffentlichten neuen griechischen Sicherheitsstrategie wurde entgegen der Erwartungen der Türkei eine „von Osten kommende sichtbare Bedrohung“ nicht erwähnt. Die griechische Zeitung *To Vima* beschrieb das Ziel der neuen Verteidigungsdoktrin wie folgt:

„Die neue Verteidigungsdoktrin bestimmt nicht nur das Zurückschlagen eines möglichen Angriffs in nationale Grenzen im besonderen Inselgebiet der Ägäis, sondern es wird auch thematisiert, wie dieses Zurückschlagen durchgeführt werden soll. Wenn wir davon ausgehen, daß Ankara - um die Ägäis in zwei Teile zu teilen - außer eines Angriffs alle möglichen Wege benutzen würde (weil Ankara daran glaubt, daß die Griechen keinen Krieg führen können), dann muß Griechenland alle ihm zur Verfügung stehende Mittel benutzen, um die Türkei von diesem Vorhaben abzubringen.“<sup>184</sup>

Der Grundsatz der neuen Verteidigungsdoktrin bestand darin, einen türkischen Angriff zu verhindern. Ziel war es, die Verteidigung der Inseln zu verstärken. In der Doktrin wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts mit der Türkei auch in Erwägung gezogen. Um seinem neuen Verteidigungsplan Nachdruck zu verleihen, ließ Papandreu die Gouverneure der Ägäischen Inseln auf der Insel Sisam versammeln, und sagte, „wer den Mut hat, die griechische Ägäis anzugreifen, wird das teuer bezahlen.“<sup>185</sup>

Die türkische Reaktion auf das Vorhaben der griechischen Regierung, einen neuen Verteidigungsplan zu erarbeiten, basierte auf zwei Aspekten: Zum einen widerspreche dieser Plan, der quasi auf einer Bedrohungsbehauptung beruhe, den NATO-Grundsätzen und beeinträchtige damit den Verteidigungsplan der NATO. Zum anderen würde die Türkei in die Lage versetzt werden, obligatorische Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, die durch die Initiative Griechenlands entstanden waren. Griechenland vertrat dagegen die Ansicht, daß es das griechische Ziel sei, durch diese neue Verteidigungsdoktrin den Frieden in der Region zu sichern.<sup>186</sup>

<sup>182</sup> Washington Post, 18.12.1988, Reuter, 17.12.1988

<sup>183</sup> Die Welt, 7.1.1985

<sup>184</sup> Griechische Zeitung TO VIMA, 23.12.1984

<sup>185</sup> TO VIMA, 23.12.1984

<sup>186</sup> Londra Radyosu, 19.12.1984, 20.15-21.00 Türkische Sendung, AFP, 19.12.1984

Gegenüber der neuen Verteidigungsdoktrin Griechenland äußerte türkische Ministerpräsident Özal vor griechischen Journalisten, daß Papandreu die Militärisierung der Ägäischen Inseln zu legitimieren versuche und damit die Vereinbarungen unterlaufe, die das Fundament der Beziehungen zwischen beiden Staaten darstellen. Özal warf Athen vor, terroristischen Aktivitäten gegen die Türkei Unterschlupf zu gewähren.<sup>187</sup>

#### 4.8.3. Die Konfliktstrategien

Zur Überwindung der Konflikte, die zwischen der Türkei und Griechenland seit Jahrzehnten bestanden, wählten die Länder in ihrem strategischen Konzept jeweils unterschiedlichen Lösungswege.

Es ging dabei zuerst um die Vorstellung von der Art der Verhandlungen. Während die Türkei es vorzog, die Probleme mit Griechenland auf bilateraler Ebene zu verhandeln, waren die Griechen stets bemüht, die internationalen Organisationen (UNO, Gerichtshof.) in die Verhandlungen einzubeziehen. Ein diesbezügliches Verlangen der Türkei äußerte Özal bei einem ihm (von Papandreu) zu Ehren gegebenen Essen während seines offiziellen Staatsbesuchs in Griechenland am 15.06.1988.

Die Gründe der Türkei sind folgende: Zum einen hatte die Türkei schlechte Erfahrungen bei der Lösung von Konflikten auf internationale Ebene gemacht, zum Beispiel als der Völkerbund in der Mousul- und Kirikukfrage zu ihrem Nachteil entschied. Ein anderer Grund könnte darin liegen, daß die Türkei ihre militärische Überlegenheit dazu benutzen konnte, die Griechen in der Streitfragen zu Konzessionen zu zwingen. Griechenland bemühte sich dagegen aus umgekehrten Gründen darum, die Konflikte auf multilateraler Ebene zu übertragen, um ihre militärische Unterlegenheit gegenüber der Türkei auszugleichen.

Beide Länder vertraten bei der Strukturierung der Streitfragen wiederum unterschiedlichen Positionen. Während die Türkei sich dafür einsetzte, die Konfliktpunkte mit Griechenland separat, d.h. jeden Konflikt einzeln zu behandeln, wollte Griechenland über die Streitfragen als über einen zusammenhängenden Komplex verhandeln. Zum Beispiel wollte die Türkei die Zypernfrage getrennt von den Konflikte in der Ägäis verhandeln, während Griechenland bei jedem Lösungsvorschlag darauf bestand, die Zypernfrage mit in die Verhandlungen einzubeziehen.<sup>188</sup> Aus der Sicht Griechenlands bestehen folgende Konfliktpunkte:

1. Man kann den Zypernkonflikt nicht von den türkisch-griechischen Beziehungen getrennt betrachten.
2. In den türkisch-griechischen Beziehungen fehlt ein gegenseitiges Vertrauen.
3. Unabhängig davon, welche „gute Absichten die Türken haben mögen“, besteht im Ägäischen Meer die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung.<sup>189</sup>

Daß die Bedrohung für Griechenland nicht aus dem Norden, sondern aus dem Osten kommt, wird damit begründet, daß im Ägäischen Meer der bereits bestehende Status Quo

<sup>187</sup> Presseerklärung vom Özal vor griechischen Journalisten, 23.6.1986

<sup>188</sup> Paris Varvaroussis, „Neue machtpolitische Konstellation zwischen Griechenland und der Türkei“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 9/93, S. 541

<sup>189</sup> B. Theodoropoulos, a.a.O., 1986, S. 20

seitens der Türkei in Frage gestellt worden sei. Diese Bedrohung stelle eine unmittelbare und wirkliche Gefährdung dar. So befürchtete das griechische Volk, daß Ministerpräsident Papandreu die griechischen<sup>190</sup> Interessen opfern würde, da er bei den Wahlen nach einem Jahr als Friedensapostel auftreten wollte.<sup>191</sup>

#### 4.8.4. Der Weg nach Athen führte über Davos

Für die türkische Regierung unter Özal war es vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen wichtig, zu allen Nachbarn gute Beziehungen zu entwickeln. Griechenland war davon nicht ausgeschlossen. Trotz der Haltung des griechischen Ministerpräsidenten Papandreu, jegliche Beziehungen zur Türkei abzulehnen, hat die türkische Regierung im Jahr 1984 die Visumpflicht für griechische Bürger aufgehoben. Özal erklärte sich bereit, gute Beziehungen zu Griechenland aufzunehmen, wie Atatürk und Venizelos es damals vorgemacht hatten. Er glaubte, daß die Konflikte zwischen den Ländern schwierige, aber trotzdem lösbare Probleme seien.<sup>192</sup>

Daher bot Özal am 3. April 1985 ein Abkommen zwecks Bekundung von Freundschaft, guter Nachbarschaft, Versöhnung und Zusammenarbeit an, das von Papandreu sofort abgelehnt wurde. Das Abkommen sollte die Nichtverletzung der bereits bestehenden Grenzen garantieren.<sup>193</sup> In einer Presseerklärung vor griechischen Journalisten sagte Özal, daß es zwischen beiden Völkern keine ernst zu nehmende Feindschaft gebe. Zwischen zwei Nachbarstaaten könnten Konflikte entstehen, aber die Politiker würden diese Konflikte in einen unlösbaren Zustand bringen.<sup>194</sup>

Özal betrachtete die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Länder als wichtiger als die Erleichterung der Aufnahmemöglichkeiten der Türkei in die EG. Die Verbesserung der Beziehungen zu Griechenland hatte Vorrang, weil die griechisch-türkischen Konflikte mit lebenswichtigen Rechten und Interessen zusammenhänge und es Konflikte gebe, die auf anderen Ebenen nicht gelöst werden könnten, weil diese Konflikte über den EG-Rahmen hinausgingen. Für Özal war die Aufnahme in die EG nicht so wichtig, daß er meinte, koste es, was es wolle, Mitglied der EG werden zu müssen.<sup>195</sup>

Dagegen hätte Özal es eher vorgezogen, so behauptet Frank Scholmer von De Morgen, Mitglied der EG zu werden als „Denktaschs Republik“ aufrecht zu halten, was ohnehin für die Türkei sehr teuer ist.<sup>196</sup>

Der türkische Ministerpräsident Özal schlug für Zypern einen aus zwei Teilen bestehenden föderalen Staat vor. Die Türkei und Griechenland könnten die Volksgruppen dazu ermuntern, Lösungswege zu suchen und im Rahmen der UN ihren Beitrag zum Frieden zu leisten. Zum Ägäischen Konflikt sagte Özal, daß dabei eine Lösung herbeigeführt werden müßte, die im Interesse beider Staaten sein sollte, damit dadurch keine neuen Probleme

---

<sup>190</sup> Ebd., S.16

<sup>191</sup> De Morgen, 14.6.1988

<sup>192</sup> Özal: Presseerklärung, 7.1.1984

<sup>193</sup> Özal: Presseerklärung, 23.6.1986

<sup>194</sup> Ebd.,

<sup>195</sup> Die Rede des Ministerpräsidenten Özal beim Essen, das vom griechischen Ministerpräsident Papandreu zu

Ehren von Özal gegeben hat. 13. 6.1988. In: Başbakan Özal'ın Dış Gezilerindeki Konuşmaları“ 13.12.1987 - 12.12.1988, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1988, S. 30

<sup>196</sup> De Morgen, 14.6.1988,

entstehen.<sup>197</sup> Özal unterstützte auf der Insel Zypern den Plan, wonach ein auf Gleichwertigkeit der beiden Volksgruppen beruhender, zweiteiliger föderaler Staat gegründet werden sollte. Özal hielt an der traditionellen Außenpolitik der Türkei hinsichtlich des Schutzes der türkischen Zyprioten auf der Insel fest und sagte, daß er die türkischen Zyprioten nicht der Ungnade der griechischen Zyprioten überlassen würde.<sup>198</sup>

Als Griechenland und die Türkei im März 1987 wieder wegen der Festlandssockel und Kontrolle über den Luftraum über das ägäische Meer am Rande einer bewaffneten Auseinandersetzung standen, leitete Özal die Entspannung ein, indem er erklärte, daß die Türkei auf Bohrungen außerhalb der 6-Meilen-Zone verzichten würde, so lange Griechenland das gleiche tun würde. Diese Erklärung ebnete den Weg zum „Geist von Davos“, wo ein Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten Papandreu und Özal am 31. Januar 1988 stattfand. Aus griechischer Seite lag der Grund für die Abkehr von seinen alten politischen Ansichten u.a. darin, daß er von seinen Generälen erfahren mußte, daß Griechenland die Inseln in der Ägäis höchstens drei Tage verteidigen könnte.<sup>199</sup>

Dabei kamen die Türkei und Griechenland überein, die Gewaltanwendung als Mittel zur Lösung der Konflikte zwischen beiden Staaten auszuschließen. Den Verzicht auf Gewaltanwendung als Mittel politischer Machtrivalität kann man als einen positiven Schritt zur Überwindung von Konflikten, als deutliches Zeichen für die Zivilisierung des Konflikts zwischen beiden Staaten betrachten. In Davos vereinbarten die Staatsmänner, den Krieg als Mittel der Konfliktlösung zwischen beiden Staaten auszuschließen, mit kleinen, vertrauenerweckenden Schritten anzufangen und erst nach Verstärkung des Friedensprozesses über Probleme auf Zypern und im Ägäischen Meer zu verhandeln.<sup>200</sup> Ferner haben sie beschlossen, sich jedes Jahr zu treffen, eine Standleitung zwischen Athen und Ankara zu legen und ein gemeinsames Komitee zur Behandlung der Konflikte zu gründen. Für den griechischen Ministerpräsidenten bedeutete „Nichtkrieg“ noch lange keinen Frieden mit der Türkei, während der türkische Ministerpräsident wußte, daß der Weg in die EU-Vollmitgliedschaft u.a. via Athen führt.

Befanden sich beide Staaten im März 1987 beinahe am Rande eines Krieges, so haben die Ministerpräsidenten beider Staaten nach einem überraschenden Treffen in Davos beschlossen, Handlungen zu vermeiden, die zu einem Krieg führen könnten. Mit diesem neuen Nichtkriegserklärungskurs haben Özal und Papandreu auch die Politiker in ihren jeweiligen Ländern überrascht. Noch vor etwa einem Jahr hatte Papandreu jedweden Dialog mit Nachbarn im dem östlichen Nachbarn auf das Schärfste kritisiert und als Landesverrat bezeichnet.

Das Gipfeltreffen in Davos war möglich geworden, nachdem die Zypernfrage ausgeklammert worden war. Athen betrachtete die Lösung der Zypernfrage als Schlüssel zur Lösung der Konflikte zwischen beiden Staaten. Beide Staatsmänner hatten aus innenpolitischen Gründen einen sehr eingeschränkten Bewegungsraum, was gegenseitige Konzessionen in der Zypernfrage und im ägäischen Konflikt angeht.<sup>201</sup> Nach dem Gipfeltreffen in Davos waren die Weichen für den Dialog beider Staaten gestellt worden.

---

<sup>197</sup> Reuter, 15.6.1988

<sup>198</sup> Özal: Presseerklärung, 14. 12.1985

<sup>199</sup> L. Dukakis, BBC, The World Today, 15.06.1988

<sup>200</sup> Reuter, 8.6.1988

<sup>201</sup> Die Zeit, 10.6.1988

Nun stand die offizielle Reise des türkischen Ministerpräsidenten nach Athen auf der Tagesordnung. Besonders die griechische Seite stand dem Besuch Özals in Athen kritisch gegenüber. Die griechische Öffentlichkeit war in Sorge, daß der Geist von Davos in Entwicklungen ausarten würde, die als „Schwächen“ bezeichnet werden könnten. Auf das Treffen in Davos mußte man sich lange diplomatisch vorbereiten. Papandreu habe alle großen Konflikte bei Seite geschoben und mit der Türkei den Dialog aufgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, den Dialog nach den Vorstellungen der Türkei begonnen zu haben, die von Özal bestimmt worden seien. Was die griechische Seite vom Besuch Özals hielt, belegt eine Kommentar der griechischen Zeitung 24 ORES:

„Der türkische Ministerpräsident ist nicht nach Athen gekommen, um die griechischen Thesen zu akzeptieren. Auch die griechische Seite ist nicht bereit, den türkischen Anforderungen mit Genugtuung entgegen zu kommen. Die beiden Ministerpräsidenten haben nur ihre Meinungen über Konflikte geäußert. Der Geist von Davos trägt im Kern immer einen konfliktbeladenen Charakter.“<sup>202</sup>

Es sei die Zeit gekommen, in der Papandreu der Türkei in ihre Schranken zurückweist.<sup>203</sup> Die Griechen erwarteten Konzessionen in der Zypernfrage (Rückzug der türkischen Truppen), Papandreu sprach im griechischen Parlament davon, daß der Zypernkonflikt das Hauptproblem der Gespräche darstellen würde. Er unterstrich auch, daß die Zypernfrage das emotionsgeladene Problem sei, das die Nachbarn in Ostmittelmeer haben.<sup>204</sup>

Özal war der erste Staatsmann, der seit 1952 Athen besuchte. Am 9. September 1967 fand ein Gipfeltreffen zwischen dem türkischen Ministerpräsident S. Demirel und dem Ministerpräsidenten der Obristenregierung Athens, die am 21. April 1967 in Griechenland die Macht übernommen hatte, in Keşan/Edirne statt. Diese Gipfeltreffen blieb ohne Ergebnis, da der griechische Ministerpräsident die Einverleibung der Insel Zypern an Griechenland vorgeschlagen hatte.<sup>205</sup>

Der Besuch Özals in Athen wurde verglichen mit den Besuchen R. Nixons in China und E. Sadats in Israel. Die Zusammenarbeit bzw. wenigstens die Entspannung zwischen beiden Staaten würde die Südflanke der NATO und damit die Sicherheit Westeuropas verstärken. Die Verschlechterung der Beziehungen bedeutete gleichzeitig die Schwächung des Bündnisses, denn Griechenland lehnte es z.B. ab, an NATO-Manövern teilzunehmen, solange die Konflikte in der Ägäis nicht gelöst waren.

Der Besuch Özals in Athen war viel komplizierter und mit Schwierigkeiten beladen. Entgegen der Zurückhaltung beider Ministerpräsidenten hatten beide Seiten hohe Erwartungen bezüglich etwaiger Konzessionen, und zwar naturgemäß jeweils unterschiedlicher Art. Özals Ziel war klar und erkennbar. Er wollte auf dem Wege zur EG-Mitgliedschaft die Unterstützung Griechenlands gewinnen oder wenigstens erreichen, daß es nicht im Wege steht. Obwohl für die EG-Mitgliedschaft der Türkei Griechenland nicht das einzige Hindernis darstellte. Nach Meinung des griechischen Wissenschaftlers Dukakis z.B. hätte die Türkei bei der Mitgliedschaft in der EG auch dann Probleme, wenn Griechenland nicht Mitglied der EG sein würde. Griechenland stelle für manche Mitgliedsländer einen Schutzschild dar, hinter dem sie sich verstecken können. Die türkisch-europäischen Beziehungen würden sich in einer schwierigen Phase befinden.

---

<sup>202</sup> 24 ORES, 15.06.1988

<sup>203</sup> Wall Street Journal, 15.6.1988

<sup>204</sup> Reuter, 8.6.1988

<sup>205</sup> Milliyet, 4. März 1983

Dukakis hoffte, daß die Türkei in Zukunft Mitglied der EU sein würde. Wenn nicht, sollte sie wenigstens starke politische und wirtschaftliche Beziehungen aufbauen. Denn vor einer Türkei, die ein politischer und wirtschaftlicher Bestandteil Europas ist, würde sich Griechenland sicher fühlen. Eine islamisch- fundamentalistische Türkei wäre dagegen das Letzte, was die Griechen sehen wollten.<sup>206</sup> Die Erwartungen der Türkei hinsichtlich der EG- Mitgliedschaft waren die einzige Stärke Griechenlands gegenüber der militärisch überlegenen Türkei. Nur so konnte Griechenland die Türkei zu Zugeständnissen als Gegenleistung für eine mögliche Unterstützung der EG-Mitgliedschaft zwingen.<sup>207</sup>

Die innenpolitischen Schwierigkeiten der beiden Ministerpräsidenten stellten ein weiteres Hindernis bei der Behandlung der Konflikte dar. Die bevorstehenden Parlamentswahlen in Griechenland schränkten die Handlungsmöglichkeiten der Regierung von Papandreu ein. Auf der anderen Seite wurde in den griechischen Medien darauf hingewiesen, daß Özal mit der eigenen Armee Probleme habe und daher keine handfeste Einigung in der Zypernfrage und im Ägäischen Meer zu erwarten sei.<sup>208</sup> Der Besuch Özals wurde von einem griechischen Diplomaten als eine Glasnostphase bezeichnet, die allerdings – anders als gedacht – nur wenig tatsächliche Wirkung erzielte.<sup>209</sup> Der Besuch Özals wurde von Brandanschläge gegen Minderheiten im Norden überschattet.<sup>210</sup>

Unter diesen Vorbehalten und psychologischem Druck und unter strengen Sicherheitsmaßnahmen trat Özal am 13.6. 1988 seine Athenreise an.<sup>211</sup> Nach seiner Ankunft sagte Özal in seiner ersten Presseerklärung auf griechisch „Ich möchte mit Griechenland Freundschaft. Ich wünsche dem griechischen Volk alles Gute“.<sup>212</sup>

In seiner ersten Erklärung in Athen wies er darauf hin, daß die Wurzel der Konflikte zwischen den beiden Staaten bis tief in die Geschichte zurückgehe. Die vielen Jahre, die ohne Lösung der Konflikte vergingen, haben dazu beigetragen, daß manche Probleme sich verhärtet, manche sich verschärft haben. Er fügte hinzu, daß die Schritte in Davos die Grundlage eines langen Prozesses zwischen Nachbarn im Ostmittelmeer sei, um in der Zukunft eine echte Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu verwirklichen.<sup>213</sup>

Bei den wichtigen Themen wie der Zypernfrage und den Konflikte in der Ägäis wurden keine Fortschritte erzielt. Özal stellte nicht in Aussicht, daß die türkische Armee die Insel Zypern verlassen würde, er versprach jedoch, daß die türkische Armee nicht auf Ewigkeit auf der Insel bleiben würde.<sup>214</sup> Nach dem Gipfeltreffen sagte Özal, daß feste Ergebnisse zu erwarten nach seiner Ansicht bedeute, daß man bei dem griechischen und türkischen Volk falsche Hoffnungen erwecken würde. Der Zweck seiner Reise sei, die Beziehungen zwischen den Ländern zu entwickeln.“<sup>215</sup> Der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Özal in Athen hat zwar die Konflikte zwischen beiden Staaten nicht gelöst, aber wenn man

---

<sup>206</sup> BBC 15.6.1988, The World Today

<sup>207</sup> Griechische Zeitung Apoyevmatini, 13.6.1988

<sup>208</sup> 24 ORES, 7.6.1988

<sup>209</sup> The Independent, 13.6.1988

<sup>210</sup> FAZ, 10.6.1988

<sup>211</sup> 24 ORES, 7.6.1988

<sup>212</sup> Reuter, 13.6.1988

<sup>213</sup> Reuter, 13.6.1988

<sup>214</sup> Reuter. 15.6.1988

<sup>215</sup> AP, 15.6.1988

bedenkt, daß die beiden Staaten noch 1987 am Rande eines Krieges standen, war der Besuch Özals in Athen ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Özal selbst hatte sich noch vor einem Jahr nicht vorstellen können, in Athen eine Presseerklärung abzugeben.<sup>216</sup>

Es war nicht zu erwarten, daß die Konflikte, die zwischen beiden Staaten bestehen, wie ein Gordischer Knoten mit einem Schwertschlag gelöst werden können. Doch es war wenigstens zwischen den zwei NATO-Staaten gegenseitiges Vertrauen geschaffen worden. Özal sagte dazu: „Um die Konflikte in der Ägäis und Zypern zu lösen, müssen die beiden Länder ihre jeweiligen Vorurteile aufgeben. Wir müssen diese strengen Verhaltensweisen und versteinerten Herzen schmelzen lassen. Nur so können unsere Länder u. Völker einander näherkommen.“<sup>217</sup> Daher haben beide Ministerpräsidenten überzogene Erwartungen vermieden, um der Gefahr vorzubeugen, die Überwindung der Konflikte noch schwieriger zu machen und Beziehungen zwischen den Ländern zu verschlechtern. Die beiden Ministerpräsidenten waren in erster Linie darauf bedacht, gegenseitiges Vertrauen zu gewinnen. Es war kein Zufall, daß der Begriff „Vertrauen“ bei dem Treffen der Ministerpräsidenten beider Länder sehr oft erwähnt wurde. Die Gespräche fanden in einer Atmosphäre statt, in der die beiden Staaten das Prinzip der gegenseitigen Achtung und des Respekts gegenüber den Interessen der jeweiligen Länder zeigten. Özal war auch optimistisch im Hinblick auf die Entwicklung der Beziehung, die in Davos aufgenommen worden war, und vertrat die Ansicht, daß sich die Türkei und Griechenland auf dem richtigen Weg befinden. In den drei Seiten der Abschlusserklärung wurde vereinbart, daß die Parteien Verhandlungen für die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft, Technologie, Investition, und Devisenhandel aufnehmen und vorhaben, gegenseitig ihre Zollsteuern aufzuheben. Ferner beschlossen sie die Gründung eines türkisch-griechischen Komitees, das eine Zusammenarbeit im Tourismusbereich ermöglicht.<sup>218</sup>

Der griechisch-türkische Konflikt gewann nach dem Ende des Ost-Westgegensatzes eine Komplexität, die weit über einen bipolaren Konflikt hinausreichte. Der griechisch-türkische Konflikt erhielt nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Dimension im regionalen Bereich - nämlich auf dem Balkan, wo neue machtpolitischen Ambitionen ins Spiel kamen. Diese neuen Interessengegensätze auf dem Balkan belasteten die Beziehungen beider Staaten zusätzlich. Während des Kalten Krieges bestanden die Konflikte zwischen beiden Staaten auf bilateraler Ebene, soweit dies nicht die Sicherheit der Südflanke der NATO beeinträchtigte. Das Ende des Ost-West-Gegensatzes ließ auf beiden Seiten eine Reflexion über die Geschichte aufleben, was dazu führte, daß die bis dahin bilateral ausgetragenen Konflikte auf die regionale Ebene verschoben wurden. Der Zerfall Jugoslawiens und der Krieg in Bosnien veranlaßte beide Seiten dazu, gemäß ihren Interessen auf dem Balkan diplomatisch und auch gegebenenfalls militärisch zu intervenieren. Die Rivalität der beiden Staaten wurde nun auf dem Balkan ausgetragen.

Obwohl Griechenland Verständnis dafür zeigen konnte, daß die Bemühungen der Türkei um die Unterstützung der moslemischen (türkischen) Bevölkerung auf dem Balkan vor allem aber in Bosnien eine „logische Reaktion eines Staates ist, der eine ethnische und religiöse Bindung an diesen Teil der Bevölkerung hat“,<sup>219</sup> dürfte außer der Anerkennung

---

<sup>216</sup> AFP, 15.6.1988

<sup>217</sup> AP, 15.6.1988

<sup>218</sup> Radio Londra (türkisch), 15.6.1988

<sup>219</sup> P. Varvaroussis, a.a.O., 9/1993, S. 538

der moralischen Verpflichtung nichts dazu führen, die Interessen der anderen, d. h. der Griechen, einseitig zu interpretieren.

Griechenland befürchtet durch einen „muslimischen Bogen“, der sich von der Türkei bis zur Adria erstreckt, vom Norden her eingekesselt zu werden. Dies würde zu einer ernst zu nehmenden Bedrohung der griechischen Interessen und sogar zu einer Abgrenzung Griechenlands von den übrigen EU-Staaten Europas führen.<sup>220</sup> Für die Türkei stellte dagegen ihre Einkreisung im Süden durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Syrien eine Bedrohung dar.

Das Fortbestehen der Konflikte zwischen den Staaten konnte in gefährliche Aktionen ausarten, wenn sie nicht auf friedlichem Wege gelöst werden konnten. In einer Welt, in der Kontrahenten und Feinde in manchen Punkten notgedrungen zusammenarbeiten, war es für die beiden Staaten, die zugleich Bündnispartner waren, notwendig geworden, zur Lösung ihrer Konflikte zusammenzukommen. Die Nichtlösung der Konflikte barg sich die Gefahr in sich, von externen Mächten für deren Interessen instrumentalisiert zu werden. Trotz der Komplexität und Vielfältigkeit der Konflikte zwischen beiden Staaten zeichneten sich Verbesserungen in den Beziehungen ab. In der unter der Initiative Ankaras entstandenen Schwarzmeerwirtschaftsregion hat die Türkei der Einbeziehung Griechenlands als nachbarschaftliche Geste zugestimmt. Im Jahr 1992 übte der ehemalige Ministerpräsident Papandreu rückblickend Selbstkritik an dem Treffen von Davos und bezeichnete es als „einen großen Fehler“<sup>221</sup>. Trotz der Selbstkritik Papandreus wurde der von Özal und Papandreu aufgenommene Dialog von den Ministerpräsidenten der beiden Länder, Mitsotakis und Demirel, weitergeführt. So trafen sich beide Ministerpräsidenten im Jahr 1992 in Davos. Beide verblieben auf der von Özal und Papandreu vereinbarten Linie und versuchten zuerst, die Dauerspannungen abzubauen. Dort schlossen sie ein Abkommen über Freundschaft, gutnachbarschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit.<sup>222</sup> Dies war eigentlich das Abkommen, das im Jahr 1985 von Özal vorgeschlagen, aber vom damaligen Ministerpräsident Griechenlands (Papandreu) abgelehnt worden war.

#### **4.9. Wirtschaftliche Möglichkeiten der Türkei in der Region**

In der heutigen Welt bestimmen die Faktoren über den Erfolg eines Staates, die auf die globale, politische und wirtschaftliche Dynamik abgestimmt sind und für die Verwirklichung nationaler Ziele angewendet werden können.<sup>223</sup> Auf der einen Seite sprechen wir ununterbrochen von der Entstehung globaler und gemeinsamer Werten, auf der anderen Seite beobachten wir aber, daß Begriffe wie Ethnien, Nationalbewußtsein, nationale Unabhängigkeit, nationale Integrität oder Souveränität an Bedeutung gewinnen und zum Teil sogar die Ursachen der heutigen Konflikte sind, zumal sie als Schlüsselwörter im Vordergrund stehen.

Aufgrund des schnellen Fortschritts der Kommunikationstechnologie und der Transportmöglichkeiten verwandelte sich die Welt in ein „globales Dorf“<sup>224</sup>. In einer

<sup>220</sup> Ebd., S. 535; Die Zeit 27.11.1992

<sup>221</sup> E. Antonaros, „Athen und Ankara wollen gute Nachbarn werden“, Die Welt vom 03.02.1992

<sup>222</sup> Die Welt, 03.02.1992

<sup>223</sup> DPT., „Globalleşme- Bölgesel Entegrasyon ve Türkiye: Değerlendirme Raporu“ (Globalisierung – regionale Integration und die Türkei: Eine Bewertung). Ankara 1995, S. 2

<sup>224</sup> Şule KUT, „KEIB’in Boyutları“ (Die Dimensionen der SMWR). In: Zeitschrift, Strateji, 95/3, S.93

globalisierten Welt ist die erste Voraussetzung zur Verbesserung der Wohlfahrt eines Staates - selbst, wenn es sich um eine Weltmacht handelt - , die Entwicklung der Handelszusammenarbeit mit anderen Staaten aufrecht zu halten, um für seine Güter neue Märkte zu eröffnen. Besonders nach dem Endes des Kalten Krieges gewann die sich anbahnende Neustrukturierung des internationalen Systems mit ihren regionalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen an Bedeutung.

Die Bewährung der regionalen Organisationen während des Kalten Krieges in Europa und Amerika bewegte die Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dazu, sich für die Bildung neuer Organisationen bzw. sich für die Ausweitung der regionalen Organisationen einzusetzen. Diese Organisationen wurden in erster Linie als Ort angesehen, an dem sich die Staaten sicher und wohl fühlen, aber zugleich auch als Sprungbrett in die Weltpolitik und die Weltwirtschaft. Als Beispiel mögen die Länder der Dritten Welt dienen, die sich während des Kalten Krieges zu internationalen politischen (Bewegung der Blockfreien Staaten) oder wirtschaftlichen (Gruppe 77) Organisationen zusammenschlossen, um gemeinsam ihren Bedürfnisse und Interessen vor den reichen Industriestaaten Raum zu verschaffen. Gegenwärtig sind die von den USA, Japan und Europa angeführten mehrpolaren internationalen Systeme auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Viele regionale Organisationen fußen auf der Tatsache, daß die Mitglieder diese regionalen Organisationen einerseits als Mittel betrachten, um bei Verhandlungen mit großen Staaten bessere Karten zu haben, und andererseits versuchen, sich in eine der (überregionalen) globalen Organisationen zu integrieren. Regionalisierung oder regionale Integration kann wirtschaftliche, politische, militärische und soziale Aspekte beinhalten. Die Bestrebungen in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die Regionalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen vielmehr zur Regel als zur Ausnahme geworden ist.<sup>225</sup>

Die Länder, die beschlossen haben, ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen, können füreinander Hindernisse bezüglich des Exports/Imports von Waren aus dem Weg räumen. Sie können Produkte, deren Herstellung im Inland teuer wäre, billig aus dem Ausland importieren. Somit wird der Export bestimmter Produkte gefördert. Die Steigerung der Exporte führt dann zur Liberalisierung des Innenhandels und danach zur Liberalisierung innerhalb der Region. Langfristig werden durch die Ausweitung und Vertiefung des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen die Konkurrenzfähigkeit der Mitgliedsländer erhöht. Eine Integration der regionalen Beziehungen kann man in vier Schritte unterteilen:

1. *Freie Handelsregionen*: Die Mitgliedstaaten versuchen gegenseitig auf dem Handels- und Dienstleistungssektor wirtschaftliche und nationale Hindernisse aufzuheben, um möglichst reibungslose und unbürokratische Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu entwickeln. Die Produkte der Mitgliedsländer werden bevorzugt. Gegen Drittländer kann jeder Staat seine eigene Wirtschaftspolitik betreiben.
2. *Zollunion*: Sie sieht gegenüber Drittländern einen gemeinsamen Zolltarif und Handelsgesetze vor.
3. *Wirtschaftsgemeinschaft*: Hier kann unter den Mitgliedsländern ein freier Transfer von Produktion, Kapital, Technologie und Arbeitskräften stattfinden.
4. *Zusammenführung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer*: Dies bedeutet eine möglichst gemeinsam bestimmte und geführte Wirtschaftspolitik. Neben der engen Zusammenarbeit in der Wirtschaft wird auch in den anderen Bereichen eine Kooperation

---

<sup>225</sup> Ebd., S. 94

vorgesehen. Dazu gehören beispielsweise Reisefreiheit, gemeinsame Bestimmung der Finanz- und Sozialpolitik und sonstige aufeinander abgestimmte Regelungen.<sup>226</sup>

Unter den entwickelten westlichen Staaten entstand im Laufe der Zeit ein Konsens über ein gemeinsames Leben in partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Die dauerhaften Konflikte mit und um die Türkei herum lassen es jedoch nicht zu, daß sich stabile und gesunde, auf gegenseitige Vertrauen basierende nachbarschaftliche Beziehungen entwickeln. Diese politische Ungewißheit und Konflikte verhindern eine dauerhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten in der Region. Die Türkei hat ihre Politik in den regionalen Organisationen so gestaltet, daß sowohl gegenwärtig als auch künftig ein alternativer flexibler Bewegungsraum für mögliche Entwicklungen existiert. So hat die Türkei z.B. ihre Beziehungen mit der EU so gestaltet, daß sie in Zukunft mit Europa eine Einheit zu bilden hofft, während mit den EFTA-Staaten der Aufbau gegenseitiger Handelsbeziehungen vorgesehen wurde. Innerhalb der ECO wurden die Akzente mehr auf die Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene gesetzt. Im Falle der SMWR wurde dagegen der Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit zur Förderung des privaten Sektors gelegt.<sup>227</sup>

Eine weitere Besonderheit dieser regionale Organisationen, an denen die Türkei beteiligt ist, daß diese regionalen Organisationen den großen Raum zusammenführen, in dem die Türkei nach dem Ende des Kalten Krieges eine Möglichkeit sah, durch größeren Einfluß ihre Vormachtstellung in der Region aufrechtzuerhalten.

„So einzigartig der Ansatz zur Vereinigung der Volkswirtschaften Osteuropas, Südeuropas, des Transkaukasus und der Türkei ist, so deutlich wird, daß das Projekt primär von den geopolitischen Interessen der Türkei getragen wurde, einem Land, das geographisch, ökonomisch, kulturell und institutionell eine Brückenfunktion zwischen Orient und Okzident besitzt.“<sup>228</sup>

Die Befürchtung Ankaras, daß die Türkei ihre strategische Bedeutung nach dem Ende des Kalten Krieges verlieren würde und die mit dem Westen auf problematischem Wege mühsam geknüpften Verbindungen geschwächt werden könnten, hat sich in dem Maße nicht bewahrheitet. Die Entwicklungen in den Regionen rundum die Türkei, auf der Balkanhalbinsel, im Kaukasus, in Zentralasien und im Nahen Osten haben die Bedeutung der Türkei nach dem Kalten Krieg noch verstärkt: „Sie wurde als eine mögliche Regionalmacht aufgewertet und dadurch erneut in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt und muß - unerwartet und unvorbereitet - in kürzester Zeit wieder in eine Rolle hineinwachsen, die ihr schon beim Niedergang des Osmanischen Reiches im Jahr 1918 zufiel: als Regionalmacht die auf einem Pulverfaß sitzenden Region mitzugestalten.“<sup>229</sup>

Um dieser Rolle gerecht zu werden, reichen die politischen Überlegungen allein nicht aus. Es bedarf einer soliden und gut organisierten Wirtschaft. In der heutigen Welt, in der wirtschaftlichen Investitionen und Zusammenarbeit durch transnationale Unternehmen keine Grenzen gesetzt werden, sind bekanntlich die wirtschaftlichen Beziehungen mit den

---

<sup>226</sup> DPT., a.a.O., 1995, S. 57

<sup>227</sup> DPT., a.a.O., 1995, S. 136

<sup>228</sup> Waltmann, Frank, „Formen der regionalen Zusammenarbeit am Schwarzen Meer und in Zentralasien vor

dem Hintergrund europäischer Integrationserfahrungen: geostrategische Implikationen für die Außenpolitik der Türkei“. Freiburg, 1995, S. 77

<sup>229</sup> Bahri YILMAZ, „Die Türkei als regionale Wirtschaftsmacht“. In: EA 24/93, S. 718

außen- bzw. sicherheitspolitischen Interessen im internationalen System eng verbunden. Die Türkei kann also ihre Rolle als Regionalmacht dann beanspruchen, wenn sie wirtschaftlich gestärkt ist und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine regionale Vormachtstellung erfüllen kann. Während der Ära Özal wurden politische und verfassungsrechtliche Maßnahmen für eine wirtschaftliche Entwicklung der Türkei in die Wege geleitet. Über die bilateralen Beziehungen hinaus strebte die Türkei ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den Nachbarstaaten auf der institutionellen Grundlage zu intensivieren. Die Gründung der Organisation der Ökonomischen Zusammenarbeit (ECO) im Jahr 1985, die Gründung Schwarzmeerwirtschaftregion (1992) und die Bestrebungen der Türkei, ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit den islamischen Staaten zu entwickeln, sollten den politischen und wirtschaftlichen Willen der Türkei Nachdruck verleihen, um ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Region zum Interesse aller beteiligten Staaten zu verbessern. Unten werden die regionalen Möglichkeiten der Türkei auf den wirtschaftlichen und politischen Bereichen behandelt.

Tabelle: 4. Exporte der Türkei nach Ländern (Million US-\$)

Staaten	1989	1990	1991	1992	1993
USA	971	968	913	865	986
EU	5.657	7.177	7.347	7.934	7.597
Rußland	----	----	-----	442	505
UdSSR	705	531	611	---	---
Azerbaidchan	----	-----	-----	102	68
Naher Osten	1.977	1.603	1.787	1.908	1.888
Saudi-Arabien	364	338	485	486	652
Iran	561	495	487	455	290
Irak	445	215	122	212	160
Andere	607	554	694	755	786

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1995, S.540-542

Tabelle: 5. Die Importe und Exporte der Türkei.

Jahren	Importe US-\$ (Mill.)	Exporte US-\$
1983	9.235	5.728
1985	11.343	7.958
1990	22.302	12.959
1993	29.428	15.345

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1995, S. 540-542

Tabelle: 6. Die Importe der Türkei nach Ländern (Million US-\$)

Staaten	1989	1990	1991	1992	1993
USA	2.957	3.731	3.634	3.976	5.373
EU	6.463	9.898	9.896	10.657	13.873

Rußland	--	-----	-----	1.041	1.542
UdSSR	625	1.247	1.097	----	-----
N. Osten	2.302	2.705	2.483	2.648	2.798
S. Arabien	212	724	1.829	1.665	1.500
Iran	233	492	91	365	667
Irak	1.650	1.047	0	1	0
Andere	207	433	563	617	632

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1995, S. 540-542

#### 4.9.1. Die Organisation der ökonomischen Zusammenarbeit (ECO)

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (The Economic Cooperation Organisation ECO) wurde als Nachfolgeorganisation von „The Regional Cooperation Organisation for Development“ (RCD), die im Jahr 1964 gegründet worden war, zwischen den Staaten Iran, Pakistan und Türkei im Jahr 1985 unter den neuen Namen ECO wiederbelebt. Das Ziel der Organisation war es, in erster Linie die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten zu fördern. Die ECO versucht, die Globalisierung in Euroasien und die wirtschaftliche Integration in der Region zu verwirklichen.

Der Gründungsvertrag sieht die Kooperation zwischen den Mitgliedsländern im technisch-wirtschaftlichen und kulturellen Bereich insbesondere hinsichtlich Industrie, Handel, Transport, Kommunikation und Tourismus vor. Die ECO wurde auf einem Gipfeltreffen im Teheran am 16. Februar 1992 um den zentralasiatischen Raum erweitert. Die Staaten Kirgisien, Tadschikistan, Azerbaidchan, Turkmenistan und Usbekistan wurden neue Mitglieder der ECO. Auf der ECO-Ministerkonferenz vom 28. November 1992 in Islamabad wurden die Staaten Kasachstan und Afghanistan in die ECO aufgenommen. Damit gewann der geopolitische Kontext der regionalen Zusammenarbeit neue Impulse und die Aufnahme der neuen Mitglieder stellte einen Wendepunkt in der Entwicklung der ECO dar. Die Ziele der Zusammenarbeit wurden im Vertrag von Izmir wie folgt festgelegt:

1. Durch die Liberalisierung des Warenverkehrs sollen die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten ausgebaut werden.
2. Es sollen wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für die ökonomische Entwicklung geschaffen werden.
3. Zur Durchsetzung besserer Handelsbedingungen sollte man gegenüber den entwickelten Ländern gemeinsam auftreten.
4. Im kulturellen und sozialen Bereich sollen Maßnahmen getroffen werden, die zur Intensivierung der Beziehungen im kulturellen und sozialen Bereich führen sollen.<sup>230</sup>

In einem Programm mit der Bezeichnung „Quetta Plan of Action for ECO“ haben die ECO-Staaten auf der Ministerratstagung vom 6-7.2.1993 in Quetta/Pakistan einen 29 Punkte umfassenden Aktionsplan erarbeitet, der folgende Bereiche umfaßt:

- Transport und Kommunikation
- Handel und Industrie
- Energie
- Landwirtschaft

<sup>230</sup> Vgl. F. Waltmann, a.a.O., 1995, S. 71

- Tourismus
- Förderung der Zusammenarbeit im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich<sup>231</sup>

Unter Einbeziehung der mittelasiatischen Turkstaaten<sup>232</sup> im Jahr 1992 in Teheran ist der Versuch unternommen worden, eine nach den Worten des iranischen Präsidenten Rafsanjani „islamische politisch-wirtschaftliche Organisation zu schaffen, mit einer Bevölkerung von mehr als 300 Mio., einen mächtigen Wirtschaftsraum in der Region, der sich zu einer Weltmacht entwickeln könnte“<sup>233</sup>. Diese euphorische Aussage des iranischen Präsidenten Rafsanjani war natürlich für die Türkei zu weit gegriffen. Die Türkei tendiert eher dazu, die Organisation als einen wirtschaftlichen und - wenn schon dann bitteschön - laizistischen Block zu betrachten.<sup>234</sup>

Bei dem Gipfeltreffen im Mai 1992 in der turkmenischen Hauptstadt Aschkabat stand die Diskussion der Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Vordergrund. Dabei wurden Vereinbarungen im Rahmen des Aktionsplans getroffen, die infrastrukturelle Verbesserungen in der Region vorsahen. Als vorrangige Ziele galten transatlantische Eisenbahnverbindung zwischen Istanbul und Alma-Ata sowie der Ausbaus eines Straßennetzes, das die Hauptstädte verbinden sollte.<sup>235</sup> Bei dem Gipfeltreffen der Organisation am 7. Juni 1993 wurde beschlossen, im Rahmen der İstanbuler (Bosporus) Deklaration bis zum Jahr 2000 den Standard einer möglichst entwickelten und modernen Gemeinschaft nationaler Staaten zu erreichen. Die ECO übernimmt sowohl für Mittelasien als auch für Azerbaidchan im Kaukasus eine wichtige Aufgabe hinsichtlich der Öffnung zum Meer. Die ECO bietet der Türkei die Möglichkeit, bei der Zusammenarbeit mit Mitgliedsländern und vor allem mit den zentralasiatischen Turkstaaten vorhandene Hindernisse zu überwinden.

Die Beziehungen zu Mittelasien im Rahmen der ECO werden der Türkei neue Möglichkeiten und Horizonte eröffnen. Die Wirtschaftskapazität der Mitglieder nimmt trotz der schwierigen Wirtschaftslage und der sich verschlechternden Lebensverhältnisse zu. Im Jahr 1990 betrug das Außenhandelsvolumen der ECO-Länder insgesamt 95 Milliarden US-\$. Dieser Betrag erhöhte sich im Jahr 1992 auf 109 Milliarden US-\$ (14,6 Prozent Erhöhung des Außenhandelsvolumen) Der Exporthandel der zehn Mitglieder der ECO betrug in der Welt im Jahr 1990 1,2 %. Dieser Anteil erhöhte sich im Jahr 1992 auf 1.3 %. Der Importanteil dieser Region am Weltmarkt fiel in dieser Zeit von 1.7 % auf 1 Prozent. Dies zeigt, daß eine regionalbedingte Exporttendenz entstanden ist. Die Türkei hat mit den ECO-Ländern Azerbaidchan, Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan im Jahr 1992 Waren in Höhe von 183 Mio. US-\$ exportiert. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1993 betrug der Export der Türkei eine Höhe von 227 Mio. US-\$.<sup>236</sup> Im Zusammenarbeit mit der türkischen Export- und Importbank (Eximbank) wurde die „Central Asian Bank“ gegründet. Die Türkei ist mit 10 Milliarden US-\$ Handelsvolumen und mit der Eximbank garantierten Krediten von 1.2 Mrd. US-\$ und ca. 9 Tausend Unternehmer die zweitstärkste Kraft hinter USA in der Region geworden. Die

---

<sup>231</sup> Ebd., S. 71

<sup>232</sup> Die Neumitglieder der ECO sind: Afghanistan, Azerbaidchan, Turkmenistan, Tacikistan, Usbekistan, Kirgisien, und Kasachstan

<sup>233</sup> Hans Krech, a.a.O., 2/92, S. 249

<sup>234</sup> Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.), Working Paper 14, „Aktuelle Situation in den Turkrepubliken“. Önel Verlag, Essen, 1994, S. 8

<sup>235</sup> Nahost Jahrbuch, 1992, S. 204

<sup>236</sup> DPT., a.a.O., 1995, S. 188

Telekommunikationsverbindungen nach Europa werden über die Türkei abgewickelt<sup>237</sup>, Transportwege der ECO-Staaten, die Verbindungen nach Europa und zum Mittelmeer schaffen, führen über die Türkei. Darüber hinaus arbeitet die Türkei mit den USA zusammen, was vom Turkish-American Cooperation Council koordiniert wird. Ein Beispiel ist die Gründung eines Joint Ventures, das insgesamt 2 Mrd.US-\$ auf der Grundlage von Tauschhandel beinhaltet.<sup>238</sup> Durch den Flugverkehr werden die Hauptstädten der Turkstaaten mit den türkischen Großstädten verbunden. Die Kommunikationsverbindungen der Turkstaaten in die westliche Welt erfolgen über die Türkei.<sup>239</sup>

### *ECO - mehr als wirtschaftliche Zusammenarbeit?*

Die Beziehungen der Türkei zu den zentralasiatischen Turkstaaten geht über die wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus. Die Einbeziehung der zentralasiatischen Turkstaaten lag der Gedanke zugrunde, daß die rohstoffreichen neuen Republiken der ehemaligen Sowjetunion und der regionalen Zusammenarbeit neue Impulse geben konnte. Darüber hinaus sollte die Erweiterung der ECO unter drei geopolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden:

Erstens: Wiederbelebung der regionalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der wirtschaftlichen Blockbildung zur Bildung regionaler Märkte und zur Integration in die Weltwirtschaft.

Zweitens: Relativierung der zunehmenden Einflußbereicherung der Türkei und des Irans und des daraus resultierenden ideologischen Wettbewerbs.

Drittens: Bereitstellung einer Alternative zur einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der zentralasiatischen Staaten von Rußland.<sup>240</sup>

Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind die Bereiche Bildung und Kultur von großer Bedeutung. In den Jahren 1992-1996 kamen 14996 Schüler, Studenten und Doktoranden aus den zentralasiatischen Turkstaaten in die türkischen Schulen und Universitäten. Bis 1996 wurden in den Turkstaaten über 200<sup>241</sup> (davon 12 offizielle)

<sup>237</sup> Umit Arık, „Uluslararası Güvenlik Sistemi ve 21. Yüzyılda Türkiye“ (Das internationale Sicherheitssystem und die Türkei im 21. Jahrhundert). In: *Avrasya Etütleri (TIKKA)*, 4/1995-96, S. 9

<sup>238</sup> *Nahost Jahrbuch* 1992, S. 205

<sup>239</sup> U. Arık, a.a.O., 4/95-96 S. 9

<sup>240</sup> Vgl. F. Waltmann, a.a.O., 1996, S. 69-70

<sup>241</sup> Der größte Teil dieser Schulen wurde von den Fetullah Gülen oder auf seine Initiative hin von großen Unternehmern gegründet. Obwohl die von Gülen geführte Nurcu-Bewegung in der Türkei vom Staat nicht akzeptiert, sogar verfolgt wird, werden ihre auf Bildung und Erziehung begründeten Aktivitäten im Ausland geduldet und sogar unterstützt, da die Aktivitäten dieser Bewegung den außenpolitisch-strategischen Zielvorstellungen der Türkei im Bezug auf Ausbreitung der türkischen Kultur und dadurch Beeinflussung des Staats-Establishments in den betreffenden Ländern entsprechen. Die Schüler dieser Privatschulen werden mit modernsten Methoden ausgebildet. Sie entstammen der gehobenen Schicht des Landes. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Ecevit, der selbst die Missionsschule Robert College in der Türkei besuchte, unterstützt die Aktivitäten im Ausland, weil er anscheinend am besten an der eigenen Person erlebte, wie wichtig solche Schulen sein konnten. Dazu soll hier eine Aussage von Nelson Mandela erwähnt werden, der sagte: „Ich bin in einer englischen Schule erzogen worden, und damals war England das Land, in dem das Beste angeboten wurde, was es auf der Welt gab. (Daher) habe ich den Einfluß der englischen Geschichte und Kultur, der auf mich ausgeübt wurde, nicht abgelehnt. Zitiert nach Brzezinski, a.a.O., 1998, S. 22

Schulen geöffnet. Diese Schulen werden von ca. 29.000 Schülerinnen und Schüler besucht. Die Türkei hat mit den Universitäten Zentralasiens die „Union der Euroasiatischen Universitäten“ gegründet. Es wird über gemeinsame türkische Grammatik, Orthographie, Literatur, Ontologie und gemeinsame Geschichte gearbeitet. Ferner wurde ein türkischsprachiger Nachrichtendienst ins Leben gerufen.<sup>242</sup>

Die Beziehungen zwischen der Türkei und den Turkstaaten beinhaltet Faktoren, die aus kulturellen, ethnischen und geschichtlichen Besonderheiten resultieren. Die Entstehung einer Brüderländer- Gruppe in Mittelasien vermindert automatisch den politischen Druck Rußlands auf die Türkei. Diese Staaten eröffnen der Türkei die Chance ihrer Außenpolitik eine aktive und wirkungsvolle Dimension zu geben. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Türkei und ECO-Staaten kann die Position der Türkei in der Region stärken. Die Nachbarländer könnten es dann vorziehen, lieber mit einer mächtigen Türkei gute Beziehungen als ihr Feind zu sein.

Aber es wird ein langwieriger und schwieriger Prozeß sein, in der Türkei, den Turkstaaten oder innerhalb der ECO den gewünschten Standard einer ökonomischen Integration zu erreichen. Für die zentralasiatischen Staaten stehen die Bewahrung der Unabhängigkeit, ihre Sicherheit und die Öffnung ihrer Wirtschaft nach außen im Vordergrund. Es ist auch für die regionale Integration von großer Bedeutung, daß die neu entstandenen Turkstaaten ihre gesellschaftlichen Strukturen konsolidieren und ihre Beziehungen untereinander – z. B. in den Bereichen Handel, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Investition und Sicherheit - aufbauen. Der Erfolg der ECO hängt von dem Willen der Mitgliedsstaaten ab, gemeinsam zu arbeiten. Es hängt auch davon ab, inwieweit die Mitglieder es schaffen, ihr Handelsvolumen untereinander zu vergrößern. Noch wichtiger erscheint es, daß sie die aus ethnischer und ideologischer Rivalität resultierenden Konflikte aufgeben und mehr mit- als gegeneinander arbeiten. Der Rahmen und der Wille für eine friedliche Zusammenarbeit innerhalb der Organisation ist schon mit der Gründung der ECO vorgegeben.

Die Beziehungen und Zusammenarbeitsmöglichkeiten innerhalb der ECO kann man als eine institutionalisierte Integration, als ein Forum ansehen, wo die Mitgliedsstaaten sich nach außen öffnen können und wo eine Bewältigung der Konflikte bzw. Konkurrenz zwischen den Staaten Iran, Pakistan und Türkei im Hinblick auf die Rivalität um Mittelasien in Angriff genommen werden konnte. Der „Wettlauf der Systeme“ in Mittelasien als exportreifes Modell „Kemalismus oder Fundamentalismus“<sup>243</sup> kann auf friedlichem Wege durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit im Einvernehmen gelöst werden.

Tabelle: 7. Der Handel der Türkei mit den zentralasiatischen Staaten (Millionen US-\$)

Staaten		Jahre			
		1992	1993	1994	1995
Azerbaidchan	Export	94.2	68.2	132.1	161.3
	Import	25.5	33.9	8.9	21.8
Kasachstan	Export	13.7	67.8	131.7	150.8
	Import	8.8	43.7	32.3	86.6
Kirgisien	Export	1.8	17.0	17.0	38.2

<sup>242</sup> U. Arık, a.a.O., 4/1995-96, S. 9

<sup>243</sup> U. Steinbach, „Kemalismus oder Fundamentalismus - die modellpolitische Konkurrenz Türkei-Iran“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/92, S. 827-829

Usbekistan	Import	1.3	3.5	4.3	5.5
	Export	36.6	213.5	64.6	138.6
Turkmenistan	Import	20.3	31.9	78.6	61.5
	Export	7.3	83.9	84.3	56.3
	Import	17.8	76.9	65.6	111.8
Insgesamt	Export	153.6	440.4	429.7	545.2
	Import	73.7	189.9	189.7	287.2

Quelle: Staatssekretariat des Außenhandels, April 1997<sup>244</sup>

#### 4.9.2. Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR)

Noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat die Türkei erste Schritte für die Gründung einer Organisation unternommen. Bei seinem Besuch im November 1991 schlug Özal während einer Unterredung mit der sowjetischen Führung die Gründung einer „Schwarzmeer-Zone“ für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeer-Anrainerstaaten vor, der von Moskau zugestimmt wurde. Diese Handelszone sollte eine Freizügigkeit für Personen, Güter und Kapital gewähren.<sup>245</sup> Nach mehreren Versammlungen auf verschiedenen offiziellen Ebenen und an unterschiedlichen Orten kamen am 25. Juni 1992 die Staats- und Ministerpräsidenten der Mitgliedsstaaten in Istanbul zu einem SMWR-Gipfeltreffen zusammen und unterzeichneten das Gründungsprotokoll der Schwarzmeerwirtschaftsregion.<sup>246</sup> Das Ziel der Türkei war die Schaffung einer zur Europäischen Union komplementären Wirtschaftsregion, einer „Zone der euroasiatischen Zusammenarbeit“.<sup>247</sup>

Mit der Gründung der SMWR wurde ein 19 Punkte umfassendes Programm wirtschaftlicher Zusammenarbeit beschlossen, in dem der Aufbau einer Freihandelszone, Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, Zollsenkung und die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit sowie Bekämpfung der Umweltprobleme vereinbart wird. Ferner beschlossen sie die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine enge Zusammenarbeit privater Unternehmer, die Gründung einer Schwarzmeer-Außenhandelsinvestitionsbank und eine Erleichterung des privaten Reiseverkehrs. Die Stadt Istanbul wurde als Kooperationszentrum vorgesehen. Die SMWR hat sich zum Ziel gesetzt, daß das Gebiet des Schwarzmeers sich zu einem Friedens-, Wohlfahrts- und Stabilitätsfaktor in der Weltpolitik entwickelt. Die geographische Nachbarschaft und die sich ähnelnden und ergänzenden Wirtschaftsstrukturen sollten dieses Ziele fördern.<sup>248</sup>

Die Teilnehmerstaaten haben in ihrer gemeinsamen Erklärung in Istanbul ihren Willen bekräftigt, daß die Zusammenarbeit in der Schwarzmeer-Region auf der Grundlage der Prinzipien der Helsinki-Schlußakte, den Beschlüssen der OSZE-Folgedokumente sowie

<sup>244</sup> Entnommen aus: Emin Çakırcı, „Türk Cumhuriyetler‘inin Ekonomik Gelişimi ve Türkiye’nin Katkıları“ (Die ökonomische Entwicklungen in den Turkrepubliken und die Leistungen der Türkei). In: Zeitschrift Yeni Türkiye (Neue Türkei). Sonderausgabe „Türkische Welt“. Mai/Juni 1997, I. Bd. S.769

<sup>245</sup> NZZ, 14.3.1991

<sup>246</sup> Die Mitglieder der SMWR sind folgende Staaten: Albanien, Armenien, Azerbaidchan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, die Russische Föderation, die Türkei und die Ukraine.

<sup>247</sup> F. Waltmann, a.a.O., 1996, S. 76

<sup>248</sup> DPT., a.a.O., 1995, S. 129

den Prinzipien des internationalen Rechts durchgeführt werden.<sup>249</sup> Die Ziele der SMWR können wie folgt zusammengefaßt werden:

- Zu versuchen, daß das Schwarzmeer eine Region wird, in der partnerschaftliche, gut nachbarschaftliche Beziehungen gefördert werden; und dazu beitragen, daß das Schwarzmeer das Meer des Friedens wird und eine stabile friedliche Region entsteht. (Art. 8)
- Die Gestaltung der Beziehungen erfolgt auf den Grundsätzen der UNO, der Prinzipien der Helsinki-Schlußakte, der Beschlüsse der OSZE sowie anderer universal anerkannter Prinzipien wie der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und eines Rahmens partnerschaftlicher gutnachbarschaftlicher Beziehungen. (Art.9)
- Zu versuchen, die Konflikte innerhalb der Mitgliedstaaten, im Rahmen der OSZE-Prinzipien auf friedlichem Wege zu lösen. Die Herbeiführung des Friedens und des internationalen Rechts, ohne dabei die Mittel Angriff, Gewalt oder Terrorismus anzuwenden.<sup>250</sup>
- Die SMWR soll die wirtschaftliche Integration der Mitgliedstaaten bezüglich Europas und der Weltwirtschaft erleichtern. (Art. 2)
- Durch die Schaffung günstiger Bedingungen für Investitionen, Kapitalzufuhr und verschiedene Formen von industrieller Zusammenarbeit sowohl innerhalb der SMWR-Länder (Förderung der Zusammenarbeit in freien Wirtschaftszonen) als auch mit anderen Staaten die Vervielfältigung und Entwicklung der Handelsbeziehungen zu fördern.

Neben der Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft und Handel unterzeichneten die Mitglieder am 7. März ein Kulturabkommen, um die kulturellen Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern. Dabei einigten sie sich darauf, in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft und Forschung zusammenzuarbeiten, gegenseitig die akademischen Grade anzuerkennen und die Zusammenarbeit der nationalen Presseagenturen, Journalistenverbände und Rundfunkanstalten zu fördern.<sup>251</sup>

Das eigentliche Ziel war/ist, einen wirkungsvollen und wichtigen neuen Ring um eine großen europäischen Wirtschaftsregion entstehen zu lassen. Die SMWR entstand im Zuge der neuen Umwandlung der globalen Weltpolitik und der Regionalisierung im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Sie war eine Initiative der Türkei unter Staatspräsident T. Özal<sup>252</sup>, die mit der Neustrukturierung und dem Umwandlungsprozeß der Ostblockstaaten in die Richtung einer freien Marktwirtschaft und Demokratie einhergegangen ist.

Die SMWR ist ein Modell sui generis, das die Bedürfnisse der beteiligten Staaten zu befriedigen versucht, die wirtschaftlichen Beziehungen ihrer Mitglieder untereinander

---

<sup>249</sup> Faruk Şen, „Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation: Ergänzung zur EG?“. In: Aussenpolitik - Zeitschrift für internationale Fragen, 3/93, S. 282

<sup>250</sup> DPT., a.a.O., 1995, S.140

<sup>251</sup> Çiğdem Akkaya, „Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) - Gegenwart, Zukunft und Möglichkeiten

einer deutsch- türkischen Zusammenarbeit in der Region“. In: Werner Gumpel (Hrsg.), „Deutschland und

die Türkei - Gemeinsame Interessen in Europa, im Mittleren Osten und in Mittelasien“, Südosteuropa-Forschung, München 1996, S. 47

<sup>252</sup> Die Idee der Gründung der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion wurde von türkischen Diplomaten, Şükrü Elekdağ, einem ehemaligen Botschafter in Washington, konzipiert und von Staatspräsident Turgut Özal aufgegriffen.

entwickelt und vervielfältigt, auf geographischer Nähe, geschichtlichen Verbindungen und wirtschaftlichen gegenseitigen Ergänzungen beruht, anwendbare Konzepte entwickelt, flexibel, pragmatisch und funktionsfähig ist und den Privatsektor fördert. Dieses Modell steht nicht als Konkurrenz oder Alternative zu regionalen Organisationen in Europa, sondern versteht sich als ein Untersystem, das die Einheit Europas vervollständigt. Es ist vor allem eine auf Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit basierende Organisation, die aber nicht notwendigerweise zu einer Wirtschaftsgemeinschaft vom Format der EG führen muß.

Die SMWR umfaßt vom Balkan (außer Ex-Jugoslawien) bis zum Kaukasus eine Fläche von 20 Mio. km. Im SMWR-Raum leben ca. 325 Mio. (1995) Menschen. So betrachtet, besitzt die SMWR-Region ein großes Wirtschafts- und Absatzpotential und läßt eine dynamische Wirtschaftskraft vermuten. Ihre geographische Lage bietet der SMWR-Region eine gute Möglichkeit, sich in die Märkte Europas, Mittelasiens und des Nahen Ostens zu integrieren. Der Seeverkehr verbindet die Region mit Flüssen (Donau) bis ins Herz Europas hinein, geplante Land- und Bahnverbindungen werden die Transportkapazität der Region erhöhen.<sup>253</sup>

#### *Unterschiedliche Erwartungen der Mitglieder*

Eine Besonderheit der SMWR ist, daß sie durch ethnische, nationale und religiöse Vielfalt bestimmt ist. Der Grund für das Zusammenkommen von sich gegenseitig „bedrohenden“ und miteinander im Wettbewerb stehenden Staaten dürfte darin liegen, daß die im Rahmen der Organisation geschaffenen Institutionen zur Überwindung bzw. friedlichen Beilegung der Konflikte in Form eines Krisenmanagements beitragen. Um so mehr scheint eine solche Regionalorganisation von großer Bedeutung, da das nach dem Ost-West Konflikt in dieser Region entstandene Machtvakuum zu ernststen Rivalitäten und einem Aufeinanderprallen der nationalen Interessen der regionalen Staaten führen. Daher dürften solche regionalen Organisationen durch verstärkte wirtschaftliche gegenseitige Verflechtungen und Institutionen zur Eindämmung der Interessendurchsetzung wirksam sein. Die Konflikte<sup>254</sup> innerhalb der Kooperation lassen sich hauptsächlich in drei Kategorien wie folgt zusammenfassen:

---

<sup>253</sup> DPT., a.a.O., 1995, S. 135

<sup>254</sup> KONFLIKTE ZWISCHEN DEN EINZELNEN SMWR - STAATEN

ALBANIEN: Konflikt mit Serbien um den Kosovo, traditionelle gespannte Beziehungen zu Griechenland.

ARMENIEN: Konflikt mit Aserbaidchan um Berg-Karabach; Grenzprobleme mit Georgien um die armenisch besiedelte Region Djachveti im Südwesten Georgiens, traditionell gespannte Beziehungen zur Türkei.

ASERBAIDCHAN: Konflikt mit Armenien um Berg-Karabach; Offene Grenzfragen: Georgien beansprucht den nordwestlichen Raum Azerbaidchans, Bau im Gegenzug den nordwestlichen Teil Georgiens.

BULGARIEN: Gespanntes Verhältnis zu Griechenland.

GEORGIEN: Drei autonome Republiken, die nach Unabhängigkeit streben, befinden sich unter geologischer Jurisdiktion. Abchasische AR, Adscharische AR, Südostestisches Autonomes Gebiet.; offene Grenzfragen gegenüber Armenien und Aserbaidchan

GRIECHENLAND: Griechisch-türkischer Konflikt; Minderheitsproblem: türkische Minderheit

MOLDAWIEN: Souveränitätsbestrebungen in der von Russen und Ukrainern bewohnten „Dnjester-Republik“, dadurch auch gespanntes Verhältnis zu Rußland und der Ukraine. Souveränitätsbestrebungen der Gagusen.

RUMÄNIEN: Gebietsansprüche gegenüber der Ukraine: Teile der Nordbukowina und Bessarabiens, Vereinigungsbestrebungen mit Moldowa

- Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb der ehemaligen Sowjetunion.
- Grenzzwischenfälle und Territorialansprüche, Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten.
- Nationalitätengegensätze innerhalb einzelnen Länder als Folge der grenzübergreifenden ethnischen und Minoritätenprobleme. Darüber hinaus bestehen Konflikte zwischen Staaten, deren Feindschaft bis in die Geschichte zurückreicht. Aber trotz der Konflikte haben die Staaten ihren Willen bekundet, an der SMWR teilzunehmen. Die erste Prüfung war bestanden, als die Staatspräsidenten Armeniens und Azerbaidchans bei der Unterzeichnung des Gründungsprotokolls an einem Tisch zusammensaßen, obwohl beide Länder wegen Gebietsansprüchen (Konflikt um Berg-Karabag) Krieg führten. Dies kann man als einen gelungenen Erfolg auf das Konto der Organisation buchen. Ferner arbeiten beide Länder wie andere Mitglieder, die untereinander ähnliche Probleme haben, in SMWR-Arbeitsgruppen bzw. Ausschüssen zusammen.

Die SMWR entstand in einer Phase, in der die Welt sich in einem neuen politischen Ordnungsprozeß befand. Die Türkei versuchte einerseits mit der EU, der EFTA, den Balkanstaaten und den Turkstaaten Zentralasiens Möglichkeiten gemeinsamen Handelns und der Zusammenarbeit zu finden, andererseits hat sie die Schwarzmeerregion in diese Schemata eingeführt. Dabei wollte die Türkei ihr eigentliches Ziel nicht aus den Augen verlieren. So betrachtete die Türkei all diese Organisationen als Teilprozesse eines Ganzen, die sich gegenseitig ergänzend zum Ziel bringen sollten: nämlich die europäische Integration zu schaffen. Ferner war und ist die Türkei bestrebt, ihre konfliktbeladenen instabilen Beziehungen mit den Nachbarländern im Süden durch auf Wirtschaft- und Handel basierende Zusammenarbeit mit dem Norden auszugleichen.<sup>255</sup> Die Vernetzung der wirtschaftlichen Beziehungen konnte sich auf Dauer auch sicherheitspolitisch zum Vorteil der beteiligten Staaten auswirken.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse haben die Teilnehmerstaaten unterschiedliche Erwartungen, die sich auch in unterschiedlichen Anteilen (2%, 13,5%, 16,5%) am Gesamtkapital der Schwarzmeer-Handels- und Entwicklungsbank widerspiegeln.<sup>256</sup>

Die Gruppe der „kleineren“ Teilnehmer kann die SMWR als ein Forum betrachten, in dem sie ihre Probleme artikulieren und in politischen Angelegenheiten internationalen Beistand und Anerkennung erhalten, da sie immer noch eine Einflußbereicherung Rußlands fürchten. Diese Länder gehören – außer Albanien - der ehemaligen Sowjetrepublik an. Es sind Armenien, Azerbaidchan, Georgien und Moldawien.

---

RUSSLAND: Separatistische Bestrebungen in den nationalen Gebietskörperschaften (Tschetschenien und Inguschen) ; Bewaffneter Konflikt und russischer Einmarsch in Tschetschenien: Interethnische Konflikte in

Autonomien wie Tuwa oder Jakutien als Folge der ethnischen Vermischung, Grenzforderung gegenüber anderen Unionsrepubliken wie z. B. Nordkasachstan, Interessenvertretung der in anderen Unionsrepubliken lebenden Russen (ca. 25 Mio.), Spannungen mit der Ukraine um die Schwarzmeerflotte und um die Autonome Krim- Republik mit russischer Bevölkerungsmehrheit.

TÜRKEI: Konflikt mit Griechenland über Zypern und im Ägäischen Meer, Kurdenproblem

UKRAINE: Ethnisch ungenaue Grenzziehung zu Rußland, umstrittene Grenzziehung zu Moldawa, In der AR Krim gibt es Anschlußbestrebungen an Rußland, Ansprüche Rumäniens auf die Teile der Nordbukowina und Bessarabiens, die Ruthenen in der Karpato-Ukraine fordern nationalen Autontmiestatus; Vgl. Ç. Akkaya, a.O., 1996, S. 52-53

<sup>255</sup> DPT., a.a.O., 1995, S.136

<sup>256</sup> Vgl. Ç. Akkaya, a.a.O., 1996, S. 48

Zu der Gruppe der „mittleren“ Länder werden Bulgarien, Griechenland, Rumänien und die Ukraine gezählt. Wenn wir uns die Beziehungen der mittleren Länder zu den „großen“ Mitgliedsländern, nämlich zu Rußland und zur Türkei vor Augen führen, stellen wir fest, daß diese in der Außenpolitik der „mittleren“ Länder eine wichtige Rolle spielen. Es dürfte sich dabei um Kontrollmechanismen handeln, durch die die „mittleren“ Teilnehmer die Aktivitäten der Großen zu kontrollieren oder (durch institutionelle Kanäle der SMWR) zu beeinflussen versuchen. Die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Türkei werden von Griechenland mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, weil sie sich in der Ägäis und wegen Zypern als Rivalen gegenüberstehen. Ähnliches gilt für die Ukraine und Rußland. Von den russischen außen- und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen sind die Ukraine und andere ehemalige Sowjetrepubliken in erster Linie betroffen. Die Beeinflussung oder der Gewinn eines Mitgliedslandes für seine Position würde für das andere Land genug Motivation bieten, in die Mitgliedschaft einbezogen zu werden. Allein aus geographischer Perspektive gesehen kann man die Teilnahme Griechenlands als ein Mittelmeeraanrainerstaat schwer erklären. Doch Griechenland hat z. B. die Möglichkeit, innerhalb der SMWR-Entscheidungsmechanismen andere Staaten wenn nicht zum eigenen Vorteil, so aber wenigstens nicht zum eigenen Nachteil zu beeinflussen.

Die großen Teilnehmer Rußland und Türkei sind innerhalb der SMWR wichtige Partner und Rivalen zugleich. Rußland als ehemalige Supermacht mußte strategisch wichtige, an Ressourcen reiche Teile abtreten. Da es bestrebt ist, durch bilaterale Verträge, oder auf der Grundlage des GUS-Vertrages ihre Vormachtstellung zu sichern, um in der Weltpolitik als Großmacht aufzutreten, könnte Rußland eine regionale Institution wie die SMWR dazu benutzen, Einfluß auf diese Länder auszuüben. Denn die russische Außen- und Sicherheitspolitik ist darauf angewiesen, die Vormachtstellung in der Schwarzmeerregion nicht zu verlieren und auf keinen Fall zugunsten der Türkei abzutreten, mit der es sich im Transkaukasus und Zentralasien als Rivale gegenüber steht. Die Mitgliedschaft Rußlands in der SMWR könnte demnach bei gleichzeitiger Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Möglichkeit bieten, die Türkei im Hinblick auf den politischen und strategischen Wettbewerb in dieser Region durch die SMWR zu kontrollieren.

#### *Wirtschaftstrukturen der Länder*

Die Wirtschaftsstrukturen der Mitgliedsländer weisen sich ergänzende Wirtschaftssektoren auf. In einigen dieser Länder ist die agrargestützte Nahrungsmittelproduktion weit entwickelt, andere liegen im Bereich Bekleidung oder Konsumindustrie und einige im Bereich Investitionen und Schwerindustrie vorne. So z. B. verfügen Rumänien und die Kaukasus-Länder über billige Arbeitskräfte, die Türkei und Griechenland über einen ziemlich einen gut entwickelten Dienstleistungssektor, einen Tourismussektor, Leichtindustrie und Technologie, die Ukraine und die russische Föderation über Schwerindustrie, die Ukraine über Agrarprodukte sowie Rußland und Azerbaidchan über reichlich Kohle-, Erdöl- und Gasressourcen.

Das Problem ist dabei, daß die größten Teile der Industrieprodukte in der Region nicht mit den internationalen Standard konkurrenzfähig sind. Trotzdem gilt: „Die spezifischen Mittel der türkischen Wirtschaft und Technik (vor allem die einfachere Qualität und die niedrigeren Preise bestimmter türkischer Produkte im Vergleich zur westeuropäischen Konkurrenz) könnten sich mit dem Standortvorteil der räumlichen Nähe zu diesen sich öffnenden Märkten Südost- und Osteuropas zu deutlichen Vorteilen für türkische Exporte

und gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen verbinden“.<sup>257</sup> Die Privatsektor soll bei der Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern die tragende Kraft sein. Darüber hinaus bietet die SMWR den einfachen Menschen der Staaten eine Möglichkeit, durch Grenzhandel zur wirtschaftlichen Entwicklung der Länder beizutragen. Der Anteil des türkischen Handelsvolumens bezüglich der SMWR-Staaten betrug 1992 nur 7 Prozent des gesamten Handelsvolumen der Türkei. Allein 4 Prozent davon wurden mit Rußland abgewickelt.<sup>258</sup>

Daß die Schwarzmeerwirtschaftsregion nicht ausschließlich eine Wirtschaftsorganisation ist, zeigt die Bereitschaft der Schwarzmeer-Anrainerstaaten, den anderen Ländern vorher Aktivitäten ihrer Seestreitkräfte im Schwarzmeer anzukündigen. Der vom ukrainischen Staatspräsident Kravtschuk im Rahmen der vertrauensbildenden Maßnahmen unterbreitete Vorschlag<sup>259</sup> wurde (auch von der Russischen Föderation) begrüßt. Dieser Vorschlag sah gegenseitige Besuche, Informationsaustausch und gemeinsame Manöver der Seekräfte im Schwarzmeer vor.

### *Möglichkeiten der Türkei*

Der Türkei als Initiator der SMWR geht es darum, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die für sie „aus dem Himmel“ gefallene Gelegenheit wahrzunehmen, die Chance in der Region und darüber hinaus die anbahnende Vormachtstellung zu erhalten bzw. zu verbessern. Darüber hinaus geht es für die Türkei bei der Gründung der SMWR nicht nur darum, regionale Ziele im Orient zu verwirklichen, sondern je mehr Erfolge in diesem Bereich verzeichnet werden, um so näher dem Ziel der Aufnahme in die EU gerückt zu sein, um letztendlich ein fester Bestandteil der westlichen Zivilisation zu werden.

Die Türkei hat den Mitgliedern der SMWR seit 1992 kurz- und mittelfristige handels- und projektgebundene Kredite gegeben. Seit ihrer Gründung bis 1996 betragen die Kredite eine Höhe von 984 Mio. US-Dollar. Davon erhielt Azerbaidchan 250.000 US-Dollar, Georgien 50.000 US-Dollar . Besonders hervorzuheben sind die Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien. Ab März 1990 wurden 33.000 Unternehmen mit ausländischem Kapital gefördert, darunter waren 2.783 türkische Firmen. Auf neunte Stelle mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 32.857.000 US-Dollar, die in Rumänien investiert haben. Die Anzahl der Neugründungen von Unternehmen erreichte hinter Italien und Deutschland die dritte Stelle. Das Gesamtvolumen von Projekten türkischer Bauunternehmen betrug in Rußland, Azerbaidchan, Georgien und der Ukraine mehr als 3.000. Mrd. US-Dollar

In den SMWR-Mitgliedstaaten wurden türkische Banken gegründet (zum Beispiel die Russian-Turkish-Bank oder die Azerbaidchan Turkish Bank) – entweder mit russischen Unternehmern oder allein. Die staatliche Ziraat Bank eröffnete verschiedene Niederlassungen. Die halbstaatliche türkische Yapi Kredi Bank gründete die Yapı Toko Bank mit einem Anteil von 35 %. Die private Bayindirholding, deren Inhaber zum engsten Kreis – zur Familie – Demirels gehört, ist bekannt für seine Investitionen in Rumänien.

<sup>257</sup> Lothar Rühl, a.a.O., 11/92, S.297

<sup>258</sup> Ali Karaosmanoğlu, „Türkiye'nin Karadeniz Güvenliğine Bakışı“ (Die Perzeption der Türkei auf die Sicherheit des Schwarzmeers). In: Strateji, 95/1, S. 31

<sup>259</sup> Bei der Ratsversammlung der SMWR-Parlamentarier 1993 in Kiew, Ali Karaosmanoğlu, a.a.O., 95/1, S. 24

Die Holding gründete in Rumänien die Banco Turco-Roman mit einem Anfangskapital von 4. Mio. US-Dollar und Anteil einem Anteil von 80 Prozent.<sup>260</sup>

Mit der SMWR entstand um die Türkei herum (von Balkan bis zum Kaukasus) ein wirtschaftlicher Handelsraum. Wenn die Entwicklung im Zusammenhang mit der ECO bewertet wird, kann festgestellt werden, daß sich die Türkei im Kern dieses sich von Mitteleuropa bis Mittelasien erstreckenden Gebietes befindet. Das ist kein Zufall. Die Türkei hat ihre Außenpolitik im Rahmen der internationalen Entwicklungen auf der Suche nach neuen Kooperationsmöglichkeiten mit der SMWR um eine neue aktive, dynamische und dauerhafte Dimension bereichert. Dies hat sie in einer Zeit gemacht, in der sie außenpolitisch eine relative Tendenz hin zur Regionalisierung erlebte. In der heutigen Zeit, wo die wirtschaftlichen Grenzen sich über nationale Grenzen hinwegsetzen, wird die SMWR-Politik der Türkei als den Anforderungen entsprechend betrachtet.<sup>261</sup> Die Rolle und Bedeutung der Türkei innerhalb der SMWR besteht darin, daß die im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten eine relative Stabilität aufweisen kann, Erfahrung (mit Griechenland zusammen) in der freien Marktwirtschaft und Demokratie aufweisen kann und sowohl von den SMWR-Länder als auch von westlichen und islamischen Staaten als Partner akzeptiert wird.

#### *Zukunftsansichten der Organisation*

Trotz ihres Namens „Wirtschaftsorganisation“ ist die SMWR auch eine politische Organisation. Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beinhaltet das in Istanbul unterzeichnete Gründungsprotokoll Artikel, die auf Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und gegenseitige Sicherheit hinweisen. Die SMWR versteht ihre Mission innerhalb der OSZE. Vier von insgesamt 19 Punkten des Gründungsprotokolls befassen sich mit regionaler Sicherheit. Aufgrund der nationalen, kulturellen und religiösen Unterschiede, Interessensgegensätze und Konflikte innerhalb der Mitgliedstaaten wird es nicht leicht sein, gemeinsame kollektive Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu finden. Doch innerhalb der SMWR-Mechanismen kann versucht werden, für die bereits vorhandenen Konflikte unter den Mitgliedsländern auf friedlichem Wege Lösungen zu finden. Die SMWR könnte theoretisch als Forum für Friedensverhandlungen dienen, falls die Mitglieder diese Aufgabe der SMWR akzeptieren würden.

Der Vizeaußenminister Rumäniens V. Oprea vertrat die Ansicht, daß die Hinzufügung der politischen und militärischen Dimensionen langfristig dazu beitragen würde, daß die Region mit der NATO eine Einheit bildet. Er setzte voraus, daß die SMWR-Länder dafür zwei wichtige Voraussetzungen erfüllen müßten: Stabilität und Sicherheit in der Region zu verwirklichen. Er betrachtet die SMWR, wie türkische Politiker, als einen komplementären Faktor der europäischen Einheit.<sup>262</sup> Der azerische Außenminister T. Gassimow erklärte dagegen, daß Azerbaidchan eine weitere Beteiligung an der Kooperation einstellen würde, falls die SMWR sich zu einer politischen Organisation entwickle. Auch Bulgarien bekundete eine ähnliche Meinung.<sup>263</sup>

<sup>260</sup> Ç. Akkaya, a.a.O., 1996, S. 50

<sup>261</sup> DPT., a.a.O., 1995, S.137

<sup>262</sup> Viktor OprEA., „Karadeniz Ekonomik İşbirliğine Bir Bakış“ (Ein Überblick auf die Schwarzmeerwirtschaftsregion). In: Strateji, 96/1, S.63

<sup>263</sup> Elisabeth FULLER, „Konflikte im Transkaukasus“. EA., Folge 3/93, S.197

Trotz vieler Schwierigkeiten wird erwartet, daß die Region langfristig in verschiedenen Bereichen einen potentiellen Machtfaktor darstellt. Große Hindernisse stellen die Ungewißheit aufgrund der labilen Situation, mangelnde Stabilität und mangelndes Vertrauen dar. Daß die in den ersten Phasen der Neustrukturierung entflammten Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen sich nicht ausweiteten und sich die neu entstandenen Staaten langsam, aber sicher auf dem Wege der inneren Konsolidierung befinden und ihre Konflikte auf dem friedlichen Wege zu lösen versuchen, sind gute Anzeichen dafür, daß die SMWR in Zukunft Zusammenarbeit und partnerschaftliche Beziehungen unter den Mitgliedstaaten verstärken wird.

Das Haupthindernis für eine erfolgreiche ökonomisch-politische Zusammenarbeit scheint der Aspekt der Sicherheitspolitik und der Konfliktlösung zu sein. Daß die sich miteinander im Konflikt stehenden Parteien bereit erklärt haben, sich an einen Tisch zu setzen, um zusammenzuarbeiten, ist ein Anlaß für begründete Zuversicht. Neben der Fähigkeit der Konfliktlösung hängt der Erfolg wesentlich davon ab, ob die Transformation von der ehemaligen Planwirtschaft zur Integration in die Weltwirtschaft verwirklicht werden kann.

#### 4.9.3. Die Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zur islamischen Welt

Die Türkei begann sich im Rahmen ihrer nationalen Außenpolitik - wie wir bereits behandelt haben - erst nach den Ereignissen auf Zypern für die islamische Welt zu interessieren, als sie bei der UN-Vollversammlung (18.12.1965) von den westlichen Verbündeten allein gelassen wurde.

Aber erst nach der Ölkrise 1973 gewann die islamische Welt wirtschaftlich für den Außenhandel der Türkei an Bedeutung. Die Beziehung der Türkei zur islamischen Welt im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich begann erst bei der 7. Versammlung der Außenminister der islamischen Länder im Jahr 1976 in Istanbul.

In den achtziger Jahren steigerte sich der Anteil des türkischen Außenhandels mit islamischen Ländern. In den Jahren 1980-1989 waren der Iran und der Irak zwei der vier Staaten, in welche die Türkei am meisten exportierte. Der fast zehn Jahre andauernde Krieg zwischen dem Iran und dem Irak hat wesentlich dazu beigetragen, daß das Handelsvolumen der Türkei mit diesen beiden Ländern einen wichtigen Platz einnahm. Ab 1990 erreichten die islamischen Ländern im Nahen Osten und Nordafrika einen Exportanteil zwischen 17,6 und 18,7 Prozent am türkischen Gesamtexport. 75 Prozent des Exportanteils der Türkei an islamische Länder gehen an den Iran, Irak, Saudi Arabien, Libyen und Ägypten und Syrien.<sup>264</sup>

In den achtziger Jahren hat die Türkei im Rahmen der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik alle Bereiche umfassende kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen mit den islamischen Ländern aufgenommen. Mit Krediten und Fonds der arabischen Staaten wurden Investitionen in der Türkei verwirklicht. Im Jahr 1988 wurde dann den arabischen Privatbanken die Möglichkeit eingeräumt, in der Türkei Zweigstellen zu öffnen. (Bank of Bahrain and Kuwait, Habib Bank (Pakistan), Bank Mellat (Iran) und Faisal Finanz (Saudi-Arabien). Darüber hinaus wurde mit insgesamt 22 arabisch-islamischen Staaten im Privatsektor eine „Union der Industrie und Handelskammer“ gegründet.

---

<sup>264</sup> DPT., a.a.O., 1995, S. 191

Auf der anderen Seite haben türkische Baufirmen in Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas (Libyen, Iran, Saudi Arabien, Jordanien, Vereinigte Arabische Emirate) bei vielen großen Projekte mitgearbeitet. Als Folge der Entwicklungen der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen betrug in den Jahren 1985-1990 der Exportanteil der Türkei in islamische Länder durchschnittlich 23,5 Prozent des gesamten Exports, der Importanteil betrug 18,3 Prozent des Gesamtimports. Die Türkei exportiert in islamische Länder hauptsächlich Industrieprodukte, Glas, LKWs und Nahrungsmittel. Dagegen importiert sie Erdöl und Erdölprodukte. Der Handels mit den islamischen Ländern ist seit 1990 leicht zurückgegangen, aber die islamischen Ländern behalten ihre Bedeutung für die türkische Wirtschaft.<sup>265</sup>

In den Jahren 1980-88 betrug der Exportanteil von allen islamischen Ländern an den Iran, Irak, Saudi-Arabien, Libyen und Kuwait 6.5 Prozent des gesamten türkischen Exports. Der türkische Exportanteil an islamische Länder fiel in den Jahren 1980-88 nicht unter 19 Prozent. In diesem Kontext spielt auch die Preiserhöhung bzw. Verbilligung des Erdöls eine große Rolle.<sup>266</sup>

Wenn die Türkei von innenpolitischen Krisen verschont bleibt, wird ihre Attraktivität für die Staaten im Nahen Osten, in Zentralasien und auf dem Balkan als politische- und wirtschaftliche Partnerin wachsen. Um ihrer Rolle in diesem Raum als regionale Macht gewachsen zu sein, muß sie ihre Wirtschaft weiter ausbauen. Noch wichtiger sind ihre aus sicherheitspolitischer Lage resultierenden Konflikte mit Nachbarstaaten. Ohne die Lösung dieser Konflikte, welche die vitalen Interessen der Türkei betreffen (wie z. B. Kurdenkonflikt), kann die Türkei keine hemmungslose, auf gegenseitigem Vertrauen basierende, dauerhafte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit ihren Nachbarstaaten herstellen. Solange die Türkei sich vor ihren Nachbarn nicht sicher fühlt und der Grad der Beziehungen konjunkturell bedingt zwischen Anspannung und Entspannung schwankt, werden auch die wirtschaftlichen Entwicklungen davon beeinträchtigt werden, selbst wenn die Türkei im Rahmen der bilateralen Beziehungen und innerhalb der regionalen Organisationen ihren Willen zur Zusammenarbeit so oft bekräftigt.

Tabelle: 8. Außenhandel der Türkei mit islamischen Ländern (Milliarden US-\$)

Jahren	Importe	Anteil an (%) ges. Import	Export	Anteil an (%) ges. Export
1983	3.701	43	2.741	47,9
1985	3.745	36,2	3.408	48,8
1990	3.855	17,3	2.490	19,2
1993	3.815	12,0	2.704	17,6

Quelle: Zeitschrift Wirtschaft und Arbeitswelt, Juli/1994

<sup>265</sup> Ekmalettin İhsanoğlu „Türkiye ve Dünya İslam Konferansı“ (Die Türkei und die islamische Weltkongreß).

In: „Yeni Türkiye“, Mart/Nisan 1995, S. 406

<sup>266</sup> DPT., a.a.O., 1995, S. 191



## 5. Das Ende des Ost-West-Konfliktes und der Wandel in der Sicherheitspolitik der Türkei

### 5.1. Das Ende des Kalten Krieges und die türkische Außen- und Sicherheitspolitik

In der Zeit der bipolaren Welt war in der Sicherheitslage der Blöcke - abgesehen von lokalen Kriegen in Afrika und Lateinamerika, Korea und Vietnam - ein Stabilitäts- und Friedenszustand in den internationalen Beziehungen zu beobachten. In der Zeit des Kalten Krieges bewährte sich die westliche Strategie der Abschreckung und Eindämmungspolitik.<sup>1</sup> Die Supermächte und die Verteidigungsallianzen haben eine direkte militärische Konfrontation vermieden. Jedes Verteidigungsbündnis besaß eine bestimmte Strategie und feste Verteidigungsdoktrinen. Der Feind stand schon für beide Seiten fest, sie wußten gegenseitig über ihre Kräfteverhältnisse und Schwächen, Waffentechnologien, Strategien, Möglichkeiten und Kapazitäten Bescheid. Dieses auf gegenseitiger Abschreckung basierende Gleichgewicht hat zur Konsolidierung eines mehr als vier Jahrzehnte anhaltenden Friedenszustandes beigetragen. Einer der Staaten, der vom Zustand des durch das Abschreckungsgleichgewicht entstandenen Friedenszustandes profitierte, war trotz allen negativen Begleiterscheinungen die Türkei.<sup>2</sup> Die Türkei konnte ihre strategischen Karten innerhalb der NATO während des Kalten Krieges gut ausspielen, gleichzeitig trug sie jedoch auch die Risiken, die mit der NATO-Zugehörigkeit verbunden waren. Ihre geostrategische Lage an der Schnittstelle dreier Kontinente bestimmte auch die Faktoren, die die Sicherheitspolitik der Türkei prägten.<sup>3</sup> Neben der politisch-kulturellen Westorientierung wurden die aus geographischer Lage heraus entstandenen sicherheitspolitischen Herausforderungen im Hinblick auf die Sowjetunion als unvermeidliche Pflichten empfunden und wurden wesentlich bei der Bestimmung der innen- und außenpolitischen Grundentscheidungen in Betracht gezogen.<sup>4</sup>

Daß nach dem „Ende der Nachkriegsordnung“ das „Sicherheitsdilemma“, das den Osten und Westen über den Anlaß ihres Konfliktes hinaus in einem antagonistischen Gegeneinander gefangenhielt<sup>5</sup>, nicht mehr in dieser Form existierte und der Westen keinen Anlaß mehr hatte, sich vom Osten bedroht zu fühlen, zeigte negative Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Türkei und den westlichen Staaten.

Die Überwindung einer sowjetischen Bedrohung relativierte den strategischen Stellenwert der Türkei. Die Erklärung des US-Präsidenten Bush in seiner Haushaltsrede am 02.09.1989, die amerikanischen Verteidigungsausgaben zu reduzieren, und der Vorschlag des US-Präsidenten bei der NATO-Gipfelkonferenz vom 29.-30.5.1989, die amerikanischen militärischen Streitkräfte und Stützpunkte in verschiedenen Ländern um

<sup>1</sup> Gustav Däniker, „Stabilisierung als strategische Aufgabe“. In: Zeitschrift Europäische Sicherheit. Herford, Jahrg. 43, 10/94, S.508

<sup>2</sup> Suat İlhan, „Bozulan Dengeler“ (Gestörte Gleichgewichte). In: Zeitschrift Yeni Türkiye, Özel Sayı „Türk Dış Politikası/Türkische Außenpolitik. Mart/Nisan 3/95, S. 535

<sup>3</sup> O. Akgönenç Mughisuddin, „Türkiye'nin Rusya Politikası: 1990 Sonrası Gelişmeler Çerçevesinde ve Öncelikler“ (Die russische Außenpolitik der Türkei: Die Entwicklungen nach 1990 und die Prioritäten im Rahmen der neuen Entwicklungen). In: Yeni Türkiye, Özel Sayı, Türk Dış Politikası/Türkische Außenpolitik. Mart/Nisan, 3/1995, S. 447

<sup>4</sup> Ebd., S. 448

<sup>5</sup> Wilfried Loth, „Das Ende der Nachkriegsordnung“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 26.4.1991, S. 3 u. ff.

20 %<sup>6</sup> abzubauen, führte in der Türkei zur Besorgnis, da diese wirtschaftliche und militärischen Maßnahmen der USA auch die Türkei betreffen würden.

Die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten sind am 21.11.1990 in „einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen“ in Paris zusammengetreten, um in der Charta von Paris das Ende des Zeitalters der Konfrontation und der Teilung Europas und den Aufbruch eines „neuen Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Freiheit“ zu verkünden.<sup>7</sup> Damit war das Ende des Kalten Krieges offiziell besiegelt worden. Hinzu kam, daß man sich auf der Herbsttagung der NATO-Außenministerkonferenz im Dezember 1990 darüber einigte, den Begriff „Schutzbündnis“ gegenüber dem Warschauer Pakt fallenzulassen und der Stabilität in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Vorrang einzuräumen<sup>8</sup>, was bedeutet, daß die NATO ihre Funktion „als Rahmen für obligatorische kollektive Verteidigung“<sup>9</sup> gelockert hat. Die Besorgnis der Türkei wurde von einem General im Jahr 1989 zum Ausdruck gebracht:

„Während Europa abrüstet, ist Türkei sicherheitspolitischen Gefahren gegenüber der Sowjetunion ausgesetzt, mit der sie eine lange gemeinsame Grenze hat. Glasnost und Prestroika haben dazu geführt, daß die Rolle der Türkei innerhalb der NATO in Frage gestellt worden ist. Wie wird die Sicherheit der Türkei gewährleistet werden, wenn die wirtschaftliche, politische und militärische Einheit der Türkei mit dem Westen unter dem Schirm der EU und der WEU abgelehnt wird?“<sup>10</sup>

Nach dem Ende des Kalten Krieges schienen die Ideologien und politischen Parolen ihren Einfluß beim globalem Prozeß der politischen Neugestaltung als bestimmenden Faktor zuerst verloren zu haben. An deren Stelle traten die ethnischen und Nationalitätenkonflikte und damit verbunden die Suche nach eigener Identität in den Vordergrund. Neben Nationalitätenkonflikten wurde die Geopolitik mit ihren veränderlichen (sozialen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen) und unveränderlichen (geographischen) Komponenten die prägenden Bestimmungsfaktoren der neuen Weltpolitik.<sup>11</sup>

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und die dadurch entstandene Neustrukturierung der internationalen Ordnung und das Machtvakuum im regionalen Bereich wurden neue ethnisch-nationalen Gefühle und Interessen wach, die nacheinander in kriegerischen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen ausarteten. Der große Raum vom Balkan über den Kaukasus und Mittelasien bis zum Nahen Osten (um die Türkei herum) wurde zum neuen Schauplatz bewaffneter Auseinandersetzungen. Es ging um ethnische und Nationalitätenkonflikte, Grenzzwischenfälle sowie um die internationalen Interessenkonstellationen, um Vormachtstellung und Einflußnahme in der sich neu formierenden Weltordnung. Die neue Lage der Türkei nach dem Zusammenbruch des

<sup>6</sup> Bis 1994 wurden 12 NATO-Stützpunkte in der Türkei geschlossen. Bei den wirtschaftlichen und militärischen Hilfeleistungen der USA wurden ebenfalls Reduzierungen verzeichnet. Özden. Z. O. Alantar in

G. Özcan/Ş. Kut, (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 222, Fußnote 3

<sup>7</sup> Der Wortlaut der Erklärung des Pariser KSZE- Treffens der Staats- und Regierungschefs in D. Senghaas, a.a.O., 1992, S. 211 und ff.

<sup>8</sup> Heinz Magenheimer, „Zur Neukonstellation der Mächte in Europa“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 26. April 1991, S. 21- 31

<sup>9</sup> Uwe Nerlich, „Neue Sicherheitsfunktion der NATO“. In: EA, Folge 23/1993, S. 664

<sup>10</sup> Zit. n.: Özden. Z. O. Alantar, a.a.O., 2000, S. 222 Die Türkei wurde ab 1995 mit der Inkraftsetzung des Beschlusses der WEU vom 20.11.1992 „Partner- Mitglied“ der WEU.

<sup>11</sup> S. İlhan a.a.O., 1995, S. 534

Ostblocks wurde von der amerikanischen Tageszeitung „Herald Tribune“ am 18. Mai 1995 so zum Ausdruck gebracht:

„Schon bei einem Blick auf die Karte der Türkei bietet sich eine Sicht auf alle ‚trouble spots‘ der Welt nach dem Kalten Krieg. Die Türkei ist geographisch, ethnisch bzw. politisch mit den Problemen des Irak, des Irans, Armeniens, Azerbaidchans, Zyperns, Griechenlands, Bulgariens, Rußlands, Tadschikistans, Syriens und des islamischen Fundamentalismus verbunden. Was den Türken noch fehlt, ist eine Grenze mit Tschetschenien. Die türkische Außenpolitik ist ein Alptraum von 360 Grad.“<sup>12</sup>

Hinzu kam, daß die gegen die Einheit des Staates gerichtete und die innere Sicherheit der Türkei bedrohenden PKK-Gewalttaten ein bis dahin nicht erlebtes Ausmaß angenommen hat. Die unerwarteten Veränderungen und Konflikte im Umfeld der Türkei führte zwangsweise zur Konzentration der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik auf regionaler Ebene. Die Leitartikel der türkischen Zeitungen von Ende 1990 bis 1993 belegen diese Tatsache ebenfalls. Nur 15 von insgesamt 268 Leitartikeln (in vier Tageszeitungen, nämlich Hürriyet, Milliyet, Sabah und Cumhuriyet) behandeln von 1991 bis 1993 unmittelbar die EU-Türkei-Beziehungen. Die anderen Leitartikel der Journalisten, Wissenschaftler und Politiker konzentrieren sich hauptsächlich auf die regionale Außenpolitik der Türkei oder deren internationale Konsequenzen.

## **5.2. Die Außen- und Sicherheitspolitik von Özal: Vision einer neuen Identität**

„Die Identität eines Systems erkennt man an ihrer Außenpolitik.“<sup>13</sup>

Von den Veränderungen in der internationalen Ordnung nach dem kalten Krieg waren besonders die Regionen betroffen, mit denen die Türkei geschichtliche und kulturelle Verbindungen hatte und deren außen- und sicherheitspolitischen Interessen die Türkei unmittelbar betraf. In der Außen- und Sicherheitspolitik wurde die Türkei nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit inhaltlich und strategisch anders gelagerten und somit neuen Problemen konfrontiert. Aufgrund der neuen Situation in ihrem Umfeld sah sich die Türkei gezwungen, ein neues außenpolitisches Konzept zu entwickeln, um auf außenpolitische Herausforderungen entsprechend reagieren zu können. Wenn die Türkei an einer über ihre Grenzen hinausgehenden Einflußbereicherung kein Interesse zeigen würde, würde das durch den Zerfall der Sowjetunion entstandene Machtvakuum auf dem Balkan, im Transkaukasus und Mittelasien ohne weiteres von anderen Staaten gefüllt werden. Dies würde allein aus der geostrategischen, geopolitischen und geokulturellen Lage heraus die vitalen Interessen der Türkei berühren. Während der Übergangsphase der regionalen und internationalen Neustrukturierung schien es für die Türkei notwendig zu sein, ihre außenpolitischen Zielsetzungen neu zu definieren und eine neue außen- und sicherheitspolitische Strategie zu entwickeln. Diese neue Außenpolitik der Türkei wurde von Özal folgendermaßen formuliert: „Bereit zu sein, Risiken zu übernehmen und mutig genug sein, zu handeln.“ Damit hat er neue Akzente in der türkischen Außenpolitik gesetzt, die über den klassischen außen- und sicherheitspolitischen Rahmen hinausgingen. Ethnische Konflikte auf dem Balkan und der Säuberungskrieg der Serben gegen bosnische Muslime sowie die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Turkstaaten gaben der Identitätsorientierung und Definition der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik neue Impulse. Diese Orientierung und Identitätssuche der Türkei wurde auch außerhalb der

<sup>12</sup> Zit. n.: U. Steinbach, a.a.O., 1996, S. 80

<sup>13</sup> Zeitschrift, İzlenim, 12/1993

Türkei als „der zweite Teil des Osmanischen Reiches im 21. Jahrhundert“ bewertet<sup>14</sup>. Dazu war es aber notwendig, die Veränderungen und Tendenzen in der internationalen Ordnung richtig abzuschätzen und entsprechende Flexibilität in der Außenpolitik zu zeigen. Eine solche Strategie mit neuer Zielorientierung konnte nur durch die Abkehr von der klassischen Außenpolitik hin zu einer aktiven Außenpolitik verwirklicht werden.<sup>15</sup>

Im Hinblick auf die neuen Zielvorstellungen in der türkischen Außenpolitik unter Özal stehen sich zwei Thesen gegenüber: Zum einen wird behauptet, daß die Außenpolitik der Türkei seit den achtziger Jahren eigentlich eine Fortsetzung der türkischen Politik auf der Grundlage der kemalistischen Prinzipien sei. Die regionale Orientierung und die Öffnung zur islamischen Welt unter Özal wäre nichts anderes als eine Folge der Fortsetzung der klassischen Außenpolitik der Türkei. Sie seien eine Pseudoerscheinung, weil die außen- und innenpolitische Westorientierung der Türkei die Grundlinien der türkischen Außenpolitik seit ihrem Bestehen bestimme.<sup>16</sup> Keine Regierung – mit anderer politischer Orientierung – habe versucht, die außenpolitische Westorientierung der Türkei in Frage zu stellen. Alle Regierungen wären gezwungen, den traditionellen außenpolitischen Kurs der Türkei zu verfolgen. Die zweite These ist Ausdruck der Suche nach einer eigenen Identität (Neo-Osmanismus), die sich an das osmanische Staatsverständnis anknüpft. Demzufolge habe eine innenpolitische sowie außenpolitische Identitätsveränderung stattgefunden.<sup>17</sup> Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob das Konzept des Neo-Osmanismus eine neue Orientierung in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik darstellte.

### 5.2.1. „Türkischer Staatspräsident muslimischer Osmane“: auf der Suche nach einer neuen Identität?

Die Gründung des Nationalstaates der Republik Türkei bedeutete eine endgültige Absage an den niedergegangenen osmanischen Staat und seine Gesellschaftsordnung. Die Gründer der jungen Republik wollten mit der Bindung der türkischen Nation an gesellschaftliche Institutionen des Osmanischen Staates genauso brechen wie mit den Wertvorstellungen der Vergangenheit. Es wurde stets abgelehnt, bei internationalen Beziehungen die Türkei mit dem osmanischen Staat in Verbindung zu bringen.

Nach mehr als 60 Jahren seit der Gründung der Republik wurde in der türkischen Außenpolitik in Ansätzen zum ersten Mal von einer neuen Orientierung gesprochen, die offen eine Verbindung zwischen der türkischen Außenpolitik und dem osmanischen Staat herstellte und ihre innere Legitimation in dem multikulturellen Charakter der osmanischen Gesellschaftsordnung suchte. Kein anderer Minister- und Staatspräsident in der Türkei hat vor Özal die kulturellen, geschichtlichen und religiösen Gemeinsamkeiten der Türkei mit ihrem Hinterland so deutlich zum Ausdruck gebracht und zu einem Bestandteil der Innen- und Außenpolitik gemacht wie Özal. Daher wurde Özal wegen seiner innen- und außenpolitischen Vorstellungen und seines Handelns das Attribut „türkischer Staatspräsident: muslimischer Osmane“<sup>18</sup> zugeschrieben. Die außenpolitischen Zielvorstellungen der Türkei Anfang der neunziger Jahre verstärkten diese Tendenzen, so

<sup>14</sup> Robert David Kaplan „It's the Ottoman Empire- Part 2“. Milliyet, 18.7.1991

<sup>15</sup> H. Bağcı, a.a.O., 1996, S. 21

<sup>16</sup> Şaban Çalış, „Ulus, Devlet ve Kimlik Labirentinde Türk Dış Politikası“ (Türkische Außenpolitik im Labyrinth der Nationalität des Staates und der Identität). In: Liberal Düşünce Dergisi, Kış/1999, S. 7

<sup>17</sup> Dazu: M. Hakan Yavuz, „Değişen Türk Kimliği ve Dış Politika“ (Die sich verändernde türkische Identität und Außenpolitik). In: Liberal Düşünce Dergisi, Kış/1999, S. 22-38

<sup>18</sup> Zeynep Göğüş, „Türkiye Cumhurbaşkanı: Müslüman Osmanlı“. Hürriyet, 19.04.1993

daß von einem außenpolitischen Konzept mit dem Namen „Neo-Osmanismus“ gesprochen wurde, das die theoretischen Grundlagen der neuen türkischen Innen- und Außenpolitik darstellte. Das Konzept des Neo-Osmanismus war eine Antwort auf die Suche nach einer Rolle der Türkei in der neuen internationalen Ordnung auf regionaler Ebene, wo sich die Türkei einen neuen Bewegungsraum und neue Rahmenbedingungen für ihre künftige Außenpolitik schaffen wollte.

### 5.2.1.a. Der theoretische Ansatz des Neo-Osmanismus

Um die theoretischen Grundlagen des Neo-Osmanismus zu bestimmen, bedarf es einer Definition des nationalen Staatsverständnisses. Die von Emerich<sup>19</sup> als „Ethos“ und „Demos“ bezeichneten Begriffe weisen auf unterschiedliche Auslegungen des Staatsverständnisses und eine unterschiedliche Legitimationsbasis hin. „Demos“ im nationalen Sinn impliziert eine gemeinsame Sprache, Abstammung, Religion, Geographie und Geschichte und deutet auf den Willen der „citoyens“ hin, auf der institutioneller Grundlage einen gemeinsamen Staat zu gründen. Nach der Auffassung des „Demos“ ist der Mensch „als citoyen weder der Sklave seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Religion, noch des Laufs der Flüsse oder der Richtung der Gebirgsketten.“<sup>20</sup> Alle, die durch Volkssouveränität an der Herrschaft teilhaben und sie als legitim anerkennen, bilden die Nation. Der Nationalismus des „Ethos“ beruht auf einer gemeinsamen Kultur, Geschichte, Sprache und Abstammung, auf gemeinsamen Sitten, einer gemeinsamen Gefühlswelt und Religion von Menschen, die auf dieser Grundlage ein Selbstbewußtsein entwickeln. Sie sind „willkürlich geschaffene Ordnungssysteme“, aber ihre Stärke liegt darin, die Fähigkeit zu haben, ohne Rücksicht auf Herkunftsverhältnisse ein Volk zu vereinen und unterschiedliche Ethnien zusammenzubringen. Sie können dann als ethnische Einheit fortbestehen. Während für den Nationalismus des Demos der Laizismus die Grundlage eines Nationalstaates bildet, integriert der Nationalismus des Ethos die Religion in gemeinsame Merkmale des Volkes wie Geschichte, Sprache und Kultur.<sup>21</sup>

Diese beiden Modelle sind miteinander verflochten, überschneiden sich und fordern sich gegenseitig heraus. Während sich im Zuge der Industrialisierung der Nationalstaat als Demos im westlichen Teil der Welt festigte, existieren die Formen der Kulturnationen im russischen und Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts und im heutigen asiatischen Raum.

Der Zerfall des Kommunismus hat nicht nur die auf Demokratie und freie Marktwirtschaft basierenden Staatsnationen westeuropäischen Musters gestärkt. Das Wiederbeleben und Aufblühen des Gedankens der Kulturnation fordert auch ethnische Konflikte aufgrund des politischen Verlangens nach Eigenstaatlichkeit heraus. Die Konflikte auf dem Balkan und im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, die auf der Grundlage der kulturellen, ethnischen und religiösen Unterschiede ausgetragen werden, zeigen, daß mit der Entwicklung der modernen Industriegesellschaften das „Ethos“, also ein Festhalten an der Identität der Kulturnationen, nichts an Wirksamkeit eingebüßt hat.

Das außenpolitische Konzept der Türkei nach dem Zerfall des Ostblocks und die dadurch ausgelöste Suche nach einer neuen Identität sowohl, was die gesellschaftliche Ordnung als

<sup>19</sup> Hans Nicklas, „Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und der Unionsbürgerschaft“. In: Bruno Schoch/ F. Solms/R. Mutz (Hrsg.), „Friedensgutachten 1996“. Münster, 1996, S. 69 u. ff.

<sup>20</sup> E. Renan, zit. n.: H. Nicklas, a.a.O., 1996 S. 70

<sup>21</sup> Vgl. Lothar Döhn, 1998, S. 433

auch was die Außenpolitik angeht, ist ein Konzept im Sinne des Ethos-Modells. Den Denkern des Neo-Osmanismus war nämlich klar, daß mit der nationalen Identität bzw. mit dem Nationalverständnis der Republik Türkei das neu entstandene kulturelle, politische und strategische Vakuum, das als natürliches Hinterland der Türkei bezeichnet wurde<sup>22</sup>, nicht gefüllt werden konnte.

Im Konzept des Neo-Osmanismus existiert eine starke Einbeziehung der identitären Merkmale eines Nationalstaates nach dem Verständnis des Ethos. So konnte Özal trotz des modernen laizistischen Nationalismus der Türkei auf der Grundlage des Demos eine Verbindung mit dem regionalen Umfeld herstellen, die eine Fülle von ethnischen, religiösen, geschichtlichen, kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten mit den ethnischen Volksgruppen außerhalb ihrer Grenzen vom Balkan bis Zentralasien aufweisen kann. Özal verwies darauf und sagte:

„Die Türkei muß besonders bei der Festlegung ihrer Identität und ihrer eingeschlagenen Richtung eine sehr gute Entscheidung treffen. (...) Während der Osmanzeit konnten die ethnischen Minderheiten ihre nationale und kulturelle Identitäten bewahren, da es im osmanischen Staatsverständnis keine Assimilationspolitik gab. Wenn wir auf die Türkei kommen, sieht die Sache anders aus. Wir repräsentieren ein auf islamischen Wurzeln basierendes, ineinander verflochtenes auf freiem Willen beruhendes, gemeinsames Leben. Trotz der unterschiedlichen Ethnien haben wir es geschafft, eine ethnienübergreifende Identität zu schaffen. Ich bin der Meinung, daß der Islam – wie in der osmanischen Ära – ein wichtiger Faktor bei der Entstehung dieser Identität ist. Der Islam ist für die verschiedenen ethnischen Gruppen der Zement, der sie zusammenhält.“<sup>23</sup>

Die neue Außenpolitik der Türkei war nach dem Konzept des Neo-Osmanismus das Wiedererinnern an das gemeinsame historische Erbe in diesem Raum und das Einbeziehen der Faktoren der gesamtürkischen Identität, die in der Außenpolitik der Türkei bis dahin bewußt vernachlässigt wurde. Daher war die Perzeption Özals, sich als Schutzpatron der Kurden im Nordirak anzubieten, ein Teil eines neuen Identitätsbewußtseins in der türkischen Außenpolitik. Dazu gehört auch, daß er am 18. Februar 1993 auf dem Taksimplatz in Istanbul während einer Kundgebung zu Bosnien-Herzogowina den Massen zurief, daß die bosnischen Muslime 60 Mio. Brüder hätten, sie nicht allein auf der Welt seien und daß Bosnien-Herzegowina das Andalusien der Türkei sei. Er versicherte, daß die Türkei nicht zulassen werde, daß das Schicksal Bosnien-Herzegowinas wie das Schicksal Andalusiens sein würde.<sup>24</sup>

### 5.2.1.b. Das Konzept des Neo-Osmanismus

Für die Entstehung des Konzepts des Neo-Osmanismus waren drei Entwicklungen ausschlaggebend, die sich aus innenpolitischen und außenpolitischen Entwicklungen herleiten lassen.

1. Im Rahmen der von Özals Regierung eingeführten liberalen Politik wurden neue politische und ökonomische Kräfteverhältnisse in der Türkei geschaffen. Als Folge entstanden politische Bewegungen, die der bestehenden Ordnung kritisch

<sup>22</sup> C. Çandar, in Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 104

<sup>23</sup> Özal: „Türkiye'nin Önünde Hacet Kapıları Açılmıştır“ (Es ist die höchste Zeit für die Türkei, neue Horizonte zu erlangen). In: Türkiye Günlüğü, (Interview) 19/ Yaz 1992, S.17

<sup>24</sup> Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal auf dem Taksimplatz am 18.2. 1993. In: Türkiye Günlüğü, 22/ Bahar 1993, S. 8-15

gegenüberstanden und nach einem neuen, alternativen gesellschaftlichen Identitätsmodell suchten.

2. Die Ablehnung der EG-Vollmitgliedschaft der Türkei, das Ende des Kalten Krieges und die Suche nach neuen alternativen Absatzmärkten und neuen Perspektiven in der Außenpolitik, die Kuwaitkrise, die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan und die Eröffnung neuer Horizonte für die Außenpolitik in Richtung Zentralasien gaben der Idee des Osmanismus neue Impulse.
3. Für die Schaffung nach einer nach innen und außen gerichteten neuen Identität mußte eine Legitimationsgrundlage gefunden werden. Diese Legitimation konnte nur aus der Geschichte bezogen werden. Dafür schien aber notwendig zu sein, daß die Türkei sich mit ihrer osmanischen Geschichte versöhnen mußte. D.h. die dritte Dimension des Neo-Osmanismus sah vor, Verantwortung für die Bürger – vor allem der Muslime – in den Gebieten des ehemaligen Osmanischen Reiches zu übernehmen, gegenüber denen die moderne türkische Politik eine distanziertere Haltung eingenommen hatte.

Diese Verantwortung zeichnete sich durch folgende Charakteristika aus:

- a. Die Aneignung der osmanischen Erbes in der Außenpolitik, welches die Übernahme der Verantwortung für die Nachfahren ehemaliger osmanischer Bürger im ehemals osmanischen Territorium impliziert.
- b. Eine wirtschaftlich entwickelte und demokratische<sup>25</sup> Türkei, die den inneren Frieden und die Stabilität erreicht und somit ihre Vormachtstellung in der Region gesichert hat.

Der Neo-Osmanismus zielte darauf ab, neue wirtschaftliche und außenpolitische Horizonte für die Türkei zu eröffnen und die Mauern zu durchbrechen, die die Türkei in Laufe ihrer Geschichte um sich herum aufgebaut hat: weg von der geschlossenen Gesellschaft, weg von der nach innen orientierten Wirtschaft, Anpassen an die sich verändernden Verhältnisse des internationalen Systems.<sup>26</sup> Das bedeutete mit anderen Worten, daß die Türkei ihre nationalen Interessen inhaltlich neu definierte. Da „die Identitäten die Grundlage für nationale Interessen bilden“<sup>27</sup>, besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der politischen Identität eines Staates und der Bestimmung der nationalen Interessen. Im allgemeinen versteht man unter den nationalen Interessen eines Staates die Gesamtheit bzw. die Summe der Interessen, die auf einer weitgehenden Zustimmung vielfältiger Interessengruppen bzw. großen Teilen der Gesellschaft bzw. der im Staate herrschenden Gruppe basiert.<sup>28</sup>

Einer der Wortführer des Neo-Osmanismus, Nur Vergin, begreift den Begriff als eine politische Einstellung, sich für den über die nationalen Grenzen hinausgehenden ehemaligen osmanischen Raum zu interessieren. Neo-Osmanismus beinhaltet den Anspruch den politischen Einfluß der Türkei auf die ehemaligen Gebiete des Osmanischen

---

<sup>25</sup> M. Hakan Yavuz setzt in seiner Abhandlung die Demokratisierung der Türkei nicht unbedingt als notwendig für die Verwirklichung des Konzepts des Neo-Osmanismus voraus. Aber ein gesellschaftspolitisches System in der Türkei kann ohne Demokratisierung und Liberalisierung keine neue innen- und außenpolitische Perspektive entwickeln kann, weil sich die traditionelle, ideologisch geprägte türkische Außenpolitik viel mehr gegen jene außenpolitischen Orientierungen abgrenzt, gegenüber denen sich das Konzept Neo-Osmanismus öffnen möchte.

<sup>26</sup> Özal: „Türkiye İçin Hacet Kapıları Açılmıştır“. a.a.O., 19 /1992, S. 8

<sup>27</sup> M. Hakan Yavuz, a.a.O., 1999, S. 22

<sup>28</sup> A. Nuri Yurdusev, „Bir Ülkenin Dış Politikasını Etkileyen Faktörler“ (Die Faktoren, die die Außenpolitik eines Landes beeinflussen) . In: Zeitschrift, Hak-İş. „Die Türkei – Außenpolitik“. Sonderausgabe, B2/ Haziran/1995, S. 6

Reiches auszudehnen. Dies setzt natürlich eine wirtschaftlich gestärkte Türkei voraus. Der Neo-Osmanismus ist nach Vergin ein Verhalten, eine Perspektive, wonach eine ablehnende Haltung gegen das politische Verhalten der Staatseliten entwickelt wurde. Es ist zugleich eine Absage an die stillschweigend hingenommene Perzeption der Staatseliten, eine Provinz der Weltpolitik zu sein. C. Çandar versteht dagegen das Konzept im Rahmen der sich verändernden Weltpolitik und damit zusammenhängend mit der neuen Rolle der Türkei innerhalb der neuen globalen Politik.

Die Türkei wurde von dem „Flankenland“ des westlichen Verteidigungssystems während des Kalten Krieges in das Zentrum eines neuen Systems gerückt, in dem die Türkei einen großen Wirtschaftsraum kontrollieren kann. Die Türkei konnte aber mit einem von der Außenwelt abgekapselten und etatistischen System - also ohne Veränderung der gesellschaftspolitischen Ordnung - dieser neuen Aufgabe nicht gerecht werden. Die Türkei mußte sich was Außenpolitik und Wirtschaft sowie innere Sicherheit und äußere Sicherheitsdoktrinen angeht neu definieren und ihr Spektrum erweitern. Die natürliche Geographie, in der die Türkei ihren Bewegungsraum erweitern kann, ist die alte Geographie des Osmanischen Reiches.<sup>29</sup> Das in der Zeit des Osmanischen Reiches geprägte Attribut „Kranker Mann“ konnte mit der Gründung der Republik Türkei immerhin insofern Genesung erfahren, als ihr die Rolle des „Kranken Wächters am Bosphorus“<sup>30</sup> zugewiesen wurde, aber weiterhin unter Krankheit litt. Die Diagnose lautete: Identitätskrise. Diese Krise zeichnete sich dadurch aus, daß die Türkei keine gesunde und einwandfreie Verbindung zwischen ihrem „Herz“ und ihrem „Verstand“ herstellen konnte. Das Konzept des Neo-Osmanismus zielte darauf ab, eben diese Verbindung zwischen dem Herz (Geschichte, Kultur und Religion) und dem Verstand (auf der Grundlage des Rationalismus basierende demokratische, pluralistische Gesellschaftsordnung) herzustellen, um diese chronisch gewordene Identitätskrise zu überwinden, damit man von der „ewig kranken“ zur gesunden und entwickelten Türkei werden konnte. Der Neo-Osmanismus forderte die Türkei auf, in der internationalen Politik eine aktive Rolle zu übernehmen und sich in der Region als Regionalmacht zu präsentieren. Das Konzept enthielt eine „imperiale Vision“, die auf die Ausdehnung der kulturellen und wirtschaftlichen Einflußsphäre der Türkei anstrebte und auf keinen Fall als eine Außenpolitik der Kriegstreiberei verstanden werden sollte. Imperiale Vision bedeutete die Überwindung der streng verstandenen türkischen Identität und die Einbeziehung und Anerkennung der anderen Identitäten, wobei die türkische Identität die Grundlage des Neo-Osmanismus bildet.<sup>31</sup>

Der Neo-Osmanismus beruht auf freier Marktwirtschaft, Menschenrechten und einer multikulturellen Gesellschaft, in der die moslimische Identität im Vordergrund tritt, die die Grundlage verschiedener ethnischen Gruppen und Nationalitäten bildet.<sup>32</sup> Im Hinblick auf die Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung auf der Grundlage der freien Marktwirtschaft und einer pluralen Gesellschaftsordnung stimmen die Konzepte der Neo-Osmanismus und der Zweiten Republik überein. Mit folgender Ausnahme: Während der Neo-Osmanismus sowohl in der gesellschaftlichen Politik als auch in der Außenpolitik die Betonung der islamischen Identität als Nationen und Ethnien übergreifendes Phänomen in

<sup>29</sup> N. Vergin, Zeitschrift, Yeni Zemin, Januar, 1993, S. 93

<sup>30</sup> U. Steinbach, „Kranker Wächter am Bosphorus“. Ploetz Verlag, Würzburg 1979

<sup>31</sup> C. Çandar bezeichnet die türkischen Unternehmer, die man überall auf der Welt sehen würde, als Motor der

imperialen Vision. C. Çandar in M. Sever/D. Dizdar, (Hrsg.), a.a.O., 1993, S. 110 und ff.

<sup>32</sup> Ebd., S. 105-106

den Vordergrund stellt, sieht das Konzept der Zweiten Republik seine Aufgabe darin, das System auf der Grundlage der kemalistischen Prinzipien an die zeitgenössische Wertvorstellungen der modernen Welt anzupassen und entsprechend die Beziehungen zwischen dem Staat und dem einzelnen Individuum auf der Grundlage der liberalen Gesellschaftsordnung zu zivilisieren.<sup>33</sup>

Der Neo-Osmanismus wertet die im Konzept der Zweiten Republik enthaltenen Grundsätze als Grundvoraussetzung für die Verwirklichung des Neo-Osmanismus. Aber Neo-Osmanismus unterscheidet sich von der Zweiten Republik durch die zugrunde gelegten kulturellen Grundlagen. Die Ziele des Neo-Osmanismus sind im Bezug auf außenpolitische Vorstellungen umfassender. Seine kulturellen Grundlagen werden aus der osmanischen Tradition geschöpft. Das Konzept der Zweiten Republik kann sich dem Vorwurf nicht entziehen, eigentlich ein Importmodell aus Frankreich zu sein.<sup>34</sup>

Eine andere Perzeption des Neo-Osmanismus bestand darin, die Türkei als eine Wirtschaftskraft in der internationalen Politik zu sehen und nicht wie in den siebziger Jahren, als sie zur Verärgerung ihrer Verbündeten „ihre Hände ausstreckte“<sup>35</sup>, um Bargeld einzusammeln, sondern darauf Wert zu legen, im Wirtschafts- und Handelsbereich als gleichberechtigte Partner gegenüber Europas aufzutreten. N. Vergin sieht im Verhalten Özals ein Zeichen für einen Kurs- und Identitätswechsel der türkischen Außenpolitik zu Gunsten des Neo-Osmanismus. Beim ersten offiziellen Besuch Özals in der USA (27. März – 5. April 1985) sagte er: „Wir wollen von Ihnen keine Hilfe, wir wollen mit Ihnen Partnerschaft schließen, Ihr Partner sein.“<sup>36</sup>

Die Grenzen des traditionellen Einflusses der Türkei verlaufen innerhalb der Misak-i Milli Grenzen.<sup>37</sup> In ihrer Außenpolitik verhält sich die Türkei gegenüber ihrem Umfeld eher distanziert. Der Einflusssbereich der Grenzen des Neo-Osmanismuskonzepts reicht dagegen bis in den geschichtlichen Raum des alten osmanischen Territoriums, bis auf den Balkan (Velka-Kladusa)<sup>38</sup>. Gerade deswegen wurde Özal, aufgrund seiner außenpolitischen Handlungen, als „ein muslimischer Osmane“ bezeichnet. „Özal ließ sowohl bei seinen letzten offiziellen Besuchen in den mittelasiatischen Turkstaaten kurz vor seinem Tod als auch bei seinen Besuchen in den Balkanstaaten einen Eindruck erwecken, daß er ein muslimischer Osmane und türkischer Staatspräsident war. Er war viel mehr ein wirtschaftlicher als ein militärischer Expansionist, was Einflußmöglichkeiten der Türkei nach außen angeht.“<sup>39</sup> Özals politische Zielvorstellung bestand darin - selbst wenn er mehr von den USA beeindruckt war -, einen „osmanischen Staat“ (wie das heutige Europa) zu schaffen. Die neue „Waffe“ der Türkei sollte ihre wirtschaftliche Dynamik

<sup>33</sup> M. Altan in M. Sever/C. Dizdar (Hrsg.) a.a.O., 1993, S. 53

<sup>34</sup> C. Çandar in Ebd., S. 97

<sup>35</sup> Dietrich Schlegel, „Die Außenpolitische Position der Türkei in der Golfkrise und das Verhältnis zu Europa“. In: Südosteuropa Mitteilungen. 4/1990, S. 273

<sup>36</sup> N. Vergin, (Interview). In: Zeitschrift, Yeni Zemin. Januar 1993, S. 93.

<sup>37</sup> Misak-Milli (Nationaler Eid). Das osmanische Abgeordnetenhaus (Mecilis-i Mebusan) verabschiedete bei

seiner letzten Versammlung (1920), einen Beschluß, wonach das als nationales Grenzgebiet festgelegte Territorium unbedingt verteidigt werden mußte. Die heutige Grenzen der Türkei gelten als Misak-i Milli Grenzen. Draußen geblieben sind die Provinzen Moussul und Kirkuk, die in diesem Nationalen Eid mitgezählt worden waren.

<sup>38</sup> N. Vergin, „Türkiye'nin Kendisinden Korkmaması Aslına Rücu Etmesi Lazım“ (Die Türkei sollte vor sich selbst keine Angst haben, sondern zu eigener Quelle zurückkehren). In: Türkiye Günlüğü, 19/1992, S. 41-47

<sup>39</sup> Z. Göğüş, „Türkiye Cumhurbaşkanı: Müslüman Osmanlı“. Hürriyet, 19.04.1993

sein. Durch die geschickte Anwendung der wirtschaftlichen Möglichkeiten konnte die Türkei in der Region einflußreicher werden als sie es bisher war.<sup>40</sup> Özal wurde zum politischen Sprecher und Verwirklicher der Neo-Osmanismusbewegung.<sup>41</sup> Der Neo-Osmanismus beinhaltet eigentlich die Kriterien, die Özal in der Innen- und Außenpolitik der Türkei als „großen Umwandlungsprozeß“ bezeichnete. Während er in der Innenpolitik versuchte, die Staatsideologie zu besänftigen oder konkret zu verändern, um einen gesellschaftlichen Konsens durch einen Umwandlungsprozeß herbeizuführen, eröffnete er in der Außenpolitik neue Horizonte auf der Grundlage des Neo-Osmanismuskonzepts.

Bei der Gestaltung der türkischen Außenpolitik machte Özal die strikte Einhaltung des Laizismusprinzips des Staates nicht zur Maxime seines Handelns. Es ging für ihn in erster Linie darum, die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei voranzutreiben. Bei dem Aufbau von Beziehungen zu islamischen Ländern hat er die geschichtlichen, kulturellen und religiösen Gemeinsamkeiten mit der Türkei unterstrichen. Bei seinen offiziellen Besuchen in den muslimischen Ländern hat er seinem Verhalten Nachdruck verliehen, indem er den islamischen Werten Aufmerksamkeit schenkte und die islamischen Heiligtümern in den jeweiligen Ländern besuchte. Bei seiner offiziellen Reise nach Mazedonien fuhr er direkt zur Isa Bey-Moschee, um dort zu beten, danach besuchte er den Vorsitzenden des Amtes für Religiöse Angelegenheiten.<sup>42</sup> Erst dann begann er, mit dem staatlichen Vertreter zu verhandeln. Diese Geste Özals genöß unter den Muslimen in Mazedonien große Sympathien.<sup>43</sup>

### 5.2.1.c. Das multikulturelle Gesellschaftsmodell des Osmanischen Staates als Grundlage des Neo-Osmanismus

---

<sup>40</sup> Nach Ansicht von Deringil, ist die Türkei im Vergleich zum Osmanischen Reich in seiner letzten Phase hinsichtlich der Möglichkeiten und des politischen Einflusses bedeutungsloser. Denn die Türkei ist geographisch noch kleiner als der Osmanische Staat nach dem Ersten Weltkrieg. Der Einfluß der Türkei ist nicht mal halb so groß wie das sich auf dem Totenbett befindende Osmanische Reich. Selim Derigil (Interview). Cumhuriyet, 28.4.1991

<sup>41</sup> Y. Gökmen vertritt die Ansicht, daß Özal eher dazu tendiere eine „türkische Union“ zu gründen. Aber diese türkische Union sollte auch die muslimischen Volksgruppen wie Kurden und andere umfassen. Özal ging davon aus, daß die Misak-i Milli Grenzen, d.h. die heutigen Grenzen der Türkei, eines Tages verändert werden würde. Dies sei entweder zum Vorteil oder Nachteil der Türkei geschehen. Für Özal war es wichtig, dies vorher einschätzen zu können. Y. Gökmen, „Als Umwandlungswinde wehten“. a.a.O., 1993, S. 42

<sup>42</sup> Bei seiner Reise in Mazedonien besuchte Özal einen Derwisch-Orden Namens Ohri Halveti. Dort wurde er mit einer dreihundert Jahre alten osmanischen Flagge empfangen. Nach Zeitungsberichten war er so berührt, daß er dabei in Tränen ausbrach. Türkiye, 16.4.1999

<sup>43</sup> Zaman, 15.02.1994. Nach diesem Zeitungsbericht äußerte sich diese Sympathie darin, daß die Leute in Mazedonien ihren Geschäften den Namen „Özal“ gaben. Der Eindruck, den Özal während seiner Reise in den Balkanstaaten hinterließ, veranlaßte auch Y. Gökmen, Özal als „einen Osmanen auf den Balkan“ zu bezeichnen. Dazu erklärt Gökmen folgende Episode: Im Flugzeug fragt Özal nach der Herkunft der Mitreisenden. Dabei waren fast alle Passagier albanischer, mazedonischer, bosnischer Herkunft. Darauf hatte Özal gesagt: „Der einzige, der aus Anatolien stammt, bin ich anscheinend.“ Y. Gökmen, a.a.O., 1993, S. 47. Dies spiegelt folgendermaßen die Gedankenwelt Özals wider: Zum einen ähnelte das Flugzeug, in dem sich der türkische Staatspräsident befand, dem multinationalen Charakter des Osmanischen Reiches. Zum anderen war Özal als „einziger“ aus Anatolien aber gleichzeitig der Präsident der Türkei, womit auf die zentrale Rolle der türkischen Nationalität hingewiesen wird.

Der Neo-Osmanismus baute seine Weltanschauung darauf auf, daß die Perzeption der multinationalen gesellschaftlichen Politik des Osmanischen Staates die Grundlagen für eine pluralistische Gesellschaftsordnung in der Türkei bilden konnte. Dabei lag der islamisch-türkischen Nationalismus als übergreifende und alle Gebiete des ehemaligen Osmanischen Reiches umfassende neue Identität bei der neuen Identitätsbildung im Zentrum. Im Gegensatz zur kemalistischen Perzeption betrachtete Özal die Existenz verschiedener Ethnien in der Türkei als Bestandteile eines Ganzen.

„Die Türkei ist eine Einheit, die aus verschiedenen ethnischen Elemente besteht. Niemand sollte den Verdacht haben oder sich gestört fühlen, daß der Begriff „Nation“ der Ausdruck für ethnische Homogenität wäre. Dieser Begriff manifestiert den Willen und den Wunsch der Menschen, die unter der Obhut der Republik Türkei leben und stolz sind, deren Bürger zu sein. Der Grundsatz ‚Nationaler Staat‘ ist der obligatorische Bestandteil unserer Identität auf der internationalen Plattform“.<sup>44</sup>

Hinweisend auf die Bedeutung des Islams bei der Bildung der türkischen Identität sagte er in einer Interview: „Es ist die Religion, die die muslimischen Gemeinschaften auf dem Balkan und in Anatolien zusammenhält. (...) Die Albaner und Bosnier, die heute hierher (in die Türkei) kommen, sagen, sie seien Türken. Das Türkentum stellt somit für die Muslime innerhalb des osmanischen Territoriums zusammen mit dem Islam sozusagen eine zweite Identität dar.“<sup>45</sup> Özal wurde in seiner Einsicht bestärkt, als in den transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten die Fahne des osmanischen Reiches (als Symbol der Zusammengehörigkeit) öfter aufgetaucht war. Besonders war es auffällig, daß in Aserbaidchan bei Demonstrationen gegen den Einmarsch der sowjetischen Truppen die osmanische Fahne getragen wurde.<sup>46</sup>

Dem Projekt des Neo-Osmanismus lag eine Türkei zugrunde, in der sich die Loyalität der ethnischen und religiösen Identität nicht gegenseitig ausschließen, sondern es sollte eine Türkei sein, in der die Identität, gestützt auf die historische osmanische Erfahrung, von historischer osmanischer Identität und Zugehörigkeit der islamischen Religion geprägt wird. Er wies auf den Zusammenhang, ja fast auf die Untrennbarkeit des Islams vom türkischen Nationalismus hin:

„(...) Die Europäer sagten auch, wenn jemand die Religion Islam annahm, er sei Türke geworden. Dies ist ein wichtiger Punkt, der darauf hinweist, daß zwischen islamischer und türkischer Identität eine geschichtliche und kulturelle Einheit besteht und dies untrennbar ist. Wenn wir uns, die Türkei, betrachten, so repräsentieren wir eine in sich verflochtene, auf freier Willensbildung beruhende Gemeinschaft, und diese Gemeinschaft haben wir seit Jahrhunderten. (...) Als eine Erbe eines Reiches ist es uns gelungen, eine kulturelle und politische Identität zu schaffen, die über die ethnischen Identitäten hinaus gehen. Wie in der osmanischen Zeit, glaube ich, ist der Islam der wichtigste Faktor bei der Bildung einer neuen Identität“.<sup>47</sup>

<sup>44</sup> Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal auf dem Taksimplatz am 18.2. 1993. In: Türkiye Günlüğü, 22/ Bahar, 1993, S. 9

<sup>45</sup> Özal, „Türkiye İçin Hacet Kapıları Açılmıştır.“ a.a.O., 19/1992, S. 17

<sup>46</sup> Wolfgang Günter Lerch, „Türkismus und Osmanentum“. FAZ vom 16.1.1990. In einer Versammlung der Arbeiterstiftung berichtete Özal darüber, daß die kurdischen Führer im Nordirak während der Kuwait-Krise der Türkei angeboten hätten, die Provinzen Kirkuk und Moussul zu besetzen mit dem Argument, sie würde es lieber vorziehen mit der Türkei zusammen zu leben als mit dem Irak. „Özal: Boden zu gewinnen, bringt uns Unheil“. Hürriyet vom 12.12.1992

<sup>47</sup> Özal: Türkiye İçin Hacet Kapıları Açılmıştır“, a.a.O., 19/1992, S. 17. Özal versteht unter dem

Damit bot der Neo-Osmanismus eine Alternative für die türkischen Staatsbürger, die den unterschiedlichsten Ethnien angehören, in der Ihnen die volle Gewährung ihrer multi-ethnischen Identität ermöglicht wird, um einen multi-ethnischen Staat zu fördern.<sup>48</sup> Dies beinhaltete, auch die Aufgabe zu übernehmen, in der regionalen und Internationalen Politik als Interessenvertreter der Ethnien und Nationen im ehemaligen Territorium des Osmanischen Reiches aufzutreten, da diese Gruppen außerhalb der nationalen türkischen Grenzen ihr Schicksal als untrennbar von dem der Türkei sehen. Somit sah der Neo-Osmanismus eine neue Definition des türkischen Nationalismus vor, in dem - wie im Osmanischen Reich - den unterschiedlichen Ethnien mehr kulturelle und politische Rechte eingeräumt werden. Er war sich dessen bewußt, daß die Türkei, ohne sich mit osmanischer Geschichte auseinanderzusetzen, in der Region ihre Einflußmöglichkeiten nicht wahrnehmen konnte. Deswegen hatte er genügend Mut, offen eine kulturelle und politische Verbindung mit dem Osmanischen Reich herzustellen. Besonders bei der Lösung der regionalen Probleme hat er davon gesprochen, aus den Erfahrungen des Osmanischen Staates Nutzen zu ziehen. Was die anderen Ministerpräsidenten nicht zu sagen wagten, hat er zu einem Teil seiner Außenpolitik gemacht. Die moderne Türkei sollte aus der osmanischen Staatspolitik für seine Außenpolitik Schlußfolgerungen ziehen, bzw. lernen Lösungswege für die Probleme auf dem Balkan, im Kaukasus im Mittelasien und im Nahen Osten zu finden.<sup>49</sup>

Der Neo-Osmanismus betrachtet bei der Definition seiner außenpolitischen Zielsetzungen den großen geopolitischen Raum von der Adria bis China als einen einheitlichen Raum, in dem die Türkei eine einheitliche Strategie verfolgen konnte. Wie die Ausläufer einer Welle, die sich ausdehnen und sich auch überlappen, sollten die außenpolitischen Ziele stufenweise durchgeführt werden. Die Aufmerksamkeit der Außenpolitik von Özal richtete sich in erster Linie auf die Gebiete des ehemaligen Osmanischen Reiches, in denen die dort ansässigen Muslime verschiedener ethnischer Zugehörigkeit aus der historischen Entwicklung heraus ethnische, religiöse und kulturelle Gemeinsamkeiten mit der türkischen Bevölkerung haben. So gehört das Gebiet vom Balkan (Albanien/Kosovo/Bosnien) über Nordirak und Syrien, wo die Menschen kurdischer und türkischer Abstammung leben, zum Einflußbereich der türkischen Außenpolitik.<sup>50</sup> Die Ausrufung einer dreitägigen Trauerzeit nach dem Tod Özals im Nordirak kann als ein Zeichen dafür

---

Begriff „Nation“ im Bezug auf die Türkei als alle Ethnien umfassender und übergreifender Terminus. Als Beispiel führt er die USA mit folgenden Argumenten an: „Sehen Sie, in den USA gibt es viele Menschen, die aus verschiedenen Teilen der Welt stammen: Deutsche, Engländer, Franzosen... Vielleicht sprechen sie ihre eigene Muttersprache oder nicht, es ist nicht wichtig. Aber wenn wir nach ihrer Nationalität fragen, sagen sie: ‚Ich bin Amerikaner mit deutscher Abstammung.‘ (...) Es ist so, daß jeder Mensch (in Amerika) eine eigene Geschichte, einen ‚background‘ hat. Aber sie alle gehören zur amerikanischen Nation. Sie haben keine gemeinsame Religion, keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsame ethnische Identität, aber sie sind eine Nation. (...) In der Türkei haben wir es noch einfacher, weil wir der gleichen Religion angehören.“ Cumhurbaşkanı Özal’ın Dicle Üniversitesi’nin 1992-1993 Eğitim-Öğretim Yılına Açılış Töreninde Yaptığı Konuşma. „Güney Doğu Anadolu Sorunu“ (Die Rede des Staatspräsidenten Özal bei Eröffnung des Bildungsjahres 1992/93 der Universität Dicle in Diyarbakır: Das Südostanatolienproblem). Diyarbakır,

6.10.1992, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1992, S. 14-15

<sup>48</sup> Für einen multi-ethnischen Staat betrachtete Özal das Präsidialsystem als geeignetste und begründete es damit, daß die Türkei ein Land sei, in dem verschiedene kulturelle und ethnische Volksgruppen leben. Das Präsidialsystem würde in den Staaten Anwendung finden, die eine multiethnische und kulturelle Gesellschaftsstruktur aufweisen wie den USA, der Russischen Föderation und den zentralasiatischen Staaten. Interview mit Özal, Sabah, 26.10.1992

<sup>49</sup> Die Rede des Staatspräsidenten Özal: „Geleceğe Bakış“ (Blick in die Zukunft). 16.10.1992, S.3

<sup>50</sup> Özal: „Türkiye İçin Hacet Kapıları Açılmıştır“, a.a.O., 1992, S.14

verstanden werden, daß Özal mit seiner neuen Identität in der türkischen Außenpolitik letztendlich doch Erfolge verzeichnen konnte.

Diese Einsicht findet ihre Anwendung in den von Fetullah Gülen (Nurcu-Bewegung) gegründeten privaten Schulen. Diese Schulen können als Vorreiter einer neuen außenpolitischen Zielvorstellung und als Einflußbereicherung der türkischen Kultur verstanden werden. Das Besondere dabei ist, daß diese privaten Schulen überwiegend von jenen Unternehmern und Finanzgruppen gefördert werden, die sich im Zuge der liberalen Politik Özals in den achtziger Jahren in Anatolien formiert haben, die vom Staat als „grünes Kapital“ bezeichnet und fast diskriminiert werden.

Die Bildung der regionalen Organisationen verstärkte die Zusammenarbeit mit den Staaten auf dem Balkan, im Kaukasus, in Zentralasien und im Mittleren Osten. Diese Organisationen wurden von Özal als Instrumentarien betrachtet, mit denen die Türkei auf der Grundlage der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit dem außenpolitischen Konzept des Neo-Osmanismus neue Impulse geben wollte.

#### 5.2.1.d. Die Gründe für die Suche nach einer neuen außenpolitischen Orientierung

Parallel zu den Veränderungen in der Innenpolitik im Laufe der Liberalisierungspolitik der achtziger Jahre zeichnete sich in der internationalen Weltpolitik des Gleichgewichtssystems eine unerwartete Umwälzung ab. Die dadurch entstandenen Konflikte im Mittleren Osten, wo sich die Türkei mit Kurdenfrage auseinandersetzen mußte, und auf dem Balkan, wo der politische Aufstieg der bosnischen Muslime neue Impulse bekam und schließlich die Gründung der neuen unabhängigen Turkstaaten in Zentralasien begünstigte die neue Identitätsbildung des Neo-Osmanismus.

Die Suche nach einer neuen außenpolitischen Identität hing auch damit zusammen, daß die Türkei trotz ihrer unumkehrbaren Westorientierung von Europa immer unter dem sicherheitspolitischen Aspekt als südlicher Eckpfeiler der NATO-Flanke angesehen wurde. Dem Wunsch der Türkei, ganz in die EU integriert zu werden, begegneten die EU-Staaten mit Distanz. Hinzu kam die Relativierung der strategischen Bedeutung der Türkei Ende der achtziger Jahre. Nach dem Zerfall des kommunistischen Systems in den Ländern Mittelost- und Südeuropas wurde prognostiziert, daß der während des Kalten Krieges an Bedeutung gewonnene strategische Stellenwert der Türkei als Südpfeiler der NATO und „Wächter am Bosphorus“ an Bedeutung verlieren würde. Damit verbunden wäre, die Argumentation, daß die Türkei als wichtigster NATO-Partner von der Vollmitgliedschaft der Europäischen Union nicht ausgeschlossen werden kann, als nicht mehr gültig zu betrachten. Obendrein mußte die Türkei innerhalb des Verteidigungssystems mit einem Bedeutungsverlust rechnen.

„Durch ihre geostrategische Position an der Südflanke der NATO war sie unverzichtbarer Teil der NATO-Verteidigung im globalen Kräfterennen mit dem Warschauer Pakt, ihre Bedeutung für die EG bestand ebenfalls in ihrer sicherheitspolitischen Ausnahmestellung und nicht in dem westeuropäischen Interesse der wirtschaftlichen Integration der Türkei in die Gemeinschaft. (...) Aber durch die Perestroika in der Sowjetunion und die demokratischen Revolutionen in Osteuropa verlor die Türkei ihre geostrategische Bedeutung für die NATO und EG. (...)

In dieser überaus komplizierten Situation vollzog die Türkei eine Wende in ihrer Außenpolitik, die vor allem auf das Engagement Turgut Özals zurückgeht.“<sup>51</sup>

Der Neo-Osmanismus war auch eine Reaktion auf die ablehnenden Haltung des Westens und die Suche nach alternativen außenpolitischen Wertvorstellungen. Dementsprechend gründete sich Özals Sicherheits- und Außenpolitik auf die Säulen der wirtschaftlichen und kulturellen Einflußmöglichkeiten der Türkei im Regionalbereich. Die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im regionalen Bereich bildete für Özal die Grundlage für die Erhöhung des Lebensstandards der Menschen in der Region. Die gegenseitige wirtschaftliche und kulturelle Interdependenz würde zur friedlichen Lösung der Konflikte führen und damit die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Zusammenarbeit und Solidarität entwickeln. Somit hoffte er, daß durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten eine regionale Stabilität und Sicherheit gewährleistet wird. Während die Türkei mit ihrem EU-Antrag auf Vollmitgliedschaft ihrem Endziel, Bestandteil der europäischen Wertegemeinschaft zu werden, am 14. April 1987 einen Schritt zu kommen hoffte, wurde ihr statt dessen empfohlen, „auf der Wartebank zu sitzen“.<sup>52</sup> Wegen der mangelnden demokratischen Strukturen, aber vor allem aufgrund der großen kulturellen Unterschiede zwischen dem islamisch geprägten Land und der christlich geprägten EU wäre statt einer Vollmitgliedschaft der Ausbau der politischen Partnerschaft erstrebenswert.<sup>53</sup>

Neben der wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen der Türkei und den EU-Ländern und den Menschenrechtsverletzungen stand immer auch der kulturelle Unterschied bei den Diskussionen um die Vollmitgliedschaft der Türkei im Vordergrund. Die türkischen Politiker wurden u. a. mit folgenden Fragen konfrontiert: „Wie könnte sich eine Türkei, die ihre islamischen Wurzeln immer stärker betont, in ein völlig anders geartetes Europa integrieren?“<sup>54</sup> Oder: „Wie europäisch ist sie denn? (...) Bedeutet eine muslimische Türkei nicht ein Fremdkörper im überwiegend christlich geprägten Europa?“<sup>55</sup> Solche Fragen dürften für die türkischen Eliten, die sich als geborene Europäer betrachten, ein Schock gewesen sein. Darüber hinaus wurden an die Türkei Bedingungen gestellt (z.B. Konzessionen in der Zypernfrage und im Ägäis-Konflikt oder Anerkennung der kurdischen Identität), die die vitalen Interessen der Türkei berührten oder aus der ideologischen und innenpolitischen Lage heraus nicht realisierbar erschienen und als unverzichtbar für die Einheit und territoriale Integrität der Türkei galten. Angesichts der Entwicklungen in der Weltpolitik und im regionalen Bereich suchte die Türkei eine neue außenpolitische Alternative. Dies wurde von Özal so ausgedrückt:

„In der Außenpolitik müssen wir vieldimensionale auf gegenseitigem Interesse basierende Beziehungen entwickeln. Unter Mitberücksichtigung der geschichtlichen Konflikte müssen wir den Rahmen unserer Außenpolitik bestimmen. Wir sollten mit Ägypten, Iran und Rußland gute Beziehungen aufrechterhalten. Wir sind sowohl Europäer als auch Asiaten. Heute werden 25 Prozent des Welthandels im asiatischen Raum abgewickelt. (...) Es gibt große wirtschaftliche Potentiale im Asien. Warum

---

<sup>51</sup> Hans Krech, „Die Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht im Nahen Osten und in Mittelasien“, Zeitschrift

für Türkeistudien, (Essen), Leske Budrich, Leverkusen, 2/1992, S. 252

<sup>52</sup> Erich Hauser, FR, 31.3.1987

<sup>53</sup> Hans Joachim Seeler, Europäische Zeitung, Januar 1987, S.2

<sup>54</sup> Der Spiegel, Nr. 12/1987, S.169

<sup>55</sup> Die Welt, Interview mit Özal, 1. Juli 1987, S. 7

sollen wir nicht an asiatischen Organisationen teilnehmen? Wir sind in den europäischen Institutionen, Europäischen Rat, OECD und wollen Mitglied der EG werden. (...) Wir können jetzt asiatischen Organisationen beitreten. Es wird aber schwierig sein, nach fünfzehn Jahren auch Mitglied dieser Organisationen zu werden“.<sup>56</sup>

Die außen- und sicherheitspolitischen Beweggründe der Türkei in der Ära Özals spiegeln das Konzept des Neo-Osmnaismus wider. Folgende Grundlagen einer neuen außenpolitischen Identität der Türkei existieren:<sup>57</sup>

1. Die Türkei ist ein Überbleibsel des Osmanischen Reiches. Sie ist die Erbin des Osmanischen Reiches. Deswegen bleibt die alte osmanische Geographie im natürlichen Interessengebiet der Türkei. Dies ist die erste Bewegungsachse der türkischen Außenpolitik.
2. Da die Türkei die Erbin des Osmanischen Reiches ist, muß sie in der Lage sein, die außenpolitischen Faktoren zu kennen, die den Osmanischen Staat stärker und stabiler werden ließen. Ferner sollte die Türkei die Bedeutung der osmanischen Diplomatie verstehen, die bei der Stabilität und beim Erfolg der osmanischen Außenpolitik eine wichtige Rolle gespielt haben.
3. Eine der wichtigsten Ursachen für den Niedergang des Osmanischen Staates war, daß das Reich außerhalb der Handelswege geblieben ist. Die zweite wichtige Ursache lag darin, daß das Osmanische Reich sich mit Deutschland verbündet hat. Deutschland war geopolitisch eine Bodennacht. Aber seit dem Endes des 19. Jahrhunderts übernehmen die Bündnisse mit geopolitischen Seemächten die Vormachtstellung in der Weltpolitik.<sup>58</sup>
4. Özal hat nach dieser Theorie das Bündnis mit den USA - als einer geopolitischen Seemacht – bevorzugt, und er hat die USA zur grundlegenden Achse seiner Außenpolitik gemacht.
5. Im ausgehenden 20. Jahrhundert und zu Anfang des 21. Jahrhunderts ist eine Ausdehnungspolitik durch Bodengewinn ohne Bedeutung und nicht von Nutzen. Bei der internationalen Interessenkonstellation bringt der Bodengewinn neue Konflikte mit sich und führt sogar zur gefährlichen Situation, daß der Staat an Stärke verliert. Ferner werden Grenzen in einer Welt, in der die freie Marktwirtschaft zu einem internationalen Wirtschaftssystem wird, an Bedeutung verlieren, da die Ökonomie globalisiert wird und damit verbunden neue Kommunikationstechnologien zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Schlußfolgerung daraus ist, daß die aktive Außenpolitik eines Landes mit seinem dynamischen und stabilen Wirtschaftssystem zusammenhängt.
6. Um ihre Wirtschaft auf das erwünschte Niveau zu bringen, muß die Türkei mit ihren Nachbarn und mit den Staaten in der Regionen vom Balkan bis zum Nahen Osten eine Friedens- und Stabilitätszone schaffen. Nur eine politisch und wirtschaftlich stabile Türkei kann aufgrund ihrer Geostrategie zwischen dem Okzident und Orient, dem Norden und Süden und mit einem etwas weiter angelegtem Ziel sogar auf der Pazifik-Atlantik- und Schwarzmeer-Achse zur Durchgangszone oder zum Dreh- und Angelpunkt werden.
7. Aufgrund der politischen Veränderungen in der Weltpolitik (Ende des Kalten Krieges, Entstehung der unipolaren Welt, Aufteilung der Welt nach politischen Einflußbereichen gemäß der neuen Weltordnung, Entstehung neuer Nationalstaaten)

---

<sup>56</sup> Sabah, 13.12.1992

<sup>57</sup> Diese Überlegungen beziehen sich auf den Aufsatz von Cengiz Çandar. In: NOKTA, 25-April, 1. Mai 1993,

Nr. 18, Sonderausgabe, S. 31-32

<sup>58</sup> Vgl. I. Wallerstein, „Jeopolitik ve Jeokültür“. Übersetzung: M. Özel, İz Yay., Istanbul, 1993, S. 14 u. ff.

mußte die Türkei sich in der Außenpolitik neuen politischen Gegebenheiten anpassen. Das Grundprinzip Atatürks „Friede daheim, Friede in der Welt“ mußte neu interpretiert werden. Dieses Prinzip kann nicht mit einer engen Denkstruktur eingegrenzt werden, die sich die bewegungslose Status Quo-Politik zu eigen macht, zur Gewährung ihrer Sicherheit nicht über die türkischen Grenzen hinausblickt und ein Sicherheitsverständnis hat, das die türkischen Grenzen nicht überschreitet.

Ferner mußte auch der Sicherheitsbegriff mit dem Zusammenbrechen der Sowjetunion, mit dem Golfkrieg und den Konflikten auf dem Balkan und im Kaukasus neu definiert werden. Die Peripherie der Türkei und die alte osmanische Geographie hatte Auswirkungen auf das Sicherheitsverständnis der Türkei. Die Sicherheitszone der Türkei ist geopolitisch und geographisch ausgerichtet, und dementsprechend muß die Türkei eine aktive Außenpolitik betreiben.

8. Eine aktive Außenpolitik kann ohne „Abschreckungsfaktor“ nicht betrieben werden. Dieser Faktor kann eine Armee sein, die mobil und beweglich ist, mit modernsten Waffen ausgerüstet ist und bereit ist, außerhalb der Landesgrenzen Aufgaben zu übernehmen.

9. Damit die Türkei sich verändert und im 21. Jahrhundert den für sie geeigneten und ihrem Profil entsprechenden Platz in der Weltpolitik einnimmt, bedarf es einer Umwandlung im Geiste der Führungseliten und auch in der Gesellschaft. Schließlich ist die aktive Außenpolitik Özals die Projektion einer neuen Identitätssuche in der Außenpolitik der Türkei in die Köpfe der Menschen.

### **5.3. Regionalmacht Türkei**

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion befand im regionalem Umfeld der Türkei ein Bündel von Konflikten, von den die sie mittelbar oder unmittelbar betroffen wurde. Um auf diese Entwicklungen angemessen reagieren zu können, wurde von einer neuen sicherheits- und außenpolitischen Strategie gesprochen, die die Veränderungen in der regionalen und internationalen Neuordnung angemessen berücksichtigen sollte. Die Festlegung der neuen Sicherheitspolitik und die Verschiebung der Sicherheitsaspekte von Norden nach Süden hatte mit der Bedrohung der territorialen Integrität und der Bewahrung der bestehenden Ordnung zu tun. Der Kurdenkonflikt mit seiner regionalen Interessenkonstellation und der Verstärkung der islamischen Tendenzen in der Gesellschaft gelten für die Sicherheitsperzeption der Türkei als vorrangige Gefahren.

Die außenpolitische Einstellung der Türkei, ihre außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen während des Kalten Krieges im Rahmen des westlichen Bündnisses zu strukturieren, führte zur Entfremdung und Isolierung der Türkei von der Region. Durch diese Entfremdung verlor die Türkei ihre geschichtlichen, politischen und kulturellen Verbindungen und damit ihren Einfluß. So konnte sie z. B. in ihrer Zypernpolitik keine nennenswerten Erfolge in der islamischen Welt verzeichnen und keine Unterstützung der arabischen Staaten bekommen. Erst in den achtziger Jahren zeigte die Türkei ein Interesse daran, die Beziehungen mit den Staaten in ihrem Umfeld aufzubauen. Gleichzeitig wurde die Türkei bei der Verteidigung eigener Grenzen im Osten in über ihre Grenzen hinausgehende Unruhen und Konflikte einbezogen. Anstatt ihre Beziehungen zu den kulturellen Einheiten aufrechtzuerhalten und eine auf gegenseitiges Vertrauen basierende Zusammenarbeit in allen Bereichen herzustellen, m. a. W.: ein einflußreicher und geachteter Staat in der Region zu sein, hat die Türkei es aus ihrer ideologischen

Veranlagung heraus vorgezogen, der verlängerte Arm globaler Weltmächte in dieser Region zu sein.<sup>59</sup> Nun - nach dem Zerfall der Sowjetunion - wandte sich die Türkei verstärkt der regional geprägten Außenpolitik zu, und zwar mit dem Anspruch als Regionalmacht zu fungieren.

### 5.3.1. Was ist eine Regionalmacht?

Auf die Frage, ob die Türkei die Voraussetzungen einer „Regionalmacht“ erfüllt, gibt es verschiedene Antworten.<sup>60</sup> Wo liegen die Gründe dafür, daß das Attribut Regionalmacht für die Türkei besonders nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verwendet wurde? Es wurde die Funktion der Türkei als Modell für die zentralasiatischen Staaten besonders hervorgehoben. Es gibt natürlich auch Tendenzen, die die Funktion der Türkei als Regionalmacht in Frage stellen.<sup>61</sup>

Macht kann man - nach der Auffassung Webers - als eine „Chance“ sehen, „den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“, oder die „Fähigkeit, im Konflikt zu obsiegen und Widerstände zu überwinden“.<sup>62</sup>

Es handelt sich im allgemeinen darum, daß ein Staat die Fähigkeit besitzt, seine Ziele trotz der Widerstände des Gegners zu verwirklichen. Die Machtausübung gründet sich auf Faktoren, die bei der Verwirklichung der Ziele ausschlaggebend sind. Es werden verschiedene Instrumentarien und Strategien zur Erweiterung bzw. Verhinderung und Aufrechterhaltung der Macht eingesetzt. Machtanwendung beinhaltet nicht immer expansionistische Ziele, sondern sie kann auch defensiv angelegt sein. Für die Sicherung der Macht bedienen sich die Staaten ihrer militärischen Stärke (Militärmacht), ihrer wirtschaftlichen Stärke (Wirtschaftsmacht) oder der Diplomatie und Propaganda. Zu den Strategien des „Macht-Managements“ gehören Faktoren wie die Allianzpolitik, Gleichgewichtspolitik oder der Aufbau von Herrschaft und Neutralität.<sup>63</sup>

Der Staat oder Akteur kann als Militärmacht (wie die ehemalige Sowjetunion) ihrem Einfluß Geltung verschaffen oder (wie die Bundesrepublik Deutschland oder Japan) als „Wirtschaftsmacht“ gelten. Im Falle der USA als globaler Macht wird ohne Zweifel sowohl von einer Wirtschaftsmacht (wegen ihres Einflusses bei internationalen

<sup>59</sup> A. Davutoğlu, „Türk Dış Politikasında Stratejik Teori Eksikliği ve Sonuçları“ (Vermengung der strategischen Theorien und ihre Einflüsse auf die türkische Außenpolitik). In: *Yeni Türkiye*, 3/95, S. 500

<sup>60</sup> Im allgemeinen wird der Türkei die Funktion und die Rolle einer Regionalmacht positiv zu geschrieben. Vgl. H. Krech, „Die Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht im Nahen Osten und in Mittelasien“. In: *Zeitschrift für Türkeistudien*, 5(1995), S. 239-254.

<sup>61</sup> H. Kramer stellt die Rolle der Türkei als eine Regionalmacht in Frage. Als Gründe gab er unter anderem an:

1. Die Türkei befindet sich geographisch eher am Rande als im Zentrum der drei Regionen Mittlerer Osten, Balkan und Kaukasus.
2. Die Türkei ist wesentlich daran interessiert, die nationale Integrität des Landes in territorialer und staatlich-gesellschaftlicher Hinsicht zu wahren und das Entstehen einer dominanten Macht in der Region zu verhindern. Daher habe die Türkei eher defensiv orientierte Interessen.
3. Der Krieg in Bosnien –Herzegowina habe einmal mehr die ungenügenden militärischen Fähigkeiten der Türkei offenbart, die Funktion einer Regionalmacht auszuüben, genauso wie ihre Ohnmacht gegenüber der Flüchtlingswelle der Kurden aus dem Nordirak.

H. Kramer „Die Türkei: Eine Regionalmacht mit Zukunft?“. In: Albrecht Zunker (Hrsg.), „Weltordnung oder Chaos – Internationale Politik und Sicherheit“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1993, S.109-125

<sup>62</sup> K. Deutsch, zit. n.: Hans-Peter Schwarz, „Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem“. In: K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 51 und 53

<sup>63</sup> Vgl. Ebd., S. 61

Wirtschaftsorganisationen wie IWF und Weltbank) und als auch von einer Militärmacht gesprochen.

Während die realistische Theorie den Faktor „Wirtschaftsmacht“ in starkem Maße bei den internationalen Beziehungen berücksichtigt, tendieren die Interdependenzanalytiker dazu, die Macht nicht nur aus der Perspektive der Sicherheitspolitik zu betrachten, sondern als Varianten der „Interdependenz-Empfindlichkeit“, verstanden als „Grad der Reaktionsfähigkeit innerhalb eines gegebenen politischen Rahmens“, und „Interdependenz-Verwundbarkeit“, verstanden als Auswirkung auf sozialpolitische und politisch-ökonomische Beziehungen“, mit denen die Staaten ihre Einflußsphäre auszudehnen versuchen oder durch die sie den Repressalien anderer Staaten ausgesetzt sind.<sup>64</sup> Dabei ist aber zu beachten, daß es irreführend sein kann, die Machtpotentiale von Staaten allein aus ihren militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten heraus zu erklären.

„Neben den quantitativ meßbaren Potentialen, die sicher von gravierender, aber eben nicht alleiniger Bedeutung sind, hängt die Macht einzelner Staaten ganz erheblich von dem Regierungssystem ab, in dessen Strukturen und Spannungen sie eingebunden sind. Daneben wirken aber auch in starken Maßen jene Wertvorstellungen, die in der jeweiligen Gesellschaft und Regierung über Nutzen, Legitimität, innenpolitische Durchsetzbarkeit von Machtpolitik vorherrschend sind“.<sup>65</sup>

Der Begriff Regionalmacht wird verstanden als die Fähigkeit eines Akteurs, „der auf regionaler Ebene die Ordnungsfunktion in dem Sinne wahrnimmt, daß er andere Kräfte ausgleicht, Verhaltensregeln durchsetzt und aufrechterhält, Einflußzonen stabilisiert und unbotmäßige Klienten abstrafft.“<sup>66</sup> Er muß gegebenenfalls in der Lage sein, die Entwicklungen jenseits der eigenen Grenze nach eigenen Interessen und außenpolitischen Vorstellungen zu gestalten oder wesentlich beeinflussen zu können. Die Regionalmacht läßt sich durch ihr Handeln und ihr Verhalten gegenüber einem anderen Staat in der Region erkennen. Der Grad der Durchsetzung ihrer grenzüberschreitenden Ziele hängt von der Einschätzung ihrer eigenen Potentiale ab.

Die Beziehungen der regionalen Staaten sind in der heutigen Welt von unterschiedlichen Graden der regionalen Zusammenarbeit und Interdependenz geprägt. In Europa bestehen zwischen den Staaten feste konsensfähige, institutionalisierte Organisationsformen, in denen konkurrenzbezogenen, konfliktorientierten Sachverhalte im Rahmen der „Zivilisierung der Konflikte“ verarbeitet und gelöst werden. Die EU bietet ihren Mitgliedern den Rahmen dafür, daß sie (ohne dabei von anderen Mitgliedern gefährdet zu werden) ihre Interessen wahrnehmen können. Innerhalb der EU werden die regionalen Beziehungen nicht nach der „Nullsummenlogik“ gestaltet, sondern im Hinblick auf Sicherheit und Interessen aller Beteiligten. Die Bundesrepublik Deutschland, die als eine regionale Großmacht bezeichnet wird, könnte ihre außenpolitischen, (wirtschaftlichen und kulturellen) Interessen auf dem Balkan - z. B. zur Durchsetzung der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens und in Osteuropa - nicht ohne eine institutionalisierte, feste Einbindung in die EU wahrnehmen können, da sonst die anderen europäischen Staaten wie Frankreich und England dadurch ihre Interessen bzw. ihre Sicherheit durch Deutschland gefährdet sehen würden. Ein Deutschland kann also innerhalb der EU seinen regionalen

<sup>64</sup> Robert Keohane, O./Joseph S. Nye, „Macht und Interdependenz“. In: K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 78-84

<sup>65</sup> H.-Peter Schwarz in K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1987, S. 58

<sup>66</sup> H. Kramer, a.a.O., 1993, S. 114

Machtansprüchen eher Geltung verschaffen, als ein Deutschland, das außerhalb der EU liegt.

### 5.3.2. Die Türkei im Kontext der Regionalmächte

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gewannen die regionalen Mittelmächte in bestimmten Gebieten der Welt an Bedeutung. Die Weltmächte haben spätestens während des Golfkrieges feststellen müssen, daß sie ohne die strategische Hilfe der regionalen Mächte bzw. der Verbündeten ihre Interessen nicht ohne weiteres wahrnehmen können. Daher begannen die Akteure der multipolaren Welt, ihre Einflüßbereiche in der Zusammenarbeit mit regionalen Mächten neu festzulegen. Bei einer Versammlung anläßlich des zehnten Jahrestages der Öffnung der Berliner Mauer unterstrich US-Präsident Clinton die Bedeutung der Türkei bei der Neuordnung der internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert und sah einen engen Zusammenhang zwischen der künftigen Selbstdefinition der Türkei und dem, wie sie ihre Rolle in der internationalen Politik wahrnehmen wird.<sup>67</sup>

Im Umfeld der Türkei prägt das Nullsummenspiel das außenpolitische Handeln der regionalen Akteure in wesentlichem Maße. Daher sind die Beziehungen der regionalen Staaten untereinander viel mehr auf Konfliktorientierung gerichtet als auf Kooperation. Zur Regulierung und zum Konfliktmanagement fehlt es an interregionalen, institutionalisierten Organisationen, die militärische, wirtschaftliche, soziale Konflikte auffangen und lösen könnten. Darüber hinaus spielen die Machtverhältnisse innerhalb der Staaten in diesen Regionen eine große Rolle. Dies wurde von Özal folgendermaßen formuliert: „Wir leben an einem Ort, an dem die verschiedenen ethnischen Gruppen aufeinander treffen, verschmelzen und ständig unzählige Probleme und Gefahren lauern. Die Balkan-Region, der Süden (Nahost), der Kaukasus (...). All diese Regionen sind konfliktträchtige Regionen. Einen gangbarer Weg in dieser Region, den Frieden und die Sicherheit unseres Volkes zu gewährleisten, ist der, daß die Türkei ein mächtiger Staat wird“.<sup>68</sup>

Die Türkei hat in den achtziger Jahren durch die Entwicklung ihre wirtschaftlichen und militärischen Potentiale Erfolge verzeichnet. Durch den Aufbau der bilateralen Beziehungen war die Bestrebung zu beobachten, die bestehenden Konflikte mit ihren Nachbarn auf friedlichem Wege zu lösen. In ihrer aktiven Außenpolitik vor und nach der Wende hat die Türkei die Initiative ergriffen, interregionale Institutionen zu schaffen und eine auf Kooperation angelegte Außenpolitik in der Region zu betreiben. Die Gründung der ECO und der SMWR waren ein Zeichen dafür, die auf dem Nullsummenspiel basierende Außenpolitik der regionalen Staaten in eine auf beidseitigen Interessen basierende kooperative Zusammenarbeit umzufunktionieren. Es steht jedoch noch ein lang andauernder Prozeß und schwieriger Weg bevor, um sagen zu können, daß diese institutionelle Zusammenarbeit den erwünschten Standard erreichen hat.

Auf der anderen Seite hat die Türkei durch die multidimensionale Wirtschafts- und Außenpolitik eine Relativierung der sicherheitspolitischen „Interdependenz-Verwundbarkeit“ besonders seitens der westlichen Staaten angestrebt, indem sie sowohl im wirtschaftlichen als auch im militärischen Bereich alternative Märkte in Betracht bezogen hat. Der Einsatz von aus dem Westen bezogenen Waffen brachte nämlich heftige

---

<sup>67</sup> Yeni Şafak, 09.11.1999

<sup>68</sup> Özal, „Geleceğe Bakış“ (Blick in die Zukunft). 16.12.1992, S. 22

Kritik seitens der Geberländer und allerlei Hindernisse für die Türkei. So wurde zum Beispiel die Invasion der Türkei in Zypern im Jahr 1964 von den USA verhindert, und nach der Invasion der Türkei in Zypern 1974 verhängte die USA im Jahr 1975 gegen die Türkei Waffenembargo. Der Einsatz der aus DDR-Beständen stammenden Panzern in Südostanatolien stieß auf heftige Kritik der Bundesrepublik Deutschland. Das politische Klima zwischen Deutschland und der Türkei kühlte ab. Während die Türkei auf der einen Seite ihre eigene Rüstungsindustrie zu entwickeln versuchte, zog sie gleichzeitig andere Märkte in Betracht. Im Jahr 1994 kaufte sie als erster NATO-Staat von Rußland Waffen. Darüber hinaus bildet die Türkei zusammen mit den USA die bosnische Armee im Rahmen des „Bildungs- und Rüstungsprogramm“ aus. Es wurde geplant, aus türkischen Armeebeständen F-5 Kampfflugzeuge an Mazedonien zu vergeben. Eine andere Dimension, die für die militärische Stärke der Türkei als bedeutsam gilt, ist, daß die türkische Marine die Reparatur eines Marinehafens von Albanien an der Adria übernommen hat. Als Gegenleistung bekam die Türkei die Möglichkeit, diesen Militärhafen zu nutzen. Die Türkei konnte die Stationierung der S-300 Raketen (1997) im griechischen Teil Zyperns verhindern, da die Türkei die Stationierung der Raketen zum Casus belli erklärte.<sup>69</sup> Schließlich ist es der Türkei gelungen, sich im Jahr 1998 gegen Syrien durchzusetzen und die Auslieferung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan aus Syrien zu erreichen. Diese Beispiele zeigen, daß sich die Türkei im Laufe der neunziger Jahre im militärischen Bereich zu einer Regionalmacht entwickelt hat.

Gegenüber den Staaten Zentralasiens hat die Türkei die Möglichkeit, ihren Einfluß im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich zu vergrößern. Als Zivilmacht hat sie im kulturellen Bereich erhebliche Erfolge verzeichnet. Die Türkei ist zwar auch einer der Staaten, die Handels- und wirtschaftliche Beziehungen aufgenommen haben, aber sie verfügt nicht über die notwendigen Ressourcen, um aus eigener Kraft eine strategische Rolle spielen zu können. Die Erdöl- und Erdgaspipeline-Route über die Türkei würde den strategischen Wert der Türkei erhöhen und ihren Regionalmachtanspruch vergrößern.

### 5.3.3. Das regionale Sicherheitssystem als Untersystem der globalen Ordnung und die Rolle der Türkei als Regionalmacht

Der Zusammenbruch der Sowjetunion relativierte zunächst in den Augen der westlichen Beobachter den strategischen Stellenwert der Türkei, zugleich eröffneten sich ihr neue Chancen und neue Horizonte, aber auch eine Situation der außenpolitischen Ungewißheit auf dem Balkan, im Kaukasus, Zentralasien und im Nahen Osten. Spätestens während des Golfkrieges wurde erkannt, wie wichtig die strategische Lage der Türkei für eine Intervention bzw. für eine Beilegung regionaler Konflikte war.

Daß der strategische Stellenwert der Türkei - spätestens nach dem Golfkrieg - seitens der westlichen Verbündeten eine größere Bedeutung bekam als in den Zeiten des Kalten Krieges, hängt damit zusammen, daß die Türkei sich geographisch auf der „Kreuzung“ der für die Industriestaaten lebenswichtigen Wirtschaftressourcen befindet. Allein die US-Amerikaner stellen 4,8 % der Welteinwohner, verbrauchen aber 25,5 % des Erdöls und 24,3 % des Erdgases. Westeuropa ist zu 90 % und Japan zu 98 % von Energiequellen des Nahen Ostens abhängig.<sup>70</sup> Dazu kommt der Kampf um die Erschließung des

<sup>69</sup> S. Güvenç „TSK'nın Sınırötesi Girişim Yetenekleri: Ulusal Güvenlik Politikasında Yeni Boyut“ (Die Fähigkeiten der türkischen Armee jenseits ihrer Grenze und neue Dimensionen in der nationalen Sicherheitspolitik). In: Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.) a.a.O., 2000, S. 131-162

<sup>70</sup> Baskın Oran, „Kalkık Horoz - Çekiç Güç ve Kürt Devleti“, (Gespannte Hahn -Poised Hammer und

geostrategisch und geoökonomisch für den Westen wichtigen, reichen Erdöl- und Gasvorkommens der zentralasiatischen Turkstaaten. Deswegen wird der Raum um die Türkei herum als Schlagader der Industriestaaten für ihre Wirtschaft und Wachstum angesehen. Die Regionen Zentralasien und Naher Osten werden vor allem wegen strategisch lebenswichtiger Ressourcen, als Energiequellen, um die wirtschaftliche Entwicklung der Industriestaaten des 21. Jahrhunderts im Gang zu halten, mit wirtschaftlichen Interessen der westlichen Industriestaaten in Verbindung gebracht.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Jugoslawiens entstanden 19 neue unabhängige Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen wurden. Diese Staaten befanden sich in allen Bereichen in der Übergangsphase. Die Türkei befindet sich geographisch und geostrategisch im Zentrum der regionalen Konflikte und der Neustrukturierung der regionalen Ordnung. Darüber hinaus schien es für die Türkei nicht möglich, von diesen Konflikten - aus folgenden Gründe - unberührt zu bleiben. Erstens hatte die Türkei mit den größten Teilen der Bevölkerung in den Konfliktregionen ihres Umfelds geschichtliche, kulturelle und ethnische tief verwurzelte Gemeinsamkeiten. Zweitens – dies findet zumeist wenig Beachtung - haben die meisten türkischen Bürger Verwandte bzw. Angehörige in den Regionen, die von den Konflikten unmittelbar betroffen sind. Die türkischen Staatsbürger versuchen, die türkische Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen und die Außenpolitik der Türkei zu beeinflussen, was mit den innenpolitischen Entwicklungen zusammenhängt. Drittens hatten die unerwarteten politischen Umwälzungen in der internationalen Ordnung den strategischen Stellenwert der Türkei – wenn auch kurzfristig - aus westeuropäischer Sicht bzw. Sicht der NATO in Frage gestellt. In dieser Lage der „Ungewißheit“ suchte die Türkei nach alternativen Möglichkeiten. Viertens bot das „Unglück“ der Anderen der Türkei neue außenpolitische Horizonte und Chancen, die nach Worten von Özal, in „dreihundert Jahren nicht wiederkommen würden“. Diese neue Chance hat die Türkei wahrgenommen und betrachtete sie als die Schwelle, über die sie als eine entwickelte und große Macht ins 21. Jahrhundert hineingeht. Letztendlich zielte die türkische Außenpolitik darauf ab, in der Phase der Neustrukturierung entstandenen Machtvakuum Einfluß- und Einwirkungsmöglichkeiten in der Region zu gewinnen, um jenseits der türkischen Grenze unmittelbare nationale Interessen der Türkei zu berühren. Darüber hinaus scheint es kein anderes Land zu geben, das in allen betreffenden Regionen ein ausgeglichenes Verhältnis aufrechterhalten kann. Griechenland könnte nur auf dem Balkan als eine Regionalmacht auftreten. In anderen Regionen wie Mittelasien oder dem Nahen Osten kann man eine solche Möglichkeit nicht erwarten. Die Russische Föderation ist im Kaukasus und Mittelasien eine unumstrittene Regionalmacht. Aber man kann nicht sagen, daß Rußland im Nahen und Mittleren Osten oder gar auf dem Balkan gleich stark als Regionalmacht auftreten kann. Die Türkei hat sowohl geopolitisch als auch geschichtlich und kulturell auf alle Regionen gleich verteilte Einflußmöglichkeiten. Die regionalbezogene Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei und ihren „Anspruch“, eine regionale Macht zu sein, kann man unter diesen Gesichtspunkten bewerten.

Die Kuwait-Krise jenseits der türkischen Grenze betraf die unmittelbaren nationalen sicherheitspolitischen Interessen der Türkei. Die Türkei unterstützte die Seite der

---

Kurdischer Staat-) Bilgi Yayinevi, 2. Genişletilmiş Baskı, Ankara, 1998, S.24. Der Ölanteil am Primärenergieverbrauch der Regionen für das Jahr 1990 sah (in Prozent) so aus: Nordamerika: 40,0, Westeuropa 43,0 und Japan 54,0. Vgl. dazu: Jörg Beutel, „Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl“. In: „Die Golfregion in der Weltregion“. Sonderaufgabe für die Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Hohlhammer Taschenbücher, Stuttgart 1991, S. 89

Alliierten, was sie als eine Notwendigkeit der internationalen Solidarität und Politik ansah. Durch die den Alliierten erteilte Erlaubnis, Luftstützpunkte auf dem türkischen Territorium benutzen zu dürfen, wich die Türkei von ihrer klassischen Außenpolitik, der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Nachbarn, ab. Diese neue außenpolitische Haltung der Türkei vermittelte durch die Handlungsweise und Vorstellungen des Staatspräsidenten Özal hinsichtlich des Balkans, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Mittelasiens ein gewandeltes Bild der Türkei. Dieses Bild der Türkei wurde als ein Zeichen der Bestrebungen nach einer regionalen Vormachtstellung bewertet.<sup>71</sup>

In der Zeit des Kalten Krieges basierte das internationale Sicherheitssystem auf dem bipolaren Ost-West-Konflikt. Daher spielten regionalbezogene Sicherheitsstrukturen – abgesehen vom KSZE - eine untergeordnete Rolle. Das Ende des Kalten Krieges setzte in den Regionen vom Balkan über den Kaukasus und Mittelasien bis zum Nahen und Mittleren Osten eine unerwartete Gewaltwelle in Gang, die in Form von nationalen und ethnischen Konflikten, Gebiets- und Hegemonieansprüchen die internationale Sicherheitsordnung gefährdete. Diese neuen Konflikte haben dazu geführt, im internationalen System regional bezogene Mechanismen zur friedlichen Beilegung der regionalen Auseinandersetzungen herbeizuführen. Es war notwendig gewesen, den Beitrag regionaler Ansätze - als Untersysteme - zur internationalen Ordnung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes“ zu berücksichtigen.<sup>72</sup>

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion blieben die USA als einzige Supermacht der neuen internationalen Ordnung. In der Neuen Weltordnung der „Pac Americana“ wurde den USA in ihrer „globalen Verantwortung“ verlangt, die „Anpassung, Abstimmung, Kooperation und Integration mit anderen Mächten und Staaten“ einzugehen, um den Frieden zu sichern und den „despotischen Moment in der Welt zu verringern und „willkürliche“ Machtausübung zu verhindern.<sup>73</sup>

Nach der Wende der internationalen Ordnung sind besonders auf dem Balkan und in Mittelasien „Machthohlräume“ entstanden, die weit von pluralistisch-demokratischen Strukturen entfernt ethnische, nationalistische, religiöse sowie autoritäre Tendenzen aufweisen. „Diese Transformation von Staaten und Gesellschaften mit mehreren hundert Millionen Menschen schafft Veränderungen und führt zwangsweise zu neuen Machtverschiebungen. Nicht selten gibt es rücksichtslose und totalitäre Kräfte, die diese neuen Machthohlräume auszufüllen versuchen. Es gelingt ihnen in dem Maße, in dem traditionelle Mächte, Ordnungsfaktoren und Sicherheitsstrukturen versagen.“<sup>74</sup> Damit diese „Machthohlräume“ nicht von den „halbwüchsigen“, „regionalen“ bzw. „Mittelmächten“ gefüllt werden, die die Sicherheit und den Frieden der internationalen Ordnung gefährden könnten, mußten entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Der Balkankonflikt hat gezeigt, daß Europa der Eindämmung der Konflikte sogar vor „seinem eigenen Tor“ nicht gewachsen war. Als einzig verbliebene Supermacht übernahmen die USA die globale Aufgabe der einpolaren Welt, für die Wiederherstellung einer internationalen Friedensordnung zu sorgen.

<sup>71</sup> H. Krech, a.a.O., 2/1992 S. 239-254. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Erdal İnönü bezeichnete die Außenpolitik der Türkei während der Kuwait-Krise als „imperialistisch“. Milliyet, 10.1.1991

<sup>72</sup> Dazu: Helga Hafterndorn, „Der Beitrag regionaler Ansätze zur internationalen Ordnung nach dem Ende des Ost-West- Konfliktes“. In: K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 447-463

<sup>73</sup> Christian Hacke, „Die großen Mächte“. In: Karl Kaiser/Hans- Peter Schwarz (Hrsg.), a.a.O., 1995, S. 329-333

<sup>74</sup> Ebd., S. 323

Damit die USA ihre globale Verantwortung in entsprechendem Maße übernehmen kann, bedarf es der Kontrolle der regionalen Mächte, die der USA ihre globale Vormachtstellung streitig machen können. Ein solcher potentieller Konkurrent kann - nach Ansicht Brzezinskis - nur aus dem Euroasiatischen Raum kommen, der für die globale Vormachtstellung Amerikas geostrategisch unumstritten ist. Daher ist es für die langfristigen geostrategischen Interessen der USA von großer Bedeutung, die Länder in und um dieses „Schachtbrett“ herum richtig zu beurteilen. Dabei ist folgendes zu beachten:

„Erstens ist es wichtig, potentielle geostrategische und dynamische Staaten, die in der internationalen Mächteverteilung bedeutende Verschiebungen veranlassen könnten, vorzeitig zu erkennen. Zweitens müssen die außenpolitischen Ziele und die möglichen Ergebnisse der Zielvorstellungen der politischen Eliten dieser Länder verschlüsselt werden. Drittens müssen die geostrategisch wichtigen euroasiatischen Staaten, die in der regionalbezogenen Politik weitreichende Auswirkungen haben können, festgestellt werden.

Außerdem, und zwar um die lebenswichtigen Interessen der USA zu schützen und zu bewahren, muß eine Politik entwickelt werden mit dem Ziel, entweder diese o. g. Staaten abzugrenzen oder mit ihnen gemeinsame Entscheidungen zu treffen oder sie zu kontrollieren. Dies soll dazu dienen, eine umfassende Geostrategie zu einwickeln, durch die die „privaten“ Interessen der USA mit den globalen Interessen verbunden werden.“<sup>75</sup>

In diesem Sinne kann man die Staaten in die Kategorie der Regionalmächte einordnen, die geographisch in engem Zusammenhang mit der Region stehen, geostrategisch zu den „Achsenmächten“ oder zu „geostrategischen Spielern“ in einer Region gezählt werden. Diesen Staaten wird die Rolle zugeschrieben, aufgrund ihrer wirtschaftlichen, politischen, militärischen, geostrategischen Lage oder Überlegenheit eine stabilisierende Rolle zu übernehmen und ihren positiven Beitrag als „Ordnungsfunktion“ zur Wahrung des regionalen und internationalen Friedens zu leisten.<sup>76</sup>

Noch während der Kuwait-Krise legte US-Außenminister Baker im Auswärtigen Ausschuß des US-Kongresses einen Plan vor, in dem die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Nachbarstaaten vorgesehen wurde. Dazu gehörten u.a. die Gründung eines Sicherheitssystems und wirtschaftlicher Zusammenarbeit und die Beseitigung chemischer und konventioneller Waffen sowie die friedliche Beilegung der Konflikte in der Region, vor allem zwischen Israel und Palästinensern.<sup>77</sup>

Während die arabischen Staaten über eine mögliche Rolle der Türkei unterschiedliche Meinungen äußerten,<sup>78</sup> wurde von der türkischen Führung der Wunsch bekundet, eine aktive Rolle bei der Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit in der Region zu übernehmen und Maßnahmen zur Liberalisierung von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Verkehr zu treffen. Damit die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region wächst.<sup>79</sup> Die Gründe dafür erklärte Özal wie folgt: „Bei der Entstehung des neuen Gleichgewichts

<sup>75</sup> Z. Brezezinski, a.a.O., 1998, S. 39

<sup>76</sup> Ebd., 1998, S. 40 und ff.

<sup>77</sup> Hürriyet, 05. 01. 1991

<sup>78</sup> Siehe Abschnitt 3.8.4 in dieser Arbeit

<sup>79</sup> Hürriyet, 31.01. 1991

sollte die Türkei zeigen, daß sie nicht ein bloßer Stützpunkt des Westens ist, daß sie mit islamischen Ländern gute Beziehungen eingehen kann und somit eine Brückenfunktion übernehmen kann. Der Westen sollte verstehen, daß die Türkei für den Westen unverzichtbar ist.“<sup>80</sup> Bei der Feststellung der Unverzichtbarkeit der Türkei als regionaler Stabilitätsfaktor für das westliche Sicherheitssystem<sup>81</sup> und für die Wahrung der strategischen Interessen des Westens gewann der Begriff „die regionale Macht Türkei“ an Bedeutung. Es sollte in diesem Kontext auch betrachtet werden, daß die Türkei den in mittelasiatischen Turkstaaten als Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus und als das Modell des westlichen demokratischen Systems mit entsprechender Wirtschaftsordnung von westlichen Diplomaten an die Staatsführungen der mittelasiatischen Staaten empfohlen wurde.

Entgegen der außenpolitischen Haltung der Türkei in den achtziger Jahren, keine außenpolitischen Verpflichtungen in der Region zu übernehmen, die außerhalb des NATO-Rahmens fallen, trat nach der Kuwait-Krise eine neue sicherheitspolitische Dimension in ihre Außenpolitik ein. Während des Camp David-Besuches des Staatspräsidenten im Jahr 1991 wurde vereinbart, daß beide Staaten eine „Strategische Zusammenarbeit“<sup>82</sup> eingehen. Darauf bauend hat die Türkei im Mai 1991 durch ein bilaterales Abkommen mit den USA die Lagerung konventioneller Waffen in der Türkei erlaubt. Dieses Abkommen wurde als ein Zeichen dafür verstanden, daß die Türkei sich bereit erklärte, im Rahmen der US-Außenpolitik hinsichtlich des Nahen Ostens eine Rolle zu übernehmen, die über die NATO-Aufgaben hinausgehen.<sup>83</sup> Die multidimensionale außenpolitische Orientierung der Türkei und die daraus resultierenden möglichen Konsequenzen wurde vom außenpolitischem Analytiker der Tageszeitung Sabah, Sedat Sertoğlu, so zum Ausdruck gebracht:

„Die Loslösung von Europa kommt einem Selbstmord der Türkei gleich. Wir müssen mit Europa unsere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ausbauen, was für türkische Waren ein riesiger Absatzmarkt darstellt. Auf der anderen Seite sind die USA für die Türkei der bedeutendste Verbündete. Sie haben die Vorhaben Deutschlands in Hinblick auf die Kurdenfrage gegen die Türkei einstellen lassen. Die Türkei kann zur Zeit die wirtschaftliche Stärke unserer nordöstlichen Nachbarn nicht einschätzen. Daher muß die Türkei die Option, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu gestalten, immer offen halten. Die Türkei muß sich nämlich wie ein Seiltänzer

---

<sup>80</sup> Y.Gökmen, a.a.O., 1992, S. 185-86

<sup>81</sup> In einem Bericht der Rand Cooperation wird auf die geostrategische Nähe und die daraus resultierende Rolle der Türkei im Hinblick auf Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Golfregion, im Transkaukasus und in Zentralasien hingewiesen. Dabei wird die Ansicht vertreten, daß die Türkei für die Interessen der USA ein unverzichtbares Land sei. Cumhuriyet, 25. 08.2000

<sup>82</sup> Strategische Zusammenarbeit oder „strategische Partnerschaft“ sah die gegenseitige Konsultation und Kooperation bei der Bestimmung der Außenpolitik sowie die gegenseitige Wahrung und Unterstützung der nationalen Interessen vor. Die strategische Partnerschaft wurde als Abkehr von der multipolaren Außenpolitik der Türkei und Zuwendung zu einer auf die USA ausgerichteten Außenpolitik kritisiert. Sedat Ergin, „Auf dem Weg in die grundlegenden Veränderungen in der türkischen Außenpolitik“. Hürriyet, 25.03.1991

<sup>83</sup> Dieses Abkommen wurde von Staatspräsident Özal unterschrieben. Gegen dieses Abkommen wurde die Kritik erhoben, daß es die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Türkei gegenüber der arabischen Welt einschränken werde. Hasan Cemal, „Dış Politika...“ (Außenpolitik...). Cumhuriyet, 21.03.1991

verhalten. Für die Türkei, die reichlich Feinde in ihrem Umfeld hat, sind Europa und Amerika wie unverzichtbare Burgen.“<sup>84</sup>

Wenn wir alle diese Faktoren zusammen fassen, kommen wir zum Ergebnis, daß die Türkei einerseits innerhalb der internationalen Ordnung als regionale Macht angesehen wurde und andererseits hat die Türkei diese Rolle gerne übernommen, weil sie mit den nationalen Interessen der Türkei im Hinblick auf ihren Wirkungsraum übereinstimmte. Das heißt: Es bestand zwischen den globalen Interessen der USA sowie denen Europas und den nationalen Interessen der Türkei eine Übereinstimmung. In diesem Zusammenhang wurde der Türkei in der neuen Weltordnung folgende regionale Rolle zugeschrieben:

- 1 Die Türkei sollte als eine Regionalmacht die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen des Westens im Nahen und Mittleren Osten sowie Mittelasien zu vertreten. In dieser Hinsicht kooperierte die Türkei während des Golfkrieges mit ihren westlichen Verbündeten eng zusammen. Sie stellte damit ihre Loyalität zum Bündnis unter Beweis.
- 2 Das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene Machtvakuum im Kaukasus und in Zentralasien sollte unter der Führung der Türkei mit der Unterstützung des Westens, aber vor allem mit den USA erfüllt werden. Die Türkei sollte als Modell-Land in jeder Hinsicht dazu beitragen, die politischen Strukturen im Transkaukasus und Mittelasien nach westlichem Vorbild zu gestalten.
- 3 Die Türkei sollte als Hochburg des Laizismus, als Stabilisierungsfaktor und als Pufferzone dem Vormarsch des politischen Islams in der Region und in Mittelasien Einhalt gebieten.<sup>85</sup>

Es ist die Hauptthese dieser Arbeit, daß in dem neuen globalen System der neuen Weltordnung der Türkei im Mittleren Osten, im Herz des neuen Machtbereicherungsraumes der internationalen Mächte, eine wichtige Aufgabe zugeteilt wurde: nämlich in der Region eine führende Regionalmacht zu sein und als Stabilitätsfaktor und strategisches Sprungbrett der westlichen Staaten zur Erschließung der Energieressourcen „des Euraoasiatischen Balkans“ zu fungieren. Die Feststellung Steinbachs scheint diese These zu unterstützen. Er widerspricht in seiner Analyse über die Beziehungen der Türkei zum Westen hinsichtlich der sicherheitspolitischen Rolle der Türkei in ihrem geopolitischen Umfeld als Regionalmacht der These, daß die Türkei eine ‚regionale Macht‘ oder ein ‚Verbündeter des Westens‘ sei, und weist darauf hin, daß die Türkei eine ‚regionale Macht‘ als Stabilitätsfaktor in ihrem Wirkungsraum nur als ‚Verbündeter des Westens‘ sein könne. Ihren Stellenwert als „Verbündete des Westens“ würde sie durch ihren Status als ‚regionale Macht‘ erhalten.<sup>86</sup> Der These, daß die Türkei „nicht einmal als „Stellvertreter“ für den Westen auftreten kann, sondern nur im Verbund mit ihren westlichen Partnern ihren besonderen Vorteil in den Beziehungen zu den Staaten in Zentralasien und auf dem Balkan zum Tragen bringen“<sup>87</sup> kann, entspricht auf der einen Seite die Tatsache, daß die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei weit

<sup>84</sup> Sedat Sertoğlu, „Nereye Koşuyoruz“ (Wohin laufen wir). Sabah, 10.04.1992

<sup>85</sup> Vgl. Bahri Yılmaz, „Wirtschaftliche Stabilität und Machtpolitik in der Türkei“. In: Internationale Politik. Bonn, Nr. 4/1997, S. 47

<sup>86</sup> U. Steinbach, „Die Türkei - regionale Macht oder Verbündete des Westens?“. In: Erich Reiter (Hrsg.), „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Mittler Verlag, Hamburg, Berlin, Bonn 1999, S. 577

<sup>87</sup> H. Kramer, „Die Türkei zwischen Europa, Asien und Nahem Osten“. in: Südosteuropa Mitteilungen, 2/92,

S. 140

davon entfernt sind, den umfangreichen Herausforderungen gerecht zu werden. Auf der anderen Seite wird ihr diese Rolle, als „Vertreter des Westens“ im regionalen Untersystem aufzutreten, als ein Teil der Politik des Westens in der neuen Weltordnung zur Sicherung der Rohstoffwege aufgetragen. Die Bestimmung der Route der Erdöl- und Erdgaspipeline Zentralasiens zum Westen wird auch u.a. davon abhängen, inwieweit die Türkei sich als verlässlicher Verbündeter des Westens in der Innen- und Außenpolitik bewähren wird.

Es bleibt zu fragen, ob die Türkei aus ihren innenpolitischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen heraus in der Lage ist, den außenpolitischen Herausforderungen in ihrem geopolitischen Umfeld entsprechend zu begegnen: nämlich ihren Beitrag zu Frieden und Stabilität im geopolitischen Raum zu leisten, ohne dabei selbst in die Konflikte einbezogen zu werden und somit ein Teil von Regionalkonflikten zu werden. Ein Staat ist, nach Auffassung Kants, erst dann zu dauerhaftem Frieden fähig, wenn er in der Innenpolitik eine Gesellschaftsordnung gründet, die die freie Entfaltung und den Schutz des Einzelnen gewährleistet.<sup>88</sup> Özal hat die Bedeutung dieser Rolle vorausgesehen und entsprechende Maßnahmen zur Erlangung der gesellschaftspolitisch relevanten demokratischen Strukturen in die Wege geleitet. Denn die Geschichte, die Kultur, die geographische Lage, die soziale Dynamik, die Wirtschaft und die Staatsstruktur der Türkei erfüllten die Voraussetzungen, um als eine Regionalmacht hervortreten zu können.<sup>89</sup>

#### **5.4. Die neuen Dimensionen der türkischen Sicherheitspolitik**

Die Sicherheitslage der Türkei nach dem Kalten Krieg ist aufgrund der Konflikte in ihrem Umfeld komplexer geworden. Die Türkei ist in dieser Region zwar keiner nuklearen Bedrohung mehr ausgesetzt, was während des Kalten Krieges eine potentielle Gefahr darstellte. Aber dagegen war die Sicherheitsbedrohung der Türkei seitens der Sowjetunion relativ klar kalkulierbar und auf mögliche Aktivitäten Moskaus im Rahmen internationaler und regionaler Konfliktszenarien begrenzt.

Die Türkei hatte von ihrer Gründung an bis 1990 mit sechs, ab 1990 mit insgesamt elf Staaten gemeinsame Grenzen. Abgesehen von den Meerengen (Dardanellen und Bosphorus) hat sie vier Seeküsten (einschließlich Marmarasee) zu verteidigen. Diese geographische Lage und ihre vielfach angesprochene Brückenfunktion zwingen die Türkei dazu, ihrer nationalen Sicherheit mehr Aufmerksamkeit zu widmen.<sup>90</sup> Die Entstehung neuer Staaten mit neuen politischen Akteuren und Interessenkonstellationen, die sich in direkter Nachbarschaft mit der Türkei befinden, deren Beziehungen untereinander durch Nationalitätenkonflikte und territoriale Ansprüche gekennzeichnet sind, beinhalten oft für die Türkei sicherheitspolitisch relevante Gefährdungsaspekte. Die bewaffneten Konflikte auf dem Balkan, der Krieg zwischen Armenien und Azerbaidchan um Berg-Karabach sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen der kaukasischen Völker aus Rußland und Georgien haben unmittelbaren Einfluß auf die innen- und sicherheitspolitische Perzeption

<sup>88</sup> Helmut Hubel, „Die Ursachen der ‚strukturellen Friedlosigkeit‘ im Nahen und Mittleren Osten“. In: Erich, Reiter (Hrsg.), a.a.O., 1999, S. 558

<sup>89</sup> Nur Vergin bezeichnet diese neue Rolle der Türkei als einen Teil des außenpolitischen Konzepts des „Neo-Osmanismus“ und fügt hinzu: „Wenn in der gegenwärtig vorhandenen internationalen Konjunktur für unser

Land eine Rolle maßgeschneidert wird, ist es deshalb, weil die Türkei dafür geeigneter ist.“ N. Vergin. In: Zeitschrift, Yeni Zemin, Nr. 1, Jan/1993, S. 63

<sup>90</sup> O. A. Mughisuddin, a.a.O., 3/95, S. 448

der Türkei. Darüber hinaus mußte die Türkei ihre auf der bipolaren Grundlage durchgeführte Außenpolitik revidieren und eine multipolare Außenpolitik betreiben, in der sie auch nuklearen Regionalmächten wie der Ukraine und der Russischen Föderation gegenübersteht.

Während des Kalten Krieges waren Zypern, Ägäisches Meer und die mit dem Wasserkonflikt verbundenen Meinungsverschiedenheiten mit Syrien die eigentlichen Konfliktzentren der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik. Nach der Wende mußte sich die Türkei neben diesen Konflikten auch mit durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und Jugoslawien entstandenen vielfältigen anderen Konflikten auseinandersetzen. Der Golfkrieg und das damit verbundene Kurdenproblem stellte für die Sicherheitspolitik der Türkei ein wichtiger Faktor in ihrer Außenpolitik dar. Angesichts der neuen Sicherheitsgefahren im regionalen Bereich wurde auch in der türkischen Sicherheitspolitik eine neue Bedrohungsanalyse vorgenommen.

#### 5.4.1. Die neue Bedrohungsanalyse und die türkischen Streitkräfte

Die Notwendigkeit, sich gemäß der neuen Veränderungen umzustrukturieren, wurde auch beim türkischen Militär sichtbar. Noch vor der Kuwait-Krise erklärte Generalstabschef Torumtay vor der „beweglich-mobilen, gut ausgerüsteten, schlagkräftigen, aber kleinen Armee“: „Die Türkei muß ihre Kräfte in alle Richtungen gleich verteilen. Wenn der Frieden in Europa sichergestellt ist, ist es natürlich, daß die Aufmerksamkeit (des Westens M.D.) auf den Nahen Osten und andere Regionen verschoben wird.“<sup>91</sup>

Daher war die Türkei gezwungen, ihre militärischen Potentiale aufrecht zu halten, ja sogar zu verstärken, während die anderen westlichen Staaten gemäß des KSE-Vertrages ihre konventionellen Waffen reduziert haben. In der Bedrohungswahrnehmung traten zwischen der Türkei und ihren Verbündeten unterschiedliche Faktoren auf, weil die Türkei nach der Wende mehr sicherheitspolitischen Gefahren um die territoriale Einheit ausgesetzt war, die aus den bewaffneten Auseinandersetzungen mit der PKK und damit verbundenen Konflikten jenseits derer Grenze in ihrem regionalen Raum resultierten.

Im Zuge der Modernisierung der türkischen Armee wurden die Fähigkeiten der Landes-, Marine- und Luftstreitkräfte erhöht. Es wurde die elektronische Ausstattung der Kampfflugzeuge modernisiert, so daß sie auch in der Nacht einsatzbereit sind. Die von den USA gekauften Hubschrauber des Typs Blackhawk, Cobra und Super Cobra haben die Bewegungs- und Verlegungsfähigkeit der Truppen im Osten der Türkei erhöht. Durch die Auftankmöglichkeit der Kampfflugzeuge in der Luft wurde der Wirkungsbereich der Flugzeuge erweitert. Darüber hinaus hat die Türkei seit den achtziger Jahren besonders nach der Wende in der internationalen Ordnung gemäß ihrer militärischen Doktrin (präventive Verteidigung)<sup>92</sup> nach ihren eigenen Bedürfnissen Sicherheitsstrategien entwickelt und versucht, ihre Armee an die Erfordernisse der neuen Herausforderungen anzupassen. Denn bei den Aufgabenbereichen der Sicherheitskräfte wurde nach dem Ende des Kalten Krieges in der sich neu herausbildenden internationalen Ordnung viel mehr Wert auf die Sicherung von Ruhe und Ordnung sowie die Gewährleistung humanitärer Hilfe gelegt. Die Gewährleistung der Sicherheit und eine humanitäre Hilfeleistung der internationalen Streitkräfte 1991 (Provide Comfort) im Nordirak und der Somaliaeinsatz

<sup>91</sup> Zit. n.: S. Güvenç in Gencer Özcan/Şule Kut, a.a.O., 2000, S. 133

<sup>92</sup> Ebd., S. 141

der VN 1993 waren Einsätze, die über die neuen Aufgabenbereiche der Streitkräfte in der neuen Sicherheitsstruktur der internationalen Ordnung Aufschluß geben.

Tabelle: 9. Die Verteidigungsausgaben der Türkei (1990-1993) (Mio-US \$/ Jahr)<sup>93</sup>

Jahr	1990	1991	1992	1993
Personal	2.567	2.650	2.799	3.464
Andere	1.515	1.420	1.322	1.252
Aufrüstung	1.063	1.240	1.425	1.455
Insgesamt	5.145	5.310	5.546	6.170

Die Türkei erlebte seit Mitte der achtziger Jahren einen nicht öffentlich erklärten Krieg gegen die PKK. Anfang der neunziger Jahren nahm die Eskalation der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der türkischen Armee und der PKK ein Ausmaß an, das für die Türkei eine ernsthafte Gefährdung bedeutete. Die Armee und Sicherheitskräfte mußten an die Verhältnisse angepaßt und entsprechend mit der benötigten Rüstung ausgestattet werden. Dieser „mäßige“ Krieg und die damit verbundenen militärischen Operationen außerhalb der türkischen Staatsgrenzen haben auch dazu beigetragen, daß die türkische Armee unter realen Verhältnissen „ausgebildet“ wurde.

Die internationalen Einsätze der türkischen Armee (innerhalb der VN in Somalia 1993, der NATO in Bosnien Herzegowina 1994 und Kosovo/Albanien 1997) trugen dazu bei, daß die türkische Armee für Operationen außerhalb ihres Territoriums Erfahrungen gesammelt hat und ihr die Möglichkeit gegeben wurde, ihre technischen und militärischen Fähigkeiten zu testen.<sup>94</sup>

Angesicht der Veränderungen in der internationalen Sicherheitsordnung sah sich die Türkei genötigt, ihre nationale Sicherheitspolitik neu festzulegen. In der vom Sicherheitsrat unter dem Namen „Urkunde der türkisch-nationalen Politik“ festgelegten Sicherheitspolitik (1992) wurde die Sowjetunion - da sie zusammengebrochen war - von der „Feindkategorie“ der Türkei ausgeschlossen. In der Veröffentlichung des Generalsekretariats des Nationalen Sicherheitsrates hieß es:

„In der Versammlung des Rates wurde die allgemeine sicherheitspolitische Lage im Lande neu bewertet, und neue Maßnahmen für die effektive Bekämpfung des Terrorismus in die Wege geleitet. (...) Die außenpolitischen Ereignisse wurden bewertet und in diesem Zusammenhang die Besorgnis um die Tragödie in Bosnien-Herzegowina, mitten in Europa zur Sprache gebracht. (...) Die Türkei wird die nötigen diplomatischen Aktivitäten unternehmen, um die territoriale Integrität Bosnien-Herzegowinas zu gewährleisten und dem Konflikt ein Ende zu setzen.“<sup>95</sup>

Der damalige Verteidigungsminister İsmet Sezgin erklärte später die Gründe für die neue Festlegung der nationalen Sicherheitspolitik der Türkei:

<sup>93</sup> Quelle: SIPRI Yearbook 1996, S. 329, entnommen aus: Ebd., S. 140

<sup>94</sup> Während der Kuwait-Krise wollte Özal eine militärische Einheit zum Golf entsenden - mit dem Ziel, daß einmal die türkische Fahne im Golf wehen sollte. Darüber hinaus wollte Özal, daß die türkische Armee im Krieg neue Erfahrungen sammelt und die Methoden der neuen Kriegstechnologie vor Ort beobachtet. Dafür war die Entsendung einer Flugzeugeinheit von Typ F-16, zwei Panzerdivisionen und vier Kriegsschiffe vorgesehen. Die Türkei hat unter der Leitung eines Generals eine Beobachtungstruppe in den Golf geschickt. Ertuğrul Özkök, „Özal'ın İç ve Dış Politikası“ (Die außen- und Innenpolitik von Özal), Hürriyet, 26.2.1991

<sup>95</sup> „Nationaler Sicherheitsrat hat neue Sicherheitspolitik festgelegt“. Milliyet, 01.08.1992

„Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war es notwendig geworden, eine neue nationale Sicherheitspolitik festzulegen, weil das türkische Sicherheitskonzept gemäß der sowjetischen Bedrohung vorbereitet war. Darin wurden Verteidigungsmaßnahmen gegen die mögliche Gefahr des sowjetischen Kommunismus getroffen. Als ab 1991 die Bedrohung nicht mehr bestand, wurde eine neue Bedrohungsanalyse vorgenommen. Die Sicherheitsurkunde vom 1992 legte fest, daß sich die Gefahr für die nationale Sicherheit der Türkei von Norden nach Süden verschoben hat. Das neue Sicherheitskonzept wurde nach der Verteidigungsstrategie der Türkei vorbereitet, wonach die Gefahren, die die nationale Sicherheit der Türkei beeinträchtigen, im Zusammenhang mit der PKK aus den südlichen Nachbarstaaten und Griechenland kommen.“<sup>96</sup>

#### 5.4.2. Die Außen- und sicherheitspolitischen Strategien im regionalen Bereich

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich die strategische Lage der Türkei durch den Rückzug sowjetischer Truppen hinter die eigenen Grenzen grundlegend verbessert. Bedrohungen aus dem Norden, die aus nicht um voraus kalkulierbaren Konflikten mit den neuen Republiken resultieren können, haben jedoch unmittelbaren Einfluß auf die Sicherheit der Türkei.

Diplomatische Kreise in Ankara betrachteten die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene neue sicherheitspolitische Lage der Türkei aufgrund des Verlustes der Zentralgewalt in Moskau und die entstandene Ungewißheit bezüglich der Nuklearwaffen und Balkanisierung der Sowjetunion in der unmittelbaren Nähe jenseits der türkischen Grenze als Besorgnis erregend.<sup>97</sup> Die Gründung der GUS von der Türkei wurde allerdings als positiv bewertet, da damit das Fundament für die Wiederherstellung der Stabilität in der ehemaligen Sowjetunion gelegt worden sei.<sup>98</sup>

##### *Drei Dimensionen der Außen- und Sicherheitspolitik*

Mit der dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens und der Entstehung unabhängiger Staaten wurden neue Dimensionen in der türkischen Außenpolitik eröffnet. Die erste Dimension dieser Außenpolitik bildete der „nahe Gürtel“, nämlich die unmittelbare alten und neuen Nachbarn (Armenien, Georgien und Azerbaidchan durch Nachtchwan) der Türkei. Die zweite Dimension der neuen Außenpolitik waren die neu entstandenen Turkstaaten in Zentralasien und auf dem Balkan, mit denen die Türkei geschichtliche, kulturelle, religiöse, sprachliche und ethnische Gemeinsamkeit hatte. Die Entwicklungen im Transkaukasus und Zentralasien veranlaßte die Türkei die Grundlinien einer neuen „Ostpolitik“ festzulegen.<sup>99</sup> Neues Ziel für die türkische Außenpolitik war Euroasien.<sup>100</sup> Bei der Bestimmung der neuen regionalen Außenpolitik traten Meinungsunterschiede innerhalb der türkischen Führung auf. Während der Staatspräsident Özal gegenüber Konflikten mit Armenien und den Entwicklungen auf dem Balkan eine Linie der harten Politik vertrat, reagierte die türkische Regierung unter Ministerpräsident Demirel eher zurückhaltend. Im Bezug auf Armenien begründete Özal seine Politik folgendermaßen: „In dieser Weltpolitik kann man nichts erreichen, wenn man kein Risiko eingeht. Diese Dinge

---

<sup>96</sup> Milliyet, 06.11.1997

<sup>97</sup> Ebd., 05.09.1991

<sup>98</sup> Cumhuriyet, 24.12.1991

<sup>99</sup> Hürriyet, 29.08.1991

<sup>100</sup> Cumhuriyet, 29.04.1992

(die Interessen der Türkei M.D.) können nicht nach dem Wunsch der anderen Staaten verwirklicht werden. Es gibt genügend Beispiele dafür<sup>101</sup>. Ministerpräsident Demirel begründete seinen Standpunkt mit dem Argument: „Wir sind mit der Welt zusammen. Wenn wir eine solche (militärische M.D.) Intervention machen würden, wie können wir dies der Welt erklären? Wir leben nicht von der Welt isoliert. Wir leben nicht allein. Wir müssen in Übereinstimmung mit der Weltpolitik etwas unternehmen.“<sup>102</sup> Der türkische Außenminister Çetin brachte bei seiner Reise im Mai 1993 in Moskau die Besorgnis der Türkei zum Ausdruck, daß die Konflikte im Transkaukasus und auf dem Balkan nicht in Religionskriege ausarten sollten.<sup>103</sup> Im allgemeinen prägte Anfang der neunziger Jahre die „carrot and stick“-Politik die außenpolitische Strategie der Türkei im regionalen Bereich.

Die Türkei hat trotz der unübersichtlichen Anfangsphase gute Beziehungen mit ihren neuen Nachbarn entwickelt. Wegen des Krieges zwischen Azerbaidchan und Armenien um Berg-Karabach herrschte in den Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien eine kühle Atmosphäre. Die Türkei hat wiederholt angekündigt, sie würde es nicht zulassen, daß Azerbaidchan von Armenien besetzt wird, und deutete an, sie sei bereit Azerbaidchan zu verteidigen.<sup>104</sup> Trotz dieser Warnungen hat die Türkei Armenien die Möglichkeit gewährt, Nahrungs- und humanitäre Hilfeleistungen über die Türkei zu transportieren.<sup>105</sup> Der türkische Außenminister Çetin ließ die Botschaften der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates wissen, daß die Türkei im Konflikt zwischen Armenien und Azerbaidchan nicht in eine Lage gebracht werden sollte, wie es beim Zypernkonflikt von 1974 der Fall war.<sup>106</sup> Aber die Türkei sah auch die Grenzen ihrer militärischen Möglichkeiten. Für die Evakuierung der Azerbaidchaner aus der in die Hände der Armenier gefallenen Ortschaft Kelbecer verlangte die azerische Regierung Hubschrauber von der Türkei. Die Türkei konnte dem Wunsch der azerischen Regierung nicht nachkommen. Zum einen mußten die Hubschrauber über das armenische Territorium fliegen und zum anderen hatte die Türkei keine Hubschrauber zu Verfügung, die für solche Aktionen geeignet sind.<sup>107</sup>

Existierte zwischen Bulgarien und der Türkei vor der Wende ein politisch gestörtes Verhältnis, so wurden die Beziehungen auf der gegenseitigen vertraulichen Basis zum Besseren entwickelt. Mit Rumänien hat die Türkei besondere Beziehungen im Wirtschafts- und Handelsbereich ausgebaut. Dazu gehören Georgien und neuerdings auch Griechenland. Die Beziehungen zwischen dem Iran und der Türkei erleben ihre Höhen und Tiefen. Je nach innenpolitischer Konjunktur der Länder werden die Staatsideologien, hier Laizismus dort Fundamentalismus, zum Unterdrückungsmechanismus im eigenen Lager instrumentalisiert. Häufig werden in den Medien der jeweiligen Staaten Beschuldigungen geäußert, die Wertvorstellungen des Nachbarlandes angegriffen zu haben. Die Spannungen zwischen beiden Staaten sind ideologisch begründet und werden keinesfalls zum Anlaß genommen, sich gegenseitig zu bedrohen.

Die dritte Dimension der regionalen Strategie der Türkei stellte eine unmittelbare Bedrohung der Sicherheit der Türkei dar. Im Zuge der neuen Weltordnung treten zwei für die Sicherheit der Türkei als „gefährlich“ eingestufte Nachbarn besonders hervor: Trotz

---

<sup>101</sup> Ebd., 08.04.1993

<sup>102</sup> Milliyet, 14.03.1992

<sup>103</sup> Ebd., 02.03.1993

<sup>104</sup> Ebd., 08.04.1993

<sup>105</sup> Ebd., 09.03.1992

<sup>106</sup> Cumhuriyet, 08.04.1993

<sup>107</sup> Ebd., 04.04.1993

der guten Beziehungen gilt Griechenland immer noch als „Konfliktpartner“, da keiner der Konflikte zwischen den beiden Ländern gelöst worden ist. Aber gute Beziehungen könnten der Lösung der Probleme Aufschub geben. Obwohl Griechenland und die Türkei innerhalb der NATO Verbündete sind, befanden sich beide Staaten oftmals am Rande einer bewaffneten Auseinandersetzung - nicht zuletzt wegen Zypern. Griechenland hat, wenn es um gemeinsame Interessen der Türkei gegenüber geht, einen natürlichen Verbündeten, nämlich den Staat Syrien. Syrien konnte bis jetzt die Annektierung Hatays (1938) durch die Türkei nicht akzeptieren. Darüber hinaus liegt Syrien mit der Türkei wegen der Wassermenge des Flusses Euphrat im Streit. Beide Nachbarn versuchen, die Türkei in die Zange zu nehmen, z.B. durch die Unterstützung der PKK, damit sie von der Türkei Zugeständnisse erpressen können, die zu ihrem Vorteil sind.<sup>108</sup>

Im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung der Türkei mit Syrien wegen des PKK-Konflikts oder der Wasserfrage besteht die Gefahr, daß Griechenland die Chance hat, sich in Bewegung zu setzen, um im Westen der Türkei eine neue Front zu öffnen, damit es die Möglichkeit hat, wenigstens im Ägäischen Meer sein Ziel zu verwirklichen. Umgekehrt würde Syrien versuchen, die Türkei wegen Wasserfrage und Provinz Hatay Konzessionen zu erzwingen. Der Konflikt mit Syrien würde für die Türkei in einen Konflikt mit allen arabischen Staaten münden. Die Türkei hat mit einer Erpressung (Kriegsandrohung) erreicht, daß PKK-Chef Öcalan aus Syrien ausgeliefert wird. Dies zeigt zum einen die regionale Stärke der Türkei, da die Öcalan-Operation mit Hilfe Israels und der USA unternommen worden ist. Zum anderen scheint die PKK als ein Instrument der politischen Ziele der Nachbarstaaten (von der Türkei Zugeständnisse zu erzwingen) vorerst ausgeschaltet zu sein.

Zwischen der Türkei und der Russischen Föderation gibt es keine gemeinsame Grenze. Eine direkte Bedrohung der Türkei von Rußland besteht nicht mehr. Die Türkei und Rußland sind in den Gebieten Balkan, Kaukasus, Mittelasien und Schwarzmeer sowie im SMWR Partner und Rivalen zugleich. Die Militärdoktrin „Nahe Ausland“ der russischen Föderation von 1992 war darauf gerichtet, u. a. den strategischen, kulturellen und wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten der Türkei im Kaukasus und Mittelasien energisch entgegen zu treten.

Auf der anderen Seite betrachtet Rußland die Gebiete Kaukasus und Mittelasien, also das ehemalige sowjetische Territorium, als seine natürlichen Einflußbereiche - nicht zuletzt aus wirtschaftlichem Interesse. Daher setzt es die Kaukasus-Staaten unter Druck, russische Soldaten an der türkischen Grenze zu stationieren. Jegliche Versuche der Türkei ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Richtung Kaukasus und Zentralasien und Balkan auszudehnen, würde die Gegenreaktionen der Russischen Föderationen auslösen.

Der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE), der am 19.11.1990 in Paris unterzeichnet wurde und in der Geschichte als „echter“ Abrüstungsvertrag bezeichnet wird, wirkte sich auf die Sicherheit der Türkei bei seiner Anwendung in den Jahren 1990-93 vorteilhaft aus.

---

<sup>108</sup> Es gab Gerüchte, daß Griechenland und Syrien im Jahr 1995 ein Abkommen unterzeichnet haben, wonach

bei einem bewaffneten Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland die griechischen Kampfflugzeuge syrischen Luftraum benutzen dürften. Meliha B. Altunışık in Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.) a.a.O., 2000, S. 329

Ein unter dem Ist-Zustand der damaligen internationalen Ordnung abgeschlossener Vertrag regelt in Art. 5 die Waffenbegrenzungen der Blöcke in ihren Flanken zonen. Was hier für die Sicherheitspolitik der Türkei von Bedeutung war, ist, daß die ehemalige Sowjetunion in der Region Transkaukasus ihre konventionellen Waffen erheblich reduzieren mußte.<sup>109</sup> Nach dem Zerfall der Sowjetunion ließ eine direkte Bedrohung der Türkei seitens der Russischen Föderation erheblich nach. Gemäß der „Flankenartikel“ des Vertrages war es ohne Verstoß gegen den Vertrag möglich, daß die russische Föderation zwar in den anderen Teilen (im Westen) konventionelle Waffen stark reduziert, aber in der Krisenregion Transkaukasus über die vertraglich festgelegten Grenzen hinaus Waffen lagern konnte. Dabei war der Gedanke zugrunde gelegt worden, eine gewisse Stabilität im Transkaukasus erreichen zu können.

In diesem Sinne versucht Rußland ihren Einfluß durch die militärischen Stützpunkte oder Beistandsverträge mit den ehemaligen Sowjetrepubliken aufrechtzuerhalten. In Georgien hat die russische Föderation insgesamt vier Stützpunkte. Es handelt sich um Vaziani in der Nähe von Tiflis, Gudauta in Abchasien, Batum und Achalkale. Über Jahre andauernde Verhandlungen haben anscheinend zu einem Ergebnis geführt. Rußland erklärte sich bereit, seine militärischen Stützpunkte in Vaziani und Gudauta spätestens bis Juni 2001 aufzuräumen. Das Ziel Georgiens ist, künftig ein Mitglied der NATO zu werden. Die guten Beziehungen der Türkei zu Georgien hat Rußland im Mai 1992 mit einem Militärpakt mit Armenien beantwortet.

Der Türkei gelang es dagegen im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Risiken im Süden des Ostteils der Türkei (24,4 % der gesamten Türkei) sich aus dem Vertragsrahmen herauszuhalten, und zwar mit der Begründung, daß die südlichen Staaten, die gleichzeitig eine Bedrohung für die Türkei darstellen, nicht in diesem KSE-Vertrag erfaßt sind.<sup>110</sup>

Im Falle eines russischen Angriffs kann die Türkei nicht mehr mit der obligatorischen Unterstützung der NATO rechnen, die aus Bündnisverpflichtungen resultiert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die rechtliche Grundlage der NATO dafür strittig geworden. Aber bei einem solchen Angriff würden sich die strategischen Gleichgewichte in der Region von Grund auf verändern. Eine solche Bedrohung würde die USA und Europa dazu veranlassen, der Türkei beizustehen. Trotz all dem stellt Rußland in absehbarer Zukunft für die Türkei keine Gefahr bzw. Bedrohung ersten Ranges dar.

Die verlockenden Potentiale der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel führt zwischen Ankara und Moskau zum Ausbau der bestehenden Beziehungen. Die im Juni 1992 ins Leben gerufene Schwarzmeerwirtschaftsregion soll Möglichkeiten für eine beidseitige Zusammenarbeit bieten. Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, daß beide Seiten es vermeiden, gegenseitig innere Konflikte auszunutzen. Die Ausreise des PKK-Chefs Öcalan aus Moskau, wo er nach der Ausweisung aus Syrien Unterschlupf suchte, ist darauf zurückzuführen. Im Gegensatz dazu hat die Türkei im Tschtschenienkonflikt Rußlands, trotz des massiven Drucks der Öffentlichkeit, sehr zurückhaltend reagiert. Obendrein hat Ministerpräsident Ecevit bei seinem Besuch in Moskau die Position

---

<sup>109</sup> Für die Türkei, Bulgarien, Island, Norwegen, Rumänien, Griechenland und die südlichen Gebiete der ehemaligen Sowjetunion (Leningrad, Odessa, Nord- und Transkaukasus) bestand die Obergrenze für die konventionellen Waffen, die je Verteidigungsbündnis zur Verfügung stehen sollten, bei 4.7000 Panzern, 5.900 gepanzerten Gefechtsfahrzeugen und Artilleriewaffen. Nurşin A. Güney, „AKKA'nın Yeni Koşullara Uyarlanması ve Türkiye'nin Güvenliği“. In: Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 165-191

<sup>110</sup> Ebd., S. 167

Rußlands in Tschetschenien unterstützt. Die neue sicherheitspolitische Perspektive der Türkei kann wie folgt zusammenfaßt werden:

1. Die Türkei ist im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges sicherheitspolitischen Gefahren und Bedrohung ausgesetzt, die aus ethnischen, nationalen, religiösen und separatistischen Konflikten in ihrem Umfeld resultieren. Während des Kalten Krieges waren die Potentiale der Bedrohung zwar sehr groß aber die Herkunft der Bedrohung war offensichtlich. Man konnte entsprechende Sicherheitsmaßnahmen treffen. Ein möglicher Angriff des Gegners war mit einem Risiko verbunden, selbst von derartigen Angriffen betroffen zu sein.
2. Es ist für die Türkei nicht mehr möglich, das kollektive Verteidigungssystem der NATO im Falle einer Gefahr ohne weiteres im Anspruch zu nehmen. Für die Türkei ist die Verlässlichkeit der NATO-Garantie fraglich geworden<sup>111</sup>. Das heißt: Die Türkei ist darauf angewiesen, die Bedrohungen, die gegen ihre Sicherheit und nationale Integrität gerichtet sind, mit eigenen nationalen Möglichkeiten und Mitteln zu begegnen. Darüber hinaus existiert in der NATO eine neue Sicherheitsdefinition zwischen der Türkei und den anderen NATO-Mitgliedern.<sup>112</sup>
3. Im Falle eines bewaffneten Konflikts der Türkei mit einem ihrer Nachbarn würde die Verstärkung der PKK zur Gefährdung der inneren Sicherheit führen.
4. Die Staaten Syrien, Griechenland und auch Armenien stellen die Souveränität und Integrität der Türkei in Frage. Sie haben Interessengemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer politischen Absichten gegenüber der Türkei.
5. Eine auf Sicherheit basierende Verteidigungspolitik zwingt die Türkei eine Verteidigungsstrategie sowohl im Westen (Griechenland) als auch im Süden (Syrien) zu entwickeln, in der an beiden Fronten so viele Streitkräfte stationiert sind, daß sie eine abschreckende Funktion übernehmen kann. Darüber hinaus sollten die Sicherheitskräfte so mobil eingerichtet werden, daß sie im nötigen Fall für jegliche Fronten in kürzester Zeit einsatzbereit sind.
6. Die Knappheit des Wasservorkommens und die Steigung des Wasserverbrauches kann zur Verschärfung der Beziehungen der Türkei mit den Nahoststaaten führen.
7. Die Aufrüstung in der Region besonders die Proliferation von nichtkonventionellen Waffen, d.h. von ballistischen Raketen sowie chemischen und biologischen Kampfstoffen, die auch mit den ballistischen Raketen abgeschossen werden können, stellen für die Sicherheit der Türkei eine Gefahr dar, da sie zwar im konventionellen Bereich gut gerüstet ist, aber weder über ein nichtkonventionelles Waffensystem noch über effektive Verteidigungsmittel dagegen verfügt.<sup>113</sup>

---

<sup>111</sup> H. Kramer, „Die Türkei zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten – eine aufstrebende Regionalmacht?“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 2/1992, S. 130

<sup>112</sup> Der von der USA unterbreitete Vorschlag „Partnerschaft für den Frieden“, die Verträge mit mittelosteuropäischen Staaten unterhalb der Mitgliederebene vorsieht, wurde vorerst von der Türkei auf Ablehnung gestoßen. Mustafa Türkeş, „Doksanlı Yıllarda NATO’nun Öncelikleri ve Türkiye“ (Prioritäten der NATO und Türkei in den neunziger Jahren.“ In: Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 193-217

<sup>113</sup> Eine Liste der Staaten im Nahen Osten, die über ballistischen Flugkörper verfügen und deren Reichweite

siehe dazu: „Rolle und Bedeutung ballistischer Flugkörpersysteme“. In: Hartmut Zeher, (Hrsg.) „Der

Wenn die Türkei jedoch versuchen würde, mit den ballistischen und chemischen Mitteln ihre in dieser Hinsicht bestehenden Sicherheitsdefizite auszugleichen, über die viele Staaten in der Region bereits verfügen, würde dies von den Nachbarstaaten als Bedrohung und Gefährdung empfunden werden, da die Türkei gegenüber ihren Nachbarn in wirtschaftlicher Hinsicht überlegen ist.

In Anbetracht der oben genannten Bedrohungsanalyse war das Sicherheitskonzept der Türkei nach dem Kalten Krieg auf einer „zweieinhalbfachen Kriegsstrategie“ entwickelt. Das heißt, die Türkei sollte in der Lage sein, einen Krieg an zwei Fronten gleichzeitig zu führen und auf die daraus resultierende innere Gefährdung wegen der PKK - also einen Halbkrieg - vorbereitet sein.<sup>114</sup>

Aufgrund ihrer geopolitischen und geokulturellen Lage konnte die Türkei ihren Einfluß in der Region vergrößern. Dagegen ist die Türkei nicht mehr als ein NATO-Staat in der Südostflanke und auch nicht als Eckpfeiler des Westens zu betrachten. Sie rückte ins Zentrum eines strategisch bedeutenden Raumes.

Der ideologische Gegensatz zum Iran, der Konflikt mit Griechenland über Zypern und das Ägäische Meer, der Streit mit dem Irak und Syrien über die Verteilung des Wassers und die regionale Auswirkung der Kurdenfrage sind als Konflikte zu charakterisieren, die die Türkei treffen und sicherheitspolitische Probleme darstellen konnten. Dies gilt auch für den Konflikt zwischen Armenien und Azerbaidchan, den Tschetschenien-Konflikt und die Konflikte auf dem Balkan. Darüber hinaus zielte die Strategie der Türkei auf folgende Punkte:

- Eine starke Verteidigung zu haben, um die Integrität, Souveränität und Sicherheit des Landes zu gewährleisten.
- Gegen die Gefahren bzw. Bedrohung, die sich gegen die Sicherheit des Landes richten, die notwendigen militärischen und diplomatischen Maßnahmen zu treffen.
- Die Bedrohung aus Rußland, die seit der Zarenzeit besteht, setzt sich unter anderem Namen fort. Die politischen oder ideologischen Veränderungen in diesem Land vermindern die Ernsthaftigkeit der Bedrohung für die Türkei nicht. Das Bewußtsein, daß die Bedrohung aus Rußland permanent weiterbesteht, soll nicht bedeuten, daß keine freundschaftlichen Beziehungen aufgenommen werden.<sup>115</sup>
- Im Falle eines Ungleichgewichts bzw. einer potentiellen Sicherheitsgefahr für die Türkei sollte sie mit jenen Ländern ein Bündnis eingehen, die die gleichen Sorgen teilen, bzw. sich von der gleichen Macht bedroht fühlen, um dieses Ungleichgewicht zu beseitigen.
- Zu versuchen, mit allen Staaten - voran mit den Nachbarstaaten - gute freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen, damit durch die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit die Verminderung der gegenseitigen Sicherheitsdrohungen gefördert wird.
- Die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Ausdehnung der regionalen Zusammenarbeit in allen Bereichen gehen mit den wirtschaftlichen Entwicklungen des Landes einher.

---

Golfkonflikt“ Mittler & Sohn, Herford, Bonn, 1992, (S. 363-389,) S. 377-381

<sup>114</sup> Şükrü Elekdağ, „İkibuçuk Savaş Stratejisi“, (Zweieinhalb Kriegsstrategie). In: Y. Türkiye/Neni Tüekie 3/95, S. 522

<sup>115</sup> E. Yavuzalp a.a.O., 1998, S. 224-225

- Die Türkei wird künftig in den Regionen vom Balkan bis Zentralasien von den ethnischen Auseinandersetzungen unmittelbar betroffen sein, denn diese Auseinandersetzungen wirken sich auf die Innenpolitik der Türkei aus, auf die die Gestalter der Außenpolitik Rücksicht nehmen müssen. Es sollte keinen Platz für Abenteuer in der Außenpolitik zu geben. Aber ob die Türkei es will oder nicht, wird sie von den Konflikten ihres Hinterlandes betroffen sein.

Die Gewährung der Sicherheit der Türkei kann nicht alleine durch die Stationierung der konventionellen Waffen an den Grenzen erreicht werden, sondern muß durch wirkungsvoll hergestellte diplomatische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen und eine Vergrößerung der Einflußbereiche in dem Raum, der das Hinterland der Türkei bildet, erreicht werden. Das gilt genauso für den Kaukasus und die Nahoststaaten. Seit ihrer Gründung hat die Türkei die außerhalb ihrer Grenzen vorhandenen geokulturellen Vorteile und Einflußbereiche für ihre Staatsideologie aufgeopfert, daher geriet sie zunehmend in einen Zustand, in dem sie ihre Grenzen im Südosten nicht mehr unter ihrer Kontrolle halten konnte. Die Türkei muß ein außen- und sicherheitspolitisches Konzept entwickeln, das sich aus geopolitischen, geokulturellen und geoökonomischen strategischen Realitäten herleitet.<sup>116</sup> Eine dieser Realitäten ist das Kurdenproblem, mit der sich die Türkei während der Regierungszeit Özals als Bedrohung für die Sicherheit in der Innen- und Außenpolitik beschäftigen mußte.

## 5.5. Die PKK<sup>117</sup> und der Kurdenkonflikt als Sicherheitsproblem der Türkei

---

<sup>116</sup> A. Davutoğlu, a.a.O., 1995, S. 501

<sup>117</sup> Die PKK (Partia Karkerane Kurdistan / Kurdische Arbeiter Partei) wurde am 1.12.1978 unter der Führung Abdullah Özalan in Diyarbakır, Lice, in einem Dorf namens Fis gegründet. Diese Gründungsversammlung der PKK gilt zugleich als ihre erste Vollversammlung. An der Gründungsversammlung nahmen teil: Abdullah Öcalan, Cemil Bayık, Kesire Yıldırım (Özcalan), Abdurrahman Polat, Duran Alkan, Mazlum Doğan, Hakkı Karaer, Kemal Pir, Şahin Sönmez, A. Rıza Altun. Die Ziele des ersten Aktionsplans der PKK waren:

- Die Sicherheitskräfte und Geheimdienste des Staates.
- Die türkisch-nationalistischen Organisationen und deren Führungskader.
- Die Einflußbereiche und bekannte Persönlichkeiten in Südanatolien.
- Die Abgeordneten aus Südanatolien.
- Die Bürgermeister in Provinzstädten Südanatoliens.
- Die Führer der kurdischen bzw. türkischen Stämme in Südostanatolien.

Aufgrund der sicherheitspolitischen und ideologischen Besonderheiten war und ist die Kurdenproblematik eines der schwersten und ideologisch empfindlichsten Probleme der Türkei, die sowohl die innere Stabilität der Türkei gefährdet als auch die sicherheitspolitischen, regionalen und internationalen Interessenkonstellationen der Länder in der Region sowie anderer Staaten (der westlichen Allianz)<sup>118</sup> widerspiegelt. Davon sind besonders die Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran<sup>119</sup> betroffen. Die Kurdenproblematik wurde seit der Gründung der Republik als Bestandteil der offiziellen Staatspolitik in außen- und innenpolitischen Sicherheitsfragen immer in Betracht gezogen. Es wurde aber vehement vermieden, in der Öffentlichkeit darüber offen zu diskutieren. Es ist immer mit einem Risiko behaftet, in der Türkei über das Kurdenproblem zu sprechen, da man sehr leicht in die Gefahr gerät, als Staatsfeind gebrandmarkt zu werden. Der Staat ist aus Sicherheitsgründen in der Kurdenfrage sehr empfindlich und verletzlich. Der Staat neigte dazu, auch während Özals Zeit den Kurdenkonflikt allein auf das PKK-Problem zu beschränken. Dies hat auch damit zu tun, daß die gegen die PKK geführten Operationen als Vorwand und auch als Legitimation für die möglichen anderen innenpolitischen Operationen im Lande benutzt werden.<sup>120</sup>

### 5.5.1. Die Ursachen des Konfliktes

Bis die türkische Republik gegründet wurde, - also bis die Kurden ethnisch als „Türken“ betrachtet wurden - hat es im Osmanischen Reich kein Kurdenproblem gegeben. Der Osmanische Staat erlaubte den Kurden die kurdische Sprache. Bücher und Zeitungen in kurdischer Sprache konnten gedruckt werden. Kurdische Intellektuelle konnten politische Parteien und Vereine gründen, und der Osmanische Staat gestattete ihnen, gemäß ihrer politischen Ziele tätig zu werden.<sup>121</sup> Seit der Gründung der Republik Türkei - nachdem die Türkei während ihrer Gründungsphase drei große Aufstände der Kurden niedergeworfen hatte - galt gemäß der neuen Staatsideologie fortan die Theorie, daß es in der Türkei überhaupt keine Kurden gebe, sondern nur „Bergtürken“, die in der Geschichte ihren türkischen Charakter verloren hätten.

Die Ursachen der Kurdenproblematik sind vielfältig. Dieser Konflikt ist ein Bündel von ethnischen, religiösen, strategischen, wirtschaftlichen, ideologischen, regionalen und internationalen Faktoren in und um die Türkei herum. Die Republik Türkei hat seit ihrer Gründung Ostanatolien politisch und wirtschaftlich vernachlässigt. Der Staat hat sich nicht

---

Die PKK hat ihre erste größte Aktion am 15.8.1984 in den Kreisen Eruh und Şemdinli verwirklicht. Diese Aktionen sollten dazu dienen, die PKK in der türkischen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Nach diesen Anschlägen der PKK wurde in den türkischen Zeitungen öffentlich von der PKK und deren Führer Abdullah Öcalan (genannt „Apo“) gesprochen. (Mutlu Çölgeçen, Yeni Şafak, 21.-22.11.1998. Der PKK-Führer Abdullah Öcalan wurde in Kenia festgenommen und am 16.2.1999 in die Türkei gebracht. Er sitzt in einem extra für ihn eingerichteten Gefängnis auf der Insel İmralı.

<sup>118</sup> Einer aus dem Führungskader der PKK-Bewegung, Şemdin Sakık, wurde im Jahr 1998 von türkischen Sicherheitskräften im Nordirak festgenommen. Er hat in seiner Verteidigung vor dem Staatssicherheitsgericht behauptet, daß die externen Mächte die PKK unterstützt haben. Nach Sakık wollten diese Mächte den Konflikt in der Türkei verlängern. Er behauptete ferner, daß die militärischen Aktionen von außen importiert worden wären. Yeni Şafak, 16.10.1998

<sup>119</sup> Die Anzahl der Kurden verteilt auf Länder: in der Türkei 10-12 Mio. (19-24 % der gesamten Bevölkerung), im Iran 5.6 Mio. (10-16 %), im Irak 3-3,5 Mio. (8-9 %)

<sup>120</sup> Yeni Şafak, 18.4.1998.

<sup>121</sup> H. Özdemir, a.a.O., 1995, S. 39

ernsthaft für den Osten interessiert. Er hat sich damit abgefunden, daß die „Bürger“ im Osten als Bürger zweiter Klasse angesehen werden.<sup>122</sup>

Der Staat ist gegenüber seinen Bürgern sehr skeptisch. Wenn es um Südostanatolien geht, wird dieser Skeptizismus eine dauerhafte Regel. Daher sendet der Staat, anstatt Unternehmer, die in der Region investieren sollten, Sicherheitskräfte. So. z. B. wurde die Einwohnerzahl der Provinzstadt Hakkari (1989) auf 12.000 geschätzt. Nur 3.000 davon waren eigentliche Einwohner. 9.000 waren Sicherheitskräfte. In einer solchen Situation fühlt man sich natürlich nicht wohl und darüber hinaus als Fremder im eigenen Lande.<sup>123</sup>

Als im Jahr 1988 50.000 Kurden vor der irakischen Armee flüchteten und die türkischen Grenzen passierten, waren die türkischen Bürokraten damit beschäftigt, für die Flüchtlinge einen Namen zu finden. Es war komisch, die irakischen Kurden als „Nordiraker“ oder „Volksgenossen unserer Bürger“<sup>124</sup> zu bezeichnen. Daher wurde zwangsweise der Begriff „Kurden“ in die politische Sprache der Türkei eingeführt und in der Öffentlichkeit offen genannt.

Ex-General Bölügiray warf den zivilen Regierungen vor, daß sie für den Kurdenkonflikt kein Programm oder keine Politische Strategie entwickelt hätten, daß sie damit beschäftigt waren, „den Tag zu retten“. Dagegen habe die Armee gegenüber den Ereignissen um die Kurdenproblematik „die nötige Empfindlichkeit“ gezeigt und mehrmals Berichte darüber geschrieben und an zivile Regierungen gegeben.<sup>125</sup> Er hat Recht, wenn man davon ausgeht, daß die zivilen Regierungen in der Türkei die eigentlichen Machthaber und Entscheidungsträger in der türkischen Politik sind. Die politische Verantwortung dafür tragen zwar die zivilen Regierungen, aber die Bestimmung der Sicherheit bleibt dem nationalen Sicherheitsrat überlassen. Darüber hinaus haben die zivilen Regierungen in der Türkei nicht den notwendigen politischen Willen und die Stärke gezeigt, politische Programme und Konzepte für die Probleme der Gesellschaft (geschweige denn für das Kurdenproblem) zu entwickeln, ohne dabei die Reaktionen der zivilen und vor allem militärischen Bürokratie vorher getestet zu haben. Das kurdische Problem war und ist mit einem über die PKK hinausgehenden Konfliktstoff beladen, in dem die geopolitischen, geokulturellen und ökonomischen Dimensionen und Interessen sowohl der regionalen als auch der westlichen Staaten berührt werden.

Im folgenden sollen Faktoren zusammengefaßt werden, die seit der Gründung der Türkei zum Kurdenkonflikt beigetragen haben:

- Seit der Gründung ist der Staat davon entfernt, die kulturellen und sozialen Vielfältigkeit im Osten der Türkei als solche anzuerkennen.
- Überbetonung des türkischen Nationalismus aufgrund der Staatsideologie.
- Ignorierung der kurdischen Identität oder strikte Ablehnung der Kurden als Ethnien. Hierbei ist zu beachten, daß die Türkei die Menschen im Osten der Türkei wegen der Religionszugehörigkeit nicht außerhalb der türkischen Nation betrachtet. Dabei wird

---

<sup>122</sup> F. Kuru, „Türkiye'nin Dış Politikası Temelden Yanlıştır“ (Die Außenpolitik der Türkei ist vom Grund aus

falsch). In: Dış Politika/Außenpolitik, Risale Yayınları, Istanbul, 7/89, S.209

<sup>123</sup> Ebd., S. 210

<sup>124</sup> B. Oran, a.a.O., 1998, S. 35

<sup>125</sup> N. Bölügiray, a.a.O., 1992, S. 15

auf die entsprechenden Artikeln des Lusanne-Abkommens hingewiesen, wonach nur die Nichtmuslime als ethnische Minderheiten anerkannt wurden.

- Soziale, kulturelle, wirtschaftliche Vernachlässigung der Region.
  - Weiterbestehen der traditionellen Familienstruktur des Feudalsystems in Ostanatolien.
- Sehr hohe Geburtenrate und dagegen knappe Arbeitsmöglichkeiten und sehr niedriges Bildungsniveau. Es fehlen überall Schulgebäude, Lehrkräfte und die nötigen Lehrmaterialien. Im Bildungsjahr Jahr 1991 waren etwa 1500 Grundschulen wegen fehlender Lehrkräfte oder Schulgebäude und Terroranschläge geschlossen. Allein in Diyarbakir konnten 80.000 Kinder nicht in die Schule gehen. In ganz Süd-Ostanatolien waren insgesamt etwa 500.000 Kinder, denen Schulbesuche aus verschiedenen Gründen verwehrt bleibt.<sup>126</sup>

Die Mutterlandspartei hat bis 1988, als die terroristischen Aktivitäten der PKK den Stand der Gefährdung der inneren Sicherheit erreichte, die Ernsthaftigkeit der PKK unterschätzt. Die Aktivitäten der PKK wurden bis dahin als Aktivitäten der bewaffneten Bande bezeichnet. Der Innenminister Mustafa Kalemlı kommentierte die Aktivitäten der PKK als Einzelaktionen, die noch keine potentielle Bedrohung für die Sicherheit der Türkei darstellen würden.<sup>127</sup> Erst nach der Zunahme der PKK-Aktionen im Osten der Türkei wurde dies als ein dauerhaftes nationales Problem bezeichnet.

Die Regierung stellte die elf Provinzen des Südostanatoliens unter eine einheitliche Verwaltung, an deren Spitze ein „Supergouverneur“ ernannt wurde, um die wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Aktivitäten in diesem Gebiet besser in den Griff bekommen zu können (19.7.1987). Aber es entstanden in diesen Provinzen Verwirrungen über den Zuständigkeitsbereich der zwischenstaatlichen Organe. In der Region befanden/befinden sich Sicherheitskräfte, die von verschiedenen Stellen des Staates befehligt werden. Die Polizeikräfte mit ihren Spezialtruppen unterstehen dem Innenministerium wie die regulären Truppen des Militärs. Da es um die Gefährdung der inneren Sicherheit und der Einheit des Staates ging, beanspruchte das Militär im Gebiet das Oberkommando für sich. Unter Ihnen gab es dann aufgrund ihrer Zuständigkeitsbereiche oftmals Verwirrungen. Keine wußte genau, wer wem Befehle erteilen sollte.<sup>128</sup>

In der elf Provinzen umfassenden Region, die unter dem Ausnahmerecht stand, gab es etwa 5000 Dörfer und 7000 kleine Wohnorte. Sie vor terroristischen Angriffen zu schützen, war nahezu unmöglich. Für Özal war eine der Lösungen, diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen. Vor dem Hintergrund dieser Überlegung wurde ein lokales Sicherheitssystem gegründet. Nach diesem System wurden von den Dorfbewohnern lokale Sicherheitskräfte (Dorfwächter) gebildet. Diese Leute haben auch tatsächlich ihre Dörfer gegen PKK-Angriffe erfolgreich verteidigt. Es hat aber viele Kritik an diesem System gegeben:

- Manche Dorfbewohner wollten diese Aufgabe nicht übernehmen. Sie wurden dann beschuldigt, PKK-Sympathiesanten zu sein und mußten ihre Dörfer verlassen.
- Einige kurdischen Stämme wurden von der Regierung mit Waffen versorgt, einige

---

<sup>126</sup> N. Bölügiray, 1992, S. 64-65

<sup>127</sup> Burak Ülman, „Türkiye'nin Yeni Güvenlik Algılamaları ve „Bölücülük“, (Die neue Sicherheitsperzeption der Türkei und Separatismus). In: Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 99- 130

<sup>128</sup> N. Bölügiray, 1992, S. 94-95 und Necip Torumtay, „Değişen Stratejilerin Odağında Türkiye“ (Die Türkei im Mittelpunkt der sich wandelnden Strategien). Milliyet Verlag, 2. Aufl. Istanbul, 1997, S. 228-29

dagegen nicht. Zwischen diesen Stämmen gab es dann Auseinandersetzungen um die Ausdehnung ihrer Einflußbereiche.

- Die wichtigste Kritik an diesem System war wohl, daß die Gefahr bestehe, daß die bewaffnete Kurdenstämme eines Tages diese Waffen gegen den Staat richten konnten und für die Einheit und Integrität des Staates eine Bedrohung darstellen könnten.<sup>129</sup>

Im irakischen Norden entstand während des Krieges zwischen dem Iran und Iran eine 30 km lange Sicherheitszone, die die irakische Armee aus Sicherheitsgründen verlassen hatte. In dieser Zone ließen sich die PKK-Leute nieder. Die PKK operierte von dieser Zone aus in der Türkei und zog sich wieder zurück. Am 25. Oktober 1984 unterzeichneten die Türkei und Irak ein Sicherheitsabkommen, wonach die Türkei gegen die PKK-Lager im Nordirak militärische Operationen führte. Die grenzüberschreitenden Operationen der türkischen Armee besonders im Jahr 1987 stützten sich völkerrechtlich auf dieses zwischen dem Irak und der Türkei abgeschlossenes Abkommen, wonach die ‚heiße Verfolgung‘ von terroristischen Truppen bis fünf km in das Territorium des Nachbarlandes hinein ermöglicht wurde.

Aus verschiedenen politischen Motiven unterstützen die Nachbarn der Türkei die PKK-Bewegung. Dabei traten Länder wie Syrien, Irak und Griechenland im Vordergrund. Aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen wollen die westlichen Staaten - allen voran die USA<sup>130</sup> - erreichen, daß im Nahen und Mittleren Osten politische Entwicklungen nach ihrem Interesse verlaufen. Dafür unterstützten sie, wenn sie es für nötig hielten, politische Bewegungen in Ländern, die solche Probleme haben, um ihren Forderungen gegenüber den Regierungen Nachdruck zu verleihen.

Die PKK hat ihre terroristischen Aktivitäten erst im August 1984 begonnen, vier Jahre nach dem Militärputsch. Mit den bewaffneten Aktionen der PKK in Südostanatolien in den Ortschaften Eruh und Şemdinli, trat die PKK in die Öffentlichkeit. Der „Aufstand“ der PKK stellte ein ernstes und sicherheitsgefährdendes Problem höchsten Grades für die Türkei dar. Im Frühjahr (Navroz) 1990 hat die PKK ihre bisherige Kampfstrategie ausgeweitet und versucht, die Kurden überall in der Türkei, aber besonders im Südostanatolien, zu einem Volksaufstand zu mobilisieren.

Je intensiver der Krieg zwischen den PKK-Anhängern und türkischen Sicherheitskräften wurde, um so schwieriger wurde es für die Menschen in dieser Region zu leben. Sie wurden von beiden Seite unter Druck gesetzt, manchmal gewollt, aber auch ungewollt, mußten sie sich für die eine oder andere Seite entscheiden. Seit 1984 hat der Staat für den Kampf gegen die PKK und die Gewährleistung der Ruhe und Ordnung in der Region etwa 85 Milliarden US-\$ ausgegeben. Wäre dieser Betrag für die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Südostanatolien seit der Gründung der Republik ausgegeben worden, würde der größte Teil des Problems gelöst worden sein.

---

<sup>129</sup> N. Bölügiray, 1992, S. 112

<sup>130</sup> Doğu Perinçek, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, spricht von einem kurdischen Szenario, das vom Pentagon Ende der achtziger Jahren entwickelt worden ist. Dieser Plan des Pentagons wurde nach seiner Behauptung während der Kuwait-Krise in die Tat umgesetzt. Nach diesem Plan will die USA die Unterstützung der nordirakischen Kurden seitens der Türkei erreichen. Die Türkei sollte als Fürsorgerin der Kurden auftreten. Somit würde die Türkei ihre außenpolitische Aufmerksamkeit in Richtung Osten bzw. Nahoststaaten richten. Durch den Kurdenkonflikt würde dann die Türkei mit dem Iran und den arabischen Staaten in unendliche Auseinandersetzungen verwickelt werden. Doğu Perinçek, „Die südlich Außenpolitik“. In: Neue Türkei (Y. Türkiye) 3/95, S.136

### 5.5.2. Özal und der Name des Problems

Y. Gökmen berichtet in seinem Buch, daß Özal schon in den sechziger Jahren für Südostanatolien ein System vorgeschlagen habe, das dem Bundesstaatsystem von USA ähnelte. Der Vorschlag Özals wurde jedoch vom damaligen Ministerpräsident Ismet İnönü nicht akzeptiert.<sup>131</sup>

Das Kurdenproblem wurde während der Regierungszeit Özals auf drei unterschiedlichen Ebenen behandelt, die aber gleichzeitig miteinander verflochten sind.

1. Das Kurdenproblem wurde aufgrund der Ideologie des Staates als eine Bedrohung für die innere Sicherheit und Integrität der Türkei empfunden, darüber wurde aber öffentlich nicht gesprochen. Dies war und ist die offizielle Haltung des Staates. Die Wurzeln dieses Problems reichen bis in die Gründungszeit der Republik zurück.
2. Der größte Teil der türkischen Staatsbürger kurdischer Abstammung, die im wirtschaftlichen, infrastrukturellen und sozialen Bereich benachteiligt wurden, leben in Südostanatolien. Dadurch entstandene sozialpolitische Probleme - wie hohe Arbeitslosigkeit, Armut oder geringere Bildungsmöglichkeiten - verschärfen den Konflikt und bieten Nährboden für politische Strömungen.
3. Die Regionalisierung und Internationalisierung der Kurdenfrage begann im August 1988, als über 50.000 Kurden im Nordirak vor der irakischen Armee in die Türkei flüchteten. Während und nach der Kuwaitkrise sowie nach dem Zusammenbruch des kurdischen Aufstandes im März 1991 drangen mehr als 1.5 Million Kurden über die türkischen Grenzen. In dieser Phase wurde zum ersten Mal sowohl in der türkischen Öffentlichkeit als auch in der Weltöffentlichkeit über den Kurdenkonflikt und die Kurden öffentlich gesprochen.<sup>132</sup>

Die Regierung versuchte alternative Lösungsmöglichkeiten für die Folgeerscheinungen des PKK-Konflikts zu finden. Eigentlich waren die Hände der zivilen Regierungen aus ideologischen Gründen wegen der Empfindlichkeit des Problems gebunden. Also überließen sie die Lösung solcher brisanter Konflikte wie den PKK-Konflikt lieber den Sicherheitskräften, die immer ein hartes Vorgehen befürworteten. Für die zivile Regierung war es sehr schwierig, für diesen sehr brisanten und empfindlichen Konflikt politische Lösungen zu finden. Während Özal bei der Bekämpfung der PKK die Armee voll unterstützte, versuchte er gleichzeitig zu erklären, daß man den Konflikt nicht mit ausschließlichen kriegerischen Methoden lösen könnte.

Während die Regierung in der Innenpolitik nach alternativen Lösungsmöglichkeiten suchte, um in der Kurdenproblematik eine politische Lösung herbeizuführen, hat sie auf der anderen Seite neue sicherheitspolitische Maßnahmen ergriffen, um den terroristischen Aktionen der PKK wirkungsvoll entgegenzutreten. Eine dieser Maßnahmen war, durch die

---

<sup>131</sup> Y. Gökmen, a.a.O., 1992, S. 37-38. Der Führer der Kurdischen Patriotischen Union (PUK) im Nordirak Celal Talabani bestätigt diese politische Ansicht. Özal sei bestrebt gewesen, daß die irakischen Kurden in einem demokratischen Irak in Form einer Föderation leben. Für die Türkei habe Özal nach amerikanischen Modell kulturelle Freiheiten gewährt. In: Zeitschrift „NOKTA“. Sonderausgabe, 17.04.1993, S. 38

<sup>132</sup> Sedat Ergin, „Batıya Yeni Hesaplaşma“, (Eine neue Rechnung mit dem Westen), Hürriyet, 22.4.1991

Absperrung der Grenzen mit Stacheldraht zu verhindern, daß die PKK-Terroristen die syrische, irakische und iranische Grenze überschreiten. Nur 200 Kilometer der 1700 Kilometer langen Grenze zwischen Syrien, Irak, Iran und der Türkei konnten jedoch abgeriegelt werden. Der Erfolg solcher Sicherheitsmaßnahmen erwies sich nicht als wirkungsvoll, da die PKK-Terroristen ohne Mühe in Gruppen die Grenzen passieren konnten. Die geographischen Gegebenheiten verhinderten auch eine durchgehende Abriegelung der Grenzen mit Stacheldraht oder ähnlichem.

Özals Perzeption des Kurdenproblems war ein Teil seiner gesellschaftspolitischen Vorstellung für die Türkei. Da Anatolien sich auf einer „Wegkreuzung“ befindet, war es für ihn natürlich, daß die Menschen in Anatolien unterschiedlicher ethnischer Abstammung sind. Aber nur als eine Nation könnte die Türkei gemeinsam den gewünschten Standard des Wohlfahrtsstaates erreichen.<sup>133</sup> Er wies darauf hin, daß die Kurden in der Türkei die Verwandten der Kurden im Irak sind. Darüber hinaus verwies Özal auf die Zeit des Osmanischen Reiches und sagte, wenn die Grenzen der Türkei ein wenig nach Osten verschoben werden würden, wären diese Menschen unsere Bürger. So oder so haben diese Menschen auch das Recht zu leben.<sup>134</sup>

Am 26.5.1985 wurde durch die Wiederbelebung des „Dorfwächtergesetzes“<sup>135</sup> in kleinen Wohnorten Südostanatoliens Dorfwächter eingestellt, damit sie zum einen ihre Wohnorte gegen die PKK besser verteidigen konnten und zum anderen den Sicherheitskräften bei den Operationen und den Verfolgungen der PKK-Terroristen helfen sollten. Am 11. 6. 1985 wurde das „Reuegesetz“ von der Regierung erlassen, um PKK-Anhängern den Ausstieg aus der Organisation zu erleichtern.<sup>136</sup>

Durch die Veränderung des Gesetzes über den Zuständigkeits- und Aufgabenbereich der Polizei wurden spezielle Einheiten, „Sonderbewegungstruppen“ (Özel Harekat Timi), zur Bekämpfung der PKK gegründet. Diese „Sonderbewegungstruppen“ wurden aus der Reihen der Polizei gewählt. Sie sind dem Polizeipräsidium, d.h. dem Innenministerium, unterstellt und arbeiten mit anderen Sicherheitskräften zusammen. Diese Einheiten wurden mit schweren Waffen ausgerüstet und verfügen auch über eine Guerilla-Ausbildung. Ihre Aufgabenbereiche reichen von der Bekämpfung der illegalen Organisationen, d.h. der Kriminalität, bis zu Waffenschmuggel und Terrorismusbekämpfung.<sup>137</sup> Sie werden hauptsächlich in der Bekämpfung des Terrorismus eingesetzt.

<sup>133</sup> Özal, Presseerklärung, vom 30.10.1989

<sup>134</sup> Özal, „Blick in die Zukunft“. a.a.O., 16.12.1992, S. 57

<sup>135</sup> Das Dorfgesetz mit der Nr. 442 wurde am 26.5.1985 durch das Gesetz Nr. 3175 wieder gültig, und vom

Ministerrat wurde in bestimmten Provinzen, wo das Ausnahmerecht gilt, Dorfwächter eingestellt. In: „Die Arbeiten der Minister in der sich entwickelnden Türkei - 1993-1989“, Die Ministerien, Bd. II., Ankara, 1989, Verlag der Ministerpräsidentenschaft, Ankara 1989, S. 47

<sup>136</sup> Nach einem Bericht der Monatszeitschrift NOKTA spielten die PKK-Überläufer, d.h. reuige PKK-Mitglieder, eine bestimmende Rolle bei dem Kampf des Staates gegen PKK. Diese PKK-Überläufer hatten in der PKK über Jahre wichtige Posten übernommen und kannten die Kampfstrategie der PKK sehr gut. NOKTA, 28. Nov. -4. Dez. 1993, S. 26

<sup>137</sup> Die Gründung dieser Sonderbewegungstruppen wurde im Mai 1983 in einer Zusammenarbeit des Innenministeriums mit der Armeeführung beschlossen. Sie wurde also vor Özals Zeit, innerhalb der Polizei, nur in Ankara und in erster Linie für spezielle Aufgaben, u.a. die Befreiung der Geiseln, Entführung, Bekämpfung organisierter Banden und politische Terrororganisationen, gegründet. Durch die Veränderung des Polizeigesetzes am 6.6.1985 und das Gesetz Nr. 3233 wurden ihre Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche vergrößert. In: „Die Arbeiten der Minister...“ a.a.O., 1989, S. 63. Sie werden fast in allen Provinzen, besonders in Südostanatolien, gegen Terrorismusbekämpfung eingesetzt. Sie

In erster Linie ging es bei der Politik Özals darum, zwischen dem PKK-Terrorismus und den Staatsbürger in Ostanatolien zu differenzieren. Die wirtschaftlichen Investitionen wurden im Rahmen des Südostanatoliensprojets (GAP) in die Wege geleitet, um den Lebensstandard in diesen Gebieten zu verbessern. Die Regierung hat die wirtschaftliche Rückständigkeit der Region durch das GAP und infrastrukturelle Verbesserungen - wie durch den Aufbau des Verkehrs, durch Telekommunikation, Energie und Begünstigung von Investitionen - aufzufangen versucht. Diese wirtschaftlichen Dimensionen wurden an sich nicht politisch als Kurdenproblem betrachtet, sondern vielmehr im Rahmen wirtschaftlicher Benachteiligung der Region und der Ungleichgewichte innerhalb der Regionen behandelt. Man war sich darüber bewußt, daß wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung in dieser Region rasch in eine sozialpolitische Unruhe ausarten würde, die für die Sicherheit und die Einheit der Türkei eine Gefahr darstellen könnte. In einer Radioansprache, gerichtet an die Bevölkerung in Südostanatolien, sprach Özal davon, wie wichtig es für ihn sei, für die Menschen zu sorgen. Er sagte: „In der Wirtschaft gibt es nur eine Regel. Diese ist, dort zu investieren, wo man auch Gewinne erwarten kann. Aber aufgrund der geographischen Gegebenheiten in Südostanatolien hat der Staat für die Entwicklung der Region investiert, ohne dabei Gewinne zu erwarten.“ Der Staat würde in Südostanatolien so viele finanzielle Mittel bereitstellen, wie sie keine andere Region erhalten habe. Die wirtschaftlichen Investitionen und Infrastrukturen, die der Staat in Ostanatolien mit großem wirtschaftlichen Aufwand aufbringt, würde nach seiner Meinung dreifache Gewinne bringen, wenn diese Investitionen im Westen Teil der Türkei gemacht werden würden. Aber bei allen, u. a. auch geographischen Schwierigkeiten habe er der wirtschaftlichen Entwicklung des Ostens den Vorzug gegeben, um den Lebensstandard der Menschen in Ostanatolien zu verbessern.<sup>138</sup> Die vom der Regierung vehement verfolgte Südostanatoliensprojekt (GAP).<sup>139</sup> stand für die wirtschaftlichen Investitionen im Osten der Türkei im Mittelpunkt der Regierung von Özal. Mit diesem Projekt glaubte Özal den wirtschaftlichen Standart der Menschen im Osten zu verbessern. Er rief die Menschen zur Bewahrung der nationalen Einheit der Türkei auf, dabei benutzte er Verse aus dem Koran: „Klammert euch an das Seil Allahs“. Hier betonte Özal die Bedeutung des Islams als einzigen Faktor, der in der Lage ist, die Einheit der Türkei zu gewährleisten.<sup>140</sup>

---

werden mit Guerillamethoden ausgebildet. Es gibt Gerüchte darüber, daß Özal diese Sondereinheiten für zwei Zwecke benutzen wollte: Zum einen hatten diese Einheiten die Aufgabe, wie auch in der Öffentlichkeit bekannt ist, gegen Terroristen zu kämpfen. Zum anderen sollten sie ein Gleichgewicht gegen die Dominanz der Armee in der Türkei darstellen. Hinweise darauf liefert uns die Tatsache, daß die Armee im Jahr 1997 die schweren Waffen der Sondereinheiten vom Innenministerium, besser gesagt vom Polizeipräsidium, zurückverlangt hat, als in der Türkei die politische Lage wieder gespannter wurde und die Armee wieder ihre Macht demonstrierte.

<sup>138</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 150

<sup>139</sup> Özal, Radioansprache über GAP, 30.9.1989. Das Jahrhundertprojekt in Südostanatolien, (Güneydoğuanadolu Projesi GAP) umfaßt eine Fläche, die etwa zweimal so groß ist wie Holland. Die Region hat 5.2 Mio. Einwohner (1994). In dem auf 30. Mrd. Dollar geschätzten Projekt sind 22 Staudämme als Energie- und Bewässerungskanäle und 13 weitere Projekte enthalten, die die Flüsse Tigris und Euphrat betreffen. Das GAP ist ein integriertes Entwicklungsprojekt, worin auch die Bewässerung des Harrantals von Urfa, Energie, Verkehr, Kommunikation und Tourismusanlagen vorgesehen sind. Wenn es fertig ist, wird u.a. damit gerechnet, daß jährlich 27 Mrd. Kw/h Energie erzeugt und 1.7 Mio. Hektar Fläche bewässert werden. Es umfaßt die Provinzen Siirt, Mardin, Diyarbakır, Urfa, Adiyaman, Gaziantep in Südostanatolien und die Provinzen Van, Bitlis, Muş, Ağrı, Erzurum in Ostanatolien.

<sup>140</sup> Özal, Radaioansprache über GAP, 30.9.1989, S. 270

Özal vertrat die Ansicht, daß einer von den Faktoren bei der Lösung der Südanatolienproblematik darin liege, daß die Wirtschaft Ostanatoliens in die Westtürkei integriert werden sollte. Das heißt also, der Staat mußte durch wirtschaftliche Maßnahmen versuchen, die Auswanderungswelle aus den Ostprovinzen der Türkei in die Großstädte zu stoppen. In diesem Zusammenhang erlangte der Bau des GAP große Bedeutung, die von der Regierung als „Jahrhundertprojekt“ bezeichnet wurde. Die PKK hat mehrmals durch verschiedene Aktionen, Verführung der dort Beschäftigten, Verbrennung der Maschinen usw. die Investitionen in dieser Region zu stoppen versucht.

Genauso wie bei der Überwindung anderer Probleme glaubte Özal, daß man die Lösung in Südostanatolien durch Gewährung von Freiheiten und Dialog, nicht aber durch Unterdrückung erreicht werden könne, weil er in seinem Leben die Erfahrung gemacht habe, daß man durch Konflikte nichts erreichen könnte. Seine Politik hinsichtlich des Kurdenproblems zielte darauf, im Rahmen eines pluralistisch-demokratischen Systems zu einem politischen Konsens zu gelangen.<sup>141</sup> In der jüngsten türkischen Geschichte hat Özal als Politiker die bisher mutigste Kurdenpolitik seit der Gründung der Republik in die Wege geleitet.<sup>142</sup> Daher reagierte er unbekümmert auf die Reaktionen der herrschenden Klasse. Er sagte: „Ich bin der erste Staatspräsident der Türkei, der den Namen „Kurde“ offen ausspricht. Die Türkei ist die Erbin des Osmanischen Reiches. Höchstwahrscheinlich war meine Großmutter auch Kurdin. Ich trage in meinen Adern auch kurdisches Blut.“<sup>143</sup> Özal war der erste Staatsmann, der in der Kurdenfrage außerhalb der türkischen offiziellen Politik eine Lösungsalternative erarbeitet hat. Er trat für eine Kurdenpolitik ein, die kein Ministerpräsident bzw. Staatspräsident vor ihm gewagt hatte. Besonders als Staatspräsident plädierte er bei jeder Gelegenheit für die Gewährung der kurdischen Identität in der Türkei.

Auf dem Weg in die USA erklärte Özal am 21.4.1992, daß das GAP-TV in kurdischer Sprache gesendet werden sollte. Die Reaktion des Ministerpräsidenten Demirel war ungewöhnlicher denn je: „Der Mann, der das Amt des Staatspräsidenten besetzt, hat ein Beispiel gegeben, mit dem nichts zu vergleichen ist, indem er einen Kanal des staatlichen Fernsehens mit Sendungen in kurdischer Sprache gewollt hat. Wenn es in einem Staat, von dem gesagt wird, daß seine offizielle Sprache türkisch ist, nicht verfassungswidrig ist, in einer anderen Sprache Sendungen zu machen, warum hat er denn so lange gewartet?“<sup>144</sup> Die kleinen Ortschaften in der Region wurden aus Sicherheitsgründen in Südostanatolien mit dem Argument geräumt, daß die Sicherheit der Menschen in den Dörfern nicht

<sup>141</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 147

<sup>142</sup> NZZ, 3.10.1992

<sup>143</sup> Cumhuriyet, 28.3.1991. Seine diesbezügliche Aussage wurde in den Medien scharf kritisiert, solche Aussagen könnten mit der Identität eines türkischen Staatsmannes und Politikers nicht übereinstimmen könne. Kein Türke würde diesen Aussagen zustimmen. Milliyet, 29.9.1991

<sup>144</sup> Zit. n.: Oya Ayman Büber/Mine Söğüt in Oya Ayman Büber/ Mine Söğüt (Hrsg.) a.a.O., 1993, S. 65. Hier ist anzumerken, daß das Verbot nur für die kurdische bzw. arabische Sprache gilt. Im türkischen staatlichen Fernsehen und auch im privaten Fernsehen wurden/werden Nachrichten in anderen Sprachen (z. B. in englischer und deutscher Sprache) gesendet. Hier läßt sich eine widersprüchliche Verhaltensweise der türkischen Politiker feststellen. In der Opposition stellen sie sich gerne als Stimme des Volkes dar und bringen auch diese Meinungen zum Ausdruck. In der Regierung bedienen sie sich einer Verhaltensweise, die sich fast um 180 Grad gewandelt hat. Die Sozialdemokratische Partei von Erdal İnönü, der Koalitionspartner von Ministerpräsident Demirel war, stellte vor den Wahlen im Jahr 1991 ein „Demokratieprogramm“ vor, in der u.a. stand: „Zwischen den gegensätzlichen Identitäten eine Politik der Fairneß und des Dialog zu führen, muß die fundamentale Politik der Türkei sein.“ Cumhuriyet, 25.05.1991 Nach den Wahlen bildete er zusammen mit Demirel die Koalition und von nun an handelte er auch wie sein Koalitionspartner Demirel „im Auftrage des Staates“.

garantiert werden könnte. Dies mag ein Grund gewesen sein, aber ein anderer Grund lag darin, daß die staatlichen Behörden die Kurden in den Dörfern als PKK-Sympathiesanten betrachteten. Die Sicherheitskräfte wollten damit die logistische Unterstützung der PKK im Gebirge in Ostanatolien unterbinden. Nicht nur der Staat war damit beschäftigt, die Menschen aus ihren Dörfern zu vertreiben. Auch die PKK hat die Menschen dazu gezwungen, die Dörfer zu verlassen. Dies geschah in den Dörfern, deren Männer hauptsächlich als Dorfwächter an der Seite des Staates tätig waren. Ferner wollte die PKK die Hochebenen nahe der irakischen Grenze als befreite Zone behalten, um sich gegen die türkischen Sicherheitskräfte einerseits und gegen die Peschmerger im Irak andererseits behaupten zu können.<sup>145</sup>

Während der Kuwait-Krise hat Özal ein Reformpaket zur Lösung der Kurdenpolitik unterbreitet. Darin war auch die Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache vorgesehen. Staatspräsident Özal hat 60 Abgeordnete der Mutterlandspartei empfangen, um sie für die Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache zu gewinnen. Dabei sagte er: „Was für eine Bedeutung hat es, eine sechzig Jahre alte Frau zu bestrafen, weil sie kurdisch spricht?“<sup>146</sup> In der Öffentlichkeit wurde zwar dieses Vorgehen begrüßt und sogar als eine etwas spät gefaßter Entschluß bezeichnet<sup>147</sup>, aber gleichzeitig wurde auch behauptet, daß dieser Schritt nicht die freie Meinung der Regierung bzw. der Mutterlandspartei widerspiegeln würde, sondern ein Schritt sei, der mehr darauf bedacht war, mit der Kurdenpolitik der USA Schritt zu halten.<sup>148</sup> Seine positive Einstellung und seine Bestrebungen, den innenpolitischen Konflikt auf friedlichen Wege zu lösen, fanden auch Zustimmung in der Bevölkerung Südostanatoliens und - über die Grenze hinweg - im Nordirak. Als Özal am 16. September 1988 die aus Irak geflüchteten Flüchtlingslager in Diyarbakir besuchte, riefen die Menschen: „Biji Özal, Biji Barzani, Biji Kurdistan.“<sup>149</sup>

### 5.5.3. Was wollen die Kurden?

Der Soziologe Taha Akyol hat in der Provinzstadt Diyarbakir eine Meinungsumfrage für die Zeitung Milliyet<sup>150</sup> durchgeführt, wo eine vielfältig geschichtete, moderne Lebensweise mit den intensiven politischen Protestbewegungen gegen die bestehende Ordnung in den armen Stadtvierteln aufeinandertrifft. Obwohl aufgrund der geringen Anzahl der Beteiligten - wegen der empfindlichen Lage - Zweifel bestehen konnten, inwieweit diese Befragung repräsentativ ist, kann man jedoch einen Überblick über die politischen Ansichten der Kurden gewinnen. Es wurden Händler bzw. lokale Unternehmer befragt. Ihre Beteiligungsquote lag bei 23 %. Die Beteiligungsquote bei Rechtsanwälten lag bei 20 %. Aus dem armen Milieu der Provinz Diyarbakir erklärten sich 136 Personen bereit, die Fragen zu beantworten.

Tabelle: 10. Die alternativen Lösungsmöglichkeiten (in Prozent)

Alternativen	Unternehmer	Personen	Rechtsanwälte
--------------	-------------	----------	---------------

<sup>145</sup> Yeni Şafak, 16.10.1995

<sup>146</sup> Milliyet, 31.1.1991

<sup>147</sup> Ebd., 31.1.1991

<sup>148</sup> Ebd., 31.1.1991

<sup>149</sup> „Es lebe Özal, es lebe Barzani, es lebe Kurdistan“. Mehmet Metiner, „Die Gedanken an den chemischen Krieg oder Kurdenkonflikt“. In: Zeitschrift: Außenpolitik (Risale), 3/88, S. 231

<sup>150</sup> Taha Akyol, „Diyarbakır Örneğinde Güneydoğuanadolu Projesi“ (Das Südostanatolienproblem am Beispiel der Provinzstadt Diyarbakır). Milliyet, 6.6.1993

	Händler	aus armem Milieu	
Föderation	20	21	30
Unitärstaat	53	39	50
Separater Staat	9	24	4
Kommunale Verwaltung	16	12	11
Ohne Antwort	2	4	5

Diese Tabelle zeigt, welche Gruppe welche politischen Alternativen für die Lösung der Kurdenfrage in Betracht zieht. Dabei ist festzustellen, daß um eine Lösung innerhalb der Integrität und Einheit des Staates zu erreichen, der Lebensstandard der Menschen, also Ökonomie und Bildungsniveau, bestimmende Faktoren sind.

Nach einer anderen Befragung im März 1992 (der Forschungsinstitut PIAR-GALLUP) betrachteten 28 Prozent der Bevölkerung in der Region die PKK als Repräsentanten der Kurden.<sup>151</sup> Nach den Ansichten des bekannten Journalisten F. Korum wollen nur 3,3 Prozent der Kurden in der Türkei einen unabhängigen kurdischen Staat haben. Der Rest möchte als Staatsbürger der Türkei leben.<sup>152</sup>

Der Staat benötigte (wie in seiner Gründungsphase) Großgrundbesitzer und Wortführer, um in der Region politisch Fuß zu fassen. Der Staat hatte den Menschen im Südosten der Türkei nicht die Identität der Staatsbürger der Republik geben können.<sup>153</sup> In den Jahren 1991-92, in denen die PKK ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde ihre Stärke auf fünfzehntausend geschätzt. Davon waren etwa 10.000 im Nordirak, 3000 in der Türkei, 1000 in Syrien und 1000 im Iran lokalisiert.

## 5.6. Die Kurdenproblematik als Folge der Kuwait-Krise und als Sicherheitsrisiko für die Türkei

Im Jahr 1988 wurde ein Bericht des US-Außenministeriums über die Lage der Kurden in der Türkei veröffentlicht. Im Bericht bezeichnete die US-Regierung die Kurden in der Türkei als ethnische Minderheiten und verlangte von der Türkei, daß den Kurden gemäß internationalem Recht der Status der „nationalen Minderheiten“ anerkannt werden sollte. Die USA verlangten von der Türkei die Anerkennung der Kurden als Minderheiten nach dem Lausanner Vertrag von 1924, aber zugleich betonten sie, daß dies nicht gegen die Integrität und nationale Einheit der Türkei gerichtet sei und die Haltung der USA nicht als eine Unterstützung separatistischer Bewegungen verstanden werden solle.<sup>154</sup>

<sup>151</sup> Milliyet, 29.8.1992,

<sup>152</sup> F. Korum, „Terör ve Güneydoğuanadolu Problemi“, („Terror und das Südostanatolienproblem“), Beyan Yayınları, Istanbul, 1992, S. 200. In einem Interview mit M. Ali Birand erklärte Öcalan, daß er nicht die Absicht habe, sich von der Türkei zu trennen und einen separaten Staat zu gründen, wobei er anmerkte, daß er auch nicht gegen die Entstehung eines unabhängigen kurdischen Staates sei. M. Ali Birand (Interview mit Öcalan). Milliyet, 26. 03. 1991

<sup>153</sup> N. Bölügiray, a.a.O., 1992, S. 35-36

<sup>154</sup> Turan Yavuz, ABD'nin Kürt Kartı“ (Die kurdische Karte der USA) 1993, S.104-106

Über den Kurdenkonflikt wurde überraschender Weise während des Golfkrieges in der türkischen Öffentlichkeit mehr diskutiert jemals als zuvor. Dabei war die Rolle Özals maßgebend, der u.a. die Kurdenkarte gegen Saddam Hussein ausgespielt hatte.<sup>155</sup>

Die irakischen Kurden haben, unbeabsichtigt, zur Eskalation des Kurdenkonfliktes in der Türkei beigetragen. Das Bewußtsein der Kurden in der Türkei wurde von den Ereignissen im Nordirak und von der Flüchtlingswelle 1988 und 1991 entscheidend geprägt. Die in Südanatolien ansässigen Kurden wurden mit dem Schicksal der Kurden jenseits der Grenze konfrontiert. Die Kurden im Nordirak wurden zwar von Saddam brutal verfolgt, aber sie konnten im Gegensatz zu den türkischen Kurden ihre eigene kurdische Identität beibehalten.<sup>156</sup>

Kurz nach der Vereinbarung des Waffenstillstandes zwischen dem Iran und dem Irak im Juli 1988 wandte sich die irakische Armee gegen die Kurden im Nordirak. Die Erinnerung an die Ereignisse in Haleptsche vom 17. März 1988 war noch sehr frisch und wurde wieder wach. Aus Angst, noch einmal ein Haleptsche erleben zu müssen, flüchteten mehr als 50.000 irakische Kurden ab dem 28. August 1988 in Richtung Türkei. Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit richtete sich auf die kurdischen Flüchtlinge. Während die Türkei versuchte, den Flüchtlingen zu helfen, rief Ministerpräsident Özal auch den westlichen Staaten dazu, diese zu unterstützen.<sup>157</sup>

Als im Frühjahr 1991 ca. 500.000 Kurden im Nordirak vor der irakischen Armee in Richtung türkische Grenze flüchteten,<sup>158</sup> steckte Özals Kurdenpolitik in einem Dilemma. Einerseits rief er die internationalen Kräfte um Hilfe, andererseits befürchtete er, daß die Kurdenfrage eine internationale Dimension einnehmen würde und den Kurden im Nordirak Autonomie gewährt werden würde. Dies bedeutete eine Verringerung der politischen Initiative der Türkei im Hinblick auf die Kurdenproblematik. Özal hat die irakischen Oppositionsführer mit dem Argument in die Türkei eingeladen, daß er die Absichten der Kurdenführer erfahren wolle. Er beteuerte: „Wenn wir keine Beziehungen herstellen, (können wir nicht wissen, was sie denken M.D.) und wir können sie auch nicht beeinflussen“.<sup>159</sup> Als Celal Talabani am 8 März 1991 in Istanbul landete, war der politische Raum des kurdischen Konfliktes um Nordirak erweitert worden, und von nun an war dieses Problem aus der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr weg zu denken.<sup>160</sup>

---

<sup>155</sup> Hürriyet, 22.4.1991

<sup>156</sup> Werner von Gent, „Kurdische Fronten“. Blätter für deutsche und internationale Politik. 1/93, S.71-72

<sup>157</sup> In den Jahren 1988-1991 hat die Türkei für die irakischen Kurden, die als Flüchtlinge in die Türkei kamen,

eine Hilfe in Höhe von 398,2 Millionen US-\$ geleistet. Die USA haben dagegen eine Hilfeleistung in Höhe von 212,7 Mio. US\$ gewährt. Vgl. dazu: „Irakische Flüchtlinge und die Türkei 1988-1991“, Muhteşem Kaynak (Hrsg.) Tanmak Verlag, Ankara, 1992, S. 136. Dieses von einer Gruppe von Wissenschaftlern verfaßtes Buch untersucht das Flüchtlingsproblem im internationalen Recht und die Flüchtlingswelle mit deren wirtschaftlichen Auswirkungen auf die türkische Wirtschaft in den Jahren 1988-1991.

<sup>158</sup> Die USA wußten schon früher, daß im Falle eines Kurdenaufstandes eine Flüchtlingswelle in Richtung Türkei entstehen würde. Vor Beginn des Krieges hatte der CIA diese Vermutung der US-Regierung mitgeteilt. Vgl. dazu: T. Yavuz, a.a.O., 1993, S. 145

<sup>159</sup> Sedat Sertoğlu, Interview mit Özal, Sabah, 26.10.1992

<sup>160</sup> Staatspräsident Özal hat mehrmals mit den Führern der oppositionellen Kräfte Nordiraks gesprochen. Er hat im April 1992 alle Führer Nordiraks nach Ankara eingeladen, ohne dabei Außenminister Hikmet Çetin zu benachrichtigen. Der irakische Botschafter reagierte mit folgenden Worten: „Was würde die

Die Aufnahme der kurdischen Flüchtlinge aus dem Nordirak bezeichnete Özal menschliches und demokratisches Verhalten der Türkei und bemerkte dabei, daß die Menschen innerhalb der türkischen Grenzen Verwandte der Flüchtlingen sind. Für die Aufnahme der Flüchtlinge bedankte sich der Führer der PUK, Celal Talabani, in Damaskus, wo er sich derzeit aufhielt, und versprach jede kurdische Organisation, die ihre Waffen gegen die Türkei richte, werde die irakischen Kurden gegen sich haben.<sup>161</sup>

Özals Befürchtung war, daß die Entstehung eines möglichen unabhängigen kurdischen Staates im Nordirak eine Sogwirkung auf die Kurden in der Türkei haben könnte. Nach seiner Meinung konnte die Kontrolle der erdölreichen Provinzen Kirkuk und Mossul durch einen unabhängigen Kurdenstaat für die Türkei nicht annehmbar sein. Aber solange die Entwicklungen im Nordirak dazu führen würden, den Einfluß der PKK irgendwie zu stoppen, also auf Kosten der PKK geht, war die türkische Seite bereit, die Autonomiebestrebungen der Kurden im Nordirak zu fördern.<sup>162</sup>

Die türkische Strategie beruhte während des Golfkrieges darauf, die Initiative im Nordirak nicht aus der Hand gleiten zu lassen, damit die Gründung eines kurdischen Staates verhindert wird. Die Türkei betrachtete die Gründung der möglichen Staaten (eines schiitischen und kurdischen Staates) jenseits der türkischen Grenze als eine Gefahr für die Sicherheit der Türkei. Özal sagte dazu: „Wir können nicht sagen, daß wir uns nicht einmischen sollten, (...) weil es hier um unsere vitalen Interessen geht. Wenn in Zukunft gegen unseren Willen, ohne unsere Beteiligung eine Lösung herbeigeführt werden sollte, wären wir diejenigen, die sich in Schwierigkeit befinden.“<sup>163</sup>

Die Türkei war von Anfang an gegen die Entstehung eines Föderativen Kurdenstaates im Nordirak. Aber als sie feststellte, daß sie dagegen nichts unternehmen konnte, hat sie es vorgezogen, aus dieser neuen Lage heraus für sich Nutzen zu ziehen. Die Türkei nahm Kontakte mit dem Kurdenführer auf und veranlaßte, daß die PKK aus dem Nordirak vertrieben wurde.<sup>164</sup>

Im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt wurde von einer Theorie gesprochen, die in den USA entwickelt wurde und die Region Nordirak/Mittelasien und die Türkei einbezieht.

Nach dieser Theorie sollte folgendes gelten:

1. Das Zentrum dieses Euro-Asien-Projekts wird Istanbul sein.
2. Im Nordirak wird ein autonomes kurdisches Gebiet geschaffen. Dieses Gebiet wird sowohl durch die USA als auch durch die Türkei garantiert.
3. Nach einer gewissen Zeit wird die Grenze zwischen der Türkei und Nordirak, wenn nicht rechtlich, so aber doch de facto aufgehoben. Somit wird der politische Herrschaftsbereich der Türkei bis nach Mosul und Kirkuk ausgeweitet.<sup>165</sup>

---

Türkei sagen, wenn ein anderer Staatspräsident Abdullah Öcalan empfangen würde?“ Mehmet Ali Birand, Milliyet, 5.9.1992 und Hasan Cemal, Sabah, 5.9.1992. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung des Ministerpräsidenten Demirel und des Staatspräsidenten Özal gab es in allen Bereichen, aber besonders was die Führung der Außenpolitik betrifft.

<sup>161</sup> FAZ, 8.9.1988

<sup>162</sup> NZZ, 16.10.1992

<sup>163</sup> Y. Gökmen, a.a.O., 1992. S.204

<sup>164</sup> Osman Resulsan, „Das Gipfeltreffen von Ankara oder eine neuer Sadabat-Pakt“. In: Zeitschrift, Yeni Zemin, Jan./1993, S. 60

<sup>165</sup> Ö. Vehbi Hatipoğlu, „Bir Başka Açıdan Kürt Sorunu“, (Kurdisches Problem aus einer anderen Perspektive), Mesaj Yay. Ankara, 1992, S. 214

Im Rahmen humanitärer Hilfe wurden, ohne die Integrität und Hoheitsrechte Iraks verletzen zu wollen, im Nordirak infrastrukturelle Verbesserungen vorgenommen. Die Türkei entwickelte ein Projekt, wonach Nordirak mit einem Energie- und Telefonnetz versorgt werden könnte. Darüber hinaus gab die Türkei ihren kurdischen Führer, Barzani und Talabani, türkische Pässe.<sup>166</sup> Die humanitäre Hilfe für die Kurden im Nordirak wurde/wird zum größten Teil durch die Türkei abgewickelt. Außerdem waren die Kurdenführer sich darüber einig, daß sie ohne die Schutzmacht „Provide Comfort“ der Alliierten das autonome Gebiet nicht vor Saddams Angriffen schützen konnten. Die Schutzmacht der Alliierten konnte aber nur unter Bewilligung der türkischen Regierung in Südostanatolien bleiben.

Der irakische Außenminister, Ahmet Husein Khuddajir, beteuerte bei einem Zwischenaufenthalt auf dem Flughafen Istanbul auf dem Weg zu einer Konferenz der Blockfreien Bewegung nach Ghana, sein Land unterhalte keine Beziehungen zur PKK. Er behauptete, daß die PKK von den in der Region stationierten ausländischen Streitkräften benutzt würde. Er antwortete auf eine Frage, daß der Irak in der Vergangenheit nie jemanden unterstützt habe, der die Integrität der Türkei verletzen wollte.<sup>167</sup>

Nachdem der türkische Ministerpräsident M. Yilmaz bekannt gegeben hatte, daß die türkischen Flugzeuge am Morgen des 11. Oktober 1991 eine Militäration im Norden Iraks gegen Stützpunkte der PKK unternommen haben, protestierte die irakische Regierung entschieden dagegen und das irakische Außenministerium richtete ein Protestmemorandum an die türkische Regierung. Darin hieß es, diese Aktion (fortgesetzte Verletzungen irakischen Territoriums) würde die Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen beiden Völker beeinträchtigen.<sup>168</sup> Der türkische Ministerpräsident Yilmaz bezeichnete die Aktion als „Vergeltungsschlag“ für die Anschläge von PKK-Guerillas auf türkischem Gebiet, bei dem in Cukurca 11 Soldaten ums Leben kamen. Nach dem militärischen Vordringen der türkischen Armee (auf dem Boden und in der Luft) plante die türkische Regierung, eine 5 km lange Sicherheitszone entlang der Grenze zu errichten.

Der türkische Verteidigungsminister Barlas Dogu sagte in einer Presseerklärung (am 12.8.1991), die Waffen in den Händen der PKK seien meistens Kalaschnikof-Gewehre und Raketenwerfer. Die Waffen könnten aus Syrien, dem Irak oder der einstigen DDR stammen. Man könne nicht behaupten, die Waffen kämen direkt aus der UdSSR. Es sei unmöglich, einem Land die Schuld zu geben und zu behaupten, jenes Land habe die Waffen geliefert, die gegen die Türkei eingesetzt wurden.<sup>169</sup>

Um die PKK-Terroristen zu verfolgen, hat die türkische Regierung Anfang August 1991 die türkische Armee 10-16 km tief auf irakischen Boden vordringen lassen, ohne vorher die irakische Führung informiert zu haben. Der heftige Protest Iraks stieß auf der internationalen Bühne auf taube Ohren, was im Normalfall ein ausreichender Grund wäre, internationale Besorgnis und Kritik über den Vorstoß gegen die territoriale Integrität des Iraks zu zeigen. Mit Ausnahme Syriens gab es keine Reaktion. Die türkische Regierung konnte PKK-Leute auch auf irakischem Boden verfolgen, ohne internationales Aufsehen zu erregen, zumal kein Staat dazu bereit wäre, dies als Verletzung der Souveränitätsrechte

---

<sup>166</sup> Cumhuriyet, 1.8.1992

<sup>167</sup> Anatolia, türkisch, 30.8.1991

<sup>168</sup> INA, 12.10.1991

<sup>169</sup> Anatolia, 12.8.1991

aufzusehen, da diese schon durch die Auflagen der Alliierten nach dem Golfkrieg beeinträchtigt worden sind (Poised Hammer).<sup>170</sup> Den Grund für die fehlende Benachrichtigung der irakischen Regierung vor der Militäraktion der türkischen Streitkräfte auf irakischem Territorium begründete der türkische Außenminister Sefa Giray damit, daß es normal sei, daß die irakische Regierung keine Informationen über Militäroperation nördlich des 36. Breitengrades erhalte.<sup>171</sup> Die Türkei geriet wiederum in eine Zwickmühle der Ereignisse. Denn nach Aussagen des Außenministers hat der Irak nördlich vom 36. Breitengrad keine „Hoheitsrechte“. Dies birgt die Gefahr in sich, die territoriale Integrität Iraks nicht mehr ernst zu nehmen, was aber der außenpolitischen Haltung der Türkei widerspricht, nämlich daß die territoriale Integrität Iraks bewahrt werden sollte, damit kein kurdischer Staat im Nordirak entsteht. Informierte die Türkei irakische Regierung über ihr Vorhaben, so bestand die Gefahr, daß diese Information an die PKK weitergeleitet wird, so daß die Operation der Türkei nicht die erwartete Wirkung erzielen konnte.

Während die türkische Armee am 2.8.1992 einer erneuten Offensive gegen die PKK-Stellungen im Nordirak führte, bat indessen das kurdische Parlament im Nordirak die türkische Regierung um Hilfe, weil die Nachschubwege in den Nordirak durch die PKK-Guerilla blockiert waren. Der Sprecher der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) wertete das Vorgehen der PKK als ein Akt gegen die kurdische Nation, der im heimlichen Einverständnis mit Saddam geschehe. Die PKK verhinderte die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer im Nordirak, da sie diese Dörfer selbst als Unterschlupf benutzten.<sup>172</sup>

### 5.6.1. Die Stationierung der „Poised Hammer“

Özal ging von der Fehleinschätzung aus, daß die türkische Armee nicht in der Lage sein konnte, die im Nordirak an der türkischen Grenze versammelten kurdischen Flüchtlinge unter Kontrolle zu halten. Er rief die internationale Truppe, die sogenannten „Poised Hammer“<sup>173</sup> in die Türkei. Die Einladung der internationalen Truppen war gerade für die

---

<sup>170</sup> NZZ, 25/26.8.1991

<sup>171</sup> NZZ, 9.8.1991

<sup>172</sup> FAZ, 3.8.1992

<sup>173</sup> Der offizielle Name dieser Truppen lautet „Combined Task Force“. Sie bestanden aus 1862 Personen (Amerikaner, Engländer und Türken) mit 77 Flugzeugen und Hubschraubern. Sie unterhielten in der nordirakischen Provinz Zaho ein Verbindungszentrum. Als die Kurden in Richtung türkische Grenzen flüchteten, wurde auf Beharren Özals am 11. April 1991 eine internationale Truppe mit dem Namen „Operation Provide Comfort“ in die Region geschickt, um den Flüchtlingen im Nordirak eine Sicherheitszone zu schaffen und ihre Rückkehr zu ermöglichen. Nach dem diese „Ruheoperation“ erfolgreich abgeschlossen wurde, wurden die internationalen Truppen (17.000 Mann) abgezogen. Aber die Kurden befürchteten die Wiederkehr der irakischen Armee und bestanden darauf, daß diese internationale Truppe im Nordirak für die Gewährung ihrer Sicherheit bleiben sollte. Darauf wurde die „Operation Provide Comfort 2“ in die Wege geleitet. Die Türkei stimmte unter der Voraussetzung zu, daß diese Truppen nur für 30 Tage bleiben dürften und nur humanitäre Hilfe leisten sollten. Sie kamen am 12. Juli 1991 in die Türkei. Diese Truppe bestand aus den USA, England, Frankreich und der Türkei. Diese internationale Truppe wurde von den Amerikanern „Poised Hammer“, von England „Operation Warden“ genannt. In der Türkei wurde die amerikanische Version verwendet. Die Verteilung des militärischen Personals sah so aus: USA 1426, England 183, Frankreich 139 und Türkei 74. Diese Truppe war auf dem militärischen Stützpunkt Incirlik bei Adana, Pirinçlik untergebracht. Die Aufgabe bestand darin, durch regelmäßige Flüge über den Nordirak das Gebiet nördlich vom 36. Breitengrad zu kontrollieren. Baskın Oran, a.a.O., 1998, S. 20. An der Operation Provide Comfort II beteiligten sich hauptsächlich Amerikaner und Engländer. Spanien war mit 25, Italien mit 75 und Luxemburg mit 70 Mann daran beteiligt. Da die Hilfeleistung hauptsächlich von amerikanischen und englischen Einheiten

USA ein willkommener Anlaß. Diese Truppe war für die Kontrolle der irakischen Armee und für den Schutz der Kurden gegen Angriffe der irakischen Armee im Gebiet nördlich des 36. Breitengrades stationiert worden. Folge davon war, daß die Türkei innerhalb ihrer Grenze die Kontrolle über das Gebiet verlor. Ein englischer Offizier hat einen offiziellen Vertreter (Erdoğan Ülker) der Stadt Şemdilli des türkischen Staates, der die Waffen der englischen Truppen besichtigen wollte, angegriffen und daran gehindert, sich die Waffen anzuschauen. Obwohl am 11. Mai 1991 ein Protokoll zwischen den USA und der Türkei unterzeichnet worden war, wonach die Provide Comforts ausschließlich bei der Rückkehr der kurdischen Flüchtlinge helfen sollten und diese Operation in enger Zusammenarbeit und unter türkischer Aufsicht abgewickelt werden sollte, wurde das Protokoll von Amerikanern und Engländern ignoriert. Hinzu kam, daß die im Protokoll niedergeschriebene Vereinbarung, wonach alle Personen und Güter, die in dieses Gebiet gebracht werden, unter Kontrolle der türkischen Regierung stehen würden, anscheinend eine Vereinbarung war, welche die USA bei jeder „Hilfsaktion“ im Ausland mißachteten. Die türkische Regierung konnte die Waffen, die durch diese Truppen in die Türkei verfrachtet wurden, nicht kontrollieren. Es wurden Stimmen laut, die behaupteten, daß diese Truppe Waffen und Versorgungsmittel an die PKK liefern würde.<sup>174</sup>

Die Verlängerung der Stationierung der Schutztruppen (Poised Hammer) im Süden der Türkei und die Schaffung einer Sicherheitszone auf dem 36. Breitengrad im Norden des Iraks löste heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit aus. Es wurden folgende Gründe genannt:

- Die Stationierung der Schutztruppen wurde als eine Verletzung der Souveränität der Türkei betrachtet.
- Die Stationierung der Schutztruppen und die Schaffung der Sicherheitszone tragen zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak bei und damit verbunden zur Verschlechterung der Beziehungen zu den arabischen Staaten.
- Es besteht die Gefahr, daß die Türkei in einen Krieg einbezogen werden könnte.
- Eine Stationierung der Schutztruppen bedeutete zugleich die Konsolidierung des föderativen Teilstaates Kurdistan im Nordirak.
- Die Festigung des kurdischen Teilstaates würde zwangsläufig eine „Sogwirkung“ auf die eignen Kurden in der Türkei ausüben.<sup>175</sup>
- Nach der Einquartierung der Poised Hammer in der Türkei wurde eine Steigerung der PKK-Aktivitäten festgestellt.
- Was die Türkei im Laufe ihrer Geschichte immer befürchtet hatte, schien de facto im Nordirak verwirklicht worden zu sein: nämlich die Entstehung eines föderativen kurdischen Staates im Nordirak. Mit der Sicherheit, die ihnen die Poised Hammer geboten hatten, haben die Kurden Wahlen abgehalten, ein kurdisches Parlament gewählt (19.5.1992) und eine Regierung gebildet. Der föderative Kurdenstaat im Nordirak wurde mit dem Satz Barzanis „Unser Ziel ist es ein unabhängiges Kurdistan“ gekrönt. Die Turkmenen im Nordirak blieben den Wahlen fern. Diese Lage machte die

---

durchgeführt wurde, wurde in der Öffentlichkeit gefragt, was die anderen Staaten wohl in der Türkei suchen würden? Ahmet Tan, „Partnerschaft ohne Vertrag“, Cumhuriyet, 03.05.1991

<sup>174</sup> Im Seehafen İskenderun haben Zollbeamte Waffen entdeckt, welche die US-Soldaten heimlich in die Türkei liefern wollten. Aber diese Waffen waren einfache Infanteriewaffen und Revolver. Die türkischen

Offiziere waren der Meinung, daß diese Waffen nicht von US-Truppen benutzt werden würden. Diese Waffen könnten für einen möglichen Volksaufstand an die Bevölkerung verteilt werden. Y. Gökmen, a.a.O., 1992, S. 208

<sup>175</sup> Werner van Gent, a.a.O. 1993, S. 71

Türkei sehr unruhig. Die Schaffung der Sicherheitszone involviert die Einmischung der internationalen Mächte und damit verbunden die Internationalisierung in der Kurdenfrage, die für die Politik der Türkei auf regionaler sowie internationaler Ebene mehr Schwierigkeiten mit sich bringt.

- Da die genauen Aufgabenbereiche und die Einsatzzeit der Poised Hammer der türkischen Bevölkerung nicht bekannt waren, wurde diese Operation immer mit geheimer Konspiration in Verbindung gebracht. So wurden Gerüchte verbreitet, daß diese Truppen die Verwundeten der PKK-Leute transportieren würden.<sup>176</sup> Den stationierten Truppen wurde vorgeworfen, der PKK mit Waffen und Nahrungsmitteln geholfen zu haben.

Während dieser Zeit hatte die irakische Regierung ihre Bereitschaft geäußert, bei der Rückkehr der kurdischen Flüchtlinge mitzuhelfen, um die Gründung einer Sicherheitszone im Nordirak zu verhindern. Es herrscht in der türkischen Führung unterschiedliche Meinungen über die Sicherheitszone. Im Gegensatz zu Staatspräsident Özal vertrat das türkische Außenministerium die Einsicht, daß es für die Türkei Nachteile bringen würde, trotz des Widerstands des Iraks eine Sicherheitszone zu errichten.<sup>177</sup> Die türkische Armee war der Ansicht, daß die Stationierung der Poised Hammer sowohl Vorteile als auch Nachteile für die Türkei brachte. Von der türkischen Armee wurde die Stationierung der internationalen Truppe als nachteilig für die Türkei angesehen, da sie die schrittweise Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak ermöglichte. Das entstandene Autoritätsvakuum im Nordirak bot den Kurdenführern Barzani und Talabani eine Chance, ihre Autorität im Nordirak zu festigen. Vorteilhaft wurde sie bewertet, da nach Abzug der „Provide Comfort 2“ Saddam bis an die türkische Grenze die Kontrolle übernehmen könnte, womit die Festigung seines kurdischen Staates verhindert werden könnte. Es bestand aber die Gefahr, daß Saddam als Racheakt die PKK an der türkischen Grenze massiv unterstützen würde. Die türkische Armee konnte die PKK auch nicht über die Grenzen auf dem Gebiet des Iraks verfolgen, da die Türkei in diesem Fall gegen die internationalen Regeln verstoßen würde.<sup>178</sup> Die Türkei mußte für die durch den Golfkrieg entstandene neue Situation neue zusätzliche Verteidigungsstrategien entwickeln. Dafür haben die dafür zuständigen Staatsorgane (Außen- und Verteidigungsministerium) mit dem Armeestabschef eine Verteidigungsstrategie entwickelt.<sup>179</sup> Aber Özal hat sich darüber hinweggesetzt und seine eigene nicht vorher abgesprochenen Konzepte in die Tat

---

<sup>176</sup> B. Oran, a.a.O., 1998, S. 21

<sup>177</sup> Cüneyt Arcayürek, „Die Rechnung kehrt vor Bagdad vom Außenministerium zurück“. Cumhuriyet, 11.4.1991 und Ali Sirmen, „Die Lösung ist keine Sicherheitszone“. Cumhuriyet, 13.4.1991

<sup>178</sup> Zaman, 4.12.1993

<sup>179</sup> Zu diesem Strategien gehörten: Die Armee hat 24 Stunden nach dem Überfall Iraks auf Kuwait am 2. August 1990 gegen eventuelle Grenzüberfälle seitens der irakischen Armee die notwendigen Maßnahmen getroffen. Die Boden- und Lufttruppen wurden an die Grenze zum Irak verlegt. Der Generalstabschef hat einen Antrag an die Regierung auf eventuelle Angriffe und Bombardierung von Ziele im irakischen Territorium gestellt und erhielt die dafür erforderliche Genehmigung. Darüber hinaus hat die Armee in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium die Vorbereitungen getroffen - für den Fall, daß der Irak gegen die Türkei Raketen abfeuert. Um eine entsprechende Abschreckungswirkung zu erzielen, wurde beschlossen, einen Antrag an die NATO auf Verlegung der NATO-AMF- Truppen in den Osten der Türkei zu stellen. Es wurden Maßnahmen in die Wege geleitet, um diese NATO-Truppen reibungslos an die notwendigen Stützpunkte zu verlegen. Der Generalstabschef Torumtay erklärte in seinen Memoiren, daß die Armee militärisch gegen die eventuellen Angriffe seitens des Iraks vorbereitet war. Die Schwierigkeit bestand nach seiner Ansicht darin, daß sie die politischen Ansichten und Pläne des Staatspräsidenten Özal bezüglich der Golfkrise nicht kannten. Die Regierung als eigentlich verfassungsrechtliche Verantwortliche sei ausgeschaltet worden, und sie konnte während der Golfkrise ihren Platz in der Hierarchie nicht einnehmen. Nail Güreli, „Torumtay erklärt“ Milliyet, 06.12.1993

umzusetzen versucht. Das war u.a. auch der Grund dafür, daß der Stabschef der Armee General Necip Torumtay am 3.12.1990 seinen Rücktritt erklärte.

Trotz heftiger Diskussionen und Skepsis gegenüber der Poised Hammer in der Öffentlichkeit wurde ihre Aufenthaltsfrist in der Türkei von den Regierungen, besser gesagt vom Parlament, immer wieder verlängert. Nach der dreizehnten Verlängerung durch das türkische Parlament wurden die Aufgabenbereiche der Poised Hammer im Einvernehmen mit den Teilnehmerstaaten neu definiert und der Name der Operationen aufgrund der politischen Entwicklungen im Nordirak von „Poised Hammer“ in „Northern Watch“ (31.12.1996 ) umbenannt.

### 5.6.2. Die geostrategische Bedeutung des Kurdenkonfliktes

Besonders nach der Überwindung des Kalten Krieges und die Eröffnung neuer strategischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten im Mittelasien und im Nahen Osten wurde der Kurdenkonflikt auf der internationalen Ebene ein Mittel zum Zweck, durch das die Industriestaaten ihre strategischen Interessen in der Region festigen oder Fuß fassen möchten, da sich dieses Gebiet, im dem die Kurden ansässig sind, auf einer strategischen Schlüsselposition in der Region befindet. Die strategische, wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung dieses Gebietes kann man folgendermaßen skizzieren:

Die Staatsgrenzen und das internationale Recht sind festgesetzte Normen und verhindern manchmal, internationale Machtverschiebungen und langfristige Einflußveränderungen zu erkennen. Die Strategien, die davon ausgegangen waren, daß sich die Machtverhältnisse und internationale Grenzen langfristig nicht verändern würde, mußten sie sich mit der Realität auseinandersetzen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Jugoslawiens entstanden ist.

Die Grenzen im Nahen Osten gleichen einer schlecht gebauten Mauer. Jeder entfernte oder fallende Stein führt zum Zusammenbruch der Mauer. Deswegen versuchen die internationalen Akteure, um der Mauer eine neue Gestalt zu geben, diese Steine an verschiedenen Stellen der Mauer gleichzeitig zu bewegen, damit die Mauer nicht ganz zusammenbricht. Daher werden die Schritte immer wieder bewertet und vorsichtig abgewogen. Dabei muß auch auf Schritte der lokalen, regionalen und internationalen Akteure, die Anspruch auf Mitsprache erheben, Rücksicht genommen werden.

Im Nahen Osten (einschließlich Mittelasien) liegt die Spitze eines Pendels auf der Achse Türkei-Iran-Irak-Syrien, namentlich auf dem Kurdenkonflikt. Die andere Spitze des Pendels liegt auf der Israel-Palästina-Achse. Obwohl die internationale Rechtsauffassung die Gewährung der Staatsgrenzen hervorhebt, haben die Großmächte in der Realität eine eigene Interessendefinition, wonach sie über die Staatsgrenzen hinaus de facto politische, wirtschaftliche, strategische und militärische Einflußbereiche bilden können.

Nach Ansicht von Davutoğlu<sup>180</sup> sollte man den Kurdenkonflikt unter den o. g. Perspektiven in seine geopolitischen, geökonomischen, geokulturellen und geoethnischen Dimensionen betrachten, um künftig klare Aussichten über die Pläne der internationalen Mächte zu haben. Der Kurdenkonflikt entstand immer, wenn die Welt politisch eine neue Gestalt einnahm und die internationalen Machtbereiche neu bestimmt

---

<sup>180</sup> Ahmet Davutoğlu, Yeni Şafak, 3.3.1999

werden. Es war nach dem Ersten Weltkrieg genauso wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Gründung des kurdischen Mahabat-Staates im Jahr 1946 im Norden Irans, der nur elf Monate lebte, war nicht vom Zufall geleitet worden, weshalb die Verschärfung des Kurdenkonfliktes nach dem Ende des Kalten Krieges auch kein Zufall war.

Wenn man die geographische Fläche der Kurden vor Augen hat, läßt sich die Bedeutung der regionalen und internationalen Gleichgewichtspolitik und Interessenkonstellation besser erkennen. Dieses Gebiet befindet sich auf dem geographischen Wege nach Euroasien und dem Nahen Osten. Daher wird dieses Gebiet zum Schauplatz regionaler und internationaler Machtkämpfe. Das Problem wird dadurch komplizierter, daß dieses Gebiet - aus verschiedenen Gründen - mit politischen Labilitäten und Instabilitäten behaftet ist. Wie auch Davutoğlu schreibt, bestimmen den Kurdenkonflikt geopolitisch hauptsächlich vier Faktoren. Zwei davon sind kontinental und zwei regional.

Erstens: Das Gebiet befindet sich auf dem kritischen Übergangspunkt der Ost-West-Achse, die den südlich vom Kaspischen Meer gelegenen Hauptteil Euroasiens mit dem Kontinent verbindet. Zweitens: Das Gebiet liegt an der Kreuzung der wichtigen Nord-Süd-Achse, welche die Steppen Euroasiens mit dem Süden verbindet. Die geostrategisch wichtige Region (Kaukasus), die durch eine Linie den persischen Golf und das Ostmittelmeer verbindet, befindet sich in diesem Gebiet. Drittens: Dieses Gebiet verbindet den Raum Anatolien auf der einen Seite mit Mesopotamien und auf der anderen Seite mit Mittel- und Fernasien über den Iran. Gerade diese Verbindung ist für die Türkei strategisch sehr wichtig. Viertens: Das Kurdengebiet befindet sich zwischen dem Festlandszentrum vom Schwarzmeer, dem Kaspischen Meer, dem Persischen Golf und dem Ostmittelmeer.

Die geopolitische Interessenkonkurrenz um Euroasien spiegeln sich unvermeidlich auf diesem Gebiet wider. Der wichtigste Grund für die Instabilitäten eines geostrategisch so wichtigen Gebietes ist, daß es keine Seeverbindung hat. Selbst die Sicherheitsgarantie einer Supermacht bietet für dieses Gebiet allein keine geopolitische Unabhängigkeit. Da die Großmächte sich dessen bewußt sind, versuchen sie diese Schwierigkeit in Zusammenarbeit mit regionalen Mächten auszugleichen.

Im geoethnischen und geokulturellen Konflikt liegt das Problem darin, daß die Kurden auf einer Fläche angesiedelt sind, die von den Einflußbereichen der drei Nationen, Türken, Arabern und Iranern, umgeben sind. Daher standen die Kurden seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts als Teil der außenpolitischen Ziele der regionalen und globalen Mächte im Mittelpunkt, um ihre Vormachtstellung in der Region zu sichern. Das sowjetfreundliche irakische Bath-Regime mußte sich mit Vater Barzani auseinandersetzen. Nach der Revolution im Iran wurde der Kurdenkonflikt ein iranisches Problem. Während des Auflösungsprozesses des Ost-West-Konfliktes wurde der Kurdenkonflikt zunehmend ein türkisches Problem mit der PKK. Nach der Golfkrise wurde dann der Kurdenkonflikt gleichzeitig ein Problem der Türkei und des Iraks. Wie in der Vergangenheit und Gegenwart wird die ungelöste Kurdenfrage auch in Zukunft reichlich Anlässe dazu bieten, zum einen für die Interessen der Großmächte instrumentalisiert zu werden, zum anderen zu Auseinandersetzung zwischen den Ländern Iran, Irak, Türkei und Syrien zu führen, damit sie nicht die Möglichkeit wahrnehmen, im regionalen Bereich enge Beziehungen einzugehen. Dabei werden die Kurden immer „die ewigen Verlierer“ und bei regionalen und internationalen Interessenkonstellationen die Benachteiligten sein.

Eine neue Dimension ist der wirtschaftliche Hintergrund des Konfliktes. Im Hintergrund der geoökonomischen Faktoren liegen das Erdöl- und Wassergleichgewicht in dieser Region. Das Gebiet verbindet die Erdölquellen des Kaukasus und des Kaspischen Meers

mit den Wasserquellen Mesopotamiens am Persischen Golf und am Mittelmeer. Dieser geökonomische Raum zieht die Interessen der Großmächte auf sich. Durch das GAP der Türkei entstand ein neues geökonomisches Machtverhältnis in dieser Region, das beinahe die Aufmerksamkeit aller Staaten im Nahen Osten auf sich zieht, die zunehmend mehr Wasser aus den Wasserquellen der Türkei (aufgrund des steigenden Wasserbedarfs) benötigen. Die Außenverbindungen der PKK und die Instrumentalisierung des Kurdenkonfliktes hängt u.a. auch mit den geökonomischen Faktoren dieses Projekts zusammen.

Die Transportwege der Energiequellen vom Mittelasien zum Mittelmeer und von Europa zum Indischen Ozean verursachen die Einschaltung neuer regionaler Initiativen in der realen Geographie. Das Kurdengebiet befindet sich an der Kreuzung der Verbindungswege dieser Energiequellen auf dem Weg in die Industriestaaten. Der Kurdenkonflikt wird künftig bei der Gestaltung der türkischen Außenpolitik einen wichtigen Platz einnehmen. Früher spielte und spielt immer noch die Zypernfrage in den Beziehungen zu westlichen Industriestaaten - wie z.B. bei der EU-Mitgliedschaft der Türkei - eine wichtige Rolle. Neben Zypern wird auch der Kurdenkonflikt ein Dreh- und Angelpunkt der türkischen Außenpolitik in den Beziehungen mit westlichen Ländern sowie Nachbarstaaten sein. Hinzu kommt, daß der Grad der Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn Iran, Irak und Syrien und sogar zu Griechenland von der Lösung der Kurdenproblematik abhängig sein wird.<sup>181</sup>

### 5.6.3. Die Lösungswege des Kurdenkonfliktes

Die Türkei steht seit ihrer Gründung zwei Gefahren gegenüber, die sie innenpolitisch und gesellschaftlich herausfordern. Es handelt sich um die Kurdenfrage und den Islam. Das Ringen um die türkische Identität westlicher Prägung gehört zu den innenpolitischen und gesellschaftlichen Konstanten der Türkei. Ein „Kampf der Kulturen“ findet in der Türkei statt, und die letzte Entscheidung darüber ist noch nicht in Sicht.

Versuche, seit mehr als 40 Jahren demokratische Normen mit ihren Institutionen in der Türkei voll zur Geltung zu bringen, scheitern immer wieder an der Intervention der militärischen und zivilien Bürokratie. Trotz eines gewissen Demokratisierungsprozesses hat die Türkei es nicht geschafft, die Normen der westlichen Demokratie in der Gesellschaft und in den im Staat herrschenden Kräften umfassend zu verankern. Wenn die nachhallenden und chronischen Konflikte der Türkei, die Verwestlichung, der Islam und die Kurdenfrage nicht auf der Grundlage des Pluralismus und der Koexistenz zu einer Lösung und zum inneren Frieden gelangen, werden diese Spannungen im Inneren Auswirkungen auf die nach außen gerichteten sicherheitspolitischen Überlegungen und Strategien der Türkei haben und bei der außen-und sicherheitspolitischen Zukunftsperspektive der Türkei eine dominierende aber auch hemmende Rolle spielen.

Um seinen Vorschläge für die Lösung der Kurdenproblematik Nachdruck zu verleihen, ließ Özal am 27. August 1992 die Versammlung des nationalen Sicherheitsrates und des Regierungskabinetts in Diyarbakir tagen. Dabei bekräftigte er seine Forderung der Genehmigung der kurdischen Sprache im türkischen Fernsehen. Im nationalen Sicherheitsrat wurde beschlossen im Rahmen der Verfassung alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Integrität des Landes zu wahren.

---

<sup>181</sup> Sedat Ergin, Hürriyet, 22.4.1991

Als „gute Geste“ für die Bemühungen Özals verkündete PKK-Chef Öcalan am 17. März 1993 einen einmonatigen Waffenstillstand. Er bezeichnete Özal als einen Politiker, der ernsthaft an der Lösung des Konflikts arbeitet und alternative Vorschläge unterbreitet. Bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) im Nordirak, Celal Talabani, bezeichnete Özal die Entwicklungen als positiv und unterstrich, daß solche Bemühungen unterstützt werden sollten. Dabei geriet er sogar mit seiner Mutterlandspartei in Konflikt.

Für seine politischen Lösungsvorschläge fand Özal die Unterstützung der HEP<sup>182</sup>. Am 13. April 1993, also eine Woche vor seinem Tod, empfing Özal die HEP-Abgeordneten und schlug ein Konzept vor, mit dem die PKK-Leute wieder in die Gesellschaft integriert werden sollten. Nach diesem Vorschlag sollten Zugeständnisse der PKK-Leute schriftlich festgehalten werden. Diejenigen, die an Operationen gegen den Staat nicht beteiligt gewesen waren, konnten ihre Waffen niederlegen und, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden, ihr normales Leben fortsetzen. Diejenigen, die an Operationen beteiligt waren, konnten ihre bürgerlichen Rechte - einschließlich zu wählen und gewählt zu werden - auf Bewährung wahrnehmen. Wenn sie in fünf Jahren keine Straftaten begehen, sollten ihre Akten - schriftliche Zugeständnisse - vernichtet werden. Als eine Antwort darauf erklärte Öcalan am 17. April 1993, an dem Tag, am dem Özal starb, daß er den Waffenstillstand fristlos verlängert hat.<sup>183</sup>

Einen kurdischen Staat stellte Özal jedoch aufgrund der o. g. Gründe auf keinen Fall in Aussicht, da es aufgrund der geographischen und auch wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht möglich sei, daß ein kurdischer Staat trotz der Türkei existiere. Er erinnerte dabei an die historische Verantwortung der Türkei. Seine Politik zielte darauf, gemäß seiner neuen außenpolitischen Identitätsfindung im Rahmen des Neo-Osmanismus-Konzepts die Rolle der Beschützer der Kurden in der Region zu übernehmen. Abgesehen von sicherheitspolitischen Bedenken begründete Özal sein Interesse an den Kurden jenseits der türkischen Grenze damit, daß sie ethnische Verwandte der Kurden in der Türkei sind. Daher betrachtete er es als eine ethnische Pflicht, sich mit dem Kurdenproblem zu befassen, was aus geschichtlichen, kulturellen und religiösen Gemeinsamkeiten resultiere.<sup>184</sup> Er wertete also das Kurdenproblem in der Türkei als ein Teilproblem des gesamten Kurdenkonfliktes in der Region und tendierte dazu, wie wir seinen diesbezüglichen Aussagen entnehmen können, den Kurdenkonflikt nicht als ein ausschließliches innenpolitisches Problem der Türkei zu sehen, sondern als ein Problem der ganzen Region zu betrachten, das dann auch im Zusammenarbeit mit betreffenden Staaten gemeinsam gelöst werden mußte.<sup>185</sup> Diese Meinung Özals fand auch im Westen Rückendeckung. R. Rühl erklärt seine diesbezügliche Ansicht folgendermaßen:

---

<sup>182</sup> HEP - „Halkın Emek Partisi“ (Arbeiterpartei des Volkes). Die HEP war ausschließlich eine kurdische Partei. Ihre Abgeordneten konnten bei den Wahlen am 20. Oktober 1991 in den Wahllisten der Sozialdemokratischen Partei (SODEP) ins Parlament einziehen. Bis Ende März 1992 blieben sie in der SODEP. Die 14 Abgeordneten traten am 31. März 1992 aus der an der Regierungskoalition beteiligten Sozialdemokratischen Volkspartei aus Protest gegen die Kurdenpolitik der Regierung aus. Im Jahr 1995 wurde die HEP vom Verfassungsgericht verboten, und die Abgeordneten verloren ihren Status als Parlamentarier.

<sup>183</sup> Oya Ayman Büber/ Mine Söğüt in Oya Ayman Büber/ Mine Söğüt (Hrsg.), a.a.O., S. 66

<sup>184</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 152

<sup>185</sup> Özals Vorstellung einer Lösung des Kurdenkonfliktes, den ganzen „kurdischen Raum“ in Betracht zu ziehen, spiegelt sich auch in folgendem Zitat von W. Günther Lerch wider: „Vom Islam als gemeinsamer Religion erhofft man in der Region des Nahen Ostens das Aufbrechen des gegenwärtigen Staatensystems als Grundlage für eine politische Neuordnung auch zugunsten der Minderheiten.“  
Wolfgang Günter LERCH, FAZ, 30.6.1987,

„Eine Lösung der kurdischen Frage allein auf dem Staatsgebiet der Türkei wird fehlschlagen. Jeder Versuch dazu droht, den gesamten Mittleren Osten um einen weiteren internationalen Unruheherd zu bereichern und politisch zu destabilisieren. Denn ein „türkisches Kurdistan“ als unabhängiger Nationalstaat würde alsbald einen kurdischen Irredentismus im Irak und im Iran nach sich ziehen, wie auch umgekehrt ein „freies Kurdistan“ auf dem Gebiet des Iraks, im Iran und in der Türkei. Der gesamte territoriale Status Quo von 1918/24 im Mittleren Osten würde durch eine solche Staatsgründung erschüttert.“<sup>186</sup>

Die Kurdenpolitik von Özal hat weder die Erwartungen der Türkei erfüllt noch in der Region den ersehnten Frieden gebracht, weil die Kurdenfrage eine regionale und internationale Dimension erreicht hat. So wurde die Kurdenfrage zusammen mit den Konflikten gegenüber Griechenland im Ägäischen Meer und auf Zypern zum Gegenstand der Bedingungen in westlichen Hauptstädten, wenn es um Verhandlungen über die EU-Mitgliedschaft der Türkei ging. Darüber hinaus war die Türkei einer von den Staaten in der Region, der als Folge der Kuwaitkrise innenpolitisch, vor allem aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht nachteilig betroffen ist. Vorteilhaft wirkte Özals Kurdenpolitik in dem Maße, wie der Westen feststellte, daß eine Operation seitens der westlichen Staaten in dieser Region ohne aktive Beteiligung der Türkei keinen Erfolg haben könnte und daß die Industriestaaten in ihren Konzepten für die Region die Interessen der Türkei mehr als zuvor berücksichtigen müßten.

Der Kurdenkonflikt hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, den Frieden im Inneren zu erreichen, ohne zu einem regionalen Friedenszustand zu gelangen. Ohne die Überwindung der innergesellschaftlichen Probleme (Demokratisierung) kann man in der Region keinen Frieden erzielen. Auf diese Tatsache wies Özal hin. Er sagte: „Die Lösung in Südostanatolien kann nur durch Meinungsfreiheit und durch Dialog herbeigeführt werden.“<sup>187</sup> Er sah die Schwierigkeiten, die sowohl für die Sicherheit des Staates eine Gefahr darstellten als auch die wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Zustände der Menschen, die ständig unter dem politischen Ausnahmezustand leben mußten. „Die Sicherheit der Türkei kann nur auf dem Wege einer durchsichtigen Politik erreicht werden. Wenn wir über Südostanatolienproblem nicht offen und frei, ohne Hemmungen sprechen können, entstehen Schwierigkeiten. Wenn die Leute in den Untergrund gehen, wird es noch gefährlicher. Wissen Sie, was die Menschen in den abgelegenen Gebiete ganz unten machen? Seit sieben Jahren (1992) herrscht ein Ausnahmezustand, seit 5 Jahren leben die Menschen unter Ausnahmerecht. Das können die Menschen nicht mehr aushalten.“<sup>188</sup>

Im Kern des kurdischen Konflikts liegt, wie viele in der Türkei meinen, nicht in erster Linie das Süd-Ostanatolienproblem oder die wirtschaftliche Unterentwicklung, sondern es ist eigentlich ein Identitätsproblem, wobei man die ungünstigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Dimensionen des Konfliktes nicht ignorieren sollte. Die Lösung dieses Identitätsproblems hängt aber mit dem Demokratisierungsprozeß der Türkei zusammen. Der Kurdenkonflikt ist nicht ausschließlich durch PKK entstanden. Die PKK hat nicht das Kurdenproblem erzeugt, sondern die PKK ist ein Produkt, eine Folgeerscheinung des Kurdenkonfliktes in der Türkei. Wenn die Türkei politisch in der Lage sein wird, die Kurdenproblematik mit demokratischen Mitteln zu lösen, wird folglich die PKK-Problematik ihre Wirkung verlieren. Solange die Ursachen nicht beseitigt werden, die den

---

<sup>186</sup> L. Rühl, a.a.O., 11/92, S. 302

<sup>187</sup> M. Barlas, a.a.O., 1994, S. 147

<sup>188</sup> Hürriyet, 21.12.1992

Nährboden für die PKK-Bewegung darstellen, wird es für die Türkei schwierig sein, eine Lösung im PKK-Konflikt herbeizuführen.<sup>189</sup> „Es ist dabei nicht ohne gewisse Ironie, daß das eigene türkische Denken in denselben Kategorien hinsichtlich der internen Kurdenproblematik Ankara daran hindert, durch eine großzügige und kooperative Lösung der nationalen Kurdenfrage sich im regionalen Kräftespiel einen Vorteil zu verschaffen und den Nachbarstaaten ihre politischen Einflußmöglichkeiten zu nehmen.“<sup>190</sup> Da die Anerkennung der kurdischen Realität eigentlich die Revidierung der auf der türkischen Nationalität basierenden Staatsideologie bedeuten würde,<sup>191</sup> kann man vom Staat ohne weiteres nicht erwarten, seine Legitimationsstütze unter seinen eigenen Füßen selbst wegzuziehen. Hier scheint das eigentliche Problem zu liegen. Wenn die Machthaber - wie man sie nennen mag - in ihrer ideologischen Einstellung flexibel wären und sich bereit erklären könnten, sich u. a. auch für die Probleme der türkischen Staatsbürger mit kurdischer Abstammung ernsthaft zu beschäftigen und zur Bewältigung der Probleme alternative Konzepte zu entwickeln, wie Özal es versucht hat, wäre man der Lösung der Kurdenfrage in der Türkei einen Schritt näher gekommen. Özals allzu oft betonte politische Einstellung, man solle in der Türkei über alles diskutieren – sogar über Föderation -, ohne dabei Hemmungen und Angst zu haben, war ein Teil seines Liberalisierungsprogramms für die Türkei, in dem die politischen und auch ethnischen Strömungen sich vom Staat als marginelle Gruppen nicht ausgestoßen fühlen, sondern zum Umwandlungsprozeß der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen ihren Beitrag leisten und so ein Konsens erreicht wird, der von allen politischen Gruppen in der Gesellschaft getragen wird. Dazu bedarf es aber eines geistlichen Umwandlungsprozesses jener Kräfte, die die Zügel des Staates in ihrer Hand behalten und die Innen- und Außenpolitik der Türkei bestimmen.

### **5.7. Die außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven der Türkei im regionalen Bereich**

Die Grundlagen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik im regionalen Bereich werden seit ihrer Gründung hauptsächlich von drei Faktoren geprägt, die als „Konstanten des gedanklichen Hintergrunds“<sup>192</sup> bezeichnet werden können. Diese sind:

1. Die geographische Lage der Türkei unter strategischen Gesichtspunkten
2. Ihre historischen Wurzeln: als Erbe des Osmanischen Reiches ihre zum Teil belastenden Beziehungen zu Nachbarstaaten und der Region
3. Das elementare Ziel ihrer außen- sowie innenpolitischen Bemühungen: die Bewahrung und Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Türkei gemäß den Prinzipien des Kemalismus.

Die Türkei hat fast mit allen ihren Nachbarstaaten (ausschließlich des Irans) Erblasten, die sich auf die Beziehungen zu ihren Nachbarn als Störfaktor auswirken. Die Streitfragen mit Griechenland über Zypern und im Ägäischen Meer verhindern eine stabile Zusammenarbeit auf der Grundlage gutnachbarschaftlicher Beziehungen. Gegenüber dem

<sup>189</sup> C. Candar, Sabah, 21.4.1998

<sup>190</sup> H. Kramer, a.a.O., 1992, S. 131

<sup>191</sup> Ö. Vehbi Hatipoğlu, a.a.O., 1992, S. 200

<sup>192</sup> H. Kramer, „Die Türkei in der sicherheitspolitischen Herausforderung nach dem Ende des Kalten Krieges“.

In: Peter Trummer (Hrsg.), „Die Lage im Östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden (Wehrdienst und Gesellschaft; Bd. 4), 1997, S. 69

Irak stellen die Kurdenfrage und der Streit um die Verteilungsmenge des Wassers im Euphrat und Tigris Konfliktpunkte dar. Die Einverleibung Hatays durch die Türkei kann Syrien immer noch nicht akzeptieren. Armenien stellt territoriale Ansprüche auf Ostteile der Türkei.<sup>193</sup> Letzter und wichtigster Faktor hierbei ist der ideologische Faktor der Türkei, der als elementares Grundfundament die außen- und sicherheitspolitischen Perspektive der Türkei prägt.<sup>194</sup>

Während des Kalten Krieges wurde die geostrategische Lage als „türkischer Riegel“ umschrieben. Nach dem Kalten Krieg wurde sie zur „Brücke“, zur „Kreuzung verschiedener Zivilisationen“ oder zur regionalen Konfliktdynamik bzw. zum Stabilitätsfaktor umfunktioniert. Geostrategisch wird ihre Lage als „Wächter der Meerengen“ im Zusammenhang mit der russischen Expansionspolitik und unter dem sicherheitspolitischen Aspekt bewertet. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging nicht nur eine Supermacht mit ideologischem Globalanspruch unter, sondern es zerfiel mit ihr die geostrategische Einheit eines Sechstels der Erdoberfläche.<sup>195</sup> Die Folge davon war, daß die internationale Ordnung sich vor neue Herausforderungen gestellt sah. Nach dem Zusammenbrechen der Sowjetunion existiert eine globale Vormachtstellung im Raum Euroasien. Die politischen und strategischen Veränderungen und die Einflußnahme bestimmter Kräfte in Euroasien werden die Interessenkonstellation und globale Weltherrschaft im 21. Jahrhundert bestimmen.

#### *Stabilitätsfaktor im „euroasiatischen Balkan“*

Euroasien ist nach Brzezinski ein „Schachbrett“<sup>196</sup>, auf dem Partien um die globale Vormachtstellung der Mächte im 21. Jahrhundert ausgetragen werden. Euroasien ist der größte Kontinent der Welt und zugleich eine geopolitische Achse. Wer Euroasien beherrscht, beherrscht auch zwei von drei entwickelten und ökonomisch produktiven Regionen der Welt. Euroasien hat 60 % der Welt-BSP und drei Viertel der Weltenergie-Ressourcen.<sup>197</sup>

Um dieses Schachbrett herum befinden sich wirkungsvolle geostrategische Spieler und Achsenmächte. Die strategischen Spieler sind jene Staaten, die trotz der USA dazu fähig sind über ihre Grenzen hinaus ihre Macht zu demonstrieren oder an Einfluß zu gewinnen. Ihre Beweggründe bestehen aus ineinander verflochtenen komplizierten Motivationen, deren Wurzeln bis in die Geschichte hineingehen. Die geopolitischen Achsen sind jene Staaten, die nicht aufgrund ihrer Stärke und Motivationen agieren, sondern sie sind jene Staaten, die wegen ihrer „empfindlichen“ Lage einer potentiellen Bedrohung ausgesetzt sind. Diese Achsen-Staaten werden meistens von ihrer geographischen Lage als solche

---

<sup>193</sup> Stalin verlangte die Grenzkorrekturen an der Grenze Armeniens im Namen der Sowjetrepublik. Diese Forderungen wurde nach Stalins Tod revidiert, d.h. Armenien verzichtete auf Gebietsforderungen, um Frieden und Sicherheit zu gewähren. Aber von der Akzeptanz der bestehenden Grenzen kann nicht die Rede sein. Kamuran Gürün, *Hürriyet*, 26.4.1991

<sup>194</sup> H. Kramer ist der Ansicht, daß der ideologische Faktor im westlichen Sicherheitsverständnis wenig Achtung findet. H. Kramer, a.a.O., 1997, S. 71

<sup>195</sup> Olga Alexandrowa, „Geostrategische Neuordnung in der früheren UdSSR“. In: *Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen*. 4/92, S. 324

<sup>196</sup> Z. Brzezinski, a.a.O., 1998,

<sup>197</sup> Ebd., S. 32

bestimmt. Ihre Geographie kann es ihnen ermöglichen, die Einflußnahme oder Kontrolle eines strategisch wichtigen Gebietes vor anderen Spielern zu bewahren.<sup>198</sup>

Brzezinski zählt zu den wichtigsten Achsen-Staaten die Ukraine, Azerbaidchan, Südkorea, die Türkei und den Iran, wobei die Türkei und der Iran gleichzeitig zu den strategischen Spielern - also den regionalen Mächten wie Deutschland, Rußland, China und Indien - gehören.<sup>199</sup> Dadurch wächst ihre strategische Bedeutung in dieser Region in doppelter Hinsicht. Die Bedeutung der Türkei für den Westen in der internationalen Neuordnung ist mit ihre Rolle, die sie während der Kuwaitkrise gespielt hat, nicht begrenzt. Die Türkei übernimmt gegenüber Rußland im Transkaukasusgebiet die Funktion eines Ausgleichspielers. Eine instabile Türkei könnte eine Zunahme der Unruhen in der Region verursachen und dazu führen, daß Rußland in den Republiken im Transkaukasus und in Zentralasien seinen Einfluß vergrößert.

Der Begriff „Balkan“ wird mit drei Phänomenen assoziiert. Erstens wird er mit ethnisch-religiösen, miteinander verflochtenen Staaten bzw. Föderationen und den daraus resultierenden Konflikten (besonders in Zeiten, in denen die Status-Quo-Politik der Weltmächte im Umbruch begriffen ist, in Verbindung gebracht. Zweitens befürchtet man die rasche Ausweitung der Konflikte in der Region und die Einbeziehung der Nachbarstaaten und die damit verbundene Internationalisierung des Konflikts. Drittens versteht man darunter das Ringen der Großmächte im 19. Jahrhundert und zu Anfang des 20. Jahrhunderts um die Vormachtstellung in Europa.

Brzezinski bezeichnet die Staaten Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan, Azerbaidchan, Armenien, Georgien und Afghanistan als „euroasiatischen Balkan“, der wie die Balkanstaaten in verschiedene Ethnien in mehreren Staaten unterteilt ist. Der Unterschied zum Balkan liegt aber darin, daß die ethnischen und kulturellen Unterschiede nicht so gravierend sind wie auf dem Balkan. Dazu gehören als potentielle strategische Regionalmächte auch die Türkei und der Iran. Sie sind wirtschaftlich und politisch im Vergleich zu anderen Staaten noch beständig. Sie stehen sich auf dem „Euroasiatischen Balkan“ als Rivalen gegenüber und sind die wichtigsten strategischen Spieler in dieser Region.<sup>200</sup>

Die Meerengen und das Gebiet Anatolien haben im Zentrum des Balkengebietes und als Tor zum Mittelmeer und Schwarzmeer, das sich nach Euroasien öffnet, von Gibraltar über das Mittelmeer und den Nahen Osten bis nach Zentralasien hinein eine politisch-militärische, unumstrittene strategische Bedeutung. Die Türkei ist daher im Rahmen der o. g. geostrategischen Lage ein Gleichgewichts- und Stabilitätsfaktor im Zentrum des sie umgebenden Raumes, in dem nach dem Kalten Krieg ethnische und nationale Konflikte ausbrachen; es herrschten eine Ausbreitung der Vernichtungswaffen und des Terrorismus als riskante und bedrohliche Konfliktpotentiale vor. Die Türkei nimmt eine Schlüsselposition bei der Verhinderung der Bedrohung und Risiken in dieser Regionen ein und leistet einen Beitrag zu deren Lösung. War die Türkei während des Kalten Krieges ein „Flankenland“ innerhalb der westlichen Allianz, so wurde sie nach dem Kalten Krieg ein „Frontland“.<sup>201</sup>

---

<sup>198</sup> Ebd., S. 40

<sup>199</sup> Ebd., S. 46

<sup>200</sup> Ebd., S. 114

<sup>201</sup> Weißbuch, Ankara, 1998, S. 6

Die Neugestaltung der Weltpolitik bietet der Türkei einerseits positive Möglichkeiten und Gelegenheiten für einen außenpolitischen Spielraum, auf der anderen Seite muß die Türkei für die weitreichenden Instabilitäten und die Ungewißheit in der Region während der weltpolitischen Übergangsphase die nötigen Sicherheitsmaßnahmen treffen.<sup>202</sup>

„Ob die türkische Außenpolitik die notwendigen Kräfte und Konzeptionen für eine Regulierung der internationalen Beziehungen in diesem Raum durch systematisches Zusammenwirken mit Rußland, der Ukraine und den übrigen Anrainerländern aufbringen wird, sei dahin gestellt. Dies gilt auch für grenzübergreifende Organisationen. Die KSZE bietet für solche regionale Kooperationen einen Rahmen.“<sup>203</sup>

Nach dem Kalten Krieg hat sich im Schwarzmeer die geostrategische Situation von Grund auf zugunsten der Türkei verändert. Die durch die türkische Initiative entstandene Schwarzmeerwirtschaftsregion bietet den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit, durch die Entwicklung der Institutionen der SMWR, untereinander ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen und ein Klima des Vertrauens zu schaffen, durch das Konflikte auf friedlichem Wege gelöst werden können.

Damit die Türkei ein stabiles Euroasienkonzept entwickeln kann, benötigt sie einen großen Einfluß über den asiatischen Raum, was für die Türkei die Verfolgung einer wirkungsvollen Politik im Nahen Osten erforderlich macht. Es liegt nicht im Interesse der Türkei, auf Ethnien beruhende außenpolitische Zielvorstellungen zu verfolgen. Statt dessen sollte sie in Zukunft die Lösung der Konflikte auf geokultureller Ebene suchen. Dafür bedarf es aber eines Umwandlungsprozesses in der politischen Kultur der Türkei und die Vermeidung der Polarisierung der Interessen- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft.<sup>204</sup>

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und der Abbau der gesellschaftlichen Spannungen sind für die Behauptung ihrer Vormachtstellung in der Region als Regionalmacht Ordnungsmacht oder regionale Großmacht von großer Bedeutung. In dem Maße, in dem die Türkei ihre innenpolitischen Konflikte auf der Grundlage einer pluralistischen Gesellschaftsordnung überwinden und ein wirtschaftlich entwickeltes Land werden kann, wird sie in der Lage sein, als Stabilitätsfaktor in der Region ihre Vormachtstellung zu sichern. Darüber hinaus ist eine wichtige Voraussetzung, ein Gesellschaftsmodell zu schaffen, in dem die historischen und kulturellen Realitäten der türkischen Gesellschaft mit der modernen und industrialisierten Staatsordnung in einer friedlichen Koexistenz zusammenleben. Eine solche Perzeption der gesellschaftlichen Ordnung konnte als Modell Anziehungskraft ausüben.

Die Faktoren, die der Türkei eine Vormachtstellung in der Region einräumen und sie zu einem Gleichgewichtszentrum machen können, kann man wie folgt zusammen fassen:

Die Türkei ist ein Land,

- das in ihrer Region und darüber hinaus gerichtete Strategien beeinflussen kann und in der Lage ist, selbst eigene Strategien zu entwickeln. Sie ist das Tor Europas, das sich nach Asien öffnet.
- das nicht nur sicherheitkonsumierendes, sondern auch sicherheitproduzierendes Land ist.

---

<sup>202</sup> Ebd., S. 3

<sup>203</sup> Lothar Rühl, EA, 11/92, S. 297

<sup>204</sup> A. Davutoğlu, Yeni Safak, 24.2.1999

- das mit seiner sich entwickelnden Wirtschaft in der Region eine aufsteigende Macht darstellt.
- das schließlich bei der Belegung der Ökostrategie in Euroasien eine Schlüsselrolle spielt, die bei der Bestimmung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert wesentlichen Einfluß haben wird.<sup>205</sup>

Aufgrund ihrer geostrategischen Lage mußte die Türkei in ihrer Außenpolitik verschiedenen Methoden und Linien verfolgen:

- Die Türkei mußte eine aktive Außenpolitik gegenüber der Balkanstaaten entwickeln, in der sie als Stabilitätsfaktor für die Einhaltung des Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan fungieren kann.
- Sie mußte eine Außenpolitik entwickeln, die das Gebiet der Schwarzmeerregion umfaßt. Für den Kaukasus und Mittelasien mußte sie eine neue auf Zusammenarbeit und Sicherheit bezogene Außenpolitik entwickeln.
- Im Falle des Nahen Osten mußte sie ständig auf überraschende Entwicklungen vorbereitet sein.<sup>206</sup>

Die Türkei gestaltet ihre außenpolitische Strategie in Richtung Zentralasien in Zusammenarbeit mit westlichen Staaten, insbesondere mit den USA. Damit verdoppelt sich die strategische Bedeutung der Türkei für die westlichen Staaten im Bezug auf den Nahen Osten und den tiefen Raum Zentralasiens. Über die Benutzung von Stützpunkten und über die „force in being“ der gemeinsamen alliierten Streitkräfte im östlichen Mittelmeer hinaus bieten sich für die aktive Nutzung der Türkei als Partner der EU und als Mitglied der atlantischen Allianz folgende strategische Alternativen an:

1. Die Perspektive einer Ordnungsfunktion im Schwarzem Meer
2. Die Ausübung einer Sicherheitsfunktion auf dem Balkan
3. Die Option einer Kaukasus-Kooperation und die Option einer Ordnungsfunktion in Zentralasien
4. Die Perspektive einer Abschirmung gegenüber dem Mittleren Osten und der äußeren Stabilisierung der Golfregion und des Nahen Ostens.<sup>207</sup>

Alle vier außenpolitischen Perspektiven sind miteinander verbunden. Dabei befindet sich die Türkei aufgrund ihrer Geographie in einer Schlüsselposition. Diese fünf Optionen der Türkei, die „wie Finger einer ausgestreckten Hand“ in ihre speziellen Richtungen spreizen, kann die Türkei als Optionszentrum für gemeinsames Handeln und gemeinsame Sicherheit in Zusammenarbeit mit der OSZE nutzen. Vorausgesetzt, daß die OSZE „die territoriale Integrität und nationale Souveränität der Türkei als gleichberechtigt und gleichwertig anerkennen und respektieren.“<sup>208</sup> Im folgenden sollen die sicherheitspolitischen und strategischen Möglichkeiten Defizite der Türkei in den Gebieten Balkan, Kaukasus und Naher Osten im einzelnen betrachtet werden.

### 5.7.1. Ordnungsfunktion der Türkei auf dem Balkan

---

<sup>205</sup> Beyaz Kitap/Weißbuch, Ankara, 1998, S. 7-8

<sup>206</sup> Sami Kohen, Milliyet, 19.10.1991

<sup>207</sup> Lothar Rühl, a.a.O., 1992, S. 296

<sup>208</sup> Ebd., S. 297

In den ersten Jahren der Republik waren die Botschaften der Türkei in den Balkanstaaten mit einem Problem konfrontiert. Die nationale Befreiungstage der Balkanstaaten waren die Tage, an denen sie sich vom Osmanischen Reich getrennt hatten. Die Botschaften wollten von Ankara, d. h. von Atatürk wissen, wie sie sich bei solchen Aktivitäten verhalten sollten. Daraufhin teilte Atatürk den Botschaften u.a. Folgendes mit:

„Unsere Botschaften werden unter denen sein, die an Veranstaltungen zu früh teilnehmen und zu spät Abschied nehmen. Falls das Thema des Osmanischen Reiches aufkommen sollte, so wird unterstrichen, daß die 1923 gegründete Republik ein völlig neuer und anderer Staat ist“.<sup>209</sup>

Dem Verhalten Atatürks gegenüber den Balkanstaaten lagen folgende Überlegungen zugrunde:

- Er hatte kurz nach der Ausrufung der Republik auf dem Balkan eine Politik zu verfolgen, die sich später im Balkanpakt manifestierte.
- Er wollte dabei die Republik vom Osmanischen Reich strikt trennen, damit der neue Staat sich von erblastigen Diskussionen mit den Balkanstaaten fernhalten kann.

Trotz der eindeutigen Trennung Atatürks zwischen Osmanischem Reich und der Türkei wurde die Einstellung der Balkanstaaten gegenüber der Türkei in starkem Maße durch die Ereignisse und die schmerzlichen Unabhängigkeitskriege der Balkanstaaten (Balkankrieg und Erster Weltkrieg) geprägt. Die Multinationalität und verschiedenen religiösen Gemeinschaften – Erbe der untergegangenen Reiche der Osmanen und Habsburger – sind Ursache und zugleich Ergebnis der multi-ethnischen Struktur der Balkanstaaten, die die innere Stabilität weitgehend beeinflussen und bei den Beziehungen zwischen den Staaten eine wichtige Rolle spielen.<sup>210</sup>

„Wohl nirgendwo sonst in Europa spielt die Geschichte für die Politik eine solche bedeutsame Rolle wie in den Balkanstaaten. In der nationalen Perzeption der Geschichte ist die Vergangenheit eine Reihe gewaltsamer Auseinandersetzungen, die dadurch gekennzeichnet sind, daß die eigene Nation immer das Opfer ist, die anderen dagegen immer die Schuldigen.“<sup>211</sup>

In ihrer Geschichte bestimmte wie in anderen Regionen auch die Balkanpolitik der Türkei ihre ideologisch fundierte Haltung. Die Anweisung Atatürks - daß die Republik ein vollkommen neuer Staat ist - führte zur Ignorierung der Probleme der muslimischen Minderheiten in den Balkanstaaten. Anders geriet sie mit ihrem Laizismusverständnis in Widerspruch. Die Balkanstaaten behaupteten, es gebe keine Türken, sondern nur Bevölkerungsteile, die die Türkei als „Türken“ bezeichnet, zum Beispiel Muslimen bulgarischer bzw. slawischer Abstammung. Die Türkei konnte sich wegen ihrer Ideologie nicht für die Rechte der Muslimen in den Balkanstaaten einsetzen.<sup>212</sup> Aber die Türkei

<sup>209</sup> Cumhuriyet, 17.6.1991

<sup>210</sup> Vgl. Irena Reuter-Hendrichs, „Minderheitenkonflikte im Kontext zwischenstaatlicher Beziehungen auf dem Balkan“. In: Südosteuropäische Mitteilungen., 3/1991, S. 184-190

<sup>211</sup> Vgl. zum Nationalitätenproblem und zu seinen Folgen auf dem Balkan. Ebd., S. 184-191

<sup>212</sup> Als ein typisches Beispiel hierfür ist folgendes Zitat anzubringen: „Es gibt keinen Anlaß dafür, daß die Türkei bei den komplizierten Konflikten um Grenzkorrekturen innerhalb der Balkanstaaten für den einen oder anderen Partei ergreift. Die Türkei sollte für die Konflikte insofern Interesse zeigen, als daß es um die Rechte der dort lebenden Türken geht.“ Haluk Özdalga, „Balkan – Türkei: Wie sollte unsere Politik sein?“, Hürriyet, 30.08.1991. Der griechische Autor Gregor M. Manousakis spricht in seinem Aufsatz dagegen von muslimischen Minderheiten, die in Balkanstaaten leben. Er sieht einen engen Zusammenhang zwischen der Zunahme des Einflusses des Islams als politische Macht und den außenpolitischen Absichten der Türkei unter Özal auf dem Balkan. Nach seiner Meinung wurde die Statuierung der Türkei von Atatürk von den Politikern nach 1950 untergraben. Die „Re-Islamisierung der

mußte mit dem Ende des Kalten Krieges feststellen, „daß sie auf dem Balkan von ihrer Vergangenheit eingeholt wurde“<sup>213</sup>.

Die Zusammenarbeit mit den Balkanstaaten war seit der Gründung der Türkei eine der wichtigsten außenpolitischen Ziele der neuen Republik. Bei dem Aufbau des gemeinsamen stabilen und friedlichen „Haus Europas“ spielen die Balkanstaaten und deren Entwicklungen eine wichtige Rolle. Man muß bedenken, daß der Erste Weltkrieg u. a. seine Ursachen im Völkermosaik Balkan hatte und der Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems und die Neustrukturierung des internationalen Systems sich am stärksten auf dem Balkan Balkantragödie, in der Tausende von Menschen getötet und Millionen von Menschen als Folge der ethnischen und religiösen Säuberungsaktionen ihre Häuser verlassen mußten, bemerkbar machte. Der Nationalismus der Balkanstaaten lebt von historisch gewachsenen Feinbildern, die durch die aktuellen Konflikte immer wieder entflammt werden. Angesichts einer solchen Lage stellt sich in dieser Region für eine Zusammenarbeit die Frage nach „nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner“ unter den Balkanstaaten.<sup>214</sup>

Während des Kalten Krieges war die Außenpolitik der Türkei auf dem Balkan von der Vorstellung bestimmt, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit allen Balkanstaaten, sowohl auf multilateraler wie auf bilateraler Ebene, zu verbessern. Letzter Versuch der Balkanstaaten vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die Konferenz der Balkanaußenminister vom 24. bis 28. Februar 1988. Daran nahmen die Staaten Türkei, Jugoslawien, Albanien, Rumänien, Griechenland und Bulgarien teil. Für die Türkei ging es kleine Schritte in die Richtung wirtschaftlicher und kultureller Kooperation, aber auch um die Sicherung der Rechte der Minderheiten. Eine blockübergreifende Zusammenarbeit und Institutionalisierung einer Balkankooperation kam wegen unterschiedlicher politischer Standpunkte und deren Zielsetzungen nicht zustande.<sup>215</sup> Das durch die Namensänderung Bulgariens ausgelöste Minderheitenproblem Mitte der achtziger Jahre lenkte das Interesse der türkischen Öffentlichkeit und der türkischen Außenpolitik auf die türkischen und muslimischen Minderheiten auf dem Balkan. Die Türkei versuchte, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und internationaler Organisationen auf die Durchsetzung der Menschenrechte für ethnische Türken und muslimische Minderheiten auf dem Balkan zu ziehen. Nach den „gescheiterten Versuchen“ eines Balkanpaktes von 1937 (Balkan-Entente) und 1953, die wegen des Zypernproblems mit Griechenland und des Engagement Jugoslawiens in der Bewegung der Blockfreien „tot geboren“<sup>216</sup> wurden, gewann die Balkanpolitik der Türkei im Zuge der Neugestaltung der internationalen Politik im

---

Türkei“ würde mit nostalgischen Erinnerungen an die Größe des einstigen Osmanischen Reichs einhergehen. Die kemalistische Statuierung der Türkei wäre mit Hilfe des Westens als Lüge entlarvt worden, und in Ankara zeigten sich „Reichsallüren“. Der Meister dieser Art türkischer Außenpolitik wäre Turgut Özal, der „lärmend die Ausdehnung des Einflußgebietes seines Landes bis an die Tore Wiens“ anstrebte. Gregor M. Maousakis, „Türkische Außenpolitik auf dem Balkan“. In: Europäische Sicherheit. 9/93, S. 443-445

<sup>213</sup> U. Steinbach, a.a.O., 1996, S. 302

<sup>214</sup> Viktor Meier, „Suche nach dem gemeinsamen Nenner“. FAZ, 13.6.1987

<sup>215</sup> Die Teilnehmerstaaten verfolgten unterschiedliche Ziele: Bulgarien, Griechenland und Rumänien ging es um einen Balkan ohne atomare und chemische Waffen (vgl. Gipfeltreffen der Regierungs- und Staatschefs). Albanien, der Türkei und Jugoslawien ging es darum, durch kleinere Schritte wirtschaftliche und kulturelle Kooperation, aber auch Ansätze zur Sicherung der Rechte der Minderheiten zu erreichen. Vgl. Othmar Nikola Haberl, „Ansätze zur Überwindung des Blockdenkens in Südosteuropa seit Ende der siebziger Jahre“. In: Südosteuropa Mitteilungen. 2/1992 S. 118

<sup>216</sup> Vgl. H. Bağcı, a.a.O., 1988, S. 93

Rahmen der Schwarzmeerwirtschaftsregion neue Impulse, die die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen verschiedener Regionen verbinden sollten.

In diesem Zusammenhang hat die SMWR das Ziel, die wirtschaftlichen Potentiale der „drei Hinterländer“ der Türkei also die drei Regionen Zentralasien/Kaukasus/Türkei, Balkan/Türkei/Griechenland/Ukraine und Ostmittelmeer/Türkei zusammenzubringen. Wenn das Projekt SMWR Erfolge verzeichnet, werden bei dieser Zusammenarbeit nicht nur wirtschaftliche Profite erzielt werden, sondern es wird auch bei den ethnisch-nationalistischen und religiösen Konflikten und bei Grenzstreitigkeiten die Rolle eines „weichen Kissens“ ausüben, auf dem die Konflikte auf friedlichem Wege beigelegt werden können. Eine Zusammenarbeit unter den Balkanstaaten scheint sich einerseits sowohl auf bilateraler Ebene als auch auf regionaler Ebene im ersten Anlauf schwieriger zu gestalten, da die ethnisch-religiöse Vielfaltigkeit und die gegenseitigen territorialen Ansprüche und der Ruf nach Änderung der bestehenden Grenzen bzw. Status-Quo während der Übergangsphase zugenommen hat. Auf der anderen Seite sind Entwicklungen zu beobachten, welche eine vielseitige Zusammenarbeit unter den Balkanstaaten ermöglichen würden. Obwohl es schwieriger erscheint, könnten die verstärkten nationalistischen und religiösen Tendenzen, die während des Kalten Krieges unterdrückt aber nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems politisch die bestimmende Kraft auf dem Balkan wurden, im Rahmen eines politischen und wirtschaftlichen Prozesses der Zusammenarbeit sich zu einem „regionalen Bewußtsein“<sup>217</sup> entwickeln, das zur Stabilität und Sicherheit auf dem Balkan führen kann. Die Schaffung einer regionalen Identität, eines Untersystem in der Region zur Ergänzung der Europäischen Sicherheit und Wahrung des Friedens kann gegenüber den radikalen ethnischen und religiösen Bewegungen die Funktion des „weichen Kissens“ übernehmen. Wie vom albanischem Außenminister zum Ausdruck gebracht wurde, sollte die ethnische Heterogenität der Staaten auf dem Balkan sie dazu veranlassen, zu erreichen, „daß die Minderheiten, Faktor von Teilungen, Spannungen und Streitigkeiten in der Vergangenheit, zum Faktor der Kohäsion und Stabilität im Lande und zur Brücke der Verbindungen und Kooperation zwischen den Ländern werden“.<sup>218</sup>

#### 5.7.1.a. Aktive Außenpolitik der Türkei auf dem Balkan

Nach der Zerstörung der Gleichgewichte auf dem Balkan, die den Status-Quo seit mehr als vierzig Jahren zusammengehalten hatte, entwickelte die Türkei eine neue Balkanpolitik. Die Grundlage dieser Balkanpolitik bildete vor allem die Pflege gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit dem Ziel, Stabilität auf dem Balkan zu erreichen. Besonders nach dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens sah sich die Türkei auch auf dem Balkan gezwungen, in ihre Balkanpolitik neue Dimensionen einzubeziehen und sich mehr für die Rechte der ethnischen Türken und Moslimen auf dem Balkan einzusetzen. Anders als während des Kalten Krieges genöß die Türkei in den Hauptstädten der alten und neuen Balkanstaaten Üsküp, Sarajevo oder Tirana hohes Ansehen und Interesse.<sup>219</sup> Die Türkei war bestrebt, im Bewußtsein dieses Interesses im Rahmen der bilateralen Abkommen die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit aufzubauen. Dazu gehörte:

<sup>217</sup> O. Sander, *Türkiye'nin Dış Politikası* (Die Außenpolitik der Türkei). İmge Yay. 1. Bas. Ankara, 1998, S. 156

<sup>218</sup> Zit. n.: O. N. Haberl, a.a.O., 2/1992, S. 114-115.

<sup>219</sup> Semih Idiz, „Die Augen der Balkanstaaten sind auf die Türkei gerichtet“, *Cumhuriyet* vom 18.9.1991

- Die Türkei bemühte sich stets um Ausgleich und friedliche Koexistenz mit den Nachbarstaaten, besonders mit Griechenland.
- Die Türkei versuchte ihren Einfluß durch eine aktive Außenpolitik in der Balkanregion geltend machen, ohne dabei den Anspruch zu erheben, Regionalmacht zu sein.
- Die Türkei verfolgte gegenüber den Balkanstaaten eine Außenpolitik, die realpolitische Rahmenbedingungen in den Vordergrund stellt und Gefühlsausbrüche vermeidet. Das heißt: Bei der Bestimmung der neuen Balkanpolitik werden sensible Punkte wie Mazedonien, Spannung zwischen Albanien und Griechenland und die Lage in Bosnien mit Vorsicht behandelt.<sup>220</sup>

Die Landverbindung der Türkei zu Europa auf dem Balkan ist für die Türkei unverzichtbar. Solange die Türkei an ihrer bisher unwiderruflich politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Integration mit europäischen Strukturen und Institutionen festhält, solange kommt der Landverbindung nach Europa über den Balkan auch eine symbolische Bedeutung zu und solange haben die politischen Entwicklungen auf dem Balkan einen hohen Stellenwert für die Türkei.<sup>221</sup> Schon allein aus diesem Grund ist die Türkei daran interessiert, daß in der Balkanregion Stabilität und Frieden herrscht. Gemäß dem Sarajevo-Effekt befürchtet die Türkei, daß der Ausbruch der lokalen Kriege in Jugoslawien sich sehr schnell auf die ganze Region verbreitet.

Zu Beginn der Jugoslawienkrise war die Haltung der Türkei von Vorsicht und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gekennzeichnet. Die Türkei bevorzugte die Beibehaltung der Status-Quo, d.h. befürwortete die Einheit des ehemaligen Jugoslawiens.<sup>222</sup> Der Präsident Jugoslawiens besuchte am 23.1.1992 Ankara. Zwei Wochen danach, erst nach der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens seitens der europäischen Staaten, vor allem der BRD, entschied sich die Türkei für die Anerkennung Bosniens, Herzegowinas (6. Februar 1992) und anderen unabhängig gewordenen Staaten Ex-Jugoslawiens.

Die Balkanpolitik der Türkei steckte während des Bosnien-Krieges in einem Dilemma: Zum einen wollte sie nicht den Eindruck erwecken, daß der Krieg zwischen bosnischen Muslimen und christlich-orthodoxen Serben zu einem „Religionskrieg“ eskaliert und daß sich die Spannungen zwischen Muslimen und Christen verschärfen, weil durch einen solchen Eindruck die Lage der laizistischen Türkei komplizierter würde. Aber auf der anderen Seite konnte die Türkei die Ohnmacht Europas und der internationalen Organisationen gegenüber Serbien nicht verstehen. Außenminister Hikmet Çetin warf dem Westen vor, er würde in den Konflikten zwischen Azerbaidchan und Armenien, um Berg-Karabach und in Bosnien zwischen den Religionen Unterschiede machen.<sup>223</sup> Darüber hinaus lag die Ausweitung des Krieges auf die übrigen Gebiete, auf Sandschak und den Kosovo, aus sicherheitspolitischen Gründen nicht im Interesse der Türkei. Auf der anderen Seite verstärkte sich der öffentliche Druck auf die Regierung zunehmend, Maßnahmen zu ergreifen, um eine aktive Politik auf dem Balkan zu betreiben und dem Völkermord an den muslimischen Brüdern und Angehörigen nicht tatenlos zusehen. Während die Türkei versuchte, ihre NATO-Verbündeten zu einer militärischen Intervention zu überreden,

<sup>220</sup> Cumhuriyet, 8.01.1992 ; D. Schleger, a.a.O., S. 258

<sup>221</sup> Vgl. H. Kramer in Trummer (Hrsg.), a.a.O., 1997, S. 111 und D. Schleger, „Die Rolle der Türkei während der Konflikte in Ex-Jugoslawien“. In: Zeitschrift für Türkeistudien. 2/99, S. 260

<sup>222</sup> Sami Kohen „Dis Politikanin Balkan Boyutu“, (Die Balkandimension der Außenpolitik). Milliyet, 19.10.1992

<sup>223</sup> Cumhuriyet, 14.11.1992

erklärte Özal den Massen auf dem Taksim-Platz in Istanbul, die für zur Unterstützung Bosniens versammelt waren, daß Bosnien-Herzegowina das Andalusien der Türkei wäre und sie es nicht zulassen werde, daß das Schicksal Bosnien –Herzegowinas wie das Andalusiens endet. Solche Äußerungen stellen die Frage nach der neuen Außenpolitik der Türkei, nämlich ob die „die aktuelle türkische Balkanpolitik gerade angesichts der Konflikte im früheren Jugoslawien in Kontinuität zur traditionellen kemalistischen Außenpolitik“ stehe oder ob sich sie sich mehr an historischen Versatzstücken und Gefühlen religiöser Solidarität orientiere.<sup>224</sup> Im großen und ganzen war aber die Balkanpolitik der Türkei von Zurückhaltung geprägt, und sie hat sich darum bemüht, ihre Jugoslawienpolitik mit der Politik ihrer Verbündeten in Einklang zu bringen.<sup>225</sup>

Trotz der Rhetorik Özals versuchte die Türkei auf der Grundlage „gutmachbarschaftlicher Zusammenarbeit“ und „kollektiver Stabilität der Balkanhalbinsel“ eine neue Politik gegenüber den Balkanstaaten zu entwickeln.<sup>226</sup> Bei ihrer neuen Balkanpolitik versuchte die Türkei, von Gefühlsausbrüchen und von vom Gefühl geleiteten Entscheidungen und Spannungen erzeugendem Verhalten fernzubleiben. In den Balkanstaaten lebt türkischstämmige und muslimische Bevölkerung. Die inoffiziellen Zahlen der Bevölkerung türkischer Herkunft belaufen sich zwischen 1,6 bis 2,6 Millionen. Dazu kommen Muslime in Bosnien (etwa 43 % der Bevölkerung) und Muslime in Albanien. Alle diese Menschen haben in der Türkei Verwandte oder Bekannte. Die politischen Ereignisse auf den Balkan haben daher nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik der Türkei. Die Konflikte zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien, Mazedonien und Griechenland sowie Albanien und Serbien betreffen die türkische Balkanpolitik unmittelbar.

Die Sicherheitspolitik in den Balkanstaaten erfordert die Regelung der türkisch-bulgarischen vor allem aber der türkisch-griechischen Konflikte. Gegenüber der Angst Griechenlands vor einem „islamischen Bogen“ auf dem Balkan steht die türkische Angst vor einem „christlich-orthodoxem Bogen“ vom Balkan bis Zentralasien. Daß diese Befürchtungen politisch und wirtschaftlich nicht haltbar sind, zeigen das Zustandekommen der SMWR und auch die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien. Seit der Entmachtung Jivkows in Bulgarien gestalteten sich die bulgarisch-türkischen Beziehungen in allen Bereichen. Zu Rumänien pflegte die Türkei während des Kalten Krieges gute Beziehungen. Nach der Wende zeichnete sich eine gute Zusammenarbeit besonders im wirtschaftlichen Bereich zwischen der Türkei und Rumänien ab. Eine weitere sicherheitspolitische Dimension, die sowohl die innere Sicherheit und als auch die äußere Sicherheit der Türkei betrifft, ist die Gewährleistung der Daseinsberechtigung der türkischen sowie muslimischen Minderheiten und Nationen auf dem Balkan.

„Auf der Balkanhalbinsel entsteht neben der Chance einer neuen Zusammenarbeit über das alte und kraftlos gebliebene Grundmuster der Balkanpakete seit den dreißiger Jahren hinweg die Herausforderung an die Türkei, als Partner der kleinen, ehemals vom Osmanischem Reich beherrschten christlichen Völker zur allgemeinen Befriedigung,

<sup>224</sup> Vgl. D. Schleger, „Die Rolle der Türkei während der Konflikte in Ex-Jugoslawien“. In: Zeitschrift für Türkeistudien. 12/1999, S. 257

<sup>225</sup> H. Kramer, „Die Türkei zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten.“ In: Südosteuropa Mitteilungen. 2/92, S. 137 Die Türkei war, zusammen mit den USA und Griechenland, zuerst dazu geneigt, die Einheit der jugoslawischen Föderation zu wahren. Erst unter dem Druck der Ereignisse hat sie die neuen Staaten auf dem Balkan anerkannt.

<sup>226</sup> „Türkiye'nin Balkan Politikası“ (Balkanpolitik der Türkei). Cumhuriyet, 8.1.1992

zur Beruhigung und zur internationalen Ordnung beizutragen. Ähnlich wie im Kaukasus müßte diese unter Ausschluß militärischer Mittel erfolgen und dürfte nicht mit einer akzentuiert muslimischen auswärtigen Kulturpolitik oder Agitation verbunden sein. Der laizistische Charakter der modernen Türkei und die Prinzipien des Kemalismus insgesamt könnten dabei eine Hilfe sein, wenn die innere kulturellen und politische Entwicklung der türkischen Gesellschaft selbst weiter in diesen Bahnen und mit der Orientierung nach Westen, auf Europa hin, verläuft“.<sup>227</sup>

Im Januar 1993 unternahm der türkische Staatspräsident Özal eine offizielle Reise durch die Balkanstaaten Bulgarien, Mazedonien, Albanien und Kroatien. Die Türkei hat in den Hauptstädten der Balkanstaaten ihre Balkanpolitik in zwei Punkten zusammengefaßt, die verdeutlichen, daß die aktive Balkanpolitik der Türkei den oben zitierten Forderungen entspricht, die Lothar Rühl als einen Beitrag zur Befriedigung der internationalen Ordnung bezeichnet:

- Die Türkei ist daran interessiert, daß Stabilität, Frieden und Sicherheit in der Region wieder hergestellt werden. Dafür sollten die Balkanstaaten zusammenarbeiten. Eine Beendigung und Verhinderung der Ausweitung des Krieges und eine Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Bosnien-Herzogowina bedarf der kooperativen Zusammenarbeit der Balkanstaaten.
- Die Türkei ist an der Gründung einer umfassenden wirtschaftlichen Organisation zwischen den Balkanstaaten interessiert. Konkret wollte die Türkei mit einer Autobahn Europa über den Balkan und die Türkei mit Zentralasien verbinden. Darüber hinaus sollte auch ein Kommunikationssystem in dieser Weise Zentralasien mit Europa verbinden.<sup>228</sup>

Während des Bosnien-Krieges unterstützte Ankara bei gleichzeitiger Kritik an Serbien und am Westen die Bemühungen der UNO und KSZE um eine Beendigung des Krieges auf dem Balkan. Die Türkei versuchte ihre NATO-Partner dazu bewegen, militärisch gegen Serbien zu intervenieren, um den Krieg in Bosnien zu beenden. Dabei war die Türkei entschlossen, gegebenenfalls auch Bodentruppen zu schicken.<sup>229</sup> Die türkische Außenpolitik hinsichtlich der Entwicklungen auf dem Balkan ließ den Schluß zu, „daß es der türkischen Balkanpolitik, wie in der Vergangenheit auch schon, darum geht (...), daß die Balkanregion ‚historisches‘ türkisches Interessengebiet darstelle und eine Neuordnung dieser Region ohne türkische Mitwirkung nicht vorstellbar ist.“<sup>230</sup>

### 5.7.2. Sicherheitspolitische Perspektiven der Türkei im Nahen Osten

<sup>227</sup> L. Rühl, a.a.O., 1992, S. 298

<sup>228</sup> Altan Öymen, „Unsere Balkanpolitik“, Cumhuriyet, 22.02.1993

<sup>229</sup> Yasemin Çongar, „Die Türkei drängt für Bosnien-Herzogowina“, Cumhuriyet, 8.5.1992

Özal hat die Regierung Demirels aufgefordert, sie solle mit Bulgarien und Albanien ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit abschließen, damit die Türkei über bulgarisches und albanisches Territorium ihre Truppen nach Bosnien schicken könne. Dieses Unternehmen dürfte sehr schwierig sein. Vor der Unterzeichnung des Istanbuler Protokolls der Schwarzmeerwirtschaftsregion 1992 drängte Bulgarien darauf, ein Abkommen mit der Türkei abzuschließen, wonach keiner der Balkanstaaten nach Bosnien militärische Einheiten schicken sollte. Dem bulgarischen Ministerpräsidenten Ganew wurde von der türkischen Seite der Vorschlag eingeredet, dies bei der KSZE-Versammlung zur Sprache zu bringen. Bei der KSZE-Versammlung in Helsinki verhinderte dann die türkische Seite, daß dieses Thema zur Sprache gebracht wurde, denn die Türkei wollte sich die Option – nach Bosnien Truppen zu entsenden – offen halten. Ertugrul Özkök, „Özal’ın Bosna Planı“ (Özals Bosnienplan), Hürriyet, 26.8.1992

<sup>230</sup> H. Kramer, a.a.O., 1992, S. 138

Die Region Naher und Mittlerer Osten war Schauplatz der Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen und eine der wichtigsten strategischen Schlüsselregionen der Interessenkonstellationen der internationalen Ordnung des Kalten Krieges. Diesen strategischen Stellenwert hat der Nahe und Mittlere Osten in der internationalen Ordnung nach der Wende keineswegs eingebüßt. Im Gegenteil wurde ihr strategischer Stellenwert als geographische Verbindungsstraße zur Erschließung der Boden-Ressourcen Mittelasiens für den Westen sogar wichtiger. Darüber hinaus befindet sich diese Region seit dem Zweiten Weltkrieg in einem Zustand der „strukturellen Friedlosigkeit“.<sup>231</sup> Die Kuwait-Krise blieb eines der Glieder einer Kette der „strukturellen Friedlosigkeit“ in der Region - auch nach Beendigung des Kalten Krieges.

Während des Kalten Krieges ging die sicherheitspolitische Strategie der Türkei davon aus, daß die größte Bedrohung aus dem Norden bzw. der Sowjetunion kommt. Nach der Kuwait-Krise nahm die Besorgnis der Türkei um ihre nationale Sicherheit augenscheinlich zu. Die vermehrten terroristischen Aktivitäten der PKK und deren verdeckte oder offene Unterstützung durch die Nachbarn der Türkei veranlaßte sie dazu, in ihrer Sicherheitspolitik die Einheit des Staates und die Bewahrung des Regimes in den Vordergrund zu stellen. Die sicherheitspolitische Politik der Türkei gegenüber dem Nahen Osten wurde nun von der regionalen Konfliktkonjunktur jenseits ihrer Grenze geprägt, die als Folge der Kuwait-Krise entstanden war. Diese Bedrohungsanalyse hatte große Auswirkungen auf die neue sicherheitspolitische Strategie der Türkei.

Wegen ihrer geographischen Lage ist die Türkei im Hinblick auf die strategischen Interessen des Westens im Nahen Osten von großer Bedeutung. Die Annahme, daß sich die schon mehrfach erwähnte strategische Bedeutung der Türkei bezüglich des Nahen Ostens nach dem Kalten Krieg verringert hätte, wurde durch den Golfkrieg widerlegt. Die Rolle der Türkei als eine Sicherheitsabschirmung gegenüber dem Mittleren Osten wurde 1990/91 von den USA im Golfkonflikt durch Luftstreitkräfte wahrgenommen, die unter anderem von türkischen Stützpunkten aus operierten. Auch die Hilfe für die im Irak verfolgten Kurden wurde von der Türkei aus in Gang gesetzt.

Mit den Nahost-Staaten hatte die Türkei aus zwei Gründen Probleme, zu diesen Staaten normale Beziehungen zu entwickeln. Zum einen stand die Region des Nahen Ostens unter der osmanischen Herrschaft. Die neuen gegründeten Nationalstaaten waren gegenüber der Republik Türkei - als Erbin des osmanischen Reiches - mit Vorurteilen beladen, so daß die Beziehungen unter dem Schatten von Herrscher und Beherrschten gestalten werden mußten. Außerdem prägte das Verhältnis der Türkei zum Nahen Osten ihre Rolle innerhalb des westlichen Bündnissystems während des Kalten Krieges als „verlängerte Arm“ des Westens.

Nach dem Golfkrieg wurde die Türkei sicherheitspolitisch wegen der Kurdenproblematik jenseits ihrer Grenze unmittelbar in den Konflikt verwickelt. Die Nah-Ost-Konflikte wegen des Erdöls, die Zwistigkeiten zwischen Israel und Palästina sowie die Lage im Irak und damit verbunden das Kurdenproblem nehmen in der internationalen Politik eine Sonderstellung ein. Die Schaffung eines Friedens zwischen Israel und Palästina und damit die Daseinsgarantie des Staates Israel würde den lang ersehnten Frieden und die Sicherheit in dieser Region sichern. Aber auf der anderen Seite steht die Lösung des Irak-, Kurden- und Wasserkonflikts im Nahen Osten noch bevor, was im 21. Jahrhundert noch den Nahost-Konflikt beträchtlich beeinflussen wird.

---

<sup>231</sup> Helmut Hubel, „Die Ursachen der ‚strukturellen Friedlosigkeit‘ im Nahen und Mittleren Osten“. In: Erich Reiter (Hrsg.) „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Mittler, Bonn, 1999, S. 550-561

Trotz der regionalen Bindungen im Rahmen der regionalen Organisationen besteht für die Türkei sicherheitspolitische Gefahr. Die traditionellen potentiellen Konfliktherde zwischen der Türkei und ihren Nachbarn existieren nach wie vor: Die Verteilung des Wassers von Euphrat und Tigris, Gebietsansprüche seitens Syriens und Unterstützung der PKK<sup>232</sup>, der ideologische Gegensatz zum Iran sowie regionale Konflikte um die Kurdenfrage, die für die Türkei sicherheitspolitisch ungeklärte und labile Lage im Nordirak und letztlich die noch nicht überwundenen Folgen der osmanischen Herrschaftszeit überschatten die Beziehungen der Türkei zu den Nahoststaaten. Die Komplexität und Verflechtung der Konflikte erschweren es der Türkei, gegenüber der Region konstante, zielgerichtete und weitsichtige Strategien zu entwickeln. Hinzu kommt die Intensivierung der Beziehungen zwischen Israel und der Türkei vor allem in Sicherheitsfragen, die von arabischen Staaten und besonders von Syrien mit Besorgnis verfolgt wird, da sich Syrien von beiden Seiten in verstärktem Maße bedroht fühlt.<sup>233</sup> Die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel, die seit 1996 in eine Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mündete, steht mit der neuen sicherheitspolitischen Ordnung im Nahen und Mittleren Osten in Verbindung, deren Grundlagen während der Kuwait-Krise konzipiert worden waren. Für die Türkei stellt dies ein Sicherheitsproblem dar, wenn Israel und Syrien im Rahmen des arabisch-israelischen Konflikts „Land gegen Frieden“ ein Friedensabkommen unterzeichnen. Syrien konnte seine gesamte Aufmerksamkeit auf die Türkei lenken. Ein Frieden zwischen Israel und Syrien konnte dazu beitragen, in der Wasserfrage gegen die Türkei gemeinsam vorzugehen.<sup>234</sup>

Die Wasserfrage nimmt als eine lebenswichtige Ressource der Staaten des Nahen Ostens für die Türkei in sicherheitspolitischer und strategischer Hinsicht in ihrer Außenpolitik einen wichtigen Platz ein. Im Konflikt zwischen Israel und Palästina lautet die Losung: „Land gegen Frieden“. So könnten die Beziehungen der Türkei mit den Staaten des Nahen Ostens u. a. von dem Grundsatz „Wasser gegen Frieden“ oder aber „Wasser gegen Öl“ geprägt sein. „Solange also das Denken in Machtbalancen und Nullsummensituationen die Wahrnehmung der Staaten hinsichtlich der regionalen Kräfteentwicklung im Nahen und Mittleren Osten bestimmt, muß die Türkei, nolens volens, darauf achten, machtpolitisch, ‚mithalten‘ zu können.“<sup>235</sup>

Özal wollte mit seiner eindeutig proamerikanischen Außenpolitik eine Schlüsselrolle für die Türkei in der regionalen Mächtekonstellationen erreichen. Die Erwartungen der Türkei, die während des Kuwaitkrieges als Ziele erklärt wurden, sind nicht erfüllt worden. Das

---

<sup>232</sup> Durch die Überführung Öcalans (1999) in die Türkei und durch innere Machtkämpfe scheint die PKK soweit geschwächt zu sein, daß sie für die Türkei nicht mehr als Sicherheit gefährdendes Potentials angesehen wird.

<sup>233</sup> Siehe: Gülistan Gürbey, „Die türkisch-syrische Krise“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 4/1998, S. 349-359. Die Türkei und Israel haben ihre Beziehungen nach der Kuwait-Krise ständig aufgebaut. Diese Beziehungen wurden mit verschiedenen Abkommen über Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung gefestigt, zum Beispiel durch das Abkommen über die Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie im Februar 1996. Israel hat durch ein Abkommen im Dezember 1996 die Modernisierung der 54 F-4 Kampfflugzeuge gegen einen Betrag in Höhe von 650 Mio. US-\$ übernommen. Meliha B. Altunisik in Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 331

<sup>234</sup> Bei den Friedensgesprächen zwischen Israel und Syrien wurde auch die Wasserfrage in Verbindung mit Tigris und Euphrat erwähnt. Die Wasserfrage in dieser Form zum Gegenstand der Verhandlungen zwischen Israel und Syrien zu machen, hat die Türkei gestört. M. B. Altunisik in Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 321-344

<sup>235</sup> H. Kramer, a.a.O., 1992, S. 131

Embargo gegen den Irak hatte erhebliche negative Auswirkung auf die türkische Wirtschaft.<sup>236</sup> In der Türkei gewannen jene Kräfte an politischem Boden, die auf die Kuwaitpolitik Özals eher zurückhaltend reagierten. Nach Özals Tod zog sich die türkische Außenpolitik - dem Anschein nach - auf ihre traditionelle Linie zurück. Aber geostrategische Entwicklungen nach der großen Wende in der Region haben die Rahmenbedingungen für türkischen Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend verändert. Die Türkei kann sich den regionalen Implikationen der Kurdenfrage nicht entziehen, da hier die immensen inneren und äußeren sicherheitspolitischen Interessen und zuletzt Einheit der Türkei berührt werden. Sie wird ihre regionale Vormachtstellung nicht aufgeben und gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken, diese unter Beweis zu stellen.<sup>237</sup>

### 5.7.3. Die neue strategische Hoffnung: Transkaukasus und Mittelasien

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit dem Rücktritt Gorbatschows Ende Dezember 1991 trat in der Weltpolitik ein neuer politischer und kultureller Großraum zwischen dem Bosphorus im Westen und dem Hindukusch im Osten auf. Diese Region wurde während des Kalten Krieges als „weicher Unterleib“ der Sowjetmacht bezeichnet. Dieser Raum (vom Transkaukasus bis Zentralasien) bildete während des Kalten Krieges ein geschichtliches, kulturelles und sprachliches Vor- und Hinterland des „nördlichen Gürtels“ (gemeint waren damit Türkei, der Iran und Pakistan), das eine Fortsetzung des westlichen Verteidigungssystem gegen den „weichen Unterleib“ der Sowjetunion darstellte.

In den Westteilen des großen Turkistans (Turan) haben die Sowjetrepubliken nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Unabhängigkeit erklärt und sind souveräne Staaten geworden. Dies sind die ehemaligen Sowjetrepubliken Aserbaidschan und Kasachstan sowie die als Sowjetmittelasien bezeichneten Republiken Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien und Tadschikistan.

War eine der bedeutsamen Folgen des Niedergangs der Sowjetunion die Vereinigung Deutschlands, so war die geopolitische Neuordnung des Raumes von der Türkei bis an die Grenzen Chinas eine weitere bedeutende Folge des Zerfalls. „Die Unversehrbarkeit der künftigen Entwicklung und des Kräfteverhältnisses in dieser Region ist größer als überall sonst in der früheren UdSSR. Nirgends sonst wird die Lage durch die Wirkung so vieler unterschiedlicher Faktoren bestimmt. Und nirgendwo wetteifern so viele Mächte um Vormacht und Einfluß.“<sup>238</sup>

---

<sup>236</sup> Die wirtschaftlichen Verluste der Türkei, die durch das Embargo entstanden sind, erreichte bis 1996 30 Mill. US-\$, M. B. Altunışık in Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 327

<sup>237</sup> Der Konflikt der Türkei mit Syrien über die Unterstützung der PKK wurde in bis dahin nicht bekanntem Ton kritisiert, und die Türkei drohte mit dem Krieg, wenn PKK-Führer A. Öcalan Syrien nicht verlassen sollte.- Aus welchen Gründen auch immer hat Syrien nachgegeben. Dies ist eine wichtige Wende in der Sicherheitspolitik der Türkei. Sie schien damit gleichzeitig ihre Vormachtstellung in der Region unter Beweis gestellt zu haben.

<sup>238</sup> O. Alexandrova, „Geostrategische Neuordnung in der früheren UdSSR“. In: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 4/92, S. 330

Die Unabhängigkeit der Turkstaaten vom Transkaukasus bis nach Mittelasien hat zur Bildung einer kulturellen und politischen Neuordnung geführt, aber gleichzeitig einen weiteren Konfliktort in der internationalen Ordnung geebnet, in dem nationale, regionale und globale Rivalität um Einflußnahme voll im Gange sind. Mit diesem neuen strategisch wichtigen Raum gewann die internationale Politik ein neues Konfliktfeld. Auf diesem „Feld“ wird durch die Konzentration der regionalen und internationalen Interessenkonstellationen die Schlacht um strategische Vormachtstellung der mittleren und globalen Mächte des 21. Jahrhundert ausgetragen werden.

Mit seinen 28 Mio. Bewohnern mit 60 verschiedenen ethnischen Völkern bildet der Kaukasus das größte Krisengebiet der ehemaligen Sowjetunion - mit unzähligen Konfliktursachen wie territorialen Ansprüchen, kulturellen Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen von Rußland und separatistischen Bestrebungen innerhalb der neuen unabhängig gewordenen Staaten. Hinzu kommt der geostrategische Faktor durch die Route der Erdölpipeline vom Kaspischen Meer zum russischen Hafen Novorossik. Nach Angaben russischer Wissenschaftler gab es allein im Jahr 1991 27 Nationalitätenkonflikte im Kaukasusgebiet.<sup>239</sup>

Die Region Kaukasus gewann wegen wichtiger geopolitischer Faktoren an Bedeutung. Diese sind:

- Die Kaukasus-Region ist Eingangstür zu Mittelasien (Azerbaidchan)
- Sie ist für die mittelasiatischen Staaten ein Durchgang, der sich unmittelbar dem europäischen Markt öffnet.
- Sie hat enorme Erdöl- und Gasreserven.

Das Gebiet ist wegen der Route der Erdölpipeline von Zentralasien zum Kaspischen Meer eine unverzichtbare Straße für die Erschließung der Erdölreserven zum Westen. Die politische Stabilisierung oder ihre labile politische Lage hat eine wichtige Auswirkung auf die Entscheidung der Pipeline-Route. Der Staat Azerbaidchan ist geopolitische Schnittstelle der russischen, iranischen und türkischen Rivalitäten, die hier am heftigsten aufeinanderprallen. An weiterer Bedeutung gewann Azerbaidchan wegen seiner strategischen Eigenschaft „als ein geopolitischer Spieler“ in der Lage zu sein, als „Deckel der Flasche“, die sich in Richtung Mittelasien erstreckt, zu fungieren, wie es Brzezinski bildlich ausdrückt.

Der andere neue Nachbar der Türkei, Georgien, war von Anfang an bestrebt, zur Türkei gute Beziehungen aufzunehmen. Mit Georgien hat es auch keine Sicherheitsprobleme gegeben, die die Türkei gefährden konnten. Wegen des Konflikts um Berg-Karabach entwickeln sich die Beziehungen der Türkei zu Armenien nur langsam. Die Türkei ist die einzige Verbindung zum Westen. Daher ist Armenien interessiert daran, seine Beziehungen zur Türkei zu verbessern.

Die Geburt der Turkstaaten in Zentralasien ist keinesfalls reibungslos gelaufen. Der Weg in die Unabhängigkeit war von nationalen Auseinandersetzungen begleitet. Zum einen richteten sie sich vor allem gegen die Vorherrschaft der Russen und gegen die zentrale Macht in Moskau. Auf der anderen Seite hat es bewaffnete Zusammenstöße zwischen verschiedenen Völkern, zwischen Armenien und Azerbaidchan, zwischen Kirgisien und Usbekistan usw. gegeben.

---

<sup>239</sup> Rexane Dehdashti, „Der kaukasische Teufelskreis: Internationale Konfliktvermittlung in einer unruhigen Region“. In: B. Schoch/F. Solms/R. Mutz (Hrsg.) „Friedensgutachten 1996“, Lit Verlag, Münster 1996, S. 154

Durch die Entstehung neuer unabhängiger Staaten im Kaukasus und Mittelasien veränderte sich die geostrategische Lage in der Region und das internationale Gleichgewicht von Grund auf. Um das entstandene Machtvakuum im Transkaukasus und Zentralasien zu füllen, begann ein Wettkampf der politischen und wirtschaftlichen Systeme auf nationaler, regionaler und globaler Ebene um Einflußnahme in wirtschaftlich und strategisch wichtigen Regionen. Globale und regionale Staaten sahen ihre Zukunft in der strategischen Vormachtstellung und Teilhabung an den Energieressourcen Zentralasiens. Zwei regionale Staaten, die aufgrund ihrer kulturellen Gemeinsamkeiten und geographischer Nähe im ersten Augenblick die Aufmerksamkeit der zentralasiatischen Turkstaaten auf sich ziehen konnten, repräsentierten zwei gegensätzliche Systeme. Internationale Beobachter gingen davon aus, daß das politische und geistige Vakuum im Transkaukasus und in Zentralasien von diesen zwei Systeme gefüllt werden würde: Die neuen Staaten würden entweder dem iranische Modell oder dem türkischen Beispiel folgen, wie der französische Außenminister Roland Dumas meinte. Wenn die Türkei aufgrund ihrer Geographie nicht das entscheidende Land in der Region sei, dann würde es der Iran sein.<sup>240</sup>

### 5.7.3.a. Die Türkei als Entwicklungsmodell

Die Unabhängigkeit der Turkvölker in Mittelasien war eine historische Entwicklung, die vom Kaukasus bis Mittelasien die geostrategische Lage in der Region und die internationalen Gleichgewichte von Grund auf veränderte. Die Türkei wurde in der ersten Phase in den Mittelpunkt dieser Veränderungen gerückt. Ihre ethnische und sprachliche Verwandtschaft sowie kulturelle und geschichtliche Gemeinsamkeit schien für die internationale Politik ein ausreichender Anlaß dafür zu sein, in erster Linie über und mit der Türkei die Staaten in Mittelasien aus der Nähe zu betrachten.

Noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion besuchte Özal vom 11. bis zum 16. März 1991 Moskau, seit 1969 war er der erste Staatspräsident der Türkei, der einen Staatspräsidenten (in diesem Fall Gorbatschow) getroffen hat. Sie unterzeichneten einen Freundschaftsvertrag und ein neues Handelsabkommen. Auf dem Programm Özals stand auch eine Reise nach Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans, und Baku, der Hauptstadt von Azerbaidchan, wo die Grundlagen für die türkischen Beziehungen zu den neuen unabhängigen Staaten gelegt worden sind.<sup>241</sup>

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung neuer zentralasiatischen Staaten war in der türkischen Außenpolitik eine neue Dimension hinzugekommen, die für sie ebenso überraschend war wie der Zusammenbruch der Sowjetunion. Die nationale Verwandtschaft und die kulturellen und religiösen Gemeinsamkeiten ermutigten die türkischen Politiker dazu, in den Anfangsjahren euphorisch in Richtung Zentralasien zu blicken und an einen großen Einflußraum von der Adria bis nach China zu denken. Özal sagte im Hinblick auf die künftige Chance der Türkei und der Türken in Mittelasien voraus: „Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Türken sein.“

<sup>240</sup> Bess Brown/Elizabeth Fuller, „Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion“. Konrad – Adenauer Stiftung, St. Augustin, 1994, S. 13

<sup>241</sup> Wolfgang Günter Lerch, „An guten Beziehungen interessiert“. FAZ, 13.3.1991 und 12.3.1991

In der Tat gab es erste Anzeichen dafür, daß bis dahin nicht vorstellbare, neue strategische, ökonomische, kulturelle und politische Einflußmöglichkeiten für die Türkei bestanden. Diese Möglichkeit wurden von türkischen Politikern, namentlich Özal, als eine Chance bezeichnet, die in drei- bis vierhundert Jahren nur einmal vorkommt, und es wurden entsprechende Strategien einer engen Zusammenarbeit in die Wege geleitet. Diese Politik wurde auch von den neuen Machthabern der noch jungen Republiken in Zentralasien durch ihre Äußerungen hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der Türkei unterstützt. Ihre erste Auslandsreise ging in die Türkei, und sie betonten dort, daß die Türkei für sie ein Modell darstelle, wobei sich allerdings die Frage stellt, welche Türkei denn als Modell gelten sollte. Die Türkei mit ihrer Staatsideologie, die vehement eine gesellschaftliche Politik verfolgte, die die türkische Gesellschaft von ihrer Geschichte, Kultur und Religion zu trennen versuchte? Oder das Modell der Türkei, das auf der Grundlage des Neo-Osmanismuskonzepts von Turgut Özal basiert? Für Özal konnte sich ohne Zweifel eine neue Außenpolitik der Türkei in ihrem Umfeld – Zentralasien eingeschlossen - auf der Grundlage des Neo-Osmanismuskonzept verwirklichen lassen, wenn er sagte: „ Wenn wir uns heute den Raum vom Balkan bis Zentralasien und den das Zielgebiet unserer Außenpolitik bildenden geopolitischen Raum ansehen, stellen wir fest, daß in diesen Regionen türkische Volksgruppen leben. Somit fällt dieser Raum in den kulturellen Rahmen, den wir als „türkische Welt“ bezeichnen. Aber es gibt auch viele Volksgruppen, die nicht türkischer Herkunft sind, aber über Jahrhunderte als Muslime und Nichtmuslime und osmanische Staatsangehörige lebten. (...) Im Grunde genommen bilden diese Gebiete, in denen Volksgruppen und Nationen leben, mit denen wir geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeiten haben, unseren natürlichen Einflußbereich.“<sup>242</sup>

Damit war natürlich das Problem nicht aus der Welt geschafft. Abgesehen von unzureichenden wirtschaftlichen und politischen Instrumentarien der Türkei, mit denen die Probleme der neuen Staaten aufgefangen werden könnten, waren die neuen Machthaber in den Turkstaaten Zentralasiens die alten Eliten, das heißt, die frühere kommunistische Nomankulatura, deren Aufrichtigkeit bei der Einführung einer demokratischen Gesellschaftsordnung und der Liberalisierung der Wirtschaft fraglich war. Ihre Vorstellung entsprach eher den Zuständen zur Zeit Atatürks (zum Beispiel ein autoritärer Führungsstil und Präsidentschaft auf Lebenszeit) als einer Türkei nach den Vorstellungen Özals (und den Bemühungen, den europäischen Standard einer wirtschaftlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung zu erreichen).<sup>243</sup> Trotz allem glaubte man, „was Deutschland für Europa ist“ kann „die Türkei für Zentralasien“<sup>244</sup> sein.

Zunächst ist aber festzustellen, daß der Islam als kulturelle Grundlage der Völker im Transkaukasus und Mittelasien eine entscheidende Rolle spielt. Denn es geht auch für

---

<sup>242</sup> Özal: „Türkiye'nin Önünde Hacet Kapilari Açılmıstır“, a.a.O., 19/1992, S. 14

<sup>243</sup> Der damalige türkische Botschafter in Moskau, Volkan Vural, erklärte in einem Interview, warum die zentralasiatischen Staaten die Türkei als Modell ansahen. Nach seiner Ansicht waren die Gründe der Wahl der Türkei: 1. Die Bevölkerung in Zentralasien lebte während der sowjetischen Herrschaft gemäß dem Atheismus. Atheistische Gesellschaften haben eine abwertende Haltung gegenüber der Religion. Unter dieser Voraussetzungen kann man von der Akzeptanz eines islamischen Modells nicht sprechen. 2. Die Gesellschaften verspüren einen Wunsch nach Verwestlichung. Sie wollen wie die westlichen Menschen leben. Diesem Wunsch kann der Islam nicht angemessen entsprechen. 3. Darüber hinaus stellen Faktoren wie wirtschaftliche Entwicklung, Laizismus und Demokratie der Türkei (als islamisches Land) wichtige Anziehungspunkte dar. Die mittelasiatischen Staaten sahen, so Vural, die Türkei als ein Vermittler - in allen Bereichen - zwischen Europa und Zentralasien an. *Cumhuriyet*, 5.01.1992

<sup>244</sup> R. Freitag-Wirminghaus, „Der Einfluß Irans und der Türkei in Zentralasien“. In: *Nahost Jahrbuch*, 1992, Deutsches Orient-Institut, Opladen, 1993, S. 202

diese neuen Staaten um die Suche bzw. das Wiedererwachen einer kulturellen und politischen Identität. Auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Identität gilt der Islam in den Augen der muslimischen Bevölkerung als wichtigste Grundlage des gesellschaftlichen Lebens. Eine Meinungsumfrage läßt es verdeutlichen, daß die Menschen sich, trotz einer 70-jährigen atheistischen Gesellschaftsordnung immer noch mit dem Islam identifizieren, wobei in Azerbaidchan das „Türkentum“ als Identifikationspunkt an erster Stelle kommt. Die Bedeutung der Türkei als Entwicklungsmodell ist hier deutlich erkennbar. Wenn dieses „Identitätsvakuum“ von der islamischen Auslegung erfüllt werden sollte, wovon der Iran bzw. der politische Islam ausgeht, wäre dies für den Westen das letzte, was passieren könnte. Es handelt sich also um die Durchsetzung eines Entwicklungsmodells in Zentralasien, das nicht mit den westlichen Wertvorstellungen und den damit verbundenen westlichen strategischen Interessen im Widerspruch steht. Demnach war mit dem „türkischen Weg“ gemeint, daß „in diesen Staaten eine laizistische Gesellschaftsordnung, eine pluralistische, demokratische Staatsordnung und eine in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge eingegliederte Marktwirtschaft entstehen soll.“<sup>245</sup>

Tabelle: 11. Eine Meinungsumfrage in Zentralasien:<sup>246</sup>

Identifikation	Kasachstan	Kirgisien	Usbekistan	Azerbaidchan
Türkentum	2.3%	1.4 %	1,7 %	33%
Islam	29 %	48 %	66%	24%

Das Bekenntnis der Staatsführungen in den neuen Staaten zum türkischen Modell hat - in den autoritär regierten Ländern - weniger mit dem Demokratisierungsprozeß zu tun als vielmehr mit dem unnachgiebigen Festhalten am Laizismusprinzip und mit der Hoffnung über die Türkei Kapitalhilfe aus dem Westen zu erhalten.<sup>247</sup> W. Gumpel bescheinigt auch, daß sie mit dem Instrumentarium einer zunächst „autoritären Demokratie“ - wie sie in der Türkei immer noch praktiziert wird - die Unterentwicklung überwinden können. Denn es sei bewiesen worden, daß bei der Schaffung einer freien, marktwirtschaftlichen Ordnung „Zwang nicht von vornherein von der Hand zu weisen ist.“<sup>248</sup> Der usbekische Präsident Islam Karimow handelt genau nach diesem Leitsatz, wonach politische Öffnung erst auf der Basis einer gesunden Wirtschaft erfolgen könne.<sup>249</sup> Dieser Leitsatz wird auch von den anderen zentralasiatischen Staaten nachgeahmt. Er entspricht auch der Laufbahn der Türkei, die ihn seit ihrer Gründung verfolgte. Der Kemalismus hätte daher, so Gumpel, in dieser Region mehr Chancen als ein islamischer Fundamentalismus. Das türkische Modell

<sup>245</sup> F. Şen, „Auf der Suche nach einem Entwicklungsmodell für Mittelasien“. Arbeitspapier vom Zentrum für

Türkeistudien, ZfT, aktuell Nr. 9, Oktober 1992, S. 2

<sup>246</sup> R. Freitag-Wirminghaus, „Die Politik der Türkei in Zentralasien und Azerbaidchan“. In: W. Gumpel (Hrsg.), „Deutschland und die Türkei- Gemeinsame Interessen in Europa, in Mittleren Osten und in Mittelasien“. Deutsch-türkische Konferenz der Südosteuropa- Gesellschaft und des Instituts für Außenpolitik (Ankara) am 8- 9 Juni 1995 in München. Südosteuropa Gesellschaft, München, 1996, S. 87

<sup>247</sup> R. Freitag-Wirminghaus, „Der Einfluß Irans und der Türkei in Zentralasien“. In: Nahost- Jahrbuch 1992. Deutsches Orient-Institut, Leske und Budrich, Opladen, 1993, S. 201

<sup>248</sup> Zit. n.: W. Gumpel, „Die wirtschaftliche und soziale in den Turkrepubliken Mittelasiens“. In: Zeitschrift für Türkeistudien, 1/92, S. 47

<sup>249</sup> „Zentralasien zwischen Geldsegen und Gottesstaat“. NZZ, 15./16.08.1993

würde den Übergang der zentralasiatischen Staaten in eine moderne Gesellschaft ermöglichen. Auch für die Staatschefs der zentralasiatischen Staaten gilt die Türkei in wirtschaftlicher sowie in politischer Hinsicht als Vorbild, um den Stand der westlichen Zivilisation zu erreichen.

„Dies ist nicht nur in den ethnischen und sprachlichen Verwandtschaften begründet. Vielmehr hat auch die Türkei vom Einparteienstaat (der allerdings nicht mit dem sowjetischen vergleichbar ist) mit etatistischem Wirtschaftssystem über verschiedene Zwischenstufen zur Demokratie und Marktwirtschaft gefunden, wobei auch heute noch ein relativ starker staatlicher Interventionismus erhalten geblieben ist. Es trägt den besonderen Gegebenheiten Zentralasiens und seiner Bevölkerung Rechnung. Mit diesem System ist es der Türkei gelungen, den Weg in die Moderne und nach Europa zu finden. Aus all diesen Gründen ist es erklärbar, daß das türkische Modell bei den zentralasiatischen Staaten eine besondere Anziehungskraft besitzt“.<sup>250</sup>

Wie aus einer Meinungsumfrage unter Studenten in Usbekistan im Jahr 1991 hervorgeht, wird der autoritäre Charakter politischer Herrschaft mit der Notwendigkeit starker politischer Führung in einer Phase schwieriger Staats- und Nationsbildung und wirtschaftlicher Transformation als gerechtfertigt angesehen und von der Bevölkerung akzeptiert. Auf die Frage, wie die gesellschaftliche Krise zu lösen sei, antworteten 40 % der Befragten „durch Stärkung der Präsidialgewalt, 20,6 % „durch die Stärkung der kommunistischen Partei, und 25,6 % durch eine islamische Republik“.<sup>251</sup> Auffallend dabei war, daß besonders die Staaten an dem Modell der Türkei Interesse bekundeten, in denen islamische Bewegungen als politische Kräfte eine Gefahr für das System darstellten wie in Usbekistan und Tadschikistan. Der ranghöchste muslimische Würdenträger aus Tadschikistan, Mufti Ali Akbar Turandschonsoda, bescheinigte, daß die Türkei das beste politische und religiöse Modell für sein Land und auch für andere türkischsprachige neue Staaten anbiete.<sup>252</sup> Auch das Oberhaupt der mittelasiatischen Religionsgemeinschaft der Muslime, der Usbeke Mufti Mudammed-Jusuf M. Sadik, plädierte für den türkischen Entwicklungsweg mit westlicher Macht, Wirtschaftsreformen und islamischer Religion bei Koexistenz beliebiger anderer Religionen.<sup>253</sup> Nach den Worten der damaligen türkischen Außenminister Hikmet Çetin neigten „die Republiken, zu denen wir traditionelle, historische, kulturelle und sprachliche Verbindungen haben, dazu, zur demokratischen, säkularen Türkei als Vorbild aufzusehen, dem sie bei ihrer Umwandlung in eine Demokratie und Marktwirtschaft folgen wollen“<sup>254</sup>. Der Türkei kommt bei dem Umwandlungsprozeß der Turkstaaten eine Sonderrolle zu. Diese zeichnet sich durch folgende Charakteristika aus:

- Zwischen der Türkei und Zentralasien bestehen ethnisch, sprachliche und religiöse Bindungen. Die Türkei steht als Übergangsstelle (außerhalb der ehemaligen Sowjetunion) Europa am nächsten.
- Das politische und wirtschaftliche System der Türkei erscheint für die Staaten Zentralasiens unter den gegebenen Voraussetzungen für ihre Bedürfnisse geeignet zu sein. „Der Türkei wird daher bei der Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen

<sup>250</sup> W. Gumpel, a.a.O., 1992, S. 45

<sup>251</sup> Uwe Halbach, „Weltpolitik und Eigenentwicklung in Zentralasien“. In: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 2/92, S. 384 ff.

<sup>252</sup> Brown/Fuller, a.a.O., 1994, S. 19

<sup>253</sup> W. Gumpel, a.a.O., 1992, S. 46

<sup>254</sup> Zitiert nach Brown/Fuller, a.a.O., 1994, S. 15

Verhältnisse in Zentralasien eine bedeutende Rolle zu kommen, die ihr weltpolitisches Gewicht erhöht“.<sup>255</sup>

Die Interessenbekundung der Türkei an den mittelasiatischen Turkstaaten genoß auch die Zustimmung und Sympathien des Westens und vor allem die Unterstützung der USA. Denn für die Fortsetzung bzw. Aufrechterhaltung der globalen Vormachtstellung der USA im 21. Jahrhundert ist es unverzichtbar, daß sie ihren Einfluß geopolitisch und strategisch auf diesen wichtigen Raum ausbreitet. Dies hat Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Großes Schachtbrett“ eindrucksvoll dargelegt. Die Türkei ist dabei eine strategisch und geopolitisch geeignete Vermittlerin, die die Werte und Weltanschauung des Westens nach Mittelasien transportieren kann und damit verbunden über die strategisch wichtigste Energiequelle Euroasiens verfügt. Dabei geht es darum, den Einfluß Irans und der islamischen Bewegungen in dieser Region einzudämmen, weshalb die türkische Außenpolitik in Zentralasien die Zustimmung und Sympathie der USA gewann.<sup>256</sup> In dieser Hinsicht stimmen die außenpolitischen Vorstellungen der Türkei und des Westens überein. Im Januar 1992 kritisierte Ministerpräsident Demirel in Washington den Iran öffentlich, man müsse den Iranern in Zentralasien die Stirn zeigen. Diese Entschlossenheit Demirels wurde von Washington mit Erleichterung aufgenommen. Zwischen der Türkei und den USA entstand eine im Hinblick auf Zentralasien eine „verschwiegene Partnerschaft“.<sup>257</sup> Für die westlichen Staaten ist nicht von vorrangiger Bedeutung, ob ein zentralasiatischer Staat mit diktatorischen Mitteln regiert wird. Für die westliche Mittelasienspolitik sind zwei Faktoren entscheidend: Erstens ist Euroasien strategisch zu wichtig, um Vormachtsansprüchen in der internationalen Politik Geltung zu verschaffen. Zweitens darf keine islamische Bewegung an die Macht kommen, die in der Lage ist, die westlichen Interessen zu durchkreuzen. Die Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten haben oft bewiesen, daß es für westliche Industriestaaten in erster Linie nicht darum geht, sich für die Schaffung eines demokratischen Systems politisch einzusetzen, sondern ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern. „Der oft geäußerte Einwand, daß in dieser Weltgegend politischer Pluralismus keine Tradition habe, ist ebenso richtig wie nicht stichhaltig. Denn damit läßt sich die Zementierung kolonialer Strukturen rechtfertigen, welche den Ländern Zentralasiens seit zaristischen Zeiten nur die Rolle billig produzierender Rohstofflieferanten überließ“.<sup>258</sup>

Der amerikanische Außenminister James Baker besuchte die neuen unabhängig gewordenen Staaten Kirgisien und Kasachstan einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung am 17. Dezember 1991, um für das türkische Modell bei den neuen Präsidenten Nazarbajew und Akayew<sup>259</sup> zu werben, sowie nach einem Jahr die anderen Turkstaaten. Er unterstrich bei jedem Aufenthalt, daß die Türkei als das beste Vorbild gelte, dem jeder Staat folgen solle. Um ihrem Wunsch Nachdruck zu verleihen,

---

<sup>255</sup> W. Gumpel, a.a.O., 1992, S. 47

<sup>256</sup> Milliyet, 7.10.1991

<sup>257</sup> Khalid Duran, „Rivalitäten in und um Zentralasien“. In: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen. 4/92, S.374

<sup>258</sup> „Zentralasien zwischen Geldsegen und Gottesstaat“. NZZ 15./16.08.1993

<sup>259</sup> Nach seinem Besuch in den beiden Staaten kehrte US-Außenminister Baker mit dem Eindruck zurück, daß

die neu ins Leben gerufene GUS nicht die Funktion der ehemaligen Sowjetunion einnehmen würde und die

GUS nicht lange leben würde. Cumhuriyet, 24.12.1991

haben die Amerikaner ihre Hilfeleistung für die Turkstaaten zum größten Teil über die Türkei weitergeleitet.<sup>260</sup>

Die Erschließung des reichen Gas- und Erdölvorkommens Zentralasiens zur Abdeckung des Energiebedarfs der Industriestaaten ließ die Bedeutung der Türkei in den Vordergrund treten, da der Iran für den Westen, vor allem für die USA, bei der Erschließung der Energiequellen des kaspischen Meers als Verbindung zu westlichen Märkten nicht in Frage kommt. D. h. die Türkei profitiert gerade von der politisch-ideologischen Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Iran. Die Türkei übernimmt mit ihrer geographischen Lage sozusagen die Rolle eines unvergleichbaren Energieterminals.<sup>261</sup> Die Benutzung dieser Ressourcen in den Ländern der Region hängt damit zusammen, daß in der Region innerhalb der Staaten ein Zustand des Friedens und der Stabilität erreicht wird und bilateralen Beziehungen aufgebaut werden.

Die Türkei wurde den neuen Herrschern der Turkstaaten von westlichen Politikern nicht in erster Linie als „vorbildliches Modell“ empfohlen, weil sie kein Land war, das all seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme weitgehend gelöst hat, sondern weil sie vor allem durch unnachgiebiges Festhalten an ihrem Laizismusprinzip eine überzeugende Alternative zu dem sich ankündigenden islamischen Wiedererwachen im Iran und in den mittelasiatischen Gesellschaften angesehen wurde. Die offizielle Reise des iranischen Außenministers Ali Akbar Welajati Anfang Dezember 1991 in die neuen Staaten bot genug Anlaß dafür, daß die westlichen Beobachter eine Einflußnahme des Irans befürchteten, während die zentralasiatischen Staaten selbst keine Sorge trugen, daß der Iran versuchen könnte, seine Revolution nach Zentralasien zu exportieren.<sup>262</sup>

Somit entsteht der Eindruck, daß im Bezug auf Zentralasien zwischen der Türkei und dem Iran ein „Wettkampf der Systeme“ (Steinbach), ein „Kulturkampf“ oder gar „eine Schlacht um die islamische Seele der exsowjetischen, asiatischen Republiken“<sup>263</sup> nicht wirklich stattfindet. Der iranische Botschafter in Ankara, Mohammed Riza Bageri, erklärte, es gäbe zwischen dem Iran und der Türkei kein Wettbewerb in Zentralasien, sondern nur Zusammenarbeit.<sup>264</sup> Die türkische Politik wurde von der USA mit der Absicht unterstützt, durch die Verbreitung des säkularen türkischen Modells eine Expansion der Iranischen Revolution nach Zentralasien und ein Wiedererwachen des Islams als politische Kraft zu verhindern. „Diese westliche Perzeption Zentralasiens unter dem Blickwinkel der Rivalität zwischen Iran und der Türkei als zweier gegensätzlicher Entwicklungsmodelle stellte sich als unrealistisch und kurzsichtig heraus. Weder versuchte Teheran seine islamische Revolution zu exportieren noch waren beide Länder die hauptsächlichen Akteure in einem neuen ‚great game‘“.<sup>265</sup>

Daß es keinen maßgeblichen Kulturkampf auf der Grundlage des Kemalismus und des Fundamentalismus geben wird, hängt auch mit den ethnischen und kulturellen Strukturen in dieser Region zusammen. Denn „die strenge Unterscheidung zwischen dem „Turan“

---

<sup>260</sup> Brown/Fuller, a.a.O., 1994, S. 20-21

<sup>261</sup> Weißbuch, 1998, S.7

<sup>262</sup> Brown/Fuller, a.a.O., 1994, S. 19

<sup>263</sup> Ebd., S. 13

<sup>264</sup> Ebd., S. 13

<sup>265</sup> R. Freitag-Wirminghaus in W. Gumpel, a.a.O., 1996, S. 84

und „Iran“ ist in Mittelasien künstlich, da sich die kulturelle Entwicklung in die Ethnogenese in Zentralasien aus der Überlagerung von beiden ergeben hat“.<sup>266</sup>

### 5.7.3.b. Ein unbekanntes „Feld“ für die Türkei

Seit mehr als 70 Jahren hatte die Türkei zum Transkaukasus und zu Zentralasien so gut wie keine Beziehungen. Schon Atatürk hat durch ein Abkommen vom 16. März 1921 der Sowjetunion versichert, daß die Türkei keine pantürkische Außenpolitik betreiben werde. Während des Kalten Krieges war das Sicherheitsrisiko für die Türkei zu groß, um solche politischen Ambitionen zu haben. Aber nach dem Zerfall der Sowjetunion eröffnete sich der Türkei eine neue unbekannte Welt, in der sie an ihre geschichtlichen Wurzeln anzuknüpfen hoffte. Im September 1991 wurde unter der Leitung des Botschafters Bilal Şimşir eine Delegation in die zentralasiatischen Turkrepubliken geschickt, um bei der Festlegung der neuen Außenpolitik die Orientierung Zentralasiens richtig bewerten zu können. Im Januar 1992 wurde im türkischen Außenministerium ein neues Generaldirektorat für die Beziehungen zu den GUS-Republiken Zentralasiens eingerichtet. Diese wurden als eine deutliche Institutionalisierung der außenpolitischen Wende der Türkei betrachtet und als Abkehr von der von Atatürk bestimmten außenpolitischen Doktrin der einseitigen Ausrichtung auf Europa angesehen.<sup>267</sup>

Die türkische Außenpolitik gegenüber den Turkrepubliken war in erster Linie von vorsichtigen Annäherungsversuche gekennzeichnet. Dabei nahm die Türkei auf der Grundlage der „Verantwortung in guter Nachbarschaft“ mit der noch bestehenden Sowjetunion auf die Reaktionen Moskaus Rücksicht. Es stand von Anfang an fest, daß die Türkei im wirtschaftlichen Bereich nicht imstande war, den finanziellen Forderungen der zentralasiatischen Staaten gerecht zu werden. Dieser Nachteil sollte aber auf politischer und kultureller Ebene und mit dem Aufbau der Handelsbeziehungen ausgeglichen werden. Die türkische Außenpolitik gegenüber den Turkrepubliken Zentralasiens beinhaltete in erster Linie die folgenden Punkte:

- Die Türkei sieht sich erstens als ein gesellschaftliches Modell. Mit ihrer seit mehr als 60 Jahren bewährten laizistischen Republik und dem seit mehr als 30 Jahren praktizierten Mehrparteiensystem und seinen demokratischen Institutionen und der erfolgreichen freien Marktwirtschaft wollte die Türkei sich als Modell präsentieren. Dabei hat sie in Aussicht gestellt, bei den verfassungsrechtlichen Reformen der zentralasiatischen Turkstaaten eine „Beraterfunktion“ zu übernehmen.
- Zweitens konnte die Türkei sowohl im politischen Bereich - also als Modell - als auch beim wirtschaftlichen Anknüpfen und der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Westen und den neuen Republiken eine Brückenfunktion übernehmen.
- Drittens hat die Türkei die Aufgabe übernommen, ein Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus in Zentralasien und Vermittlerin der westlichen Wertvorstellungen zu sein.
- Viertens sollte die Türkei gegenüber den Pan-Türkischen Aktivitäten bremsend wirken.<sup>268</sup>

<sup>266</sup> U. Halbach, „Konflikte in der zentralasiatischen Schlüsselregion“ In: Vierteljahresberichte, Nr. 131, März

1993, S. 51; Vgl. K. Duran, „Rivalitäten in und um Zentralasien“. In: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen. 4/92, S. 376

<sup>267</sup> H. Krech, a.a.O., 1992, S. 248

<sup>268</sup> Yasemin Congar/Semih Idiz, „Nach Zentralasien wird das türkische Modell getragen“. Cumhuriyet,

Noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion nahm Azerbaidchan im Rahmen des Ausbaus türkisch-sowjetischer Handelsmöglichkeiten Kontakte mit der Türkei auf. Im Jahr 1990 reiste der azerischen Ministerpräsident Ayaz Mütalipow nach Ankara zu Gesprächen über den Grenzhandel zwischen der Türkei und dem azerbaidchanischen Autonomiegebiet Nachtchewan. Die Türkei hat vor den EG-Staaten und den USA die neuen unabhängigen Staaten anerkannt, Azerbaidchan wurde am 9. Oktober 1991<sup>269</sup> und Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan, Usbekistan sowie Tadschikistan wurden am 16. Dezember 1991 von der Türkei anerkannt.<sup>270</sup> Vor und nach der Unabhängigkeit war die Orientierung der neuen Staaten auf die Türkei gerichtet. Dabei spielte die ethnische und sprachliche Verwandtschaft (abgesehen von Tadschikistan) sowie die religiöse Gemeinsamkeit eine wesentliche Rolle.

Der erste Präsident unter den Turkstaaten, der der Türkei im Dezember 1991 einen offiziellen Besuch abstattete, war Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbajew. Ihm folgte der Präsident Turkmenistans, Saparmurad Niyazov, der die Türkei als den Stern bezeichnete, der den neuen unabhängigen Turkstaaten den Weg weise.<sup>271</sup> Als dritter besuchte der usbekische Präsident Islam Kerimow Ankara, um den Wunsch auszudrücken, über die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation hinaus eine zentralasiatischen Commonwealth mit der Beteiligung der Türkei ins Leben zu rufen, wobei er auch verkündete, daß Usbekistan dem Beispiel Türkei folgen werde.<sup>272</sup> Der usbekische Präsident fühlte sich sogar wegen der Anwesenheit des sowjetischen Botschafters, Tschernischew, beim Empfang in Ankara gestört und sagte: „Wir können uns unter uns verständigen. Andere brauchen wir nicht.“<sup>273</sup> Dies zeigte eigentlich den Wunsch der mittelasiatischen Staaten, ihre Unabhängigkeit zu festigen und mit der Türkei zusammenzuarbeiten. In der letzten Dezemberwoche 1991 besuchte der kirgisische Präsident Askar Akayev Ankara. Zu diesem Zeitpunkt waren neue unabhängig gewordenen Staaten noch nicht von der Türkei im Hinblick auf die Reaktion der Sowjetunion (außer Azerbaidchan) offiziell anerkannt. Ankara unterstützte nach ihrer Unabhängigkeit die Aufnahme der neuen muslimischen Staaten in die Islamische Weltkonferenz.

Begleitet von 140 Personen, darunter auch Unternehmer, besuchte türkische Außenminister Çetin zusammen mit Erziehungsminister Köksal Toptan im Februar 1992 Azerbaidchan und die anderen zentralasiatischen Staaten. Dabei wurden Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der Kooperation im Bereich der Kultur und Bildung erörtert. Die türkische Delegation hat den Staaten nahegelegt, das lateinische

---

17.09.1991

<sup>269</sup> Das Azerbaidchanische Parlament hatte am 30. August 1991 die Unabhängigkeit Azerbaidchans erklärt. Aber die Türkei hat, um nicht mit der sowjetischen Führung in eine Auseinandersetzung zu geraten, vor der Anerkennung erst die Reaktion der Sowjetunion abgewartet. Die Türkei wollte nicht den Eindruck gegenüber Moskau erwecken, daß sie aus dem Zerfall der Sowjetunion außenpolitisch Nutzen ziehen würde. Milliyet, 03.09.1991

<sup>270</sup> Die Türkei hat alle von der Sowjetunion unabhängig gewordenen Staaten am gleichen Tag anerkannt. Dies wurde in der türkischen Öffentlichkeit als eine „mutige Entscheidung“ und als ein Zeichen der aktiven Außenpolitik der Türkei bewertet. Sami Kohen, „Eine mutige Entscheidung“. Milliyet, 18.12.1991

<sup>271</sup> NZZ, 1. Februar 1992

<sup>272</sup> Brown/Fuller, a.a.O., 1994, S.18, Reuter, 16. Dez. 1991

<sup>273</sup> Cumhuriyet, 18.12.1991

Alphabet zu übernehmen. Die Türkei erklärte sich bereit, zehntausend Studenten aus den zentralasiatischen Staaten in türkische Universitäten aufzunehmen.<sup>274</sup>

Ministerpräsident Demirel und Außenminister Cetin unternahmen vom 27. April bis 5. Mai 1992 eine offizielle Reise durch die Staaten Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien, Kasachstan und Azerbaïdchan. Sie wurden begleitet von einer 144-köpfigen Delegation, die zum größten Teil aus Geschäftsleuten bestand. Demirel unterstrich den Willen der Türkei, „sich die Dominanz über die zentralasiatischen Märkte und Ressourcen zu sichern“.<sup>275</sup>

In der Anfangsphase imponierte die Türkei durch ihre erfolgreich praktizierte freie Marktwirtschaft, Özals Politik beeindruckte die zentralasiatischen Politiker. Der usbekische Außenminister Ubeydullah Abdüllrezzak hob bei einer Konferenz die Bedeutung der wirtschaftlichen Reformen der Türkei für die zentralasiatischen Staaten hervor.<sup>276</sup> Die Türkei hat vom 10. Januar 1990 bis Ende 1991 mit Azerbaïdchan acht, mit Kasachstan sieben, mit Turkmenien sieben, mit Usbekistan zehn und mit Kirgisien fünf Abkommen im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bereichen unterzeichnet.<sup>277</sup>

Staatspräsident Özal warb in den zentralasiatischen Turkstaaten um das Modell eines laizistischen muslimischen Staates mit freier Marktwirtschaft. Besonders Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien und Azerbaïdchan fürchteten sich vor der Verstärkung und dem Einfluß der islamischen Bewegungen. Daher zogen sie den laizistischen Einfluß der Türkei vor. So haben die Staaten Azerbaïdchan, Turkmenistan und Kirgisien das „türkische“ (d.h. lateinische) Alphabet anstatt des kyrillischen eingeführt. Diese Entscheidung hing mit dem Wunsch zusammen, eher mit der Türkei zusammenarbeiten zu wollen als mit anderen islamischen Ländern.<sup>278</sup> In diesem Wunsch sah Özal für die Türkei „eine historische Chance“, die man sich nicht entgehen lassen konnte. Vor dem ersten Gipfeltreffen aller Turkrepubliken in Ankara 1992 wurden die Möglichkeiten, aber auch die Risiken einer Zentralasienpolitik der Türkei diskutiert. Vor diesem Gipfeltreffen brachte Özal seine Ziele und Erwartungen wie folgt aus:

„Vom Balkan bis Zentralasien kommen alle Staatspräsidenten der Turkrepubliken in die Türkei anlässlich der Feier des Gründungstags der Republik. Zum ersten Mal wird mit ihnen ein Gipfeltreffen stattfinden. Und nach meiner Meinung wird dies sowohl für uns als auch für sie eine sehr wichtige Chance sein. Damit die Türkei in der Region ein mächtiger Staat wird, müssen wir uns darauf konzentrieren. Diese ist eine historische Chance. Wir können nicht davor weglaufen. Aus diesen (Möglichkeiten M.D.) müssen sowohl wir als auch unsere Brüder Nutzen ziehen. Sie haben viele Probleme. Alle Welt

<sup>274</sup> Brown/Fuller, a.a.O., 1994, S. 23. Die Erwartungen der Turkstaaten an die Türkei verdeutlichen folgendes

Beispiel: Beim Empfang des türkischen Außenminister Hikmet Cetin sagte der usbekische Staatspräsident

Kerimow: „Vor meinem Volk möchte ich sagen, diese Ware ist aus der Türkei gekommen.“ Mehmet Ali Birand „Der Plan ist da; jetzt geht es um das Finden der Unterstützung.“ Milliyet, 09.03.1991

<sup>275</sup> Nahost Jahrbuch, 1992, Deutsches Orient-Institut, S. 161

<sup>276</sup> Konferenz über euroasiatische Wirtschaftszusammenarbeit, 6.-7. April 1993,

Türkische Zusammenarbeit und Entwicklungsagentur (TIKA) des Ministerpräsidialamtes, Ankara, 1993,

S.128

<sup>277</sup> F. Şen, „Neues Selbstverständnis der Türkei in Mittelasien und auf dem Balkan, Manuskript, Zentrum für

Türkeistudien, Essen, 1992, S. 4

<sup>278</sup> Arnold Hottinger, „Zukunftsfragen für Zentralasien“. In: EA, Folge 14/92, S. 400

blickt auf die Türkei. Das sollten sie wissen. Die ganze Welt sieht auf uns, daß das Zentrum dieser Arbeit die Türkei ist. Ich kenne einige Ausländer. Sie haben mir gesagt: „Wir errichten hier ein Zentrum, und wir gehen mit Ihnen zusammen dahin (Zentralasien)“. Aber wir müssen diese Unternehmen sehr gut organisieren und unter Kontrolle halten. Wenn Fehler gemacht werden, wenn leichte Unpäßlichkeiten entstehen, wird die ganze Arbeit umsonst sein. Wir müssen sehr gut aufpassen. Wir müssen unseren Brüdern helfen. Wir müssen kontrollieren, daß unsere Bürger (dort) richtige Arbeit leisten“.<sup>279</sup>

Die Präsidenten der Turkrepubliken<sup>280</sup> (d. h. Kachachstans, Usbekistans, Turkmenistans, Kirgisiens und Azerbaidchans) trafen sich vom 30.-31.10.1992 in Ankara zu einem Gipfeltreffen der Turkstaaten. Ankara mußte seine hochgesteckten Ziele einer Wirtschaftsunion der Turkstaaten aufgeben und bezog wegen der Einwände Nazarbajewys bezüglich der Zypernfage, Bosnien-Hezegowinas und Berg-Karabachs keine verbindliche Stellung.<sup>281</sup>

Özal unternahm vom 4. bis zum 15. April 1993 (kurz vor seinem Tod) eine große Reise durch Zentralasien. Er wurde in jedem Staat mit Begeisterung empfangen. Aber als er versuchte, die usbekische Regierung für die Unterstützung der türkischen Position in Berg-Karabach zu gewinnen, erhielt er die Antwort, die usbekische Politik in Bezug auf die Ereignisse im Transkaukasus müsse im Rahmen der Verteidigungsverpflichtungen des Landes bleiben, die aus dem GUS-Verteidigungsabkommen von 1992 resultieren.<sup>282</sup> Obwohl Usbekistan, Turkmenien und Kaschastan ihre Interessen und die Nähe zur Türkei bekundeten, wollte sich kein Staat in den azerbaidchanischen Konflikt einmischen. Man war nicht geneigt, die türkisch-azerbaidchanische Position zu unterstützen. Die usbekische Regierung erwartete jedoch die Unterstützung der Türkei bei Konflikten mit den Nachbarländern Afghanistan und Tadschikistan.<sup>283</sup> Die großen Hoffnungen, die durch diese Reise in eine türkisch-zentralasiatische Zusammenarbeit gesetzt wurden, sind trotz des bis zur Erschöpfung durchgezogenen Programms nicht erfüllt worden.<sup>284</sup>

### 5.7.3.c. Die Rivalitäten zwischen der Türkei, Rußland und dem Iran

Der Zerfall der Sowjetunion und die Entstehung neuer unabhängiger Staaten im Kaukasus und in Zentralasien haben für die Länder Iran und Türkei neue Möglichkeiten eröffnet, ihren Einfluß in dem durch den russischen Rückzug entstandenen Machtvakuum geltend zumachen. Die Erschließung neuer Märkte und die politische Einflußnahme erhöhen die strategische Bedeutung dieser Länder und verleihen ihrer Vormachtstellungen in der Region neue Impulse. Dabei entsteht das Problem, daß wirtschaftliche, strategische und sicherheitspolitische Interessen der Staaten Rußland, Türkei und Iran in dieser Region aufeinanderprallen. „Bei der Absicherung der Unabhängigkeit können sich die Turkrepubliken aber in ihrer Lage an einem geographischen, religiös-kulturellen und ethnischen Kreuzungspunkt zwischen Orient und Okzident mit einzelnen außenpolitischen

<sup>279</sup> Die Rede des Staatspräsidenten T- Özal bei der Marmara Club, „Geleceğe Bakış“ (Blick in die Zukunft-Umwandlung)“. Istanbul, 16.10.1992, S. 37

<sup>280</sup> Tadschikistan, das von der Türkei zu den zentralasiatischen Turkstaaten gezählt wurde, wurde von der Türkei ebenfalls eingeladen, konnte wegen innenpolitischer Konflikte am Gipfeltreffen nicht teilnehmen.

<sup>281</sup> Nahost Jahrbuch, 1992, Deutsches Orient-Institut, S. 161

<sup>282</sup> NOKTA, Sonderausgabe, April 1993, S. 41; Brown/Fuller, a.a.O., 1994, S. 27

<sup>283</sup> NOKTA, Sonderausgabe, April 1993, S. 41

<sup>284</sup> Ebd., S. 43

Partnern nicht begnügen. Die Turkrepubliken befinden sich im Zentrum der Interessen dreier Regionalmächte: Türkei, Iran und Rußland.“<sup>285</sup> Die bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb der neuen unabhängig gewordenen Staaten, der Konflikt zwischen Armenien und Azerbaidchan um Berg-Karabach, die separatistischen Sezessionsversuche im südlichen Teil Rußlands sowie der Kampf um die Route der Erdöl- und Erdgasvorkommen Zentralasiens stellen die sicherheitspolitischen und strategischen Rivalitäten der Staaten Rußlands, der Türkei und Irans auf die Probe.

„Die Natur des Konfliktgebietes Kaukasus und die historischen Faktoren lassen eine neue russisch-türkische Verständigung über ein Eingreifen und eine Teilung der Einflußbereiche ebensowenig zu wie eine türkisch-iranische Übereinkunft. Die Türkei könnte auf das Kaukasusgebiet nur als westliche Position direkt wirken. Wirtschaftliche Zusammenarbeit bildet die einzige Option. Auf solcher Grundlage könnte die Türkei an regionaler politischer Stabilität mitwirken, wenn sie selbst im Inneren stabil bliebe und ein gutes Beispiel für regionale Autonomie und zivile Kontrolle des Staatsgebietes zur allgemeinen Sicherheit aller Bevölkerungsteile böte. Aber auch dann würde die Türkei in einem regionalen System der KSZE und des Nordatlantischen Kooperationsrates wirken müssen, also in einem multilateralen Geflecht. Eine spezifisch ‚türkische‘, separate, ‚westeuropäische‘ oder ‚atlantische‘ Option für regionale Sicherheit ist nicht gegeben. In der KSZE aber ist die politische Bedeutung der Türkei gewachsen“.<sup>286</sup>

In Rußland, das zum ersten Mal seit zweihundert Jahren keinen direkten Zugang zum Süden und damit zum Mittleren Osten hatte, schienen diese Verluste der Führungsschicht um so deutlicher ins Bewußtsein zu treten, je selbständiger die Staaten wurden. Diese Verluste wurden von Rußland nicht nur als Grenzfrage, sondern als Preisgabe globalen Prestiges und Einflusses angesehen.<sup>287</sup> Darüber hinaus fiel es Rußland schwer, die selbständig gewordenen Teile der früheren UdSSR als vollwertige Völkerrechtssubjekte zu akzeptieren.<sup>288</sup>

Daher versuchte die russische Föderation, die Türkei in allen Bereichen außerhalb der Regionen Kaukasus und Mittelasien fernzuhalten. Rußland unternahm Versuche, in den ehemaligen Sowjetrepubliken Azerbaidchan, Armenien und Georgien, die mit der Türkei eine gemeinsame Grenze haben, durch bilaterale Verträge militärische Stützpunkte zu errichten oder die vorhandenen beizubehalten. Trotz der türkischen Forderung einer strikten Einhaltung des KSE-Vertrages<sup>289</sup>, war/ist die Russische Föderation bestrebt, mehr Streitkräfte zu stationieren, als ihm gemäß des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-I), der in Paris unterzeichnet wurde, an der festgelegten Obergrenze für die Flankenzonen zustehen.<sup>290</sup> Rußland verlangte eine Änderung des Abkommens über den KSE-Vertrag, um seine militärische Präsenz im Nordkaukasus verstärken zu können. Die Russische Föderation hat im Jahr 1992 Anstrengungen unternommen, die Obergrenzen für die Flankenzonen (hier für die Kaukasusregion) auszuweiten. Diesbezüglich hat Boris Jeltzin im September 1993 einen Brief an den türkischen Staatspräsident Demirel geschrieben.<sup>291</sup> Dieser stieß auf Ablehnung der türkischen

<sup>285</sup> Working Paper 14, Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.), 1994, S. 4

<sup>286</sup> L. Rühl, a.a.O., 1992, S.300

<sup>287</sup> O. Alexandrova, a.a.O., 1992, S. 332

<sup>288</sup> Ebd., S. 333

<sup>289</sup> Sabetay Varol, „Besorgnis um Kaukasus“, Cumhuriyet, 20.12.1991

<sup>290</sup> Zum KSE-Vertrag: Heinz Magenheimer, „Zur Neukonstellation der Mächte in Europa“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26. April 1991, S. 21-31.

<sup>291</sup> N. Güney „Die Anwendung des KSE-Vertrages unter der neuen Voraussetzungen für die Sicherheit der Türkei“. In: Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.), a.a.O., 2000, S. 165-192

Regierung. Die Türkei votierte auf der KSZE-Außenministerkonferenz in Rom (30.11/01.12.1993) gegen den Antrag Rußlands, ein KSZE-Mandat für russische Truppen in Moldawien, Georgien und Tadschikistan zu erhalten.<sup>292</sup>

Das aktive und internationale Engagement der Türkei während der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Azerbaidchan und Armenien wurde von der Russischen Föderation scharf kritisiert. Der ehemalige Verteidigungsminister Rußlands, Schaposchnikow, wollte das Nahen eines Dritten Weltkrieges voraussehen, der im Transkaukasus ausgelöst werden könnte. Sein Nachfolger Gratschow forderte Ankara auf, die Hände von „unserem Azerbaidchan“ zu lassen.<sup>293</sup>

Rußland sieht die ganze Region als ihr natürliches Hinterland, als traditionelle Einflußphäre und nach ihrer Militärdoktrin außenpolitisch als „Nahes Ausland“, das auch völkerrechtlich durch GUS-Verträge versucht, seinen Anspruch zu sichern. Nach der Militärdoktrin „Nahes Ausland“<sup>294</sup>, die im Oktober 1993 verabschiedet wurde, erklärte die Russische Föderation die Grenzen der ehemaligen Sowjetunion zu seinem natürlichen Einflußbereich und verpflichtete sich dazu, für die Stabilität und Sicherheit der GUS-Staaten zu sorgen. Um dies zu verwirklichen, sieht sie vor, mit den GUS-Staaten im sicherheitspolitischen und ökonomischen Bereich eng zusammenzuarbeiten. In diesem Kontext wird auch erwähnt, daß zur Gewährleistung der Sicherheit und zum Schutz der Volksgruppen außerhalb der Russischen Föderation, die sich ethnisch und kulturell mit der Russischen Föderation verbunden fühlen, gegebenenfalls die russischen Streitkräfte eingreifen sollen. Daher weigert sich Rußland, die dem russischen Oberkommando unterstehenden, ehemals sowjetischen Truppen aus anderen GUS-Staaten abzuziehen<sup>295</sup>, obwohl sie rechtlich gesehen als fremde Truppen auf Territorien souveräner Staaten zu bewerten sind.

Darüber hinaus wurde auf einem Gipfeltreffen der GUS-Staaten am 17. Mai 1996 in Moskau ein Abkommen „über das Zusammenwirken der Grenztruppen von Mitgliedstaaten der GUS bei der Entstehung von Krisensituationen an den äußeren Grenzen“ unterzeichnet. Diese Grenztruppen der Mitgliedstaaten der GUS-Gemeinschaft sollen im Fall der sozialen und militärpolitischen Konflikte, welche die äußeren Grenzen der Gemeinschaft destabilisieren, eingesetzt werden.<sup>296</sup> Nach diesem Abkommen hat die russische Föderation die rechtliche Grundlage, in jeder Krisensituation innerhalb der GUS-

<sup>292</sup> Vgl. U. Steinbach, „Die Türkei zwischen inneren Anfechtungen und regionalem Führungsanspruch“. In: Jahrbuch für internationale Politik 1993-1994. Oldenburg Verlag, München, 1996, S. 43 und ff.

<sup>293</sup> R. Freitag-Wirminghaus in W. Gumpel, a.a.O., 1996, S. 85. Als die Kämpfe zwischen beiden Staaten eskalierten, bedrohte Staatspräsident Özal Armenien mit einer Wirtschaftsblockade. Er warf Rußland vor, die armenische Armee mit Waffen aus russischen Waffenlagern aufzurüsten. Er sagte, die russischen Soldaten sollten entweder für Ruhe und Ordnung sorgen und den Frieden wiederherstellen oder, wenn sie sich zurückziehen wollen, auch ihre Waffen mitnehmen. Diese Äußerungen Özals wurden von der New York Times als eine mögliche Verwicklung in einen Krieg gewertet. Dagegen hat Ministerpräsident Demirel den Staatspräsidenten Özal beschuldigt, er hätte die Türkei vor der Weltöffentlichkeit in Schwierigkeit gebracht. Cumhuriyet, 8.3.1991 und Milliyet, 14.3.1991

<sup>294</sup> Vgl. Stefanie Babst/Heribert Schaller, „Perspektiven russischer Außenpolitik“. In: Europäische Sicherheit.

Folge 11/1994, S. 574-576 und Idil Tuncer, „Die neue Sicherheitsdoktrin der Russischen Föderation: Nahes Ausland und die Türkei“. In: Gencer Özcan/Şule Kut, a.a.O., 2000, S. 435-460

<sup>295</sup> Vgl. O. Alexandrova, a.a.O., 1992, S. 332

<sup>296</sup> Vgl. den gesamten Wortlaut des Abkommens. In: Internationale Politik. Januar 1997, Nr. 1, 52. Jahrgang, S. D 90 ff.

Republiken, soweit dies unterzeichnet wurde, Truppen zu entsenden, und somit auch ihren Einfluß weiter auszuüben.

Rußland spielt in den Konflikten der ehemaligen Sowjetrepubliken eine Doppelrolle als Konfliktpartei und hegemoniale Macht. Es schürt und instrumentalisiert die kleineren Konflikte zu seinen Gunsten, um seine Vormachtstellung in dieser Region zu festigen bzw. durch die Wiederherstellung seiner politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen engen Verbindung die alte Position in dieser Region wiederzuerlangen. Ziel ist, eine politische und wirtschaftliche Distanzierung dieser Staaten zugunsten des wirtschaftlichen und strategischen Einflusses von Drittmächten in der Türkei und im Iran zu verhindern.

In Georgien hat Rußland die Abchasen gegen Georgien unterstützt, um den Eintritt Georgiens in die GUS zu erzwingen und militärische Stützpunkte zu errichten. Der azerische Staatspräsident Eltschibey verfolgte eine Politik, die die Interessen Rußlands widersprachen. Nach seiner Entmachtung hat der neue Staatspräsident Alijew den Beitritt Azerbaidchans in die GUS unterzeichnet. Er versuchte, eine realistische Gleichgewichtspolitik gegenüber der Türkei und der russischen Föderation zu verfolgen.<sup>297</sup> Trotz allem sieht Azerbaidchan in der Türkei den einzig möglichen Garanten seiner Sicherheit, während der russischer Beistand und die GUS für Armenien im Konflikt mit Azerbaidchan lebenswichtig sind.<sup>298</sup>

Da Rußland anscheinend die Hoffnung auf die Erweiterung seines Einflußbereiches in ehemaligen Gebieten im Westen nicht realisieren kann, weil die europäischen GUS-Staaten wenig Bereitschaft zeigen, mit Rußland zusammenzuarbeiten, verlagert sich Rußlands Konzentration auf Zentralasien und Transkaukasus. Rußland bemüht sich daher aktiv darum, eine militärische Allianz unter seiner Führung mit transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten, Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, und Usbekistan zu gründen.<sup>299</sup> Für die russische Einflußnahme spielen die infrastrukturelle Verbindung und die Stationierung der russischen Truppen, die auch zur Grenzbewachungen eingesetzt werden, in fast allen Turkstaaten eine große Rolle.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR rangen hauptsächlich vier Mächte um eine Neuaufteilung und damit um eine Einflußbereicherung in Zentralasien: Japan wollte ein Pipelineprojekt finanzieren, das das azerische Erdöl zum Indischen Ozean fördert. Der Iran war bestrebt, eine Pipelinestrecke von Bakü zum Persischen Golf aufzubauen. Die USA, Europa und die Türkei propagierten als Alternative zum Iran-Projekt den Bau einer 1600 km langen Pipeline vom Kaspischen Meer bis zum Seehafen Yumurtalik im Mittelmeer. Die Russische Föderation versuchte dagegen Azerbaidchan ein Pipelineprojekt aufzuzwingen, das über russisches Territorium zum Schwarzmeerhafen Novorossisk führte. Die Strecke Baku-Novorossik hatte jedoch den Nachteil, daß der Öltransport per Schiffe im Schwarzmeer durch die Meerengen Bosphorus und Dardanellen erfolgt. Die Durchfahrt der großen Öltanker stellte für Istanbul eine große Gefahr dar. Die Türkei hat

---

<sup>297</sup> Als er Präsident des Nachtschewan, eines Autonomiegebietes von Azerbaidchan war, unterstrich Alijew,

die Bedeutung der Türkei für Azerbaidchan und sagte: „Armenien wird von den USA und Frankreich unterstützt. An wen sollte Azerbaidchan sich wenden, wenn es von der Sowjetunion unabhängig wird? Wir werden unseren Rücken ohne Zweifel an die Türkei anlehnen.“ Alijew fügt hinzu: „Ich erwarte von der Türkei die Politik Atatürks“. Milliyet, 04.12.1991

<sup>298</sup> O. Alexandrova, a.a.O., 1992, S. 329

<sup>299</sup> Ebd. S.333

diese Trumpfkarte zu ihren Gunsten sehr gut genutzt, so daß die Realisierung dieser Route unwahrscheinlich scheint.<sup>300</sup>

In der Frage der Erschließung der Erdöl- und Gas-Pipeline stehen sich die Türkei und die Russische Föderation als Rivalen gegenüber. Die Verwirklichung des Pipelineprojekts (Bakü-Yumurtalık) würde die Rolle der Türkei als Vermittlerin zwischen den türkischen Republiken Zentralasiens und dem Westen hervorheben, was in das politische Konzept der Türkei hinsichtlich Mittelasiens paßte. Damit würde die Vormachtstellung der Türkei als westlichen Partner in Zentralasien und im Nahen Osten gefestigt werden. Durch die Rohrleitung der mittelasiatischen Staaten über die Türkei entstünden nicht nur finanzielle Verluste für Rußland, darüber hinaus würde eine Ermutigung zu Sezessionsversuchen im Kaukasus ausgelöst, und noch wichtiger ist, daß die zentralasiatischen Staaten wirtschaftlich von Rußland unabhängiger würden. Somit befürchtet Rußland einen „Bogen der Instabilität“ vom Balkan bis nach Mittelasien, da das Abdriften der kaukasischen und transkaukasischen Staaten in Richtung Türkei sich auf die Stabilität der inneren Region Rußlands mit muslimischer Bevölkerung auswirken würde.<sup>301</sup> Es geht also nicht nur um das Erdölgeschäft, sondern für Rußland auch um die Beibehaltung seiner Einflußzone, während die Erdölpipeline für die Türkei eine Bereicherung ihres Einflusses, wirtschaftlichen Gewinn und strategische Aufwertung bedeutet. Die Frage der Öltransportroute in den Westen hat sich zum Kernpunkt der russisch-türkischen Rivalität entwickelt.

Trotz dieser wirtschaftlichen und strategischen Rivalitäten ist Rußland der wichtigste Handelspartner der Türkei geworden. Die politischen Rivalitäten und das Ringen um Zentralasien und den Kaukasus scheinen die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder nicht zu beeinträchtigen. Beide Staaten sind aktive Mitglieder der Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR). Der Türkei ist gelungen, besonders im Handelsbereich Erfolge zu erzielen. Rußland nahm (1996) 6,4 % der türkischen Exporte auf, und 4,3 % des türkischen Imports kamen aus Rußland. Nach dem Besuch des russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin am 15. Dezember 1997, bei dem 15 Abkommen über die Verstärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Finanzen, Energiewirtschaft und die Schaffung von Investitionsanreizen u.a. Lieferung des russischen Erdgases und Bau einer Erdgasleitung durch das Schwarzmeer, das sogenannte Blaumeer-Projekt<sup>302</sup> abgeschlossen wurden, schrieb die Russische Zeitung „Izvestija“ enthusiastisch: „Im XXI. Jahrhundert wird die Türkei zu unserem strategischen Partner“.<sup>303</sup> 1998 wurde ein Abkommen über Erdgaslieferung und Bau einer Unterwasserpipeline durch das Schwarzmeer nach Samsun (Blauwasser-Projekt) in Höhe von 3 Mrd. US-\$ vereinbart. Dieses Projekt hat zu heftigen Diskussionen in der türkischen Öffentlichkeit geführt, und zwar mit dem Argument, daß die Türkei ausschließlich von russischer Erdgaslieferung abhängig sein würde und dieses Projekt außerdem zu teuer sei. Nach den täglichen Stromausfällen wegen der Energiesparmaßnahmen im Winter 2000, als die mit Erdgas funktionierenden Energiezentrale wegen Erdgasangel außer Betrieb waren, wurden die Stimmen, die sich

---

<sup>300</sup> Zu Entwicklungen über die Route der Erdölpipeline: Freitag-Wirminghaus. In: W. Gumpel, a.a.O., 1996, S. 88-92

<sup>301</sup> W. Gumpel, „Determinanten der türkischen Außenpolitik in der Schwarzmeerregion in Mittelasien“. In: Südosteuropa Mitteilungen. 1/1998, S. 30

<sup>302</sup> Ebd., S. 31

<sup>303</sup> Izvestija, 16.12.1997, zitiert nach W. Gumpel, Ebd., S. 31

gegen dieses Projekt stellten noch lauter, da sich die Türkei mit diesem Projekt noch mehr von Rußland abhängig machen würde.

Dem Iran wird vorgeworfen, sein islamisches Modell nach Zentralasien exportieren zu wollen. Dieses Interesse des Irans an den zentralasiatischen Staaten hat vielfältige Gründe. Im Norden des Irans, im azerischen Teil, leben über 15 Mio. iranische Staatsbürger azerischer Abstammung. Der Iran befürchtet, daß die Nationalismustendenzen in Azerbaidchan auf den iranischen Teil übergreifen würden. Daher richteten sich die Ambitionen des Irans vor allem auf die Beibehaltung des Status-Quo in Zentralasien. Der Iran hat im Gegensatz zur Türkei mit dem Transkaukasus und den zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Azerbaidchan und Armenien gemeinsame Grenzen, und er ist Anrainerstaat des Kaspischen Meers. Er hat also aufgrund seiner direkten Nachbarschaft eine bessere Position, um seine Beziehungen aufzubauen. Benachteiligt ist er, wenn er versucht, die islamische Revolution nach Zentralasien auszubreiten, da die zentralasiatischen Staaten laizistisch sind und gegenüber islamischen politischen Bewegungen sehr hart vorgehen. Bei seinem Besuch in Teheran vom 26. bis zum 27. Oktober 1992 erklärte der türkische Ministerpräsident Demirel, daß es keine Rivalität zwischen den beiden Ländern wegen der GUS- Republiken bestehe. Er beteuerte: „Wir haben eine lange Tradition religiöser und kultureller Bande mit diesen Ländern, und diesen Ländern beizustehen, bedeutet nicht, mit einem anderen Land zu wetteifern“.<sup>304</sup>

Der Iran wird in erster Linie von den USA, die von der Absicht der Eindämmung Irans beherrscht wird, an der Verwirklichung seiner Vorstellungen und Möglichkeiten am Kaspischen Meer verhindert. Aufgrund seiner geographischen Lage könnte der Bau einer Pipeline durch den Iran die Kosten und Sicherheitsrisiken verringern.<sup>305</sup> Die ideologische Einstellung und beharrliche anti-amerikanische Außenpolitik des Irans bringt die Türkei in den Augen der Amerikaner in eine Sonderrolle. Falls es dem Iran gelingen würde, Beziehungen zu den USA zu entwickeln, würde der Iran in Richtung Zentralasien wichtigster strategische Partner des Westens sein, wobei die Türkei mit dem Verlust ihres strategischen Stellenwertes in den Augen der westlichen Staaten, aber vor allem der USA rechnen müßte. Die Türkei hat in ihrem Wettlauf mit dem Iran um Zentralasien den Vorteil, daß sie als Vermittlerin, als Brücke des Westens in Richtung Zentralasien, eine wichtige Rolle spielt. Die Vorteile der Türkei, die sprachliche, kulturelle, religiöse Verwandtschaft sowie die Gemeinsamkeiten und Sympathien, die die Türkei dort genießt, könnten für die westlichen Industriestaaten verlockende Gründe sein, die westlichen Hilfe- und Ausbauleistungen in Zentralasien über die Türkei abzuwickeln. Nicht nur Sympathie, sondern die Sicherheit der Transportwege, die niedrigen Kosten bei dem Transfer der Hilfs- und Ausbauleistungen, die die Türkei dabei bieten könnte, spielen eine bedeutende Rolle.

Eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den USA kommt erst zustande, wenn ihre außenpolitischen Interessen bezüglich einer Region oder eines Landes im großen und ganzen im Einklang stehen. Diese Übereinstimmung stellen wir im Falle Zentralasiens in dem Maße fest, daß die regionalen Interessen der Türkei mit den globalen Interessen der USA hinsichtlich der iranischen Zentralasienspolitik komplementär sind.

---

<sup>304</sup> IRNA, 27.10.1992

<sup>305</sup> R. Freitag-Wirringhaus, „Russische Politik im Spannungsraum zwischen dem Irak, Iran, der Türkei und dem Kaspischen Meer.“ In: Nahost Jahrbuch, 1998. Deutsches Orient-Institut, Leske und Budrich, Opladen, 1999, S. 219

Während die USA aus den „Schwächen“ (z. B. der wirtschaftlichen Kapazität) und der Besorgnis der Türkei im Hinblick auf Zentralasien Nutzen ziehen will, versucht die Türkei die Besorgnis der USA hinsichtlich Mittelasiens - Einflußnahme des Islams iranischer Prägung oder des politischen Islams - für ihre nationale Interessen, d.h. die Bereicherung ihres Einflusses in Zentralasien, zu nutzen. Die Türkei und die USA sind übereingekommen, „durch ihre Kooperation in Zentralasien das politische Gleichgewicht zu halten sowie die Annäherung der neuen Staaten an den Westen über die Brücke Türkei zu bewirken und den iranischen Einfluß einzudämmen. Die Bedeutung dieser Brückenfunktion der Türkei, in Teheran als Instrumentalisierung des pantürkischen Traumes eines ‚Großturkistan‘ gegen die islamische Revolution charakterisiert, ist zu einem bestimmten Element der Türkei-Natopolitik geworden.“<sup>306</sup>

#### 5.7.3.d. Die Grenzen und die Probleme der türkischen Außenpolitik im Transkaukasus und in Mittelasien

Während seiner Reise nach Mittelasien im April 1992 sagte Ministerpräsident Demirel: „Wir können den Entwicklungen in Mittelasiens nicht tatenlos zu sehen. (...) Die Türkei hat ihren Laizismus gefestigt trotz ihrer muslimischen Identität. Selbst wenn die Türkei über ungenügende finanzielle Mittel verfügt, hat sie eine gute Administration, Erfahrung und Wissen. Die Türkei kann in dieser Hinsicht für die eurasiatischen Staaten ein Vorbild sein.“<sup>307</sup> Diese Einsicht zeigt im Grunde die Grenzen der Euroasienpolitik der Türkei.

Der bewaffnete Konflikt zwischen Azerbaidchan und Armenien hat verdeutlicht, daß die Türkei auf die unerwartete außenpolitische Herausforderung als Regionalmacht nicht vorbereitet war. Daß der Vorschlag von Özal zur Errichtung einer türkischen Union beim Gipfeltreffen von 1992 in Ankara auf massiven Druck von Rußland, Kasachstan und Usbekistan abgelehnt wurde, führt vor Augen, daß diese Staaten - noch - viel mehr Rücksicht auf russische Politik nehmen müssen.

Nach einem anfänglichen Flirt mit dem türkischen Modell versuchen nun die zentralasiatischen Staaten ihren eigenen selbständigen Weg zu gehen. Der usbekische Präsident Islam Krimow sagte in einem Interview, das er der russischen Zeitung „Izvestija“ im November 1997 gegeben hat: „In den ersten Jahren unserer Abhängigkeit gab es den Versuch der Türkei, sich uns als „älterer Bruder“ aufzudrängen - in Fragen des Bildungswesens, als Modell der Kultur und des geistigen Lebens im allgemeinen. In der Praxis hat sich die Türkei aber bald davon überzeugen lassen, daß es ihr nicht schadet, wenn sie auch von uns etwas lernt. Nebenbei bemerkt, haben in der Türkei zunächst mehr als zweitausend unserer Studenten studiert, jetzt sind es kaum noch zweihundert“.<sup>308</sup>

Die Hoffnung der Türkei in den Staaten Zentralasiens neue Absatzmärkte zu finden, hat sich nur in geringem Maße erfüllt. „Die These vom ‚Jahrhundert der Türken‘ und von einer engen ökonomischen Kooperation der Turkstaaten vom Balkan bis nach Nordchina war ein Traum, dem weder die politischen, noch die ökonomischen Realitäten entsprachen. Zweifellos waren aber auch die Erwartungen der westlichen Partner der Türkei zu hoch angesetzt. Diese nämlich hatten erwartet, daß die Türkei als größte Macht der Region dort

<sup>306</sup> R. Freitag-Wirringhaus, a.a.O., 1992, S. 201

<sup>307</sup> Işın Aksu, „Yeni Hedef: Avrasya“ (Neues Ziel Euroasien). Cumhuriyet, 29.4.1992

<sup>308</sup> Zit. n.: W. Gumpel, „Determinanten der türkischen Außenpolitik in der Schwarzmeerregion in Mittelasien“. In: Südosteuropa Mitteilungen. 1/1998, S. 23

eine Führungsrolle übernehmen und damit auch die Interessen der NATO-Staaten in den selbständig gewordenen Turk-Regionen vertreten könne.“<sup>309</sup>

Die Gründe dafür sind die immer noch bestehende wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeit der Turkstaaten von Rußland, da die wirtschaftlichen Infrastrukturen und Sektoren so angelegt worden waren, daß noch heute eine Umorientierung und Verselbständigung sehr langsam vorangeht, weil dafür erforderliche Mittel fehlen. Rußland will dagegen diese Verbindung aufrechterhalten, um an alte koloniale Zeiten anknüpfen zu können.

Für die Türkei besteht die größte Herausforderung auf dem Gebiet der Wirtschaft. Trotzdem hat die Türkei im Handel mit euroasiatischen Staaten Erfolge verzeichnet. Das Handelsvolumen ist im Jahr 1990 von 145 Mio. US-\$ auf 550 Mio. US-\$ im Jahr 1993 gestiegen. Die Türkei hat ihre kulturelle Dominanz unter Beweis gestellt, aber die begrenzte Produktivität der türkischen Wirtschaft konnte die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllen und rief Enttäuschung hervor.

Für die Türkei sind die aussichtsreichsten Wirtschaftspartner in zentralasiatischen Staaten aufgrund ihrer reichen Rohstoffe Kasachstan und Usbekistan. Dabei ist wichtig, in welchem Maße die Türkei zu Gegenleistungen in der Lage ist. 1994 verzeichnete die Türkei im Handel mit Kasachstan und Turkmenistan Handelsdefizite. Daher geht man davon aus, daß Azerbaidchan und die zentralasiatischen Staaten in Zukunft vor allem Rohstoffergänzungsräume für die Türkei sein werden.<sup>310</sup>

Während Usbekistan sich in zunehmendem Maße von Rußland distanziert, initiiert der Präsident von Kasachstan, Nazarbajew, eine „Euroasiatische Union“, die die ehemalige Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Republiken umfassen sollte. Kasachstan hat eine 6.000 km lange gemeinsame Grenze mit Rußland. Iran, Pakistan und die Türkei sind nicht in der Lage, die Armut und defizitäre Wirtschaft der Region aufzufangen. Deshalb zeichnet sich eine Hinwendung Kasachstans zu Rußland ab. Kasachstan hat am 15.5.1992 einen Vertrag mit Rußland über kollektive Sicherheit abgeschlossen, der weitgehend dem früheren Warschauer Pakt entspricht. Am 25.5.1992 wurde ein Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand und am 15.9.1992 ein Protokoll über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.<sup>311</sup> Schließlich unterzeichnete Kasachstan am 20. Januar 1995 einen Vertrag über eine Zollunion mit Rußland und Weißrußland.

Kasachstan hat aufgrund seiner vorhandenen Nuklearwaffen eine besondere Stellung. Im Gegenzug garantierte die USA die Souveränität und nationale Einheit Kasachstans, und bei einem Besuch des Präsidenten Nazarbajew in den USA im Februar 1994 trat Kasachstan in die von der NATO konzipierte „Partnerschaft für den Frieden“ ein. Trotz seiner Verbindungen ist Rußland sein engster Partner, aber zugleich auch potentiell sein gefährlichster Gegner. Ziel der Politik Kasachstans ist, maximale Souveränität bei optimaler Zusammenarbeit und Kooperation mit Rußland herzustellen.<sup>312</sup>

---

<sup>309</sup> W. Gumpel, a.a.O., 1996, S. 43

<sup>310</sup> Ebd., S. 46

<sup>311</sup> Gundula Bahro/Abidin Bozdag/R. Freitag-Wirminghaus, „Die Lage in den zentralasiatischen Republiken.

Eine Bilanz seit der Unabhängigkeit“. In: Nahost Jahrbuch 1992, S. 191-193

<sup>312</sup> Working Paper 14, „Aktuelle Situation in den Turkrepubliken“. Zentrum für Türkei studien (Hrsg.), 1994, S. 55

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Türkei mit den zentralasiatischen Staaten hängt auch mit den inneren Entwicklungen dieser Staaten und ihrem Verhältnis zur Russischen Föderation ab. Je mehr sie sich innenpolitisch stabilisieren und in der Außenpolitik selbständiger werden, um so mehr werden sie von Rußland unabhängig sein. Entsprechend haben sie mehr politischen Spielraum, um untereinander und mit anderen Staaten Beziehungen aufzubauen. Trotz allem lassen die Strukturierung und Aktivitäten der GUS vermuten, daß ein Prozeß der Abkoppelung von der GUS und die Verselbständigung der Staaten in Mittelasien fortgesetzt werden wird.<sup>313</sup> Bei dem Gipfeltreffen der Präsidenten der Staaten Kasachstans, Kirgisiens, Turkmenistans, Usbekistans und Tadschikistans am 4. Januar 1993 in Taschkent wurde ein Koordinierungsrat gegründet. Dabei wurde der Wunsch zur Gründung der „Vereinigten Staaten Zentralasiens“ zum Ausdruck gebracht.<sup>314</sup> Im April 1994 haben die Staaten Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien eine Wirtschaftsunion gegründet, durch die wirtschaftliche Entwicklung gefördert und beschleunigt werden sollen. Der Vertrag sieht u.a. den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften vor. Er soll auch eine harmonisierende Kredit-, Haushalt-, Steuer-, Preis-, Zoll- und Währungspolitik ermöglichen.

Das Wiederbeleben des türkischen Nationalbewußtseins besonders in Azerbaidchan und in anderen Staaten Zentralasiens verstärkt das Gefühl, einer Volksgemeinschaft anzugehören, zu der auch die Türkei angehört. Die Türkei hat keine gemeinsame Grenze mit den Staaten in Mittelasien (einschließlich Azerbaidchan). Die Türkei muß die Landverbindung zu Zentralasien entweder über Georgien oder Armenien oder über den Iran herstellen. Diese geographische Lage erschwert es der Türkei, den Turkstaaten wirtschaftliche und im Notfall humanitäre Unterstützung zu gewähren.<sup>315</sup> Wegen der Sicherheitsprobleme bestehen auch Schwierigkeiten beim Gütertransport.

Die Turkstaaten im Mittelasien zeigen Interesse daran, ihre Beziehungen mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich aufzubauen. Ausschlaggebend sind dabei neben der geographischen Nachbarschaft die Gemeinsamkeiten in der sozialen, ethno-kulturellen Zusammensetzung und die historischen Gemeinsamkeiten.

Die Beziehungen anderer islamischer (arabischer) Staaten zu den zentralasiatischen Staaten, die neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit darauf abzielen, nach Jahren der Unterdrückung während der kommunistischen Herrschaft nun die islamische Kultur der Völker zu fördern, hat auch positive Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten mit der Türkei.<sup>316</sup> Anders ausgedrückt: Neben der nationalen Zugehörigkeit spielt der Islam als gemeinsame Basis der kulturell-religiösen Wertvorstellungen bei der Verstärkung der neuen Identitätsbildung eine große Rolle, die

---

<sup>313</sup> O. Alexandrova, a.a.O., 1992, S. 324

<sup>314</sup> Working Paper 14, „Aktuelle Situation in den Turkrepubliken“. Zentrum für Türkeistudium (Hrsg.), 1994, S. 6

<sup>315</sup> Als die azerische Regierung von der Türkei zur Rettung der vor Armenien geflohenen Azeris Hubschrauber verlangte, konnte die Türkei dem Wunsch nicht nachkommen, da kein Land sich bereit erklärt hat, türkische Hubschrauber über ihr Territorium fliegen zu lassen. Taha Akyol, „Kaukasische Politik“. Milliyet, 6.5.1993

<sup>316</sup> R. Freitag/Thomas Koszinowski, „Die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Zentralasien“. In: Nahost Jahrbuch, 1992, S. 207-211

wiederum dazu beiträgt, daß die Türkei bzw. türkische Unternehmer als bevorzugte Partner angesehen werden.

Auf dem „Türkischen Gipfel“ in Ankara (Oktober 1992), an dem alle Präsidenten der türkischsprachigen Staaten teilnahmen, konnte der Vorschlag der Türkei, eine Wirtschaftsgemeinschaft aller Turkstaaten zu schaffen, keine Zustimmung finden. Dieses Vorhaben wurde von den Präsidenten Kasachstans und Usbekistans zurückgewiesen.

Demgegenüber stand die russische Doktrin des „nahen Auslands“ aus den Jahren 1992/93, die auf dem Pfad der traditionellen russischen Expansionspolitik die Einflußmöglichkeiten in Südasien wiedererlangen wollte. Die Angst vor islamischen Bewegungen führte die asiatischen Staaten zur Reorientierung zu Rußland – und zwar in politischer und ökonomischer Hinsicht. Die türkischen Beziehung zu den Bruderstaaten und besonders zu Aserbaidschan wirkten als Rechtfertigung einer neuen aggressiven Politik gegenüber den muslimischen GUS-Staaten<sup>317</sup>. Trotz der Relativierung der Bedeutung der Türkei als „großer Bruder“ ist ihre Funktion als einziger Fürsprecher der aserbaidschanischen Interessen auf internationaler Ebene und einziger Alliiertes im Konflikt mit Armenien um Berg-Karabach erhalten geblieben.

Die Bindungen und die freundschaftliche Beziehung zwischen Aserbaidschan und der Türkei erreichten ihren Höhepunkt als Volksfront unter Eltschibey (6.6.1992 Juni - 1993). Der Putsch und die Entmachtung Eltschibey's „beendete nicht nur die Periode der türkischen Dominanz in Aserbaidschan, sondern bedeutete auch das symbolische Ende aller türkischen Träume und Hoffnungen hinsichtlich der ‚türkischen Welt‘. Das Scheitern der Volksfront war gleichzeitig auch das Scheitern der unrealistischen und emotional konzipierten türkischen Außenpolitik“<sup>318</sup>. Die Entmachtung des vom Volk gewählten Staatspräsidenten Eltschibey in Aserbaidschan durchkreuzte auch die Hoffnungen der Türkei in Richtung Zentralasien. Denn zum einen verlor die Türkei einen wichtigen Partner in Aserbaidschan, der ein echter Freund gewesen war und die Rolle der Türkei hinsichtlich Zentralasiens voll unterstützte. Es schien so, daß die Türkei mit der Entmachtung Eltschibey's ihr Tor zur türkischen Welt verlieren würde. Das für die Türkei strategisch sehr wichtige Abkommen über azerische Erdölpipelines vom Kaspischen Meer zum türkischem Seehafen Yumurtalik (Mittelmeer) war nach langen und schwierigen Verhandlungen zwischen dem staatlichen Unternehmen Aserbaidschans (Socar) und einem westlichen multinationalen Konsortium im Juli 1992 unterzeichnet worden. Dieses Abkommen sah den Ausbau und die gemeinsame Nutzung von drei Erdölfeldern im Kaspischen Meer vor. Nach der Entmachtung Eltschibey's wurde dieses Vorhaben vorerst gestoppt.<sup>319</sup>

Die Ansichten über die neue Rolle der Türkei in den Regionen um sie herum sind sehr unterschiedlich. Was in der türkischsprachigen Literatur euphorisch und gefühlsbeladen als eine Intensivierung der Beziehungen mit Zentralasien betrachtet wird, begegnet uns in europäischen und amerikanischen Abhandlungen hinsichtlich der Rolle der Türkei in Zentralasien nur als mögliche Zusammenarbeit bzw. Verbindung mit dem Westen.

<sup>317</sup> Freitag-Wirringhaus in W. Gumpel, a.a.O. 1996, S. 83

<sup>318</sup> Ebd., S. 84

<sup>319</sup> NZZ, 4./5. Juli 1993. Als Reaktion Rußlands auf die intensive Kooperation Aserbaidschans mit der Türkei und den USA ist der russisch-armenische Freundschaftsvertrag von 1997 als eine weitreichende militärische Kooperation zu bezeichnen. Dieser Vertrag bedeutet beinahe eine militärische Allianz und stellt in Bezug auf die Route der Pipeline ein Druckmittel gegenüber der Türkei und Aserbaidschan dar. Vgl. Freitag-Wirringhaus. In: Nahost Jahrbuch 1998, S. 218

Während Lothar Rühl „in Zentralasien keinen Raum für türkische Expansion und imperiale Spätbauten, wohl aber für eine konzentrierte europäische Aktion mit einer türkischen Beteiligung“<sup>320</sup> sieht, fällt ein anderer Kommentator folgendes Urteil: „Die Türkei wird sich anstrengen und es dennoch nicht schaffen, den hohen Erwartungen der verelendenden Verwandten in Turan gerecht zu werden. Unter der Voraussetzung solider finanzieller Rückendeckung hätte sie jedoch immerhin das Potential, eine Schlüsselrolle zu spielen und damit die neuen Republiken von riskanten Abenteuern abzuhalten, in die sie aus lauter Verzweiflung über ihr unmittelbares Problem getrieben werden könnte.“<sup>321</sup> Obwohl sich die Türkei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die Mühe macht, die einmalige Chance zu ihrem Vorteil zu nutzen, haben ihre wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten auch Grenzen, wenn es um die Erfüllung der Wünsche der neuen Staaten zu geht.

Özal wollte mit seiner Politik der jüngeren Generation eine Vision geben, die über das 21. Jahrhundert hinausreicht. Zusammen mit den zentralasiatischen Staaten glaubte er, das 21. Jahrhundert politisch und wirtschaftlich prägen zu können. „Wir werden unseren Kindern, Enkelkindern und Nachfahren eine erfahrenere, fortschrittlichere Türkei hinterlassen. Der Reichtum des Westens kommt daher. Der Westen hat immer eigene Erfahrungen gesammelt. Wir haben mit der Republik noch einmal neu angefangen. Aber jetzt haben wir eine große Möglichkeit in unserer Hand. Ich glaube, daß wir es schaffen. Und, so Allah es wolle, werden wir im 21. Jahrhundert besser dastehen. Und das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Türkei und der Türken sein.“<sup>322</sup>

Dabei muß die Türkei die Bedenken ihrer Konkurrenten, sie wolle eine regionale Führungsposition einnehmen und ein Großreich gründen, glaubhaft zerstreuen können. Eine kulturelle und wirtschaftliche Führungsrolle anzustreben und sicherheitsstabilisierend zu wirken, kann nicht mit Großmachtambitionen gleichgesetzt werden. Die Stabilität und Entwicklung in Zentralasien ist erst möglich, wenn innerhalb der regionalen Mächte eine Gleichgewichtspolitik erreicht worden ist. Die Kräftebalance mehrerer Regionalmächte schafft regional funktionierende Sicherheitsstrukturen. Die Einflußmöglichkeiten der Türkei scheinen innerhalb der regionalen Kooperationen zu liegen. Neben den wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten sollten die Unternehmer in der Lage sein, die Kommunikation mit der einheimischen Bevölkerung herzustellen. Das bedeutet, daß die Dienstleistungen, die zum Beispiel Kaufleute, Lehrer, Ärzte und Hotelleiter dort anbieten, auch dem kulturellen Standard der Leute entsprechen müssen. „So kann in Taschkent eine pakistanische Firma, ausgerüstet mit mechanischen Schreibmaschinen, inmitten eines heillosen Durcheinanders florieren, weil hier endlos geplaudert und dabei Tee getrunken wird, während auf der anderen Straßenseite ein japanisches Bürohaus mit allem Zubehör der modernen Computertechnik bald wieder schließen muß, weil es sich mit dem Geschäftsgebaren der Usbeken nicht vertraut zu machen verstand.“<sup>323</sup> Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) und die Organisation der ökonomischen Zusammenarbeit (ECO) bieten eine institutionelle Grundlage, auf der eine gemeinsame Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich aufgebaut werden kann. Die Rivalitäten innerhalb der Organisationen können durch den Einsatz konfliktverarbeitender

---

<sup>320</sup> L. Rühl, a.a.O., 1992, S. 301

<sup>321</sup> K. Duran, „Rivalitäten in und um Zentralasien“. In: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 4/92, S. 380

<sup>322</sup> Rede des Staatspräsidenten T. Özal im Marmara Club, „Blick in die Zukunft – Umwandlung“, Istanbul 16.10.1992, The Marmara Hotel, S. 37

<sup>323</sup> Khalid Duran, „Rivalität in und um Zentralasien“. In: Außenpolitik, 4/92, S. 378

Mechanismen gelöst werden, um einen wirtschaftlichen und kulturellen Raum zu schaffen, in denen die Völker in Frieden und Sicherheit leben können. Der Weg dahin führt aber über einen schwierigen und lang andauernden Prozeß, und er hängt auch von dem Wunsch der Völker ab, in Frieden und Sicherheit gemeinsam leben zu wollen.

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Türkei wird in ihrer außen- sicherheit- und innenpolitischen Entscheidungen mit zwei entscheidenden Fragen konfrontiert, die ihr bei der Verwirklichung ihrer innen und außenpolitischen Zielvorstellungen Schwierigkeiten bereitet, da diese politischen Vorstellungen diametral entgegen stehen. Der erste Faktor ist der Verwestlichungsprozeß der türkischen Gesellschaft mit ihren innen- und außenpolitischen Zielen, die seit Beginn der Republik als neue offizielle Identitätsbildung des türkischen Staates von Staatseliten vorangetrieben wird. Der zweite Faktor ist die religiöse, kulturelle und geschichtliche Identität der türkischen Gesellschaft, die sich in der traditionellen Verhaltensweise der Gesellschaft äußert. Diese unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ordnungen zwischen der offiziellen Staatsauffassung und den breiten Schichten der Bevölkerung führten in der Türkei bei Verfolgung der innen- und Außenpolitik zur Identitätskrisen. Daher ist festzustellen, daß türkische die Nation und Türkischer Staat zwei kontroverse Identitäten aufweisen, zumindest sich nicht gegenseitig ganz abdecken. Demzufolge ist es nicht die nationale Identität, die die Grundlagen der türkischen Außenpolitik bestimmt, da die türkische Außen- und Sicherheitspolitik sich ausschließlich nach der Identitätsauffassung des Staates richtet. Der moderne, demokratische Nationalstaat zeichnet sich durch seine Deckungsgleichheit von Staat und Nation aus. Trifft dies nicht zu, wirkt er nach außen hin als machtlos oder schwach, da er ständig zwischen der Identität der Gesellschaft und seiner eigener innen- und außenpolitischen Identität hin und her gerissen wird. Diese Schwankungen führen dann dazu, daß er seine innen- und außenpolitische identitätsstiftende Rolle nicht im entsprechenden Maße zur Geltung bringen kann.<sup>1</sup>

Die außen- und sicherheitspolitischen Rahmen der Türkei werden seit ihrer Gründung von drei elementaren Faktoren bestimmt. Diese sind:

- Die Aufbewahrung der innen- und außenpolitischen Errungenschaften der modernen Türkei, die seit ihrer Gründung (1923) besteht.
- Ihre historische Wurzeln als Erbe des Osmanischen Reiches und die sich daraus resultierenden Verhältnisse bzw. Beziehungen zu ihrer Nachbarstaaten und der Region.
- Ihre geopolitische und geokulturelle Lage, die unter den strategischen Gesichtspunkten sowohl für die Türkei selbst als auch für die westlichen Staaten von großer Bedeutung ist.<sup>2</sup>

Die außenpolitischen und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Türkei sind viel mehr ideologisch begründet. Auf die anderen zwei Faktoren wird aufgegriffen, um die nationalen Ziele der Türkei Nachdruck zu verleihen, wenn sie für die Verwirklichung der außen- und sicherheitspolitischen Ziele als Notwendig erachtet werden. Die ausschließliche Orientierung der türkischen Innen- und Außenpolitik, die zum Ziel setzt, einen festen Bestandteil der westlichen Wertegemeinschaft zu werden, wird mit dem Schicksal der modernen Türkei in Verbindung gebracht. Diese einseitige Zielorientierung beeinträchtigt die Türkei in ihrer außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der bilateralen und regionalen Beziehungen mit Nachbarstaaten zur Überwindung der bestehenden Konflikte angemessene

<sup>1</sup> Hanns W. Maul, „Welche Akteure beeinflussen die Weltpolitik“ in: (K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die Neue Weltpolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995, S. 304

<sup>2</sup> Vgl. H. Kramer, Die Türkei in der sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges“. In: P. Trummer (Hrsg.), a.a.O., 1997, S. 69

Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Daher entspricht sie nicht der wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen, kulturellen und geopolitischen Realitäten der Türkei. Sie widerspiegelt vielmehr die Identitätskrise der türkischen Nation, an der sie seit mehr als zweihundert Jahren befallen ist.

Das politische System in der Türkei bietet keine angemessenen Lösungen zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen der türkischen Gesellschaft, die sich dann in sozialpolitischen Unruhen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen ausartet. Die Folge davon ist die zunehmende Einflußnahme und Intervention der zivilen und militärischen Bürokraten in die Politik, die zur Einschränkung oder zur Aufhebung des demokratischen Systems führt. Nach dem Militärputsch vom 1980 haben die militärischen Machthaber eine neue Verfassung erarbeitet, welche die Festigung der Staatsgewalt und die damit verbundene Aufwertung der Stellung des Staatspräsidenten vorsah. Damit war beabsichtigt, nach dem Übergang zur Demokratie, durch den Staatspräsident die Dominanz der Staatsgewalt zu unterstreichen und die mögliche Gefährdung des Regimes durch das politische System zu verhindern.

Der Begriff „Nationale Sicherheit“ beinhaltet eine über militärische Verteidigung hinausgehende Bedeutung. In der Türkei wird im allgemein die Auffassung vertreten, daß der Sicherheitsbegriff alle möglichen Bereiche der Gesellschaft umfassen sollte. Unter der nationalen Sicherheit werden also alle Bereiche des öffentlichen und sogar privaten Lebens zusammengeführt. Der Nationale Sicherheitsrat bestimmt die nationale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei. (Art. 118/c) Unter nationaler Sicherheit wird die Bewahrung und Gewährleistung des offiziellen Staatsverständnisses und die Unantastbarkeit der Ideologie verstanden. Das Bestehen des Staates und das Dasein der türkischen Nation wird vom Schicksal der Staatsideologie, vom Kemalismus, abhängig gemacht. Der Generalstab hat eine dominante Rolle bei der Bestimmung der nationalen Sicherheit. Dem Generalstab unterstehende Generalsekretariat des nationalen Sicherheitsrates hat das Recht, in Ministerien die Anwendung der Beschlüsse zu verfolgen und gegebenenfalls zu intervenieren. In der inneren Sicherheit zielt der Staat auf die Wahrung der kemalistischen Ideologie und daher reagiert er gegen politischen Bewegungen sensibel, die von dem Staat als die Gefährdung der inneren Sicherheit der Gesellschaftsordnung angesehen werden.

In der Außenpolitik gilt die Aussage von Atatürk „Friede im Lande Friede in der Welt“ als Grundprinzip der nationalen Außenpolitik, die die Nichteinmischung in die innere Angelegenheit des Nachbarn einschließt. Unter diesem Prinzip werden die nationalen Ziele verstanden, in der Region friedliche Beziehungen einzugehen und die Gewährung der Stabilität und sozio-ökonomischer Entwicklungen in Frieden zu verwirklichen. Bei der Erreichung ihrer nationalen Ziele verfolgt die Türkei eine Politik, die darauf abzielt, die vorhandenen Probleme mit ihren Nachbarn auf friedlichen Wege, durch gegenseitige Verhandlungen zu lösen; sie legt ihre Grundregeln im Rahmen der Prinzipien Unabhängigkeit, Integrität, Souveränität, gleiche Rechte und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fest.

Die mit der neoliberalen Wende eingetretene dritte Entwicklungsdekade, „Magie des Marktes“ fand ihre politische Artikulation in dem internationalen System durch „Reaganomics und Thatcherismus“<sup>3</sup> in den 80‘er Jahren. Im Rahmen der neoliberalen Wende in internationalen

---

<sup>3</sup> Franz Nuscheler, „Das Nord-Südproblem“ in Grundwissen Politik“, a.a.O., 1993 S. 383

Ordnung wurde in der Türkei im Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank durch ein Stabilitätsprogramm im Jahr 1980 die freie Marktwirtschaft eingeführt. Der Name Özal war mit dem Stabilitätsprogramm und freier Marktwirtschaft eng verbunden. Die ersten freien Wahlen nach dem Militärputsch vom 1980 gewann die von Özal gegründete Mutterlandspartei. Die Grundlagen der freien Marktwirtschaft machte er sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik die Maxime seines Handelns. Seine manchmal übertriebene widersprüchliche Verhaltensweisen prägten auch sein politisches Handeln. Er pendelte zwischen der Perzeption einer Gesellschaftsordnung westlichen Musters und einer Persönlichkeit, in der er die kulturellen Wertvorstellungen der Gesellschaft widerspiegelte. Er war eigentlich das „Bild“ der sich wandelnden Türkei der achtziger Jahre.

In den ersten Regierungsperiode der Mutterlandspartei vollzog sich die Liberalisierung der Gesellschaft im Rahmen der freien Marktwirtschaft. Erst nach 1987, wo die Regierung sich gegenüber des Staatssystems durchsetzen und den Generalstabschef selbst ernennen konnte, wurde die pluralistisch- demokratische Gesellschaftsordnung als politisches Programm entwickelt, in dem die vielfältigen Interessen- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft als normal angesehen wurden. Die Ära Özal war sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik durch den Machtkampf zwischen dem Staatssystem und dem politischen System gekennzeichnet. Als Folge der Liberalisierungspolitik von Özal haben verschiedene politische Kreisen Gesellschaftskonzepte entwickelt, die sich auf liberale Ordnung basierten. Sie zielten darauf ab, Formen und Wege zu finden, mit denen in der Türkei die Koexistenz der vielfältigen Interessen und Identitäten in einer zivilen Gesellschaft ermöglicht werden, durch die der innere Frieden und die Sicherheit gewährleistet wird. Özals gesellschaftspolitisches Ziel bestand darin, die Wünsche bzw. die Erwartungen der Gesellschaft mit den Erfordernissen der modernen Welt im Einvernehmen mit dem Volk im Einklang zu bringen.

In der Innenpolitik war die Ära Özal von einer relativen Dominanz des politischen Systems über den Staatsrason gekennzeichnet. Die Begriffe wie „gesellschaftlicher Umwandlungsprozeß“, „Liberalisierung der Gesellschaftsordnung“, „freie Marktwirtschaft“, „Zweite Republik“ und „Neo-Osmanismus“ prägten die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei während der Regierungszeit Özals. Die Begriffe „freie Marktwirtschaft“, „Zweite Republik“, und „Neo-Osmanismus“ markieren als gesellschaftspolitische Konzepte einen Wendepunkt, indem ein neues Zeichen für die Veränderung in der gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Perzeption der Türkei in den achtziger Jahren gesetzt wurde. Zweite Republik war eine Bestrebung, die darauf abzielte, die Staatsauffassung auf der kemalistischen Grundlage an dem zeitgenössischen modernen Staatsverständnis anzupassen. Das Neo- Osmanismuskonzept wurde als ein regional orientiertes außenpolitisches Konzept entwickelt. Es war eine neue Rollendefinition der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik vor allem im regionalen Bereich, die sich aus der Erfordernissen der neuen internationalen Ordnung und aus der neuen innenpolitischen Selbstdefinition heraus entwickelte.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in den achtziger Jahren war die Fortsetzung der multidimensionalen Außenpolitik der Türkei unter starker Miteinbeziehung der regionalen Aspekte, die seit Mitte der sechziger Jahre an Bedeutung gewannen. Vor dem Hintergrund der Ölkrise und dem Zypern-Konflikt wurde die Nahost Politik in den achtziger Jahren zum wichtigsten Eckpfeiler der türkischen Außenpolitik. Den anderen Schwerpunkt in der Außenpolitik stellte die Beziehung zur USA dar. Bis 1986 hat es zwischen der Türkei und der

EG fast keine politischen und institutionellen Beziehungen gegeben. Erst mit der Stellung des EG-Vollmitgliedschaftsantrages konnten die Beziehungen auf der institutionellen Ebene zwischen der Türkei und der EG wieder aufgenommen werden.

Unter der Regierungszeit Özals wurden die Komponenten der regionalen Beziehungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die tragenden Pfeiler der türkischen Außenpolitik geworden. Die Türkei unterhielt gute Beziehungen zu den arabischen Staaten und Nachbarn, die eine erhebliche Erweiterung ihrer außenwirtschaftlichen Möglichkeiten nach sich zog. So steigerte sich der wirtschaftliche Handel mit den arabischen Öllieferantländern Libyen, Saudi-Arabien, Irak und Iran.

In seinem ersten Regierungsprogramm erklärte Özal als eines seiner grundlegenden außenpolitischen Ziele, die Kooperation mit den Nachbarn der Türkei in allen Bereichen auszubauen, und somit einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Region und in der Welt zu leisten. Die außenpolitische wirtschaftliche Perzeption von Özal war bestimmt von der Idee, daß die außen- und sicherheitspolitische Stabilität im Nahen und Mittleren Osten nur dauerhaft werden könne, wenn eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit langfristig zu einer ökonomisch wechselseitigen Interdependenz führt. Der Krieg zwischen dem Iran und Irak mit ihren sicherheitspolitischen Folgen für die Türkei - wegen den Kurden im Nordirak und PKK, die die innere Sicherheit und die nationale Integrität der Türkei gefährdete - die Unterstützung der PKK seitens Syrien, die gespannte Lage zwischen der Türkei und dem Griechenland und das Problem der türkischen Minderheiten in Bulgarien veranlaßte die Türkei in den achtziger Jahren ihre Außen- und Sicherheitspolitik auf regionalem Bereich zu konzentrieren.

In der Außenpolitik der Mutterlandspartei unter Özal wurde die Bedeutung eines ausgeglichenen Aufbaus der Beziehungen sowohl mit westlichen Staaten als auch mit islamischen Ländern unterstrichen, da in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik diese doppelte Strategie als sich ergänzende Faktoren betrachtet wurden.<sup>4</sup> Özals Politik bestand darin, daß in dem Maße, in dem die Türkei gute Beziehungen zu den islamischen Ländern eingeht und sich in die Lage versetzt, politisch und wirtschaftlich „Wunschpartner“ der islamischen Länder zu sein, würde dies ihr Stellenwert in Europa entsprechend erhöht und umgekehrt. Die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der Türkei in den achtziger Jahren bestimmten ihre Selbstdefinition in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht als Brücke zwischen der westlichen und islamischen Welt. Entsprechend hat die türkische Regierung unter Özal mit allen der Nachbarstaaten durch bilaterale Verhandlungen versucht, die Konflikte zu beiderseitigem Interesse zu überwinden. Die Grundlage seiner Außenpolitik basierte auf die Perzeption, daß die wirtschaftlichen Vernetzungen, gegenseitige Interdependenzen, und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten zur Affektkontrolle und Selbstbeherrschung führen würde, so daß eine konstruktive Konfliktkultur zur Überwindung der Konflikte zwischen den Staaten entstehen könnte.

---

<sup>4</sup> Presseerklärung des Ministerpräsidenten T. Özal, 07.01.1984. Özal hat schon im ersten Monat seiner Regierung Staatspräsident Kenan Evren eingeredet, nach Casablanca zu fahren, um am Gipfeltreffen der Staatspräsidenten Islamischen Konferenz, teilzunehmen. Er wurde dort zum Vorsitzenden des ökonomischen Komitees gewählt. Ercüment Yavuzalp, a.a.O., 1998, S. 76

Die geopolitische und geokulturelle Besonderheiten der Türkei spielten in der politischen Konzepte von Özal eine nicht zu unterschätzende Rolle. In den achtziger Jahren konzentrierte die türkische Außenpolitik ihre Strategie darauf, im wirtschaftlichen und politischen Bereich ihre Brückenfunktion zwischen dem Orient und Okzident wahrzunehmen. Entsprechend wurde in der Außenpolitik der Türkei ihre geopolitische Sonderstellung im Vordergrund gestellt, die man besonders im politischen und wirtschaftlichen Bereich als Betonung der Rolle der „Brückenfunktion“ zwischen den islamischen Ländern und Europa bezeichnen kann. Eines der Hauptmerkmale einer Brücke ist, daß sie auf beiden Ufern mit gleicher Stärke verankert sein muß, um ihre Funktion wahrzunehmen, also ein Stück bzw. Bestandteil von beiden Seiten sein muß. Daß die Türkei geostrategisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich eine Brückenfunktion ausübt, setzt voraus, daß sie die Fähigkeit besitzt, geostrategisch, geokulturell, geökonomisch und geopolitisch gute Beziehungen zu beiden Ufern (West und Ost) zu entwickeln.

Somit hatte die Türkei in den achtziger Jahren in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik drei Dimensionen, die in einem möglichst beständigen Gleichgewicht gehalten werden sollten. Die NATO-Bindung und Westorientierung war für die Sicherheit der Türkei weiterhin eine tragende Säule der Außenpolitik. Mit dem Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft wurden zwei Hauptziele verfolgt: Wirtschaftliche Integration der Türkei an die EG zu schaffen und die Demokratisierung voranzutreiben. Die zweite Orientierung in der Außenpolitik zielte darauf, durch die Entwicklung der bilateralen Beziehungen die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Nachbarn, einschließlich der Sowjetunion, zu fördern. Drittens sollten die Beziehungen zu den islamischen Staaten im politischen und wirtschaftlichen Bereich ausgebaut werden, so daß die Türkei eine Brückenfunktion zwischen dem Westen und der islamischen Welt übernehmen konnte. Die Erwartung der Türkei durch ihre Brückenfunktion die beiden Seiten, die islamische Länder und den Westen, zufrieden zu stellen und damit ihren Stellenwert aufzuwerten, hat sich in dem Maße nicht bestätigen lassen. So stand z.B. die Türkei nicht mal auf der Liste der Staaten, bei denen Kuwait sich für ihre Teilnahme zur Befreiung Kuwaits bedankte.<sup>5</sup>

#### *Das Ende des Kalten Krieges: Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei*

Das Ende des Kalten Krieges und der Wegfall der Blockkonfrontation relativierte die strategische Bedeutung der Türkei als NATO-Verbündete in den Augen ihrer westlichen Verbündeten. In dieser Phase erlebte die Türkei eine Phase der „strategischen Panik“

Die Erklärung der US-Präsident Bush in seiner Haushaltsrede am 2.9.1989, daß er vor habe, die amerikanischen Verteidigungsausgaben zu reduzieren und der Vorschlag der US-Präsidenten beim NATO-Gipfelkonferenz am 29-30.5.1989, der die Abbau der amerikanischen militärischen Präsenz und Stützpunkte in verschiedenen Ländern um 20 % verlangte<sup>6</sup>, führte in der Türkei zu Besorgnis, da diese wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen der USA auch die Türkei betreffen würden. Hinzu kam, daß im Herbstagung der NATO-Außenministerkonferenz im Dezember 1990 darüber geeinigt wurde, dem Begriff, „Schutzbündnis“ gegenüber dem Warschauer Pakt fallenzulassen und der Stabilität in

<sup>5</sup> Cumhuriyet vom 28.10.1991

<sup>6</sup> Bis 1994 wurden 12 NATO-Stützpunkte in der Türkei geschlossen. Bei den wirtschaftlichen und militärischen Hilfeleistungen der USA wurde auch Reduzierungen verzeichnet. Özden. .O. Alantar, a.a.O., S. 222, Fußnote 3

politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Vorrang einzuräumen.<sup>7</sup> Das heißt, die NATO hat ihrer Funktion „als Rahmen für obligatorische kollektive Verteidigung“<sup>8</sup> gelockert. Die Türkei war sicherheitspolitisch um die politischen Folgen der Entspannungspolitik besorgt.

Die Kuwait-Krise bot der Türkei neue Chance ihren strategischen Stellenwert in der internationalen Ordnung unter Beweis zu stellen. Sie brachte aber zugleich neues Sicherheitsrisiko, das die Einheit des türkischen Staates gefährdete. Während des Golfkrieges verfolgte die Türkei zwei Ziele: Zum einen hat sie sich an der Seite der Alliierten gestellt und somit ihre Zuverlässigkeit als Bündnispartner und auch ihre geostrategische Unverzichtbarkeit für den Westen bewiesen. Zum anderen bemühte sich die türkische Führung, durch vielseitige Diplomatie mit arabischen Staaten, in der neuen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Neuordnung, eine aktive Rolle zu übernehmen. Diese neue Außenpolitik machte sich in erster Linie dadurch bemerkbar, daß die Türkei während der Kuwait-Krise gegen den Irak auf der Seite der Alliierten stand, und zwar aktiv in dem Sinne, daß zum ersten Mal von türkischem Boden aus das Territorium eines Nachbarlandes angegriffen wurde. Es galt nicht mehr das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarn, das bisher Leitfaden der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik gewesen war.

Als Ergebnisse der Kuwait-Krise können festgehalten werden:

- Die Türkei hat ihre hochgesteckten wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht. Sie erhielt bis Februar 1991, 1.903 Mill. US-\$ finanzielle Unterstützung in Form von Krediten oder als Hilfe. Bis 1996 wurden die finanziellen Verluste der Türkei, die durch Kuwait-Krise entstanden sind, insgesamt 36. Mill. US-\$ angegeben.
- Dagegen wurde der geopolitische Stellenwert der Türkei vom Westen bestätigt. Die Türkei wird in der NATO und der EU als wichtiger Interessenvertreter in Nahost geschätzt. Sie entwickelte sich zu einer Regionalmacht, wurde das Kräftependant zum Iran am Golf und in Mittelasien und nahm eine wichtige Stellung in der Kräftebalance der Region ein. Damit konnte der Verlust der besonderen geostrategischen Bedeutung im Ost-West-Konflikt kompensiert werden.
- Die Beteiligung an der Golfkriegsallianz ermöglichte es der Türkei, die Entwicklungen im Norden des Iraks zu kontrollieren.
- Durch die Stationierung der Schutztruppen in der Türkei zum Schutz der irakischen Kurden (Provide Comfort) gegen die Soldaten Saddams wurde sie in die Konflikte jenseits ihrer Grenze einbezogen. Zugleich erlangte die Türkei dadurch Einfluß auf die innenpolitischen Entwicklungen im Irak. Die Türkei erhielt die Möglichkeit, die irakischen Kurden und Turkmenen zu beeinflussen und damit zur Schwächung des Irak im Kampf um die Vorherrschaft in der Region beitragen. Zugleich wurde eine intensive Bekämpfung der vom Irak aus operierenden PKK möglich. Die Stationierung der internationalen Schutztruppen brachte aber für die Türkei Nachteile. Die Stationierung des „Poised Hammers“ führte auch zur Internationalisierung der Kurden- und PKK- Problematik.

<sup>7</sup> Heinz Magenheimer, „Zur Neukonstellation der Mächte in Europa“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26. April 1991, S. 21- 31

<sup>8</sup> Uwe Nerlich, „Neue Sicherheitsfunktion der NATO“. In: EA., Folge 23/1993, S. 664

Darüber hinaus konnte die PKK das im Nordirak entstandene Machtvakuum für sich nutzen und in diesem Gebiet Lager errichten, das für die Türkei unmittelbare Bedrohung darstellte. Die Unterstützung der Status quo im Nordirak durch die westlichen Staaten, die Stationierung des „Poised Hammers“ wurde in der türkischen Öffentlichkeit mit Besorgnis verfolgt.

- Die Türkei hat beim infrastrukturellen Aufbau Nordiraks erhebliche Hilfe geleistet. Somit erhielt sie die Möglichkeit, die kurdischen Bewegungen in der Weise zu beeinflussen, daß sie keine Schritte unternahmen konnten, die der sicherheitspolitischen Strategien der Türkei widersprechen würden. Dabei bestand/besteht das Problem darin, daß die Türkei durch ihre Hilfeleistung im Nordirak zur Festigung der bestehenden Verhältnisse beiträgt, was in absehbarer Zeit zu dem führen würde, was die Türkei immer verhindern wollte: nämlich zur Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak.

### *Neue Bedrohungsanalyse*

Durch die Kuwait-Krise entstandene unübersichtliche Lage im Nordirak und den Zusammenbruch der Sowjetunion mit ihren regionalen und internationalen Folgen und den Zerfall Jugoslawiens sah sich die Türkei genötigt, in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik eine multidimensionale und regionalbezogene Strategie zu entwickeln.

Angesicht der Veränderungen in der internationalen Sicherheitsordnung revidierte die Türkei ihre nationale Sicherheitspolitik und legte eine neue nationale Sicherheitspolitik fest. Vom Sicherheitsrat unter dem Namen „Urkunde der Türkisch- Nationalen Politik“ verfaßte Sicherheitspolitik (1992) wurde die Sowjetunion – da sie zusammenbrach – von der „Feind-Kategorie“ der Türkei gestrichen. In der neuen nationalen Sicherheitspolitik wurden die Entwicklungen im Nordirak, der Konflikt mit Syrien und auch Griechenland als die unmittelbaren, die Einheit des Staates gefährdenden Bedrohungen angesehen.

### *Das Konzept Neo-Osmanismus als eine neue außenpolitische Identität auf dem Weg zur Regionalmacht*

Die neue Außenpolitik der Türkei war, nach dem Konzept des Neo-Osmanismus, das Wiedererinnern an das gemeinsame historische Erbe in diesem Raum und das Einbeziehen der Faktoren der gesamtürkischen und islamischen Identität, die in der Außenpolitik der Türkei bis dahin bewußt vernachlässigt wurden. Daher war die Perzeption von Özal sich als Schutzpatron der Kurden im Nordirak anzubieten, ein Teil eines neuen Identitätsbewußtseins in der türkischen Außenpolitik, sowie als er am 18 Februar 1993 auf der Taksimplatz in Istanbul während einer Kundgebung für die Unterstützung Bosnien-Herzogowina zu der Massen zurief, daß die bosnischen Moslime 60 Mio. Brüder haben und Bosniaken nicht auf der Welt allein seien, und daß Bosnien-Herzogowina Andalusien der Türkei sei. Aber, fügte er in seiner Rede hinzu, daß die Türkei nicht zulassen werde, daß der Schicksal Bosnien-Herzogowina wie des Schicksals Andalusien sein werde.<sup>9</sup>

Der Neo-Osmanismus baute seine Weltanschauung darauf, die Perzeption der multinationalen gesellschaftlichen Politik des Osmanischen Staates als Grundlage für eine pluralistische

<sup>9</sup> In: Türkiye Günlüğü, Bahar 22/1993, S. 8-15

Gesellschaftsordnung in der Türkei zu bilden. Dabei lag der islamisch-türkische Nationalismus als übergreifende und alle Gebiete des ehemaligen Osmanischen Reiches umfassende neue Identität bei der neuen Identitätsbildung im Zentrum. Im Gegensatz zur kemalistischen Perzeption betrachtete Özal die Existenz der verschiedenen Ethnien in der Türkei als Bestandteile eines Ganzen. Im Projekt des Neo-Osmanismus lag eine Türkei zugrunde, in der die Loyalität der ethnischen und religiösen Identität nicht ausgeschlossen war, sondern es sollte eine Türkei sein, in der die Identität, gestützt auf die historische osmanische Erfahrung, von historischer osmanischer Identität und der Zugehörigkeit der islamischen Religion geprägt wird.

Der Neo-Osmanismus wurde als ein Verhalten, als eine Perspektive verstanden, wonach eine ablehnende Haltung gegen das politische Verhalten der Staatseliten entwickelt wurde. Es war zugleich eine Absage an die stillschweigend hingenommene Perzeption der Staatseliten, „einer Provinz der Weltpolitik“ zu sein. Es war auch eine neue Rollendefinition der türkischen Außenpolitik im Rahmen der sich verändernden Weltpolitik und im Zusammenhang mit der neuen Rolle der Türkei innerhalb der neuen globalen Politik. Die Türkei wurde von dem „Flankenland“ des westlichen Verteidigungssystems während des Kalten Krieges in das Zentrum eines neuen Systems gerückt, in dem die Türkei einen großen Wirtschaftsraum kontrollieren könnte. Sie konnte aber mit einem von der Außenwelt abgekapselten und etatistischen System - also ohne Veränderung gesellschaftspolitischer Ordnung - dieser neuen Aufgabe nicht gerecht werden, und mußte sich - von Außenpolitik bis Wirtschaft, von innerer Sicherheit, bis äußerer Sicherheitsdoktrinen - neu definieren und auf ein breites Spektrum neu anlegen.

Daß der strategische Stellenwert der Türkei - spätestens nach dem Golfkrieg - seitens der westlichen Verbündeten noch mehr betont wurde als in den Zeiten des Kalten Krieges, hängt damit zusammen, daß die Türkei sich geographisch auf der Kreuzung der für den Industriestaaten lebenswichtigen Wirtschaftressourcen befindet. Allein die USA bildet 4,8 % der Weltbevölkerung, verbraucht aber 25,5 % Erdöl im Lande. Westeuropa ist 90 % und Japan 98 % vom Energiequellen des Nahen Osten abhängig.<sup>10</sup> Dazu kommt der Kampf um die Erschließung des geotragisch und geoökonomisch für die Industriestaaten wichtigen reichen Erdöl- und Gasvorkommen der zentralasiatischen Turkstaaten. Deswegen wird der Raum um die Türkei herum als Schlagader der Industriestaaten für ihre Wirtschaft und Wachstum angesehen. Die Regionen Zentralasien und Nahe Osten werden vor allem wegen ihrer strategisch lebenswichtigen Ressourcen mit wirtschaftlichen Interessen der westlichen Staaten vor allem Europa und USA in Verbindung gebracht. Sie brauchen diese Energiequellen, um ihre wirtschaftliche Entwicklung und politische Vormachtstellung in der internationalen Ordnung auch im 21. Jahrhundert im Gang halten zu können. Die Aufwertung des geostrategischen Stellenwertes der Türkei nach dem Kalten Krieg hatte einerseits mit ihrer geopolitischen Lage als Verbündete des Westens in dieser Region zu tun. Andererseits boten die religiösen und kulturellen Gemeinsamkeiten, sowie sprachliche und ethnische Verwandtschaften der Türkei mit den Völkern der Regionen vom Balkan über Transkaukasus

---

<sup>10</sup> Baskin Oran, a.a.O., 1998, S. 24. Der Ölanteil am Primärenergieverbrauch der Regionen für das Jahr 1990 sah (in Prozent) so aus: Nordamerika: 40,0 ; Westeuropa 43,0; und Japan 54,0, Dazu siehe: Jörg Beutel, „Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl“. In: „Die Golfregion in der Weltregion“ Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Hohlhammer Taschenbücher, Stuttgart 1991, S. 89

bis Zentralasien gute Startposition an, um die westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle in die neuen islamischen Staaten zu exportieren.

Wenn wir diese Faktoren zusammenfassen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Türkei einerseits innerhalb der internationalen Ordnung als regionale Macht präsentiert wurde und andererseits die Türkei diese Rolle gerne übernommen hat, weil sie mit der nationalen Interessen der Türkei im Hinblick auf ihren Wirkungsraum übereinstimmte. Das heißt: Es bestand zwischen den globalen Interessen der USA und auch denen des Europas und den nationalen Interessen der Türkei eine Übereinstimmung.

- 1 Die Türkei sollte als eine Regionalmacht die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen des Westen im Nahen- und Mittleren Osten und Mittelaisien vertreten. In dieser Hinsicht kooperierte die Türkei während des Kuwait-Krieges mit ihren westlichen Verbündeten eng zusammen. Sie bewies damit ihre Loyalität zum Bündnis.
- 2 Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandenes Machtvakuum im Kaukasus und Zentralasien sollte von der Türkei mit der Unterstützung des Westens ersetzt werden. Während die Türkei die strategische Öffnung in Richtung Zentralasien als eine Chance betrachtete, die in dreihundert Jahren nicht wieder kommen könnte, wurde sie vom westlichen Staaten als ein Entwicklungsmodell präsentiert. Die Türkei sollte als Modell-Land in jeder Hinsicht dazu beitragen, die politischen Strukturen im Transkaukasus und Mittelaisien nach westlichem Vorbild zu gestalten.
- 3 Die Türkei sollte als Hochburg des Laizismus und als Stabilisierungsfaktor und als Pufferzone dem Vormarsch des politischen Islams in der Region und im Mittelaisien Einhalt gebieten.<sup>11</sup>

In den Beziehungen zwischen dem Westen und der Türkei standen die globalen sicherheitspolitischen Interessen ihrer Verbündete immer im Vordergrund. Die Beziehungen der Türkei und westlichen Staaten wurden viel mehr durch die sicherheitspolitischen Aspekten der westlichen Staaten im Hinblick auf die Region Nahen und Mittleren Ostens geprägt. Während die Türkei bestrebt ist, politische, wirtschaftliche und kulturelle Integration mit dem Westen zu erreichen, bestimmte die strategische Bedeutung der Türkei die Politik des Westens hinsichtlich der Beziehungen zur Türkei. In westlichen Hauptstädten wurde die Türkei weiterhin wegen ihrer Kurdenpolitik, Menschenrechtsverletzungen und „Völkermord“ an Armeniern kritisiert. Aus der Perspektive der Türkei stellt sich heraus: „Im Westen nichts neues“.

Nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes gab es trotz aller Bedenken die Bestrebungen der Staaten in der Region - sei es im Rahmen der Sicherheitspolitik, sei es im Wirtschaftsbereich - institutionelle Rahmen für die Zusammenarbeit zu schaffen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat für die Türkei neue Horizonte eröffnet. Die Türkei hat mit den Balkanstaaten, Mittelaisien und Nahen Osten geschichtliche, kulturelle, religiöse und ethnische Bindungen und Gemeinsamkeiten. Die Türkei ist von den politischen Entwicklungen und ethnisch-nationalistischen, sowie religiösen Konflikten in ihrem regionalen Umfeld unmittelbar betroffen. Die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten vom Erdöl- und Gasvorkommen des Nahen Ostens und der Kampf der Staaten um die Energiequellen im Mittelaisien führt uns

<sup>11</sup> Vgl. Bahri Yilmaz, „Wirtschaftliche Stabilität und Machtpolitik in der Türkei“. In: Internationale Politik, (Bonn), Nr. 4/1997, S. 47

zur Schlußfolgerung, daß die Vormachtstellung der Staaten im 21. Jahrhundert in diesem Raum ausgetragen werden. Daher werden diese Regionen künftig in der internationalen Politik in wirtschaftlicher, politischer, strategischer Hinsicht eine wichtige Rolle spielen. Die Türkei hat selbst unter T. Özal diese Situation rechtzeitig erkannt und in diese Richtung die Initiative ergriffen. Nach der Gründung der ECO (1985) zwischen der Türkei, dem Iran und Pakistan folgte auf die Initiative der Türkei die Gründung der Schwarzmeerwirtschaftsregion. Am 25 Juni 1992 kamen Staats- und Regierungschefs der elf Anrainerstaaten (einschließlich Griechenland und Albanien, die keine Schwarzmeer-Anrainerstaaten sind) in Istanbul zusammen und gründeten die „Schwarzmeerwirtschaftsregion“.

Trotz all seiner Bemühungen kann man die Erfolge, die die Ära Özals in fast 10 Jahren verzeichnet hat, als Bescheiden einstufen. Bei der Senkung der Inflationsrate, der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Mittelschicht hat Özal seine Ziele verfehlt. Er konnte ebenfalls in Sicherheitsfragen, u.a. in der Gesellschaft für Ruhe und Ordnung zu sorgen, Sicherheit und Frieden im Lande zu gewähren, keine große Erfolge verzeichnen. Sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der außen- und Sicherheitspolitik von Özal ist eine entscheidende Verhaltensweise zu beobachten: Er versuchte in erster Linie die konjunkturelle internationale Politik und deren Auswirkung auf die Türkei einzuschätzen und die Rahmenbedingungen vorzubereiten, um die entsprechenden wirtschaftlichen, innenpolitischen und außenpolitischen Maßnahmen in der Türkei einzuleiten. Während er versucht hat die leitende Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik einzuschränken, hat er diese Rolle auf internationale Organisationen wie Weltbank und IWF übertragen. Auch in der Außenpolitik sehen wir die in dieser Form getroffene Entscheidungen wie z.B. die Schließung der irakischen Erdölpipeline während der Kuwait-Krise. Um nicht den Eindruck zu erwecken, daß die Türkei die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen unter dem Druck der ausländischen Organisationen oder Staaten genommen hat, hat Özal es stets vorgezogen diese Maßnahmen selbst zu treffen. Dabei sollte man die sozialen und politischen Realitäten der Türkei mitberücksichtigen. Die innen- und außenpolitischen Probleme, die er zu lösen versuchte, gingen über seine Kompetenzen als Ministerpräsidenten und auch als Staatspräsident hinaus, da manche chronisch gewordene Konflikte in der Gesellschaft unmittelbar mit der Daseinsberechtigung des nationalen Staates eng in Verbindung gebracht worden waren, wie die Anerkennung der kurdischen Realität und Versöhnung des Staates mit dem Islam.

Die Grundlage der neuen internationalen Ordnung bildet vor allem für die USA, aber auch für westliche Staaten, die Sicherung der für die westlichen Wirtschaft lebenswichtigen Rohstoffquellen in der neuen Welt. Diese neue Welt ist Euroasien mit ihren „geopolitischen Spielern“ und „Achsenmächten“. Die Aufrechterhaltung der Stabilität und des Friedens in dieser Regionen ist das neue sicherheitspolitische Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Dazu gehört auch, das islamische Wiedererwachen als politische Bewegungen vom Balkan bis Zentralasien unter Kontrolle zu halten oder so zu schwächen, daß sie für Interessen des Westen keine Gefahr darstellen können. Dabei bekommt die Türkei die Rolle, einerseits, als regionale Macht im Zentrum dieser geopolitischen Interessenkonstellation, als Stabilität fördernder Staat zu fungieren und andererseits, als Modell der laizistisch-westlichen Zivilisation, die anti-westliche Strömungen innerhalb der islamischen Welt einzudämmen. Als Gegenleistung erwartet die Türkei als ein Bestandteil der westlichen Zivilisation anerkannt und akzeptiert zu werden. In der neuen internationalen Politik nach dem Ende des Kalten

Krieges basierten die Beziehungen zwischen der Türkei und ihrer westlichen Verbündeten vielmehr auf diese Grundlage.

In der westlichen Industriestaaten beobachtet man die Tendenz, daß sie die Stabilität und den Frieden in den für sie strategisch wichtigen Regionen in erster Linie deshalb fördern wollen, damit sie die Rohstoffquellen dieser Regionen leichter nutzen können. Die Sicherheitspolitik wird im Westen, nach der Wende, als Gewährleistung der Sicherheitswege der Rohstoffe und Ressourcen zur Aufrechterhaltung des Wohlstandes der Industrienationen verstanden. Der Golfkrieg lieferte einen wirklichen Beweis dafür, daß die geopolitische Bedeutung der Türkei, wenn es insbesondere um die Wahrung der westlichen Interessen in der Region geht, gestiegen ist. In der Türkei wurde nach dem Kalten Krieg die Einsicht vertreten, wenn die EU an ihrer bisherigen Politik festhält und keine grundlegenden Änderungen hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft vornimmt, wäre nicht zu erwarten, daß sie ein gleichberechtigter Partner des Westens damit der NATO behandelt wird, sondern, daß sie lediglich die Funktion einer Gendarmerie der westlichen Staaten in der Region übernimmt.<sup>12</sup>

In der Perzeption des Sicherheitsverständnis zwischen den Industriestaaten und „den Rest“ der Welt sind die unterschiedlichen Betrachtungsweisen krasser geworden. Die Sicherheit stellt für die Industriestaaten nicht mehr „Bedrohung“, sondern nur „Risiken“ dar. Diese Betrachtung trifft für die anderen Staaten nicht zu. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind die Nationalstaaten in den anderen Teilen der Welt die Gefahren ausgesetzt, die ihre Souveränität und nationale Integrität unmittelbar bedrohen.

Daher können die Grundlagen der gemeinsamen Sicherheit besonders für die Bewältigung der regionalen Konflikte maßgebend sein. In der gemeinsamen Sicherheit vorgesehene Prämissen bilden die Grundsätze der neuen regionalen Institutionen in der neuen internationalen Weltordnung nach dem Kalten Krieg. Zu diesen Grundsätzen gehören die Förderung der Partnerschaft und Kooperation, sowie den Krieg als Mittel zur Konfliktlösung zwischen den Staaten auszuschließen, an. Daher könnte auf den Grundlagen des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit, verstanden als ein „Kriegsverhütungskonzept“, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischenstaatlicher interregionaler und internationaler Ebene ausgebaut werden, auf dem das Konzept der Kollektiven Sicherheit sich aufbauen kann. Es wäre für eine effektive und partnerschaftliche Zusammenarbeit von großer Bedeutung, wenn die Wissenschaftler und Politiker dem Erkenntnis gelangen würden, daß die Stabilität und Frieden überall auf der Welt deshalb gewährleistet werden muß, weil es dabei in erster Linie um die Menschen handelt.

Das Modell der Gemeinsamen Sicherheit geht von der Weiterbestehen der Gegensätze und der Existenz der Sicherheitskontrahenten aus. Sie hatte in erster Linie zum Ziel, die Überwindung des Abschreckungssystems zu schaffen und dadurch die Lösung von militärischen Pakten und Blöcke herbeizuführen. In der Tat wurde dem Ost-West-Gegensatz ein Ende gesetzt und Warschauer Pakt wurde aufgelöst. So gesehen, kann man das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit als ein Konzept des Übergangs bezeichnen. Wenn man davon ausgeht, daß sie ein Konzept zur Überwindung des Abschreckungssystems des Kalten Krieges war, so kann man sagen, daß sie ihre konventionelle Funktion erfüllt hat. Aber die Gefahren und Bedrohungen, deren Bewältigung zur wichtigsten Aufgabenbereich

<sup>12</sup> Sedat Ergin, „Die kritische Prüfung von Mesut Yılmaz bei der Außenpolitik“, Hürriyet 27.06.1991

der Sicherheitspartnerschaft gehört, existieren weiter hin. Die grenzüberschreitenden Gefährdungen und Wirtschaftsprobleme, Auswanderungen als Folge der Unterentwicklung, Umweltprobleme, Terrorismus, Drogen, sind globale Probleme, zu deren Überwindung die Kooperation und Zusammenarbeit aller Staaten benötigt wird. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die ethno-nationalistischen, kulturellen und religiösen Konflikte, Grenzzwischenfälle, bewaffnete Auseinandersetzungen, besonders in bestimmten Regionen der Welt, auf dem Balkan bis Fernosten und Afrika –man denke an Somalia und Ruanda- verschärft. Die gegenseitige Abschreckung hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges auf die regionalen Ebene verlagert.

Die Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen könnten an den Front-bzw.-Schnittlinien entstehen, die diese Kulturen voneinander trennen oder an denen diese Kulturen zusammenprallen, wie sie J. Huntington dargelegt hat. Karl Popper verweist im Gegensatz zu Huntington primär auf die kooperativen und stimulierenden Momente beim Zusammenstoß von Kulturen in der Geschichte, wie in der griechischen Zivilisation im Zusammenprall mit der westlichen und östlichen Kulturen.<sup>13</sup> Feststellend kann man sagen, daß das Zusammentreffen der westlichen und islamischen sowie anderen Kulturen nicht unbedingt Konfliktbeladen sein wird, sondern auch zu fruchtbaren Entwicklungen, zu Gunsten allen führen kann. Vorausgesetzt, daß die westliche Kultur und Weltanschauung nicht den Absolutheitsanspruch erhebt und die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Interessen nicht als der Maßstab für Gewährung der Sicherheit, des Friedens und der Stabilität in der Welt betrachtet.

Die westliche Weltanschauung, die Kants „republikanische Verfassung“ als die einzige, dem Recht der Menschen vollkommen angemessene Verfassung betrachtet, hebt für sich den universellen Absolutheitsanspruch und neigt dazu die kulturellen Werte und Normen der anderen Gesellschaften und Gemeinschaften zu negieren. Nach Kantischer Tradition wird die ‚republikanische Verfassung‘ als einzig richtige Verfassung für die Entwicklung der Menschheit angesehen. Aufgrund ihrer guten Organisation sollte diese westliche Weltanschauung in der Lage sein, „die anderen ihrer zerstörerischen Wirkung aufhält oder dies aufhebt (...) bis der Mensch wengleich nicht ein moralisch- guter Mensch, dennoch ein guter Bürger zu sein gezwungen wird“.<sup>14</sup> Darüber hinaus sei es nicht die moralische Besserung der Menschen, „sondern nur der Mechanismus der Natur, von dem die Aufgabe wissen verlangt, wie man ihn an Menschen benutzen könne, um den Widerstreit ihrer unfriedlichen Gesinnungen in einem Volk zu richten, daß sie sich unter Zwangsgesetze nötigen, und so den Friedenszustand, in welchen Gesetze kraft haben, herbeiführen müssen.“ Daher sei – „damit von der Vernunft zu einem Mittel gebraucht werden kann, dieser ihrem eigenen Zweck, nämlich der rechtlichen Vorschrift, Raum zu machen und hiermit auch (...) den inneren sowohl als äußeren Frieden zu befördern und zu sichern“.<sup>15</sup> Dieser Absolutheitsanspruch in der internationalen Ordnung zwingt die Gesellschaften nach „Entweder – Oder Kategorien“ zu denken, die zu unausweichlichen Konfrontationen zwischen den verschiedenen Kulturen führt, die sowohl den inneren Frieden einer Gesellschaft als auch internationale Sicherheit gefährdet.

---

<sup>13</sup> C. Hacke, a.a.O., 1995, S. 331

<sup>14</sup> E. Kant, Zum Ewigen Frieden, in: Forschung und Wissenschaft, Partner im Fortschritt, (Aachen) 7. Jahrgang, 1958/4, „Zum Ewigen Frieden“ mit einer Einführung von Karls Jaspers a.a.O., S. 27

<sup>15</sup> Ebd., S. 28

Die Ära von Özal war mit ihren Widersprüchen darauf gerichtet, sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außen- und Sicherheitspolitik auf die „kooperativen und stimulierenden Momente“ des Aufeinandertreffens der verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen aufbauend, ein Modell zu entwickeln, in dem die traditionellen Werte einer in der islamischen Kultur behafteten Gesellschaft an die Erfordernissen der zeitgenössischen modernen Denk- und Lebensweise anzupassen und damit die Koexistenz der unterschiedlichen Weltanschauungen und Kulturen zu ermöglichen, die unentbehrlich für einen pluralistisch-demokratischen Staat sind.

## QUELLENVERZEICHNIS

### BÜCHER

- AHMED, Feroz: „Modern Türkiye'nin Doğuşu“ (Die Geburt der modernen Türkei).  
Übersetzung: Yavuz Alogan, Sarmal Yayınları, 1. Baskı, Istanbul, 1995,
- AKGÜNER, Zeynep Gökce: „Tarımsal Göç ve Bölgelerarası Eşitsizlik –1970-1993-“,  
(Die Landflucht und das Ungleichgewicht zwischen den Regionen 1970-93). Kültür  
Bakanlığı Yayınları, Ankara, 1997
- AKGÜNER, Tayfun: „1962 Anayasasına Göre Milli Güvenlik Kavramı ve Milli Güvenlik  
Kurumu“ (Der Begriff der Nationalen Sicherheit und der Nationale  
Sicherheitsrat nach der Verfassung von 1962). Istanbul Üniversitesi Siyasal  
Bilimler Fakültesi Yayınları, Istanbul, 1983
- AKKAYA, Çiğdem: „Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) Gegenwart, Zukunft  
und Möglichkeiten einer deutsch-türkischen Zusammenarbeit in der Region“. In:  
Werner Gumpel (Hrsg.), „Deutschland und die Türkei –Gemeinsame Interessen in  
Europa im Mittleren Osten und Mittelasien“. Deutsch-Türkische Konferenz der  
Südosteuropa-Gesellschaft und des Instituts für Außenpolitik (Ankara) am 8 – 9  
Juni 1995 in München, Südosteuropa – Gesellschaft, München 1996
- ALANTAR, Özden: „Türkiye-ABD İlişkilerinin Ulusal Güvenlik Boyutunda Dönüşümü“  
(Die Umwandlung der Beziehungen zwischen der Türkei und der USA in der  
sicherheitspolitischen Dimension). In: Gencer Özkan/Şule Kut (Hrsg.), „En  
Uzun Onyıl –Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı  
Yıllar“. (Die längsten zehn Jahre). Büke Yayınları, 2. Baskı, Istanbul, 2000
- ALEMANN, von Ulrich/FORNDRAN, Erhard: „Methoden der Politik Wissenschaft- Eine  
Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis“. Urban-Taschenbücher,  
Kohlhammer, 2. Auflage, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1979
- ALKAN, A. Turan: „Kadrini Seng-i Musallada Bilip...“ (Seinen Wert erst im Sarg  
verstehen...). In: İhsan Sezal (Hrsg.), „Siyaset ve Devlet Adamı Turgut  
Özal“ (Politiker und Staatsmann Turgut Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve  
Sosyal Dayanışma Vakfı, Istanbul, 1996
- ALTAN, Mehmet: „Sorun Politik Devletten Libarel Devlete Geçememektir“ (Das Problem  
besteht darin, daß der Übergang vom politischen Staat zum liberalen Staat nicht  
geschaffen werden kann). In: Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), In: Metin  
Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), „2. Cumhuriyet Tartışmaları“ (Diskussionen über die  
Zweite Republik). Başak Yayınları, 2. Baskı, Ankara 1993a.a.O., 1993
- ALTMETPEN, Johannes: „Krisenbewältigung ohne Krieg“. In: Gerhard Maier (Hrsg.),  
„Sicherheitspolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1993
- ALTMETPEN, Johannes: „Entwicklung und Perspektiven westlicher  
Entspannungspolitik“. In: „Friedensanalysen - Für Theorie und Praxis  
Schwerpunkt: Entspannungspolitik“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1979
- ALTUNDAL, Aytunç: „Laiklik“, (Laizismus), 1994
- ALTUNIŞIK, Meliha Benli: „Güvenlik Kıskaçında Türkiye-Ortadoğu İlişkileri“ (Die  
Türkei-Nahost-Beziehungen unter der Zange der Sicherheitspolitik) . In:  
Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.), „En Uzun Onyıl –Türkiye'nin Ulusal Güvenlik  
ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“ (Die längsten zehn Jahre). Büke  
Yayınları, 2. Baskı, Istanbul, 2000
- AMELUNG, Torsten: „Die politische Ökonomie der Importsubstitution und der  
Handelsliberalisierung – Das Beispiel Türkei“. Kieler Studien, Institut für  
Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Hrsg.), Horst Siebert, J.C.B Mohr (Paul  
Siebeck), Tübingen, 1989

- ARCAYÜREK, Cüneyt: „Şeytan Üçgeninde Türkiye“, (Die Türkei im teuflischen Dreieck). Bilgi Yayınevi, 1. Basım, Ankara 1987
- ARENHÖVEL, Mark: „Neubeschreibung der Demokratie- Konflikte um Differenz und Integration“. In: Franz Neumann (Hrsg.) „Politische Theorien und Ideologien“, 1. Bd. Leske- Budrich, 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen, 1998
- ARI, Tayyar: Basra Körfezi'nde Güç Dengesi“ (Das Gleichgewicht in der Golfregion), Uludağ Üniversitesi, Bursa, 1992
- ARMAOĞLU, Tahir: „20 Yüzyıl Siyasi Tarihi, 1914-1980“ (Die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts, 1914-1980). I. Cilt. Türkiye İş Bankası Kültür Yayınları, 9. Baskı, Ankara, 1993
- AVCIOĞLU, Doğan: „Türkiye`nin Düzeni“ (Die Ordnung der Türkei), Tekin Yay. Istanbul, 1982
- AYDIN Ahmet: „Kürtler, PKK ve Abdullah Öcalan“, (Die Kurden, die PKK und Abdullah Öcalan), Ankara, 1992
- AYVAZOĞLU, Beşir: „Turgut Özal İçin Bir Portre Denemesi“ (Versuch eines Portraits vom Özal). In: İhsan Sezal (Hrsg.), Devlet ve Siyaset Adamı Turgut Özal“, (Politiker und Staatsmann Turgut Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve Sosyal Dayanışma Vakfı, Istanbul, 1996
- BAHRO, Gundula/BOZDAĞ, Abidin /FREITAG-WIRMINGHUAS, Rainer: „Die Lage in den zentralasiatischen Republiken. Eine Bilanz seit der Unabhängigkeit“. In: Nahost Jahrbuch 1992, Deutsches Orient-Institut, Leske und Budrich, Opladen, 1993
- BAĞCI, Hüseyin: „Die türkische Außenpolitik während der Regierungszeit Menderes von 1950 bis 1960“. Dissertationsarbeit, Bonn, Phil. Fak., 1988
- BAĞCI, Hüseyin: „Bir Devlet Adamı Olarak Turgut Özal ve Dış Politika“ (Özal als ein Staatsman und die Außenpolitik). In: İhsan Sezal (Hrsg.), „Devlet ve Siyaset Adamı Turgut Özal“, (Politiker und Staatsmann Turgut Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve Sosyal Dayanışma Vakfı, Istanbul, 1996
- BAĞCI, Hüseyin: „Türkische Außenpolitik nach den Luxemburger EU-Gipfel vom Dezember 1997: Europäisch ohne Europa?“. In: Erich Reiter (Hrsg.) „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Mittler Verlag, Hamburg- Berlin - Bonn, 1999
- BAKIŞ, Ata, M.: „Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg- Ein Beitrag zur türkischen Außenpolitik (1945-1991). Dissertationsarbeit, Freie Universität Berlin, 1992
- BARLAS, Mehmet: „Turgut Özal`ın Anıları“ (Memoiren von Turgut Özal). Sabah Kitapları, Istanbul, 1994
- BAŞKAYA, Fikret: „Paradigmanın İflası –Resmi Ideolojinin Eleştirisine Giriş“ (Das Versagen der Paradigma - Die Einführung in die Kritik der offiziellen Ideologie). DOZ Yayınları, 1. Baskı, Istanbul, 1991
- BAYUR, Hikmet Y.: „Türkiye Devletinin Dış Siyaseti“. (Die Außenpolitik des türkischen Staates). Türk Tarih Kurumu Basımevi, Ankara, 1995
- BACKRAUND INFORMATIONEN: „Sicherheitspolitischer Nord-Süd- Dialog“ Gesprächsrunde II: Naher Osten, Berg- Leoni, 9-11 Juli 1993, erstellt von european Center for International Security (EUCIS) im Auftrag der Bundesregierung Juli, 1993
- BERKES, Niyazi: „Türk Düşünce Dünyasında Batı Sorunu, (Das Westproblem in der türkischen Gedankenwelt), Bilgi Yayınevi, Ankara, 1975
- BERKES, Niyazi: „Türkiye`de Çağdaşlaşma“ (Modernismus in der Türkei). Doğu-Batı Yayınları, Istanbul, 1978

- BEUTEL, Jörg: „Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl“. In: „Die Golfregion in der Weltregion“. Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Hohlhammer Taschenbücher, Stuttgart, 1991
- BİLGİSEVEN, A. Kurtkan: „Genel Sosyoloji“ (Allgemeine Soziologie). Genişletilmiş, 4. Baskı, Filiz Kitabevi, Istanbul, 1986
- BLIß, Klaus-Dieter/ GÜTTLER, Ralf: „Luftmacht im Golfkrieg“. In: Hartmut Zeher (Hrsg.), „Der Golfkonflikt - Dokumentation, Analyse und Bewertung aus militärischer Sicht“. Verlag, Mittler & Sohn, Herford, 1992
- BORATAV, Korkut: „1980'li Yıllarda Türkiye'de Sosyal Sınıflar“ (Die sozialen Klassen in der Türkei in den achtziger Jahren). Reyo Basımevi, 2. Baskı, Istanbul, 1995
- BOZDEMİR, Mevlüt: „Türk Ordusunun Tarihsel Kaynakları“, (Die historischen Quellen der türkischen Armee), Ankara Üniversitesi SBF Yayını, Ankara, 1982
- BÖLÜĞİRAY, Nevzat: „Özal Döneminde Bölücü Terör 1983-1991“, (Die separatistische Terror während der Ära Özal, 1983-1991). Tekin Yay., 2. Baskı, Ankara, 1992
- BRAUN, Ursula: „Die Golfregion: Probleme und Bedeutung im Ost-West-Bezug“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die Weltpolitik - Strukturen – Akteure – Perspektiven“. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2. aktualisierte Auflage, Bonn, 1987
- BREDOW, Wilfried von: „Konflikte und Kämpfe zwischen Zivilisationen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.). „Die neue Weltpolitik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995
- BRINKMANN, Rainer: „Das Konfliktszenario: Politische und militärstrategische Ziele und Interessen der Konfliktparteien“. In: Hartmut Zeher (Hrsg.) „Der Golfkonflikt – Dokumentation, Analyse und Bewertung aus militärischer Sicht“. Verlag E.S. Mittler & Sohn, Herford- Bonn, 1992
- BRINGMANN, Rainer: „Die Golfkrise Beispiel für Krisenmanagement?“. In: Hartmut Zeher (Hrsg.), „Der Golfkonflikt- Dokumentation, Analyse und Bewertung aus militärischer Sicht“. Verlag, Mittler & Sohn, Herford- Bonn, 1992
- BROWN, Bess A./FULLER, Elizabeth: „Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion“. Redaktion: Martin Hoch, Übersetzung: Martina Boden, Konrad-Adenauer- Stiftung, St. Augustin, 1994
- BRZEZINSKI, Zbigniew: „Büyük Satranç Tahtası – Amerikan'nin Önceliği ve Bunun Jeostratejik Gereklere“ (Das große Schachbrett - Die Vormachtstellung der USA und deren strategische Argumente). Übersetzung: Ertuğrul Dikbaş/Ergun Kocabıyık, 2. Baskı, Sabah Kitapları, Istanbul, 1998
- BESSON, Waldemar/JASPER, Gotthard: „Das Leitbild der modernen Demokratie – Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1990
- BULAÇ, Ali: „Modern Ulus Devleti“ (Der moderne Nationalstaat), İz Yayınevi, Istanbul, 1995
- BULL, Hedley: „Die anarchische Gesellschaft“. In Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Weltpolitik – Strukturen – Akteure - Perspektiven“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Auflage, Bonn, 1987
- BURO, Andreas: „Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen“. In: „Friedensanalysen für Theorie und Praxis 4, Schwerpunkt: Friedensbewegung“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1977
- BÜBER, Oya Ayman/SÖĞÜT, Mine: „Politik Basamaklar ve Özal“. (Die politischen Stadien und Özal). In: Oya Ayman Büber/Mine Söğüt (Hrsg.) „Tüm Yönleriyle Özal ve Dönemi“ (Aus allen Perspektiven Özal und seine Ära). Hürğüc, Hürriyet Yayınları, Istanbul, 1993

- BÜHL, Hartmut: „Die sicherheitspolitische Konzeption der Atlantischen Allianz und ihre Militärstrategie“. In: Hartmut Bühl (Hrsg.), „Strategie Diskussion“. Mittler Verlag, Herford 1. Auflage, 1987
- CELMAN, Hikmet Yıldırım: „Ziya Gökalp'in Eğitim Sosyolojisi“ (Die Bildungssoziologie von Ziya Gökalp), MEB Yayınları, Istanbul, 1989
- CEM, İsmail: „Türkiye'de Geri Kalmışlığın Tarihi, (Die Geschichte der Rückständigkeit der Türkei). Cem Yayınevi, Istanbul, 1982
- CLAPHAM, Ronald: „Strukturen und Prozesse in der Industriegesellschaft“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn, 1993
- CZEMPIEL, Ernst-Otto: „Der Zusammenhang von Selbstbestimmung, Demokratisierung und Freiheit“. In: Erich Reiter (Hrsg.), „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Mittler Verlag, Hamburg- Berlin-Bonn, 1999
- ÇANDAR, Cengiz: „Özal'ın Cenaze Töreni Kemalizmin Cenaze Töreniydi“. (Begräbniszeremonie von Özal war eigentlich das Begräbniszeremonie von Kemalismus). In: Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), „2. Cumhuriyet Tartışmaları“ (Diskussionen über die Zweite Republik). Başak Yayınları, 2. Baskı, Ankara 1993
- ÇAŞIN, Mesut Hakkı: „Çağdaş Dünyada Uluslararası Güvenlik Stratejileri ve Silahsızlanma“ (Internationale Sicherheitsstrategien und Abrüstung in der modernen Welt), Ankara, 1995
- ÇİĞDEM, Ahmet: „Turgut Özal: Resmîyetin Çöküşü“ (Turgut Özal: Das Zusammenbrechen des Offiziellen). In: İhsan Sezal (Hrsg.), „Devlet ve Siyaset Adamı Turgut Özal“ (Politiker und Staatsmann Turgut Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve Sosyal Dayanışma Vakfı, Istanbul, 1996
- DAASE, Christopher: „Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Zu einem Ordnungsmuster internationaler Politik“. In: Klaus- Dieter Wolf (Hrsg.), „Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung“. Schriftenreihe für Arbeitsgemeinschaft für Friedens –und Konflikts- Forschung e.V. AFK Band XX, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Auflage, Baden Baden, 1993
- DAĞ, Rıfat: „1800'den Günümüze Doğu Ekonomisi“ (Die Ostökonomie von 1800 bis Gegenwart). Diyarbakır Sanayi ve Ticaret Odası (Handels-und Industrierkammer der Stadt Diyarbakır). (Hrsg.), Diyarbakır, 1995
- DEHDASHTI, Rexane: „Der kaukasische Teufelkreis: Internationale Konfliktvermittlung in einer unruhigen Region“. In: Bruno Schoch/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), „Friedensgutachten 1996“. Hessische Stiftung Frieden- und Konfliktforschung (HSFK), Forschungstädte der Evangelischen Studien (FEST) Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFHS), Lit Verlag, Münster, 1996
- DETTKE, Dieter: „Militärpolitik/Sicherheitspolitik“. In: Wichard Woyke (Hrsg.) „Handwörterbuch Internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn ergänzter Nachdruck 1994 der 5. Aktualisierten und überarbeiteten Auflage von 1993
- DOĞAN, D. Mehmet: „İhtilaller ve Müdahaleler“ (Militärputsche und Interventionen). Rehber Yayınevi, Ankara, 1990
- EBERT, Theodor: „Soziale Verteidigung: Sicherheitspolitik mit gewaltfreien Mitteln nach der Öffnung der deutsch- deutschen Grenze“. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheit 2000“ Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1991
- EMİN, Fatih, „Turgut Özal 1983-1993“, (Turgut Özal, 1983-93) Risale Yayınları, Istanbul, 1993

- ERDOĞAN, Mustafa: „Türk Politikasında bir Reformist: Turgut Özal“ (Ein Reformist in der türkischen Politik: Turgut Özal). In: İhsan Sezal (Hrsg.), „Siyaset ve Devlet Adamı Özal, 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve Sosyal Dayanışma Vakfı, Istanbul, 1996
- ERGUN, İsmet: „Zur wirtschaftlichen Lage der Türkei“. In: Werner Gumpel (Hrsg.), „Deutschland und die Türkei – Gemeinsame Interessen in Europa im Mittleren Osten und in Mittelasien“. Deutsch-türkische Konferenz der Südosteuropa-Gesellschaft und des Instituts für Außenpolitik (Ankara) am 8-9 Juni 1995 in München, Südosteuropa Gesellschaft, München, 1996
- FAULENBACH, Bernd: „Nationalismus und demokratische Emanzipation“. In: Bernd Faulenbach/Heinz Timmermann (Hrsg.), „Nationalismus und Demokratie: Gesellschaftliche Modernisierung und nationale Idee in Mittel- und Osteuropa“. 1. Auflage, Klartext, Essen, 1993
- FELS, Gerhard: „Krisenpunkte des Weltwirtschaftsystems“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die Weltpolitik – Strukturen – Akteure - Perspektiven“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. aktualisierte Auflage, Bonn, 1987
- FERDOWSI, Mir. A.: „Von Europa lernen? Die KSZE als Modell für regionale Sicherheits- und Friedensordnungen in der Dritten Welt“. In: Volker Matthies (Hrsg.), „Kreuzzug oder Dialog“. Dietz Verlag, Bonn, 1992
- FISCHER, Horst: „Koexistenz und Kooperation im modernen Völkerrechts: Gemeinsame Sicherheit und die Struktur des Rechts der Friedenssicherung“. In: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Gemeinsame Sicherheit : Dimensionen und Disziplinen“. Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Auflage, Baden Baden, 1987
- FORNDRAN, Erhard: „Abrüstung und Rüstungskontrolle - Beiträge zur Zeitgeschichte“. Colloquium Verlag, Berlin, 1981
- FREI, Daniel: „Die Entstehung eines globalen Systems unabhängiger Staaten“. In: Karl Kaiser/Hans.Peter-Schwarz (Hrsg.), „Weltpolitik – Strukturen – Akteure – Perspektiven“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Aktualisierte Auflage, Bonn, 1987
- FREI, Daniel: „Was ist unter Frieden und Freiheit zu verstehen?“. In: Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.). „Sicherheitspolitik Kontrovers –Frieden und Sicherheit Statu quo in Westeuropa und Wandel in Osteuropa“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd.291I, Bonn, 1990
- FREITAG-WIRMINGHAUS, Rainer: „Der Einfluß Irans und der Türkei in Zentralasien“. In: „Nahost Jahrbuch 1992“. Deutsches Orient-Institut, Leske und Budrich, Opladen, 1993
- FREITAG-WIRMINGHAUS, Rainer: „Russische Politik im Spannungsraum zwischen dem Irak, Iran, der Türkei und dem Kaspischen Meer“. In: „Nahost Jahrbuch 1998“. Deutsches Orient-Institut, Leske und Budrich, Opladen, 1999
- FREITAG-WIRMINGHAUS, Rainer: „Die Politik der Türkei in Zentralasien und Azerbaichan“. In: Werner Gumpel (Hrsg.), „Deutschland und die Türkei – Gemeinsame Interessen in Europa, im Mittleren Osten und im Mittelaisien“. Deutsch-Türkische Konferenz der Südosteuropa- Gesellschaft und des Instituts für Außenpolitik (Ankara) am 8-9 Juni 1995 in München, Südosteuropa –Gesellschaft, 1996
- FREITAG-WIRMINGHAUS, Ranier/KOSZINOWSKI, Thomas: „Die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Zentralasien“. In: „Nahost Jahrbuch 1992“, Deutsches Orient-Institut, Leske und Budrich, Opladen, 1993
- GALTUNG, Johan: „Stabilität oder Unsicherheit- Einige Überlegungen zur Friedens –und Sicherheitspolitik der neunziger Jahre“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomosverlagsgesellschaft, Baden Baden, Bd.46, 1. Aufl.1987

- GALTUNG, Johan: „Es gibt Alternativen!- Vier Wege zu Frieden und Sicherheit-“. Westdeutsche Verlag, Opladen, 1974
- GÖKMEN, Yavuz: „Özal Sendromu“ (Özalssyndrom), Verso Yayınevi, 2. Baskı, İstanbul, 1992
- GÖKMEN, Yavuz: „Değişim Rüzgarları Eserken“ (Als die Umwandlungswinde wehten). In: Oya Ayman Büber/Mine Söğüt (Hrsg.) „Tüm Yönleriyle Özal ve Dönemi“ (Aus allen Perspektiven Özal und seine Ära). Hürgüç, Hürriyet Yayınları, İstanbul, 1993
- GÖLE, Nilüfer: „Moderleşme Sürecinde İslami Kimlik Arayışı“ (Die Suche nach einer islamischen Identität während des Modernisierungsprozesses). In: S. Bozdoğan/R. Kasaba (Hrsg.), „Türkiye’de Modernleşme ve Milli Kimlik“ (Die Modernisierung in der Türkei und nationale Identität). Tarih Vakfı, Yurt Yayınları, İstanbul 1998
- GÖNLÜBOL, Mehmet (Hrsg.): „Olaylarla Türk Dış Politikası“ (Die türkische Außenpolitik in Ereignissen). Siyasal Kitabevi, 9. Baskı, Ankara, 1996
- GÖNÜLTAŞ, Osman: „Rolle und Beitrag der Türkei“. In: Harmut Zeher (Hrsg.), „Der Golfkonflikt – Dokumentation, Analyse und Bewertung aus militärischer Sicht“. Mittler & Sohn, Herford, 1992
- GÖRMEZ, Kemal: „Turgut Özal: Merkezi Bürokrasiye Yenilen Reformist“, (Der Reformer, der der zentralen Bürokratie unterlag). In: Ihsan Sezal (Hrsg.), „Devlet ve Siyaset Adamı Turgut Özal“ (Politiker und Staatsmann Turgut Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve Sosyal Dayanışma Vakfı, İstanbul, 1996
- GÖRTEMAKTER, Manfred: „Entspannungspolitik und europäische Sicherheit (1967-1977) Konflikt und Kooperation im Ost-West-Verhältnis“. Dissertationsarbeit, Freie Universität Berlin, 1977
- GRESSER, Manfred/NICOLAS, Comes: „Die Vereinten Nationen - Theorie und Realität der Weltfriedensorganisationen“, Sonderaufgabe für die Landeszentrale für politische Bildung des Landes NRW, 1975
- GROSSER, Dieter/NEUSCHWANDER, Thomas: „GATT“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), „Handwörterbuch Internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, ergänzter Nachdruck 1994 der 5. aktualisierten und überarbeiteten Auflage von 1993
- GÜNEY, A. Nurşin: „AKKA`nın Yeni Koşullara Uyarlanması ve Türkiye`nin Güvenliği“ (Die Anwendung des KSE-Vertrages auf die neuen Voraussetzungen und die Sicherheit der Türkei). In: Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.) „En Uzun Onyıl – Türkiye`nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“ (Die längste zehn Jahre). Büke Yayınları, 2. Basım, İstanbul, 2000
- GÜVENÇ, Serhat: „TSK`nin Sınırötesi Girişim Yetenekleri: Ulusal Güvenlik Politikasında Yeni Boyut“ (Die grenzüberschreitenden offensiven Fähigkeiten der türkischen Streitkräfte: Neue Dimension in der nationalen Sicherheitspolitik). In: Gencer Özkan/Sule Kut (Hrsg.), „En Uzun Onyıl –Türkiye`nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“ (Die längste zehn Jahre). Büke Yayınları, 2. Baskı, İstanbul, 2000
- HACKE, Christian: „Die großen Mächte“. In: Karl Kaiser/Hans Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von Martin Brüning und Georg Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- HÄCEL, Erwin: „Proliferation von Massenvernichtungswaffen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von Martin Brüning und Georg Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995

- HÄCKEL, Erwin: „Ideologie und Außenpolitik“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), „Handwörterbuch Internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, ergänzter Nachdruck 1994 der 5. aktualisierten und überarbeiteten Auflage von 1993
- HAFTERNDORN, Helga: „Der Beitrag regionaler Ansätze zur internationalen Ordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts“. In: Karl Kaiser/Hans –Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von Martin Brüning und Georg Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- HALBACH, Uwe: „Die Türkei im Spannungsfeld zwischen ‚atlantischer‘ und ‚regionaler‘ Außen – und Sicherheitspolitik: Aktuelle Entwicklungen und sowjetische Kritik“. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1986. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1986
- HANSEN, Lynn: „Amerikanische Sicherheitspolitik- Grundlagen und Tendenzen aus amerikanischer Sicht“. In: O. Buchbender/H. Bühl/ H. Quaden (Hrsg.), „Sicherheit und Frieden- Andere regioale und überregionale sicherheitspolitische Abkommen und Verträge“. Verlag Mittler, 2. vollkommen überarbeitete und erweiterte Auflage, Herford, 1985
- HARTMAN, Jürgen/KEMPF, Udo: „Staatsoberhäupter in westlichen Demokratien“. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1989
- HATIPOĞLU, Ömer Vehbi: „Başka Bir Açıdan Kürt Sorunu“ (Kurdisches Problem aus einer anderen Perspektive). Mesaj Yayınları, Ankara, 1992
- HEINRICH, W. Fucks/ R. Lautmann/ O. Ramstedt/ H. Weinold (Hrsg.): „Lexikon zur Soziologie“. Westdeutscher Verlag, 3. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Opladen, 1994
- HEISENBERG, Wolfgang: „Bedrohungspereption, Friedens- und Sicherheitsverständnis als Grundlage politischen Handelns“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers- Frieden und Sicherheit Stautu quo in Wsteuropa und Wandle in Osteuropa“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd.219/I, Bonn, 1990
- HIPPLER, Jochen: „Pax America? Neue Weltordnung und Dritte Welt“. In: Volker Matthies (Hrsg.), „Kreuzzug oder Dialog?“. Dietz Verlag, Bonn, 1992
- HOCALOĞLU, Durmuş: „Laiklikten Milli Sekulerizme – Laiklik Sorununun Felsefi Çözümlemesi“ (Vom Laizismus zum nationalen Sekularismus- Eine philosophische Analyse des Laizismusproblems). Selçuk Yayınları, Ankara, 1995
- HUBEL, Helmut: „Die Ursachen der ‚strukturellen Friedlosigkeit‘ im Nahen und Mittleren Osten“. In: Erich Reiter (Hrsg.), „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Mittler Verlag, Hamburg- Berlin- Bonn, 1999
- HUBEL, Helmut: „Regionale Krisenherde der Weltpolitik“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M. Brüning und G. Schlid. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995
- HUNTINGTON, S. P.: „Kampf der Kulturen- Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert-„. Europaverlag, München- Wien, 5. Auflage, 1997
- İLHAN, Suat: “Türkiye’nin Jeopolitiği ve Türk Dünyası“ (Die Geopolitik der Türkei und die türkische Welt). Türk Kültür Araştırmalar Entsitüsü, (Institut für Studien der türkischen Kultur), Ankara, 1993
- İLHAN, Suat: „Jeopolitik Gelişmeler ve Türkiye“ (Geopolitische Entwicklungen und die Türkei). Avrasya Etütleri, T.C. Başbakanlık (Türk İşbirliği ve Kalkınma Ajansı, TİKA), Ankara, 3/1995
- JACOBS, Kurt: „Arbeitspapier zur Entwicklung der amerikanisch-türkischen Beziehungen“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1980

- JESSE, Eckhard: „Typologie politischer Systeme der Gegenwart“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung. 2. Völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn, 1993
- KAISER, Karl /MAY, Bernhard: „Wirtschaft und Interdependenz“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz,,(Hrsg.) „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M. Brüning und G. Schild.Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- KANT, Immanuel: „Zum Ewigen Frieden“. Mit einer Einführung von Karl Jaspers. In: „Forschung und Wirtschaft – Partner und Fortschritt“. Jahrgang 7, Aachen, 1958/4
- KAPANI, Münci: „Politika Bilimine Giriş“ (Einführung in die Politikwissenschaft), Bilgi Yayınevi, Ankara, 1989
- KASABA, Reşat, „Modernizm ve Milli Kimlik“, (Der Modernismus und die nationale Identität). In: S. Bozdoğan/R. Kasaba (Hrsg.), „Türkiye’de Modernizm ve Milli Kimlik (Der Modernismus und die nationale Identität in der Türkei). Tarih Vakfı, Yurt Yayınları, Istanbul, 1998
- KAYNAK, Muhteşem (Hrsg.): „Irak Mültecileri ve Türkiye, 1988-1991“ (Irakische Flüchtlinge und die Türkei 1988-1991). Tanmak Yayınları, Ankara, 1992
- KAZAN, Şevket: „Öncesi ve Sonrasıyla 28 Şubat“ (28 Februar: Mit Vor- und Nachgeschichte). Keşif Yayınları, Ankara, Ohne Erscheinungsjahr
- KENNEDY, Paul: „Büyük Güçlerin Yükseliş ve Çöküşleri- 1500‘ den 2000‘e Ekonomik Değişme ve Askeri Çatışmalar“ (Der Aufstieg und der Fall der großen Mächte – Die ökonomischen Veränderungen und militärischen Konflikte von 1500 bis zum Jahr 2000). Übersetzung: Birtane Karanakçı, Türkiye İş Bankası Kültür Yayınları, 6. Baskı, Ankara, 1996
- KEOHANE, Robert, O/NYE, Joseph, S.: „Macht und Interdependenz“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Weltpolitik - Strukturen- Akteure - Perspektiven“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 217, 2. Aktualisierte Auflage, Bonn, 1987
- KEYDER, Çağlar: „Doksanlı Yıllarda Modernizmin Türkiye‘deki Yönü“ (Die Richtung des Modernismus in der Türkei in den 90'er Jahren). In: S. Bozdoğan/R. Kasaba (Hrsg), „Türkiye’de Modernizm ve Milli Kimlik (Der Modernismus und die nationale Identität in der Türkei). Tarih Vakfı, Yurt Yayınları, Istanbul, 1998
- KISSINGER, Henry A.: „Die Vernunft der Nationen - Über das Wesen der Außenpolitik-“ Siedler Verlag, Berlin, 1994
- KOÇER, H. Ali: „Türkiye'de Modern Eğitimin Doğuşu ve Gelişimi - 1773-1923“ (Die Geburt und die Entwicklung des modernen Bildungswesens in der Türkei). MEB, Istanbul, 1991
- KONGAR, Emre: „Toplumsal Değişme Kuramları ve Türkiye Gerçeği“, (Die Theorien des gesellschaftlichen Wandels und türkische Realität), Remzi Kitabevi, 6. Baskı, Istanbul, 1995
- KONGAR Emre: „21. Yüzyılda Türkiye – 2000‘li Yıllarda Türkiye’nin Toplumsal Yapısı“ (Die Türkei im 21. Jahrhundert –Die gesellschaftliche Struktur der Türkei im Jahr 2000). Remzi Kitabevi 10. Baskı. Istanbul, 1998
- KORU, Fehmi: „Terör ve Güneydoğu Anadolu Sorunu“, (Der Terror und das Südostanatolienproblem). Beyan Yayınları, Istanbul, 1992
- KOSZINOWSKI, Thomas/MATTES Hanspeter: (Deutsches Orient-Institut) (Hrsg.), „Nahost Jahrbuch 1998“. Leske Budrich Verlag, Opladen, 1999
- KRAMER, Heinz: „Die Türkei: Gefährdeter Partner der westlichen Allianz- Ansatzpunkte für Beiträge zur wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Stabilisierung“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen, 1981

- KRAMER Heinz: „Das neue politische System der Türkei“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen, 1983
- KRAMER, Heinz: „Westeuropa und die Türkei: Auf dem Weg zum 13. Mitglied der EG? –Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1988
- KRAMER, Heinz: „Die Türkei und der Golfkrieg“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1991
- KRAMER, Heinz: „Die Türkei: Eine Regionalmacht mit Zukunft?“. In: Albrecht Züker (Hrsg.), „Weltordnung oder Chaos – Internationale Politik und Sicherheit“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1993
- KRAMER, Heinz: „Die Türkei in der sicherheitspolitischen Herausforderung nach dem Ende des Kalten Krieges“. In: Peter Trummer/Sabine Fleischer/Wolfgang Pühs (Hrsg.), „Die Lage im Östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden, (Wehrdienst und Gesellschaft; Bd. 4), 1. Auflage, 1997
- KRAUSE, Joachim: „Eine Welt in Waffen: Das Rüstungsproblem in der internationalen Politik“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz,(Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von Martin Brüning und Goerg Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- KREILE, Michael: „Die Internationalisierung von Produktion und Dienstleistungen“. In: Karl Kaiser/H.- Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- KRIPPENDORFF, Ekkehart: „Die NATO-Strategie der Abschreckung: Auf dem Weg zum erhöhten Kriegsrisiko?“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Bd. 46, 1. Auflage, Baden Baden, 1987
- KRIPPENDORFF, Ekkehart: „Das internationale System zwischen Stabilisierung und Klassenkampf“. In: E. Krippendorff (Hrsg.), „Probleme der internationalen Beziehungen“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1973
- KRIPPENDORFF, Ekkehart: „Ist Außenpolitik Außenpolitik?“. In: Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), „Probleme der internationalen Beziehungen“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1973
- KUT, Şule: „Türkiye'nin Soğuk Savaş Sonrası Dış Politikasının Anahtarı“, (Der Schlüssel der türkischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg). In: Gencer Özkan/Şule Kut (Hrsg.), „En Uzun Onyıl –Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“, (Die längste zehn Jahre), Büke Yayınları, 2. Baskı, Istanbul, 2000
- KÜHNHARD, Ludger: „Die Zukunft der Demokratisierung“. In: Karl Kaiser/ Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M. Brüning und G. Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- LAMERS, Karl: „Modelle der Sicherheit“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers- Neue Waffentechnologien- Politische und militärische Modelle der Sicherheit“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 291/II, Bonn, 1990
- LANG, Winfried: „Der internationale Regionalismus –Integration und Desintegration von Staatenbeziehungen in weltweiter Verflechtung“. Forschungen aus Staat und Recht 61, Springer, Verlag, Wien – New York, 1982

- LEIMBACHER, Urs: „Die Diskussion um die Abschaffung der Schweizer Armee“. In: W. Heisenberg/ Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. II, Bonn, 1990
- LUTZ, Dieter- S.: „Sicherheit/Internationale Sicherheitspolitik“. In: Dieter Nohlen (Hrsg.), „Wörterbuch Staat und Politik“. Serie Piper, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, München, 1991
- LUTZ, Dieter S.: „Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa“. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheit 2000“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1991
- LUTZ, Dieter S.: „Politische und militärische Modelle der Sicherheit“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Bd. 46, Baden Baden, 1. Auflage, 1987
- LUTZ, Dieter S.: „Sicherheitspartnerschaft und/oder Gemeinsame Sicherheit“. In: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.) „Gemeinsame Sicherheit- Idee und Konzepte“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1986
- LUTZ, Ernst: „Soziale Verteidigung zur Konzeption und Problematik eines alternativen Modells“. In: Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz „Sicherheitspolitik Kontrovers- Auf dem in die neunziger Jahre“. Nomos Verlagsgesellschaft, Bd. 46. 1. Auflage, Baden Baden, 1987
- LUTZ, Ernst, „Lexikon zur Sicherheitspolitik“. C.H. Beck Verlag, München, 1980
- LÜDERS, Carl H.: „Ideologie und Machtdenken in der sowjetischen Außenpolitik“. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik am Scheideweg?“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1982
- MANDEL, Ernest: „Wettkampf der Systeme“. In: Ekkehard Krippendorf (Hrsg.), „Probleme der internationalen Beziehungen“. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1973
- MARDİN, Şerif: „Siyasal ve Sosyal Bilimler“, (Die politischen und sozialen Wissenschaften). İletişim Yayınları, 3. Baskı, İstanbul, 1994
- MARDİN, Şerif: „Türkiye’de Din ve Siyaset“ (Religion und Politik in der Türkei). İletişim Yayınları, 3. Baskı, İstanbul, 1993
- MARDİN, Şerif: „Türkiye’de Toplum ve Siyaset“ (Gesellschaft und Politik in der Türkei). İletişim Yayınları, 4. Baskı, İstanbul, 1994
- MARDİN, Şerif: „Türk Modernleşmesi“ (Türkische Modernität). İletişim Yayınları. 3. Baskı, İstanbul, 1994
- MARDİN, Şerif: „Din ve İdeoloji“ (Religion und Ideologie). İletişim Yay., 6. Baskı, İstanbul, 1993,
- MARDİN, Şerif: „Toplum ve Din“, (Religion und Politik). İletişim Yay., 6. Baskı, İstanbul, 1993
- MATTHIES, Volker: „Kriegsschauplatz Dritte Welt“, Beck'sche Reihe, München, 1988
- MATTHIES, Volker: „Regionale Anarchie als globales Problem“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M. Brüning und G. Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- MATTHIES; Volker: „Feindbild Dritte Welt? - Wider der Militarisierung und Marginalisierung der Nord-Süd-Beziehungen“. In: Volker Matthies (Hrsg.), „Kreuzzug oder Dialog?“. Diezt Verlag, Bonn, 1992
- MAUL, W. Hanns: „Welche Akteure Beeinflussen die Weltpolitik“. In: (Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M. Brüning und G. Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- MAY, Bernhard: „Die neuen Herausforderungen für den Freihandel“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995

- MAZLUM DER (Hrsg.): Kürt Sorunu, 28-29 Ekim 1992 (Forum über Kurdenproblem 28-29 Oktober 1992). Ankara, Sor Yayıncılık, Ankara, 1993
- MEYN, Karl-Ulrich: „Das Konzept der kollektiven Sicherheit“. In: „Sicherheitspolitik“, Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik“. 2. revidierte und erweiterte Auflage, Osang Verlag, Bad Honef, 1976
- MEISSNER, Boris: Die Außenpolitik der Sowjetunion - Grundlagen und Strategien“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Weltpolitik – Strukturen – Akteure – Perspektiven“. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 217, Zweite aktualisierte Auflage, 1987
- MENZEL, Ulrich: „Regionalismus/Regionale Kooperation“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), „Wörterbuch Internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Ergänzter Nachdruck 1994 der 5. Aktualisierten und überarbeiteten Auflage von 1993
- MESSNER, Dirk: „Die Transformation von Staat und Politik im Globalisierungsprozess“. In: Drik Messner (Hrsg.), „Die Zukunft des Staates und der Politik – Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft“. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Dietz Verlag, Bonn, 1998
- MEYERS, Reinhard: „Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Auflage, Bonn, 1993
- MICHAELIS, Hans: „Die Ressourcenfrage und die Zukunft der Weltenegierungsversorgung“. In: Karl Kariser/ Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M. Brüning und G. Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 334, Bonn, 1995
- MUMCU, Uğur: „Kürt Dosyası“ (Kurdischer Dossier). Tekin Yay., 6. Bas., Istanbul, 1994
- MÜLLER, Erwin: „Vertrauensbildende Maßnahmen - ein Konzept militärischer Entspannungspolitik“. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik am Scheideweg?“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1982
- NEUMANN, Franz: „Demokratietheorien – Modelle zur Herrschaft des Volkes“. In: Franz Neumann (Hrsg.), „Politische Theorien“. Bd. 1; 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Leske- Budrich, Opladen, 1998
- NICLAS, Hans: „Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und Unionsbürgerschaft“. In: Bruno Schoch/F. Solms/R. Mutz (Hrsg.), „Friedensgutachten 1996“. Münster, 1996
- NUSCHELER, Franz: „Das Nord-Südproblem“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn, 1993
- NUSCHELER, Franz: „Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik“, Verlag neue Gesellschaft, Bonn, 1985
- ORAN, Baskın: „Kalkık Horoz - Çekiç Güç ve Kürt Devleti“, (Gespannter Hahn -Poised Hammer und Kurdischer Staat-) Bilgi Yayınevi, 2. Genişletilmiş Baskı, Ankara, 1998
- ÖZCAN, Gencer: „Doksanlarda Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politikasında Askeri Yapının Etkisi“ (Der zunehmende Einfluß des Militärs in den neunziger Jahren in der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Türkei). In: Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.) „En Uzun Onyıl - Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“ (Die längste zehn Jahre). Büke Yayınları 2. Baskı, Istanbul, 2000
- ÖZDEMİR, Hikmet, „Türkiye Cumhuriyeti“ (Die Türkische Republik). İz Yayınları, Istanbul, 1995
- ÖZDEMİR, Hikmet, „Rejim ve Asker“ (Das Regime und das Militär)., İz Yayınevi, Istanbul, 1988

- ÖZDEMİR, Hikmet: „Ordunun Olağandışı Rolü“ (Die außerordentliche Rolle der Armee). İz Yayınevi, Istanbul, 1994
- ÖZDEMİR Hikmet: „1453‘de İstanbul‘unda Sivil Kurumlar Vardı“ (In Istanbul von 1453 gab es zivile Institutionen). In: Metin Sever/Cem Dizdar (Hrsg.), „2. Cumhuriyet Tartışmaları“ (Diskussionen über die Zweite Republik). Başak Yayınları, 2. Baskı, Ankara 1993
- ÖZERTAN, S. Nüshet: „Türkei: Mittel oder Mittler? – zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts. Unter besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei“. Studium zur Politikwissenschaft, Bd. 55, Lit Verlag, Münster, 1990
- PAKDEMIRLI, Ekrem: „Ekonomimizin Sosyal Görünümü- 1923‘den Günümüze“ (Ein sozialer Überblick auf unsere Ökonomie- von 1923 bis Gegenwart). Milliyet Yayınları, 3. Baskı, Istanbul, 1995
- PARSONS, Talcott: „Ordnung und Gemeinschaft im internationalen System“. In: Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. II, Bonn, 1990
- POTT, Andreas: „Die Strategie der Abschreckung: Mytenbild der Sicherheitspolitik“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1990
- RAGNITZ, Joachim: „Die fragmentierte Weltwirtschaft: Wachstum- Stagnation – Verarmung“. In: Karl Kaiser/Hans- Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M.Brüning und G. Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995
- RENAN, Ernst: „Was ist die Nation?“. In: Lothar Gall/Rainer Koch (Hrsg.), „Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert“. 3. Bd., Ullstein, Frankfurt, Berlin, Wien, 1981
- RICHTER, Claus: „Die internationale Strategiediskussion“. In: Hartmut Bühl, (Hrsg.), „Strategiediskussion“. 1. Auflage, Verlag Mittler, Herford, 1987
- RIKLIN, Alios: „Neutralität“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), „Handwörterbuch internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Ergänzte Nachdruck 1994 der 5. Aktualisierten und überarbeiteten Auflage von 1993
- RUDZIO, Wolfgang: „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“. In: „Grundwissen Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn, 1993
- SAK, Hüseyin: „Özal‘la Demokrasimizi Düşünmek“, (Mit Özal über unsere Demokratie denken). In: Ihsan Sezal (Hrsg.), „Devlet ve Siyaset Adamı Özal“ (Der Staatsmann und Politiker Turgut Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve Sosyal Dayanışma Vakfı, Istanbul, 1996
- SANDER Oral: „Türkiye'nin Dış Politikası (Die Außenpolitik der Türkei). İmge Yayınları, 1.Baskı, Ankara, 1998
- SCHMID, Claudia: „Regionalkonflikte in der Dritten Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: alte Probleme neue Trends“. In: Klaus Dieter Wolf (Hrsg.), „Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung“. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens –und Konfliktforschung e.V., Band XX, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1. Auflage 1993
- SCHMIDT, Helmut: „Menschen und Mächte“. Siedler Verlag, Hamburg, 1987
- SCHMIDT, Max: „Neue Wege zur Sicherheit in den internationalen Beziehungen“. In: Hanns-D. Jakobsen/Heinrich Machowski/Dirk Sager (Hrsg.), „Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1988
- SCHÖLLGEN, Gregor: „Was hat der Ost-West-Konflikt in der Weltpolitik bewirkt?“. In:

- Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von Martin Brüning und Georg Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995
- SCHUBERT, Klaus von: „Sicherheitsvorstellungen und Militärstrategien im Ost-West-Konflikt“. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik am Scheideweg?“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1982
- SCHWARZ, Hans-Peter: „Die alternative zum Kalten Krieg- Bilanz der bisherigen Entspannung“. In: Hans-Peter Schwarz/B. Meisner (Hrsg.), „Entspannungspolitik im Ost und West“. Carl Heymens Verlag, Köln, Berlin, 1979
- SCHWARZ, Hans-Peter: „Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Weltpolitik- Strukturen- Akteure - Perspektiven“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Aktualisierte Auflage, Bonn, 1987
- SCHWARZ, Klaus-Dieter: „Sicherheit durch Bündnissysteme“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, Bd. 46, 1. Auflage, 1987
- SCHWARZ, Klaus-Dieter: „Sicherheit durch Bündnissysteme“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 1987
- SCHWARZ, Klaus-Dieter/ CLEAVE, William R. Van: „Die Theorie der Abschreckung“. In: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik“. 2. revidierte und erweiternde Auflage, Osang Verlag, Bad- Honef, 1976
- SCHWEIGLER, Gebhard: „Die Außenpolitik der USA“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die Weltpolitik- Strukturen – Akteure – Perspektiven“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Auflage, Bonn, 1987
- SEIDELMANN, Reimund: „Außenpolitik“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), „Wörterbuch internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, ergänzter Nachdruck 1994 der 5. aktualisierten und überarbeiteten Auflage von 1993
- SEIDELMANN, Reimund: „Außenpolitischer Entscheidungsprozeß“. In: Wichard Woyke (Hrsg.), „Handwörterbuch Internationale Politik“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, ergänzter Nachdruck 1994 der 5. aktualisierten und überarbeiteten Auflage von 1993
- SELEK, Sebahattin, „Anadolu İhtilali“ (Anatolische Revolution). Burçak, Yay., Istanbul, 1964
- SENGHAAS, Dieter: „Friedenszonen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitarbeit von M. Brüning und G. Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995
- SENGHAAS, Dieter: „Konfliktformationen im internationalen System“. Edition suhrkamp, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1988
- SENGHAAS, Dieter: „Friedensprojekt Europa“. Edition suhrkamp, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1992
- SENGHAAS, Dieter: „Europa 2000 – Ein Friedensplan“. Edition suhrkamp, 1. Auflage, Frankfurt am Main, 1990
- SENGHAAS, Dieter: „Wohin Driftet die Welt?“. Edition suhrkamp, 1. Auflage, Frankfurt am Main, 1994
- SEVER, Metin/DİZDAR, Cem, (Hrsg.), „2. Cumhuriyet Tartışmaları – Yeni Arayışlar, Yeni Yönelimler“ (Diskussionen über die Zweite Republik – Die Suche nach neuer Orientierungen). Başak Yayınları, 2. Baskı, Ankara, 1993

- SEZAL, İhsan: „Bir Toplumsal Barış Mimarı: Turgut Özal“ (Ein gesellschaftlicher Friedensstifter: Turgut Özal). In: İhsan Sezal (Hrsg.), „Siyaset ve Devlet Adamı Turgut Özal“ (Politiker und Staatsmann Turgut Özal). 20 Mayıs Eğitim, Kültür ve Sosyal Dayanışma Vakfı, İstanbul, 1996
- SEZER, Barkan: „Türk Sosyolojisinin Tarihle İlişkisi“ (Die Beziehung der türkischen Soziologie zu der Geschichte). In: Tarih ve Sosyoloji Semineri“ (Seminar der Geschichte und Soziologie). 28/29 Mai. 1990, Fen-Edebiyat Fakültesi, İstanbul, 1991
- SOYSAL, İsmail: „Türk Dış Politikası İncelemeleri için Kılavuz (1919-1993)“ (Führer zu den Untersuchungen zur türkischen Außenpolitik 1919-1993). Eren Yayıncılık, Ortadoğu ve Balkan İncelemeleri Vakfı Yayını, İstanbul, 1993
- STADEN, Berndt von: „Das Management der Ost-West-Beziehungen“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Weltpolitik –Strukturen – Akteure – Perspektiven“. Bundeszentrale für politische Bildung, 2. aktualisierte Auflage, Bonn, 1987
- STECHOV, Christian von: „Sicherheitspolitische Perspektiven der neunziger Jahre“. In: W. Heisenberg/D.-S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft Baden Baden, 1. Auflage, 1987
- STEINBACH, Udo: „Die Türkei im 20. Jahrhundert, Schwierigste Partner Europas“. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach, 1996
- STEINBACH, Udo, „Kranker Wächter am Bosphorus“. Ploetz Verlag, Freiburg, Würzburg, 1979
- STEINBACH, Udo: „Ordnungsmacht oder Krisenfaktor? Türkei zwischen Orient und Okzident“. In: „Friedensgutachten 1996“. Hessische Stiftung Friedens und Konfliktforschung, Münster, Lit Verlag, 1996
- STEINBACH, Udo: „Die Türkei - regionale Macht oder Verbündete des Westens?“. In: Erich Reiter (Hrsg.), „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999“. Mittler Verlag, Hamburg, Berlin, Bonn, 1999
- STEINBACH, Udo: „Krisenherd Nahen Osten: Machtdiffusion als Folge wachsender Komplexität des internationalen Systems“. In: Rudolf Hamann (Hrsg.), „Die Süddimension des Ost-West-Konflikts - Das Engagement der Supermächte in Krisen der Dritten Welt“. Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Auflage, Baden Baden, 1986
- STÖRING, Hans Joachim: „Kleine Weltgeschichte der Philosophie“. Fischer Verlag, limitierte Sonderausgabe, nach erweiterter Neuausgabe von 1992, Frankfurt am Main, 1998
- ŞEN, Faruk: „Auf der Suche nach einem Entwicklungsmodell für Mittelasien“. ZfT aktuell Nr. 9. Zentrum für Türkeistudien, Essen, 1992
- ŞİMŞEK, Muammer: „Türkiye’de ve Üçüncü Dünya Ülkelerinde Savunma Sanayi“ (Verteidigungsindustrie in den Dritten Weltländern und in der Türkei). Türk Tarih Kurumu Yayınları, Ankara, 1989
- TEPEDELENLİOĞLU, Nizamettin Nazif: „Asker ve Ordu“, (Armee und Politik). Bedir Yayınevi, İstanbul, 1967
- TEUNISSEN, Paul J.: „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Historische und soziologische Perspektiven“. In: H. Jacobsen/H. Machowski/D. Sager (Hrsg.), „Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1988
- TETZLAFF, Rainer: „Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer?“. Weltforum- Verlag, München, London, 1980

- TİMUR, Taner: „Osmanlı Mirası“, (Osmanische Erbe). In: I.Cemil/Schick/Ertuğrul, A. Tonak(Hrsg.), „Geçiş Sürecinde Türkiye“ (Türkei in Übergangsphase). Belge Yayınları Bilimler Serisi, 1. Baskı, İstanbul, 1990
- TOFFLER, Alvin und Heidi: „Überleben im 21. Jahrhundert“ (War und Anti-War). Deutsche Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart, 1994
- TOPRAK, Binnaz: „Din Hukuku“ (Das Religionsrecht). In: Irvin Cemil/Schick/Ertugrul/A. Tonak Hrsg.), „Geçiş Sürecinde Türkiye“ (Die Türkei in Übergangsphase). Belge Yayınları Bilim Dizisi, 1. Baskı, İstanbul, 1990
- TORUMTAY, Necip: „Değişen Stratejilerin Odağında Türkiye“ (Die Türkei im Mittelpunkt der wandelnden Strategien). Milliyet Yayınları, 2. Baskı, İstanbul, 1997
- TUNA, Korkut: „Modern Türkiye'nin Kuruluş Tarihi“ (Die Entstehung der modernen Türkei). In: „Tarih ve Sosyoloji Semineri“ 28/29 Mai 1990, Fen-Edebiyat Fakültesi, İstanbul, 1991
- TUNA, Korkut: „Türk Tarih Tezi ve Sosyoloji“ (Türkische Geschichtssynthese und Soziologie). In: „Tarih ve Sosyoloji Semineri“, 28/29 Mayıs 1990, Fen-Edebiyat Fakültesi, İstanbul, 1991
- TUNCER, İdil: „Rusya Federasyonu'nun Yeni Güvenlik Doktrini: Yakın Çevre ve Türkiye“ (Die neue Sicherheitsdoktrin der Russischen Föderation: Nahes Ausland und die Türkei). In: Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.), „En Uzun Onyıl- Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“ (Die längste Zehn Jahre), Büke Yayınları, 2. Basım, İstanbul, 2000
- TURHAN, Mehmet, „Siyasi Elitler“ (Politische Eliten). Gündoğan Yayınları, Ankara, 1991
- TÜRKEŞ, Mustafa: „Doksanlı Yıllarda NATO'nun Öncelikleri ve Türkiye“ (Prioritäten der NATO und die Türkei in den neunziger Jahren). In: Gencer Özcan/Şule Kut (Hrsg.), „En Uzun Onyıl- Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“ (Die längste Zehn Jahre), Büke Yayınları, 2. Basım, İstanbul, 2000
- UÇAROL, Rifat: „Siyasi Tarih 1789-1994“ (Politische Geschichte 1789-1994). Filiz Yayınevi, 4. Baskı, İstanbul, 1995
- ÜÇÜNCÜ, Şadi: „Die Liberale Wirtschaftspolitik in der Türkei“. centarus-Verlagsgesellschaft, Paffenweiler, 1990
- ÜLMAN, Burak: „Türkiye'nin Yeni Güvenlik Algılamaları ve Bölücülük“ (Die neuen Sicherheitsperzeptionen der Türkei und der Separatismus“. In: Gencer Özcan/Sule Kut (Hrsg.) „En Uzun Onyıl- Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar“. (Die längste zehn Jahre). Büke Yayınları, 2. Basım, İstanbul, 2000
- ÜNAL, Oğuz: „Türkiye'de Demokrasi'nin Doğuşu“ (Der Geburt der Demokratie in der Türkei). Milliyet Yayınevi, İstanbul, 1994
- VANER, Semih: „Ordu“ (Die Armee). In: Irvin Cemil/Schick/Ertugrul/A. Tonak (Hrsg.), „Geçiş Sürecinde Türkiye“ (Die Türkei in Übergangsphase). Belge Yayınları Bilim Dizisi, 1. Baskı, İstanbul, 1990
- YAVUZ, Turan: „Amerika'nın Kürt Kartı“ (Amerikas Kurdenkarte). Milliyet Yayınları, İstanbul, 1993
- YAVUZALP, Ercüment: „Dışpolitikada Oyunun Kuralları“ (Die Spielregeln in der Außenpolitik). Bilgi Yayınevi, 1. Baskı, Ankara, 1998
- YILMAZ MURAT (Hrsg.), „Medeniyetler Çatışması“, (Kampf der Kulturen). Vadi Yayınları, 2. Baskı, İstanbul, 1992
- WAGENLEHNER, Günther: „Friedlicher Koexistenz und ideologischer Kampf“. In: O. Buchbender/H. Bühl/ H. Quaden (Hrsg.), „Sicherheit und Frieden“. Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 2. Auflage, Herford, 1985

- WALLERSTEIN, Immanuel: „Jeopolitik und Jeokultur“. Übersetzung: Mustafa Özel, İz Verlag, Istanbul, 1993
- WALTER, Norbert: „Der globalisierte Kapitalmarkt und die nationalen Währungssysteme“. In: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die neue Weltpolitik“. Unter Mitwirkung von M. Brüning und G. Schild. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995
- WALTMANN, Frank, „Formen der regionalen Zusammenarbeit am Schwarzen Meer und in Zentralasien vor dem Hintergrund europäischer Integrationserfahrungen: geostrategische Implikationen für die Aussenpolitik der Türkei“. Dissertationsarbeit, Freiburg, 1995
- WALTZ, Kenneth N.: „Frieden, Stabilität und Gleichgewicht“. In: Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomosverlagsgesellschaft, Bd. 46, 1. Auflage, Baden Baden, 1. Auflage, 1987
- WEBER, Max, „Staatssoziologie“. Johannes Winckelmann (Hrsg), 2. ergänzte Auflage, Berlin, 1966
- WEBER, Max, „Politik als Beruf“. Reclam Verlag, Stuttgart, 1992
- WEHLING, Hans-Georg: (Hrsg.), „Brennpunkt Mittel-Ost“. Kohlhammer Taschenbücher, Stuttgart, 1981
- WETTING, Gerhard: „Zur Philosophie, Konzeption und Fragwürdigkeit eines Alternativmodells: Kollektive Sicherheit in und für Europa“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomos Verlagsgesellschaft, Bd. 46, 1. Auflage, Baden Baden, 1987
- WALTZ, Kenneth N.: „Frieden, Stabilität und Gleichgewicht“. In: W. Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg) „Sicherheitspolitik Kontrovers“. Nomosverlagsgesellschaft, Bd. 46, 1. Auflage, Baden Baden, 1987
- WOYKE, Wichard: „Internationale Sicherheit“. In: A. Görlitz (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft,rororo Verlag, Hamburg, 1982

## PRIMÄRQUELLEN

- 1982 ANAYASASI, (Das Grundgesetz von 1982). Yuva Yayınevi, Istanbul,1995
- AKTUELLE SWP- Dokumentation: „Die Beziehungen zwischen der Türkei und der europäischen Gemeinschaft“, Dokumente und Materialien, Nr. 6. (Februar 1988). Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen, 1988
- BAŞBAKANLIK „Gelişen Türkiye’de Hükümetin Altı Yıllık İcraatı (1983-1989) Cilt: 2, Bakanlıklar“ (Die sechsjährige Tätigkeit der Regierung in der sich entwickelnden Türkei (1983-1989). Ministerien, Bd.2, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1989
- BEYAZ KİTAP „Savunma Politikası ve Türk Silahlı Kuvvetleri, (Weissbuch, Sicherheitspolitik und die türkische Streitkräfte), Ankara, 1983; 1990; 1998
- DAS STRATEGIEKONZEPT DER NATO: Veröffentlicht am 7. November 1991 bei der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO Mitgliedstaaten am 7-8 November 1991 in Rom. In. Europa Archiv, Folge 2/1992
- DOKUMENTE zur Diskussion um eine „Neue Weltordnung“. In: Europa Archiv, 9/1992
- DER PALME-BERICHT: „Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, „common Security“, Deutsche Ausgabe Quadriga GmbH Verlangsbuchhandlung KG, Berlin, Severin und Siedler Verlag, 1982
- DEVLET PLANLAMA TEŞKİLATI (DPT): „Türkiye’de İç Göç ve Göçmenlerin sosyo-ekonomik Özellikleri“ (Staatliches Planungsinstitut (Hrsg.), „Binnenwanderung in der Türkei und die sozio-ökonomischen Eigenschaften der Wanderer). Ankara, 1993

- DEVLET PLANLAMA TEŞKİLAT ( D.P.T) (Staatliches Planungsinstitut), (Hrsg.), „Globalleşme, Bölgesel Entegrasyon ve Türkiye - Değerlendirme Raporu, (Globalisierung - regionale Integration und die Türkei - Ein Auswertungsbericht), Ankara 1995
- DEVLET PLANLAMA TEŞKİLATI (DPT): „Yedinci Beş Yıllık Kalkınma Planı 1996-2000 -Ekonomik ve Sosyal Alanlardaki Gelişmeler“ (Staatliches Planungsinstitut, „Der siebte fünfjährige Entwicklungsplan 1996-2000, - Entwicklungen in wirtschaftlichen und sozialen Sektoren). Ankara, 1996
- DEVLET PLANLAMA TEŞKİLATI (DPT): „Altıncı Beş Yıllık Gelişme Planı- 1994Yılı Progamı“ (Staatliches Planungsinstitut, „Der sechste fünfjährige Entwicklungsplan 1990-1994“). Ankara, 1994
- DEVLET PLANLAMA TEŞKİLATI (DPT): „Globalleşme- Bölgesel Entegrasyon ve Türkiye: Değerlendirme Raporu“ (Staatliches Planungsinstitut, „Globalisierung – regionale Integration und die Türkei: Eine Auswertung). Ankara, 1995
- EKONOMİK İŞBİRLİĞİ, (WIRTSCHAFTSZUSAMENARBEIT). TC. Dışişleri Bakanlığı, 6-7.5.1993, T.C. Başbakanlık Türk İşbirliği ve Kalkınma Ajansı (TIKA). Ankara, 1993
- REGIERUNGSPROGRAMM: Vom 1983, Vorgelesen vom Ministerpräsident Turgut Özal, am 19.12.1983, TBMM Kütüphanesi, Ankara
- REGIERUNGSPROGRAMM: Vom 1987, Vorgelesen von dem Ministerpräsident Turgut Özal, am 25. 12. 1987, TBMM Kütüphanesi, Ankara
- ÖZAL, Turgut: Sayın Süleyman Demirel’e Mektup 15.06.1973 (Brief an Herrn Süleyman Demirel am 15.06 1973). In: Mehmet Barlas „Özal’ın Anıları“ (Memoiren von Özal). Sabah Kitapları, Istanbul, 1994
- ÖZAL, Turgut: „Gelişmede Yeni Görüşün Esasları“ (Die Prinzipien der Neuen Weltsicht bei der Entwicklung), Nisan 1979. In: Mehmet Barlas, Özal’ın Anıları, (Memoiren von Özal). Sabah Kitapları, Istanbul, 1994
- ÖZAL, Turgut: Başbakan Yardımcısı Turgut Özal’ın İkinci İzmir İktisat Kongresinde Konuşması (Die Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Turgut Özal bei der Zweiten Wirtschaftskonferenz in Izmir, 2-7 November, 1981
- ÖZAL, Turgut: „Turgut Özal’ın Görüşleri, 24 Ocak Kararları“ (Özals Ansichten über das Stabilitätsprogramm vom 24. Januar 1980), ANAP Yayınları, Presse und Informationszentrum der Mutterlandspartei (Hrsg.) Ankara, 1983
- ÖZAL’ın Görüşleri II: (Ansichten von Özal), Mutterlandspartei (Hrsg.), Anavatan Partisi Basın ve Enformasyon Merkezi, Presse u. Info. Zentrum der Mutterlandspartei, Ankara, 1983
- ÖZAL, Turgut: Başbakan, Turgut Özal’ın 1986 Bütçe üzerinde Konuşması, (Die Rede des Ministerpräsidenten Turgut Özal über den Haushaltsplan von 1986, am 11.12.1985). Anavatan Partisi (Hrsg.) Petek Yayınları, Ankara, 1986
- ÖZAL, Turgut: Başbakan Özal’ın 1987 Bütçesi Üzerine Konuşması“, (Die Rede des Ministerpräsidenten über den Haushalt vom 1987), 9.12.1986, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1987
- ÖZAL, Turgut: „Başbakan Turgut Özal’ın Dış Gezilerinde Konuşmaları 1987-1988“ (Die Reden des Ministerpräsidenten Özals bei seinen Auslandsreisen). 1987-88, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1988
- ÖZAL, Turgut: „Cumhurbaşkanı Turgut Özal’ın 2000’li Yıllara Doğru Konuşmaları“ (Die Rede des Staatspräsident Özal: „Die Türkei im Jahr 2000“). Bilgisayar Kongresi, Atatürk Kültür Merkezi, 28 Mai, 1990, Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1990
- ÖZAL, Turgut: „3. İzmir İktisat Kongresi, Cumhurbaşkanı Turgut Özal’ın Açılış Konuşması“ (Die Eröffnungsrede des Staatspräsidenten Özal bei dem Dritten Wirtschaftskongreß von Izmir. am 4 –7 Juni 1992).

- ÖZAL, Turgut: Cumhurbaşkanı Turgut Özal'ın Marmara Klubünde Konuşması: „Geleceğe Bakış- Değişim“, (Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal in Marmara Club, „Blick in die Zukunft- Der Wandel“), Istanbul, am 16.10.1992
- ÖZAL, Turgut: „Cumhurbaşkanı Turgut Özal'ın İş Dünyası Toplantısında Konuşması: „Türkiye'de Gerçekleşen Büyük Değişim“, (Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal bei der Stiftung der Arbeitswelt: „Die verwirklichte große Veränderung in der Türkei“).Istanbul, 2. Oktober, 1992
- ÖZAL, Turgut: „Cumhurbaşkanı Turgut Özal'ın Üçüncü İzmir İktisat Kongresinde Açılış Konuşması“ (Die Eröffnungsrede des Staatspräsidenten Turgut Özals bei dem Dritten Wirtschaftskongreß von Izmir). Izmir, 4-7 Juni 1992
- ÖZAL, Turgut: “Güney Doğu Anadolu Sorunu“, Cumhurbaşkanı Özal'ın Dicle Üniversitesi'nin 1992-1993 Eğitim-Öğretim Yılı'nın Açılış Töreninde Yaptığı Konuşma. Diyarbakır, 6 .10.1992 (Die Rede des Staatspräsidenten Turgut Özal während der Eröffnung des Bildungsjahres 1992-93 An der Universität Dicle in Diyarbakır, „Das Südoanatolienproblem“), Başbakanlık Basımevi, Ankara, 1992
- ÖZAL, Turgut: „Cumhurbaşkanı Turgut Özal'ın Taksim Meydanında Konuşması“ (Die Rede des Staatspräsidenten Özal auf dem Taksimplatz), am 18..2. 1993. In: Türkiye Günlüğü, Bahar, 22/1993

## ZEITSCHRIFTEN

- ARCAYÜREK, Cüneyt: „ABD-CIA ve Pentagon Üçgeninde Türkiye“ (Die Türkei im Dreieck der USA, CIA und Pentagon). In: Dış Politika /Außenpolitik. Risale Yayınları, 6/1989
- ALEXANDROWA, Olga: „Geostrategische Neuordnung in der früheren UdSSR“. In: Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 4/92
- ARIK, Umit: „21. Yüzyılda Uluslararası Güvenlik Sistemi ve Türkiye“ (Das internationale Sicherheitssystem im 21. Jahrhundert und die Türkei). In: Avrasya Etütleri, TIKKA, 4/1995-96
- AVRASYA EKONOMİK İŞBİRLİĞİ KONFERANSI (Konferenz über die EUROASIATISCHE Wirtschaftszusammenarbeit), 6-7 Mayıs 1993, T.C. Başbakanlık Türk İşbirliği ve Kalkınma Ajansı, TIKKA, Ankara, 1993
- BABST, Stefanie/SCHALLER, Heribert: „Perspektiven russischer Außenpolitik“. In: Europäische Sicherheit, (Herford), Folge 11/1994
- BAYDUR Mithat/KARAMAN M.Lütfullah: „Retoriğe Karşı Pratik, Özde Halkçılık Karşında Özde Siyasal Seçkincilik“ (Rhetorik versus Praxis). In: Türkiye Günlüğü, Nr. 28 28/1994
- BAYÜLKEN, Haluk: Seminar: „Die Türkei und Griechenland: Die Probleme über die Außen- und Sicherheitspolitik“. Veranstalter: Gesellschaft für Auslandkunde e.V. und Südosteuropa- Gesellschaft, am 15.11.1985 in München. Aus: Basın- Yayın ve Enformasyon Genel Müdürlüğü (BYE), Ankara, 1986
- CZEMPIEL, Ernst-Otto: „Kollektive Sicherheit - Mythos oder Möglichkeit“. In: MERKUR, Zeitschrift für europäisches Denken. Heft, 9/10, 48.Jhrg. Ketto-Cotta, Stuttgart, September/Oktober 1994
- ÇAĞLA, Cengiz: „Bir Türk Aydını Olarak Prens Sabahattin Bey“ (Prinz Sabahattin als ein türkischer Intellektueller). In: Türkiye Günlüğü, Nr. 26/1994

- ÇAKIRCI, Emin: Türk Cumhuriyetlerinde Ekonomik Kalkınma ve Türkiye'nin Katkıları“ (Die ökonomischen Entwicklungen in den Turkrepubliken und der Beitrag der Türkei). In: Yeni Türkiye. Özel Sayı, Türk Dünyası, Birinci Cilt, Mayıs/Haziran 1997
- ÇALIK, Mustafa: Özal'la Mülakat: Türkiye İçin Hacet Kapıları Açılmıştır (Es ist die höchste Zeit für die Türkei, neue Horizonte zu erlangen). In: Türkiye Günlüğü, Yaz, 19/1992
- ÇALIŞ, Şaban: „Ulus, Devlet ve Kimlik Labirentinde Türk Dış Politikası“ (Türkische Außenpolitik im Labyrinth der Nationalität, des Staates und der Identität). In: Liberal Düşünce Dergisi, Kış/1999
- DAVUTOĞLU, Ahmet: „Stratejik Teorilerin Daralması ve Bunun Türk Dış Politikası Üzerindeki Sonuçları“ (Verengung der strategischen Theorien und deren Einflüsse auf die türkischen Außenpolitik). Yeni Türkiye, Özel Sayı, Türk Dış Politikası, Mart/Nisan/1995
- DÄNIKER, Gustav: „Stabilisierung als strategische Aufgabe“. In: Zeitschrift Europäische Sicherheit. Herford, Jahrgang, 43, 10/94
- DEISEROTH, Dieter: „Krieg im Namen der Vereinten Nationen? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1991
- DURAN, Khalid: „Rivalitäten in und um Zentralasien“. In: Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 4/92
- EIKENBERG, Kathrin: „Die UNO in Somalia“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 9/1993
- EINHORN, Martina: „Die Türkei im Spannungsfeld der Golfkrise“. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 19(1991)6
- ELEKDAĞ, Şükrü: „İkibuçuk Savaş Stratejisi“, (Zweieinhalb Kriegsstrategie). In: Yeni Türkiye, Özel Sayı, Türk Dış Politikası (Die türkische Außenpolitik). Mart/Nisan, 3/1995
- EKONOMİK FORUM: Ticaret ve Borsalar Birliği Dergisi, (Die Monatszeitschrift der Union der Handelskammer und Börsen), Ankara, 15. Yıl, Mart 1997
- ERGÜN, İsmet: „Entwicklungschancen der Beziehungen der Türkei zu den ost-südosteuropäischen Staaten unter den neuen Bedingungen“. In: Südosteuropa Mitteilungen, 1/1991
- FRANK, André, Gunder: „Der Krieg der Scheinheiligen: Seid verflucht alle beide“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 3/1991
- FRANZ, Erhard: „Geborene Verlierer? Die Kurden im Irak“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Baden Baden, 6/1991
- FULLER, Elizabeth: „Konflikte im Transkaukasus“. In: Europa Archiv, Folge, 3/93
- GAULAND, Niels- Möller: „Ein Sicherheitsmodell im Rahmen der OSZE“. In: Europäische Sicherheit, Herford, 3/1996
- GENT, Werner van: „Kurdische Fronten“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Baden Baden, 1/1993
- GHEE, Mc, C: „Die Türkei in der westlichen Welt“. In: Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, Folge 6/1955
- GOLLENBECK, Georg: „Nation, Volk, Staat“ In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Baden Baden, 7/94
- GRÜTZER, Friedhelm: „Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und Kommuntarismus“ In: „Vorgänge“, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 148, Leske- Budrich, Opladen, Heft 4. Dezember, 1999
- GUMPPEL, Werner: „Determinanten der türkischen Außenpolitik in der Schwarzmeerregion und in Mittelasien“. In: Südosteuropa Mitteilungen, München, 1/1998

- GUMPEL, Werner: „Die wirtschaftliche und soziale Lage in den Turkrepubliken Mittelasiens“. In: Zeitschrift Zentrum für Türkeistudien, Leske Budrich, Opladen, 1/1992
- GÜRBEY, Gülistan: „Die Türkei und der Nahe Osten. Die politische Interessenkonstellation der Türkei im Golfkrieg“. In: Südosteuropa Mitteilungen, München, 3/1991
- GÜRBEY, Gülistan: „Die türkisch-syrische Krise“. In: Südosteuropa Mitteilungen, München, 4/1998
- GÜRBEY, Gülistan: „Die Türkei und der Nahe Osten. Politische Interessenkonstellation der Türkei im Golfkrieg“. In: Südosteuropäische Mitteilungen, München, 3/1991
- GÜRKAN, İhsan: „Die Türkei –Eckpfeiler der NATO im Süden“. In: Beiträge zur Konfliktforschung, 1/1981
- HABERL, Othmar, Nikola: „Ansätze zur Überwindung des Blockdenkens im Südosteuropa seit Ende der 70`er Jahre“. In: Südosteuropa Mitteilungen, München, 2/1992
- HALBACH, Uwe: „Weltpolitik und Eigenentwicklung in Zentralasien“. In: Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 2/1992
- HALBACH, Uwe: „Konflikte in zentralasiatischen Schlüsselregion“. In: Vierteljahresberichte, Nr. 131, März/1993
- HENDRICH, Irene Reuter: „Minderheitenkonflikte im Kontext zwischenstaatlicher Beziehungen auf dem Balkan“. In: Südosteuropäische Mitteilungen, München, 3/1991
- HOCAOĞLU, Durmuş: „Sekularizm, Laiklik ve Türk Laizizmi, (Sekularismus, Laizismus und türkischer Laizismus). In: „Türkiye Günlüğü“, Nr.: 29, Temmuz/Ağustos, 1994
- HUNTINGTON, Samuel P.: „Kampf der Kulturen“. In: Foreign Affairs, Sommer, 1993  
Übersetzung: Mustafa Çalık. In: „Türkiye Günlüğü“, Nr. 43, Yaz/ 1993
- HOTTINGER, Arnold: „Zukunftsfragen für Zentralasien. Neubeginn in den Staaten am Südrand der ehemaligen Sowjetunion“. In: Europa Archiv, Folge 14/92
- HOTTINGER, Arnold: „Zukunftsfragen für Zentralasien“. In: Europa Archiv, Folge 14/92
- HUGLER, Helmut: „Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Ost-West- Konfliktes“. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 24. Jahrgang, Nr. 2/ Juni, 1994
- HÖPKEN, Wolfgang: „Türken und Pomaken in Bulgarien“, In: Südosteuropa Mitteilungen, München, 2/1992
- HÖPKEN, Wolfgang: „Die Türkei und die NATO“. In: Südosteuropa Mitteilungen, München 1/1982
- İHSANOĞLU, Ekmalettin: „Türkiye ve Dünya İslam Konferansı“, (Die Türkei und die Organisatin der Islamischen Weltkonferenz).In: Yeni Türkiye ,Özel Sayı, Türk Dış Politikası, Mart/Nisan 1995
- İLHAN, Suat: „Bozulan Dengeler“ (Die gestörten Gleichgewichte). Yeni Türkiye, Özel Sayı: Türk Dış Politikası, (Die türkische Außenpolitik), Mart/Nisan 1995
- İNAN, Kamran: „Dış Politika“, (Außenpolitik). In: Yeni Türkiye, Sonderausgabe: Dış Politika, (Außenpolitik), 3/1995
- KARAMAN, M. Lütfullah: „Dünden Bugüne ‚Gerginlik- Yumuşama‘ Sarkacında Türk-Sovyet İlişkileri“ (Die türkisch-sowjetischen Beziehungen zwischen dem Pendel, Spannung und Entspannung‘ von Vergangenheit bis Gegenwart). In: Dış Politika/Außenpolitik, Risale Yayınları, İstanbul, 4/1989
- KARAMOLLAOĞLU, Temel: „AT ve Türkiye“ (EG und Türkei). In: Dış Politika, Risale Yayınları, İstanbul, 2/1988

- KARAOSMANOĞLU, Ali L: „Basra Körfezi Güvenliği ve Doğu Anadolu'daki Havaalanları Tartışması: Yanılgılar ve Kuruntular. (Die Sicherheit des persischen Golfes und die Diskussionen um die Flughäfen in Südostanatolien). In: Dış Politika (Foreign Policy), Ankara, Mayıs 1983
- KARAOSMANOĞLU, L. Ali: „Türkiye'nin Karadeniz Güvenliğine Bakışı“, (Die Perzeption der Türkei in die Sicherheit des Schwarzmeers). In: Strateji, Ankara, 1/1995
- KORU, Fehmi: „Türkiye'nin Dış Politikası Temelden Yanlıştır“ (Die Außenpolitik der Türkei ist vom Fundament aus falsch). In: „Dış Politika“, Risale Yayınları, İstanbul, 7/1989
- KRAMER, Heinz: „Die Türkei zwischen Europa, Asien und Nahen Osten ein aufstrebende Regionalmacht?“. In: Südosteuropa Mitteilungen, München, 2/1992
- KRAMER, Heinz: „Die Türkei Gefährdeter Partner der westlichen Allianz“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1981
- KRECH, Hans: „Die Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht im Nahen Osten und in Mittelasien“. In: Zeitschrift für Türkeistudien, Leske Budrich Verlag, Leverkusen, 2/1992
- KUT, Şule: „KEİB'in Boyutları“ (Die Dimensionen der SMWR). In: Strateji, Ankara, 3/1995
- LOTH, Wilfried: „Das Ende der Nachkriegsordnung“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, 26.4.1991
- MAGENHEIMER, Heinz: „Zur Neukonstellation der Mächte in Europa“, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament 26. April 1991
- MAGENHEIMER, Heinz: „Zur Neukonstellation der Mächte in Europa“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament 26. April 1991
- MAHBUBANI, Kishore: „Çöküşün Tehlikeleri“ (Die Gefahren des Verfalls), Übersetzung: Mustafa Çalık. In: „Türkiye Günlüğü“, Nr. 24, Güz/1993
- MANOUSAKIS, Gregor, M.: „Türkische Außenpolitik auf dem Balkan“. In: Europäische Sicherheit, Herford, 9/93
- MAUS, Ingeborg: „Volk“ und „Nation“ im Denken der Aufklärung,“ In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 5/1994
- MECKENZIE, Kenneth: „Yabancı Gözüyle Avrupalılık Macerası“ (Das Abenteuer der Verwestlichung aus der Perspektive eines Fremden). In: Dış Politika, Risale Yayınları, İstanbul 2/1988
- MEHMET, Metiner: „Harb-i Kimyanın veya Kürt Sorununun Düşündürdükleri“ (Die Gedanken über den chemischen Krieg oder der Kurdenkonflikt). In: Dış Politika, Risale Yayınları, İstanbul, 3/88
- MUGHISUDDIN, AKGÖNENÇ, Oya: „Türkiye'nin Rusya Politikası: 1990 Sonrası Gelişmeler Çerçevesinde Öncelikler (Die russische Außenpolitik der Türkei: Die Entwicklungen nach 1990 und die Prioritäten im Rahmen der neuen Entwicklungen). In: Yeni Türkiye, Özel Sayı: „Türk Dış Politikası“ (Die türkische Außenpolitik). Mart/Nisan, 3/1995
- NAMO, Aziz: „Die Kurden - ein Volk auf der Suche nach seiner Identität-„. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, 19.Juli 1991
- NERLICH, Uwe: „Neue Sicherheitsfunktion der NATO“. In: Europa Archiv, 23/1993
- NOWIKOW, Nikolaj: „Nationalitätenkonflikte im Kaukasus und Mittelasien“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochen Zeitung das Parlament 20. Dezember 1991
- OEHRING, Otmar: „Die Verfassung der Dritten Türkischen Republik - Eine kritische Einführung“. In: ORIENT, 2/1983, 22. November 1983

- ONULDURAN, Ersin: „Bölgesel Güç Türkiye“ (Die Regionalmacht Türkei). In: Strateji, Ankara, 2/1995
- OPREA, Vicktor: „Karadeniz Ekonomik İşbirliğine bir Bakış“ (Ein Überblick über die Schwarzmeerwirtschaftsregion), In: Strateji, (türkisch), 1/1996
- ÖZDEMİR, Hikmet: „Turgut Özal“. In: Nokta, Özel Ek (Sonderausgabe), 4/1993
- ÖZSOY, Muzaffer: „Orta Doğuda Savaş, Çevik Kuvvet ve Türkiye'nin Güvenliği“ (Der Krieg im Mittleren Osten, schnelle Eingreifstruppe und die Sicherheit der Türkei). In: Dış Politika, (Foreign Policy), Ankara, 1/1984
- PERİNÇEK, Doğu: „Güneyli Dışpolitikası“ (Südliche Außenpolitik). In: Yeni Türkiye, Özel Sayı, Türk Dış Politikası (Neue Türkei, Sonderausgabe, türkische Außenpolitik). März/April, 3/1995
- RESULSAN, Osman: „Ankara Zirvesi veya Sadabad Pakti, (Das Gipfeltreffen von Ankara oder ein neuer Sadabat Pakt). In: Yeni Zemin, Ocak/1993
- RÜHL, Lothar: „Die Lage im östlichen Mittelmeer“. In: Europäische Rundschau, 3/1977
- RÜHL, Lothar: „Die Türkei zwischen Europa und dem Orient“, In: Europa Archiv, Folge, 11/1992
- RÜHL, Lothar: „Auf dem Wege zu einem Abschreckungsminimum: Der START-II-Vertrag und seine Folgeprobleme“. In: Europa Archiv, Folge 17/1993
- SCHLEGEL, Dietrich: „Die Außenpolitische Position der Türkei in der Golfkrise und das Verhältnis zu Europa“. In: Südosteuropa Mitteilungen, München, 30 (1990) 4
- SCHLEGEL, Dietrich: „Die Rolle der Türkei während der Konflikte in Ex-Jugoslawien“. In: Zeitschrift für Türkeistudien, Leske und Budrich, Opladen, 2/1999
- SCHLEGEL, Dietrich: „Die außenpolitische Position der Türkei in der Golfkrise und das Verhältnis zu Europa“ In: Südosteuropa Mitteilungen, München, Nr. 4/1990
- SCHMIDT, Wolfgang: „Die Sehnsucht nach Identität“. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 24. Jahrgang 3/1994
- STEINBACH, Udo: „Kemalismus oder Fundamentalismus - Die Modellpolitische Konkurrenz Türkei-Iran-“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Baden Baden, 7/1992
- ŞEN, Faruk: „Neues Selbstverständnis der Türkei im Mittelasien und auf dem Balkan“. Manuskript, Zentrum für Türkeistudien, Essen, 1992
- ŞEN, Faruk: „Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation: Ergänzung zur EG?“ In: Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 3/1993
- TEZCAN, Yılmaz: „Türkiye'nin Jeopolitiği ve Körfez Krizi“ (Die Geopolitik der Türkei und die Golfkrise). In: Ülke, 1/999
- THODOPOULOS, Byron: Seminar: „Türkei-Griechenland: Die Probleme über die Außen- und Sicherheitspolitik“. Veranstalter: Gesellschaft für Auslandkunde e.V. und Südosteuropa-Gesellschaft, am 15.11.1985 in München. Aus: Basın- Yayın ve Enformasyon Genel Müdürlüğü (BYE), Ankara, 1986
- VARVAROUSSIS, Paris: „Neue machtpolitische Konstellationen zwischen Griechenland und Türkei“. In: Südosteuropa Mitteilungen (München), 9/1993
- VERGİN, Nur: „Türkiye'nin Kendisinden Korkmaması Aslına Rücü Etmesi Lazım“. (Die Türkei sollte vor sich keine Angst haben und zu ihrer ursprünglichen Identität zurückkehren). In: Türkiye Günlüğü, 19/1992
- VERGİN, Nur: „Yeniden Yapılanma Türkiye'nin Tekamülü Olacaktır“ (Die Neustrukturierung wird die Vervollständigung der Türkei sein). In: Yeni Zemin, 1/1993
- YAVUZ, M. Hakan: „Değişen Türk Kimliği ve Dış Politika: Neo Osmanlılığın Yükselişi“ (Die sich verändernde türkische Identität und der Aufstieg des Neo-Osmanismus). In: Liberal Düşünce Dergisi, Kış/1999

- YILMAZ, Bahri: „Die Türkei als regionale Wirtschaftsmacht“. In: Europa Archiv, 24/1993
- YILMAZ, Bahri: „Wirtschaftliche Stabilität und Machtpolitik in der Türkei“. In: Internationale Politik, (Bonn), Nr. 4/1997
- YILMAZ, Bahri: „Das ‚verlorene Jahrzehnt‘ - Eine Zwischenbilanz der wirtschaftlichen und politischen Reformen in der Türkei“. In: Internationale Politik, Dezember, 1999
- YURDUSEV, A. Nuri: „Bir Ülkenin Dış Politikasını Etkileyen Faktörler“ (Die Faktoren, die die Außenpolitik eines Landes beeinflussen). In: HAK-İŞ Dergisi, (Zeitschrift der Arbeitergewerkschaft HAK-İŞ) Özel Sayısı: „Türkiye- Dış Politika, Nr. 32, 7/1995
- WEISER, Dieter: „Geopolitik - Renaissance eines umstrittenen Begriffs“. In: Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Frage, 4/1994
- WETTING, Gerhard: „Abschreckungstheorie und Gleichgewichtskonzept“. In: Zeitschrift „Information für die Truppe“, Heft: 11/79
- WORKING Paper 14: „Aktuelle Situation in den Turkrepubliken“, Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.), Önel Verlag, Essen 1994

### **PREDOIKA**

- AMTSBLATT vom 11.11.1983, Nr. 18218
- AMTSBLATT vom 29.12.1983, Nr. 18266
- AMTSBLATT vom 02.03.1984, Nr. 18329
- AMTSBLATT vom 15.05.1984, Nr. 18402
- AMTSBLATT vom 15.05.1984, Nr. 18402

### **TÜRKISCHE TAGESZEITUNGEN**

Cumhuriyet  
 Gündem Gazetesi  
 Günaydın  
 Hürriyet  
 Milli Gazete  
 Milliyet  
 Öncü  
 Radikal  
 Sabah  
 Türkiye  
 Yeni Yüzyıl  
 Zaman